



FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA

# Masterarbeit

Auf dem Weg zu  
sozial-ökologischen Transformationen?  
Policy-Orientierungen der Landesparteien  
während der Popularisierung der Klimakrise  
im Jahr 2019.

### **Anmerkungen für die Veröffentlichung**

Die Arbeit wurde 2021 am Tag der Politikwissenschaft in Jena mit dem Bestpreis für eine Abschlussarbeit im politikwissenschaftlichen Teilbereich Politisches System der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Erstellt wurde die Arbeit im Rahmen eines Studiums, das mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wurde.

Kontakt nach der Exmatrikulation: [kevin-gimper@web.de](mailto:kevin-gimper@web.de)

**Friedrich-Schiller-Universität Jena**  
**Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften**  
**Institut für Politikwissenschaft**

Auf dem Weg zu sozial-ökologischen Transformationen?  
Policy-Orientierungen der Landesparteien während  
der Popularisierung der Klimakrise im Jahr 2019.

Masterarbeit zur Erlangung des  
akademischen Grades Master of Arts (M. A.)

vorgelegt von Kevin Gimper  
Matrikelnummer: 156917

geboren am 10.09.1996 in Jena

Erstgutachter: Dr. Jörg Hebenstreit  
Zweitgutachter: Dr. Ossip Fürnberg

Jena, 15.12.2020

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	III
Tabellenverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XV
1. Der thematische Rahmen und das Forschungsanliegen der Arbeit .....	1
2. Die Konkretisierung des Forschungsdesigns der Arbeit.....	9
2.1 Der theoretische Rahmen der Arbeit.....	11
2.1.1 Die soziologischen Ausgangspunkte der Analyse .....	11
2.1.2 Die konzeptionelle Erfassung der Klimakrise .....	20
2.1.3 Die Annahmen zu den politischen Wirkungen der Klimakrise.....	25
2.1.4 Die sozial-ökologischen Transformationen als Modi der Klimapolitik.....	33
2.2 Der methodische Rahmen der Arbeit.....	42
3. Der Analyseteil der Arbeit.....	49
3.1 Die Analyse der fallübergreifenden Kontexte .....	49
3.1.1 Die klimapolitischen Gestaltungsspielräume in den Bundesländern.....	49
3.1.2 Die Grundsatzprogramme der berücksichtigten Parteien .....	55
3.2 Die Analyse der einzelnen Fälle.....	67
3.2.1 Der Fall Bremen.....	69
3.2.2 Der Fall Brandenburg.....	82
3.2.3 Der Fall Thüringen .....	96
3.3 Die zusammenführende Gesamtbetrachtung der Fallergebnisse.....	108
4. Die Zusammenfassung der Arbeit und ein anschließender Ausblick.....	113
Inhaltsverzeichnis für den Anhang.....	XVII

Anhang.....	XXII
Literatur- und Quellenverzeichnis .....	DLXVIII
Eidesstattliche Erklärung .....	DLXXXVII

## Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien ..... C
- Abbildung 2: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien (Links-Rechts-Einordnung) ..... CI
- Abbildung 3: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen ..... CCXXXVII
- Abbildung 4: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen (Links-Rechts-Einordnung) ..... CCXXXVII
- Abbildung 5: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2015 in Bremen ..... CCXXXVIII
- Abbildung 6: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen im Kontext der Wahl 2019 in Bremen ..... CCXLII
- Abbildung 7: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen (Links-Rechts-Einordnung) ..... CCXLII

- Abbildung 8: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2019 in Bremen.....CCXLIII
- Abbildung 9: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Bremen..... CCXLVI
- Abbildung 10: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in Bremen..... CCXLVII
- Abbildung 11: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg ..... CCCLXXXVI
- Abbildung 12: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg (Links-Rechts-Einordnung) ..... CCCLXXXVI
- Abbildung 13: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2014 in Brandenburg..... CCCLXXXVII
- Abbildung 14: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg ..... CCCXCI

Abbildung 15: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg (Links-Rechts-Einordnung) .....	CCCXCI
Abbildung 16: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2019 in Brandenburg.....	CCCXCII
Abbildung 17: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Brandenburg.....	CCCXCV
Abbildung 18: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in Brandenburg.....	CCCXCVI
Abbildung 19: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen .....	DXLIII
Abbildung 20: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen (Links-Rechts-Einordnung) .....	DXLIII
Abbildung 21: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2014 in Thüringen .....	DXLIV



- Abbildung 22: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen .....DXLVIII
- Abbildung 23: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen (Links-Rechts-Einordnung) .....DXLVIII
- Abbildung 24: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2019 in Thüringen .....DXLIX
- Abbildung 25: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Thüringen ..... DLII
- Abbildung 26: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in Thüringen ..... DLIII
- Abbildung 27: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den jeweils vorletzten Wahlen in allen Bundesländern je Bundesland (Links-Rechts-Einordnung) ..... DLV
- Abbildung 28: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den jeweils vorletzten Wahlen in allen Bundesländern je Partei (Links-Rechts-Einordnung) ..... DLVI

- Abbildung 29: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern je Bundesland (Links-Rechts-Einordnung) ..... DLVII
- Abbildung 30: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern je Partei (Links-Rechts-Einordnung) ..... DLVIII
- Abbildung 31: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern je Bundesland ..... DLIX
- Abbildung 32: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern je Partei ..... DLIX
- Abbildung 33: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der vorletzten Wahlen in allen Bundesländern; Färbung je Partei ..... DLX
- Abbildung 34: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der vorletzten Wahlen in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland ..... DLXI

- Abbildung 35: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern; Färbung je Partei..... DLXII
- Abbildung 36: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland ..... DLXIII
- Abbildung 37: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext beider Wahlen in allen Bundesländern; Färbung je Partei.....DLXIV
- Abbildung 38: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext beider Wahlen in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland .....DLXV
- Abbildung 39: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern; Färbung je Partei.....DLXVI
- Abbildung 40: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland .....DLXVII

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Der Kodierleitfaden für die Analyse des Grundgesetzes und der Landesverfassungen .....	XXIII
Tabelle 2:	Der Kodierleitfaden für die Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme .....	XXIII
Tabelle 3:	Der Kodierleitfaden für die inhaltliche Ausdifferenzierung der Codes in den Kategorien „Sozial-ökologische Transformation“ und „Gegen sozial-ökologische Transformation“ in der Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme .....	XXIV
Tabelle 4:	Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien .....	XCIX
Tabelle 5:	Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien .....	XCIX
Tabelle 6:	Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten.....	C
Tabelle 7:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien.....	C
Tabelle 8:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien .....	CI
Tabelle 9:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien .....	CII
Tabelle 10:	Die Gesamtstimmenanteile der aktuell relevanten Landesparteien in Bremen bei allen Bürgerschaftswahlen seit 1991 .....	CIII

Tabelle 11:	Die Regierungszusammensetzungen in Bremen von 1991 bis 2019 .....	CIV
Tabelle 12:	Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen .....	CCXXXV
Tabelle 13:	Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen .....	CCXXXVI
Tabelle 14:	Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen .....	CCXXXVI
Tabelle 15:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen .....	CCXXXVI
Tabelle 16:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen .....	CCXXXIX
Tabelle 17:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen .....	CCXL
Tabelle 18:	Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen .....	CCXL
Tabelle 19:	Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen .....	CCXLI
Tabelle 20:	Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen .....	CCXLI
Tabelle 21:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen .....	CCXLI

Tabelle 22:	Die nach den Ausprägungen Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen .....	CCXLIV
Tabelle 23:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen .....	CCXLV
Tabelle 24:	Die Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Bremen .....	CCXLV
Tabelle 25:	Die Gesamtstimmenanteile der aktuell relevanten Landesparteien in Brandenburg bei allen Landtagswahlen seit 1990 .....	CCXLVIII
Tabelle 26:	Die Regierungszusammensetzungen in Brandenburg von 1990 bis 2019 .....	CCXLVIII
Tabelle 27:	Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg .....	CCCLXXXV
Tabelle 28:	Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg .....	CCCLXXXV
Tabelle 29:	Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg .....	CCCLXXXV
Tabelle 30:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg .....	CCCLXXXVI
Tabelle 31:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg .....	CCCLXXXVIII

Tabelle 32:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg .....	CCCLXXXIX
Tabelle 33:	Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg .....	CCCLXXXIX
Tabelle 34:	Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg .....	CCCXC
Tabelle 35:	Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg .....	CCCXC
Tabelle 36:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg .....	CCCXC
Tabelle 37:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg .....	CCCXCIII
Tabelle 38:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg .....	CCCXCIV
Tabelle 39:	Die Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Brandenburg .....	CCCXCIV
Tabelle 40:	Die Gesamtstimmenanteile der aktuell relevanten Landesparteien in Thüringen bei allen Landtagswahlen seit 1990 .....	CCCXCVII
Tabelle 41:	Die Regierungszusammensetzungen in Thüringen von 1990 bis 2019 .....	CCCXCVII

Tabelle 42:	Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen .....	DXLII
Tabelle 43:	Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen.....	DXLII
Tabelle 44:	Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen.....	DXLII
Tabelle 45:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen .....	DXLII
Tabelle 46:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen .....	DXLIV
Tabelle 47:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen .....	DXLVI
Tabelle 48:	Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen .....	DXLVI
Tabelle 49:	Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen.....	DXLVII
Tabelle 50:	Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen.....	DXLVII
Tabelle 51:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen .....	DXLVII



Tabelle 52:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen .....	DL
Tabelle 53:	Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen .....	DLI
Tabelle 54:	Die Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Thüringen .....	DLI
Tabelle 55:	Die Ergebnisse der relevanten Landesparteien zu den Landtagswahlen im Jahr 2019 .....	DLIV
Tabelle 56:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den jeweils vorletzten Wahlen in allen Bundesländern in Prozent .....	DLIV
Tabelle 57:	Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern in Prozent .....	DLVI
Tabelle 58:	Die Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl je Bundesland.....	DLVIII

## Abkürzungsverzeichnis

AF	Alle Fälle
AfD	Alternative für Deutschland
BB	Brandenburg
BIW	Bürger in Wut
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVB/FW	Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GG	Grundgesetz
Grüne	Bündnis 90/ Die Grünen
GSÖT	Gegen sozial-ökologische Transformation
GP	Grundsatzprogramm
HB	Freie Hansestadt Bremen
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
LV	Landesverfassung
Linke	Die Linke
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PK	Popularisierung der Klimakrise
RE	Regulation
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
SÖT	Sozial-ökologische Transformation
TH	Thüringen
UN	United Nations
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development

WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WP	Wahlprogramm

# 1. Der thematische Rahmen und das Forschungsanliegen der Arbeit

Die menschliche Zivilisation wird global zunehmend mit ökologischen und daraus folgenden sozialen Krisen konfrontiert. Bereits ein freier Rückblick auf die Schlagzeilen und in die dazugehörigen Artikel der alltäglichen öffentlich-rechtlichen Medienberichterstattung aus den Jahren 2019 und 2020 genügt, um das Ausmaß dieser Tendenz zu veranschaulichen: „Klimawandel. Eisfreie Arktis - in vielen Sommern“<sup>1</sup>, „Meeresspiegel steigt stark an. Wie der Klimawandel Nord- und Ostsee gefährdet“<sup>2</sup>, „Monsunregen in Südasien. Eine Million Menschen fliehen“<sup>3</sup>, „Ostafrika. Hunderttausende fliehen vor Fluten“<sup>4</sup>, „Katastrophe in Australien. Brände wachsen zu ‚Megafeuer‘ zusammen“<sup>5</sup>, „Trockene Sommer. Deutschland droht Kampf ums Wasser“<sup>6</sup>. Die Häufung solcher Beiträge regt vielerlei Schlussfolgerungen an, die wiederum ein breites Feld an Anknüpfungspunkten für wissenschaftliche Fragestellungen bieten.

Einerseits wird ersichtlich, dass vermehrt und in einer immer größeren Intensität Notlagen entstehen, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Die Weltorganisation für Meteorologie etwa belegt hierzu in ihrer überblicksartigen Veröffentlichung zur Analyse des Jahres 2019, dass ein Jahrzehnt mit starken klimatischen Veränderungen und häufigeren Extremwettern zu Ende ging<sup>7</sup>. Die Vertreter\*innen der Klimaforschung sind sich diesbezüglich nicht nur zu 99,94 % einig, dass die Menschheit für diesen Umschwung verantwortlich ist<sup>8</sup>. Konsequenterweise betonen sie auch – auf der Grundlage eindeutiger

---

<sup>1</sup> O. Verf.: *Klimawandel. Eisfreie Arktis - in vielen Sommern*, in: Tagesschau vom 27.04.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/arktis-klimawandel-eisfrei-101.html> [Zugriff am 09.12.2020]. Die Angabe „o. Verf.“ wird nur verwendet, wenn die Veröffentlichungsform, wie etwa bei Zeitungen, darauf ausgelegt ist, dass einzelne Beiträge potenziell angegebbarer Personen innerhalb eines Mediums o. Ä. im Mittelpunkt stehen. Wenn hingegen die herausgebende Institution, etwa bei Parteiprogrammen, zentral ist, wird diese als „Verfasserin“ bzw. „Herausgeberin“ angegeben.

<sup>2</sup> Eiler, Lucas: *Meeresspiegel steigt stark an. Wie der Klimawandel Nord- und Ostsee gefährdet*, in: ZDFheute vom 27.09.2019, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/wie-gefaehrlich-ist-der-klimawandel-fuer-die-nordsee-100.html> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>3</sup> O. Verf.: *Monsunregen in Südasien. Eine Million Menschen fliehen*, in: Tagesschau vom 13.07.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/suedasien-klimawandel-101.html> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>4</sup> O. Verf.: *Ostafrika. Hunderttausende fliehen vor Fluten*, in: Tagesschau vom 01.11.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/somalia-ueberflutung-101.html> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>5</sup> O. Verf.: *Katastrophe in Australien. Brände wachsen zu "Megafeuer" zusammen*, in: Tagesschau vom 10.01.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/buschbraende-australien-127.html> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>6</sup> O. Verf.: *Trockene Sommer. Deutschland droht Kampf ums Wasser*, in: Tagesschau vom 05.07.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/wasser-131.html> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>7</sup> Vgl. Weltorganisation für Meteorologie: *2019 concludes a decade of exceptional global heat and high-impact weather*, Internetseite der Weltorganisation für Meteorologie, URL: <https://public.wmo.int/en/media/press-release/2019-concludes-decade-of-exceptional-global-heat-and-high-impact-weather> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>8</sup> Vgl. Powell, James Lawrence: *The Consensus on Anthropogenic Global Warming Matters*, in: *Bulletin of Science, Technology & Society* 36:3 (2016), S. 157-163, hier S. 162.

Daten – mit immer größerer Vehemenz, dass ein politisch koordiniertes Gegensteuern notwendig ist. Nur so kann die Reichweite des entstehenden Leids durch die ökologischen und sozialen Folgen des Klimawandels, soweit es noch möglich ist, gering gehalten werden<sup>9</sup>. Sozialwissenschaftliche Beiträge heben hierbei insbesondere die Auswirkungen auf die sozialen Gefüge auf der Erde hervor<sup>10</sup>. So lassen sich bereits jetzt immer mehr soziale Phänomene, wie die seit den 2010er Jahren in vielen Teilen der Erde steigenden Migrationszahlen<sup>11</sup>, nicht mehr nur sozial erklären. Vielmehr ist ein beständiges Ansteigen des Wirkungsgrads des Klimawandels<sup>12</sup> und der durch diesen teils intensivierten ökologischen Problemsituationen zu verzeichnen<sup>13</sup>. Dadurch werden gesellschaftliche Konflikte zusätzlich verstärkt<sup>14</sup>.

Andererseits lässt sich aus den Schlagzeilen und Artikeln ableiten, dass die Entwicklungen um den Klimawandel und die Nachrichten darüber verschiedene Einflüsse auf die Bevölkerung haben und diverse Reaktionen hervorrufen. Wird sich auf den Bereich der Bundesrepublik Deutschland (BRD) beschränkt, zeigt sich, dass die Menschen entweder von den Folgen des Klimawandels unmittelbar selbst betroffen sind – laut der Bundesregierung handelte es sich etwa im Falle der Dürre von 2018<sup>15</sup> um „ein Ereignis von nationalem Ausmaß“<sup>16</sup>. Oder es ergeben sich durch die mediale Wiedergabe auch der Krisen, die außerhalb der BRD stattfinden, teils umfassende Auswirkungen auf den Alltag und damit das Verhalten der Bürger\*innen<sup>17</sup>. So entstand als eine Antwort auf die gestiegene Wahrnehmung, spürbaren Belastungen und wissenschaftlichen Appelle im Januar 2019 auch in Deutschland die Bewegung Fridays for Future. Diese greift zusammen mit anderen aufkommenden Umweltgruppen den Klimawandel bzw. seine Folgewirkungen, benannt als Klimakrise, auf. Infolgedessen wird deren mediale bzw. allgemein öffentliche Präsenz

---

<sup>9</sup> Vgl. Ripple, William J. et al.: *World Scientists' Warning of a Climate Emergency*, in: *BioScience* 70:1 (2020), S. 8-12, hier S. 8-12.

<sup>10</sup> Exemplarisch: Vgl. Brand, Karl-Werner: *Einleitung: Problemstellung und Untersuchungsperspektive*, in: Ders. (Hrsg.): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2017, S. 13-31, hier S. 13-18.

<sup>11</sup> Vgl. Grandi, Filippo: *Global Trends. Forced Displacement in 2018*, 1. Aufl., Genf 2019, S. 5.

<sup>12</sup> Vgl. Rhode, Carla/ Stitteneder, Tanja: *ifo Migrationsmonitor: Klima und Migration*, in: *ifo Schnelldienst* 73:3 (2020), S. 55-57, hier S. 55-57.

<sup>13</sup> Vgl. Ionesco, Dina et al.: *Atlas der Umweltmigration*, 1. Aufl., München 2017, S. 16f.

<sup>14</sup> Harald Welzer betont hier insbesondere sogenannte „Klimakriege“: Welzer, Harald: *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2008, S. 247.

<sup>15</sup> Vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: *Starke Landwirtschaft. Nachhaltigkeit, Klimaschutz & Ökolandbau. Klimaschutz und Klimawandel. Trockenheit und Dürre 2018 – Überblick über Maßnahmen*, Internetseite des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, URL: [https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Nachhaltige-Landnutzung/Klimawandel/\\_Texte/Extremwetterlagen-Zustaendigkeiten.html](https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Nachhaltige-Landnutzung/Klimawandel/_Texte/Extremwetterlagen-Zustaendigkeiten.html) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Vgl. Bunz, Maxie/ Mücke, Hans-Guido: *Klimawandel – physische und psychische Folgen*, in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 60:6 (2017), S. 632-639, hier S. 635ff. Mit „ff.“ sind in dieser Arbeit die folgenden beiden Seiten gemeint.

verstärkt.<sup>18</sup> Damit lässt sich insgesamt auch erklären, dass der Themenbereich „Umwelt/Klima/Energiewende“<sup>19</sup> laut Umfragen des Forschungsgruppe Wahlen e. V. im Jahr 2019 insbesondere zum Ende hin eine enorm steigende Beachtung erhielt. Bis zu 59 % der Bevölkerung der BRD stufen dieses Feld als zur damaligen Zeit gewichtigste Problematik ein<sup>20</sup>. Unterstrichen wird diese Stimmung dadurch, dass mit Bündnis 90/ die Grünen (Grüne) jene Partei einen Höhenflug erreichte, die diesen Themenbereich am ehesten anspricht<sup>21</sup>. Bei den Europawahlen am 26.05.2019 wurde sie in Deutschland zweitstärkste Kraft, indem sie ihr Wahlergebnis um 9,8 Prozentpunkte verbesserte und so 20,5 % der Stimmen erhielt<sup>22</sup>. Im weiteren Jahresverlauf erhielt die Partei in der Sonntagsfrage bis zu 34 %<sup>23</sup>. Anhand der Beiträge der Wissenschaftler\*innen, Mobilisierungen gesellschaftlicher Bewegungen und generellen breiten öffentlichen Beachtung zeigt sich in Bezug auf die beschriebenen Entwicklungen um den Klimawandel eine hohe gesellschaftliche Relevanz.

An dieser Stelle setzt das politikwissenschaftliche Forschungsanliegen dieser Arbeit an. Davon ausgehend, dass Parteien selbst gesellschaftliche Akteurinnen sind, lässt sich die Vermutung ableiten, dass sie sich am einschlägigen Diskurs beteiligen bzw. sie sich bzgl. ihrer Ausrichtung demgegenüber verhalten. Im Einzelnen bestehen nach den Ausführungen von Edwin Czerwick schließlich parteipolitische Motivationen, entweder aus ideologischen Absichten oder wahlpragmatischen Gründen mehrheitliche Stimmungen in der Bevölkerung aufzunehmen.<sup>24</sup> Aufbauend auf dieser theoretischen Beschreibung responsiven Antwortens wird die Annahme aufgestellt, dass sich die gesellschaftlichen Entwicklungen um den Klimawandel in programmatischen Darstellungen angestrebter Policies widerspiegeln.<sup>25</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. Rucht, Dieter: *Faszinosum Fridays for Future*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69:47/48 (2019), S. 4-9, hier S. 4-8.

<sup>19</sup> Forschungsgruppe Wahlen e. V.: *Politbarometer. Langzeitentwicklung – Themen im Überblick. Politik II. Wichtige Probleme in Deutschland*, Internetseite des Forschungsgruppe Wahlen e. V., URL: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>20</sup> Vgl. ebd.

<sup>21</sup> Vgl. Jungjohann, Arne: *Ökologisch regieren. Eine Analyse der Regierungspraxis von Bündnis 90/Die Grünen im Feld der ökologischen Modernisierung*, 1. Aufl., Berlin 2019, S. 15.

<sup>22</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Europawahl 2019. Ergebnisse*, Internetseite des Bundeswahlleiters, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>23</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V.: *Politbarometer. Langzeitentwicklung – Themen im Überblick. Politik I. Politische Stimmung in Deutschland*, Internetseite des Forschungsgruppe Wahlen e. V., URL: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_I/#Projektion](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>24</sup> Vgl. Czerwick, Edwin: *Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik*, 1. Aufl., München 2011, S. 192f.

<sup>25</sup> Der Begriff der Policy stammt aus der politikwissenschaftlichen Ausdifferenzierung des Begriffs der Politik und bezieht sich auf die Ergebnisse (partei-)politischen Handelns: Vgl. Korte, Karl-Rudolf/ Grunden, Timo: *Über die Regierung. Gegenstände der Regierungsforschung und*

Hinsichtlich der beschriebenen Klimaveränderungen und ihrer ökologischen wie sozialen Folgen bieten sowohl der öffentliche als auch der explizit wissenschaftlich fundierte Handlungsdruck besondere Anreize für parteipolitische Reaktionen. Konkret ist im Umgang mit der Klimakrise daher von neuen Policy-Orientierungen auszugehen<sup>26</sup>, die auf „Veränderungen der Regulationsmuster“<sup>27</sup> abzielen, welche „die Beziehungen zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur“<sup>28</sup> betreffen. Die Fortsetzung der bisherigen Ordnung dieser Verhältnisse würde ansonsten schließlich in einer Zunahme der Krisenphänomene münden. Für die daher notwendigen Wandlungen der Regulationen der sozial-ökologischen Beziehungen wird in der Soziologie das Konzept „sozial-ökologischer Transformationen“<sup>29</sup> genutzt. Da mit diesem Ansatz Veränderungen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Reichweite erfasst werden können, wird es im Folgenden als Bezugspunkt verwendet<sup>30</sup>. Im hier gewählten Rahmen beschreiben die sozial-ökologischen Transformationen also die Modi, d. h. die Verfahrensweisen, der Ausgestaltung von Klimapolitik. Somit findet eine interdisziplinäre Zusammenführung einzelner Forschungsschwerpunkte aus der Politikwissenschaft und der Soziologie statt<sup>31</sup>.

Im Jahr 2019 wurden während der besonderen Popularisierung der Klimakrise, also der breiten gesellschaftlichen Relevanzierung des Klimawandels und seiner Folgen, vier Landtagswahlen durchgeführt – in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen<sup>32</sup>. Auch wenn im gleichen Jahr die Europawahl stattfand<sup>33</sup>, wird sich im Weiteren auf diese landespolitische Sphäre fokussiert. Diese Rahmung wird nicht nur vorgenommen, weil so eine breitere Forschungsgrundlage geschaffen wird. Auch sind kaum Forschungsbeiträge

---

*neue Konturen des Regierens*, in: Dies. (Hrsg.) *Handbuch Regierungsforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 11-29, hier S. 14.

<sup>26</sup> Im Folgenden werden die programmatischen Ausrichtungen als Orientierungen beschrieben, weil im Einzelnen nicht immer konkrete Ziele formuliert werden, sondern teilweise nur der Rahmen für die Umsetzung zukünftiger Policies gesetzt wird.

<sup>27</sup> Becker, Egon et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, in: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*, 1. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 75-96, hier S. 82.

<sup>28</sup> Ebd., hier S. 77.

<sup>29</sup> Ebd., hier S. 82. Die Abkürzung SÖT wird zwecks einer besseren Lesbarkeit zusammen mit den weiteren Abkürzungen AF, BB, GSÖT, GP, HB, LV, PK, RE, TH und WP erst im Anhang eingeführt und genutzt.

<sup>30</sup> Sozial-ökologische Transformationen sind sowohl in einzelnen Bereichen als auch gesamtgesellschaftlich denkbar – also auf der Mikro-, Meso- und Makroebene: Vgl. Becker et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, hier S. 81f.

<sup>31</sup> Vgl. Sukopp, Thomas: *Interdisziplinarität und Transdisziplinarität. Definitionen und Konzepte*, in: Jungert, Michael et al. (Hrsg.): *Interdisziplinarität. Theorie, Praxis, Probleme*, 2., durchges. u. um ein akt. Vorw. erw. Aufl., Darmstadt 2013, S. 13-29, hier S. 21f.

<sup>32</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen. Stand 6. April 2020*, URL: [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e7e97cc/ltw\\_erg\\_gesamt.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e7e97cc/ltw_erg_gesamt.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S. 5. Solange Dokumente wie dieses (im Weiteren Berichte, Beschlüsse, Verwaltungspläne zu Gesetzen u. Ä. ohne eigene Gesetzeswirkung) nicht ausdrücklich auch in Printform erschienen sind (Gegenbeispiel ist die Broschüre zu Fußnote 281), werden sie als Internetquelle ohne Auflage, Verlagsort und Jahr angegeben. Ansonsten wird als Verlagsort der Ort des Drucks angegeben.

<sup>33</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Europawahl 2019*.

vorzufinden, welche die Ausgestaltung der Klimapolitik in den Bundesländern zum Gegenstand haben, wie Arne Jungjohann prägnant herausarbeitete<sup>34</sup>. Trotz der ebenso ableitbaren Einflüsse auf weitere Wahlen, die nach 2019 stattfanden, wird sich anlässlich des begrenzten Umfangs der Arbeit auf dieses bisherige Hauptjahr der Popularisierung beschränkt. Zudem wird Sachsen nicht in die Fallauswahl aufgenommen, da die Wirkungsmechanismen zu deren Herausstellung in möglichst verschiedenen Bundesländern aufgezeigt werden sollen. Sachsen aber weist innerhalb des thematischen Kontexts als neues Bundesland, als Flächenland und aufgrund seines klimapolitisch so relevanten Betriebs von Braunkohlekraftwerken große Gemeinsamkeiten mit Brandenburg auf<sup>35</sup>. Dies wird im Rahmen der Ausarbeitung des Forschungsdesigns noch weiter spezifiziert.

Um jeweils eine Wirkung der Popularisierung der Klimakrise nachweisen zu können, wird die Arbeit um die Analyse der Wahlprogramme konstruiert, die in den Bundesländern zu den Landtagswahlen im Jahr 2019 und den jeweils davorliegenden Landtagswahlen veröffentlicht wurden. Damit bei der Untersuchung der ausgewählten Fälle analytisch in die Tiefe gegangen werden kann, erfolgt eine Eingrenzung auf Wahlprogramme relevanter Landesparteien. Als relevant werden jene definiert, die zu den besagten Wahlen angetreten und dabei mindestens einmal in das jeweilige Landesparlament eingezogen sind. Anhand der daraus insgesamt abgeleiteten Schwerpunktsetzung wird an dieser Stelle folgende Forschungsfrage formuliert:

*Inwiefern streben die jeweils relevanten Landesparteien in den Bundesländern aufgrund der Popularisierung der Klimakrise im Jahr 2019 sozial-ökologische Transformationen an?*

Mit der Frage danach, inwiefern neue Policy-Orientierungen artikuliert werden, die sich als sozial-ökologische Transformationen erfassen lassen, wird der Raum für quantitative und qualitative Antworten geöffnet. Um ein ganzheitliches Ergebnis zu liefern, werden beide Varianten wahrgenommen. Dabei wird quantitativ nachvollzogen, wie sich die Anzahl der entsprechenden Policy-Orientierungen von der jeweils vorletzten Wahl zur Wahl im Jahr 2019 veränderte. Um einen Referenzpunkt für die Überprüfung dieses Wandels zu haben, wird ausgehend von der Forschungsfrage die prognostizierende Ausgangshypothese A aufgestellt<sup>36</sup>:

*A) Wenn die gesellschaftliche Relevanz der Klimakrise steigt, dann streben die jeweils relevanten Landesparteien in ihren Wahlprogrammen vermehrt sozial-ökologische Transformationen an.*

---

<sup>34</sup> Vgl. Jungjohann: *Ökologisch regieren*, S. 63f.

<sup>35</sup> Vgl. Scheiner, Stefan: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik. Föderale Konfliktverarbeitung in drei Handlungsfeldern*, 1. Aufl., Baden-Baden 2017, S. 147.

<sup>36</sup> Vgl. Schnell, Rainer et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 11., überarb. Aufl., Berlin/ Boston 2018, S. 56f.



Vor dem Hintergrund der Auswahl der Untersuchungsobjekte und Fälle impliziert die Forschungsfrage parallel zur Trennung in quantitative und qualitative Antwortmöglichkeiten auch die Notwendigkeit von Vergleichen. Ausgehend vom Forschungsstand ist dabei sowohl von Unterschieden zwischen den relevanten Landesparteien innerhalb eines Bundeslands als auch in den verschiedenen Bundesländern auszugehen. Die Gründe dafür sind die unterschiedlichen Grundsatzprogramme bzw. die darin angegebenen Ausrichtungen der Parteien und die landesspezifischen Umstände<sup>37</sup>. Um also quantitative Unterschiede zwischen den relevanten Landesparteien innerhalb der Bundesländer erklären zu können, werden auch die Grundsatzprogramme der Parteien analysiert und deren Einfluss auf die Wahlprogramme nachvollzogen. Dafür sind zwei weitere prognostizierende Hypothesen zentral. Während B1 die Grundlage des Nachweises für den generellen Einfluss auf die Wahlprogramme bildet, wird mit B2 der Einfluss der Klimakrise kontextualisiert:

*B1) Umso mehr sozial-ökologische Transformationen im Grundsatzprogramm einer Partei angestrebt werden, desto mehr sozial-ökologische Transformationen streben die dazugehörigen relevanten Landesparteien in ihren Wahlprogrammen an.*

*B2) Umso mehr sozial-ökologische Transformationen im Grundsatzprogramm einer Partei angestrebt werden, desto geringer ist der Anstieg der Nennungen angestrebter sozial-ökologischer Transformationen in den Wahlprogrammen der dazugehörigen relevanten Landesparteien im Jahr 2019.*

Insgesamt wird also davon ausgegangen, dass sich die relevanten Landesparteien auch im hier gewählten Kontext an ihrem Parteienprofil ausrichten. So wird mit Hypothese B1 angenommen, dass sich die Policy-Orientierungen in den Grundsatzprogrammen zahlenmäßig in den Wahlprogrammen widerspiegeln. Daraus ergibt sich die Folgerung in Hypothese B2. Bei ohnehin bestehenden Policy-Orientierungen, mit denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden, sind im Verlauf der Popularisierung Klimakrise nur geringe Anstiege entsprechender Nennungen zu erwarten.

Mit Bezug auf die Unterschiede zwischen den Bundesländern werden hingegen keine Hypothesen konzipiert. Schließlich liegt eine hohe Diversität an klimapolitisch bedeutsamen Aspekten vor, die in den Fällen eine unterschiedliche Relevanz haben. Darauf aufbauend ist zusätzlich davon auszugehen, dass die relevanten Landesparteien entsprechend ihrer grundsätzlichen Ausrichtung verschiedene Schwerpunkte hinsichtlich der Landesspezifika setzen. Hinzu kommt, dass die Popularisierung der Klimakrise gerade zum Ende des Jahres 2019 zunahm und die Landtagswahlen zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfanden. Dies sorgt für eine hohe Komplexität bzgl. des Unterscheidungskrite-

---

<sup>37</sup> Vgl. Bräuninger, Thomas et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, 2., vollst. überarb. Aufl., Wiesbaden 2020, S. 193ff.

riums Bundesland und legt nahe, diesbezüglich induktive Schlüsse aus den quantitativen Ergebnissen zu ziehen, die mit qualitativen Analyseelementen fundiert werden.

Das qualitative Hauptaugenmerk liegt dabei auf den klimapolitisch gewichtigen Landesspezifika. Zu diesen gehören insbesondere verfassungsmäßige Grundlagen, die landesspezifische Betroffenheit vom Klimawandel, bisherige klimapolitische Maßnahmen in den Bundesländern und klimapolitisch relevante Akteur\*innen. Wie sich aus der Forschung ableiten lässt, setzen sich Letztere v. a. aus wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen zusammen<sup>38</sup>. Weil der Einfluss der Wissenschaft im Bereich der Klimapolitik bisher am geringsten ausgearbeitet wurde, erfolgt v. a. die diesbezügliche Analyse vor dem Hintergrund des Multiple-Streams-Ansatzes<sup>39</sup>. Ebenso zu berücksichtigen ist, dass alle Akteur\*innen ihre Wirkung nicht nur landesspezifisch, sondern auch länderübergreifend entfalten. Demzufolge entstehen auch konkrete Interessenkonstellationen und Dynamiken zwischen den relevanten Landesparteien innerhalb eines Bundeslands und zwischen den Bundesländern<sup>40</sup>. Das ist wiederum von Bedeutung, weil die Entstehung von Policy-Orientierungen davon unmittelbar betroffen ist<sup>41</sup>. Zur Vervollständigung der Skizzierung wirksamer Interessenkonstellationen und Dynamiken wird auch an die Forschung zu den landesspezifischen Parteiensystemen und -wettbewerben angeschlossen.

Mit der Ausdifferenzierung der Analyseabsichten wird klar, dass in der Untersuchung diverse Methoden anzuwenden sind. Obwohl alle Hypothesen eindeutig quantitativ orientiert sind<sup>42</sup>, besteht das Hauptgerüst aus der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring, da sich diese äußerst flexibel anwenden lässt<sup>43</sup>. Auf der Basis einer theoretischen Grundlagenbildung um das Konzept der sozial-ökologischen Transformation wird diese bei der Untersuchung der Grundsatz- und Wahlprogramme deduktiv angewendet. Dabei werden jedoch auch induktiv erlangte Erkenntnisse im Rahmen der explorativen Offenheit der Forschungsfrage, insbesondere bzgl. der qualitativen Erklärung quantitativer Zusam-

---

<sup>38</sup> Vgl. Weiland, Sabine: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, in: Marx, Andreas (Hrsg.): *Klimaanpassung in Forschung und Politik*, 1. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 91-101, hier S. 97ff.

<sup>39</sup> Vgl. Wenzelburger, Georg/ Zohlnhöfer, Reimut: *Konzepte und Begriffe in der Vergleichenden Policy-Forschung*, in: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 15-32, hier S. 20.

<sup>40</sup> Diese Konstellationen und Dynamiken zwischen gesellschaftlichen Akteur\*innen sind originär insbesondere im Kontext der sozial-ökologischen Transformationsforschung relevant: Vgl. Brand: *Einleitung*, hier S. 27. Der Interessenbegriff wird auf die Interessenformulierungen der Akteur\*innen bezogen – unabhängig davon, ob diese einen objektiven Ursprung haben.

<sup>41</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 229.

<sup>42</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 47.

<sup>43</sup> Vgl. Mayring, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 12., überarb. Aufl., Weinheim/ Basel 2015, S. 54-62.

menhänge, zugelassen.<sup>44</sup> Damit die verfassungsmäßigen Grundlagen für die Formulierungen der Policy-Orientierungen, mit denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden, fundiert in die Fallanalysen einfließen können, werden auch das Grundgesetz und die Landesverfassungen inhaltsanalytisch untersucht. Mit dieser Methodenanwendung wird insbesondere erreicht, dass für die Verfassungen, die keine klimapolitischen Dokumente darstellen, theoretisch anschlussfähige Ergebnisse erzielt werden. Die weiteren politischen Umstände in den Bundesländern werden zwar jeweils beachtet. Sie sind aber angesichts des inhaltlichen Fokus<sup>45</sup> und der unzureichenden Vergleichbarkeit<sup>46</sup> nicht Teil der methodengeleiteten Analyse. Während so insgesamt die qualitative Beantwortung der Forschungsfrage gewährleistet wird, erfolgt zur Bearbeitung des quantitativen Teils eine Quantifizierung der Funde. Anhand dieser zahlenmäßigen Wiedergabe der Ergebnisse wird eine unmittelbare Prüfung von Hypothese A ermöglicht. Zur Kontrolle der Hypothesen B1 und B2 finden hingegen auf der Basis der Werte zu den Grundsatz- und Wahlprogrammen zusätzlich noch Regressionen statt<sup>47</sup>. Wegen dieser Methodentriangulation kann trotz des Übergewichts des qualitativen Vorgehens von einem Mixed-Method-Ansatz gesprochen werden<sup>48</sup>.

Die anvisierten Ergebnisse sind dabei zum einen gesellschaftlich von Nutzen, da sie der Wahlbevölkerung Informationen bieten, mittels derer individuelle elektorale Entscheidungen fundierter getroffen werden können. Außerdem lässt sich ein Wert für Parteiaktive ableiten, die je nach der Gewichtung der Policy-Orientierungen im Hinblick auf die Umsetzung oder Verhinderung sozial-ökologischer Transformationen Kooperationspartner\*innen innerhalb der Parteienlandschaft identifizieren möchten – weshalb die Untersuchung mit ihren praktisch verwertbaren Ergebnissen teilweise auch einen transdisziplinären Charakter erhält<sup>49</sup>. Zum anderen ergibt sich eine wissenschaftliche Nutzbarkeit, da die Resultate im Zusammenhang mit den Wirkungen des Klimawandels auf das (partei-)politische Geschehen, den Untersuchungen der Landespolitik, und der allgemeinen „sozial-ökologi-

---

<sup>44</sup> Vgl. Stykow, Petra et al.: *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken*, 2., durchges. Aufl., München u. a. 2010, S. 150ff.

<sup>45</sup> Die methodische Erfassung bestimmter Koalitionsformen würde bspw. über den Rahmen der Arbeit hinausgehen.

<sup>46</sup> Wie in der Fallbetrachtung ausgeführt, haben bspw. derzeit nicht alle Bundesländer Klimaschutzgesetze verabschiedet.

<sup>47</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 416f.

<sup>48</sup> Vgl. Kelle, Udo: *Mixed Methods*, in: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 159-172, hier S. 159ff.

<sup>49</sup> Dies spiegelt auch die transdisziplinäre Ausrichtung der Klima(-politik)- und Transformationsforschung wider und deutet hier bereits an, dass diese gut kombinierbar sind: Vgl. Wieland: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, hier S. 94f. und: Vgl. Jaeger-Erben, Melanie et al.: *Von der Programmatik zur Praxis: Plädoyer für eine Grounded Theory transformationsorientierter Forschung*, in: GAIA 27:1 (2018), S. 117-121, hier S. 118.

schen Forschung<sup>50</sup> interdisziplinär weiterverarbeitet werden können. Die explizite wissenschaftliche Relevanz wird jedoch erst in den Theoriekapiteln genauer erörtert.

Wie aus der Darstellung des Vorgehens bereits teilweise hervorgeht, gliedert sich die Arbeit im Folgenden in drei weitere Hauptkapitel. Zuerst wird im Kapitel zwei das Forschungsdesign konkretisiert, wofür die theoretische und methodische Rahmung der Arbeit konstruiert wird. Darauf folgt die Analyse, welche in einem ersten Schritt den fallübergreifenden Kontext in den Blick nimmt. Dieser besteht aus den klimapolitischen Gestaltungsspielräumen in den Bundesländern und den jeweiligen Grundsatzprogrammen. Vor diesem Hintergrund werden anschließend die einzelnen Fälle mit dem wesentlichen Fokus auf die Wahlprogramme untersucht. Der analytische Hauptteil wird zuletzt durch eine zusammenführende Gesamtbetrachtung der in den Fallanalysen zuvor gewonnenen Einzelergebnisse abgeschlossen. Am Ende wird die Arbeit zusammengefasst und ein anschließender Ausblick formuliert.

## 2. Die Konkretisierung des Forschungsdesigns der Arbeit

Allgemein ist festzuhalten, dass die Beschreibung des Forschungsdesigns in seiner hier gewählten Form aus drei Perspektiven möglich ist. Erstens ist zu betonen, dass die am Ende gewonnenen Daten vor dem Hintergrund der in Ausgangshypothese A) dargestellten Variablenbeziehungen<sup>51</sup> in einem rekonstruierten Gesamtzusammenhang betrachtet werden<sup>52</sup>. Damit wird darauf verwiesen, dass die Wirkungen der Klimakrise, die als unabhängige Variable die von ihr abhängigen Policy-Orientierungen der relevanten Landesparteien beeinflusst, selbst keine experimentellen Ereignisse sind<sup>53</sup>. Stattdessen erfolgt eine theoretische Herausstellung des bereits vorliegenden Wirkungsmechanismus. Daher ist das Forschungsdesign grundsätzlich am ehesten als sogenanntes natürliches Experiment zu beschreiben<sup>54</sup>. Für diese Kategorisierung spricht gerade auch die Messung zu zwei

---

<sup>50</sup> Jahn, Thomas: *Sozial-ökologische Forschung. Ein neuer Forschungstyp in der Nachhaltigkeitsforschung*, in: Linne, Gudrun/ Schwarz, Michael (Hrsg.): *Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar?*, Wiesbaden 2003, ursprüngl. Opladen 2003, S. 545-555, hier S. 547. Hier ist die allgemeine sozial-ökologische Forschung gemeint: Vgl. ebd. Bezüge zu den Akteur\*innen, die sich unter dieser Forschungsrichtung teils namensgleich versammeln, werden erst an den gegebenen Stellen in den Theoriekapiteln hergestellt.

<sup>51</sup> Vgl. Kühnel, Steffen/ Dingelstedt, André: *Kausalität*, in: Baur/ Blasius (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 1401-1413, hier S. 1403.

<sup>52</sup> Vgl. Przyborski, Aglaja/ Wohlrab-Sahr, Monika: *Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung*, in: Baur/ Blasius (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 105-123, hier S. 106.

<sup>53</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 204.

<sup>54</sup> Vgl. Shadish, William R. et al.: *Experimental and Quasi-Experimental Designs for Generalized Causal Inference*, 1. Aufl., Boston/ New York 2002, S. 17.

Zeitpunkten – vor und während der Popularisierung der Klimakrise. Zwar sind die grundsätzlichen Kausalitätskriterien mit Bezug auf den logischen Aufbau der Annahmen zu dieser Anordnung erfüllt<sup>55</sup>. Dennoch ist das Vorhandensein verschiedener Designgrenzen und Störfaktoren in der Untersuchung zu respektieren.

Zweitens beinhaltet das Forschungsdesign hier Elemente eines Vergleichsdesigns. Schließlich wird angenommen, dass die Popularisierung der Klimakrise als unabhängige Variable in allen Fällen bzw. Bundesländern auf die von ihr abhängigen Policy-Orientierungen der Parteien wirkt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Veränderungen bei Letzteren grundsätzlich durch einen Anstieg der Anzahl der Nennungen sozial-ökologischer Transformationen in den Wahlprogrammen gekennzeichnet sind. Auftretende Variationen werden auf die landesspezifischen Umstände in den einzelnen Fällen zurückgeführt. Da also eine Verallgemeinerung des Wirkungsmechanismus mittels der Bearbeitung differierender Fälle angestrebt wird, handelt es sich tendenziell um ein Most Different Systems Design. Die Einschränkung hierbei ist jedoch, dass die Fallauswahl hauptsächlich bzgl. des Zeitraums der Popularisierung der Klimakrise und nicht vor dem Hintergrund der Unterschiede zwischen den Fällen stattfand.<sup>56</sup> Dennoch sticht Bremen als Stadtstaat und altes Bundesland gegenüber Brandenburg und Thüringen hervor, die sich wiederum v. a. hinsichtlich ihrer klimapolitisch so relevanten CO<sub>2</sub>-Emissionen unterscheiden<sup>57</sup> – was insbesondere an Brandenburgs ausgeprägtem Braunkohlesektor und seiner generell energieintensiven Wirtschaft liegt<sup>58</sup>. Die Bundesländer differieren also geografisch, flächenbezogen, historisch-politisch und in puncto CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Drittens ist das Forschungsdesign weder rein quantitativ noch ausschließlich qualitativ. So steht die quantitative Ausrichtung der Hypothesen<sup>59</sup> der zuvorderst qualitativ strukturierten Bearbeitung des betrachteten Materials gegenüber<sup>60</sup>. Da also sowohl theoretische als auch methodische Konkretisierungen notwendig sind, gliedert sich dieses Kapitel nachfolgend in entsprechende Unterkapitel. Innerhalb des theoretischen Unterkapitels erfolgt die für die Analyse notwendige Spezifikation der verwendeten Konzepte, wozu in erster Linie auf die Begriffe in der bestehenden Forschung rekurriert wird. Deshalb geht damit auch eine Erhebung des Forschungsstands einher, woraus gleichzeitig die explizite wissenschaftliche Relevanz des hier konstruierten Forschungsanliegens abgeleitet wird.

---

<sup>55</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 189.

<sup>56</sup> Vgl. Pickel, Susanne: *Methodologische Grundlagen des Vergleichs und Vergleichsdesigns*, in: Lauth, Hans-Joachim et al. (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, 1. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 25-45, hier S. 36-40.

<sup>57</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 125ff.

<sup>58</sup> Vgl. ebd., S. 147.

<sup>59</sup> Vgl. Stein, Petra: *Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung*, in: Baur/ Blasius (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 125-142, hier S. 126.

<sup>60</sup> Vgl. Przyborski/ Wohlrab-Sahr: *Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung*, hier S. 106.

Innerhalb des Unterkapitels zu den Methoden ist hingegen das forschungspraktische Gerüst zentral. Einerseits werden hier die Beziehungen zwischen den Variablen ausdifferenziert und die daraus folgende Auswahl der Untersuchungsobjekte spezifiziert. Andererseits wird die Operationalisierung konkretisiert, indem die einzelnen Indikatoren bestimmt werden.<sup>61</sup>

## 2.1 Der theoretische Rahmen der Arbeit

Zur besseren Nachvollziehbarkeit des aufgestellten Theoriekonstrukts wird dieses entlang vier aufeinander aufbauender Unterkapitel gegliedert. Zuerst werden die überwiegend soziologischen Konzepte spezifiziert, die für die darauffolgende sozialwissenschaftliche Erfassung der Klimakrise notwendig sind. Daran schließt die politikwissenschaftliche Ausdifferenzierung der Annahmen zu den politischen Wirkungen der Klimakrise an. Zuletzt wird der Forschungsstand zur Klimapolitik vor dem Hintergrund der Erklärung der Ausgestaltung spezifischer Policys aufgearbeitet und das Konzept der sozial-ökologischen Transformationen darin verortet.

### 2.1.1 Die soziologischen Ausgangspunkte der Analyse

Wie aus dem ersten Kapitel hervorgeht, beruht der theoretische Rahmen auf einem Geflecht aus Konzepten, die in der Soziologie verwendet werden und an dessen Ende die sozial-ökologischen Transformationen stehen. Letzteren werden in der vielfältigen Literatur allerdings verschiedene Inhalte zugeschrieben, wie Karl-Werner Brand treffend zusammenfasst<sup>62</sup>. Da sich hier dafür entschieden wird, an sie ursprüngliche Variante des Konzepts anzuschließen, wird zur Vermeidung eines Interpretationsspielraums zunächst die konkrete Herkunft der Begriffskombination betrachtet und diese im Anschluss von anderweitigen Auffassungen differenziert. So wird gleichzeitig die Grundlage für die Erfassung der Klimakrise und die Verbindung mit den politikwissenschaftlichen Konzepten geschaffen.

Den allgemeinen Entstehungskontext der verwendeten Konzepte stellt die Nachhaltigkeitsdebatte dar, welche sich wiederum im Zusammenhang mit dem weltweit gestiegenen Umweltbewusstsein in den 1970ern entwickelte. In dieser Zeit wurden Umweltprobleme an sich zwar vermehrt identifiziert, jedoch nicht grundsätzlich gelöst. Als ein Grund hierfür

---

<sup>61</sup> Eine genauere Erläuterung der einzelnen Begriffe zum Vorgehen lässt sich hier finden: Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 6-9.

<sup>62</sup> Vgl. Brand, Karl-Werner: *Disruptive Transformationen. Gesellschaftliche Umbrüche und sozial-ökologische Transformationsdynamiken kapitalistischer Industriegesellschaften – ein zyklisch-struktureller Erklärungsansatz*, in: Berliner Journal für Soziologie 28:3 (2018), S. 479-509, hier 483.

ist zu benennen, dass die gesellschaftlichen Ursachen nicht hinreichend mitgedacht und bearbeitet wurden. Die wissenschaftlichen Akteur\*innen in der Nachhaltigkeitsdebatte konzentrierten sich deshalb zunehmend darauf, die Umwelt nicht mehr allein zu betrachten. Stattdessen arbeiteten sie die Einflüsse der Gesellschaft auf diese stärker heraus.<sup>63</sup> Ganz konkret entstand daher in den 1980ern<sup>64</sup> „am *Institut für sozial-ökologische Forschung* in Frankfurt“<sup>65</sup> (Herv. i. O.) das „Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“<sup>66</sup>. Dieses subsumiert die auch schon im ersten Kapitel benannten Beziehungen zwischen der Gesellschaft und ihrer Umwelt<sup>67</sup>. Somit bildet es gleichzeitig den Ausgangspunkt für die weiteren Konzeptentwicklungen, deren Entstehen im Folgenden weiter nachskizziert wird. Da das dahinterstehende Institut ausdrücklich interdisziplinär forscht, handelt es sich bei der soziologischen Rezeption der Begriffe lediglich um die Einnahme einer sozialwissenschaftlichen Perspektive<sup>68</sup>. Jene wurde ursprünglich v. a. von Christoph Görg<sup>69</sup> bzw. Thomas Jahn und Peter Wehling<sup>70</sup> entwickelt. Nur dadurch, dass diese Betrachtungsweise überhaupt möglich ist, wird jedoch die Basis des politikwissenschaftlichen Anschlusses an die Konzepte gewährleistet.

Zwar hielt das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu Beginn selbst nicht explizit Einzug in die globale Debatte. Allerdings erhielt die gesellschaftliche Dimension ökologischer Probleme „international [...] via the Brundtland Commission report ‘Our Common Future’ [...] and the subsequent United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) in Rio de Janeiro in 1992“<sup>71</sup> generell verstärkt Beachtung<sup>72</sup>. Dabei stieg auch weiter das breite politische Bewusstsein, dass der Umgang mit der Umwelt zur Sicherung der menschlichen Lebensgrundlagen insgesamt nachhaltig organisiert

---

<sup>63</sup> Vgl. Rink, Dieter/ Wächter, Monika: *Vorwort*, in: Dies. (Hrsg.): *Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2004, S. 7-10, hier S. 7.

<sup>64</sup> Vgl. Jahn, Thomas/ Wehling, Peter: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts*, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 1998, ursprüngl. Opladen 1998, S. 75-93, hier S. 80.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Becker et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, hier S. 77.

<sup>67</sup> Vgl. ebd.

<sup>68</sup> Vgl. Wächter, Monika/ Janowicz, Cedric: *Sozial-ökologische Forschung als soziale Innovation – Kann ein Forschungsprogramm die Gesellschaft verändern?*, in: Beck, Gerald/ Kropp, Cordula (Hrsg.): *Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure?*, 1. Aufl., Wiesbaden 2012, S. 297-313, hier S. 302ff.

<sup>69</sup> Vgl. Görg, Christoph: *Gestaltung als Strukturproblem. Zu einer Soziologie gesellschaftlicher Naturverhältnisse*, in: Brand (Hrsg.): *Soziologie und Natur*, S. 53-74, hier S. 53ff.

<sup>70</sup> Vgl. Jahn/ Wehling: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, hier S. 82ff.

<sup>71</sup> Brand, Karl-Werner: *Sustainable Development*, in: Wright, James D. (Hrsg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Bd. 23, 2. Aufl., Amsterdam u. a. 2015, S. 812-816, hier S. 812.

<sup>72</sup> Vgl. ebd.

werden muss<sup>73</sup>. Beide folgenreiche Entwicklungen spiegeln sich in Deutschland v. a. an zwei Stellen innerhalb der politisch-administrativen Sphäre wider.

Erstens repräsentiert der im Jahr 1994 veröffentlichte Schlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“, dass die gesellschaftliche Komponente ökologischer Krisen und insbesondere klimatischer Veränderungen vermehrt betont wurde<sup>74</sup>. In diesem Zusammenhang wird im Bericht i. V. m. dem Nachhaltigkeitsziel außerdem abgeleitet, dass zukünftig allem voran eine Umstrukturierung des Energiesektors notwendig ist. Dafür erfolgt am Rande auch eine Einführung des Begriffs der Transformation<sup>75</sup>. Zweitens übernahm diese Perspektiven ebenso der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), welcher der Bundesregierung beratend zur Seite steht,<sup>76</sup> in seinem Gutachten von 1994<sup>77</sup> – wenngleich die Notwendigkeit einer Transformation hier eher im wirtschaftlichen Bereich herauskristallisiert wird<sup>78</sup>.

Dieser diskursive Rahmen führte im Weiteren dazu, dass Wissenschaftler\*innen des Frankfurter Instituts ihren Ansatz bzw. die Konzepte, die an jenes der gesellschaftlichen Naturverhältnisse anschließen, weiterentwickelten bzw. konkretisierten. Im Einzelnen handelt es sich hierbei im soziologischen Kontext zunächst um die basale Form der gesellschaftlichen Naturverhältnisse,<sup>79</sup> zu deren Beschreibung auf den aktuellen Forschungsstand zu verweisen ist, den Becker und Jahn mit Diana Hummel repräsentieren. So zählen dazu alle Naturverhältnisse, die „sowohl für die individuelle als auch für die gesellschaftliche Reproduktion und Entwicklungsfähigkeit unverzichtbar sind“<sup>80</sup>. Außerdem gehören zu den anknüpfenden Konzepten die bereits benannten Regulationen, d. h. die spezifischen „Ausgestaltungen“<sup>81</sup> der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. So wurde wissenschaftlich erfassbar, dass die bisher identifizierten Umweltprobleme, die durch gesellschaftliche Wirkungen entstanden und entstehen, nicht-nachhaltige, d. h. nicht zukunftsfähige Regulationsmuster darstellen. Aus dieser Konzeptualisierung fand schließlich die Ableitung statt, dass Veränderungen der Regulationen notwendig sind, die vorerst oh-

---

<sup>73</sup> Vgl. Ranke, Ulrich: *Klima und Umweltpolitik*, 1. Aufl., Berlin 2019, S. 87.

<sup>74</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: *Schlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ zum Thema Mehr Zukunft für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz* –, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/8600, Berlin 1994, S. 3.

<sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 108.

<sup>76</sup> Vgl. Hustedt, Thuid: *Analyzing Policy Advice: The Case of Climate Policy in Germany*, in: *Central European Journal of Public Policy* 7:1 (2013), S. 88-110, hier S. 103f.

<sup>77</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: *Unterrichtung durch die Bundesregierung. Umweltgutachten 1994 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen. Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung*, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/6995, Berlin 1994, S. 45.

<sup>78</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>79</sup> Vgl. Jahn/ Wehling: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, hier S. 86-89.

<sup>80</sup> Becker et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, hier S. 78.

<sup>81</sup> Ebd., hier S. 80.



ne weiteren Zusatz einfach als Transformationen bezeichnet wurden – so zuletzt in einem Beitrag von Thomas Jahn und Peter Wehling im Jahr 1998<sup>82</sup>.

Wie aus der Erörterung des wissenschaftlichen und politischen Kontexts für die BRD der 1990er Jahren hervorgeht, waren die verschiedenen Diskurssphären teils eng miteinander verwoben und sorgten für eine wechselseitige Weiterentwicklung. So entschied sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung am Anfang der ersten Amtszeit Gerhard Schröders dafür, die interdisziplinäre Herangehensweise des Frankfurter Ansatzes zu institutionalisieren. Dies geschah über eine Förderung des Bereichs der so benannten Sozial-ökologischen Forschung, der im Jahr 1999 innerhalb der Forschung im Nachhaltigkeitsrahmen installiert wurde und bis heute besteht<sup>83</sup>. Das gleichnamige Frankfurter Institut ist dabei nicht mit dieser Förderung kohärent. Jedoch waren es seine Wissenschaftler\*innen um Egon Becker, Thomas Jahn und Engelbert Schramm, die den Rahmen dafür herausgearbeitet haben und seit der Umsetzung am Projekt beteiligt sind<sup>84</sup>. Neben der Hervorhebung des Frankfurter Ansatzes ging damit laut Becker und Jahn einher, dass die Begriffskombination des Sozial-ökologischen eine besondere Stellung erhielt<sup>85</sup>. Augenscheinlich führte dies schließlich dazu, dass die konzeptionell beschriebenen Veränderungen der Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse nicht mehr nur als Transformationen bezeichnet werden. Stattdessen erhielten sie von Becker und Jahn im Jahr 2000 erstmals die weiteren Konzeptergänzungen und heißen seither sozial-ökologische Transformationen<sup>86</sup>. Außerdem wurde hinzugefügt, dass Letztere sich immer innerhalb einzelner „sozial-ökologischer Systeme“<sup>87</sup> bewegen. Da in der Analyse landesspezifische Policy-Orientierungen betrachtet werden, bedeutet dies, dass die Bundesländer die hauptsächlichen Bezugssysteme bilden.

Anhand der Rekonstruktion dieser Gesamtentwicklung wird auch der innovative Charakter des Instituts, Projekts und allgemeinen Wissenschaftsstrangs der sozial-ökologischen

---

<sup>82</sup> Vgl. Jahn/ Wehling: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, hier S. 87-89.

<sup>83</sup> Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: *Gesellschaft: Sozial-ökologische Forschung*, Internetseite des Rahmenprogramms Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, URL: <https://www.fona.de/de/themen/gesellschaft-sozial-oekologische-forschung.php> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>84</sup> Vgl. Becker, Egon et al.: *Sozial-ökologische Forschung. Rahmenkonzept für einen neuen Förderschwerpunkt. Gutachten im Auftrag des BMBF*, Studententext des Instituts für sozial-ökologische Forschung Nr. 6, Frankfurt a. M. 1999, S. 1-55.

<sup>85</sup> Vgl. Becker, Egon/ Jahn, Thomas: *Konturen und Gegenstand*, in: Dies. (Hrsg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2006, S. 70-89, hier S. 78.

<sup>86</sup> Vgl. Becker, Egon/ Jahn, Thomas: *Sozial-ökologische Transformationen: Theoretische und methodische Probleme transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung*, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Nachhaltigkeit und Transdisziplinarität. Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse der Nachhaltigkeitsforschung*, 1. Aufl., Berlin 2000, S. 68-84, hier S. 69f.

<sup>87</sup> Becker et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, hier S. 91.

Forschung deutlich<sup>88</sup>. Dieser ist auch hinsichtlich der Betrachtung der Policy-Neuorientierungen der relevanten Landesparteien von Bedeutung. So ist die Forschungsrichtung selbst aus der innovationsfördernden Erkenntnis hervorgegangen, dass Gesellschaften beim Auftreten von Umweltproblemen ihre Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse transformieren müssen, um fortbestehen zu können. Gleichzeitig bietet die Forschung die Grundlage dafür, diese sozial-ökologischen Transformationen konzeptionell darzustellen. Da in diesem Grundgerüst keine Aussage darüber getroffen wird, wie diese sich im Einzelnen ausgestalten, bietet sich wiederum ein innovationsoffener Raum, der sich mit konkreten politischen Inhalten, also Policies, füllen lässt. Somit ist der Rahmen für die politikwissenschaftlichen Anknüpfungen gegeben, die insbesondere im Unterkapitel 2.1.3 herausgearbeitet werden.

Zur weiteren Schärfung des hier verwendeten Konzepts der sozial-ökologischen Transformationen ist eine Abgrenzung seiner einzelnen Dimensionen, also des Sozial-ökologischen und des Transformativen, von anderweitigen Verständnissen notwendig. Mit Bezug auf die erste Dimension ist darauf zu verweisen, dass die Soziale Ökologie einen eigenen Forschungszweig darstellt, innerhalb dessen sich der Frankfurter Ansatz verorten lässt. Daher ist zwar auch die Identifikation weiterer Konzeptionsvarianten möglich<sup>89</sup>. Jedoch wird ersichtlich, dass der Frankfurter Ansatz wegen seiner grundlagenbildenden und sehr umfassenden Ausarbeitung innerhalb des Forschungsfelds eine besondere Stellung einnimmt<sup>90</sup>. Hinsichtlich seiner Verwendung in dieser Arbeit erweist er sich sowohl deshalb als auch angesichts seiner sozialwissenschaftlichen Nutzbarkeit als geeigneter gegenüber anderen Varianten.

Bezogen auf die zweite Dimension ist auf einen Sammelband von Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener zu rekurrieren, in dem ein Überblick über die breit gefächerte Transformationsforschung gegeben wird. Entsprechend der darin enthaltenen Definition lassen sich sozial-ökologische Transformationen – innerhalb des Verständnisses des Frankfurter Ansatzes – als allgemeine Wandlungsvorgänge einordnen. Ausgehend von der bisherigen Konzeptualisierung können diese ebenso Regulationsveränderungen in einem konkreten Bereich sein wie auch gesamte Gesellschaften betreffen. Dabei sind aufgrund des späteren Fokus auf die Policy-Orientierungen bzgl. ihrer Ausge-

---

<sup>88</sup> Vgl. Wächter/ Janowicz: *Sozial-ökologische Forschung als soziale Innovation*, hier S. 306-309.

<sup>89</sup> Vgl. Kramm, Johanna et al.: *Societal Relations to Nature in Times of Crisis—Social Ecology's Contributions to Interdisciplinary Sustainability Studies*, in: Dies. (Hrsg.): *Social Ecology. State of the Art and Future Prospects*, 1. Aufl., Basel u. a. 2017, S. 1-12, hier S. 1f.

<sup>90</sup> Siehe hierzu den Sammelband seiner Vertreter\*innen: Vgl. Becker/ Jahn (Hrsg.): *Soziale Ökologie*.

staltung v. a. die Elemente der Steuerung und Innovation von Relevanz.<sup>91</sup> Schließlich handelt es sich bei sozial-ökologischen Transformationen um Prozesse<sup>92</sup>, deren politische Anfangspunkte in Policy-Vorhaben zu lokalisieren sind. Insgesamt kann mit diesen eine Vielzahl einzelner Wandlungsvorgänge oder eine Transformation auf der Makroebene angestrebt werden. In der Gesamtform stellen diese beiden Entwicklungsmöglichkeiten Gesellschaftstransformationen dar, die eher dem sozialwissenschaftlich geläufigeren Transformationsverständnis entsprechen<sup>93</sup>. Diese werden v. a. dadurch definiert, dass sie tiefgreifender sind und länger andauern<sup>94</sup> als Transformationen auf der Mikro- oder Mesoebene<sup>95</sup>. Deshalb wird zuletzt auf den Forschungsstand zu dieser Makroebene eingegangen.

In der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung ist als Ursprung das vielfach zitierte Werk von Karl Polanyi zu benennen<sup>96</sup>, das auch im sozial-ökologischen Kontext rezipiert wird<sup>97</sup>. An Polanyi ist diesbezüglich jedoch aufgrund seines schwerpunktmäßigen Rückblicks<sup>98</sup> auf v. a. wirtschaftlich begründete Entwicklungen<sup>99</sup> genauso wenig ein unmittelbarer Anschluss möglich, wie auf den Großteil der Ausarbeitungen in der Politikwissenschaft. Für Letztere zeigt Wolfgang Merkel auf, dass in erster Linie allein politisch-systemische Wandel im Mittelpunkt stehen<sup>100</sup>. Stattdessen ist eine Verortung innerhalb der sozial-ökologisch konnotierten und auf zukünftige Entwicklungen konzentrierten Beiträge möglich<sup>101</sup>.

Aus der Durchsicht der dazugehörigen Werke wird erkennbar, dass jeweils weniger der Frankfurter Ansatz im Mittelpunkt steht als vielmehr die allgemeine Nachhaltigkeitsdebatte und ihre verschiedenartig erfassbaren sozialen Implikationen. Beispiele hierfür sind die Ausführungen von Alain Lipietz<sup>102</sup>, Rolf Reißig<sup>103</sup>, Bernd Sommer und Harald Welzer<sup>104</sup>

---

<sup>91</sup> Vgl. Kollmorgen, Raj et al.: *Transformation und Transformationsforschung. Zur Einführung*, in: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Transformationsforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 11-27, hier S. 11f.

<sup>92</sup> Vgl. Held, Martin: *Zeiten der Großen Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung*, in: Bohn, Carolin et al. (Hrsg.): *Gegenwart und Zukunft sozial-ökologischer Transformation*, 1. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 175-187, hier S. 180ff.

<sup>93</sup> Vgl. Brand: *Disruptive Transformationen*, hier S. 483.

<sup>94</sup> Vgl. Kollmorgen et al.: *Transformation und Transformationsforschung*, hier S. 17.

<sup>95</sup> Vgl. Becker et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, hier S. 81f.

<sup>96</sup> Vgl. Kollmorgen et al.: *Transformation und Transformationsforschung*, hier S. 14-18.

<sup>97</sup> Exemplarisch: Vgl. Brand, Ulrich: *Sozial-ökologische Transformation*, in: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, 1. Aufl., Bielefeld 2016, S. 277-282, hier S. 277f.

<sup>98</sup> Vgl. Brand: *Einleitung*, hier S. 26.

<sup>99</sup> Vgl. Polanyi, Karl: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*, 2. Aufl., Boston 2001, S. 35-228.

<sup>100</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 62-66.

<sup>101</sup> Vgl. Sommer, Bernd/ Welzer, Harald: *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*, 1. Aufl., München 2017, S. 16.

<sup>102</sup> Vgl. Lipietz, Alain: *Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie*, Übersetzung von Frieder Otto Wolf, 1. Aufl., Münster 2000, S. 9ff.

sowie jene in den Sammelbänden von Fred Luks<sup>105</sup> und Klaus Dörre et al.<sup>106</sup>. Auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)<sup>107</sup> zur Großen Transformation<sup>108</sup> reiht sich in den Forschungsstand mit ein – auch wenn dieses nicht allein sozialwissenschaftlich ist. Die Analyse in dieser Masterarbeit ist im Umfeld dieser Untersuchungen insofern eingebettet, als sich die erfassten Policy-Orientierungen in der zusammenführenden Gesamtbetrachtung der Fallergebnisse in Kapitel 3.3 innerhalb gesellschaftstransformierender Entwicklungen verorten lassen. Da Gesellschaftstransformationen immer erst rückblickend als solche erfassbar sind<sup>109</sup> und sich bspw. anhand der Energiewende erste Wandlungsvorgänge nachvollziehen lassen<sup>110</sup>, stellen Policy-Orientierungen dabei wegen ihrer inhärenten Zukunftsorientierung lediglich Anfangs- bzw. Fortsetzungspunkte stattfindender Transformationsentwicklungen dar.

Eine Ausnahme bzgl. des Frankfurter Ansatzes bildet erstens der Sammelband von Karl-Werner Brand, in dem die genuinen Konzepte explizit aufgegriffen werden<sup>111</sup>. Aus dem Blickwinkel seines Fokus auf die Makroebene schlussfolgert er, dass

„[g]esellschaftliche Transformationsprozesse [...] nun doch, zumindest was zentrale sozial-ökologische Entwicklungsdynamiken betrifft, unter dem radikaleren Anspruch einer umfassenden kollektiven Gestaltung [stehen]. Die Frage ist, welche neuen Konfliktkonstellationen, institutionellen Innovationen und Transformationsdynamiken aus diesem Anspruch erwachsen.“<sup>112</sup>

Dies reiht sich in die generelle Transformationsforschung ein und kontextualisiert die Forschungsfrage der Arbeit weiter. Schließlich ist das Nachvollziehen von Innovationen sowie entstehenden Konstellationen bzw. Konflikten und Dynamiken im Zuge sozial-ökologischer Transformationen unabhängig von ihrem Ausmaß möglich. Folglich sind diese Aspekte auch für die Erklärung der Entstehung von entsprechend gerahmten Policy-Orien-

---

<sup>103</sup> Vgl. Reißig, Rolf: *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, 1. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 195ff.

<sup>104</sup> Vgl. Sommer/ Welzer: *Transformationsdesign*, S. 15-27.

<sup>105</sup> Exemplarisch: Vgl. Luks, Fred: *(Große) Transformation – die neue große Nachhaltigkeitserzählung?*, in: Ders. (Hrsg.): *Chancen und Grenzen der Nachhaltigkeitstransformation Ökonomische und soziologische Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 3-18, hier S. 3f.

<sup>106</sup> Exemplarisch: Vgl. Adloff, Frank/ Neckel, Sighard: *Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? Die Zukünfte der Nachhaltigkeit*, in: Dörre, Klaus et al. (Hrsg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, 1. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 167-180, hier 173.

<sup>107</sup> Vgl. WBGU: *Hauptgutachten. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, 2., veränd. Aufl., Berlin 2011, S. 29ff.

<sup>108</sup> Vgl. ebd., S. I. Die Benennung zur Beschreibung des Wandels bezieht sich ausdrücklich auf Polanyi: Vgl. ebd., S. 5.

<sup>109</sup> Vgl. ebd., S. 91.

<sup>110</sup> Vgl. Wissen, Markus: *Kommodifizierte Kollektivität? Die Transformation von Mobilität aus einer Polanyi'schen Perspektive*, in: Dörre et al. (Hrsg.): *Große Transformation?*, S. 231-243, hier S. 231f.

<sup>111</sup> Vgl. Brand, Karl-Werner: *Das Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Wie Gesellschaften Umweltprobleme produzieren und damit umgehen*, in: Ders. (Hrsg.): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt*, S. 35-49, hier S. 35.

<sup>112</sup> Brand: *Einleitung*, hier S. 27.

tierungen nutzbar. Somit wird die im ersten Kapitel formulierte Forschungsfrage mit ihren Implikationen in theoretischer Hinsicht fundiert.

Zweitens schließt zwar auch der Beitrag von Görg et al. an das ursprüngliche Konzept an. Allerdings wird in diesem eine bewusst normative Weiterentwicklung angestrebt<sup>113</sup>, weshalb er im Zuge der Rekonstruktion des genuinen Entstehungskontexts nicht genannt wurde. Einerseits wird sich zur objektiven Erfassung der Policy-Orientierungen von derartigen inhaltlichen Ergänzungen abgegrenzt, welche die spezifische Ausgestaltung der Transformationen betreffen. Aus dem Artikel von Görg et al. lässt sich aber andererseits vor dem Hintergrund des Analyseziels in dieser Arbeit bestätigen, dass zur Umsetzung sozial-ökologischer Transformationen die Interessen- und Machtkonstellationen zwischen den beteiligten Akteur\*innen eine zentrale Rolle spielen. In Verbindung mit ihnen stehen v. a. die wirtschaftlichen Akteur\*innen im Mittelpunkt. Dabei wird von den Autor\*innen ebenso hervorgehoben, dass die Transformationen zwar über Policies transportiert werden, aber auch auf Veränderungen auf der Politics- und Polity-Ebene abzielen können.<sup>114</sup>

Trotz dieser politikwissenschaftlichen Erfassbarkeit wurde der Begriff der sozial-ökologischen Transformationen innerhalb eines konkret parteipolitischen Kontexts bisher nur von zwei Autoren ausführlicher aufgegriffen. So versteht Ulrich Brand sozial-ökologische Transformationen als Teil „progressiver Politik“<sup>115</sup>, womit er sie eher auf der linken Seite des politischen Spektrums verortet<sup>116</sup>. Außerdem verweist er passend dazu auch darauf<sup>117</sup>, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Grünen und Die Linke<sup>118</sup> ihn bei seiner Begriffsetablierung der sozial-ökologischen Transformation in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ unterstützt haben.<sup>119</sup> Diese einseitige parteipolitische Zustimmung ist u. a. damit zu erklären, dass Ulrich Brand den Begriff generell normativ und v. a. sozialpolitisch stärker auflädt<sup>120</sup>. Daher kann für die weitere Analyse lediglich die Erkenntnis übernommen werden, dass es sich bei transformativer Politik um inhärent progressive Politik handelt. Hinsichtlich der spezi-

---

<sup>113</sup> Vgl. Görg, Christoph et al.: *Challenges for Social-Ecological Transformations: Contributions from Social and Political Ecology*, in: Kramm et al. (Hrsg.): *Social Ecology*, S. 31-51, hier S. 32.

<sup>114</sup> Vgl. ebd., hier S. 38ff.

<sup>115</sup> Brand, Ulrich: *Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt*, in: *Kurswechsel* 29:2 (2014), S. 7-18, hier S. 13.

<sup>116</sup> Vgl. ebd.

<sup>117</sup> Vgl. Brand: *Sozial-ökologische Transformation*, hier S. 279.

<sup>118</sup> Zur Abgrenzung von der allgemeinen politischen Linken wird die Partei Die Linke erst im Anhang abgekürzt und ohne Artikel als Linke bezeichnet.

<sup>119</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/13300, Berlin 2013, S. 483ff.

<sup>120</sup> Vgl. Brand: *Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt*, hier S. 12f.

fischen Policy-Orientierungen wird damit allerdings noch keine Aussage getroffen, welche Parteien sozial-ökologische Transformationen entsprechend der hier gewählten Konzeptualisierung anstreben.

Der zweite Autor ist Felix Butzlaff, der in seiner Analyse von Parteiprogrammatiken explizit nach der sozial-ökologischen Transformation sucht. Der Autor wählt hierzu zum einen die Grundsatzprogramme der größeren Parteien in Deutschland und Österreich aus, ohne allerdings das genaue Auswahlkriterium zu nennen. Zum anderen werden die jeweils letzten Koalitionsverträge der beiden Bundesregierungen und Wahlprogramme der beiden grünen Parteien einbezogen. Butzlaff geht dabei vollkommen ohne Methode und Ausdifferenzierung des Konzepts vor und schaut sich scheinbar frei die Politikfelder Umwelt bzw. Klima an. Er findet mit einer Ausnahme keine Bezüge auf sozial-ökologische Transformationen – nur die Alternative für Deutschland (AfD) spricht sich ausdrücklich gegen derartige Vorhaben aus. Dieses Ergebnis wird vom Autor am Ende mit der gesellschaftlichen Entkoppelung der Parteien und ihrem aktuellen Unvermögen, so große Vorhaben zu gestalten, begründet. Daraus wird ersichtlich, dass er die sozial-ökologische Transformation einzig als ein großes Projekt sieht und nicht, wie sie hier konzeptualisiert wurde. Insgesamt erscheint die Untersuchung so relativ oberflächlich.<sup>121</sup> Es kann einzig daran angeschlossen werden, dass „Parteien [...] als intermediäre[n] und sammelnde[n] Institutionen [...] für eine etwaige sozial-ökologische Transformation eine Schlüsselrolle zukommt“<sup>122</sup>. Dieser Aspekt wird in Kapitel 2.1.3 weiter behandelt.

Mit dieser Betrachtung des Forschungsstands rückt die im ersten Kapitel formulierte Annahme in den Vordergrund, dass Parteien ihre Policies grundsätzlich an sozial-ökologischen Transformationen orientieren können. Dabei ist aufgrund der Pluralität der Parteien davon auszugehen, dass sich die Transformationsansätze, unabhängig von ihrer Reichweite, ebenso vielfältig gestalten. Um also die entstehenden Konstellationen, die sich aus den Funden zu den Policy-Orientierungen ableiten lassen, theoretisch kontextualisieren zu können, ist auf das Werk von Frank Adler und Ulrich Schachtschneider zurückzugreifen. Diese konzentrieren sich entgegen einer Vielzahl der Veröffentlichungen nicht auf die konkrete praktische Umsetzung durch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen<sup>123</sup>. Stattdessen geben sie einen generellen theoretischen Überblick über sozial-ökologische Transformationsansätze. Diese unterteilen sie mit Bezug auf „westlich moderne kapitalistische Ge-

---

<sup>121</sup> Vgl. Butzlaff, Felix: *Der Verlust des Gestaltungsanspruchs. Über Parteien als programmatische Avantgarde einer gesellschaftlichen Transformation*, in: Blühdorn, Ingolfur (Hrsg.): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, 1. Aufl., Bielefeld 2020, S. 173-203, hier S. 189-196.

<sup>122</sup> Ebd., hier S. 174.

<sup>123</sup> Exemplarisch: Vgl. Burkhart, Corinna et al.: *Degrowth als Teil des Mosaiks der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation*, in: Dies (Hrsg.): *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*, 1. Aufl., München 2017, S. 402-414, hier S. 402ff.

sellschaften<sup>124</sup> in systemerhaltende, systemüberschreitende und in beide Richtungen offene Varianten<sup>125</sup>. Die politikwissenschaftliche Einordnung der Erscheinung solcher Ansätze in Policy-Orientierungen erfolgt insbesondere in Kapitel 2.1.3.

Für die weiteren Teile der Ausarbeitung ist also zu vermerken, dass sich einerseits ein allgemeines Forschungsdesiderat bzgl. der parteipolitischen Ausgestaltung sozial-ökologischer Transformationen ergibt. Dieses lässt sich i. V. m. der im ersten Kapitel benannten und in Kapitel 2.1.4 spezifizierten Forschungslücke zur Klimapolitik auf der Landesebene bearbeiten. Andererseits ergibt sich aus diesem Unterkapitel, dass das Konzeptgeflecht um die sozial-ökologischen Transformation in dreifacher Hinsicht eine mehrfach nutzbare Grundlagenbildung für die weiteren Abschnitte darstellt. Erstens ist es unter Anwendung der Konzepte der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und ihrer Regulationen möglich, die Klimakrise als sozial-ökologisches Problem zu erfassen. Zweitens lassen sich die Policy-Vorhaben, von denen angenommen wird, dass sie in den Parteiprogrammen als Lösungsansätze zur Bewältigung der Klimakrise formuliert werden, als sozial-ökologische Transformationsvarianten objektiv erfassen. Drittens ermöglicht die Einbettung in die bestehende Literatur in Kapitel 3.3 außerdem eine Einschätzung, inwiefern die einzelnen angestrebten Veränderungen Teil eines größeren Gesellschaftswandels sind.

### **2.1.2 Die konzeptionelle Erfassung der Klimakrise**

Anschließend an die bestehenden theoretischen Ausführungen verfolgt dieses Kapitel mehrere Logiken. Für die allgemeine Rahmung wird darauf abgezielt, die Klimakrise als ein Fehlschlagen der nachhaltigen Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse konzeptionell zu erfassen und daraus die Ableitung der Notwendigkeit sozial-ökologischer Transformationen zu spezifizieren. Gleichzeitig wird im Hinblick auf das Forschungsdesign herausgestellt, warum die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen im Kontext der Popularisierung der Klimakrise für sich eine sogenannte critical juncture und damit natürliche Besonderheit darstellen<sup>126</sup>. So wird insgesamt auch an das von Martin Voss for-

---

<sup>124</sup> Adler, Frank/ Schachtschneider, Ulrich: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise*, 1. Aufl., München 2010, S. 16.

<sup>125</sup> Vgl. ebd., S. 15-18. Die einzelnen Ansätze haben dabei wiederum eigene Ursprünge in verschiedenen Forschungssträngen, die bspw. auf die Nachhaltigkeitsdebatte zurückzuführen sind: Vgl. ebd.

<sup>126</sup> Vgl. Beyer, Jürgen: *Pfadabhängigkeit*, in: Wenzelburger/ Zohlnhöfer (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, S. 149-171, hier S. 149.

multierte Forschungsdesiderat angeschlossen, sozialwissenschaftliche Perspektiven auf den Klimawandel weiter auszubauen<sup>127</sup>.

Generell ist hinsichtlich des Forschungsstands festzustellen, dass sich die Klimakrise innerhalb der theoretischen Konzeptsammlung nahtlos als Ursache für die Erfordernis von sozial-ökologischen Transformationen einfügen lässt. So wurde sie bereits von Becker et al. in der ursprünglichen Konzeptentwicklung als potenzielle Ursache ausgemacht<sup>128</sup>. Achim Brunnengräber und Melanie Weber<sup>129</sup> sowie Christoph Görg<sup>130</sup> haben daran angeknüpft und zuletzt den Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen explizit aufgegriffen und den Klimawandel als deren krisenhafte Erscheinung erfasst. Dabei sieht Görg die Klimakrise im Kontext des Konzepts auch als Ursache des allmählichen Erstarkens der globalen Klimabewegung seit den 2000ern<sup>131</sup>. Fritz Reusswig betont schließlich, dass mit der Klimakrise die Lage zur Umsetzung sozial-ökologischer Transformationen ausdrücklich verbessert wurde, weil durch die Schwere der Problematik drängende Handlungsanreize für ein gesellschaftliches Gegensteuern bestehen<sup>132</sup>.

Obwohl die Klimakrise in den zurückliegenden Jahrzehnten also bereits theoretisch und gesellschaftlich wahrgenommen wurde, konnte sie als Problemlage noch nicht beseitigt werden. Dennoch kann anhand klimaschützender Maßnahmen nachvollzogen werden, dass durchaus die Mittel bestehen, gesellschaftlich bzw. politisch mit der Klimakrise umzugehen<sup>133</sup>. Warum sich der Erfolg bislang jedoch nicht einstellte und insbesondere seit dem Jahr 2019 ein besonderer gesellschaftlicher bzw. politischer Anreiz besteht, dies zu ändern, ist eine Rekonstruktion der historischen klimapolitischen Entwicklungen notwendig.

Aus dieser geht hervor, dass die Bearbeitung des Klimawandels im Gegensatz zu seinen anthropogenen Ursachen in historischen Maßstäben eine kurze Geschichte vorzuweisen hat. Denn obwohl der Naturwissenschaftlicher Svante Arrhenius bereits 1896 erst-

---

<sup>127</sup> Vgl. Voss, Martin: *Einleitung: Perspektiven sozialwissenschaftlicher Klimawandelforschung*, in: Ders. (Hrsg.): *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 9-40, hier S. 10 und 25.

<sup>128</sup> Vgl. Becker et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, hier S. 82.

<sup>129</sup> Vgl. Brunnengräber, Achim/ Weber, Melanie: *Klimawandel als Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Zur Mehrebenenstruktur in der Klimapolitik*, in: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 24:47 (2004), S. 108-118, hier S. 108 und 117.

<sup>130</sup> Vgl. Görg, Christoph: *Vom Klimaschutz zur Anpassung: gesellschaftliche Naturverhältnisse im Klimawandel*, in: Voss (Hrsg.): *Der Klimawandel*, S. 347-362, hier S. 347.

<sup>131</sup> Vgl. Görg, Christoph/ Bedall, Philip: *Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse*, in: Dietz, Matthias/ Garrelts, Heiko (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 75-105, hier S. 87-90.

<sup>132</sup> Vgl. Reusswig, Fritz: *Das Transformationspotenzial des anthropogenen Klimawandels*, in: Brand (Hrsg.): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt*, S. 155-187, hier S. 178-182.

<sup>133</sup> Vgl. Görg: *Vom Klimaschutz zur Anpassung*, hier S. 347.



mals Theorien zu einem drohenden Klimawandel veröffentlichte<sup>134</sup>, folgten klimapolitische Schritte erst zum Ende des 20. Jahrhunderts. Dies ist damit zu begründen, dass die kognitive Grundlage zum Erkennen dieses Problemfelds erst durch das global erhöhte Umweltbewusstsein seit den 1970ern gebildet wurde<sup>135</sup>. So lässt sich v. a. am Beispiel der BRD explizit nachvollziehen, dass die ersten Lerneffekte bzgl. der Klimakrise in den 1980ern<sup>136</sup> in einer Intensivierung der Politiken gegen den Klimawandel mündeten<sup>137</sup>. Wie laut Frank Uekötter mit Bezug auf die internationale Ebene als folgender Meilenstein festzuhalten ist, führte jene neuartige Schwerpunktsetzung zur „Klimarahmenkonvention, die 1992 auf dem Erdgipfel von Rio de Janeiro unterzeichnet wurde“<sup>138</sup>. Auch die BRD trägt diese als Vertragsstaat von Beginn an mit<sup>139</sup>.

Neben weiteren nationalen wie internationalen Vereinbarungen, die auf der Klimarahmenkonvention der United Nations (UN) aufbauen,<sup>140</sup> sorgten in den 2000er Jahren insbesondere die vorausschauenden Berichte des IPCC<sup>141</sup> (The Intergovernmental Panel on Climate Change<sup>142</sup>) für eine anhaltende politische bzw. öffentliche Relevanz der Klimaproblematik. So wurde innerhalb der ersten Amtszeit von Angela Merkel begonnen, die Klimapolitik in zahlreichen Bundesministerien explizit zu berücksichtigen<sup>143</sup>. Allerdings büßte die Thematik ab 2007 aufgrund der weltwirtschaftlichen Krisenjahre wieder an Beachtung ein<sup>144</sup>. Hieran zeigt sich die Wirkmächtigkeit wirtschaftlicher Interessen, da ihnen klimapolitische Maßnahmen hintenangestellt wurden. Wegen der zu Beginn benannten klimabedingten Notlagen, die sich in den 2010er Jahren verstärkten, ist jedoch davon auszugehen, dass die Gewichtung wieder zunehmend stieg. Einen Beitrag dazu leistet auch, dass der Klimaschutzbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2018 zeigt, dass die na-

---

<sup>134</sup> Vgl. Voss: *Einleitung*, hier S. 9.

<sup>135</sup> Vgl. Uekötter, Frank: *Kleine Geschichte der Klimadebatte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69:47/48 (2019), S. 10-15, hier S. 12f.

<sup>136</sup> Vgl. Pelfini, Alejandro: *Endogenes oder exogenes Lernen? Globale Wege zur Problematisierung des Klimawandels am Beispiel Argentiniens und Deutschlands*, in: Voss (Hrsg.): *Der Klimawandel*, S. 313-323, hier S. 316.

<sup>137</sup> Vgl. Böcher, Michael/ Töller, Annette Elisabeth: *Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2012, S. 53f.

<sup>138</sup> Uekötter: *Kleine Geschichte der Klimadebatte*, hier S. 13.

<sup>139</sup> Vgl. United Nations Framework Convention on Climate Change, New York 1992, Anhang 1 und 2.

<sup>140</sup> Vgl. Hein, Wolfgang et al.: *Klimapolitik und Entwicklung*, in: Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 397-448, hier S. 401-405.

<sup>141</sup> Vgl. Görg: *Vom Klimaschutz zur Anpassung*, hier S. 347.

<sup>142</sup> Vgl. IPCC: *The Intergovernmental Panel on Climate Change*, Internetseite des IPCC, URL: <https://www.ipcc.ch/about/> [Zugriff am 09.12.2020]. Der IPCC trägt nach eigener Aussage den jeweils aktuellen Forschungsstand zum Klimawandel für die internationale Staatengemeinschaft zusammen: Vgl. ebd.

<sup>143</sup> Vgl. Ehnert, Franziska: *Climate Policy in Denmark, Germany, Estonia and Poland. Ideas, Discourses and Institutions*, 1. Aufl., Cheltenham/ Northampton 2019, S. 72.

<sup>144</sup> Vgl. Görg: *Vom Klimaschutz zur Anpassung*, hier S. 347.

tionalen Klimaschutzziele in Deutschland für das Jahr 2020 verfehlt werden<sup>145</sup>. An diesem grundsätzlich eingeschlagenen Pfad ändern auch die seit 2019 verabschiedeten, weil wenig tiefgreifenden<sup>146</sup> „Beschlüsse des ‚Klimakabinetts‘“<sup>147</sup> nichts mehr. Als Gründe für dieses Scheitern sind zusammengefasst wiederum starke wirtschaftliche Interessen auszumachen, welche auch über die wirtschaftlichen Krisenjahre hinaus ihre Wirkung entfalten<sup>148</sup>.

Diese Zielverfehlung stellt sich aus zwei Gründen als besonders kritisch dar. Auf der einen Seite gehen die Wissenschaftler\*innen des IPCC davon aus, dass die bisher gesetzten nationalen Ziele nicht einmal ausreichen, um die Erderwärmung auf eine Steigerung um 1,5 °C zu begrenzen<sup>149</sup>. Auf der anderen wird damit gleichzeitig impliziert, dass die international angestrebte Limitierung auf eine Erderwärmung um 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit<sup>150</sup> gefährdet ist. Die Schlussfolgerung daraus lautet, dass das Ausmaß der Folgen des Klimawandels ohne ein gesellschaftliches Gegensteuern weiter zunimmt.<sup>151</sup> Die klimatisch bedingten Notlagen im letzten Jahrzehnt verdeutlichen, welche verheerenden Folgen für das Leben auf der Erde zukünftig anzunehmen sind, wenn der eingeschlagene klimapolitische Weg fortgesetzt wird. Dies betrifft die ökologischen und folglich auch sozialen Gefüge, die infolge von Naturkatastrophen und anderen Krisenphänomenen in ihren Grundzügen gefährdet sind<sup>152</sup>. Angesichts dieser Entwicklungen und Perspektiven erreichte die Mobilisierung klimapolitischer Bewegungen im Jahr 2019 letztlich einen zumindest vorübergehenden Höhepunkt<sup>153</sup>.

Aus diesem Abriss der jüngeren Geschichte der Klimakrise und dem gesellschaftlichen Umgang mit ihr lassen sich drei aufeinander aufbauende Schlüsse ziehen. Erstens ist zu konstatieren, dass die Menschheit es trotz frühzeitiger naturwissenschaftlicher Veröffent-

---

<sup>145</sup> Ziel war eine Treibhausgasreduzierung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990: Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Klimaschutzbericht 2018. Zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung*, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2019, S. 9f.

<sup>146</sup> Vgl. Rucht: *Faszinosum Fridays for Future*, hier S. 8.

<sup>147</sup> Ebd. Klimakabinetts ist die gebräuchliche Bezeichnung für den von der Bundesregierung 2019 eingesetzten „Kabinettsausschuss ‚Klimaschutz‘“: Bundesregierung: *Einrichtung eines Klimakabinetts. Bundesregierung packt Klimaschutz an*, Internetseite der Bundesregierung, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundesregierung-packt-klimaschutz-an-1592188> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>148</sup> Vgl. Rucht: *Faszinosum Fridays for Future*, hier S. 9.

<sup>149</sup> Vgl. IPCC: *IPCC-Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung*, URL: [https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen\\_IPCC\\_SR15.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S. 3.

<sup>150</sup> Vgl. Simonis, Georg: *Das Transformationsproblem*, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, S. 91-136, hier S. 91ff.

<sup>151</sup> Vgl. IPCC: *IPCC-Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung*, S. 2f.

<sup>152</sup> Vgl. Voss: *Einleitung*, hier S. 24.

<sup>153</sup> Während es in einer Veröffentlichung von 2013 noch strittig war, ob in Deutschland eine eindeutige Klimabewegung identifiziert werden könnte, sorgen die Mobilisierungen um Fridays for Future aktuell für eine eindeutige Bejahung der Frage des Disputs: Vgl. Kössler, Georg: *Die Klimabewegung in Deutschland*, in: Dietz/ Garrelts (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung*, S. 185-204, hier S. 185f.

lichungen nicht präventiv schaffte, anthropogene Klimaveränderungen zu vermeiden. Der Grund hierfür liegt in einer relativ späten Problemwahrnehmung, die erst am Ende des 20. Jahrhunderts einsetzte. Zweitens ist aktuell noch viel gewichtiger, dass die letztlich formulierten klimapolitischen Ziele nicht nur verfehlt werden. Für eine nachhaltige Regulation selbst basaler gesellschaftlicher Naturverhältnisse sind sie schon in ihren Zielsetzungen zu gering. Für beide Umstände ist v. a. die durchweg anhaltende und insbesondere vorübergehende Priorisierung wirtschaftlicher Interessen zu benennen. Vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte lässt sich dies nach Ingolfur Blühdorn als „Gesellschaft und Politik der Nicht-Nachhaltigkeit“<sup>154</sup> bezeichnen. Drittens ergibt sich also eine critical juncture in der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese setzt sich daraus zusammen, dass aktuelle Erkenntnisse darüber vorliegen, dass der eingeschlagene Weg nicht-nachhaltig ist, vermehrt Anzeichen des Ausmaßes der Klimakrise spürbar werden und daher mit dem gesellschaftlichen Bewusstsein auch Mobilisierungen für umwelt- bzw. klimapolitische Umorientierungen auftauchen. Konzeptionell spezifiziert bedeutet dies, dass zu vermuten ist, dass die Gesellschaft zeitnah mit sozial-ökologischen Transformationen auf die popularisierte Klimakrise reagiert.

Dass somit theoretisch angenommen wird, dass die einzelnen Regulationen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zur Bewältigung der Klimakrise bzw. zum Erhalt der Gesellschaft sozial-ökologisch zu transformieren sind, ist an sich zwar durchaus als normativ einzuordnen<sup>155</sup>. Dies kann aber vor dem Hintergrund der Krisenbetroffenheit aller Lebewesen auf der Erde gut begründet verargumentiert werden<sup>156</sup>. Für die Analyse bedeutet das jedoch nicht, dass hier eine Aussage darüber getroffen wird, wie konkret die spezifischen Regulationen einzelner gesellschaftlicher Naturverhältnisse bzw. deren Neuorientierungen – also die sozial-ökologischen Transformationen – stattfinden sollen. Darstellungen dazu ergeben sich in dieser Arbeit erst aus der objektiven Betrachtung der normativ gefärbten Policy-Orientierungen der Parteien<sup>157</sup>.

Insgesamt zeigt sich also, dass sich die Klimakrise ohne Einschränkungen innerhalb der v. a. soziologischen Konzepte einordnen lässt. Dadurch erhält sie innerhalb des Forschungsdesigns auch eine hervorgehobene Stellung gegenüber Störfaktoren, die neben ihr eine gesellschaftliche Umorientierung mit sozial-ökologischen Transformationen erklä-

---

<sup>154</sup> Blühdorn, Ingolfur: *Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose*, in: Ders. (Hrsg.): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, 1. Aufl., Bielefeld 2020, S. 65-142, hier S. 67.

<sup>155</sup> Vgl. Stykow et al.: *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken*, S. 153.

<sup>156</sup> Vgl. Becker et al.: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, hier S. 80ff.

<sup>157</sup> Zur zwangsläufigen Normativität von sozial-ökologischen Transformationen: Vgl. Kluge, Thomas/ Hummel, Diana: *Transformationen*, in: Becker/ Jahn (Hrsg.): *Soziale Ökologie*, S. 259-266, hier S. 259-262.

ren. Infolgedessen ist eine fundierte Grundlage für die insbesondere politikwissenschaftlichen Annahmen bzw. Folgerungen gegeben.

### 2.1.3 Die Annahmen zu den politischen Wirkungen der Klimakrise

Damit in diesem Unterkapitel die Verknüpfung mit dem stärker politikwissenschaftlichen Theorieteil geschafft wird, ist auf den grundsätzlichen Mechanismus zu verweisen, der die interdisziplinäre Betrachtung der Klimakrise erst ermöglicht. Dessen Ursprung ist darin zu finden, dass die bisherigen regulatorischen Fehlschläge im gesellschaftlichen Umgang mit dem Klimawandel für die Entstehung und Popularisierung jener Klimakrise sorgten. Die Folgewirkung besteht nun darin, dass auch die Parteien von diesen gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst und selbst ein Teil von ihnen werden. Dies wird im Folgenden nachskizziert.

Entsprechend den Konzeptualisierungen der Parteienforschung sind Parteien selbst gesellschaftliche Akteur\*innen<sup>158</sup>. Bereits als solche sind sie dazu befähigt, das Scheitern der Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse wahrzunehmen und folglich – unmittelbar aus der Klimakrise – responsiv die Notwendigkeit sozial-ökologischer Transformationen abzuleiten<sup>159</sup>. Dies betrifft aufgrund des generell steigenden Umweltbewusstseins nicht nur die konkrete Klima-, sondern auch die sonstige Umweltpolitik.

Gleichzeitig befinden sich Parteien aber auch strukturell im Austausch mit der Gesellschaft und sind als deren segmentäre Interessenvertretungen ein zentraler Bestandteil parlamentarischer Demokratien<sup>160</sup>. Butzlaff knüpft an diese Forschung an und bezeichnet sie deshalb innerhalb dieses Systemzusammenhangs auch bzgl. sozial-ökologischer Transformationspolitik „als intermediäre Transmissionsriemen“<sup>161</sup>. Diese Stellung trifft allen voran auf die relevanten Parteien zu, zu denen in den Fallanalysen eben jene zählen, die zu den letzten beiden Wahlen angetreten und dabei mindestens ein Mal in das jeweilige Landesparlament eingezogen sind – aufgrund deren Einflusses auf die generelle Dynamik des Parteiensystems und v. a. die Zusammensetzung von Koalitionen gelten diese auch nach der geläufigen Definition von Giovanni Sartori als relevant<sup>162</sup>. Im Kontext der Klimakrise bedeutet diese Konstellation, dass die Parteien nicht nur infolge der eigenen Wahrnehmung, sondern auch durch die Mobilisierungen der Klimabewegungen zu Policy-

---

<sup>158</sup> Vgl. Niedermayer, Oskar: *Die Analyse einzelner Parteien*, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 61-82, hier S. 69.

<sup>159</sup> Vgl. Birkland, Thomas A.: *Lessons of Disaster: Policy Change after Catastrophic Events*, 1. Aufl., Washington, D. C. 2006, S. 13-23.

<sup>160</sup> Vgl. Wiesendahl, Elmar: *Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften*, in: Niedermayer (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, S. 13-60, hier S. 19.

<sup>161</sup> Butzlaff: *Der Verlust des Gestaltungsanspruchs*, hier S. 176.

<sup>162</sup> Vgl. Sartori, Giovanni: *Parties and party systems. A framework for analysis*, 1. Aufl., Colchester 2005, S. 108.

Neuorientierungen motiviert werden<sup>163</sup>. Dieser Anreiz zu einem responsiven Verhalten wird dadurch verstärkt, dass aus Sicht der Parteien zu erwarten ist, dass sich die gesellschaftlichen Entwicklungen in den Entscheidungen bei den Landtagswahlen abbilden. Da sie stets das inhärente Interesse verfolgen, ihre Stimmen zu maximieren, werden sie ihre Policys deshalb an den generellen gesellschaftlichen Entwicklungen orientieren<sup>164</sup>.

Hinsichtlich der Policy-Neuorientierungen zeigt der Stand der Parteienforschung, dass diese sich am wesentlichsten in den Parteiprogrammatiken nachvollziehen lassen<sup>165</sup>. Letztere werden dabei sehr hoch gewichtet, gar „[werden] deutsche Parteien als Programmparteien bezeichnet [...]“<sup>166</sup>. Der auf die Programmatiken gelegte Schwerpunkt in dieser Arbeit wird damit auch theoretisch besonders gestützt. Anschlussmöglichkeiten an die bestehende Forschung sind insofern möglich, als die Erkenntnis genutzt werden kann, dass sich ideologische Differenzen zwischen den Parteien auch in den Programmatiken widerspiegeln<sup>167</sup>.

Parallel zur Mehrheit der Programmanalysen, die sich auf die Bundesebene konzentrieren<sup>168</sup>, bestätigen Thomas Bräuninger et al., dass auch die Landesparteien in ihren Programmen grundsätzlich responsiv auf Entwicklungen innerhalb des Elektorats reagieren<sup>169</sup>. Dazu spezifizieren sie, dass sich die Parteien zur Stimmenmaximierung hauptsächlich an den Medianwähler\*innen orientieren<sup>170</sup>. Für diese ist wiederum anzunehmen, dass sie sich entsprechend den gesellschaftlichen Entwicklungen zugunsten von sozial-ökologischen Transformationen positionieren. Da bzgl. dieser zeitlichen Dimension zwischen zwei Wahlen noch „wenig über die Dynamik des programmatischen Parteienwettbewerbs bekannt ist“<sup>171</sup>, erweitern die Autoren den Forschungsstand um eine weitere Entwicklungstendenz. So „scheinen Parteien eine sogenannte Predator-Strategie anzuwenden. Damit ist der Versuch gemeint, sich dem Sieger der letzten Wahl programmatisch anzunähern“<sup>172</sup>. Um den Einfluss der Klimakrise bzw. ihrer Popularisierung stärker herauszustellen, wird diese Erkenntnis in den Fallanalysen berücksichtigt.

Neben der zeitlichen Dimension gehen aus den Analysen von Bräuninger et al. noch zwei weitere hervor, die für die Policy-Neuorientierungen an sozial-ökologischen Transformationen von Relevanz sind. Erstens halten die Autoren fest, dass die jeweiligen

---

<sup>163</sup> Vgl. Richardson, Jeremy: *Government, Interest Groups and Policy Change*, in: *Political Studies* 48:5 (2000), S. 1006-1025, hier S. 1006ff.

<sup>164</sup> Vgl. Wiesendahl: *Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften*, hier S. 38ff.

<sup>165</sup> Vgl. Merz, Nicolas/ Regel, Sven: *Die Programmatik der Parteien*, in: Niedermayer (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, S. 211-238, hier S. 211.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Vgl. ebd., hier S. 213.

<sup>168</sup> Vgl. ebd., hier S. 218-224.

<sup>169</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 243f.

<sup>170</sup> Vgl. ebd., S. 228f.

<sup>171</sup> Ebd., S. 230.

<sup>172</sup> Ebd., S. 229.

Grundsatzprogramme der Parteien einen wesentlichen Rahmen für die Landespolitik bilden<sup>173</sup>. Daher ist abzuleiten, dass sich in den Bundesländern ein Parteienspektrum ergibt, das jenem der Bundesebene entspricht. Aus diesem Grund gilt die Parteiendifferenzhypothese auch parallel für die einzelnen Politikfelder. Zwar wird hier nicht unmittelbar an ihre hauptsächliche Aussage zur differierenden Regierungspolitik einzelner Parteien angeschlossen.<sup>174</sup> Allerdings lässt sich an Bertram Seeger anknüpfen, der am thematisch passenden Feld der Umweltpolitik herausarbeitete, dass sich die Hypothese ebenso auf explizite Programmatiken übertragen lässt<sup>175</sup>. Für die Fallanalysen bedeutet das, dass „party-programs matter“<sup>176</sup>. Somit wird die im ersten Kapitel formulierte Annahme theoretisch gestützt, nach der die Parteien in ihren Policies sowohl quantitativ als auch qualitativ verschiedene sozial-ökologische Transformationsansätze wählen.

Zweitens zeigen Bräuninger et al., dass die Landesverbände, die zu einer Partei gehören, ideologisch zwar nicht sehr weit voneinander abweichen. Aus den dennoch vorhandenen Differenzen folgern sie jedoch, dass nicht nur zwischen Parteien, sondern auch Landesverbänden Unterschiede bestehen.<sup>177</sup> Die einzelnen Gründe für klimapolitische Unterschiede zwischen den Bundesländern werden dazu in Kapitel 2.1.4 skizziert. Bzgl. der Darstellung der föderalen parteipolitischen Kontexte ist zu nennen, dass in den Fallanalysen an die Ausführungen von Bräuninger et al. rekuriert werden kann. Die Autoren bieten hierfür einen aktuellen Überblick über die einzelnen Parteiensysteme<sup>178</sup>. Vor dem Hintergrund der inhärent progressiven sozial-ökologischen Transformationen ist dies besonders lohnend, da sie die jeweiligen Konstellationen hinsichtlich „de[s] Gegensatz[es] zwischen progressiven und konservativen Auffassungen in gesellschaftspolitischen Fragen“<sup>179</sup> mit aufzeigen.

Bisher wurden in diesem Kapitel die responsiven Antworten der Parteien an sich und die strukturellen Variationsmöglichkeiten der Policy-Orientierungen zur Fundierung der im ersten Kapitel formulierten Annahmen nachskizziert. Im nächsten Schritt wird sich den theoretischen Annahmen zur konkreten Herkunft der Policy-Orientierungen gewidmet. Grundsätzlich wird dabei davon ausgegangen, dass die Parteien sich mit ihren responsiven Reaktionen inhaltlich nicht nur an ihren bestehenden Grundsatzprogrammen orientieren, sondern auch neue Ideen in ihre Programmatiken aufnehmen. Weil die diesbezüglich

---

<sup>173</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 37.

<sup>174</sup> Vgl. ebd., S. 116f.

<sup>175</sup> Vgl. Seeger, Bertram: *Umweltpolitik in den 16 Ländern: Wahlprogramme und Regierungshandeln. Ein Bundesländervergleich*, Inaugural-Dissertation, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 2003, S. 38f.

<sup>176</sup> Ebd., S. 38.

<sup>177</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 193ff.

<sup>178</sup> Vgl. ebd., S. 69-182.

<sup>179</sup> Ebd., S. 29.

relevanten sozial-ökologischen Transformationen neben den Policy-Neuorientierungen auch selbst Wandlungsvorgänge sind und demnach etwas Neues darstellen, rückt der bereits aufgegriffene und in der sozialwissenschaftlichen Literatur verwendete Begriff der Innovation in den Fokus. Vor dem Hintergrund der interdisziplinären Herangehensweise in dieser Arbeit erweist es sich hierbei als passend, dass sich ihm genauso aus soziologischer wie auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive nähern lässt.

Dabei wird aus der Durchsicht der soziologischen Literatur deutlich, dass an die Betrachtung von Innovationen innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte angeschlossen werden kann. So wird dort bspw. auch von Jens Newig et al. die Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitstransformation aufgegriffen, die aufgrund ihres Bezugs auf sozial-ökologische Systeme auch als sozial-ökologische Transformation verstanden werden kann. Zwar beziehen sie sich die Autoren in ihrem Beitrag auf Innovationen im Zusammenhang mit Institutionen. Jedoch lässt sich ihre Logik übertragen, dass gesellschaftliches Scheitern, wie im Falle des Umgangs mit dem Klimawandel, zu innovativen Entwicklungen führt.<sup>180</sup> Eine Variante, die zur Beschreibung der Klimakrise passt, ist die „Adaptation in the Wake of Crisis“<sup>181</sup>. Parteien sind dabei als responsive Akteur\*innen deshalb involviert, weil nach Renate Mayntz<sup>182</sup> ein „problem-solving bias of governance“<sup>183</sup> besteht. Als Akteurinnen, die Governance, also konkrete staatliche Steuerungsmaßnahmen<sup>184</sup>, mitgestalten, sind die Parteien von innovativen Lösungsvorschlägen abhängig sind, die sie in ihre Policies aufnehmen können.

An dieser Stelle gestaltet sich die Verknüpfung mit der politikwissenschaftlichen Literatur als günstig. Hier beschreiben etwa Andrew Jordan und Dave Huitema, dass wegen fehlender Fortschritte innerhalb der Klimagovernance ein Raum für Innovationen entsteht, die im Einzelnen über Policy-Neuorientierungen transportiert werden können. Auch wenn die beiden sich auf die internationale Ebene beziehen, lässt sich die Klimakrise grundsätzlich als innovationsfördernde Problematik begreifen. Als solche bildet sie den Ausgangspunkt

---

<sup>180</sup> Vgl. Newig, Jens et al.: *Sustainability through institutional failure and decline? Archetypes of productive pathways*, in: *Ecology and Society* 24:1 (2019), Artikel 18, S. 1-14, hier S. 1-10. Hinweis: Der Artikel wurde nicht fortlaufend paginiert. Die Seitenzahl bezieht sich auf die PDF-Version des Artikels: URL: <https://www.ecologyandsociety.org/vol24/iss1/art18/> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>181</sup> Ebd., hier S. 4.

<sup>182</sup> Vgl. Mayntz, Renate: *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) working paper No. 04/1, Köln 2004, S. 8. Der Artikel wurde nicht fortlaufend paginiert. Die Seitenzahl bezieht sich auf die PDF-Version des Artikels: URL: <https://www.econstor.eu/handle/10419/44296> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>183</sup> Newig et al.: *Sustainability through institutional failure and decline?*, hier S. 10.

<sup>184</sup> Vgl. Rittershofer, Christian: *Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft. 3600 aktuelle Begriffe von Abarufung bis Zwölfmeilenzone*, 1. Aufl., München 2007, S. 297.

für die Aufnahme von sozial-ökologischen Transformationen in (partei-)politische Programmatiken.<sup>185</sup>

Insgesamt wird aus dieser Ansicht der beiden Forschungsstränge ihre Verknüpfbarkeit erkennbar und damit das interdisziplinäre Vorgehen in dieser Arbeit fundiert. Um dies noch besser herauszustellen, erweist sich ein kurzer Exkurs als sinnvoll, der an den Governance-Begriff anschließt, der in beiden Fällen benutzt wird. Denn so wird mit Bezug auf die bisherigen Konzeptionen deutlich, dass der hier verwendete sozial-ökologische Regulationsbegriff eine inhaltliche Nähe zu „den politikwissenschaftlichen Konzepten von Regime und Governance“<sup>186</sup> aufweist. Diese beiden Konzepte sind für die hier relevante Klimapolitik von Bedeutung, da das netzwerkartige Regieren der Bundesländer innerhalb des politischen Mehrebenensystems insbesondere in diesem Politikfeld als Governance aufzufassen ist – die bzgl. ihrer dominanten Handlungsweise wiederum ein Regime bildet<sup>187</sup>. Da konkrete Policies die Grundlage für die Ausgestaltung des Letzteren darstellen und mit diesen Policies sozial-ökologische Transformationen transportiert werden, erfolgt hier eine besonders stichhaltige Herausstellung der interdisziplinären Verbindung der in dieser Arbeit verwendeten Konzepte. Zum einen stellen die sozial-ökologischen Transformationen im soziologischen Sinne Veränderungen der Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse dar. Zum anderen sind sie entsprechend der Politikwissenschaft als „policy regime changes“<sup>188</sup> im Bereich der Mehr-Ebenen-Klimapolitik und damit auch der Policies der Bundesländer aufzufassen. Dabei offenbart sich auf der Grundlage der Transformationsforschung auch, dass der Fokus auf die Bundesländer deshalb sinnvoll ist, weil die Entstehung von Innovationen v. a. in sogenannten gesellschaftlichen Nischen stattfindet<sup>189</sup>. Innerhalb des politischen Mehrebenensystems nehmen Bundesländer eine solche Position eindeutig ein<sup>190</sup>.

Allerdings lässt sich anhand der beiden Beiträge zu innovativen Entwicklungen nicht nur die interdisziplinäre Konzeptualisierung weiter rechtfertigen. Auch ist die Eingrenzung auf einen theoretischen Zugang zur Erklärung der Herkunft von Policy-Neuorientierungen möglich. So verweisen sowohl Newig et al.<sup>191</sup> als auch Jordan und Huitema<sup>192</sup> insbeson-

---

<sup>185</sup> Vgl. Jordan, Andrew/ Huitema, Dave: *Policy innovation in a changing climate: Sources, patterns and effects*, in: *Global Environmental Change* 29 (2014), S. 387-394, hier S. 387f.

<sup>186</sup> Hummel, Diana/ Kluge, Thomas: *Regulationen*, in: Becker/ Jahn (Hrsg.): *Soziale Ökologie*, S. 248-258, hier S. 250.

<sup>187</sup> Vgl. Simonis, Georg: *Verflochtene Handlungsebenen*, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, S. 212-259, hier S. 221. Die weitere Ausdifferenzierung dazu erfolgt in Kapitel 2.1.4.

<sup>188</sup> Wilson, Carter A.: *Policy Regimes and Policy Change*, in: *Journal of Public Policy* 20:3 (2000), S. 247-274, hier S. 271.

<sup>189</sup> Vgl. Brohmann, Bettina/ Griebshammer, Rainer: *Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können. Transformationsstrategien und Models of Change für nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel*, 1. Aufl., Dessau-Roßlau 2015, S. 8f.

<sup>190</sup> Vgl. ebd., S. 39.

<sup>191</sup> Vgl. Newig et al.: *Sustainability through institutional failure and decline?*, hier S. 7.



dere auf die Rolle von einzelnen Akteur\*innen, die zum Einbringen von Innovationen auf dafür geeignete Umstände warten – was laut der beiden Beiträge in der Forschung bisher v. a. durch John Kingdon geschildert wird. Auch die allgemeine Forschung zu Policy-Neuorientierungen bestätigt, dass zu deren Erklärung einzelne Prozesse und Akteur\*innen im Mittelpunkt stehen, wie Kingdon sie herausarbeitet<sup>193</sup>. Angesichts dieser wiederholten Referenzen ist auf das ursprüngliche Werk Kingdons Bezug zu nehmen<sup>194</sup>, das heute für die Beschreibung des Multiple-Streams-Ansatzes rezipiert wird<sup>195</sup>. Dieser erweist sich in mehrfacher Hinsicht als nutzbar.

Da mit diesem Ansatz erfassbar wird, inwiefern vorgefertigte Ideen Einzug in die parteipolitische Sphäre halten<sup>196</sup>, lässt sich einerseits bzgl. der Forschungsfrage spezifiziert klären, in welchem Ausmaß die Parteien ihre Policy-Orientierungen vor dem Hintergrund solcher Entwürfe formulieren. Schließlich ist auch ausdrücklich bei sozial-ökologischen Transformationen davon auszugehen, „dass Parteien [...] gesellschaftlich bereits existierende Präferenzen und Zielbilder“<sup>197</sup> im Zuge ihrer Responsivität in ihre Programme aufnehmen. Andererseits ist der Multiple-Streams-Ansatz explizit dafür geeignet, Vergleiche zwischen den Policy-Orientierungen zu ziehen<sup>198</sup>, sodass sich – anschließend an die im ersten Kapitel formulierten Vorhaben – entstehende Interessenkonstellationen und Dynamiken zwischen den Parteien und Bundesländern ableiten bzw. beschreiben lassen.

Zusammengenommen knüpft dies auch unmittelbar an den Forschungsstand an. In diesem formulieren Mark Bovens und Paul 't Hart konkrete Forderungen für zukünftige Ausarbeitungen im Bereich der Policy-Forschung. Um ein weiteres Policy-Scheitern zu vermeiden, sollte nach ihnen insbesondere darauf hingearbeitet werden, dass wissenschaftliche Untersuchungen den Entstehungsprozess von Policies theoretisch begleiten. So können Erkenntnisse für die Weiterentwicklung bzw. Umsetzung der Policies bereitgestellt werden.<sup>199</sup> Auch mit Bezug auf die Beschreibung der Umsetzungsmöglichkeiten sozial-ökologischer Transformationen bettet sich die hier gewählte Herangehensweise in den Forschungsstand ein. Das liegt daran, dass jene Transformationen im folgenden Kapitel

---

<sup>192</sup> Vgl. Jordan/ Huitema: *Policy innovation in a changing climate*, hier S. 389.

<sup>193</sup> Vgl. Mintrom, Michael/ Norman, Philippa: *Policy Entrepreneurship and Policy Change*, in: *The Policy Studies Journal* 37:4 (2009), S. 649-667, hier S. 649f.

<sup>194</sup> Vgl. Kingdon, John W.: *Agendas, alternatives, and public policies*, 1. Aufl., Boston 1984, S. 1.

<sup>195</sup> Vgl. Herweg, Nicole: *Multiple Streams Ansatz*, in: Wenzelburger/ Zohlnhöfer (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, S. 325-353, hier S. 325f.

<sup>196</sup> Vgl. Zohlnhöfer, Reimut: *Policy-Theorien in der Vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Lauth et al. (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, S. 221-233, hier S. 229f. Die einzelnen Begriffe des Ansatzes, die in diesem und im folgenden Absatz aufgegriffen werden, werden zur besseren Nachvollziehbarkeit, wie von Zohlnhöfer, kursiv gekennzeichnet.

<sup>197</sup> Butzlaff: *Der Verlust des Gestaltungsanspruchs*, hier S. 183.

<sup>198</sup> Vgl. Zohlnhöfer: *Policy-Theorien in der Vergleichenden Politikwissenschaft*, hier S. 229f.

<sup>199</sup> Vgl. Bovens, Mark/ 't Hart, Paul: *Revisiting the study of policy failures*, in: *Journal of European Public Policy* 23:5 (2016), S. 653-666, hier S. 662f.

als Modi der Klimapolitik definiert werden und der Multiple-Streams-Ansatz in der Forschung zu diesem Politikfeld bereits mehrfach angewendet wurde<sup>200</sup>.

Entsprechend der Nutzung des aktuellen Stands des Multiple-Streams-Ansatzes nach Nicole Herweg ist die gesellschaftspolitische Situation im Jahr 2019 vor dem Hintergrund dreier *Ströme*, d. h. *Prozesse* zu erfassen. So bestand seit dem Wirksamwerden des Klimawandels ein allgemeiner *Problem-Strom*, innerhalb dessen die Wahrnehmung bzw. Definition und Popularisierung der Klimakrise ein *fokussierendes Ereignis* darstellt. Das bedeutet, dass sich ein *Problem-Fenster* öffnet, das die Grundlage für die Beantwortung der Klimakrise bildet. Im Sinne des Ansatzes ist der *Problem-Strom* daher *reif* geworden. Gleichzeitig überlagert sich diese Entwicklung mit der Durchführung der einzelnen Landtagswahlen, die für die Eröffnung eines *Politics-Fensters* sorgen – also die bspw. über Programmatiken geführte (partei-)politische Diskussion konkreter Antworten auf die Klimakrise. Dieser *Politics-Strom* bedeutet im Einzelnen wiederum, dass sich ein *Policy-Fenster* auftut, in dem einzelne Lösungsansätze in die politische Sphäre eingespeist werden können. Einzelnen Akteur\*innen bietet sich daher innerhalb des *Policy-Stroms* die Möglichkeit, ihre bereits ausgearbeiteten Konzepte auf die *politische Agenda* zu setzen. Theoretisch beschrieben werden diese Akteur\*innen so zu *politischen Unternehmer\*innen*. Schaffen es schließlich einzelne Ideen im Zuge einer Wahl in die politische Sphäre aufgenommen zu werden, ermöglicht dies *Spillover-Effekte* bei den nächsten Wahlen. Hiermit ist gemeint, dass einzelne Parteien jene Ansätze, die bereits Teil einer anderen erfolgreichen *politischen Agenda* sind, tendenziell auch stärker bzgl. ihrer Ausrichtung berücksichtigen.<sup>201</sup> Letzteres erweist sich insbesondere als anschlussfähig an die bereits beschriebene Predator-Strategie und wird dementsprechend in den Fallanalysen mit berücksichtigt.

Diese Anwendung des Multiple-Streams-Ansatzes verdeutlicht noch einmal die Implikation, dass sich Parteien bei der Ausarbeitung ihrer Programmatiken bzw. Policys an verschiedenen Konzepten bzw. den dahinterstehenden Akteur\*innen orientieren. Somit lassen sich sowohl allgemeine als auch insbesondere theoretisch fundierte Policy-Neuorientierungen, mit denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden, begründen. Um die folglich entstehenden Interessenkonstellationen in Anbetracht der Theoriebezüge fundiert einordnen zu können, wird in den Fallanalysen das Überblickswerk von Adler und Schachtschneider hinzugezogen<sup>202</sup>, sobald im analysierten Material konkrete Konzepte benannt werden.

---

<sup>200</sup> Vgl. Herweg: *Multiple Streams Ansatz*, hier S. 342.

<sup>201</sup> Vgl. ebd., hier S. 328-334.

<sup>202</sup> Vgl. Adler/ Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?*, S. 21-251.

Wie im Kapitel 2.1.1 formuliert, implizieren die Interessenkonstellationen zwar auch, dass Konflikte hinsichtlich der praktischen Umsetzung sozial-ökologischer Transformationen entstehen. Zur Konkretisierung ist diesbezüglich allerdings zu nennen, dass damit keine umfassende konflikttheoretische Analyse angestrebt wird. Es werden lediglich inhaltliche Konstellationen in den Blick genommen und mit Bezug auf das generelle Streben, sozial-ökologische Transformationen umzusetzen, zwischen konservativen und progressiven Akteur\*innen unterschieden.

Ebenso ist für die Erklärung der aus den Interessenkonstellationen und Konflikten entstehenden Dynamiken auf den Forschungsstand zur föderalen Ebene zu verweisen. Nach diesem sind die Bundesländer bis heute als sogenannte Labore für die Parteipolitik zu kennzeichnen<sup>203</sup>. Schließlich liegen landesspezifische Gegebenheiten vor, welche bspw. in Form einzelner Landespolitiker\*innen die Stimmabgabe der Wähler\*innen beeinflussen und den Landeskontext fortwährend individualisieren<sup>204</sup>. Verstärkt wird dies dadurch, dass Landtagswahlen gegenüber Bundestagswahlen überwiegend nur als „second-order elections“<sup>205</sup> angesehen werden<sup>206</sup>. Im Einzelnen entstehen so durch die Wahlergebnisse parteipolitische Konstellationen, die von denen der Bundesebene abweichen. Folglich ergänzen sie den innovativen Charakter der Policy-Neuorientierungen durch genauso innovative Koalitionszusammensetzungen.<sup>207</sup> Da in den Fallanalysen jeweils zwei Wahlen betrachtet werden, fließen v. a. bisherige Dynamiken mit in die Untersuchungen ein. Mit Rücksicht auf zukünftige Entwicklungen werden lediglich Annahmen getroffen, die sich unmittelbar aus dem bestehenden (partei-)politischen Kontext und dem analysierten Material ergeben.

Aus diesem Unterkapitel wird insgesamt klar, dass sich die soziologischen und politikwissenschaftlichen Theorieteile miteinander verknüpfen lassen und gegenseitig ergänzen. Bisher wurde eine solche Kombination noch nicht in dieser Ausführlichkeit vorgenommen. Die Forschungsfrage ist also mit ihren Dimensionen in vielerlei Richtungen wissenschaftlich relevant. Insgesamt wurde hier daher die theoretische Grundlage dafür geschaffen, die responsiven Antworten der Parteien auf das bisherige Scheitern im Umgang mit dem Klimawandel bzw. die Popularisierung der Klimakrise nachvollziehen zu können. Hinsicht-

---

<sup>203</sup> Vgl. Oppelland, Torsten: *Zur Einführung. Thüringen, ein etwas unterschätztes Bundesland*, in: Ders. (Hrsg.): *Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert*, 1. Aufl., Wiesbaden 2018, S. 1-10, hier S. 10.

<sup>204</sup> Vgl. Völkl, Kerstin: *Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006*, 1. Aufl., Baden-Baden 2009, S. 262f.

<sup>205</sup> Ebd., S. 33.

<sup>206</sup> Vgl. ebd., S. 33f.

<sup>207</sup> Exemplarisch: Vgl. Oppelland, Torsten: *Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46:1 (2015), S. 39-56, hier S. 39.

lich der Erklärung für die spezifischen Ausgestaltungen zeigt sich, dass nicht nur die grundsätzlichen Parteiendifferenzen und Unterschiede zwischen den Bundesländern relevant sind. Auch die Herkunft der konkreten Inhalte spielt eine Rolle. Daher erfolgt die Erfassung innovativer Policy-Neuorientierungen vor dem Hintergrund des Multiple-Streams-Ansatzes, der gleichzeitig den Ausgangspunkt für diesbezügliche Vergleiche zwischen den Parteien und Bundesländern bildet. Davon ausgehend wird es schließlich möglich sein, Interessenkonstellationen und daraus entstehende Dynamiken zu beschreiben, die für die Formulierung der Policy-Orientierungen relevant sind.

#### **2.1.4 Die sozial-ökologischen Transformationen als Modi der Klimapolitik**

In diesem Kapitel wird das erarbeitete Theoriekonstrukt mit dem Forschungsstand zur Klimapolitik kombiniert. So lässt sich politikwissenschaftlich noch besser einordnen, wie das Konzept der sozial-ökologischen Transformation innerhalb der (partei-)politischen Sphäre konkret zu verorten ist. Die Aufarbeitung der bestehenden Literatur wird dabei entlang der von Sabine Weiland ausgearbeiteten Aspekte gegliedert<sup>208</sup>. Diese setzen sich zusammen aus der vertikalen und horizontalen Dimension der Klimapolitik sowie aus den relevanten Akteur\*innen in diesem Politikfeld. Insgesamt wird im Zuge dessen belegt, dass die Erfassung der klimapolitischen Policy-Antworten auf die Klimakrise mit dem Konzept der sozial-ökologischen Transformation möglich ist. So bildet dieses den konzeptionellen Rahmen für die Erfassung der spezifischen Ausgestaltungen der Klimapolitik. Anders formuliert, beschreibt es die Modi der Ausgestaltungen.

Grundsätzlich ist auszudifferenzieren, dass die Klimapolitik ursprünglich unter den Bereich der Umweltpolitik gehörte. Sie verselbstständigte sich aber infolge der breiten Wirksamkeit der Klimakrise zunehmend und wirkt heute wiederum in andere Politikfelder hinein<sup>209</sup>. Indessen die Umweltpolitik in Deutschland in den 1960ern Einzug in die Parteipolitik hielt und seitdem mal mehr und mal weniger stark beachtet wurde, steigt die Relevanz der Klimapolitik – wie gezeigt – gerade seit den 2010er Jahren an<sup>210</sup>. Der Hintergrund ist, dass die Suche nach Antworten auf den Klimawandel intensiviert wird<sup>211</sup>. Die Problembeurteilung lässt sich dabei laut Weiland vertikal in bzw. zwischen allen Politikebenen nachvollziehen<sup>212</sup>. Dennoch dominieren in der Politikwissenschaft Beiträge zur Klimapolitik, die unter- oder oberhalb der Landesebene verfolgt wird. Aus der Literaturdurchsicht geht hervor, dass in den Untersuchungen der unteren Ebenen die Parteipolitik gegenüber der kon-

---

<sup>208</sup> Vgl. Weiland: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, hier S. 93f.

<sup>209</sup> Vgl. Simonis, Georg: *Das Weltklima als Gegenstand eines politikwissenschaftlichen Handbuchs*, in: Ders. (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, S. 21-33, hier S. 22.

<sup>210</sup> Vgl. ebd., hier S. 27-40.

<sup>211</sup> Vgl. ebd., hier S. 49.

<sup>212</sup> Vgl. Weiland: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, hier S. 93.

kreten Umsetzung nur eine untergeordnete Rolle spielt<sup>213</sup>. Dementgegen stehen in den Analysen der höheren Ebenen insbesondere inter- bzw. supranationale Vorgaben, wie jene der Europäischen Union (EU), im Blickpunkt.<sup>214</sup> Nach Severin Fischer besteht dabei eine bisherige Schwerpunktsetzung auf Letztere. Diese ist in erster Linie damit zu begründen, dass bereits seit der Verstärkung der Klimapolitik eine zunehmende Europäisierung des Politikfelds stattfindet.<sup>215</sup> Dass die Klimapolitik in der Literatur hauptsächlich den höheren Ebenen zugerechnet wird, spiegelt sich v. a. auch in früheren Policy-Untersuchungen wider, auf die Michael Böcher und Annette Elisabeth Töller zusammenfassend verweisen<sup>216</sup>.

So hat etwa Seeger an die Annahme angeschlossen, dass Klimapolitik stets einen internationalen Charakter annimmt<sup>217</sup> und daher in seiner Betrachtung der Umweltpolitik in den Bundesländern „de[n] Klimaschutz nicht in die Untersuchung miteinbezogen“<sup>218</sup>. Die Erkenntnisse aus dieser Arbeit können dennoch insofern genutzt werden, als Seeger herausstellt, dass umweltpolitische und damit auch potenziell klimapolitisch relevante Regelungen in den Landesverfassungen vorliegen<sup>219</sup>. Außerdem schlussfolgert er, dass programmbezogene Policy-Forschung zur Umweltpolitik auf der Landesebene bis zu der Erstellung seiner Arbeit nicht vorhanden war<sup>220</sup>. Aufgrund dessen, dass er die Klimapolitik in seiner Untersuchung auslässt, ergibt sich eine Forschungslücke. Wie aus der Durchsicht der Forschung zur Klimapolitik auf der subnationalen Ebene deutlich wird, hat diese bis heute Bestand.

Erklären lässt sich dieses Forschungsdesiderat weniger mit den vermeintlich fehlenden klimapolitischen Gestaltungsmöglichkeiten auf der Landesebene, sondern vielmehr mit dem Interesse der Forschung, die Governance-Sphäre zu analysieren. So stellt bspw. Georg Simonis heraus, dass die Bundesländer regionale und lokale Handlungsspielräume haben<sup>221</sup>. Konkret sind sie innerhalb des Mehrebenensystems der globalen Politik sogar explizit für die Umsetzung der internationalen Vorgaben verantwortlich. Zwar sind sie dabei von den Verhandlungsergebnissen der nationalstaatlichen Akteur\*innen abhängig,

---

<sup>213</sup> Exemplarisch: Vgl. Zimmermann, Karsten: *Local climate policies in Germany. Challenges of governance and knowledge*, in: *Cogent Social Sciences* 4:1 (2018), S. 1-14, hier S. 5-11.

<sup>214</sup> Exemplarisch: Vgl. Fischer, Severin: *Die Energiewende und Europa. Europäisierungsprozesse in der deutschen Energie- und Klimapolitik*, 1. Aufl. der überarb. und akt. Fassung der Dissertation an der Universität Trier 2015, Wiesbaden 2017, S. 27f.

<sup>215</sup> Vgl. ebd., S. 23ff.

<sup>216</sup> Vgl. Böcher/ Töller: *Umweltpolitik in Deutschland*, S. 117.

<sup>217</sup> Vgl. Seeger: *Umweltpolitik in den 16 Ländern*, S. 200.

<sup>218</sup> Ebd.

<sup>219</sup> Vgl. ebd., S. 349-355.

<sup>220</sup> Vgl. ebd., S. 9ff.

<sup>221</sup> Vgl. Simonis, Georg: *Komplexe Governance – Governanceversagen*, in: Ders. (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, S. 498-526, hier S. 510f.

können aber auch selbstständig tätig werden.<sup>222</sup> Dennoch wurden sie auch in der bestehenden Forschung zum Mehrebenencharakter der Klimapolitik kaum berücksichtigt<sup>223</sup>.

Konzeptuell konkretisiert ist diese beschriebene klimapolitische Initiativenergreifung politisch auf zwei Arten möglich. Wie Andreas Marx zusammenfasst, sind diese „der Klimaschutz (*Mitigation*), also der Weg der Treibhausgasvermeidung, und [...] die Klimaanpassung (*Adaptation* oder auch *Adaption*)“<sup>224</sup> (Herv. i. O.) – wobei der Fokus wegen zunehmender Krisen teilweise auf die Anpassung, also den Umgang mit bereits eintretenden Wirkungen, wechselt<sup>225</sup>. Anhand dieser Trennung in Mitigations- und Adaptionmaßnahmen ist es möglich, alle klimapolitischen Policies differenziert zu erfassen. Weil der Klimawandel in seiner Erscheinung – unabhängig von seiner anthropogenen Verursachung – etwas Natürliches darstellt, zielen beide Wege immer auf die Veränderung eines gesellschaftlichen Naturverhältnisses ab. Deshalb lässt sich jede spezifische Ausgestaltung der Klimapolitik als sozial-ökologische Transformation konzeptualisieren. Dabei haben die Bundesländer laut Jose Antonio Puppim de Oliveira ausdrücklich auch die Entscheidungshoheit über Sektoren, die entweder einen Einfluss auf den Klimawandel haben oder von ihm betroffen sind<sup>226</sup>. Insbesondere weil die Klimakrise regional ein ungleiches Ausmaß annimmt, sind im Umgang mit ihr verschiedene Lösungswege nicht nur möglich, sondern auch notwendig<sup>227</sup>.

Insgesamt wird aus der Hinzunahme weiterer Literatur klar, dass sich durch den klimapolitischen Fokus auf die Bundesländer die zentralen theoretischen Annahmen, die bisher formuliert wurden, weiter zusammenführen lassen. Denn aufgrund der Tatsache, dass die Klimakrise alle politischen Ebenen betrifft, schlussfolgert Simonis, dass das klimapolitische Wirken einzelner Akteur\*innen zu einer bestimmten Klimagovernance führt. Da diese, wie gezeigt, bislang allerdings fehlschlägt bzw. in der Praxis laut Simonis noch in den Anfängen steht<sup>228</sup> ist bei deren Ausgestaltung im Einzelnen mit Innovationen zu rechnen<sup>229</sup>. Diese ergeben sich laut der Föderalismusforschung von Jochen Monstadt und

---

<sup>222</sup> Vgl. Simonis: *Verflochtene Handlungsebenen*, hier S. 213.

<sup>223</sup> Exemplarisch: Vgl. Brunnengräber, Achim et al.: *Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik*, 1. Aufl., Münster 2008, S. 66-185.

<sup>224</sup> Marx, Andreas: *Klimawandel – ein Überblick*, in: Ders. (Hrsg.): *Klimaanpassung in Forschung und Politik*, S. 3-16, hier S. 7.

<sup>225</sup> Vgl. Voss: *Einleitung*, hier S. 24.

<sup>226</sup> Vgl. Puppim de Oliveira, Jose Antonio: *The implementation of climate change related policies at the subnational level: An analysis of three countries*, in: *Habitat International* 33:3 (2009), S. 253-259, hier S. 254.

<sup>227</sup> Vgl. Weiland: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, hier S. 92f.

<sup>228</sup> Vgl. Simonis, Georg: *Verflochtene Handlungsebenen*, hier S. 248.

<sup>229</sup> Zur Verbindung der Begriffe bzw. Konzepte von Klimapolitik, Innovation und Governance: Vgl. Fuchs, Gerhard/ Wassermann, Sandra: *Governance von Innovationen im Energiesektor. Zwischen Anpassung und Erneuerung*, in: Simonis (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, S. 450-472, hier S. 450f.

Stefan Scheiner in erster Linie auch infolge der unterschiedlichen Betroffenheit vom Klimawandel, den landesspezifischen Interessenkonstellationen und dem Wettbewerb zwischen den Ländern<sup>230</sup>. Innerhalb des Mehrebenensystems sind die Bundesländer<sup>231</sup> daher explizit als „innovative ‚Laboratorien‘ zur Weiterentwicklung des Politikfeldes“<sup>232</sup> zu bezeichnen. Dies rechtfertigt den Fokus auf die Landesebene und bestätigt, dass die Grundlage für den Einzug sozial-ökologischer Transformationen insbesondere im Bereich der Klimapolitik gegeben ist. Hieran ist in Kapitel 3.1.1 anzuschließen.

Für die Analyse konkreter Interessenkonstellationen zwischen den Bundesländern bildet hingegen das Werk von Scheiner eine hilfreiche Grundlage. In den Fallanalysen lässt sich an die Einordnung der Bundesländer bzgl. ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen anknüpfen<sup>233</sup>, da hiervon strukturelle Unterschiede in der Mitigationspolitik abgeleitet werden können. Diesbezüglich sei hier exemplarisch auf die Energiewende verwiesen, die in diesem Kontext aufgrund ihrer zentralen emissionsbezogenen Stellung oft aufgegriffen wird<sup>234</sup>. Anhand ihr lässt sich nachvollziehen, dass die „Transformation der Stromversorgung [...] manifeste regionale Wirtschaftsinteressen und komplexe interregionale Verteilungskonflikte“<sup>235</sup> mit sich bringt. Dadurch wird die theoretisch bereits beschriebene Wirkmächtigkeit wirtschaftlicher Faktoren unterstrichen.

So ist unter den gewählten Fällen Brandenburg ein Bundesland, auf das hohe Transformationskosten zukommen, weil es nach Monstadt und Scheiner zu den „‘karbonintensiven‘ Bundesländer[n]“<sup>236</sup> zählt<sup>237</sup> – und das, obwohl es durch transformative Maßnahmen im Zuge der Wiedervereinigung bereits Emissionen einsparte. Demzufolge wirkt sich v. a. die Verteilung von Kohlekraftwerken und jener von energieintensiven Gesellschaftsbereichen innerhalb des Bundesgebiets auf die Ausgestaltung von sozial-ökologischen Transformationen aus.<sup>238</sup> Gemeinsam ist den Bundesländern jedoch, dass sie zur Ursachenbekämpfung des Klimawandels, also der Reduzierung der Treibhausgasemissionen, laut Simonis auf „nicht weniger als eine Transformation der Kohlenstoffwirtschaft“<sup>239</sup> abzielen müssen. Wird auch noch der Umfang der notwendigen Maßnahmen zum Umgang mit den

---

<sup>230</sup> Vgl. Monstadt, Jochen/ Scheiner, Stefan: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik: Räumliche Verteilungswirkungen und föderale Politikgestaltung der Energiewende*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 74:3 (2016), S. 179-197, hier S. 179.

<sup>231</sup> Vgl. ebd., hier S. 182.

<sup>232</sup> Ebd., hier S. 183.

<sup>233</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 125-135.

<sup>234</sup> Exemplarisch: Vgl. Monstadt/ Scheiner: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik*, hier S. 179f.

<sup>235</sup> Ebd., hier S. 180.

<sup>236</sup> Ebd., hier S. 183.

<sup>237</sup> Vgl. ebd.

<sup>238</sup> Vgl. Puppim de Oliveira: *The implementation of climate change related policies at the subnational level*, hier S. 255f.

<sup>239</sup> Simonis: *Das Transformationsproblem*, hier S. 91.

Folgen des Klimawandels berücksichtigt, wird zusammengefasst klar: „Klimagovernance impliziert Transformationsgovernance“<sup>240</sup>.

Dass der Transformationsbegriff dabei auch hier überwiegend in einem sozial-ökologischen Sinne verwendet wird, geht aus mehreren Stellen des Sammelbands von Simonis hervor<sup>241</sup>. Außerdem wird bestätigt, dass die konkrete Ausgestaltung der Transformation auch deshalb politisch umstritten ist, weil sich auf verschiedene wissenschaftliche Ansätze bezogen werden kann – exemplarisch ist hier nach Simonis bspw. jener des WBGU zu nennen<sup>242</sup>. Die Differenzen werden im Einzelnen dadurch verstärkt, dass die Vorhaben ein teils umfassendes Ausmaß annehmen können. So können Veränderungen v. a. in „den technologischen, ökonomischen, sozio-kulturellen und politischen Systemen“<sup>243</sup> angestrebt werden. Aus dieser Vielgestaltigkeit lässt sich auch ableiten, dass die transformativen Maßnahmen in der Klimapolitik horizontal über zahlreiche Politikfelder hinweg wirken<sup>244</sup>. Schließlich beschränken sich die Verhinderung von Treibhausgasemissionen und die Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels nicht nur auf einzelne gesellschaftliche bzw. politische Bereiche<sup>245</sup>.

Wird also die horizontale Dimension der Klimapolitik betrachtet, ergeben sich noch mehr Anknüpfungspunkte an die bestehende Literatur. So entstehen nach Monstadt und Scheiner bzgl. der Vermeidung von Emissionen Konflikte zwischen Akteur\*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen<sup>246</sup>. Während Böcher und Töller dies für die Umweltpolitik zeigen, ist genauso für die Klimapolitik davon auszugehen, dass die Konflikte sich auch darin widerspiegeln, dass Parteien jene außerparlamentarische Gruppe bevorzugt einbinden, die ihnen nahestehen<sup>247</sup>. Dies sorgt wiederum dafür, dass verschiedene gesellschaftliche Akteur\*innen dazu befähigt werden, ihre klimapolitischen Interessen in die Policy-Sphäre zu tragen. Somit werden die Ergebnisse von Weiland kontextualisiert. Nach ihr sind es v. a. Akteur\*innen aus der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, die einen relevanten Einfluss auf die Klimapolitik haben. Relevant sind diese Akteur\*innen deshalb, weil sie entweder selbst klimapolitisch aktiv sind, von regulierenden Maßnahmen betroffen sind oder Erkenntnisse zum Klimawandel und der Bewältigung der Klimakrise

---

<sup>240</sup> Simonis: *Das Weltklima als Gegenstand eines politikwissenschaftlichen Handbuchs*, hier S. 27.

<sup>241</sup> Exemplarisch: Vgl. Simonis: *Das Transformationsproblem*, hier S. 92.

<sup>242</sup> Vgl. ebd., hier S. 93-96.

<sup>243</sup> Ebd., hier S. 122.

<sup>244</sup> Vgl. Weiland: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, hier S. 94.

<sup>245</sup> Vgl. Simonis: *Das Weltklima als Gegenstand eines politikwissenschaftlichen Handbuchs*, hier S. 22f.

<sup>246</sup> Vgl. Monstadt/ Scheiner: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik*, hier S. 180.

<sup>247</sup> Vgl. Böcher/ Töller: *Umweltpolitik in Deutschland*, S. 118f.



liefern.<sup>248</sup> Dementsprechend sind sie zentral für die Umsetzung sozial-ökologischer Transformationen und die diesbezüglich formulierten Policy-Orientierungen.

Hinsichtlich der Zivilgesellschaft lässt sich zusammenfassen, dass sich Fridays for Future als klimapolitisch relevanteste Bewegung einordnen lässt. Dafür gibt es zwei Ursachen. Erstens waren Klimaschutzbewegungen bis zur Popularisierung der Klimakrise infolge der fehlenden Themenvaleanz vernachlässigbar bzw. repräsentierten andere Umweltbewegungen dieses Thema nur am Rande<sup>249</sup>. Zweitens sorgt ihr politisch relativ gemäßigtes Auftreten dafür, dass eine positive Einstellung gegenüber ihnen auch für Parteien tragbar ist. Indessen sich dieser Aktivismus eindeutig als klimaschützend einordnen lässt,<sup>250</sup> ist die Interessenkonstellation wirtschaftlicher Akteur\*innen pluraler. Böcher und Töller fassen dazu zusammen, dass zwar bspw. die Zweige um die erneuerbaren Energien durch die klimapolitisch getriebene Energiewende profitieren<sup>251</sup>. Auf deren Gegenseite stehen jedoch jene karbon- bzw. energieintensiven Wirtschaftssektoren, die durch Restriktionen für den Klimaschutz Wettbewerbsnachteile erleiden. Deren Widerstand hindert letztlich die vollständige Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen.<sup>252</sup> Für die Zukunft ist allerdings zumindest teilweise davon auszugehen, dass hier ein Einlenken stattfinden wird. Schließlich belegen Beiträge wie das vielfach rezipierte Werk von Nicholas Stern<sup>253</sup>, dass die Kosten für die Eindämmung des Klimawandels langfristig geringer sind als jene, die bei einem Nichthandeln durch den Klimawandel entstehen<sup>254</sup>.

Wird der Forschungsstand zum bisherigen Einfluss einschlägiger wissenschaftlicher Konzepte in der (partei-)politischen Sphäre evaluiert, so ist zu beachten, dass die Umweltpolitik von Martin Jänicke schon 1992 als „Motor politischer Modernisierung“<sup>255</sup> bezeichnet wurde. Durch den vielfach aufgegriffenen Handlungsdruck, der im Rahmen der Klimakrise entsteht, ist diese Formulierung inhaltlich auch auf die Klimapolitik zu übertragen. So wird gleichzeitig die Konzentration auf Policy-Neuorientierungen gerechtfertigt und eine Verbindung zu konkreten Ansätzen sozial-ökologischer Transformationen hergestellt. Denn Bö-

---

<sup>248</sup> Vgl. Weiland: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, hier S. 94f.

<sup>249</sup> Vgl. Puppim de Oliveira: *The implementation of climate change related policies at the subnational level*, hier S. 258.

<sup>250</sup> Vgl. Rucht: *Faszinosum Fridays for Future*, hier S. 6.

<sup>251</sup> Vgl. Böcher/ Töller: *Umweltpolitik in Deutschland*, S. 40. Die einzelnen Konzerne etc. als einzelne Akteur\*innen aufzuzählen, würde an dieser Stelle zu weit führen und ist nur insofern Teil der Arbeit, als im analysierten Material derartige konkrete Bezüge berücksichtigt werden.

<sup>252</sup> Vgl. ebd., S. 55.

<sup>253</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 47.

<sup>254</sup> Vgl. Stern, Nicholas Herbert: *The Economics of Climate Change. The Stern Review*, 6. Aufl., Cambridge 2009, S. 644.

<sup>255</sup> Jänicke, Martin: *Ökologische und politische Modernisierung. Umweltpolitik im Zeichen der Entzauberung des Staates*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21:4 (1992), S. 433-444, hier S. 433.

cher und Töller benennen mit der „ökologische[n] Modernisierung“<sup>256</sup> eine Variante, die wegen ihres Einklangs mit wirtschaftlichen Interessen eine handlungsleitende Maxime für zurückliegende Bundesregierungen war<sup>257</sup>. Um ihren theoretischen Ursprung zu belegen, ist darauf zu verweisen, dass sie bspw. Adler und Schachtschneider in ihrem Überblick von Konzepten zur Ausgestaltung sozial-ökologischer Transformationen explizit mit auf-führen<sup>258</sup>. Während sich die allgemeinen Anfänge der Idee der ökologischen Modernisierung in den 1980ern finden<sup>259</sup>, wurde das Konzept in der Folgezeit im Wesentlichen von Martin Jänicke spezifiziert<sup>260</sup>. Abzugrenzen ist dieses vom gleichnamigen politikwissenschaftlichen Analyseansatz<sup>261</sup>. Laut Adler und Schachtschneider ist die (partei-)politische Variante in unterschiedlichen Ausprägungen bei den „Parteien in Deutschland und Europa – z. B. als »ökologischer Umbau« (Grüne) oder »ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft« (Sozialdemokratie) oder »ökologische Marktwirtschaft« (konservative oder liberale Parteien)“<sup>262</sup> – vorzufinden.

Da das Konzept der ökologischen Modernisierung allerdings ursprünglich eher den Grünen zugerechnet wird<sup>263</sup>, die sich bisher am ehesten als Umwelt- und Klimaschutzpartei profilieren<sup>264</sup>, wird die Begründung für die theoretische Öffnung über dieses Konzept hinaus untermauert. Schließlich zeigt die Forschung, dass gerade jetzt die Tendenz, dass der Parteienwettbewerb mitentscheidend für die Ausgestaltung der Klimapolitik ist<sup>265</sup>, Relevanz erlangt. Denn schon bisher ließen immer mehr Parteien klimapolitische Aspekte in ihre Positionierungen einfließen<sup>266</sup>. Dabei kann auch hier an die Arbeit von Monstadt und Scheiner angeschlossen werden. Sie formulieren, dass – zumindest in Bezug auf die Energiepolitik – weniger im Ziel als vielmehr in der Ausgestaltung der Klimapolitik eine Blockbildung zwischen linken und rechten Parteien nachvollzogen werden kann<sup>267</sup>.

---

<sup>256</sup> Böcher/ Töller: *Umweltpolitik in Deutschland*, S. 40.

<sup>257</sup> Vgl. ebd.

<sup>258</sup> Vgl. Adler/ Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?*, S. 115-135.

<sup>259</sup> Vgl. Ehnert: *Climate Policy in Denmark, Germany, Estonia and Poland*, S. 76.

<sup>260</sup> Vgl. Jänicke, Martin: *Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat*, 1. Aufl., München 2008, S. 58ff.

<sup>261</sup> Vgl. Jahn, Detlef: *Umwelt in der Vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Lauth et al. (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, S. 677-687, hier S. 681f.

<sup>262</sup> Adler/ Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?*, S. 117f.

<sup>263</sup> Vgl. Jungjohann: *Ökologisch regieren*, S. 15f.

<sup>264</sup> Vgl. Böcher, Michael/ Töller, Annette Elisabeth: *Umwelt- und Naturschutzpolitik der Bundesländer*, in: Hildebrandt, Achim/ Wolf, Frieder (Hrsg.): *Die Politik der Bundesländer. Zwischen Föderalismusreform und Schuldenbremse*, 2., akt. und erw. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 259-281, hier S. 277.

<sup>265</sup> Vgl. Monstadt/ Scheiner: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik*, hier S. 181.

<sup>266</sup> Vgl. Jungjohann: *Ökologisch regieren*, S. 16f.

<sup>267</sup> Vgl. Monstadt/ Scheiner: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik*, hier S. 182. Hier werden allerdings auch nur Regierungsveröffentlichungen und keine Parteiprogrammatiken betrachtet: Vgl. ebd., hier S. 184.

Hinsichtlich der Policy-Forschung zu Parteiprogrammatiken ist jedoch zusammenzufassen, dass umweltpolitische Analysen sich entweder wie bei Hans-Dieter Klingemann nur auf die Bundesebene konzentrieren, veraltet sind und folglich auch die Klimapolitik unberücksichtigt lassen<sup>268</sup>. Oder die Untersuchungen werden, etwa im Falle von Simon Jakobs und Uwe Jun, nicht nur auf die Bundesparteien bezogen, sondern sie reduzieren die Umwelt- bzw. Klimapolitik auf eins von vielen Politikfeldern – sodass die parteipolitischen Standpunkte dazu lediglich auf einer halben Seite zusammengefasst werden<sup>269</sup>. Mit diesem Stand wird sowohl das länderbezogene Forschungsdesiderat bestätigt, das Jungjohann formuliert, als auch aufgezeigt, dass bislang keine theoretische Ausdifferenzierung der klimapolitischen Programmatiken stattfand. Dies ergänzt die in Kapitel 2.1.1 beschriebene Forschungslücke. Diese besteht aufgrund der fehlenden Berücksichtigung von Parteien bzw. deren Policys in der sozial-ökologischen Transformationsforschung fort.

Ausgehend von der theoretischen Ausdifferenzierung des Transformationsbegriffs und anschließend an den Forschungsstand zur Klimapolitik ist es an dieser Stelle möglich, die wissenschaftlich relevanten Akteur\*innen in diesem Politikfeld herauszustellen. Global betrachtet, bildet der IPCC mit seiner Aufbereitung des klimawissenschaftlichen Forschungsstands und der Formulierung handlungsleitender Klimaszenarien den relevantesten Bezugspunkt in der Klimapolitik<sup>270</sup>. Praktisch gibt er somit sogenannte Transformationspfade vor, die aufzeigen, welche Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise notwendig sind<sup>271</sup>. Darüber hinaus stehen den Politiker\*innen für die konkrete Ausgestaltung der nationalen Klimapolitik laut Alexander Ruser in erster Linie verschiedene Think Tanks beratend zur Seite<sup>272</sup>. Davon hebt Thurid Hustedt wiederum v. a. klimawissenschaftliche Forschungsinstitute hervor<sup>273</sup>.

Wegen ihrer institutionellen Politiknähe sind entsprechend dem Beitrag von Hustedt jedoch der SRU und der WBGU, auch wenn beide als umweltpolitisch zu fassen sind, von noch höherer Relevanz.<sup>274</sup> Während diese sich selbst auch an internationalen Bestrebun-

---

<sup>268</sup> Vgl. Klingemann, Hans-Dieter: *Umweltproblematik in den Wahlprogrammen der etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): *Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft - Wege zu einem neuen Grundverständnis: Kongreß der Landesregierung "Zukunftschancen eines Industrielandes"*, Dezember 1985, Stuttgart 1986, S. 356-361, hier S. 356-361. Böcher und Töller verweisen auch 2012 noch auf den Beitrag von Klingemann: Vgl. Böcher/ Töller: *Umweltpolitik in Deutschland*, S. 117.

<sup>269</sup> Vgl. Jakobs, Simon/ Jun, Uwe: *Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/18: Eine Analyse der Wahlprogramme*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49:2 (2018), S. 265-285, hier S. 277.

<sup>270</sup> Vgl. Edenhofer, Ottmar/ Jakob, Michael: *Klimapolitik. Ziele, Konflikte, Lösungen*, 2., akt. u. erw. Aufl., München 2019, S. 122-130.

<sup>271</sup> Vgl. ebd., S. 44-50.

<sup>272</sup> Vgl. Ruser, Alexander: *Climate Politics and the Impact of Think Tanks. Scientific Expertise in Germany and the US*, 1. Aufl., Cham 2018, S. 101-118.

<sup>273</sup> Vgl. Hustedt: *Analyzing Policy Advice*, hier S. 96f.

<sup>274</sup> Vgl. ebd., hier S. 103ff.

gen wie den seit 2016 bestehenden Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen<sup>275</sup> orientieren<sup>276</sup>, entsteht durch ihr bundesweites Wirken ein Handlungsrahmen für die subnationale Ebene. Der grundsätzliche sozial-ökologische Transformationsmodus in der Klimapolitik wird dabei durch den WBGU untermauert. So werden in seinem bereits 2011 veröffentlichten Gutachten zur Großen Transformation, welches sich ausdrücklich auch auf die Klimapolitik bezieht<sup>277</sup>, einige Referenzen auf die genuin Sozial-ökologische Forschung deutlich<sup>278</sup>. Daher nimmt der WBGU eine besondere Stellung für den Wissenstransfer von der „transformationsorientierte[n] Forschung“<sup>279</sup> in die (Partei-)Politik ein. Diese Einschätzung wird dadurch unterstrichen, dass er wissenschaftlich verstärkt rezipiert wird<sup>280</sup> und der Transformationsanspruch bspw. schon im Klimaschutzplan 2050 von der Bundesregierung verankert wurde<sup>281</sup>. Deshalb erscheint er insgesamt als relevantester wissenschaftlicher Akteur für die inhärent transformative Klimapolitik. Auch die bereits von Butzlaff beschriebene Ablehnung durch die AfD bestätigt dies.

Allerdings sorgen, wie in Kapitel 2.1.1 und hier aufgezeigt, auch einzelne Wissenschaftler\*innen wie Ulrich Brand oder Martin Jänicke dafür, dass weitere konkrete sozial-ökologische Transformationsansätze und -verständnisse Einzug in die parteipolitische Sphäre halten. Diese werden, wie bei Brand, entweder explizit so benannt oder nehmen, wie durch Jänicke spezifiziert und von Adler und Schachtschneider zusammengefasst, verschiedene Bezeichnungen und Formen an.

Aus den einzelnen Theorieteilern wird in der Gesamtbetrachtung ersichtlich, dass die Analyse in dieser Arbeit in mehrfacher Hinsicht unmittelbar an bisherige Forschungserkenntnisse anschließt. Damit lässt sie sich aus mehreren Perspektiven innerhalb des Forschungsstands verorten, wodurch auch das Forschungsdesign fundiert wird. So konnte die Popularisierung der Klimakrise, ausgehend von den Konzeptspezifikationen in Kapitel 2.1.1, in Kapitel 2.1.2 als akutes Scheitern der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse gefasst werden. In Kapitel 2.1.3 konnte darauf aufbauend ausdifferenziert werden, dass folglich ein individuelles responsives Verhalten der relevanten Landesparteien zu erwarten ist, das sich in den Wahlprogrammen widerspiegelt. Dass die umwelt- und v. a. klimapolitischen Policy-Neuorientierungen dabei als sozial-ökologische Transformationen zu

---

<sup>275</sup> Vgl. UN: *Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*, A/RES/70/1, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015, New York 2015, S. 1-38.

<sup>276</sup> Vgl. Luks: *(Große) Transformation*, hier S. 7.

<sup>277</sup> Vgl. WBGU: *Hauptgutachten*, S. 163-184.

<sup>278</sup> Vgl. ebd., S. 25.

<sup>279</sup> Jaeger-Erben et al.: *Von der Programmatik zur Praxis*, hier S. 118.

<sup>280</sup> Exemplarisch: Vgl. Brand: *Sozial-ökologische Transformation*, hier S. 277f.

<sup>281</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2019, S. 6f.

bezeichnen sind, konnte in Kapitel 2.1.4 im Zuge einer gesellschaftspolitischen Einbettung zusammengeführt werden. Zusammengenommen öffnet dies den Raum zur Bearbeitung dreier zentraler Forschungsdesiderate. Erstens sind sozial-ökologische Transformationen als Teil der parteipolitischen Sphäre noch nicht ausführlich analysiert worden. Zweitens bestehen nur wenige Ausarbeitungen zur Klimapolitik auf der Landesebene. Zusammengenommen wird mit der folgenden Analyse also drittens die sozialwissenschaftliche Perspektive auf den Klimawandel gestärkt.

## 2.2 Der methodische Rahmen der Arbeit

Um die Konkretisierung des vorliegenden Forschungsdesigns und die Herausstellung des forschungspraktischen Gerüsts zu erreichen, ist dieses Kapitel mehrdimensional ausgerichtet. Es werden sowohl die methodische Rahmung der Inhalte der Forschungsfrage, Hypothesen bzw. qualitativen Annahmen als auch die davon abgeleitete und an den theoretischen Rahmen anschließende Operationalisierung für die empirische Analyse geklärt.

Begonnen wird mit der Einordnung der Forschungsfrage. Mit ihr wird der analytische Rahmen für die Untersuchung der Wirkungsmechanismen zwischen der Popularisierung der Klimakrise und den Policy-Orientierungen der relevanten Landesparteien gebildet<sup>282</sup>. Dabei finden gleichzeitig eine theoretische Fokussierung auf die sozial-ökologischen Transformationen und eine zeitliche Eingrenzung der zu bearbeitenden Fälle statt. Weil die Letzteren die drei der vier Bundesländer bilden, in denen 2019 eine Landtagswahl stattfand, basiert die Analyse auf einer kleinen Fallzahl (small n). Innerhalb der Fälle sind die jeweils relevanten Landesparteien als Untersuchungsobjekte (bzw. -einheiten) zu beschreiben.<sup>283</sup> Vor dem Hintergrund des theoretischen Rahmens lassen sich diese zugleich als Grundgesamtheit definieren<sup>284</sup>. Diese wird so gewählt, weil die nicht-relevanten bzw. kleinen Landesparteien in ihrer Außenseiterrolle keinen bedeutsamen Einfluss auf das (partei-)politische Geschehen in den Bundesländern haben und folglich in einer quasi losgelösten Peripherie existieren. Neben diesem theoretischen Ausschluss würden sie auch vielfach praktisch aus dem Raster fallen, weil sie zu den Landtagswahlen oftmals ohne eigenes Wahlprogramm angetreten sind<sup>285</sup>. Wie in den Fallanalysen aufgezeigt wird, liegen

---

<sup>282</sup> Vgl. Stykow et al.: *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken*, S. 130ff.

<sup>283</sup> Vgl. Pickel: *Methodologische Grundlagen des Vergleichs und Vergleichsdesigns*, hier S. 34.

<sup>284</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 239ff.

<sup>285</sup> Weil sich im Einzelnen ohne weiterführende Recherche nicht nachvollziehen lässt, ob die Landesparteien ohne Programm angetreten sind oder dieses bereits gelöscht haben, ist zur Bestätigung dieser Aussage exemplarisch auf die Zusammenstellung des MDR zur Wahl im Jahr 2019 in Thüringen zu verweisen: Vgl. o. Verf.: *Die Wahlprogramme der "kleinen" Parteien*, in: MDR vom 24.10.2019, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/wahlen/ltw-thueringen-kleine-parteien-wahlprogramme-100.html> [Zugriff am 09.12.2020].

dementgegen bei den relevanten Landesparteien immer jeweils zwei Wahlprogramme vor. Weil es sich um insgesamt 19 relevante Landesparteien handelt<sup>286</sup>, ist eine Vollerhebung innerhalb der Fallauswahl umsetzbar<sup>287</sup>.

Die Konkretisierung des analytischen Zusammenhangs, der mit der Forschungsfrage geschaffen wurde, lässt sich anhand der Ausdifferenzierung der quantitativ orientierten Hypothesen A, B1 und B2 sowie der qualitativen Annahmen erreichen. Wird Hypothese A betrachtet, so ist an die bisherige Spezifizierung anzuschließen, nach der die gesellschaftliche Relevanz der Klimakrise als unabhängige Variable zu benennen ist. Als Indikatoren dafür, dass diese steigt, also eine Popularisierung stattfindet, sind die im ersten Kapitel genannten Erscheinungen zu verstehen: die gesellschaftlichen Mobilisierungen um Fridays for Future, die hohe Gewichtung der Klimaproblematik innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung und das Umfragehoch der Grünen. Als Folge der Popularisierung wird mit Hypothese A angenommen, dass die jeweils relevanten Landesparteien vermehrt sozial-ökologische Transformationen anstreben. Dementsprechend sind die Anzahlen dieser Policy-Orientierungen hier als abhängige Variable zu verstehen. Ihre zeitliche Veränderung wird dabei durch die Quantifizierung der inhaltsanalytischen Funde gemessen. Daher bilden hier die einzelnen Formulierungen in den Programmen die einzelnen Indikatoren.<sup>288</sup> Zwar wurden die sozial-ökologischen Transformationen für die Erfassung bereits theoretisch als Veränderungen der Ausgestaltungen der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur genau definiert. Weil diese aber praktisch in vielerlei Formen beschrieben werden können, wird anschließend an bestehende Programmanalysen ein manuelles Vorgehen für die Materialdurchsicht gewählt<sup>289</sup>. Das Gerüst dafür bildet die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring<sup>290</sup>, die im Rahmen ihrer konkreten Anwendung innerhalb der Fallanalysen weiter spezifiziert wird.

Vorwegzunehmen ist, dass nicht nur explizit klimapolitische, sondern alle Policy-Orientierungen kodiert werden, mit denen sozial-ökologische Transformationen verfolgt werden. Die Begründung dafür ist, dass die Wirkungen der Klimakrise so komplex sind, dass davon auszugehen ist, dass die geplanten Vorhaben in den einzelnen Politikfeldern im Einzelnen entweder bewusst oder unbewusst nicht immer als klimapolitisch benannt werden. Eine beabsichtigte Auslassung ist bspw. in der Hinsicht denkbar, dass der Klimawandel

---

<sup>286</sup> Das Relevanzkriterium lässt sich anhand der Ergebnisaufführung des Bundeswahlleiters für alle Fälle überprüfen: Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 41, 43 und 97.

<sup>287</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 239ff.

<sup>288</sup> Zur Erstellung dieses methodischen Rahmens wurden insbesondere die Ausführungen von Schnell et al. hinzugezogen: Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 113-119.

<sup>289</sup> Vgl. Merz/ Regel: *Die Programmatik der Parteien*, hier S. 218f.

<sup>290</sup> Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 54-62.

zwar gelegnet, aber dennoch auf seine Auswirkungen reagiert wird. Genauso besteht die Möglichkeit, dass die Wirkung des Klimawandels bereits vorliegt, er aber als Ursache noch nicht wahrgenommen bzw. bewiesen wurde. In der letzteren Konstellation, aber auch darüber hinaus, wirkt die Popularisierung der Klimakrise vermittelt über ein generell erhöhtes Umweltbewusstsein auf die Policy-Orientierungen. Somit werden neben verkappten klimapolitischen auch anderweitige sozial-ökologische Transformationen erfasst. Daher ist für die Analyse abzuleiten, dass zum Erreichen eines differenzierten Ergebnisses bei den einzelnen Funden immer mitzukodieren ist, ob ein Bezug zur Klimapolitik vorliegt.

Wird das regelgeleitete qualitative Kodieren als Datenerhebung verstanden, findet parallel dazu die Erfassung der Daten im Anhang statt<sup>291</sup>. Die folgende Quantifizierung der Funde und deren tabellarische Darstellung ist als Datenaufbereitung zu begreifen<sup>292</sup>. Dabei werden die konkreten Zählungen zweigeteilt. Einerseits wird zur Prüfung der Hypothesen die Anzahl von Policy-Orientierungen ermittelt, mit denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden. Zum Erreichen der quantitativen Vergleichbarkeit zwischen den Programmen wird an einen Beitrag von Matthijs Rooduijn et al. angeschlossen. Diese haben Programme westeuropäischer Parteien hinsichtlich populistischer Inhalte analysiert. Für die Gegenüberstellungen wurden von den Autor\*innen die Absätze mit entsprechenden Funden ausgezählt und ihr relativer Anteil an allen Absätzen berechnet.<sup>293</sup> Da Absätze themenunabhängig zählbare Sinneinheiten darstellen, wird dies hier insofern übertragen, als eine Erfassung und Quantifizierung der Absätze mit Funden zu jenen Policy-Orientierungen erfolgt, mit denen sozial-ökologischen Transformationen beabsichtigt werden. Ebenso wie bei Rooduijn et al. werden Absätze in der Präambel bzw. Einleitung wegen ihrer Stellung als Hauptaussagen des Programms doppelt gezählt. Auf die Begründung der weiteren Gewichtung der Absätze wird im Zuge der inhaltlichen Ausdifferenzierung der inhaltsanalytisch gewonnenen Codes genauer eingegangen.<sup>294</sup> Andererseits wird für die Vergleiche der inhaltlichen Ausrichtungen unabhängig von den Absätzen berechnet, in welchen Anteilen innerhalb der Funde auf die Klimapolitik rekurriert wird. Dieses grundsätzliche Vorgehen wird im Folgenden weiter ergänzt.

---

<sup>291</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 8. In anderen Leistungsnachweisen hat sich bereits bewährt, bei der Durchführung qualitativer Inhaltsanalysen nach Mayring kein Auswertungsprogramm wie MAXQDA zu verwenden, sondern die Analyseteile selbstständig zu verwalten. Daher wird auch hier kein Programm genutzt. Zur Abwägung der Programmnutzung: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 117f.

<sup>292</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 8.

<sup>293</sup> Vgl. Rooduijn, Matthijs et al.: *A populist Zeitgeist? Programmatic contagion by populist parties in Western Europe*, in: *Party Politics* 20:4 (2014), S. 563–575, hier S. 567f.

<sup>294</sup> Diese Übertragung habe ich in einem inhaltlich anderen Rahmen zusammen mit der Inhaltsanalyse nach Mayring bereits in den Hausarbeiten für die Module POL311 (S. 9) und MA-SOZ32.1 (S. 13) vorgenommen. Deshalb ähneln sich die Ausführungen dazu teilweise.

Weil die unabhängige Variable der Ausgangshypothese A aus forschungspraktischer Sicht nicht zu beeinflussen ist bzw. natürlich vorliegt, hat das Forschungsdesign mehrere Grenzen. So können infolge der Betrachtung der Wahlprogramme zu jeweils lediglich zwei Zeitpunkten keine längerfristigen partei- bzw. landesspezifischen Entwicklungen bewiesen werden<sup>295</sup>. Entgegen dieser zeitlichen Selektion werden allerdings ausgehend von dem Jahr 2019 drei der vier vorliegenden Fälle eingebunden<sup>296</sup>. Eine Kontrollgruppe jenseits der Popularisierung der Klimakrise wird ausgelassen, weil die Kausalität für und der Hauptfokus auf die aktuelle Entwicklung der Policy-Orientierungen inhaltlich bzw. theoretisch ausreichend begründet erscheint<sup>297</sup>. Als wirksamste Störfaktoren bleiben so insgesamt alternative Ursachen bestehen, die neben der Popularisierung der Klimakrise Policy-Neuorientierungen begründen oder zumindest das quantitative Ausmaß ihres Auftretens mit beeinflussen<sup>298</sup>. Die Untersuchung ist mit der breiten Fallauswahl daher als tendenzielles Most Different Systems Design so aufgebaut, dass die Herausstellung des grundsätzlichen Wirkungsmechanismus gewährleistet wird.

Um dennoch parallel zur Popularisierung wirkende Einflüsse analytisch zu berücksichtigen, werden mehrere Kontextvariablen in Rechnung getragen. Diese wirken auf zwei Ebenen – zwischen den relevanten Landesparteien innerhalb eines Bundeslandes und zwischen den relevanten Landesparteien in den verschiedenen Bundesländern. Zuerst werden die Annahmen zur ersten Ebene ausdifferenziert. Hierbei ist entsprechend der Parteiendifferenzhypothese davon auszugehen, dass die verschiedenen Grundsatzprogramme bzw. Ausrichtungen für Unterschiede zwischen den relevanten Landesparteien sorgen. Um die quantitativen Variationen der Anzahlen der Absätze zu begründen, innerhalb derer sozial-ökologische Transformationen anvisiert werden, wurden die Hypothesen B1 und B2 aufgestellt.

Dabei steht in B1 der Nachweis der generellen Parteiendifferenz im Mittelpunkt. Für diesen wird nachvollzogen, inwiefern die Anzahlen der entsprechenden Absätze in den Grundsatzprogrammen als unabhängige Variable einzeln auf die von ihr abhängigen Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen der Landesparteien wirken. Daher werden die Grundsatzprogramme im fallübergreifenden Analysekapitel nach dem gleichen Gerüst wie die Wahlprogramme in den einzelnen Fällen analysiert. In allen Fällen sind die konkreten Formulierungen wieder die Indikatoren, die gemessen werden.<sup>299</sup> In B2 ist die An-

---

<sup>295</sup> Zum generellen Design einer Zeitreihe: Vgl. Shadish et al.: *Experimental and Quasi-Experimental Designs for Generalized Causal Inference*, S. 172.

<sup>296</sup> Bzgl. der Selektion als Störfaktor: Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 204.

<sup>297</sup> Zu Designs ohne Kontrollgruppen: Vgl. Shadish et al.: *Experimental and Quasi-Experimental Designs for Generalized Causal Inference*, S. 108ff.

<sup>298</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 204.

<sup>299</sup> Vgl. ebd., S. 113-119.



zahl der Absätze in den Grundsatzprogrammen zwar auch unabhängig, allerdings werden sie hier kontextuell neben den Einfluss der Klimakrise gestellt. Dies geschieht, indem nicht die Anzahlen der Absätze in den einzelnen Wahlprogrammen, sondern deren zeitliche Veränderungen als abhängige Variable konzeptualisiert werden.

Während die Datenanalyse für Hypothese A unmittelbar durch das Ablesen aus den tabellarischen Darstellungen der Funde erfolgen kann, ist für die Hypothesen B1 und B2 jeweils ein weiterer Schritt notwendig<sup>300</sup>. Dieser besteht in einer linearen Regressionsanalyse<sup>301</sup>. Ermöglicht wird diese durch die Quantifizierungen der Funde in den Grundsatz- und Wahlprogrammen, da so durchweg Ratioskalen entstehen. Zur Berechnung und Visualisierung wird das frei zugängliche Programm R<sup>302</sup> bzw. die dazugehörige Anwendung RStudio<sup>303</sup> genutzt. Zwar können die Gütekriterien der Inhaltsanalyse erst mit ihrer konkreten Durchführung belegt werden. Dementgegen lässt sich für die quantitative Datenanalyse an sich jedoch bereits hier schließen, dass die Validität und Reliabilität erreicht werden. Denn das gesamte Vorgehen ist an den theoretischen Rahmen rückgebunden und wurde ausführlich begründet.<sup>304</sup>

Für die qualitative Kontextualisierung des unterschiedlichen Ausmaßes des Wirkens der Popularisierung der Klimakrise auf die relevanten Landesparteien wird das aufgestellte inhaltsanalytische Gerüst an dieser Stelle weiter ausgebaut. Hiermit wird gleichzeitig die Ebene der Differenzen zwischen den Bundesländern spezifiziert. Erstens wird innerhalb der gesamten Grundsatz- und Wahlprogramme mitkodiert, ob auf die bereits genannten Indikatoren für die Popularisierung der Klimakrise rekurriert wird. Dadurch werden auch Besonderheiten in den Bundesländern, etwa durch eine erhöhte Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen<sup>305</sup>, deutlich. Zweitens wird mitkodiert, wenn sich explizit gegen die Umsetzung von sozial-ökologischen Transformationen ausgesprochen, d. h. in dieser Hinsicht kein progressiver, sondern ein konservativer Standpunkt eingenommen wird. Drittens werden die Funde zu Policy-Orientierungen, mit denen sozial-ökologische Transformationen verfolgt werden, nicht nur auf Bezüge auf die Klimapolitik geprüft – auch der diesbezügliche Inhalt spielt eine Rolle. Wird das Vorhaben als klimapolitisch eingestuft, erfolgt die Einordnung, ob mit ihm eine Mitigation oder Adaption erreicht werden soll. Zu-

---

<sup>300</sup> Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 9.

<sup>301</sup> Vgl. ebd., S. 116f.

<sup>302</sup> Vgl. The R Foundation: *The R Project for Statistical Computing*, Internetseite zum Hauptprogramm, URL: <https://www.r-project.org/> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>303</sup> Vgl. The R Foundation: *Download RStudio*, Internetseite zum Anwendungsprogramm, URL: <https://rstudio.com/> [Zugriff am 09.12.2020]. Die Skripte für die Analyse mit dieser Anwendung werden auf der CD zur Masterarbeit beigefügt.

<sup>304</sup> Für den Rahmen: Vgl. Schnell et al.: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 121-136.

<sup>305</sup> Bisher wurde nicht wissenschaftlich analysiert, in welchem Ausmaß die Klimabewegung in den einzelnen Bundesländern aktiv ist. Eine eigene Erhebung neben der Untersuchung der Wahlprogramme findet aufgrund des Analysefokus bzw. Rahmens der Arbeit nicht statt.

sammengenommen wird die Analyse so an den Forschungsstand zur Klimapolitik unmittelbar angebunden.

Des Weiteren wird das Ausmaß des Vorhabens berücksichtigt. Dazu wird ermittelt, ob sozial-ökologische Transformationen einzeln, also nur in einem gesellschaftlichen Bereich, oder als Ganzes, d. h. als Großprojekt bzw. Gesellschaftstransformation, umgesetzt werden sollen. Wird die Transformation als ein Großprojekt angestrebt, so wird der Absatz zur Berücksichtigung des Ausmaßes in die jeweilige Quantifizierung vierfach einberechnet. Es wird sich für diese Höhe des Multiplikators entschieden, weil nach Simonis, wie bereits aufgegriffen, bspw. allein bei mitigationspolitischen Transformationen mindestens vier Gesellschaftsbereiche betroffen sind – konkret „d[ie] technologischen, ökonomischen, sozio-kulturellen und politischen“<sup>306</sup>. Die Nennung eines solchen Großprojekts ist daher entsprechend inhaltlich aufgeladen.

Zur Berücksichtigung weiterer Einflüsse, die neben der Popularisierung der Klimakrise wirken, wird – ausgehend vom theoretischen Rahmen – für jeden Fund festgestellt, ob Bezüge auf rechtliche Aspekte<sup>307</sup>, wirtschaftliche Akteur\*innen bzw. deren Interessen oder wissenschaftliche Konzepte vorgenommen werden. So werden gleichzeitig parteispezifische Schwerpunkte und Eigenheiten der Bundesländer erfasst. Zur Einordnung der Konzepte wird vor dem Hintergrund des Multiple-Streams-Ansatzes eine inhaltsanalytische Explikation, d. h. eine Hinzuziehung erklärender Literatur, durchgeführt<sup>308</sup>. Der wesentliche Referenzpunkt dafür ist das Werk von Adler und Schachtschneider. Als Indikatoren für die Bezugnahme auf die ökologische Modernisierung, die konzeptuell in der BRD bisher prägend war, wurden bereits (partei-)politische Varianten genannt. Weitere zentrale Begriffe bzw. Begriffskombinationen, die im Umfeld des Theoriegeflechts der ökologischen Modernisierung auftauchen, sind die Öko-Effizienz bzw. -Effektivität mit Bezug auf den Ressourcenverbrauch, die (technologische) Umweltinnovation, die nachhaltige Entwicklung und die ökologische Konsistenz<sup>309</sup>. Wohingegen deren Berücksichtigung in der Analyse so umfassend möglich ist, werden zur Umsetzbarkeit bzw. Eingrenzung des Analyse Rahmens bzgl. der anderen Konzepte nur Inhalte beachtet, in denen Konzepte konkret benannt werden.

Zur Einordnung der Einzelergebnisse werden im fallübergreifenden Analysekapitel zu den klimapolitischen Gestaltungsspielräumen sowohl die klimapolitischen supra- und internationalen Vorgaben als auch das Grundgesetz und die klimapolitischen Maßnahmen auf der Bundesebene explizierend untersucht. Je Fall fließen außerdem Landesverfas-

---

<sup>306</sup> Simonis: *Das Transformationsproblem*, hier S. 122.

<sup>307</sup> Dies wird entsprechend dem Analysefokus wiederum aufgefächert in Bezüge auf die Rechtsordnung des Völkerrechts und der EU-, Bundes- oder Landesebene (inklusive Kommunalem).

<sup>308</sup> Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 67.

<sup>309</sup> Vgl. Adler/ Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?*, S. 115-118.

sungen in die Analyse mit ein. Dabei sind das Grundgesetz und die Landesverfassungen nicht explizit klimapolitisch. Daher muss die Verbindung ihrer Inhalte mit dem hier gewählten theoretischen Gerüst erst noch fundiert hergestellt werden. Dazu werden sie auf der Basis des theoretischen Rahmens der Arbeit inhaltsanalytisch betrachtet. Auch diese Ergebnisse werden im Anhang dargestellt<sup>310</sup>. Ebenso sind je Fall die Darstellungen zu den weiteren landesspezifischen Umständen, also der Betroffenheit vom Klimawandel, der klimapolitisch relevanten Teile der Wirtschaftsstruktur und den bisherigen klimapolitischen Maßnahmen als Explikationen zu verstehen<sup>311</sup>. Auch der Einbezug der Parteiensysteme und -wettbewerbe zum Nachvollziehen der Predator-Strategie und Spillover-Effekte – beide als kontextuelle Wirkungsmechanismen neben der Klimakrise – zählt dazu. Durch dieses Vorgehen ist es möglich, die Interessenkonstellationen und Dynamiken zwischen den relevanten Landesparteien auszudifferenzieren. Zwar erfolgt damit keine direkte Untersuchung der Legislaturperioden. Jedoch werden – ausgehend von den parteipolitischen Zusammensetzungen – die grundsätzlichen Ausrichtungen der Regierungen in Rechnung getragen, die auf die Formulierung der Wahlprogramme wirkten. Somit werden innerhalb des deduktiven Rahmens der Analyse auch induktive Schlüsse hinsichtlich einzelner Zusammenhänge angestrebt. Diese Analyseschritte jenseits des Grundgesetzes und der Landesverfassungen sowie der Grundsatz- und Wahlprogramme finden zwar strukturiert, aber nicht weiter methodengeleitet statt. Dies wird mit der unmittelbaren theoretischen Anschlussfähigkeit der Inhalte bzw. wegen des Bezugs auf ausgearbeitete Sekundärliteratur begründet.

Anschließend an das Kapitel zur Schaffung des theoretischen Rahmens ist festzuhalten, dass auch die methodische Rahmung dazu beiträgt, dass das Forschungsdesign ein fundiertes und insgesamt kohärentes Konstrukt bildet. Aufgrund dieser Ausarbeitung der einzelnen Bestandteile des Forschungsdesigns wird die interne Validität des allgemeinen Vorgehens gesichert<sup>312</sup>. Auch die Grundlagen für die Erfüllung der Gütekriterien innerhalb der weiteren spezifischen Schritte sind gegeben. Denn das konkrete forschungspraktische

---

<sup>310</sup> Hier ist darauf hinzuweisen, dass der Anhang zwecks einer besseren Nachvollziehbarkeit der Analysedurchführung entlang der Bestandteile der einzelnen Analysekapitel gegliedert ist. Weil qualitative Kodierungen in jedem Analyseschritt relevant sind, werden sie nach einem einheitlichen Schema dargestellt, welches den weiteren Kapiteln im Anhang vorangestellt ist. Dieses Vorgehen zur Wiedergabe der Codes habe ich strukturell bereits in anderen Leistungsnachweisen gewählt und hier übernommen. Orientiert habe ich mich hier insbesondere an der Hausarbeit, die als zweite Seminarleistung im Modul POL711 (S. VII) eingereicht wurde. Aufgeführt ist das Schema in dieser Masterarbeit hier: Vgl. Anhang, S. XXII.

<sup>311</sup> Dieser Bezug auf die bisherigen (insbesondere gesetzlichen) Regelungen entspricht dem Vorgehen Tosuns, wie sie es für die politikwissenschaftliche Analyse von Umweltpolitik aufzeigt: Vgl. Tosun, Jale: *Umweltpolitik*, in: Wenzelburger/ Zohlnhöfer (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, S. 641-662, hier S. 646f.

<sup>312</sup> Vgl. Eifler, Stefanie/ Leitgöb, Heinz: *Experiment*, in: Baur/ Blasius (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, S. 203-218, hier S. 208.

Gerüst schließt an den theorie- sowie methodenbezogenen Forschungsstand an und wurde darauf aufbauend umfassend entwickelt.

### **3. Der Analyseteil der Arbeit**

Wie aus den bisherigen Darstellungen hervorgeht, sind für die Fallanalysen zweierlei Umstände relevant. Einerseits sind die relevanten Landesparteien in einen fallübergreifenden Zusammenhang eingebettet. Andererseits wirken landesspezifische Umstände auf die Untersuchungsobjekte. Dementsprechend gliedert sich der Analyseteil in zwei Unterkapitel, in denen die jeweiligen Wirkungsebenen betrachtet werden.

#### **3.1 Die Analyse der fallübergreifenden Kontexte**

Die Kontexte, die innerhalb des gewählten Referenzrahmens relevant sind und in allen Bundesländern wirken, lassen sich wiederum in zwei Dimensionen aufteilen. Hinsichtlich der ersten wurde bereits darauf verwiesen, dass die föderalistische Struktur der BRD dafür sorgt, dass die Bundesländer bestimmte klimapolitische Gestaltungsspielräume haben. Mit Bezug auf die zweite ist an die Erkenntnis anzuschließen, dass die jeweils relevanten Landesparteien zumeist als Landesverbände bundesweit agierender Parteien organisiert sind. Wie in den Hypothesen B1 und B2 formuliert, werden zum Einbezug dieser Relation die Grundsatzprogramme in der Analyse berücksichtigt. Parallel zu diesen beiden Dimensionen gliedert sich die Analyse in diesem Unterkapitel in zwei Abschnitte.

##### **3.1.1 Die klimapolitischen Gestaltungsspielräume in den Bundesländern**

Um die klimapolitischen Gestaltungsspielräume vollständig nachzuskizzieren, werden sowohl die verfassungsmäßige und gesetzliche Ausgangslage im Bund als auch inter- bzw. supranationale Vorgaben betrachtet. Letztere werden dabei insofern eingebunden, als die BRD selbst keine verbindlichen Ziele festschreibt und durch die nationale Mitgliedschaft in übergeordneten Bündnissen bzw. Organisationen klimapolitische Regelungen auch für die Bundesländer gelten.

Damit die allgemeinen föderalistischen Ausgangspunkte geklärt werden, wird mit der Analyse des Grundgesetzes begonnen<sup>313</sup>. So ist die BRD laut Art. 20 Abs. 1 ein Bundes-

---

<sup>313</sup> Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2019 (BGBl. I S. 1546). Auf die Nachskizzierung der umwelt- und damit auch potenziell klimapolitisch relevanten Veränderun-

staat, woraus sich die allgemeine Notwendigkeit der Existenz und teilweisen Selbstständigkeit der Bundesländer ableiten lässt. Gestaltungsspielräume ergeben sich hierbei auf zwei Ebenen. Zum einen besteht nach Art. 50 explizit die Möglichkeit, über den Bundesrat an der Bundespolitik und damit auch bspw. der EU mitzuwirken. Laut Andreas Blätte und Karina Hohl ist hierbei wesentlich, dass dies „[...] mit der ‚Ewigkeitsklausel‘ des Art. 79 Abs. 3 GG festgeschrieben [ist]“<sup>314</sup>. Für die supranationale Einbettung sind außerdem Art. 23 Abs. 1 und 1a des Grundgesetzes von Bedeutung. Mit diesen wird auch in der BRD allgemein widerspiegelt, dass innerhalb des politischen Mehrebenensystems der EU, in dem sich die Bundesländer befinden, das Subsidiaritätsprinzip gilt. Daher ist nach Blätte und Hohl relevant, dass die Bundesländer über den Ausschuss der Regionen auch direkt auf die EU einwirken können<sup>315</sup>.

Zum anderen haben die Bundesländer innenpolitische Gestaltungsspielräume. Diese manifestieren sich darin, dass die Bundesländer eigene Verfassungen haben, die sich gemäß Art. 28 Abs. 1 am Grundgesetz orientieren. Zusätzlich dürfen weiterführende Landesgesetze laut Art. 70 Abs. 1 und 2 in jenen Bereichen verabschiedet werden, in denen der Bund nicht ausschließlich zuständig ist. Art. 72 Abs. 1 regelt hierzu, dass die Bundesländer in bestimmten Gebieten Gesetze konkurrierend verabschieden können, wenn im Einzelfall keine Bundesgesetze bestehen. Außerdem kann laut Art. 72 Abs. 3 in einigen Feldern explizit von Bundesregelungen abgewichen werden. Zwar handelt es sich beim Grundgesetz nicht um ein klimapolitisches Dokument bzw. wurden darin noch keine klimapolitischen Ziele aufgenommen<sup>316</sup>. Um die konkreten Gestaltungsspielräume in den genannten Konstellationen vor dem Hintergrund der theoretischen Konzepte regelgeleitet zu untersuchen, schließt hier die Inhaltsanalyse nach Mayring an<sup>317</sup>.

An dieser Stelle als *Material festgelegt* wird also das Grundgesetz, dessen *Entstehungssituation* im Jahr 1949 aufgrund der erst späteren Entwicklung klimapolitischer Maßnahmen weniger relevant ist als seine Offenheit für fortwährende Veränderungen. *Formal charakterisiert* ist die Verfassung nach der Präambel in 14 Abschnitte und 146 Haupt-

---

gen durch die Föderalismusreformen wird verzichtet, da für den Betrachtungszeitraum einzig die aktuellen Regelungen relevant sind. Zu den Wirkungen der Föderalismusreformen: Vgl. Böcher/ Töller: *Umweltpolitik in Deutschland*, S. 157ff.

<sup>314</sup> Blätte, Andreas/ Hohl, Karina: *Gestaltungsspielräume des Regierens in den Ländern. Landespolitik zwischen Marginalisierung, Blockade und Innovation*, in: Kortel/ Grunden (Hrsg.): *Handbuch Regierungsforschung*, S. 207-215, hier S. 208.

<sup>315</sup> Vgl. ebd., hier S. 211.

<sup>316</sup> Vgl. Flaskühler, Christina Agnetha: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, 1. Aufl., Baden-Baden 2018, S. 82.

<sup>317</sup> Die allgemeinen Analyseschritte sind hier zu finden: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 54-62. Diese werden im Folgenden kursiv formatiert, um die Anwendung nachvollziehbar zu gestalten. Da ich in bisher eingereichten Leistungsnachweisen, auch wenn in einem anderen thematischen Kontext, bereits ein ähnliches Vorgehen gewählt habe und das Vorgehen regelgeleitet ist, ähneln sich die Ausführungen dazu strukturell teilweise.

artikel, die teilweise bereits wieder aufgehoben wurden, unterteilt. Die *Richtung der Analyse* ist am ehesten als Überprüfung zu verstehen, mit der nach Inhalten gesucht wird, die den theoretischen Konzepten entsprechen. Für die weitere Analyse sind hierbei Funde zu Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse relevant, da diese die Ausgangspunkte für sozial-ökologische Transformationen darstellen. Ausgehend vom theoretischen Rahmen basiert das Vorgehen also auf einer *theoriegeleiteten Differenzierung*. Demzufolge ist die *Analysetechnik* die sogenannte *typisierende Strukturierung*, für die der theoretische Fokus wesentlich ist<sup>318</sup>. Das *Ablaufmodell* beginnt mit der Benennung der *Analyseeinheiten*. Während das Grundgesetz die *Auswertungseinheit* bildet, sind die *Kodiereinheiten* alle Textbestandteile, die Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse beschreiben. Somit sind Letztere mit der *Strukturierungs-* bzw. *Typisierungsdimension* gleichzusetzen, die zur Durchführung der Analyse auch im *Kodierleitfaden* als *Kategorie* aufgeführt und zusammen mit einem *Ankerbeispiel* sowie der *Kodierregel* definiert wird<sup>319</sup>. Hinsichtlich der damit erzielten Ergebnisse sind nicht nur die *Prototypen*, sondern die generellen Funde relevant<sup>320</sup>. Die *Kontexteinheiten* im textbezogenen Umfeld der Funde sind die einzelnen Artikel bzw. Absätze der Artikel innerhalb des Grundgesetzes. Insgesamt fand nur ein *Materialdurchlauf* statt, weil das Vorgehen theoretisch und methodisch präzise anwendbar ist. Der inhaltsanalytische Teil der *Gütekriterien* Reliabilität und Validität ist angesichts der theoretischen Rahmung und methodischen Regelgeleitetheit der Analyse sowie der Darstellung der einzelnen Schritte und Ergebnisse erfüllt<sup>321</sup>.

In puncto Regelungen, die v. a. für den Bereich der Klimapolitik grundlagenbildend sind, ergibt die Analyse, dass im Grundgesetz mehrere Bestimmungen, die unter die Definition der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse fallen, vorhanden sind. Ein dezidierter klimapolitischer Bezug ist jedoch bis heute nicht zu finden. Für konkrete Policy-Orientierungen ist dennoch relevant, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Art. 20a als Maßgabe fixiert ist<sup>322</sup>. Wie der Schutz im Einzelnen zu erreichen ist, wird zwar nicht formuliert. Allerdings regelt Art. 15 die praktischen Optionen dahingehend, dass etwa sogenannte Naturschätze in Form von Privat- oder Gemeineigentum verwaltet werden können<sup>323</sup>. Wie in Art. 74 Abs. 1 festgehalten, gehören die entsprechenden Regelungen

---

<sup>318</sup> Zur allgemeinen Technik der Strukturierung: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 97ff. Zur typisierenden Strukturierung: Vgl. ebd., S. 103-106.

<sup>319</sup> Der Kodierleitfaden für diese Analyse ist im Anhang zu finden: Vgl. Anhang, Tabelle 1, S. XXIII. Sein struktureller Aufbau entspricht der Darstellung von Mayring: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 111f. Zum Erzielen vergleichbarer Ergebnisse wird er auch für die Analyse der Landesverfassungen verwendet.

<sup>320</sup> Die Funde zu dieser Analyse sind auch im Anhang zu finden: Vgl. Anhang, S. XXVII.

<sup>321</sup> Spezifischer erläutert sind die inhaltsanalytischen Gütekriterien hier: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 123-129.

<sup>322</sup> Vgl. Anhang, S. XXVII, Code AF-GG-RE-3.

<sup>323</sup> Vgl. ebd., Code AF-GG-RE-2.

dazu zur konkurrierenden Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern<sup>324</sup>. Auch die Ausgestaltungen des Bergbaus bzw. der Energiewirtschaft<sup>325</sup>, die klimapolitisch bspw. im Kontext der Kohlegewinnung gewichtig sind, gehören zu diesem legislativen Bereich. Ebenso sind die Forstwirtschaft – die etwa bei der Bewältigung von Dürren ins Zentrum rückt –, der Küstenschutz<sup>326</sup> – der im Zuge des Meeresspiegelanstiegs von Bedeutung ist – und die Luftreinhaltung<sup>327</sup> – die bzgl. der Verhinderung von Treibhausgasemissionen maßgeblich ist – Teil der konkurrierenden Gesetzgebung. Vom Bund abweichende Gesetze können die Bundesländer laut Art. 72 Abs. 3 hingegen im Bereich des Naturschutzes<sup>328</sup>, der Bodenverteilung<sup>329</sup> und des Wasserhaushalts<sup>330</sup> verabschieden und so bspw. auch auf Dürren reagieren.

Ausgehend von dieser Inhaltsanalyse ist für die Gestaltungsspielräume der Bundesländer also v. a. relevant, ob der Bund schon von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch machte. Da es zu komplex wäre, sämtliche Gesetze zu berücksichtigen, die in irgendeiner Form einen klimapolitischen Bezug haben, wird sich auf die explizit klimapolitisch motivierten Gesetze konzentriert. Dabei ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz<sup>331</sup> als zentrale klimapolitische Einschränkung innerhalb des Betrachtungszeitraums zu benennen. Dies entspricht sowohl der Selbstbeschreibung der klimapolitischen Ausrichtung durch die Bundesregierung<sup>332</sup> als auch den Darstellungen der Forschung<sup>333</sup>. Weil das Gesetz laut § 1 die wesentlichen Ausbauziele für erneuerbare Energien vorskizziert, ist es als Mitigationsgesetz zu verstehen – bis 2050 sollen die Erneuerbaren einen Mindestanteil von 80 % am Bruttostromverbrauch haben. Monstadt und Scheiner fassen dazu zusammen, dass die Bundesländer laut Art. 73. Abs. 3 des Grundgesetzes dennoch dazu befähigt sind, davon abweichende, v. a. noch ambitioniertere, Regelungen zu treffen<sup>334</sup>. Diese Benennung von Gestaltungsspielräumen steht im Einklang mit dem bisherigen Stand der Föderalismusforschung bzgl. der Klimapolitik<sup>335</sup>.

---

<sup>324</sup> Vgl. Anhang, S. XXIX, Code AF-GG-RE-14.

<sup>325</sup> Vgl. ebd., Code AF-GG-RE-13.

<sup>326</sup> Vgl. ebd., Code AF-GG-RE-15.

<sup>327</sup> Vgl. ebd., Code AF-GG-RE-20.

<sup>328</sup> Vgl. ebd., S. XXVIII, Code AF-GG-RE-7.

<sup>329</sup> Vgl. ebd., Code AF-GG-RE-8.

<sup>330</sup> Vgl. ebd., Code AF-GG-RE-9.

<sup>331</sup> Vgl. Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1818) geändert worden ist.

<sup>332</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Klimapolitische Instrumente*, Internetseite des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, URL: <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimapolitische-instrumente/> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>333</sup> Exemplarisch: Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 88.

<sup>334</sup> Vgl. Monstadt/ Scheiner: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik*, hier S. 182.

<sup>335</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 55f.

Konkrete Mitigationsziele, die sektorenübergreifend sind, wurden vor den betrachteten Landtagswahlen lediglich durch die Vertragsstaatenkonferenzen zur UN-Klimarahmenkonvention vorgegeben. Hierbei galt während des Betrachtungszeitraums die „zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls von Beginn des Jahres 2013 bis zum Inkrafttreten eines Folgeabkommens ab 2020“<sup>336</sup>. Indessen sich die EU als Ganze bis 2020 zu einer Verringerung der Treibhausgase um 20 % im Vergleich zu 1990 verpflichtete<sup>337</sup>, legte sich die BRD im Rahmen der EU-weiten Verteilung bis 2020 auf eine Reduzierung um 14 % im Vergleich zu 2005 fest<sup>338</sup>. Allerdings wurden diese Ziele weder von der EU noch von der BRD in einem eigenen Gesetz fixiert, sodass den Bundesländern faktische Spielräume blieben<sup>339</sup>. Diese Offenheit für eigene Schwerpunktsetzungen ist auch wegen der bisherigen Entwicklungen relevant. So scheiterte in der BRD einerseits das im EU-Kontext notierte Ziel für das Bezugsjahr 2005<sup>340</sup>. Andererseits scheiterte das 2014 im unverbindlichen „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ verschriftlichte Ziel der 40 %-Reduktion gegenüber 1990<sup>341</sup>.

Wegen dieses Scheiterns und auch, weil das im Jahr 2015 verabschiedete, nach dem Kyoto-Protokoll ab 2020 gültige Pariser Abkommen keine verbindlichen Ziele mehr vorgibt<sup>342</sup>, wurde sich augenscheinlich dafür entschieden, die zukünftigen Ziele in der EU und der BRD gesetzlich zu verankern. Beide Male geschah dies allerdings erst nach den betrachteten Landtagswahlen, sodass sich keine legislativen Einflüsse, die auf die analysierten Policy-Orientierungen wirkten, ergeben. Die relevanten Landesparteien konnten seit 2015 allerdings antizipieren, dass die Mitigationpolitik darauf hinausläuft und so versuchen, diese zu beeinflussen. Konkret steuerte die Bundesregierung nach der Pariser Kli-

---

<sup>336</sup> Otto, Daniel: *Entstehung und Ausdifferenzierung des UN-Klimaregimes*, in: Simonis (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, S. 260-300, hier S. 283.

<sup>337</sup> Vgl. Tröltzsch, Jenny: *Die Europäische Union*, in: Simonis (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, S. 302-333, hier S. 318.

<sup>338</sup> Vgl. Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.4.2009 über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020, Anhang 2.

<sup>339</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 88. Auch die Gesetze, die den Emissionshandel regeln, teilstrukturierten die Klimapolitik nur und entfalteten keine Sperrwirkung: Vgl. ebd., S. 125.

<sup>340</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Projektionsbericht 2019 für Deutschland gemäß Verordnung (EU) Nr.525/2013*, URL: [https://cdr.eionet.europa.eu/de/eu/mmr/art04-13-14\\_lcds\\_pams\\_projections/projections/envxnw7wq/Projektionsbericht-der-Bundesregierung-2019.pdf](https://cdr.eionet.europa.eu/de/eu/mmr/art04-13-14_lcds_pams_projections/projections/envxnw7wq/Projektionsbericht-der-Bundesregierung-2019.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S. 24.

<sup>341</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Kabinettsbeschluss vom 3. Dezember 2014*, 1. Aufl., Paderborn 2014, S. 9. Zum Scheitern: Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Klimaschutzbericht 2018*, S. 9f.

<sup>342</sup> Vgl. Otto: *Entstehung und Ausdifferenzierung des UN-Klimaregimes*, hier S. 283f.



makonferenz mit dem Klimaschutzplan 2050<sup>343</sup> und dem darauf aufbauenden Klimaschutzprogramm 2030 auf das Gesetz zu<sup>344</sup>. Eine institutionalisierte Mitsprache hatten die Bundesländer dabei „seit 2017 im ständigen Ausschuss Klimaschutz im Rahmen der Bund / Länder-Arbeitsgemeinschaft ‚Klima, Energie, Mobilität – Nachhaltigkeit‘“<sup>345</sup>.

Um die Masterarbeit auf den neuesten Stand zu bringen und ihre fortbestehende Relevanz zu untermauern, ist auf das Bundes-Klimaschutzgesetz zu verweisen<sup>346</sup>. Dieses wurde im Dezember 2019 ausgefertigt und schreibt, ausgehend vom vorliegenden Forschungsstand, erstmals bundesgesetzliche Klimaschutzvorgaben fest<sup>347</sup>. Dabei ist das Gesetz, wie Flaskühler schon vor seiner Verabschiedung vorskizzierte, zum Bereich der Luftreinhaltung zu rechnen. Daher entfaltet es entsprechend Art. 74. Abs. 1 Nr. 24 des Grundgesetzes theoretisch eine Sperrwirkung im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung<sup>348</sup>. Allerdings verlieren die Klimaschutzgesetze in den Bundesländern laut § 14 Abs. 1 des Bundes-Klimaschutzgesetzes explizit nicht ihre Wirksamkeit, solange sie im Einklang mit dem Bundesrecht stehen. Hierbei sind insbesondere zwei Ziele relevant. Erstens wird in § 1 die Vorgabe der Treibhausgasneutralität bis 2050 geregelt. Zweitens wird in § 3 Abs. 1 festgelegt, dass vom Bezugsjahr 1990 bis zum Jahr 2030 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 55 % zu erfolgen hat.

Weil der Energiesektor für die Mitigation weiterhin als zentral erachtet wird, wurde auf Bundesebene zusätzlich das Kohleausstiegsgesetz verabschiedet. Dieses wurde im August 2020 ausgefertigt und regelt laut § 2 im Wesentlichen den Kohleausstieg bis 2038, sodass die betroffenen Bundesländer auch hier eine Mindestvorgabe haben<sup>349</sup>. Das Klimagesetz, das am 04.03.2020 vonseiten der EU-Kommission offiziell initiiert wurde und im Wesentlichen ebenfalls die Treibhausgasneutralität bis 2050 vorgibt<sup>350</sup>, bildet den supranationalen Rahmen für alle weiteren klimapolitischen Ziele in der EU. Angesichts dieser Europäisierungstendenz der Klimapolitik<sup>351</sup> ist davon auszugehen, dass das Subsidiari-

---

<sup>343</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Klimaschutzplan 2050*, S. 6.

<sup>344</sup> Vgl. Bundesregierung: *Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050*, URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1> [Zugriff am 09.12.2020], S. 17.

<sup>345</sup> Ebd., S. 171.

<sup>346</sup> Vgl. Bundes-Klimaschutzgesetz vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513).

<sup>347</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 87.

<sup>348</sup> Vgl. ebd., S. 125.

<sup>349</sup> Vgl. Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) vom 8. August 2020.

<sup>350</sup> Vgl. EU-Kommission: *Für Klimaneutralität bis 2050: Kommission schlägt Europäisches Klimagesetz vor und startet Konsultation zum Europäischen Klimapakt*, Internetseite der EU-Kommission, URL: [https://ec.europa.eu/germany/news/20200304-klimagesetz\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200304-klimagesetz_de) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>351</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 85ff.

tätsprinzip für die Bundesländer zunehmend von Bedeutung sein wird. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Ziels ist anzunehmen, dass Gestaltungsspielräume bzgl. landeseigener Ziele, die ambitionierter als jene der EU sind, bleiben werden.

Im Gegensatz zu diesen Mitigationsvorgaben lassen sich bisher keine eindeutig klimapolitischen Adaptionsgesetze auf der Bundesebene oder vonseiten supra- bzw. internationaler Instanzen finden. Im Jahr 2008 wurde in der BRD lediglich eine grobe Anpassungsstrategie formuliert<sup>352</sup>. Diese wurde zusammen mit den Bundesländern durch einzelne Aktionspläne konkretisiert – aber nicht gesetzlich fixiert<sup>353</sup>. Es bleiben also eindeutige Spielräume im Umgang mit den spezifischen Folgen des Klimawandels.

Aus diesem Kapitel ergibt sich also insgesamt, dass die Bundesländer mehrere klimapolitische Gestaltungsspielräume hatten und haben. Zum einen zeigt die Analyse des Grundgesetzes, dass der allgemeine Verfassungsrahmen gegeben ist, um bestehende klimawandelrelevante Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse innenpolitisch verändern, d. h. sozial-ökologisch transformieren, zu können. Auch wird die Mitsprache bei der potenziell einschränkenden Gesetzesfindung höherer Ebenen gewährleistet – namentlich des Bundes und der EU. Zum anderen wird für den gewählten Betrachtungszeitraum explizit klar, dass keine expliziten klimapolitischen Vorgaben höherer Ebenen bestanden, die den Bundesländern eigene Regelungen komplett verboten haben. Lediglich durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurden immerhin Mindestziele für den mitigationpolitisch relevanten Ausbau der Erneuerbaren vorgegeben. Auch die Gesetzeslage nach den Landtagswahlen im Jahr 2019 erlaubt es, ergänzende Mitigations- oder eigene Adaptionmaßnahmen in den Bundesländern zu ergreifen.

### 3.1.2 Die Grundsatzprogramme der berücksichtigten Parteien

Zur Erfüllung der inhaltsanalytischen Gütekriterien findet mit der Untersuchung der Grundsatzprogramme erneut eine komplette Umsetzung des Ablaufmodells nach Mayring statt<sup>354</sup>. Weil dieses Kapitel nur aus der Inhaltsanalyse besteht, wird mit dieser unmittelbar eingestiegen. Ausgehend vom Analyserahmen werden die Grundsatzprogramme, die mindestens während der Landtagswahlen im Jahr 2019 galten, als *Material festgelegt*. Ihre *Entstehungssituation* ist nur teilweise verallgemeinerbar. So spiegeln die Grundsatzpro-

---

<sup>352</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Vom Bundeskabinett am 17. Dezember 2008 beschlossen*, URL: [https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das\\_gesamt\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S. 1.

<sup>353</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: *Aktionsplan Anpassung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Vom Bundeskabinett am 31. August 2011 beschlossen*, URL: [https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/aktionsplan\\_anpassung\\_klimawandel\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/aktionsplan_anpassung_klimawandel_bf.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S. 4.

<sup>354</sup> Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 54-62.

gramme zwar durchweg die allgemeinen, über jegliche Wahlen hinweg geltenden Ausrichtungen der Parteien wider. Da sie aber vom Wahlzyklus losgelöst beschlossen werden und stattdessen im Zuge der parteiinternen Entwicklung zustande kommen, sind die Umstände ihrer Entwicklung nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich sehr individuell. Die *Entstehungssituationen* werden daher erst in der Ergebnisdarstellung je Grundsatzprogramm aufgeführt. Gleiches gilt für die *formale Charakterisierung* – bei dieser werden die Anzahlen der Absätze berücksichtigt.

Die *Richtung der Analyse* ist dieses Mal eine Überprüfung auf Inhalte, mit denen die Popularisierung der Klimakrise aufgegriffen oder sich für bzw. gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert wird<sup>355</sup>. Die letzten beiden Kategorien werden wiederum mit Unterkategorien kodiert, anhand derer das Ausmaß der Transformation sowie der Bezug auf klimapolitische, rechtliche, wirtschaftliche und konzeptionelle Aspekte kontrolliert wird. Die *theoriegeleitete Differenzierung* dieses Analyserahmens fand im Theoriekapitel statt. Wegen des klaren Bezugs darauf wird sich erneut für die *typisierende Strukturierung* als *Analysetechnik* entschieden<sup>356</sup>. Entsprechend ihrem *Ablaufmodell* sind wieder die *Analyseeinheiten* aufzufächern: Hier sind die Grundsatzprogramme die *Auswertungseinheiten* und die Kodiereinheiten alle Textbestandteile, die einer der drei Hauptkategorien entsprechen. Diese sind also die wesentlichen *Strukturierungs-* bzw. *Typisierungsdimensionen*. Zusammen bilden sie die Ausgangspunkte für den *Kodierleitfaden* dieser Analyse, in dem wieder Ankerbeispiele und Kodierregeln mit abgebildet sind<sup>357</sup>. Die Unterkategorien werden in einem gesonderten *Kodierleitfaden* aufgeführt, in dem zusätzlich die Ausprägungen der Unterkategorien mit aufgenommen werden, um jeden Code der entsprechenden Hauptkategorien einordnen zu können<sup>358</sup>. Somit sind erneut nicht nur die *Prototypen*, sondern alle Funde von Bedeutung. Die *Kontexteinheiten* für die Funde in den Hauptkategorien bilden die jeweiligen Absätze.

Die Strukturierung wird zusätzlich durch zwei weitere Schritte ergänzt. Einerseits findet das für die weitere Analyse notwendige Zählen jener Absätze statt<sup>359</sup>, in denen sich für sozial-ökologische Transformationen ausgesprochen wird. Dieses Vorgehen ist nach May-

---

<sup>355</sup> Die erste Kategorie wird zur Vollständigkeit der vergleichenden Analyse zwar benannt, allerdings können sich in diesem Teil diesbezüglich keine Funde ergeben, weil alle betrachteten Grundsatzprogramme vor der Popularisierung der Klimakrise beschlossen wurden.

<sup>356</sup> Zur allgemeinen Technik der Strukturierung: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 97ff. Zur typisierenden Strukturierung: Vgl. ebd., S. 103-106.

<sup>357</sup> Vgl. Anhang, Tabelle 2, S. XXIII. Sein struktureller Aufbau entspricht wieder der Darstellung von Mayring: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 111f.

<sup>358</sup> Vgl. Anhang, Tabelle 3, S. XXIV. Hier wurde sich von der Darstellung Mayrings teilweise entfernt: Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 111f.

<sup>359</sup> Hervorhebungen am Seitenrand und Aufzählungen, bei denen die Punkte jeweils nur ein Satz lang sind, werden als Ganze als ein Absatz gezählt. Überschriften, Deckblätter, Verzeichnisse bzw. Register, Listen von Kandidat\*innen und Rückseiten werden nicht mitgezählt.

ring als *Häufigkeitsanalyse* zu verstehen<sup>360</sup>. Dabei werden Absätze, die in der Präambel bzw. Einleitung vorkommen, angesichts ihrer zentralen Stellung wie bei Rooduijn et al. doppelt einberechnet. Wird eine sozial-ökologische Transformation als Großprojekt bzw. Gesellschaftstransformation beschrieben, fließt der Absatz, wie bereits ausdifferenziert, vierfach ein, um das Ausmaß des Inhalts zu gewichten<sup>361</sup>. Treffen beide Multiplikatoren zu, werden diese nicht miteinander multipliziert, sondern addiert.

Andererseits werden die Konzeptbezüge vor dem Hintergrund des Multiple-Streams-Ansatzes im Sinne einer *Explikation* kontextualisiert<sup>362</sup>. Wie bereits herausgearbeitet, ist hierfür das Werk von Adler und Schachtschneider zentral. Sowohl aufgrund der Regelgeleitetheit als auch wegen der Masse des Materials fand auch hier nur ein *Materialdurchlauf* statt. Die Kontrolle bzgl. der Unterkategorien fand unmittelbar nach dem Fund eines Codes in den entsprechenden Kategorien statt. Begründet in der umfangreichen Ausdifferenzierung und Darstellung des Vorgehens im Hauptteil und im Anhang der Arbeit sind die *Gütekriterien* wieder erfüllt<sup>363</sup>.

Damit die elektorale Stärke immer mitgedacht wird, entspricht die Reihenfolge der Darstellung der Ergebnisse je Grundsatzprogramm im Folgenden dem durchschnittlichen Wahlergebnis der entsprechenden Landesparteien zu den Landtagswahlen, die 2019 in den betrachteten Bundesländern stattfanden<sup>364</sup>. Entsprechend den Wahlergebnissen wird mit der Auswertung des Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) begonnen. Dieses wurde im Dezember 2007 beschlossen<sup>365</sup>. Relevant bzgl. der *Entstehungssituation* ist, dass der Erarbeitungszeitraum in den Zeitraum der ersten Regierungsperiode Angela Merkels fällt. Diese trieb als Kanzlerin bspw. 2011 den Atomausstieg voran<sup>366</sup> und prägt die bundespolitische Ausrichtung der CDU bis heute wesentlich mit. Außerdem wirkte die bereits aufgegriffene Wirtschaftskrise seit 2007. *For-*

---

<sup>360</sup> Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 13ff.

<sup>361</sup> Eine komplette Transformation der gesellschaftlich so gewichteten Wirtschaft wird als Gesellschaftstransformation gewertet, weil die Wirtschaft aus vielen Einzelsektoren besteht.

<sup>362</sup> Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 90-93.

<sup>363</sup> Vgl. ebd., S. 123-129.

<sup>364</sup> Es wurden die Wahlergebnisse genommen, die das Sitzverhältnis im Parlament bestimmen, d. h. in Bremen die Summe aus Personen- sowie Listenstimmen und in den anderen Fällen die Zweitstimmen: Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 9, 10, und 22. Die dazugehörige Tabelle ist im Anhang zu finden: Vgl. Anhang, S. DLIV, Tabelle 55. Bei einer Partei, deren Landesverband nicht in jedem Bundesland relevant ist, wurden zur fairen Berechnung alle Landtagswahlergebnisse berücksichtigt.

<sup>365</sup> Vgl. CDU: *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland*, 1. Aufl., Berlin 2007, URL: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1> [Zugriff am 09.12.2020], S.: Deckblatt. Weil die Grundsätze nicht immer in Printform veröffentlicht wurden und um eine hohe Stringenz sowie Nachvollziehbarkeit zu erreichen, wird die URL zur Internetveröffentlichung durchweg mit angegeben. Als Verlagsort wird die angegebene Anschrift der herausgebenden Partei gewählt.

<sup>366</sup> Vgl. Illing, Falk: *Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949 – 2013*, 1. Aufl., Baden-Baden 2012, S. 241ff.

mal charakterisiert hat das Programm 435 Absätze, wobei in 29 Absätzen sozial-ökologische Transformationen verfolgt werden – das sind, unter Berücksichtigung der Gewichtung, rund 17 %<sup>367</sup>. Insgesamt liegen 30 konkrete Codes vor, die in die Berechnung einfließen<sup>368</sup>. Die Ausprägungen der Unterkategorien zeigen, dass bei 13 Funden, also 43 % in dieser Kategorie, Gesellschaftstransformationen beabsichtigt sind. Hierbei geht es v. a. um die umweltpolitische Standardsetzung<sup>369</sup>, die ausgehend von der christlichen Weltanschauung mit dem Schutz der Schöpfung begründet wird<sup>370</sup>. Während insgesamt acht Mal eine Mitigationsmaßnahme beschrieben wird, lässt sich nur ein Mal das explizite Ziel der allgemeinen klimapolitischen Adaption finden. Die klimapolitische Perspektive ist im Programm in erster Linie auf das Jahr 2020 ausgerichtet. Praktisch wurde bundespolitisch auf eine Treibhausgasemissionsminderung um 30 % gegenüber dem Bezugsjahr 1990 abgezielt.<sup>371</sup> Hauptsächlich strebt die CDU in diesem Kontext die Energiewende an<sup>372</sup>. Darüber hinaus wird ausschließlich auf das Völkerrecht und die EU-Ebene rekurriert. Weiterhin werden in 14 der 30 Codes wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Dabei ist für die CDU bei insgesamt drei Konzeptbezügen neben „technologische[n] Innovationen“<sup>373</sup> die generelle ökologische Ausrichtung der Marktwirtschaft zentral<sup>374</sup>. Dies ist ein Ausdruck der Idee ökologischer Modernisierung. Zur Zeit des Programmbeschlusses wurde sich allerdings zugunsten des Klimaschutzes noch für die Nutzung von Kernenergie, und damit ein Mal gegen eine sozial-ökologische Transformation, ausgesprochen<sup>375</sup>.

Fortgesetzt wird mit dem Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen wurde es im Oktober 2007 und damit in einer ähnlichen *Entstehungssituation* wie das Programm der CDU<sup>376</sup>. Somit scheint, unabhängig von der Entstehungsdauer der Programme, während

---

<sup>367</sup> Die Daten zu allen Grundsatzprogramme sind in den Tabellen 4, 5, 6, 7, 8 und 9 zu finden: Vgl. Anhang, S. XCIX-CII. Unterschiedliche Anzahlen der Codes und Absätze zur Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ kommen dadurch zustande, dass die Details einer angestrebten Transformation innerhalb der Absätze teilweise an verschiedenen Stellen genannt und deshalb einzeln kodiert wurden. Für die Quantifizierung der Codes bleiben die Gewichtungen der Absätze unberücksichtigt. Jedem Code können innerhalb einer Unterkategorie mehrere Ausprägungen zugeordnet werden. Die Ausprägungen der Unterkategorien werden für die Kategorie „Gegen sozial-ökologische Transformation“ nicht quantifiziert dargestellt, weil die Funde hierzu nur gering sind und der Hauptfokus auf den anderen Kategorien liegt. Ein relevanter Erkenntnisgewinn würde trotz hohen Aufwands nicht hinzukommen.

<sup>368</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der CDU sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. XXXII.

<sup>369</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., Code AF-GP.CDU-SÖT-1. Zum Aufzeigen der Nutzbarkeit der Analyseergebnisse wird hier auf die Codes anstatt auf die Grundsatzprogramme verwiesen. Im Anhang sind die konkreten Fundstellen als Quellennachweise mit aufgeführt.

<sup>370</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., Code AF-GP.CDU-SÖT-5.

<sup>371</sup> Vgl. ebd., S. XXXIII, Code AF-GP.CDU-SÖT-10.

<sup>372</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. XXXIV, Code AF-GP.CDU-SÖT-12.

<sup>373</sup> Ebd., S. XXXV, Code AF-GP.CDU-SÖT-18.

<sup>374</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. XXXIII, Code AF-GP.CDU-SÖT-7.

<sup>375</sup> Vgl. ebd., S. XXXV, Code AF-GP.CDU-GSÖT-1.

<sup>376</sup> Vgl. SPD: *Hamburger Programm Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 1. Aufl., Berlin 2007, URL: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlues>

der Zeit der Großen Koalition der ersten Regierungsperiode Merkels ein relativ paralleler Wandel der beiden Regierungsparteien vonstattengegangen zu sein. Das Dokument hat *formal charakterisiert* 317 Absätze. In 30 Absätzen wird eine sozial-ökologische Transformation angestrebt. Mit Gewichtung haben diese Abschnitte einen relativen Anteil von ca. 23 %. Insgesamt gehören dazu 30 Codes<sup>377</sup>. Deren Analyse ergibt, dass sich 14 Mal zugunsten einer groß angelegten sozial-ökologischen Transformation positioniert wird. Die SPD betont hierbei „qualitatives Wachstum“<sup>378</sup>, das im Rahmen eines „nachhaltigen Fortschritt[s]“<sup>379</sup> stattfinden soll. Insgesamt wird so auf eine „nachhaltige Entwicklung“<sup>380</sup> abgezielt. Die letztgenannte Begriffskombination ist dabei eindeutig in das Theoriegeflecht um die ökologische Modernisierung einzuordnen und entspricht insbesondere der sozialdemokratischen Verarbeitung des Ansatzes<sup>381</sup>. Dementsprechend bewegt sich auch die SPD mit ihren Policy-Orientierungen in systemerhaltenden Grenzen. Zusammengekommen lassen sich bei den Beschreibungen sozial-ökologischer Transformationen neun Konzeptbezüge finden, was 30 % der Funde sind. Bei den klimapolitischen Bezügen dominieren im Grundsatzprogramm die mitigationspolitischen Vorhaben. Hierzu liegen acht Funde vor, die im Rahmen des Ziels der weltweiten Reduktion der Treibhausemissionen um 50 % bis 2050 formuliert werden<sup>382</sup>. Im Zusammenhang mit den Darstellungen zur Bekämpfung des Klimawandels werden lediglich an zwei Stellen und nur implizit Adaptionsmaßnahmen beschrieben<sup>383</sup>. Werden die Bezüge auf Rechtsordnungen betrachtet, fällt auf, dass hauptsächlich auf das Völkerrecht rekurriert wird. Fünf Funden zu dieser Ausprägung steht ein Fund gegenüber, in dem die EU bzgl. ökologischer Maßnahmen als unterstützende marktregulierende Instanz über den Nationalstaaten benannt wird<sup>384</sup>. Bei 17 von 30 Codes, also etwa 57 %, wird ein Bezug zu wirtschaftlichen Aspekten hergestellt, was deren hohe Gewichtung aufzeigt<sup>385</sup>. Dennoch wird sich ein Mal ausdrücklich dagegen ausgesprochen, die natürliche Umwelt als Ware zu betrachten<sup>386</sup>.

Das nächste zu betrachtende Grundsatzprogramm ist jenes der Partei Die Linke, welches im Oktober 2011 beschlossen wurde<sup>387</sup>. Wie dem Dokument bzgl. der *Entstehungs-*

---

se/Grundsatzprogramme/hamburger\_programm.pdf [Zugriff am 09.12.2020], S. 1. Das Vorwort von Kurt Beck wird analytisch berücksichtigt.

<sup>377</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der SPD sind hier: Vgl. Anhang, S. XXXVII.

<sup>378</sup> Ebd., S. XLII, Code AF-GP.SPD-SÖT-29.

<sup>379</sup> Ebd., Code AF-GP.SPD-SÖT-30.

<sup>380</sup> Ebd., S. XXXIX, Code AF-GP.SPD-SÖT-12.

<sup>381</sup> Vgl. Adler/ Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?*, S. 117f.

<sup>382</sup> Vgl. Anhang, S. XL, Code AF-GP.SPD-SÖT-16.

<sup>383</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. XXXVII, Code AF-GP.SPD-SÖT-1.

<sup>384</sup> Vgl. ebd., S. XXXIX, Code AF-GP.SPD-SÖT-10.

<sup>385</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. XXXVII, Code AF-GP.SPD-SÖT-1.

<sup>386</sup> Vgl. ebd., S. XXXVIII, Code AF-GP.SPD-GSÖT-1.

<sup>387</sup> Vgl. Die Linke: *Programm der Partei DIE LINKE*, 1. Aufl., Berlin 2012, URL: [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm\\_formate/programm\\_der\\_partei\\_die](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm_formate/programm_der_partei_die)

*situation* selbst entnommen werden kann, ist es das erste nachdem die Partei im Jahr 2007 aus der Linkspartei.PDS (PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus) und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit fusionierte<sup>388</sup>. *Formal charakterisiert* hat das Programm 350 Absätze. In 90 Absätzen wird sich zugunsten von sozial-ökologischen Transformationen positioniert, sodass deren Anteil nach der Gewichtung 88 % beträgt. In der betreffenden Kategorie wurden 102 Codes gefunden<sup>389</sup>. Werden diese inhaltlich ausdifferenziert, so zeigt sich, dass der hohe Anteil dadurch zustande kommt, dass 72 Mal, und damit in ca. 71 % der Codes dieser Kategorie, ein Wandel gewollt ist, der als Gesellschaftstransformation zu verstehen ist. Konkret verfolgt die Partei das Ziel eines „sozial-ökologischen Umbaus“<sup>390</sup>, was im Programm – wie an dieser Quantifizierung zu erkennen – auf verschiedene Arten sehr häufig wiederholt wird und damit ein großes Gewicht hat. Insgesamt sind im Programm 28 ähnliche Konzeptbezüge zu finden. Dabei wird das Vorhaben des sozial-ökologischen Umbaus auf allen politischen Ebenen angestrebt<sup>391</sup>. Nach Adler und Schachtschneider kommt diese Konzeption zwar der Begriffskombination des ökologischen Umbaus nahe, wie sie v. a. von den Grünen i. V. m. der ökologischen Modernisierung verwendet wird. Doch findet hier eine stärkere Betonung des Sozialen und ein expliziter Rekurs auf das Konzept des Sozialismus statt, welches durch ökologische Aspekte ergänzt wird<sup>392</sup>. Daher lassen sich die Vorhaben der Partei Die Linke als eine Variante im Rahmen der Idee des Ökosozialismus fassen<sup>393</sup>. Deutlich wird die Absicht eines Systemwandels auch daran, dass bei ca. 75 % der Funde zu den Policy-Orientierungen, mit denen auf sozial-ökologische Transformationen zugesteuert werden soll, Wirtschaftsbezüge auftreten. Der signifikante Unterschied zu den anderen Programmen ist, dass hierbei auch die kollektiven Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Ausgestaltung ökologischen Wirtschaftens im Mittelpunkt stehen<sup>394</sup>. Der geplante Umbau wird zwar in Relation zum Klimawandel gestellt<sup>395</sup>. Dieser spielt im Konkreten überwiegend allerdings keine Rolle. Es gibt nur vier Funde zur Adaption und sechs zur Mitigation. Den Rahmen für Letztere stellt das Ziel dar, die Treibhausgasemissionen in der BRD im Vergleich zu 1990 bis 2020 zu halbieren. Bis 2050 soll gar eine Reduktion um 90 % stattfinden und die Deckung des

---

\_linke\_erfurt2011.pdf [Zugriff am 09.12.2020], S. 1. Das Gedicht von Bertolt Brecht wird analytisch nicht berücksichtigt. Trotz des gleichen Durchschnittsergebnisses wie die AfD wird zuerst das Grundsatzprogramm der Partei Die Linke analysiert, da das stärkste Ergebnis höher ist.

<sup>388</sup> Vgl. ebd., S. 13.

<sup>389</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der Partei Die Linke sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. XLII.

<sup>390</sup> Ebd., S. XLIV, Code AF-GP-Linke-SÖT-8.

<sup>391</sup> Vgl. ebd., S. XLVII, Code AF-GP.Linke-SÖT-26 und vgl. ebd., S. LVII, Code AF-GP.Linke-SÖT-93.

<sup>392</sup> Vgl. ebd., S. XLIII, Code AF-GP.Linke-SÖT-2.

<sup>393</sup> Vgl. Adler/ Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?*, S. 63.

<sup>394</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. XLIII, Code AF-GP-Linke-SÖT-6.

<sup>395</sup> Vgl. ebd., S. XLII, Code AF-GP-Linke-SÖT-1.

Strombedarfs komplett aus erneuerbaren Energien erfolgen.<sup>396</sup> Dementsprechend wird u. a. auch eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gefordert<sup>397</sup>. Der Energiesektor ist also auch für Die Linke wesentlich für die Mitigationpolitik. Gegen sozial-ökologische Transformationen wird sich v. a. im Bereich der Gentechnik, die abgelehnt wird, ausgesprochen<sup>398</sup>.

Als nächstes folgt die Analyse des Grundsatzprogramms der AfD. Hier und bei der weiteren Verwendung der gewonnenen Ergebnisse ist relevant, dass dieses erst im Mai 2016 und damit nach allen jeweils vorletzten Landtagswahlen, die in den betrachteten Fällen stattfanden, beschlossen wurde<sup>399</sup>. Die *Entstehungssituation* war v. a. durch die sogenannte Migrationskrise in den Jahren 2015 und 2016 geprägt. Für die *formale Charakterisierung* ist zu benennen, dass das Programm 449 Absätze hat. In 16 Absätzen strebt die AfD eine sozial-ökologische Transformation an, was i. V. m. der Gewichtung ca. 4 % der Gesamtzahl sind. Wie aus den dazugehörigen 18 Codes zu entnehmen ist<sup>400</sup>, handelt es sich um sehr spezifische Veränderungen, auf die hingearbeitet wird. Hierzu gehören insbesondere Aspekte der nachhaltigen Ausgestaltung der Landwirtschaft<sup>401</sup>. Als umfassendes Großprojekt wird einzig der Naturschutz präsentiert<sup>402</sup>. Dies steht allerdings im Widerspruch dazu, dass nicht nur keinerlei klimapolitische Transformationen anvisiert, sondern diese ausdrücklich abgelehnt werden. Der Begriff der Transformation wird dazu im Kontext der Positionierung gegen den Klimaschutz explizit verwendet.<sup>403</sup> Dies reiht sich in die in diesem Zusammenhang rigoros konservative Ausrichtung der AfD ein. Diese zeigt sich in den inhaltsanalytischen Ergebnissen darin, dass 25 Stellen zu finden sind, in denen sich gegen Veränderungen, die als sozial-ökologische Transformationen zu fassen sind, positioniert wird. Anschließend an die bisherigen Darstellungen ist diesbezüglich hervorzuheben, dass dies auch im umfassenden Maße den Energiesektor betrifft. Bspw. soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz, bzw. mit ihm konkret die Förderung erneuerbarer Energien, abgeschafft werden<sup>404</sup>.

---

<sup>396</sup> Vgl. Anhang, S. LIII, Code AF-GP.Linke-SÖT-65.

<sup>397</sup> Vgl. ebd., Code AF-GP.Linke-SÖT-67.

<sup>398</sup> Vgl. ebd., S. L, Code AF-GP.Linke-GSÖT-1.

<sup>399</sup> Vgl. AfD: *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*, 1. Aufl., Berlin 2016, URL: [https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/1111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Druck\\_Online\\_190118.pdf](https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/1111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S.: Rückseite. Zwar ist die Kausalität bzgl. der Entwicklung der Wahlprogramme zu den jeweils vorletzten Landtagswahlen nicht gegeben. Weil die weiteren Ergebnisse insbesondere hinsichtlich der Landtagswahlen im Jahr 2019 durch seine Analyse dennoch kontextualisiert werden können, wird es im Folgenden berücksichtigt.

<sup>400</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der AfD sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. LIX.

<sup>401</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXIV, Code AF-GP.AfD-SÖT-14.

<sup>402</sup> Vgl. ebd., S. LXII, Code AF-GP.AfD-SÖT-5.

<sup>403</sup> Vgl. ebd., S. LIX, Code AF-GP.AfD-GSÖT-2.

<sup>404</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., Code AF-GP.AfD-GSÖT-6. Kategorienbezogen wird so nicht eine neue Transformation angestrebt, sondern eine bisherige abgelehnt.



Das älteste der betrachteten Grundsatzprogramme ist das der Grünen. Dieses wurde 2002 beschlossen<sup>405</sup>. Hinsichtlich der *Entstehungssituation* entstand es somit während der ersten rot-grünen Regierungsperiode bzw. im Rahmen der ersten Regierungsbeteiligung der Partei im Bund. *Formal charakterisiert* hat es 550 Absätze, wobei in 144 Absätzen das Ziel einer sozial-ökologischen Transformation formuliert wird. Mit der Einberechnung der Gewichtung sind das ca. 84 % der Absätze. Zur entsprechenden Kategorie gehören 142 Codes<sup>406</sup>. Dabei wird sich in rund 74 % der Codes für eine Transformation ausgesprochen, die als Großprojekt zu definieren ist. Inhaltlich wird im Einzelnen eine nachhaltige Entwicklung angestrebt<sup>407</sup>, die mit einem „Umbau der ökonomischen und sozialen Systeme“<sup>408</sup> einhergehen soll. So wird eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“<sup>409</sup> anvisiert. Dies entspricht der parteipolitischen Übersetzung der ökologischen Modernisierung in konkrete Policy-Orientierungen. Anders als in den anderen Programmen hält auch die konzeptuell ausgearbeitete Ökoeffizienz i. V. m. der Thematisierung des Ressourcenverbrauchs explizit Einzug ins Programm. Außerdem wird das Konzept der ökologischen Modernisierung selbst mehrfach explizit aufgegriffen wird.<sup>410</sup> Zusammengenommen weisen rund 28 % der Codes der Kategorie Konzeptbezüge auf. Aufgrund der damit einhergehenden Schwerpunktsetzung sind in etwa 61 % der Codes der Kategorie Wirtschaftsbezüge zu finden. Zum Erreichen der Ziele wird die teilweise Einschränkung individueller Freiheit in Kauf genommen<sup>411</sup> und gehofft, dass sich ein genereller ökologischer Lebensstil durchsetzt<sup>412</sup>. Gleichzeitig werden aber auch die aus der Sicht der Partei wichtigen Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der ökologischen Umorientierung der Gesellschaft unterstrichen<sup>413</sup>. Indessen in ca. 14 % der Codes der Kategorie völkerrechtliche Regelungen relevant sind<sup>414</sup>, werden in 6 % Bezüge zur EU-Ebene<sup>415</sup> und in 4 % auf die Bundesebene<sup>416</sup> vorgenommen. Der Klimawandel und seine Folgen werden zwar benannt<sup>417</sup>. Allerdings sind sie kein zentrales Thema im Programm, weshalb in 90 % der Codes der Kategorie kein klimapolitischer Bezug zu finden ist. Nur 14 Mal wird eine Mitigation beschrieben, wo-

---

<sup>405</sup> Vgl. Die Grünen: *Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, 1. Aufl., Berlin 2002, URL: <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Grundsatzprogramm-2002.pdf> [Zugriff am 09.12.2020], S. 1f. Das Vorwort von Reinhard Bütikofer wird analytisch berücksichtigt.

<sup>406</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der Grünen sind hier: Vgl. Anhang, S. LXV.

<sup>407</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXVI, Code AF-GP.Grüne-SÖT-8.

<sup>408</sup> Ebd., Code AF-GP.Grüne-SÖT-7.

<sup>409</sup> Ebd., S. LXXVI, Code AF-GP.Grüne-SÖT-69.

<sup>410</sup> Vgl. ebd., S. LXIX, Code AF-GP.Grüne-SÖT-25.

<sup>411</sup> Vgl. ebd., S. LXX, Code AF-GP.Grüne-SÖT-28.

<sup>412</sup> Vgl. ebd., Code AF-GP.Grüne-SÖT-30.

<sup>413</sup> Vgl. ebd., S. LXVIII, Code AF-GP.Grüne-SÖT-18.

<sup>414</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXIX, Code AF-GP.Grüne-SÖT-21.

<sup>415</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXXX, Code AF-GP.Grüne-SÖT-90.

<sup>416</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXXVII, Code AF-GP.Grüne-SÖT-75.

<sup>417</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXVIII, Code AF-GP.Grüne-SÖT-17.

bei auch die Energiewende hin zum sogenannten Solarzeitalter der nächsten Jahrzehnte wesentlich ist<sup>418</sup>. Insgesamt wurde zur Programmerstellung darauf abgezielt, bis 2020 eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40 % gegenüber 1990 zu erreichen und bis 2050 eine Verminderung um 80 % zu schaffen<sup>419</sup>. Klimapolitische Adaptionen werden nur zwei Mal, bzgl. der entstehenden Kosten, beschrieben<sup>420</sup>. Gegen sozial-ökologische Transformationen sprechen sich die Grünen v. a. insofern aus, als Gentechnik abgelehnt wird<sup>421</sup>.

Ausgehend von den durchschnittlichen Wahlergebnissen in den Bundesländern steht hinter den Grünen die Freie Demokratische Partei (FDP). Ihr Grundsatzprogramm wurde im April 2012 und damit ein Jahr nach dem Atomausstieg beschlossen<sup>422</sup>. Die *Entstehungssituation* ist bundespolitisch geprägt durch die Regierungsperiode der schwarz-gelben Koalition unter Merkel, die mit den Folgen der Wirtschaftskrise umgehen musste. Hinsichtlich der *formalen Charakterisierung* ist darauf zu verweisen, dass es 268 Absätze hat. In 25 Absätzen wird eine sozial-ökologische Transformation beabsichtigt<sup>423</sup>, was inklusive Gewichtung ein relativer Anteil von rund 31 Prozent an der Gesamtzahl ist. Von den insgesamt 28 Codes in der dazugehörigen Kategorie haben 20 Stück, und damit etwa 71 %, eine Gesellschaftstransformation zum Inhalt. Diese wird als solche jeweils zwar nicht benannt, jedoch werden in ebenso vielen Codes Konzeptbezüge hergestellt, welche die ökologische Modernisierung zum Ziel haben. Neben der einmaligen exakten Benennung dieses Transformationsweges<sup>424</sup> betont die FDP dabei mehrfach, dass eine „nachhaltige Entwicklung“<sup>425</sup> umgesetzt werden soll. Wie sich in den zahlreichen Wirtschaftsbezügen, die in ca. 82 % der Codes der Kategorie zu finden sind, widerspiegelt, ist für die Partei in diesem Zusammenhang auch die Wirtschaftsentwicklung von hoher Bedeutung. So wird angestrebt, durch eine Effizienzsteigerung des gesellschaftlichen Ressourcenverbrauchs<sup>426</sup> im Endeffekt ein ökologisch nachhaltiges, sogenanntes „blaues Wachstum“<sup>427</sup> zu gestalten. Da für die FDP Eigenverantwortung zentral ist, möchte die Partei hierbei generell nur Rahmenbedingungen schaffen.<sup>428</sup> Alles in allem entsprechen diese Ausführungen der liberalen Verwendung des Konzepts der ökologischen Modernisierung, wie Adler und

---

<sup>418</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. LXXI, Code AF-GP.Grüne-SÖT-37.

<sup>419</sup> Vgl. ebd., S. LXX, Code AF-GP.Grüne-SÖT-32.

<sup>420</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXXIII, Code AF-GP.Grüne-SÖT-49.

<sup>421</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. LXXX, Code AF-GP.Grüne-GSÖT-1.

<sup>422</sup> Vgl. FDP: *Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft*, 1. Aufl., Berlin 2012, URL: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf> [Zugriff am 09.12.2020], S. 1. Das Vorwort von Patrick Döring entspricht der Einleitung. Das Nachwort von Patrick Döring wird analytisch ungewichtet berücksichtigt.

<sup>423</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der FDP sind hier: Vgl. Anhang, S. LXXXIX.

<sup>424</sup> Vgl. ebd., Code AF-GP.FDP-SÖT-4.

<sup>425</sup> Exemplarisch: Ebd., Code AF-GP.FDP-SÖT-2.

<sup>426</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. XC, Code AF-GP.FDP-SÖT-5.

<sup>427</sup> Ebd., Code AF-GP.FDP-SÖT-8.

<sup>428</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. , Code AF-GP.FDP-SÖT-9.

Schachtschneider bereits ausdifferenzierten. Klimapolitisch orientiert sich die FDP an den völkerrechtlichen UN-Zielen zur Mitigation, die zur Zeit der Programmerstellung noch eine globale Senkung der Treibhausgasemissionen um 50 % bis 2050 vorsahen. Um dies zu erreichen wird darauf abgezielt, dass die BRD und EU eine Vorreiterrolle in der Energiewende einnehmen<sup>429</sup>, die bis 2050 vollendet werden soll<sup>430</sup>. Insgesamt lassen sich nur vier Aussagen zu Mitigationsmaßnahmen finden. Die Bestrebung, klimapolitische Adaptionen umzusetzen, wird nur ein Mal, und dabei als generelles Vorhaben, genannt<sup>431</sup>.

Für die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler (BVB/FW) liegt kein gesondertes Grundsatzprogramm vor. Da sie nicht Teil des Bundesverbands der Freien Wähler sind, kann kein bundesweites Programm analysiert werden. Stattdessen werden die auf der Internetseite formulierten landespolitischen Ziele als Äquivalent zum Grundsatzprogramm betrachtet, weil sie unabhängig von einer konkreten Wahl formuliert wurden<sup>432</sup>. Die *Entstehungssituation* wird also vom Landesbezug dominiert. Weil die BVB/FW weniger zu den bekannten Parteien in der BRD gehören, ist zwecks eines besseren Verständnisses zu bemerken, dass sie durch ihre bewegungsnahe Zusammensetzung sehr themenspezifisch aktiv sind – wie Oskar Niedermayer zusammenfasst, lässt sich ihre Ausrichtung insgesamt als liberal beschreiben<sup>433</sup>. *Formal charakterisiert* hat das Programm 20 Absätze. In vier davon wird sich für eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen<sup>434</sup>, was mit Gewichtung 35 % der Gesamtzahl sind. In fünf der sieben betreffenden Codes werden einzelne Wandlungen, wie etwa im Energiesektor mit dem Ausbau der Erneuerbaren oder der konzeptuell relevanten Effizienzsteigerung<sup>435</sup>, anvisiert. Dementgegen wird in einem breiteren Rahmen auf generelle Emissionsschutzmaßnahmen abgezielt<sup>436</sup>, ohne dass an einer Stelle auf die klimapolitische Dimension verwiesen wird. Vier der sieben Codes weisen eindeutige Landesbezüge auf, was auf den Geltungsbereich der Ziele zurückzuführen ist. In genauso vielen Codes wird auf wirtschaftliche As-

---

<sup>429</sup> Vgl. Anhang, S. XCIII, Code AF-GP.FDP-SÖT-22.

<sup>430</sup> Vgl. ebd., S. XCII, Code AF-GP.FDP-SÖT-16.

<sup>431</sup> Vgl. ebd., S. XCIII, Code AF-GP.FDP-SÖT-23.

<sup>432</sup> Vgl. BVB/FW: *Unsere Ziele. Ziele der Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler*, Internetseite der BVB/FW, URL: <https://bvb-fw.de/unsere-ziele/> [Zugriff am 09.12.2020]. Es liegen nur einzelne Absätze ohne Einleitung vor. Es wird der aktuelle Stand der Internetseite analysiert, sodass sich die Kausalität mit Bezug auf die Formulierung der Wahlprogramme zwar nicht belegen lässt, aber trotzdem eine Kontextualisierung der weiteren Ergebnisse stattfinden kann.

<sup>433</sup> Vgl. Niedermayer, Oskar: *Die brandenburgische Landtagswahl vom 1. September 2019: Die SPD schlägt die AfD auf den letzten Metern*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 51:2 (2020), S. 285-303, hier S. 289.

<sup>434</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der BVB/FW sind hier: Vgl. Anhang, S. XCIV.

<sup>435</sup> Vgl. ebd., Code BB-GP.BVB/FW-SÖT-3.

<sup>436</sup> Vgl. ebd., S. XCV, Code BB-GP.BVB/FW-SÖT-5.

pekte rekurriert, wobei die BVB/FW auch vermeintliche Interessen der Bürger\*innen beschreiben und diese höher gewichten als jene von Konzernen.<sup>437</sup>

Das letzte Grundsatzprogramm, das analysiert wird, ist jenes der Bürger in Wut (BIW). Beschlossen hat die Partei es in seiner fünften Auflage im November 2015, weshalb die *Entstehungssituation* für die einzelnen Programmneuerungen verschieden ist<sup>438</sup>. Für die aktuelle Variante ist, ähnlich wie bei der AfD, die Migrationskrise das bestimmende politische Thema während der Programmformulierung gewesen. Obwohl die BIW eine Bundespartei sind, konzentriert sich ihr Erfolg v. a. auf das Bundesland Bremen. Weil ihr Auftreten also auch eher eine Ausnahmeerscheinung darstellt, ist zu bemerken, dass sie ideologisch weit rechts im parteipolitischen Umfeld der AfD zu verorten ist<sup>439</sup>. Das Programm hat *formal charakterisiert* 705 Absätze, wobei in 17 Absätzen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird<sup>440</sup>. Mit Gewichtung ergibt sich diesbezüglich ein Anteil von rund 5 %. In 15 der 20 Codes der Kategorie wird das Ziel einer jeweils einzelnen Transformation formuliert. Hierbei sind insbesondere die Drogenpolitik bzw. der Umgang mit natürlichen Substanzen im Fokus. Als Bezugsrahmen werden in diesem Zusammenhang ein Mal die EU- und Bundesebene gewählt.<sup>441</sup> Als gesamte Transformation ist hingegen das Vorhaben der Umweltstandardsetzung auf EU-Ebene<sup>442</sup> bzw. im völkerrechtlichen Kontext<sup>443</sup> einzuordnen. Weil damit auch die Wirtschaft reguliert werden soll, treten insgesamt sieben Wirtschaftsbezüge auf. Sowohl die Klimapolitik als auch Konzepte spielen an keiner Stelle eine Rolle. Gegen sozial-ökologische Transformationen wird sich etwa im Zuge der Ablehnung von deregulierenden Freihandelsabkommen ausgesprochen<sup>444</sup>.

Mit der Gesamtbetrachtung der Einzelergebnisse wird deutlich, dass sich die Parteien in ihren Grundsatzprogrammen hinsichtlich der angestrebten sozial-ökologischen Transformationen qualitativ und quantitativ unterscheiden. So geht aus der Häufigkeitsanalyse der Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze hervor, dass in erster Linie Die Linke (88 %) und die Grünen (ca. 84 %) einen umfassenden Gesellschaftswandel beabsichtigen. Zumindest für diese beiden Parteien bestätigt sich also die von Ulrich Brand dargelegte Tendenz, dass gerade progressive bzw. linke Parteien sozial-ökologische Transformationen wollen. Anders sieht es bei der SPD (ca. 23 %) aus, die innerhalb des gewählten

---

<sup>437</sup> Vgl. Anhang, Code BB-GP.BVB/FW-SÖT-4.

<sup>438</sup> Vgl. BIW: *Programm der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW)*, 5. Aufl., Berlin 2015, URL: [http://buenger-in-wut.de/media/user/Programm\\_21.11.15.pdf](http://buenger-in-wut.de/media/user/Programm_21.11.15.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S. 107.

<sup>439</sup> Vgl. Probst, Lothar: *Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 26. Mai 2019: CDU gewinnt, aber Rot-Grün-Rot regiert*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51:2 (2020), S. 263-284, hier S. 274.

<sup>440</sup> Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der BIW sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. XCV.

<sup>441</sup> Vgl. ebd., S. XCVII, Code AF-GP.BIW-SÖT-11.

<sup>442</sup> Vgl. ebd., S. XCIX, Code AF-GP.BIW-SÖT-20.

<sup>443</sup> Vgl. ebd., S. XCVIII, Code AF-GP.BIW-SÖT-14.

<sup>444</sup> Vgl. ebd., Code AF-GP.BIW-GSÖT-3.

Blickwinkels noch weniger progressiv ist, als es die Liberalen von den BVB/FW (ca. 35 %) und der FDP (ca. 31 %) sind. Dementgegen spiegeln die Ergebnisse zur CDU (ca. 17 %), die konservative Ausrichtung dieser Partei wider. Diese wird nur von den noch weiter rechts stehenden BIW (ca. 5 %) sowie von der AfD (ca. 4 %) überstiegen.<sup>445</sup> Parallel dazu, wie es Bräuninger et al. für die Landesverbände illustrierten<sup>446</sup>, ermöglichen also die hier gewonnenen Ergebnisse auch für die Grundsatzprogramme eine klare Links-Rechts-Einordnung anhand der progressiven bzw. konservativen Standpunkte im Transformationskontext<sup>447</sup>. Durch diese Anschlussfähigkeit an die bestehende Forschung wird gleichzeitig die Qualität der quantifizierten Ergebnisse untermauert.

Dies wird durch die qualitativen Erkenntnisse kontextualisiert, nach denen Die Linke einen generellen gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Systemwandel anvisiert. Konzeptuell lässt sich dieses Vorhaben am ehesten als demokratisch öko-sozialistisch beschreiben. Die Grünen möchte ihre Pläne dagegen genauso wie die SPD, FDP, BVB/FW und CDU innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Systems verwirklichen und orientieren sich dafür im- oder explizit am Konzept der ökologischen Modernisierung. Während sich die BIW zumindest für umweltpolitische Mindeststandards aussprechen, aber den Klimawandel nicht ansprechen, werden die Bestrebungen der AfD zugunsten von Naturschutzmaßnahmen durch ihre ausdrückliche Positionierung gegen alle gesellschaftsbezogenen Transformationspläne unterminiert. Bei allen anderen Parteien sind die Ablehnungen von sozial-ökologischen Transformationen quantitativ und qualitativ vernachlässigbar ausgeprägt.

Die Ausdifferenzierung der Codes zu jener Kategorie, mit der Policy-Orientierungen zugunsten sozial-ökologischer Transformationen erfasst werden, ergibt zudem<sup>448</sup>, dass Die Linke, Grüne, SPD, FDP und CDU zwar klimapolitische Maßnahmen umsetzen möchten. Jedoch werden diese überwiegend nur kurz mit aufgeführt bzw. lediglich ansatzweise bzgl. konkreter Policies aufgefächert – was am ehesten mit der rahmenbildenden Funktion der Grundsatzprogramme zu begründen ist. Dies stützt die Argumentation für die Gewichtung der Absätze. Inhaltlich lässt sich dennoch der Schluss formulieren, dass die Mitigations- gegenüber der Adaptionspolitik dominiert. Dabei steht überwiegend die Schaffung

---

<sup>445</sup> Die Anteile der gewichteten Anzahlen Absätze sind im Anhang auch noch einmal bildlich in einem Säulendiagramm dargestellt: Vgl. Anhang, S. C, Abb. 1.

<sup>446</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 193ff.

<sup>447</sup> Dazu wurde parallel zu Bräuninger et al. auch ein Punktdiagramm mit den hier gewonnenen Ergebnissen erstellt, wobei auf der linken Seite die hohen Werte der progressiven Parteien und auf der rechten Seite die niedrigen Werte der weniger progressiven bzw. konservativen Parteien zu finden sind: Vgl. Anhang, S. CI, Abb. 2.

<sup>448</sup> Wegen der sehr unterschiedlichen Anzahlen der Codes in der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ sind unmittelbare stichhaltige Vergleiche der relativen Anzahlen der Ausprägungen in den Unterkategorien zwischen den Parteien kaum möglich. Diese Resultate werden eher als quantitative Kontextualisierung der qualitativen Ergebnisse je Partei genutzt und hier erst im Gesamtbild gegenübergestellt.

völkerrechtlicher Ziele im Mittelpunkt, wobei die in den Programmen noch geplanten Emissionsreduktionsziele allesamt hinter dem des Bundes-Klimaschutzgesetz zurückliegen. Zu deren Erreichung, und das stellt sich trotz der unterschiedlichen Entstehungskontexte der Programme als Gemeinsamkeit heraus, ist die Energiepolitik ein wesentliches Handlungsfeld. Ein anderes Bild zeigt sich bei den übrigen Parteien. So berücksichtigen die BVB/FW und BIW die Klimapolitik in ihren grundsätzlichen Zielen nicht. Die AfD hingegen möchte klimapolitische Maßnahmen komplett beenden bzw. gar nicht erst starten. Damit wird auch die tendenzielle klimapolitische Blockbildung zwischen den Parteien bestätigt. Wirtschaftliche Aspekte sind entgegen klimapolitischer Inhalte, wenn auch ebenso verschieden gerichtet, für alle Parteien relevant.

Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass sich die Parteien in ihren Grundsatzprogrammen hinsichtlich der Policy-Orientierungen, mit denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden, sowohl quantitativ als auch qualitativ klar unterscheiden. Mit den erlangten Ergebnissen wurde eine datengesättigte Grundlage für die parteibezogene Teilerklärung der einzelnen Policy-Orientierungen der relevanten Landesparteien geschaffen.

### **3.2 Die Analyse der einzelnen Fälle**

Die Analysen der vier Fälle unterteilen sich in den Unterkapiteln in mehrere Abschnitte. Wie im Methodenkapitel bereits aufgeführt, werden zuerst die allgemeinen Charakteristika der Bundesländer sowie die Betroffenheit vom Klimawandel und klimapolitisch relevanten Teile der Wirtschaftsstruktur untersucht. Anschließend werden die Landesverfassungen und bisherigen klimapolitischen Maßnahmen betrachtet. Zum Nachvollziehen, welche Möglichkeiten sich für die Predator-Strategie und Spillover-Effekte bieten, schließt daran auf der Basis der bestehenden Literatur eine kurze Darstellung der landesspezifischen Parteiensysteme und – wettbewerbe an. Insgesamt lassen sich so der Gestaltungsspielraum und die Interessenkonstellationen bzw. Dynamiken zwischen den relevanten Landesparteien in der darauffolgenden Analyse der Policy-Orientierungen in den Wahlprogrammen berücksichtigen.

Weil die Inhaltsanalyse der Landesverfassungen und Wahlprogramme sich von den bisherigen Ablaufmodellen – wenn auch minimal – unterscheidet, wird das Untersuchungsmodell nach Mayring an dieser Stelle erneut ein Mal aufgeführt<sup>449</sup>. Dieses Gerüst gilt für alle Fallanalysen. Zur Komplexitätsreduktion findet die Wiedergabe der Ablaufmodelle nach Mayring für die Landesverfassungen und Wahlprogramme integriert statt, d. h. die Darstellung wird nicht nach Dokumenttypen unterteilt. Folglich ist zu benennen, dass ei-

---

<sup>449</sup> Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 54-62.

nerseits die jeweiligen Landesverfassungen und andererseits die Wahlprogramme der jeweils vorletzten Landtagswahl sowie jener, die 2019 stattfand, als *Material festgelegt* werden<sup>450</sup>. Die *Entstehungssituationen* sind dementsprechend ausdifferenzieren. Zum einen ist für die Landesverfassungen relevant, dass nur im Falle Bremens das Ende des zweiten Weltkrieges und die folgende Besatzungszeit mit der Gründung der BRD den Entstehungskontext darstellt. Die anderen Verfassungen der neuen Bundesländer Brandenburg und Thüringen sind hingegen im Zuge der Wiedervereinigung entstanden. Zum anderen ist vor dem Hintergrund des Forschungsdesigns das wesentliche Kriterium für die Unterscheidung der Wahlprogramme, dass die einen vor und die anderen während der Popularisierung der Klimakrise beschlossen wurden. Im Gegensatz zu den Grundsatzprogrammen werden mit ihnen hauptsächlich die Policy-Orientierungen der jeweils kommenden Legislaturperiode beschrieben. Auf die *formale Charakterisierung* wird angesichts der Individualität der Dokumente in den konkreten Analysen eingegangen.

Die *Richtungen der Analysen* entsprechen den Untersuchungen der jeweils äquivalenten Dokumente auf Bundesebene. So werden eine hohe Stringenz und Vergleichbarkeit gewährleistet. Gleiches gilt für die *Analysetechniken*. Zu unterscheiden ist lediglich, dass dieses Mal die Landesverfassungen und Wahlprogramme als *Auswertungseinheiten* zu benennen sind. Die *theoriegeleitete Differenzierung* fand jeweils schon in den Kapiteln unter 2.1 statt. Begründet in dieser Einbettung und dem nachvollziehbaren Analyseschema nach Mayring wurde jeweils erneut nur ein *Materialdurchlauf* umgesetzt. Durch die Stringenz des Vorgehens genügt die Analyse auch hier den Gütekriterien<sup>451</sup>. Die Betrachtung der Fälle entspricht der chronologischen Folge der Landtagswahlen. Die Reihenfolge der Auswertung der Wahlprogramme erfolgt in den Fallanalysen ausgehend von den jeweiligen Ergebnissen der relevanten Landesparteien zu den jeweiligen Wahlen im Jahr 2019<sup>452</sup>.

---

<sup>450</sup> Die aktuellen Versionen der Landesverfassungen werden je Fall benannt. Die Wahlprogramme zur jeweils vorletzten Wahl werden einem Archiv entnommen, sodass hier nur eine URL gilt und einzelne im Gegensatz zu den Nachweisen bei den Grundsatzprogrammen wegfallen: Vgl. Bräuninger, Thomas et al.: *Political Documents Archive*, Internetseite des Archivs, URL: <http://www.polidoc.net/> [Zugriff am 09.12.2020]. Zur vollständigen Zitation wünschen die Urheber des Archivs zudem die Nennung der dazugehörigen Beiträge: Vgl. Benoit, Kenneth et al.: *Challenges for Estimating Policy Preferences: Announcing an Open Access Archive of Political Documents*, in: *German Politics* 18:3 (2009), S. 441-453, hier S. 451; Und: Vgl. Gross, Martin/ Debus, Marc: *Does EU regional policy increase parties' support for European integration?*, in: *West European Politics* 41:3 (2018), S. 594-614, hier S. 609. Die Wahlprogramme zu den Wahlen im Jahr 2019 wurden im Archiv hingegen nicht veröffentlicht und stammen daher von den Internetseiten der relevanten Landesparteien. Daher wird die URL hier wieder mit genannt. Als Verlagsorte werden wieder die Anschriften der Parteien gewählt.

<sup>451</sup> Vgl. Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 123-129.

<sup>452</sup> Vgl. Anhang, S. DLIV, Tabelle 55.

### 3.2.1 Der Fall Bremen

Bremen<sup>453</sup> ist im Vergleich zu den anderen Fällen besonders, weil es sich um ein altes Bundesland handelt. Hinzu kommt, dass es in der Auswahl der einzige Stadtstaat ist, wodurch die Klimapolitik entsprechend dem theoretischen Rahmen räumlich noch stärker begrenzt ist. Wie sich in landesspezifischen Untersuchungen zeigt, wird Bremen bis 2050 von mehreren Folgen des Klimawandels betroffen sein. Bezogen auf das Klima wird sich die Durchschnittstemperatur um ca. 1°C erhöhen und der Niederschlag v. a. im Herbst und Winter zunehmen. Hinsichtlich des Wetters wird mit hoher Wahrscheinlichkeit geschätzt, dass Extremereignisse häufiger stattfinden werden. Darunter zählen in erster Linie Hitzetage und Starkregen. Aufgrund der Nähe zur Nordsee bzw. der Lage an der Weser ist zudem der generelle Meeresspiegelanstieg von Bedeutung.<sup>454</sup>

Mit Bezug auf die klimapolitisch relevanten Teile der Wirtschaftsstruktur wurde zwar erarbeitet, dass Bremen absolut betrachtet nicht zu den energie- bzw. karbonintensiven Bundesländern zählt. Innerhalb Bremens gibt es jedoch noch eindeutige mitigationspolitische Transformationsmöglichkeiten, da es bezogen auf seine Bevölkerungszahl hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen (ca. 20 Tonnen pro Kopf innerhalb eines Jahres) aufweist.<sup>455</sup> Diese betreffen einerseits die relativ energieintensive Stahlindustrie, die mit einem Anteil von ca. 45 % für knapp die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bundesland sorgt<sup>456</sup>. Andererseits ist diesbezüglich die Energiewirtschaft zu benennen. So fällt auf, dass Steinkohle einen Anteil von rund 53 % am Primärenergieverbrauch, also der generellen gesellschaftlichen Energienutzung, hat. Erneuerbare Energien liegen bei etwa 6 %, wobei es laut einer Studie von Jochen Diekmann et al. noch große Ausbaupotenziale im Solarbereich gibt.<sup>457</sup> Insgesamt liegt Bremen bei den Erneuerbaren im Bundesländervergleich so unter dem Durchschnitt von ca. 14 % auf Rang zwölf<sup>458</sup>.

Wie der bereits begonnene Ausbau der erneuerbaren Energien andeutet, bieten sich (partei-)politisch klare Gestaltungsspielräume für klimapolitische Maßnahmen. Um diese

---

<sup>453</sup> Korrekterweise ist das Bundesland zwar eigentlich als Freie Hansestadt Bremen zu bezeichnen, da es sich aus den Städten Bremen und Bremerhaven zusammensetzt: Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 103. Allerdings wird auch von offizieller Seite oftmals einfach von Bremen gesprochen: Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 9. Daher wird diese Benennung übernommen.

<sup>454</sup> Vgl. Deutscher Wetterdienst/ Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr: *Klimaanpassungsstrategie. Bremen. Bremerhaven. Begleitstudie. Wetter und Klima im Land Bremen*, 1. Aufl., Hamburg/ Bremen 2018, S. 7-59.

<sup>455</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 126-130.

<sup>456</sup> Vgl. Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa: *Klimaschutz- und Energieprogramm 2020. Zugleich Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms gemäß § 13 des Bremischen Energiegesetzes*, 1. Aufl., Bremen 2009, S. 5.

<sup>457</sup> Vgl. Diekmann, Jochen et al.: *Vergleich der Bundesländer: Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien 2019 – Indikatoren und Ranking*, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 145, Berlin 2019, S. 138ff.

<sup>458</sup> Vgl. ebd., S. 45. Der Durchschnittswert wurde eigenständig anhand der Tabelle berechnet.



vorhandenen Handlungsmöglichkeiten zu spezifizieren, wird hier die Inhaltsanalyse der Landesverfassung angeschlossen<sup>459</sup>. *Formal charakterisiert* hat das Dokument sieben Abschnitte und 155 Artikel. Die Ergebnisse zeigen, dass – genauso wie im Grundgesetz – keine konkreten klimapolitischen Regelungen vorgeschrieben werden. Relevant ist in diesem Kontext nur, dass der „Schutz der natürlichen Umwelt“<sup>460</sup> laut Art. 65 als generelles Ziel des Bundeslands gilt. Dies sollen die Bürger\*innen nach Art. 26 Abs. 5 über den Bildungsweg vermittelt bekommen<sup>461</sup>. Außerdem ist entsprechend Art. 11a „mit Naturgütern und Energie sparsam umzugehen“<sup>462</sup>. Es bestehen also generelle Gestaltungsspielräume für klimapolitische Maßnahmen.

Wie Flaskühler zusammenfasst, wurden diese in Bremen bisher auch schon in drei Formen genutzt<sup>463</sup>. Erstens liegt das „Klimaschutz- und Energieprogramm 2020“ vor. Dieses wurde 2009 vom Senat beschlossen und gibt ein Reduktionsziel für CO<sub>2</sub>-Emissionen vor. Angestrebt wird eine Minderung um mindestens 40 %, wobei die Daten der Jahre 1990 und 2020 verglichen werden. Wie bereits angedeutet, werden Einsparungen v. a. für im energetischen Bereich und in der Stahlindustrie vorgesehen. Die Lösungsfindung für die Veränderungen der Letzteren wird allerdings „[w]egen der besonderen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen energieintensiver Industrien [...] der Klimaschutzpolitik auf nationaler und internationaler Ebene“<sup>464</sup> zugerechnet. Deshalb wurden die Emissionen der Stahlindustrie nicht im Reduktionsziel berücksichtigt<sup>465</sup>. Das spiegelt auch ihre hohe wirtschaftliche Gewichtung wider. Als zweite klimapolitische Maßnahme ist das Fachkonzept bzgl. des Klimawandels in Bremen zu benennen, welches 2012 veröffentlicht wurde und ausschließlich adaptionspolitisch ausgerichtet ist. Konkret wird auf die Folgen der bereits erörterten Klimaveränderungen und die folglich notwendigen Anpassungsleistungen eingegangen<sup>466</sup>. Drittens existiert seit 2015 das Bremische Klimaschutz und Energiegesetz<sup>467</sup>. Dieses regelt ebenso mitigations- wie auch adaptionspolitische Aspekte. Zu sehen ist dies inhaltlich daran, dass laut § 1 Abs. 2 neben den internationalen Vorgaben auch die Ziele des Klimaschutz- und Energieprogramms 2020 übernommen wurden und das

---

<sup>459</sup> Vgl. Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.05.2019 (Brem.GBl. S. 365). Die Codes dazu sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CIV.

<sup>460</sup> Ebd., S. CV, Code HB-LV-RE-12.

<sup>461</sup> Vgl. ebd., S. CIV, Code HB-LV-RE-4.

<sup>462</sup> Ebd., S. CIV, Code HB-LV-RE-2.

<sup>463</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 348ff.

<sup>464</sup> Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa: *Klimaschutz- und Energieprogramm 2020*, S. 4.

<sup>465</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>466</sup> Vgl. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr: *SUBV-Fachkonzept. Klimawandel in Bremen – Folgen und Anpassung*, URL: [https://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/Bd\\_V\\_L\\_S\\_Klimaanpassung%20Anlage\\_Endf.pdf](https://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/Bd_V_L_S_Klimaanpassung%20Anlage_Endf.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], 25ff.

<sup>467</sup> Vgl. Bremisches Klimaschutz- und Energiegesetz (BremKEG) vom 24. März 2015 (Brem.GBl. 2015, 124).

Programm an sich fortgeschrieben werden soll. Außerdem wird in § 3 die Erarbeitung und Anwendung einer Anpassungsstrategie vorgeschrieben. Zusätzlich zu Flaskühler ist hier festzuhalten, dass diese Anpassungsstrategie 2018 veröffentlicht wurde. Darin sind die einzelnen Schlüsselmaßnahmen – von der Anpassung der Küstenschutzsysteme bis zum Umgang mit Extremwetter – aufgeführt.<sup>468</sup>

Diese Erkenntnisse sind mit der Betrachtung des Parteiensystems und -wettbewerbs in Bremen zu kontextualisieren. Wie Bräuninger et al. zusammenfassen, wird das Parteiensystem in Bremen deutlich von der SPD dominiert. Wird sich in Anbetracht des Vergleichs mit den anderen Fällen auf den Zeitraum seit der Wiedervereinigung konzentriert, so ist zu konstatieren, dass die SPD die Bürgerschaftswahlen bis 2015 durchweg gewann. Sie regierte innerhalb des Betrachtungszeitraums in jeder Legislaturperiode und stellte in Personalunion immer den Präsidenten des Senats sowie Bürgermeister. Konkret koalierte die SPD ab 1991 für vier Jahre mit den Grünen und der FDP. Aufgrund des Regierungsaustritts der Grünen im Jahr 1995 handelte es sich die letzten Monate vor der nächsten Wahl nur um eine Minderheitsregierung. Auf diese schlossen sich vier Legislaturperioden an, in denen die CDU die Juniorpartnerin war. Danach hat sich ab der Wahl 2007 laut Bräuninger et al. nicht nur bei der in Bremen ohnehin städtisch-liberal geprägten CDU ein programmatischer Linksschwenk vollzogen. Auch bei der FDP, der SPD und den Grünen ist dieser zu beobachten und wirkt sich bis heute auf die Regierungszusammensetzung aus. So folgten auf Schwarz-Rot bis zur Wahl 2019 drei Legislaturperioden, in denen Rot-Grün koalierte. In dieser Zeit kamen alle bisherigen klimapolitischen Maßnahmen zustande. Gleichzeitig entwickelte sich die AfD noch stärker als die BIW von 2015 zu 2019 nach rechts.<sup>469</sup>

Die letzte Bürgerschaftswahl fand am 26.05.2019 parallel zur Europawahl statt. Laut Lothar Probst war sie thematisch zwar nicht so stark klimapolitisch konnotiert. Jedoch weist sie hinsichtlich ihres Ergebnisses und der daraus resultierenden Parteienkonstellationen mehrere Besonderheiten auf.<sup>470</sup> Obwohl die Grünen sich mit der Popularisierung der Klimakrise bei der Bürgerschaftswahl 2019 gegenüber 2015 von 15,1 % auf 17,4 % verbesserten und so in diesem Jahr zumindest im Fallvergleich das beste Ergebnis erreichten<sup>471</sup>, konnte die rot-grüne Zusammenarbeit nicht ohne Weiteres fortgesetzt werden. Denn die

---

<sup>468</sup> Vgl. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr/ Umweltschutzamt: *Klimaanpassungsstrategie. Bremen. Bremerhaven*, 1. Aufl., Bremen/ Bremerhaven 2018, S. 52-61.

<sup>469</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 103-111. Die Wahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen sind zwecks einer besseren Nachvollziehbarkeit auch im Anhang aufgeführt: Vgl. Anhang, S. CIII f., Tabellen 10 und 11.

<sup>470</sup> Vgl. Probst: *Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 26. Mai 2019*, hier S. 263-274.

<sup>471</sup> Die Landtagswahlergebnisse für alle Fälle sind hier zu finden: Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 41f., 43f. und 97f. Im Anhang für den Fall Bremen: Vgl. Anhang, S. CIII, Tabelle 10. Für alle Landtagswahlen 2019: Vgl. ebd., S. DLIV, Tabelle 55.

SPD verschlechterte sich entsprechend dem fallübergreifenden Trend von 32,8 % auf 24,9 %. Auch wenn sie bei den Landtagswahlen im Jahr 2019 nur in Brandenburg besser war, reichte das Ergebnis nicht für eine rot-grüne Regierungsmehrheit. Trotz der Tatsache, dass die CDU mit einer außertrendmäßigen Steigerung von 22,4 % auf 26,7 %, was im Endergebnis sowohl in Bremen als auch im Fallvergleich der Landtagswahlen im Jahr 2019 im Ergebnis durchschnittlich ist, die Wahl gewann: SPD und Grüne einigten sich im Zuge ihres Linksschwenks erstmals auf eine Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke<sup>472</sup>. Es findet also tendenziell eine Polarisierung statt. Die Linke steigerte sich von 9,5 % auf ihr bislang bestes Bremer Ergebnis von 11,3 %, liegt damit aber immer noch weit hinter dem Ergebnis, das die Partei in Thüringen erzielte. Für die anderen Parteien ist festzuhalten, dass die FDP mit 5,9 % gegenüber 6,6 % der Stimmen im Jahr 2015 weder für Bremer Verhältnisse noch im Fallvergleich nennenswert von ihrem Durchschnitt abweicht. Die AfD hingegen ist in Bremen besonders schwach, erreichte 2019 jedoch immerhin ein Ergebnis von 6,1 % im Vergleich zu 5,5 % im Jahr 2015.<sup>473</sup> Nur die BIW erhielten 2015 (3,2 %) und 2019 (2,4 %) unter den relevanten Landesparteien in Bremen noch weniger Stimmen und konnten jeweils nur durch ihr Ergebnis in Bremerhaven in die Bürgerschaft einziehen<sup>474</sup>.

Entsprechend dem Wahlgewinn der CDU im Jahr 2019 werden zuerst ihre beiden Wahlprogramme aus den Jahren 2015<sup>475</sup> und 2019<sup>476</sup> ausgewertet. Werden diese *formal charakterisiert*, so zeigt sich ein Anstieg der Gesamtzahl der Absätze von 254 auf 293<sup>477</sup>. Auch der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, steigt an – von rund 22 % auf ca. 25 %. Im Vergleich zum Grundsatzprogramm wird dadurch die generell progressivere Ausrichtung der CDU in Bremen bestätigt. Diese ist gleichzeitig als Predator-Strategie gegenüber Rot-Grün zu verstehen. Aus der Betrachtung der Codes ist zu schließen<sup>478</sup>, dass die geringe Zunahme des relativen Anteils die minimal gestiegene Berücksichtigung des Klimawandels im Zuge der Popularisierung der Klimakrise angemessen widerspiegelt. Zwar sind im

---

<sup>472</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 111.

<sup>473</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 41f., 43f. und 97f.

<sup>474</sup> Vgl. Probst: *Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 26. Mai 2019*, hier S. 272f.

<sup>475</sup> Vgl. CDU: *Neues Vertrauen in Bremen*, 1. Aufl., Bremen 2015. Das Vorwort von Elisabeth Motschmann wird analytisch berücksichtigt und als Einleitung gewertet.

<sup>476</sup> Vgl. CDU: *#UnserBremenKannMehr. Wahlprogramm 2019 der CDU Bremen*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: <https://partei.cdu-bremen.de/image/inhalte/file/Wahlprogramm%202019.pdf> [Zugriff am 09.12.2020]. Das Vorwort wird analytisch berücksichtigt, aber nicht als Einleitung gewertet, weil das erste Kapitel diese Funktion übernimmt.

<sup>477</sup> Die Daten zu den Wahlprogrammen der Wahlen in Bremen sind in den Tabellen 12 bis 24 zu finden: Vgl. Anhang, S. CCXL-CCXLV. Das Vorgehen entspricht dem bei der Analyse der Grundsatzprogramme.

<sup>478</sup> Die Codes aus dem CDU-Wahlprogramm zur Wahl in Bremen im Jahr 2015 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CVI. Die Codes aus dem CDU-Wahlprogramm zur Wahl in Bremen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CLV.

Wahlprogramm von 2015 innerhalb der Codes mehr mitigrationspolitische (2015 ca. 19 % bzw. 2019 7 % der Codes) und ähnliche adaptionspolitische (2015 ca. 3 % bzw. 2019 4 % der Codes) Policy-Orientierungen zu finden – wobei zusammen mit allen politischen Ebenen gehandelt werden sollte und auch hier schon neben dem Klimaschutz der Küstenschutz eine wesentliche Rolle spielte<sup>479</sup>. Allerdings wird der Klimawandel im Wahlprogramm von 2019 als zentrales Problem in der Einleitung genannt<sup>480</sup>. Demzufolge werden umfassendere Maßnahmen – wie der Kohleausstieg bis 2030 in Bremen und im Bund – angestrebt sowie die Klimapolitik implizit öfter mitgedacht. Das Wahlprogramm wurde so durch zahlreiche Beschreibungen einzelner sozial-ökologischer Transformationen ergänzt, die v. a. im Energie- und Verkehrssektor stattfinden sollen. Wesentlich ist hierbei nicht mehr nur die Windenergie<sup>481</sup>, sondern es sollen auch die Solaranlagen ausgebaut werden<sup>482</sup>. Damit wird das existierende Potenzial in diesem Bereich von der CDU erkannt. Der generell größere Fokus auf Einzelmaßnahmen (2015 ca. 74 % bzw. 2019 80 % der Codes) ist dabei genauso ein Unterschied zum Grundsatzprogramm wie der überwiegende Bezug auf die Landesebene (2015 ca. 87 % bzw. 2019 ca. 91 % der Codes). Sowohl die Anlehnung an das Konzept der ökologischen Modernisierung als auch die Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte entsprechen hingegen in beiden Wahlprogrammen in quantitativer Hinsicht der Ausrichtung des Grundsatzprogramms der Partei. Qualitativ kommt hinzu, dass seit 2019 „zur Erhaltung der Schöpfung [...] de[n] 17 Ziele[n] für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen“<sup>483</sup> explizit Vorrang gegeben wird.

Auch bei der SPD steigt die absolute Anzahl der Absätze in den Wahlprogrammen. Sind im Wahlprogramm von 2015<sup>484</sup> *formal charakterisiert* noch 444 Absätze zu finden, liegen 2019<sup>485</sup> 626 vor. Der relative Anteil der Absätze, in denen sich zugunsten von einer sozial-ökologischen Transformation positioniert wird, erhöht sich parallel dazu von ca. 13 % auf 25 %. Die Codes zeigen<sup>486</sup>, dass dieser verhältnismäßig starke Anstieg zum einen zustande kommt, weil 2015 nur wenig sozial-ökologischer Veränderungsbedarf identifiziert

<sup>479</sup> Vgl. Anhang, S. CXI, Code HB-WP.CDU.2015-SÖT-23.

<sup>480</sup> Vgl. ebd., S. CLV, Code HB-WP.CDU.2019-SÖT-2.

<sup>481</sup> Vgl. ebd., S. CVI, Code HB-WP.CDU.2015-SÖT-4 und vgl. ebd., S. CLXI, Code HB-WP.CDU.2019-SÖT-33.

<sup>482</sup> Vgl. ebd., S. CLXI, Code HB-WP.CDU.2019-SÖT-30.

<sup>483</sup> Ebd., S. CLV, Code HB-WP.CDU.2019-SÖT-3.

<sup>484</sup> Vgl. SPD: *Leben, arbeiten, lernen, wohnen, ... in Bremen und Bremerhaven. Regierungsprogramm 2015-2019*, 1. Aufl., Bremen 2015. Das Vorwort von Dieter Reinken wird analytisch berücksichtigt und als Einleitung gewertet.

<sup>485</sup> Vgl. SPD: *Jetzt gemeinsam Zukunft machen. Für Bremen und Bremerhaven. Zukunftsprogramm 2019-2023. Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [https://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary\\_5937/SPD-Zukunftsprogramm-public-online.pdf](https://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary_5937/SPD-Zukunftsprogramm-public-online.pdf) [Zugriff am 09.12.2020]. Das Vorwort von Sascha Karolin Aulepp und Carsten Sieling wird analytisch berücksichtigt und als Einleitung gewertet.

<sup>486</sup> Die Codes aus dem SPD-Wahlprogramm zur Wahl in Bremen im Jahr 2015 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CXIII. Die Codes aus dem SPD-Wahlprogramm zur Wahl in Bremen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CLXIV.

wurde. So wurden generell nur öko-effiziente Weiterentwicklungen, die als Ausdruck des Ziels der ökologischen Modernisierung einzuordnen sind, unterstützt<sup>487</sup>. Zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung entschied sich die SPD zum anderen für eine Orientierung an den Nachhaltigkeitszielen der UN<sup>488</sup> – was die CDU 2019 scheinbar strategisch übernommen hatte. Die klimapolitischen Ansätze in Form der Energiewende und des Hochwasserschutzes wurden so 2019 einerseits übernommen<sup>489</sup>. Andererseits wird der Klimawandel nun noch stärker als Problem gewichtet<sup>490</sup>. Folglich soll der Klimaschutz auf allen politischen Ebenen betrieben werden<sup>491</sup>. Außerdem rückt die SPD die Anpassungsstrategie des Bundeslands in den Fokus<sup>492</sup>. Dementsprechend steigen auch die Anteile mitigations- (2015 ca. 12 % bzw. 2019 ca. 22 % der Codes) und adaptionspolitischer (2015 ca. 7 % bzw. 2019 ca. 8 % der Codes) Policy-Orientierungen. Zu betonen ist, dass der Ausbau der Windenergie auch als Wirtschaftsfaktor angesehen wird<sup>493</sup>. Hinzu kommt des Weiteren, dass Bremen generell eine sogenannte GreenCity werden soll<sup>494</sup>, was das grundsätzlich gestiegene Umweltbewusstsein anzeigt. Die relevantesten Unterschiede zum Grundsatzprogramm sind, neben dem Wert der gewichteten Anzahlen der Absätze, in der stärkeren Orientierung an Einzelmaßnahmen (2015 ca. 83 % bzw. 2019 ca. 70 % der Codes) und im überwiegenden Bezug auf die Landesebene (2015 ca. 78 % bzw. 2019 75 % der Codes) zu finden.

Genauso wie bei der CDU und der SPD erhöht sich auch bei den Grünen die absolute Anzahl der Absätze in den Wahlprogrammen. Während es in jenem von 2015<sup>495</sup> *formal charakterisiert* noch 310 sind, steigt die Zahl im Dokument von 2019<sup>496</sup> auf 609 Absätze. Ebenso nimmt der relative Anteil der Absätze, in denen die Absicht der Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation formuliert wird, zu – von etwa 52 % auf rund 59 %. Anhand der Codes lässt sich nachvollziehen<sup>497</sup>, dass diese Werte im Vergleich zum Grundsatzprogramm geringer sind, weil hier überwiegend einzelne Transformationen umgesetzt werden sollen (2015 ca. 68 % bzw. 2019 ca. 67 % der Codes). Dies ist auch in

<sup>487</sup> Vgl. Anhang, S. CXIII, Code HB-WP.SPD.2015-SÖT-1.

<sup>488</sup> Vgl. ebd., S. CXIX, Code HB-WP.SPD.2015-SÖT-40.

<sup>489</sup> Vgl. ebd., S. CXVI, Code HB-WP.SPD.2015-SÖT-21 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CLXXVII, Code HB-WP.SPD.2019-SÖT-74.

<sup>490</sup> Vgl. ebd., S. CLXX, Code HB-WP.SPD.2019-SÖT-36.

<sup>491</sup> Vgl. ebd., Code HB-WP.SPD.2019-SÖT-37.

<sup>492</sup> Vgl. ebd., S. CLXXIII, Code HB-WP.SPD.2019-SÖT-52.

<sup>493</sup> Vgl. ebd., S. CXIII, Code HB-WP.SPD.2015-SÖT-3.

<sup>494</sup> Vgl. ebd., S. CLXIX, Code HB-WP.SPD.2019-SÖT-31.

<sup>495</sup> Vgl. Die Grünen: *Wahlprogramm. Ganz klar Grün. Unsere Ideen für Bremen!*, 1. Aufl., Bremen 2015.

<sup>496</sup> Vgl. Die Grünen: *Mehr Grün nützt allen. Ein neues Kapitel Grün. Bürgerschaftswahlprogramm 2019 Grüne Bremen*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [https://gruene-bremen.de/wp-content/uploads/2019/04/Wahlprogramm-2019\\_web.pdf](https://gruene-bremen.de/wp-content/uploads/2019/04/Wahlprogramm-2019_web.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>497</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen zur Wahl in Bremen im Jahr 2015 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CXX. Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen zur Wahl in Bremen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CLXXVIII.

diesen Wahlprogrammen damit verbunden, dass die konkrete Politikformulierung überwiegend auf die Landesebene bezogen wird (2015 ca. 88 % bzw. 2019 ca. 90 % der Codes). Im Gegensatz zum Grundsatzprogramm tauchen auch Wirtschaftsbezüge seltener auf (2015 ca. 41 % bzw. 2019 ca. 39 % der Codes). Dies ist allerdings rein quantitativ. Qualitativ betrachtet, wird die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft sowohl 2015<sup>498</sup>, hier i. V. m. einem sogenannten Green New Deal<sup>499</sup>, als auch 2019, hier wird sich explizit an der ökologischen Modernisierung ausgerichtet<sup>500</sup>, als Notwendigkeit und Chance angesehen. Auch der Einfluss der Popularisierung der Klimakrise zeigt sich in den Codes. So wurde im Wahlprogramm von 2019 rigoros formuliert, „[d]ass ein tiefgreifender Wechsel notwendig ist, wenn wir unseren Planeten vor einer Klimakatastrophe bewahren wollen“<sup>501</sup>. Folglich werden mehrere im- oder explizit klimapolitische Maßnahmen stärker herausgestellt. Dazu zählen einerseits die Ziele, dass Mitigationsmaßnahmen auf allen politischen Ebenen durchgeführt<sup>502</sup> und konkrete Adaptionsmaßnahmen in Bremen, v. a. in puncto Hochwasserschutz,<sup>503</sup> verfolgt werden sollen. Andererseits wird anvisiert, Bremerhaven als Klimastadt zu gestalten<sup>504</sup> und den Kohleausstieg im Bundesland bis 2023 umzusetzen<sup>505</sup>. Des Weiteren werden neben dem Ausbau der Windanlagen auch die vorhandenen Potenziale für Solarenergie i. V. m. der angestrebten Energiewende stärker betont<sup>506</sup>. Quantitativ zeigt sich, dass der Anteil der Funde zur Mitigationspolitik ansteigt (2015 ca. 16 % bzw. 2019 ca. 27 % der Codes) und jener zur Adaptionspolitik konstant (bei ca. 10 %) bleibt. Neu ist seit 2019, dass der angestrebte Wandel ausdrücklich als sozial-ökologisch beschrieben wird<sup>507</sup>, dass auf die UN-Nachhaltigkeitsziele rekurriert wird<sup>508</sup> und dass Reallabore für die Nachhaltigkeitsforschung am Vorbild von Baden-Württemberg auch in Bremen etabliert werden sollen<sup>509</sup> – was als Spillover-Effekt zu bezeichnen ist.

Wie bei den anderen Parteien ist auch bei der Partei Die Linke ein Anstieg der absoluten Anzahl der Absätze in den Wahlprogrammen zu verzeichnen. Hier stehen *formal charak-*

---

<sup>498</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CXX, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-2.

<sup>499</sup> Vgl. ebd., S. CXXXII, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-71.

<sup>500</sup> Vgl. ebd., S. CLXXXIII, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-27.

<sup>501</sup> Ebd., S. CLXXVIII, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-2.

<sup>502</sup> Vgl. ebd., S. CXXIII, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-23 und vgl. ebd., S. CLXXIX, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-6.

<sup>503</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CXXVI, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-35 und vgl. ebd., S. CLXXVIII, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-3.

<sup>504</sup> Vgl. ebd., S. CXXIV, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-24 und vgl. ebd., S. CLXXIX, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-10.

<sup>505</sup> Vgl. ebd., S. CXXIV, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-25 und vgl. ebd., S. CLXXX, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-11.

<sup>506</sup> Vgl. ebd., S. CXXIV, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-27 und vgl. ebd., S. CLXXX, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-12.

<sup>507</sup> Vgl. ebd., S. CCVII, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-163.

<sup>508</sup> Vgl. ebd., S. CCVIII, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-169.

<sup>509</sup> Vgl. ebd., S. CCIV, Code HB-WP.Grüne.2019-SÖT-143.

terisiert 461 Absätze im Jahr 2015<sup>510</sup> der erhöhten Anzahl von 572 Absätzen im Jahr 2019<sup>511</sup> gegenüber. Der relative Anteil der Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, nimmt von etwa 17 % auf rund 19 % zu. Dass die Werte so niedrig ausfallen, ist als großer Unterschied zum Grundsatzprogramm einzuordnen. Werden die Codes betrachtet<sup>512</sup>, so zeigt sich, dass dieser erstens zustande kommt, weil größtenteils einzelne Transformationen beschrieben werden (2015 ca. 84 % bzw. 2019 ca. 67 % der Codes). Zweitens wird, wohl auch wegen erstens, nicht so häufig auf den sozial-ökologischen Umbau verwiesen. Stattdessen stehen hier landesspezifische Aspekte im Vordergrund (2015 ca. 73 % bzw. 2019 ca. 87 % der Codes), die eher für sich selbst betrachtet werden. Daher lassen sich auch weniger Konzeptbezüge auffinden (2015 ca. 8 % bzw. 2019 ca. 13 % der Codes). Beide Wahlprogramme wurden jedoch in einen quasi transformativen Kontext gestellt. Während 2015 noch ein Politikwechsel hin zu einer u. a. ökologischen<sup>513</sup> bzw. sozial-ökologischen<sup>514</sup> Gesellschaft gefordert wurde, sind 2019 die konkreten Benennungen einer „sozial-ökologischen Wende“<sup>515</sup> bzw. eines „sozial-ökologischen Umbau[s]“<sup>516</sup> vorhanden. Letzteres ist als eine stärkere Vehemenz des Transformationsanspruchs zu beschreiben, der wie bei Ulrich Brand, und damit anders als im Frankfurter Ansatz, sozialpolitisch aufgeladen ist<sup>517</sup>. Das Ziel eines (Öko-)Sozialismus wurde jeweils zwar nicht ausgeführt. Jedoch wird die explizit antikapitalistische Positionierung, die über den systemerhaltenden Ansatz der ökologischen Modernisierung hinausgeht, in beiden Wahlprogrammen deutlich<sup>518</sup>. Zur Unterfütterung ihrer Argumentation verweist auch Die Linke seit 2019 auf die UN-Nachhaltigkeitsziele<sup>519</sup>. Aufgrund der ohnehin progressiven Ausrichtung ist dies nicht allein als Predator-Strategie zu verstehen. Der Einfluss der Popularisierung der Klimakrise zeigt sich konkret darin, dass die Notwendigkeit der Wende im Wahlprogramm von 2019 stärker i. V. m. der Klimakrise verargumentiert wurde<sup>520</sup>. Das Augenmerk wird diesbezüglich v. a. auf mitigationspolitische Maßnahmen gelegt (2015

---

<sup>510</sup> Vgl. Die Linke: *Sozial, das muss drin sein. Bürgerschaftswahlprogramm Land Bremen 2015*, 1. Aufl., Bremen 2015. Die Einleitung wird im Wahlprogramm als Vorwort bezeichnet.

<sup>511</sup> Vgl. Die Linke: *Wem gehört die Stadt? Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 26. Mai 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/user\\_upload/Wahlen\\_2019/Wahlprogramme/Wahlen2019\\_Langwahlprogramm.pdf](https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2019/Wahlprogramme/Wahlen2019_Langwahlprogramm.pdf) [Zugriff am 09.12.2020]. Die Einleitung wird im Wahlprogramm als Vorwort bezeichnet.

<sup>512</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Wahl in Bremen im Jahr 2015 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CXXXV. Die Codes aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Wahl in Bremen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCIX.

<sup>513</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CXXXV, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-1.

<sup>514</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CXXXIX, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-26.

<sup>515</sup> Ebd., S. CCIX, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-1.

<sup>516</sup> Ebd., S. CCXVII, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-44.

<sup>517</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCXII, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-18.

<sup>518</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CXLII, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-45 und vgl. ebd., S. CCXVIII, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-47.

<sup>519</sup> Vgl. ebd., S. CCXIX, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-53.

<sup>520</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCIX, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-1.

ca. 4 % bzw. 2019 ca. 20 % der Codes), die etwa die Energiewende um den Ausbau von Wind- und Solarenergie<sup>521</sup> betreffen. Adaptionen stehen dagegen eher im Hintergrund (2015 ca. 6 % bzw. 2019 ca. 4 % der Codes) und konzentrieren sich in erster Linie auf den Hochwasserschutz<sup>522</sup>. Gegen sozial-ökologische Transformationen wird sich lediglich bzgl. der Vertiefungen der Weser ausgesprochen<sup>523</sup>.

Anders als bei den bisher analysierten Wahlprogrammen liegt bei der AfD keine Steigerung der absoluten Anzahl der Absätze vor. Hier sinkt der Wert *formal charakterisiert* von 328 im Jahr 2015<sup>524</sup> auf 153 im Jahr 2019<sup>525</sup>. Dabei wird sich in ca. 7 % bzw. etwa 8 % davon für eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen. Anhand der Codes lässt sich passend dazu nachvollziehen<sup>526</sup>, dass die Klimakrise keinen positiven Effekt auf die Policy-Orientierungen hat. Ausdrücklich klimapolitische Transformationen wurden in kein Wahlprogrammen aufgenommen. Außerdem wechselt die AfD von 2015 zu 2019 ihre Ausrichtung bzgl. klimapolitisch zumindest relevanter Aspekte entsprechend dem Grundsatzzprogramm in eine quasi ablehnende Richtung. So befürwortete die AfD 2015 noch die Ausweitung der Elektromobilität<sup>527</sup> sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien und unterstützte auch die Interessen der dazugehörigen Wirtschaftsakteur\*innen<sup>528</sup>. Seit 2019 werden hingegen die vermeintlichen deutschen Standortinteressen an den Erhalt konventioneller Antriebe bzw. Energieträger gekoppelt<sup>529</sup>, weshalb keine Wirtschaftsbezüge bei den noch beabsichtigten sozial-ökologischen Transformationen zu finden sind (2015 ca. 19 % bzw. 2019 0 % der Codes). Zusätzlich wird von einer sogenannten CO<sub>2</sub>-Lüge gesprochen<sup>530</sup>, woraus eine vehemente Ablehnung von mitigationspolitischen Maßnahmen zu schließen ist. Demgemäß stellt der häufigere Bezug auf die Landesebene (2015 ca. 86 % bzw. 2019 78 % der Codes) die relevanteste Differenz zum Grundsatzzprogramm dar.

Dass das Absinken der absoluten Anzahl der Absätze in den Wahlprogrammen der AfD eine Ausnahme ist, bestätigt die Analyse der beiden Dokumente der FDP. *Formal charak-*

---

<sup>521</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CXXI, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-35 und vgl. ebd., S. CCXIII, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-21.

<sup>522</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CXXXVII, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-12 und vgl. ebd., S. CCXIV, Code HB-WP.Linke.2019-SÖT-27.

<sup>523</sup> Vgl. ebd., S. CXXXVIII, Code HB-WP.Linke.2015-GSÖT-2 und vgl. ebd., S. CCXIV, Code HB-WP.Linke.2019-GSÖT-2.

<sup>524</sup> Vgl. AfD: *Wahlprogramm 2015*, 1. Aufl., Bremen 2015. Nota und Danksagung werden analytisch nicht berücksichtigt.

<sup>525</sup> Vgl. AfD: *Wahlprogramm zur Bremer Bürgerschaftswahl Mai 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: <https://afd-bremen.de/images/Uploads/Dokumente/wahlprogramm-2019-a4.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>526</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD zur Wahl in Bremen im Jahr 2015 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CXLIII. Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD zur Wahl in Bremen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCXIX.

<sup>527</sup> Vgl. ebd., S. CXLIV, Code HB-WP.AfD.2015-SÖT-4.

<sup>528</sup> Vgl. ebd., Code HB-WP.AfD.2015-SÖT-7.

<sup>529</sup> Vgl. ebd., S. CCXXI, Code HB-WP.AfD.2019-GSÖT-5.

<sup>530</sup> Vgl. ebd., S. CCXX, Code HB-WP.AfD.2019-GSÖT-4.



*terisiert* steigt der Wert hier von 211 im Jahr 2015<sup>531</sup> auf 437 im Jahr 2019<sup>532</sup>. Der relative Anteil der Absätze, in denen sich zugunsten der Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation positioniert wird, erhöht sich von rund 12 % auf etwa 20 %. Wie aus den Codes abzuleiten ist<sup>533</sup>, kommt dies zustande, weil 2015 keine klimapolitischen und generell kaum ökologische Aspekte Einzug ins Wahlprogramm hielten. Eine Ausnahme ist hier bspw. die anvisierte ökologische Effizienzsteigerung im Verkehrssektor<sup>534</sup>. 2019 wurde neben mehreren umweltpolitischen Policy-Orientierungen, wenn auch am Rande, immerhin das Ziel des Klimaschutzes ins Wahlprogramm aufgenommen. Dabei wird betont, dass dieses nur im marktwirtschaftlichen Rahmen bzw. mit den UN-Nachhaltigkeitszielen zu erreichen sei.<sup>535</sup> Es fand also eine predatorische Annäherung an Rot-Grün statt. Ausdrücklich mitigationpolitische Maßnahmen lassen sich jedoch trotzdem nur in ca. 3 % der Codes finden. An einer Stelle wird zumindest die Befürwortung des Ausbaus der Windenergie klar<sup>536</sup>. Dementgegen spielt die Adaptionspolitik in keinem Wahlprogramm eine Rolle. Die Popularisierung der Klimakrise führt bei der FDP also weitgehend nur zu einem generell höheren Umweltbewusstsein. Genauso wie diese Minderbeachtung der Klimapolitik ist vom Grundsatzprogramm verschieden, dass nur weniger und keine expliziten Verweise auf das Konzept der ökologischen Modernisierung auftreten (2015 ca. 4 % bzw. 2019 ca. 7 % der Codes). Der stärkere Bezug auf die Landesebene (2015 ca. 79 % bzw. 2019 ca. 67 % der Codes) und die damit einhergehende überwiegende Beschreibung einzelner sozial-ökologischer Transformationen (2015 ca. 96 % bzw. 2019 ca. 81 % der Codes) bestätigt das Vorhandensein landespolitischer Gestaltungsspielräume.

Die letzten zu betrachtenden Wahlprogramme sind jene der BIW. So wie bei der AfD ist auch hier eine Abnahme der absoluten Anzahl der Absätze zu verzeichnen. Konkret fällt der Wert *formal charakterisiert* von 207 im Jahr 2015<sup>537</sup> auf 147 im Jahr 2019<sup>538</sup>. Der re-

---

<sup>531</sup> Vgl. FDP: *Für Bremen und Bremerhaven. Gemeinsames Wahlprogramm der FDP Bremen und der FDP Bremerhaven zur Bürgerschaftswahl und Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 2015. Beschluss des FDP Landesparteitags vom 3. März 2015*, 1. Aufl., Bremen 2015. Das Vorwort von Lencke Steiner und Hauke Hilz wird analytisch berücksichtigt und als Einleitung gewertet.

<sup>532</sup> Vgl. FDP: *Wahlprogramm. Es geht um euch*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: <https://www.fdp-bremen.de/backend/uploads/wahlprogramm-der-fdp-bremen-zur-wahl-der-bremischen-buergerschaft.pdf> [Zugriff am 09.12.2020]. Das Vorwort von Lencke Steiner wird analytisch berücksichtigt und als Einleitung gewertet.

<sup>533</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP zur Wahl in Bremen im Jahr 2015 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CXLVII. Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP zur Wahl in Bremen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCXXI.

<sup>534</sup> Vgl. ebd., S. CXLVIII, Code HB-WP.FDP.2015-SÖT-10.

<sup>535</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCXXI, Code HB-WP.FDP.2019-SÖT-1.

<sup>536</sup> Vgl. ebd., S. CCXXIV, Code HB-WP.FDP.2019-SÖT-15.

<sup>537</sup> Vgl. BIW: *Programm der BÜRGER IN WUT (BIW). Landesverband Bremen*, 3. Aufl., Bremen 2015. Das erste Kapitel wird analytisch als Einleitung gewertet.

lative Anteil der Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation anvisiert wird, steigt hingegen von etwa 8 % auf 10 %. Aus der Betrachtung der Codes ist passenderweise zu schließen<sup>539</sup>, dass sich ein positiver Einfluss der Popularisierung der Klimakrise qualitativ nicht nachweisen lässt. Denn einerseits wird in beiden Wahlprogrammen bspw. nur auf eine umweltschützende Verkehrspolitik abgezielt<sup>540</sup> und, wie im Grundsatzprogramm, die Drogenpolitik thematisiert<sup>541</sup>. Andererseits wird sich, augenscheinlich mehr aus allgemeinen ideologischen als aus konkreten realpolitischen Gründen, gegen die sogenannte Umwelthysterie der Linken bzw. Grünen in der Klimadebatte positioniert<sup>542</sup>. Dementsprechend spielen klimapolitische Transformationen keine Rolle für die Partei. Derweil ist der einzige gewichtige Unterschied zu den Ergebnissen zum Grundsatzprogramm der BIW, dass sich hier in allen Codes mindestens auf die Landesebene bezogen wird.

Auf der Grundlage der Ergebnisse zu den Wahlprogrammen ist es nun möglich, die eingangs formulierten Hypothesen für den Fall Bremen zu überprüfen. Begonnen wird mit Ausgangshypothese A, die den grundsätzlichen Anstieg jener Policy-Orientierungen, mit denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden, betrifft. Für diese ist ein geteiltes Fazit zu ziehen, da in quantitativer Hinsicht zwar herausgefunden wurde, dass sich der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der entsprechenden Absätze in den Wahlprogrammen aller relevanten Landesparteien durchweg erhöht<sup>543</sup>. Die qualitativen Ergebnisse legen jedoch nahe, dass die Zunahme nicht immer auf die Popularisierung der Klimakrise zurückzuführen ist. So stehen AfD und BIW klimapolitischen Maßnahmen ablehnend gegenüber. Bei der AfD ist dabei zu berücksichtigen, dass klimapolitische Absätze aus dem Wahlprogramm von 2015 infolge der zwischenzeitlichen Parteientwicklung im Wahlprogramm 2019 nicht wieder aufgenommen wurden. Neben diesen beiden intensivierte alle anderen relevanten Landesparteien ihre umwelt- und klimapolitischen Bestrebungen. Dies ist im Einzelnen auf die entsprechende Bewusstseinsbildung bzw. das re-

---

<sup>538</sup> Vgl. BIW: *BÜRGER IN WUT (BIW). Programm für die Bürgerschaftswahl 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [http://www.biw-bremen.de/userfiles/uploads/Wahlprogramm\\_Bremen\\_2019.pdf](http://www.biw-bremen.de/userfiles/uploads/Wahlprogramm_Bremen_2019.pdf) [Zugriff am 09.12.2020]. Das erste Kapitel wird analytisch als Einleitung gewertet.

<sup>539</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der BIW zur Wahl in Bremen im Jahr 2015 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CLI. Die Codes aus dem Wahlprogramm der BIW zur Wahl in Bremen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCXXXII.

<sup>540</sup> Vgl. ebd., S. CLII, Code HB-WP.BIW.2015-SÖT-7 und vgl. ebd., S. CCXXXIV, Code HB-WP.BIW.2019-SÖT-6.

<sup>541</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CLI, Code HB-WP.BIW.2015-GSÖT-1 und vgl. ebd., S. CCXXXII, Code HB-WP.BIW.2019-GSÖT-1.

<sup>542</sup> Vgl. ebd., S. CLIII, Code HB-WP.BIW.2015-GSÖT-5 und vgl. ebd., S. CCXXXIV, Code HB-WP.BIW.2019-GSÖT-7.

<sup>543</sup> Die Anteile der gewichteten Absätze sind im Anhang auch noch einmal bildlich in Säulendiagrammen dargestellt: Vgl. ebd., S. CCXXXVII, Abb. 3 und vgl. ebd., S. CCXLII, Abb. 6. Die Prozentpunkte-Differenzen sind zusätzlich tabellarisch und in einem Punktdiagramm im Anhang festgehalten: Vgl. ebd., S. CCXLV, Tabelle 24 und vgl. ebd., S. CCXLVI, Abb. 9.

sponsive Verhalten im Rahmen der Popularisierung der Klimakrise zurückzuführen. Konkrete Indikatoren für die Popularisierung wurden allerdings nicht benannt, was mit dem relativ frühen Termin der Landtagswahl im Jahr 2019 zu begründen ist. Zusammengefasst ist die Ausgangshypothese A) daher ohne Relativierung nur für die letzteren Untersuchungsobjekte zu verifizieren.

Für die Überprüfung von Hypothese B1 sind die Ergebnisse der Analyse der Grundsatzprogramme mit denen der Untersuchung der Wahlprogramme, getrennt nach den beiden Bürgerschaftswahlen, gegenüberzustellen. Hierbei zeigt sich sowohl für die Wahlprogramme von 2015 als auch für jene aus dem Jahr 2019, dass die Werte der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen sich zugunsten von sozial-ökologische Transformationen positioniert wird, mit denen in den Grundsatzprogrammen positiv korrelieren. Die Berechnung von Pearsons  $r$  in RStudio ergibt jeweils 0,68 bzw. 0,66. Das bedeutet, dass ein starker positiver linearer Zusammenhang vorliegt<sup>544</sup>. Damit wird der Eindruck bestätigt, der sich aus den inhaltlichen Vergleichen und den Gegenüberstellungen der quantifizierten Ergebnisse zu den Unterkategorien ergibt – die Parteien gestalten ihre Wahlprogramme entsprechend ihrer grundsätzlichen Ausrichtung. Da sich nach der Eintragung der Regressionsgeraden relativ starke Residuen zu den Werten der Partei Die Linke (2015 ca. - 17 bzw. 2019 ca. - 21) und den Grünen (2015 ca. 19 bzw. 2019 ca. 20) ergeben, sind die dazugehörigen Punkte als Ausreißer zu bezeichnen<sup>545</sup>. Auch wenn es sich in der Einzelfallbetrachtung insgesamt um wenige Werte handelt, lässt sich im Zusammenhang damit eine Heteroskedastizität erkennen. Ergänzend dazu belegt die Berechnung des Cook-Abstands, dass die Werte zu den beiden Untersuchungsobjekten jeweils einen bedenklichen Einfluss auf das Regressionsmodell haben. Sie liegen bei der Partei Die Linke (2015 1,93 bzw. 2019 2,25) und bei den Grünen (2015 1,67 bzw. 2019 1,52) über der Grenze von  $4/n$ , die bei sieben Untersuchungsobjekten jeweils 0,57 beträgt. Ausgehend von den Einzelergebnissen wirken sich hier insbesondere die niedrigen Werte zu den Wahlprogrammen der Partei Die Linke aus. Diese resultieren nicht nur daraus, dass in den Wahlprogrammen einzelne Transformationen auf der Landesebene im Mittelpunkt stehen. Hier spielt auch eine Rolle, dass Die Linke ihren ausgeprägten Transformationsanspruch nicht so vehement wiederholt wie im Grundsatzprogramm. Weil die Resultate des Determinationskoeffizienten  $R^2$  mit 0,46 bzw. 0,43 moderate Zusammenhänge anzeigen, ist die Erklärungskraft der Regressionsmodelle, trotz der geringen An-

---

<sup>544</sup> Das Skript für die Analyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2015 ist auf der beigefügten CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Namen „Bremen 2015“ zu finden. Für die Analyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2019 heißt sie „Bremen 2019“.

<sup>545</sup> Die Funktion für die Regressionsanalyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2015 lautet:  $Y = 8,2886 + 0,2968 * X$ . Für 2019 lautet sie:  $Y = 12,5 + 0,313 * X$ . Zur Veranschaulichung wurden zur Regressionsanalyse auch Diagramme erstellt: Vgl. Anhang, S. CCXXXVIII, Abb. 5 und vgl. ebd., S. CCXLIII, Abb. 8.

zahl der Untersuchungsobjekte, als Ganzes dennoch relativ hoch. Hypothese B1 ist also für den Fall Bremen zu verifizieren.

Anders sieht es mit Hypothese B2 aus. Hier erreicht Pearsons  $r$  lediglich einen Wert von 0,11. Davon ist abzuleiten, dass kein linearer Zusammenhang zwischen den Ausrichtungen in den Grundsatzprogrammen und dem Anstieg der Nennungen angestrebter sozial-ökologischer Transformationen in den Wahlprogrammen besteht<sup>546</sup>. Weil die Ausmaße der Anstiege demzufolge multikausal zu erklären sind, erweist sich hier der Bezug auf die qualitativen Ergebnisse als sinnvoll. So sind die Werte für die CDU ohnehin schon relativ hoch, da ihr Landesverband städtisch-liberal geprägt ist und sie sich predatorisch an die rot-grüne Koalition annäherte. Die Werte für Die Linke bewegen sich hingegen v. a. wegen des landespolitischen Fokus auf einem ähnlichen Niveau. Darauf aufbauend kann der Anstieg der Werte aufgrund der Popularisierung der Klimakrise bei der CDU und der Partei Die Linke anhand der Ergänzung klimapolitisch relevanter Policy-Orientierungen zwar nachgewiesen werden. Jedoch fällt er infolge der bisher verhältnismäßig ausgeprägten Befürwortung sozial-ökologischer Transformationen durch die beiden Landesparteien gering aus (jeweils ca. zwei Prozentpunkte). Dementgegen ist die Zunahme bei der AfD (ca. ein Prozentpunkt) und den BIW (ca. zwei Prozentpunkte) niedrig, weil sich beide Parteien generell ablehnend gegenüber klimapolitischen Maßnahmen verhalten. Die hohen Anstiege bei der SPD (ca. 13 Prozentpunkte) und der FDP (ca. acht Prozentpunkte) spiegeln im Kontrast dazu ihre Offenheit für progressive Policy-Orientierungen wider. Diese kristallisieren sich im Kontext der Popularisierung der Klimakrise in einer stärkeren Beachtung umwelt- bzw. klimapolitischer Maßnahmen heraus. Wie bei der CDU ist dabei auch bei der FDP die Predator-Strategie zu berücksichtigen. In puncto Transformationsansprüche sind nur die Grünen noch progressiver, da bei ihnen ein relativ starker Anstieg zu verzeichnen ist (ca. sieben Prozentpunkte), der zu einem bereits hohen Wert hinzukommt.

In die generelle Fallanalyse eingebettet, zeigen die Ergebnisse zu den Wahlprogrammen mehrere Aspekte auf. So adressieren alle relevanten Landesparteien, die ideologisch grundsätzlich für klimapolitische sozial-ökologische Transformationen offen sind, die vorhandenen Veränderungspotenziale in Bremen. Wenn auch in einem unterschiedlichen Ausmaß, lassen sich klimapolitisch relevante Policy-Orientierungen, bspw. mit Bezug auf den Ausbau der Solarenergie, den Kohleausstieg, die Energieeinsparungen in der Stahlindustrie und die Anpassungen im Bereich des Hochwasserschutzes<sup>547</sup>, auffinden. Abgesehen von den UN-Zielen sind dabei vor dem Hintergrund des Multiple-Streams-Ansatzes

---

<sup>546</sup> Das Skript für diese Analyse ist auf der CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Dateinamen „Bremen 2015-2019“ zu finden. Zur Veranschaulichung des fehlenden Zusammenhangs wurde auch hier ein Diagramm erstellt: Vgl. Anhang, S. CCXLVII, Abb. 10.

<sup>547</sup> Ein Trend hin zu einer stärkeren Gewichtung der Adaptionspolitik ist dabei nicht belegbar.

jedoch keine neuen Ansätze auffindbar, die sich theoretisch kontextualisieren lassen. Nichtsdestotrotz sind die Differenzen zwischen den Parteien derart ausgeprägt, dass hinsichtlich der Transformationsansprüche, wie bei den Grundsatzprogrammen, eine tendenzielle Links-Rechts-Einordnung möglich ist<sup>548</sup>. Diese spiegelt, i. V. m. den qualitativen Ergebnissen und der Darstellung des generellen Parteiensystems sowie -wettbewerbs, wider, dass sich ein rot-grünes bzw. rot-grün-rotes Lager zu verfestigen scheint. An dieses nähern sich CDU und FDP bzgl. der betrachteten Policy-Orientierungen teilweise an. AfD und BIW grenzen sich hingegen zunehmend ab.

Als Zwischenfazit ist insgesamt festzuhalten, dass die relevanten Landesparteien in Bremen unterschiedlich auf die Popularisierung der Klimakrise reagieren. Dabei flossen nicht nur die ideologischen Grundausrichtungen, sondern auch die Landespezifika in die Abwägung der Neuformulierung von Policy-Orientierungen ein. Dies führt dazu, dass auf der einen Seite AfD und BIW stehen, die sich generell ablehnend gegenüber klimapolitischen Maßnahmen positionieren – weshalb der in Ausgangshypothese A angedeutete Wirkungsmechanismus nicht greift. Auf der anderen Seite stehen die übrigen relevanten Landesparteien, die, vermittelt durch ein gestiegenes Bewusstsein für die Problematik und bzw. oder aus wahlpragmatischen Gründen, responsiv auf die Popularisierung der Klimakrise reagieren. Sie nahmen umwelt- bzw. klimapolitisch relevante Aspekte in parteispezifischer Form in ihre Wahlprogramme aufnahmen.

### 3.2.2 Der Fall Brandenburg

Anders als Bremen gehört Brandenburg zu den neuen Bundesländern. Da es außerdem ein Flächenland ist, werden in Brandenburg nicht nur infolge der geographischen Lage andere Adaptionleistungen im Umgang mit dem Klimawandel umzusetzen sein. Besonders hervorsteht diesbezüglich, dass das ohnehin trockene Klima innerhalb des Bundeslands im Verlauf des 21. Jahrhunderts noch intensiver wird. Die ausgeprägte Wald- und Landwirtschaft, die auf nutzbare Flächen angewiesen sind, stellt dies vor Herausforderungen.<sup>549</sup> Allein landwirtschaftlich gebrauchte Flächen haben einen Anteil von ca. 50 % an der Gesamtfläche Brandenburgs<sup>550</sup>. Hinzu kommt, dass die Durchschnittstemperatur um mindestens 1°C ansteigen wird und sich Niederschläge in den Winter verschieben. Davon ist eine Tendenz hin zu einer jährlichen Aufteilung in Dürre- und Regenperioden

---

<sup>548</sup> Dazu wurde parallel zum Vorgehen in der Auswertung der Grundsatzprogramme auch hier jeweils ein Punktdiagramm für die einzelnen Wahlprogramme erstellt: Vgl. Anhang, S. CCXXXVII, Abb. 4 und vgl. ebd., S. CCXLII, Abb. 7.

<sup>549</sup> Vgl. Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg: *Klimawandelmonitoring im Land Brandenburg – Basisbericht*, Fachbeiträge des LfU, Heft Nr. 154, S. 12.

<sup>550</sup> Vgl. Diekmann et al.: *Vergleich der Bundesländer*, S. 135.

abzuleiten, die von einer Zunahme der niederschlagsbedingten Extremwetterereignisse begleitet wird.<sup>551</sup>

Dabei zählt Brandenburg nicht nur relativ, sondern auch absolut zu den karbonintensiven Bundesländern. Zurückzuführen ist das v. a. auf die ausgeprägte Braunkohlewirtschaft<sup>552</sup>, mit der auch einhergeht, dass Braunkohle einen Anteil von ca. 48 % am Primärenergieverbrauch hat<sup>553</sup>. Zusammen mit weiteren Industriesektoren, die als energieintensiv und damit klimapolitisch relevant zu bezeichnen sind<sup>554</sup>, führt dies zu jahresdurchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen von knapp 23 Tonnen pro Kopf – der höchste Wert im Bundesländervergleich<sup>555</sup>. Im Gegensatz zu Bremen ist allerdings auch schon der Ausbau der erneuerbaren Energien, deren Anteil am Primärenergieverbrauch immerhin bei über 18 % liegt, stärker vorangeschritten. Im Bundesländervergleich liegt Brandenburg damit auf Rang vier. Dennoch bestehen bei der Nutzung jeder einzelnen Energiequelle in diesem Bereich noch Ausbaupotenziale.<sup>556</sup> Demzufolge bestehen insgesamt zahlreiche Transformationsmöglichkeiten im Bundesland.

Genauso wie in Bremen bietet auch die Landesverfassung Brandenburgs Gestaltungsspielräume für die Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen. Inhaltsanalytisch betrachtet, besteht sie *formal charakterisiert* aus drei Hauptteilen, 17 Abschnitten und 117 Artikeln<sup>557</sup>. Aus den darin gefundenen Codes ist abzuleiten, dass die Klimapolitik auch hier noch keinen Einzug hielt. Bereits in der Präambel ist jedoch das Ziel zu finden, „Natur und Umwelt zu bewahren und zu schützen“<sup>558</sup>, was mehrfach, wie in Art. 2 Abs. 1, wiederholt wird<sup>559</sup>. Parallel zur Regelung in Bremen soll das Bewusstsein dafür über die Bildung geschaffen werden<sup>560</sup>. In den neun Absätzen von Art. 39 wird der „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ weiter ausdifferenziert als Verfassungsziel dargestellt. So ist laut Art. 39 Abs. 4 bspw. „auf den sparsamen Gebrauch und die Wiederverwendung von Rohstoffen sowie auf die sparsame Nutzung von Energie hinzuwirken“<sup>561</sup>. Außerdem wird eine marktwirtschaftliche Ordnung vorgeschrieben, welche die Umwelt schützen soll<sup>562</sup>.

---

<sup>551</sup> Vgl. Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg: *Klimareport Brandenburg 2016. Das Klima von gestern, heute und in Zukunft. Darstellung der Entwicklung des Klimawandels im 20. Jahrhundert aktuellen Problemen und von Szenarioergebnissen zum Ende des 21. Jahrhunderts*, Fachbeiträge des LfU, Heft Nr. 150, S. 59f.

<sup>552</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 147.

<sup>553</sup> Vgl. Diekmann et al.: *Vergleich der Bundesländer*, S. 135.

<sup>554</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 147.

<sup>555</sup> Vgl. ebd., S. 126f.

<sup>556</sup> Vgl. Diekmann et al.: *Vergleich der Bundesländer*, S. 135ff.

<sup>557</sup> Vgl. Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl.I/92, S.298), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Mai 2019. Die Codes dazu: Vgl. Anhang, S. CCXLIX.

<sup>558</sup> Anhang, S. CCXLIX, Code BB-LV-RE-1.

<sup>559</sup> Vgl. ebd., Code BB-LV-RE-2.

<sup>560</sup> Vgl. ebd., Code BB-LV-RE-3.

<sup>561</sup> Ebd., Code BB-LV-RE-7.

<sup>562</sup> Vgl. ebd., S. CCLI, Code BB-LV-RE-18.

Trotz dieser Gestaltungsspielräume wurde in Brandenburg noch kein klimapolitisches Gesetz verabschiedet. Daher sind die Ausführungen von Flaskühler zum einschlägigen Stand zu bestätigen<sup>563</sup>. Aufgrund der Gesetzgebung auf Bundesebene ist auch davon auszugehen, dass hier in Zukunft keine gesetzesförmigen Regelungen beschlossen werden. Auffinden lässt sich laut Flaskühler allerdings ein mitigrationspolitisch handlungsleitendes Dokument. Dieses wurde im Jahr 2012, anschließend an einen ersten sogenannten „Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ aus dem Jahr 2008<sup>564</sup>, entwickelt und wird als „Energiestrategie 2030“ bezeichnet<sup>565</sup>. Laut dieser Strategie soll Brandenburg im Wesentlichen die „Energieeffizienz steigern und [den; d. Verf.] -verbrauch reduzieren“<sup>566</sup> sowie erneuerbare Energien zum Erreichen eines Anteils von 32 % am Primärenergieverbrauch ausbauen<sup>567</sup>. So soll das Land „eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 72 % gegenüber 1990“<sup>568</sup> schaffen. Für Flaskühler erscheint fragwürdig, dass somit noch keine Veränderungen in der klimapolitisch so relevanten Braunkohlewirtschaft vorgesehen waren<sup>569</sup>. Als Grund dafür ist die wirtschaftspolitische Gewichtung dieses Sektors zu sehen<sup>570</sup>. Konkrete adaptionspolitische Ziele wurden, unter Berufung auf das Konzept der nachhaltigen Entwicklung<sup>571</sup>, bereits 2014 in der Nachhaltigkeitstrategie des Landes Brandenburg festgehalten. Dabei wird bestätigt, dass in Brandenburg zukünftig der Umgang mit der natürlichen Ressource Wasser zentral sein wird.<sup>572</sup> Parallel zum Monitoring der klimatischen Entwicklungen<sup>573</sup> wurde die Nachhaltigkeitsstrategie 2019 in diesem Bereich fortgeschrieben<sup>574</sup>.

---

<sup>563</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 346.

<sup>564</sup> Vgl. Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg: *Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels*, 1. Aufl., Frankfurt a. d. O. 2008, S. 1.

<sup>565</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 346.

<sup>566</sup> Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg: *Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg*, 1. Aufl., Potsdam 2012, S. 37.

<sup>567</sup> Vgl. ebd., S. 39.

<sup>568</sup> Vgl. ebd., S. 43.

<sup>569</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 347.

<sup>570</sup> Vgl. Monstadt/ Scheiner: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik*, hier S. 184f.

<sup>571</sup> Vgl. Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg: *natürlich. nachhaltig. Brandenburg. Nachhaltigkeitstrategie für das Land Brandenburg*, 1. Aufl., Großbeeren 2014, S. 8ff.

<sup>572</sup> Vgl. ebd., S. 53.

<sup>573</sup> Vgl. Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg: *Klimawandelmonitoring im Land Brandenburg*, S. 12f.

<sup>574</sup> Vgl. Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg: *natürlich. nachhaltig. Brandenburg. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg. Fortschreibung 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2019, S. 36.

Werden das Parteiensystem und der Parteienwettbewerb unter Bezugnahme auf Bräuninger et al. betrachtet, so fällt auf, dass die SPD seit 1990 alle Landtagswahlen in Brandenburg gewann. Demzufolge ist sie auch hier eindeutig als dominante Partei einzuordnen. Während die SPD ab 1990 für eine Legislaturperiode noch mit der FDP und Bündnis 90 regierte, die im Jahr der Landtagswahl 1994 infolge des Austritts von Bündnis 90 frühzeitig beendet wurde, folgten darauf vier Jahre Alleinregierung. Anschließend bildete sie für jeweils drei Legislaturperioden eine Koalition mit der CDU und der Partei Die Linke. Nach der letzten Wahl im Jahr 2019 einigte sich die SPD auf eine Regierungszusammenarbeit mit der CDU und den Grünen. Hinsichtlich der Parteiprogrammatiken ist hervorzuheben, dass die CDU in Brandenburg ihre Programmatik nach links entwickelt hat. Das ist neben bundespolitischen Entwicklungen auch auf die Predator-Strategie gegenüber Rot-Rot zurückzuführen. Den entstandenen Raum auf der rechten Seite des politischen Spektrums nimmt die AfD seit 2014 ein. Dabei steht sie von Anfang an im Vergleich zu anderen Landesverbänden der Partei weit rechts. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch hat sich ihre Ausrichtung zwischen den Landtagswahlen allerdings kaum verschoben. Weil die Grünen und Die Linke – relativ betrachtet – den linken Rand bilden, nimmt die SPD eine Scharnierfunktion ein – bei deren Ausgestaltung die AfD jedoch längerfristig ausgeschlossen scheint. Die BVB/FW bewegen sich programmatisch hingegen auf einem ähnlichen Niveau wie die SPD, sind aber ein wenig wirtschaftsliberaler.<sup>575</sup>

Zur letzten Landtagswahl am 01.09.2019 machte sich die Popularisierung der Klimakrise innerhalb des Wahlkampfes bemerkbarer als in Bremen. So war laut Oskar Niedermayer die klimapolitisch konnotierte Debatte um den Braunkohleausstieg neben dem potenziellen Sieg der AfD das bestimmendste Thema.<sup>576</sup> Davon profitierten insbesondere die Grünen, die ihr Ergebnis von 6,2 % auf ihr bislang bestes Resultat von 10,8 % verbessern konnten. Die SPD verschlechterte sich dementsprechend von 31,9 % auf 26,2 % und erzielte damit in Brandenburg, entsprechend der Gesamtentwicklung wie in Bremen und Thüringen, zuletzt ihr schwächstes Landtagswahlergebnis. Mit der Ausnahme der Thüringer Linkspartei gilt das gleiche für die CDU und Die Linke. Indessen Erstere von 23,0 % auf 15,6 % abrutschte, nahm der Zuspruch für Letztere von 18,6 % auf 10,7 % ab. Daraus folgte, dass hinter der SPD die AfD landete, die ihren Stimmenanteil von 12,2 % auf 23,5 % erhöhen könnte. Das entspricht ihrer elektoralen Stärke in den neuen Bundesländern. Am schlechtesten schnitten die BVB/FW ab, die aber immerhin eine Verbesserung von 2,7 % auf 5,0 % erzielten und dadurch nicht mehr nur über die Direktmandate in den

---

<sup>575</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 97-103. Die Wahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen sind zwecks einer besseren Nachvollziehbarkeit auch im Anhang aufgeführt: Vgl. Anhang, S. CCXLVIII, Tabellen 25 und 26.

<sup>576</sup> Vgl. Niedermayer: *Die brandenburgische Landtagswahl vom 1. September 2019*, hier S. 285-290.



Landtag einzogen.<sup>577</sup> Ähnlich wie in Bremen lässt sich also aus der bisherigen Fallbeurteilung zusammenführen, dass alle zurückliegenden klimapolitischen Policy-Ansätze in Brandenburg unter einer SPD-geführten Regierung verfolgt wurden. Erste Ansätze unter Rot-Schwarz wurden unter Rot-Rot teilweise intensiviert.

Bei der folgenden Analyse der Wahlprogramme wird mit den Dokumenten der SPD begonnen, da sie die letzte Wahl in Brandenburg gewann. *Formal charakterisiert* ist dabei festzustellen, dass die Anzahl aller Absätze von 110 im Wahlprogramm von 2014<sup>578</sup> auf 418 in jenem von 2019<sup>579</sup> ansteigt<sup>580</sup>. Der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, erhöht sich parallel dazu von rund 18,2 % auf ca. 18,4 %. Aus der Betrachtung der einzelnen Codes ist zu schließen<sup>581</sup>, dass die Popularisierung tatsächlich nur einen geringen Einfluss auf die Entwicklung der Wahlprogramme hatte. So wurde bereits 2014 explizit auf die ökologische Modernisierung, deren Umsetzung in Brandenburg verfolgt werden sollte, rekurriert. Ein Teil der Umsetzung sollte das Mitigationsziel sein, bis 2030 gegenüber 1990 72 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen.<sup>582</sup> Adaptionpolitisch wurden Änderungen im Hochwasserschutz anvisiert<sup>583</sup>. Weitere Ziele waren die Förderung der Elektromobilität<sup>584</sup> und Energiewende. Unter Berufung auf die Energiestrategie 2030 wurde der Standpunkt vertreten, dass die Nutzung der Braunkohle wegen der Unbeständigkeit der erneuerbaren Energien und aus industriepolitischen Gründen auf nicht absehbare Zeit fortgesetzt werden müsse.<sup>585</sup> 2019 wurden auf der einen Seite die Forderungen zur Elektromobilität<sup>586</sup> und expliziten Mitigation<sup>587</sup> sowie Adaption<sup>588</sup> inhaltlich übernommen. Auf der anderen Seite ist kein ausdrücklicher Verweis mehr auf die ökologische Modernisierung zu finden. Dies geht mit

---

<sup>577</sup> Die Landtagswahlergebnisse für alle Fälle sind hier zu finden: Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 41f., 43f. und 97f. Für den Fall Brandenburg: Vgl. Anhang, S. CCXLVIII, Tabelle 25. Für alle Landtagswahlen 2019: Vgl. ebd., S. DLIV, Tabelle 55.

<sup>578</sup> Vgl. SPD: *Regierungsprogramm der SPD Brandenburg für die Jahre 2014-2019. Unser Brandenburg-Plan: 50 Vorhaben, auf die Sie sich verlassen können*, 1. Aufl., Potsdam 2014. Innerhalb des Wahlprogramms lässt sich kein einleitendes Kapitel identifizieren.

<sup>579</sup> Vgl. SPD: *Unser Land zusammenhalten. Unsere Ziele für EIN Brandenburg*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: <https://ein-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/08/Regierungsprogramm-V20-WEB.pdf> [Zugriff am 09.12.2020]. Das Vorwort von Dietmar Woidke wird analytisch berücksichtigt. Das erste Kapitel des Wahlprogramm wird als Einleitung gewertet.

<sup>580</sup> Die Daten zu den Wahlprogrammen der Wahlen in Brandenburg sind in den Tabellen 27 bis 39 zu finden: Vgl. Anhang, S. CCCLXXXV-CCCXCIV.

<sup>581</sup> Die Codes aus dem SPD-Wahlprogramm zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCLI. Die Codes aus dem SPD-Wahlprogramm zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCCIV.

<sup>582</sup> Vgl. ebd., S. CCLIII, Code BB-WP.SPD.2014-SÖT-8.

<sup>583</sup> Vgl. ebd., Code BB-WP.SPD.2014-SÖT-11.

<sup>584</sup> Vgl. ebd., S. CCLII, Code BB-WP.SPD.2014-SÖT-5.

<sup>585</sup> Vgl. ebd., Code BB-WP.SPD.2014-SÖT-3.

<sup>586</sup> Vgl. ebd., S. CCCXI, Code BB-WP.SPD.2019-SÖT-43.

<sup>587</sup> Vgl. ebd., S. CCCIX, Code BB-WP.SPD.2019-SÖT-32.

<sup>588</sup> Vgl. ebd., S. CCCVIII, Code BB-WP.SPD.2019-SÖT-26.

der generell geringen Bezugnahme auf entsprechende theoretische Konzepte einher (2014 ca. 27 % bzw. 2019 ca. 2 % der Codes). Außerdem wird sich mit dem letzten Wahlprogramm – auf der Grundlage der Arbeit der sogenannten Kohlekommission<sup>589</sup> – für den Kohleausstieg bis spätestens 2038 und die damit einhergehende Transformation der Lausitz ausgesprochen. Letztere war bisher wesentlich von der Braunkohleindustrie abhängig.<sup>590</sup> Dies entspricht auch den Regelungen, die im Kohleausstiegsgesetz festgehalten sind. Dass neben der Gesamtentwicklung auch die Popularisierung mitverantwortlich für diese Umorientierung ist, zeigt der explizite Rekurs auf Fridays for Future. Jener wird an anderer Stelle im Wahlprogramm von 2019 vorgenommen<sup>591</sup>. Die wesentlichsten Unterschiede zum Grundsatzprogramm sind die mehrheitliche Beschreibung von einzelnen sozial-ökologischen Transformationen (2014 ca. 73 % bzw. 2019 75 % der Codes) und der überwiegende Bezug auf die Landesebene (2014 und 2019 ca. 82 % der Codes).

Anders als bei der AfD in Bremen steigt die absolute Anzahl der Absätze in den Wahlprogrammen des Landesverbands in Brandenburg an. Für die *formale Charakterisierung* sind hier Werte von 250 im Jahr 2014<sup>592</sup> und 385 im Jahr 2019<sup>593</sup> festzuhalten. Bemerkenswert ist, dass sich 2019 ebenfalls relativ viel mehr zugunsten von sozial-ökologischen Transformationen positioniert wird. Der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze mit entsprechenden Inhalten steigt von ca. 4 % auf etwa 9 %. Dies ist allerdings nicht auf eine bewusste Reaktion auf die Popularisierung der Klimakrise zurückzuführen. Da keine klimapolitischen Bezüge in den dazugehörigen Codes zu finden sind<sup>594</sup>, liegt die Begründung in einem generell gestiegenen Umweltbewusstsein. Zwar wird sich in beiden Wahlprogrammen gegen Umweltzerstörung und für mehr Umweltschutz ausgesprochen<sup>595</sup>. 2019 sind die Umwelt- und die Tierschutzpolitik, die als Heimatschutz gefasst

---

<sup>589</sup> Die Kommission hieß eigentlich „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und arbeitete vom 06.06.2019 bis zum 26.01.2019 einen empfohlenen Weg zum Kohleausstieg aus: Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: *Fragen und Antworten zur „Kohlekommission“*, Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, URL: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/FAQ/Kohlekommission/faq-kohlekommission.html> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>590</sup> Vgl. Anhang, S. CCCVII, Code BB-WP.SPD.2019-SÖT-22.

<sup>591</sup> Vgl. ebd., S. CCCX, Code BB-WP.SPD.2019-PK-1.

<sup>592</sup> Vgl. AfD: *Mut zu Brandenburg. Bodenständig und frei leben. Das Programm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl am 14. September 2014*, 1. Aufl., Potsdam 2014. Das Vorwort von Alexander Gauland wird analytisch berücksichtigt. Das erste Kapitel wird als Einleitung gewertet. Der Wahl- und Spendenaufruf am Ende wird analytisch nicht berücksichtigt.

<sup>593</sup> Vgl. AfD: *Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019. Am 01.09. AfD wählen! Hol dir dein Land zurück!*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: [https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm\\_Brandenburg\\_2019\\_ohne\\_kapitelbilder\\_kommentare\\_acc2144-01-06-19-final.pdf](https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm_Brandenburg_2019_ohne_kapitelbilder_kommentare_acc2144-01-06-19-final.pdf) [Zugriff am 09.12.2020]. Der Spendenaufruf bleibt analytisch unberücksichtigt.

<sup>594</sup> Die Codes aus dem AfD-Wahlprogramm zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CCLIV. Die Codes aus dem AfD-Wahlprogramm zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCCXI.

<sup>595</sup> Vgl. ebd., S. CCLIV, Code BB-WP.AfD.2014-SÖT-1 und vgl. ebd., S. CCCXVIII, Code BB-WP.AfD.2019-SÖT-29.

werden, jedoch wesentlich stärker ausgearbeitet<sup>596</sup>. In klimapolitischer Hinsicht sorgte die Popularisierung der Klimakrise eher dafür, dass sich noch vehementer gegen Maßnahmen in diesem Politikfeld ausgesprochen wird. Zwar sind die wirtschaftspolitisch begründete Befürwortung der weiteren Nutzung der Braunkohle<sup>597</sup> und die Bejahung der Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes<sup>598</sup> in beiden Wahlprogrammen zu finden. Jedoch schwenkte die AfD von der Unterstützung der Reduktion des Ausbaus von Wind- und Solarenergie zu deren kompletten Ablehnung um<sup>599</sup>. Zusätzlich wurde in das Wahlprogramm von 2019 die Forderung aufgenommen, die Senkung von Treibhausgasemissionen zu beenden, weil diese aus Sicht der AfD keinen Einfluss auf das Klima haben<sup>600</sup>. Mit dieser Leugnung des anthropogenen Klimawandels wird sich etwa für das Ende der Klimaschutzpolitik und den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen<sup>601</sup> ausgesprochen<sup>602</sup>. Bis auf die vermehrten Bezüge auf die Landesebene (2014 75 % bzw. 2019 ca. 52 % der Codes) entspricht dies der Ausrichtung des Grundsatzprogramms.

Auch bei der CDU steigt die absolute Anzahl der Absätze *formal charakterisiert* an – von 103 im Jahr 2014<sup>603</sup> auf 241 im Jahr 2019<sup>604</sup>. Der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen die Absicht der Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation formuliert wird, nimmt parallel dazu von ca. 9 % auf etwa 18 % zu. Die Popularisierung der Klimakrise ist hier neben Predator-Strategie gegenüber der relativ progressiven rot-roten Vorgängerregierung als Ursache zu sehen. Konkret lässt sich in den Codes nachvollziehen<sup>605</sup>, dass Mitigationsmaßnahmen mit dem hauptsächlichlichen Fokus auf die Energiewende und der impliziten Anwendung der Idee der ökologischen Modernisierung zwar in beiden Wahlprogrammen beschrieben wurden<sup>606</sup>. Von 2014 auf 2019 schwenkte die CDU in Brandenburg jedoch dahingehend um, dass sie die Nutzung der Braunkohle

<sup>596</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CCCXI, Code BB-WP.AfD.2019-SÖT-5.

<sup>597</sup> Vgl. ebd., S. CCLIV, Code BB-WP.AfD.2014-GSÖT-2 und vgl. ebd., S. CCCXVII, Code BB-WP.AfD.2019-GSÖT-15.

<sup>598</sup> Vgl. ebd., S. CCLV, Code BB-WP.AfD.2014-GSÖT-5 und vgl. ebd., S. CCCXVI, Code BB-WP.AfD.2019-GSÖT-9.

<sup>599</sup> Vgl. ebd., S. CCLV, Code BB-WP.AfD.2014-GSÖT-4 und vgl. ebd., S. CCCXVI, Code BB-WP.AfD.2019-GSÖT-7.

<sup>600</sup> Vgl. ebd., S. CCCXVII, Code BB-WP.AfD.2019-GSÖT-12.

<sup>601</sup> Vgl. ebd., Code BB-WP.AfD.2019-GSÖT-13.

<sup>602</sup> Vgl. ebd., Code BB-WP.AfD.2019-GSÖT-18.

<sup>603</sup> Vgl. CDU: *Brandenburg. Besser. Machen. Regierungsprogramm der CDU Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Landtages 2014 – 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2014.

<sup>604</sup> Vgl. CDU: *Brandenburg wachsen lassen. Regierungsprogramm der CDU Brandenburg. Beschlossen vom 34. Landesparteitag. 4. Mai 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: [https://www.cdu-brandenburg.de/image/inhalte/file/19%20Brandenburg%20wachsen%20lassen\(1\).pdf](https://www.cdu-brandenburg.de/image/inhalte/file/19%20Brandenburg%20wachsen%20lassen(1).pdf) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>605</sup> Die Codes aus dem CDU-Wahlprogramm zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CCLV. Die Codes aus dem CDU-Wahlprogramm zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCCXVIII.

<sup>606</sup> Vgl. ebd., S. CCLVI, Code BB-WP.CDU.2014-SÖT-2 und vgl. ebd., S. CCCXXI, Code BB-WP.CDU.2019-SÖT-13.

nicht mehr befürwortet, sondern den Ausstieg daraus unterstützt<sup>607</sup>. Dabei soll ein kompletter Strukturwandel der Lausitz stattfinden<sup>608</sup>. Ebenso sind adaptionpolitische Ergänzungen zu finden. Neben dem durchgängigen Anstreben des Hochwasserschutzes<sup>609</sup> fügte die Partei 2019 hinzu, generelle gesellschaftliche Anpassungen an Extremwetter und den klimabezogenen Umbau der Wälder vornehmen zu wollen<sup>610</sup>. Außerdem sticht im Wahlprogramm von 2019 das Ziel der Etablierung eines sogenannten Zukunftsbeirats Brandenburg heraus<sup>611</sup>. Dieser „soll jeweils zu einem Drittel aus Schülern, Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden bestehen [...], um Nachhaltigkeit, den Schutz von Umwelt und Natur sowie die Interessen der Menschen in Brandenburg voranzubringen“<sup>612</sup>. Aus der Quantifizierung der Codes lassen sich folgende Erkenntnisse ableiten. Auch die Wahlprogramme der CDU in Brandenburg weichen v. a. hinsichtlich des überwiegenden Landesbezugs (2014 100 % bzw. 2019 ca. 89 % der Codes) und der damit einhergehenden Beschreibung einzelner sozial-ökologischer Transformationen (2014 ca. 83 % bzw. 2019 ca. 82 % der Codes) vom Grundsatzprogramm ab.

Im Gegensatz zum Großteil der anderen Wahlprogramme sinkt die absolute Anzahl der Absätze bei den Grünen. Der Wert fällt hier *formal charakterisiert* von 624 im Jahr 2014<sup>613</sup> auf 515 im Jahr 2019<sup>614</sup>. Dementgegen erhöht sich der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, von rund 46 % auf etwa 68 %. Aus der Betrachtung der Codes ist abzuleiten<sup>615</sup>, dass dieser Anstieg auch mit der Popularisierung der Klimakrise zu begründen ist. So kommen die hohen Werte einerseits zustande, weil in beiden Wahlprogrammen auf umfassende ökologische und auch explizit klimapolitische sowie damit verbundene energiepolitische Veränderungen abgezielt wird – was jeweils schon in der Einleitung zu finden ist<sup>616</sup>. Als wesentlich hierfür wurde die Energiewende identifiziert. Diese soll mit der stärkeren Nutzung der Aus-

<sup>607</sup> Vgl. Anhang, S. CCLVI, Code BB-WP.CDU.2014-GSÖT-1 und vgl. ebd., S. CCCXX, Code BB-WP.CDU.2019-SÖT-9.

<sup>608</sup> Vgl. ebd., S. CCCXX, Code BB-WP.CDU.2019-SÖT-10.

<sup>609</sup> Vgl. ebd., S. CCLVII, Code BB-WP.CDU.2014-SÖT-6 und vgl. ebd., S. CCCXXIV, Code BB-WP.CDU.2019-SÖT-27.

<sup>610</sup> Vgl. ebd., S. CCCXXIV, Code BB-WP.CDU.2019-SÖT-27 und vgl. ebd., S. CCCXXII, Code BB-WP.CDU.2019-SÖT-19.

<sup>611</sup> Vgl. ebd., S. CCCXXIV, Code BB-WP.CDU.2019-SÖT-26.

<sup>612</sup> Ebd.

<sup>613</sup> Vgl. Die Grünen: *Gutes Morgen, Brandenburg. Das Programm zur Landtagswahl*, 1. Aufl., Potsdam 2014.

<sup>614</sup> Vgl. Die Grünen: *Brandenburg fairwandeln. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019. #ökologisch #sozial #weltoffen*, 1. Aufl., Potsdam 2014, URL: [https://gruene-brandenburg.de/user space/BB/lv\\_brandenburg/landtagswahlprogramm/B90GRUENE\\_Wahlprogramm\\_LTW2019\\_PDFVersion.pdf](https://gruene-brandenburg.de/user space/BB/lv_brandenburg/landtagswahlprogramm/B90GRUENE_Wahlprogramm_LTW2019_PDFVersion.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>615</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CCLVII. Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCCXXIV.

<sup>616</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLVII, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-1 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCXXIV, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-1.

baupotenziale der erneuerbaren Energien<sup>617</sup> und dem Kohleausstieg<sup>618</sup>, inklusive des dafür notwendigen Strukturwandels in der davon besonders betroffenen Lausitz<sup>619</sup>, umgesetzt werden. Die Karbonintensität Brandenburgs zeigt sich dabei quantitativ daran, dass die Grünen mehr mitigationspolitische Maßnahmen als im Grundsatzprogramm anstreben (2014 ca. 14 % bzw. 2019 ca. 18 % der Codes). Ebenso werden adaptionspolitisch zahlreiche Maßnahmen anvisiert (2014 und 2019 ca. 11 % der Codes), die v. a. den Hochwasserschutz<sup>620</sup> und die von den Böden abhängige Landwirtschaft<sup>621</sup> betreffen. Andererseits gleichen sich die beiden Wahlprogramme dahingehend, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft<sup>622</sup> und die ökologische Modernisierung<sup>623</sup> 2014 bereits explizit gefordert wurden. Seit 2019 steht die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung begrifflich stärker im Fokus<sup>624</sup>. Im Zuge dessen wurde von den Grünen, unter Bezugnahme auf die UN-Ziele<sup>625</sup>, vehementer formuliert, dass „[...] es um einen entscheidenden Richtungswechsel in der Umwelt- und Klima-, in der Landwirtschafts- und in der Verkehrspolitik [geht]“<sup>626</sup>. Auf den Klimawandel soll also, neben anderen ökologischen Aspekten, parallel zur Popularisierung der Klimakrise insgesamt stärker reagiert werden – wovon neben der nachhaltigkeitspolitischen Gesamtentwicklung zumindest ein teilweiser Einfluss von ihr abzuleiten ist. Hinsichtlich der Energiewende wird sich bei am sogenannten Qualitätssiegel „Faire Windenergie“, das in Thüringen angewendet wird und v. a. ausbaubezogene Aspekte in den Blick nimmt, orientiert<sup>627</sup>. Dies ist als Spillover-Effekt zu bezeichnen. Ergänzend ist darauf zu verweisen, dass sich lediglich bzgl. der Absenkung von Umweltstandards gegen sozial-ökologische Transformationen ausgesprochen wird<sup>628</sup>. Die größten Unterschiede zum Grundsatzprogramm sind auch bei den Grünen bei den Bezügen auf einzelne sozial-ökologische Transformationen (2014 ca. 74 % bzw. 2019 ca. 62 % der Codes) und die Landesebene (2014 ca. 77 % bzw. 2019 ca. 82 % der Codes) zu finden.

---

<sup>617</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CCLXVII, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-49 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCXLIII, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-82.

<sup>618</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXXI, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-73 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCXLVII, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-97.

<sup>619</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXXI, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-74 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCXLVII, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-97.

<sup>620</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXII, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-25 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCXXXVIII, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-61.

<sup>621</sup> Vgl. ebd., S. CCLXVII, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-51 und vgl. ebd., S. CCCXXVII, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-16.

<sup>622</sup> Vgl. ebd., S. CCLXXXII, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-133.

<sup>623</sup> Vgl. ebd., S. CCLXXXIII, Code BB-WP.Grüne.2014-SÖT-139.

<sup>624</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCXXIV, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-2.

<sup>625</sup> Vgl. ebd., S. CCCXXVI, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-11.

<sup>626</sup> Ebd., S. CCCXXV, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-5.

<sup>627</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCXLIV, Code BB-WP.Grüne.2019-SÖT-86.

<sup>628</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXXXVI, Code BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-7 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLX, Code BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-10.

Die nächsten zu betrachtenden Wahlprogramme sind jene der Partei Die Linke. Bei diesen steigt die absolute Anzahl der Absätze *formal charakterisiert* von 309 im Jahr 2014<sup>629</sup> auf 566 im Jahr 2019<sup>630</sup>. Anders als bei den bisher ausgewerteten Untersuchungsobjekten fällt hier allerdings der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen sich zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation positioniert wird, von rund 35 % auf etwa 32 %. Wie aus der Zusammenstellung der Codes zu folgern ist<sup>631</sup>, liegt die Ursache für diese Entwicklung darin, dass die Popularisierung der Klimakrise nur einen geringen Einfluss auf die Verlängerung des Wahlprogramms hatte. So wurde in beiden Wahlprogrammen mehrfach das Ziel eines sozial-ökologischen Umbaus beschrieben und in beide Einleitungen aufgenommen<sup>632</sup>. Als wesentlich werden diesbezüglich der generelle Klimaschutz<sup>633</sup> und die für diesen wiederum so gewichtige Energiewende<sup>634</sup> betrachtet. Für Letztere dient die Energiestrategie 2030, inklusive ihrer Weiterentwicklung, als Maßstab<sup>635</sup>. Dabei strebt auch Die Linke im Zuge des Umstiegs auf erneuerbare Energien einen kompletten Strukturwandel in den von der Braunkohlewirtschaft geprägten Regionen, wie etwa der Lausitz, an<sup>636</sup>. Der größte Unterschied zwischen den Wahlprogrammen in puncto Umsetzung klimapolitisch relevanter sozial-ökologischer Transformationen ist, dass der Braunkohleausstieg 2014 noch bis 2040 umgesetzt werden sollte und seit 2019 ein Ende bis spätestens 2030 vorgesehen wird<sup>637</sup>. Die Nennung mitigationspolitischer Maßnahmen steigt in Abhängigkeit davon (2014 ca. 9 % bzw. 2019 ca. 15 % der Codes). Dass die Popularisierung der Klimakrise einen Einfluss auf diese Verstärkung der – zumindest unter landespolitischen Umständen – ohnehin relativ ausgeprägten sozial-ökologischen Ausrichtung hatte, ist an der positiven Bezugnahme auf die Mobilisierungen von

---

<sup>629</sup> Vgl. Die Linke: *Soziales Brandenburg. Das ist Die Linke. Programm der Partei DIE LINKE. Brandenburg zur Landtagswahl 2014*, 1. Aufl., Potsdam 2014. Das erste Kapitel wird analytisch als Einleitung gewertet.

<sup>630</sup> Vgl. Die Linke: *Ums Ganze. Brandenburgs Zukunft gemeinsam gestalten!*, *Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: [https://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Landesverband/wahlen/Landtagswahl\\_2019/LTW19\\_Wahlprogramm\\_Druckfassung.pdf](https://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Landesverband/wahlen/Landtagswahl_2019/LTW19_Wahlprogramm_Druckfassung.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>631</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CCLXXXVII. Die Codes aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2019 sind hier: Vgl. ebd., S. CCCLXII.

<sup>632</sup> Vgl. ebd., S. CCLXXXVII, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-1 und vgl. ebd., S. CCCLXII, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-3.

<sup>633</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXXXVII, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-1 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXII, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-1.

<sup>634</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXXXVII, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-1 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXIX, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-48.

<sup>635</sup> Vgl. ebd., S. CCLXXXVII, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-1 und vgl. ebd., S. CCCLXX, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-52.

<sup>636</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXXXIX, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-12 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXXIII, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-71.

<sup>637</sup> Vgl. ebd., S. CCLXXXVII, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-1 und vgl. ebd., S. CCCLXX, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-53.

Fridays for Future zu sehen<sup>638</sup>. Adaptionpolitisch fordert Die Linke durchweg einen Waldumbau<sup>639</sup>, verstärkten Hochwasserschutz<sup>640</sup> und mit dem Wahlprogramm von 2019 auch die Anpassung der Landwirtschaft an Extremwetter<sup>641</sup>. Die Beschreibung adaptionpolitischer Maßnahmen bleibt quantitativ dementsprechend relativ konstant (2014 und 2019 ca. 6 % der Codes). Auch wenn (öko-)sozialistische Ideen nicht explizit benannt wurden, zeigt sich die Reichweite der anvisierten Änderungen darin, dass ökologische Transformationen stets mit gesellschaftlichen bzw. sozialen Veränderungen verbunden werden<sup>642</sup>. Gegen sozial-ökologische Transformationen wird sich v. a. hinsichtlich des Frackings und des Ausbaus von Flussläufen ausgesprochen<sup>643</sup>. Quantitativ sind die größten Differenzen zum Grundsatzprogramm, dass sich hauptsächlich auf landespolitische (2014 ca. 72 % bzw. 2019 ca. 77 % der Codes) und damit einhergehend auf einzelne Transformationen (2014 ca. 69 % bzw. 2019 ca. 67 % der Codes) konzentriert wird.

Da die BVB/FW bei der Landtagswahl 2019 unter den relevanten Landesparteien am schlechtesten abgeschnitten haben, werden ihre Wahlprogramme als letztes betrachtet. Während bei diesen die absolute Anzahl der Absätze *formal charakterisiert* von 223 im Jahr 2014<sup>644</sup> auf 241 im Jahr 2019<sup>645</sup> ansteigt, erhöht sich der Wert des relativen Anteils der Anzahlen der Absätze, in denen die Absicht der Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation formuliert wird, von etwa 23 % auf rund 28 %. Die dazugehörigen Codes zeigen<sup>646</sup>, dass diese relativ hohen Werte u. a. zustande kommen, weil sich in beiden Wahlprogrammen für die v. a. mitigationpolitisch motivierte Energiewende und den damit einhergehenden Kohleausstieg ausgesprochen wird. Auch wenn Letzterer erst langfristig angestrebt wird,<sup>647</sup> werden tiefgreifende Umstrukturierungen in den Braunkohlenregionen – allen voran der Lausitz – gefordert<sup>648</sup>. Adaptionpolitisch werden der Waldumbau<sup>649</sup> und

---

<sup>638</sup> Vgl. Anhang, S. CCCLXXII, Code BB-WP.Linke.2019-PK-1.

<sup>639</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCXCII, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-29 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXIV, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-19.

<sup>640</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCXCV, Code BB-WP.Linke.2014-SÖT-45 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXV, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-24.

<sup>641</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXIII, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-7.

<sup>642</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXII, Code BB-WP.Linke.2019-SÖT-3.

<sup>643</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCLXXXIX, Code BB-WP.Linke.2014-GSÖT-1 und exemplarisch: vgl. ebd., S. CCCLXVII, Code BB-WP.Linke.2019-GSÖT-1.

<sup>644</sup> Vgl. BVB/FW: *Wahlprogramm der BVB / FREIE WÄHLER für die Landtagswahl 2014*, 1. Aufl., Potsdam 2014.

<sup>645</sup> Vgl. BVB/FW: *Wahlprogramm der BVB / FREIE WÄHLER für die Landtagswahl 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2014, URL: <https://bvb-fw.de/wp-content/uploads/2019/11/Programm-BVB-FREIE-W%C3%84HLER-2019.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>646</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der BVB/FW zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CCXCVII. Die Codes aus dem Wahlprogramm der BVB/FW zur Wahl in Brandenburg im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCCLXXVI.

<sup>647</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCI, Code BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-24 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXXX, Code BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-22.

<sup>648</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCXCIX, Code BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-16 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXXIX, Code BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-20.

der Hochwasserschutz<sup>650</sup> als gewichtig erachtet. Der Anteil an mitigationspolitischen (2014 ca. 5 % bzw. 2019 ca. 4 % der Codes) und adaptionspolitischen (2014 ca. 10 % bzw. 2019 ca. 6 % der Codes) Maßnahmen ist jedoch gering. Die Wirkung der Popularisierung der Klimakrise lässt sich allerdings daran ableiten, dass die Förderung erneuerbarer Energien im Wahlprogramm 2019 zusammen mit dem Ziel der generellen Reduktion der Treibhausgase stärker betont wurde<sup>651</sup>. Dabei lassen sich Konzeptbezüge (2014 ca. 3 % bzw. 2019 ca. 4 % der Codes) nur bzgl. anvisierter Effizienzsteigerungen finden<sup>652</sup>. Gegen sozial-ökologische Transformationen wird sich kaum positioniert. Ein Gegenbeispiel ist die Ablehnung von Gentechnik in beiden Wahlprogrammen<sup>653</sup>. Weil die BVB/FW nur in Brandenburg aktiv sind, ähneln sich die aktuellen Grundsätze und die Wahlprogramme sehr. Daher sind auch die Unterschiede bei den Bezügen auf einzelne Transformationen (2014 ca. 90 % bzw. 2019 ca. 91 % der Codes) eher gering.

An dieser Stelle ist zur Gesamtbetrachtung der gewonnenen Ergebnisse überzuleiten. Diese beginnt mit der Hypothesenprüfung. Dabei ist das Fazit zur Überprüfung der Ausgangshypothese A, ebenso wie zum Fall Bremen, zweigeteilt. Denn so steigt der relative Anteil der gewichteten Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, bei allen Untersuchungsobjekten, außer bei der Partei Die Linke, an<sup>654</sup>. In qualitativer Hinsicht ist jedoch dagegenzuhalten, dass der Anstieg bei der AfD nicht unmittelbar auf die Popularisierung der Klimakrise, sondern auf eine stärkere Ausarbeitung der Umwelt- und Tierschutzpolitik zurückzuführen ist. Klimapolitisch möchte die AfD bisherige Maßnahmen beenden und den Energiesektor konventionell ausrichten. Bei der Partei Die Linke zeigt sich dagegen zwar keine quantitative, aber eine qualitative Entwicklung. So soll der Braunkohleausstieg entsprechend der Forderungen in den Wahlprogrammen nicht mehr bis 2040, sondern seit 2019 spätestens bis 2030 bewerkstelligt werden. Der Einfluss der Popularisierung wird dabei, wie bei der SPD, durch die Nennung von Fridays for Future deutlich – deren Wirken durch den späteren Wahltermin ermöglicht wurde. Das Absinken des Werts bei der Partei Die Linke ist also v. a. auf den Ausbau anderer Programmteile zurückzuführen, in denen sozial-ökologische Transformationen nicht behandelt werden. Weil die quantitativen mit den qualitativen Ergebnissen bei allen ande-

---

<sup>649</sup> Vgl. Anhang, S. CCCI, Code BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-25 und vgl. ebd., S. CCCLXXXII, Code BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-39.

<sup>650</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCII, Code BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-32 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXXXIII, Code BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-46.

<sup>651</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXXX, Code BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-28.

<sup>652</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CCCLXXVIII, Code BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-14.

<sup>653</sup> Vgl. ebd., S. CCC, Code BB-WP.BVB/FW.2014-GSÖT-4 und vgl. ebd., S. CCCLXXXI, Code BB-WP.BVB/FW.2019G-SÖT-6.

<sup>654</sup> Die Anteile der gewichteten Absätze sind im Anhang auch noch einmal bildlich in Säulendiagrammen dargestellt: Vgl. ebd., S. CCCLXXXVI, Abb. 11 und vgl. ebd., S. CCCXCI, Abb. 14. Die Prozentpunkte-Differenzen sind zusätzlich tabellarisch und in einem Punktdiagramm im Anhang festgehalten: Vgl. ebd., S. CCCXCIV, Tabelle 39 und vgl. ebd., S. CCCXCV, Abb. 17.



ren Untersuchungsobjekten korrespondieren, ist die Ausgangshypothese A im Fall Brandenburg für alle Parteien, wenn auch relativierend bzgl. der AfD, zu verifizieren.

Aus der Analyse für Hypothese B1 ergibt sich hingegen ein eindeutigeres Bild. Die Werte zu den Grundsatz- und jeweiligen Wahlprogrammen zeigen zu beiden Wahlen einen sehr starken positiven linearen Zusammenhang. Pearsons  $r$  beträgt 2014 0,95 und 2019 0,80<sup>655</sup>. Daraus ist abzuleiten, dass der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen sich für sozial-ökologische Transformationen ausgesprochen wird, in den Wahlprogrammen umso höher ist, je höher der Wert im jeweiligen Grundsatzprogramm ist. Dies spiegelt sich auch in der qualitativen Untersuchung und den quantifizierten Ergebnissen zu den Unterkategorien wider. Wird die Regressionsgerade berechnet, sind wieder Residuen zu den Werten der Partei Die Linke (2014 ca. - 7 bzw. 2019 ca. - 19) und den Grünen (2014 ca. 6 bzw. 2019 ca. 19) zu finden<sup>656</sup>. Dies sorgt insbesondere 2019 für Heteroskedastizität. Die Berechnung des Cook-Abstands zeigt, dass ein bedenklicher Einfluss auf das Regressionsmodell vorliegt, da die Ergebnisse für Die Linke (2014 1,67 bzw. 2019 1,97) und die Grünen (2014 0,78 bzw. 2019 1,44) über dem Wert von  $4/n$  (0,67) liegen. Erklären lässt sich dies wieder v. a. mit dem Fokus auf die landespolitische Sphäre und den damit einhergehenden Fokus auf einzelne Transformationen. Verstärkt werden die Ausreißer 2019 dadurch, dass die Grünen mehr und die Partei Die Linke weniger sozial-ökologische Transformationen anstrebt. Der Determinationskoeffizient  $R^2$  ist für die Werte zur Landtagswahl 2014 mit 0,90 dennoch enorm hoch und fällt für 2019 mit 0,65 auch noch sehr hoch aus. Die Erklärungskraft der Regressionsmodelle ist also sehr hoch. Demnach ist Hypothese B1 auch für den Fall Brandenburg zu verifizieren.

Da Pearsons  $r$  für die Überprüfung von Hypothese B2 nur 0,19 beträgt, ist diese Annahme zu falsifizieren<sup>657</sup>. Die daraus zu schließende Multikausalität lässt sich anhand der qualitativen Analyseresultate veranschaulichen. Dabei ist zu benennen, dass bei den relevanten Landesparteien der ehemaligen – ohnehin progressiven – rot-roten Landesregierung nur geringe Veränderungen der Policy-Orientierungen zu verzeichnen sind. Diese lassen sich aufgrund des Bezugs auf Fridays for Future in den letzten Wahlprogrammen zwar immerhin auf die Popularisierung der Klimakrise zurückführen. Wegen der v. a. qualitativen Steigerung der Intensität bzgl. der klimapolitisch relevanten Ausgestaltung der

---

<sup>655</sup> Das Skript für die Analyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2014 ist auf der beigefügten CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Namen „Brandenburg 2014“ zu finden. Für die Analyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2019 heißt sie „Brandenburg 2019“.

<sup>656</sup> Die Funktion für die Regressionsanalyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2014 lautet:  $Y = 4,60106 + 0,42394 * X$ . Für 2019 lautet sie:  $Y = 9,3336 + 0,4703 * X$ . Zur Veranschaulichung wurden zur Regressionsanalyse auch Diagramme erstellt: Vgl. Anhang, S. CCCLXXXVII, Abb. 13 und vgl. ebd., S. CCCXCII, Abb. 16.

<sup>657</sup> Das Skript für diese Analyse ist auf der CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Dateinamen „Brandenburg 2014-2019“ zu finden. Zur Veranschaulichung des fehlenden Zusammenhangs wurde auch hier ein Diagramm erstellt: Vgl. Anhang, S. CCCXCVI, Abb. 18.

Energiewende, fallen die quantitativen Werteerhöhungen jedoch gering bzw. negativ aus. Während die gewichtete Anzahl der Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation befürwortet wird, bei der SPD um ca. 0,2 Prozentpunkte ansteigt, fällt der Werte bei der Partei Die Linke um rund drei Prozentpunkte. Die Steigerung von rund sechs Prozentpunkten bei der AfD ist hingegen nicht auf die Popularisierung der Klimakrise zurückzuführen. Stattdessen wirkt hier die davon unabhängige Ausweitung der Umwelt- und Tierschutzpolitik. Dass bei der CDU eine Veränderung um ca. zehn Prozentpunkte vorliegt, liegt einerseits an der Dringlichkeit und Popularisierung der Klimakrise. Dies spiegelt sich in den Zielen der Anpassung an Extremwetter und des Waldumbaus wider. Andererseits ist das Verhalten der CDU als Anwendung der Predator-Strategie anzusehen. Gleiches gilt für den Anstieg um etwa fünf Prozentpunkte bei den BVB/FW. Im Gegensatz dazu sorgt die inhärent progressive Ausrichtung der Grünen dafür, dass die Klimakrise im Zuge ihrer Popularisierung und (ökologische) Nachhaltigkeitsaspekte im Kontext der neuen UN-Ziele stärker beachtet werden. Für die Partei ist eine Erhöhung um rund 22 Prozentpunkte zu verbuchen.

Die Analyse der Wahlprogramme zeigt also, dass sich die Policy-Orientierungen der relevanten Landesparteien nicht nur infolge unterschiedlicher Grundsatzausrichtungen differieren. Vor dem Hintergrund der anderen Fallanalysen wird auch deutlich, dass die landesspezifischen Umstände eine besondere Rolle für die Schwerpunktsetzungen der Parteien spielen. Abgesehen von der AfD reagieren alle relevanten Landesparteien entsprechend ihrer grundsätzlichen Ausrichtungen positiv auf die Entwicklungen um die Popularisierung der Klimakrise. Relevant sind hierbei in erster Linie das vehementere Verfolgen der Energiewende, zu der in Brandenburg der wirtschaftspolitisch gewichtige Braunkohleausstieg und der damit einhergehende Strukturwandel jener Regionen, die von der Braunkohlewirtschaft wesentlich abhängig sind, gehören. Aber auch die stärkere Betonung von Anpassungen an Extremwetter und seine Folgen ist ein zentraler Bestandteil neuer Policy-Orientierungen. Mitigations- und Adaptionspolitik haben daher insgesamt eine ähnlich hohe Bedeutung. Als theoriebezogene Neuerungen lassen sich lediglich die UN-Ziele identifizieren.

Werden die Links-Rechts-Einordnung auf der Basis der quantitativen Ergebnisse zu den Wahlprogrammen<sup>658</sup>, die dazugehörigen qualitativen Ergebnisse sowie der bisherige Parteienwettbewerb betrachtet, lässt sich zweierlei schließen. Erstens bestätigt sich mit dem Regierungswechsel von Rot-Rot zu Rot-Schwarz-Grün die Scharnierfunktion der SPD. Zweitens scheint die Umsetzung sozial-ökologischer Transformationen auch mit der ak-

---

<sup>658</sup> Dazu wurde parallel zum Vorgehen in der Auswertung der Grundsatzprogramme auch hier jeweils ein Punktdiagramm für die einzelnen Wahlprogramme erstellt: Vgl. Anhang, S. CCCLXXXVI, Abb. 12 und vgl. ebd., S. CCCXCI, Abb. 15.

tuellen Regierungskonstellation möglich, da sich die CDU zuletzt in die entsprechende Richtung entwickelte und nun mit zwei progressiven Parteien regiert. Unter diesen Umständen scheinen die BVB/FW, v. a. aufgrund ihrer elektoralen Schwäche, und die AfD, wegen ihrer Ausrichtung, mindestens mittelfristig von der Umsetzung sozial-ökologischer Transformationen ausgeschlossen zu sein.

Für den Fall Brandenburg ist also zusammenzufassen, dass die Popularisierung der Klimakrise neben der klima- und nachhaltigkeitspolitischen Gesamtentwicklung bisher qualitative und quantitative Änderungen bei den Policy-Orientierungen der relevanten Landesparteien hervorrief. Außer bei der AfD steht die stärkere Befürwortung sozial-ökologischer Transformationen dabei mindestens im Einklang mit der Klimapolitik. Größtenteils sind die neuen Policy-Orientierungen auch als ausdrückliche Stärkung der Klimapolitik zu verstehen, was zu parteipolitischen Mehrheiten für deren Umsetzung führt. Die konkreten Policy-Orientierungen setzen sich dabei im Einzelnen aus einer Mischung der grundprogramatischen Ausrichtung der Parteien und den vorliegenden Landesspezifika zusammen.

### 3.2.3 Der Fall Thüringen

Thüringen ist wie Brandenburg ein neues Bundesland und ein Flächenland. Klimapolitische Adaptionen werden in den nächsten Jahren v. a. als Antworten auf vermehrte Extremwetterereignisse, regional unterschiedlich stark steigende Temperaturen<sup>659</sup> und infolgedessen trockenere Böden sowie die zunehmende Gefahr für Waldbrände stattfinden müssen<sup>660</sup>. Dass wenige mitigationspolitische Anknüpfungspunkte vorliegen, liegt daran, dass Thüringen weder energiepolitisch noch bezogen auf seine Industrie karbonintensiv ist<sup>661</sup>. Während Erdgas und Mineralöl einen Anteil von je ungefähr einem Drittel am Primärenergieverbrauch haben, liegt der Wert für die erneuerbaren Energien bei rund einem Viertel. Dieser letztere Wert ist der zweithöchste unter den Bundesländern. Nichtsdestotrotz liegen noch Möglichkeiten vor, Anlagen für Solar- und v. a. auch Windenergie sowie Biomasse zuzubauen.<sup>662</sup> Die jahresdurchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen betragen bereits trotzdem nur etwa 4,5 Tonnen pro Kopf, was den geringsten Wert im Bundesländervergleich darstellt<sup>663</sup>. In Thüringen bestehen also mehr adaptions- als mitigationspolitische Transformationsmöglichkeiten.

Für deren Umsetzung bietet die Landesverfassung Thüringens klare Spielräume. *Formal charakterisiert* setzt sie sich aus drei Hauptteilen, 15 Abschnitten und 106 Artikeln zusam-

---

<sup>659</sup> Vgl. Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: *Klimawandelfolgen in Thüringen. Monitoringbericht 2017*, 1. Aufl., Gera 2017, S. 16-37.

<sup>660</sup> Vgl. ebd., S. 4.

<sup>661</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 126-130.

<sup>662</sup> Vgl. Diekmann et al.: *Vergleich der Bundesländer*, S. 166ff.

<sup>663</sup> Vgl. Scheiner: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik*, S. 126f.

men<sup>664</sup>. Zwar sind noch keine klimapolitischen Regelungen im Dokument zu finden. Dennoch ist eine diesbezügliche Anknüpfung an das in der Präambel festgeschriebene Ziel, „Natur und Umwelt zu bewahren und zu schützen“<sup>665</sup>, möglich. Dieses wird auch in den weiteren Teilen der Verfassung aufgegriffen – etwa in Art. 31 Abs. 1<sup>666</sup>. Wie in den anderen beiden Fällen wird auch hier die Bildung als zentral dafür erachtet<sup>667</sup>. Genauso wird auch der sparsame Umgang mit Energie vorgeschrieben<sup>668</sup>. Zudem soll die Marktwirtschaft nicht nur sozial, sondern auch ökologisch gestaltet werden<sup>669</sup>.

Diese verfassungsmäßigen Gestaltungsspielräume wurden landespolitisch auch bereits umfassend genutzt. Aufbauend auf den Forschungsstand von Flaskühler ist hierzu festzuhalten<sup>670</sup>, dass das 2009 vorgestellte „Thüringer Klima- und Anpassungsprogramm“ ein wesentlicher Ausgangspunkt ist. Denn mit dem sogenannten „Integrierten Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen“ schloss an dieses ein weiteres adaptionspolitisches Dokument an, das bereits im Jahr 2013 veröffentlicht wurde.<sup>671</sup> Im Jahr 2018 wurde die Erstellung dieses Programms in § 11 des 2018 verabschiedeten Thüringer Klimagesetz festgeschrieben<sup>672</sup>. 2019 wurde die bislang zweite Fassung des Programms mit der Fortschreibung des enthaltenen Maßnahmenkatalogs publiziert<sup>673</sup>. Eine parallele Entwicklung lässt sich in Bezug auf die Mitigationpolitik nachskizzieren. Die seit 2017 entwickelte<sup>674</sup> und 2019 herausgegebene<sup>675</sup> „Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie“ ist seit 2018 in § 6 des Thüringer Klimagesetzes festgehalten.

Indessen das adaptionspolitische Maßnahmenprogramm und die mitigationpolitische Strategie inhaltlich konkreter bzw. weiter aufgefüllt sind, regelt das Gesetz den Rah-

---

<sup>664</sup> Vgl. Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993, letzte berücksichtigte Änderung: Art. 105a neu gefasst durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745).

<sup>665</sup> Die Codes sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CCCXC VII. Hier: Ebd., Code TH-LV-RE-1.

<sup>666</sup> Vgl. ebd., S. CCCXC VIII, Code TH-LV-RE-5.

<sup>667</sup> Vgl. ebd., Code TH-LV-RE-3.)

<sup>668</sup> Vgl. ebd., Code TH-LV-RE-7.

<sup>669</sup> Vgl. ebd., Code TH-LV-RE-9.

<sup>670</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 359ff.

<sup>671</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz: *IMPAKT. Integriertes Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen*, 1. Aufl., Eisenbach 2013, S. 126.

<sup>672</sup> Vgl. Thüringer Gesetz zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Thüringer Klimagesetz - ThürKlimaG -) vom 18. Dezember 2018.

<sup>673</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz: *Integriertes Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen. IMPAKT II*, 1. Aufl., Gera 2019, S. 9.

<sup>674</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 360f.

<sup>675</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz: *Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie*, URL: [https://umwelt.thueringen.de/fileadmin/001\\_TMUEN/Unsere\\_Themen/Klima/Klimastrategie/20191015\\_Klimaschutzstrategie.pdf](https://umwelt.thueringen.de/fileadmin/001_TMUEN/Unsere_Themen/Klima/Klimastrategie/20191015_Klimaschutzstrategie.pdf) [Zugriff am 09.12.2020], S. 91.

men für die generelle Klimapolitik. So soll laut § 3 ausgehend von 1990 „bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 60 bis 70 Prozent, bis zum Jahr 2040 um 70 bis 80 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent erfolgen“. Dazu wird v. a. anvisiert, laut § 4 „den Energiebedarf in Thüringen ab dem Jahr 2040 bilanziell durch einen Mix aus erneuerbaren Energien aus eigenen Quellen decken zu können“ und laut § 5 die Mobilität nachhaltig auszugestalten. In § 10 wird hingegen die generelle Notwendigkeit der Anpassung an den Klimawandel beschrieben. Für das Erreichen dieser Ziele, die auf einem ähnlichen Niveau wie auf Bundes- und EU-Ebene liegen, sind das in § 13 vorgeschriebene Monitoring und die Fortschreibung der Maßnahmen zentral. Außerdem ist der seit 2014 bestehende Klimarat<sup>676</sup> neben dem Beirat für die Thüringer Energiewende als Beirat für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in § 14 gesetzlich fixiert.

Im Gegensatz zu den anderen beiden Bundesländern ist in Thüringen weder die SPD besonders stark noch dominierte seit 1990 durchweg eine Partei. Zwar schaffte es die CDU von 1990 bis einschließlich 2014, alle Landtagswahlen zu gewinnen, bis zur Legislaturperiode von 2009 bis 2014 immer den Ministerpräsidenten zu stellen und von 1999 bis 2009 sogar allein die Regierung zu bilden. Trotz ihres Wahlgewinns im Jahr 2014 entschied sich die SPD jedoch nicht für eine Fortsetzung von Schwarz-Rot. Stattdessen unterstützte sie zusammen mit den Grünen eine Regierungsbildung unter der Führung der Partei Die Linke bzw. ihrem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Dieser Linksschwenk festigte sich im Folgenden dadurch, dass die Partei Die Linke 2019 die Landtagswahl mit einer weiteren Verbesserung ihres Wahlergebnisses gewann und sich letztlich wieder eine rot-rot-grüne Regierung bildete – dieses Mal jedoch in der Minderheit. Diese kam jedoch nicht auf Anhieb zustande, sondern folgte auf die vierwöchige Amtszeit von Thomas Kemmerich von der FDP. Diese wurde zwar durch Stimmen seiner Partei sowie der AfD und CDU ermöglicht. Allerdings trat er aufgrund des politischen bzw. gesellschaftlichen Drucks zurück, der durch den Wunsch des Ausschlusses der AfD von jedweder Regierungsbeteiligung entstand. Trotz der seit 2014 andauernden, zumindest programmatischen Linksentwicklung der CDU ergibt sich so ein klarer Dualismus zwischen dem politisch linken Lager mit Rot-Rot-Grün und der rechten Seite mit CDU, FDP und AfD – wobei Letztere aktuell ausgeschlossen wird.<sup>677</sup>

Wie in Bremen spielte der Klimawandel im Wahlkampf zur Landtagswahl am 27.10.2019 in Thüringen kaum eine Rolle. Schließlich sahen 74 % der thüringischen Bevölkerung wichtigere Probleme. Torsten Oppeland stellte daher bereits fest, dass die Grünen hier

---

<sup>676</sup> Vgl. Flaskühler: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, S. 359.

<sup>677</sup> Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 176-182. Die Wahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen sind zwecks einer besseren Nachvollziehbarkeit auch im Anhang aufgeführt: Vgl. Anhang, S. CCCXCVII, Tabellen 40 und 41.

daher nicht von den gesellschaftlichen Entwicklungen profitierten und ihr Ergebnis sogar von 5,7 % im Jahr 2014 auf 5,2 % im Jahr 2019 verschlechterten.<sup>678</sup> Auch die CDU (von 33,5 % auf 21,7 %) und die SPD (von 12,4 % auf 8,2 %) verloren an Stimmen und erzielten ihr jeweils schlechtestes Landtagswahlergebnis in Thüringen. Auch einen Rekord stellt das Resultat der Partei Die Linke dar, die sich von 28,2 % auf 31,0 % verbessern konnte. Die AfD verdoppelte ihren Stimmenanteil und errang nach 10,6 % im Jahr 2014 ein Ergebnis von 23,4 %. Gleiches gilt für die FDP, die eine Verbesserung von 2,5 % auf 5,0 % erzielte und dadurch seit 2019 wieder im Landtag vertreten ist.<sup>679</sup> Aus der Darstellung der klimapolitischen Maßnahmen und einzelnen Regierungszusammensetzungen ist somit abzuleiten, dass erste Bemühungen im Bereich der Klimapolitik unter Schwarz-Rot begonnen und unter Rot-Rot-Grün verstärkt wurden.

Anders als in den Darstellungen zu Bremen und Brandenburg beginnt die Analyse der Wahlprogramme im Fall Thüringen angesichts ihres letztjährigen Wahlsiegs mit den Dokumenten der Partei Die Linke. Dabei zeigt sich, dass die Anzahl aller Absätze *formal charakterisiert* von 285 im Jahr 2014<sup>680</sup> auf 890 im Jahr 2019<sup>681</sup> ansteigt<sup>682</sup>. Dementgegen verringert sich der Anteil der gewichteten Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, von 37 % auf 23 %. Von den kodierten Textstellen ist abzuleiten<sup>683</sup>, dass diese Verringerung nicht auf eine weniger ökologische bzw. klimapolitische Ausrichtung zurückzuführen ist. Vielmehr erhöht sich der Anteil von dargestellten Policy-Orientierungen mit anderem inhaltlichen Bezug. Dass die Popularisierung der Klimakrise einen Einfluss auf das letztjährige Wahlprogramm hatte und durch diesen auch mehr sozial-ökologische Transformationen umgesetzt werden sollen, wird einerseits anhand des positiven Verweises auf Fridays for Future in der Präambel nachvollziehbar<sup>684</sup>. Andererseits ist eine vermehrte Darstellung mitigations- (2014 ca. 3 % bzw. 2019 ca. 22 % der Codes) und adaptionspolitischer (2014 ca. 3 % bzw. 2019 ca. 8 % der Codes) Maßnahmen vorzufinden. Dies stellt, neben der Konzentration auf einzelne (2014 ca. 77 %

---

<sup>678</sup> Vgl. Oppelland, Torsten: *Die thüringische Landtagswahl vom 27. Oktober 2019: Das nächste Experiment – eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit Verfallsdatum*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 51:2 (2020), S. 325-348, hier S. 331f.

<sup>679</sup> Die Landtagswahlergebnisse für alle Fälle sind hier zu finden: Vgl. Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 41f., 43f. und 97f. Für Thüringen: Vgl. Anhang, S. CCCXC VII, Tabelle 40. Für alle Landtagswahlen 2019: Vgl. ebd., S. DLIV, Tabelle 55.

<sup>680</sup> Vgl. Die Linke: *Wann, wenn nicht jetzt. Thüringen sozial regieren!*, 1. Aufl., Erfurt 2014.

<sup>681</sup> Vgl. Die Linke: *Die Gegenwart gestalten. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019 in Thüringen*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: <https://wahl2019.die-linke-thueringen.de/wp-content/uploads/2019/08/Landtagswahlprogramm-Thueringen-2019.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>682</sup> Die Daten zu den Wahlprogrammen der Wahlen in Thüringen sind in den Tabellen 42 bis 54 zu finden: Vgl. Anhang, S. DXLII-DLI.

<sup>683</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Wahl in Thüringen im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CCCXCIX. Die Codes aus dem Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Wahl in Thüringen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CDLX.

<sup>684</sup> Vgl. ebd., S. CDLX, Code TH-WP.Linke.2019-PK-1.

bzw. 2019 ca. 68 % der Codes) bzw. landespolitische (2014 ca. 58 % bzw. 2019 ca. 69 % der Codes) Transformationen, den größten Unterschied zum Grundsatzprogramm dar. Der sozial-ökologische Umbau i. V. m. der klimapolitisch aufgeladenen Energiewende hin zu 100 % erneuerbaren Energien und einem antikapitalistischen Wirtschaftswandel ist in beiden Wahlprogrammen gewichtig<sup>685</sup>. Dementgegen wurden die Mitigation – etwa in der Landwirtschaft<sup>686</sup> – und Adaption – etwa bzgl. der Wälder<sup>687</sup> – 2019 in mehr Bereichen mitgedacht. Dabei wurde der Umbau zusätzlich je einmal „Aufbruch“<sup>688</sup> und explizit „Transformation“<sup>689</sup> genannt. Das gleichzeitige Ziel der nachhaltigen Entwicklung wurde nach der einfachen Nennung im Jahr 2014 durch den Rekurs auf die UN-Nachhaltigkeitsziele und die Absicht, Nachhaltigkeit als Maßgabe in der Landesverfassung zu verankern, erweitert<sup>690</sup>. Ergänzend ist darauf zu verweisen, dass sich Die Linke vor dem Hintergrund des Vorhabens der dezentralen Energiewende in beiden Wahlprogrammen gegen länderübergreifende Stromtrassen durch Thüringen ausspricht<sup>691</sup>.

Weil die AfD bei der Landtagswahl im Jahr 2019 zweitstärkste Kraft wurde, werden ihre Wahlprogramme als nächstes ausgewertet. *Formal charakterisiert* ist auch hier ein Anstieg der Anzahl aller Absätze zu verzeichnen – von 198 im Jahr 2014<sup>692</sup> auf 578 im Jahr 2019<sup>693</sup>. Zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation wurde sich in rund 10 % bzw. etwa 11 % der gewichteten Absätze positioniert, sodass quantitativ von einer relativen Konstanz zu sprechen ist. Zum einen zeigt sich qualitativ dementsprechend anhand der Codes<sup>694</sup>, dass sich die AfD mit beiden Wahlprogrammen bspw. für, wenn auch zurückhaltende, ökologische Maßnahmen im Verkehrssektor ausspricht<sup>695</sup> und erneuerbare

---

<sup>685</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CCCXCIX, Code TH-WP.Linke.2014-SÖT-1 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLXV, Code TH-WP.Linke.2019-SÖT-32.

<sup>686</sup> Vgl. ebd., S. CDLXXI, Code TH-WP.Linke.2019-SÖT-70.

<sup>687</sup> Vgl. ebd., S. CDLXXIII, Code TH-WP.Linke.2019-SÖT-85.

<sup>688</sup> Ebd., S. CDLXII, Code TH-WP.Linke.2019-SÖT-13.

<sup>689</sup> Ebd., S. CDLXIV, Code TH-WP.Linke.2019-SÖT-25.

<sup>690</sup> Vgl. ebd., S. CDIII, Code TH-WP.Linke.2014-SÖT-27 und vgl. ebd., S. CDLXV, Code TH-WP.Linke.2019-SÖT-35 und vgl. ebd., S. CDLXVI, Code TH-WP.Linke.2019-SÖT-40.

<sup>691</sup> Vgl. ebd., S. CDIII, Code TH-WP.Linke.2014-GSÖT-1 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLXIX, Code TH-WP.Linke.2019-GSÖT-1.

<sup>692</sup> Vgl. AfD: *Aufbruch für Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014*, 1. Aufl., Erfurt 2014.

<sup>693</sup> Vgl. AfD: *Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: [https://cdn.afd.tools/sites/178/2019/09/07203303/Wahlprogramm\\_AfD-Thu%CC%88ringen\\_2019\\_Online-Fassung-final\\_gesichert.pdf](https://cdn.afd.tools/sites/178/2019/09/07203303/Wahlprogramm_AfD-Thu%CC%88ringen_2019_Online-Fassung-final_gesichert.pdf) [Zugriff am 09.12.2020]. Das Vorwort von Björn Höcke und Stefan Möller wird analytisch als Einleitung gewertet.

<sup>694</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD zur Wahl in Thüringen im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CDIX. Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD zur Wahl in Thüringen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CDLXXVI.

<sup>695</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDX, Code TH-WP.AfD.2014-SÖT-4 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLXXIX, Code TH-WP.AfD.2019-SÖT-8.

Energien nicht gänzlich ablehnt<sup>696</sup>. Die Energiewende als Großprojekt soll zum anderen beendet werden, was mit der Anzweiflung des anthropogenen Einflusses auf den Klimawandel begründet wird<sup>697</sup>. Dementsprechend sollen klimapolitisch nur konkrete Adaptationen (2014 0 % bzw. 2019 6 % der Codes), etwa bzgl. des Hochwasserschutzes, der Trockenheit und Waldbrände<sup>698</sup>, umgesetzt werden. Dies ist neben der Darstellung einzelner (2014 100 % bzw. 2019 92 % der Codes) bzw. landespolitischer (2014 ca. 32 % bzw. 2019 46 % der Codes) sozial-ökologischer Transformationen als größter Unterschied zum Grundsatzprogramm zu benennen. Dies spricht dafür, dass die AfD die starken klimatischen Veränderungen i. V. m. ihrer Popularisierung hier wahrnimmt.

Fortgesetzt wird mit der CDU, bei der die Anzahl aller Absätze in den Wahlprogrammen *formal charakterisiert* von 249 im Jahr 2014<sup>699</sup> auf 398 im Jahr 2019<sup>700</sup> ansteigt. Der relative Anteil der Absätze, in denen die Absicht der Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation formuliert wird, erhöht sich parallel dazu von knapp 17 % auf etwa 19 %. Aus der Betrachtung der Codes lässt sich folgern<sup>701</sup>, dass die Popularisierung der Klimakrise hierfür eine wesentliche Ursache ist. So lässt sich zwar einerseits durchweg eine Befürwortung des Klimaschutzes, wobei v. a. die Energiewende als zentral angesehen wird,<sup>702</sup> nachvollziehen. Andererseits ist auch die Anpassung an den Klimawandel, die insbesondere den Hochwasserschutz<sup>703</sup> und den Waldumbau<sup>704</sup> als Reaktionen auf zurückliegende Extremwetterereignisse betrifft, wesentlich. Jedoch werden mitigrationspolitische (2014 ca. 5 % bzw. 2019 ca. 30 % der Codes) und adaptionspolitische (2014 und 2019 ca. 11 % der Codes) Maßnahmen seit 2019 wesentlich stärker thematisiert. Dies zeigt sich qualitativ allem voran im Ziel, das Nachhaltigkeitsprinzip – gerade auch in ökologischer Hinsicht und als klimapolitische Maßnahme – in die Landesverfassung aufzunehm-

---

<sup>696</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CDXIV, Code TH-WP.AfD.2014-SÖT-16 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLXXX, Code TH-WP.AfD.2019-SÖT-13.

<sup>697</sup> Vgl. ebd., S. CDXIII, Code TH-WP.AfD.2014-GSÖT-8 und Vgl. ebd., S. CDLXXXII, Code TH-WP.AfD.2019-GSÖT-21.

<sup>698</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLXXXII, Code TH-WP.AfD.2019-SÖT-15.

<sup>699</sup> Vgl. CDU: *Der Thüringenplan. 2014-2019*, 1. Aufl., Erfurt 2014. Das Vorwort von Christine Lieberknecht wird als Einleitung gewertet.

<sup>700</sup> Vgl. CDU: *Thüringen: Heimat mit Zukunft. #Aufbruch2019. Regierungsprogramm der CDU Thüringen zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: <https://www.cd-u-thueringen.de/Dateien/regierungsprogramm/4936923> [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>701</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU zur Wahl in Thüringen im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CDXV. Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU zur Wahl in Thüringen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CDXC.

<sup>702</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXV, Code TH-WP.CDU.2014-SÖT-4 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXCI, Code TH-WP.CDU.2019-SÖT-10.

<sup>703</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXIX, Code TH-WP.CDU.2014-SÖT-25 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXCI, Code TH-WP.CDU.2019-SÖT-5.

<sup>704</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXVIII, Code TH-WP.CDU.2014-SÖT-21 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXCII, Code TH-WP.CDU.2019-SÖT-15.



men<sup>705</sup>. Diese Entwicklung ist allerdings nur teilweise als Ausdruck der Predator-Strategie zu verstehen. Denn das Thüringer Klimagesetz von Rot-Rot-Grün soll explizit abgeschwächt werden – auch wegen der Wirtschaft<sup>706</sup>. Neue Theoriebezüge treten dabei nicht auf. Umgekehrt spricht sich die CDU bspw. nur bzgl. energiepolitischer Transittrassen durch Thüringen gegen sozial-ökologische Transformationen aus<sup>707</sup>. Der größte Unterschied zum Grundsatzprogramm ist der überwiegende Bezug auf einzelne (2014 ca. 95 % bzw. 2019 ca. 77 % der Codes) bzw. landespolitische (2014 ca. 57 % bzw. 2019 ca. 61 % der Codes) Transformationen.

Anders als bei den anderen Wahlprogrammen in Thüringen sinkt die Anzahl aller Absätze bei der SPD *formal charakterisiert* – von 550 im Jahr 2014<sup>708</sup> auf 434 im Jahr 2019<sup>709</sup>. Der relative Anteil der Absätze, in denen eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, verringert sich dabei von rund 19 % auf etwa 18 % und bleibt damit relativ stabil. Anhand der festgehaltenen Codes ist diese Entwicklung zu bestätigen<sup>710</sup>. Die Popularisierung der Klimakrise hat also maximal einen geringen Einfluss, der sich v. a. am geringen Anstieg der Beschreibung mitigationpolitischer Maßnahmen (2014 ca. 2 % bzw. 2019 ca. 8 % der Codes) zeigt. Genauso wie bei den adaptionpolitischen Beschreibungen (2014 ca. 11 % bzw. 2019 ca. 8 % der Codes) fallen diese Werte jedoch geringer aus als im Grundsatzprogramm. Im Einzelnen soll die Emissionsverringerung, orientiert an bundespolitischen Vorgaben, v. a. durch die Wahrnehmung der Ausbaupotenziale bzgl. der erneuerbaren Energien, erfolgen. Auf ein landespolitisches Klimagesetz wurde diesbezüglich bereits 2014 abgezielt.<sup>711</sup> Ferner werden klimapolitische Anpassungen, gerade auch motiviert durch die Hochwasser in den Jahren 2002 und 2013, insbesondere hinsichtlich des Hochwasserschutzes angestrebt<sup>712</sup>. Auch wenn in den Wahlprogrammen relativ wenige Konzeptbezüge (2014 ca. 16 % bzw. 2019 ca. 5 % der Codes) vorzufinden sind, so werden die verfolgten Maßnahmen durch den Willen zum ökologischen Umbau

---

<sup>705</sup> Vgl. Anhang, S. CDXCIII, Code TH-WP.CDU.2019-SÖT-16.

<sup>706</sup> Vgl. ebd., S. CDXCIV, Code TH-WP.CDU.2019-SÖT-23.

<sup>707</sup> Vgl. ebd., S. CDXVI, Code TH-WP.CDU.2014-GSÖT-2 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXCV, Code TH-WP.CDU.2019-GSÖT-4.

<sup>708</sup> Vgl. SPD: *Thüringen. Besser bleiben. Regierungsprogramm 2014-2019*, 1. Aufl., Erfurt 2014. Das erste Kapitel wird als Einleitung gewertet.

<sup>709</sup> Vgl. SPD: *Zuhören und machen. SPD Thüringen: Regierungsprogramm 2019-2023*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: <https://www.spd-thueringen.de/wp-content/uploads/lw19-programm-rc.pdf> [Zugriff am 09.12.2020]. Das Vorwort von Wolfgang Tiefensee wird analytisch berücksichtigt, aber das erste Kapitel als Einleitung gewertet.

<sup>710</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD zur Wahl in Thüringen im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CDXXI. Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD zur Wahl in Thüringen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. CDXCVIII.

<sup>711</sup> Vgl. ebd., S. CDXXX, Code TH-WP.SPD.2014-SÖT-54 und vgl. ebd., S. DIII, Code TH-WP.SPD.2019-SÖT-30.

<sup>712</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXXVI, Code TH-WP.SPD.2014-SÖT-27 und vgl. ebd., S. DII, Code TH-WP.SPD.2019-SÖT-24.

gerahmt<sup>713</sup>. Interessen wirtschaftlicher Akteur\*innen sollen bei der Umsetzung berücksichtigt werden<sup>714</sup>. Anders als im Grundsatzprogramm bezieht sich die SPD insgesamt stärker auf einzelne (2014 ca. 75 % bzw. 2019 ca. 63 % der Codes) bzw. landespolitische (2014 ca. 74 % bzw. 2019 ca. 53 % der Codes) Transformationen. Gegen sozial-ökologische Transformationen wird sich z. B. nur mit Rücksicht auf die Vermeidung des Baus von Transit-Stromtrassen durch Thüringen positioniert<sup>715</sup>.

Die Anzahl aller Absätze nimmt auch in den Wahlprogrammen der Grünen ab. Der Wert fällt hier *formal charakterisiert* von 348 im Jahr 2014<sup>716</sup> auf 316 im Jahr 2019<sup>717</sup>. Dementgegen wird die Umsetzung sozial-ökologischer Transformationen in 69 % bzw. 85 % der gewichteten Absätze befürwortet, weshalb trotz eines hohen Ausgangswerts eine starke Erhöhung vorliegt. Den Codes ist zu entnehmen<sup>718</sup>, dass die Popularisierung dafür als klare Ursache zu benennen ist. Denn, obwohl Forderungen zur stärkeren Durchsetzung von Umwelt- und Klimaschutz in beiden Wahlprogrammen gleich in der Einleitung zu finden sind<sup>719</sup> und auch die Adaptionen, v. a. in den Bereichen des Hochwasserschutzes<sup>720</sup> und Waldumbaus<sup>721</sup>, jeweils eine zentrale Rolle spielen: Klimapolitische Maßnahmen gewinnen im Wahlprogramm von 2019 an Relevanz. So ergibt die Inhaltsanalyse, dass die Energiewende, die einen wesentlichen Bestandteil zum Erreichen der angestrebten Klimaneutralität Thüringens bis 2040 darstellt, neben weiteren Inhalten des Thüringer Klimagesetzes nicht nur verteidigt wird<sup>722</sup>. Zusätzlich sollen „Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Thüringen Verfassungsrang erhalten“<sup>723</sup>. Dabei wird dieser Schritt als Teil der betont radikalen Verwirklichung der ökologischen Modernisierung verstanden. Damit soll die Wirtschaft zwar eingehegt werden, aber keine komplette Systemüberwindung erfolgen<sup>724</sup>. Hieran wird auch deutlich, dass die Klimapolitik aktuell noch stärker als 2014 in einen kon-

---

<sup>713</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CDXXV, Code TH-WP.SPD.2014-SÖT-26.

<sup>714</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXCIX, Code TH-WP.SPD.2019-SÖT-7.

<sup>715</sup> Vgl. ebd., S. DIII, Code TH-WP.SPD.2019-GSÖT-2.

<sup>716</sup> Vgl. Die Grünen: *Jede Seite ist ein Lichtblick. Unser Programm für Thüringen*, 1. Aufl., Erfurt 2014. Das Vorwort von Anja Siegesmund wird analytisch berücksichtigt.

<sup>717</sup> Vgl. Die Grünen: *Mit Mut und Leidenschaft für Thüringen, Hier und jetzt für hier und morgen*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: [https://gruene-thueringen.de/wp-content/uploads/2019/09/Gr%C3%BCne-Th%C3%BCrungen-Wahlprogramm-zur-Landtagswahl-2019\\_Webversion.pdf](https://gruene-thueringen.de/wp-content/uploads/2019/09/Gr%C3%BCne-Th%C3%BCrungen-Wahlprogramm-zur-Landtagswahl-2019_Webversion.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].

<sup>718</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen zur Wahl in Thüringen im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CDXXXII. Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen zur Wahl in Thüringen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. DIV.

<sup>719</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXXXII, Code TH-WP.Grüne.2014-SÖT-3 und vgl. ebd., S. DV, Code TH-WP.Grüne.2019-SÖT-2.

<sup>720</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXXXV, Code TH-WP.Grüne.2014-SÖT-20 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. DV, Code TH-WP.Grüne.2019-SÖT-3.

<sup>721</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDXLVI, Code TH-WP.Grüne.2014-SÖT-85 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. DXXII, Code TH-WP.Grüne.2019-SÖT-78.

<sup>722</sup> Vgl. ebd., S. DXII, Code TH-WP.Grüne.2019-SÖT-31.

<sup>723</sup> Ebd., S. DVI, Code TH-WP.Grüne.2019-SÖT-7.

<sup>724</sup> Vgl. ebd.

zeptuellen Kontext gestellt wird, den die Grünen explizit als transformativ beschreiben<sup>725</sup>. Außerdem spiegelt sich die Popularisierung der Klimakrise darin wider, dass im Wahlprogramm von 2019 drei Mal positiv auf Fridays for Future rekurriert wurde<sup>726</sup>. Die Quantifizierung der Codes zeigt dementsprechend auch, dass adaptionpolitische (2014 ca. 7 % bzw. 2019 ca. 11 % der Codes) und mitigationspolitische Vorhaben (2014 ca. 10 % bzw. 2019 ca. 34 % der Codes) viel stärker gewichtet werden. Letzteres ist neben der Beschreibung einzelner sozial-ökologischer Transformationen (2014 ca. 63 % bzw. 2019 ca. 62 % der Codes) und deren häufigen Landesbezug (2014 ca. 59 % bzw. 2019 ca. 84 % der Codes) der größte Gegensatz zum Grundsatzprogramm. Insgesamt verhielten sich die Grünen kaum ablehnend gegenüber sozial-ökologischen Transformationen. Ausnahmen betreffen den übertriebenen Ausbau von Stromtrassen und die Absenkung von ökologischen Standards<sup>727</sup>.

Die abschließend betrachteten Wahlprogramme der FDP aus den Jahren 2014<sup>728</sup> und 2019<sup>729</sup> bestätigen die bisher festgestellten Trends. So steigt die Anzahl aller Absätze *formal charakterisiert* von 328 auf 392, wobei sozial-ökologische Transformationen in rund 21 % bzw. ca. 24 % davon als Policy-Orientierung aufgegriffen werden. Wie diese quantitativen Zahlen andeuten, ist aus den Codes zu folgern<sup>730</sup>, dass umwelt- und klimapolitische Maßnahmen nur geringfügig stärker befürwortet werden. Demzufolge hatte die Popularisierung der Klimakrise nur einen unwesentlichen Einfluss auf die Formulierung der Policy-Orientierungen. Schließlich wird die Energiewende in beiden Wahlprogrammen als herausgehobene Maßnahme unter den mitigationspolitischen Vorhaben (2014 und 2019 ca. 13 % der Codes) beschrieben<sup>731</sup>. Mit dem Wahlprogramm von 2019 wird der Klimaschutz zudem stärker in anderen Bereichen, etwa im Verkehrssektor<sup>732</sup>, vorgesehen. Bei den adaptionpolitischen Absichten (2014 ca. 16 % bzw. 2019 ca. 4 % der Codes) sind hingegen der Hochwasserschutz – wegen der Katastrophe im Jahr 2013 wurde dies 2014

---

<sup>725</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. DXIII, Code TH-WP.Grüne.2019-SÖT-36.

<sup>726</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. DXXVI, Code TH-WP.Grüne.2019-PK-2.

<sup>727</sup> Vgl. ebd., S. CDXLII, Code TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-7 und vgl. ebd., S. DXXXI, Code TH-WP.Grüne.2019-GSÖT-6.

<sup>728</sup> Vgl. FDP: *Wahlprogramm der FDP Thüringen für die 6. Legislaturperiode des Thüringer Landtages. 2014 - 2019, „Thüringen entscheidet“*, 1. Aufl., Erfurt 2014. Das Vorwort von Uwe Barth und Franka Hitzing wird als Einleitung gewertet.

<sup>729</sup> Vgl. FDP: *Hallo Übermorgen. Das Wahlprogramm der Freien Demokraten*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: [https://www.fdp-thueringen.de/sites/default/files/2019-09/Landtagswahlprogramm\\_FDP\\_Thu%CC%88ringen\\_2019\\_0.pdf](https://www.fdp-thueringen.de/sites/default/files/2019-09/Landtagswahlprogramm_FDP_Thu%CC%88ringen_2019_0.pdf) [Zugriff am 09.12.2020]. Die Seite vor der Einleitung wird ohne Gewichtung berücksichtigt.

<sup>730</sup> Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP zur Wahl in Thüringen im Jahr 2014 sind hier zu finden: Vgl. Anhang, S. CDL. Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP zur Wahl in Thüringen im Jahr 2019 sind hier zu finden: Vgl. ebd., S. DXXXI.

<sup>731</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLVII, Code TH-WP.FDP.2014-SÖT-33 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. DXXXV, Code TH-WP.FDP.2019-SÖT-24.

<sup>732</sup> Vgl. ebd., S. DXXXIV, Code TH-WP.FDP.2019-SÖT-18.

kurzzeitig besonders stark gewichtet<sup>733</sup> – und der Waldumbau<sup>734</sup> zentral. Langfristig werden jedoch die Interessen der Wirtschaft bzw. die Freiheiten in der Marktwirtschaft höhergestellt als markteingreifende Klimapolitik. Beispielhaft sei diesbezüglich auf die Ablehnung des bundespolitischen Ziels des Kohleausstiegs bis 2038 verwiesen<sup>735</sup>. Konzepti-  
nell dient insgesamt der Effizienzgedanke entsprechend der nachhaltigen Entwicklung, die 2019 explizit benannt wurde, als Vorbild<sup>736</sup>. Entsprechend der Quantifizierung der Codes gleicht dies dem Grundsatzprogramm bzgl. der Konzeptbezüge (2014 und 2019 ca. 9 % der Codes) eher qualitativ als quantitativ. Demzufolge bediente sich die FDP nicht der Predator-Strategie. Stattdessen stellte sich die Landespartei, etwa im Zuge der Ablehnung des Windradbaus in Wäldern<sup>737</sup>, ausdrücklich gegen Rot-Rot-Grün. Die Positionierung gegen Transit-Stromtrassen entspricht hingegen der grundsätzlichen Ausrichtung der FDP<sup>738</sup>. Allerdings strebt die FDP in den Wahlprogrammen mehr einzelne (2014 80 % bzw. 2019 ca. 74 % der Codes) bzw. landespolitische (2014 ca. 53 % bzw. 2019 ca. 52 % der Codes) sozial-ökologische Transformationen als im Grundsatzprogramm an.

Werden die Einzelergebnisse der Fallanalyse Thüringens zusammen betrachtet, ergibt sich ein ähnlich differenziertes Bild wie für die anderen beiden Fälle. Mit Bezug auf Ausgangshypothese A ist zwar festzuhalten, dass der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen die Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation befürwortet wird, nur bei der Partei Die Linke und bei der SPD absinkt<sup>739</sup>. Mit den qualitativen Ergebnissen ist jedoch zu kontextualisieren, dass dies bei der Partei Die Linke nicht zustande kommt, weil weniger ökologische bzw. klimapolitische Aspekte beachtet, sondern andere Programmteile stärker ausgearbeitet wurden. Währenddessen wird sich im Zuge der Referenz auf die, im Verlauf von 2019 immer weiter erstarkte, Klimabewegung um Fridays for Future noch etwas nachdrücklicher für klimapolitische Maßnahmen ausgesprochen. Das Absinken des Werts bei der SPD spiegelt hingegen den geringen Einfluss der Popularisierung der Klimakrise wider. Dabei hätte ein niedriges Ansteigen die etwas stärkere Ausformulierung der mitigationspolitischen Maßnahmen besser dargestellt. Aus-

---

<sup>733</sup> Exemplarisch: Vgl. Anhang, S. CDLIX, Code TH-WP.FDP.2014-SÖT-42 und vgl. ebd., S. DXL, Code TH-WP.FDP.2019-SÖT-45.

<sup>734</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLV, Code TH-WP.FDP.2014-SÖT-23 und vgl. ebd., S. DXXXVIII, Code TH-WP.FDP.2019-SÖT-36.

<sup>735</sup> Vgl. ebd., S. DXXXV, Code TH-WP.FDP.2019-SÖT-25.

<sup>736</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. CDLVI, Code TH-WP.FDP.2014-SÖT-29 und exemplarisch: Vgl. ebd., S. DXXXII, Code TH-WP.FDP.2019-SÖT-4.

<sup>737</sup> Exemplarisch: Vgl. ebd., S. DXXXVI, Code TH-WP.FDP.2019-GSÖT-4.

<sup>738</sup> Vgl. ebd., S. DXXXVII, Code TH-WP.FDP.2019-GSÖT-7.

<sup>739</sup> Die Anteile der gewichteten Absätze sind im Anhang auch noch einmal bildlich in Säulendiagrammen dargestellt: Vgl. ebd., S. DXLIII, Abb. 19 und vgl. ebd., S. DXLVIII, Ab. 22. Die Prozentpunkte-Differenzen sind zusätzlich tabellarisch und in einem Punktdiagramm im Anhang festgehalten: Vgl. ebd., S. DLI, Tabelle 54 und vgl. ebd., S. DLII, Abb. 25.

gangshypothese A ist daher in Thüringen für alle relevanten Landesparteien zu verifizieren.

Auch Hypothese B1 muss verifiziert werden. Denn Pearsons  $r$  für den Zusammenhang zwischen den Werten für die Grundsatz- und dazugehörigen Wahlprogramme ist mit 0,87 für das Jahr 2014 sehr hoch und mit 0,67 für das Jahr 2019 hoch<sup>740</sup>. Das heißt, dass die Werte für die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden, in den assoziierten Grundsatz- und Wahlprogrammen positiv korrelieren. Die qualitativen Ergebnisse und Quantifizierungen der Unterkategorien bestätigen dies. Die Regressionsgerade zeigt, dass ein weiteres Mal die Residuen zu den Werten der Partei Die Linke (2014 ca. - 16 bzw. 2019 ca. - 31) und den Grünen (2014 ca. 18 bzw. 2019 ca. 33) am größten sind<sup>741</sup>. Deshalb liegt jeweils Heteroskedastizität vor. Aufgrund der entsprechend hohen Werte des Cook-Abstands ( $4/n = 0,67$ ) für Die Linke (2014 1,89 bzw. 2019 1,96) und die Grünen (2014 1,60 bzw. 2019 1,57) besteht ein bedenklicher Einfluss auf das Regressionsmodell. Auch hier liegt dies v. a. am Fokus auf einzelne bzw. landespolitische Transformationen der Partei Die Linke. Nichtsdestotrotz beträgt der Determinationskoeffizient  $R^2$  für die Werte zum Jahr 2014 noch 0,75 und zum Jahr 2019 immerhin 0,45. Die Regressionsmodelle besitzen daher eine sehr hohe und moderate Erklärungskraft.

Auch für Thüringen ist Hypothese B2 zu falsifizieren. Pearsons  $r$  erreicht hier nur einen Wert von - 0,03<sup>742</sup>. Für die einzelnen relevanten Landesparteien ist die Erklärung für die Entwicklung der Werte also multikausal. So liegt das Absinken um rund 14 Prozentpunkte bei der regierenden Partei Die Linke in der thematisch erweiterten Schwerpunktsetzung und lediglich qualitativen Stärkung transformativer Absichten begründet. Genauso lässt sich die Verringerung um etwa einen Prozentpunkt bei der Koalitionspartnerin SPD erklären, wenngleich der Einfluss der Popularisierung der Klimakrise noch geringer ausfällt. Das Gegenteil bzgl. des Einflusses ist für die Grünen zu konstatieren, was daran zu sehen ist, dass sie sich 2019 als besonders betonte Unterstützer\*innen von Fridays for Future profilierten und ihre Befürwortung einer (sozial-)ökologischen Modernisierung nunmehr als radikal beschreiben – ihr Wert steigt um ca. 16 Prozentpunkte. Augenfällig ist, dass die AfD in Thüringen trotz ihres Anzweifeln des anthropogenen Klimawandels bzw.

---

<sup>740</sup> Das Skript für die Analyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2014 ist auf der beigefügten CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Namen „Thüringen 2014“ zu finden. Für die Analyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2019 heißt sie „Thüringen 2019“.

<sup>741</sup> Die Funktion für die Regressionsanalyse mit den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2014 lautet:  $Y = 7,2086 + 0,5232 * X$ . Für 2019 lautet sie:  $Y = 8,8780 + 0,5139 * X$ . Zur Veranschaulichung wurden zur Regressionsanalyse auch Diagramme erstellt: Vgl. Anhang, S. DXLIV, Abb. 21 und vgl. ebd., S. DXLIX, Abb. 24.

<sup>742</sup> Das Skript für diese Analyse ist auf der CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Dateinamen „Thüringen 2014-2019“ zu finden. Zur Veranschaulichung des fehlenden Zusammenhangs wurde auch hier ein Diagramm erstellt: Vgl. Anhang, S. DLIII, Abb. 26.

wegen der unleugbaren Erscheinung des Klimawandels in Thüringen zuletzt auch klimapolitische Maßnahmen befürwortet. Ihr Wert steigt daher um knapp einen Prozentpunkt. Dabei weist die AfD nicht nur angesichts der Anstiege von rund zwei Prozentpunkten bei der CDU und etwa 3 Prozentpunkten bei der FDP mit diesen beiden anderen Oppositionsparteien Gemeinsamkeiten auf. Auch die in den Wahlprogrammen u. a. aus wirtschaftsbezogenen Gründen widergespiegelte Ablehnung der umfassenden Klimapolitik der rot-rot-grünen Regierungskoalition sorgt für Schnittstellen. Die Erhöhungen sind daher keinesfalls als Predator-Strategie mit Bezug auf das Regierungshandeln einzuordnen. Vielmehr sind sie als Teil der gesellschaftlichen Entwicklung – mit der Betonung klimapolitischer und allgemein ökologischer Aspekte – zu sehen, die durch die Popularisierung der Klimakrise noch mehr thematisiert werden. Deshalb werden sie in geringem Ausmaß auch von diesen drei Landesparteien stärker berücksichtigt.

Aus der Gesamtbetrachtung der Untersuchung der Wahlprogramme im Fall Thüringen ist also zu schließen, dass sich alle relevanten Landesparteien infolge der Popularisierung der Klimakrise entweder qualitativ oder quantitativ umfassender für sozial-ökologische Transformationen aussprechen. Die Formulierung der Policy-Orientierungen wurde dabei auch in diesem Bundesland an der landespolitischen Perspektive und parteispezifischen Ideologie ausgerichtet. Im Einzelnen ist dabei wesentlich, dass die Karbonintensität Thüringens bereits gering war, aber die Folgen des Klimawandels in dem Bundesland umso spürbarer sind. Daher haben in diesem Fall vorwiegend Letztere für eine Intensivierung der Berücksichtigung ökologischer bzw. klimapolitischer Aspekte in der gesellschaftlichen Debatte und folglich auch den Wahlprogrammen gesorgt. Klimapolitisch stehen hierbei die Energiewende, außer bei der AfD, und die teils höher gewichtete Anpassung an Extremwetter im Mittelpunkt. Besonders ist, dass sowohl Die Linke als auch CDU und Grüne in ihren Wahlprogrammen von 2019 formulierten, nachhaltiges Handeln als Verfassungsziel festschreiben zu wollen. Während Die Linke dies zusätzlich mit dem expliziten Wunsch nach einer sozial-ökologischen Transformation verband, nannten die Grünen die ausdrückliche Ausrichtung an einer radikalen (sozial-)ökologischen Modernisierung.

Ausgehend vom Entstehungskontext und der letztlichen Umsetzung der rot-rot-grünen Minderheitsregierung scheint sich in Thüringen ein progressives Lager zu festigen, von dem sich AfD, CDU und FDP – mal mehr und mal weniger geschlossen – abgrenzen. Die Links-Rechts-Einordnung auf Basis der Wahlprogramme verdeutlicht diese Tendenz der Polarisierung<sup>743</sup>. Angesichts der Mehrheitskonstellation sowie der überwiegenden Ablehnung des progressiven Kurses der Landesregierung durch die Oppositionskräfte wird die

---

<sup>743</sup> Dazu wurde parallel zum Vorgehen in der Auswertung der Grundsatzprogramme auch hier jeweils ein Punktdiagramm für die einzelnen Wahlprogramme erstellt: Vgl. Anhang, S. DXLIII, Abb. 20 und vgl. ebd., S. DXLVIII, Abb. 23.

Umsetzung entsprechender Maßnahmen, trotz teils gemeinsamer ökologischer und klimapolitischer Forderungen, zumindest bis zur nächsten Wahl begrenzt sein.

Als Zwischenfazit bleibt für den Fall Thüringen also festzuhalten, dass zwar alle relevanten Landesparteien aufgrund der Popularisierung der Klimakrise auf individuelle Weise vermehrt sozial-ökologische Transformationen anstreben. Trotz der überwiegend wahrgenommenen Folgen des Klimawandels beschränkt sich dies jedoch auch in diesem Politikbereich überwiegend auf ihre Wahlprogramme. Schließlich bestätigen Letztere auch die nachskizzierte Polarisierung im Kontext der (partei-)politischen Gesamtentwicklung im Freistaat. Die praktische Umsetzung einer umfassenderen Klimapolitik wird daher wegen der aktuellen Landes- bzw. Parteispezifika erschwert.

### **3.3 Die zusammenführende Gesamtbetrachtung der Fallergebnisse**

Die Einzelergebnisse aus den Fallanalysen werden in diesem Unterkapitel zu einem Gesamtbild zusammengeführt. Wesentlich hierfür sind, genauso wie in den Auswertungen zu den einzelnen Fällen, die Prüfungen der eingangs formulierten Hypothesen und die Beantwortung der Forschungsfrage. Diese Zusammenführung wird vor das finale Fazit am Ende der Arbeit gesetzt, weil nochmals neue Erkenntnisse gewonnen werden.

Der Ergebnisfindung bzgl. der Policy-Orientierungen ist voranzustellen, dass alle betrachteten Landesverfassungen klimapolitische Veränderungen erlauben, ohne jedoch selbst welche vorzuschreiben. In Anbetracht der in allen Fällen, wenn auch in unterschiedlichen Bereichen, zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels, wurden diese landespolitischen Spielräume auch bereits genutzt. Nachdem in Brandenburg seit 2008 und in Bremen sowie Thüringen seit 2009 erste klimapolitische Programme, Konzepte, Strategien u. Ä. als politische Handlungsorientierungen veröffentlicht wurden, folgten in zwei Fällen auch konkrete Gesetze. So wurden in Bremen 2015 unter Rot-Grün das Klimaschutz- und Energiegesetz sowie in Thüringen 2018 unter Rot-Rot-Grün das Thüringer Klimagesetz verabschiedet. Hier deutet sich bereits an, dass progressive Kräfte in den ausgewählten Fällen stark sind. Dies liegt darin begründet, dass Bremen als Stadtstaat liberal geprägt ist und Brandenburg sowie Thüringen neue Bundesländer sind, in denen Die Linke eine starke Stellung hat. Damit geht einher, dass in allen Fällen mindestens in der Legislaturperiode vor der Landtagswahl im Jahr 2019 linke bzw. progressive Mehrheiten und Regierungskoalitionen bestanden. Zu diesem Punkt ist hervorzuheben, dass in Brandenburg trotz Rot-Rot kein Klimagesetz verabschiedet wurde, woran die enorm hohe wirtschaftspolitische Gewichtung der Braunkohleförderung deutlich wird.

Hinsichtlich der Ausgangshypothese A zeigt sich, dass der relative Anteil der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen sich zugunsten von sozial-ökologischen Transforma-

tion positioniert wird, nur bei drei der insgesamt 19 Untersuchungsobjekte bzw. relevanten Landesparteien negativ ausfällt. Dies sind Die Linke in Brandenburg und Thüringen sowie die SPD in Thüringen<sup>744</sup>. Obwohl die genuin qualitativen Ergebnisse teilweise ein anderes Bild zeichnen, wird die insgesamt eindeutige Mehrheit der Steigerungen nicht relativiert. Denn einerseits gehen die drei genannten negativen Werte mit einer qualitativen Stärkung der Klimapolitik einher, die auch von den Quantifizierungen in den Unterkategorien zu den Codes getragen wird. Andererseits sind lediglich die positiven Werte der AfD in Bremen und Brandenburg sowie jene der BIW in Bremen weder direkt noch indirekt auf die Popularisierung der Klimakrise zurückzuführen. Demzufolge ist Ausgangshypothese A, unter Berücksichtigung der Relativierung bzgl. der letztgenannten relevanten Landesparteien, zu verifizieren.

Die Gesamtberechnung von Pearsons  $r$  bestätigt derweil die positive lineare Beziehung zwischen den diesbezüglichen Werten für die Grundsatz- und dazugehörigen Wahlprogramme. Mit 0,81 für die vorletzten Wahlen und mit 0,70 für die Wahlen im Jahr 2019 fällt die Korrelation sehr hoch bzw. hoch aus<sup>745</sup>. Auch wenn diese temporale Trennung aufgehoben und alles zusammen berechnet wird, ist Pearsons  $r$  mit 0,74 sehr hoch. Da auch die Unterkategorien zu den Codes dieses Ergebnis stützen, ist Hypothese B1 für die Gesamtbetrachtung zu verifizieren. Dennoch ist darauf zu verweisen, dass ausgehend von den Regressionsgeraden in den Streudiagrammen – sowohl mit als auch ohne temporale Trennung – Heteroskedastizität durch die Werte der Partei Die Linke und jene der Grünen vorliegt. Dabei sind die größten Residuen ohne temporale Trennung bei der Partei Die Linke in Bremen zur Wahl 2015 (ca. - 28) und den Grünen in Thüringen zur Wahl 2019 (ca. 41) zu finden<sup>746</sup>. Der Cook-Abstand beläuft sich hier auf 0,24 bzw. 0,43, was bei 38 Untersuchungsobjekten ( $4/n = 0,11$ ) – zusammen mit jeweils zwei weiteren Punkten der beiden Parteien – bedenkliche Werte sind. Dies ist v. a. auf die große Differenz zwischen dem sehr stark transformationsorientierten Grundsatzprogramm der Partei Die Linke und den landespolitisch ausdifferenzierteren Wahlprogrammen ihrer Landesverbände zurück-

---

<sup>744</sup> Die Anteile der gewichteten Absätze sind im Anhang auch noch einmal zusammengeführt in jeweils einer Tabelle zu den Wahlen vor und im Jahr 2019 dargestellt: Vgl. Anhang, S. DLIVf., Tabellen 56 und 57. Die Prozentpunkte-Differenzen sind zusätzlich tabellarisch und in jeweils einem Punktdiagramm je Fall und je Partei im Anhang festgehalten: Vgl. ebd., S. DLVIII, Tabelle 58 und vgl. ebd., S. DLIX, Abb. 31 und Abb. 32.

<sup>745</sup> Das Skript für die Analyse mit den Wahlprogrammen zu den jeweils vorletzten Wahlen ist auf der beigegeführten CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Namen „B1 Vorletzte Wahlen“ zu finden. Für die Analyse mit den Wahlprogrammen zu den Wahlen im Jahr 2019 heißt sie „B1 Wahlen 2019“. Für die Gesamtberechnung heißt die Datei „B1 Vorletzte Wahlen und 2019“.

<sup>746</sup> Die Funktion für die Regressionsanalyse mit den Wahlprogrammen zur jeweils vorletzten Wahl lautet:  $Y = 6,83696 + 0,41258 * X$ . Für 2019 lautet sie:  $Y = 10,4463 + 0,4295 * X$ . Ohne temporale Trennung lautet sie:  $Y = 8,64161 + 0,42106 * X$ . Zur Veranschaulichung wurden zu den Regressionsanalysen auch Diagramme mit Färbungen für die Parteien und die Fälle erstellt: Vgl. Anhang, S. DLX-DLXV, Abb. 33 bis 38.



zuföhren. Trotz der dadurch jeweils fehlenden Normalverteilung in den zusammenfassenden Berechnungen wird aufgrund des Analysefokus keine weitere Bereinigung der Ausreißer vorgenommen. Die Werte der Regressionsanalyse sind demzufolge zwar unter einem Vorbehalt zu betrachten. Der Beleg des grundsätzlichen Zusammenhangs wird dadurch allerdings nicht ungültig. Schließlich bleibt unter diesen Umständen festzuhalten, dass der Determinationskoeffizient  $R^2$  ohne temporale Trennung 0,54 beträgt und deshalb eine sehr hohe Erklärungskraft vorliegt.

Wie sich aus den Fallanalysen bereits erahnen lässt, ist Hypothese B2 auch zusammengekommen zu falsifizieren. Pearsons  $r$  liegt hier bei 0,07<sup>747</sup>. Der Werteentwicklung der Prozentpunkte-Differenzen der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen sozial-ökologische Transformationen angestrebt werden, liegt also eine Multikausalität zugrunde. Dies lässt sich exemplarisch daran nachvollziehen, dass die stärkste Steigerung von rund 22 Prozentpunkten bei den Grünen in Brandenburg vorzufinden ist. Hier wirkten zwei Aspekte zusammen. Einerseits sind die Grünen insgesamt – und damit auch ihr Landesverband – eine ökologisch bzw. insbesondere auch klimapolitisch versierte Partei. Andererseits hatten sie v. a. mit der strukturprägenden Braunkohlewirtschaft in Brandenburg umfassende Möglichkeiten zur Beschreibung von klimapolitisch motivierten sozial-ökologischen Transformationen. Diese haben sie, verstärkt durch die Popularisierung der Klimakrise, wahrgenommen. Die Verringerung um ca. 14 Prozentpunkte bei der Partei Die Linke in Thüringen liegt hingegen in der stärkeren Ausdifferenzierung des Wahlprogramms begründet. Diese ist u. a. auf die vorhergehende Regierungsbeteiligung und die damit wohl veränderten Ansprüche bzw. Schwerpunktsetzungen zurückzuführen. Die Wirkung der Popularisierung der Klimakrise wird daher nur qualitativ mit dem Bezug auf Fridays for Future erkennbar. Die geringste Wirkung der Popularisierung der Klimakrise lässt sich folglich bei der AfD nachvollziehen, bei der in den untersuchten Fällen eine durchschnittliche Erhöhung der Prozentpunkte um ca. zwei nachgewiesen wurde. Unter den Untersuchungsobjekten lehnen einzig ihre Landesverbände wegen des Anzweifels des anthropogenen Klimawandels durchweg mitigationspolitische Maßnahmen ausdrücklich ab. In Thüringen ging die AfD in ihrem Wahlprogramm von 2019 aufgrund der spürbaren Folgen des Klimawandels immerhin verhältnismäßig stark auf die Adaptionspolitik ein. Es wird also bestätigt, dass landespolitische Umstände ebenso wie die grundsätzliche Ausrichtung der Partei maßgeblich für die konkrete Formulierung der Policy-Orientierungen sind. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass Responsivität infolge der Popularisierung der Klimakrise auch eine vehementere Ablehnung von Klimapolitik bedeuten kann.

---

<sup>747</sup> Das Skript für diese Analyse ist auf der CD im Ordner „R-Skripte“ unter dem Dateinamen „B2 Vorletzte Wahlen und 2019“ zu finden. Zur Veranschaulichung des fehlenden Zusammenhangs wurden auch hier Diagramme erstellt: Vgl. Anhang, S. DLXVf., Abb. 39 und 40.

Aus den Fallanalysen ist demzufolge abzuleiten, dass zwischen den Landtagswahlen v. a., aber nicht nur, durch die Popularisierung der Klimakrise oftmals neue klimapolitische Transformationsmöglichkeiten gesucht, gefunden und kontextspezifisch in die Wahlprogramme aufgenommen wurden. Zwar griffen die relevanten Landesparteien dabei überwiegend auf bestehende Ansätze zurück, die auch theoretisch begründet sind – hierbei ist die Idee der nachhaltigen Entwicklung und damit jene der eher systemerhaltenden ökologischen Modernisierung bei CDU, SPD, Die Linke, Grünen, FDP und in Ansätzen auch BVB/FW vorzufinden. Darüber hinaus verbinden aber Die Linke und die Grünen ihre umwelt- bzw. klimapolitischen Standpunkte v. a. auch mit sozialpolitischen bzw. antikapitalistischen Positionen. In Thüringen haben sie diese in den Wahlprogrammen von 2019 sogar zu ihrer Variante einer – explizit benannten – sozial-ökologischen Transformation zusammengefasst. Neben der Aufnahme, der zwischen den Wahlen völkerrechtlich formulierten UN-Nachhaltigkeitsziele, werden gerade hier Weiterentwicklungen entsprechend dem Multiple-Streams-Ansatz erkennbar. Bei der Partei Die Linke ist dabei von einer stetig weiterentwickelten öko-sozialistischen Ausrichtung zu sprechen, die eine Systemüberwindung betont zum Ziel hat.

Die Notwendigkeit von verstärkten umwelt- bzw. klimapolitischen Wandlungsprozessen, deren Auftreten auf die Popularisierung der Klimakrise zurückzuführen ist, wird also parteiübergreifend, außer von den BIW und nur eingeschränkt bei der AfD, betont. Dabei unterscheiden sich allerdings der konkrete theoretische Bezugsrahmen und die davon abgeleitete praktische Art und Weise bzw. die Reichweite der angestrebten Transformationsvorhaben<sup>748</sup>. Wird auf dieser Grundlage eine Links-Rechts-Einordnung vorgenommen<sup>749</sup>, so fällt auf, dass tendenziell die progressiven Parteien, namentlich die Grünen und Die Linke, die umfassendsten Maßnahmen fordern. Zwischen den Bundesländern wird deutlich, dass die durchschnittlichen Werte im wenig karbonintensiven Thüringen (2014 ca. 29 % und 2019 ca. 30 %) am größten und in den karbonintensiveren Bundesländern Brandenburg (2014 ca. 22 % und 2019 ca. 29 %) und Bremen (2015 ca. 19 % und 2019 ca. 24 %) kleiner sind. Dies lässt sich v. a. auf die (partei-)politische Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der betreffenden karbonintensiven Sektoren im klimapolitischen Kontext zurückführen. Ausgehend von diesen variierenden Startpunkten ist die Zunahme der Werte infolge der Popularisierung der Klimakrise und der deshalb formulierten Policy-Orientierungen auch verschieden. In Brandenburg ist sie am höchsten (ca. 7 %), in Bre-

---

<sup>748</sup> Eine generelle Tendenz hin zu einer zunehmend stärkeren Gewichtung der Adaptions- gegenüber der Mitigationpolitik lässt sich dabei jedoch nicht finden. Diese Entwicklung hängt eher von den Landesspezifika und dem jeweiligen (partei-)politischen Umgang mit diesen ab.

<sup>749</sup> Dazu wurde jeweils ein Punktdiagramm je Fall und je Partei zu den Wahlen vor und im Jahr 2019 erstellt: Vgl. Anhang, S. DLV-DLVIII, Abb. 27 und 28 sowie Abb. 29 und 30.

men etwas kleiner (ca. 5 %) und in Thüringen (ca. 1 %) am niedrigsten.<sup>750</sup> Dass bspw. bei den Grünen in Thüringen dennoch eine Steigerung von rund 16 Prozentpunkten vorzufinden ist, liegt teils auch im späteren Wahltermin begründet. Zu diesem war die Popularisierung der Klimakrise weit fortgeschritten und konnte sich diese Landespartei daher besonders profilieren. Dies geht auch aus dem dreifachen und damit häufigsten Verweis auf die Bewegung Fridays for Future hervor – deren Stellung als zentrale zivilgesellschaftliche Akteurin in der Klimapolitik damit bestätigt wird. Neben den Grünen sind es mit der Partei Die Linke und der SPD zwei weitere progressive Parteien sind, die sich relativ stark mit Fridays for Future solidarisieren. Daher scheint die Popularisierung der Klimakrise eine Blockbildung bzw. Polarisierung zwischen linken und rechten Parteien tendenziell zu begünstigen.

Dass die Werte für die Absätze in den Wahlprogrammen von Die Linke hier, wie gesehen auch als Ausreißer in der Regressionsanalyse, etwas herausfallen, zeigt jedoch auch die Schwäche des quantitativen Teils der Analyse. So wird auch die Entscheidung für die Methodentriangulation untermauert. Nichtsdestotrotz ist aus den Fallanalyse zu ziehen, dass die progressiven Parteien bzw. ihre Landesverbände, unter Berücksichtigung der landesspezifischen Umstände, oftmals Treiber transformativer Entwicklungen mit sozial-ökologischem Anspruch sind. Dabei wirkte sich insbesondere eine Regierungsbeteiligung der Grünen seither positiv auf die Umsetzung einer stärkeren Klimapolitik aus. Anknüpfend an die klimapolitisch so relevante Energiewende ergeben sich so, ausgehend von den analysierten Wahlprogrammen, weiterführende Entwicklungstendenzen zugunsten von sozial-ökologischen Gesellschaftstransformationen. Allen voran in Bremen wird dies durch die tendenziell städtisch-liberale Ausrichtung der konservativeren Parteien und die entstehende Dynamik durch ihre Predator-Strategie gegenüber der progressiven Mehrheit unterstützt. Zusätzlich sorgen dabei Spillover-Effekte ein wenig dafür, dass innovative Policies aus einem Bundesland in einem anderen übernommen werden. Ein Beispiel dafür ist die Orientierung der brandenburgischen Grünen am Qualitätssiegel „Faire Windenergie“ aus Thüringen. Transformative Entwicklungen werden so im Kontext der Klimagovernance begünstigt.

Zusammenfassend ist für die Gesamtbetrachtung der Fallergebnisse zu konstatieren, dass der Großteil der relevanten Landesparteien zeitlich betrachtet auf mehr bzw. umfassendere sozial-ökologische Transformationen abzielt. Auch wenn für diese Erweiterungen der konkreten Policy-Orientierungen nicht immer die Klimapolitik maßgeblich ist. Sonstige umweltpolitische Veränderungen lassen sich meistens doch auf die umweltbezogene Be-

---

<sup>750</sup> Trotz der unterschiedlichen Anzahlen und Auswahlen der analysierten relevanten Landesparteien lässt sich dies auf der Grundlage der Verbindung der jeweils vorhandenen quantitativen Werte mit den qualitativen Erkenntnissen ableiten.

wusstseinsbildung unter diesen Umständen zurückführen. Die Popularisierung der Klimakrise wirkt also direkt und indirekt auf die Policy-Orientierungen der relevanten Landesparteien. Divergenzen in Richtung und Reichweite resultieren aus der allgemeinen Parteidifferenz und den landesspezifischen Umständen.

#### **4. Die Zusammenfassung der Arbeit und ein anschließender Ausblick**

Nicht erst seit dem Jahr 2019 ist klar: Die Relevanz des Klimawandels für die menschliche Zivilisation nimmt zu. Während es zuvor jedoch v. a. Wissenschaftler\*innen waren, die eine umfassendere Klimapolitik zur Begrenzung des Klimawandels und seiner Folgen forderten, bildete sich nun auch ein stärkeres Klimabewusstsein in der breiten Bevölkerung. Dabei sind in Deutschland sowohl die Mobilisierungen durch die Klimabewegung als auch die stärkere Gewichtung der Umwelt- bzw. Klimapolitik in den bundesweiten Umfragen und die gewachsene Unterstützung für die Grünen ein Ausdruck dessen, was in dieser Arbeit als Popularisierung der Klimakrise bezeichnet wurde. Diese gesellschaftliche Entwicklung schuf insbesondere im Jahr 2019 einen Anreiz für Parteien, eine intensivere Klimapolitik, die in der Praxis stets die Form von sozial-ökologischen Transformationen annimmt, zu verfolgen. Ausgehend von dieser Annahme, den Wahlterminen und dem Forschungsdesiderat hinsichtlich des betreffenden Politikfelds auf der Landesebene wurde folgende Forschungsfrage formuliert:

*Inwiefern streben die jeweils relevanten Landesparteien in den Bundesländern aufgrund der Popularisierung der Klimakrise im Jahr 2019 sozial-ökologische Transformationen an?*

Der zu ihrer Bearbeitung geschaffene Rahmen und die gewonnenen Analyseergebnisse werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst und reflektiert, um zuletzt die Beantwortung vornehmen sowie weiterführende Implikationen einordnen zu können.

Allgemein wurde für die Aufstellung des Forschungsdesigns davon ausgegangen, dass sich die Wirkung der Popularisierung der Klimakrise in einer qualitativen und quantitativen Veränderung der Policy-Orientierungen der relevanten Landesparteien widerspiegelt. Als wesentliches Material zur Beweisführung wurden die entsprechenden Landtagswahlprogramme vor und während der Popularisierung der Klimakrise ausgewählt. Für die Fallauswahl erwies sich als günstig, dass sich Bremen, Brandenburg und Thüringen bzgl. ihrer älteren und jüngeren politischen Historie, aber auch ihrer Geografie, Fläche, Karbonintensität sowie Betroffenheit vom Klimawandel unterscheiden. Dadurch wurde zum fundierten Nachweis der Wirkung der Popularisierung der Klimakrise ein Untersuchungsrahmen ermöglicht, der am ehesten als Most Different Systems Design zu bezeichnen ist.

Diese Konstruktion erlaubte, die einzelnen Inhalte der Forschungsfrage auszudifferenzieren. Forschungspraktisch konnten so zwei zentrale Dimensionen bearbeitet werden, die eng miteinander verwoben sind. Zum einen war es möglich, den Wirkungsmechanismus der Popularisierung der Klimakrise in quantitativer und qualitativer Hinsicht für alle Untersuchungsobjekte, also die einzelnen relevanten Landesparteien, zu belegen. Für den quantitativen Teil war dabei Ausgangshypothese A maßgebend:

*A) Wenn die gesellschaftliche Relevanz der Klimakrise steigt, dann streben die jeweils relevanten Landesparteien in ihren Wahlprogrammen vermehrt sozial-ökologische Transformationen an.*

Dieser Bestandteil der ersten Dimension eröffnete zum anderen die Möglichkeit zur Differenzierung auf der zweiten Dimension – den unterschiedlichen Ausmaßen zwischen den relevanten Landesparteien innerhalb eines Bundeslands sowie zwischen den Bundesländern. Diesbezüglich wurde davon ausgegangen, dass die klimapolitisch entscheidenden Aspekte in den Bundesländern höchst unterschiedlich sind. Die relevanten Landesparteien setzen in diesem Kontext außerdem, entsprechend ihrer grundsätzlichen Ausrichtung, individuelle Schwerpunkte. Um diese Komplexität zu reduzieren, wurde sich bzgl. der quantitativen Erklärungen auf die Parteidifferenzen konzentriert. Dies spiegelt sich in den beiden weiteren Hypothesen B1 und B2 wider:

*B1) Umso mehr sozial-ökologische Transformationen im Grundsatzprogramm einer Partei angestrebt werden, desto mehr sozial-ökologische Transformationen streben die dazugehörigen relevanten Landesparteien in ihren Wahlprogrammen an.*

*B2) Umso mehr sozial-ökologische Transformationen im Grundsatzprogramm einer Partei angestrebt werden, desto geringer ist der Anstieg der Nennungen angestrebter sozial-ökologischer Transformationen in den Wahlprogrammen der dazugehörigen relevanten Landesparteien im Jahr 2019.*

Die quantitativen Unterschiede zwischen den Bundesländern sollten hingegen qualitativ erklärt werden, wozu klimapolitisch relevante Aspekte als Kontextvariablen fallspezifisch zu betrachten waren. Hierzu wurde sich auf die verfassungsmäßigen Grundlagen, die landesspezifische Betroffenheit vom Klimawandel, bisherige klimapolitische Maßnahmen in den Bundesländern und klimapolitisch relevante Akteur\*innen – aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – konzentriert. Zur Einbeziehung der Interessenkonstellationen und -dynamiken in und zwischen den Bundesländern, die sich ebenfalls auf die Formulierung konkreter Policy-Orientierungen auswirken, wurden auch die einzelnen Parteiensysteme und -wettbewerbe in der Analyse berücksichtigt.

Im Kapitel zwei dieser Arbeit konnten die Elemente beider Dimensionen, die essenziell für die Ausdifferenzierung des Forschungsdesigns sind, konkretisiert werden. In theoretischer Hinsicht waren dafür in den Kapiteln unter 2.1 vier Schritte zentral. Zuerst wurde

das verwendete Konzept der sozial-ökologischen Transformation als Veränderung der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse spezifiziert. Die darauf bezogene Aufarbeitung des Forschungsstands aus der Soziologie und der Politikwissenschaft sowie die Ausdifferenzierung bzw. Abgrenzung der einzelnen Varianten schufen eine solide theoretische Basis. So wurde zweitens möglich, die Klimakrise als ein andauerndes Scheitern der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu erfassen. Drittens konnte dadurch die theoretische Begründung der Formulierung diesbezüglicher Lösungsansätze durch die Parteien, die im Einzelnen konkrete Policy-Orientierungen in ihre Wahlprogramme aufnehmen, vollzogen werden. Dass diese Policy-Orientierungen stets die Form sozial-ökologischer Transformationsvarianten annehmen und damit die Modi der Klimapolitik darstellen, wurde im vierten Theoriekapitel deutlich gemacht. Zusammengefasst konnte so der Grundstein für die forschungspraktische Verwendung der theoretischen Konzepte gelegt werden. Die geringe Wirkung von Störfaktoren neben der Popularisierung der Klimakrise wurde so durch die Beschreibung der gesellschaftspolitischen Entwicklungen sowie deren soziologischen und politikwissenschaftlichen Implikationen theoriebezogen verargumentiert. Auch die wissenschaftliche Relevanz der Arbeit konnte so abgeleitet werden. Schließlich ist eine derart ausdifferenzierte Analyse der (partei-)politischen Bearbeitung der Klimakrise, genauso mit Bezug auf die Landesebene wie auch vor dem Hintergrund der aktuellen Zuspitzung i. V. m. ihrer Popularisierung, in der Literatur noch nicht vorzufinden. Dies gilt auch für die ausführliche Kombination des Konzepts der sozial-ökologischen Transformation mit der Policy-Forschung – gerade auch im Bereich der Klimapolitik.

Mit der Auffächerung des methodischen Rahmens in Kapitel 2.2 wurde die Konkretisierung des Forschungsdesigns schließlich abgerundet. Die Fundierung der Durchführung der Untersuchung, sowohl was die Anwendung des geschaffenen Analysegerüsts als auch die Nachvollziehbarkeit angeht, wurde so umfassend bewerkstelligt. Dies betrifft im Detail die Ausdifferenzierung der Variablenbeziehungen in der Forschungsfrage und den Hypothesen sowie die geeignete Methodenfindung bzw. Operationalisierung zur konkreten Analysedurchführung innerhalb dieses Kontexts. Gerade die Wahl des Mixed-Method-Ansatzes trug dazu bei, Ergebnisse zu gewinnen, die mit der Fallauswahl und den darin gesetzten Schwerpunkten nicht nur in die Breite gehen. Innerhalb der einzelnen Materialdurchgänge und -auswertungen wird mit ihm auch eine solide Tiefe erreicht. Aufbauend auf dieser Datensättigung konnten die analytischen Gütekriterien zusammen mit der ausführlichen Wiedergabe und Verwertung der gewonnenen Daten erreicht werden. So ist die Ergebnisfindung innerhalb des gesetzten Rahmens als objektiv und, wie in den einzelnen Analyseelementen bereits einzeln belegt wurde, als reliabel und valide zu bezeichnen. Die

Stärken und Schwächen der einzelnen Methodenanwendungen werden im Zuge der nachfolgenden Ergebnisdarstellung bewertet.

Generell als positiv einzuordnen ist die Trennung der Analyse in die Untersuchung fallübergreifender Kontexte und einzelner Fälle. Dadurch konnte in Kapitel 3.1.1 bzgl. der föderalen Dimension herausgefunden werden, dass die Bundesländer innerhalb des Betrachtungszeitraums klare klimapolitische Gestaltungsspielräume hatten. Aber auch mindestens im Folgejahr können sie noch in diesem Politikfeld aktiv werden. Zwar wird das Grundgesetz klimapolitisch nicht explizit. Jedoch können die Bundesländer klimawandelrelevante Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse entweder über die Mitsprache bei höheren Ebenen – also dem Bund oder der EU – beeinflussen oder innenpolitisch selbst sozial-ökologisch transformieren. Auch die mitigationspolitischen Mindestziele aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz oder später dem Bundes-Klimaschutzgesetz und dem Klimagesetz der EU können in den Bundesländern noch erweitert werden. Mit Bezug auf die parteipolitische Dimension konnte in Kapitel 3.1.2 hingegen ermittelt werden, dass in den Grundsatzprogrammen hinsichtlich der Policy-Orientierungen, in denen sich für sozial-ökologische Transformationen positioniert wird, eine Parteiendifferenz vorliegt. Dabei ist anhand der vorgefundenen qualitativen und quantitativen Unterschiede eine Links-Rechts-Einordnung möglich, welche die theoretischen Ausgangspunkte bestätigt und so auch fundiert: Die Skalierung gibt eine Tendenz wieder, die den generellen progressiven bzw. konservativen Ausrichtungen der Parteien entspricht.

Die Ergebnisse aus den Fallanalysen knüpfen an diese Erkenntnisse zu den fallübergreifenden Kontexten an. Anschließend an die Analyse des Grundgesetzes ist auch für die Landesverfassungen zu konstatieren, dass in jenen der betrachteten Fälle bisher keine ausdrücklich klimapolitischen Regelungen vorliegen. Durchweg vorzufinden sind jedoch klimapolitische Programme, Konzepte, Strategien u. Ä. politische Handlungsorientierungen, aus denen nur in Bremen und Thüringen – jeweils unter progressiven Mehrheiten, die vor den Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern bestanden – konkrete Klimagesetze hervorgingen. Obwohl in allen Fällen eine spürbare Betroffenheit vom Klimawandel zu identifizieren ist, sticht das wahrgenommene Ausmaß insbesondere in Thüringen hervor. Demgegenüber steht die Karbonintensität, welche die Wirkung auf den Klimawandel widerspiegelt. Diese fällt in Thüringen am geringsten, in Bremen durchschnittlich und in Brandenburg am höchsten aus. Hauptverantwortlich dafür ist die Kohlewirtschaft in den beiden letztgenannten Bundesländern, wobei gerade die Braunkohleindustrie in der Lausitz wirtschaftlich strukturprägend ist. Als weitere Kontextvariablen sind die jeweilige Stärke der klimapolitisch relevanten Akteur\*innen aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zu benennen. Diese rückten im Jahresverlauf mit der zunehmenden Popularisierung der Klimakrise gesellschaftspolitisch stärker in den Fokus. Der relativ frühe Wahlter-

min in Bremen (26.05.2019) steht also jenen in Brandenburg (01.09.2019) und Thüringen (27.10.2019) gegenüber.

Ausgehend von diesen Most Different Systems zeigen die Ergebnisse aus den Analysen der Wahlprogramme, dass 16 von 19 der relevanten Landesparteien laut der gewichteten Absatzzählung vermehrt sozial-ökologische Transformationen anstreben. Dass hierbei quantitative Ungenauigkeiten bei den einzelnen Untersuchungsobjekten auftreten, ist zwar – neben der Stärke der Überblicksschaffung – eine Schwäche dieses Ansatzes der Absatzzählung. Dies ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Erkenntnis, welche dank der Methodentriangulation in Form der qualitativen Auswertung der Codes sowie deren Quantifizierung bestätigt wird. Während die AfD in Bremen und Brandenburg sowie die BIW in Bremen Ausnahmen davon darstellen, ist die Ausgangshypothese A für die anderen relevanten Landesparteien zu verifizieren. Inhaltlich gelten diese Ergebnisse genauso für die genuine Klimapolitik wie für sozial-ökologische Maßnahmen, die auf eine generelle umweltpolitische Bewusstseinsbildung zurückzuführen sind.

Auch Hypothese B1 ist zu verifizieren. Die Regressionsanalysen zeigen, dass ein insgesamt sehr starker positiver linearer Zusammenhang zwischen den gewichteten Anzahlen der Absätze, in denen sich für sozial-ökologische Transformationen ausgesprochen wird, in den Grundsatz- und Wahlprogrammen besteht. Abweichungen kommen v. a. durch die Werte der Partei Die Linke zustande. Die Betonung ihres Ziels des sozial-ökologischen Umbaus bzw. einer solchen Transformation fällt im abstrakteren Grundsatzprogramm wesentlich stärker aus als in den konkreten Wahlprogrammen.

Dementgegen ist Hypothese B2 zu falsifizieren, wovon abzuleiten ist, dass die quantitativen Entwicklungen entsprechend den Absatzzählungen multikausal zu erklären sind. Dazu ist festzuhalten, dass die Stärke des Anstiegs der Befürwortung sozial-ökologischer Transformationen im Zuge der Popularisierung der Klimakrise im Jahr 2019 aus verschiedenen Gründen unterschiedlich ausfällt. Begünstigend wirken dabei:

- eine grundsätzlich progressive Ausrichtung der Partei,
- eine progressive Zusammensetzung der vorherigen Landesregierung,
- fehlende umwelt- bzw. klimapolitische Regelungen in der Landesverfassung und den Gesetzen,
- eine starke Karbonintensität des Bundeslands, da so, i. V. m. der Schwächung der Position der verursachenden – insbesondere wirtschaftlichen – Akteur\*innen, Transformationsmöglichkeiten gegeben werden,
- die Zunahme und folglich vermehrte Wahrnehmung der Folgen des Klimawandels,
- ein liberal-städtischer (also progressiver) Kontext und
- ein später Wahltermin – wegen der Stärkung klimapolitisch relevanter Akteur\*innen aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.



Wenn auch in begrenztem Umfang, orientieren sich die relevanten Landesparteien dabei inhaltlich auch an erfolgreichen Politikansätzen aus anderen Bundesländern. Zusätzlich zeigen sich die neuerlichen, und damit innovativen, Intensivierungen entsprechend dem Multiple-Streams-Ansatzes auch an der im- oder expliziten Verwendung vorhandener Konzepte – wobei der Großteil der Ansätze der Befürworter\*innen sozial-ökologischer Transformationen als mehr oder weniger tiefgreifende ökologische Modernisierungen zu fassen sind. Ihre Policy-Orientierungen zielen demzufolge auf Veränderungen innerhalb des bestehenden Systems ab. Nur die Ansätze der Partei Die Linke sind als öko-sozialistisch und damit als systemüberwindend einzuordnen. Im Gegensatz dazu wird am Beispiel der AfD deutlich, dass die Popularisierung der Klimakrise bei der Anzweiflung des anthropogenen Einflusses auf den Klimawandel zu einer tendenziell noch vehementeren Ablehnung mindestens der Mitigationpolitik führt.

Auf der Grundlage des Forschungsdesigns konnte also nicht nur der Beleg des grundsätzlichen Wirkungsmechanismus der Popularisierung der Klimakrise adressiert werden. Mit der Konkretisierung des theoretischen und methodischen Rahmens war es innerhalb der einzelnen Analyseschritte auch möglich, den Einfluss von Kontextvariablen herauszustellen. Daraus ergibt sich zusammen betrachtet ein schlüssiges Gesamtbild, welches durch die gegenseitige Ergänzung der Analyseschritte eine fundierte Beantwortung der Forschungsfrage ermöglicht. Schließlich wird die Wirkung der Popularisierung der Klimakrise nicht anhand eines einzelnen Codes oder Wahlprogramms, sondern erst unter Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Umstände und der Gesamtschau der Ergebnisse erkennbar.

So streben 16 der 19 jeweils relevanten Landesparteien in den Bundesländern entweder in quantitativer oder qualitativer Hinsicht infolge der Popularisierung der Klimakrise im Jahr 2019 vermehrt sozial-ökologische Transformationen an. Die Ausnahmen sind die Landesverbände der AfD in Bremen und Brandenburg sowie die BIW in Bremen. Für diese drei gilt, dass weder die klimaspezifischen Entwicklungen noch die generelle umweltpolitische Bewusstseinsbildung im Rahmen der Popularisierung der Klimakrise zu einer stärkeren Befürwortung sozial-ökologischer Transformationen führte. Vielmehr ist hier im Zuge der teils gestiegenen Ablehnung klimapolitischer Maßnahmen eine gestiegene Polarisierung zwischen progressiven und konservativen Kräften zu konstatieren. Aber auch anhand dieser Erkenntnis lässt sich die Wirkung der Popularisierung der Klimakrise ableiten, da die vehementere Ablehnung – kontrafaktisch gedacht – ohne eine intensivere gesellschaftspolitische Debatte nicht zu erklären ist. Dabei hängt die konkrete Positionierung jeder relevanten Landespartei, sowohl was die Richtung als auch die Reichweite der entsprechenden Policy-Orientierungen betrifft, von der grundsatzprogrammatischen Ausrichtung und den landesspezifischen Umständen ab.

Da trotz der Abhängigkeit von den letztgenannten Variablen ein genereller Trend erkennbar ist, kann für die Ergebnisse auch eine externe Validität beansprucht werden. Das bedeutet, dass die beschriebenen Wirkungsmechanismen mindestens auch für die Landtagswahl im Jahr 2019 in Sachsen gelten. Weil der Klimawandel kein Ereignis ist, das ungelöst verschwindet, sondern – wie während der Coronakrise – nur vorübergehend an Beachtung verlieren kann, geben die Befunde den Beginn einer generellen Tendenz wieder. Dementsprechend sind die neuen Policy-Orientierungen in den Bundesländern mindestens mögliche Anfangspunkte für konkrete umwelt- bzw. klimapolitische Implementierungen, die im Rahmen der gesamten Klima- bzw. Transformationsgovernance über die Landesebene hinaus stattfinden. Das aufgegriffene Bundes-Klimaschutzgesetz ist ein Beispiel für diesen Ausblick. Eine Wirkung auf irrelevante Parteien ist nur anzunehmen, wenn sie sich nicht nur auf ein Thema, das keinen Bezug zur Klimapolitik hat, konzentrieren.

Davon ausgehend lässt sich die wissenschaftliche Relevanz der Arbeit anhand der Einbettung in den Forschungsstand bzw. des Anschlusses an die Forschungsdesiderate beschreiben. So wurde grundsätzlich aufgezeigt, dass sich das Konzept der sozial-ökologischen Transformation aus dem Frankfurter Ansatz mit der Policy-Forschung verbinden lässt. Durch diese interdisziplinäre Kombination wird einerseits dem Frankfurter Ansatz eine (partei-)politische Analysedimension hinzugefügt. Andererseits erhält die Policy-Forschung so insbesondere im umwelt- bzw. klimapolitischen Bereich ein zusätzliches Analyseraster. Zusätzlich wurde die Erklärung der Zuspitzung und die folgende Popularisierung der Klimakrise mittels der Einbettung in den Frankfurter Ansatz theoretisch fundiert. Darauf aufbauend konnte die sozialwissenschaftliche Perspektive auf den Klimawandel gestärkt und mit der Analyse der Formulierung der Klimapolitik auf der Landesebene ein weiteres Forschungsdesiderat in der Policy-Forschung bedient werden.

Die gesellschaftliche Relevanz der Ergebnisse besteht hingegen allgemein darin, dass zumindest hinsichtlich der wahlprogrammatischen Policy-Orientierungen eine parteiübergreifende Responsivität belegt werden konnte. Aus diesem Umstand lässt sich erstens für jene Bürger\*innen, die Positionierungen im Bereich der Klimapolitik in ihre Wahlentscheidung einfließen lassen, ableiten, dass sie ihre eigene Meinung mit jenen der einzelnen Parteien abgleichen und daraus elektorale Schlussfolgerungen ziehen können. Zweitens gilt für Parteiaktivist\*innen das gleiche mit Bezug auf die zwischenparteiliche Zusammenarbeit. Die Einzelergebnisse dieser Arbeit liefern außerdem konkrete Zusammenfassungen der Policy-Orientierungen der betrachteten relevanten Landesparteien. Hieraus ist eine spätere Bewertung ihrer Arbeit nach der Wahl möglich.

Anschließend an den Punkt der Evaluation ist es für die weitere Forschung maßgeblich, auch die konkreten klimapolitischen Policy-Implementierungen in den Blick zu nehmen. Einerseits gestaltet sich dies bzgl. der generellen Überprüfung der Umsetzung von Grund-

satz- und Wahlprogrammen als interessant. Andererseits ist von Belang, inwiefern die Popularisierung der Klimakrise nicht nur eine vorübergehende Wirkung auf die Policy-Orientierungen hatte, sondern die Herausforderungen im Kontext des Klimawandels auch wirksam angegangen wurden und werden. Dies betrifft sowohl die Dauer als auch die Reichweite der eingeleiteten Maßnahmen. In Anbetracht übergroßer Mehrheiten, welche zumindest in den betrachteten Fällen klimapolitische Transformationen unterstützen, und der stärkeren Spürbarkeit der Folgen des Klimawandels scheinen in der näheren Zukunft zwar selbst tiefgreifendere Gesellschaftsveränderungen denkbar. Generelle Polarisierungen zwischen den Parteien, wie etwa im Falle Thüringens nachskizziert, stehen dem jedoch genauso entgegen wie bspw. die Relevanzerlangung anderer Probleme bzw. Krisen – derart etwa die Entwicklungen um die Corona-Pandemie. So sind z. B. die sogenannten Klimalisten, mit denen Teile der Klimabewegung nach 2019 auch zunehmend selbst zu Wahlen unterhalb der Bundesebene antreten<sup>751</sup>, ein Anzeichen für das Fehlen praktischer Lösungen in der Klimapolitik. Ausgehend von dieser Ungewissheit bzgl. der Regulation der v. a. klimarelevanten gesellschaftlichen Naturverhältnisse bleibt also nur folgender Schluss: Auch in Zukunft bedarf es einer kritischen politik- bzw. insgesamt sozialwissenschaftlichen Begleitung der partei- und allgemein gesellschaftspolitischen Bearbeitung der Klimakrise, um zur Realisation erfolgreicher Auswege beizutragen.

---

<sup>751</sup> Exemplarisch: Vgl. Rauhe, Janek: *Klimaaktivisten finden Grüne nicht radikal genug. Eigene Liste bei Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021*, in: SWR Aktuell vom 10.07.2020, URL: <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/klimaaktivisten-machen-gruenen-konkurrenz-100.html> [Zugriff am 09.12.2020].

# Inhaltsverzeichnis für den Anhang

1. Das Schema zur Darstellung der Codes .....	XXII
2. Die Bestandteile der Analyseteile.....	XXIII
2.1 Die Kodierleitfäden für alle Analyseteile.....	XXIII
2.2 Die Bestandteile der Analyse der fallübergreifenden Kontexte.....	XXVII
2.2.1 Die Codes aus dem Grundgesetz zur Analyse der föderalen Gestaltungsspielräume in den Bundesländern .....	XXVII
2.2.2 Die Bestandteile der Analyse der Grundsatzprogramme der berücksichtigten Parteien.....	XXXII
2.2.2.1 Die Bestandteile der Analyse der Grundsatzprogramme der berücksichtigten Parteien.....	XXXII
2.2.2.1.1 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der CDU .....	XXXII
2.2.2.1.2 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der SPD.....	XXXVII
2.2.2.1.3 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der Linken .....	XLII
2.2.2.1.4 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der AfD .....	LIX
2.2.2.1.5 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der Grünen .....	LXV
2.2.2.1.6 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der FDP.....	LXXXIX
2.2.2.1.7 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der BVB/FW .....	XCIV
2.2.2.1.8 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der BIW .....	XCV
2.2.2.2 Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse.....	XCIX

2.3 Die Bestandteile der Analyse der einzelnen Fälle .....	CIII
2.3.1 Die Bestandteile der Analyse des Falls Bremen .....	CIII
2.3.1.1 Die Daten zur Beschreibung des Parteiensystems und –wettbewerbs.....	CIII
2.3.1.2 Die Codes aus der Landesverfassung .....	CIV
2.3.1.3 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 .....	CVI
2.3.1.3.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU .....	CVI
2.3.1.3.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD.....	CXIII
2.3.1.3.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen .....	CXX
2.3.1.3.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken .....	CXXXV
2.3.1.3.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD .....	CXLIII
2.3.1.3.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP.....	CXLVII
2.3.1.3.7 Die Codes aus dem Wahlprogramm der BIW .....	CLI
2.3.1.4 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 .....	CLV
2.3.1.4.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU .....	CLV
2.3.1.4.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD.....	CLXIV
2.3.1.4.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen .....	CLXXVIII
2.3.1.4.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken .....	CCIX
2.3.1.4.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD .....	CCXIX

2.3.1.4.6	Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP .....	CCXXI
2.3.1.4.7	Die Codes aus dem Wahlprogramm der BIW .....	CCXXXII
2.3.1.5	Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse.....	CCXXXV
2.3.2	Die Bestandteile der Analyse des Falls Brandenburg .....	CCXLVIII
2.3.2.1	Die Daten zur Beschreibung des Parteiensystems und –wettbewerbs.....	CCXLVIII
2.3.2.2	Die Codes aus der Landesverfassung .....	CCXLIX
2.3.2.3	Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 .....	CCLI
2.3.2.3.1	Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD.....	CCLI
2.3.2.3.2	Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD .....	CCLIV
2.3.2.3.3	Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU .....	CCLV
2.3.2.3.4	Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen .....	CCLVII
2.3.2.3.5	Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken .....	CCLXXXVII
2.3.2.3.6	Die Codes aus dem Wahlprogramm der BVB/FW .....	CCXCVII
2.3.2.4	Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 .....	CCCIV
2.3.2.4.1	Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD.....	CCCIV
2.3.2.4.2	Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD .....	CCCXI
2.3.2.4.3	Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU .....	CCCXVIII
2.3.2.4.4	Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen .....	CCCXXIV

2.3.2.4.5	Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken .....	CCCLXII
2.3.2.4.6	Die Codes aus dem Wahlprogramm der BVB/FW .....	CCCLXXVI
2.3.2.5	Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse.....	CCCLXXXV
2.3.3	Die Bestandteile der Analyse des Falls Thüringen .....	CCCXCVII
2.3.3.1	Die Daten zur Beschreibung des Parteiensystems und –wettbewerbs.....	CCCXCVII
2.3.3.2	Die Codes aus der Landesverfassung .....	CCCXCVII
2.3.3.3	Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 .....	CCCXCIX
2.3.3.3.1	Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken .....	CCCXCIX
2.3.3.3.2	Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD .....	CDIX
2.3.3.3.3	Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU .....	CDXV
2.3.3.3.4	Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD.....	CDXXI
2.3.3.3.5	Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen .....	CDXXXII
2.3.3.3.6	Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP.....	CDL
2.3.3.4	Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 .....	CDLX
2.3.3.4.1	Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken .....	CDLX
2.3.3.4.2	Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD .....	CDLXXVI
2.3.3.4.3	Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU .....	CDXC
2.3.3.4.4	Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD.....	CDXCVIII

2.3.3.4.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen .....	DIV
2.3.3.4.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP.....	DXXXI
2.3.3.5 Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse.....	DXLII
2.4 Die Bestandteile der Analyse zur Gesamtbetrachtung der Einzelergebnisse.....	DLIV
2.4.1 Die Daten zur Bestimmung der Reihenfolge der Nennung der Parteien .....	DLIV
2.4.2 Die zusammengeführten Daten zur Prüfung von Ausgangshypothese A.....	DLIV
2.4.3 Die zusammengeführten Daten zur Prüfung von Hypothese B1.....	DLX
2.4.4 Die zusammengeführten Daten zur Prüfung von Hypothese B2.....	DLXVI



# Anhang<sup>752</sup>

## 1. Das Schema zur Darstellung der Codes

Die Codes werden jeweils nach folgendem Schema aufgeführt<sup>753</sup>:

[Fundstelle], [Code-Kennzeichnung]

[„Zitat des Codes“.]

[→ Begründung der Kodierung.]

[- Überprüfung bzw. Auffächerung der Inhalte des Codes (nur bei den Kategorien SÖT & GSÖT)]

Die Code-Kennzeichnung erfolgt so:

[Fallbezug]-[Materialherkunft]-[Kategorie]-[Code-Nummer je Kategorie]

Dabei werden die folgenden Abkürzungen verwendet<sup>754</sup>:

- Abkürzungen zum Fallbezug<sup>755</sup>

→ Alle Fälle	= AF
→ Bremen	= HB
→ Brandenburg	= BB
→ Thüringen	= TH

- Abkürzungen zur Materialherkunft

→ Grundgesetz	= GG
→ Grundsatzprogramm (mit Parteienkürzel)	= GP (z. B. GP.CDU)
→ Landesverfassung	= LV
→ Wahlprogramm (mit Parteienkürzel und Jahr)	= WP (z. B. WP.CDU.2019)

- Abkürzungen zu den Kategorien

→ Regulation	= RE
→ Popularisierung der Klimakrise	= PK
→ Sozial-ökologische Transformation	= SÖT
→ Gegen sozial-ökologische Transformation	= GSÖT

---

<sup>752</sup> Der Anhang wurde zum Einsparen von Papier bzw. zur Ermöglichung eines einfachen Festeinbands beidseitig gedruckt.

<sup>753</sup> Zwecks einer besseren Übersichtlichkeit werden die Codes generell wie längere Zitate gehandhabt und daher in Schriftgröße zehn und mit einfachem Zeilenabstand verfasst. Auf das Einrücken wird verzichtet. Zusammen mit der Struktur des Schemas entspricht dies meinem allgemeinen Vorgehen in Leistungsnachweisen.

<sup>754</sup> Die Abkürzungen im Rahmen der Schematisierung werden hier zur besseren Nachvollziehbarkeit zusätzlich zum Abkürzungsverzeichnis noch einmal dargestellt und ausdifferenziert.

<sup>755</sup> Die Abkürzungen der Bundesländer entsprechen den Normen der Internationalen Organisation für Normung: Vgl. o. Verf.: *ISO 3166 — Codes for the representation of names of countries and their subdivisions. Germany*, Internetseite der Internationalen Organisation für Normung, URL: <https://www.iso.org/obp/ui/#iso:code:3166:DE> [Zugriff am 09.12.2020].

## 2. Die Bestandteile der Analyseteile

### 2.1 Die Kodierleitfäden für alle Analyseteile

Tabelle 1: Der Kodierleitfaden für die Analyse des Grundgesetzes und der Landesverfassungen

Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel
Regulation	Hierunter fallen alle Beschreibungen von Regulationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse	„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ <sup>756</sup>	Die Kodierung erfolgt, sobald ein Textbestandteil die Definition erfüllt.

Quelle: In Anlehnung an: Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 111f.

Tabelle 2: Der Kodierleitfaden für die Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme

Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel
Popularisierung der Klimakrise	Hierunter fallen alle Textinhalte, in denen auf die Indikatoren für die Popularisierung der Klimakrise rekurriert wird.	„Die Jugend in vielen Ländern hat verstanden, dass mehr Klimaschutz notwendig ist. Auch in Thüringen wird seit mehreren Wochen unter dem Motto »Fridays for Future« demonstriert. DIE LINKE. Thüringen befürwortet und unterstützt diese Aktivitäten.“ <sup>757</sup>	Die Kodierung erfolgt, sobald ein Textbestandteil die Definition erfüllt.
Sozial-ökologische Transformation	Hierunter fallen alle Beschreibungen, in denen eine sozial-ökologische Transformation dargestellt und ihre Umsetzung befürwortet wird.	„Die Globalisierung erfordert eine neue Dimension der Sozialen Marktwirtschaft und bietet die Chance, global soziale und ökologische Standards zu setzen.“ <sup>758</sup>	Die Kodierung erfolgt, sobald ein Textbestandteil die Definition erfüllt.

<sup>756</sup> Anhang, S. XXVII, Code AF-GG-RE-2.

<sup>757</sup> Ebd., S. CDLX, Code TH-WP.Linke.2019-PK-1.

<sup>758</sup> Ebd., S. XXXII, Code AF-GP.CDU-SÖT-1.

Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel
Gegen sozial-ökologische Transformation	Hierunter fallen alle Beschreibungen, in denen eine sozial-ökologische Transformation dargestellt und ihre Umsetzung abgelehnt wird.	„Die AfD sagt daher ‚Ja zum Umweltschutz‘, macht aber Schluss mit der ‚Klimaschutzpolitik‘ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und ‚Transformation der Gesellschaft‘.“ <sup>759</sup>	Die Kodierung erfolgt, sobald ein Textbestandteil die Definition erfüllt.

Quelle: In Anlehnung an: Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 111f.

Tabelle 3: Der Kodierleitfaden für die inhaltliche Ausdifferenzierung der Codes in den Kategorien „Sozial-ökologische Transformation“ und „Gegen sozial-ökologische Transformation“ in der Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme

Unterkategorien	Ausprägungen	Definitionen	Ankerbeispiele	Kodierregeln
Ausmaß der Transformation	Einzel	Hierunter fallen alle Beschreibungen, die sozial-ökologische Transformationen in einzelnen Gesellschaftsbereichen darstellen.	„Durch den Klimawandel sind verstärkte Anstrengungen beim Hochwasserschutz erforderlich. Dazu gehört eine Erhöhung der Deiche, vor allem aber der Erhalt von Überflutungsgebieten.“ <sup>760</sup>	Jedem Code in der jeweiligen Kategorie wird eine Ausprägung der Unterkategorie zugeordnet.
	Als Ganzes	Hierunter fallen alle Beschreibungen, welche die sozial-ökologische Transformation als ein Großprojekt darstellen.	„Die Globalisierung erfordert eine neue Dimension der Sozialen Marktwirtschaft und bietet die Chance, global soziale und ökologische Standards zu setzen.“ <sup>761</sup>	
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, die explizit klimapolitisch sind und eine Mitigation darstellen.	„Bis 2020 wollen wir die Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 senken.“ <sup>762</sup>	Jedem Code in der jeweiligen Kategorie wird eine Ausprägung der Unterkategorie zugeordnet.

<sup>759</sup> Anhang, S. LIX, Code AF-GP.AfD-GSÖT-2.

<sup>760</sup> Ebd., S. CXXXVII, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-12.

<sup>761</sup> Ebd., S. XXXII, Code AF-GP.CDU-SÖT-1.

<sup>762</sup> Ebd., S. XXXIII, Code AF-GP.CDU-SÖT-10.

Unterkategorien	Ausprägungen	Definitionen	Ankerbeispiele	Kodierregeln
Klimapolitischer Bezug	Ja: Adaption	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, die explizit klimapolitisch sind und eine Adaption darstellen.	„Durch den Klimawandel sind verstärkte Anstrengungen beim Hochwasserschutz erforderlich. Dazu gehört eine Erhöhung der Deiche, vor allem aber der Erhalt von Überflutungsgebieten.“ <sup>763</sup>	Jedem Code in der jeweiligen Kategorie wird eine Ausprägung der Unterkategorie zugeordnet.
	Nein	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, die keinen klimapolitischen Bezug aufweisen.	„Die Globalisierung erfordert eine neue Dimension der Sozialen Marktwirtschaft und bietet die Chance, global soziale und ökologische Standards zu setzen.“ <sup>764</sup>	
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen ein Bezug zum Völkerrecht (außer EU) hergestellt wird.	„Die CDU will die bestehenden Institutionen der Völkergemeinschaft für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und unabdingbarer ökologischer und sozialer Mindeststandards nutzen.“ <sup>765</sup>	Jedem Code in der jeweiligen Kategorie wird eine Ausprägung der Unterkategorie zugeordnet.
	Ja: EU-Ebene	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen ein Bezug zu EU-weiten Regelungen hergestellt wird.	„Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union werden.“ <sup>766</sup>	
	Ja: Bundesebene	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen ein Bezug zu Bundesregelungen hergestellt wird.	„ <b>CO<sup>2</sup>-Bindungsprämie:</b> Den Beitrag des Waldes zur Bindung von CO <sup>2</sup> wollen wir aktiv unterstützen und dazu Anreize für die Anpflanzung und Bewirtschaftung von Wäldern setzen. Wir werden uns im Bund für die Einführung einer CO <sup>2</sup> -Bindungsprämie einsetzen, um die Klimafunktion des Waldes angemessen zu vergüten.“ <sup>767</sup> (Herv. i. O.)	

<sup>763</sup> Anhang, S. CXXXVII, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-12.

<sup>764</sup> Ebd., S. XXXII, Code AF-GP.CDU-SÖT-1.

<sup>765</sup> Ebd., S. XXXII, Code AF-GP.CDU-SÖT-4.

<sup>766</sup> Ebd., S. LV, Code AF-GP.Linke-SÖT-83.

<sup>767</sup> Ebd., S. CDXCIII, Code TH-WP.CDU.2019-SÖT-18.

Unterkategorien	Ausprägungen	Definitionen	Ankerbeispiele	Kodierregeln
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Landesebene	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen ein Bezug zu Landesregelungen hergestellt wird.	„Ein weiterer zentraler Baustein für einen erfolgreichen Klimaschutz ist der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und vor allem aus der Kohleverstromung. Wir begrüßen daher die Absicht des bremischen Energieerzeugers swb, baldmöglichst die verbliebenen Kohlekraftwerksblöcke zu schließen.“ <sup>768</sup>	Jedem Code in der jeweiligen Kategorie wird eine Ausprägung der Unterkategorie zugeordnet.
	Nein	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen kein Bezug auf eine Rechtsordnung hergestellt wird.	„Das Einsparen von Energie, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind tragende Säulen unserer Politik für den Klimaschutz.“ <sup>769</sup>	
Wirtschaftsbezug	Ja	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen ein Bezug zu wirtschaftlichen Akteur*innen bzw. deren Interessen hergestellt wird.	„Industrie und Gewerbe haben noch viele ungenutzte Klimaschutzpotenziale. Bessere Energieeffizienz führt auch dazu, dass die Unternehmen wettbewerbsfähiger werden.“ <sup>770</sup>	Jedem Code in der jeweiligen Kategorie wird eine Ausprägung der Unterkategorie zugeordnet.
	Nein	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen kein Bezug zu wirtschaftlichen Akteur*innen bzw. deren Interessen hergestellt wird.	„Durch den Klimawandel sind verstärkte Anstrengungen beim Hochwasserschutz erforderlich. Dazu gehört eine Erhöhung der Deiche, vor allem aber der Erhalt von Überflutungsgebieten.“ <sup>771</sup>	

<sup>768</sup> Anhang, S. CLXXI, Code HB-WP.SPD.2019-SÖT-45.

<sup>769</sup> Ebd., S. XXXIV, Code AF-GP.CDU-SÖT-12.

<sup>770</sup> Ebd., S. CXXV, Code HB-WP.Grüne.2015-SÖT-30.

<sup>771</sup> Ebd., S. CXXXVII, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-12.

Unterkategorien	Ausprägungen	Definitionen	Ankerbeispiele	Kodierregeln
Konzeptbezug	Ja	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen ein Bezug zu einem Konzept hergestellt wird.	„Wachstum macht es uns leichter, persönliche, gesellschaftliche und globale Herausforderungen zu bewältigen – von der Energiewende und der ökologischen Modernisierung über den demographischen Wandel bis zur Bekämpfung von Krankheiten.“ <sup>772</sup>	Jedem Code in der jeweiligen Kategorie wird eine Ausprägung der Unterkategorie zugeordnet.
	Nein	Hierunter fallen alle Beschreibungen von sozial-ökologischen Transformationen, in denen kein Bezug zu einem Konzept hergestellt wird.	„Durch den Klimawandel sind verstärkte Anstrengungen beim Hochwasserschutz erforderlich. Dazu gehört eine Erhöhung der Deiche, vor allem aber der Erhalt von Überflutungsgebieten.“ <sup>773</sup>	

Quelle: In Anlehnung an: Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse*, S. 111f.

## 2.2 Die Bestandteile der Analyse der fallübergreifenden Kontexte

### 2.2.1 Die Codes aus dem Grundgesetz zur Analyse der föderalen Gestaltungsspielräume in den Bundesländern

Artikel 11, Absatz 2, AF-GG-RE-1

„Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 15, AF-GG-RE-2

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

→ Die Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse mit Bezug auf Naturgegebenes wird geregelt.

Artikel 20a, AF-GG-RE-3

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen wird geregelt.

<sup>772</sup> Ebd., S. LXXXIX, Code AF-GP.FDP-SÖT-4.

<sup>773</sup> Ebd., S. CXXXVII, Code HB-WP.Linke.2015-SÖT-12.

Artikel 35, Absatz 2, AF-GG-RE-4

„Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 35, Absatz 3, AF-GG-RE-5

„Gefährdet die Naturkatastrophe oder der Unglücksfall das Gebiet mehr als eines Landes, so kann die Bundesregierung, soweit es zur wirksamen Bekämpfung erforderlich ist, den Landesregierungen die Weisung erteilen, Polizeikräfte anderen Ländern zur Verfügung zu stellen, sowie Einheiten des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte zur Unterstützung der Polizeikräfte einsetzen.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 72, Absatz 3, AF-GG-RE-6

„Hat der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht, können die Länder durch Gesetz hiervon abweichende Regelungen treffen über:

1. das Jagdwesen (ohne das Recht der Jagdscheine);“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit Tieren werden geregelt. Letztere sind „natürlich“.

Artikel 72, Absatz 3, AF-GG-RE-7

„Hat der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht, können die Länder durch Gesetz hiervon abweichende Regelungen treffen über: [...]

2. den Naturschutz und die Landschaftspflege (ohne die allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes, das Recht des Artenschutzes oder des Meeresnaturschutzes);“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit der Natur werden geregelt.

Artikel 72, Absatz 3, AF-GG-RE-8

„Hat der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht, können die Länder durch Gesetz hiervon abweichende Regelungen treffen über: [...]

3. Bodenverteilung;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Ressourcen werden geregelt.

Artikel 72, Absatz 3, AF-GG-RE-9

„Hat der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht, können die Länder durch Gesetz hiervon abweichende Regelungen treffen über: [...]

5. den Wasserhaushalt (ohne stoff- oder anlagenbezogene Regelungen);“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit Wasser werden geregelt. Letzteres ist „natürlich“.

Artikel 73, Absatz 1, AF-GG-RE-10

„Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über: [...]

6. den Luftverkehr;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Wegen werden geregelt.

Artikel 73, Absatz 1, AF-GG-RE-11

„Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über: [...]

6a. den Verkehr von Eisenbahnen, die ganz oder mehrheitlich im Eigentum des Bundes stehen (Eisenbahnen des Bundes), den Bau, die Unterhaltung und das Betreiben von Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes sowie die Erhebung von Entgelten für die Benutzung dieser Schienenwege;“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung „natürlicher“ Wege werden geregelt.

Artikel 73, Absatz 1, AF-GG-RE-12

„Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über: [...]

14. die Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen, die diesen Zwecken dienen, den Schutz gegen Gefahren, die bei Freiwerden von Kernenergie oder durch ionisierende Strahlen entstehen, und die Beseitigung radioaktiver Stoffe.“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung von Kernenergie werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-13

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

11. das Recht der Wirtschaft (Bergbau, Industrie, Energiewirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Handel, Bank- und Börsenwesen, privatrechtliches Versicherungswesen) ohne das Recht des Ladenschlusses, der Gaststätten, der Spielhallen, der Schaustellung von Personen, der Messen, der Ausstellungen und der Märkte;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Ressourcen werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-14

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

15. die Überführung von Grund und Boden, von Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Ressourcen werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-15

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

17. die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung (ohne das Recht der Flurbereinigung), die Sicherung der Ernährung, die Ein- und Ausfuhr land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Hochsee- und Küstenfischerei und den Küstenschutz;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Ressourcen werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-16

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

19. Maßnahmen gegen gemeingefährliche oder übertragbare Krankheiten bei Menschen und Tieren, Zulassung zu ärztlichen und anderen Heilberufen und zum Heilgewerbe, sowie das Recht des Apothekenwesens, der Arzneien, der Medizinprodukte, der Heilmittel, der Betäubungsmittel und der Gifte;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit Krankheiten werden geregelt. Letztere sind „natürlich“.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-17

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

20. das Recht der Lebensmittel einschließlich der ihrer Gewinnung dienenden Tiere, das Recht der Genussmittel, Bedarfsgegenstände und Futtermittel sowie den Schutz beim Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichem Saat- und Pflanzgut, den Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge sowie den Tierschutz;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Ressourcen werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-18

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

21. die Hochsee- und Küstenschifffahrt sowie die Seezeichen, die Binnenschifffahrt, den Wetterdienst, die Seewasserstraßen und die dem allgemeinen Verkehr dienenden Binnenwasserstraßen;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit dem Wetterdienst werden geregelt. Letzterer hat einen Bezug auf den Umgang mit Naturphänomenen.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-19

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

23. die Schienenbahnen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, mit Ausnahme der Bergbahnen;“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung „natürlicher“ Wege werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-20

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

24. die Abfallwirtschaft, die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung (ohne Schutz vor verhaltensbezogenem Lärm);“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Aufgabe der Luftreinhaltung wird geregelt. Letztere ist „natürlich“.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-21

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

28. das Jagdwesen;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit Tieren werden geregelt. Letztere sind „natürlich“.



Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-22

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

29. den Naturschutz und die Landschaftspflege;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit der Natur werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-23

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

30. die Bodenverteilung;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Ressourcen werden geregelt.

Artikel 74, Absatz 1, AF-GG-RE-24

„Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...]

32. den Wasserhaushalt;“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Ressourcen werden geregelt.

Artikel 87, Absatz 1, AF-GG-RE-25

„In bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau werden geführt der Auswärtige Dienst, die Bundesfinanzverwaltung und nach Maßgabe des Artikels 89 die Verwaltung der Bundeswasserstraßen und der Schifffahrt.“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Wegen werden geregelt.

Artikel 87d, Absatz 1, AF-GG-RE-26

„Die Luftverkehrsverwaltung wird in Bundesverwaltung geführt.“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Wegen werden geregelt.

Artikel 87d, Absatz 2, AF-GG-RE-27

„Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung den Ländern als Auftragsverwaltung übertragen werden.“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Wegen werden geregelt.

Artikel 87e, Absatz 3, AF-GG-RE-28

„Eisenbahnen des Bundes werden als Wirtschaftsunternehmen in privat-rechtlicher Form geführt. Diese stehen im Eigentum des Bundes, soweit die Tätigkeit des Wirtschaftsunternehmens den Bau, die Unterhaltung und das Betreiben von Schienenwegen umfaßt.“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung „natürlicher“ Wege werden geregelt.

Artikel 87e, Absatz 4, AF-GG-RE-29

„Der Bund gewährleistet, daß dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird.“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung „natürlicher“ Wege werden geregelt.

Artikel 89, Absatz 1, AF-GG-RE-30

„Der Bund ist Eigentümer der bisherigen Reichswasserstraßen.“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Wegen werden geregelt.

Artikel 89, Absatz 2, AF-GG-RE-31

„Der Bund verwaltet die Bundeswasserstraßen durch eigene Behörden. Er nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben der Binnenschifffahrt und die Aufgaben der Seeschifffahrt wahr, die ihm durch Gesetz übertragen werden. Er kann die Verwaltung von Bundeswasserstraßen, soweit sie im Gebiete eines Landes liegen, diesem Lande auf Antrag als Auftragsverwaltung übertragen. Berührt eine Wasserstraße das Gebiet mehrerer Länder, so kann der Bund das Land beauftragen, für das die beteiligten Länder es beantragen.“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Wegen werden geregelt.

Artikel 89, Absatz 3, AF-GG-RE-32

„Bei der Verwaltung, dem Ausbau und dem Neubau von Wasserstraßen sind die Bedürfnisse der Landeskultur und der Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit den Ländern zu wahren.“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit natürlichen Wegen werden geregelt.

Artikel 90, Absatz 2, AF-GG-RE-33

„Die Verwaltung der Bundesautobahnen wird in Bundesverwaltung geführt.“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung „natürlicher“ Wege werden geregelt.

Artikel 90, Absatz 3, AF-GG-RE-34

„Die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften verwalten die sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs im Auftrage des Bundes.“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung „natürlicher“ Wege werden geregelt.

Artikel 91a, Absatz 1, AF-GG-RE-35

„Der Bund wirkt auf folgenden Gebieten bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, wenn diese Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Gemeinschaftsaufgaben): [...]

2. Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.“

→ Die Zuständigkeiten für den Umgang mit Küsten werden geregelt. Letztere sind „natürlich“.

Artikel 104b, Absatz 1, AF-GG-RE-36

„Abweichend von Satz 1 kann der Bund im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, auch ohne Gesetzgebungsbefugnisse Finanzhilfen gewähren.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 109, Absatz 3, AF-GG-RE-37

„Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 115, Absatz 2, AF-GG-RE-38

„Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können diese Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 143e, Absatz 3, AF-GG-RE-39

„Durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates kann geregelt werden, dass ein Land auf Antrag die Aufgabe der Planfeststellung und Plangenehmigung für den Bau und für die Änderung von Bundesautobahnen und von sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs, die der Bund nach Artikel 90 Absatz 4 oder Artikel 143e Absatz 2 in Bundesverwaltung übernommen hat, im Auftrage des Bundes übernimmt und unter welchen Voraussetzungen eine Rückübertragung erfolgen kann.“

→ Die Zuständigkeiten für die gesellschaftliche Nutzbarmachung „natürlicher“ Wege werden geregelt.

## **2.2.2 Die Bestandteile der Analyse der Grundsatzprogramme der berücksichtigten Parteien**

### **2.2.2.1 Die Codes aus den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien**

#### **2.2.2.1.1 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der CDU**

##### S. 3, AF-GP.CDU-SÖT-1

„Die Globalisierung erfordert eine neue Dimension der Sozialen Marktwirtschaft und bietet die Chance, global soziale und ökologische Standards zu setzen.“

→ Die Einführung ökologischer Standards ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

##### S. 14f., AF-GP.CDU-SÖT-2

„Die Gefährdungen unserer Umwelt, die Folgen der Globalisierung, die Anforderungen der Wissensgesellschaft, neue Bedrohungen unserer Freiheit und der demografische Wandel sind die wichtigsten Beispiele solcher Herausforderungen. Wir müssen sie annehmen, uns auf sie einstellen und Chancen, die mit ihnen auch verbunden sind, für eine verantwortungsvolle und zukunftsfähige Politik im 21. Jahrhundert nutzen. Dafür müssen wir aber auch zu Veränderungen bereit sein.“

→ Veränderungen aufgrund der Gefährdung der Umwelt sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

##### S. 16, AF-GP.CDU-SÖT-3

„Wir wollen die Globalisierung so gestalten, dass weltweit Demokratie und Menschenrechte gestärkt und soziale und ökologische Ziele gefördert werden.“

→ Ökologische Ziele im Gegensatz zu bisher zu fördern, ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

##### S. 52, AF-GP.CDU-SÖT-4

„Die CDU will die bestehenden Institutionen der Völkergemeinschaft für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und unabdingbarer ökologischer und sozialer Mindeststandards nutzen.“

→ Die Einführung ökologischer Standards ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

##### S. 54, AF-GP.CDU-SÖT-5

„Wir müssen uns wieder stärker auf die grundlegenden Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen und sie in die richtige Balance bringen, um die Ziele Vollbeschäftigung, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, solide Haushalte und stabile soziale Sicherungssysteme zu erreichen. Dazu gehört auch, die Schöpfung zu bewahren und schonend mit den natürlichen Ressourcen umzugehen.“

→ Die Ausrichtung der Wirtschaft am schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen ist in der Praxis eine generelle sozial-ökologische Transformation des Wirtschaftens.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 57, AF-GP.CDU-SÖT-6

„Darüber hinaus ist für die Standortqualität eine sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Energieversorgung von elementarer Bedeutung.“

→ Das Ziel einer umweltfreundlichen Energieversorgung impliziert die Veränderung der bisherigen Energieversorgung und damit eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 75, AF-GP.CDU-SÖT-7

„Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist nur unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes möglich. Darüber hinaus ist ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz auch zunehmend ein Kosten- und Standortvorteil. Aus diesem Grunde setzen wir uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein, die mit verstärkter Forschung und Entwicklung, gezielten Anreizsystemen und Förderprogrammen sowie einem umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen vorgegebene Umweltziele verfolgt. Dazu gehört für uns auch, dass langfristig auf Ressourcenverbrauch oder Umweltbelastungen Abgaben statt Steuern erhoben werden.“

→ Mit der ökologischen Ausrichtung der Marktwirtschaft sollen mehrere Maßnahmen einhergehen, die als gesamte sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 75, AF-GP.CDU-SÖT-8

„Gemeinsam mit Schulen, Kommunen, Ländern, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie Land- und Forstwirten wollen wir umweltbewusstes Verhalten in der Gesellschaft verankern.“

→ Die Verankerung dieses Verhaltens bedeutet in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformationen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, AF-GP.CDU-SÖT-9

„Die CDU setzt sich dafür ein, dass Deutschland weiterhin eine führende Rolle beim Klimaschutz einnimmt und international als Impulsgeber auftritt. Gemeinsam mit möglichst vielen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern wollen wir den globalen Klimaschutz vorantreiben. Ein internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012, das auf dem Kyoto-Protokoll aufbaut, marktwirtschaftliche Anreize enthält und die aktive Einbindung bislang abseits stehender Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer ermöglicht, ist dabei ein wichtiger Schritt.“

→ Der angestrebte Klimaschutz geht in der Praxis mit zahlreichen sozial-ökologischen Transformationen einher, die als Großprojekt zu verstehen sind.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76, AF-GP.CDU-SÖT-10

„Bis 2020 wollen wir die Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 senken.“

→ Der angestrebte Klimaschutz geht in der Praxis mit zahlreichen sozial-ökologischen Transformationen einher, die als Großprojekt zu verstehen sind.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, AF-GP.CDU-SÖT-11

„Wir verfolgen eine Klima-Doppelstrategie, die verbindliche Grenzwerte für den Treibhausgasausstoß festlegt und die Einsatz und Entwicklung klimaschonender Technologien fördert. Kohlendioxid muss weltweit einen angemessenen Preis erhalten, damit sich Investitionen in klimaverträgliche Technologien rechnen.“

→ Der Umstieg auf klimaschonende Technologien ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im technologischen Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76, AF-GP.CDU-SÖT-12

„Das Einsparen von Energie, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind tragende Säulen unserer Politik für den Klimaschutz.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, AF-GP.CDU-SÖT-13

„Gleichzeitig ist es notwendig, bereits jetzt Strategien für eine Begrenzung der negativen Folgen des Klimawandels zu entwickeln. Dazu gehören beispielsweise ein verstärkter Hochwasser- und Küstenschutz. Darüber hinaus müssen Anpassungsstrategien für eine Landnutzung unter geänderten klimatischen Bedingungen entwickelt werden.“

→ Es werden generelle Anpassungen, also eine gesamte sozial-ökologische Transformation, angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.CDU-SÖT-14

„Angesichts der Abhängigkeit Deutschlands vom Import knapper und teurer Energierohstoffe ist eine Energieversorgung, die sicher, umweltfreundlich und wirtschaftlich bereitgestellt wird, eine politische Frage von überragender Bedeutung. Wir wollen die Risiken der Importabhängigkeit mindern.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.CDU-SÖT-15

„Wir treten dafür ein, die Energievorräte sparsamer zu nutzen, den Ausbau der heimischen erneuerbaren Energiequellen zu beschleunigen und effizientere Erzeugungstechnologien zu entwickeln. Erhebliche Potentiale sehen wir in der energetischen Gebäudesanierung. Bis 2020 streben wir eine Verdopplung der Energieproduktivität im Vergleich zu 1990 an. Dazu tragen auch dezentrale Energieerzeugungseinrichtungen bei.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.CDU-SÖT-16

„Den Einsatz fossiler Energieträger wollen wir so klimaverträglich wie möglich gestalten und damit die Voraussetzungen schaffen, dass in Deutschland einer der umweltverträglichsten Kraftwerksparcs der Welt entsteht.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.CDU-SÖT-17

„Wir wollen den eingeschlagenen Weg hin zum Einsatz nachwachsender Rohstoffe sowie anderer regenerativer Energiequellen konsequent fortsetzen. Dazu gehören, die Entwicklungschancen der Windenergie im Offshorebereich sowie der Solar-, Bio- und Geothermie zu nutzen. Darüber hinaus wollen wir Technologien für die Energiespeicherung forcieren.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 78, AF-GP.CDU-SÖT-18

„Durch geeignete Anreize für technologische Innovationen wollen wir den Einsatz von erneuerbaren Energien vorantreiben. Bis zum Jahr 2020 streben wir für Deutschland einen Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mindestens 20 Prozent an. Neben dem verstärkten Einsatz der erneuerbaren Energien im Strom- und Treibstoffbereich muss ihr Anteil an der Wärme- und Kältegewinnung erhöht werden. Ziel ist, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der Energiebereitstellung in Deutschland tragen.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

#### S. 78, AF-GP.CDU-GSÖT-1

„Im Rahmen unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken an.“

→ Bzgl. der Kernkraftwerke wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 78, AF-GP.CDU-SÖT-19

„Wir wollen eine breit angelegte und offene Energieforschung und Technikentwicklung fördern, die einen Beitrag zur Erschließung aller klimaschonenden Energieträger und Weiterentwicklung klimaverträglicher Energieerzeugungstechnologien sowie zum rationellen Ressourceneinsatz leistet. Moderne saubere Kohle- und Gaskraftwerke gehören dazu, ebenso wie die Forschung im Bereich der Kernfusion. Gerade in der Entwicklung energiesparender Produkte und Dienstleistungen liegt eine große Wachstumschance für unsere Unternehmen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 79, AF-GP.CDU-SÖT-20

„Wir unterstützen konsequent die Verringerung der Umweltbelastungen in allen Verkehrsbereichen und fördern entsprechende Entwicklungen. Den Verkehrslärm wollen wir verringern und die Luftbelastung reduzieren. Intelligente verkehrslenkende Maßnahmen, eine konsequente Senkung der Schadstoffgrenzwerte, die steuerliche Förderung schadstoffarmer Fahrzeuge, die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel sowie die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs sind für uns Mittel der Wahl. Im Hinblick auf eine umweltgerechte Verkehrsgestaltung kommt auch dem Schiffs- und Schienenverkehr eine wachsende Bedeutung zu. Darüber hinaus werden wir Anreize für die Weiterentwicklung sparsamer Antriebstechniken setzen und den Einsatz alternativer Kraftstoffe befördern.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Verkehrssektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 79, AF-GP.CDU-SÖT-21

„Mit ökologisch wirksamen Rahmenbedingungen und marktwirtschaftlichen Mitteln wollen wir die Klimaverträglichkeit des Luft-, Schiffs- und Kraftfahrzeugverkehrs erhöhen. Wir halten es für notwendig, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neuwagen durch verbesserte Motortechnik, Einsatz von Biokraftstoffen und andere Maßnahmen deutlich zu senken. Den Kraftstoffeinsatz aller Kraftfahrzeuge wollen wir verstärkt reduzieren – dies schont Umwelt und Geldbeutel der Verbraucher gleichermaßen.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Verkehrssektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 80, AF-GP.CDU-SÖT-22

„Wir wollen die Entwicklungsländer bei der Bewahrung der biologischen Vielfalt und der entwicklungsorientierten Nutzung unterstützen und die Instrumente zum Schutz der biologischen Vielfalt wirkungsvoll weiterentwickeln. Vorrangig gilt es, ein europa- und weltweites System von Schutzgebieten und Gebieten mit differenzierter Nutzung zu Lande und auf See als weltweites Netz des Lebens einzurichten. Auch in diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Einrichtung einer eigenständigen Umweltorganisation der Vereinten Nationen ein. Ebenso treten wir für eine völkerrechtlich bindende Regelung für den Schutz der Wälder, vor allem den Schutz der Urwälder, ein.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, AF-GP.CDU-SÖT-23

„Tierversuche sollen soweit möglich reduziert und durch alternative Methoden ersetzt werden.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich des Tierschutzes.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, AF-GP.CDU-SÖT-24

„Die Nutzung von Flächenreserven, insbesondere auch die Schließung von Bebauungslücken in den Innenstädten, muss Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen auf der grünen Wiese haben. Der Flächenverbrauch soll stark gesenkt werden; unsere Politik wird dafür die Rahmenbedingungen schaffen.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Boden- bzw. Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, AF-GP.CDU-SÖT-25

„Die CDU will eine flächendeckende und lebendige Land- und Forstwirtschaft in Deutschland.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 82, AF-GP.CDU-SÖT-26

„Wir wollen, dass auch im Rahmen der europäischen Agrarpolitik die Produktions- und Arbeitsbedingungen der Landwirte verbessert werden. Unser Ziel sind faire Wettbewerbsbedingungen auf den europäischen und internationalen Agrarmärkten. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union harmonisiert und Aspekte des Umwelt-, Natur-, Verbraucher- und Tierschutzes auch international stärker berücksichtigt und abgestimmt werden.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 83, AF-GP.CDU-SÖT-27

„Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen bzw. die Nutzung erneuerbarer Energien bietet weit über die Land- und Forstwirtschaft hinaus große Chancen für eine neue wirtschaftliche und technologische Dynamik. In diesem Bereich wollen wir die führende Rolle Deutschlands unter Wahrung einer umweltschonenden Bewirtschaftung weiter sinnvoll ausbauen.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 83, AF-GP.CDU-SÖT-28

„Den Einsatz der grünen Gentechnik zur effizienteren Nutzung von Rohstoffen, Rohstoffsicherung und zur Herstellung von Energiepflanzen gilt es, sorgfältig zu erforschen. Nach einer erfolgreichen Forschung soll auch die praktische Umsetzung in Deutschland zu neuen Produkten führen können.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 102, AF-GP.CDU-SÖT-29

„In wichtigen Bereichen der Sozial- und auch der Umweltpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards verankert werden, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen, das Wettbewerbsgefälle innerhalb der Europäischen Union begrenzen und keinen Mitgliedsstaat überfordern.“

→ Die Einführung ökologischer Standards ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 112, AF-GP.CDU-SÖT-30

„Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Weltordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik.“

→ Die angestrebten Entwicklungen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation des Wirtschaftens im Rahmen der sogenannten Entwicklungspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

### **2.2.2.1.2 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der SPD**

S. 5, AF-GP.SPD-SÖT-1

„Wir arbeiten für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Durch qualitatives Wachstum wollen wir Armut und Ausbeutung überwinden, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglichen und dem bedrohlichen Klimawandel begegnen.“

→ Nachhaltiger Fortschritt, der ohne Einschränkung angestrebt wird und einen konkreten Bezug auf den Klimawandel hat, ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 6f., AF-GP.SPD-SÖT-2

„Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet bereits an den Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus Regionen, in denen ökologische Bedingungen zu Hunger führen, drängen immer stärker in weniger gefährdete Teile der Welt. Den Klimawandel zu begrenzen und aufzuhalten, ist daher eine der zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert.“

→ Die angestrebten Maßnahmen gegen den Klimawandel sind in der Praxis zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 11, AF-GP.SPD-SÖT-3

„Die Globalisierung mindert die Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Nationalstaates. Gleichzeitig wachsen der Politik neue Aufgaben zu. Hierzu gehören der Klimaschutz, die soziale Integration von Millionen Menschen und der demographische Wandel.“

→ Die SPD sieht es als Aufgabe an, das Klima zu schützen, womit sie zwangsläufig Maßnahmen anstrebt, die in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation sind.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, AF-GP.SPD-GSÖT-1

„Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt.“

→ Davon ausgehend, dass die natürliche Umwelt noch keine Ware ist, möchte die SPD diesen Zustand insgesamt beibehalten.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, AF-GP.SPD-SÖT-4

„Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung.“

→ Gesellschaftlicher Fortschritt soll i. V. m. ökologischer Verantwortung geschehen, was in der Praxis eine Neuorientierung und damit eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 22, AF-GP.SPD-SÖT-5

„Wir plädieren für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen, die Gefahren unkontrollierter Kapitalbewegungen, soziales und ökologisches Dumping begrenzen helfen.“

→ Die Institutionalisierung eines solchen Rats mit Bezug auf die generelle Umweltpolitik ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, AF-GP.SPD-SÖT-6

„Frieden und Sicherheit sind globale öffentliche Güter. Deshalb sind finanzielle und wirtschaftliche Stabilität, Abwendung der Klimakatastrophe, Sicherung der Ökosysteme und Schutz vor Seuchen globale politische Aufgaben. Damit die Vereinten Nationen ihrer Verantwortung dafür nachkommen können, muss die internationale Staatengemeinschaft die notwendigen Mittel im eigenen Interesse aufbringen.“

→ Für das Ziel der Abwendung der Klimakatastrophe ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation notwendig.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, AF-GP.SPD-SÖT-7

„Internationale Institutionen und Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation müssen sich am Maßstab wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, an den Menschenrechten sowie an Arbeitnehmerrechten messen lassen.“

→ Im Gegensatz zum bisherigen Zustand ist diese Ausrichtung an ökologischen Maßstäben in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, AF-GP.SPD-SÖT-8

„Wir bekräftigen unser Ziel einer atomwaffenfreien Welt und werben dafür, die Urananreicherung unter internationale Kontrolle zu stellen.“

→ Der Umgang mit der natürlichen Ressource Uran soll geändert werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verteidigungspolitik ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, AF-GP.SPD-SÖT-9

„Knapper werdende Ressourcen und Klimakatastrophen bergen ein enormes Konfliktpotenzial. Klimaschutz und Zugang zu Energie, Rohstoffen und Wasser sind im globalen Zeitalter eine herausragende Frage der internationalen Sicherheit. Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind Schlüsselschlüssel zu einer friedlichen Entwicklung.“

→ Die Förderung erneuerbarer Energien im Zusammenhang mit dem Klimaschutz ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Energiepolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, AF-GP.SPD-SÖT-10

„Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies die Europäische Union tun.“

→ Dass die EU dem Markt stärker einen ökologischen Rahmen setzen soll, ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation des Wirtschaftens.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42, AF-GP.SPD-SÖT-11

„Heute zwingen uns der rasche Klimawandel, die Überlastung der Ökosysteme und das Wachstum der Weltbevölkerung, der Entwicklung eine neue, zukunftstaugliche Richtung zu geben. Davon hängt ab, ob aus Entwicklung Fortschritt wird. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint.“

→ Die generelle Ausrichtung der Entwicklung bzw. des Fortschritts an ökologischen Kriterien ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 42, AF-GP.SPD-SÖT-12

„Wir setzen auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, Bildung und Qualifizierung, um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Qualitatives Wachstum setzt eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit hoher Produktivität und Wertschöpfung voraus. Sie schaffen die Grundlagen dafür, Armut, Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Ressourcen ein Ende zu machen.“

→ Das generelle Ende der Verschwendung natürlicher Ressourcen ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 44f., AF-GP.SPD-SÖT-13

„Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Um sie zu meistern, brauchen wir innovative und hochwertige Produkte und Dienstleistungen. Wir setzen auf bessere Ideen, auf neue Technologien und Verfahren, auf Spezialisierung und Qualität. So können wir Ressourcen schonen und Energie einsparen, den Klimawandel bekämpfen, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation erleichtern.“

→ Die Ressourcenschonung, Energieeinsparung und generelle Bekämpfung des Klimawandels sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, AF-GP.SPD-SÖT-14

„Strategische Industriepolitik muss ökologische Industriepolitik sein. Ökologische Marktanreize sind Antrieb des qualitativen Wachstums. Unsere Chance liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit anwenden lassen. Damit neue Ideen rasch in neue Produkte und neue Arbeitsplätze umgemünzt werden, wollen wir eine Politik, die Forschung, Produktentwicklung und unternehmerische Investitionen eng miteinander vernetzt.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Industriepolitik ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 48, AF-GP.SPD-SÖT-15

„Energie ist ebenso wie Luft und Wasser Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Die gegenwärtige Art, Energie und Ressourcen zu verschwenden, hat keine Zukunft mehr. Für uns ist deshalb die Energiewende, die wir eingeleitet haben, eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert. Wir treiben den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent voran. Unser Ziel ist ein solares Energiezeitalter.“

→ Diese Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, AF-GP.SPD-SÖT-16

„Um die Erderwärmung zu bekämpfen, muss der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden. Wir dringen auf weitere, ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen.“

→ Die generelle Treibhausgasreduktion ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, AF-GP.SPD-SÖT-17

„Wir verwirklichen den Ausstieg aus der Atomkraft.“

→ Der Ausstieg ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, AF-GP.SPD-SÖT-18

„Erneuerbare Energien sind überall die jeweils größten und auf Dauer verfügbaren heimischen Energiepotentiale. Effizienzsteigerungen, Ressourceneinsparungen und der Wechsel zu erneuerbaren Energien erfordern vielfältige neue Technologien und Speichermedien. Sie schaffen zahlreiche neue Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsberufen sowie in der Land- und Forstwirtschaft.“

→ Diese Energiewende ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49, AF-GP.SPD-SÖT-19

„Wir wollen weg vom Öl und anderen erschöpflichen Energien, bei denen wir auf Importe angewiesen sind. Als Brücke ins solare Energiezeitalter setzen wir auf moderne Kohle- und Gaskraftwerke mit hocheffizientem Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung.“

→ Diese Energiewende ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, AF-GP.SPD-SÖT-20

„Auch in der Industrie wollen wir erschöpfliche durch erneuerbare Rohstoffe ersetzen. Das ist insbesondere bei chemischen Grundstoffen möglich. Wiederverwertungsverfahren sparen Material ein, vermeiden Müll und Umweltschäden. So kann eine moderne Kreislaufwirtschaft mit dauerhaften Chancen für mittlere und kleinere Unternehmen entstehen.“

→ Diese Ersetzung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Industriesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, AF-GP.SPD-SÖT-21

„In unsere Verkehrsinfrastruktur muss kräftig investiert werden. Dabei geben wir den ökologisch günstigsten Verkehrsträgern und dem kombinierten Verkehr Vorrang.“

→ Diese ökologische Orientierung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49f., AF-GP.SPD-SÖT-22

„Technische Innovationen mindern den Gegensatz zwischen Umwelt und motorisiertem Individualverkehr. Wir wollen sie beschleunigen und die Chancen der Hybrid-, der Wasserstoff- und der Brennstoffzellentechnologie entschlossen nutzen.“

→ Diese Orientierung an Umweltbelangen, unter der konzeptuell konnotierten Verwendung technischer Innovationen, ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 50, AF-GP.SPD-SÖT-23

„Wir wollen die Natur in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum bewahren und den Flächenverbrauch deutlich vermindern, um Räume für Erholung und Muße zu erhalten.“

→ Die Reduzierung des Flächenverbrauchs ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, AF-GP.SPD-SÖT-24

„Tierversuche sind wo immer möglich zu vermeiden. Artgerechte Tierhaltung ist durchzusetzen. Tierquälerei bekämpfen wir.“

→ Diese Berücksichtigung der Interessen von Tieren ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Tierschutzpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, AF-GP.SPD-SÖT-25

„Wir fördern eine Landwirtschaft, die den wachsenden Bedarf an gesunden, hochwertigen Lebensmitteln, nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung, decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont.“

→ Die Orientierung an der ökologischen Lebensmittelerzeugung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaftspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, AF-GP.SPD-SÖT-26

„Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion lohnt.“

→ Damit wird das Verhältnis zur Natur neu bestimmt, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaftspolitik ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50f., AF-GP.SPD-SÖT-27

„Ländliche Räume haben eigene Entwicklungschancen, die sich mit nachhaltiger Landwirtschaft verknüpfen lassen. Dazu gehören Tourismus und nachwachsende Rohstoffe. Der Strukturwandel in den ländlichen Räumen, der durch demografische Veränderungen beschleunigt wird, macht eine Anpassung der Infrastruktur erforderlich. Wir wollen die jeweiligen Stärken ländlicher Räume weiterentwickeln.“

→ Diese Veränderungen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Landwirtschaftspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51, AF-GP.SPD-SÖT-28

„Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten sind Vorreiter des nachhaltigen Fortschritts. Jeder kann Einfluss nehmen, mit jedem Kauf. Der Einzelne mag dabei schwach sein, doch die Stärke der Verbraucher nimmt zu und ihre organisierte Kraft ist ein wirksames Mittel, der wirtschaftlichen Entwicklung eine bessere, eine nachhaltige Richtung zu geben. Emanzipierte Verbraucherinnen und Verbraucher, die bereit sind, qualitativ hochwertige Ware zu kaufen, schaffen neue Märkte für innovative Produkte. Wir wollen daher transparent machen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden, gerade auf globalen Märkten. Aktive Verbraucherpolitik mit erweiterten Informationsrechten stärkt die Käuferinnen und Käufer gegen Unternehmen, die minderwertige Ware anbieten oder Arbeitnehmerrechte missachten.“

→ Nachhaltiger Fortschritt soll durch eine aktive Politik gegenüber den Verbraucher\*innen bewerkstelligt werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 67, AF-GP.SPD-SÖT-29

„Wir wollen durch qualitatives Wachstum Wohlstand und Lebensqualität für alle ermöglichen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen.“

→ Die Orientierung am qualitativen Wachstum ist in diesem Kontext in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 68, AF-GP.SPD-SÖT-30

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für nachhaltigen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.“

→ Die Orientierung am nachhaltigen Fortschritt impliziert die praktische Notwendigkeit einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

### **2.2.2.1.3 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der Linken**

S. 4, AF-GP.Linke-SÖT-1

„Wir wollen die großartigen Ideen, die Visionen und schöpferischen Kräfte der Menschen für überzeugende politische Vorhaben nutzen, um Hunger und Armut zu überwinden, um die Folgen des Klimawandels und der Umweltkatastrophen in den Griff zu bekommen.“

→ Es wird von der generellen Bewältigung der Folgen des Klimawandels und von Umweltkatastrophen gesprochen, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 4, AF-GP.Linke-SÖT-2

„Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Imperialismus und Militarismus. Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.“

→ Die wahrgenommene Zerstörung der Lebensgrundlagen soll ausgehend von demokratischen sozialistischen Konzeptionen generell überwunden werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

#### S. 5, AF-GP.Linke-SÖT-3

„Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“

→ Es wird ein Systemwechsel und damit eine gesamte sozial-ökologische Transformation zur Bewahrung der Natur angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 5, AF-GP.Linke-SÖT-4

„Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.“

→ Dieser generelle Umbau, der das Wirtschaftssystem als zu verändernden Ausgangspunkt nimmt, lässt sich in der Praxis auch als gesamte sozial-ökologische Transformation verstehen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 5, AF-GP.Linke-SÖT-5

„Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Gesellschaft im Rahmen des demokratischen Sozialismus ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 5, AF-GP-Linke-SÖT-6

„für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung, die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss auf öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor beruhen.“

→ Mit der ökologischen Rahmensetzung soll nicht nur ein Bereich der Wirtschaftspolitik, sondern das gesamte gesellschaftliche Wirtschaften sozial-ökologisch transformiert werden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 6, AF-GP-Linke-SÖT-7

„für einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir brauchen eine regulierte, nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen eine Energiewende auf der Basis von erneuerbaren Energien ohne Atomkraft, die nicht zu Lasten der Menschen im globalen Süden geht und nicht durch Zerstörung weiterer ökologischer Ressourcen erreicht wird.“

→ Dieser angestrebte generelle Umbau ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation. Der Energiesektor wird dabei als wesentlich betrachtet.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 7, AF-GP-Linke-SÖT-8

„für ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spitzenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und des sozial-ökologischen Umbaus heranzieht.“

→ Der sozial-ökologische Umbau, der in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt, wird benannt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 7, AF-GP.Linke-SÖT-9

„für einen Neustart der Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion, für den Vorrang sozialer Rechte vor den Binnenmarktfreiheiten, für hohe und bessere europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermögenssteuern, für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eine koordinierte und demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik, die einer Unterbietungskonkurrenz durch die Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen, sozialen Leistungen und Umweltstandards entgegenwirkt.“

→ Diese angestrebte Neuausrichtung der EU ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 13, AF-GP.Linke-SÖT-10

„Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu seinen Krisen und Ungerechtigkeiten: eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen sie gemeinsam erkämpfen.“

→ Der angestrebte Wandel zu einer Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur existiert, ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 14, AF-GP.Linke-SÖT-11

„Die Macht der multinationalen Konzerne muss begrenzt, eingeschränkt und gebrochen werden. Land- und Bodenreformen stellen wichtige Schritte zur Sicherung der Ernährungssouveränität und des Rechts auf Nahrung dar.“

→ In der Praxis sind diese Reformen eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 25, AF-GP.Linke-SÖT-12

„Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer Medaille. Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden.“

→ Es wird also ein gesamtgesellschaftlicher Wandel angestrebt, der in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 25, AF-GP.Linke-SÖT-13

„Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energieträger radikal eingeschränkt werden. Technische Lösungen wie die Kohlendioxidspeicherung haben unkalkulierbare Risiken und Nebenwirkungen und verzögern nur den notwendigen Umbau. Wir fordern ein Verbot der Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung (CCS).“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, AF-GP.Linke-SÖT-14

„Der Erwerb von Emissionsrechten durch die Verursacher von Treibhausgasen in den Industrieländern von den Entwicklungsländern ist ein zynisches Tauschgeschäft von Umweltverschmutzung gegen Armut. Immer deutlicher wird: Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.“

→ Es wird also eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 27, AF-GP.Linke-SÖT-15

„Heute, da der Kapitalismus zu einem globalen System geworden ist, treibt sein Raubbau an Mensch und Natur in eine globale, die menschliche Zivilisation bedrohende Krise. Wir sind davon überzeugt, dass den vielfachen Krisenszenarien nur durch Überwindung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, Veränderung der Produktions- und Lebensweise, durch globale Solidarität, die Überwindung des Geschlechtergegensatzes, die Demokratisierung aller Lebensbereiche und eine Veränderung des Verhältnisses von Mensch und Natur entgegengewirkt werden kann.“

→ Die Veränderungen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, AF-GP.Linke-SÖT-16

„Wir wollen eine andere Art von wirtschaftlicher Entwicklung und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, um die natürliche Umwelt zu bewahren und den nachfolgenden Generationen eine verbesserte Welt zu hinterlassen.“

→ Es wird eine generelle Änderung des Wirtschaftens und des Fortschritts angestrebt, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 27, AF-GP.Linke-SÖT-17

„Wir stehen mit unserem Kampf um gesellschaftliche Alternativen jenseits der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise nicht allein. Unterschiedlichste Kräfte und verschiedene Bewegungen sind davon überzeugt, dass eine andere Welt möglich ist: eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung, Fremdbestimmung und ökologische Zerstörung.“

→ Ökologische Zerstörung soll generell vermieden werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, AF-GP.Linke-SÖT-18

„Ziel von Bildung muss es sein, Menschen in die Lage zu versetzen, die Welt zu verändern, soziale, ökologische und demokratische Reformen zu entwickeln und umzusetzen.“

→ Ökologische Reformen sollen fortwährend umgesetzt werden, was in der Praxis eine gesamte und andauernde sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, AF-GP.Linke-SÖT-19

„»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Diese Vision setzt die Abschaffung von Kriegen, den Stopp der Zerstörungen unserer Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso voraus wie die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Diskriminierung, von Hunger, Armut und Unterentwicklung.“

→ Die wahrgenommene Zerstörung der Umwelt soll generell beendet werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja



S. 29, AF-GP.Linke-SÖT-20

„Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft.“

→ Diese Erneuerung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, AF-GP.Linke-SÖT-21

„Wir wollen die Wirtschaft den Maßstäben des Gemeinwohls unterwerfen, damit sie sozial und ökologisch verträglich wirkt.“

→ Die Veränderung des generellen Wirtschaftens ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, AF-GP.Linke-SÖT-22

„Eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht dem Profit dient, hat vor allem folgende Funktionen zu erfüllen: Erstens soll sie die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und allen ein Leben in Wohlstand und sozialer Sicherheit gewährleisten, zweitens ökologisch nachhaltig wirken, drittens innovativ auf neue Herausforderungen reagieren und viertens sparsam die gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen.“

→ Das generelle Wirtschaften soll ökologisch nachhaltig gestaltet werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, AF-GP.Linke-SÖT-23

„Die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur, die Finanzinstitutionen und die Energiewirtschaft gehören in öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert werden.“

→ Somit sollen die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die im Energiesektor bestehen, sozial-ökologisch transformiert werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, AF-GP.Linke-SÖT-24

„Die Grundversorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Leistungen wie Energie, Wasser und Mobilität, aber auch Wohnen, die soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport darf nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen werden. Sie muss öffentlich organisiert und garantiert werden.“

→ Weil die Grundversorgung generell auch gesellschaftliche Naturverhältnisse betrifft, wird eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, AF-GP.Linke-SÖT-25

„Auch große Naturreichtümer gehören allen und daher grundsätzlich in öffentliche Hand. Nach dem Grundgesetz soll Eigentum dem Wohle der Allgemeinheit dienen und nicht nur dem der oberen Zehntausend. Dieser Verfassungsgrundsatz kann nur in einer Wirtschaft eingelöst werden, in der private Großanleger und Finanzinvestoren keine Vormacht haben, sondern die auf einem starken öffentlichen Sektor beruht.“

→ Mit der Eigentumsfrage wird eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, AF-GP.Linke-SÖT-26

„Allein die Form des Eigentums, ob öffentlich oder privat, entscheidet nicht über die soziale und ökologische Qualität der Entwicklung. Auch Unternehmen im Eigentum von Bund, Ländern oder Kommunen bedürfen der Kontrolle. Sie müssen sozialen und ökologischen Vorgaben unterliegen und dem Gemeinwohl gesetzlich verpflichtet werden.“

→ Es sollen generell ökologische Vorgaben festgeschrieben werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, AF-GP.Linke-SÖT-27

„Solidarökonomie leistet einen wichtigen Beitrag zur kurzfristigen Senkung der Lebenshaltungskosten und zur besseren Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen. Sie ist vielerorts Vorreiter für ökologische Produkte, Recycling und die Realisierung neuer solidarischer Arbeits- und Lebensformen. DIE LINKE will solidarische Ökonomie durch geeignete Rahmenbedingungen, regionale Wirtschaftspolitik und Existenzgründungshilfen fördern.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung des Wirtschaftens ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, AF-GP.Linke-SÖT-28

„Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss Vollbeschäftigung anstreben, die inländische Nachfrage stärken und für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung sorgen.“

→ Die generelle ökologisch nachhaltige Ausrichtung des Wirtschaftens ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 33, AF-GP.Linke-SÖT-29

„DIE LINKE tritt neben dem Ausbau direkter Demokratie für ihre Erweiterung durch Runde Tische und Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. [...] Sie sollen an der Entwicklung regionaler Leitbilder für die demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung beteiligt werden und Möglichkeiten zu gesetzgeberischen Initiativen erhalten.“

→ Die generelle Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, AF-GP.Linke-SÖT-30

„Die nachhaltige Überwindung der wirtschaftlichen Krise und der Massenerwerbslosigkeit, der sozialen Krise und der Energie- und Klimakrise erfordert eine andere Wirtschaftsordnung, die nicht mehr vom Streben nach maximalem Profit beherrscht wird. Als erster Schritt ist ein grundlegender Richtungswechsel der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung notwendig, ein sozial-ökologischer Umbau. Dazu muss die gesamte Wirtschafts- und Lebensweise und insbesondere das Energiesystem naturverträglich umgestaltet und auf regenerative Quellen umgestellt werden.“

→ Dieser Umbau ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 36, AF-GP.Linke-SÖT-31

„Die Massenerwerbslosigkeit schwächt zudem alle politischen Bestrebungen für eine soziale und ökologische Gestaltung der Produktions- und Lebensweise.“

→ Die Gesellschaft soll sozial-ökologisch transformiert werden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, AF-GP.Linke-SÖT-32

„Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge und Schwerbehindertenquote einhalten, Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien beachten.“

→ Die Einführung ökologischer Kriterien beim generellen Wirtschaften ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, AF-GP.Linke-SÖT-33

„Wir sind für bindende Veto-Rechte von Beschäftigten in bedeutenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Belangen.“

→ Damit wird eine spezifische sozial-ökologische Transformation in der Wirtschaft angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37f., AF-GP.Linke-SÖT-34

„Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie muss eine neue Vollbeschäftigung, höhere Masseneinkommen und die Stärkung der öffentlichen Finanzen anstreben. Dabei darf es keine sozial und ökologisch blinde Wachstumsfixierung geben, sondern dies muss mit einem zukunftsfähigen Umbau der Strukturen, mit sinkendem Rohstoffverbrauch und sinkenden Umweltbelastungen verbunden werden.“

→ Mit dem Umbau wird eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 38, AF-GP.Linke-SÖT-35

„DIE LINKE fordert große öffentliche Zukunfts- und Investitionsprogramme für Bildung, für soziale, ökologische und barrierefreie Verkehrsinfrastruktur.“

→ Somit wird eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, AF-GP.Linke-SÖT-36

„Dies kann und muss durch eine sozial gerechte und ökologische Steuerpolitik, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heranzieht und den Umweltverbrauch und den Ressourcenverbrauch besonders besteuert, solide finanziert werden.“

→ Durch die Steuerpolitik soll die Gesellschaft generell ökologisch gestaltet werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, AF-GP.Linke-SÖT-37

„Wir wollen einen öffentlichen Zukunftsfonds einrichten, mit dem bedrohten, aber überlebensfähigen Unternehmen geholfen und der sozial-ökologische Umbau gefördert werden kann.“

→ Es soll ein genereller Umbau, also eine gesamte sozial-ökologische Transformation stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 38, AF-GP.Linke-SÖT-38

„Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentümern beziehungsweise Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.“

→ Das Wirtschaften soll generell ökologisch nachhaltig gestaltet werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, AF-GP.Linke-SÖT-39

„Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo der Markt Bedürfnisse im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich nicht abdeckt.“

→ Das Wirtschaften soll generell ökologisch gestaltet werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, AF-GP.Linke-SÖT-40

„Hierzu gehört insbesondere das Verbot von Spekulationen mit landwirtschaftlichen Nutzflächen, Agrarrohstoffen jeglicher Art einschließlich Wasser.“

→ Das Verbot derartiger Spekulationen ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, AF-GP.Linke-SÖT-41

„Die agrarwirtschaftliche Primärproduktion gehört zu den Schlüsselbereichen beim sozial-ökologischen Umbau und zur Sicherung der Ernährungssouveränität.“

→ Angestrebt wird ein genereller Umbau, also eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 39, AF-GP.Linke-SÖT-42

„Sie muss durch nachhaltige Produktionsmethoden und -verfahren die Nachfrage nach Rohstoffen für sichere, gesunde Lebens- und Futtermittel sowie Biomasse zur energetischen und stofflichen Nutzung decken.“

→ Diese Neuausrichtung der Landwirtschaft ist eine sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39f., AF-GP.Linke-SÖT-43

„Wir sind gegen die fortschreitende Überfischung und Ausbeutung der Meere und Binnengewässer.“

→ Somit wird eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Linke-SÖT-44

„Wir fordern eine deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus und ein umweltverträgliches Wirtschaften aller Landeswirtschaftsbetriebe, so dass perspektivisch alle Nahrungsmittel nachhaltig hergestellt werden. Damit kann der Aufwand an Agrochemikalien, synthetischen Düngemitteln, Wasser und Energie gesenkt werden.“

→ Somit wird eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Linke-SÖT-45

„Wir wollen nachhaltig wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe, genossenschaftliche und kommunale Betriebe stärken und einer Konzentration privaten Grundeigentums entgegenwirken, die Errungenschaften der Bodenreform verteidigen und vielfältige Formen überbetrieblicher, regionaler und überregionaler Zusammenarbeit der Agrar- und Nahrungsmittelbetriebe unterstützen. Wir setzen auf sozial-ökologisch ausgerichteten Strukturwandel durch Kooperation.“

→ Es wird ein Strukturwandel und damit eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 40, AF-GP.Linke-GSÖT-1

„DIE LINKE setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein.“

→ Somit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Linke-GSÖT-2

„DIE LINKE fordert ein unverzügliches Verbot von Agrogentechnik – bei uns, auf europäischer Ebene und weltweit. Die Nulltoleranz bei Saatgut muss beibehalten werden. Terminator-Saatgut ist zu verbieten.“

→ Somit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: EU-Ebene und Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Linke-SÖT-46

„Der einheimische Anbau von Eiweißfuttermitteln muss gestärkt werden.“

→ Somit wird sich für eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Linke-SÖT-47

„Die Agrogentechnik ist eine Risikotechnologie und widerspricht unserem Ziel des sozial-ökologischen Umbaus.“

→ Ein soll ein genereller Umbau und damit eine gesamte sozial-ökologische Transformation stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 40f., AF-GP.Linke-SÖT-48

„Die Weiterentwicklung der EU-Strukturförderung muss den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht werden, sie muss den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren.“

→ Ein soll ein genereller Umbau und damit eine gesamte sozial-ökologische Transformation stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 41, AF-GP.Linke-SÖT-49

„Die Profiteure des Finanzkapitalismus, der Umverteilungspolitik und der Bankenrettungsaktionen der Staaten müssen an den Kosten der Krisenbewältigung und eines sozial-ökologischen Umbaus beteiligt werden.“

→ Ein soll ein genereller Umbau und damit eine gesamte sozial-ökologische Transformation stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 41, AF-GP.Linke-SÖT-50

„DIE LINKE tritt für ökologische Steuern mit einer wirksamen Lenkungsfunktion in Richtung Senkung des Ressourcenverbrauchs ein.“

→ Durch die Steuern soll eine generelle ökologische Ausrichtung und damit sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, AF-GP.Linke-SÖT-51

„Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und langfristig eine Legalisierung aller Drogen beinhaltet.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, AF-GP.Linke-SÖT-52

„Unsere Vision sind solidarische Bürgerkommunen, in denen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften eigenständig in die Hand nehmen.“

→ Ein soll eine generelle Umgestaltung und damit eine gesamte sozial-ökologische Transformation stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 56, AF-GP.Linke-SÖT-53

„DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Kommerzialisierung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung zurückzudrängen und die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness im Sport zu stärken, den Schul- und Berufssport durch Qualitätsstandards nachhaltig zu verbessern und Kindern und Jugendlichen verstärkt Freude an Bewegung zu vermitteln, Gewalt und Diskriminierungen zu bekämpfen und Menschen mit und ohne Behinderungen, unabhängig von sozialen, ethnischen, religiösen oder sexuellen Hintergründen, Zugang zum Sport zu sichern und naturverträglichen, manipulationsfreien Sport für alle zu fördern.“

→ Die Förderung naturverträglichen Sports im Gegensatz zu bisher ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, AF-GP.Linke-SÖT-54

„Stattdessen sollen Bildung und Wissenschaft im Dienst der Menschen und einer sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung der Gesellschaft stehen.“

→ Es wird eine generelle ökologische Entwicklung der Gesellschaft angestrebt, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 59, AF-GP.Linke-SÖT-55

„DIE LINKE setzt sich für ein weltweites Verbot von Patenten auf Pflanzen, Tiere, Menschen und andere Lebewesen sowie auf ihre Organe, Gene, Gensequenzen und auf Zuchtverfahren ein. Wir brauchen eine entsprechende Änderung internationaler Abkommen, zum Beispiel des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte des Rechts am geistigen Eigentum (TRIPS) oder der Patentgesetzgebung auf europäischer Ebene (EPÜ).“

→ Das angestrebte generelle Verbot ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Gentechnik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja Völkerrecht und Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, AF-GP.Linke-SÖT-56

„Das Erbgut aller Lebewesen dieses Planeten, welches seit Millionen Jahren existiert, gehört niemandem. Diese Form der Biopiraterie muss verboten werden.“

→ Das angestrebte generelle Verbot ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, AF-GP.Linke-SÖT-57

„DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an.“

→ Der Umbau entspricht einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 60, AF-GP.Linke-SÖT-58

„Jeder Mensch hat ein universell gleiches Recht auf einen Anteil an dem, was die Erde bietet, und eine universell gleiche Pflicht, seine Lebensgrundlage zu schützen. Die Gleichheit der Nutzungsrechte und die Gleichheit der Schutzpflichten müssen zum Leitbild des globalen Handelns werden.“

→ Die Errichtung des Leitbilds ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, AF-GP.Linke-SÖT-59

„Dazu gehört vor allem der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft. Er ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch eine ethische, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit. Unsere heutige Produktions- und Konsumtionsweise ist nicht gerechtigkeitsfähig, auch weil sie zu unökologisch ist. Und sie ist nicht ökologiefähig, auch weil sie ungerecht ist.“

→ Der Umbau entspricht einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 61, AF-GP.Linke-SÖT-60

„Es kommt darauf an, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein ressourcenleichtes Leben für alle attraktiv wird.“

→ Das Leben generell ressourcenleicht zu gestalten ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 61, AF-GP.Linke-SÖT-61

„Zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert die Reduktion des Verbrauchs fossiler Ressourcen um 90 Prozent. Auch bei anderen Ressourcen ist eine wesentliche, an den fossilen Ressourcen orientierte, Reduzierung unumgänglich. DIE LINKE will deshalb, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht mehr den Profit als oberste Maxime hat, sondern an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet wird. Entscheidend wird die Verbindung ökologischer Steuerung mit mehr sozialer Gerechtigkeit und mit einer Ausweitung persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten sein.“

→ Die generelle Ausrichtung des Wirtschaftens an sozial-ökologischen Zielen ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 61, AF-GP.Linke-SÖT-62

„Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, den Wachstumsdruck, der aus übermäßiger Profitorientierung und ungerechten, bedrückenden Verhältnissen resultiert, aus Gesellschaft und Wirtschaft herauszunehmen.“

→ Der Umbau entspricht einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 61, AF-GP.Linke-SÖT-63

„Wir wollen sämtliche Politikbereiche am sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft orientieren.“

→ Der Umbau entspricht einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 61, AF-GP.Linke-SÖT-64

„DIE LINKE verbindet den Umbau der Energiewirtschaft mit dezentralen Energieerzeugungs- und -versorgungsstrukturen. Dies muss zur Demokratisierung der Energiewirtschaft führen, die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern fördern und zur Reduzierung von CO<sub>2</sub> beitragen.“

→ Der Umbau entspricht einer sozial-ökologischen Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 62, AF-GP.Linke-SÖT-65

„DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ohne Vorbedingungen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu halbieren. Auf ihre Senkung um mindestens 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts wollen wir hinwirken. Unser Ziel ist die 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien vorrangig bei Ausschöpfung der regional nutzbaren Quellen bis zum Jahr 2050.“

→ Die Reduktion der Treibhausgasemissionen ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, AF-GP.Linke-SÖT-66

„Die energetische Nutzung von Biomasse darf nicht zur Verteuerung von Nahrungsmitteln führen und muss in einer nachhaltigen Art und Weise erfolgen.“

→ Dieses Ziel ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, AF-GP.Linke-SÖT-67

„Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein erfolgreiches Umbau-Gesetz. Wir setzen uns für dessen Erhalt und Ausbau ein, auch, um den Einspeisevorrang von erneuerbaren Energien zu sichern.“

→ Der Gesetzesausbau ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 62, AF-GP.Linke-SÖT-68

„Wir fordern die unverzügliche Stilllegung aller Atomkraftwerke und ein Verbot für den Export von Atomtechnik. Im Grundgesetz muss das Verbot jeglicher – friedlicher wie militärischer – Nutzung der Atomenergie verankert werden.“

→ Dieses Ziel ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, AF-GP.Linke-SÖT-69

„Den Neubau von Kohlekraftwerken sowie die Untertagespeicherung von Kohlendioxid wollen wir verhindern. Der Einsatz von Kohle muss sich so verteuern, dass der Betrieb laufender und die Planung neuer Kohlekraftwerke unwirtschaftlich werden.“

→ Dieses Ziel ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, AF-GP.Linke-SÖT-70

„Die Verbesserung der Energieeffizienz als Teil der Energiewende betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche. Vor allem bei der Optimierung des Energieverbrauchs von Gebäuden gibt es große Potenziale. Sanierungsmaßnahmen, die sich nicht durch geringere Energiekosten refinanzieren, müssen gefördert werden. Die Kosten sind dabei nicht von den Mieterinnen und Mietern, sondern aus den Gewinnen der Energiewirtschaft zu tragen. Wir fordern daher die Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum und die demokratische Kontrolle der Unternehmen mit dem Ziel, einen ökologisch verantwortlichen Umgang mit Energie und eine sozial verantwortliche Finanzierung der Umbaumaßnahmen zu erreichen.“

→ Dieser Umbau ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja



S. 62f., AF-GP.Linke-SÖT-71

„Zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Elektrogeräten wollen wir gesetzliche Regelungen einführen, die gewährleisten, dass die Standards der Geräte mit dem geringsten Energie- und Ressourceneinsatz während ihres gesamten Lebenszyklus innerhalb kurzer Zeit zur Vorschrift werden.“

→ Dieses Ziel ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, AF-GP.Linke-SÖT-72

„Die bisher für Atomkraft, einschließlich Kernfusion, und fossile Energiesysteme eingesetzten Forschungs- und Fördermittel sind in den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme und Speicherverfahren, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie in Ausbau und Regelung der Netze umzuleiten.“

→ Dieses Umleitung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, AF-GP.Linke-SÖT-73

„Der fortschreitenden Versiegelung von Landschaften für wachsende Siedlungs- und Verkehrsflächen wollen wir durch eine verstärkte Innenentwicklung von Ortschaften, reduzierte Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs entgegenwirken.“

→ Diese Maßnahmen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Flächennutzung.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, AF-GP.Linke-SÖT-74

„Wir setzen uns für den Schutz freilebender und in Obhut des Menschen lebender Tiere ein, insbesondere für die artgerechte Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere und die Ablösung von Tierversuchen.“

→ Diese Ziele sind eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen der Tierschutzpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, AF-GP.Linke-SÖT-75

„Wir fördern eine deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus und fordern ein ökologisches Wirtschaften aller Betriebe. Um dies zu erreichen, wollen wir ökologischen Landbau – ähnlich wie regenerative Energieerzeugung – systematisch preislich bevorzugen, finanziert etwa durch Umlagen bei nicht-ökologischer Erzeugung.“

→ Das ökologische Wirtschaften ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, AF-GP.Linke-SÖT-76

„Obwohl er mittlerweile Staatsziel ist, sind wir von einem wirksamen Tierschutz weit entfernt. Wir treten ein für ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände. Die Sozialgesetzgebung sollte eine angemessene Tierhaltung ermöglichen. Transporte von Tieren, ihre Züchtung und ihre Haltung in Zoos bedürfen strengerer Auflagen und demokratischer Kontrolle. DIE LINKE setzt sich für ein Tierschutzsiegel auf Lebensmitteln ein.“

→ Diese Ziele sind eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen der Tierschutzpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, AF-GP.Linke-SÖT-77

„Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel. Befriedigung grundlegender Mobilitätsbedürfnisse muss für alle unabhängig vom Geldbeutel so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden.“

→ Diese Ziele sind eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, AF-GP.Linke-SÖT-78

„Wir wollen eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur umweltgerechten Mobilitätsplanung. Das Rückgrat unseres Mobilitätskonzepts ist der Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn. Den Anteil der im Umweltverbund zurückgelegten Wege wollen wir deutlich steigern und den motorisierten Individualverkehr reduzieren.“

→ Diese Ziele sind eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, AF-GP.Linke-SÖT-79

„Die Erweiterung des Autobahn- und Straßennetzes lehnen wir ab.“

→ Diese Ziele sind eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, AF-GP.Linke-SÖT-80

„Der innerdeutsche Flugverkehr ist weitestgehend und der innereuropäische zu einem großen Teil auf die Schiene zu verlagern. Erste Schritte dazu sind die Einführung einer EU-weit einheitlichen Kerosinsteuer und eine internationale Flugticketabgabe. Die Subventionierung von Flughäfen muss beendet werden. Der Güterverkehr muss deutlich reduziert werden, wobei die externen Kosten den Transportpreisen anzulasten sind. Mittel dazu sind eine höhere Mineralölsteuer und eine verbindliche Lkw-Maut in ganz Europa. Den verbleibenden Güterverkehr wollen wir vorrangig auf die Schiene und auf eine umweltverträgliche See- und Binnenschifffahrt verlagern. Mit einer möglichst weltweiten, alternativ europaweiten Abgabe auf fossile Kraftstoffe wollen wir ressourcen- und umweltschonende Antriebe fördern.“

→ Diese Ziele sind eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 65, AF-GP.Linke-SÖT-81

„Wir wollen den Übergang zu regionalen, arbeitsplatzschaffenden Wirtschafts- und Stoffkreisläufen schaffen. Dafür brauchen wir nicht nur selbstverwaltete regionale Entwicklungsfonds, einen veränderten kommunalen Finanzausgleich sowie eine Struktur- und Anschubförderung, sondern auch eine dezentrale Nahrungsmittelproduktion und Energieversorgung und höhere Transportpreise. Auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser/Abwasser, Abfallentsorgung, Gesundheit und Kultur sind möglichst regional und dezentral zu organisieren.“

→ Diese gesellschaftliche Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 65, AF-GP.Linke-SÖT-82

„Wir treten für eine konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft in eine energieeffiziente Ressourcenwirtschaft ein. Deshalb ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz in Richtung gesteigerter Wiederverwendung, höherer Recycling-Quoten und strengerer Anforderungen weiterzuentwickeln. Der Export von Abfällen ist zu verbieten. Ziel ist die Verträglichkeit menschengemachter mit natürlichen Kreisläufen. Das heißt, der Gebrauch von Rohstoffen und chemischen Erzeugnissen ist nur soweit zulässig, wie er natürliche Prozesse und Senken nicht überlastet.“

→ Diese gesellschaftliche Umorientierung bzgl. des Rohstoffgebrauchs ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66, AF-GP.Linke-SÖT-83

„Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union werden.“

→ Die ökologische EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, AF-GP.Linke-SÖT-84

„Die Wirtschaftspolitik der EU soll sozialen Fortschritt und ökologischen Strukturwandel befördern. Notwendig sind dafür mehr öffentliche Investitionen und eine Stärkung der Binnenwirtschaft. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden, der auch Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Stabilität einschließt.“

→ Die ökologische EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, AF-GP.Linke-SÖT-85

„Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrolliert und ihr Wirken neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.“

→ Die nachhaltige EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, AF-GP.Linke-SÖT-86

„Wir wollen eine Gemeinsame Europäische Agrarpolitik, die konsequent sozial und ökologisch ausgerichtet ist und stärker die Belange der Entwicklungsländer berücksichtigt. Unternehmen der agrarischen Primärproduktion müssen unabhängig von Betriebsgröße und Bewirtschaftungsform für soziale und ökologische Leistungen unterstützt werden, um den Einfluss landwirtschaftsfremden Kapitals zurückzudrängen.“

→ Diese ökologische EU-Ausrichtung ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Landwirtschaftspolitik.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, AF-GP.Linke-SÖT-87

„Ein anderes Europa, eine EU, die ihr Gestaltungspotenzial im Interesse von Millionen Menschen in aller Welt nutzt, ist möglich – wenn es gelingt, die Politik und Entwicklung der Europäischen Union zu verändern, sie an Frieden und zivilen Konfliktlösungen zu orientieren, an Demokratie, an der Überwindung des Patriarchats, an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die den Menschen dient.“

→ Die nachhaltige EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, AF-GP.Linke-SÖT-88

„So können wir unser politisches Ziel einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Neugestaltung der Fundamente der Europäischen Union erreichen.“

→ Die ökologische EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 69, AF-GP.Linke-SÖT-89

„Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens, der mehr bedeutet als die bloße Abwesenheit von Gewalt, weil er soziale wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen als Voraussetzung für dauerhafte friedliche Entwicklungen erachtet.“

→ Die nachhaltige Ausrichtung der Gesellschaft ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 69, AF-GP.Linke-SÖT-90

„Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Einsatz für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union.“

→ Die ökologische EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 69f., AF-GP.Linke-SÖT-91

„Die Vereinten Nationen müssen auf die Basis ihrer eigenen Charta zurückgebracht werden. Probleme und Herausforderungen wie Armut, Klimawandel, Massenerkrankheiten, Kriege, Ernährung, Wasserversorgung, Energiesicherheit, regulierter Globalisierung oder gerechte Handelsstrukturen sind Themen für alle, und sie können nur im globalen Miteinander behandelt und einer Lösung näher gebracht werden.“

→ Die Bewältigung der genannten ökologischen Probleme ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, AF-GP.Linke-SÖT-92

„Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die ärmeren Länder schafft, globale und soziale, ökologische und demokratische Rechte durchsetzt, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Exportmärkten voranzutreiben. Direktinvestitionen und transnationale Konzerne müssen strengen Regeln und Kontrollen unterworfen werden. Die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards muss gewährleistet sein.“

→ Die ökologische Politik ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, AF-GP.Linke-SÖT-93

„Der sozial-ökologische Umbau des 21. Jahrhunderts wird nur global und solidarisch gelingen. Allein die Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert nach Expertenschätzungen jährlich rund 100 Milliarden Dollar Unterstützungsleistungen des Nordens für den Süden – zusätzlich zu der längst überfälligen Bereitstellung von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder für die Entwicklungshilfe. DIE LINKE fordert, dass die Bundesrepublik und die Europäische Union ihren finanziellen und technischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern sowie zu dessen Begrenzung ohne jede Vorbedingungen in der notwendigen Höhe leisten.“

→ Der Umbau ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 72, AF-GP.Linke-GSÖT-3

„Wir wenden uns strikt gegen jede Verlagerung energie- und ressourcenaufwendiger Produktion aus dem Norden in den Süden.“

→ Somit wird sich gegen eine gesamte sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72, AF-GP.Linke-SÖT-94

„Energiepartnerschaften der EU mit Ländern im globalen Süden sollten im Interesse eines gemeinsamen Einstiegs in die Energiewende gestaltet werden. Vorhaben, die die Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung erschweren, müssen gestoppt werden.“

→ Die Beendigung der Umweltzerstörung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, AF-GP.Linke-SÖT-95

„Sie trägt dazu bei, dass die Kämpfe um höhere Löhne, ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, ein gebührenfreies Studium, soziale Sicherheit, eine nachhaltige Energiepolitik und um den Schutz der natürlichen Umwelt, um Demokratie und Frieden mit neuer Kraft geführt werden.“

→ Der angestrebte Schutz der Umwelt ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, AF-GP.Linke-SÖT-96

„Dabei knüpfen wir an die sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Errungenschaften sowie ökologischen Regulierungen an, die in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit bereits durchgesetzt wurden. Wir wollen sie weiterentwickeln und als Ausgangspunkt für weitergehende Veränderungen nutzen.“

→ Die weitergehenden Veränderungen der bisherigen ökologischen Regulierungen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, AF-GP.Linke-SÖT-97

„Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“

→ Die Durchsetzung ökologischer Politik ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, AF-GP.Linke-SÖT-98

„Wir ringen daher um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft.“

→ Die Durchsetzung ökologischer Politik ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 75, AF-GP.Linke-SÖT-99

„Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur sinnvoll, wenn sie eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten.“

→ Der Richtungswechsel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 75f., AF-GP.Linke-SÖT-100

„Gemeinsam mit der Partei der Europäischen Linken, den Abgeordneten der linken Fraktion im Europäischen Parlament, Aktivistinnen und Aktivisten politischer und sozialer Organisationen und gesellschaftlicher Bewegungen werden wir weiter für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa kämpfen.“

→ Die ökologische EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, AF-GP.Linke-SÖT-101

„Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt zur Vereinigung der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Europas verschieben.“

→ Die ökologische EU-Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.Linke-SÖT-102

„Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Gesellschaft ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### 2.2.2.1.4 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der AfD

##### S. 141, AF-GP.AfD-SÖT-1

„Die Wasseraufbereitung ist zu modernisieren und zu verbessern. Die Einleitung von Schadstoffen in den Wasserkreislauf muss durch vorbeugenden Gewässerschutz verringert werden, damit Trinkwasser in Zukunft nicht zu einer Gesundheitsgefahr für die Verbraucher wird.“

→ Die angestrebte Modernisierung bzw. Verbesserung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im spezifischen Bereich der Wasseraufbereitung.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

##### S. 141, AF-GP.AfD-GSÖT-1

„Die kommunalen, dezentralen Wasserversorgungsbetriebe wollen wir unterstützen. Eine Privatisierung und damit Kommerzialisierung der Grundversorgung mit Trinkwasser lehnen wir ab.“

→ Mit der Ablehnung der Veränderung der Eigentumsverhältnisse wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

##### S. 157, AF-GP.AfD-GSÖT-2

„Die AfD sagt daher ‚Ja zum Umweltschutz‘, macht aber Schluss mit der ‚Klimaschutzpolitik‘ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und ‚Transformation der Gesellschaft‘.“

→ Es wird sich explizit gegen eine gesamte Transformation, die im genannten Kontext als sozial-ökologisch zu begreifen ist, gewendet.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

##### S. 157, AF-GP.AfD-GSÖT-3

„Die Wahrnehmung des CO<sub>2</sub> nur als Schadstoff werden wir beenden und alle Alleingänge Deutschlands zum Reduzieren der CO<sub>2</sub>-Emissionen unterlassen.“

→ Es wird sich gegen eine Reduktion und damit sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

##### S. 157, AF-GP.AfD-GSÖT-4

„CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.“

→ Es wird sich explizit gegen Klimaschutz und damit sozial-ökologische Transformationen ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

##### S. 159, AF-GP.AfD-GSÖT-5

„Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass das als verfassungs- und europarechtswidrig eingestufte EEG vom Bundesverfassungsgericht geprüft wird.“

→ Bereits gestartete Veränderungen im Energiesektor, die als sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind, sollen nicht weiter verfolgt werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

##### S. 160, AF-GP.AfD-GSÖT-6

„Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Es darf kein Tabu sein, den Umfang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen. Die AfD will einzelne Energieträger weder bevorzugen noch benachteiligen.“

→ Bereits gestartete Veränderungen im Energiesektor, die als sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind, sollen nicht weiter verfolgt werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 160, AF-GP.AfD-GSÖT-7

„Wir wollen die Vorrangspeisung von Strom generell abschaffen. Quoten-/Auktionsmodelle, um mit ihnen staatlich-planwirtschaftliche Ziele in der Energiepolitik durchzusetzen, lehnen wir ab.“

→ Bereits gestartete Veränderungen im Energiesektor, die als sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind, sollen nicht weiter verfolgt werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 160, AF-GP.AfD-SÖT-2

„Unser Ziel ist es, das deutsche Stromversorgungssystem wieder auf jenen Stand der Technik zu bringen, der eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Stromversorgung sicherstellt.“

→ Aus ihrer Perspektive strebt die AfD dennoch eine umweltverträgliche Neuausrichtung im Energiesektor an, die in der Praxis quasi eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 161, AF-GP.AfD-GSÖT-8

„Die staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu beenden.“

→ Weitere Maßnahmen, die als sozial-ökologische Transformation des Energiesektors zu verstehen sind, werden abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 162, AF-GP.AfD-GSÖT-9

„Wir setzen uns dafür ein, die Subventionierung und Vorrangspeisung des Stroms aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden.“

→ Bereits gestartete Veränderungen im Energiesektor, die als sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind, sollen nicht weiter verfolgt werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 162, AF-GP.AfD-GSÖT-10

„Die Subventionierung der Biokraftstoffe durch das Quotensystem ist einzustellen.“

→ Bereits gestartete Veränderungen im Energiesektor, die als sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind, sollen nicht weiter verfolgt werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 162, AF-GP.AfD-GSÖT-11

„Die staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu beenden.“

→ Weitere Maßnahmen, die als sozial-ökologische Transformation des Energiesektors zu verstehen sind, werden abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 162, AF-GP.AfD-GSÖT-12

„EnEV und EEWärmeG führen zu einem rasanten Anstieg der Baukosten und dienen als Rechtfertigung für Luxussanierungen. Dadurch sind die Mieten vieler Wohnungen für Bürger mit mittleren und geringen Einkommen kaum noch bezahlbar. Auch aus diesen Gründen setzt sich die AfD dafür ein, die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos zu streichen.“

→ Weitere Maßnahmen, die als sozial-ökologische Transformation des Energiesektors zu verstehen sind, werden abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 163, AF-GP.AfD-GSÖT-13

„Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Subventionierung und Vorrang einspeisung des Stroms aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden.“

→ Bereits gestartete Veränderungen im Energiesektor, die als sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind, sollen nicht weiter verfolgt werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 163, AF-GP.AfD-GSÖT-14

„Die Subventionierung der Biokraftstoffe durch das Quotensystem ist einzustellen.“

→ Bereits gestartete Veränderungen im Energiesektor, die als sozial-ökologische Transformation zu verstehen sind, sollen nicht weiter verfolgt werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 163, AF-GP.AfD-SÖT-3

„Sollten die Risiken beherrschbar erscheinen, wollen wir Fracking entwickeln und mögliche Standorte erkunden lassen. Daher setzt sich die AfD dafür ein, das im April 2015 in den Bundestag eingebrachte restriktive ‚Fracking-Gesetz‘ zurückzuziehen.“

→ Die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse soll durch das Fracking verändert werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 163, AF-GP.AfD-GSÖT-15

„Den kommerziellen Einsatz des Fracking zur Erdöl- und Erdgasförderung an neuen Standorten lehnt die AfD ab, solange die Energieversorgung Deutschlands anderweitig sichergestellt ist.“

→ Die Veränderungen, also sozial-ökologischen Transformationen, werden hier abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 164, AF-GP.AfD-GSÖT-16

„Solange die Stromversorgung nicht ausreichend gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten.“

→ Bzgl. der Kernkraft soll eine sozial-ökologische Transformation stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 164, AF-GP.AfD-GSÖT-17

„Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten.“

→ Bzgl. der Kernkraft soll eine sozial-ökologische Transformation stattfinden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 164, AF-GP.AfD-SÖT-4

„Radioaktive Reststoffe sollten dezentral, zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden, wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit technischem Fortschritt wieder aufbereiten zu können. Eine zentrale Endlagerung an einem später kaum mehr zugänglichen Ort halten wir für den falschen Weg.“

→ Die Ausgestaltung des Umgang mit radioaktiven Reststoffen soll verändert werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 170, AF-GP.AfD-SÖT-5

„Die AfD steht für einen Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen, zu schützen. Schwerpunkte der Umweltpolitik der AfD sind deshalb u.a., den Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit sogenannten Schutzgütern soll insgesamt nachhaltig gestaltet werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 170, AF-GP.AfD-SÖT-6

„Die AfD spricht sich, bis zur fundiert nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier, ausdrücklich gegen den Einsatz des von der WHO als wahrscheinlich krebserzeugend eingestuften Glyphosat beim Pflanzenschutz aus.“

→ Es wird sich gegen die Verwendung von Glyphosat ausgesprochen, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich des Pflanzenschutzes ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 170, AF-GP.AfD-GSÖT-18

„Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab.“

→ Die bereits verfolgte Transformation des Energiesektors wird abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 170, AF-GP.AfD-GSÖT-19

„Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab.“

→ Die bereits verfolgte Transformation des Energiesektors wird abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 171, AF-GP.AfD-SÖT-7

„Für den Transport von Schlachttieren fordert die AfD, dass immer der nächstgelegene Schlachthof angefahren werden muss und der Transport von Schlachttieren nur über kurze Distanzen innerhalb von Deutschland erlaubt ist.“

→ Der Umgang mit Tieren soll ein wenig tierfreundlicher gestaltet werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 171, AF-GP.AfD-SÖT-8

„Tierhaltende Betriebe, welche der Lebensmittelproduktion dienen, sind dafür verantwortlich, dass ihre Produkte frei von Antibiotikarückständen und multiresistenten Keimen (MRSA) sind. Die Anzahl der Antibiotika-Behandlungen ist in Anbetracht der zunehmenden Ausbreitung multiresistenter Keime zu minimieren.“

→ Der Umgang mit Antibiotika soll verändert werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 171, AF-GP.AfD-SÖT-9

„Um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu erhöhen, sind tierhaltende Betriebe der Lebensmittelproduktion, die Antibiotika einsetzen, dafür verantwortlich, dass die Tiere frei von Antibiotika-Resistenzen sind, bevor die Produkte in die Lebensmittelweiterverarbeitung gelangen.“

→ Der Umgang mit Antibiotika soll verändert werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 171, AF-GP.AfD-SÖT-10

„Für die Humanmedizin wichtige Antibiotika dürfen in der Tierhaltung nicht verwendet werden.“

→ Der Umgang mit Antibiotika soll verändert werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 172, AF-GP.AfD-SÖT-11

„Nach dem Vorbild von gesetzlichen Regelungen, die schon in Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und weiteren europäischen Ländern gelten, lehnt die AfD Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten sein. Die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in Paragraph 4a (2) des deutschen Tierschutzgesetzes ist zu streichen.“

→ Der Umgang mit Tieren soll ein wenig tierfreundlicher gestaltet werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 173, AF-GP.AfD-SÖT-12

„Aus diesem Grunde öffnet sich die AfD der Forschung und Entwicklung im Bereich der Gentechnik. Der Einsatz in Medizintechnik und Landwirtschaft ist nur nach sorgfältigster Prüfung durch benannte Stellen in klar definiertem Rahmen zu genehmigen. Auf einer vorherigen praktischen Erprobung in abgeschlossener Umgebung ist dabei zu bestehen. Die entsprechenden Zulassungsverfahren können ähnlich dem Medizinproduktegesetz (MPG), dem Arzneimittelgesetz (AMG) und dem Lebens- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) entworfen werden. Gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene weiterführende Produkte sind zu kennzeichnen.“

→ Gentechnik soll in die Praxis umgesetzt werden, was dann eine sozial-ökologische Transformation im landwirtschaftlichen Bereich darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 173, AF-GP.AfD-SÖT-13

„Der Einsatz von Gentechnik in Medizin und Landwirtschaft ist nur nach sorgfältigster Prüfung durch benannte Stellen in klar definiertem Rahmen zu genehmigen. Gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene weiterführende Produkte sind zu kennzeichnen.“

→ Gentechnik soll in die Praxis umgesetzt werden, was dann eine sozial-ökologische Transformation im landwirtschaftlichen Bereich darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 173, AF-GP.AfD-GSÖT-20

„Die Patentierung von genetischem Material und von Saatgut geht einher mit einem zunehmenden Konzentrationsprozess im kommerziellen Saatguthandel. Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelversorgung von wenigen multinationalen Großkonzernen zu verringern, die Saatgutvielfalt zu erhalten und damit auch die Biodiversität unserer Nahrungsmittel.“

→ Saatgutvielfalt und Biodiversität in der Landwirtschaft sollen nicht verändert werden.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 174, AF-GP.AfD-GSÖT-21

„Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne und den vermehrten Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung ab.“

→ Veränderungen im landwirtschaftlichen Bereich, die in der Praxis sozial-ökologische Transformationen sind, werden abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 174, AF-GP.AfD-SÖT-14

„Anzustreben ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise von landwirtschaftlichen Produkten.“

→ Die nachhaltige Erzeugung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 174, AF-GP.AfD-SÖT-15

„Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern. Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzufahren.“

→ Die angestrebte Umweltgerechtigkeit ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 175, AF-GP.AfD-GSÖT-22

„Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden.“

→ Veränderungen, also sozial-ökologische Transformationen, werden hier abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 175, AF-GP.AfD-GSÖT-23

„Wir lehnen es ab, die Stellnetzfisherei in Ostseeschutzgebieten zu verbieten und die Naturschutz-Kernzonen auszuweiten.“

→ Hiermit wird sich in diesem Bereich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 175, AF-GP.AfD-GSÖT-24

„Die AfD bekennt sich zu den bewährten Grundsätzen der waidgerechten Hege und Jagd.“

→ Somit werden sozial-ökologische Transformationen in diesem Bereich abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 175, AF-GP.AfD-SÖT-16

„Bauvorhaben und der Ausbau der Infrastruktur gehen oft zu Lasten landwirtschaftlich produktiver Flächen. Äcker, Wiesen und Wälder erachten wir für besonders wertvoll. Naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sind zu reduzieren und in aller Regel so zu gestalten, dass sie nicht zu Lasten land- und forstwirtschaftlicher Flächen gehen.“

→ Die Reduktion ist in der Praxis in diesem Bereich eine sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 183, AF-GP.AfD-SÖT-17

„Der Ausstoß von Feinstaub bei Kfz mit Dieselmotoren ist durch Weiterentwicklung der Motor- und Abgastechnik zu minimieren.“

→ Dies ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 188, AF-GP.AfD-SÖT-18

„Beim Verdichten und Modernisieren von Stadtbezirken sollen die sozialen, kulturellen, gewerblichen, verkehrstechnischen und ökologischen Belange miteinander verbunden und von Anfang an umfassend geplant werden.“

→ Die Berücksichtigung der ökologischen Belange ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Stadtpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 188, AF-GP.AfD-GSÖT-25

„Die AfD bekennt sich zur strikten Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Bundesstiftung Baukultur gemäß dem Bericht 2014/15, lehnt jedoch die Energiewende selbst und daher auch die damit verbundenen Empfehlungen ab.“

→ Erneut wird die sozial-ökologische Transformation im Energiesektor abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### **2.2.2.1.5 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der Grünen**

S. 9, AF-GP.Grüne-SÖT-1

„Unsere Vision ist eine Welt, in der die natürlichen Lebensgrundlagen geachtet und bewahrt werden.“

Diese Neuausrichtung der Welt ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, AF-GP.Grüne-SÖT-2

„Als Partei der Ökologie geht es uns um die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, die durch industriellen Raubbau und überschießenden Ressourcenverbrauch gefährdet sind. Bewahren können wir nicht durch ein Zurück, sondern nur indem wir die heutigen Industriegesellschaften nachhaltig verändern. Ökologie ist eine unverzichtbare Dimension der Modernisierung unserer Gesellschaft. Mit der ökologischen Erweiterung des Gesellschaftsvertrages setzen wir Bündnisgrünen der Zukunftsvergessenheit traditioneller Politik unsere Politik der Verantwortung für die künftigen Generationen und unsere Mitwelt entgegen.“

→ Diese Modernisierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 10f., AF-GP.Grüne-SÖT-3

„Nachhaltigkeit bedeutet die zukunftsfähige Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Dabei ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unser zentrales Anliegen. Produktion und Konsumtion müssen so gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören. Ökologie verlangt nachhaltige Wirtschafts- und Technikpolitik. Nachhaltigkeit ist kein allein national zu bewältigendes Ziel; sie verlangt internationale Kooperation. Nur wenn die Wende zur Nachhaltigkeit weltweit gelingt, wird unsere Lebensweise zukunftsfähig.“

→ Diese Wende ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12f., AF-GP.Grüne-SÖT-4

„Unser alter Slogan ‚Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt‘ ist heute aktueller denn je. Durch ökologischen Raubbau und zukunftsvergessene Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik steht die Zukunft unserer Kinder auf dem Spiel. Dagegen treten wir ein für Generationengerechtigkeit.“

→ Das Ende des Raubbaus ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, AF-GP.Grüne-SÖT-5

„Um Gewalt präventiv zu verhindern und Frieden auf Dauer fest zu gründen, muss Demokratie weltweit gefördert werden, muss Gerechtigkeit über die Grenzen einzelner Nationen hinaus gelten, müssen ökologische Krisen vermieden werden und die universellen Menschenrechte weltweit Geltung gewinnen.“

→ Die Krisenvermeidung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, AF-GP.Grüne-SÖT-6

„Deswegen üben wir Kritik an einer Wirtschaftsweise, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen irreversibel vorantreibt. Der Profit von heute kann so zur ökologischen Schuldenlast von morgen werden.“

→ So ist das Ziel der Veränderung in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, AF-GP.Grüne-SÖT-7

„Trotzdem und trotz vielfältiger nationaler und internationaler Anstrengungen nehmen Emissionen von Treibhausgasen und Umweltschäden weltweit zu. Die Klimaveränderung hat bereits begonnen. Sie wird bisher nicht übersehbare weltweite Auswirkungen mit sich bringen. Gelingt es nicht, die Tendenz umzukehren, drohen Katastrophen mit globalen Auswirkungen. Die Klimaveränderung ist aber keineswegs das einzige große ökologische Risiko. Landschaftsverbrauch, Artensterben, Waldvernichtung, Wüstenausbreitung und Verlust fruchtbarer Böden, Überfischung und Verseuchung der Meere schreiten fort. Die bisherige Wirtschaftsweise der hochindustrialisierten Gesellschaften ist nicht globalisierbar. Die ökologische Herausforderung erfordert einen Umbau der ökonomischen und sozialen Systeme.“

→ Der Umbau ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 16f., AF-GP.Grüne-SÖT-8

„Doch bündnisgrüne Politik erschöpft sich nicht im Warnen. Unsere Kompetenz liegt in der Gestaltung nachhaltiger Entwicklung. Ökologie ist ein unverzichtbarer Rahmen für verantwortbare Ökonomie geworden. Sie ist das Leitbild vieler technischer Innovationen. Das Umsteuern auf größtmögliche Energie- und Ressourceneffizienz ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Ökologisch reflektierte Lebensstile machen uns reicher.“

→ Das Umsteuern ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 17, AF-GP.Grüne-SÖT-9

„Wir wollen eine ökologisch nachhaltige, freiheitliche, demokratische und solidarische Welt gestalten, ohne Hunger, Armut und Krieg.“

Als Ganzes

→ Diese Gestaltung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, AF-GP.Grüne-SÖT-10

„Umweltzerstörung und Hunger in vielen Ländern der Erde, Rassismus, Nationalismus und Gewalt, die Unterdrückung von Frauen und die Ausbeutung von Kindern sind nicht zurückgegangen, sondern größer geworden. Deshalb ist Widerstand gegen diese Globalisierung richtig und notwendig. Zu einer weltweiten Wende und Kurskorrektur zu kommen, gehört zu den größten Herausforderungen und Aufgaben der Politik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.“

→ Bzgl. der Umweltzerstörung ist diese Wende eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, AF-GP.Grüne-SÖT-11

„Die EU muss ihre neoliberale Fixierung in der Wirtschaftspolitik verlassen und eine noch aktivere internationale Rolle bei der sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung spielen.“

→ Diese Gestaltung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, AF-GP.Grüne-SÖT-12

„Mit dem Aufbruch ins Solarzeitalter thematisieren wir die grüne Energiepolitik als Antwort auf die ökologische Herausforderung. Ökologisch mobil setzt grüne Ziele für eine nachhaltige Mobilität. Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher benennt grüne Prioritäten zur Erneuerung der Marktwirtschaft. Neue Landwirtschaft heißt die Perspektive für einen neuen Interessenausgleich zwischen Bauern und Verbrauchern im Sinne nachhaltiger Entwicklung.“

→ Die nachhaltige Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 24, AF-GP.Grüne-SÖT-13

„Ökologische Politik ist Gesellschaftspolitik und hat deshalb Konsequenzen für viele Politikfelder: für die Gestaltung der Wirtschaft, des Verkehrssystems, für Forschung und Technologie wie für die Steuerpolitik. Wer die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren will, muss bereit sein, Wirtschaft und Gesellschaft zu reformieren.“

→ Die generelle Reform ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, AF-GP.Grüne-SÖT-14

„Global zu denken und zugleich auch in globalen ökologischen Netzwerken zu handeln, das ist heute eine zentrale Herausforderung im Sinne einer alternativen, nachhaltigen Globalisierung.“

→ Die generelle ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Globalisierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, AF-GP.Grüne-SÖT-15

„Wir stehen mitten in einem Wettlauf mit den verschiedenen Dimensionen der Umwelt- und Naturzerstörung. Wir haben dabei nicht unbegrenzt viel Zeit, wenn die Erde auch in Zukunft ein lebensfreundlicher Ort bleiben soll. Die klimaverändernden CO<sub>2</sub>-Emissionen nehmen weltweit trotz aller gegenteiliger politischer Proklamationen weiter zu. Anhaltendes Bevölkerungswachstum, Armut und Landflucht, ebenso wie ein rücksichtsloser Industrialisierungskurs münden in einen bedrohlichen Raubbau an der Natur. Menschliche Kurzsichtigkeit führt mehr und mehr zu Naturkatastrophen wie Dürren, das Voranschreiten der Wüstenbildung oder die Häufung von Überschwemmungen und schweren Stürmen. Deshalb gibt es keinen Anlass, sich zurückzulehnen.“

→ Die implizit angestrebten Veränderungen zugunsten einer ökologischen Ausrichtung der Gesellschaft sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25f., AF-GP.Grüne-SÖT-16

„Nach uns die Sintflut‘ ist kein akzeptables Prinzip. Deshalb müssen wir den Naturverbrauch auf ein Maß zurückschrauben, das die Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme nicht überfordert. Der Leitbegriff für diese Aufgabe heißt nachhaltige Entwicklung. Umweltschutz ist auch eine Frage der internationalen Gerechtigkeit. Die hochindustrialisierten Gesellschaften des Nordens verbrauchen einen weit überproportionalen Anteil an den natürlichen Reichtümern und sie verursachen einen ebenso übermäßigen Anteil der Belastungen der Biosphäre. Sie stehen daher vor allem in der Pflicht, den Ressourcen- und Energieverbrauch auf Bruchteile des jetzigen Standes zu verringern. Wir brauchen einen internationalen ökologischen Lastenausgleich zwischen reichen und armen Ländern.“

→ Das Umsteuern zur nachhaltigen Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 26, AF-GP.Grüne-SÖT-17

„Umweltzerstörung schafft neue Zwänge, die das Leben der Menschen einschränken. Der Verbrauch der natürlichen Reichtümer reduziert die Entscheidungsspielräume künftiger Generationen, beschneidet deren Chance zur Selbstbestimmung. Das gilt auch für ‚Erblasten‘ wie die drohende Klimakatastrophe oder die über Jahrtausende radioaktiv strahlenden Abfälle der Atomkraftwerke. Deshalb ist ökologische Vernunft die Bedingung für Selbstbestimmung heute und morgen. Ökologische Vernunft verlangt, fehlerfreundlicher und angepasster Technologie den Vorzug vor irreversiblen Großtechnologien zu geben.“

→ Die „vernünftige“ Orientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26f., AF-GP.Grüne-SÖT-18

„Wir wollen nicht, dass zentrale ökologische und ökonomische Fragen von marktbeherrschenden Global Playern entschieden werden, statt durch die demokratische Teilhabe der Menschen. Deshalb setzen wir einerseits auf einen demokratisch verantworteten Ordnungsrahmen und andererseits auf ökologische Information und Bildung, auf ökonomische Anreize für umweltfreundliche Techniken und Produkte sowie auf Vereinbarungen mit der Industrie.“

→ Diese Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, AF-GP.Grüne-SÖT-19

„Wir wollen das Leitbild der Nachhaltigkeit zum Maßstab unserer Lebens- und Wirtschaftsweise machen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet nichts anderes, als dass angesichts begrenzter ökologischer Spielräume durch erhöhte Ressourceneffizienz und Ressourceneinsparung in der Wirtschaft und die Etablierung alternativer Konsummuster der Spielraum für die sozialen Entwicklungschancen der Menschen in den Ländern des Südens geschaffen wird und die Befriedigung der Bedürfnisse heutiger Generationen nicht zu Lasten kommender Generationen gehen darf.“

→ Die Maßstabssetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 27, AF-GP.Grüne-SÖT-20

„Das Wirtschaftswachstum alten Typs, das an einen wachsenden Naturverbrauch gekoppelt ist, ist nicht zukunftstauglich. Die bisher verdrängten ökologischen und sozialen Folgekosten unserer Wirtschaftsweise übersteigen ihre Wohlfahrtsgewinne. Zukünftig soll die Wirtschaft der hochentwickelten Industriegesellschaften sich so entwickeln, dass gleichzeitig eine deutliche Minderung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen erreicht wird. Das Umsteuern auf einen nachhaltigen Kurs ist nicht nur ökologisch sinnvoll, es ist auch wirtschaftlich vernünftig. Ökologie ist Langzeit-Ökonomie.“

→ Die Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 27f., AF-GP.Grüne-SÖT-21

„Heute besteht die Aufgabe darin, einen ökologischen Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft zu installieren. Wir setzen uns deshalb für verbindliche ökologische Ziele auf nationaler und internationaler Ebene ein, an die sowohl die Regierungen wie die Wirtschaft gebunden sind. Innerhalb dieses ökologischen Zielkorridors soll sich die wirtschaftliche Dynamik entfalten können. Die Vorsorge vor umweltbedingten Krankheiten und der Schutz der Natur vor gefährlichen Stoffen gehört zu unseren Prioritäten. Wir müssen wegkommen von einer Politik, die den Enthüllungen über den Schadstoff der Woche hinterherläuft. Deshalb muss der Eintrag von gefährlichen Stoffen, vor allem von solchen, die sich in der Umwelt anreichern, mittelfristig eingestellt werden.“

→ Die Installation ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, AF-GP.Grüne-SÖT-22

„Unser Ziel ist eine ökologische Kreislaufwirtschaft, die mit Rohstoffen und Energie sparsam und effizient umgeht. Regionale Güterkreisläufe sollen Vorrang vor weitläufigen Transportketten haben, Nahrungsmittel möglichst verbrauchernah erzeugt werden. Verbrauchermacht muss dies fördern. Umweltverträglichkeit muss ein zentrales Kriterium für Forschung und Entwicklung sein.“

→ Diese Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 28, AF-GP.Grüne-SÖT-23

„Um das globale ökologische Gleichgewicht wiederherzustellen und die Lebensbedingungen einer wachsenden Weltbevölkerung zu sichern, brauchen wir eine ökologisch-technische Revolution, die den Umweltverbrauch der hochindustrialisierten Länder innerhalb der nächsten Jahrzehnte um den Faktor 10 reduziert.“

→ Diese Reduktion ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, AF-GP.Grüne-SÖT-24

„Nicht die nachträgliche Beseitigung von Umweltschäden kann unser Ziel sein, sondern vielmehr die Vermeidung von Umweltproblemen durch schadstofffreie und ressourcensparende Technologien und Produkte.“

→ Die Vermeidung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 28, AF-GP.Grüne-SÖT-25

„Mit der Orientierung auf Ressourcenschutz und Ökoeffizienz konzentrieren wir uns auf das, was die ökologische Modernisierung am dringendsten braucht: neue Produktions- und Managementverfahren, umweltverträgliche Produktionsverfahren, die es erlauben, den Bedarf an Energie, Rohstoffen und Flächen zu senken. Produktions- und produktintegrierter Umweltschutz bedeutet weniger Energie- und Materialverbrauch, weniger Rückstände bedeuten weniger Kosten und mehr betriebswirtschaftliche Vorteile.“

→ Die Modernisierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 29, AF-GP.Grüne-SÖT-26

„Mit dem Produktions- und produktintegrierten Umweltschutz eröffnen wir der Wirtschaft neue Möglichkeiten.“

→ Diese Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 29, AF-GP.Grüne-SÖT-27

„Ohne Effizienzrevolution keine ökologische Zukunft. Aber Nachhaltigkeit ist mehr als technische Innovation: Sie hat auch eine kulturelle Dimension. Sie beinhaltet auch, dass wir Werte schätzen, die keinen Preis haben: den Wert naturnaher Landschaften, die Vielfalt der Flora und Fauna, die Bedeutung freier Zeit, selbstbestimmter Tätigkeit und eines aktiven kulturellen und sozialen Lebens.“

→ Diese Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 29, AF-GP.Grüne-SÖT-28

„Nachhaltige Entwicklung wird nur gelingen, wenn möglichst viele Menschen in ihrer jeweiligen Verantwortung und in ihrem jeweiligen Handlungsbereich sich daran orientieren. Erziehung, Bildung und Ausbildung sowie der private oder öffentliche Diskurs können zwar nachhaltige Konsummuster und Lebensstile nicht konkret vorschreiben. Sie müssen jedoch verstärkt dazu beitragen, dass Menschen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verantwortlich handeln lernen. Die prinzipielle Handlungsfreiheit des Einzelnen erfährt ihre Einschränkung durch Gesetze und Verordnungen wie auch durch die Orientierung an der Handlungsmaxime Nachhaltigkeit.“

→ Diese Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 29, AF-GP.Grüne-SÖT-29

„Freiheit hat nur, wer die Wahl hat. Dazu gehören Informationen über die ökologische Qualität von Produkten, ihre Verfügbarkeit für breite soziale Schichten zu angemessenen Preisen, das Vorhandensein umweltfreundlicher Verkehrsmittel oder räumliche Strukturen, die ein Zusammenrücken der Lebensfunktionen Arbeiten, Freizeit und Wohnen erlauben.“

→ Diese Umgestaltungen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, AF-GP.Grüne-SÖT-30

„Ökologische Verantwortung und Lebensgenuss passen gut zusammen. Das gilt für die Ernährung ebenso wie für die Architektur und die Art des Wohnens, für die Freizeit, das Reisen oder das Engagement in Initiativen und Verbänden.“

→ Diese Umorientierungen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, AF-GP.Grüne-SÖT-31

„Die Zukunft der Energieversorgung ist solar und dezentral. Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme, Wasserkraft, Meeresenergie: Erneuerbare Energie ist weltweit im Überfluss vorhanden.“

→ Die Energiewende ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, AF-GP.Grüne-SÖT-32

„Die Atomkraft ist keine Lösung für das Energieproblem, sie schafft nur unkalkulierbare neue. Deshalb muss der Atomausstieg innerhalb der gesetzlichen Regelungen beschleunigt zu Ende gebracht werden. Dafür müssen Ersatzenergien besonders schnell bereitgestellt werden.“

→ Der Atomausstieg ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, AF-GP.Grüne-SÖT-33

„Eine sichere Energieversorgung kann nur mit zukunftsfähigen Technologien erreicht werden. Wir können schon heute Häuser bauen, die mehr Energie erzeugen als verbrauchen. Wir können in Fabriken arbeiten, die keine Emissionen mehr erzeugen. Sie müssen morgen zum allgemeinen Maßstab für eine lebenswerte Gesellschaft mit geringem Ressourcenverbrauch werden. Wir brauchen Lebensstile und Konsummuster, die mit der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und ihrer gerechten Verteilung auf alle Menschen vereinbar sind.“

→ Die Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 31, AF-GP.Grüne-SÖT-34

„Neue großflächige Tagebauvorhaben lehnen wir ab. Mittelfristig werden fossile Energieträger wie Gas oder auch Kohle eine abnehmende, aber immer noch wichtige Rolle spielen. Deshalb muss der Effizienzgrad dieser Kraftwerke deutlich verbessert werden.“

→ Die Effizienzsteigerung ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 31, AF-GP.Grüne-SÖT-35

„Wir brauchen diese Logistik und ressourcenschonenden, effizienzsteigernden Techniken aber nicht nur für den Übergang aus dem fossilen Zeitalter hinaus. Wir brauchen diese Technik als Grundlage für die Versorgung von acht, vielleicht zehn Milliarden Menschen mit regenerativer Energie. Hocheffiziente Umwandlung und ein standortangepasster, weitgehend minimierter Verbrauch sind für uns in erster Linie Einstiegstechnologien in eine gerechte und nachhaltige, also vollständig solare Energieversorgung.“

→ Die Effizienzsteigerung ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 32, AF-GP.Grüne-SÖT-36

„Wir werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft für eine nachhaltige Energiewirtschaft einsetzen.“

→ Die Umorientierung ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, AF-GP.Grüne-SÖT-37

„Für den Übergang vom fossil-atomaren Zeitalter ins Solarzeitalter haben wir Bündnisgrünen in den letzten Jahren eine ganze Reihe politischer Instrumente entwickelt und viele davon in Regierungsverantwortung bereits umgesetzt. Damit haben wir das Ruder gedreht, die Energiewende ist eingeleitet, jetzt müssen wir auf diesem Kurs Fahrt aufnehmen. Deshalb muss zügig und konsequent gehandelt werden. Im Vergleich zu 1990 muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent, bis 2050 um 80 Prozent reduziert werden.“

→ Die Reduktion geht praktisch mit einer gesamten sozial-ökologischen Transformation einher.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, AF-GP.Grüne-SÖT-38

„Der Wandel von der Verbrennung fossiler Energierohstoffe zu regenerativen Energien ist mehr als eine technologische Revolution. Er führt auch zu einer neuen, dezentralen Struktur der Energiewirtschaft. Gleichzeitig muss die Energieeffizienz drastisch erhöht und der Ressourcenverbrauch ebenso gesenkt werden. Unser mittelfristiges Ziel ist Faktor 4, die Vervierfachung der Ressourcenproduktivität. Langfristig ist eine Steigerung um den Faktor 10 möglich und notwendig.“

→ Die Effizienzsteigerung ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 32, AF-GP.Grüne-SÖT-39

„Solare Technologien haben jahrzehntelang ein Schattendasein geführt. Wir werden weiter ihre Erforschung fördern und ihre Präsenz an Schulen und Hochschulen verbessern. Wir werden vor allen Dingen ihre marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihrem volkswirtschaftlichen Stellenwert anpassen, also technische Normen für den Energieverbrauch von Gebäuden, Produkten und Dienstleistungen weiterentwickeln und die ökologische Steuer- und Finanzreform fortführen.“

→ Die ökologische Ausrichtung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32f., AF-GP.Grüne-SÖT-40

„Die Liberalisierung der Energiemärkte bietet eine Chance für dezentrale Versorgungssysteme. Diese werden wir nutzen, um möglichst vielen Menschen, Kommunen und unabhängigen Energielieferanten die Möglichkeit zu bieten, den Energiemarkt der Zukunft selbstbestimmt und diskriminierungsfrei zu gestalten. Wir setzen auf schnelle, effiziente und flexible Systeme, die Versorgungslösgik der alten Energiemonopolisten ist nicht zukunftsfähig.“

→ Die Umorientierung ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, AF-GP.Grüne-SÖT-41

„Diese Multiplikatoren werden uns helfen, gesellschaftliche Mehrheiten für die Durchsetzung eines globalen Solarprogramms zu erreichen.“

→ Das Solarprogramm ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, AF-GP.Grüne-SÖT-42

„Das Klima kennt keine nationalen Grenzen, Klimaschutz ist eine internationale Aufgabe. Wir werden weiter auf internationale Abkommen und deren Umsetzung drängen. Wir werden Maßnahmen fördern, die den Transfer von Regenerativen Energien-Technologien besonders in Entwicklungsländer sicherstellen. Denn neben dem Klimaschutz ist auch für die Armutsbekämpfung in unterentwickelten Regionen die Bereitstellung regenerativer Energien eine unverzichtbare Grundvoraussetzung.“

→ Die Umsetzung von Klimaschutz ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, AF-GP.Grüne-SÖT-43

„Trotz stagnierender Bevölkerungsentwicklung wächst die Siedlungsfläche in Deutschland um 129 Hektar täglich. Im Umland entstehen Einzelhandelszentren, Gewerbe- und Freizeitparks, die eigentlich zentrale Funktionen haben. Hier wollen wir gegensteuern und die städtischen Zentren gegenüber der ‚grünen Wiese‘ stärken.“

→ Das Gegensteuern ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, AF-GP.Grüne-SÖT-44

„Wir wollen die Städte und Regionen als vitale Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsstandorte festigen und Suburbanisierung und Flächenverbrauch eindämmen.“

→ Die Eindämmung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, AF-GP.Grüne-SÖT-45

„Nachhaltige Stadtentwicklung setzt auf das Bauen im Bestand. Subventionen, die die Zersiedlung begünstigen, wollen wir umwandeln in Instrumente zur Stärkung der Städte und Erneuerung des Bestandes. Eigenheimzulage, Entfernungspauschale und die degressive Abschreibung im Mietwohnungsbau sind zu reformieren. Bodenrecht und Bodenbesteuerung sollen zum Abbau des Bodenpreisgefälles zwischen innen und außen beitragen. Die Erschließung von Neubauland soll an die Bildung von Fonds für Flächenrecycling gebunden werden. Kommunales Bodenmanagement muss selbstverständlich werden.“

→ Das Gegensteuern ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, AF-GP.Grüne-SÖT-46

„Unsere Ziele sind deshalb: Unsinnigen Verkehr vermeiden, Straßen- und Flugverkehr auf die Schiene verlagern, Emissionen vermindern.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, AF-GP.Grüne-SÖT-47

„Aber nach Jahrzehnten einer einseitig autofixierten Politik kann eine Umorientierung im Verkehr nur schrittweise umgesetzt werden.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, AF-GP.Grüne-SÖT-48

„Wir haben die Leitvorstellung einer nachhaltigen Mobilität. Verkehrliche Maßnahmen sind nach ökologischen, sozialen und ökonomischen Verträglichkeitskriterien zu beurteilen.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, AF-GP.Grüne-SÖT-49

„Besonders im Güterverkehr müssen unnötige Transporte vermieden und erhebliche Anteile auf die Bahn und auf eine naturverträgliche Binnenschifffahrt verlagert werden. Dabei lehnen wir den Ausbau naturnaher Flüsse ab. Große Gewerbe- und Industriegebiete benötigen einen Anschluss an Schienenverkehr. Der Straßengüterverkehr muss nicht nur die von ihm verursachten Straßenschäden, sondern auch seine Umweltkosten tragen. Die Bahn muss konsequent modernisiert werden und sich verstärkt dem Wettbewerb privater Bahnunternehmen öffnen. Auch im Luftverkehr müssen die Kosten für Klimaschäden, Gesundheit und Sicherheit verursachergerecht in den Preisen enthalten sein. Eine europaweite Besteuerung des Flugbenzins ist überfällig.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 36, AF-GP.Grüne-SÖT-50

„Wir wollen die Verkehrswegeplanung an neuen Leitlinien orientieren: Wohnung, Arbeiten und Freizeit näher zusammenbringen, Verkehrsvermeidung statt Verkehrserzeugung, Schutz des Menschen und der Landschaft vor weiterem Flächenverbrauch, Substanzerhalt und Modernisierung des Bestandsnetzes sowie Lärmschutz vor Neubau, Systemverbesserungen vor Ausbau.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 37, AF-GP.Grüne-SÖT-51

„Um bequem und umweltverträglich zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen, zur Schule, ins Kino oder an den Urlaubsort zu gelangen, organisieren wir den mühelosen Wechsel zwischen den Verkehrsträgern.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, AF-GP.Grüne-SÖT-52

„Car-Sharing und Taxen in Kombination mit Bus und Bahn ersparen Parkplatzsuche und unnötigen Flächenverbrauch.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, AF-GP.Grüne-SÖT-53

„Auch im Verkehr lassen sich Energieverbrauch und damit CO<sub>2</sub> vermindern. Diesen Trend wollen wir verstärken. In den nächsten zehn Jahren muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrs um mindestens ein Drittel verringert werden. Dazu muss die Effizienzrevolution der Fahrzeuge vorangetrieben werden.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 38, AF-GP.Grüne-SÖT-54

„Parallel dazu wollen wir die Markteinführung emissionsneutraler Antriebe – Solarwasserstoff, Brennstoffzelle, Pflanzenöle – beschleunigen.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, AF-GP.Grüne-SÖT-55

„Wir wollen Natur- und Landschaftsschutzgebiete möglichst großräumig vernetzen. Naturschutz, sanfter Tourismus und die neue Landwirtschaft sind für uns unverzichtbare Teile einer neuen Naturschutzkonzeption. Das beinhaltet auch eine Form der Wald- und Landbewirtschaftung sowie eine Fischerei, bei der die so genannte gute fachliche Praxis durch Rücksicht auf Natur- und Landschaftsschutz definiert wird. Global müssen die letzten großen Naturräume, wie die Antarktis, die Weltmeere oder die verbliebenen Urwälder, durch völkerrechtlich bindende Verträge vor ökonomischer Ausbeutung und Zerstörung geschützt werden.“

→ Der generelle Naturschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, AF-GP.Grüne-SÖT-56

„Es ist ein zentrales Anliegen zum Schutz der Natur und Bewahrung der natürlichen Lebensräume für künftige Generationen, der Versiegelung der Landschaft entgegenzutreten. Dem Erhalt vorhandener Grünflächen in Naherholungsgebieten und innerhalb der Ballungszentren als Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt, als Standort für Kulturpflanzen, für hochwertige Böden in der Land- und Forstwirtschaft und als Schutz vor Lärm muss endlich Priorität eingeräumt werden gegenüber der wachsenden Inanspruchnahme durch Umwandlung in Siedlungs- und Verkehrsfläche.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, AF-GP.Grüne-SÖT-57

„Ein Umsteuern durch eine forcierte Nutzung von Altbauten und Industriebrachen sowie durch eine gezielte Förderung des ÖPNVs im ländlichen Raum ist überfällig, um den unverhältnismäßigen Freiflächenverbrauch in Siedlungs- und Verkehrsfläche zu stoppen.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, AF-GP.Grüne-SÖT-58

„Wir setzen uns für eine weitere Verbesserung der Qualität des Grund- und Oberflächenwassers ein. 2020 soll man wieder in allen Flüssen Deutschlands baden können.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Gewässerpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Grüne-SÖT-59

„Es ist an der Zeit, das Verhältnis Mensch zu Tier neu zu überdenken und zu definieren und anzuerkennen, dass Tiere Rechte haben. Deshalb soll in der Ökologie ein besonderes Augenmerk auf tierschutzrelevante Themen gelegt werden. Wichtig ist neben der Erhaltung der Lebensräume und der Arten auch der Schutz der Tiere als Lebewesen um ihrer selbst willen. Dazu braucht es ein Umdenken auf vielen Gebieten. Wir arbeiten daher daran, den Prozess der Bewusstseinsbildung schon in Kindergarten und Schule deutlich zu verstärken.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Tierschutzpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Grüne-SÖT-60

„Tierquälerei muss verschwinden.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Grüne-SÖT-61

„Wir setzen uns ein für eine grundlegende Neuausrichtung der Jagd, die sich verstärkt am Tierschutz und an ökologischen Notwendigkeiten orientiert. Tierschutz muss auch beim Fischfang und Angeln zur Anwendung kommen.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Grüne-SÖT-62

„Unser Ziel ist auch die Überwindung von Tierversuchen, ihr Ersatz durch alternative Methoden und ein verbesserter Artenschutz. Im vereinten Europa muss Tierschutz staatenübergreifend geregelt werden. Wenn die Abstimmung mit anderen Staaten aber zu Verschlechterungen unserer Tierschutzstandards führen würde, können nationale Alleingänge nicht nur für sich sinnvoll sein, sie können auch Vorbildfunktionen haben.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, AF-GP.Grüne-SÖT-63

„Die Stellung der Tierschutzverbände soll in Planungs- und Genehmigungsverfahren so gestärkt werden, dass sie ihrer Funktion als Anwälte der Tiere tatsächlich gerecht werden können.“

→ Dies ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Verkehrspolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, AF-GP.Grüne-SÖT-64

„Ökologische Krisen werden zu den wichtigsten internationalen Konfliktursachen des 21. Jahrhunderts gehören. Eine solidarische internationale Umweltpolitik, die den eigenen Ressourcenverbrauch reduziert und zugleich den wenig industrialisierten Ländern finanziell und technologisch hilft, einen nachhaltigen Entwicklungsweg einzuschlagen, ist deshalb zentraler Bestandteil ziviler Krisen- und Gewaltprävention. In der UNO und in der Nord-Süd-Zusammenarbeit muss der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stärker berücksichtigt werden. Dafür braucht es neue Institutionen und Instrumente, in deren Zentrum eine deutlich stärkere und finanziell besser ausgestattete Umweltorganisation stehen muss. Diese Weltumweltorganisation könnte ein Dach für bestehende und neue Umweltabkommen bilden und die Umsetzung dieser Vereinbarungen auch gegenüber der Welthandelsorganisation stärken.“

→ Die umweltorientierten Maßnahmen sind zusammen praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 41, AF-GP.Grüne-SÖT-65

„Wir wollen im Rahmen der Welthandelsabkommen ökologische Mindeststandards realisieren.“

→ Die generelle Standardsetzung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 41, AF-GP.Grüne-SÖT-66

„Die Länder an der Industrialisierungsschwelle brauchen Unterstützung beim umweltverträglichen Ausbau ihrer Infrastruktur und bei der Ausrichtung ihrer Wirtschaft auf nachhaltige Prinzipien. Angesichts des rapide wachsenden Energiebedarfs und der sprunghaft ansteigenden Mobilität in den neuen Industrieländern ist es eine ökologische Überlebensfrage, diese Entwicklung mit den modernsten, umweltschonendsten Technologien zu organisieren. Die deutsche Außenwirtschaftspolitik muss deshalb den Transfer von moderner Umwelttechnik und des entsprechenden Know-how fördern.“

→ Diese Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 41f., AF-GP.Grüne-SÖT-67

„Ein Instrument für den internationalen ökologischen Lastenausgleich ist die Einführung eines globalen Systems handelbarer Emissionszertifikate, insbesondere für CO<sub>2</sub>-Emissionen. In Verbindung mit einem solchen System sollen für die Dritte-Welt-Länder neue Wege zur Schuldentilgung wie zur Finanzierung des Imports umweltfreundlicher Technologien eröffnet werden.“

→ Der Lastenausgleich ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 43, AF-GP.Grüne-SÖT-68

„Die entscheidende Herausforderung für eine moderne Wirtschaftspolitik besteht im Übergang zu einer nachhaltigen, ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Wirtschaftsweise. Wir wollen unser Wirtschaftssystem zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln und damit Lebensqualität für heute und morgen sichern. Nachhaltig ist eine Marktwirtschaft, die Umweltschutz, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Dynamik in ein Gleichgewicht bringt.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 43, AF-GP.Grüne-SÖT-69

„Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft der Zukunft verlangt die Stärkung der Gesellschaft.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 43f., AF-GP.Grüne-SÖT-70

„Ökologisch-soziale Marktwirtschaft hat nicht mehr allein das Bruttosozialprodukt als Maßstab des Wohlstands. Das Bruttosozialprodukt soll zu einer ‚umweltökonomischen Gesamtrechnung‘ erweitert werden, die auch ökologische Folgekosten einschließt. Der gesellschaftliche Reichtum muss umfassender beschrieben werden. Das Bruttosozialprodukt soll zu einem Ökosozialprodukt erweitert werden, das auch ökologische Folgekosten einschließt.“

→ Diese Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 44, AF-GP.Grüne-SÖT-71

„Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft der Zukunft muss alle Formen der Arbeit anerkennen, aufwerten und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 44, AF-GP.Grüne-SÖT-72

„Eine ökologische und soziale Ökonomie muss auf einer Theorie der ganzen Wirtschaft aufbauen und alle mittelbaren und unmittelbaren wirtschaftlichen Austauschbeziehungen erfassen, einschließlich der privaten Haushalte und der auf unbezahlter Arbeit basierenden Produkte und Dienstleistungen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, AF-GP.Grüne-SÖT-73

„Wir stehen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Ökologie eröffnet ein wichtiges Wachstumsfeld. Das bedeutet mehr als ökologisch-technische Innovation. Wir wollen, dass sich unsere Gesellschaft auf langfristige Ziele für eine Wirtschaftspolitik verständigt, die dem Markt klare ökologische Rahmenbedingungen setzt. Dazu gehört die drastische Verminderung von klimaschädlichen Emissionen in den kommenden Jahrzehnten, die Bewahrung der naturnahen Landschaften und der Schutz der biologischen Vielfalt unseres Planeten ebenso wie die Beendigung der Produktion von Atommüll. Davon ausgehend ist jeweils zu prüfen, welche Instrumente am besten geeignet sind, diese ökologischen Ziele auch durchzusetzen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 45, AF-GP.Grüne-SÖT-74

„Ökologisches Wirtschaften schafft neue Arbeitsplätze. Die grüne Strategie der Nachhaltigkeit beschreibt damit ein ökonomisches Erfolgsmodell. Eine dezentrale Energiewirtschaft auf der Basis regenerativer Energiequellen bietet mehr qualifizierte Arbeitsplätze als die extrem kapitalintensive Atomenergie. Der Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft bietet neue Arbeitsplätze für Wartung, Reparatur und Recycling. Wir wollen den ökologischen Strukturwandel vorantreiben und wissen dabei um die Notwendigkeit, ihn sozialverträglich zu gestalten.“

→ Der Strukturwandel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, AF-GP.Grüne-SÖT-75

„Es gehört zu den Prinzipien einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, dass die Gewinne des Einzelnen nicht auf Kosten der Gesellschaft erzielt werden dürfen. Preise müssen deshalb die tatsächlichen Kosten widerspiegeln, statt sie auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Die Einführung der Ökosteuer war dafür ein entscheidender Durchbruch. Wir treten ein für die ökologische Weiterentwicklung unseres Steuer- und Finanzsystems. Das schont die Umwelt und fördert die Beschäftigung. Umweltschädliche Subventionen müssen systematisch abgebaut werden. Dies gilt im nationalen wie internationalen Rahmen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja



S. 46, AF-GP.Grüne-SÖT-76

„Wir setzen uns für einen Ordnungsrahmen ein, in dem ökologische, soziale und kulturelle Interessen gewährleistet werden und Startchancen sich angleichen.“

→ Die Rahmensezung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48f., AF-GP.Grüne-SÖT-77

„Wir wollen aus der Auseinandersetzung mit den heutigen Strukturproblemen in Ost und West neue, zukunftstaugliche Entwicklungswege suchen. Dies gilt insbesondere für die Verknüpfung von wirtschaftlicher und ökologischer Innovation.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 50, AF-GP.Grüne-SÖT-78

„Wettbewerb, insbesondere wenn er zu sozial und ökologisch verträglichen Ergebnissen führen soll, bedarf staatlicher Rahmenbedingungen.“

→ Die Rahmensezung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51, AF-GP.Grüne-SÖT-79

„Wir wollen die Informations- und Kennzeichnungspflichten so verbessern, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher durch ihr Kauf- und Nachfrageverhalten Einfluss auf die Produktion gesunder, qualitativ hochwertiger und ethisch vertretbarer Produkte nehmen können. Zukünftig müssen sie leicht erkennen können, woher ein Produkt stammt und unter welchen Umwelt-, Tierschutz- und sozialen Standards es produziert wurde. Hier leisten Verbraucherschutzorganisationen einen wichtigen Beitrag.“

→ Dies ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Rahmen der Politik gegenüber Verbraucher\*innen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51f., AF-GP.Grüne-SÖT-80

„Staatliches Handeln muss sich konsequent am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Dies gilt in besonderem Maße für die Finanz- und Haushaltspolitik. Mit der Einführung der Ökologischen Steuerreform und der beschlossenen Lkw-Maut auf Autobahnen haben wir einen ersten wichtigen Schritt hin zu einer Einbeziehung von Natur und Umwelt in unser Steuersystem geschafft. Dies kann aber nur der Anfang sein.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 52, AF-GP.Grüne-SÖT-81

„Das gesamte Steuer- und Abgabensystem muss nach ökologischen Kriterien reformiert werden, um finanzielle Anreize für umweltfreundliches Produzieren und Konsumieren zu schaffen und die Umweltbelastung zu verringern. Das ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen deshalb den Grundsatz der ökologischen Besteuerung fortführen und auch auf andere Bereiche außerhalb des Energieverbrauchs ausdehnen. Dies kann durch zweckgebundene Nutzungsentgelte etwa für den Flug- und Schiffsverkehr geschehen. Die Ökologische Finanzreform muss auch verstärkt dem Flächenverbrauch und ökologisch schädlichen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft entgegenwirken. Steuer- und Finanzpolitik müssen ökologisch schonendes Verhalten belohnen, umweltschädliches dagegen verteuern. Die Gesamtbelastung der Bürger soll dadurch nicht steigen. Das deutsche Steuer- und Finanzsystem enthält zudem eine Fülle ökologisch schädlicher Subventionen, vor allem in den Bereichen Kohle, Landwirtschaft und Verkehr. Mit ihrem Ab- und Umbau soll ein Beitrag zum Umweltschutz und zur Verknüpfung von nachhaltiger Finanz- und Umweltpolitik geleistet werden. Die Ökologische Finanzreform ist auch ein Beitrag zu mehr internationaler Gerechtigkeit. So geht Klimaschutz einher mit mehr Steuergerechtigkeit und dem effizienten Einsatz von Staatsausgaben. Wir wollen auch die Integration ökologischer Aspekte in den föderalen Finanzausgleich.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 54, AF-GP.Grüne-SÖT-82

„Besonders brisant ist diese Frage für die Gentechnologie. Wir sprechen uns strikt gegen die Erteilung von Stoffpatenten auf Lebewesen sowie Gene oder Gensequenzen pflanzlichen, tierischen oder menschlichen Ursprungs aus. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien können zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise beitragen. Sie können eine ressourcenschonendere Steuerung von Produktionsprozessen und Transportketten ermöglichen und den Weg zu einer modernen Kreislaufwirtschaft eröffnen. Null-Emissions-Fabriken sind keine Utopie mehr. Die Miniaturisierung von Geräten und Maschinen spart Energie und Rohstoffe. Videokonferenzen und Online-Kommunikation können aufwändige Reisen ersetzen. Die Wertschöpfung verlagert sich zunehmend auf Dienstleistungen. Diese ‚Dematerialisierung‘ der Ökonomie erleichtert die dringend notwendige Verminderung des Naturverbrauchs, ohne die wirtschaftliche Dynamik stillzulegen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 54, AF-GP.Grüne-SÖT-83

„Durch klare ökologische Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaften steigt die Bedeutung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Wir setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe zwischen Stadt, Region und ländlichem Raum, die sich durch Kooperation, Führungsvorteile, Austauschfunktion und wechselseitige Nachfrage stärken. Innovative Dienstleistungs- und Produktionsmethoden, umweltfreundliche Technologien und ortsspezifische Wissens- und Bildungsmerkmale werden zum Standortfaktor und Imagewert einer ganzen Region.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 54, AF-GP.Grüne-SÖT-84

„Wir setzen uns für regionale Entwicklungspläne ein, die ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Ziele miteinander verbinden.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 55, AF-GP.Grüne-SÖT-85

„Die Reform der Landwirtschaft ist für uns eine zentrale gesellschaftliche und politische Aufgabe. Eine grüne Agrarwende ist auch ein entscheidender Beitrag zum Abbau der Produktionsüberschüsse und damit der Exportsubventionen der EU. Eine ökologisch ausgerichtete, nachhaltige Landwirtschaft bietet die beste Gewähr für qualitativ gute, gesundheitlich unbedenkliche und schmackhafte Lebensmittel. Wir wollen deshalb die Bewirtschaftung des Landes insgesamt stärker am Umwelt- und Tierschutz ausrichten.“

→ Die Reform ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 56, AF-GP.Grüne-SÖT-86

„Der andauernde Flächenverbrauch durch Infrastrukturmaßnahmen, Gewerbe- und Wohnbaugelände entzieht dem Naturhaushalt wertvolle Böden und damit der Landwirtschaft, vor allem in den dichter besiedelten Regionen, zunehmend die Produktionsgrundlage. Hier werden wir bündnisgrüne Umweltpolitik mit der Agrarpolitik zum beiderseitigen Nutzen verbinden, indem wir die landwirtschaftlichen Nutzflächen stärker vor nicht wieder rückgängig zu machender Zerstörung schützen und damit landwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten erhalten.“

→ Die Änderung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 56f., AF-GP.Grüne-SÖT-87

„Der Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Produktion soll bis 2020 auf deutlich über 20 Prozent erhöht werden.“

→ Die Erhöhung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 57, AF-GP.Grüne-GSÖT-1

„Unsere Politik will die Landwirtschaft in die Lage versetzen, auch weiterhin ohne Gentechnik zu produzieren.“

→ Es wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 59, AF-GP.Grüne-SÖT-88

„Eine Politik der Markttöffnung gegenüber dem Süden muss durch das Engagement für international geltende soziale, ökologische und geschlechterdemokratische Mindeststandards flankiert werden, um eine bloße Dumpingkonkurrenz zu vermeiden.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 59, AF-GP.Grüne-SÖT-89

„Wir unterstützen den Aufbau solidarischer Handels-Netzwerke, die einen fairen Preis für Produkte garantieren, um sicherzustellen, dass diese unter humanen und ökologisch vertretbaren Bedingungen hergestellt werden.“

→ Das andere Wirtschaften ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, AF-GP.Grüne-SÖT-90

„Die Europäische Union hat bei verstärkter Integration der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik die Chance und die Pflicht, als Vorreiterin für ein nachhaltiges Modell der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft aufzutreten.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 61, AF-GP.Grüne-SÖT-91

„Wir wollen eine gerechte zivile Bürgergesellschaft, die ihren Beitrag leistet zu einer gerechten Weltgesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen und Natur.“

→ Der Weg dahin ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 67, AF-GP.Grüne-SÖT-92

„Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft der Zukunft muss alle Formen der Arbeit anerkennen, aufwerten und die Voraussetzungen für eine gerechte Verteilung zwischen den Geschlechtern schaffen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 68, AF-GP.Grüne-SÖT-93

„Ökologische Politik schafft Arbeit, das haben wir längst bewiesen. Bündnisgrüne Reformen des Gesundheitswesens, die Umstellung in der Landwirtschaft und die Energiewende und eine ökologische Verkehrspolitik sind arbeitsintensive Zukunftsprojekte, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen werden. Die Dienstleistungsbereiche und die neuen Informationstechnologien haben erhebliche Zukunftspotenziale. Deshalb wird es darauf ankommen, diese Möglichkeiten für zusätzliche Beschäftigung durch eine gezielte ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die auch zahlreiche innovative Existenzgründungen für Selbständige fördert.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, AF-GP.Grüne-SÖT-94

„Zusätzlich sollen öffentlich finanzierte, sozial und ökologisch sinnvolle, existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir setzen darauf, bestehende Ansätze lokaler Ökonomie weiterzuentwickeln.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, AF-GP.Grüne-SÖT-95

„Als Partei der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit wollen wir die gesellschaftliche Umsetzung der Nachhaltigkeit vorantreiben. Die Schonung ökologischer Ressourcen ist zum allgemeinen politischen Ziel geworden. Nachhaltigkeit muss auch für andere Bereiche der Gesellschaft gelten. Die Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Teilhabegerechtigkeit und der Gerechtigkeit zwischen Frau und Mann gehören zu den Grundlagen der Gesellschaft, die wir gestalten wollen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, AF-GP.Grüne-SÖT-96

„Ein kindgerechtes Wohnumfeld durch die Reduzierung des Autoverkehrs, ökologische Bauweise und genügend freie Flächen, das verbessert die Lebensqualität und Gesundheit von allen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist hier eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Baupolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, AF-GP.Grüne-SÖT-97

„Vor allem geht es uns aber darum, angesichts der längst bekannten Zusammenhänge über Krankheiten, die auf Umweltbelastungen und falsche Ernährungsgewohnheiten zurückführbar sind, endlich konsequent zu handeln.“

→ Die implizit angestrebte Reduktion der Umweltbelastungen ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73f., AF-GP.Grüne-SÖT-98

„Wir wollen erreichen, dass die Kinder gesündere Nahrungsmittel zur Verfügung haben und auch die Zusammenhänge der Nahrungsmittelherstellung begreifen. Dafür werden wir die Agrarwende für gesündere Lebensmittel, mehr Naturschutz und die Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe für die Energiegewinnung konsequent vorantreiben.“

→ Der generelle Naturschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 74, AF-GP.Grüne-SÖT-99

„Wir wollen deshalb moderne, umweltschonende Technologien vererben. Energienutzung durch erneuerbare Energieträger, Recycling- und Energiesparsysteme, aber auch Transportsysteme, die Mobilität statt Stau ermöglichen, sind Technologien, die unseren Kindern Lebensqualität langfristig sichern. Das ist eine Aufgabe, die über Deutschland hinausgeht und einer globalen Anstrengung bedarf.“

→ Der generelle Umweltschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, AF-GP.Grüne-SÖT-100

„Die ökologische Modernisierung wird die Umweltbelastungen reduzieren, eine tragfähige Ressourcennutzung entwickeln und für kindgerechte Mobilität sorgen. Das ist Politik für die erste Generation des 21. Jahrhunderts. Daran messen wir unsere Nachhaltigkeitsstrategie.“

→ Der generelle Umweltschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 75f., AF-GP.Grüne-SÖT-101

„Ein Aktionsplan für eine nachhaltige, kinder- und elternfreundliche Gesellschaft sorgt für einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen.“

→ Die generelle Nachhaltigkeit ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, AF-GP.Grüne-SÖT-102

„Ein Aufbruch in eine kinderfreundliche, nachhaltige Gesellschaft lässt sich nur durch eine ressortübergreifende Initiative verwirklichen.“

→ Die generelle Nachhaltigkeit ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.Grüne-SÖT-103

„Eine generationengerechte Gesellschaft wird mit den ökologischen wie den finanziellen Ressourcen so umgehen, dass den nachfolgenden Generationen Gestaltungsspielraum bleibt.“

→ Die generelle Nachhaltigkeit ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, AF-GP.Grüne-SÖT-104

„Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz und durch Freizeitverhalten und Fehlernährung, psychosozialer Stress, soziale Benachteiligungen und Diskriminierungen stellen individuell nur schwer beeinflussbare Krankheitsauslöser dar. Deshalb muss eine gesundheitsförderliche Politik stärker als Querschnittsaufgabe ressortübergreifend verankert werden.“

→ Die implizit angestrebte Reduktion der Umweltbelastungen ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 84, AF-GP.Grüne-SÖT-105

„Ebenso muss es ein wichtiges Ziel sein, aus der medizinischen Neubewertung weicher Drogen Konsequenzen für die Realität zu ziehen.“

→ Weil dazu auch natürliche Substanzen gehören, wird in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Drogenpolitik angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86f., AF-GP.Grüne-GSÖT-2

„Wir lehnen Patentrechte auf Gene, genetisch manipulierte Pflanzen und Tiere oder gar auf Teile des menschlichen Körpers ab.“

→ Es wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 94, AF-GP.Grüne-SÖT-106

„Bildung muss am Leitbild der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ orientiert sein. Sie soll die Menschen befähigen, ihre berufliche Tätigkeiten ebenso wie ihren persönlichen Lebensstil unter dem Aspekt ökologischer Folgewirkungen, sozialer Risikoabschätzungen und globaler Gerechtigkeit kritisch zu reflektieren.“

→ Die Gesellschaft soll über die Bildung generell sozial-ökologisch transformiert werden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 94f., AF-GP.Grüne-SÖT-107

„Die Wende zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft benötigt vertieftes Wissen über die Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur. Die ökologischen Folgewirkungen neuer Technologien und Wirkstoffe, von Verkehrsprojekten, energiepolitischen oder handelspolitischen Weichenstellungen müssen geprüft und als zentrales Entscheidungskriterium berücksichtigt werden.“

→ Die Wende ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 104, AF-GP.Grüne-SÖT-108

„Eine Beschränkung von Forschung und Wissenschaft muss da gezogen werden, wo die Menschenwürde von ihr verletzt würde, etwa bei Experimenten an menschlichem Leben oder bei der Klonierung von Menschen. Grenzen sind ebenfalls zu ziehen, wenn die Forschungstätigkeit hohe Umweltrisiken erzeugt und wenn tier-ethische Prinzipien verletzt werden.“

→ Dies ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Forschung.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 106, AF-GP.Grüne-SÖT-109

„Wir brauchen neue technische und gesellschaftliche Lösungen, durch die die vielfältigen Lebensbedürfnisse von Menschen befriedigt werden können, ohne langfristig ökologische und soziale Gefahren hervorzurufen.“

→ Die generelle Vermeidung ökologischer Gefahren ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 110, AF-GP.Grüne-SÖT-110

„Weil die Frage, wie wir leben und wie wir leben wollen, vor allem auch eine Frage der Kultur ist, so ist der Wechsel zu einer ökologisch verantwortlichen Lebensweise auch eine Frage von Kunst, Kultur und Kulturpolitik. Die Frage nach unserer Zukunft verbindet Kultur und Nachhaltigkeit.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 117, AF-GP.Grüne-SÖT-111

„Die Abgabe nationalstaatlicher Souveränität bedeutet dabei nicht unbedingt einen Verlust an Mitbestimmung, sondern ist tatsächlich die Voraussetzung für internationale demokratische Handlungsfähigkeit. Nur so kommen soziale und ökologische Anliegen bei einem liberalisierten Welthandel zum Zuge.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 119, AF-GP.Grüne-SÖT-112

„Die Großtechnologien moderner Gesellschaften sind in besonderer Weise gefährdet, zur Waffe des Terrorismus zu werden. Deshalb sind die Abschaltung der Atomanlagen und die Dezentralisierung der Energieversorgung wichtige Beiträge zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit.“

→ Die Abschaltung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 119f., AF-GP.Grüne-SÖT-113

„Wir wollen einen Staat, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Selbsttätigkeit zulässt und fördert. Gleichzeitig ist er aufgerufen, soziale und ökologische Rahmenbedingungen zu schaffen.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 126, AF-GP.Grüne-SÖT-114

„Wir setzen uns für eine Legalisierung von weichen Drogen wie Haschisch und Marihuana ein.“

→ In der Praxis ist die Umsetzung eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 141, AF-GP.Grüne-SÖT-115

„Für eine nachhaltige Entwicklung müssen die ökonomischen, ökologischen und sozialen Kompetenzen von Mädchen und Frauen anerkannt und integriert werden.“

→ Die gesellschaftliche Umorientierung auf die nachhaltige Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 143, AF-GP.Grüne-SÖT-116

„Unsere Vision ist die Herausbildung einer neuen internationalen Ordnung, die nach menschenrechtlichen, ökologischen, sozialen, demokratischen, friedlichen und freiheitlichen Maßstäben gestaltet wird.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 144, AF-GP.Grüne-SÖT-117

„Unsere Leitbilder sind deshalb die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und die Geltung des Rechts in den internationalen Beziehungen, die Entmilitarisierung, Zivilisierung und Gewaltfreiheit der internationalen Politik und eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 144, AF-GP.Grüne-SÖT-118

„Das Europa, das wir anstreben, ist das Europa der Demokratie, der Nachhaltigkeit und der Solidarität, das eine sozial gerechte und ökologische Politik nach innen und außen vertritt.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 144, AF-GP.Grüne-SÖT-119

„Es gilt, neue internationale Ordnungsstrukturen zu schaffen, die gleichberechtigt wirtschaftliche, ökologische, soziale und menschenrechtliche Aspekte berücksichtigen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 145, AF-GP.Grüne-GSÖT-3

„Weil wir eine Welt der globalen Solidarität und Verantwortung wollen, sagen wir Nein zu einer Globalisierung, die die Welt zur Ware macht. Der reinen Logik der wirtschaftlichen Verwertung und des Wachstums müssen Grenzen gesetzt werden. So darf das Recht auf ausreichende Ernährung, auf gesundes Wasser und intakte Umweltbedingungen nirgends und nie der Logik des wirtschaftlichen Gewinns untergeordnet werden.“

→ Umweltaspekte sollen generell nicht warenförmig betrachtet werden.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 146, AF-GP.Grüne-SÖT-120

„Die UN sind der Bezugspunkt, um der ungezügelter Globalisierung von Wirtschaft und Finanzmärkten einen sozialen, ökologischen und menschlichen Rahmen zu geben. Die mit Umwelt-, Sozial- und Entwicklungspolitik befassten UN-Organisationen wie UNEP, ILO und UNDP müssen gestärkt, internationale Vereinbarungen weiterentwickelt und Institutionen wie ein ‚Rat für nachhaltige Entwicklung‘ geschaffen werden.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 146f., AF-GP.Grüne-SÖT-121

„Die internationale Staatengemeinschaften muss sich auf Regeln des Welthandels und der Finanztransfers verständigen, die den Geboten ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und des Ausgleichs zwischen Arm und Reich weltweit wie innerhalb der Gesellschaften eindeutig Vorrang geben.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 147, AF-GP.Grüne-SÖT-122

„Durch ökologische und soziale Umsteuerung der Globalisierung nach dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung wollen wir mehr Geschlechtergerechtigkeit, Demokratisierung und Transparenz gegenüber den Parlamenten und Zivilgesellschaften erreichen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 148, AF-GP.Grüne-SÖT-123

„Für den Frieden eintreten heißt daher auch, sich für eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung einzusetzen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 148, AF-GP.Grüne-SÖT-124

„Wir engagieren uns für eine ökologische und soziale Weltwirtschaftsordnung, um die Lebenschancen aller Menschen unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit der Erde auf möglichst hohem Niveau anzugleichen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 148, AF-GP.Grüne-SÖT-125

„Unter dem Wettbewerbseffekt des globalen Freihandels gerät nationales Umsteuern zu einer nachhaltigen Wirtschaft schnell unter Deregulierungsdruck. Umkehren können wir den zerstörerischen Umgang mit der Umwelt nur dann, wenn es gelingt, ökologische, soziale und geschlechterdemokratische Ziele und Kriterien in der Politik der großen Wirtschaftsblöcke und in den Statuten der bestimmenden Institutionen der Weltwirtschaft, nämlich die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), durchzusetzen. Dafür wollen wir national initiativ werden. Mit den internationalen Umweltkonventionen, besonders denen zu Klima und Biodiversität, wird versucht, die Entwicklung der Weltwirtschaft in ökologisch weniger schädliche Bahnen zu lenken. Die bisherigen internationalen Vereinbarungen reichen bei weitem nicht, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensbedingungen weltweit zu stoppen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 148f., AF-GP.Grüne-SÖT-126

„Eine Umweltaußenpolitik von Deutschland und EU und eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung müssen diesen Gefahren entgegenwirken.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 149, AF-GP.Grüne-SÖT-127

„Die Entwicklung transnationaler demokratischer Gemeinschaften, deren bestes Beispiel die Europäische Union ist, stärkt die Selbstbestimmungschancen der beteiligten Gesellschaften gegenüber den reinen Kräften des Marktes und schafft einen internationalen Rahmen für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 151, AF-GP.Grüne-SÖT-128

„Es geht darum, legitime soziale, ökologische und wirtschaftliche Interessen und Sicherheitsbedürfnisse mit den Zielen einer wertegeleiteten Außenpolitik in Einklang zu bringen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 151, AF-GP.Grüne-SÖT-129

„Eine neue transatlantische Agenda muss die gemeinsame Verantwortung der Industriestaaten für einen globalen umweltverträglichen, sozialen und demokratischen Wandel betonen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 157, AF-GP.Grüne-SÖT-130

„Auch wenn die Beitrittsverhandlungen mit diesen Staaten erfolgreich abgeschlossen sind, werden die neuen Mitglieder der Europäischen Union noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um mit der ökonomischen und ökologischen Entwicklung in Westeuropa gleichzuziehen, Schritt zu halten und die rechtlichen und administrativen Standards der Union zu erfüllen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 157, AF-GP.Grüne-SÖT-131

„Bei der nicht nur wegen der Erweiterung unvermeidlichen Reform der gemeinsamen Agrarpolitik werden wir dafür eintreten, dass ökologische Gesichtspunkte des Landschafts- und des Verbraucherschutzes zur Geltung kommen und bei den neuen Mitgliedern Fehler, wie eine weitere Intensivierung der Agrarproduktion, von vornherein vermieden werden.“

→ Die Reform ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 157, AF-GP.Grüne-SÖT-132

„Wir brauchen einen europäischen Pakt für eine zukunftstaugliche, nachhaltige Wirtschaftsweise mit verbindlichen Zielvorgaben, der den Schutz der Umwelt, die Verbesserung der Lebensqualität und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Leitlinie der europäischen Politik macht.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 157, AF-GP.Grüne-SÖT-133

„Die europäische Energiepolitik muss zum notwendigen globalen ökologischen Umsteuern beitragen und besonders regenerative Energien wie Sonne, Wind und Wasser fördern. Gemeinschaftliche Regelungen beim Klimaschutz, Ressourcenschonung und Umweltverträglichkeit müssen Maßstäbe für alle Politikfelder sein. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist gemeinsames Ziel der europäischen Grünen.“

→ Das Umsteuern ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 165f., AF-GP.Grüne-SÖT-134

„Wir wollen eine starke und handlungsfähige UNO. Wichtig dafür ist eine grundsätzliche Verständigung darüber, dass das Völkerrecht unteilbar ist und für alle gilt. Sie ist zur Lösung der großen Menschheitsaufgaben, zur Sicherung des Weltfriedens, zur Durchsetzung der Menschenrechte und für eine gerechtere, nachhaltige Entwicklung dringend erforderlich.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 166, AF-GP.Grüne-SÖT-135

„Demokratisierung und Transparenz sind die Voraussetzungen für die politische und rechtliche Stärkung der Vereinten Nationen. Nur so kann der Verlust an Souveränität akzeptabel werden; nur so kann die Entwicklungs-, Umwelt- und Friedenspolitik gestärkt werden.“

→ Die Stärkung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 167, AF-GP.Grüne-SÖT-136

„Grundlage unserer Menschenrechtspolitik sind die Pakte der Vereinten Nationen. Auch den ‚Menschenrechten der neuen Generation‘, wie dem Recht auf Entwicklung und ökologischen Rechten, wollen wir zum Durchbruch verhelfen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 169, AF-GP.Grüne-SÖT-137

„Europa hat eine besondere Verpflichtung, sich für einen ökologisch und sozial gerechten Interessensausgleich zwischen den Weltregionen einzusetzen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 169, AF-GP.Grüne-SÖT-138

„Entwicklungszusammenarbeit muss ihre Leitziele auf fünf Dimensionen orientieren: die soziale Dimension, die ökologische, die wirtschaftliche, die friedenspolitische und die frauenpolitische. Zu diesen Leitzielen gehören Armutsbekämpfung sowie Aufbau und Festigung grundlegender sozialer Sicherungssysteme, Ernährungssicherung, Bildung und Gesundheit ebenso wie die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Dazu gehört die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Klimaschutz, Waldschutz, Sicherung der biologischen Vielfalt, Bekämpfung der Wüstenausbreitung.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 169, AF-GP.Grüne-SÖT-139

„Grundanliegen bündnisgrüner Nord-Süd-Politik ist es, allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu den Ressourcen und Entwicklungspotenzialen dieser Welt zu ermöglichen und zugleich einen nachhaltigen und schonenden Umgang mit den begrenzten Ressourcen zu erreichen.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 170, AF-GP.Grüne-SÖT-140

„Die biologische Vielfalt des Südens soll dem Patentierungs-Zugriff privater Konzerne entzogen werden.“

→ Dies ist eine sozial-ökologische Transformation im Patentrecht.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 170, AF-GP.Grüne-SÖT-141

„Deutschland soll durch Gesetze, eigene Initiativen und internationale Vereinbarungen sicherstellen, dass weltweit verbindliche Umwelt- und Sozialstandards von privaten und öffentlichen Akteuren beachtet werden. Erster und wichtigster Schritt ist, dass Deutschland selbst das Gebot einer kohärenten Außenwirtschaftspolitik mit einheitlichen und verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards umsetzt.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 171, AF-GP.Grüne-SÖT-142

„Der unregulierte Weltmarkt ist blind für Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen – letztlich zählt nur der Preis. Für eine Änderung dieser Praktiken bedarf es letztlich verbindlicher nationaler und internationaler Standards und fairer Preise.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 171, AF-GP.Grüne-SÖT-143

„Wir setzen auf fairen Handel. Wir suchen mit Akteurinnen und Akteuren aus Gesellschaft und Wirtschaft nach neuen Wegen für gerechte, umweltverträgliche Handelsbeziehungen. Ein wichtiges Modell bei uns ist der Faire Handel mit dem Transfair-Siegel. Die Produzentinnen und Produzenten von Kaffee, Tee, Zucker und anderen Waren erhalten Preise, die über Weltmarktniveau liegen. Das ermöglicht menschenwürdige Einkommen, ausreichende Sozialleistungen und die Umstellung auf ökologischen Anbau.“

→ Die Öko-Umorientierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 171, AF-GP.Grüne-SÖT-144

„Ein anderer Baustein sind freiwillige Umwelt- und Sozialstandards. Wirtschaftskonzerne und gesellschaftliche Gruppen verständigen sich auf Produktionsnormen, die durch unabhängige Stellen überprüft werden. Auf diese Weise wird etwa die Einhaltung der völkerrechtlich bindenden Menschen- und Arbeitsrechte erreicht. Beispiele sind Rugmark, ein Siegel gegen ausbeuterische Kinderarbeit, oder Forest Stewardship Council, ein Zertifizierungsverfahren für die Holzwirtschaft, oder Flower label, ein Siegel für Blumenanbau unter sozialen und ökologischen Standards. Die Global Reporting Initiative arbeitet derzeit an einer weltweit anwendbaren Methode für Umwelt- und Sozialkriterien.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.2.2.1.6 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der FDP**

S. 7, AF-GP.FDP-SÖT-1

„Wir hingegen wollen Probleme lösen. Durch innovatives Wachstum, durch nachhaltige Entwicklung, durch neue Chancen. Das ist liberale Fortschrittstradition.“

→ Die Problemlösung durch nachhaltige Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 25, AF-GP.FDP-SÖT-2

„Wir stehen für eine nachhaltige Entwicklung, um die ökologischen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen der Freiheit für kommende Generationen zu bewahren und weltweit zu mehren.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 29, AF-GP.FDP-SÖT-3

„Wir sind der Tradition liberaler Fortschrittsparteien verpflichtet und sichern Fortschritt durch Wachstum und nachhaltige Entwicklung.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 31, AF-GP.FDP-SÖT-4

„Wachstum macht es uns leichter, persönliche, gesellschaftliche und globale Herausforderungen zu bewältigen – von der Energiewende und der ökologischen Modernisierung über den demographischen Wandel bis zur Bekämpfung von Krankheiten.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Modernisierung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 35f., AF-GP.FDP-SÖT-5

„Langfristig regenerierbare Ressourcen dürfen nur in einem Umfang verbraucht werden, den die Natur oder eine nachhaltige Bewirtschaftung wiederherstellen kann. Verbrauchen wir dagegen endliche Ressourcen, dann müssen wir Wissen und Technologien entwickeln, die uns in Zukunft die Möglichkeit bieten, den gleichen Zweck mit anderen Mitteln zu erfüllen. Wir vertrauen der Kreativität des Menschen, durch technologische Innovation scheinbare Grenzen des Wachstums zu verschieben und zu überwinden. Wirtschaftswachstum heißt für uns nicht, endliche Ressourcen auszubeuten und abzubrennen. Vielmehr ist es unser Ziel, mit kreativen Lösungen qualitativ höherwertige Güter und mehr Effizienz bei der verantwortungsbewussten Ressourcennutzung zu schaffen.“

→ Die generelle Effizienzsteigerung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 36, AF-GP.FDP-SÖT-6

„Die Belastbarkeit einzelner fühlender Wesen stellt für verantwortungsvolle Liberale eine Grenze der Freiheit dar. Daher setzen sich Liberale für Tierschutz bei Wild- und Nutztieren sowie eine tiergerechte Haltung ein.“

→ Die Umsetzung der tiergerechten Haltung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Tierschutzpolitik.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 36, AF-GP.FDP-SÖT-7

„Eine nachhaltige Entwicklung bedeutet nicht zwangsläufig Verzicht. Es geht nicht nur darum, weniger zu verbrauchen, sondern intelligenter zu gebrauchen. Es geht nicht nur darum, weniger wegzuworfen, sondern darum, mehr wiederzuverwenden. Ressourcen effizient und im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zu nutzen, erfordert technologische Innovationen und intelligente Nutzungskonzepte.“

→ Die generelle Effizienzsteigerung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 37, AF-GP.FDP-SÖT-8

„Neue Technologien und Lösungen dürfen deshalb nicht vorrangig danach beurteilt werden, ob sie einzelne negative Folgen des heutigen Wirtschaftens abmildern, sondern ob sie insgesamt zu Verbesserungen und positiven Wechselwirkungen ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte führen. Ein erweiterter, systemischer Blick auf die Wertschöpfungskette setzt unerwartete Potentiale blauen Wachstums frei. So wie die Green Economy in der gesellschaftlichen Debatte zur Blue Economy weiterentwickelt wird, so setzen wir auf Technologie, Innovation und ganzheitliche Lösungen. Wir wollen ein nachhaltiges, verantwortliches und systemisch intelligentes Wachstum. Dieses Wachstum ist blaues Wachstum.“

→ Die Umsetzung des sogenannten blauen Wachstums geht aufgrund der Berücksichtigung ökologischer Aspekte mit einer gesamten sozial-ökologischen Transformation einher.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 37, AF-GP.FDP-SÖT-9

„Für Liberale ist die Soziale Marktwirtschaft auch ökologischen Zielen verpflichtet. Mit den Bürgern, mit Unternehmern, Arbeitnehmern und Verbrauchern wollen wir Deutschland verändern – gemeinsam mit ihnen, nicht gegen sie. Wir wollen die Innovationskraft der Marktwirtschaft in den Dienst des Fortschritts stellen. Dabei muss die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen noch stärker zum wirtschaftlichen Eigeninteresse werden. Aus diesem Grund wollen wir die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass Knappheiten über den Preis zum Ausdruck kommen und die Menschen auf diese Weise zu mehr Ressourceneffizienz motiviert werden.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Marktwirtschaft und damit des gesamten Wirtschaftens ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 37f., AF-GP.FDP-SÖT-10

„Liberale Ordnungspolitik muss daher der Nachfrage kommender Generationen, langfristigen ökologischen Risiken und unmittelbaren externen Effekten einen Preis geben. Es muss das Verursacherprinzip gelten, und wo es möglich ist, sind Eigentumsrechte zu definieren. Die Abwendung von Gefahren erfolgt durch das Ordnungsrecht. Belastungsgrenzen müssen vorrangig durch Mengen steuernde Marktinstrumente wirksam umgesetzt werden, wie zum Beispiel den Emissionshandel. Auf diesem Weg wird aus der Verbrauchsökonomie die Effizienzökonomie.“

→ Der generelle Wandel der Ökonomie ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 38, AF-GP.FDP-SÖT-11

„Liberale messen ihre Freiheit auch an der Freiheit nachfolgender Generationen. Eine dynamische und offene Gesellschaft hält auch ihre Zukunft offen. Es steht uns nicht zu, die Freiheit unserer Nachkommen durch unumkehrbares Handeln einzuschränken. Wir leben heute vielfach über unsere Verhältnisse: finanziell, aber auch ökologisch. Wenn wir heute auf Kosten künftiger Generationen leben, hinterlassen wir ihnen denkbar schlechte Startchancen. Wer zum Beispiel in zerstörten Lebensräumen lebt, unter schlechter Bildung leidet und die Schulden der Vorfahren abtragen muss, kann seine Potenziale nicht frei entfalten.“

→ Damit wird implizit gesagt, dass die Gesellschaft ökologisch gestaltet werden soll, was praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 38, AF-GP.FDP-SÖT-12

„Das liberale Verständnis von nachhaltiger Entwicklung gründet sich auf klare Wertentscheidungen: Wir sind der Generationengerechtigkeit und der globalen Verantwortung verpflichtet. Künftige Generationen sollen gleiche Chancen auf Freiheit haben wie die Menschen heute. Aus liberaler Sicht sichert nachhaltige Entwicklung nicht nur die Chancen auf ein menschenwürdiges Leben für immer mehr Menschen langfristig und global – sie weitet sie auch aus. Dazu gehört die Teilhabe am Reichtum der Umwelt, am sozialen Miteinander und an der Wirtschaft.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 39, AF-GP.FDP-SÖT-13

„Nachhaltige Entwicklung ist nur in und durch Freiheit möglich. Wo Freiheit wächst, ist nachhaltige Entwicklung erfolgreich. Wo Freiheit eingeschränkt wird, kann sich keine nachhaltige Entwicklung vollziehen. Nachhaltigkeit hat für Liberale nichts mit Askese zu tun. Auch die Menschen von heute haben ein Recht auf ein gutes Leben. Wir können und sollen die Welt nicht konservieren. Aber wir müssen unser Handeln vor der Umwelt und der Nachwelt verantworten. Nachhaltige Entwicklung in der lernenden Gesellschaft verstehen wir als eine ‚zweite Aufklärung‘ der Menschen über die langfristigen negativen wie positiven Folgen unseres eigenen Handelns.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 39, AF-GP.FDP-SÖT-14

„Freiheit selbst ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen gesellschaftlichen Such-, Lern- und Gestaltungsprozess für mehr Nachhaltigkeit. Wir wollen den Diskurs über nachhaltige Lebensstile und nachhaltigen Konsum vorantreiben, diese Werte aber nicht staatlich verordnen. Nachhaltige Entwicklung braucht Innovationen, technische ebenso wie soziale, wirtschaftliche ebenso wie wissenschaftliche.“

→ Die generelle Ausrichtung der Gesellschaft an (ökologischer) Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 40, AF-GP.FDP-SÖT-15

„Wir brauchen neue Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten, leistungsfähige Verkehrswege, effiziente Anlagen für regenerative und konventionelle Energie, moderne Stromnetze und flächendeckend einen schnellen Internetzugang.“

→ Die effiziente Ausrichtung des Energiesektors ist eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 41, AF-GP.FDP-SÖT-16

„Bis 2050 wollen wir bei der Stromversorgung nahezu ganz auf regenerative Energien setzen und somit weitgehend unabhängig von fossilen Quellen sein. Um dies zu erreichen, brauchen wir neben nationalen Anstrengungen einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt für Energie und eine enge Kooperation mit unseren Partnern in Europa und der Mittelmeerregion. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien beachten wir technischen Fortschritt, wirtschaftliche Effizienz und den Schutz von Natur- und Landschaftsräumen.“

→ Die Energiewende ist eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 41, AF-GP.FDP-SÖT-17

„Die Energiewende ist eine Chance.“

→ Die Energiewende ist eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, AF-GP.FDP-SÖT-18

„Wir müssen Energieeffizienz vorantreiben und unnötige Kostenbelastungen vermeiden, damit die Energiepreise für die Bürger bezahlbar und für die Industrie wettbewerbsfähig bleiben.“

→ So mehr Effizienz umzusetzen ist eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 42, AF-GP.FDP-SÖT-19

„Deswegen treiben wir die Energiewende entschlossen, aber mit Vernunft voran. Wir brauchen den schnellen Ausbau der Energienetze, eine europäische Koordination der Netzplanung und den Ausbau regenerativer Energien – aber kurz- und mittelfristig auch neue, hocheffiziente konventionelle Kraftwerke.“

→ Die Energiewende ist eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42f., AF-GP.FDP-SÖT-20

„Außerdem unternehmen wir alle Anstrengungen, Energie effizienter einzusetzen.“

→ So mehr Effizienz umzusetzen ist eine sozial-ökologische Transformation des Energiesektors.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 43, AF-GP.FDP-SÖT-21

„Zu den wichtigsten Aufgaben einer Politik für langfristige und globale Lebenschancen gehört, die Welternährung zu sichern und den drohenden Klimawandel abzumildern. Um globales Wachstum in Einklang mit globalen ökologischen Zielen zu bringen, brauchen wir neues technisches Wissen und den weltweiten Einsatz technologischer Innovationen für ein Mehr an Effizienz und zum Schutz wichtiger Naturräume.“

→ Den Klimawandel abzumildern in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 43f., AF-GP.FDP-SÖT-22

„Die Herausforderung des Klimawandels werden wir nur bewältigen, wenn die Welt gemeinsam handelt. Die Vereinten Nationen haben als vordringlichstes Ziel definiert, die erwartete Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen und dazu den globalen Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 mindestens zu halbieren. Langfristiges Ziel ist ein weltweiter Ausstoß von Treibhausgasen von maximal zwei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr. Diese Anstrengung muss entsprechend der historischen Verantwortung, der Wachstumsdynamik und den wirtschaftlichen Fähigkeiten unter den Staaten aufgeteilt werden. Deutschland und Europa können dem Klimawandel nicht allein begegnen, aber Vorreiter für eine klimaverträgliche Entwicklung und Vorbild für eine neue Energiewirtschaft sein. Wir sind in der Lage, Wege aufzuzeigen, wie wir den Schutz unseres Klimas und gleichzeitig Wachstum und Wohlstand in Einklang bringen. Klimapolitik, die nur auf Wachstumsverhinderung setzt, ist global von vornherein zum Scheitern verurteilt. Klimapolitik muss sich an ihrer Effizienz messen lassen. Wir wollen Innovationen und Fortschritt nutzen, um den Klimawandel abzumildern und dabei unsere industrielle Basis nicht nur zu sichern, sondern auch zu stärken. Aktive Politik für den Klimaschutz kann somit Vorsorge für eine langfristig tragfähige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung sein und zugleich Motor für Wachstum.“

→ Die Bewältigung des Klimawandels erfordert praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 44, AF-GP.FDP-SÖT-23

„Das notwendige globale Handeln wird nur durch Zusammenarbeit entstehen. Deshalb werden wir bei der Anpassung an den Klimawandel, den Schutz der Regenwälder und einer klimaverträglichen Industrialisierung insbesondere die Entwicklungsländer unterstützen. Internationale Energie-, Ressourcen- und Umweltkooperation liegt im unmittelbaren deutschen Interesse.“

→ Diese Klimapolitik bedarf in der Praxis einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 45, AF-GP.FDP-SÖT-24

„Wir setzen uns bei unseren Partnerländern dafür ein, die Freiheit des Einzelnen zu gewährleisten, Sicherheit durch einen effektiven Rechtsstaat zu schaffen und eine Soziale Marktwirtschaft aufzubauen. So wird eine nachhaltige, ökonomisch und ökologisch ausgewogene, soziale und politische Entwicklung möglich.“

→ Es wird eine gesamte ökologische Entwicklung angestrebt, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 45, AF-GP.FDP-SÖT-25

„Nachhaltige Entwicklung braucht viele engagierte Akteure. Sie müssen Unternehmertum und Pioniergeist zeigen, Investitionen in technologische und soziale Innovationen tätigen und sich pragmatisch an der Wirksamkeit von Maßnahmen orientieren. Diese engagierten Akteure aus Staat, Kirchen, Bürgergesellschaft und Wirtschaft ermutigen und ermächtigen wir zu kritischem Diskurs und Kooperation.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

#### S. 53, AF-GP.FDP-SÖT-26

„Hinzu kommen in einer global vernetzten Welt die Beherrschung von Fremdsprachen, umfassende Medienkompetenz, Kenntnis ökonomischer und ökologischer Grundlagen sowie Neugier auf Naturwissenschaft und Technik.“

→ Über die Bildung wird eine gesamte sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 89f., AF-GP.FDP-SÖT-27

„Staatsgrenzen verlieren zunehmend an Bedeutung. Globale Herausforderungen wie etwa die Bekämpfung des Klimawandels, des Hungers in der Welt oder die Ordnung der internationalen Finanzmärkte verlangen deshalb globale Antworten.“

→ Die Bekämpfung des Klimawandels bedarf in der Praxis einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 95, AF-GP.FDP-SÖT-28

„Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden, die gemeinsame Agrarpolitik stärker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit ausrichten und Europas Führungsrolle in den Schlüsselbereichen von Forschung, Technologie und Dienstleistungen stärken.“

→ Die nachhaltige Ausrichtung der Agrarpolitik ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.2.2.1.7 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der BVB/FW**

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-SÖT-1

„Eine ausgewogene Kombination aus konventionellem und biologischem Landbau sowie der Erzeugung biogener Rohstoffe ist die Garantie für eine moderne Landwirtschaft ohne völlige Abhängigkeiten von EU-Subventionen. Förderung und professionelle Beratung durch das Land sind hierbei zielführend.“

→ Die angestrebte Förderung führt zu einer sozial-ökologischen Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-SÖT-2

„Monokulturen sind zu vermeiden.“

→ Die Vermeidung ist praktisch eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-GSÖT-1

„Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler lehnen gentechnisch veränderte Pflanzen so lange ab, bis gesicherte Erkenntnisse für einen für Mensch, Tier und Flora unschädlichen Anbau ohne Monopolbildung durch Saatzuchtkonzerne vorliegen.“

→ Es wird sich also vorerst gegen eine sozial-ökologische Transformation bzgl. der Gentechnik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-SÖT-3

„Statt Lobbyarbeit für große Energiekonzerne zu betreiben, soll sich die Landespolitik auf einen regenerativen Energiemix konzentrieren und die Steigerung der Energieeffizienz fördern.“

→ Die Förderung führt in der Praxis zu einer sozial-ökologischen Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-SÖT-4

„Energiekonzerne dürfen die Ressourcen Brandenburgs nicht ausbeuten, ohne den Bürgern einen entsprechenden Gegenwert anzubieten. Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler setzen sich für eine echte Bürgerbeteiligung bei Energieprojekten ein, die einen Eingriff in das Leben der betroffenen Menschen darstellen.“

→ Der Umgang mit den Ressourcen im Energiesektor wird neu geregelt, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-SÖT-5

„Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler setzen sich für nachhaltige Emissionsschutzmaßnahmen und eine ökologisch sinnvolle Boden-, Wasser-, und Luftnutzung ein.“

→ Die Maßnahmen sind in der Praxis zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-SÖT-6

„Freizeitunternehmungen in der Natur sind zu fördern. Hierher gehört auch das Offenlassen aller Wald- und Wanderwege für den Reitsport.“

→ Diese Änderungen sind in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

Internetseite, BB-GP.BVB/FW-SÖT-7

„Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler sprechen sich für eine strikte Sparsamkeit und Nachhaltigkeit im Bereich kommunaler Abgaben aus. Hierzu gehört in Zukunft die weitestgehende Abschaffung des Anschluss- und Benutzungszwanges an Abwasser. Ökologisch sinnvolle Alternativen engagierter Bürger sind zu fördern.“

→ Die Ausrichtung an der ökologischen Nachhaltigkeit ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

## **2.2.2.1.8 Die Codes aus dem Grundsatzprogramm der BIW**

S. 1, AF-GP.BIW-SÖT-1

„Wir BÜRGER IN WUT stehen für eine durchgreifende Reform von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere Vision ist ein freies, demokratisches und solidarisches Deutschland, das sich durch wirtschaftliche Prosperität, die leistungsgerechte Teilhabe aller seiner Einwohner am gesellschaftlichen Wohlstand, innere Stabilität und eine lebenswerte Umwelt auszeichnet. Ein Deutschland, das als souveräner Teil der internationalen Staatengemeinschaft für die Bewahrung des Friedens und der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten konstruktiv mit anderen Nationen zusammenarbeitet.“

→ Die Reform zum Ziel einer lebenswerten Umwelt ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, AF-GP.BIW-SÖT-2

„Entschiedener Kampf gegen die Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen sowie die illegale Müllentsorgung. Verstöße sind mit einem empfindlichen Ordnungsgeld zu ahnden.“

→ Die Verhinderung der Verschmutzung von Grünanlagen ist in der Praxis eine spezifische sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 21, AF-GP.BIW-SÖT-3

„Die BIW sprechen sich gegen jede Form des Drogenkonsums aus. Leitbild unserer Politik ist die drogenfreie Gesellschaft und damit die Drogenabstinenz des Einzelnen, also ein Leben ohne den Gebrauch von Suchtstoffen. Ziel staatlicher Politik muss es sein, die Verfügbarkeit von Drogen in der Gesellschaft zurückzudrängen, um den Konsum zu senken und den Einstieg in die Sucht zu erschweren.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 22, AF-GP.BIW-GSÖT-1

„Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen einer Liberalisierung oder gar Legalisierung von Rauschgiften. Das gilt auch für die staatliche Abgabe von Heroin an Süchtige, da solche Programme nachweislich den Ausstieg aus dem Konsum verzögern und damit die Abhängigkeitsdauer verlängern.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, wird sich in dieser Hinsicht gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 22, AF-GP.BIW-SÖT-4

„Die BIW setzen stattdessen auf eine konsequente Bekämpfung der Rauschgiftnachfrage durch Prävention und die rasche Beendigung von Suchtkarrieren in einem möglichst frühen Stadium auf Basis streng abstinenzorientierter Therapieangebote.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 22, AF-GP.BIW-SÖT-5

„Verstärkte Rauschgiftprävention bei Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung von Drogenexperten und Polizeibeamten speziell an den Schulen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 22, AF-GP.BIW-GSÖT-2

„Keine Entkriminalisierung oder gar Legalisierung der so genannten ‚weichen Drogen‘ Haschisch und Marihuana (Cannabis).“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, wird sich in dieser Hinsicht gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 22, AF-GP.BIW-SÖT-6

„Da sich die Gefährlichkeit von Haschisch und Marihuana in den letzten Jahren durch den steigenden THC-Gehalt moderner Züchtungen deutlich erhöht hat, ist der Besitz von Cannabis unabhängig von der Menge wieder unter Strafe zu stellen. Dadurch wird die Abschreckungswirkung erhöht und die Bekämpfung des Rauschgifthandels erleichtert. Der Verkauf von Konsumhilfsmitteln muss verboten werden. Medien, die den Gebrauch von Cannabis propagieren, sind zu indizieren. Die faktenbasierte Aufklärungsarbeit zu den Folgen und Gefahren des Cannabiskonsums durch die Behörden ist deutlich zu verstärken, federführend koordiniert durch die Drogenbeauftragten des Bundes und der Länder. Das Ziel muss eine breite gesellschaftliche Ächtung als notwendige Ergänzung zur Sanktionierung der Droge durch den Gesetzgeber sein.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, AF-GP.BIW-SÖT-7

„Neben dem Besitz ist zukünftig auch der Konsum von Rauschgift unter Strafe zu stellen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, AF-GP.BIW-SÖT-8

„Breit angelegte bundesweite Kampagne gegen den Missbrauch von Alkohol und Nikotin.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, AF-GP.BIW-SÖT-9

„Kindern und Jugendlichen müssen die gesundheitlichen Folgen des Zigaretten- und Alkoholverzehrs möglichst drastisch vor Augen geführt werden, um sie von einem Einstieg in den Konsum abzuhalten.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, AF-GP.BIW-SÖT-10

„Der Alkohol und Nikotinkonsum bei Kindern und Jugendlichen muss forciert bekämpft und die gesetzlichen Bestimmungen nicht nur verschärft, sondern auch angewendet werden (siehe Abschnitt 6.2.4).“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, AF-GP.BIW-SÖT-11

„Die Subventionierung des Tabakanbaus in der EU muss beendet, die staatliche Förderung der Schnapsproduktion über die deutsche Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB) eingestellt werden. Die BfB ist aufzulösen.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 41, AF-GP.BIW-SÖT-12

„Auch in der ökonomischen Sphäre muss das Primat der Politik als Ausfluss von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen dürfen sich deshalb nicht allein an den Gesetzen der Marktlogik orientieren, sondern müssen im Rahmen eines ganzheitlichen Politikansatzes soziale, umweltpolitische und kulturelle Belange sowie fundamentale ethische Normen angemessen berücksichtigen.“

→ Diese Veränderungen bzgl. umweltpolitischer Belange ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, AF-GP.BIW-SÖT-13

„Im Rahmen des von uns vertretenden Prinzips der Fairen Marktwirtschaft wollen wir eine gerechte internationale Wettbewerbsordnung, die notwendigerweise reguliert sein muss. Soziale, ökologische und gesellschaftliche Belange sind dabei ausreichend zu berücksichtigen.“

→ In der Wettbewerbsordnung sollen generell ökologische Belange berücksichtigt werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, AF-GP.BIW-SÖT-14

„Öffentliche Dienstleistungen sind von einer vollständigen Liberalisierung im Rahmen des ‘General Agreement on Trade in Services’ (GATS) und anderer internationaler Abkommen auszunehmen. Das gilt insbesondere für Einrichtungen der elementaren Daseinsvorsorge wie die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, Krankenhäuser, Schulen sowie das Verkehrs- und Beförderungswesen.“

→ Die Umwelt soll in der wirtschaftlichen Sphäre geschützt werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, AF-GP.BIW-GSÖT-3

„BIW stehen dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) mit den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem bereits 2014 ausverhandelten Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) der EU mit Kanada in ihrer heutigen Form ablehnend gegenüber. Beide Vertragswerke knüpfen an die Zielsetzungen von MAI an. Der gewollte Abbau von Hemmnissen im Handel zwischen Europa und Nordamerika, zu denen ausdrücklich auch gesetzliche Vorschriften in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher-, Gesundheits und Datenschutz sowie Arbeits- und Sozialnormen gerechnet werden, lässt die Absenkung oder gar Abschaffung der in Deutschland und der Europäischen Union erreichten Standards im Interesse der Profitmaximierung international tätiger Konzerne befürchten.“

→ Es wird sich vor dem Hintergrund also gegen eine gesamte sozial-ökologische Transformation des Wirtschaftens ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.BIW-SÖT-15

„Alkoholische Getränke jeglicher Art dürfen zukünftig nur noch an volljährige Personen abgegeben werden. Dieses strafbewehrte Verbot muss sowohl für Gewerbetreibende als auch Privatpersonen gelten. Der öffentliche und private Verzehr von Alkohol ist ebenfalls erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres zu gestatten. Die Bewerbung von Branntwein in ist gesetzlich zu verbieten.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 77, AF-GP.BIW-SÖT-16

„Besorgniserregend ist vor allem das mit ca. 15 Jahren niedrige Einstiegsalter für den Erstkonsum von Nikotin. Die Präventionsarbeit gegen das Rauchen an Schulen und in Jugendeinrichtungen ist deshalb verstärkt fortzusetzen. Im Fokus der Maßnahmen müssen Hauptschüler stehen, die im Vergleich zu Gymnasiasten eine viermal so hohe Raucherhäufigkeit aufweist. Es müssen spezielle Tabakentwöhnungsprogramme für Jugendliche aufgelegt werden, die von den Krankenkassen zu finanzieren sind.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 78, AF-GP.BIW-SÖT-17

„Die Aufklärung über die Gefahren des Rauschgiftgebrauchs von Kindern und Jugendlichen ist auch unter Hinzuziehung von Experten der Polizei und der Suchtberatung zu verstärken.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 78, AF-GP.BIW-SÖT-18

„Im Interesse des Jugendschutzes ist der Verharmlosung sog. ‚weicher Drogen‘ wie Haschisch und Marihuana auch durch gesetzgeberische Maßnahmen entgegenzuwirken. An den Schulen muss Rauschgift konsequent bekämpft werden, um dessen Verfügbarkeit insbesondere für Erst- und Probierkonsumenten zu verringern.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 78, AF-GP.BIW-SÖT-19

„Ziel der Präventions- und Repressionsmaßnahmen muss es sein, Minderjährige vom Einstieg in den Drogenkonsum abzuhalten und Suchtkarrieren zu verhindern.“

→ Da teilweise natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 98, AF-GP.BIW-SÖT-20

„Um zu verhindern, dass die europäischen Nationalstaaten als Folge des verschärften globalen Wettbewerbs und der wachsenden Mobilität des Kapitals gegeneinander ausgespielt werden, setzen wir uns erstens für gemeinsame europäische Mindeststandards auf den Feldern Arbeit, Soziales, Umwelt und Verbraucherschutz ein.“

→ Die Rahmensetzung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.2.2.2 Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse

Tabelle 4: Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien

	CDU	AfD	SPD	Linke	Grüne	FDP	BVB/FW	BIW
PK	0	0	0	0	0	0	0	0
SÖT	30	18	30	102	144	28	7	20
GSÖT	1	25	1	3	3	0	1	3

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 5: Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien

	CDU	AfD	SPD	Linke	Grüne	FDP	BVB/FW	BIW
Absätze	435	449	317	350	550	268	20	705

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 6: Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten

	CDU	AfD	SPD	Linke	Grüne	FDP	BVB/FW	BIW
Absolut	29	16	30	90	136	25	4	17
Gewichtet	73	19	74	308	460	84	7	34

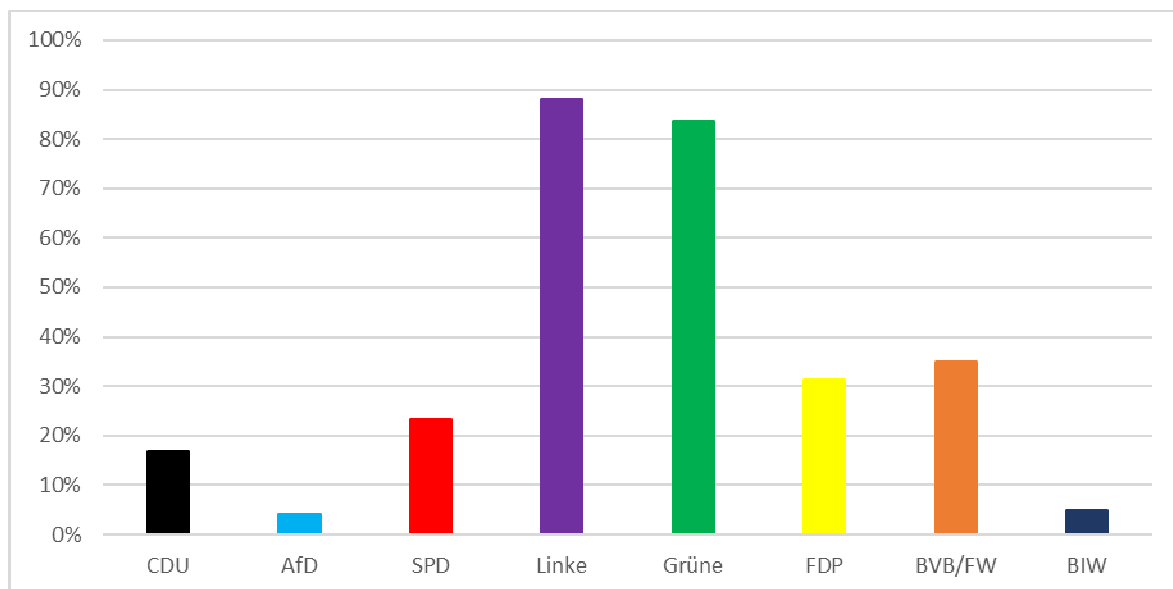
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 7: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien

	CDU	AfD	SPD	Linke	Grüne	FDP	BVB/FW	BIW
Anteile	16,78 %	4,23 %	23,34 %	88,00 %	83,64 %	31,34 %	35,00 %	4,82 %

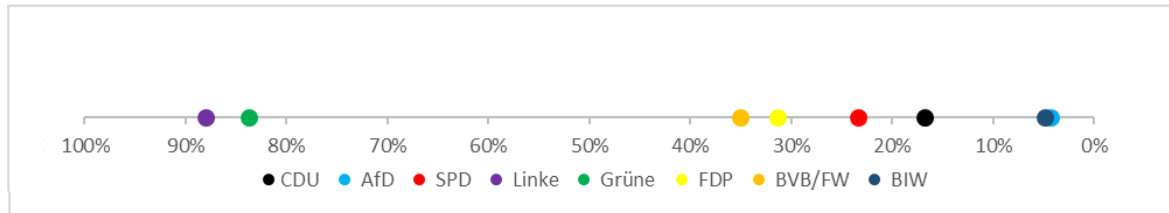
Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

Abbildung 1: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 2: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Tabelle 8: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien

Unterkategorien	Ausprägungen	CDU	AfD	SPD	Linke
Ausmaß der Transformation	Einzel	17	17	16	30
	Als Ganzes	13	1	14	72
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	8	0	8	6
	Ja: Adaption	1	0	2	4
	Nein	21	18	22	95
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	4	0	5	2
	Ja: EU-Ebene	2	0	1	14
	Ja: Bundesebene	0	3	1	7
	Ja: Landesebene	0	0	0	1
	Nein	24	15	24	79
Wirtschaftsbezug	Ja	14	8	17	76
	Nein	16	10	13	26
Konzeptbezug	Ja	3	0	9	28
	Nein	27	18	21	74



Unterkategorien	Ausprägungen	Grüne	FDP	BVB/FW	BIW
Ausmaß der Transformation	Einzel	39	8	5	15
	Als Ganzes	105	20	2	5
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	14	4	0	0
	Ja: Adaption	2	1	0	0
	Nein	130	24	7	20
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	20	1	0	2
	Ja: EU-Ebene	9	3	1	2
	Ja: Bundesebene	6	2	0	1
	Ja: Landesebene	0	0	4	0
	Nein	115	25	3	16
Wirtschaftsbezug	Ja	88	23	4	7
	Nein	56	5	3	13
Konzeptbezug	Ja	40	20	1	0
	Nein	104	8	6	20

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 9: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Grundsatzprogrammen der berücksichtigten Parteien

Unterkategorien	Ausprägungen	CDU	AfD	SPD	Linke
Ausmaß der Transformation	Einzel	56,67 %	94,44 %	53,33 %	29,41 %
	Als Ganzes	43,33 %	5,56 %	46,67 %	70,59 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	26,67 %	0,00 %	26,67 %	5,88 %
	Ja: Adaption	3,33 %	0,00 %	6,67 %	3,92 %
	Nein	70,00 %	100,00 %	73,33 %	93,14 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	13,33 %	0,00 %	16,67 %	1,96 %
	Ja: EU-Ebene	6,67 %	0,00 %	3,33 %	13,73 %
	Ja: Bundesebene	0,00 %	16,67 %	3,33 %	6,86 %
	Ja: Landesebene	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,98 %
	Nein	80,00 %	83,33 %	80,00 %	77,45 %
Wirtschaftsbezug	Ja	46,66 %	44,44 %	56,67 %	74,51 %
	Nein	53,33 %	55,56 %	43,33 %	25,49 %
Konzeptbezug	Ja	10,00 %	0,00 %	30,00 %	27,45 %
	Nein	90,00 %	100,00 %	70,00 %	72,55 %

Unterkategorien	Ausprägungen	Grüne	FDP	BVB/FW	BIW
Ausmaß der Transformation	Einzel	27,08 %	28,57 %	71,43 %	75,00 %
	Als Ganzes	72,92 %	71,43 %	28,57 %	25,00 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	9,72 %	14,29 %	0,00 %	0,00 %
	Ja: Adaption	1,39 %	3,57 %	0,00 %	0,00 %
	Nein	90,28 %	85,71 %	100,00 %	100,00 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	13,89 %	3,57 %	0,00 %	10,00 %
	Ja: EU-Ebene	6,25 %	10,71 %	14,29 %	10,00 %
	Ja: Bundesebene	4,17 %	7,14 %	0,00 %	5,00 %
	Ja: Landesebene	0,00 %	0,00 %	57,14 %	0,00 %
	Nein	79,86 %	89,29 %	42,86 %	80,00 %
Wirtschaftsbezug	Ja	61,11 %	82,14 %	57,14 %	35,00 %
	Nein	38,89 %	17,86 %	42,86 %	65,00 %
Konzeptbezug	Ja	27,78 %	71,43 %	14,29 %	0,00 %
	Nein	72,22 %	28,57 %	85,71 %	100,00 %

Quelle: Eigene Darstellung.

## 2.3 Die Bestandteile der Analyse der einzelnen Fälle

### 2.3.1 Die Bestandteile der Analyse des Falls Bremen

#### 2.3.1.1 Die Daten zur Beschreibung des Parteiensystems und –wettbewerbs

Tabelle 10: Die Gesamtstimmenanteile der aktuell relevanten Landesparteien in Bremen bei allen Bürgerschaftswahlen seit 1991

	1991	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019
CDU	30,7 %	32,6 %	37,1 %	29,8 %	25,6 %	20,4 %	22,4 %	26,7 %
SPD	38,8 %	33,4 %	42,6 %	42,3 %	36,7 %	38,6 %	32,8 %	24,9 %
Grüne	11,4 %	13,1 %	8,9 %	12,8 %	16,5 %	22,5 %	15,1 %	17,4 %
Linke	-	2,4 %	2,9 %	1,7 %	8,4 %	5,6 %	9,5 %	11,3 %
AfD	-	-	-	-	-	-	5,5 %	6,1 %
FDP	9,5 %	3,4 %	2,5 %	4,2 %	6,0 %	2,4 %	6,6 %	5,9 %
BIW	-	-	-	-	0,8 %	3,7 %	3,2 %	2,4 %

Quelle: In Anlehnung an: Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 43f. Für Die Linke wurden bis 2003 die Ergebnisse der PDS übernommen.

Tabelle 11: Die Regierungszusammensetzungen in Bremen von 1991 bis 2019

	Regierungsparteien	Präsident des Senats und Bürgermeister
11.12.1991	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	Klaus Wedemeier (SPD) III
04.07.1995	SPD, CDU	Henning Scherf (SPD) I
07.07.1999	SPD, CDU	Henning Scherf (SPD) II
04.07.2003	SPD, CDU	Henning Scherf (SPD) III
08.11.2005	SPD, CDU	Jens Böhrnsen (SPD) I
29.06.2007	SPD, Bündnis 90/Die Grünen	Jens Böhrnsen (SPD) II
30.06.2011	SPD, Bündnis 90/Die Grünen	Jens Böhrnsen (SPD) III
15.07.2015	SPD, Bündnis 90/Die Grünen	Carsten Sieling (SPD)
15.08.2019	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke	Andreas Bovenschulte (SPD)

Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 108.

### 2.3.1.2 Die Codes aus der Landesverfassung

Artikel 10, HB-LV-RE-1

„Bei Unglücksfällen, Notständen und Naturkatastrophen besteht eine allgemeine Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 11a, HB-LV-RE-2

„Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts tragen Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen. Daher gehört es auch zu ihren vorrangigen Aufgaben, Boden, Wasser und Luft zu schützen, mit Naturgütern und Energie sparsam umzugehen sowie die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre natürliche Umgebung zu schonen und zu erhalten.“

→ Die Regulation der natürlichen Lebensgrundlagen wird geregelt.

Artikel 11b, HB-LV-RE-3

„Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet. Sie werden vor nicht artgemäßer Haltung und vermeidbarem Leiden geschützt.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Tieren wird geregelt.

Artikel 26, Absatz 5, HB-LV-RE-4

„Die Erziehung und Bildung der Jugend hat im wesentlichen folgende Aufgaben: [...]

Die Erziehung zum Verantwortungsbewußtsein für Natur und Umwelt.“

→ Bildung soll zu einer erfolgreichen Regulation führen.

Artikel 38, HB-LV-RE-5

„Die Wirtschaft der Freien Hansestadt Bremen ist ein Glied der einheitlichen deutschen Wirtschaft und hat in ihrem Rahmen die besondere Aufgabe, Seehandel, Seeschifffahrt und Seefischerei zu pflegen.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Fischen wird geregelt.

Artikel 42, Absatz 4, HB-LV-RE-6

„Eine Veräußerung von Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen, auf die die öffentliche Hand aufgrund Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann und die

a) Verkehrsleistungen oder Leistungen der Abfall- oder Abwasserentsorgung oder der Energie- oder Wasserversorgung für die Allgemeinheit erbringen, [...]

ist nur aufgrund eines Gesetzes möglich.“

→ Der Umgang mit gesellschaftlichen Abfällen und natürlichen Ressourcen wird geregelt.

Artikel 45, Absatz 2, HB-LV-RE-7

„Enteignet werden kann Grundbesitz auf gesetzlicher Grundlage, [...]

b) soweit sein Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft nötig ist,“

→ Damit wird auch der gesellschaftliche Umgang mit natürlichen Flächen geregelt.

Artikel 45, Absatz 3, HB-LV-RE-8

„Eine Umlegung von Grundstücken ist nach näherer gesetzlicher Regelung vorzunehmen [...]

a) zur Herbeiführung einer besseren wirtschaftlichen Nutzung getrennt liegender landwirtschaftlicher Grundstücke,“

→ Damit wird auch der gesellschaftliche Umgang mit natürlichen Flächen geregelt.

Artikel 45, Absatz 3, HB-LV-RE-9

„Eine Umlegung von Grundstücken ist nach näherer gesetzlicher Regelung vorzunehmen [...]

b) zur Durchführung einer Stadt- oder Landesplanung, insbesondere auch in kriegszerstörten Gebieten sowie zur Erschließung von Baugelände und zur Herbeiführung einer zweckmäßigen Gestaltung von Baugrundstücken.“

→ Damit wird auch der gesellschaftliche Umgang mit natürlichen Flächen geregelt.

Artikel 45, Absatz 3, HB-LV-RE-10

„Durch Gesetz kann vorgeschrieben werden, daß zu öffentlichen Zwecken, insbesondere für Straßen, Plätze, Grün- und Erholungsflächen, Wasserzüge und ähnliche öffentliche Einrichtungen Grundflächen der Umlegungsmasse ohne Entschädigung in das Eigentum des Staates oder der Gemeinde übergehen.“

→ Damit wird auch der gesellschaftliche Umgang mit natürlichen Flächen geregelt.

Artikel 45, Absatz 5, HB-LV-RE-11

„Bei Grundbesitz, der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gartenwirtschaftlichen Zwecken dient, sind durch Gesetz Maßnahmen zu treffen, daß der Grundbesitz ordnungsmäßig bewirtschaftet wird. Das Gesetz kann vorsehen, daß ein Grundstück, das trotz behördlicher Anmahnung nicht ordnungsmäßig bewirtschaftet wird, von einem Treuhänder verwaltet oder einem anderen zur Nutzung auf Zeit übertragen, in besonderen Fällen auch enteignet wird.“

→ Damit wird auch der Umgang mit natürlichen Flächen geregelt.

Artikel 65, HB-LV-RE-12

„Die Freie Hansestadt Bremen bekennt sich zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Schutz der natürlichen Umwelt, Frieden und Völkerverständigung.“

→ Der Schutz der natürlichen Umwelt wird als Regulation vorgeschrieben.

Artikel 101, Absatz 6, HB-LV-RE-13

„Die Bürgerschaft beschließt, abgesehen von den ihr durch diese Verfassung zugewiesenen sonstigen Aufgaben, insbesondere über [...]

“6. Verfügung über Vermögen der Freien Hansestadt Bremen, besonders Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehnshingaben, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,“

→ Damit wird auch der gesellschaftliche Umgang mit natürlichen Flächen geregelt.

Artikel 131a, Absatz 3, HB-LV-RE-14

„(3) Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann von den Vorgaben der Absätze 1 und 2 aufgrund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder der Bürgerschaft abgewichen werden. Im Falle der Abweichung von den Vorgaben des Absatzes 1 ist der Beschluss mit einer Tilgungsregelung zu verbinden.“

→ Der gesellschaftliche Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

### 2.3.1.3 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2015

#### 2.3.1.3.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU

S. 10, HB-WP.CDU.2015-SÖT-1

„Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Wirtschaft wieder stärker wächst, bestehende Arbeitsplätze gesichert werden, neue, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen und der Wohlstand bei den Menschen in Bremen und Bremerhaven ankommt. Dazu fördern wir ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das ökonomische, ökologische und soziale Belange in Einklang bringt. Das bedeutet für uns Soziale Marktwirtschaft.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Marktwirtschaft ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 10, HB-WP.CDU.2015-SÖT-2

„Unser Ziel ist die ‚Smart City‘, d. h. die intelligente Stadt, die sich durch neue Arbeits- und Wohnmodelle sowie neue Mobilitäts- und Energiekonzepte auszeichnet. Durch das Internet sind ganz neue Anwendungen und Dienste möglich, die dabei helfen, Ressourcen zu schonen und Probleme effizienter und schneller zu lösen.“

→ Die Steigerung der Effizienz hin zu einer „Smart City“ ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 11, HB-WP.CDU.2015-SÖT-3

„Neue Umweltauflagen, wie die Einführung einer weiteren Abgasplakette für Fahrzeuge oder einer Rußpartikelfilterpflicht für Baumaschinen lassen sich nicht über Nacht und über die Köpfe der Betroffenen durchsetzen.“

→ Wenn auch mit Einschränkungen, werden Umweltauflagen angestrebt, die zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation sind.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, HB-WP.CDU.2015-GSÖT-1

„Die Einhaltung des bestehenden Schutzniveaus für Verbraucherinnen und Verbraucher bei Lebensmitteln sowie in Umwelt- und Gesundheitsfragen ist dafür eine Grundvoraussetzung, die aber zu keiner Zeit infrage stand.“

→ Es wird auf den Schutzniveaus beharrt und sich somit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.CDU.2015-SÖT-4

„Bremen und Bremerhaven haben sich in der Offshore-Windenergie als Kompetenzzentrum etabliert, in dem viele neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze entstanden sind. Durch öffentliche Investitionen von mehr als 100 Mio. Euro wurden alleine in Bremerhaven private Investitionen von rund 200 Mio. Euro ausgelöst. Beide Standorte haben großes Potenzial auch weiterhin von der Energiewende zu profitieren, denn die Gewinnung von Strom aus Windenergie wird einen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende leisten. Die natürlichen Bedingungen im Nordwesten Deutschlands bieten die besten Voraussetzungen dafür. Diesen Standortvorteil gilt es zu nutzen, um die Chancen für die Wirtschaft auszuschöpfen und weitere Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Uns muss es daher gelingen, weitere Unternehmen der Windenergiebranche in Bremen und Bremerhaven anzusiedeln. Der Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven ist aus Sicht der CDU Bremen eine äußerst wichtige Infrastrukturmaßnahme, die wir in der vor uns liegenden Legislaturperiode weiter voranbringen werden.“

→ Der Ausbau der Windenergie ist eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.CDU.2015-GSÖT-2

„Willkürliche politische Eingriffe, wie das von Rot-Grün eingeführte Umschlagsverbot für Kernbrennstoffe, lehnen wir ab, weil sie ein Einfallstor für die politische Festlegung von ‚erwünschten‘ und ‚unerwünschten‘ Gütern darstellen.“

→ Es wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation bzgl. der Kernbrennstoffe positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.CDU.2015-SÖT-5

„Noch vorhandene Engstellen im Bremer Industriehafen müssen beseitigt und die Columbuskaje in Bremerhaven erneuert werden.“

→ Die Beseitigung der Engstellen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.CDU.2015-SÖT-6

„Die vom Bund finanzierte Fahrrinnenanpassung der Außen- und Unterweser trägt entscheidend dazu bei, die Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen sowie die Arbeitsplätze, die an den Häfen hängen, zu sichern, denn die Schiffe werden immer größer und können die Häfen teilweise nur zu bestimmten Zeiten oder nicht voll beladen anlaufen. Gegen den Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2011 ist derzeit noch ein Gerichtsverfahren anhängig. Aus Sicht der CDU Bremen lassen sich die festgestellten Mängel im Verfahren heilen. Wir halten dieses Infrastrukturprojekt auch weiterhin für dringend erforderlich und ökologisch vertretbar.“

→ Die Fahrrinnenanpassung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.CDU.2015-SÖT-7

„Infrastrukturelle Sonderlasten, die zur Umsetzung der Energiewende nötig sind, sollten dabei ebenfalls berücksichtigt werden.“

→ Die angestrebte Energiewende ist eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14f., HB-WP.CDU.2015-SÖT-8

„Die Schifffahrt ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Um die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern und die Umweltbelastungen durch den Schiffsverkehr weiter zu reduzieren, unterstützen wir die Pläne der EU-Kommission, zum Aufbau einer Landstromversorgung für Schiffe sowie von LNG-Tankstellen in den Häfen. Insbesondere Flüssigerdgas (LNG) hat als schadstoffarmer Treibstoff ein großes Potenzial. Die reduzierten Schwefelgrenzwerte für Schiffsabgase in Nord- und Ostsee müssen mit Augenmaß eingeführt werden, damit es nicht zu Verlagerungen von Verkehren auf die Straße kommt.“

→ Die Reduzierung der Umweltbelastungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.CDU.2015-SÖT-9

„Verbraucherbildung und Alltagskompetenzen gehören zum Lehrauftrag der bremischen Schulen. Dafür bedarf es klarer Bildungsstandards in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, Finanzen und Vorsorge, Recht, Energie und Konsum. Diese Themen müssen lebensnah vermittelt werden. Jugendliche sollen die Fähigkeit entwickeln, die Folgen ihres Konsumverhaltens für sich, die Gesellschaft und die Umwelt abzuschätzen.“

→ Der Umgang mit der Umwelt soll über die Bildung generell verändert werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.CDU.2015-SÖT-10

„Wir treten daher für eine konsequente Bekämpfung der Gewalt- und Alltagskriminalität ebenso ein wie für ein Einschreiten gegen politischen und religiösen Extremismus, Umweltstraftaten, Wirtschaftskriminalität, Steuerstraftaten und Korruption.“

→ Die Bekämpfung von Umweltstraftaten hat einen generell anderen Umgang mit der Umwelt zur Folge, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, HB-WP.CDU.2015-SÖT-11

„Die CDU Bremen setzt sich in Bremen und Bremerhaven für die Einrichtung von drogenfreien Bereichen ein. Bisher gilt in Bremen und Bremerhaven, dass der Besitz von Betäubungsmitteln zum Eigenbedarf strafrechtlich nicht verfolgt wird. Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und als Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit sollen insbesondere vor Schulen, Kindergärten und an Kriminalitätsschwerpunkten diese Eigenbedarfsausnahmen bei der Strafverfolgung nicht mehr gelten und jedweder Besitz von Betäubungsmitteln strafrechtlich verfolgt werden.“

→ Da auch der Umgang mit natürlichen Substanzen geregelt wird, handelt es sich in der Praxis um eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25f., HB-WP.CDU.2015-GSÖT-3

„Drogenabhängige sind krank und sie bedürfen medizinischer und therapeutischer Hilfe. Die Legalisierung geringer Mengen für den Eigengebrauch, eine staatliche Abgabe von illegalen Drogen oder die Bereitstellung von Drogenkonsumräumen lehnt die CDU Bremen ab, da dadurch keine Verringerung der Abhängigkeit und der Beschaffungskriminalität erfolgt. Eine Duldung von offenen und bekannten Drogenszenepunkten wird entschieden abgelehnt. Eine Verharmlosung von jeglichen Rauschgiftarten ist nicht zu akzeptieren. Es müssen insbesondere Kinder und Jugendliche über die Gefahren von Drogen aufgeklärt und vor den damit einhergehenden Gefahren geschützt werden.“

→ In dieser Hinsicht wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.CDU.2015-GSÖT-4

„Die Legalisierung illegaler Rauschmittel lehnt die CDU Bremen ab.“

→ In dieser Hinsicht wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.CDU.2015-GSÖT-5

„Der Verkauf und Konsum von Alkohol, Tabakprodukten, und E-Shishas durch Kinder und Jugendliche wollen wir weiterhin verbieten und die geltenden Verbote wirksamer durchsetzen.“

Einzel

→ In dieser Hinsicht wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.CDU.2015-SÖT-12

„Gleiches gilt für die Weserquerung bei Seehausen und die B 6 n nach Brinkum – auch hier müssen Fortschritte erzielt werden. Auch bei dem Bau der B 212 n muss es voran gehen. Nur mit der B 212 n kann eine vernünftige Verkehrsanbindung in den Nord-Westen erreicht und die Anwohner an der Stromer Landstraße entlastet werden.“

→ Mit den Umbauten gehen in der Praxis einzelne sozial-ökologische Transformationen einher.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.CDU.2015-SÖT-13

„Da eine gute überregionale Verkehrsanbindung ein zentrales Entscheidungskriterium für ansiedlungswillige Unternehmen ist, setzt sich die CDU Bremen für die Realisierung der A 20 ein. Die Küstenautobahn wird die Bedeutung des Nordens als Logistikstandort stärken und die Hinterlandanbindung der Seehäfen verbessern. Da es unser Ziel ist, möglichst viel Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen, ist auch die Anbindung Bremens und Bremerhavens mit der Bahn zu verbessern. Der Seehafenhinterlandverkehr muss optimiert werden.“

→ Mit den Umbauten gehen in der Praxis einzelne sozial-ökologische Transformationen einher.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.CDU.2015-SÖT-14

„Einen Handlungsschwerpunkt sehen wir im Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), denn nur mit einem nutzerfreundlichen und flächendeckenden Ausbau des Bahn- und Busnetzes können Menschen dazu bewegt werden, das Auto weniger zu nutzen. Dies hätte Vorteile für die gesamte Stadt: weniger Stau, weniger Lärm und weniger Schadstoffe. Wesentliche Projekte, die im ÖPNV angegangen werden müssen, sind: die Zugdurchbindung der Regio-S-Bahn vom Bremer Bahnhof nach Bremen-Farge, die Erhöhung der Taktfrequenzen der Regio-S-Bahn-Linien, die Verlängerungen der Straßenbahn Linie 1 nach Huchting und der Linie 8 nach Stuhr sowie der regelmäßige Anschluss Bremerhavens an das Fernbahnnetz.“

→ Die Schadstoffreduktion ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.CDU.2015-GSÖT-6

„Die Bremer Innenstadt muss auch in Zukunft unproblematisch für den motorisierten Individualverkehr erreichbar sein. Die Umweltzone werden wir umgehend abschaffen. Sie hat nachweislich keinen Nutzen.“

→ Es wird sich gegen die Umweltzone als sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.CDU.2015-SÖT-15

„Fließender Verkehr, den wir durch eine Optimierung der Grünen Welle erreichen wollen, hilft, beide Städte von Lärm, Staub und Abgasen zu befreien.“

→ Die Schadstoffreduktion ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.CDU.2015-SÖT-16

„Die CDU Bremen wird sich dafür einsetzen, dass sich die Rahmenbedingungen für Elektromobilität verbessern. Die Ladeinfrastruktur muss ausgebaut und der öffentliche Fuhrpark schrittweise umgerüstet werden.“

→ Die Umrüstung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.CDU.2015-SÖT-17

„Die Energieversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die CDU Bremen fordert, dass Energie auch in Zukunft verlässlich, bezahlbar und umweltverträglich erzeugt wird. Derzeit ist dies nur mit einem breiten Mix aus unterschiedlichen Energieträgern und -technologien möglich. Perspektivisch sollen dabei die erneuerbaren Energien den Hauptanteil übernehmen.“

→ Die Energiewende ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 47, HB-WP.CDU.2015-SÖT-18

„Besonderen Handlungsbedarf sehen wir im Bereich Energieeffizienz: Je weniger Energie verbraucht wird, desto weniger muss produziert werden. Die CDU Bremen will Anreize schaffen, dass alte Elektrogeräte, Leuchtmittel und Heizungsanlagen durch neue, effizientere ersetzt werden.“

→ Die Effizienzsteigerung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 47, HB-WP.CDU.2015-SÖT-19

„Die energetische Gebäudesanierung ist aus unserer Sicht der zentrale Schlüssel zum Erreichen der Klimaschutzziele, denn auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 % des Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen.“

→ Die Sanierung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.CDU.2015-SÖT-20

„Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir im Rahmen unserer ‚Smart City‘-Strategie Maßnahmen entwickeln, um Energieeinsparpotenziale besser auszuschöpfen sowie Umwelt und Klima zu schützen. Unsere Vision sind energieneutrale Häuser, die selbst Strom produzieren, Mülltonnen, die der Stadtreinigung Bescheid geben, wenn sie voll sind und Straßenlaternen, die sich dimmen, wenn niemand in der Nähe ist. Im Rahmen eines Pilotprojekts wollen wir 1.000 Haushalte und Gewerbebetriebe mit intelligenten Stromzählern und Steuerungsgeräten ausrüsten, mit denen Verbraucher ihren Stromverbrauch besser kontrollieren und steuern können. Weitere Straßen sollen mit energiesparenden LED-Leuchten ausgestattet und an geeigneten Straßenzügen eine intelligente Beleuchtung installiert werden.“

→ Die Maßnahmen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.CDU.2015-SÖT-21

„Die Bremer Klimaschutzagentur ‚energiekonsens‘ leistet in dieser Hinsicht eine herausragende Leistung. Die finanzielle Absicherung dieser Einrichtung werden wir daher auch in zukünftigen Haushalten sicherstellen. Wichtig ist auch, dass die öffentliche Hand bei dem Thema energieeffiziente Maßnahmen mit gutem Beispiel voran geht. Die Sanierungsrate der öffentlichen Gebäude muss daher stark erhöht werden.“

→ Die Sanierung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 48, HB-WP.CDU.2015-SÖT-22

„Der Schutz unserer Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Uns ist bewusst, dass wir nicht nur Verantwortung für die heutige Generation tragen, sondern auch dafür, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten und gesunden Umwelt aufwachsen können. Eine intakte Umwelt mit sauberem Wasser, reiner Luft, unbelasteten Böden und störungsfreien Naturräumen sichern uns eine hohe Lebensqualität. Es steht außer Frage, dass nachhaltiges Wachstum nur im Einklang mit unserer Umwelt möglich ist. Dennoch ist der CDU Bremen wichtig, dass Umweltschutz zusammen mit den Menschen vorangebracht wird und nicht gegen sie. Klimaschutz darf nicht eine Ansammlung von staatlichen Verboten und Regulierungen werden. Als Hightech-Standort hat das Land Bremen gleichzeitig die Chance und die Verantwortung, Strategien und zukunftsfähige Produkte zu entwickeln, die helfen, die Umwelt zu schützen.“

→ Es werden generell Umwelt- bzw. Klimaschutz angestrebt, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.CDU.2015-SÖT-23

„Klimaschutz ist eine der großen Herausforderungen der Menschheit. Die Erderwärmung hat weltweit Folgen, die wir auch in Bremen spüren. Gegenmaßnahmen müssen daher gemeinsam mit allen Akteuren auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene eingeleitet werden. Bremen und Bremerhaven sind eng mit dem Meer verbunden. Küstenschutz ist daher zur Sicherheit unserer beiden Städte unausweichlich. Den Generalplan Küstenschutz wollen wir gemeinsam mit unseren niedersächsischen Nachbarn konsequent weiterführen. Der weiteren Bebauung von Überschwemmungsgebieten stehen wir kritisch gegenüber.“

→ Die klimapolitischen Maßnahmen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.CDU.2015-SÖT-24

„Der Schutz der biologischen Vielfalt liegt uns am Herzen. Um bedrohte Tierarten zu schützen, ist die CDU Bremen der Auffassung, dass auch regulierend eingegriffen werden muss. Manche Tierarten haben heute keinen natürlichen Feind mehr und breiten sich daher überproportional aus. Dies bringt das Gleichgewicht der Natur ins Wanken, andere seltene Tierarten werden verdrängt. Um unsere artenreiche Kulturlandschaft zu bewahren, möchten wir daher, dass die Zusammenarbeit mit der Landesjägerschaft in diesen Fragen intensiviert wird.“

→ Diese Ziele sind in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Umgang mit Tieren.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.CDU.2015-GSÖT-7

„Der Schutz unserer natürlichen Lebensquelle – dem Wasser – kommt in Bremen eine besondere Bedeutung bei. Fracking lehnen wir daher ab.“

→ In dieser Hinsicht wird eine sozial-ökologische Transformation also abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.CDU.2015-SÖT-25

„Für die vollständige und rasche Sanierung des Grundwassers rund um das Tanklager Farge sehen wir den Bund als Grundstückseigentümer in der Hauptverantwortung. Die zur Sanierung erforderlichen Genehmigungen wollen wir schnellstmöglich erteilen.“

→ Die Sanierung ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.CDU.2015-SÖT-26

„Umweltbewusstsein beginnt im Kopf. Eine entsprechende Erziehung und Bildung in Kindergärten und Schulen halten wir daher für sinnvoll. Das Gleiche gilt für die Vermittlung von Wissen über gute Ernährung. Die CDU Bremen möchte daher, dass das Thema Ernährung ein fester Bestandteil der Lehrpläne in den Bildungseinrichtungen wird. Dazu gehört die Vermittlung von Wissen über ausgewogene Ernährung und die Zubereitung von Nahrungsmitteln. Schon früh müssen Kinder den Wert und die Vielfalt von Lebensmitteln kennen und schätzen lernen. Es steht fest: Eine ausgewogene Ernährung ist das beste Rezept für eine gute Gesundheit!“

→ Über die Bildung soll der Umgang mit der Umwelt generell verändert werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.CDU.2015-SÖT-27

„Die CDU Bremen wird daher eine nachhaltige und regelmäßige Grünraumpflege einfordern. Die zahlreichen Kleingärten dienen vielen Bremerinnen und Bremern als Erholungs- und Rückzugsgebiet. Gleichzeitig sind sie gut für das Klima und die Biodiversität in unseren beiden Städten. Wir wollen das Kleingartenwesen fördern und besonders Familien Möglichkeiten eröffnen, um sich eigene kleine Oasen im Grünen zu schaffen.“

→ Die Grünraumpflege ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.CDU.2015-SÖT-28

„Ressourcenschutz ist wichtiger Bestandteil des Umweltschutzes. Dazu zählt insbesondere die Aufarbeitung von Müll. Hier gilt der Grundsatz: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Wir setzen uns für eine effiziente Abfallentsorgung ein, die sich an moderner Technik orientiert. Nur so können wertvolle Rohstoffe nachhaltig genutzt werden. Die derzeit diskutierte hundertprozentige Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft lehnen wir ab.“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation bzgl. des Mülls angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49f., HB-WP.CDU.2015-SÖT-29

„Hierzu wollen wir erreichen, dass endlich Hundeausläufflächen ausgewiesen werden, damit sich die Hunde in der Stadt artgerecht bewegen können. Außerdem fordern wir die Einführung einer Chipspflicht für Hunde. Denn eine generelle Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht erschwert das Aussetzen von Tieren und den illegalen Handel mit gestohlenen Hunden erheblich. Weiterhin setzen wir uns für eine verpflichtende Hundehaftpflichtversicherung ein.“

→ In der Praxis sind die Maßnahmen sozial-ökologische Transformationen im Bereich der Tierchutzpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.CDU.2015-GSÖT-8

„Naturschutz ist zwar wichtig, er sollte jedoch im Einklang mit den Ansprüchen der Landwirte stehen. Der jetzige überproportionale Anteil der Naturschutzflächen darf daher nicht weiter erhöht werden. Maßnahmen aus dem Landschaftsprogramm und Flächennutzungsplan, die der Landwirtschaft schaden, werden wir wieder rückgängig machen.“

→ In dieser Hinsicht wird sich gegen einzelne sozial-ökologische Transformationen positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.CDU.2015-SÖT-30

„Der CDU Bremen ist es ein Anliegen, die Weidehaltung von Rindern, trotz der problematischen Rahmenbedingungen, zu fördern. Dazu wollen wir ein Förder- und Anreizkonzept schaffen, das wie in Bayern über die zweite Säule finanziert wird. In der Frage des Tierwohls herrscht eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Realität auf den Höfen und der oftmals verklärten, romantischen Vorstellungen der Verbraucher. Das Ziel der CDU Bremen ist es daher, die Tierwohldebatte zu versachlichen.“

→ Hinsichtlich der Tiere wird eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.CDU.2015-SÖT-31

„Gesunde Ernährung ist Grundlage für ein gesundes Leben. Regionale und saisonale Produkte spielen dabei eine wesentliche Rolle. Die CDU Bremen möchte daher die Kampagne ‚Bremer essen regional‘ starten, durch die zum einen dem Verbraucher die Vorzüge regionalen Essens aufgezeigt werden und zum anderen dem Erzeuger Hilfestellungen angeboten werden, um die Selbstvermarktung zu verbessern. Der Kauf regionaler Produkte ist außerdem gut für das Klima und das Tierwohl, weil lange Transporte der Ware vermieden werden.“

→ Hinsichtlich des Umgangs mit Lebensmitteln wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.1.3.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD

S. 2 des Vorworts, HB-WP.SPD.2015-SÖT-1

„Wir werden weiterhin gute Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum schaffen. Mit der Erschließung von Gewerbeflächen, mit dem geplanten Offshore-Terminal in Bremerhaven, mit neuen technologischen ‚Leuchttürmen‘ wie dem EcoMaT (Center for Eco-efficient Materials & Technologies) – kurzum: Mit der Unterstützung von Wissenschaft und Innovation wollen wir neue, zusätzliche Beschäftigung nach Bremen und Bremerhaven holen.“

→ Der Bau des Offshore-Terminals ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 10, HB-WP.SPD.2015-SÖT-2

„Darüber hinaus werden wir Bremerhaven als Kompetenzzentrum für Fisch und Lebensmittel weiter ausbauen und die guten Handelsbeziehungen unseres Bundeslandes weiterentwickeln. Bremen und Bremerhaven wollen wir dabei als faire Städte etablieren. Für uns bedeutet dies, Verantwortung zu übernehmen – in Bremen, aber auch international. Denn Menschen- und Arbeitnehmerrechte dürfen nicht an den Grenzen Europas enden: Im Sinne von ‚Fairer Arbeit‘ und ‚Fairem Handel‘ setzen wir uns deshalb für eine sozial und ökologisch verantwortliche Beschaffung ein.“

→ Lebensmittel sollen, anders als sonst, ökologisch beschafft werden, was in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.SPD.2015-SÖT-3

„Auch viele innovative und junge Branchen haben an der Weser ihr festes Zuhause: So gilt etwa Bremerhaven als Zentrum der Offshore-Windenergie, und diese Stellung werden wir mit einem strukturpolitisch herausragenden Projekt, dem Bau des Offshore-Terminals, noch weiter stärken. Im benachbarten Gewerbegebiet Luneplate werden wir zudem geeignete Flächen für die Ansiedlung weiterer Industrieunternehmen zur Fertigung der Offshore-Komponenten herrichten. Gerade in der sogenannten Green Economy werden wir das Profil unseres Bundeslandes weiter schärfen und sowohl die Klimaforschung als auch die Offshore-Windenergie als Grundlage für weitere Standortentwicklung in Bremerhaven weiter voranbringen.“

→ Die stärkere Ausrichtung der Wirtschaft als Green Economy ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation des Wirtschaftens.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.SPD.2015-SÖT-4

„Wir stehen für eine Flächenpolitik, die ein nachhaltiges Wachstum unterstützt: Gewerbeflächen müssen bedarfsgerecht erschlossen und entwickelt werden.“

→ Das Erschließen von Gewerbeflächen ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.SPD.2015-SÖT-5

„Diese Erfolgsgeschichte setzen wir mit einem zweiten Bauabschnitt, der 2016 fertiggestellt werden soll, fort und stärken damit auch den Bremer, weltweit zweitgrößten Mercedes-Benz-Produktionsstandort. [...] Dabei steht insbesondere auch die Qualität unserer Gewerbeflächen im Mittelpunkt: ‚Grüne Wiesen‘ finden Unternehmen überall, aber Bremen bietet mit seinen zahlreichen branchenorientierten Gewerbeflächen mehr: zukunftssichere Standorte mit klaren Profilen, die wir weiter stärken werden, um für Unternehmen Möglichkeiten zur Neuansiedlung und Weiterentwicklung zu schaffen.“

→ Neubauten in diesem Kontext sind hinsichtlich der Flächennutzung mit einzelnen sozial-ökologischen Transformationen verbunden.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.SPD.2015-SÖT-6

„Neue Ziele an den Weserufern wie die Überseestadt, die Maritime Meile in Vegesack und neue Fährverbindungen über den Fluss werden wir gezielt auch zur Verbesserung des touristischen Angebots nutzen und zudem den Bunker Valentin als Denk-Ort mit in das Tourismuskonzept aufnehmen.“

→ Neue Fährverbindungen sind bzgl. der Wesernutzung mit einer einzelnen sozial-ökologischen Transformation verbunden.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.SPD.2015-SÖT-7

„Die Vertiefung von Außen- und Unterweser stellt für uns dabei eine notwendige Maßnahme zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen und der Hafenvirtschaft dar. Gemeinsam mit dem Bund und dem Land Niedersachsen setzen wir uns weiter intensiv für die erfolgreiche Umsetzung der Planungen zur langfristigen Absicherung der notwendigen Fahr-rinntiefen ein.“

→ Die Vertiefungen sind eine einzelne stoffliche sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.SPD.2015-SÖT-8

„Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir insbesondere die Potenziale von Gewerbeflächen an seeschiffstiefem Wasser besser nutzen – und dafür die notwendigen Investitionen zur Verfügung stellen.“

→ Die veränderte Nutzung des Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.SPD.2015-SÖT-9

„Die Position Bremerhavens als Kompetenzzentrum für Logistik werden wir durch die zügige Realisierung des Hafentunnels, durch die weitere bedarfsgerechte Erschließung des LogInPorts und durch die Erschließung weiterer logistischer Potenziale sichern und ausbauen. Zudem machen wir uns für eine Umsetzung und Fortschreibung des ‚Masterplans Fischereihafen‘ sowie für eine Weiterentwicklung des Kreuzfahrtterminals und die Erschließung des Kreuzfahrttourismus durch eine enge Verzahnung von bremenports, Columbus Cruise Center und der Stadt Bremerhaven stark.“

→ Die mit den Neubauten bzw. Umnutzungen einhergehenden stofflichen Veränderungen sind eine baupolitische sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.SPD.2015-SÖT-10

„Der Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB) ist dabei als wichtigstes Investitionsprojekt des Landes Bremen sowohl auf nationaler Ebene für das Erreichen der Ziele der Energiewende als auch für Bremerhaven als führendem europäischen Standort für die Herstellung von Offshore-Windenergieanlagen von herausragender Bedeutung.“

→ Der Bau des Offshore-Terminals ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.SPD.2015-SÖT-11

„Als wichtige Stärkung der Hafenwirtschaft in der Stadt Bremen werden wir darüber hinaus die Verbreitung und Vertiefung des Industriedhafens zu Ende führen.“

→ Die Verbreitung und Vertiefungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.SPD.2015-SÖT-12

„Verantwortung für die bremischen Häfen heißt für uns auch, Verantwortung für die Menschen, die in den Häfen arbeiten, sowie für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz zu übernehmen.“

→ Die Häfen sollen nachhaltig bzw. zugunsten des Klima- und Umweltschutzes umgestaltet werden, was in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14f., HB-WP.SPD.2015-SÖT-13

„Und wir sind stolz darauf, dass die bremischen Häfen eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie verfolgen, die bis 2025 zu einer höheren CO<sub>2</sub>-Effizienz führen soll und ambitionierte Zielmarken für ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum und kontrollierte Ressourcenverbräuche setzt.“

→ Die Häfen sollen ökologisch nachhaltig umgestaltet werden, was in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 16, HB-WP.SPD.2015-SÖT-14

„Weiteren Handlungsbedarf auf Bundesebene sehen wir unter anderem im Bereich der Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, des Verbraucherdatenschutzes sowie der Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber Auskunfteien ein“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.SPD.2015-SÖT-15

„Bereits 2009 haben wir klare Bedingungen im Bremer Tariftreue- und Vergabegesetz festgelegt: Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten wollen, müssen seither nicht nur Tariflohn oder ‚mindestens Mindestlohn‘ zahlen, sondern auch ökologische und soziale Standards erfüllen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir eine weitere Ausweitung dieser Regelungen insbesondere auch auf den Sozial- und Gesundheitssektor prüfen und zudem die Kontrolle der Vergaben nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz deutlich erhöhen.“

→ Die Umsetzung ökologischer Standards im Sozial- und Gesundheitssektor ist eine sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.SPD.2015-SÖT-16

„Wissenschaft und Forschung entwickeln neue Ideen und Impulse für die Gesellschaft. Sie liefern Antworten auf drängende wirtschaftliche, soziale, ökologische und auch kulturelle Zukunftsfragen – von der Gesundheit der Menschen bis zum Klimaschutz.“

→ Das Klima soll generell geschützt werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.SPD.2015-SÖT-17

„Gute Beispiele für bedeutende geplante oder bereits laufende Projekte sind die Marcuskaje in der Überseestadt, der Wohn- und Büropark Oberneuland, die Gartenstadt Werdersee und das Hulsbergviertel, in Bremen-Nord der Lesum-Park und das Grohner Grün.“

→ Die Umsetzung der Projekte ist eine einzelne stoffliche baupolitische sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.SPD.2015-SÖT-18

„Aufgrund der wachsenden Einwohnerzahlen und des gestiegenen Wohnflächenbedarfs sowie zur weiteren Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen werden wir darüber hinaus nötige zusätzliche Flächen für Neubauprojekte entwickeln. Für uns steht fest: Für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung müssen wir zusätzlich ausreichende Flächen für alle Bereiche des Wohnungsbaus ausweisen – die über das, was bislang geplant ist, hinausgehen.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.SPD.2015-SÖT-19

„Bauprojekte wollen wir sozial und ökologisch verträglich gemeinsam mit den zukünftigen Nachbarinnen und Nachbarn sowie den örtlichen Beiräten gestalten.“

→ Die ökologische Gestaltung der Bauprojekte ist eine einzelne baupolitische sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44f., HB-WP.SPD.2015-SÖT-20

„Zudem müssen die Projekte sozial verträglich und unter Berücksichtigung ökologischer Belange sowie unter Einbeziehung der Nachbarschafts- und Beiratsbelange gestaltet werden.“

→ Die ökologische Gestaltung der Bauprojekte ist eine einzelne baupolitische sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.SPD.2015-SÖT-21

„Bezahlbarer Wohnraum und gute Arbeit sind für uns Grundlagen für Lebensqualität – aber es braucht mehr dazu: Von gesunden Lebensbedingungen durch mehr Umwelt- und Lärmschutz bis hin zu einer besseren Pflege des Grüns entlang unserer Straßen und Wege. Zudem stehen auch Bremen und Bremerhaven in Sachen Klimaschutz und Klimawandel vor großen Herausforderungen: Die Städte müssen so entwickelt werden, dass sie nicht nur vor Hochwassergefahren geschützt, sondern auch widerstandsfähig und robust auf die Veränderungen des Klimas reagieren können. Klimaschutz und Umweltpolitik sind nicht denkbar ohne Energiewende.“

→ Umwelt- und Klimaschutz sowie Anpassungen an den Klimawandel sollen generell stattfinden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.SPD.2015-SÖT-22

„Unsere Stadtentwicklungspolitik orientiert sich an einem nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Klar ist: Bremen und Bremerhaven müssen in den Klimaschutz investieren. Das reicht vom Umbau der Wirtschaft zu einer klimaneutralen Produktion bis hin zu ökologischen Kriterien bei der Beschaffung und der Vergabe öffentlicher Aufträge.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.SPD.2015-SÖT-23

„Darüber hinaus bleibt der Hochwasserschutz in Bremerhaven und Bremen eine wichtige Aufgabe. Wir sehen dabei gerade in den Innenstädten eine interdisziplinäre städtebauliche Gestaltungsaufgabe und Chance. Zudem werden wir neue Strategien zur Klimaanpassung in unseren Städten entwickeln und umsetzen: In der Vergangenheit hat der Schwerpunkt des Naturschutzes auf dem Erhalt der Kulturlandschaft in der Umgebung der Stadt gelegen. Zukünftig wird es zudem wichtig, das Grün in die Stadt und auf die Dächer zu holen. Dabei geht es nicht um einen Gegensatz zwischen Wohnraum und Grünflächen, sondern um Wohnraum mit Grünflächen.“

→ Die generelle Adaption ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.SPD.2015-SÖT-24

„Der vor- und nachsorgende Boden- und Grundwasserschutz bleibt für uns ein wichtiges umweltpolitisches Thema. Wir werden weiter an der Minimierung der bestehenden Belastungen in Boden, Wasser und Luft arbeiten. Dabei setzt sich die SPD dafür ein, dass für das Tanklager Farge der Masterplan des Bundes zügig konkretisiert und möglichst zeitnah umgesetzt wird. Dabei dürfen die Kosten nicht im Vordergrund stehen.“

→ Die Minimierung der Belastungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.SPD.2015-SÖT-25

„Ein umweltverträgliches Abfallwirtschaftskonzept ist Bestandteil einer ganzheitlichen Wirtschafts- und Standortpolitik. Bei der anstehenden Neuausrichtung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung legen wir den Grundstein für eine Rekommunalisierung.“

→ Die Ausrichtung an der Umweltverträglichkeit ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation der Abfallwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.SPD.2015-SÖT-26

„Diesen wollen wir unter anderem dazu nutzen, dass künftig eine Tarifbindung zugunsten aller Beschäftigten gilt, ein sinnvoller Umgang mit dem Abfall – vorrangig durch Wiederverwertung, Recycling und eine ökologische, möglichst unbedenkliche Entsorgung – sichergestellt wird und die Müllgebühren stabil bleiben.“

→ Die ökologische Ausrichtung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation der Abfallwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.SPD.2015-SÖT-27

„Darüber hinaus wollen wir das städtische Grün in Zusammenarbeit mit dem ‚Bündnis Grün‘ und mit Ideen der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln, verschiedene Nutzungsmöglichkeiten zulassen und durch die Vernetzung von guten Ideen und Ergebnissen zu einer deutlichen Verbesserung der Grünflächenpflege kommen.“

→ Die Verbesserung der Grünflächenpflege ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.SPD.2015-SÖT-28

„Berücksichtigt werden sollen in diesem Rahmen unter anderem auch Fragen zur Pflege der öffentlichen Grünanlagen und der Verkehrssicherungspflichten in Kleingartengebieten, Parzellenzusammenfügungen zur Errichtung von Kompensationsflächen oder zur Umweltbildung.“

→ Die Umweltbildung ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.SPD.2015-SÖT-29

„Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und damit auch Innovationspotenzial für den Wirtschaftsstandort Bremen. Bei der Energieerzeugung werden wir uns – zusätzlich zu bestehenden Standorten von Wind- und Wasserkraft – vor allem für einen weiteren Ausbau der Nah- und Fernwärme starkmachen. Als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer möglichst umweltfreundlichen Energieerzeugung sehen wir den Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 47, HB-WP.SPD.2015-SÖT-30

„Die Energiewende verbindet den Ausbau erneuerbarer Energien mit Energieeffizienz und Energiesparen. Das brauchen wir, damit Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 47, HB-WP.SPD.2015-SÖT-31

„Energie, die nicht verbraucht wird, muss nicht erzeugt werden. Deshalb setzen wir, um die Energiewende zu unterstützen, weiterhin an erster Stelle auf die Einsparung von Energie. Dies gilt nicht nur für Wohngebäude, sondern auch für Unternehmen und unsere Infrastruktur. Nachholbedarf sehen wir insbesondere bei öffentlichen, aber auch privaten Gebäuden, deren Sanierungsraten wir deutlich erhöhen wollen, um so auch die Belastung durch die sogenannte ‚Zweite Miete‘ – also die steigenden Energieebenkosten – zu beschränken.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.SPD.2015-SÖT-32

„Mögliche Mietsteigerungen sollen die Einsparungen durch geringere Nebenkosten nach einer erfolgten energetischen Sanierung nicht übersteigen.“

→ Die Sanierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.SPD.2015-SÖT-33

„Bei den Themen Energieeffizienz und Energieeinsparung werden wir weiter insbesondere auf Beratungsangebote für Mieterinnen und Mieter und eine unterstützende Förderung auch für Unternehmen setzen.“

→ Die Umsetzung von Energieeffizienz und -einsparung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47f., HB-WP.SPD.2015-SÖT-34

„Unser Ziel ist eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Bremer Verkehrssystems – sowohl für den Öffentlichen Nahverkehr, den motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr als auch für Radfahrende sowie für Fußgängerinnen und Fußgänger. Denn uns geht es darum, die Interessen der Bremerinnen und Bremer, die der Wirtschaft und die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes in Einklang zu bringen.“

→ Die Umwelt und das Klima sollen generell geschützt werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.SPD.2015-SÖT-35

„Großvorhaben sind dabei unter anderem die Fertigstellung der Autobahn 281 und die Verlängerung der Straßenbahnlinie bis nach Oslebshausen.“

→ Die Neubauten sind baupolitisch eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.SPD.2015-SÖT-36

„Den bereits beschlossenen Ausbau der Straßenbahn über Huchting hinaus in die niedersächsischen Nachbargemeinden sowie die Verbindung der Gleise in der Steubenstraße in Richtung Vahr werden wir umsetzen.“

→ Die Neubauten sind baupolitisch eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.SPD.2015-SÖT-37

„Der Ringschluss der A281 bleibt für uns ein zentrales Ziel unserer Verkehrspolitik – einerseits um den innerstädtischen Bereich vom Güterverkehr auf der Straße zu entlasten und andererseits um die Infrastruktur für die Unternehmen in Bremen zu verbessern. Mit dem Bauabschnitt 2.2. werden wir diesem Vorhaben buchstäblich ein weiteres, wichtiges Stück näher kommen und zu einer deutlichen Verbesserung der Bremer Autobahn-Infrastruktur beitragen. Darüber hinaus werden wir auch den Bau der B6n vorbereiten.“

→ Die Neubauten sind baupolitisch eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.SPD.2015-SÖT-38

„Außerdem machen wir uns für einen Ausbau des Bahnknotens und die zügige Umsetzung des ‚2. Seehafenhinterlandsofortprogramms‘ stark.“

→ Der Ausbau ist baupolitisch eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.SPD.2015-SÖT-39

„Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die Weser als Transportstrecke noch stärker berücksichtigt wird.“

→ Die stärkere Berücksichtigung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 61, HB-WP.SPD.2015-SÖT-40

„Die Festlegung neuer Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Nachfolge der Millenniums-Entwicklungsziele steht an. Sie werden auch für den globalen ‚Norden‘ und somit weltweit verbindlich sein. Wir in Bremen sehen uns diesen Zielen verpflichtet. Wir betrachten ihre Umsetzung als Teil aller Politikfelder, darunter Handel, Finanzen und Umwelt. In einer globalisierten Welt müssen die Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und Frieden und auf eine ressourcenschonende Wirtschaft bei all unseren Handlungen mit bedacht werden.“

→ Die Ausrichtung an genereller ökologischer Nachhaltigkeit ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 61, HB-WP.SPD.2015-GSÖT-1

„Als exportorientierter Standort profitiert Bremen erheblich vom globalisierten Warenverkehr. Nicht nur deshalb unterstützen wir den freien Handel. Allerdings müssen internationale Handels- und Dienstleistungsabkommen transparent diskutiert werden und dürfen keine sozialen, umweltpolitischen, kulturellen, arbeits- und verbraucherrechtlichen oder demokratischen Errungenschaften aushebeln.“

→ Es wird sich also gegen die generelle Aufweichung der umweltpolitischen Standards ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, HB-WP.SPD.2015-SÖT-41

„Dabei unterstützen wir vor allem Projekte von Bremer Initiativen in den Armutsregionen industriell nicht entwickelter Länder zugunsten von Frauen, zur Förderung regenerativer Energien und zur Verbesserung im Trink- und Abwasserbereich“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.1.3.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen

S. 7, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-1

„Wir Grünen wollen ein Land für Menschen, das lebendig und anregend ist: ein Land mit sauberer Luft, hoher Aufenthaltsqualität, viel Grün, wenig Lärm und offener Atmosphäre. Die Folgen des Klimawandels sind von großer Bedeutung für eine Stadt am Fluss, die hohe Deiche braucht, um sich gegen Sturmfluten aus der Nordsee und Hochwasser von der Oberweser zu schützen.“

→ Die Umweltmaßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-2

„Wir Grünen gestalten den notwendigen Strukturwandel hin zu einer vielfältig gefächerten nachhaltigen Wirtschaftsstruktur. Immer mehr Unternehmen setzen zunehmend auf Umwelttechnologien; dies unterstützen und fördern wir. Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist nicht nur zukunftsweisend – er schafft auch Arbeit.“

→ Der generelle Wandel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-3

„Wir haben erreicht, dass Bremen auch zukünftig eine grüne Heimat für Mensch und Tier ist, die sich den aus dem Klimawandel erwachsenden Aufgaben anpasst.“

→ Die generelle Anpassung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-4

„Grüne Politik ist kooperativ. Bremen ist Teil der Nordwestregion und Europas. Bremen profitiert von guter Kooperation auf allen Ebenen: Ob regionale Gesundheitsversorgung durch unsere Krankenhäuser, Hafenkooperation, integrierte Verkehrsentwicklung und Nahversorgung, gemeinsames Agieren für den Ausbau erneuerbarer Energien und besseren Klima- und Küstenschutz – Kooperation mit unseren Nachbarn stärkt unser politisches Gewicht.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-5

„Wir werben um Ihre Unterstützung für starke Grüne in der nächsten Regierung. Mit uns ist Bremen ökologischer, solidarischer, gerechter, transparenter und sparsamer. Ohne Grün sehen wir für Bremen schwarz.“

→ Der generelle ökologische Wandel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-6

„Parks und Grünanlagen sorgen im wahrsten Sinne des Wortes für ein gutes Klima. Deshalb schaffen wir mehr Grün in Quartieren, an Gebäuden und öffnen Zugänge zu den Weserufern.“

→ Mehr Grün zu schaffen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-7

„In den vergangenen vier Jahren haben wir auf der Grundlage des Leitbildes u. a. den Bremer Flächennutzungsplan, das Landschaftsprogramm, den Verkehrsentwicklungsplan, das Gewerbeentwicklungsprogramm und das Innenstadtkonzept entwickelt. Das sind Grundlagen, die Bremen für die nächsten Jahrzehnte noch lebenswerter machen: mit guten Nachbarschaften, offenen und gemischten Quartieren, hoher Umweltqualität, einer nachhaltigen Nutzung der Infrastruktur und einer fairen Verteilung der Lasten und Vorteile städtischen Lebens.“

→ Die Umweltqualität soll generell erhöht werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-8

„Wir Grünen unterstützen daher Pilotprojekte, die mit nachhaltigen Materialien und mit Grundrissen und Gebäudetypen für flexible Nutzungsmöglichkeiten arbeiten.“

→ Die Verwendung nachhaltiger Materialien ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-9

„Innenentwicklung heißt, wir bauen vor allem dort, wo die Stadt schon dicht und bebaut ist. Mit dem Vorrang der Innenentwicklung im neuen Flächennutzungsplan bremsen wir den Flächenfraß. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft: Sparsamer Umgang mit dem knappen Gut unserer Flächen ist Zukunftsvorsorge und schützt die Landschaft am Stadtrand. Deswegen wollen wir auch keine Neubaugebiete außerhalb der Siedlungsgrenzen und in hochwassergefährdeten Bereichen. Die Binnendüne in Blumenthal-Bockhorn und die Osterholzer Feldmark bleiben unbebaut, die Planungen im Brokhuchtinger Überschwemmungsgebiet werden zurückgenommen.“

→ Die ökologisch nachhaltige Flächennutzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-10

„Bei der Planung und Entwicklung werden wir weiterhin Freiräume und Naturerlebnisräume mitdenken. Orte für Kinderspiel, Mehrgenerationentreffpunkte, Grünverbindungen, Artenvielfalt, Regenabfluss und Klimaausgleich haben einen hohen Wert und sorgen dafür, dass Innenentwicklung mehr ist als nur bauliche Verdichtung. Statt – wie vorgeschrieben – bei Bauvorhaben Parkplätze zu erstellen, sollen Flächen verstärkt für Fahrräder, Carsharing oder den ÖPNV genutzt werden können. Der Umstieg vom privaten Pkw auf andere Mobilitätskonzepte lohnt sich doppelt: für den Klimaschutz und bei den Kosten für die Fortbewegung.“

→ Die ökologische Umorientierung ist praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-11

„Das Gebiet rund um den Hemelinger Hafen soll mit dem Ziel neu gestaltet werden, die Wohnqualität deutlich zu verbessern. So sollen der Zugang zum Fluss geschaffen, und die Lärm- und Schadstoffemissionen sowie Gefahrenpotential reduziert werden.“

→ Die Reduktion der Schadstoffemissionen in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-12

„Initiativen wie Zuckerwerk, Dete, Grüner Zweig, autonomes architektur atelier und Urban-Gardening-Projekte schaffen neue Möglichkeiten zu produktiver Entfaltung.“

→ Die Umsetzung von Urban Gardening ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-13

„Um mehr öffentlichen Raum für die Menschen zurückzugewinnen, wollen wir sie dafür gewinnen, in der Stadt häufiger Straßenbahnen und Busse zu nutzen, Fahrrad zu fahren oder zu Fuß zu gehen. Autos erzeugen Abgase, Feinstaub und Lärm, brauchen viel Platz und tragen zum Klimawandel bei. Auf längeren Wegen, wie z. B. von Bremen-Nord, dem Güterverkehrszentrum oder Osterholz zur inneren Stadt, sollen S-Bahnen öfter fahren.“

→ Die Reduktion der Schadstoffemissionen in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-14

„Grüne Verkehrspolitik setzt konsequent auf eine geringere Belastung der Bevölkerung, gleichberechtigte Teilhabe und den Schutz der Umwelt. Nachhaltige Verkehrsplanung bedeutet mehr als nur Einzelprojekte: Mit dem neuen Verkehrsentwicklungsplan haben wir die Grundlage für ein stadtvträgliches, sicheres, umweltfreundliches und menschengerechtes Verkehrssystem der Zukunft erarbeitet.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-15

„Die Stärkung des Umweltverbundes aus Rad-, Fuß- und öffentlichem Verkehr ist beschlossen. Wir werden nun auch die organisatorischen Voraussetzungen für seine zügige Umsetzung schaffen.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-16

„Wir werden die Straßenbahnverbindung zwischen der östlichen Vorstadt und der Vahr über die Stresemannstraße/Steubenstraße herstellen. Abhängig von der Kofinanzierung des Bundes sind die weiteren Planungen der Straßenbahnlinie 2 von Sebaldsbrück über den Weserpark bis zum Bahnhof Mahndorf, die Verlängerung der Straßenbahn nach Oslebshausen oder auch die Verlängerung der Linie 8 zur Universität. Wir setzen uns für die Straßenbahnquerverbindung vom Weserwehr über die Malerstraße in Richtung Sebaldsbrück ein.“

→ Der Ausbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-17

„Bis zum Jahr 2030 wollen wir einen komplett elektrisch betriebenen öffentlichen Nahverkehr für Bremen erreichen.“

→ Der Umstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-18

„In Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund VBN und dem Zweckverband ZVBN wollen wir den öffentlichen Nahverkehr auch über die Stadtgrenzen hinaus verbessern, um eine umweltfreundliche Mobilität von Pendlerinnen und Pendlern zu unterstützen.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-19

„Die meisten Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Wir Grünen werden uns weiter für eine Bevorzugung des Umweltverbundes aus Fußverkehr, Radverkehr, öffentlichem Nahverkehr und Carsharing einsetzen.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-20

„Wir Grünen setzen auf Umsteigeanreize für umweltfreundlichere Verkehrsträger: Förderung der Elektromobilität, ein verbessertes park&ride- und bike&ride-Angebot, Unterstützung von Pedelecs (Fahrrädern mit elektrisch unterstütztem Antrieb) und die weitere Steigerung des Carsharing-Anteils. In Sachen Carsharing ist Bremen bundesweit führend. Die Nutzerzahl konnte von 6.000 auf 10.000 erhöht werden, bis zum Jahr 2020 sollen es deutlich mehr als 20.000 Nutzerinnen und Nutzer werden. Dadurch schaffen wir mehr Platz in der Stadt für Spielen, Spazieren und Kommunikation. Insbesondere am Stadtrand soll es mehr Carsharing-Plätze geben. Die Erreichbarkeit der Innenstädte von Bremen und Bremerhaven auch mit dem Auto bleibt gewährleistet. Elektroautos mit Strom aus erneuerbaren Energien unterstützen wir mit besseren Rahmenbedingungen bei Parkplätzen und Lademöglichkeiten. Die Nutzung von Busspuren durch Elektroautos ist verkehrspolitisch nicht sinnvoll. Mit den Umlandgemeinden werden wir ein regionales Verkehrskonzept zur Unterstützung von Elektromobilität entwickeln.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-21

„Wir wollen den motorisierten Güterverkehr auf leistungsfähige Haupttrassen konzentrieren und mit einer effektiveren Organisation der Innenstadtlogistik umweltfreundliche Akzente setzen.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-22

„Die Binnenschifffahrt fördern wir, wo sie ökologische Vorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern hat. Wir setzen uns dafür ein, dass die Binnenschiffer bei der Umrüstung auf rußarme Antriebssysteme unterstützt werden.“

→ Die Reduktion der Schadstoffemissionen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-23

„Wir unterstützen eine verantwortungsvolle und ehrgeizige Klimaschutzpolitik in Deutschland, Europa und weltweit. Aber auch hier in Bremerhaven und Bremen müssen und wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, die Erderwärmung zumindest auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Klimaschutz bewahrt nicht nur die Umwelt, sondern schafft wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze, im Handwerk ebenso wie in der Industrie. Unser Ziel, bis zum Jahr 2020 40 Prozent CO<sub>2</sub> einzusparen, können wir nur erreichen, wenn wir Energie einsparen und die Energie besser nutzen: in der Industrie, bei der öffentlichen Hand, in den privaten Haushalten und im Verkehrsbereich. Daher setzen wir weiter auf die drei ‚E‘: die Förderung der Energieeinsparung, die Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 27, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-24

„Unser neues Klimaschutz- und Energiegesetz gibt uns die Möglichkeit, regelmäßig zu prüfen, ob sich unser eingeschlagener Weg bewährt und wie wir nachbessern können. Eine Klimaschutz-Enquete-Kommission soll Bremens Perspektive bis 2050 weiterentwickeln. Wir gewährleisten eine gute Energieberatung für die Bürgerinnen und Bürger, für die öffentliche Hand sowie für Industrie und Gewerbe. Auch Bremerhaven leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Bremerhaven ist auf Kurs ‚Klimastadt‘. Unter diesem Dach sind verschiedene Arbeitsgruppen, Akteure und Veranstaltungen versammelt, die geeignete Maßnahmen für mehr Klimaschutz unterstützen. Durch die Eröffnung des Klimastadtbüros werden diese Aktivitäten weiter gestärkt. Eine wichtige Rolle, die Klimaschutzziele Bremens zu erreichen, spielt die anerkannte Klimaschutzagentur ‚Bremer Energie-Konsens‘, deren Arbeit wir absichern werden.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-25

„Die Stromerzeugung macht in Bremen rund 40 Prozent der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Bremens Strom kommt immer noch überwiegend aus alten Kohlekraftwerken. Das wollen wir Grünen ändern, denn Kohlestrom ist die Energieform mit der schlechtesten CO<sub>2</sub>-Bilanz. Im Jahr 2013 wurde in Bremen ein Kohlekraftwerksblock abgeschaltet, weitere Kraftwerksblöcke sollen folgen. Auf Bundesebene werden wir für den Kohleausstieg kämpfen.“

→ Der Kohleausstieg ist eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-26

„Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist die Grundlage für eine zukunftsfähige Energieversorgung und ein Job-Motor für Bremen und Bremerhaven. Im Schulterschluss der sieben grünen Energieministerinnen und Energieminister der Länder haben wir die Perspektiven der Offshore-Windenergie verbessert. Damit hat Bremerhaven eine gute Zukunft als Top-Standort für Offshore-Windkraft, bestehende Arbeitsplätze werden erhalten und neue geschaffen.“

→ Der Ausbau der Windenergie ist eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-27

„Für den Ausbau der Windkraft werden alte durch leistungsstärkere Anlagen ersetzt und neue Flächen ausgewiesen. Das Solardachkataster in Bremerhaven und in Bremen fördert die Nutzung der Sonnenenergie. Wir werden weitere Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Solarstromerzeugung zur Verfügung stellen. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger die Energieerzeugung selbst übernehmen, und wir erhöhen die Akzeptanz der Erneuerbaren und stärken die regionale Wertschöpfung. Wir werden die Solarstromerzeugung auf der Blockland-Deponie ausbauen und aus Bio- und Grünabfällen Biogas erzeugen. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

→ Die Energiewende ist eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-28

„Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende: Der Wärmebedarf von Gebäuden soll noch stärker reduziert werden, etwa durch Neubauten mit besten Standards und die energetische Sanierung der vielen Altbauten. Unser Ziel ist eine deutliche Steigerung der Sanierungsquote: Dafür werden wir unser Förderprogramm ‚Wärmeschutz im Wohngebäudebestand‘ weiterentwickeln und verstärkt das Instrument der energetischen Quartierssanierung nutzen. Dabei werden wir die Stadtteilbeiräte noch stärker in die Planung dieser und anderer Klimaschutzmaßnahmen einbeziehen.“

→ Die Energiewende ist eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-29

„Für eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren im Wärmebereich und eine Verknüpfung von Strom- und Wärmeerzeugung sind Wärmenetze die Voraussetzung. Um eine ökologische Wärmeversorgung unserer beiden Städte zu schaffen, wollen wir eine kommunale Wärmeplanung einführen.“

→ Die Energiewende ist eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-30

„Industrie und Gewerbe haben noch viele ungenutzte Klimaschutzpotenziale. Bessere Energieeffizienz führt auch dazu, dass die Unternehmen wettbewerbsfähiger werden.“

→ Die Ausrichtung der Wirtschaft am Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 30, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-31

„Orientierung hierfür ist das Klimaschutzziel, den Primärenergiebedarf bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Die Sanierung muss jedoch wirtschaftlich sein, die Mehrkosten müssen sich nach spätestens 40 Jahren rentieren.“

→ Die Senkung des Primärenergiebedarfs ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-32

„Die Idee des Energiespar-Contractings führen wir verstärkt fort. Unsere öffentlichen Gebäude werden komplett mit Ökostrom versorgt. Der Einkauf der öffentlichen Hand unter den Aspekten Umweltschutz und sozial verantwortliche Arbeitsbedingungen wird schrittweise auf alle Bereiche ausgedehnt: vom Fuhrpark über das Papier bis hin zu ‚Green IT‘ in der Verwaltung.“

→ Der generelle Umweltschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-33

#### „Klimaschutz und Verbraucherschutz

Die Energieversorgung muss in Bremen und Bremerhaven bezahlbar bleiben.“ (Herv. i. O.)

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-34

„Unsere wirksamen lokalen Maßnahmen können alleine nicht ausreichen, wenn wir uns auf den starken Anstieg des Meeresspiegels vorbereiten müssen. Selbst mit den besten Klimaschutzmaßnahmen wird der Klimawandel nicht mehr vollständig aufzuhalten sein. Dies nehmen wir in Bremerhaven und Bremen sehr ernst: Denn 90 Prozent der Landesfläche und mehr als eine halbe Million Menschen werden von Deichen geschützt. Bremen muss seine Anstrengungen zur Umsetzung des Generalplans Küstenschutz konsequent fortführen: In den nächsten zehn Jahren werden 240 Millionen Euro investiert, um uns vor dem steigenden Meeresspiegel und häufigeren Sturmfluten zu schützen. Bremen muss aber auch seine Anstrengungen fortführen, die Gefahren und Risiken für die Gebiete außendeichs zu minimieren.“

→ Die generelle Anpassung an den Klimawandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 31, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-35

„Bremen und Bremerhaven müssen – wie andere Städte auch – die Folgen des Klimawandels bewältigen. Künftig wird es auch in Bremen und Bremerhaven zu mehr extrem starken Regenfällen kommen. Auch ist mit zunehmenden Trocken- und Hitzeperioden im Sommer zu rechnen. Parks, Bäume, Wiesen und Freiflächen sind als natürliche Klimaanlage der Schlüssel zur Lösung vieler Klimaprobleme. Das werden wir gerade bei der Stadtentwicklung berücksichtigen: durch die Entwicklung des Grüns, den Erhalt versickerungsfähiger Böden in unserer Stadt und die Förderung von Rückstaeinrichtungen und Dachbegrünungen. Und gemeinsam mit den Menschen im Stadtteil wollen wir Grünen weitere städtebauliche Konzepte für mehr Klimaschutz planen und umsetzen. Wir werden Initiativen unterstützen, die im Quartier Umwandlungen für ein menschenfreundlicheres und grüneres Umfeld auf den Weg bringen wollen.“

→ Die generelle Anpassung an den Klimawandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-36

„Wir Grünen erhalten und entwickeln den wertvollen Bestand an Parks, Grünanlagen und Stadtbäumen mit ihrem Naherholungswert und ihrer lufthygienischen und bioklimatischen Wirkung. Mit vielen sichtbaren kleinen und großen Projekten haben wir den Erholungswert der Stadtteile erhöht und Räume für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen erhalten, verbessert und neu geschaffen. Wir Grünen wollen, dass bereits versiegelte öffentliche Flächen bevorzugt für Wohnbauprojekte angeboten und verkauft werden und öffentliche Grünflächen für die Naherholung erhalten bleiben.“

→ Die ökologische Ausrichtung in der Flächenpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-37

„Wir ermutigen alle Bremerinnen und Bremer, ihr grünes Bremen mitzugestalten. Dazu sollen mehr Flächen für Urban Gardening bereitstehen. Baumpatenschaften und Minigärten auf verkehrsberuhigenden ‚Pflanznasen‘, die in die Fahrbahn ragen, sind Möglichkeiten, selbst etwas im Stadtteil zu tun, ebenso wie die Begrünung von Hausdächern und Fassaden. Für solche lokalen Initiativen werden wir das Förderprogramm für die Dachbegrünung, Entsiegelung und Regenwassernutzung fortführen und weiterentwickeln. Für geeignete Quartiere halten wir eine Gründachverordnung für sinnvoll.“

→ Bremen generell grün zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-38

„Wir werden gemeinsam mit den Stadtteilbeiräten, den Umweltverbänden und dem Umweltbetrieb neue Standards für unsere Parks und Grünanlagen und deren Pflege erarbeiten – für mehr Biodiversität und den besseren Schutz alter Bäume, für den Einsatz klimaangepasster und robuster Pflanzen –, aber auch um die Wünsche und Belange der Nutzerinnen und Nutzer stärker zu berücksichtigen.“

→ Es wird bzgl. des Grüns eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-39

**„Naturschutz ist Daseinsvorsorge**

Wir Grünen setzen uns für saubere Luft in der Stadt ein: Die Luftqualität wird zwar immer besser, aber noch können nicht alle Grenzwerte eingehalten werden. Wir werden die Sauberkeit der Flüsse und Seen verbessern. Das nützt der Artenvielfalt und verbessert den Naherholungswert.“ (Herv. i. O.)

→ Der generelle Naturschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-40

„Traditionell ist Bremen geprägt durch seine vielen Kleingärten, die einen Teil unserer ‚grünen Lunge‘ ausmachen. Gleichzeitig bieten sie Rückzugsorte für Vögel und Kleintiere und ein reiches Nahrungsangebot für Wild- und Honigbienen. Wir werden die Bremische Kleingartenordnung so modernisieren, dass die Kleingärten vielfältiger genutzt werden können, die Anbauvorschriften gelockert werden und damit besonders für Familien mit Kindern attraktiver werden. Brachliegende und leerstehende Parzellen sollen gebündelt und als Kompensationsflächen vor Ort für andere Maßnahmen genutzt werden. Außerdem streben wir eine Stichtagsregelung für den Bestandsschutz von zu großen Kleingartenhäuschen an.“

→ Die Modernisierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-41

„Beim Verkauf öffentlicher Flächen wie auch bei der Förderung von Wohnungs- oder Gewerbebau müssen wir einen vorbildlichen Altbaumschutz durchsetzen.“

→ Die Durchsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-42

„Wir wollen das Feuchtgrünland östlich von Bremen (Hamme-Wümme-Niederung) in enger Abstimmung mit unserer niedersächsischen Nachbarschaft mittel- und langfristig als UNESCO-Biosphärengebiet entwickeln.“

→ Die Entwicklung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-43

„Für die Erlebnisqualität der Stadt am Fluss müssen Lücken der Wege an den Flussufern geschlossen werden. Die Attraktivität vorhandener Verbindungen muss durch neue Uferzugänge und Strände gesteigert werden.“

→ Der Bau neuer Uferzugänge und Strände ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-44

„Durch den Klimawandel wird der Meeresspiegel steigen. Für unsere Städte ist ein verbesserter Hochwasserschutz lebensnotwendig. In den letzten Jahren wurden auch mit Hilfe von Bundesmitteln einige Deiche erhöht. Das beschlossene Deichbauprogramm muss konsequent fortgesetzt werden. Die Weser braucht außerdem Platz, um bei stärkeren Fluten oder nach Schneeschmelzen über die Ufer treten zu können. Deshalb ist es wichtig, dass die Gebiete unbebaut bleiben, die durch Überschwemmungen gefährdet sind: für den Fluss und die Menschen, die an ihm leben.“

→ Die Umsetzung des Schutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.Grüne.2015-GSÖT-1

„Wir Grünen wollen keine weitere Vertiefung der Weser.“

→ Es wird sich also gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-45

„Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die Kaliwerke in Hessen ihre Salzlauge nicht weiter in die Werra und damit indirekt in die Weser einleiten dürfen. Die Flüsse versalzen und die Flussauen ebenfalls. Sie werden als Weideorte unbrauchbar. Daher fordern wir zusammen mit den anderen Weseranrainerländern für die Salzlauge eine Pipeline, die weit in die Nordsee reicht. Bremen muss in den kommenden Jahren ein engagiertes Programm auflegen, das den Gewässerschutz verbessert, die Schadstoffbelastung des Abwassers verringert und weitere Renaturierungsmaßnahmen einleitet.“

→ Die Umsetzung des Programms ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-46

„Wir Grünen unterstützen eine Landwirtschaft, die auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln verzichtet. Die Achtung vor den Tieren muss sich in den Haltungsbedingungen niederschlagen, so wird auch der Antibiotikaeinsatz reduziert, der Mensch und Tier schadet. Unser Ziel ist es, den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen deutlich zu steigern. Hierzu gehört insbesondere eine gewässer- und grundwasserschonende Flächenbewirtschaftung. Im Bremer Feuchtgrünlandring werden wir zur Sicherung der ökologischen Vielfalt und des Erholungswerts den biologischen Landbau und die Vermarktung von regional und naturverträglich hergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterstützen.“

→ Die ökologischere Ausrichtung der Landwirtschaft ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-47

„Umweltbildung hat für uns einen hohen Rang, weil sie für die umweltpolitischen Herausforderungen sensibilisiert und damit Menschen aktiv werden: Naturbildung in Kitas und Schulen ist dabei besonders wichtig, aber auch die Förderung der Umweltbildung für Migrantinnen und Migranten. Eine weitere Ökologisierung von Veranstaltungen und Festivals, wie die Breminale und der autofreie StadTraum, sowie freie Umweltbildungsangebote sind wichtige Bausteine.“

→ Mit der Bildung soll die Gesellschaft generell ökologisch ausgerichtet werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-48

„Das Tanklager Farge wird vom Bund nicht weiter genutzt. Er ist in der Verantwortung, die Anlagen so weit wie möglich zurückzubauen und die ökologischen Folgen der Wasserverunreinigung so gering wie möglich zu halten. Bremen hat ein großes Interesse daran, dass der Wald auf der Fläche des Tanklagers für die Bevölkerung als Naherholungsgebiet zugänglich wird. Dafür soll eine Wegeverbindung in die Bremer Schweiz geschaffen werden. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass auch weiterhin das Grundwasser und verunreinigte Böden in Bremen erfasst und saniert werden.“

→ Die Sanierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.Grüne.2015-GSÖT-2

„Wir sprechen uns für ein vollständiges Fracking-Verbot aus.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-49

„Wir setzen uns für einen umfassenden Schutz unseres Grundwassers und der Trinkwasserreserven Bremens und Bremerhavens ein.“

→ Der Schutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-50

„Moderne Abfallwirtschaft hat eine hohe Bedeutung: möglichst wenig Abfall erzeugen, möglichst viel wiederverwerten und möglichst wenig Verkehr erzeugen. Diese Vorgaben lassen sich besser durchsetzen, wenn Bremen und Bremerhaven wieder mehr Verantwortung für den Bereich Abfallwirtschaft übernehmen. Deshalb werden wir die anstehende Neuvergabe der Abfalllizenzen dafür nutzen, den Einfluss der Kommunen deutlich zu erhöhen. Dabei werden wir auch die heute zersplitterten Zuständigkeiten im Bereich der Stadtreinigung neu ordnen, um das Leitbild einer sauberen Stadt noch besser umzusetzen.“

→ Die Umorganisation ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-51

„Ein Beispiel dafür ist unsere Initiative, für alle tierischen Produkte eine Kennzeichnungspflicht zu erreichen, die über die Form der Tierhaltung informiert.“

→ Die Umsetzung der Pflicht ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-52

„Wir Grünen stehen für eine gute Ernährung und nachhaltige Nahrungsproduktion, die die Umwelt und das Klima nicht belastet, bei der Menschen nicht ausgebeutet und Tiere nicht gequält werden. Der Bereich der öffentlichen Beschaffung soll als Vorbild wirken: In Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Kantinen wollen wir verstärkt gesunde Ernährung fördern, mit dem Schwerpunkt auf Nahrungsmitteln aus ökologischem Landbau, möglichst regional und saisonal. Tierische Erzeugnisse sollen dort nicht aus der Massentierhaltung, sondern aus artgerechterer Tierhaltung stammen. Wir wollen, dass dies schrittweise bis zum Jahr 2020 umgesetzt wird. Das nützt der Gesundheit, dem Klimaschutz und einem besseren Leben der Tiere. Ernährung hat eine globale und eine lokale Dimension. Wenn Menschen sich vegetarisch oder vegan ernähren, nützt das nicht nur dem Tierschutz, sondern es trägt auch zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Sicherung der Welternährung bei. Schulen und öffentliche Mensen sollen deshalb eine preisgünstige vegane Alternative in guter Qualität anbieten.“

→ Die Umorientierungen sind eine sozial-ökologische Transformation bzgl. der Ernährung.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-53

„Tierschutz hat bei uns Grünen einen hohen Stellenwert. Wenn Tieren Leid zugefügt wird – sei es durch kriminelle Tierquälerei, durch Nahrungsmittelproduktion, durch Zurschaustellung oder nicht artgerechte Haltung – schauen wir nicht weg. Wir setzen uns für eine Verbesserung des Tierschutzes in unserer Gesellschaft ein. Wir sind nach wie vor gegen die Affenversuche an der Universität Bremen. Diese und viele andere Tierversuche halten wir für ethisch nicht vertretbar.“

→ Die Verbesserung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-54

„Heimtiere werden noch immer nicht artgerecht gehalten. Deshalb fordern wir ein neues Tierschutzgesetz für Heimtiere, für das wir uns auf Bundesebene einsetzen werden. Damit Amtstierärzte und Amtstierärztinnen künftig mehr Handlungsspielraum bei Missbrauchsfällen haben, ist die Einführung einer solchen Gesetzesnovelle zum Schutz unserer Haustiere unerlässlich.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-55

„Für uns ist klar: Mit der Massentierhaltung und der industriellen Fleischproduktion kann es so nicht weitergehen. Der unwürdige Umgang mit sogenannten Nutztieren muss beendet werden. Es ist kein Zufall, dass sehr oft Verstöße gegen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und gegen den Tierschutz in denselben Betrieben vorkommen, etwa in Schlachthöfen. Der Respekt vor Mensch UND Tier ist für uns Grüne Lebenseinstellung und Programm. Deshalb werden wir in einem neuen Tierschutzgesetz eine artgerechtere Haltung von Nutztieren einfordern. Damit wollen wir auch den Missbrauch von Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften stoppen. Die ökologische Landwirtschaft mit artgerechterer Tierhaltung hat für uns Vorrang: Wir wollen in Bremen erreichen, dass in öffentlichen Mensen Tierprodukte ausschließlich aus ökologischer Tierhaltung angeboten werden.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-56

„Wir setzen uns dafür ein, dass das tierquälerische Ponyreiten auf Bremens Jahrmärkten untersagt wird. Die Körper der Ponys sind nicht auf stundenlanges Laufen im Kreis ausgelegt. Spaß auf dem Freimarkt geht auch anders! Darum fordern wir, dass in Bremen rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, um Ponykarussells und die Zurschaustellung anderer Tiere auf Bremischen Jahrmärkten mit Fahrbetrieben zu untersagen.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-57

„Wir setzen uns dafür ein, dass Hunde und Katzen in Bremen gechipt, registriert und durch eine Haftpflichtversicherung abgesichert werden müssen. So werden Tierheime und Tierhalter und Tierhalterinnen entlastet, weil ausgesetzte oder entlaufene Tiere schnell zu ihnen zurückgeführt werden können oder aber erneuter Tiermissbrauch künftig unterbunden werden kann.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-58

„Aus tierschutzpolitischer Sicht halten wir die Haltung von exotischen Tieren wie Echsen, Leguane, Schlangen und Spinnen etc. für fragwürdig. Exoten haben besonders hohe Ansprüche an ihre Haltung, oftmals fehlt den Besitzerinnen und Besitzern die nötige Sachkunde über die tiergerechte Haltung. Illegaler Handel mit exotischen Tieren, besonders im Internet, ist leider keine Seltenheit. Wir wollen überprüfen, ob Exotenbörsen und -messen in Bremen noch stattfinden müssen.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-59

„In Bremen ist es erlaubt, in Jagdbezirken auf Hunde und Katzen zu schießen, wenn diese wildern, streunen oder jagen. Dieses Gesetz werden wir überprüfen.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-60

„Bundespolitisch setzen wir uns für Förderprogramme ein, die die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude unterstützen.“

→ Diese Sanierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-61

„Entscheidend ist für uns einzig und allein das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an effizienten Dienstleistungen, moderaten Gebühren, guten Arbeitsplätzen und der Orientierung am ökologischen und sozialen Gemeinwohl als Prinzip wirtschaftlichen Erfolgs.“

→ Die ökologische Ausrichtung des Wirtschaftens ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-62

„PCs, Tablets und Handys werden meist unter unhaltbaren Arbeitsbedingungen und oft mit Rohstoffen aus Afrika hergestellt, deren Handel Kriege und Konflikte finanziert. Bremen als ‚Hauptstadt des Fairen Handels‘ hat begonnen, bei der Beschaffung von IT-Hardware diese Missstände zu beachten und setzt auf nachhaltige und sozial- und umweltverträgliche Beschaffung: Wir unterstützen Projekte, Produkte und Maßnahmen, die diese Bedingungen verbessern und wollen möglichst viele Beteiligte aus Wirtschaft und Gesellschaft motivieren, sich daran zu beteiligen.“

→ Die umweltverträgliche Beschaffung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-63

„Gemeinsam mit der Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Hochschulen Bremens wollen wir ein ‚Bremer IT-Siegel‘ entwickeln. Damit können Unternehmen freiwillig hohe Ansprüche an den Datenschutz für ihre Kunden und Kundinnen sowie Partnerinnen und Partner und auch die faire und umweltverträgliche Beschaffung von IT-Produkten belegen und als ‚best practice‘ präsentieren.“

→ Die umweltverträgliche Beschaffung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 74, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-64

„Industrielle Produktion ist im Land Bremen ein Kern unserer Wirtschaftskraft. Das gilt besonders für die Logistik und die maritime Wirtschaft, die Nahrungsmittelherstellung, die Automobilindustrie und die Luft- und Raumfahrt. Damit das so bleibt, wollen wir ihren Wandel hin zu grünem, nachhaltigem Wirtschaften fördern.“

→ Der Wandel zu ökologischem Wirtschaften ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 74, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-65

„Immer mehr Unternehmen engagieren sich zunehmend in Umwelttechnologien. Genau dies unterstützen wir Grünen und fördern Unternehmen dabei, ihre Prozesse und ihre Produkte gemäß den Anforderungen der Nachhaltigkeit, wie Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz, zu verbessern und zu optimieren.“

→ Der Wandel zu ökologischem Wirtschaften ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-66

„Für uns ist klar: Eine Energieversorgung, die auf 100 Prozent Erneuerbaren basiert, ist ohne mehr Offshore-Windkraft nicht denkbar. Vom wieder verstärkten Ausbau wird nicht nur der Klimaschutz, sondern auch der Strukturwandel in Bremerhaven profitieren. Mit der Planung des Offshore-Terminals in Bremerhaven (OTB) unterstreichen wir, dass die Stadt auch in Zukunft ein Zentrum der Windkraftindustrie sein wird. Angesichts der nationalen Bedeutung des Projekts werden wir weiter mit dem Bund über eine Beteiligung verhandeln.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-67

„Wir Grünen werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Bereiche der übergreifenden Logistik und der ergänzenden Wertschöpfung die traditionellen Bereiche in den Häfen ergänzen und so den eingeschlagenen Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sicherstellen.“

→ Mehr ökologische Nachhaltigkeit in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-68

„Auch die maritime Wirtschaft erkennt zunehmend die Vorteile einer Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie. Das mit der Green-Ports-Initiative entwickelte vorbildliche Profil der bremischen Häfen werden wir weiter schärfen. Nach mehreren erfolgreichen Zertifizierungen gilt es nun, auch operative Zielvorgaben für Unternehmen und die Häfen als solche zu entwickeln und umzusetzen. So wird der Einsatz von Flüssiggas als Ersatz für Schweröle im Schiffsbetrieb spürbar zu einer weiteren Entlastung der Hafengebiete und der angrenzenden Wohnquartiere führen – ein weiterer Schritt zu einer nachhaltigen Hafenpolitik. Bei der Nachrüstung umweltfreundlicher Technologien an Bord unterstützen wir ein wirksames Green-Shipping-Förderprogramm, das die Binnenschifffahrt mit einbezieht.“

→ Mehr ökologische Nachhaltigkeit in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 77, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-69

„Wir Grünen schlagen vor, eine gegenseitige Eigentumsbeteiligung der Länder und des Bundes an den Häfen zu prüfen. Ein solches Modell soll der notwendigen Zusammenarbeit und Koordinierung eine materielle Basis geben. Denn nur durch solche länderübergreifende Nutzung vorhandener Ressourcen und Standortvorteile lassen sich die Eingriffe in die Natur und damit auch die Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner auf ein Minimum begrenzen, während zugleich die Kosten für die Infrastruktur im Rahmen gehalten werden können.“

→ Die Begrenzung der Eingriffe in Natur ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 77, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-70

„Die unmittelbare Nachbarschaft von störendem Gewerbe und Wohngebieten führt zu Gefahren und Konflikten. Deshalb setzen wir uns für ein gemeinsames Konzept von Wirtschafts-, Umwelt- und Baupolitik im Rahmen der Flächenplanung ein, um solche Konflikte zu entschärfen.“

→ Die Einbettung umweltpolitischer Maßnahmen ist diesbezüglich eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 77f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-71

„Wir Grünen wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg Bremens von Wirtschaftszweigen abhängt, die – eine globale Perspektive einnehmend – in anderen Regionen zu existentiellen Problemlagen führen. Bekanntes Beispiel dafür ist die umweltverschmutzende Stahl- und Automobilindustrie. Hinzu kommt: Manche in Bremen hergestellten Produkte können sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden („dual use“) – aus unserer Sicht das Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften. Eine nachhaltige Politik hat für uns deshalb zum Ziel, die zivile Seite der Dual-Use-Produktion zu stärken. Diese Sektoren bieten gegenwärtig wichtige Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven. Um diese auch künftig zu sichern und auszubauen, setzen wir auf einen nachhaltigen grünen Strukturwandel, wie wir ihn im Green New Deal beschrieben haben.“

→ Die Umsetzung des Green New Deals ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 79, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-72

„Der Tourismus nach Bremerhaven und Bremen floriert, erstmals wurde die Marke von zwei Millionen Übernachtungen im Jahr übertroffen. Auch in dieser Branche wollen wir die Umweltverträglichkeit stärken, z. B. indem wir den Fahrradtourismus fördern und indem wir Events und Festivals dabei unterstützen, klimaneutral zu arbeiten.“

→ Die Stärkung der Umweltverträglichkeit in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 80f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-73

„Gerade bei der Energiewende spielt das Handwerk eine besondere Rolle. Handwerksbetriebe profitieren in besonderem Maße von der Förderung erneuerbarer Energien, von der Wärmedämmung an Gebäuden und vom Einsatz von Energiespartechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe. Das dient der Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze in der Region und macht uns unabhängiger von teuren und zunehmend unsicheren Energie- und Rohstoffimporten. Das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft: Die energetische Sanierung von Altbauten, die Erneuerung alter Heizungen, der Bau von Nahwärmenetzen und viele ähnliche Maßnahmen schaffen für viele Jahre Perspektiven für das Handwerk. Um hierfür Rahmenbedingungen zu schaffen, werden wir die konsequente Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung fortsetzen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 81f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-74

„Solidarische Ökonomie bedeutet für uns, unser Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auszurichten. Wir fördern die verschiedenen Ansätze solidarischer Ökonomie, weil darin die Freiheit selbstbestimmten Handelns mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Hierbei knüpfen wir an erfolgreiche Beispiele wie Bürgerenergiegenossenschaften oder lokale KonsumentInnen- und ErzeugerInnengemeinschaften an. Die Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und Bürgergemeinschaftsanlagen soll gestärkt werden, um Anreize zur dezentralen Stromerzeugung zu schaffen.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung des Wirtschaftens ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 82, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-75

„Darüber hinaus wollen wir ressourcenschonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung fördern, bei denen der Gebrauch im Vordergrund steht. Dazu gehören Carsharing-Modelle ebenso wie generationenübergreifendes Wohnen. Für das Angebot und die Nutzung von Tausch-, Teil- und Verleihdienstleistungen sowie für die Open-Source- und Freie-Software-Bewegung wollen wir deshalb versuchen, Rechtssicherheit zu schaffen. Ebenso unterstützen wir solidarische Handelsnetze, um die regionale Wertschöpfung zu fördern. Solidarisches Wirtschaften muss auch weltweit vorangebracht werden.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung des Wirtschaftens ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-76

„Es ist nicht vertretbar, dass Menschen ohne Wasser und Strom leben müssen. Deswegen setzen wir uns im Bund und in Bremen dafür ein, dass Wasser- und Stromsperrern weitestgehend verhindert werden.“

→ Die Verhinderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 93f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-77

„Der regelmäßige Aufenthalt in der Natur ist wichtig für eine gesunde körperliche, psychische und soziale Entwicklung von Kindern. Darum wollen wir naturnahe pädagogische Angebote ausweiten und Partnerschaften zwischen Kindergärten und Kleingartenvereinen fördern. Wir wollen es Kindergärten ermöglichen, noch mehr gesundes Essen aus regionalem und ökologischem Anbau anzubieten.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Kindergärten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 101, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-78

„Wichtig für die Suchtbekämpfung ist eine niedrigschwellige Prävention. Kinder und Jugendliche müssen nicht nur über die Risiken von süchtig machenden Stoffen informiert, sondern auch in der Gesellschaft gestärkt werden und lernen, Nein zu sagen. Dafür ist ein enges Zusammenspiel zwischen Kitas, Schulen und Eltern nötig. Das Personal muss gezielt geschult werden.“

→ Da auch natürliche Stoffe betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 101f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-79

„Wir Grünen wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik. Die bisherige Verbotspolitik ist gescheitert. Wir wollen weg von der Kriminalisierung und hin zu mehr Prävention und Aufklärung. Unser Ziel ist es, dass der bloße Besitz von Drogen wie Cannabis zum Eigengebrauch nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird. Wer nicht berauscht am Straßenverkehr teilnimmt, soll – wie beim Alkohol – den Führerschein behalten können. Unter Beachtung eines strengen Jugendschutzes wollen wir Möglichkeiten ausloten für wissenschaftliche Modellversuche zur kontrollierten Abgabe und medizinischen Nutzung von Cannabis, zum ‚Drugchecking‘ auf Verunreinigungen von Drogen und für Räume für den Drogenkonsum.“

→ Da auch natürliche Stoffe betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 133f., HB-WP.Grüne.2015-SÖT-80

„Deswegen treten wir dafür ein, dass das Land Bremen sich weiterhin aktiv an der Ausgestaltung der europäischen Integration beteiligt. Inhaltliche Schwerpunkte der nächsten Jahre werden für uns sein: die Klima-, Energie- und Umweltpolitik, der Datenschutz, die Integrations- und Flüchtlingspolitik und vor allem das geplante Freihandelsabkommen TTIP mit den USA.“

→ Es soll generell Klima- bzw. Umweltpolitik betrieben werden, was in der Praxis für eine gesamte sozial-ökologische Transformation sorgt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 134, HB-WP.Grüne.2015-GSÖT-3

„Sonderrechte für ausländische Investoren, die die Demokratie aushöhlen, darf es durch TTIP ebenso wenig geben wie eine Absenkung beim Umwelt- und Gesundheitsschutz. Deshalb lehnen wir auch das Abkommen mit Kanada (CETA) in der vorliegenden Form ab und werden bei zukünftigen Abkommen wachsam sein.“

→ Es wird sich also gegen eine Standardsenkung und damit gegen eine gesamte sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 134, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-81

„Aber auch beim Klimaschutz und in der Flüchtlingspolitik werden wir in Deutschland Druck machen, damit das einflussreichste Land der EU sich für höhere, nicht für niedrigere Standards einsetzt.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 134, HB-WP.Grüne.2015-SÖT-82

„Wir möchten Netzwerke wie den europaweiten ‚Konvent der Bürgermeister‘ zum Umweltschutz vermehrt nutzen.“

→ Die Umsetzung des generellen Umweltschutzes ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.3.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken**

S. 3, HB-WP.Linke.2015-SÖT-1

„Wir werben für einen grundsätzlichen Politikwechsel und eine sozialere, eine friedliche und solidarische sowie eine ökologische und emanzipatorische Gesellschaft, die nicht auf das Wohlergehen weniger, sondern auf die Interessen der breiten gesellschaftlichen Mehrheit ausgerichtet ist.“

→ Der generelle Wechsel hin zu einer ökologischen Gesellschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 4, HB-WP.Linke.2015-SÖT-2

„Wo der Staat eingreifen müsste, um soziale Grundrechte zu schützen, versagt er immer öfter: gegenüber Energieunternehmen, die Strom und Wasser absperren;“

→ Das Ende der Sperren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, HB-WP.Linke.2015-SÖT-3

„DIE LINKE hält Zwangsabschaltungen dieser Art für nicht zumutbar. Eine Wohnung ohne Wasser oder Strom bietet kein menschenwürdiges Leben. Damit verstoßen Energiesperren gegen existenzielle Grundrechte.“

→ Das Ende der Sperren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, HB-WP.Linke.2015-SÖT-4

„Insbesondere für Großwohnanlagen soll der Senat offene Abschlagsforderungen der Energieversorger an die Eigentümer gegebenenfalls aufkaufen, um Strom und Wassersperren für die Mieter\*innen abzuwenden, und die Beträge dann selbst beim Eigentümer eintreiben. Auf Bundesebene soll der Senat sich für ein gesetzliches Verbot von Strom- und Wassersperren einsetzen.“

→ Das Ende der Sperren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, HB-WP.Linke.2015-SÖT-5

„Die Regierungspolitik selbst muss Verantwortung dafür übernehmen, dass sie immer mehr Menschen die gesellschaftliche Teilhabe erschwert hat und klarstellen, dass Zwangsabstellungen von Wasser und Strom ausgeschlossen werden – sowohl bei individuellem Zahlungsverzug wie auch bei Mieter\*innen, wo die Hauseigentümer die Rechnung nicht bezahlt haben.“

→ Das Ende der Sperren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, HB-WP.Linke.2015-SÖT-6

„Auch wo Bauland verkauft oder neu erschlossen wird, soll eine Mindestquote von kommunalem Besitz am Grund und Boden und an den entstehenden Wohnungen festgelegt sein.“

→ Das Vorhaben, haben neuen „natürlichen“ Flächen zu bauen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, HB-WP.Linke.2015-GSÖT-1

„Grünzonen und Begegnungsräume müssen erhalten werden, »attraktive« Flächen dürfen nicht in einer Weise bebaut werden, die den gewachsenen Charakter der Quartiere zerstört.“

→ Mit dem Ziel des Erhalts wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.Linke.2015-SÖT-7

„Die BSAG ist mit den entsprechenden Mitteln auszustatten, um die erforderlichen Investitionen vornehmen sowie ein entsprechendes Umwelt- und Sozialticket auflegen zu können.“

→ Das Umweltticket ist bzgl. seiner Wirkung eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.Linke.2015-SÖT-8

„Für den Weiterbau der A 281 sollen die preiswerten Alternativen verfolgt werden, die sich inzwischen als ausreichend herausgestellt haben.“

→ Der Weiterbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.Linke.2015-SÖT-9

„Wir fordern eine Vergrößerung der Umweltzone, die im gegebenen Format (und mit der Ausnahmeregelung für die Martinistraße) wirkungslose Symbolpolitik darstellt. Stattdessen bedarf es einer Erweiterung der Zone und eines geeigneten Maßnahmenpakets zur Einhaltung von Luftgrenzwerten, das beispielsweise auch die Feinstaubfilterung bei Baumaschinen verbindlich vorschreibt, effizient mit der Lärminderungsplanung koordiniert wird und den Umweltverbund aus Rad-, Fuß- und öffentlichem Nahverkehr fördert.“

→ Mit der Umsetzung einer generellen Umweltzone wird eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.Linke.2015-SÖT-10

„Wir befürworten die Initiative, Erholungsgebiete und wichtige Grünflächen durch einen Flächenschutzplan zu sichern. Der Werdersee, Knoop's Park, der Bürgerpark und viele andere grüne Zonen brauchen einen verlässlichen Schutz vor den Begehrlichkeiten von Investoren. Die genaue Ausgestaltung des Flächenschutzplanes muss in den jeweiligen Ortsteilbeiräten konkretisiert werden. Bauliche »Verdichtung« in den Stadtteilen muss mit Augenmaß und engen Auflagen geschehen.“

→ Die Umsetzung dieses Schutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.Linke.2015-SÖT-11

„Die Vertiefung von Außen- und Unterweser ist nicht notwendig und hat sich durch den Bau des Tiefwasserhafens (Jade-Weser-Port) erledigt. Sie soll gestoppt werden, ebenso die teure und ökologisch schädliche Begrädnung der Mittelweser, für die es keine technische Notwendigkeit mehr gibt.“

→ Das Stoppen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.Linke.2015-SÖT-12

„Durch den Klimawandel sind verstärkte Anstrengungen beim Hochwasserschutz erforderlich. Dazu gehört eine Erhöhung der Deiche, vor allem aber der Erhalt von Überflutungsgebieten.“

→ Der stärkere Hochwasserschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Linke.2015-SÖT-13

„Änderungen im bestehenden Betäubungsmittelgesetz können zwar nur auf Bundesebene erwirkt werden, aber wir werden uns in Bremen dafür einsetzen, dass die Kriminalisierungsoffensive gegen Cannabiskonsum\*innen und Headshops gestoppt wird und Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabisprodukten auch in Bremen entwickelt werden. Die Grenzsetzung bezüglich der als Eigenbedarf geltenden geringen Menge soll insbesondere bei Cannabis entsprechend der Grenze anderer Bundesländer erhöht werden, und die Möglichkeiten zur Verfahrenseinstellung sollten bei geringen Mengen stärker genutzt werden.“

→ Der Wandel in der Drogenpolitik bzgl. natürlicher Substanzen ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Linke.2015-SÖT-14

„Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch in Bremen ein mobiler Drogenkonsumraum ein Bestandteil der Hilfen wird, um risikoärmeren und die Anwohner\*innen entlastenden Konsum zu ermöglichen.“

→ Der Wandel in der Drogenpolitik bzgl. natürlicher Substanzen ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Linke.2015-SÖT-15

„Die Testergebnisse der von der Polizei beschlagnahmten Drogen sollen veröffentlicht werden, um die Konsumrisiken zu minimieren, und wir wollen dafür sorgen, dass auch in Bremen über Drug Checking nachgedacht wird.“

→ Der Wandel in der Drogenpolitik bzgl. natürlicher Substanzen ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Linke.2015-SÖT-16

„Wesentlich stärker gefördert werden sollten neben der Informations- und Kommunikationstechnik auch die Gesundheitswirtschaft und die Umwelt- und Klimawirtschaft.“

→ Die Umsetzung von Umwelt- und Klimamaßnahmen in diesem Kontext ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.Linke.2015-SÖT-17

„Für den Aufbau einer Umwelt- und Klimawirtschaft bietet nicht nur der Hafen anwendungsbezogene Ansatzpunkte, sondern auch die Industrie. Eine wichtige Chance für Bremen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken, sind verbesserte Verfahren zur Energienutzung und Energieeffizienz in der Stahlindustrie, die immerhin etwa die Hälfte des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Land Bremen erzeugt. Hierfür wollen wir anwendungsbezogene Kooperationen mit der Wissenschaft stärken und fördern. Auch die energetische Sanierung im Wohn- und Gebäudebereich erfordert die Entwicklung verbesserter Technologien. Strukturpolitische Investitionen in die Umwelt- und Klimabranche sollen daher bei der Wirtschaftsförderung hohe Priorität haben.“

→ Die Umsetzung von Umwelt- und Klimamaßnahmen in diesem Kontext ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 21, HB-WP.Linke.2015-SÖT-18

„Umweltpolitisch durchaus von Bedeutung ist die städtische Landwirtschaft. Wir wollen sie insbesondere stärker stützen durch Direktverträge mit öffentlichen Großabnehmern (Kantinen, Schulen, Kitas, Gastronomie), um so einen lokalen Beitrag zu einer sozial-ökologisch verantwortlichen, regionalisierten Landwirtschaft zu leisten.“

→ Der Wandel in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 21, HB-WP.Linke.2015-GSÖT-2

„Der Senat soll beim Bund den Stopp weiterer Vertiefungsarbeiten durchsetzen. Ebenso soll die technisch nicht mehr erforderliche Begrädnung im Bereich der Mittelweser beendet werden, auch um weitere Kosten für das Land von bis zu 50 Millionen Euro zu vermeiden.“

→ Somit wird sich gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.Linke.2015-SÖT-19

„Gefördert werden sollten hingegen technologische Initiativen, die sich auf Verfahrens- und Prozessinnovationen zur Verbesserung von Umweltbilanzen des Seetransports richten.“

→ Die Verbesserung dieser Umweltbilanzen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, HB-WP.Linke.2015-SÖT-20

„Forschung und Lehre müssen in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden. Rüstungsforschung und Tierversuche wollen wir gesetzlich verhindern.“

→ Die Verhinderung von Tierversuchen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.Linke.2015-SÖT-21

„Es ist unsinnig, von öffentlichen Ausgaben auch noch die Profite zwischengeschalteter privater Unternehmen zu finanzieren. Strom, Wasser, Energie, Entsorgung, Gesundheitsversorgung und sozialer Wohnungsbau gehören in öffentliche Hand. Die Fähigkeit der öffentlichen Verwaltung, unternehmerische Prozesse zu steuern, muss dringend wieder ausgebaut werden.“

→ Der Übergang auf die öffentliche Hand in diesen Bereichen ist zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Linke.2015-SÖT-22

„Faire Gebühren, faire Löhne und umweltgerechte Müllentsorgung sowie Einnahmen für den Haushalt erreicht man nur mit kommunalen Betrieben.“

→ Die Müllentsorgung umweltgerecht zu gestalten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Linke.2015-SÖT-23

„In öffentlichen Gebäuden kann mehr Strom, Wasser und Heizung gespart werden. Dazu bedarf es Investitionen.“

→ Das Sparen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Linke.2015-SÖT-24

„Wir setzen uns für den grundlegenden Wandel einer Gesellschaftsordnung ein, die für die Verarmung vieler und den Reichtum weniger verantwortlich ist, die von Kriegen profitiert, aber Geflüchtete an der Grenze stehen lässt oder abschiebt, die bereit ist, für kurzfristige Profite die Umwelt nachhaltig zu gefährden. Auch in Bremen und Bremerhaven ist ein Umkehrprozess nötig: Wir wollen zwei Städte, die nicht länger durch fortschreitende Armutprozesse bestimmt sind, sondern durch hohen sozialen Zusammenhalt, Lebensqualität, ökologische Verantwortung, Toleranz und kulturelle Vielfalt.“

→ Die generelle Umsetzung ökologischer Verantwortung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.Linke.2015-SÖT-25

„DIE LINKE fordert eine Entkriminalisierung von Cannabis zum privaten Konsum und strebt die Einführung von sogenannten Cannabis Social Clubs an, wo genossenschaftlich und nichtkommerziell unter Wahrung des Jugendschutzes Cannabis angebaut und abgegeben werden kann.“

→ Der Wandel in der Drogenpolitik bzgl. natürlicher Substanzen ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2015-SÖT-26

**„Umwelt und Energie: Bremen sozial-ökologisch gestalten**

DIE LINKE. Bremen sieht in der Energieversorgung eine ökologische und soziale Kernfrage, mit weitreichenden demokratischen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen.“ (Herv. i. O.)

→ Bremen generell sozial-ökologische zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 46, HB-WP.Linke.2015-SÖT-27

„Deshalb werden wir uns für eine Rekommunalisierung der Stadtwerke und Verteilnetze in Bremen und Bremerhaven einsetzen, als wesentliche Teilvoraussetzung für eine effiziente Energiewende. Unser mittelfristiges Ziel ist eine dezentrale, lokal bis regional angelegte Stromerzeugung und -versorgung des Landes Bremen, durch einen Mix aus ausschließlich regenerativen Energien.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2015-SÖT-28

„Deutschland verfügt über ideale natürliche, technische und volkswirtschaftliche Voraussetzungen, sich mit Wind-, Solar- und Bioenergie sowie Wasserkraft und Geothermie unabhängig von fossilen Energieimporten zu machen und als Multiplikator und Exporteur für Konzepte und Technologien der regenerativen Energieerzeugung zu etablieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2015-SÖT-29

„Bremen kann ein Motor dieser Entwicklung werden und sich zu einem Zentrum für Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher Produkte und Dienstleistungen entwickeln.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2015-SÖT-30

„Die wirtschaftlichste und umweltverträglichste Energieverwendung ist und bleibt die Energieeinsparung. Diese ist verstärkt vor der Energieerzeugung zu fördern.“

→ Die Energieeinsparung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-31

„Der Ausbau von Wärmedämm- und anderen Energieeffizienzsystemen im Gebäudebereich muss verstärkt vorangetrieben werden. Bei Neubauten streben wir mittelfristig Null-Emissionshäuser an. Vorhandene Gebäude sollen in ihrer Energieeffizienz deutlich verbessert werden. Die Nutzung energiesparender Geräte wollen wir fördern, durch einen gezielten Einsatz der bremsischen Mittel aus der Mehrwertsteuer auf das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz), zur Unterstützung bei der Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten. Zudem ist eine erhöhte energetische Sanierungsquote in öffentlichen Einrichtungen zu forcieren.“

→ Die Erhöhung der Energieeffizienz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-32

„Wir wollen alle Energieverbraucher einbeziehen, ärmere private Haushalte entlasten, Strom-, Gas- und Wassersperren verbieten.“

→ Das Verbot ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-33

„Um die Energieoffensive zu befördern, plädieren wir für ein öffentliches Landesprogramm, das Energieprojekte von Stadt- und Ortsteilen, Gemeinden und Vereinen, Unternehmen und Bürgergruppen fördert.“

→ Die Energieoffensive ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-34

„DIE LINKE. Bremen wird sich geschlossen mit den Linksfraktionen anderer Länder auf Bundesebene für die Einführung eines Anreizsystems einsetzen, welches ökologisch verträgliches Handeln und Energiesparen finanziell belohnt, ökologische Belastungen verursachendes Handeln dagegen deutlich höher besteuert oder mit Abgaben belegt, deren Erträge wiederum gezielt der Energiewende zugeführt werden.“

→ Der Umstieg auf generelles ökologisches Handeln ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-35

„Photovoltaik und Onshore-Windkraft als wirtschaftlichste Techniken der regenerativen Energieerzeugung wollen wir im Widerstreit zur Bundesregierung mit allen gegebenen Mitteln bevorzugt fördern.“

→ Die Folge der Förderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-36

„Die Energiewende wird nur dann auch ökonomisch ein Erfolg, wenn alle Technologien des Erneuerbare-Energien-Mixes einbezogen werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-37

„Eine Förderung von Offshore-Windkraft, um eine Infrastruktur zu schaffen, die der Kohleverstromung optimale Wettbewerbsbedingungen bietet, lehnen wir als »Trojanisches Pferd« der Konzern-Energie-Lobby kategorisch ab.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Linke.2015-SÖT-38

„Die Privatisierung der Müllabfuhr in Bremen bedeutete auch einen weitgehenden Verlust umweltpolitischer Gestaltungsspielräume. 2018 kann dieser neoliberale Irrweg beendet werden, die geheimen Privatisierungsverträge laufen dann aus. Bremen muss jetzt eine Rückführung der Abfallwirtschaft vorbereiten, die in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts für die Gebührenzahlenden und die Beschäftigten deutliche Vorteile bringt und gleichzeitig großes ökologisches Potential hat.“

→ Die umweltgerechte Gestaltung der Müllabfuhr ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47f., HB-WP.Linke.2015-SÖT-39

„Müllverbrennung – auch zur Erzeugung von Strom und Fernwärme – bedeutet Ressourcenverschwendung und erhebliche Schadstoffemissionen. DIE LINKE setzt sich für einen verbindlichen Ausstiegsplan aus der Müllverbrennung in Bremen und Bremerhaven ein, mit einem stufenweisen Kapazitätsabbau auf höchstens 20 Prozent des aktuellen Volumens bis 2030.“

→ Die umweltgerechte Gestaltung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-40

„Die geplante und bereits genehmigte Erweiterung der Mülldeponie »Grauer Wall« in Bremerhaven lehnen wir weiterhin ab und fordern stattdessen eine Sicherung vor den Gefahren und Belastungen, die bereits von der Deponie ausgehen. Wir fordern eine Stilllegung und einen mittelfristigen Rückbau der Deponie.“

→ Der Wandel bzgl. der Deponie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-41

„Die Folgen der illegalen Verklappung westlicher Elektroabfälle für die Ökosysteme afrikanischer Staaten sind verheerend. Der illegale Export von Elektroschrott über bremische Häfen muss deutlich stärker kontrolliert und erschwert werden.“

→ Die ökologische Ausrichtung in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-42

„Die Umweltverseuchung am Tanklager Farge in Bremen-Blumenthal muss vollständig und schnellstmöglich behoben werden. Anschließend muss die Anlage renaturiert und zum öffentlichen Naherholungsgebiet werden.“

→ Die Umgestaltung des Tanklagers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-43

„Auch im Bremer Umland wird Erdgas-Fracking durchgeführt. DIE LINKE fordert ein Verbot dieser Risikotechnologie.“

→ Die Umsetzung des Verbots ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-44

„Gefällte Bäume müssen durch adäquate Neuanpflanzungen ausgeglichen werden. DIE LINKE fordert, einen Zukunftsplan zu erstellen, zur wertgleichen Erhaltung des bremischen Altbaumbestandes auf Basis eines flächendeckenden Altbaumkatasters. Flankierend wollen wir eine Bundesratsinitiative zu einer entsprechenden Begrenzung der Verkehrssicherungspflicht initiieren. Der Umweltbetrieb Bremen ist personell und finanziell in die Lage zu versetzen, die Grünpflege ganzheitlich, verstärkt ökologisch und mit Fokus auf den Erhalt sensibler Grünstrukturen (insbesondere alter Bäume) umsetzen zu können.“

→ Diese Änderungen bzgl. der Grünpflege sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-45

„Die kapitalistische Produktionsweise kennt keinen Respekt, kein Mitgefühl, keine Weitsicht und keinen Verzicht. In ihrem Drang nach Effizienz ignoriert sie die Bedürfnisse der gehaltenen Tiere sowie die Wünsche der Konsument\*innen. Beide Ansprüche können nur auf demokratischem Weg, losgelöst von marktwirtschaftlichen Zwängen, erkannt und erfüllt werden.“

→ Die Erhöhung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-46

„Sobald Tiere gehalten werden, um Profit zu erzeugen, rücken ihre Bedürfnisse an letzte Stelle. An erster Stelle steht die Effizienz der Produktion. Viele Methoden der modernen Massentierhaltung, wie das Töten männlicher Küken in der Legehennen-Zucht, spiegeln dies wieder und müssen deswegen auf ethische und gesetzliche Zulässigkeit sowie demokratischen Rückhalt in der Bevölkerung geprüft werden.“

→ Die Erhöhung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-47

„Genauso wichtig ist diese Prüfung bei der Ausführung von Tierversuchen. Es werden noch immer zu viele Versuche durchgeführt, bei denen die erwarteten Ergebnisse bereits bekannt oder die Methoden unverhältnismäßig sind. Eine vollständige Umsetzung des Verbotes von Tierversuchen zur Entwicklung von Kosmetikprodukten ist überfällig.“

→ Die Erhöhung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-48

„Dieser Umgang ist jedoch nicht nur Tieren gegenüber grausam und würdelos, sondern schadet auch uns selbst. Intensive Umweltbelastung durch die Herstellung von Tierprodukten ist lange kein Geheimnis mehr und die Verschmutzung von Grundwasser und Luft in der Umgebung von Mastanlagen ist vor allem für Anwohner\*innen ein bekanntes Problem. Außerdem stellt die Verschwendung von Wasser und Flächen ein großes Problem im Kampf für nachhaltige Produktion und gegen den Welthunger dar.“

→ Die Umsetzung insgesamt ökologisch nachhaltiger Produktion ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.Linke.2015-SÖT-49

„Wir fordern:

- den Stopp von industriellem und ausbeuterischem Umgang mit Tieren – insbesondere in der Massentierhaltung und im Tierversuch;

- eine stärkere demokratische Kontrolle bei Fragen der Tierhaltung;

- das beschlossene Wildtierverschlag in Zirkussen und Jahrmärkten in Bremen rechtlich durchsetzen;

- keinen weiteren Bau von Mast- und Schlachtbetrieben in Bremen;

- die Förderung des tierverbrauchsfreien Studiums an allen Hochschulen und Instituten des Landes;

- den Ausbau des gleichwertigen und preisgleichen Angebotes von vegetarischen und veganen Speisen in öffentlichen Mensen und Kantinen – dabei sollen in diesen öffentlichen Einrichtungen möglichst Nahrungsmittel aus biologischem und regionalem Anbau angeboten werden.“

Einzel

→ Die Erhöhung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.Linke.2015-SÖT-50

„Wir wollen die endgültige Schließung des Tanklagers Farge und eine grundlegende und schnellere Grundwassersanierung, eine Sanierung des Bodens, eine Entschädigung für Hauseigentümer und Erkrankte sowie eine regelmäßige Trinkwasserkontrolle in kurzen Abständen.“

→ Die Umgestaltung des Tanklagers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.Linke.2015-SÖT-51

„DIE LINKE fordert, den umweltfreundlicheren Seeweg weiterhin dauerhaft für die Kohletransporte zu nutzen und Gütertransporte über die Schiene zum Kraftwerk Farge oder zum Tanklager Farge nicht wieder aufzunehmen.“

→ Der Umstieg auf Umweltfreundlichkeit in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.3.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD**

S. 13, HB-WP.AfD.2015-SÖT-1

„Die Förderung von Nebenkosten (‚zweite Miete‘, d.h. Wärme, Wasser, Elektrizität, Verwaltungskosten) in besonderen Härtefällen, die konkret geprüft werden müssen.“

→ Es wird ein teilweise anderer Umgang mit natürlichen Ressourcen gefordert, der in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.AfD.2015-SÖT-2

„Die Alternative für Deutschland in Bremen möchte künftig solches Bauerwartungsland nur noch direkt an die Bauherren veräußern, die es dann genossenschaftlich gemeinsam erschließen sollen. Eine Zuteilung soll vorrangig an Familien mit Kindern erfolgen.“

→ Ein Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.AfD.2015-SÖT-3

„Dringende Projekte wie die Schließung des Rings der Stadtautobahn A 281 müssen absolute Priorität bekommen und zügig umgesetzt werden.“

→ Ein Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.AfD.2015-SÖT-4

„Deshalb lehnen wir eine restriktive Verkehrserziehungspolitik ab und fordern statt dessen die Entwicklung zukunftsweisender Verkehrskonzepte unter Einbeziehung des Individualverkehrs, z.B. durch Förderung der Elektromobilität.“

→ Die Umsetzung von Elektromobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.AfD.2015-SÖT-5

„Verkehrsberuhigungen von Ausfallstraßen sind zurückzunehmen, da dadurch die Produktivität eines Großteiles von fast 170.000 Ein- und Auspendlern unnötigerweise eingeschränkt wird und zusätzliche Umweltbelastungen durch unnötige Brems- und Beschleunigungsvorgänge erzeugt werden.“

→ Die angestrebte Verringerung der Umweltbelastungen durch den Verkehrssektor sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.AfD.2015-SÖT-6

„Die energiewirtschaftliche Rolle des Oberzentrums Bremerhaven mit seinen Häfen am seeschifftiefen Wasser muss erhalten und gestärkt werden. Die angesiedelten Betriebe für Offshore-Anlagen und die einschlägigen wissenschaftlichen Institute haben bereits über eine Milliarde Euro investiert. Die AfD unterstützt die Überwindung von Hemmnissen und den Abbau von Hindernissen für diese Energie-Zukunft vom Meer. 40.000 Megawatt sind in der Planung!“

→ Der Ausbau der Windenergie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.AfD.2015-SÖT-7

„Zur Zeit sind im Oberzentrum Bremerhaven sowie im Umland rund 10.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt von dieser Zukunftsbranche abhängig, die den Schiffbau als traditionelle Industrie an der Küste in seiner Größenordnung ablöst, aber auch durch Aufträge befruchtet. Die jüngste Novelle zum Erneuerbaren Energie Gesetz (EEG) trägt trotz aller Kritik an diesem Gesetz dazu bei, die vorübergehende Stagnation in der Offshore-Branche zu überwinden. Die Energie von Meer und Wind erscheint eindeutig als die Alternative für Deutschland.“

→ Der Ausbau der Windenergie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, HB-WP.AfD.2015-SÖT-8

„Bis zum Zeitpunkt 2050 muss der notwendige Weg ideologiefrei beschritten werden und vor allem kein Energieträger als Brückentechnologie ausgeschlossen werden. An den realen Gegebenheiten der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet, basierend auf der regenerativen Erzeugung von Strom mit Wind-, Solar-, Wasser- und Thermalenergie, soll die Zielprojektion erreicht werden. Umweltfreundliche dezentrale Ausgleichsmaßnahmen sind einzuplanen.“

→ Der Ausbau der Erneuerbaren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.AfD.2015-GSÖT-1

„Fracking als Maßnahme zur Erschließung von bisher nicht zugänglichen Öl- und Gasvorkommen lehnen wir ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2015-GSÖT-2

„Ebenfalls lehnen wir die Erzeugung von so genanntem Biogas ab. Die Ausnahme sollten Anlagen sein, die Abfälle der Landwirtschaft zur Stromerzeugung einsetzen.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2015-SÖT-9

„Der Netzausbau ist detailliert im Masterplan festzuschreiben.

Als Transportsysteme kommen in Frage:

a.) Oberirdische Übertragung in bekannter 400 kV-Technik.

b.) Unterirdische Verlegung der Leitungen in Tunnelsystemen

c.) Übertragung über Hochspannungs-Gleichstrom-Netze.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2015-SÖT-10

„Atommüllendlagerung, CO<sub>2</sub>-Einlagerung bzw. Einpressung in Gesteinsschichten und die Schwefelrückstände aus Kohlekraftwerken sind die wesentlichen Aufgabenstellungen.“

→ Der Umgang mit den Erblasten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2015-SÖT-11

„Für den ideologiefreien und demokratischen Findungsprozess ist es wichtig, dass Gefahren benannt und die künftige Beseitigung von Erblasten offen diskutiert werden. Ein realistischer Lösungsansatz muss umgehend erarbeitet und zeitnah umgesetzt werden.“

→ Der Umgang mit den Erblasten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2015-SÖT-12

„Ein durchgängiges Konzept für eine sinnvolle Umweltpolitik ist in Bremen seit Jahren vakant. Das schlägt bis in die Stadtentwicklung und die Verkehrspolitik durch, in denen Entscheidungen getroffen wurden und werden, die als ‚Opfergabe‘ an eine grüne Ideologie zu erkennen sind.“

→ Die generelle Ausarbeitung der Umweltpolitik ist in der praktischen Folge eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2015-SÖT-13

„Die dadurch oft halbherzig in Angriff genommenen Projekte sind nicht effektiv oder werden durch vernachlässigte Maßnahmen kompensiert. Ein beispielhaftes Szenario ist das Trauerspiel um die Feinstaubbelastung in Bremen.“

→ Die Feinstaubbelastung soll verringert werden, was eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2015-SÖT-14

„Unbestritten ist: Feinstaub ab einer gewissen erhöhten Konzentration und über längere Zeiträume hinweg ist gesundheitsschädlich. Eine sinnvolle Gewichtung der zu treffenden Maßnahmen ist jedoch unverzichtbar, wenn nicht nur medienwirksam Aktionismus gezeigt werden soll.“

→ Die Feinstaubbelastung soll verringert werden, was eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.AfD.2015-SÖT-15

„Zur Feinstaubreduzierung tragen solche verkehrspolitischen Maßnahmen nicht bei.“

→ Die Feinstaubbelastung soll verringert werden, was eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.AfD.2015-SÖT-16

„Die Umstellung der Kohlekraftwerke auf Gasbefuerung halten wir für eine zwar teure aber wirkungsvollere Übergangsmaßnahme, um die Feinstaubmenge in Bremen wesentlich zu reduzieren.“

→ Die Feinstaubbelastung soll verringert werden, was eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.AfD.2015-SÖT-17

„Für Bremerhaven gilt ähnliches für die offene Deponie Grauer Wall. Die von dort ausgehende Belastung nicht nur an Feinstaub betrifft ein ganzes Wohngebiet.“

→ Die Feinstaubbelastung soll verringert werden, was eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.AfD.2015-SÖT-18

„Aus kommerziellen Gründen lässt der rot/grüne Magistrat die Deponie von BEG und Remondis betreiben. Die Alternative für Deutschland unterstützt die bestehende Bürgerinitiative in ihren wesentlichen Forderungen und setzt sich ein für:

- Fortsetzung und Erweiterung des bisher nur für ein Jahr eingeleiteten Messstellenprogramms.
- Sofortige Umsetzung des vom Stadtparlament beschlossenen Monitoring-Verfahrens (Analyse von Baumrinde)
- Schnelle Einrichtung eines kleinräumigen Krebsregisters für Speckenbüttel. (Daten vorhanden, Methode auch)
- Einrichtung eines behördenübergreifenden parlamentarischen Kontrollteams über die Schadstoffgefahr und über das Grundwasserproblem (Der Deponiekörper steht bereits unter dem Grundwasserspiegel).
- Einsetzung von Krisengremien für regionale Sonderfälle.“

→ Weil auch der Umgang mit natürlichen Stoffen betroffen ist, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation, die angestrebt wird.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.AfD.2015-SÖT-19

„Ein Rückbau in den alten Zustand ist anzustreben. Eine nutzlose Rasenfläche an der Stelle ist eine verschenkte Möglichkeit. Die Gefährdungen der aussteigenden Buspassagiere am jetzigen Busbahnhof am Breitenweg würden dadurch erheblich minimiert.“

→ Der veränderte Umgang mit der Rasenfläche ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.AfD.2015-SÖT-20

„Die Alternative für Deutschland Landesverband Bremen setzt sich für ein gesetzliches Verbot von Patenten auf Nutztiere und –pflanzen ein.“

→ Die Umsetzung des Verbots ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, HB-WP.AfD.2015-SÖT-21

„Die beim Innensenator erstellte Rassenliste für Hunde lenkt vom eigentlichen Problem ab, denn die Hundehalter sind zu konditionieren ein Tier aus der Liste auch führen zu können. Ein verpflichtender ‚Hundeführerschein‘ ist einzuführen.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.3.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP**

S. 15, HB-WP.FDP.2015-GSÖT-1

„Notwendige Tierversuche, bei denen alle Ethik- und Tierschutzstandards eingehalten werden, halten wir für vertretbar. Auf Erkenntnisse dieser Forschung zu verzichten, wenn sie auf anderem Wege nicht gewonnen werden können, ist nach unserer Auffassung nicht verantwortbar.“

→ Bzgl. der Tierversuche wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.FDP.2015-SÖT-1

„Die mittelständische Wirtschaft im Handwerk, der Produktion und in Dienstleistungen, ist nicht nur in ganz Deutschland, sondern gerade auch im Bundesland Bremen eine tragende Säule. Um diese weiter auszubauen, müssen neue Gewerbegebiete, wie beispielsweise die Mahndorfer Marsch, erschlossen, ausgewiesen und optimal an den Verkehr angeschlossen werden.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.FDP.2015-SÖT-2

„Das Land Bremen lebt von seinen Häfen, ist Logistikstandort und größter Umschlagshafen für Automobile. Damit das so bleibt, braucht Bremen die Vertiefung und den Ausbau der Weser – zur See und zum Binnenland.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.FDP.2015-SÖT-3

„Eine Ausweitung der Hafenskapazitäten in Bremerhaven würden wir begrüßen. Voraussetzung wäre, dass diese rein privat finanziert und privat betrieben werden. Dabei sehen wir keine Chancen für ein reines Offshore-Terminal. Vielmehr sollte es ein Multifunktionsterminal sein, das auch den zu erwartenden, geringeren Offshore-Umschlag mit abdecken kann.“

→ Der Bau des Terminals ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.FDP.2015-SÖT-4

„Ein Verbot des Umschlags von Kernbrennstoffen kann, gerade in Zeiten der Energiewende, unter keinem Gesichtspunkt gerechtfertigt werden. Die Rücknahme und Entsorgung von Kernbrennstoffen macht deren Transport unumgänglich.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, HB-WP.FDP.2015-SÖT-5

„Die Bremischen Häfen müssen besser ans Hinterland angebunden werden. Hier wollen wir uns auch über das Hoheitsgebiet der Freien Hansestadt Bremen hinaus für einen Ausbau der Trassen auf Schiene und Straße einsetzen. Wichtige zu realisierende Projekte sind Y-Trasse bzw. einer sinnvollen Alternative dazu und die Küstenautobahn A20.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, HB-WP.FDP.2015-SÖT-6

„Das Binnenschiff ist der umweltfreundlichste Verkehrsträger. Im Gegensatz zu Straße und Schiene verfügt die Binnenschifffahrt noch über große verfügbare Kapazitäten. Um den Verkehrsträger Binnenschiff zu stärken und unsere Häfen nicht vom restlichen Wasserstraßennetz abzuhängen, setzen wir uns für einen zügigen Ausbau der Mittelweser ein.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.FDP.2015-SÖT-7

„Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sowie eine intelligente Vernetzung der Verkehrsträger ermöglichen eine nachhaltigere Mobilität: umweltschonender, leiser und bezahlbar.“

→ Die ökologischere Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.FDP.2015-SÖT-8

„Der Ringschluss der A281 ist schnellstmöglich zu verwirklichen, auch um den Verkehr gezielt zu kanalisieren und andere Straßen und deren Anwohner zu entlasten.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.FDP.2015-SÖT-9

„Zudem benötigen wir den Wesertunnel.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.FDP.2015-SÖT-10

„Innovative Nutzfahrzeuge bieten zusätzliche Chancen für einen effizienteren und umweltfreundlicheren Güterverkehr. Innovationen sind daher ergebnisoffen und ohne ideologische Scheuklappen zu prüfen. Wesentliche Kriterien müssen dabei immer Effizienz, Umweltbilanz, Sicherheit und die Infrastrukturbeanspruchung sein.“

→ Die ökologischere Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 37, HB-WP.FDP.2015-SÖT-11

„Die Ausweisung neuer Baugebiete für das Wohnen kann und muss nach Ansicht der FDP einhergehen mit der Lokalisierung von Grünzügen und Anpflanzungen, die den Charakter Bremens als grüne Stadt erhalten. Mit der Stärkung der Zentren wird ein erhöhtes Verkehrsaufkommen vermieden und einer Zersiedlung entgegengewirkt. In der Stärkung der Oberzentren sieht die FDP auch einen wichtigen Beitrag zu Natur- und Umweltschutz.“

→ Die baupolitischen Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, HB-WP.FDP.2015-SÖT-12

„Wir wollen ein gepflegtes Erscheinungsbild aller Stadt- und Ortsteile Bremens. Es bleibt dadurch attraktiv und steigert das Wohlbefinden der Einwohner und unserer Gäste. Damit dies auch in Zeiten knapper Kassen gelingt, treten wir nicht nur für pflegeleichte Bepflanzungen ein, sondern auch dafür, Projekte zu fördern, in denen Bürger die Verantwortung für die Pflege öffentlicher Naturflächen übernehmen wollen.“

→ Der veränderte Umgang mit Naturflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, HB-WP.FDP.2015-SÖT-13

„Bremerhaven ist bisher in Punkto Grünflächen ein bundesweites Schlusslicht, was für eine Stadt, die schon jetzt mit Einwohnerverlusten kämpft und deren Wirtschaft zu großen Teilen auf den Tourismus ausgerichtet ist, nicht akzeptabel ist. Insbesondere der Bereich der Havenwelten muss in Zukunft durch neue Grünflächen attraktiver werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Grünflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38f., HB-WP.FDP.2015-SÖT-14

„Ein Aussetzen von Baumersatzpflanzungen wird es außerdem mit uns nicht geben. Die FDP setzt sich für die Begrünung von Gebäuden und zusätzliche Baumpflanzungen in unserem Bundesland ein. Ungenutzte und brachliegende Flächen, für die es keine Verwendungsmöglichkeiten gibt, sollen ebenfalls begrünt werden und so zur Attraktivität unserer Stadt beitragen, anstatt sie negativ zu beeinflussen. Vorhandene Grünflächen in Bremen und Bremerhaven, auch das Straßenbegleitgrün, müssen nachhaltiger und ganzjährig gepflegt werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Grünflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, HB-WP.FDP.2015-SÖT-15

„Die FDP befürwortet ein Hundegesetz, welches die Gefahr im Umgang mit allen Hunderassen berücksichtigt. Für die Sozialisierung und Tierschutzaspekte, und somit auch die Gefährlichkeit der Hunde für ihre Umgebung, ist ihr jeweiliger Halter verantwortlich. Ein den sogenannten Kampfhund-Rassen zugehöriges Tier kann sehr wohl zu einem zuverlässigen und sozialverträglichen Begleiter erzogen werden. Ebenso, wie ein einer vermeintlich harmlosen Rasse angehöriges Tier zu einer Gefahr für alle und auch sich selbst getrimmt werden kann. Ein Hundegesetz hat sich daher entsprechend auf die Verantwortung des Halters und nicht die Rasse des Hundes zu fokussieren.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, HB-WP.FDP.2015-SÖT-16

„Eine allgemeine Chip-Pflicht mittels Transponder und eine Versicherungspflicht sowie einen Sachkundenachweis der Halter über die Befähigung zum artgerechten Halten und Führen von Hunden bereits vor der Erstanschaffung eines Hundes, sind nach Ansicht der FDP auch im Land Bremen wünschenswert. Auf diese Weise wird nicht nur die Sicherheit unserer Bürger gefördert, sondern auch der Tierschutz.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 51, HB-WP.FDP.2015-SÖT-17

„Darüber hinaus ist zu prüfen, wo freie Naturflächen in Bremen als Hundefreilaufflächen gestaltet werden können. Hunden soll ein artgerechter Auslauf ermöglicht werden, ohne dass deren Halter das Stadtgebiet verlassen oder hohe Strafen fürchten müssen.“

→ Der veränderte Umgang mit Flächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, HB-WP.FDP.2015-SÖT-18

„In Bremerhaven verzeichnen wir bis heute, dass viele der gesundheitlichen Problemlagen wiederholt vor Ort entstehen und oftmals von den örtlichen Gegebenheiten und der Bewohnerstruktur in den Stadtteilen abhängig sind. Den Gesundheitsämtern kommt in diesem Kontext eine wichtige Schlüsselrolle zu. Es liegt an ihnen, aus dokumentierten Erkenntnissen und ergänzenden Bestandsaufnahmen Strategien zu entwickeln, mit deren Hilfe die Verhältnisse und die Handlungen in den einzelnen Stadtteilen, der Umwelt und im Verkehr nachhaltig verbessert werden können. Zu diesem Zweck müssen die Ämter strukturell und personell zukünftig so ausgestattet werden, dass sie verschiedene Gesundheitsrisiken in unterschiedlichsten Lebenslagen angemessen bearbeiten und ebenso umwelthygienische Probleme professionell angehen können.“

→ Der generell veränderte Umgang mit der Umwelt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, HB-WP.FDP.2015-SÖT-19

„Wichtig ist es daher, ein effektives Programm zur Prävention von Drogensucht insbesondere an Schulen umzusetzen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, HB-WP.FDP.2015-SÖT-20

„Eine regulierte Legalisierung von Cannabis, wie die FDP sie fordert, ist daher nicht nur anzustreben um Patienten zu entkriminalisieren, sondern auch, um die Forschung in diesem Bereich zu erleichtern.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Legalisierung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, HB-WP.FDP.2015-SÖT-21

„Aus diesem Grund unterstützen wir seit Jahren die Abgabe von Ersatzdrogen wie Methadon und fordern die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige, denen durch diese Ersatzdroge nicht geholfen werden kann.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, HB-WP.FDP.2015-SÖT-22

„Die FDP erachtet es zudem als sinnvoll, im Bereich des Cannabis-Konsums eine regulierte Legalisierung anzustreben.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Legalisierung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, HB-WP.FDP.2015-SÖT-23

„Eine Entkriminalisierung der Droge mindert darüber hinaus den Reiz des Verbotenen, den sie aktuell auf ihre Konsumenten ausübt. Ein legaler und lizenzierter Verkauf von Cannabis generiert darüber hinaus zusätzliche Steuereinnahmen, welche unmittelbar in Prävention und Behandlung von Drogensucht investiert werden können.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Legalisierung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, HB-WP.FDP.2015-SÖT-24

„Eine Teilnahme am Straßenverkehr als Fahrer eines Fahrzeugs im Rauschzustand ist natürlich genau wie beim Alkohol zu untersagen. Nach Meinung der FDP ist eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit bezüglich des Konsums von Cannabis daher ähnlich der von Tabak und Alkohol zu gestalten.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Neuorientierung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.3.7 Die Codes aus dem Wahlprogramm der BIW**

S. 7, HB-WP.BIW.2015-GSÖT-1

„Drogenabstinenz als politische Leitlinie in Bremen: Keine staatliche Abgabe von Heroin an Süchtige. Methadonprogramme sind schrittweise zurückzufahren, mit dem Ziel des Entzuges und einer Drogenentwöhnung. Eine Liberalisierung oder gar Legalisierung sogenannter ‚weicher Drogen‘ darf es nicht geben.“

→ Bzgl. der Liberalisierung, von der auch natürliche Substanzen betroffen wären, wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 7, HB-WP.BIW.2015-SÖT-1

„Der Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen in Bremen ist durch verstärkte Kontrollmaßnahmen und höhere Bußgelder entgegenzuwirken.“

→ Bzgl. des Umgangs mit Grünanlagen wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8, HB-WP.BIW.2015-SÖT-2

„Drogenfreiheit muss auch im Strafvollzug das Ziel sein. Für den Rauschgiftentzug drogenabhängiger Insassen ist eine eigene Abteilung in der JVA einzurichten und streng zu kontrollieren, damit keine Suchtstoffe eingeschleust werden.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.BIW.2015-SÖT-3

„Die Bekämpfung des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen muss hohe Priorität haben. Wir wollen den regelmäßigen Einsatz minderjähriger Testkäufern, um zu kontrollieren, ob das Verkaufsverbot von Spirituosen an diese Personengruppe durch den Handel eingehalten wird. Die Ordnungsgelder, die Ladenbetreibern bei Verstößen gegen das Jugendschutz- und Gaststättengesetz auferlegt werden können, sind zu erhöhen. Wir machen uns für eine Bundesratsinitiative der Freien Hansestadt Bremen stark mit dem Ziel, in Deutschland ein generelles Alkoholverbot für Minderjährige durchzusetzen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.BIW.2015-SÖT-4

„Die Präventionsarbeit gegen das Rauchen und den Konsum von Drogen in Schulen und Jugendeinrichtungen des Landes Bremen ist zu verstärken, wobei eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei anzustreben ist. Der Aufklärungsarbeit muss das Leitbild einer drogenfreien Gesellschaft zugrunde liegen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2015-SÖT-5

„Für den Neu- und Ausbau von Gewerbegebieten und Logistikzentren entlang der Verbindungsstraßen zu den Häfen sind neue Flächen zu erschließen. Das gilt vor allem für Bremerhaven im Bereich der Luneplate sowie im Süden der Stadt (Verkehrsknoten A 27 und der geplanten Küstenautobahn A 22).“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.BIW.2015-GSÖT-2

„Die **Bremer Umweltzone** wollen wir abschaffen. Die Umweltzone ist nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern schädigt die lokale Wirtschaft.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umweltzone als bereits umgesetzte sozial-ökologische Transformation wird abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.BIW.2015-SÖT-6

„Sollen Kapazitätsengpässe auf den Hafengeländen sowie beim Zu- und Abflussverkehr vermieden werden, muss die Verkehrsinfrastruktur (Schiene, Straße, Wasserstraße) zügig modernisiert und ausgebaut werden (Hafenhinterlandanbindung). Von besonderer Bedeutung sind dabei die Bahnstrecke Hannover/Bremen – Hamburg (Y-Trasse), das Schienennetz in der Weser-Ems-Region, der Ausbau der A1, die Fertigstellung der A 281 sowie die baldige Realisierung der Küstenautobahn A 22, ferner die Erweiterung bzw. Vertiefung der Weser.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.BIW.2015-SÖT-7

„Wir BÜRGER IN WUT wollen für das Land Bremen ein integriertes Verkehrskonzept, das den Wunsch nach individueller Mobilität mit den Erfordernissen der Wirtschaft und dem Schutz der Umwelt zu einem vernünftigen Ausgleich bringt.“

→ Der Umweltschutz im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, HB-WP.BIW.2015-SÖT-8

„‘Grüne Welle‘ auch unter Einbeziehung der Fußgängerampeln auf allen Hauptstraßen, um den Verkehrsfluss in den Innenstädten zu verstetigen, Staus zu verhindern und die Abgasbelastung zu senken.“

→ Die Senkung der Abgasbelastung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, HB-WP.BIW.2015-GSÖT-3

„Rückstauungen von Kraftfahrzeugen an Ampeln, die auch zu einer steigenden Immissionsbelastung vor allem in den Innenstädten führen, sind zu vermeiden.“

→ Bzgl. der Immissionsbelastungen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.BIW.2015-GSÖT-4

„Den Hafentunnel quer durch Bremerhaven lehnen wir wegen der starken Belastung für die Anwohner und den erheblichen Kosten für das Projekt in Höhe von schätzungsweise 172 Millionen Euro ab.“

→ Da es sich beim Bau um einen Eingriff in Natur handeln würde, wird sich hiermit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.BIW.2015-GSÖT-5

„Eine Umwelthysterie, wie sie von Teilen der politischen Linken und hier vor allem den Grünen z.B. in der Klimadebatte betrieben wird, lehnen wir aber ab.“

→ Es wird sich also gegen klimapolitische Transformationen ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.BIW.2015-SÖT-9

„Unser besonderes Augenmerk gilt dem Schutz von Tieren, die als Mitgeschöpfe zu respektieren sind. Der Tierschutz, schon seit 1999 als Staatsziel in der Bremischen Verfassung verankert, muss endlich mit Leben erfüllt werden.“

→ Die Erfüllung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.BIW.2015-SÖT-10

„**Schluss mit den Affen-Versuchen** an der Universität Bremen! Der experimentelle Einsatz von Makaken-Affen am Institut für Hirnforschung ist endlich zu untersagen. Tierversuche dürfen von den Behörden grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden. Stattdessen sind im Land Bremen tierversuchsfreie Forschungsverfahren zu fördern.“ (Herv. i. O.)

→ Der Schluss mit den Versuchen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.BIW.2015-SÖT-11

„Die Taubenpopulation in der Stadt ist durch das Aufstellen von Taubenschlägen am Stadtrand tierschutzgerecht zu regulieren. Gleichzeitig muss das Fütterungsverbot für Tauben in der Innenstadt durchgesetzt werden.“

→ Die Regulation ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.BIW.2015-SÖT-12

„Der Transport von Tieren im Land Bremen sowie das Be- und Entladen auf Schlachthöfen ist verstärkt zu kontrollieren, um die Einhaltung der veterinärrechtlichen Bestimmungen zu gewährleisten. Das Land Bremen muss sich im Bund und auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Nutztiere standortnah geschlachtet werden, um Tiertransporte soweit als möglich überflüssig zu machen.“

→ Die Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29f., HB-WP.BIW.2015-SÖT-13

„Im Stadtgebiet von Bremen müssen Auslaufflächen für Hunde geschaffen werden, wo sich die Tiere ohne Leine bewegen dürfen. In Bremerhaven sind die bereits vorhandenen Areale auszubauen, die Ausweitung des Leinenzwangs im Stadtgebiet zurückzunehmen.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.BIW.2015-SÖT-14

„Novellierung des Bremischen Hundehaltergesetzes, das sich inhaltlich am Niedersächsischen Gesetz über das Halten von Hunden orientieren soll. Insbesondere ist die Liste angeblich gefährlicher Hunde in § 1 Abs. 3 HundeHG zu streichen, mit der bestimmte Hunderassen unter Pauschalverdacht gestellt werden, ohne den Charakter bzw. das Verhalten eines einzelnen Tieres zu berücksichtigen.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.BIW.2015-SÖT-15

„Die Hundesteuer wollen wir abschaffen, weil diese Abgabe veraltet und ungerecht ist, da sie einseitig die Besitzer einer Tierart belastet und sich als Lenkungssteuer nicht bewährt hat.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.BIW.2015-SÖT-16

„Zirkusse und Schaustellerbetriebe, die im Land Bremen gastieren, sind strenger zu kontrollieren, um die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorschriften zu gewährleisten.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.BIW.2015-SÖT-17

„Aktiver Immissionsschutz: **Keine neuen Kohlekraftwerke** in Bremen und Bremerhaven. Stattdessen soll der Einsatz erneuerbarer Energien und die Einsparung von Energie in öffentlichen Gebäuden des Landes Bremen forciert werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.BIW.2015-GSÖT-6

„Innerstädtische Grünflächen sind zu erhalten, um die Lebensqualität der Einwohner zu sichern. Auf die Bebauung von Stadtwerder ist dauerhaft zu verzichten. Bremen und Bremerhaven müssen auch ökologisch lebenswerte Städte bleiben, um für ihre Bewohner attraktiv zu sein und die Abwanderung ins niedersächsische Umland zu verhindern.“

→ Bzgl. der Grünflächen wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.BIW.2015-GSÖT-7

„Die **Umweltschutzzone** in der Innenstadt ist abzuschaffen. Das erklärte Ziel der Umweltzone, die Luftbelastung mit Feinstaub zu reduzieren, konnte Untersuchungen zufolge damit nicht erreicht werden. Die mit der Umweltschutzzone verbundenen Reglementierungen schädigen die lokale Wirtschaft und hier vor allem den Einzelhandel in der Innenstadt, aber auch Handwerk, Gastronomie und Tourismus. Außerdem schränkt die Umweltzone die Mobilität sozial schwacher Menschen ein, die sich schadstoffarme Fahrzeuge nicht leisten können.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umweltzone als bereits umgesetzte sozial-ökologische Transformation wird abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.4 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2019**

#### **2.3.1.4.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU**

S. 2 des Vorworts, HB-WP.CDU.2019-SÖT-1

„Ein entscheidendes Zukunftsthema einer modernen Stadtgesellschaft ist zudem die Mobilität. Dabei geht es nicht nur darum, allen Verkehrsarten gleichberechtigt ein sicheres und schnelles Vorankommen zu ermöglichen, sondern auch Mobilitätsansprüche von Jung und Alt, Unternehmen und Pendlern, Touristen und Einheimischen, aber auch den Umweltschutz durch moderne emissionsarme Mobilitätsformen zu berücksichtigen.“

→ Die angestrebte Emissionsreduktion ist eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 1, HB-WP.CDU.2019-SÖT-2

„Wie begegnen wir grenzüberschreitenden Problemen wie dem Klimawandel, die auch unsere lokale Verantwortung fordert?“

→ Den Klimawandel zu begegnen und die eigene Verantwortung zu übernehmen, ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 2, HB-WP.CDU.2019-SÖT-3

„Politik muss sich mehr als bisher an langfristigen Zielen und Perspektiven orientieren. Nachhaltigkeit ist für uns deshalb ein wichtiger Teil gelebter Zukunftsverantwortung und muss als Merkmal politischen Handelns stärker in den Fokus genommen werden. Damit treten qualitative Ziele zunehmend neben quantitative Ziele und kritikloses ‚Höher, Weiter und Schneller‘ muss hinterfragt werden. Ein Maßstab von Politik müssen deshalb vielmehr die Interessen und Möglichkeiten zukünftiger Generationen werden, für deren Chancen auf ein ‚gutes Leben‘, wir mehr als bisher im Jetzt Verantwortung übernehmen müssen. Zentrale Aspekte sind dabei der Schutz unserer Umwelt und der sparsame Umgang mit Ressourcen zur Erhaltung der Schöpfung, aber auch das Einstehen für andere Nachhaltigkeitsaspekte, wie z.B. die Verhinderung von Kinderarbeit, die Durchsetzung sozialer Standards in Erzeugerländern, mit denen wir ggf. geschäftliche Verbindungen unterhalten, die Vermeidung weiteren Verlustes von Biodiversität oder auch die Förderung von Bildung und Beteiligung im globalen Rahmen. Als Teil des Leitbildes für die zukünftige Entwicklung Bremens und zur Konkretisierung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen werden wir eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln. Nachhaltigkeit als Kriterium einer zukunftsorientierten Politik ist dabei nicht allein Aufgabe eines spezialisierten Ressorts. Sie muss eine allgemeine Maxime werden und ist für uns deshalb eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.“

→ Die ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Gesellschaft ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 3, HB-WP.CDU.2019-SÖT-4

„Wir wollen dazu insbesondere die Rahmenbedingungen für gelingende Initiative unserer Bürgerinnen und Bürger schaffen. Wir brauchen dazu weniger Ressourcenverbrauch in der Gegenwart und stattdessen mehr Investition und Ausrichtung auf die Zukunft.“

→ Dieser generelle Wandel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 4f., HB-WP.CDU.2019-SÖT-5

„Unsere Vision 2030 sind Städte, in denen gegenwärtige Generationen für sich und insbesondere kommende Generationen lebenswerte Städte erhalten und weiterentwickeln. Und dieses auf der Basis eines ehrlichen und einfachen Grundsatzes: Ressourcen (aller Art) sollen, wenn immer möglich, nur beansprucht werden, wenn sie auch selbst und gegenwärtig erwirtschaftet oder erneuert werden. Denn auf Kosten anderer, zukünftiger Generationen oder endlicher Ressourcen zu leben, ist erkennbar verantwortungslos und darf kein bestimmendes Konzept für die Zukunft bleiben.“

→ Dieser generelle Wandel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, HB-WP.CDU.2019-SÖT-6

„Hierzu gehören z.B. der Umgang und die Verarbeitung von Material etwa im Werk- oder Kunstunterricht oder auch Kenntnisse zur verantwortungsbewussten Nutzung und Zubereitung von Lebensmitteln mit dem Ziel einer gesunden Ernährung.“

→ Die Veränderung hin zu einer gesunden Ernährung ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.CDU.2019-SÖT-7

„Wir wollen Eltern dahingehend unterstützen und notfalls mit den Mitteln des Staates durchsetzen, dass Kinder in einer drogenfreien Umgebung aufwachsen können, zugewandte Betreuung erhalten und stets eine den Bedürfnissen von Kindern entsprechende Versorgung, gesundheitliche Fürsorge und Ernährung sichergestellt ist.“

→ Die Veränderung hin zu einer gesunden Ernährung ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.CDU.2019-SÖT-8

„Auf der Grundlage eines neuen Bremischen Mobilitätsgesetzes werden wir Grundsätze zur gerechten Gestaltung von Straßenräumen und insbesondere zur Finanzierung von Sanierung und Neubau verlässlich und transparent regeln.“

→ Durch den Neubau findet in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation statt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.CDU.2019-SÖT-9

„Wir wollen, insbesondere in den Innenstädten, durch eine Reduzierung der (Such-) Verkehre durch digitale Mittel einerseits für mehr Effektivität und Zeitersparnis sorgen, hierdurch aber andererseits auch zu einer Reduzierung des Schadstoffausstoßes und Ressourcenverbrauchs beitragen.“

→ Die Reduzierungen sind in der Praxis sozial-ökologische Transformationen im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, HB-WP.CDU.2019-SÖT-10

„Insbesondere der Winterdienst liegt uns am Herzen: Wir werden ihn so ausstatten und steuern, dass er zeitgerecht seinen Auftrag erfüllen kann.“

→ Somit findet bzgl. des Winters eine einzelne sozial-ökologische Transformation statt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, HB-WP.CDU.2019-SÖT-11

„4.6.4 Projekte mit überregionaler Bedeutung, wie z.B. die Fertigstellung der Cherbourger Straße und des Hafentunnels in Bremerhaven oder der Anbindung des GVZ an die A281 und den Wesertunnel, mit Priorität verfolgen, 4.6.5 den (Aus-) Bau der A20 als wichtige Hinterland- und Gewerbegebietsanbindung Bremerhavens so schnell wie möglich realisieren,“

→ Durch den Neubau findet in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation statt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, HB-WP.CDU.2019-SÖT-12

„4.6.8 vor dem Hintergrund der zu erwartenden Steigerung der Elektromobilität die Ladeinfrastruktur für lokal emissionsfreie Mobilität zügig ausbauen sowie eine Erweiterung von Carsharing- und Mobilitätsangeboten ermöglichen.“

→ Emissionsreduktion ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.CDU.2019-SÖT-13

„4.7.9 den ÖPNV ökologischer aufstellen, indem wir die Busse der BSAG und der BremerhavenBus schrittweise auf Elektroantrieb oder andere regenerative Energieträger umstellen,“

→ Die Umstellung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.CDU.2019-SÖT-14

„Wir wollen den Radverkehr als eine nicht nur die Mobilität, sondern auch die Gesundheit fördernde und die Umwelt schonende Verkehrsart infrastrukturell ausbauen und dabei auch die durch E-Bike's, Elektroroller und Pedelec's gestiegenen Anforderungen berücksichtigen.“

→ Die Umstellung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.CDU.2019-SÖT-15

„auch ‚kreative‘ Ideen ‚im Kleinen‘ zulassen und realisieren, die in ihrer Summe verkehrsentlastende und umweltschonende Effekte erzielen.“

→ Die Schonung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.CDU.2019-SÖT-16

„Wir setzen uns gemeinsam mit Niedersachsen beim Bund und bei der Deutschen Bahn für einen schnellen Ausbau der Bahnstrecken zwischen Bremerhaven, Bremen, Hamburg und Hannover unter Berücksichtigung eines angemessenen Lärmschutzes (insbesondere im Verlauf von Wohngebieten) ein, um mehr Güter von und zu unseren Seehäfen über die Schiene transportieren zu können und um gleichzeitig für die Menschen in unserer Region ein attraktives Netz der Verbindung per Bahn erhalten zu können.“

→ Durch den Neubau findet in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation statt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 17, HB-WP.CDU.2019-SÖT-17

„Im Rahmen der Flächenpolitik bedarf es eines verbesserten Austausches der beiden Städte des Landes und mehr Gemeinsamkeit von Bremen und Bremerhaven. Wir wollen die jährliche Erschließungsleistung der Stadtgemeinde Bremen auf mindestens vierzig Hektar erhöhen und eine Dispositionsreserve von einhundertfünfzig Hektar gewährleisten. Dazu wollen wir im einzelnen

5.2.1 eine beschleunigte Erschließung der restlichen Bereiche des Gewerbeparks ‚Hansalinie‘, des Bremer Industrieparks und des GVZ insbesondere für großflächige Ansiedlungen,

5.2.2 die Erweiterung der Gewerbegebiete ‚Airport-Stadt‘ und ‚Bayernstraße‘,

5.2.3 eine zügige Entwicklung kleinteiligerer Gewerbeflächenangebote an den Gewerbebeständen ‚Farge-Ost‘, ‚Bremer Woll-Kämmerei‘, ‚Steindamm‘, ‚Bremer Industrie-Park‘, ‚Überseestadt-Hafenkante-Nord‘, ‚Reedeich/ Güterverkehrszentrum‘ und ‚Nusshorn‘, sowie

5.2.4 eine gemeinsame Entwicklung des interkommunalen Gewerbegebietes ‚Achim-West‘ zusammen mit der Gemeinde Achim bei fairer Lasten- und Erlösteilung.“

→ Durch den Neubau findet in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation statt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.CDU.2019-SÖT-18

„Darüber hinaus werden wir

7.2.1 an der beabsichtigten Vertiefung der Außen- und Unterweser bis Bremen sowie dem Ausbau der Mittelweser festhalten, auch als Voraussetzung, um mehr Gütertransporte auf Binnenschiffe zu bringen,“

→ Durch den Neubau findet in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation statt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.CDU.2019-SÖT-19

„Politik für unsere Häfen und Umweltschutz dürfen nicht wie Widersprüche diskutiert werden. Wir wollen einen pragmatischen Ausgleich zwischen den Interessen der Hafengewirtschaft und der Schifffahrt auf der einen und dem Natur- und Gewässerschutz auf der anderen Seite. Ein vorrangiges Projekt dazu ist für uns die Verringerung des Schadstoffausstoßes und des Energieverbrauchs während der Schiffs Liegezeiten. Hiervon sind insbesondere Kreuzfahrtschiffe und Containerschiffe betroffen. Hier wollen wir möglichst schnell die Voraussetzungen für die Nutzung von Landstrom während der Liegezeiten schaffen, indem auf eine landgestützte Energieversorgung etwa auf der Grundlage von Flüssigerdgas (LNG) umgestellt wird. Darüber hinaus wollen wir in den Hafengebieten zusätzliche (industrielle) Nutzungen ermöglichen. Im Konsens mit den Betroffenen wollen wir beispielsweise am Standort des Kraftwerkes im Hafen die Umsetzung der Klärschlammverbrennung ermöglichen, auch mit dem Ziel, wertvolle Rohstoffe wie in diesem Falle Phosphor wiederzugewinnen.“

→ Die Maßnahmen sind in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation bzgl. der Häfen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.CDU.2019-SÖT-20

„Dazu werden wir die Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen, z.B. in der Lebensmittel- und Fischindustrie, ausbauen, Synergien heben und zusätzliche wirtschaftliche Aktivitäten mit maritimem Bezug anregen. Gemeinsame ‚Start-Ups‘, Kompetenzzentren und Projekte können dazu erste Schritte sein, denn das Meer wird als wirtschaftlicher Raum und zum Transport, aber insbesondere auch zur Erforschung und zur Gewinnung von Ressourcen zunehmende und zusätzliche Bedeutung erlangen.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Meer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.CDU.2019-SÖT-21

„auch für Bremerhaven eine offensivere Nutzung von Flächen durch eine zügige Planung und Erschließung z.B. des Gewerbegebietes ‚Luneplate‘ (vorzugsweise für die Ansiedlung von Industrieunternehmen) und einer zeitnahen Revitalisierung des sog. ‚Kistner-Geländes‘ realisieren,“

→ Die Baumaßnahmen sind in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.CDU.2019-GSÖT-1

„Legalisierungen‘ z.B. von Rauschgiften bedeuten ein Zurückweichen des Rechtsstaates und beeinträchtigen das Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir werden weder dem Abbau rechtlicher Sanktionen beim Schwarzfahren noch beim Cannabiskonsum zustimmen.“

→ Somit wird sich auch bzgl. natürlicher Substanzen gegen sozial-ökologische Transformationen ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.CDU.2019-SÖT-22

„Wir versprechen uns davon insgesamt nicht nur unmittelbar die Wirtschaft stärkende Effekte: Dieses ist auch der richtige Weg für Bremen und seine Stadtgemeinden, der mit nachhaltiger und generationengerechter Entwicklung, mehr Lebensqualität, sicheren Arbeitsplätzen und einem leistungsfähigen öffentlichen System Einwohner hält und Zusätzliche gewinnt.“

→ Die nachhaltige Entwicklung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 34, HB-WP.CDU.2019-SÖT-23

„Um auch bei uns verschiedenen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht werden zu können, brauchen wir nicht nur maßgeschneiderte Angebote, sondern auch Flächen, die individuell geplant und bebaut werden können.“

→ Die Baumaßnahmen sind in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.CDU.2019-SÖT-24

„die Bebauung in ‚Brokhuchting‘ endlich zu realisieren,“

→ Die Baumaßnahmen sind in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.CDU.2019-SÖT-25

„Eine ausgleichende Stadtentwicklungspolitik muss daneben die Verdichtung und Sanierung vorhandenen Wohnraums voranbringen, aber auch innovative Formen des Bauens und des Wohnens zulassen, beispielsweise Wohnen auf dem Wasser oder ‚Tiny-Houses‘.“

→ Die Baumaßnahmen sind in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.CDU.2019-SÖT-26

„Wir sehen den Schutz der Umwelt nicht nur als einen Teil unserer Zukunftsverantwortung für eine lebenswerte Welt für unsere Kinder. Wir empfinden aktiven Umweltschutz als Teil unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt, in der uns immer deutlicher wird, dass Erderwärmung und Klimawandel, Verschmutzung von Luft, Umwelt und Meeren oder auch die zunehmende Verknappung von trinkbarem Wasser keine Probleme sind, die ‚weit weg‘ sind. Tatsächlich spüren wir nicht nur die umweltbezogenen, sondern auch die sozialen und migrationsbezogenen Auswirkungen längst in unseren Städten. Steigende Temperaturen, mit ihren Auswirkungen z.B. auf Trinkwasserversorgung oder Schifffahrt und steigende Meeresspiegel, z.B. verbunden mit erhöhten Anforderungen an den Deichschutz, sind auch jetzt schon lokal ganz konkrete eingetretene Folgen der globalen Klimaveränderung. Wir sind vielfältige Ankündigungen von Rot-Grün gewohnt, nicht zuletzt bei den Klimazielen. Auch hier ist die derzeitige Koalition an selbst gesteckten Zielen gescheitert. Nach dem Motto ‚global denken, lokal handeln‘ wollen wir frei von Ideologie und pragmatisch die Interessen von Umweltschutz, Wirtschaft und Verkehr nachhaltig ausgleichen und von einem scheinbaren Widerspruch zu einem Standortvorteil entwickeln. Wir setzen auf Kooperation und nicht auf Konfrontation. Wir wollen, dass von einer Intensivierung der umweltbezogenen Technologien, Forschung und wirtschaftlichen Anwendung zusätzliche Impulse für Umwelt, Menschen und Wirtschaft ausgehen. Eine besondere und beispielhafte Rolle spielen dabei für uns die Elektromobilität in Bremen oder die Windenergie in Bremerhaven.“

→ Die angestrebten Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.CDU.2019-SÖT-27

„Deiche und ihr Hinterland sind für unser Landschaftsbild in Norddeutschland prägend. Sie erfüllen nicht nur wichtige Schutzfunktionen, sondern sind darüber ein Teil Naherholung, Landwirtschaft und wichtiger Lebensraum für eine spezielle Flora und Fauna. Ihre Pflege und ihr Erhalt sind deshalb für uns Daseinsvorsorge und Naturschutz in gleicher Weise. Dazu wollen wir diese Landschaften nicht nur konventionell, sondern auch vor neuen Bedrohungen schützen: ‚Prädatoren‘ (räuberische Tiere mit schädlichem Beutetrieb) und ‚invasive Pflanzen‘ (sich schädlich ausbreitende Pflanzenarten) stellen zunehmend eine solche dar, der wir gemeinsam mit Landwirtschaft, Deichverbänden und Jägerschaften auch überregional entgegentreten müssen.“

→ Es werden also einzelne sozial-ökologische Transformationen bzgl. der Landschaften angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.CDU.2019-SÖT-28

„Wir wollen deshalb, wo immer möglich, jeden abgehenden Baum ersetzen. Es gehört aber auch dazu, den Pflegezustand und die Qualität von natürlich genutzten Flächen für Umwelt, Stadt und Menschen zu erhalten und wo notwendig zu verbessern, ihren Bestand uneingeschränkt sicherzustellen und die Nutzung so zu regeln, dass der Schonung der Natur im Zweifel Vorrang eingeräumt wird. Deshalb lehnen wir private Partys oder Veranstaltungen auf Flächen, die hauptsächlich der Erholung und Freizeitgestaltung der Allgemeinheit dienen sollen, ab.“

→ Die Verbesserungen bzgl. der Umwelt sind einzelne sozial-ökologische Transformationen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.CDU.2019-SÖT-29

„Wir wollen gemeinsam mit den Kleingartenvereinen darüber sprechen, welche brachliegenden Flächen im Einvernehmen einer anderen Nutzung zugeführt werden können. Gleichzeitig werden wir anregen, die Regeln zur Bewirtschaftung von Kleingärtenflächen zu überdenken.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind einzelne sozial-ökologische Transformationen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.CDU.2019-SÖT-30

„Wir wollen, wenn es die Infrastruktur zulässt, nach und nach alle Dächer öffentlicher Gebäude begrünen und/oder für die Erzeugung von Energie durch Photovoltaik und Solarthermie (mindestens 100 Anlagen bis 2023) einsetzen und auch bei gewerblichen Infrastrukturen für eine entsprechende (zusätzliche) Nutzung werben. Für private Bauherren werden wir für die freiwillige Begrünung ihrer Immobilie ein Förderprogramm auflegen.“

→ Die Änderung der dieser Nutzungsweise der Dächer ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.CDU.2019-SÖT-31

„Wir werden eine zuverlässige Müllentsorgung gewährleisten, deren Dienstleistungen sich gleichermaßen an den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Umweltschutzes orientieren müssen.“

→ Die Orientierung der Müllentsorgung am Umweltschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.CDU.2019-SÖT-32

„Unsere politischen Ziele bleiben die Einhaltung der vereinbarten Klimaziele und die deutliche Reduzierung der CO<sup>2</sup>-Emission. D.h.: Die bis 2020 zu erwartende ungefähre Reduzierung von 13% im Vergleich zu 1990 muss deutlich gesteigert werden, und sich an der geplanten (und weiterhin notwendigen) Zielmarke von 40% orientieren. Dazu wollen wir eine gleichermaßen wirtschaftlich wie sozial- und umweltverträgliche Energiewende und insbesondere bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Bremen vom Netz nehmen, und auch auf der Bundesebene auf entsprechende Rahmenbedingungen hinwirken. Hierbei setzen wir einerseits auf Energieeinsparungen, umweltverträgliche Energieproduzenten und ein durch die Digitalisierung effektiver gesteuertes Energiemanagement. Und dazu wollen wir andererseits die allgemeine, insbesondere aber energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude verstärken. Einen Beitrag dazu sehen wir auch im Bau der Fernwärmeleitung vom Müllheizkraftwerk in die Vahr.“

→ Alle Maßnahmen zum Klimaschutz sind zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.CDU.2019-SÖT-33

„Windenergie spielt als Energieträger und als regionale industrielle Kompetenz eine wichtige Rolle, an deren herausragender Bedeutung für die Energieproduktion für die Zukunft nach unserer Auffassung nicht zu zweifeln ist. In einem norddeutschen Verbund werden wir die Potentiale der Offshore-Energie verstärkt nutzen, uns für den Ausbau von Offshore-Parks einsetzen und, für einen verbesserten Energietransfer, den Ausbau der Energienetze in der Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern unterstützen. Wir wollen, das Bremen und Bremerhaven auch zukünftig Kompetenzzentren für Windenergie bleiben. Dazu bedarf es eines vernetzten Handelns des Landes mit und in Richtung des Bundes und der anderen Länder, das aktiv zu betreiben sein wird. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Beschränkung der Ausbauziele abzuschaffen.“

→ Der Ausbau der Windenergie ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.CDU.2019-SÖT-34

„Um (temporäre) Stromüberschüsse, insbesondere aus der Windenergie aber auch aus der Industrie, besser nutzen und speichern zu können, das Stromnetz in Zeiten stark schwankender Stromproduktion aus erneuerbaren Energien stabil zu halten und umweltfreundliche Mobilität zu ermöglichen, streben wir ein Modellvorhaben zur Kopplung der Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und Privathaushalte über die sogenannte Power-to-X-Technologie an.“

→ Der Umstieg auf Erneuerbare Energieträger ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.CDU.2019-SÖT-35

„Insbesondere die Busflotten der BSAG und von BremerhavenBus eignen sich zum Einsatz von mithilfe von Ökostrom produziertem Wasserstoff, Methangas bzw. Diesel. E-Fuels können auch als Schiffsdiesel bzw. Flugbenzin zum Einsatz kommen. Für Power-to-Heat-Verfahren könnten die in den beiden Stadtgemeinden bestehenden Fernwärmenetze genutzt werden.“

→ Der Umstieg auf Erneuerbare Energieträger ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.CDU.2019-SÖT-36

„Die Verschmutzung der Weltmeere durch Plastikmüll stellt eines der vordringlichen umweltpolitischen Probleme unserer Zeit dar. Wir unterstützen daher das Anliegen der EU-Kommission mittelfristig bestimmt Plastikprodukte zu verbieten. Dieses wird alleine aber nicht ausreichen. Wir werden daher auf lokaler Ebene gezielt Projekte fördern, die das Ziel haben, weitere Plastikprodukte zu ersetzen. Ferner werden wir auf Bundesebene eine Initiative auf den Weg bringen, um auf bestimmte Produkte aus Plastik (wie z.B. Tüten) eine Abgabe erheben zu können, damit deren Produktion und Verwendung möglichst unattraktiv wird. Wir werden ebenfalls versuchen, Einwegverpackungen aller Art in Bremen drastisch zu reduzieren.“

→ Das generelle Vorgehen gegen Plastikmüll ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52, HB-WP.CDU.2019-SÖT-37

„Sport fördert auch die Begegnung von Menschen. Dazu wollen wir neue und originelle Formen der sportlichen Betätigung vordenken, ermöglichen oder ausweiten wie z.B. durch den Bau attraktiver und moderner Bewegungsinselfen an der Weser oder auch eines schwimmenden Schwimmbades in der Weser.“

→ Die Baumaßnahmen sind einzelne sozial-ökologische Transformationen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, HB-WP.CDU.2019-SÖT-38

„Mit einer Lenkung des Verbraucherinteresses hin zu einem Konsum mehr unter den Aspekten von Gesundheit und Fairness, leistet der Verbraucherschutz auch einen Beitrag hin zu mehr Nachhaltigkeit und Transparenz im Spannungsfeld von Produktion, Handel und Endverbrauch. Gleichzeitig leisten Gewerbeaufsicht und Lebensmittelüberwachung ihrerseits unverzichtbare Beiträge zum Verbraucherschutz. Diese Einrichtungen wollen wir, z.B. durch eine bedarfsgerechte Anpassung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale, stärken.“

→ Der Umstieg auf nachhaltigen Konsum ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53, HB-WP.CDU.2019-SÖT-39

„Wir wollen deshalb hier einen Schwerpunkt im Verbraucherschutz und in der gesundheitlichen Prävention setzen und dazu

27.2.1 Verbraucherbildung und Grundsätze guter Ernährung in den Inhalten der Lehramtsausbildung breiteren Raum geben,

27.2.2 die offensive Nutzung regionaler Lebensmittel fördern und diese in öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Kitas oder Krankenhäusern verstärkt einsetzen,

27.2.3 darauf hinwirken, die Transparenz und Verständlichkeit von Lebensmittelkennzeichnungen weiter zu fördern,

27.2.4 gute Ernährung und Wertschätzung für gesunde Lebensmittel und ihrer Produktion insbesondere in Kitas und Schulen mehr und lebenspraktischer als bisher, z.B. durch gemeinsames Kochen oder die Pflege eines Schulgartens, vermitteln, und“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.CDU.2019-SÖT-40

„Wichtig ist aber, dass der Beitrag zur nachhaltigen Produktion gesunder Lebensmittel als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge mehr als bisher wertgeschätzt wird. Wir verstehen ortsnah hergestellte Lebensmittel als Beitrag zur Vermeidung von großen Lieferentfernungen und somit als Beitrag zum Umweltschutz.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.CDU.2019-SÖT-41

„Dazu gehört, die gesamte Breite des landwirtschaftlichen Erwerbs, auch die Viehhaltung, zu erhalten und besser als bisher zu fördern. Die Einführung einer ‚Weideprämie‘ zur gleichzeitig artgerechten wie wirtschaftlichen Haltung von Rindern ist dazu ein Beispiel.“

→ Die Weideprämie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.CDU.2019-SÖT-42

„Urbanität und Stadtentwicklung dürfen die Entwicklung unserer Landwirtschaft nicht immer mehr einschränken. Wir werden gemeinsam mit den Betroffenen prüfen, welche geltenden Regelungen im Landschaftsprogramm und im Flächennutzungsplan hierbei schaden und sie ggf. zurücknehmen. In der landwirtschaftlichen Nutzung von Flächen und in der Ausgestaltung von Richtlinien zur Bewirtschaftung wollen wir eng mit dem umgebenden Niedersachsen zusammenarbeiten. Wir sind zudem der Auffassung, dass ökonomisch wichtige Landwirtschaftsflächen nicht mehr zu Ausgleichsflächen erklärt werden sollen. Stattdessen sollen bestehende Ausgleichsflächen aufgewertet werden.“

→ Die Veränderungen sind in der Praxis einzelne sozial-ökologische Transformationen im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 58, HB-WP.CDU.2019-SÖT-43

„Tiere als Mitgeschöpfe haben für uns eigene Rechte. Ihr Schutz ist Teil unserer Verantwortung für Natur und Umwelt. Für viele Bremer und Bremerinnen ist das Halten von Tieren ein Teil ihres Lebens, sei es als Wegbegleiter oder auch im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung. Sie vor vermeidbarem Leid zu bewahren und wo immer auf eine artgerechte Haltung hinzuwirken, empfinden wir als Kernaufgaben zeitgemäßen staatlichen Tierschutzes.“

→ Die Umsetzung artgerechter Haltung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich des Tierschutzes.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, HB-WP.CDU.2019-SÖT-44

„Wer Tiere hält, übernimmt Pflichten. Viel zu häufig werden Tiere aufgegriffen, die entlaufen oder aber auch ausgesetzt wurden. Um Tiere schneller einem Halter zuordnen zu können, setzen wir uns für eine allgemeine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen im Lande Bremen ein.“

→ Die Umsetzung dieser Pflichten ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich des Tierschutzes.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59f., HB-WP.CDU.2019-SÖT-45

„Ganz gleich ob es um die Betreuung oder Förderung von Menschen, das Engagement für eine lebenswerte Umwelt, die Bewahrung von Brauchtum und Tradition oder auch die Unterstützung von Kreativität, Kunst und Kultur geht. Wir werden ehrenamtliches Engagement als ein Kennzeichen hanseatischen Selbstbewusstseins und Bürgersinns nach Kräften unterstützen und sichtbar wertschätzen.“

→ Mit dem Engagement soll das Ziel einer lebenswerten Umwelt teilweise umgesetzt werden, sodass die Förderung eine einzelne sozial-ökologische Transformation zur Folge hat.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.4.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD**

S. 6, HB-WP.SPD.2019-SÖT-1

„Wir werden neue Quartiere als Wohn- und Lebensorte entwickeln: Mehr Raum zum Wohnen wird in Bremerhaven am Ackmann, in der Seilerstraße in Grünhöfe und im Werftquartier entwickelt, im Bremer Norden in Blumenthal an der Weser, in Woltmershausen, in Hemelingen, am Hulsberg – und ja, das wollen wir auch im Rennbahnquartier. Unsere neuen Quartiere bieten Platz für viel Grün UND für Familien.“

→ Die Neubauten sind mit einzelnen sozial-ökologischen Transformationen verbunden.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 7, HB-WP.SPD.2019-SÖT-2

„Wir wollen eine moderne Verkehrspolitik – für alle. Auch für die Umwelt.“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8, HB-WP.SPD.2019-SÖT-3

„Wir werden den Autobahnring mit der A281 vollenden.“

→ Der Neubau ist eine stoffliche sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.SPD.2019-SÖT-4

„Die erfolgreichen Projekte des sozialen Arbeitsmarkts wie PASS (vgl. Programmteil 'Gute Arbeit für alle') sollen weiterhin einen starken Stadtteilbezug bekommen – durch die Auswahl der Teilnehmenden, aber auch dadurch, dass die Projekte zur Infrastruktur und Lebensqualität im Quartier beitragen, bspw. zur Sauberkeit oder Pflege der Grünflächen. Insbesondere die im Bremer Norden erstmals eingesetzten ‚Umweltwächter‘ haben sich bewährt. Wir werden diese sinnvolle Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen als kommunale Aufgabe übernehmen und auf alle Stadtteile ausfächern, damit sowohl die Schönheiten unserer Quartiere als auch unsere Forderung nach guter Arbeit mit Leben erfüllt werden.“

→ Die Umweltqualität soll durch die „Umweltwächter“ insgesamt verbessert werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.SPD.2019-SÖT-5

„Dazu ist es nötig, auch im Bereich der medizinischen Versorgung, aufsuchende Angebote zu stärken und auszubauen. Dazu gehört auch das Projekt der ‚Krankenstube für Obdach- und Wohnungslose‘. Weil ihre tierischen Begleiter oftmals die engsten und einzigen Weggefährten der betroffenen Menschen darstellen, soll eine Mitnahme der tierischen Begleiter ermöglicht werden.“

→ Weil Tiere als etwas Natürliches zu definieren sind, findet aufgrund des veränderten Umgangs mit ihnen in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation statt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.SPD.2019-SÖT-6

„Der Klimaschutz erfordert globale Maßnahmen. Der europäische CO2-Zertifikate-Handel ist richtig, nur müssen diese Regelungen weltweit umgesetzt werden, wenn sie die gewünschte Wirkung entfalten sollen. Um ein CO2-Dumping mit einem Anstieg der weltweiten CO2-Emissionen zu verhindern, müssen Importstähle mit einer CO2-Abgabe belegt werden: Wir unterstützen daher die von der EU ergriffenen Anti-Dumping-Maßnahmen und fordern auch bei Importstählen CO2-Abgaben einzuführen.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.SPD.2019-SÖT-7

„Mit Leuchtturmprojekten wie dem Center for Ecoefficient Materials (EcoMaT), an dem sich wichtige industrielle und wissenschaftliche Akteure beteiligen, und der Nutzung des neu eingerichteten Mittelstand 4.0.-Kompetenzzentrums Bremens wollen wir die Integration von Innovations- und Industriepolitik fortschreiben, mit der die bremischen Cluster mit ihrer industriellen Basis und der innovativen Ausrichtung ein hoch attraktives Alleinstellungsmerkmal entwickelt haben.“

→ Die generelle Steigerung der Ökoeffizienz wird angestrebt, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46f., HB-WP.SPD.2019-SÖT-8

„Insbesondere die Beschlüsse für die Planung der nächsten Ausbaustufen des Gewerbeparks Hansalinie sind erfolgt – das ist wichtig für die Entwicklungspotentiale des Automobilstandorts und die Ansiedlung wichtiger Zulieferer. Die weiteren Planungen des Ausbaus des Gewerbeparks Hansalinie sowie die zügige Umsetzung der Erschließung einschließlich eines weiteren Autobahnanschlusses haben für uns deshalb höchste Priorität. Weitere große Flächenpotenziale werden wir im Bremer Industriepark erschließen, der durch die in Umsetzung befindliche Weserquerung der A 281 weiter an Attraktivität gewinnen wird.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.SPD.2019-SÖT-9

„Mit dem Gewerbegebiet Achim-West kann es erstmals eine länderübergreifende, gemeinsame Erschließung von Gewerbeflächen in Bremen und dem benachbarten Niedersachsen geben.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.SPD.2019-SÖT-10

„Darüber hinaus wird es zur Schaffung von Erweiterungsmöglichkeiten insbesondere für die Luft- und Raumfahrtindustrie ein Schwerpunktprojekt in der nächsten Legislaturperiode sein, auf dem Gebiet südlich der Startbahn des Flughafens sowie entlang der Trasse des Bauabschnitts 2.2. der A281 eine Gewerbeflächenentwicklung auf den Weg zu bringen.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 47, HB-WP.SPD.2019-SÖT-11

„Unsere Flächenpolitik wird weiter sowohl die Verdichtung, Neu- und Umnutzung innerstädtischer Gewerbeflächen unter dem Gesichtspunkt ‚produktive Stadt‘ als auch die Erschließung neuer Flächen beinhalten.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.SPD.2019-SÖT-12

„Die Planung des Wertquartiers in Bremerhaven zwischen Geestemünde und Fischereihafen für Ansiedlungen von wissenschaftlichen Einrichtungen, hochwertigen Dienstleistungen, Gastronomie, Freizeiteinrichtungen und hochwertigem Wohnen ist auch aus Landessicht ein Schwerpunktprojekt für Bremerhaven, ebenso wie die Fortführung der gewerblichen Erschließung des Fischereihafens West inklusive der Kajenanlagen zum Fischereihafen und die weitere gewerbliche Erschließung der Luneplate. Hierzu haben wir in der laufenden Legislaturperiode bereits die notwendigen Beschlüsse zur planungsrechtlichen Absicherung und fortlaufenden Erschließung dieser rund 160 ha großen Entwicklungsfläche gefasst.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.SPD.2019-SÖT-13

„Dort wollen wir die Erschließung eines Gewerbegebietes ‚Lune Delta‘ und den Bau eines Gründer- und Gewerbezentrums für Unternehmen aus dem Bereich der ‚Green Economy‘ unter Berücksichtigung von ökologischen Kriterien als überregional wahrnehmbare Vorzeigeprojekte vorantreiben“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.SPD.2019-SÖT-14

„Die Vertiefung von Außen- und Unterweser stellt für uns eine notwendige Maßnahme zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen und der Hafenwirtschaft dar. Gemeinsam mit dem Bund und dem Land Niedersachsen setzen wir uns weiter intensiv für die erfolgreiche Umsetzung der Planungen zur langfristigen Absicherung der notwendigen Fahrrinntiefen ein.“

→ Die Vertiefung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.SPD.2019-SÖT-15

„Die Realisierung des Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) wird als starker Beitrag für die Erreichung der Ziele der Energiewende fortgesetzt. Für uns steht fest: Die Energiewende wird nur mit einem verstärkten Ausbau der grundlastfähigen Offshore-Windenergie gelingen. Dieser muss auf Bundesebene zügig vorangetrieben werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.SPD.2019-SÖT-16

„Auf der Luneplate schaffen wir darüber hinaus über 200 Hektar zusätzliche Gewerbeflächen. Mit der Realisierung des OTB und dem Zugang zum seeschifftiefen Wasser findet die ‚Green Economy‘ hier optimale Bedingungen.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.SPD.2019-SÖT-17

„In der laufenden Legislaturperiode haben wir insbesondere im Industriehafen durch Vertiefungen sowie eine Verbreiterung des Einfahrtsbereichs des Hüttenhafens viel für eine bessere Erreichbarkeit durch größere Schiffe getan. Diese Anstrengungen werden wir fortsetzen.“

→ Die Vertiefungen und Verbreiterungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.SPD.2019-SÖT-18

„Die begonnene greenports-Strategie mit dem Ziel einer deutlichen Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir fortsetzen.“

→ Die Absenkung der Emissionen in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.SPD.2019-SÖT-19

„Wir wollen die Schaffung einer umweltfreundlichen Energieversorgung während der Hafенliegezeiten unterstützen und dafür Konzepte und Pilotprojekte entwickeln.“

→ Der Umstieg auf Umweltfreundlichkeit in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.SPD.2019-SÖT-20

„Weitere Projekte wie die langfristige Sicherung von Erweiterungsflächen für den Fischereihafen Bremerhaven, den Ausbau der Zufahrt zum Fischereihafen (Geestemole) sowie den Bau der Westkaje im Labradorhafen werden wir in der kommenden Wahlperiode vorantreiben.“

→ Flächenpolitisch ist dies zusammen eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 57, HB-WP.SPD.2019-SÖT-21

„Hierzu werden wir eine Gesamtstrategie für die Zusammenarbeit zwischen diesen Instituten und der Hochschule Bremerhaven entwickeln und den schwerpunktmäßigen Ausbau der Hochschule eng an den zukunftssträchtigen Wirtschaftsstrukturen der Region ausrichten, insbesondere bei Speichertechnologien wie Wasserstoff sowie der digitalen Steuerung der Energieumstellung im Rahmen eines landesweiten Energieforschungsverbundes mit Testfeld Luneplate.“

→ Die angestrebte Energieumstellung ist in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, HB-WP.SPD.2019-SÖT-22

„Potenziale für solche neuen Wohnungsbauflächen sehen wir insbesondere im neuen Rennbahn-Quartier und im Vorderen Woltmershausen, aber auch in Hemelingen (insbesondere Könecke und Coca-Cola) und in Oberneuland (zwischen Wohnpark Oberneuland und Eisenbahn/Rockwinkler Landstraße bei Absicherung und Ausweitung des Achterdiekparcs) sowie in Gröpelingen (Fläche der Reihersiedlung und Plangebiet des ehemaligen VE 32/Tucholskystraße). Wie im Flächennutzungsplan bereits angelegt, wollen wir zudem am Rande der Osterholzer Feldmark im Umfeld des Haltestellenpunktes Mahndorfes ein integratives Konzept für Wohnen, Sport, Freizeit und Erholung entwickeln und umsetzen.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 61, HB-WP.SPD.2019-SÖT-23

„Das neue Rennbahnquartier wollen wir als Zukunftsquartier gemeinsam mit den Beiräten Heme-lingen und Vahr, den Anrainerinnen und Anrainern, den an der Weiterentwicklung der betroffenen Stadtteile und anderen wohnungsbaupolitisch Interessierten gestalten. Für mehr und für alle frei zugängliches Grün, für mehr Naherholungs- und Sportflächen und für bezahlbaren Wohnraum. Dabei wollen wir für Grünflächen, Gewässer, Freizeit und Sport ungefähr 50 Prozent der rund 35 ha großen Fläche von Bebauungen freihalten. Auf 50 Prozent wollen wir einen Mix unterschiedlicher Bebauungen realisieren“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, HB-WP.SPD.2019-SÖT-24

„Das Bauen muss wieder attraktiver für Privatpersonen – und auch für Projekte des gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnens – werden und darf nicht nur Bauträgern überlassen werden. Wir brauchen daher im größeren Umfang bauträgerfreie Grundstücke auf von der Gemeinde erschlossenen Flächen.“

→ Die Ermöglichung von Neubauten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 63, HB-WP.SPD.2019-SÖT-25

„Zu zentralen Erneuerungsprozessen mit gesamtstädtischer Bedeutung zählen vor allem die Innen-stadtentwicklung, die Entwicklung neuer großer Gebiete wie bspw. der Übersee-Insel oder dem Rennbahn-Quartier, eine zukunftsfähige Verkehrsplanung sowie erhebliche Anstrengungen beim Ausbau sozialer Infrastruktur, insbesondere im Schul- und Kitabau.“

→ Die Neubauten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, HB-WP.SPD.2019-SÖT-26

„Wir halten an der rationalen Drogenpolitik des Senats fest. Dazu gehört, dass wir auf Bundesebe-ne weiter für eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes kämpfen werden, um Cannabis zu legali-sieren und die kontrollierte Abgabe an Erwachsene zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir weiter unsere erfolgreiche Prävention fortsetzen und stärken. Wir setzen uns für ein Verbot von Werbung für Tabakprodukte, E-Zigaretten und Alkohol ein.“

→ Es wird ein anderer Umgang mit natürlichen Substanzen und damit eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, HB-WP.SPD.2019-SÖT-27

„Die Vollendung des Autobahnringes durch die A 281 ist für Bremen ein zentrales wirtschaftspo-litisches Projekt.“

→ Der Neubau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76, HB-WP.SPD.2019-SÖT-28

„Der Warentransport in Deutschland ist zu sehr auf die LKW-Verkehre orientiert. Wenn wir die Um-weltziele erreichen wollen, ist eine stärkere Umsteuerung auf die Schiene unerlässlich.“

→ Die Umsteuerung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 77, HB-WP.SPD.2019-SÖT-29

„Verknüpft mit weiteren Maßnahmen zur Förderung der Verkehrsvermeidung muss dies in ein ‚Anti-Stau-Konzept‘ münden, das die hohe Belastung von Mensch und Umwelt durch lange und häufige Staus vermeidet oder zumindest einschränkt.“

→ Die Umweltbelastung soll durch diesen Aspekt verringert werden, was in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 78, HB-WP.SPD.2019-SÖT-30

„Wir wollen mittelfristig eine emissionsfreie ÖPNV-Busflotte erreichen; u. a. durch einen verstärkten Einsatz von Elektromobilität. Zur Unterstützung sollen hierfür auch GVFG- und Regionalisierungsmittel eingesetzt werden. Neue emissionsarme Busse, wie z. B. elektrisch oder wasserstoffbetriebene, werden wir dabei vorrangig auf Linien mit starken Emissionsbelastungen einsetzen.“

→ Die Emissionsreduktion ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 78, HB-WP.SPD.2019-SÖT-31

„Der Masterplan GreenCity bietet hier eine erste wichtige Grundlage.“

→ Bremen soll sich generell grün bzw. ökologisch entwickeln, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 79, HB-WP.SPD.2019-SÖT-32

„Unser Ziel ist es, in Bremen eine regelmäßige **Fährverbindung** zwischen der Überseestadt, Woltmershausen, Gröpelingen und perspektivisch dem Bremer Norden einzurichten.“ (Herv. i. O.)

→ Die Einrichtung der Verbindung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 80, HB-WP.SPD.2019-SÖT-33

„Wir wollen daher den Radverkehr als umweltfreundliche, gesunde und günstige Verkehrsart, aber auch als zunehmenden Tourismuszeitweiger weiter fördern, um noch mehr Menschen für den Umstieg zu gewinnen.“

→ Der Umstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, HB-WP.SPD.2019-SÖT-34

„Das in Bremen angebotene Carsharing-System soll ausdifferenziert werden. Dabei sind auch elektromobile Konzepte zu berücksichtigen.“

→ Der Umstieg auf Elektromobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, HB-WP.SPD.2019-SÖT-35

„Wir wollen bessere Rahmenbedingungen bei Park-and-Ride-Parkplätzen und dortige Lademöglichkeiten für E-PKWs, E-Bikes und Pedelecs sowie Verbesserung der Abstellmöglichkeiten und Umsteigemöglichkeiten schaffen.“

→ Der Umstieg auf Elektromobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, HB-WP.SPD.2019-SÖT-36

„Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch Treibhausgase und der davon ausgelöste Wandel des Klimas bedrohen das Leben auf unserem Planeten in einer bislang nicht gekannten Weise. Die weitere Emission von Kohlendioxid und anderer schädlicher Gase drastisch zu reduzieren und bis spätestens Mitte dieses Jahrhunderts gänzlich zu stoppen, ist deshalb eine überragende und drängende Herausforderung und Aufgabe, vor der wir stehen.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81f., HB-WP.SPD.2019-SÖT-37

„Diese Aufgabe erfordert nationale und internationale Anstrengungen, aber auch das entschiedene Handeln vor Ort. Sie ist zugleich nicht nur eine ökologische und ökonomische, sondern auch eine tiefest soziale Herausforderung. Denn wir wissen: die negativen Folgen des Klimawandels werden zwar alle Menschen treffen; sie werden aber vor allem die Schwächeren in der Gesellschaft belasten, weil sie sich individuell weniger schützen können. Umgekehrt gilt aber auch: die notwendigen Schutz- und Anpassungsmaßnahmen dürfen, wenn sie erfolgreich sein sollen, nicht zu Lasten der einkommensschwächeren Haushalte gehen. Die Kosten müssen vielmehr vorrangig von den stärkeren Schultern in unserer Gesellschaft getragen werden. Wichtig für uns ist deshalb auch, dass Maßnahmen zum Klimaschutz, die zum Abbau von Arbeitsplätzen führen, finanziell flankiert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen oder zumindest sozialverträgliche Lösungen zu finden.“

→ Die klimapolitischen Maßnahmen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 82, HB-WP.SPD.2019-SÖT-38

„Wir teilen die Auffassung, dass die Preise für Produkte und Dienstleistungen, bei deren Herstellung CO<sub>2</sub> anfällt, weltweit steigen müssen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss so teuer werden, dass klimafreundliche Materialien, Technologien und Verhaltensweisen auch preislich attraktiver werden als ihre klimaschädlichen Alternativen. Wir halten es aber für falsch und kontraproduktiv, wenn gezielte Belastungen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes angestrebt werden, ohne sie in sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht zu flankieren.“

→ Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll generell reduziert werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 82, HB-WP.SPD.2019-SÖT-39

„Maßnahmen, die fossile Energien verteuern, treffen überproportional die unteren Einkommenschichten.“

→ Die angestrebte spezifische Verteuerung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 82, HB-WP.SPD.2019-SÖT-40

„Einnahmen aus solchen CO<sub>2</sub>-Verteuerungen sollen deshalb nicht beim Staat verbleiben, sondern größtenteils an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen. Wir werden uns dafür im Bund einsetzen, dass ein solcher sozialer Ausgleichsmechanismus eingeführt wird. Gezielte Verteuerungen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland oder Europa bergen zudem das Risiko, dass der Wettbewerb zugunsten von Unternehmen verzerrt wird, die in anderen Ländern ansässig sind und dort ohne oder mit geringeren CO<sub>2</sub>-Abgaben produzieren können. Bei solchen Verzerrungen droht die Gefahr, dass insbesondere energieintensive Betriebe ihre Produktion an ökologisch kostengünstigere Standorte verlagern. Im Ergebnis wäre dadurch für den globalen Klimaschutz nichts gewonnen, im Gegenteil.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 82, HB-WP.SPD.2019-SÖT-41

„Eine mögliche Lösung könnte darin bestehen, das derzeitige Instrument der CO<sub>2</sub>-Zertifikate ganz oder teilweise durch eine EU-weite CO<sub>2</sub>-Steuer zu ersetzen. Bei einer solchen steuerlichen Lösung wäre zugleich ein Grenz-Steuerausgleich zu schaffen, der aus Drittländern importierte Produkte in der gleichen Weise belastet wie innerhalb der EU hergestellte Produkte. Damit würde auf der Einfuhrseite ein wirksamer Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen geschaffen, wenn innerhalb der EU über eine CO<sub>2</sub>-Steuer ein verstärkter Anreiz zum CO<sub>2</sub>-Einsparen gesetzt würde. Anders als die CO<sub>2</sub>-Zertifikate könnte eine solche EU-weite CO<sub>2</sub>-Steuer auch so gestaltet werden, dass sie keine negativen Wettbewerbsverzerrungen für europäische Exporteure auf Drittmärkten bewirken würde.“

→ Eine generelle CO<sub>2</sub>-Steuer ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 83, HB-WP.SPD.2019-SÖT-42

„Wir werden uns deshalb im Bund und in Europa dafür einsetzen, dass auch diese Idee eines außenwirtschaftlich flankierten Klimaschutzes diskutiert und geprüft wird. Denn gerade als großer Industriestandort und Standort eines energieintensiven Stahlwerkes hat Bremen ein großes Interesse daran, dass CO<sub>2</sub>-Verteuerungen nicht unbedachter Weise Unternehmensverlagerungen auslösen, die kontraproduktiv für den Klimaschutz wären und die die wirtschaftliche Basis Bremens schwächen würden.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 83, HB-WP.SPD.2019-SÖT-43

„Eine industriell nutzbare Technologie zur CO<sub>2</sub>-ärmeren bzw. -freien Rohstahlproduktion ist zurzeit in der Erforschung. Bremen ist in Wissenschaft und Forschung hervorragend aufgestellt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Unternehmensführungen sowie Wissenschaftlerinnen und wissenschaftler intensiv ausloten, welche ökologisch und ökonomisch sinnvollen Maßnahmen in lokaler Kooperation erforscht und entwickelt werden können. Entsprechende Projekte zum Wissenstransfer werden wir unterstützen.“

→ Die Veränderung der Rohstahlproduktion mit dem Zweck der Emissionsreduktion ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 83, HB-WP.SPD.2019-SÖT-44

„Flankierend werden wir uns auf Ebene des Bundes und der EU dafür stark machen, dass die Forschung und Entwicklung für emissionsärmere und emissionsfreie industrielle Verfahren – insbesondere auch in der Stahlproduktion – verstärkt gefördert werden. Denn auch die Stahlproduktion braucht eine Zukunft in einem klimaneutralen Europa – und damit auch in Bremen.“

→ Die generelle Emissionsreduktion ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 83, HB-WP.SPD.2019-SÖT-45

„Ein weiterer zentraler Baustein für einen erfolgreichen Klimaschutz ist der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und vor allem aus der Kohleverstromung. Wir begrüßen daher die Absicht des bremischen Energieerzeugers swb, baldmöglichst die verbliebenen Kohlekraftwerksblöcke zu schließen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 83, HB-WP.SPD.2019-SÖT-46

„Der Kohleausstieg muss durch einen weiteren Ausbau Erneuerbarer Energiegewinnung flankiert werden. Im Bund werden wir uns daher – gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern – weiterhin dafür stark machen, dass die Potentiale der Offshore-Windenergie rascher und in größerem Maße genutzt werden. Die Ausbauziele für die Windenergie im Meer müssen wieder nach oben gesetzt werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 83, HB-WP.SPD.2019-SÖT-47

„Dafür sprechen nicht nur alle Bedarfsargumente, sondern insbesondere auch der drastische Preisverfall bei der Installation von Offshore-Windparks. Für einen verstärkten Ausbau der Offshore-Windenergie werden wir uns auch einsetzen, um die Windenergie-Branche in Bremen und vor allem in Bremerhaven bei ihrem Beitrag zur Energiewende zu unterstützen.“

→ Der Ausbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 84, HB-WP.SPD.2019-SÖT-48

„Bei der Sanierung des Gebäudebestandes und beim Neubau wollen wir als öffentliche Hand Vorreiter bleiben. Besonders wichtig bleibt die Verbesserung der Energieeffizienz bei privaten und betrieblichen Gebäuden.“

→ Die Erhöhung der Energieeffizienz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 84, HB-WP.SPD.2019-SÖT-49

„Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist unter anderem ein ressourcenschonendes Bauen. Holz ist ein nachhaltiger Baustoff, der nachwächst. Orientiert an anderen Großstädten werden wir daher ein Förderprogramm für den Holzbau aus nachhaltiger Holzwirtschaft entwickeln und die Landesbauordnung für Holzbauten entsprechend novellieren.“

→ Die Ausrichtung auf Holzbauten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 84, HB-WP.SPD.2019-SÖT-50

„Neben dem Schutz des Klimas müssen wirksame Anpassungsmaßnahmen an ein sich wandelndes Klima entwickelt werden. Konkret wird es dabei vor allem darum gehen, Vorsorge für einen steigenden Meeresspiegel sowie die Zunahme von Extremwetterereignissen zu treffen.“

→ Die generelle Anpassung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 84, HB-WP.SPD.2019-SÖT-51

„Wir werden deshalb weiterhin mit den Deichverbänden dafür Sorge tragen, dass die Maßnahmen des Generalplans Küstenschutz planmäßig umgesetzt werden. An attraktiven Örtlichkeiten, wie zum Beispiel dem Vegesacker Hafen, müssen dabei besondere Einzellösungen möglich sein, die den nötigen Schutz unter der Beibehaltung der Attraktivität gewährleisten.“

→ Der Küstenschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, HB-WP.SPD.2019-SÖT-52

„Mit der in 2018 beschlossenen Anpassungsstrategie für den Klimawandel liegt zudem ein langfristiger Handlungsrahmen vor, wie unser Land mit seinen beiden Städten hinreichend robust für die klimatischen Änderungen und deren Folgen werden kann. In diesem Konzept werden 19 Strategieziele für Mensch, Umwelt und Gebäude- sowie Infrastruktur formuliert und 28 Schlüsselmaßnahmen beschrieben, die von der Vorsorge vor Kanalüberflutungen über Konzepte für Regenwasser, Stadtbäume, Dach- und Freiflächenbegrünungen bis hin zu Auskunfts-, Informations- und Umsetzungsmanagementsystemen reichen. Wir werden diese Schlüsselmaßnahmen in den kommenden Jahren nach und nach umsetzen.“

→ Die generelle Anpassung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, HB-WP.SPD.2019-SÖT-53

„Der ‚Masterplan Green City‘ enthält eine Vielzahl von Projekten zur Verbesserung der Luftqualität und zur Einsparung von CO<sub>2</sub>. Wir werden den ‚Masterplan Green City‘ schrittweise umsetzen und wollen in diesem Zusammenhang den Bremer Norden zu einer ersten Modellregion für E-Mobility entwickeln. Zum Klimaschutz und zur Reinhaltung der Luft ist es notwendig, die Automobilindustrie für den Einbau von Stickoxid mindernden Systemen in Alt- und Neufahrzeugen in die Pflicht zu nehmen.“

→ Bremen als GreenCity zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 85, HB-WP.SPD.2019-SÖT-54

„Die Einrichtungen der Umweltbildung in den Bremer Stadtteilen (unter anderem die Ökologie-Station in Schönebeck oder Arbeit & Ökologie in Huchting) sind für uns gelungene Projekte sozialer Umweltpolitik. Sie ermöglichen es Kindern und Jugendlichen, miteinander in der Natur und im Garten zu lernen, zu forschen, zu spielen und umweltschützende Handlungskompetenzen zu erfahren – gerade auch für diejenigen, die in Stadtteilen mit weniger Grünflächen aufwachsen oder deren Eltern sich keinen Garten leisten können. Wir werden das bewährte Konzept stadtteilorientierter Bremer Einrichtungen für außerschulische Umweltbildung deshalb weiterhin absichern und die Einrichtungen dabei unterstützen, Kooperationen mit Schulen und KiTas auszuweiten. Dabei wollen wir insbesondere auch das große und für Naturerlebnisse besonders geeignete Gelände der Ökologiestation in Bremen-Schönebeck noch stärker für Kinder aus Kitas und Grundschulen aus den umliegenden Stadtteilen erschließen.“

→ Genereller Umweltschutz soll über die Bildung erreicht werden, was im Ergebnis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, HB-WP.SPD.2019-SÖT-55

„Zur Lebensqualität vor Ort gehören auch saubere Stadtteile. Das Projekt der ‚Umwelt-Wächter‘ im Bremer Norden entwickelt sich zu einem Erfolgsprojekt. Wir möchten dieses Projekt verstetigen und möglichst in allen Stadtteilen ausweiten.“

→ Die Umweltqualität soll durch die „Umweltwächter“ insgesamt verbessert werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 85f., HB-WP.SPD.2019-SÖT-56

„Öffentliche Grünflächen sorgen für Klimaschutz und für das Wohlbefinden in den Quartieren. Wir wollen die Pflegeintensität daher erhöhen und Pflegepatenschaften von Privatpersonen und Institutionen fördern. Dabei soll auf die Bedürfnisse von Bienen, anderer bedrohter Insekten und Vögel geachtet werden. Um dem alarmierenden Verlust bei Insekten und Bienen zu begegnen werden wir mehr insektenfreundlich blühende Flächen schaffen und dabei in Kooperation mit den Deichverbänden auch die Deiche in Bremen und Bremerhaven mit einbeziehen. Nachdem wir in 2018 bereits den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf den öffentlichen Grünflächen Bremens verboten haben, werden wir uns flankierend dafür einsetzen, dass auch die Bahn an ihren Gleisen auf den Einsatz chemischer Mittel verzichtet.“

→ Die ökologischere Ausgestaltung der Grünflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.SPD.2019-SÖT-57

„Einer Klimaveränderung mit Hitzeperioden wollen wir mit der Berücksichtigung von Freiluftschneisen und Dachbegrünungen, vor allem in Neubaugebieten, entgegenreten.“

→ Die Berücksichtigungen sind einzelne sozial-ökologische Transformationen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.SPD.2019-SÖT-58

„Für familienfreundliche Ortsteile wollen wir gemeinsam mit den Beiräten vor Ort bedarfsgerecht einen Teil der öffentlichen Grünflächen als (Natur)Spielplätze entwickeln.“

→ Die Umnutzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.SPD.2019-SÖT-59

„Für das Tanklager Farge werden wir – gemeinsam mit dem Bund, dem Beirat und den Akteuren vor Ort – ein umweltverträgliches Gesamtkonzept für die zukünftige Nutzung entwickeln und uns für die Umsetzung einsetzen.“

→ Bzgl. des Tanklagers wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.SPD.2019-SÖT-60

„Um den Schutz des Trinkwassers zu garantieren, das Bremen aus Niedersachsen erhält, wird ein SPD-geführter Senat im Bundesrat ein Verbot der Erdgasförderung in Wasserschutzgebieten unterstützen.“

→ Das Verbot ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 87, HB-WP.SPD.2019-SÖT-61

„Wir wollen die Energiewende aktiv mitgestalten. Auf lokal/regionaler Ebene bietet in diesem Zusammenhang unsere Partnerschaft mit der swb und dabei insbesondere unsere Beteiligung an den Versorgungsnetzen eine wichtige Grundlage, um die Energiewende so zu gestalten, dass die Energieversorgung ökologischer wird und zugleich Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Bremen gesichert bleiben. Darüber hinaus werden wir Bremerhaven als Offshore-Standort weiter ausbauen und den Forschungs- und Entwicklungsbereich stärken.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87, HB-WP.SPD.2019-SÖT-62

„Bislang sind weniger als 10 Prozent der Straßenbeleuchtung auf moderne LED-Technik umgestellt worden. Diesen Anteil wollen wir bis Ende der nächsten Legislaturperiode auf mindestens 75 Prozent ausbauen. Das ist wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, weil Stromverbrauch und Emissionen deutlich reduziert werden.“

→ Die Umstellung ist wegen ihrer Wirkungen eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 87, HB-WP.SPD.2019-SÖT-63

„Neue Gewerbeansiedlungen und Klimaschutz sind für Bremen und Bremerhaven wichtig und stehen nicht zwingend in Konkurrenz zueinander. Wir wollen daher gemeinsam mit der Handelskammer und der Handwerkskammer Konzepte zur Entwicklung von Gründerzentren für nachhaltige Wirtschaft und klimaneutrale Gewerbegebiete entwickeln, um vor allem auch kleine und mittlere Betriebe für den Klimaschutz zu gewinnen.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87f., HB-WP.SPD.2019-SÖT-64

„Mit der teilweisen Rekommunalisierung der Müllabfuhr und der Straßenreinigung sowie der vollständigen Kommunalisierung der Recycling-Stationen und des Kundenservices in der ‚Die Bremische Stadtreinigung AöR‘ haben wir die Neuorganisation und die effizientere Aufstellung dieser wichtigen öffentlichen Daseinsvorsorge begonnen. Die begonnene Neuaufstellung werden wir weiterhin aktiv begleiten und dabei insbesondere dazu beitragen, dass Bremen ein Vorreiter bei der Entwicklung und Umsetzung eines nachhaltigen, auf Wiederverwendung, Recycling und Verwertung ausgerichteten Entsorgungskonzeptes bleibt. Ein wesentlicher Baustein hierfür sind die Recycling-Stationen, die konzeptionell weiterentwickelt werden sollen.“

→ Die ökologisch nachhaltige Ausrichtung dieser Daseinsvorsorge ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 88, HB-WP.SPD.2019-SÖT-65

„Ein wesentlicher Faktor unserer Klimapolitik ist die Vermeidung von Abfällen. Dabei stellen wir die Vermeidung von Plastikmüll und dabei insbesondere von Einwegplastik-Produkten in den Mittelpunkt einer eigenen Initiative, ergänzend zu den europäischen Beschlüssen. Nach EU-Verordnung sollen ab 2021 Plastik-Wegwerfprodukte wie Plastikteller, Trinkhalme und andere Wegwerfprodukte aus Kunststoff verboten werden. Wir wollen mit gutem Vorbild vorangehen und uns insbesondere um das Thema der ‚Einweg-Verpackungen‘ kümmern. Wir erklären als engagiertes Ziel: ‚Bremen und Bremerhaven müssen plastikfrei werden!‘ Hierzu werden wir eine Kampagne gegen Einweg-Verpackungen aus Plastik in allen Kitas, Schulen und öffentlichen Einrichtungen starten und die Unterstützung von Handel und Gewerbe einwerben.“

→ Die generelle Abfallreduktion ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 88, HB-WP.SPD.2019-SÖT-66

„In 2028 werden die derzeitigen Verträge zur Abwasserentsorgung auslaufen und zwingend eine Neuordnung erfordern. Wir streben auch dort eine Rekommunalisierung an und werden in der neuen Legislaturperiode rechtzeitig mit Vorbereitungen dafür beginnen.“

→ Die Rekommunalisierung im Umgang mit der Abwasserentsorgung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 94, HB-WP.SPD.2019-SÖT-67

„Erfolgreiche Ansätze wie die ‚Umweltwächter‘ wollen wir auf das ganze Stadtgebiet ausweiten. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir dabei auf Kinderspielplätze und Grünanlagen setzen.“

→ Die Umweltqualität soll durch die „Umweltwächter“ insgesamt verbessert werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 95, HB-WP.SPD.2019-SÖT-68

„Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Feuerwehren in Bremen und Bremerhaven unseren Bürgerinnen und Bürgern den besten Schutz bieten, der möglich ist. Die Bevölkerung vertraut auch in Krisen und Katastrophen auf die staatliche Daseinsvorsorge. Neue und sich verändernde Schadenereignisse wie Unwetterlagen in Folge des klimatischen Wandels oder auch Ausfälle kritischer Infrastruktur treffen in den letzten Jahren jedoch vermehrt auf eine hochkomplexe und auf funktionierende Leistungen der Daseinsvorsorge vertrauende Gesellschaft. Funktionierende Gefahrenabwehrpläne zu den neuen Schadenereignissen müssen Antworten auf die Frage ‚Was passiert dann‘ geben, insbesondere die Katastrophenschutzbehörden mit ihren Feuerwehren sind für diese Planungen personell und technisch ausreichend auszustatten.“

→ Es findet eine spezifische Anpassung an den Klimawandel und damit eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 117, HB-WP.SPD.2019-SÖT-69

„Gesunde Ernährung, Reduktion von Zucker und kritischer Umgang mit Nahrungsergänzungsmitteln bleiben wichtige Themen des Verbraucherschutzes.“

→ Die Umstellung auf gesunde Ernährung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 120, HB-WP.SPD.2019-SÖT-70

„Nationalismus bietet aber keinerlei Lösung für drängende internationale Herausforderungen wie z. B. eine gerechte und faire Weltwirtschaft, Klima- und Ressourcenschutz, globale Sicherheit und Frieden und auch wachsende globale Migration und Mobilität.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 120, HB-WP.SPD.2019-SÖT-71

„Deswegen tritt die SPD entschieden für ein gestärktes soziales, demokratisches, nachhaltiges und international wettbewerbsfähiges Europa ein.“

→ Eine generell ökologisch nachhaltige Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 121, HB-WP.SPD.2019-SÖT-72

„Innovation ist die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit.“

→ Die Neuausrichtung an der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 122, HB-WP.SPD.2019-SÖT-73

„Die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist der Wandel der klimatischen Bedingungen. Um diesen einzudämmen, wird Bremen in Deutschland und in Europa für einen gemeinsamen Wechsel der Energiegewinnung werben. Bremen, Deutschland und die Europäische Union müssen mehr tun, um die Umwelt und damit die Welt unserer Kinder zu schützen. Wir wollen, dass Bremen Vorreiter auf den Feldern Nachhaltigkeit und Umweltschutz wird, weshalb wir weiterhin und verstärkt daran arbeiten wollen, den Emissionsausstoß zu verringern.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 122, HB-WP.SPD.2019-SÖT-74

„In einer globalisierten Welt müssen die Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie auf eine Ressourcen schonende Wirtschaft bei allen unseren Handlungen mit bedacht werden. Die Vereinten Nationen haben die Nachhaltigkeitsziele in Nachfolge zu den Millenniums-Entwicklungszielen für den Zeitraum 2015 bis 2030 festgelegt. Sie sind für den ‚Globalen Norden‘ ebenso wie für die industriell nicht entwickelten Länder weltweit verbindlich. Wir in Bremen sehen uns diesen Zielen verpflichtet. Ihre Umsetzung ist Teil aller Politikfelder, darunter Handel, Finanzen und Umwelt. Wir wollen deshalb in Bremen und Bremerhaven einen noch stärkeren Impuls für eine nachhaltige Beschaffung setzen. Auch im Rahmen der bestehenden offiziellen und tatsächlichen Städtepartnerschaften werden wir weiterhin gemeinsam an der Verwirklichung der 17 Nachhaltigkeitsziele arbeiten. Um alle Ideen und Vorhaben sichtbar und umsetzbar zu machen, werden wir eine Strategie zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele als wichtige Querschnittsaufgabe des Senats in Bremen und Bremerhaven entwickeln. Dabei werden wir die gesellschaftlichen Akteure im Land Bremen einbeziehen und uns an der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen orientieren.“

→ Die generelle Ausrichtung an den Nachhaltigkeitszielen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 123, HB-WP.SPD.2019-SÖT-75

„Schwerpunktmäßig unterstützen wir Projekte im Rahmen der Bremer Initiativen in den Armutsregionen industriell nicht entwickelter Länder zugunsten von Frauen, zur Förderung regenerativer Energien und zur Verbesserung im Trink-, Abwasser- und Sanitärbereich sowie in der Entsorgung.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 124, HB-WP.SPD.2019-SÖT-76

„Damit die Finanzpolitik Bremens auch in Zeiten erhöhter Investitionen zukunftsfähig bleibt, werden wir einen Prozess in Gang setzen, der eine nachhaltige Steuer- und Haushaltspolitik für alle Ressorts sicherstellt. Um dies zu gewährleisten, werden wir uns an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen orientieren.“

→ Die generelle Ausrichtung an den Nachhaltigkeitszielen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

### 2.3.1.4.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen

S. 7, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-1

„Unser Programm macht deshalb einen neuen Anfang: bei Investitionen und Personal für Umwelt und Klima, für Bildung und Ausbildung, für unsere städtische Infrastruktur. Mit neuen Ideen für neue Fragen.“

→ Die generelle Stärkung von Umwelt- und Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-2

„Dieses Wahlprogramm ist unsere politische Absichtserklärung. Aber es ist in erster Linie auch ein Angebot. Der Klimaschutz und der weitere Umbau unserer Städte in Räume zum Leben – Verkehr, Bauen, Grün, Ernährung – können von der Politik gefördert, aber nicht einfach verordnet werden. Gerade hier ist unser Programm vor allem ein Angebot an die Gesellschaft für intensive Diskussionen, wie dieser Wechsel gestaltet werden kann. Dass ein tiefgreifender Wechsel notwendig ist, wenn wir unseren Planeten vor einer Klimakatastrophe bewahren wollen, und dass wir vor Ort dazu beitragen müssen: Das ist unsere GRÜNE Grundüberzeugung, und hier machen die GRÜNEN den Unterschied in einer Regierung.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-3

„Schmelzendes Polareis, steigender Meeresspiegel, Zunahme von Extremwetterereignissen, wie anhaltende Dürren, Sturmwehertagen und Starkregen sind die Folgen des Klimawandels. Hunderte Millionen Menschen werden deswegen ihre Heimat verlassen müssen. Auch wir bekommen erste Folgen zu spüren: Es gibt mehr heiße Tage in der Stadt und Starkregenfälle treten häufiger auf. Wir müssen uns vor Hochwasser und Sturmfluten schützen, indem wir die Deiche mit großem Aufwand erhöhen.“

→ Die generelle Anpassung an den Klimawandel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-4

„Die Verhinderung der Klimakatastrophe ist die globale Herausforderung unserer Zeit. Wir müssen Klimaschutz international und lokal machen. Wir müssen ihn heute machen und die Maßnahmen müssen radikaler und tiefgreifender werden. Nur so können wir möglichst noch unter der 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens bleiben.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-5

„Wir wissen, was zu tun ist: Wir müssen schnell und konsequent Schluss machen mit der Verbrennung fossiler Energieträger. Vor allem wollen wir keinen Strom mehr aus Kohle erzeugen; Öl- und Gasheizungen werden durch CO<sub>2</sub>-neutrale Alternativen ersetzt; für den Kohleinsatz in der Stahlerzeugung muss Ersatz gefunden werden; überall ist sparsamer mit Energie umzugehen; das Ende des Verbrennungsmotors ist einzuläuten und neue Mobilitätsformen werden gefördert.“

→ Die Maßnahmen zum Klimaschutz sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-6

„Wir wollen in der Landes- und Kommunalpolitik diese Ziele energisch verfolgen, auch mit Regulierungen. Wir setzen uns auf Bundes- und vor allem auf Ebene der EU – im Gegensatz zur Großen Koalition – für ehrgeizige Ziele der CO<sub>2</sub>-Reduktion ein, für striktere Abgasnormen bei Fahrzeugen und für fortschreitend strengere Grenzen für den Stromverbrauch von Geräten und Maschinen. Eine möglichst europaweite CO<sub>2</sub>-Steuer halten wir für notwendig.“

→ Die Maßnahmen zum Klimaschutz sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-7

„Das sind Aufgaben der Politik. Aber wir GRÜNE werben auch für einen persönlichen Lebensstil im Alltag, der darauf achtet, dass unser ‚ökologischer Fußabdruck‘, also unsere negative Einwirkung auf die natürliche Umwelt, wieder kleiner wird; der die Rechte und die Würde anderer nicht beeinträchtigt und jedes unnötige Leid vermeidet – das gilt vor allem für unseren Umgang mit Tieren. Wir sollten weniger konsumieren, damit eine Abkehr von der Massentierhaltung ermöglicht wird und der ökologische Umbau der Landwirtschaft klappt. Wir werden dafür sorgen, dass die Verbraucher\*innen für ihre Entscheidungen immer die notwendigen Informationen erhalten und dass sie in Kenntnis der Folgen entscheiden können.“

→ Der Wandel hin zu einem generell ökologischen Lebensstil ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 13, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-8

„Der notwendige wirtschaftliche Strukturwandel ist eine Anstrengung. Er bietet aber auch Chancen für unsere Städte. Auf Dauer senken wir z. B. die Betriebskosten unserer Gebäude durch Photovoltaik und sparen Öl- und Gasimporte. Energiesparmaßnahmen schaffen Arbeit für das lokale Gewerbe; so sind in der Windkraftbranche viele Arbeitsplätze entstanden, die wir gegen die Ausbaubremser\*innen in der Bundesregierung sichern müssen. Jede Minderung von Verkehrslärm und Emissionen macht unsere Städte noch lebenswerter, schafft Luft und Raum fürs Leben der Menschen!“

→ Der generelle ökologische Umbau der Wirtschaft ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-9

„In Bremen brauchen wir eine Intensivierung unserer Klimapolitik. Wir wollen mit den großen Verursacher\*innen einen Klimavertrag abschließen, mit konkreten Zielen für eine Reduzierung ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wir werden sie dabei unterstützen, dass die Fernwärme CO<sub>2</sub>-frei und großräumiger genutzt werden kann oder dass sie zum Beispiel mit Modellprojekten erproben, wie mit – aus erneuerbaren Energien erzeugtem – Wasserstoff Stahl erzeugt wird.“

→ Der generelle Klimaschutz im Wirtschaftsbereich ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-10

„Dabei wird Bremerhaven Vorreiterin und noch vor Bremen klimaneutral. Mit uns wird die Klimastadt Bremerhaven endlich ihrem Namen gerecht. Wir bauen die saubere Stromerzeugung aus, wir fördern den Fuß- und Radverkehr in der Stadt. Bremerhaven bekommt ein Modell-Gewerbegebiet, das komplett mit erneuerbarer Energie versorgt wird.“

→ Das Bundesland komplett klimaneutral zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-11

„Wir GRÜNE wollen raus aus der Kohleverstromung. In Bremen wird heute in den Kraftwerken Hastedt, Hafen und in Farge Strom aus Steinkohle erzeugt. Das Kraftwerk Hastedt versorgt zudem große Teile des Bremer Ostens sowie das Mercedes-Werk mit Fernwärme. Wir wollen, dass diese Kraftwerke bis 2023 abgeschaltet und die Strom- und Wärmeversorgung auf saubere Energiequellen umgestellt wird.“

→ Der Kohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-12

„Die Stromerzeugung mit Sonnenenergie muss noch viel stärker ausgebaut werden. Die Anlagen sind jetzt sehr kostengünstig geworden, und viele Dächer sind noch ungenutzt. Wir wollen deshalb die anbieterunabhängige Beratung massiv verstärken. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, Wohnungsgesellschaften in die Lage zu versetzen, Mieterstromprojekte zu realisieren, damit auch Mieter\*innen von günstigem Solarstrom profitieren. Wir werden bis 2023 ein Drittel und bis 2030 jedes öffentliche Dach mit Photovoltaik ausrüsten, wenn nicht Statik oder Denkmalschutz dagegensprechen. Wenn Bremen auf 100 Prozent erneuerbaren Strom setzt, müssen wir zukünftig Strom aus dem niedersächsischen Umland beziehen, weil wir in unserem Bundesland nicht genügend Flächen für Windenergieanlagen bereitstellen können. Um den Energieverbrauch zu reduzieren, werden wir erfolgreiche Energiesparprojekte für Bürger\*innen und Unternehmen, auch durch digitale Angebote, besser zugänglich machen und finanziell besser ausstatten.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-13

„In Bremen wird in den nächsten Jahren weiter viel gebaut werden. Bei Neubauten setzen wir auf höchste Energiestandards, das heißt nur Null- oder Plusenergiehäuser. Neben den Vorteilen fürs Klima werden so die Nutzer\*innen vor hohen Energiepreisen geschützt, weil die Gebäude keine Heizwärme mehr benötigen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-14

„Neben dem Neubau muss aber auch die energetische Modernisierung der Bestandsgebäude verstärkt werden. Das Bremer Förderprogramm Wärmeschutz im Wohngebäudebestand werden wir weiterführen und weiterentwickeln. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass die energetische Gebäudemodernisierung steuerlich gefördert wird. Denn es ist wichtig, dass mehr modernisiert wird. Und es ist vernünftig, wenn die Allgemeinheit an den Kosten dieser wichtigen Klimaschutzmaßnahme beteiligt wird. Öffentliche Gebäude wollen wir zu Vorreitern in Sachen Energieeffizienz machen – beim Neubau, bei der Modernisierung und in der Nutzung. Für sie wollen wir ambitionierte energetische Modernisierungsfahrpläne erstellen und diese schrittweise umsetzen. So werden wir in der kommenden Wahlperiode einen verbindlichen Rahmen dafür setzen, dass der öffentliche Gebäudebestand klimaneutral wird und die öffentliche Verwaltung ihrer Vorbildfunktion nachkommt. Dies gilt auch für den Einsatz ökologischer und recycelter Baustoffe. Es gibt ein großes Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmebereich. Deswegen wollen wir GRÜNE ein Wärmegesetz auf Landesebene, das für die Sanierung und die Fernwärmeversorgung Vorgaben macht. Unser Ziel ist es, dass Fernwärme nicht mehr aus Kohle, sondern aus industrieller Abwärme, Sonne, Erdwärme oder Windstrom gewonnen wird.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 15, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-15

„Ebenso wollen wir prüfen, wie die Wärmeversorgung im Bremer Westen klimafreundlicher werden kann. Weiter soll das Fernwärmenetz um bedarfsgerechte Wärmespeicher erweitert werden, damit z. B. überschüssige Solarenergie im Sommer für die Nutzung in der Heizperiode bereitsteht. Dies ist ein erster Schritt zur Umsetzung der Sektorenkopplung im Bereich Strom- und Wärmeversorgung.“

→ Die Umsetzung dieser Ziele ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-16

„Bremens Wirtschaft ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Damit mit diesem Wachstum nicht ein weiter steigender Energieverbrauch verbunden ist, muss unsere Industrie effizienter werden und für den Klimaschutz auf erneuerbare Energieträger wechseln.“

→ Der generelle Klimaschutz in der Wirtschaft ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 15f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-17

„Wie vermeiden wir Verschwendung von Lebensmitteln? Wir wollen die Projekte, die diese Überlegungen in die Tat umsetzen, fördern: Car-sharing, Repair-Cafés, Tauschbörsen, Second-Hand-Läden, gemeinsames Gärtnern. Wir stehen für die Entkriminalisierung des ‚Containers‘, also der Rettung von Lebensmitteln aus dem Müll.“

→ Der Wandel bzgl. der Lebensmittel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-18

„Bremen hat hohe Standards für die öffentliche Beschaffung. Wir achten beim Einkauf von Papier, bei der EDV-Ausstattung, bei Kopierern und Büroausstattung auf Produkte, die umweltfreundlich, langlebig, gut reparierbar und damit wirtschaftlich für unsere Stadt sind. Hinzukommen soll eine Verpflichtung zur Reduzierung von Verpackungen.“

→ Diese Wandlungen bzgl. der Beschaffung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-19

„Die Energiewende funktioniert nur mit einer Kopplung der Sektoren Wärme, Verkehr und Elektrizität sowie einer Dezentralisierung der Versorgungsnetze und vielen Kleinerzeugern\*innen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-20

„Wir vollenden die notwendigen Deicherhöhungen in Bremerhaven und Bremen. Denn ein steigender Meeresspiegel und mehr Stürme sind für unsere Städte eine zunehmende Gefahr.“

→ Die Erhöhungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-21

„Wir sind gegen die weitere Vertiefung der Weser, sondern wollen im Gegenteil durch Renaturierung der Weser und ihrer Nebenarme die Fließgeschwindigkeit dort mit natürlichen Mitteln verringern.“

→ Die Änderungen im Umgang mit der Weser sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 16, HB-WP.Grüne.2019-GSÖT-1

„Wir sind gegen die weitere Vertiefung der Weser“

→ In der Hinsicht wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-22

„Überall wird viel gebaut und es werden Flächen versiegelt. Das führt dazu, dass Regenwasser nicht mehr versickern kann. Wenn es dann zu einem starken Regen kommt, sind überflutete Straßen und Keller die Folge. Deswegen wollen wir den Flächenverbrauch so gering wie möglich halten und naturverträglich gestalten. Mit uns bekommen Neubauten ein grünes Dach und das Wasser versickert vor Ort. Wir werden in Neubaugebieten für den Regen Rückhalte- und Versickerungsmöglichkeiten vorsehen. Die Kanalisation wird schrittweise komplett von Mischsystem auf Trennsystem umgestellt.“

→ Der Umstieg auf Naturverträglichkeit ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Grüne.2019-GSÖT-2

„Bei der Stadtplanung achten wir darauf, dass Frischluftschneisen erhalten bleiben. Damit es auch an heißen Tagen in Bremen und Bremerhaven nicht zur Überhitzung kommt.“

→ In der Hinsicht wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-23

„Wir stellen die Klimapolitik in Bremen neu auf, um möglichst noch unter der 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens zu bleiben. Wir schließen mit den großen Luftverschmutzern einen Klimavertrag, unterstützen diese bei Modellvorhaben und entwickeln einen Plan, wie unser Land klimaneutral werden kann. Die Klimastadt Bremerhaven machen wir zu einer klimaneutralen Modellstadt.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation.; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-24

„Klimaschutz geht nur ohne Kohle. Wir wollen so schnell wie möglich aus der Kohleverstromung aussteigen. Wir werden bei der Stromversorgung mit Niedersachsen zusammenarbeiten und die Digitalisierung nutzen, um die Energieversorgung ökologischer zu gestalten. Die Fernwärmeversorgung soll aus sauberen Energiequellen gespeist werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-25

„Die Energiewende gelingt, wenn alle weniger Energie verbrauchen. Wir wollen die bremische Industrie dabei unterstützen, noch effizienter mit Energie umzugehen. Deswegen werden wir sie über Landesmittel direkt fördern, aber auch die Beratung zu Förderprogrammen des Bundes ausbauen. In Bremerhaven und Bremen sollen weitere Energieeffizienz-Netzwerke an den Start gehen.“

→ Die Wirtschaft generell Energieeffizient auszurichten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 19, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-26

„Wir GRÜNE stehen für reine Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und mehr Grün in unseren Städten. Wir wollen gesunde Lebensmittel und eine hohe Lebensqualität für alle Menschen in Bremerhaven und Bremen. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Die Verantwortung für die Menschen und für unsere natürlichen Lebensgrundlagen jetzt und in Zukunft treibt uns an. Entschieden treten wir deshalb der Klimaerhitzung, Schadstoffen in der Umwelt, dem Artenschwund und der Übernutzung der Meere entgegen. Und zwar hier und heute. Wir setzen uns auf allen Ebenen für einen effektiven europäischen Naturschutz ein: mit weniger Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat, um Tieren und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben. Mit einer europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen, um die Qualität von Flüssen und Seen weiter zu verbessern.“

Die einzelnen Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-27

„Zukunftsorientiertes Wirtschaften gibt es nur im Einklang mit der Natur. Die Entwicklung der erneuerbaren Energien zeigt, was möglich ist: Vor ca. 20 Jahren wurden sie belächelt, heute werden sie dank der richtigen politischen Entscheidungen und mutiger Unternehmer\*innen immer mehr zum Rückgrat unserer Stromversorgung. Solch einen Innovationsschub brauchen wir auch für andere Wirtschaftszweige. In Bremen und Bremerhaven soll die Wirtschaft zukunftsfähig werden. Wir wollen die ökologische Modernisierung in allen Wirtschaftszweigen, vor allem in der Automobilindustrie ebenso wie bei der Stahlerzeugung, der Lebensmittelwirtschaft und der Logistik.“

→ Die ökologische Modernisierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 19, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-28

„Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte, mit einem hohen Naherholungswert für die Bürger\*innen und einer hohen Attraktivität für Tourist\*innen. Wir wollen diese Qualität schützen und weiterentwickeln. Wir stellen uns gegen Flächenverbrauch, gegen übermäßigen belastenden Verkehr, gegen Gifteinsatz in der Landwirtschaft und der Grünpflege. Vielfältige und intakte Natur, saubere Luft und sauberes Wasser, gesunde Böden, Schutz vor Lärm, das ist unser Ziel, dafür treten wir ein, dafür fühlen wir uns verantwortlich.“

→ Die Einzelmaßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-29

„Reine Luft zum Atmen ist die Grundlage für unsere Gesundheit. Die Luft in unseren Städten ist aber mit Stickoxiden, Treibhausgasen und Feinstäuben belastet. Die europaweiten Grenzwerte der EU-Luftreinhalte-Richtlinie sind keine gut gemeinten Empfehlungen, sondern verbindliche Standards für den Gesundheitsschutz unserer Bürger\*innen. Unter anderem dank der Einführung der Umweltzone konnte die Feinstaubbelastung in Bremen in den letzten Jahren spürbar gesenkt werden. Die Grenzwerte werden inzwischen eingehalten. Dennoch sind zur Vorsorge weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Luftqualität dringend notwendig.“

→ Die Verbesserung der Luftqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-30

„Häufig sind gerade ärmere Menschen von Umweltbelastungen besonders betroffen. Das nehmen wir nicht hin. Eine Verbesserung der Luftqualität kann jedoch nur erreicht werden durch eine Reduktion von Abgasen aus Verkehr und Industrie. Am besten geht das mit weniger Auto- und Lkw-Verkehr. Ausgehend von der Innenstadt werden wir dafür sorgen, dass immer mehr Straßen für den Fuß- und Radverkehr reserviert werden. Das steigert auch die Aufenthaltsqualität. Zusätzlich müssen wir den Güterverkehr in den Blick nehmen, mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern und die Logistik, auch durch Digitalisierung, effizienter organisieren.“

→ Die Verbesserung der Luftqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-31

„Bremen und Bremerhaven haben Luftreinhaltepläne, die wir umsetzen und fortschreiben. Wir wollen die ‚Blaue Plakette‘, damit kontrolliert werden kann, dass nur noch schadstoffarme Autos in die Innenstädte fahren. Es ist die Aufgabe der Autoindustrie, Diesel-Pkw durch Umbauten auf eigene Kosten nachzurüsten, damit sie die Emissionsgrenzwerte einhalten. Dafür kämpfen wir im Bundesrat.“

→ Die Verbesserung der Luftqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-32

„Geruchs- und Schadstoffbelastungen durch produzierende Unternehmen wollen wir deutlich reduzieren und in Zusammenarbeit mit den Unternehmen Lösungen erarbeiten, um diese Belastungen durch den Einsatz moderner Umwelttechnologien zu reduzieren.“

→ Die Verbesserung der Luftqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-33

„Die Entnahme von Wasser führt jedoch in Niedersachsen am Panzenberg zu Problemen. Deswegen erarbeiten wir gemeinsam mit Niedersachsen eine Trinkwasserstrategie, die die Bremer Brunnen absichert und zu einer deutlichen Verminderung der Entnahme im Verdener Wasserfördergebiet führt. Zudem fördern wir ökologische Ausgleichsmaßnahmen rund um den Fluss Halse im Verdener Wasserfördergebiet.“

→ Die Verbesserung der Wasserqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-34

„Der Großteil unseres Wassers kommt aus Niedersachsen. Dort muss sich die Landwirtschaft zum Schutz des Grundwassers ändern. Dem Grundwasser setzen Überdüngung und Pestizide zu. Düngemittel, Rückstände aus Arzneimitteln, andere Giftstoffe und gefährliche Keime verschmutzen die Weser und ihre Nebenflüsse und landen schließlich in der Nordsee.“

→ Die Verbesserung der Wasserqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-35

„Wir wollen die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Bremen weiter vorantreiben. Dazu gehört die Einhaltung der Grenzwerte für Nitrat und Pestizide im Grundwasser. Auf den öffentlichen Flächen soll der Einsatz von Pestiziden bis 2020 beendet und der Einsatz von Mineraldüngern deutlich reduziert werden. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Problem der Nitratbelastung bei den Verursacher\*innen gelöst wird: also in der Landwirtschaft.“

→ Die Verbesserung der Wasserqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-36

„Die Weser ist der am stärksten ausgebaute Fluss in Europa. Wir wollen ihre ökologische Qualität verbessern, so wie es auf europäischer Ebene verabredet ist. Wir werden die Ufer der Weser und ihrer Nebenflüsse renaturieren, mehr Strände und Zugänge zum Wasser schaffen. Die Weser wird so wieder zum Mittelpunkt der Städte und ein Naherholungsgebiet für die Bremerinnen und Bremer.“

→ Die Verbesserung der Wasserqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-37

„Weser, Wümme, Ochtum, Geeste, Hamme, Lesum, aber auch die kleineren fließenden und stehenden Gewässer werden ökologisch aufgewertet. Wichtig ist uns, das Wegbrechen der Ufer an der Wümme zu stoppen. Die Zuständigkeit für diese Maßnahmen soll aber beim Bund bleiben. Ein ökologischer Umbau unserer Gewässer ist aktiver Schutz vor Hochwasser, schafft neue Lebensräume und dient der Naherholung. Vertiefungen und Begradigungen lehnen wir ab.“

→ Die Verbesserung der Wasserqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2019-GSÖT-3

„Vertiefungen und Begradigungen lehnen wir ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2019-GSÖT-4

„Wir bleiben hart: Mit uns gibt es keine Weservertiefung.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-38

„Der Klimawandel schreitet ungebremst voran, der Meeresspiegel steigt und bei Sturmflut drückt die Weser mit immer stärkerer Wucht auf unsere Deiche. Deswegen setzen wir uns für einen konsequenten Deichschutz ein. Baugebiete in Überschwemmungsgebieten sind verantwortungslos: Wir lehnen eine Bebauung in Brokhuchting ab.“

→ Diese Anpassung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2019-GSÖT-5

„Viele Teile von Bremens ‚Grünem Gürtel‘ sind dauerhaft als Schutzgebiete gesichert, und das soll auch so bleiben.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-39

„Die Bremen und Niedersachsen prägende Kulturlandschaft ist in Gefahr durch die Intensivierung der Landwirtschaft. Wir unterstützen daher die bodengebundene, bäuerliche Landwirtschaft, wie wir sie derzeit in Bremen haben. Den erfolgreichen Bremer Weg der Zusammenarbeit mit Landwirt\*innen und Naturschutzverbänden wollen wir auch in der nächsten EU-Förderperiode ab 2021 konsequent fortsetzen, damit auf den Wiesen und Weiden möglichst ökologisch gewirtschaftet wird.“

→ Die ökologische Ausrichtung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-40

„Überall wird gebaut und versiegelt. Dadurch verschwinden Lebensräume und natürliche Wasserspeicher. Dagegen setzen wir eine Begrünungsverordnung für mehr grüne Dächer und gegen versiegelte Vorgärten. Gründächer haben drei wichtige Funktionen: Sie dienen als Wasserspeicher, wenn es stark regnet, sie sind Lebensraum für Insekten, und sie wirken als natürliche Klimaanlage für das darunterliegende Gebäude. Wir wollen in allen Stadtteilen kleinteilige grüne Oasen schaffen, wo Alt und Jung sich treffen können. Dazu werden wir Brachflächen entsiegeln oder ungenutzte Kleingärten für alle zugänglich machen. Wir werden dafür sorgen, dass in den neu entstehenden Quartieren auch Grünflächen erhalten werden bzw. neue entstehen.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. der Flächen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-41

„Bei der Gestaltung und Entwicklung aller öffentlichen Grünanlagen werden wir dafür sorgen, dass nur heimische Sträucher und Stauden verwendet und diese naturnah gepflegt werden (systematisch mehr Blühflächen, z. B. im Straßenbegleitgrün). Diese Parks und Plätze sollen öffentlich zugänglich sein, damit neue Orte für Begegnung und Erholung entstehen. Wir wollen brachliegende Kleingärten zusammenfassen und zu einem Klimawald entwickeln. Das können Kindergärten und Schulen unterstützen: beim Pflanzen der Bäume und bei der Pflege. So wird direkt eine anschauliche Naturerfahrung ermöglicht.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. der Flächen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-42

„In unseren Städten wollen wir die Natur schützen, Lebensräume erhalten und die Biodiversität erhöhen. Die Bäume im Land Bremen haben eine große Bedeutung für die Wohn- und Lebensqualität: Bäume säubern die Luft, verringern den Lärm, produzieren Sauerstoff, spenden Schatten und sind Lebensraum für viele Tiere, auch für Insekten. Sie verbessern das Stadtklima, erhöhen die Luftfeuchtigkeit und kühlen ihre Umgebung um bis zu 6 Grad. Gerade größere ältere Bäume wirken sich besonders positiv auf ihre Umwelt aus.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. der Flächen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-43

„Den Schutz alter Bäume stellen wir in den Mittelpunkt. Der Baumschutz muss bei Baumaßnahmen besser gesichert werden. Wir werden dafür nicht nur baumfreundliche Auflagen in den Bebauungsplänen machen, sondern deren Umsetzung kontrollieren. Die Verursacher von Baumschäden, gerade bei Baustellen, werden wir stärker zur Verantwortung ziehen.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. der Flächen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-44

„Wir wollen die Anzahl der Bäume in den Städten wieder erhöhen, alte und wertvolle Bäume schützen und das Grün an Straßenrändern, in Gewerbegebieten und Parks möglichst ökologisch gestalten. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass gefällte Bäume orts- und zeitnah nachgepflanzt werden. Nur wenn es nicht anders möglich ist, erfolgt die Ersatzpflanzung an anderer Stelle in Bremen. Hierfür gilt es geeignete Flächen zu finden, um einen Klimawald anzupflanzen. Zudem sollen Grünordnungspläne bei Neubaumaßnahmen eingeführt werden, die festschreiben, dass Altbaumbestand möglichst erhalten bleibt und einheimische, klimaangepasste und insektenfreundliche Bäume nachgepflanzt werden.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. der Flächen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.Grüne.2019-GSÖT-6

„Wir sind gegen eine Bebauung von Kleingartengebieten. Wir wollen sie als Grün erhalten, so können sie auch als Kompensationsflächen dienen.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-45

„Wir begrüßen die Modernisierung der Kleingartenordnungen, damit das Gärtnern für noch mehr Menschen attraktiv wird.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-46

„Wir wollen lieber Urban Gardening statt Betonbrachen und unterstützen Initiativen für städtische Gemeinschaftsgärten. Sie sind kleine grüne Oasen mitten in der Stadt und bieten Zeit und Raum für gelebte gemeinschaftliche Nachbarschaft.“

→ Bzgl. der Flächennutzung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-47

„Kenntnisse über unsere heimische Umwelt und die Natur sind Grundlage des Umweltbewusstseins und der Umweltverantwortung. Umweltbildung und Naturerfahrung sollen zu einem festen Bestandteil in den Kindergärten und Schulen werden: durch Waldtage, Schulgärten und die naturnahe Gestaltung von Schulhöfen und Spielplätzen. Jeder Kindergarten und jede Schulklasse, die gärtnern möchten, sollen die Möglichkeit dafür bekommen. So begeistern wir den Nachwuchs fürs Gärtnern und gesunde Ernährung. Wir wollen das bestehende Netz der Bremer Umwelteinrichtungen fördern und im Interesse der nachhaltigen Entwicklung ausbauen.“

→ Über die Bildung soll der Umgang mit der Umwelt generell verbessert werden, was in der Praxis für eine gesamte sozial-ökologische Transformation sorgt. Als Ganzes Konzeptbezug

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 25, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-48

„Es ist dringend an der Zeit, den Verbrauch von Plastik zu reduzieren, damit weniger Kunststoffe in die Umwelt gelangen. Wir GRÜNE streben an, in der öffentlichen Beschaffung bis 2020 auf Plastikverpackungen und Einwegbecher, die aus Erdöl hergestellt werden, gänzlich zu verzichten. Dies setzen wir auch in unseren Pachtverträgen im Bereich Gastronomie und Verpflegung um.“

→ Das generelle Verbot von Plastik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-49

„Wir unterstützen den Vorschlag der Europäischen Kommission, besonders unnötige und schädliche Plastikteile ganz zu verbieten und im Übrigen die Recyclingquote zu erhöhen. Mikroplastik gelangt heute aus vielen Quellen ins Wasser und in die Nahrungskette. Als ersten Schritt fordern wir ein EU-weites Verbot von Mikroplastik in Kosmetika. Gerade Bremen und Bremerhaven als See- und Hafenstädte sollten hier mit leuchtendem Beispiel vorangehen.“

→ Das generelle Verbot von Plastik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-50

„Es ist auch unsere Aufgabe, an Weser und bremischen Badeseen für eine geordnete Abfallentsorgung zu sorgen, damit kein Müll über die Weser ins Meer gelangt.“

→ Dies ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-51

„Zigarettenstummel sind für Tiere und Kleinkinder besonders gefährlich. Zigaretten und - machen außerdem einen großen Anteil an Müllobjekten an Stränden und Küsten aus. Besonders kritisch ist, dass die Filter im Wasser nicht verrotten. Wir wollen das Bußgeld für das Wegwerfen von Zigarettenstummeln anheben.“

→ Es wird bzgl. der Stummel eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-52

„Die Meere sind der Ursprung allen Lebens. Sie sind akut bedroht durch die Klimaerhitzung, durch Versauerung, durch gigantische Mengen von Plastikmüll sowie durch Überfischung. Wir GRÜNE wollen, dass Bremen auch weiterhin im Bund und in Europa als starke Stimme für mehr Meeresschutz eintritt. Um Umweltkatastrophen an der Nordsee effektiv zu bekämpfen, wollen wir das Harvariekommando besser ausrüsten und schlagkräftiger organisieren.“

→ Die Maßnahmen für den Meeresschutz sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-53

„Wir werden weiter daran arbeiten, dass unsere Häfen noch besser werden in Sachen Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Dazu gehört auch eine Versorgung von Schiffen mit sauberem Strom vom Land. Wir streben eine Hafengebühr mit einem Bonus-Malus-System ähnlich dem in Hamburg an, mit der Schiffe mit besonders starkem Abgasausstoß bestraft werden.“

→ Bzgl. der Häfen wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-54

„Gründächer haben drei wichtige Funktionen: Sie dienen als Wasserspeicher, wenn es stark regnet, sie sind Lebensraum für Insekten und sie wirken als natürliche Klimaanlage für das darunterliegende Gebäude. Wir wollen die bremsischen Dächer begrünen und fangen mit den öffentlichen Dächern an. Außerdem fordern wir Gründächer bei Neubauten und werden bei Gewerbebauten mehr Grün auf dem Dach fördern.“

→ Die Begrünung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-55

„Wir bieten Bienen und anderen Insekten eine bessere Umwelt in unseren beiden Städten. Mit uns blüht das öffentliche Grün auf und wird so insektenfreundlicher. Weil Gewerbegebiete in Bremen und Bremerhaven große Flächen in Anspruch nehmen, wollen wir diese ökologisch aufwerten, damit Mensch und Tier sich dort wohler fühlen.“

→ Die generelle ökologische Aufwertung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-56

„Wir wollen die Ufer der Weser und ihrer Nebenflüsse renaturieren, mehr Strände und Zugänge zum Wasser schaffen. Wümme, Ochtum, Geeste, Hamme, Lesum, aber auch die kleineren fließenden und stehenden Gewässer werden ökologisch aufgewertet. Wichtig ist uns, das Wegbrechen der Ufer an der Wümme zu stoppen. Die Weser wird wieder zum Mittelpunkt der Städte und ein Naherholungsgebiet für die Bremerinnen und Bremer.“

→ Die konkrete ökologische Aufwertung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-57

„Wir alle sind tagtäglich mobil. Wir wollen schnell, bequem und sicher von einem Ort zum anderen kommen. Wichtig ist für uns GRÜNE und viele Bremer\*innen dabei, dass wir mobil sein können ohne Dreck, Lärm, Staus und Unfälle. Dafür braucht es die klimaschützende Verkehrswende. Wir setzen auf den Umweltverbund aus ÖPNV, Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen und fördern ihn.“

→ Die Verkehrswende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-58

„Fahrradfahren ist Klimaschutz pur. Der Radverkehr senkt Schadstoffwerte von Feinstaub und Kohlenstoffdioxid. Gleichzeitig ist Radfahren gesund und steigert die individuelle Fitness und Vitalität. Damit das Fahrrad für noch mehr Menschen Verkehrsmittel Nr. 1 wird, gestalten wir Bremen und Bremerhaven als Fahrradstädte. Wir werden die Finanzmittel für den Radverkehr in einem ersten Schritt vervierfachen.“

→ Die Stärkung des Radverkehrs wird als einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-59

„E-Bikes und Lastenfahrräder sind eine tolle Alternative zum Auto. Wir schaffen mehr Leihangebote in Bemen und Bremerhaven. Hiermit können bequem längere Strecken zurückgelegt und Kinder oder Einkäufe transportiert werden. Wir werden für mehr adäquate Abstellmöglichkeiten für Lastenräder sorgen. Damit den Radfahrer\*innen nicht die Energie ausgeht, brauchen wir mehr E-Bike-Ladestationen. Zum entspannten und klimafreundlichen Transportieren von beispielsweise Waren und Einkäufen oder für den Umzug per Fahrrad braucht es landesweite Lastenfahrräder-Leihstationen.“

→ Die Stärkung des Radverkehrs wird als einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-60

„Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) entlastet alle in der Stadt, macht die Luft sauberer und die Menschen mobil. Daher setzen wir hier auf einen konsequenten Ausbau, insbesondere auch in die Neubau- und Randgebiete.“

→ Die Stärkung des ÖPNVs wird als einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-61

„Alle Stadtteile Bremens und das niedersächsische Umland sollen für die Anwohner\*innen bequem und gut mit dem ÖPNV erreichbar sein. Die Verlängerung der Linien 1 und 8 wird wie beschlossen umgesetzt, wenn Baurecht für beide Linien besteht. Wichtige weitere Schritte sind die Verlängerung der Straßenbahnlinien von Sebaldsbrück nach Osterholz, vom Weserwehr durch die Malerstraße sowie die Querverbindung Ost, die Querverbindung von Horn nach Schwachhausen, die Erschließung der Überseestadt bis zum Wendehafen und perspektivisch zunächst von Gröpelingen nach Oslebshausen und dann zum Bahnhof Burg.“

→ Der Ausbau ist eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-62

„Bei all dem setzen wir darauf, dass bis 2030 der ÖPNV elektrisch und emissionsfrei wird. Wir verstärken den Einsatz von emissionsfreien Bussen und fördern Modellprojekte für autonom fahrende Kleinbusse.“

→ Der Umbau des ÖPNVs wird als einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 31, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-63

„Integrierend setzen wir als Stadt am Fluss auf die Weser als Verkehrslinie. Hierbei kann die Sielwallfähre als gutes Beispiel vorangehen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie und die ‚Pusdorp‘-Fähre in den VBN integriert werden. Ebenfalls werden wir die Fähren Vegesack–Lemwerder, Blumenthal–Motzen und Farge–Berne in den VBN integrieren. Die Fähren wollen wir mit besseren Park&Bike-Angeboten an den Anlegern stärken. Dabei kommt es vor allem auf die Verbindung mit dem Fahrrad und dem ÖPNV zum Arbeitsplatz an. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fähren auf der Weser mit Elektroantrieben ausgestattet sind.“

→ Der Umbau der Fähren wird als einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-64

„Den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen. Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für klare Klimaziele für die Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen uns daher auf europäischer Ebene dafür ein, einheitliche Regelungen zu schaffen, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in der Schifffahrts- und Flugindustrie fördern. Landstromanschlüsse für Kreuzfahr-, Container- und Frachtschiffe sollen europaweit verbindlich werden. Wir setzen auf eine konsequente Nutzung der Schiene, sowohl beim Güter- als auch Personenverkehr. Wir setzen uns dafür ein, dass Flugreisen entsprechend ihrem Beitrag zum Klimawandel den gesellschaftlichen Folgekosten gerecht und damit deutlich teurer werden.“

→ Der Umstieg auf ökologische Nachhaltigkeit ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-65

„Wir wollen den Ausbau und die Elektrifizierung der Eisenbahnlinien Bremen–Uelzen–Stendal und der EVB-Bahnstrecken über Bremervörde. Beides wollen wir bis 2025 erreichen.“

→ Der Ausbau ist eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-66

„Der Güterverkehr und die Logistik sind traditionell sehr starke Bremer Wirtschaftszweige. Um die Arbeitsplätze zu sichern, wollen wir die Bremer und Bremerhavener Logistikunternehmen dabei weiter unterstützen, klimafreundlicher, smarter, effizienter und leiser ihre Transporte zu organisieren. Hierzu gestalten wir mit bei der Digitalisierung, unterstützen Blockchain, sind Pionier\*innen der künstlichen Intelligenz und umweltfreundlicher Antriebe, auf dem Land und auf dem Wasser.“

→ Der Umstieg auf Klimafreundlichkeit ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 32, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-67

„Feinstaub und Stickoxide sind ungesund, Lärm macht krank. Häufig sind gerade ärmere Menschen von Umweltbelastungen und den Folgen betroffen. Das werden wir ändern und die Verkehrs-, Lärm- und Abgasbelastung in Bremen reduzieren.“

→ Die Reduktion ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-68

„Tempolimits sind sehr wirksam, um die Lärm- und Schadstoffbelastung zu reduzieren. Zur weiteren Lärmreduzierung braucht es Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 80 für Pkw/Motorräder und Tempo 60 für Lkw von 22 Uhr abends bis 6 Uhr morgens auch auf Autobahnen, die entlang oder durch Wohngebiete führen.“

→ Die Reduktion ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelnen; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-69

„Bremens Schienenverkehr kann noch sauberer und leiser werden. 95 Prozent des Streckennetzes im Land Bremen sind elektrifiziert. Wir unterstützen die Anstrengungen zur hundertprozentigen Elektrifizierung des Bahnverkehrs im Land Bremen durch das Schließen von Elektrifizierungslücken im Netz wie auch den Einsatz von Akku- und Hybridloks sowie Eisenbahnfahrzeugen mit Brennstoffzellen und Wasserstoffantrieb anstelle von dieselbetriebenen Fahrzeugen.“

→ Die Elektrifizierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-70

„Wir setzen uns für Umweltzonen ein und wissen, dass wir klare Konsequenzen aus dem Diesel-Skandal ziehen müssen: Wir müssen schrittweise raus aus dem Verbrennungsmotor, rein in die emissionsfreien Antriebe. Zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung muss die Elektromobilität basierend auf erneuerbaren Energien ausgebaut und die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen werden.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-71

„In den vergangenen Jahren haben wir an vielen Stellen der Stadt eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 durchgesetzt, zur Lärm- und Schadstoffreduzierung, für größere Sicherheit. Wir werden das zügig vor allen Kitas, Schulen, Seniorenheimen und Krankenhäusern zu Ende führen.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-72

„Wir wollen die autofreie Innenstadt bis 2030. Dies werden wir gemeinsam mit den Geschäftsleuten und Anwohner\*innen planen. Vollgeparkte Straßen, Stau, Lärm und Abgase sind schlecht für die Stadt. Entscheidend für eine lebenswerte, grüne und familienfreundliche Stadt sind Platz zum Leben und Spielen, saubere Luft, sichere Verkehrsteilnahme für alle und eine Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität. Wir wollen die Innenstadt und den gesamten Bremer Stadtbereich vom vielen Auto- und Pendlerverkehr weitgehend entlasten und setzen auf eine konsequente Verkehrsberuhigung.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-73

„Im Lieferbetrieb soll die Innenstadt emissionsfrei werden. Hier setzen wir auf Elektromobilität, Lastenräder und ‚Micro-Hubs‘, also kleinere Paketstationen. Wir brauchen eine Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität, die zum Schlendern und Wohlfühlen einlädt.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-74

„Wir unterstützen den raschen Ringschluss der Autobahn A281 mit dem Bau des Wesertunnels zur Entlastung der Stadt.“

→ Bau ist eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-75

„Es braucht parkverkehrsfreie Wohnstraßen. Freiwerdende Flächen können wir für Fahrradstraßen, Grünflächen und Spielstraßen nutzen.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-76

„Für die Ladesäulen der Elektroautos werden wir einen Plan erstellen, der das Laden in Wohnstraßen und die Straßenraumgestaltung regelt. Für Neu- und Bestandsbauten ermöglichen wir das Laden in Garagen. Mit uns wird es eine maßvolle Anwendung der Nutzungsvorteile für Elektroautos durch das Elektromobilitätsgesetz geben.“

→ Die Elektrifizierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-77

„Der Umweltverbund hat für uns Priorität. Wir setzen auf mehr Straßenbahnen, Elektrobusse, Car-sharing, Elektrotaxen und alternative Antriebe in öffentlichen Fuhrparks.“

→ Dieser Umstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-78

„Wir werden dafür sorgen, dass Carsharing in Bremen zukünftig vermehrt mit E-Autos möglich ist.“

→ Die Elektrifizierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-79

„Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung für das Ziel eines ‚emissionsfreien Bremens‘ und der Erhöhung der Lebensqualität.“

→ Bremen generell emissionsfrei zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-80

„Für das Thema autonomes Fahren werden wir unseren Hochschul- und Wirtschaftsstandort nutzen, um eine Vorreiterposition im Hinblick auf grün-smarte Mobilität einzunehmen. Projekte und Testfelder werden wir fördern.“

→ Dieser grüne Umstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-81

#### **„Klimaschutz durch Fahrradfahren**

Wir gestalten Bremen als echte Fahrradstadt. Zur Schule, zur Arbeit, in die Stadt oder an die Badeseen: Wir brauchen gute, sichere Wege für Fahrradfahrer\*innen, damit noch mehr Bremer\*innen Lust haben, ihre Wege auf dem Fahrrad zurückzulegen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Stärkung des Radverkehrs wird als einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-82

„Wir möchten die Nutzung und das Angebot des ÖPNV stärken und attraktiver machen. Denn öffentlicher Nahverkehr entlastet alle in der Stadt, macht die Luft sauberer, reduziert die Anzahl von parkenden Autos und ist ein bequemes und praktisches Fortbewegungsmittel.“

→ Der Umbau des ÖPNVs wird als einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-83

„Im Lieferbetrieb soll die Innenstadt emissionsfrei sein. Hier setzen wir auf Konzepte wie Elektromobilität und Lastenräder.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-84

„Wir GRÜNE setzen uns für die Rechte von Tieren ein: zu Hause, in der Stadtnatur, in der Forschung, aber vor allem in der Landwirtschaft. Tierleid, Güllefluten, verschmutztes Wasser, zunehmend unfruchtbare Böden, Artensterben, Gift auf dem Acker und im Essen sind Folgen der industriellen Massentierhaltung. Wir wollen eine grüne Landwirtschaft, die sich an der Gesundheit der Menschen und dem Schutz von Tieren und Umwelt ausrichtet und die Lebensgrundlagen von morgen erhält. Deshalb kämpfen wir für eine grüne Agrarwende – auch auf europäischer Ebene.“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-85

„Wir GRÜNE streiten für gutes Essen ohne Gift und Gentechnik. Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale, nachhaltig erzeugte und gesunde Lebensmittel. Wir wollen, dass sie ein gutes und vielfältiges Angebot haben. Verbraucher\*innen wollen wissen, was in ihren Lebensmitteln enthalten ist. Deswegen setzen wir uns für eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln ein. Kinder sollen in Kitas und Schulen mit gutem und gesundem Essen versorgt werden.“

→ Diese Maßnahmen sind eine sozial-ökologische Transformation bzgl. der Ernährung.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-86

„Bremen ist kein Standort für intensive Landwirtschaft, Massentierhaltung, Gentechnik und Agrargas aus Ackerfrüchten. Wir werden einen Zukunftsplan für die bremische Landwirtschaft erarbeiten mit den Zielen Erhalt vielfältiger bäuerlicher Strukturen, Aufbau ergänzender Einkommensquellen, Steigerung des Anteils der Biobetriebe und Weiterentwicklung der landschaftspflegenden Kompetenzen bei finanzieller Absicherung unter den neuen Rahmenbedingungen der EU-Agrarförderung. Die erfolgreiche verbändegetragene Betreuung der Bremer Schutzgebiete mit ihrer Orientierung an einer engen Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Betrieben werden wir langfristig absichern. Gülle-, Dung- und Gärrestimporte aus Niedersachsen schließen wir aus. Landwirt\*innen, die ökologisch wirtschaften, sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Wir wollen faire Preise für landwirtschaftliche Produkte und fördern die regionale Vermarktung.“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-87

„Wir GRÜNE setzen auf 100 Prozent ‚Bio‘ und fordern eine Kennzeichnung von Haltungs- und Transportbedingungen für alle, auch verarbeitete Tierprodukte. Dabei sollen die Stufen ambitionierter sein als das EU-Bio-Siegel, um einen Rahmen für ambitioniertere Tierhaltung zu bieten, beispielsweise ganzjährige Weidehaltung oder Schlachtung vor Ort. So können die Menschen feststellen, aus welcher Haltungsart das Produkt stammt. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine massive Verschärfung der gesetzlichen Haltungsbedingungen für Tiere in der Landwirtschaft ein und wollen diese mittelfristig oberhalb der derzeitigen EU- Ökoverordnung ansiedeln, deren Standards wir ebenfalls anheben wollen. Davon profitieren auch Bremer Landwirt\*innen, die Tiere schon heute oberhalb der Mindeststandards halten.“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-88

„Im Land Bremen sollen die Landwirt\*innen ab 2020 mit einer an ökologischen Kriterien ausgerichteten Weideprämie bestärkt werden, den Tieren möglichst ganzjährig eine Auslaufmöglichkeit zu bieten. Das ist nicht nur gut für die Rinder, die Weidehaltung ist auch für den Erhalt der Biodiversität unverzichtbar. Durch die Unterstützung der Weidewirtschaft unterstützen wir auch die bodengebundene Bremer Landwirtschaft mit vielen mittleren und kleinen Familienbetrieben. Mit freiwilligen Förderprogrammen zum Erhalt der Biodiversität und einer gezielten Beratung ermöglichen wir den Bremer Landwirten und Landwirtinnen, spezielle Naturschutzmaßnahmen in ihre Betriebe zu integrieren und so die Biodiversität zu erhalten.“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-89

„Wir GRÜNE setzen uns außerdem, wo wir können, dafür ein, dass der Markt die Biodiversitätsleistungen der Landwirtschaft honoriert und so mittel- bis langfristig Förderprogramme überflüssig macht.“

→ Die generelle Ausrichtung des Markts an Biodiversität ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-90

„Wir erweitern die ‚Essbare Stadt‘ um mehr Gemüse und Obst für die Bremer\*innen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Erweiterung der Nutzung von Kleingartengebieten ein. Zusammen mit den Kleingartenvereinen und Stadtgarten-Initiativen wollen wir mehr Gemeinschaftsgärten für das urbane Gärtnern (Urban Gardening) entwickeln. Streuobstwiesen sollen wieder mehr Einzug in Kleingartengebiete und öffentliche Grünflächen erhalten, um alten, schon längst vergessenen Obstsorten wieder einen Platz in der Stadt zu geben. Zurzeit noch brachliegende Flächen in den Siedlungen wollen wir zum Gärtnern den Bürger\*innen zur Verfügung stellen.“

→ Es wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Flächenpolitik angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-91

„Immer mehr Berufstätige, Kinder, Schüler\*innen und Studierende essen dort, wo sie arbeiten, spielen und lernen. Dabei wird pflanzliches, gesundes und vollwertiges Essen, gerade aus der Region und mit weniger Fleisch und Zucker, immer beliebter. Wir GRÜNE fördern das ausdrücklich. Das Thema gesunde Ernährung ist für uns wichtig. Wir haben durchgesetzt, dass in unseren Mensen und Kantinen zunehmend gesundes und klimafreundliches Essen auf den Tisch kommt. Zur gesunden Schule gehört auch die Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln. In Schulen und Kitas werden wir als Vorreiter in Deutschland bis 2022 das Essen auf 100 Prozent ‚Bio‘ umstellen, auf Nahrungsmittel aus ökologischer Landwirtschaft. Die Umsetzung des Aktionsplans ‚Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung‘ werden wir weiterhin unterstützen und vorantreiben und auf weitere Institutionen, insbesondere das Studierendenwerk, ausweiten.“

→ Bzgl. der Ernährung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-92

„Für die Studierenden wollen wir ein besseres Angebot in den Mensen realisieren, das andernorts schon längst Standard ist; dazu gehört ein veganes Stammessen zu einem günstigen Preis. Stattdessen muss die Subventionierung von Fleischprodukten beendet werden.“

→ Bzgl. der Ernährung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-93

„Auch in allen anderen öffentlichen Kantinen soll es ein günstiges, vollwertiges veganes Angebot geben, weil pflanzliche Ernährung nicht nur für Umwelt und Mensch gut ist, sondern auch für unsere Tiere und das Klima. Eine gesunde, vollwertige Ernährung ist aber nicht nur für Kinder oder Arbeitende wichtig, sondern auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade alte und kranke Menschen profitieren von einem gesunden Essen. Antibiotikabehandeltes Fleisch oder gespritztes Gemüse haben für uns in Krankenhäusern oder Altenheimen nichts zu suchen. Stattdessen muss auch dort schrittweise auf 100 Prozent Bio umgestellt werden.“

→ Bzgl. der Ernährung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-94

„Um den Schutz der Tiere durch Politik zu stärken, wollen wir das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen in Bremen verschärfen. Neben der Feststellungsklage sollen in Zukunft auch Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen möglich sein, damit Tierschutzverfahren nicht mehr nur im Nachhinein festgestellt, sondern bereits vorbeugend verhindert werden können. Wir wollen eine bezahlte Stelle eine\*r Landestierschutzbeauftragte\*n als zentrale Anlaufstelle für Bürger\*innen zum Thema Tierschutz schaffen, außerdem soll das Landesveterinäramt personell, materiell sowie mit Befugnissen angemessen ausgestattet werden, um regelmäßige, unangekündigte Kontrollen von Tierhaltungen zu ermöglichen. Um ein Bewusstsein für den Umgang mit Tieren zu schaffen, sollen Tierschutz und Tierrechte Teil der Lehrpläne in Bremen werden.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-95

„Wir wollen, dass Haustiere gute Lebensbedingungen haben. Deswegen verbessern wir die Infrastruktur in den Städten und schaffen mehr Hundenausläuflächen in den Stadtteilen, installieren mehr Mülleimer und Tütenspender. Um sicherzustellen, dass Hunde gut gehalten werden und freilebende Tiere vor jagenden Hunden geschützt werden, machen wir uns stark für einen Sachkundenachweis für Halter\*innen.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-96

„Für Medikamente und Inhaltsstoffe von Kosmetika und Pflegeprodukten werden nach wie vor grausame Tierversuche durchgeführt. Wir GRÜNE lehnen Tierversuche ab und setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene für strengere Regelungen ein. Aktuell ist es für Verbraucher\*innen schwer, sich im Dschungel der Produktaufschriften und Siegel zu dieser Thematik zu orientieren. Solange es noch Tierversuche gibt, fordern wir deshalb die Einführung eines einheitlichen Siegels, das ausweist, ob Produkte mit Tierversuchen getestet wurden.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-97

„Wir wollen Tierversuche in der Forschung schnellstmöglich abschaffen. Wir werden keine Landesmittel für Projekte mit Tierversuchen ausgeben. Es soll grundsätzlich die Zustimmung der Ethikkommission erforderlich sein, um Tierversuche zu genehmigen.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-98

„Tierverbrauch in der Lehre lehnen wir ab. Während angehende Humanmediziner\*innen beispielsweise an Leichenteilen lernen, machen Biologiestudent\*innen und andere immer noch Versuche mit lebenden Tieren. Dabei stehen viele bessere Alternativmethoden zur Verfügung. Wir wollen Ausbildung und Studium in Bremen tierverbrauchsfrei machen und dafür das Hochschulgesetz entsprechend korrigieren.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-99

„Pflanzliches Essen ist gut für Tiere, Klima, Umwelt und Gesundheit. Wir fördern deshalb pflanzliche Ernährung in Schulen und Kitas, Unimensen, Behördenkantinen und Krankenhäusern.“

→ Bzgl. der Ernährung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-100

„Für Verbraucher\*innen muss erkennbar sein, aus welcher Haltung Fleisch und alle anderen Tierprodukte stammen. Wir wollen den Zuckeranteil in Lebensmitteln reduzieren und sind für die Lebensmittel-Ampel, mit der sich auf einen Blick erschließt, wo Gesundheitsrisiken drohen.“

→ Bzgl. der Ernährung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 43, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-101

„Unsere heimischen Tier- und Pflanzenarten, insbesondere unsere Insekten, brauchen intakte Lebensräume. Daher fördern wir mehr Urban Gardening, die essbare Stadt und Fassadenbegrünung.“

→ Die Förderung führt praktisch zu einer einzelnen sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-102

„Stattdessen wollen wir ökologisches und soziales Bauen durch Direktvergabe und Konzeptausarbeitung fördern.“

→ Die Förderung führt praktisch zu einer einzelnen sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-103

„Damit die Stadt als Eigentümerin die Deutungshoheit über eine soziale und ökologische Stadtentwicklung wiedererlangt, werden wir städtische Grundstücke grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht mit attraktivem Erbbauzins vergeben.“

→ Stadt soll sich generell ökologisch entwickeln, was praktisch eine gesamte sozial-ökologische Transformation notwendig macht.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-104

„Insbesondere für den Klimaschutz wollen und müssen wir der Entwicklung zu immer mehr Wohnfläche pro Person etwas entgegenzusetzen, durch Förderung von Umbauten und Umzügen, durch eine Wohnungstauschbörse und gesetzliche Unterstützung von Wohnungstausch sowie durch flexiblere Wohnformen und Grundrisse.“

→ Bzgl. der Flächenpolitik wird so eine unmittelbare sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-105

„Für den Neustädter Hafen verlangen wir eine Prüfung der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund, dass es sich um einen Hochwasser-Rückhalteraum handelt.“

→ Für den Hafen wird eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Grüne.2019-GSÖT-7

„Die Stadt hat sich an den richtigen Stellen weiterentwickelt. Deshalb bleiben die Osterholzer Feldmark und das Überschwemmungsgebiet in Brokhuchting mit uns weiterhin unangetastet.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-106

„Auch die Kleingartengebiete wollen wir erhalten und, wo gewünscht und sinnvoll, eine legale Ferien- und Wochenend-Wohnnutzung ermöglichen. Wo gleich mehrere Parzellen ungenutzt leer stehen, entwickeln wir sinnvolle Folgenutzungen, wie Urban Gardening, neue Parks oder einen Klimawald.“

→ Bzgl. der Flächenpolitik wird so eine sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-107

„Innenentwicklung darf sich nicht nur um Häuser und Wohnungen kümmern. Wenn mehr Menschen auf engem Raum leben, ist es umso wichtiger, dass wir auf das achten, was ein Leben in der Stadt angenehm macht. Auch unser Grün muss mitwachsen, denn es gibt der Stadt Luft zum Atmen, den Kindern Platz zum Spielen, lädt die Menschen zum Verweilen ein, schützt vor Lärm und schafft Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Es trägt aber auch zur Luftverbesserung bei und bietet Tieren und Pflanzen einen Stadtlebensraum. Attraktive Grünflächen sind für Erholung, Naturerlebnis, Sport, Begegnung oder als Ort für Kultur unverzichtbar. Sie müssen gut gestaltet und unterhalten werden. Der Schutz und die Neuanlage von städtischen Grünanlagen muss mit den sich dynamisch ändernden Nutzungsanforderungen stetig in Einklang gebracht werden.“

→ Bzgl. der Flächenpolitik wird so eine unmittelbare sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-108

„Wir wissen, dass Vereine und organisiertes Engagement neue Nutzungskonzepte und Unterhaltungsstandards für städtische Freiräume unterstützen können. Aber auch Bürger\*innen und Unternehmen müssen dabei stärker unterstützt werden, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre eigenen Freiräume klimagerecht und lebensfreundlich zu entwickeln.“

→ Bzgl. der Nutzung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-109

„Stadtteile, die heute neu entstehen, müssen einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die neuen Häuser sollen gut gedämmt und effizient beheizt sein. Ideal sind kleine Nahwärmenetze auf der Basis regenerativer Energieträger, so wie am Ellener Hof oder im neuen Hulsberg-Viertel. Bei der Planung von neuen Quartieren, wie z. B. auf der Kellogg's-Brache an der Weser und auf dem Gaswerksgelände in Woltmershausen, verankern wir unsere Ziele in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen. Wir wollen, dass kompakter gebaut wird und dass auf klimafreundliche Baustoffe wie Holz gesetzt wird. Denn Holz ist ein nachwachsender Baustoff, schlägt die Klimabilanz von Zement und Beton um Längen und hat auch viele andere Vorteile.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 48, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-110

„Das neue Quartier wird einen großen Grünbereich mit Sport- und Spielangeboten für alle Bürger\*innen freihalten. Und weil die Flächen der Stadt gehören, haben wir alle Hebel, die soziale und ökologische Qualität dieses neuen Stücks Stadt zwischen Sebaldsbrück und der neuen Vahr zu steuern. Wir streben eine klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung an und werden dafür das Potenzial der neuen digitalen Steuerungsmittel systematisch ausschöpfen.“

→ Bzgl. des Quartiers wird eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-111

„Beim Bau neuer Quartiere und bei der Entwicklung der bestehenden Stadtteile ist unser Ziel das gut gemischte Quartier. So verringern wir die Zeit, die wir täglich im Auto sitzen oder im Stau stehen, so sorgen wir dafür, dass die Luft weniger verpestet wird.“

→ Bzgl. der Quartiere wird eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-112

„Die Erschließung des Großmarkts gehört an die Eduard-Suling-Straße. So kann der Lkw-Verkehr aus dem Rest der Überseestadt herausgehalten werden. Und es entsteht zwischen Hafenhochhaus und Großmarkt Platz für eine richtige grüne Mitte.“

→ Der Bau der grünen Mitte ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-113

„Planen und Bauen dauert oft lange, aber hier sind Konzentration und Tempo gefragt, denn wenn das nächste Kapitel der Entwicklung an der Weser auf dem ehemaligen Kellogg's-Grundstück aufgeschlagen wird, müssen wir schon ein großes Stück weiter sein. Dort wird von Anfang an ein Quartier mit wenigen Autos und klimaneutraler Strom- und Wärmeversorgung geplant.“

→ Bzgl. des Quartiers wird eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-114

„Die gewachsenen Quartiere müssen zwei große Herausforderungen bewältigen: den Klimawandel und den demografischen Wandel. Ältere Häuser haben einen großen Nachholbedarf an guten Fenstern, anständig gedämmten Fassaden und ordentlichen Heizungen.“

→ Bzgl. der Quartiere wird eine unmittelbare einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-115

„Und statt die Dächer für Autos und Klimaanlagen zu reservieren, wollen wir dort Gärten, Spielplätze und Restaurants sehen. Wer für die Zukunft baut, muss klimaschonend und klimaangepasst bauen, also Strom und Heizwärme aus regenerativen Quellen beziehen und das Regenwasser und die Kühlung bedenken.“

→ Bzgl. des Baus wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-116

„Wir wollen ökologisches und soziales Bauen durch Direktvergabe und Konzeptausschreibung fördern.“

→ Bzgl. des Baus wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-117

„Bremen ist ein starker Wirtschaftsstandort. Unser grünes Wirtschaftsverständnis stellt die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt. Daran messen wir ökonomischen Erfolg. Eine große Anzahl an Unternehmen bedeutet eine große Chance für unsere Stadt, denn die Zahl der Arbeitsplätze steigt und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Bremens Abhängigkeit vom Export ist groß und die Turbulenzen auf dem Weltmarkt bergen erhebliche Gefahren. Darüber hinaus steckt ein Teil der Bremer Wirtschaft noch tief im fossilen Zeitalter. Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung stellen unsere Unternehmen vor Herausforderungen. Die Art, wie wir produzieren und konsumieren, muss sich ändern. Wir wollen eine ökologisch arbeitende und ökonomisch erfolgreiche Wirtschaft, die immer weniger Rohstoffe verbraucht und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 55, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-118

„Unser Fokus liegt auf der nachhaltigen Modernisierung der Bremer Wirtschaft. Werden moderne, abgasfreie Transportmittel zukünftig in Bremen gebaut oder nicht? Batterien sind dazu die Schlüsseltechnologie für die Verkehrs- und Energiewende! Im frühen 21. Jahrhundert stellt sich daher für Bremen die Aufgabe, Batterien selber zu bauen und umweltschonende Bauweisen und Rohstoffkreisläufe zu entwickeln.“

→ Die Modernisierung mit ihren einzelnen Elementen ist insgesamt eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 55, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-119

„Deshalb z. B. haben wir zusammen mit der Automobil- und der Luft- und Raumfahrtbranche den EcoMaT gegründet, um an besonders leichten Werkstoffen zu forschen.“

→ Die mit dem EcoMaT angestrebte Öko-Effizienz bzgl. der Werkstoffe ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 56, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-120

„Wir wollen eine bessere Lebensqualität für alle. Der Marktanteil nachhaltiger Produkte wächst kontinuierlich. Immer mehr Menschen legen Wert darauf, dass Produkte fair erzeugt werden und klimagerecht, schadstofffrei, leicht reparierbar und langlebig sind. Wir werden Unternehmen, die auf Nachhaltigkeit und Gemeinwohl setzen, stärken. Wir setzen dabei auf erprobte und neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien oder solidarische Ökonomien. Wir unterstützen innovative Ideen zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft mit dem Ziel, dass Rohstoffe immer wieder neu verarbeitet werden und nicht auf der Mülldeponie landen. Wir wollen eine Wirtschaft, bei der Plastikmüll nicht im Meer landet. Daher werden wir in Bremen eine Strategie zur Reduzierung von Plastikabfällen erarbeiten und umsetzen. Wir werden uns für die Anwendung nachhaltiger Produkt- und Unternehmenssiegel einsetzen.“

→ Die generell ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 57, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-121

„Diese Firmen treiben unsere Wirtschaft voran, ihre Ideen und Entwicklungen bilden die Basis für eine Ökonomie, die auf nachhaltige Entwicklung setzt und mit ihren Geschäftsmodellen die Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende zu einer Erfolgsgeschichte macht.“

→ Die Ausrichtung an der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 57, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-122

„Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Innovation auszurichten. Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Kammern, Handelskammern, Hochschulen und Start-ups wollen wir ein Gründungsstipendium entwickeln, mit dem Gründer\*innen in anderen Ländern Erfahrungen sammeln können. Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit nachhaltigen Geschäftsideen werden wir im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in die Geschäftswelt unterstützen.“

→ Die generell ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 58f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-123

„Die industrielle Produktion ist im Land Bremen ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft. Das gilt besonders für die Lebensmittelverarbeitung, den Fahrzeugbau und die Luft- und Raumfahrt. Die technologische Innovation fördern wir mit speziell zugeschnittenen Förderprogrammen und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. In diesen und anderen Bereichen werden grüne Ideen wie der Einsatz von Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien immer mehr Teil des Geschäftsmodells, da sie ein positiver Kostenfaktor sind und Interessen aufgeklärter Verbraucher\*innen aufgreifen. Diesen deutlich sichtbaren Wandel hin zu grünem, nachhaltigem Wirtschaften wollen wir in Bremen im Dialog mit Unternehmer\*innen, Arbeitnehmer\*innen und Verbänden weiter fördern. Für die Abkehr vom Verbrennungsmotor begrüßen wir es daher, dass Bremen ein bedeutender Standort für die Produktion von Elektroautos wird. Wir wollen die Bremer Autoindustrie dabei unterstützen, sich zu einem wichtigen europäischen Zentrum emissionsfreier Mobilität zu entwickeln.“

→ Die generell ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 59, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-124

„Das mit der Green-Ports- Initiative entwickelte, vorbildliche Profil der Häfen in Bremen und Bremerhaven werden wir schärfen. Bei der Nachrüstung umweltfreundlicher Technologien an Bord unterstützen wir ein wirksames Green-Shipping-Förderprogramm, das die Binnenschifffahrt in Bremen mit einbezieht.“

→ Bzgl. der Schifffahrt wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-125

„Noch werden viele Schiffe mit schwefelhaltigem Schweröl oder Diesel angetrieben. Der Beitrag der weltweiten Schifffahrt zur Klimakrise ist dramatisch. Die Abgase sind noch weit bis in das Binnenland spürbar. Dabei könnte die Schifffahrt mit alternativen Antrieben einen enormen Beitrag zum Klimaschutz und zum Schutz der Meere leisten. Den Schiffbaucluster werden wir stärken und uns auf Bundesebene für eine bessere Förderung umweltfreundlicher Antriebe, günstigen Ökostrom in der Schifffahrt und effektive Beratung für Eigner\*innen einsetzen. Denn wir GRÜNE wollen, dass Bremen international in umweltfreundlichen maritimen Technologien vorne ist. Die Hafengebühren sollen sich noch stärker an ökologischen Kriterien orientieren. Die Beschränkung des Ökorabatts auf 25 Schiffe soll wegfallen.“

→ Bzgl. der Schifffahrt wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-126

„Die Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich, ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten. Wir wollen ein Konzept ‚Nachhaltiger Tourismus‘ entwickeln und dabei mit dem niedersächsischen Umland zusammenarbeiten. Auch das Thema Kreuzfahrten und Landstromversorgung muss darin behandelt werden. Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit innovativen und ökologischen Konzepten besonders unterstützen. Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte und Radfahren werden wir unterstützen.“

→ Bzgl. des Tourismus wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-127

„Wir wollen eine Wirtschaft, die zu 100 Prozent durch Wind, Sonne, Wasser und Biogas erzeugte Energie bezieht. Beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger wird nicht nur der Klimaschutz, sondern auch der Strukturwandel in Bremen profitieren. Wir wollen, dass EU- und Bundesmittel vor allem für emissionsfreie Wirtschaft, moderne Infrastruktur, erneuerbare Energie und eine grüne Verkehrswende genutzt werden. Wir werden die vernetzte, emissionsfreie Mobilität in Bremen fördern. Dies umfasst alle Ebenen, sei es beim Auto, der Installation einer zukunftsweisenden Ladeinfrastruktur, bei Schiffen, Bussen, Bahnen oder Lastenrädern. Wir werden Bremen zu einer Modellregion für Elektromobilität und autonomes Fahren in Europa machen.“

→ Der angestrebte Wandel der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-128

„Die Zukunft der Offshore-Windenergie wird von der Bundesregierung entschieden. Deren Politik hat den Ausbau der erneuerbaren Energie, auch der Offshore-Windenergie, in den letzten Jahren gebremst. Das muss ein Ende haben, die Offshore-Ausbaupläne müssen erheblich erweitert werden.“

→ Im Energiesektor wird an der Fortsetzung der sozial-ökologischen Transformation bzgl. der Windenergie festgehalten.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 61, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-129

„Dort, wo neue Gewerbegebiete geschaffen werden, werden wir nach dem Vorbild des Gewerbegebiets Lune Delta in Bremerhaven dafür sorgen, dass sie einen Beitrag zur Energiewende leisten und die Wirtschaft nachhaltiger machen.“

→ Die generell ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-130

„Bremen hat in der letzten Legislaturperiode jedes Jahr ca. 30 Hektar zusätzliche Gewerbefläche für die Ansiedlung von Unternehmen veräußert. Etwa die Hälfte dieser Flächen wird versiegelt. Aus ökologischer Sicht ist das nicht zu rechtfertigen. Die Europäische Union hat das Ziel ausgegeben auf mittlere Sicht ganz zur Kreislaufwirtschaft mit Siedlungsflächen überzugehen. Dieses Ziel unterstützen wir. Wir werden deshalb im Dialog mit den Bremer Unternehmen eine Strategie erarbeiten, wie Bremen sich durch effizienteren und sparsameren Umgang mit dem knappen Flächenvorrat auf den Weg zu diesem Ziel macht, und über die Fortschritte regelmäßig Rechenschaft ablegen.“

→ Bzgl. der Flächenpolitik wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-131

„Die ungebremste Zunahme des Warentransports zwischen den verschiedenen Produktions- und Verbrauchsorten überschreitet längst die Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen auf Straße und Schiene. Vor allem aber ist sie eine extreme Belastung für Mensch und Natur. Eine Politik zum Schutz des Klimas muss sich dafür stark machen, diese Entwicklung umzukehren. Wo immer das möglich ist, organisieren wir Produktion und Verteilung der Waren daher so, dass Transportwege eingespart werden können und Rohstoffe in Kreisläufen verwendet werden.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-132

„Eine günstige und nachhaltige Versorgung mit grünem Strom aus Windenergie oder Photovoltaik ist für Unternehmen ein Wettbewerbsvorteil. Daher setzen wir uns für eine Solardach- und/oder Dachbegrünungspflicht in den Bebauungsplänen für Gewerbegebiete ein und finden neue Standorte für Windkraftanlagen in Gewerbegebieten.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-133

„Wir wollen, dass Bremen europäische Fördermittel zur Realisierung eines sozial-ökologischen, nachhaltigen Gewerbegebiets im Lune Delta nutzt.“

→ Es wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 63, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-134

„Die Blockchain bietet als neue Technologie neue Chancen, auch im Bereich einer Verkehrs- und Energiewende und das Potenzial neuer Unternehmensformen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-135

„Wir wollen den Einsatz von Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien in der Wirtschaft beschleunigen und unterstützen innovative Ideen zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Nachhaltigkeit und Orientierung am Gemeinwohl sollen Grundpfeiler der Wirtschaft im Land Bremen werden. Bremen soll sich europaweit zu einem der wichtigsten Zentren der emissionsfreien Mobilität entwickeln.“

→ Die generell ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 77, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-136

„Eine ausreichende Versorgung mit Energie und Wasser gehört zur Grundversorgung. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Zahl der Strom- und Wassersperren sinkt und Menschen in Not schnell geholfen wird.“

→ Bzgl. des konkreten Umgangs mit den Energie und Wasser wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-137

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsicherung und das Wohngeld erhöht werden, damit steigende Kosten für Energie und Wasser abgedeckt sind. Wir wollen zudem Projekte weiter fördern, die Verbraucher\*innen beraten, wie sie ihren Energieverbrauch senken und sich nachhaltig vor steigenden Kosten schützen können.“

→ Bzgl. des konkreten Umgangs mit den Energie und Wasser wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-138

„Wir wollen deshalb Schulen unterstützen, die Konzepte zur ganzheitlichen Gesundheitsförderung umsetzen. Zur ‚Gesunden Schule‘ gehört auch die Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region kommen und dem Saisonangebot entsprechen.“

→ Bzgl. Ernährung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-139

„Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken. Gerade junge Menschen wollen wir stärker befähigen, ihre Zukunft natur- und umweltgerecht aktiv mitzugestalten.“

→ Der Umgang mit der Umwelt soll über die Bildung generell verändert werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 93, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-140

„GRÜNE Wissenschaftspolitik steht für Freiheit und Verantwortung. In unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden vom Klimaschutz bis zu Fragen des Zusammenlebens Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen entwickelt. Sie sind damit ein zentraler Bestandteil unserer zukünftigen Städteentwicklung.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 94, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-141

„Die bremischen Hochschulen haben Nachhaltigkeitsstrategien für Lehre und Forschung entwickelt und Klimaschutzkonzepte für den Betrieb aufgestellt. Das Einwerben von Fördergeldern zur Umsetzung wirksamer Maßnahmen wollen wir durch ein Klimaschutzmanagement an den Hochschulen unterstützen.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 98, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-142

„Das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meereswissenschaften (AWI) in Bremerhaven ist eine international vernetzte und anerkannte Forschungseinrichtung. Ihre Bedeutung und ihr Ertrag für die Erforschung der Ursachen und Folgen des Klimawandels im Polarmeer und an den Küsten wird weiter zunehmen.“

→ Der generelle Umgang mit dem Klimawandel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 98f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-143

„Reallabore sind in der Nachhaltigkeitsforschung ein fester Begriff und in Baden-Württemberg erfolgreich erprobt. Wir wollen diese Erfahrungen nutzen, darauf aufbauen und auch in Bremen in einer dreijährigen Pilotphase Reallabore als Forschungsformat ermöglichen, in denen Wissenschaft und Praxis zusammen Lösungsansätze erproben.“

→ Die Umsetzung von Reallaboren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 99, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-144

„Die Wissenschaften dienen der gesellschaftlichen Entwicklung als Ganzes. Gesellschaftliche Kernfragen, wie zum Beispiel die ökologische Krise oder auch die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, müssen besonders berücksichtigt werden.“

→ Mit der ökologischen Krise soll insgesamt umgegangen werden, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 99, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-145

„Es soll keine Tierversuche in der Bremer Forschung geben.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 126, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-146

„Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Wir GRÜNE stehen für eine vernunftgeleitete und humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder verharmlost noch ideologisch verteufelt. Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen wir stärken und ebenso die wirksame Prävention – bei gleichzeitiger Information für Konsument\*innen zu Folgen und Risiken. Abhängige benötigen Hilfe. Konsument\*innen sollen nicht länger kriminalisiert werden, denn das hat schlimme Folgen für viele und bewirkt nichts. Wir prüfen eine regulierte Abgabe unter staatlicher Aufsicht.“

→ In der Drogenpolitik wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 126, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-147

„Auf Bundesebene fordern wir ein klar geregeltes System für den Anbau, Handel und die Abgabe von Cannabis. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes in lizenzierten Geschäften mit geschultem Personal erfolgen. In Bremen wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, ein entsprechendes Modellprojekt auf den Weg zu bringen. Bis dahin soll der Erwerb und Besitz von Cannabis bis zu 15 Gramm und der private Anbau von bis zu vier Cannabis-Pflanzen von der Staatsanwaltschaft Bremen strafrechtlich nicht verfolgt werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Gleichbehandlung von Alkohol- und Drogenkonsum im Führerscheinrecht ein und wollen auf Landesebene die entsprechenden Spielräume nutzen.“

→ In der Drogenpolitik wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 126, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-148

„Wir GRÜNE wollen die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Die bestehenden Unterstützungsangebote wollen wir durch ein offenes Angebot für einen Drogenkonsumraum ergänzen. Dort besteht für drogenabhängige Menschen die Möglichkeit, unter hygienischen Bedingungen mitgebrachte Drogen zu konsumieren.“

→ In der Drogenpolitik wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 126, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-149

„Zudem wollen wir in Bremen ein gutes Drugchecking-Angebot schaffen. Dies ermöglicht Konsument\*innen, die erworbene Droge auf giftige Beimengungen und die tatsächliche Dosierung untersuchen zu lassen. Erfahrungen aus anderen Städten beweisen, dass sich durch ein solches Projekt Gesundheitsrisiken deutlich reduzieren lassen.“

→ In der Drogenpolitik wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 126, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-150

„Wir GRÜNE fordern eine intensivere Aufklärung über die Gefahren von Alkohol und Tabak. Werbung für diese und andere Drogen lehnen wir ab.“

→ In der Drogenpolitik wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 135, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-151

„Wir haben in Verhandlungen erreicht, dass wir ab dem Jahr 2020 jährlich zusätzlich 400 Millionen Euro als Sanierungshilfen vom Bund bekommen. Diese Mittel wollen wir, wie mit Bund und Ländern vereinbart, zur Einhaltung der Schuldenbremse, zum Abbau der bestehenden Verschuldung – im Schnitt mindestens 80 Millionen Euro im Jahr – und für Maßnahmen der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft einsetzen. Nach unserer Überzeugung bedeutet dies insbesondere die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und den ökologischen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur.“

→ Der generelle Umbau der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 135, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-152

„Fast zwölf Jahre GRÜNER Finanzpolitik in der Regierung haben Bremen aus der Schuldenfalle herausgeführt und die Grundlage dafür geschaffen, ab 2020 Schulden abzubauen und nun verstärkt investieren zu können, insbesondere in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 136, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-153

„Nach der gelungenen Haushaltskonsolidierung investieren wir in Bremens Zukunft. Wir wollen mit unseren Investitionen auch die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit bekämpfen, ökologische Nachhaltigkeit anstreben und Kosten senken. Wir werden die Investitionen in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich (inkl. Sportanlagen), den Wohnungsbau, den Straßen- und Brückenunterhalt und den Hochwasserschutz in Bremen erhöhen. Energiesparmaßnahmen in den landeseigenen Liegenschaften werden wir umsetzen und unser Land für das digitale Zeitalter fit machen.“

→ Die generell ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 136, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-154

„Wir GRÜNE wollen die Finanzpolitik stärker an Ressourcenschutz oder Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen orientieren. Um ökologisch schädliche Subventionen abzubauen, werden wir unsere Zuwendungen entsprechend ausrichten. Auf Bundesebene bekämpfen wir GRÜNE schädliche Subventionen: Steuerliche Subventionen von Dienstwagen, Flugbenzin und Diesel wollen wir abbauen.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 138, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-155

„In der vergangenen Legislaturperiode haben wir GRÜNE uns auf den Weg gemacht, bei der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie zu verfolgen. Wo wir Geldanlagen tätigen, investieren wir in Unternehmen, die ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen. Das schließt Unternehmen aus, die ihre Geschäfte mit nuklearen und fossilen Energieträgern oder Kinderarbeit machen.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 142, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-156

„Wir erhöhen die Investitionen in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich, den Wohnungsbau, den Straßen- und Brückenunterhalt und den Hochwasserschutz. Energiesparmaßnahmen in den landeseigenen Liegenschaften setzen wir um und bereiten unser Land auf das digitale Zeitalter vor.“

→ Bzgl. des Umgangs mit Hochwassern wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 142, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-157

„Wir GRÜNE orientieren die Finanzpolitik stärker am Ressourcenschutz oder an der Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Um ökologisch schädliche Subventionen abzubauen, werden wir unsere Zuwendungen entsprechend ausrichten. Auf Bundesebene bekämpfen wir GRÜNE schädliche Subventionen.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 153, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-158

„Wir pflegen unsere europäischen Verbindungen, um gemeinsam ein ökologisches, soziales und friedliches Europa zu bauen.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 153, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-159

„Wir GRÜNE stehen für ein demokratisches, liberales, ökologisches und soziales Europa.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 154, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-160

„Wir fordern daher mehr Einnahmen für den EU-Haushalt, etwa durch eine europaweite CO<sub>2</sub>-Steuer, eine echte Finanztransaktionsteuer, eine gemeinsame Plastiksteuer oder eine gemeinsame Unternehmensteuer.“

→ Die generelle CO<sub>2</sub>- und Plastikvermeidung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 155, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-161

„Der Schock am Morgen nach dem Brexit-Referendum war in Bremen groß. Auch bei uns werden die Auswirkungen des Brexit zu spüren sein, ob im Handel, in der Klimapolitik oder an den Hochschulen.“

→ Der generelle Klimaschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 156, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-162

„Wir wollen Netzwerke wie den europaweiten ‚Konvent der Bürgermeister‘ zum Umweltschutz vermehrt nutzen.“

→ Der generelle Umweltschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 157, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-163

„Wir wollen die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auch zur Realisierung eines sozial-ökologischen, nachhaltigen Gewerbegebiets als Pilotprojekt für grüne, gemeinwohl-orientierte Wirtschaft nutzen. Wir leisten Unterstützung für genossenschaftliche, demokratische, soziale, ökologische und nachhaltige Unternehmen, die dem Gemeinwohl dienen.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 158, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-164

„Wir schaffen regionale Kooperationen mit anderen Nordseeregionen zur Müllbekämpfung, zum Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windpark) und dem Ausbau nachhaltiger, grüner Häfen. Wir werden verstärkt die europäischen und internationalen Städte-Netzwerke zur Förderung fairer Wirtschaftsbeziehungen und nachhaltigen Wirtschaftens und Konsumierens nutzen.“

→ Die generelle ökologische nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaft ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 158, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-165

„Die Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele ist uns besonders wichtig. Bremerhaven soll noch vor Bremen CO<sub>2</sub>-neutrale Stadt werden. Bremen ist seit 1992 aktives Mitglied von ‚Klima-Bündnis/Climate Alliance e. V.‘. Dies sind 1.700 Kommunen in Europa, die die Entwicklung und Umsetzung alternativer Klimaschutz- und Anpassungsstrategien auf lokaler/regionaler, europäischer und internationaler Ebene fördern. Den Erfahrungsaustausch wollen wir nutzen, um den Klimaschutz in Bremen und Bremerhaven noch stärker als bisher voranzubringen.“

→ Die klimapolitischen Maßnahmen sind in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 158, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-166

„Bremen pflegt viele internationale Beziehungen und Partnerschaften auch außerhalb der Europäischen Union. Bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen treten wir für Menschenrechte, Frieden, politische Teilhabe, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, eine ausgewogene globale Entwicklung und die internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaziele ein. Wir GRÜNE wollen, dass diese Ziele bei wirtschaftspolitischen Delegationsreisen des Senats ins Ausland stärker als bisher berücksichtigt werden.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 158, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-167

„Wir stehen für eine Handelspolitik, die sich an sozialen und ökologischen Werten ausrichtet. Daher haben wir dafür gesorgt, dass im öffentlichen Beschaffungs- und Vergabewesen des Landes Bremen Umwelt- und Fairness-Kriterien berücksichtigt werden.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 159, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-168

„Wir wollen die Globalisierung gerechter und ökologisch nachhaltiger gestalten. Dafür braucht es strenge Regeln, die Umwelt, Beschäftigte und Verbraucher\*innen schützen. Wir setzen uns für Handelsabkommen ein, die transparent verhandelt werden und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 159, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-169

„Die Klimakrise, knapper werdende natürliche Ressourcen, Flucht und Migration – das sind globale Herausforderungen, die uns alle betreffen. Wir stehen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen. Wir haben daher in Regierungsverantwortung entwicklungspolitische Leitlinien für Bremen beschlossen. Sie werden gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen umgesetzt und weiterentwickelt.“

→ Die generelle ökologisch nachhaltige Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 159f., HB-WP.Grüne.2019-SÖT-170

„Wir wollen Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Realisierung eines sozial-ökologischen, nachhaltigen Gewerbegebiets als Pilotprojekt für grüne, gemeinwohlorientierte Wirtschaft nutzen. Wir leisten Unterstützung für genossenschaftliche, demokratische, soziale, ökologische und nachhaltige Unternehmen, die dem Gemeinwohl dienen.“

→ Die generelle ökologisch nachhaltige Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 160, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-171

„Wir schaffen regionale Kooperationen mit anderen Nordseeregionen zur Müllbekämpfung, zum Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windpark) und zum Ausbau nachhaltiger, grüner Häfen.“

→ Die Maßnahmen sind in der Praxis zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 164, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-172

„Zu einer effektiven Bekämpfung von Fluchtursachen gehören die Lösung internationaler Konflikte, eine faire Handels- und Fischereipolitik, die Bekämpfung der Klimakrise sowie die Einhaltung der nachhaltigen UN-Entwicklungsziele und eine verbesserte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern.“

→ Die Maßnahmen sind in der Praxis zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 164, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-173

„Vielmehr sind partnerschaftliche, gezielte wirtschaftliche Kooperationen mit Regionen in Krisengebieten auf der Grundlage ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Kriterien und eine weitsichtige Entwicklungspolitik von beiderseitigem Interesse.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 171, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-174

„Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben oder ihrer Überzeugung heraus gemeinsam mit uns für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit, Frieden oder gegen Armut in unseren Städten. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

→ Die Umwelt zu säubern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 173, HB-WP.Grüne.2019-SÖT-175

„Wir GRÜNE fordern längst überfällige Änderungen im Bundesrecht wie die Einführung einer Halterhaftung für Verkehrsordnungswidrigkeiten und die Entkriminalisierung von Schwarzfahren und Drogen wie Cannabis.“

→ Die Entkriminalisierung von Cannabis ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### 2.3.1.4.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken

S. 6, HB-WP.Linke.2019-SÖT-1

„Die kapitalistische Wachstumslogik zerstört die Lebensgrundlagen auf diesem Planeten. Umweltpolitik ist für DIE LINKE deshalb ein zentraler Bestandteil der notwendigen sozial-ökologischen Wende unserer Gesellschaft. Wir verstehen es als unsere Aufgabe, vor Ort für eine Energiewende, den Schutz von natürlichen Ressourcen, eine ökologische Verkehrswende und eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft einzutreten. Um der Klimakrise zu begegnen, müssen global und konkret vor Ort deutlich stärkere Maßnahmen ergriffen werden, als es der rot-grüne Senat in den vergangenen zwölf Jahren getan hat.“

→ Eine generelle sozial-ökologische Wende ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 6, HB-WP.Linke.2019-SÖT-2

„Die ganze Stadt für alle, das bedeutet auch **Mobilität für alle**: sozial, alters- und kindergerecht, barrierefrei, ökologisch, autoarm, mit kostenlosem ÖPNV und einer sicheren und komfortablen flächendeckenden Fahrradinfrastruktur.“ (Herv. i. O.)

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 6, HB-WP.Linke.2019-SÖT-3

„Schon weil viele Gründe, aus denen Menschen fliehen oder durch Migration nach besseren Perspektiven suchen, auch mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus, ungleicher Wirtschaftsordnung, Waffenexporten und den Folgen einer ökologisch nicht haltbaren Wirtschaftsweise zu tun haben – alles Faktoren, mit denen auch Bremen und Bremerhaven in problematischer Weise verbunden waren und sind.“

→ Das implizite Ziel der ökologischen Ausrichtung der Wirtschaftsweise ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 7, HB-WP.Linke.2019-SÖT-4

„In diesem Zusammenhang nimmt das **Rennbahngelände** eine besondere Rolle ein. Als aktuell größte Fläche in städtischem Besitz muss gewährleistet werden, dass eine Veräußerung an Investoren nicht in Betracht kommt. Die Stadt hat hier die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den Akteuren im Quartier Wohnen, Leben und Arbeiten zu gestalten und umzusetzen. Kriterien bzw. Bestandteile dieser Umsetzung müssen neben dem Instrument des Erbbaurechts die Herstellung von bezahlbarem Wohnraum, sozial-ökologische Standards und eine wohnortnahe Versorgung mit einem Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sein.“ (Herv. i. O.)

→ Die Setzung genereller sozial-ökologischer Standards ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, HB-WP.Linke.2019-SÖT-5

„Darüber hinaus wollen wir, dass auf größeren Neubauflächen auch Wohnungen für sogenanntes »einfaches Wohnen« vorgesehen werden bzw. Bestandswohnungen im städtischen Besitz dafür vorgehalten werden.“

→ Die Nutzung von Neubauflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, HB-WP.Linke.2019-GSÖT1

„Die entsprechenden Objekte sollen für den Bau von städtischem Wohnraum und sozialer Infrastruktur genutzt werden. So kann u. a. Wohnraummangel entgegengearbeitet und die Bebauung von Grünflächen verhindert werden.“

→ Bzgl. der Grünflächen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, HB-WP.Linke.2019-SÖT-6

„In die zukünftige Innenstadt gehören soziales und studentisches Wohnen, kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen, kleine inhabergeführte Läden und Gewerbebetriebe und vor allem viel Platz für freien Aufenthalt ohne Konsumzwang, mit Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten für alle, mit öffentlichen Toiletten und kostenfreier Trinkwasserversorgung.“

→ Die Bereitstellung kostenloser Trinkwasserversorgung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.Linke.2019-SÖT-7

„**Anders bauen und sanieren: sozial, ökologisch, vielfältig und nicht mehr so hässlich**

Es müssen nicht noch mehr einfallslöse Würfel gebaut werden, um zu beweisen: Profitorientierte Investoren schaffen weder interessante Architektur noch lebendige Quartiere, noch Wohnanlagen, die auf ein soziales Miteinander und beste ökologische Standards ausgelegt sind.“ (Herv. i. O.)

→ Die Setzung ökologischer Standards bzgl. des Bauens ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, HB-WP.Linke.2019-SÖT-8

„Stattdessen ist Folgendes umzusetzen: Die Stadt muss einen Planungsprozess unter Beteiligung von Beirat und Stadtteil durchführen und auf dieser Grundlage jemanden suchen, der die Ergebnisse ausführt. Sie muss zusätzliche ökologische Förderprogramme auflegen, die Dachbegrünungen, eine ökologische Energieversorgung, Regenwassernutzung, Holzbauweisen etc. gezielt fördern.“ (Herv. i. O.)

→ Die Auflegung genereller ökologischer Förderprogramme führt in der Praxis zu einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.Linke.2019-SÖT-9

„Des Weiteren fordern wir eine undogmatische Drogenaufklärung in der Schule, in der Jugendlichen beigebracht wird, welche Drogen wie im Körper wirken und welche Nebenwirkungen und Gefahren es gibt. Prävention durch Abschreckung lehnen wir ab, eine nachhaltige funktionale Prävention muss eine umfassende Aufklärung sein.“

→ Der Wandel in der Drogenpolitik bzgl. natürlicher Substanzen ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Linke.2019-SÖT-10

„Fast eine Million Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> wird im Bremer Straßenverkehr jährlich ausgestoßen; das entspricht knapp 20 Prozent der Gesamtemissionen. Autos sind damit neben der Kohleverstromung hauptverantwortlich für die verfehlten Klimaziele Bremens. Der enorme Autoverkehr stellt eine erhebliche Lärm- und Emissionsquelle dar, gefährdet die Gesundheit und verhindert städtebaulich sinnvolle Optionen für die Innenstadt- und Quartiersentwicklung.“

→ Die Umsetzung der generellen Klimaziele ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Linke.2019-SÖT-11

„Die Nutzer\*innen des ÖPNV bezahlen für die Sparpolitik des Senates und tragen die Folgen der sogenannten Schuldenbremse. Diese Entwicklung ist unsozial und ökologisch unsinnig.“

→ Die implizit angestrebte ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.Linke.2019-SÖT-12

„Ein kostenloser, steuer- und abgabenfinanzierter ÖPNV ist unser Ziel, damit Mobilität für alle gewährleistet und der Ausstoß von Stickoxiden und CO<sub>2</sub> in unseren Städten reduziert wird.“

→ Die angestrebte Reduktion der Gase ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-13

„Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung sollen zweckgebunden für klimaverträgliche Verkehrsträger eingesetzt werden.“

→ Die klimaverträgliche Ausrichtung ist hier eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-14

„Die B 6n darf nur als Tunnellösung unter dem Flughafen gebaut werden, die Wolfskuhlensiedlung wollen wir schützen. Den Autobahntunnel zwischen Industriehäfen und Seehausen wollen wir mit Priorität fertigstellen.“

→ Die Baumaßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-15

„Die Infrastruktur für **E-Mobilität** ist schnell auszubauen und die Flotte der öffentlichen Hand und der BSAG auf Elektroantriebe umzustellen, die mit Ökostrom versorgt werden. Auch für die Car-sharing-Angebote ist dieser Schritt dringend nötig. Sinnvoll wäre auch das Angebot von Lastenrädern an den bestehenden Leihstationen.“ (Herv. i. O.)

→ Die implizit angestrebte ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-16

„Allerdings sind die Schienentrassen im Großraum Bremen und Bremerhaven an ihren Kapazitätsgrenzen. Das Projekt Alpha-E (ehemals Y-Trasse) muss deshalb zügig realisiert werden. Wir wollen ein drittes Gleis zwischen Bremen und Bremerhaven, um die Engpässe im Personenverkehr und für Güterverkehre gleichermaßen zu reduzieren.“

→ Die Baumaßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-17

„Ein echter Klimakiller ist der stark wachsende Anteil an Inlands- und Kurzstreckenflügen. Ähnlich wie bei der Fernbusregulierung sollten Flüge untersagt werden, wenn die Bahn die gleiche Strecke in unter drei Stunden schafft. Kerosin muss endlich so besteuert werden wie Benzin. In Bremen müssen das Nachtflugverbot strikt eingehalten werden und die Start- und Landegebühren stärker an ökologische Kriterien gekoppelt werden.“

→ Die klimaverträgliche Ausrichtung ist hier eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-18

„Der rot-grüne Senat hat die gesetzlichen Klimaziele schon jetzt dramatisch verpasst. In den vergangenen zwölf Jahren haben SPD und Grüne keine ernsthaft wirksamen Schritte unternommen, um das selbst gesteckte Ziel von 40 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis zum Jahr 2020 zu erreichen. DIE LINKE steht demgegenüber für eine Energiewende im doppelten Sinne: Zum einen fordern wir den Ausstieg aus der konventionellen Energieversorgung durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle. Zum anderen fordern wir, die Energieerzeugung und -bereitstellung zurück in öffentliche Hand zu übernehmen und damit faire Preise für die Verbraucher\*innen und faire Löhne für die Beschäftigten zu garantieren. Die Energiewende ist in dieser Form ein ökologisches und ein soziales Projekt.“

→ Die Umsetzung der generellen Klimaziele ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-19

„57 Prozent des Stroms stammen im Land Bremen aus den Kohlekraftwerken. Effektiver Klimaschutz ist nur durch einen schnellstmöglichen **Ausstieg aus der Kohleverstromung** realisierbar, der in der kommenden Legislaturperiode verbindlich beschlossen und sozialverträglich organisiert werden muss.“ (Herv. i. O.)

→ Der Ausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-20

„Wenn die Stahlproduktion in Bremen auf Jahrzehnte zukunftsfähig sein soll, muss sie klimaneutral werden. In Schweden und Österreich werden aktuell Verfahren entwickelt, um in den Stahlwerken Wasserstoff statt Steinkohle einzusetzen. Auch ArcelorMittal hat am Standort Hamburg festgestellt, dass eine klimafreundliche Stahlproduktion technisch machbar wäre. Bremen muss in Zusammenarbeit mit der Industrie und den Beschäftigten ein Konzept entwickeln, wie hier Stahl ohne nennenswerte CO<sub>2</sub>-Emissionen produziert werden kann, und eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung entsprechender Verfahren einnehmen.“

→ Die klimaverträgliche Umstellung in der Stahlproduktion ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.Linke.2019-SÖT-21

„Durch die Deckelung des Ausbaus erneuerbarer Energien durch Union und SPD und durch Konzentrationsprozesse auf dem Markt für Offshore-Gondeln wurde die Windindustrie in Bremerhaven in eine existenzbedrohende Krise gestürzt. Der Bremer Senat muss sich viel stärker als bislang für Sonderausschreibungen für Windenergie und Solar einsetzen. Sinnvoll ist auch eine direkte Beteiligung Bremens und Bremerhavens am Betrieb von Offshore-Parks in der Nordsee.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18f., HB-WP.Linke.2019-SÖT-22

„Eine dezentrale Stromversorgung, die auf regenerative Energien setzt, ist ein zentraler Bestandteil einer ernsthaften Energiewende. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle. Flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für alle Privathaushalte angeboten werden. Strom- und Gassperren wollen wir verhindern.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-23

„Eine funktionierende Abfallwirtschaft bedeutet für uns Zuverlässigkeit bei der Entsorgung von Abfällen, faire Gebühren, höhere Standards bei der Straßenreinigung, ökologische Entsorgung, stoffliche Verwertung/Recycling und gute Löhne für die Beschäftigten. Davon sind wir leider auch in Bremen und Bremerhaven noch weit entfernt. Deutschlandweit stagnieren die Recyclingquoten, insbesondere der Plastikverbrauch ist viel zu hoch. Auch im Bundesland Bremen wird immer mehr Müll verbrannt, was wir kritisch sehen. Nationale und globale Klimaschutzziele gebieten strikt die Vermeidung von Müllproduktion. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Reduzierung von kunststoffbasiertem und die Nahrungskette belastendem Verpackungsmüll ein. Wir wollen Einwegplastik reduzieren, um Umwelt und Gesundheit vor immer mehr Mikroplastik zu schützen. Es gibt nachhaltige und ökologisch abbaubare Alternativen zu Einwegplastik. Auf Volksfesten, Sportveranstaltungen und in öffentlichen Einrichtungen soll kein Einwegplastik mehr verwendet werden.“

→ Die Umstellungen in der Abfallwirtschaft bzgl. des Plastiks und im Kontext der Klimaziele sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-24

„Das privatwirtschaftliche Geschäft mit dem Müll boomt, so dass absurde Logistikketten aufgebaut werden: Biomüll wird aus Bremen auf LKW bis nach Osnabrück gefahren, während gleichzeitig riesige Mengen Müll nach Bremen importiert werden. Vieles davon hat mit der Profitlogik der privaten Müllwirtschaft zu tun und wenig mit tatsächlichen Notwendigkeiten einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Wir setzen uns deshalb für eine vollständige Rekommunalisierung der Abfallentsorgung ein, damit Transparenz und angemessene Gebühren, gleiche Löhne für gleiche Arbeit, Tarifbindung und ökologische Steuerung realisiert werden können. Für die Verwertung von Grünschnitt und Biomüll soll der Senat den Bau einer Biogasanlage realisieren.“

→ Die ökologische Ausrichtung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-25

„Die Trinkwasserversorgung muss zukünftig neu geordnet werden. Wir setzen uns für eine Diversifizierung der Quellen und ein Trinkwasserschutzgebiet in Vegesack ein.“

→ Die Umgestaltung der Versorgung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-26

„Bremerhaven muss bei der Entwässerung von Stadtteilen mit hohem Grundwasserspiegel wie Wulsdorf gemeinsam mit den Versorgern eine Lösung erarbeiten.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-GSÖT-2

„Die Vertiefung der Außen- und Unterweser lehnen wir ab, weil die Fließgeschwindigkeit durch Vertiefung und Begradigung immer weiter zugenommen hat und den Lebensraum Fluss massiv beeinträchtigt.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-27

„Wir wollen Renaturierungsmaßnahmen für die Nebengewässer ausweiten. Beim Generalplan Küstenschutz wollen wir die notwendige Deicherhöhung mit einem Erhalt der Platanen an der Kleinen Weser realisieren, was laut Gutachten möglich ist.“

→ Die Deicherhöhung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-GSÖT-3

„Eine Bebauung in unmittelbarer Nähe von Naturschutzgebieten wie an der Ochtumniederung in Brokhuchting lehnen wir ab. Wir wollen auch keine weiteren Genehmigungen für Windräder am Rande von Vogelschutzgebieten (Bultensee).“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-28

„Für den Umwelt- und Naturschutz spielt der kommunale Umweltbetrieb Bremen (UBB) eine zentrale Rolle.“

→ Die Ausrichtung am generellen Umwelt- und Naturschutz ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-29

„Bei der Gestaltung des städtischen Grüns sollen Belange der **Artenvielfalt** stärker berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir uns für mehr Blühflächen ein. Bremen und Bremerhaven sollen pestizidfreie Städte werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Änderungen zugunsten der Artenvielfalt sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-GSÖT-4

„Die Kleingärten sind gleichzeitig die grüne Lunge unserer Städte, deshalb lehnen wir eine Umwidmung im Rahmen des Flächennutzungsplanes ab. Auf keinen Fall darf es eine Bebauung von Parzellenflächen für Gewerbe geben.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.Linke.2019-SÖT-30

„Die Kleingartenordnung soll so gefasst sein, dass keine unverhältnismäßigen Verbote (Stichwort: Trampoline) auferlegt werden oder ökologische Nachteile entstehen (Stichwort: Fällung von gesunden Altbäumen).“

→ Die Vermeidung ökologischer Nachteile ist in diesem Kontext eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Linke.2019-SÖT-31

„Kinder sollen im Grünen spielen können, das ist wichtig für motorische Fähigkeiten und Umweltverständnis. Projekte wie die Kinderwildnis sollen möglichst in allen Stadtteilen aufgebaut werden. **Umweltbildung** in Kitas und Grundschulen wollen wir mit Vor-Ort-Erfahrungen stärken.“ (Herv. i. O.)

→ Über die Bildung soll der generelle Umgang mit der Umwelt verändert werden, was in der Folge eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Linke.2019-SÖT-32

„Hundeausläufflächen sollen wohnortnah zugänglich sein. Dafür müssen weitere Flächen in den Beiratsgebieten definiert und von der Stadtverwaltung hergerichtet und unterhalten werden. Bei der Hundehaltung setzen wir uns für eine Abschaffung der sogenannten Rassenliste ein und für eine Verantwortlichkeitsprüfung angehender Hundehalter\*innen, die nicht auf bestimmte Hunderassen beschränkt ist.“

→ Dies ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. der Flächen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.Linke.2019-SÖT-33

„In allen öffentlichen Einrichtungen Bremens (Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Kantinen) soll die Verpflegung schrittweise umgestellt werden auf biologisch erzeugte Nahrungsmittel und Fleisch aus artgerechter Tierhaltung, wie sie die EU-Öko-Verordnung definiert. So steht es im »Aktionsplan Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung«. Aber: Es geht sehr langsam, bei den Krankenhäusern sollen bis 2024 gerade einmal 20 Prozent der tierischen Produkte »bio« sein, und alles steht unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität. DIE LINKE möchte, dass die (sehr überschaubaren) Mehrkosten aus dem Haushalt finanziert werden und dass die Umstellung bis zum Ende der neuen Legislaturperiode weitgehend geschafft ist.“

→ Die Veränderung der Ernährung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, HB-WP.Linke.2019-SÖT-34

„Sämtliche **Wohn- und Energiekosten** (Strom, Wasser, Heizung) müssen in tatsächlicher Höhe anerkannt werden. Zwangsumzüge durch Kostensenkungsverfahren müssen ausgeschlossen werden. Es darf nicht sein, dass Menschen aus ihrem geringen Regelsatz Miet-Zuzahlungen leisten müssen.“ (Herv. i. O.)

→ Dies ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. natürlicher Ressourcen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, HB-WP.Linke.2019-SÖT-35

„Wir sind der Auffassung, dass Strom, Gas und Wasser soziale Grundrechte sind, die allen Menschen dauerhaft zur Verfügung stehen müssen.“

→ Dies ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. natürlicher Ressourcen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, HB-WP.Linke.2019-SÖT-36

„Wir fordern deshalb, das Absperren der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser bei Zahlungsunfähigkeit von Verbraucher\*innen gesetzlich zu untersagen. Da dieses Verbot auf der Bundesebene zu beschließen ist, sehen wir bis zur Erreichung dieses Ziels den Bremer Senat in der Pflicht, durch die Einrichtung eines (paritätisch finanzierten) Härtefallfonds Energiesperren zu verhindern.“

→ Dies ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. natürlicher Ressourcen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.Linke.2019-SÖT-37

„Eine vernünftige Prävention, ein vernünftiger Jugendschutz und die bestmögliche Erhaltung der Gesundheit sind nur unter legalen und entkriminalisierten Bedingungen möglich. Änderungen im bestehenden Betäubungsmittelgesetz können zwar nur auf Bundesebene erwirkt werden, aber wir werden uns in Bremen dafür einsetzen, dass die bereits jetzt schon möglichen gesetzlichen Spielräume endlich genutzt werden. Die Kriminalisierungsoffensive gegen Cannabiskonsum\*innen muss gestoppt werden. Stattdessen muss im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten von Anklageerhebungen abgesehen und von Verfahrenseinstellungen Gebrauch gemacht werden. Zudem werden wir uns aus Bremen heraus für eine Modernisierung des Betäubungsmittelgesetzes und für ein Ende des Verbotes von Cannabis auf Bundesebene einsetzen. Auch sehen wir in Bremen das geeignete gesellschaftliche Klima für zukunftsorientierte Modellprojekte im Bereich der Legalisierung, Nutzung und Erforschung von Cannabis.“

→ Der Wandel in der Drogenpolitik bzgl. natürlicher Substanzen ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.Linke.2019-SÖT-38

„Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch in Bremen mindestens ein Drogenkonsumraum Bestandteil der Hilfen wird, um einen risikoärmeren und die Anwohner\*innen entlastenden Konsum zu ermöglichen. Nur unter diesen Bedingungen kann eine »Safer-use«-Beratung nicht nur theoretisch vermittelt, sondern endlich auch praktisch gelebt werden und so die weitere Ausbreitung von Infektionen (HIV, HCV) verhindern.“

→ Der Wandel in der Drogenpolitik bzgl. natürlicher Substanzen ist in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.Linke.2019-SÖT-39

„Die Digitalisierung und der weltweite Übergang zu einer ökologisch tragfähigeren Produktion stellen hohe Anforderungen an die Entwicklungsfähigkeit traditioneller Industriebranchen wie Kfz oder Stahl, die für Bremen besonders bedeutsam sind.“

→ Der Übergang zu einer ökologisch tragfähigeren Produktion ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation, die unterstützt wird.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, HB-WP.Linke.2019-SÖT-40

„Die Entwicklung klima- und energieeffizienter Gewerbegebiete, wie des Gewerbegebiets Luneplate als »Green Economy Bremerhaven«, darf kein inhaltsleeres Label sein.“

→ Die generell grüne Ausrichtung von Gewerbegebieten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 45, HB-WP.Linke.2019-SÖT-41

„Zusammengerechnet wird etwa ein Drittel der Landesfläche landwirtschaftlich bewirtschaftet. Durch diese landwirtschaftliche Nutzung sind die Flächen maßgeblich und nachhaltig auch als Naherholungsgebiete für die Bremer Bevölkerung nutzbar und wird ein wichtiger Beitrag für den Natur- und Umweltschutz geleistet.“

→ Die Umsetzung des generellen Natur- und Umweltschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2019-SÖT-42

„Den Umstieg auf Bio-Produktion wollen wir fördern, aber auch artgerechte Tierhaltung in konventionell produzierenden Betrieben unterstützen wir, insbesondere durch die Einführung einer Weideprämie nach dem Vorbild anderer Bundesländer.“

→ Der Umstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2019-SÖT-43

„Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Frage des Privateigentums am Produktionskapital. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Eine soziale, friedliche, umweltgerechte, demokratische Gesellschaft erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, profitorientiertem Wachstum, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird. Der globale Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, ist mit diesen Zielen unvereinbar.“

→ Die generelle umweltgerechte Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2019-SÖT-44

„Deshalb kämpfen wir für einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Dafür streben wir die demokratische Vergesellschaftung privatwirtschaftlich beherrschter Märkte auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum an.“

→ Der angestrebte sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 46, HB-WP.Linke.2019-SÖT-45

„Grundlegende kommunale Dienstleistungen wie Wasser, Straßenreinigung und Müllabfuhr, die jede\*r Bewohner\*in Bremens und Bremerhavens benötigt, gehören vollständig in kommunale Hand.“

→ Die Veränderung des Umgang mit natürlichen Ressourcen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 46, HB-WP.Linke.2019-SÖT-46

„Im Land Bremen gibt es eine ganze Reihe von Initiativen und Unternehmungen, die in verschiedenartiger Weise Teile des von uns angestrebten sozial-ökologischen Umbaus bereits heute verwirklichen.“

→ Der angestrebte sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 47, HB-WP.Linke.2019-SÖT-47

„Es gibt ökologische Initiativen, die Verbraucher\*innen und Biobäuer\*innen zusammenbringen, Aktionsbündnisse, die sich für Arbeitszeitverkürzung, gerechten Handel mit wirtschaftlich benachteiligten Ländern und Ausstieg aus dem Expansionszwang des Kapitalismus einsetzen, und vieles mehr. Wir unterstützen solche Initiativen der solidarischen Ökonomie als einen kleinen, aber relevanten Baustein zur Überwindung des Kapitalismus.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49, HB-WP.Linke.2019-SÖT-48

„**Tierversuche**, insbesondere an Menschenaffen, wollen wir durch Alternativmethoden ersetzen.“ (Herv. i. O.)

→ Das Ende von Tierversuchen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.Linke.2019-SÖT-49

„Wirtschaftspolitisch ist ein reiner Offshore-Windenergie-Cluster nicht mehr tragfähig. Notwendig ist eine breitere Aufstellung im Gesamtfeld alternative Energien und Klimawirtschaft. Dafür bietet Bremerhaven hervorragende Möglichkeiten, in die jetzt investiert werden sollte, statt Investitionsmittel für einen OTB zu horten, der möglicherweise nie kommt und in der bisher geplanten Form nicht mehr auf die vorhandenen Bedarfe antwortet.“

→ Die Klimawirtschaft breiter aufzustellen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.Linke.2019-SÖT-50

„Für die Fischwirtschaft bedeutet die zunehmende Nachfrage nach nachhaltig produzierten und ökologisch hochwertigen Lebensmitteln eine langfristige Umstellung, die für den Standort Bremerhaven große Chancen beinhaltet.“

→ Die Umstellung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.Linke.2019-SÖT-51

„Mittelfristig wird die gesamte Seeschifffahrt sich mit stärkeren Umweltauflagen auseinandersetzen müssen. Für den Ausbau der Hafeninfrastruktur werden entsprechende Aspekte zunehmend standortrelevant werden. Landstromversorgung, Abfallrecycling und Einstellung auf alternative Antriebe sind daher auszubauen und voranzutreiben.“

→ Die Umweltauflagen für die Schifffahrt sorgen für eine einzelne sozial-ökologische Transformation in diesem Bereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, HB-WP.Linke.2019-GSÖT-5

„Die Beteiligung von bremenports an der Entwicklungsgesellschaft für den isländischen Finna fjord-Hafen, einer Public-Privat-Gesellschaft mit internationalen Investoren, darf nicht zur verstärkten Öl-, Gas- und Mineralienförderung in der ökologisch sensiblen Arktisregion führen.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51, HB-WP.Linke.2019-SÖT-52

„Die Aktivitäten im Rahmen der »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE), die Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit durch Projektförderungen, die Zusammenarbeit mit dem Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk (BeN), die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Austauschprogramme sind wichtige Bausteine.“

→ Über die Bildung soll die Gesellschaft generell ökologisch nachhaltig gestaltet werden, was in der Folge eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 51, HB-WP.Linke.2019-SÖT-53

„Die **globalen Nachhaltigkeitsziele** (Sustainable Development Goals, SDGs) der UNO, die auf die Millenniumsziele gefolgt sind, sind ausdrücklicher Orientierungspunkt für Länder und Kommunen sowohl im globalen Süden als auch im globalen Norden. Fairer Handel, faire Beschaffung, faire Logistik, fairer Transport und der eigene Beitrag zum Erreichen der Klimaziele sind wesentliche Handlungsfelder für Bremen und Bremerhaven.“ (Herv. i. O.)

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 53, HB-WP.Linke.2019-SÖT-54

„Eine linke Hafenpolitik sieht eine verstärkte Kooperation der norddeutschen Häfen vor, bei der gemeinsame Standards im Arbeits- und Umweltsektor vereinbart werden, um die Konkurrenzspirale nach unten zu durchbrechen.“

→ Die Umsetzung von Standards im Umweltsektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.1.4.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD

S. 16, HB-WP.AfD.2019-SÖT-1

„Die AfD Bremen tritt für die Vertiefung der Außenweser ein.“

→ Die Vertiefung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.AfD.2019-GSÖT-1

„Den Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven lehnen wir dagegen ab. Windenergie hat keine große Zukunft – auch nicht in Bremerhaven.“

→ Es wird sich gegen Windenergie und so eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, HB-WP.AfD.2019-SÖT-2

„Für dringend halten wir die Fortsetzung des Baus der A 281, die damit verbundene Weserquerung und die Verbindung der A 281 mit der A 27.“

→ Die Neubauten sind wegen der Eingriffe in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.AfD.2019-SÖT-3

„Auch die Küstenautobahn A 20 muss endlich realisiert werden.“

→ Der Neubau ist wegen der Eingriffe in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.AfD.2019-GSÖT-2

„Wir halten weder die Elektromobilität noch das automatisierte Fahren für zukunftsträchtig. Die AfD setzt weiter auf die Verbrennungsmotoren mit moderner Technologie und der Erzeugung von synthetischen Treibstoffen, mit denen auch die Luftbelastung vollständig aufgehoben werden kann.“

→ Es wird sich also bzgl. der Elektromobilität gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.AfD.2019-SÖT-4

„Die AfD setzt weiter auf die Verbrennungsmotoren mit moderner Technologie und der Erzeugung von synthetischen Treibstoffen, mit denen auch die Luftbelastung vollständig aufgehoben werden kann.“

→ Die diesbezügliche Aufhebung der Luftbelastung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.AfD.2019-SÖT-5

„Für Bremen ist es überlebenswichtig, die Häfen oberhalb des Weserwehrs in Betrieb zu halten und den Mittelweserausbau in Zusammenarbeit mit dem Bund weiter voranzutreiben. Zur Entlastung der anderen Verkehrsträger soll der Gütertransport zwischen Bremen und Bremerhaven im größtmöglichen Umfang auf die Binnenschifffahrt verlagert werden. Grundsätzlich soll der Güterverkehr mit Binnenschiffen vorangetrieben werden.“

→ Bzgl. der Ausnutzung natürlicher Wege wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.AfD.2019-GSÖT-3

„Diesel-Fahrverbote aufgrund fragwürdiger Grenzwerte lehnen wir ab. Auch die Sperrung einzelner Straßen für den Durchgangsverkehr führt nachweislich zu einer höheren Umweltbelastung.“

→ Bzgl. der Folgen durch die Fahrverbote wird sich gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, HB-WP.AfD.2019-GSÖT-4

„Die AfD Bremen fordert deshalb:

• Weg mit diesen ‚Energiespar-Verordnungen‘, die nur der CO<sub>2</sub>-Lüge assistieren“

→ Es wird sich also gegen stattfindende sozial-ökologische Transformationen ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, HB-WP.AfD.2019-SÖT-6

„Die Suche nach Neubaugebieten in Bremen darf nicht dazu führen, dass Naturflächen für die Erholung der Bremer und traditionsreiche Einrichtungen unwiderruflich vernichtet werden.“

→ Es wird sich also für eine sozial-ökologische Transformation zum Erhalt von Naturflächen eingesetzt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.AfD.2019-GSÖT-5

„Die AfD spricht sich in der Umweltpolitik gegen Symbolpolitik aus:

- Atomausstieg und Energiewende, die den Industriestandort Deutschland gefährden.
- Klimapolitik, die ebenfalls mit ihren Auflagen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie vermindert und ungeheure Kosten den Verbrauchern und der Industrie auferlegt,
- Luftreinhalte- und Verkehrspolitik, die das Mobilitätsvermögen der Bürger beschneiden will und durch den unsinnigen Elektromobilitätshype die Existenz der auf Verbrennungsmotoren basierenden Automobilwirtschaft in Gefahr bringt,
- Müllvermeidung durch Recyclinggebote, die den Verbraucher getäuscht und finanziell belastet haben; am Ende ist die Verbrennung des Plastikmülls seit den 1990er Jahren die Regel; die Industrie hat Patente, die ein vollständiges Recyceln möglich machen, nicht weiter verfolgt, weil der Preisdruck fehlte.“

→ Es wird sich also gegen eine insgesamt stattfindende sozial-ökologische Transformation in der Umweltpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.AfD.2019-SÖT-7

„Dieses Versorgungsproblem ist seit langem bekannt. In einem Zeitraum von zwei bis vier Jahren müssen dringend Pläne für Alternativen entwickelt werden. Dazu gehört auch eine Kosteneinschätzung der Wasseraufbereitung auf eigenen Flächen. In Osterholz-Scharmbeck ist bereits die Grundwasserentnahme reduziert worden. Eine solch dramatische Entwicklung droht auch in Bremen, wenn nicht endlich langfristig geplant wird.“

→ Mit der Alternativplanung wird sich für eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.AfD.2019-SÖT-8

„Die AfD Bremen setzt sich für eine Verringerung des Plastikeintrages in die Umwelt ein, insbesondere durch eine Ausstattung der Klärwerke mit geeigneten Filteranlagen.“

→ Bzgl. des Plastiks wird sich also für eine gesamte sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, HB-WP.AfD.2019-SÖT-9

„Die AfD fordert eine Dokumentationspflicht von Tierschäden durch Windkraftanlagen.“

→ Es soll also anders mit Tierschäden umgegangen werden, was in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.4.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP**

S. 19, HB-WP.FDP.2019-GSÖT-1

„Notwendige Tierversuche, bei denen alle Ethik- und Tierschutzstandards eingehalten werden, halten wir für vertretbar. Auf Erkenntnisse dieser Forschung zu verzichten, wenn sie auf anderem Wege nicht gewonnen werden können, ist nach unserer Auffassung nicht verantwortbar.“

→ Bzgl. der Tierversuche wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, HB-WP.FDP.2019-SÖT-1

„Bei all diesen Vorhaben darf der für uns notwendige Umwelt- und Klimaschutz nicht vernachlässigt werden. Wir werden den Umwelt- und Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gemäß der UN-Nachhaltigkeitsregeln verbessern.“

→ Der generelle Umwelt- und Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 29, HB-WP.FDP.2019-SÖT-2

„Um diesem Trend entgegenzuwirken und die Bremische Wirtschaft zu stärken, wollen wir Freien Demokraten neue Gewerbegebiete, wie beispielsweise die Mahndorfer Marsch, schneller erschließen, ausweisen und optimal an den Verkehr anschließen.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29f., HB-WP.FDP.2019-SÖT-3

„Der Ringschluss der A281, die Fertigstellung des Wesertunnels, eine weitere Innenstadtbrücke zur Erschließung der boomenden Überseestadt und die seit Jahren vernachlässigte Sanierung der Wirtschaftsverkehrswege sind Kernelemente der Attraktivitätssteigerung des Bremer Wirtschaftsstandorts und gehören daher in die Hand des Wirtschaftsressorts.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, HB-WP.FDP.2019-SÖT-4

„Außerdem wollen wir das Schwimmen am Weserstrandbad gesichert freigeben. All das fördert den Tourismus.“

→ Die Nutzungsänderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, HB-WP.FDP.2019-SÖT-5

„Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Umweltschutz. Dieser darf aber nicht ideologisch zu einer Verhinderung von notwendigen Veränderungen in der Wirtschaft und der sich wandelnden Arbeitswelt missbraucht werden. Nur eine stabile und funktionierende Wirtschaft führt zu einer gesellschaftlichen Prosperität, die Armut, Chancengleichheiten und Raubbau an der Natur verhindert.“

→ Der generelle Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.FDP.2019-SÖT-6

„Wir setzen uns daher für eine ökonomische Ökologie ein, indem wir ganz konkret die Abgas-Emissionswerte des motorisierten Verkehrs durch eine intelligente, stauvermeidende Verkehrssteuerung dramatisch reduzieren. Durch den Ausbau der Wirtschaftsverkehrsstraßen wird der Einsatz von mehr Lang-LKWs in der Logistik zu einem deutlich kleineren ökologischen Fußabdruck der transportierten Güter führen. Wir setzen auf eine dogmatikfreie Mobilitätspolitik, die einen flexiblen, hochwertigen ÖPNV, einen staufreien motorisierten Wirtschafts- und Individualverkehr und einen schnellen und sicheren Fahrrad- und Fußgängerverkehr fördert – zum Nutzen der Bremer Bürger und Bürgerinnen, der Wirtschaft am deutschen Logistikstandort Nummer 2 und einer sauberen Umwelt.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.FDP.2019-SÖT-7

„Wir bekennen uns zu einer grünen und naturverbundenen Städtelandschaft und unterstützen Renaturierungsprojekte ebenso wie begrünte Dächer und ‚urban gardening‘. Wir stehen neuen umweltfreundlichen und wirtschaftlichen Mobilitätskonzepten aufgeschlossen gegenüber und werden uns dafür einsetzen, dass in Bremen und Bremerhaven eine aus Bundes- und EU-Mitteln geförderte Modellregion für ‚Urbane Mobilität‘ entsteht. Wir versprechen uns neben dem bundesweit wirksamen Leuchtturmcharakter eines solchen Projekts für das Land Bremen auch einen wirtschaftlichen Anreiz für Unternehmen der Mobilitätswirtschaft in Bremen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zu initiieren.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.FDP.2019-SÖT-8

„Wachstum braucht Bildung, Wissen, Innovation und Investitionen. Um diese Entwicklung generationsübergreifend sicherstellen zu können, muss mit den Grenzen der Natur verantwortungsvoll umgegangen werden.“

→ Die angestrebte Einhaltung der Naturgrenzen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, HB-WP.FDP.2019-SÖT-9

„Wir Freien Demokraten begrüßen und bekennen uns zu der Agenda 2030 und den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen vom 25. September 2015. Ziel der Agenda 2030 und den SDGs ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, die Steigerung und Erhalt des Wohlstandes und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der intelligente Umgang mit Ressourcen in einer friedlichen und gerechten Sphäre. Die Mehrheit der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele bedarf ein koordinierendes Engagement der einzelnen Bundesländer und Kommunen und einer überregionalen Vernetzung. Auf Landesebene ist eine enge Verzahnung aller Politikfelder unumgänglich, um Benachteiligungen einzelner Stakeholder zu vermeiden und Wohlstand für alle zu schaffen, ohne unseren Planeten in Gefahr zu bringen. Nachhaltigkeit heißt keineswegs Verzicht oder Stillstand, sondern ein maßvoller Umgang mit Ressourcen, sodass diese Ressourcen und der erarbeitete Wohlstand generationsübergreifend Bestand haben.“

→ Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 33f., HB-WP.FDP.2019-SÖT-10

„Wir Freien Demokraten setzen uns deshalb für eine Nachhaltigkeitsstrategie in Bremen ein, welche insbesondere technologische Innovationen und Kreativität sowie intelligente Nutzungskonzepte von Ressourcen in den Mittelpunkt stellt. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein ideologiefreies Instrument zu Koordinierung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, ein Ordnungsrahmen für Freiheit und systemisch smartes Wachstum. Wir Freien Demokraten sehen eine liberale Ordnungspolitik als Grundlage für die Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen. Die Knappheit von Ressourcen soll, soweit möglich, über den Marktpreis wiedergespiegelt und beim Versagen und Auftreten von externen Effekten durch marktwirtschaftliche Instrumente innerhalb des Ordnungsrahmens und der Nachhaltigkeitsstrategie internalisiert werden. Mit einer liberalen Nachhaltigkeitsstrategie trägt das Land zur Generationengerechtigkeit, nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und Wohlstand sowie zur Minimierung langfristiger ökologischer Risiken bei.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Bestandteile der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 34, HB-WP.FDP.2019-SÖT-11

„Wir wollen ein senatorisches Ressort, das sowohl für Umwelt als auch für Nachhaltigkeit zuständig ist und als Koordinierungsstelle die Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsstrategie bündelt und mit den anderen Ressorts auch überregional abstimmt. Wichtige Themenfelder für Bremen sind die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, eine nachhaltige Finanzpolitik, eine ideologiefreie moderne Verkehrspolitik, Forschung und Entwicklung für nachhaltige Innovationen, nachhaltige Personalgewinnung, der soziale Zusammenhalt, ein nachhaltiges Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die nachhaltige Energieversorgung und der intelligente Ressourcenverbrauch.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Bestandteile der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 34, HB-WP.FDP.2019-SÖT-12

„Digitaler Fortschritt ist ebenso entscheidend für die nachhaltige Entwicklung wie Investitionen in moderne Infrastrukturen. Eine verantwortungsvolle Nachhaltigkeitsstrategie auf Landesebene ist unser Beitrag zur Lösung globaler Probleme und dient der Verbesserung des Lebens aller Menschen.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 35, HB-WP.FDP.2019-SÖT-13

„Damit das so bleibt, setzen wir neben einem unverhandelbaren Bekenntnis zur Weservertiefung konsequent auf Investitionen in die Hafeninfrastruktur und eine Verbesserung der Hafenhinterlandanbindung.“

→ Die Vertiefung ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.FDP.2019-SÖT-14

„Das Land Bremen lebt von seinen Häfen, ist Logistikkreuzung und der größte deutsche Umschlagshafen für Automobile. Damit das so bleibt, braucht Bremen die Vertiefung und den Ausbau der Weser – zur See und zum Binnenland. Nur so können die Häfen weiterhin Anlaufpunkt für die modernen Großschiffe bleiben und damit den Logistikstandort auch in Zukunft sichern.“

→ Die Vertiefung ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, HB-WP.FDP.2019-SÖT-15

„Eine Ausweitung der Hafenkapazitäten insbesondere im Wachstumsmarkt ‚High and Heavy‘, also Güter die sperrig oder besonders schwer sind, in Bremerhaven begrüßen wir Freien Demokraten. Voraussetzung ist, dass dieses Multifunktionsterminal, das auch die notwendigen Offshore-Windkraft-Teile umschlagen kann, privat betrieben wird.“

→ Der Bau des Terminals ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.FDP.2019-SÖT-16

„Hier wollen wir Freien Demokraten uns auch über das Hoheitsgebiet der Freien Hansestadt Bremen hinaus für einen Ausbau der Trassen auf Schiene und Straße einsetzen. Wichtigstes zu realisierendes Projekt auf der Schiene ist die ALPHA-E-Variante. Alle Strecken ab Bremerhaven sollen bis 2030 elektrifiziert sein und um mindestens ein Gleis erweitert werden. Die wichtigsten Projekte im Straßenbau sind die Küstenautobahn A20 und die B212 nach Niedersachsen. Auf Bremer Stadtgebiet muss der Ringschluss der A281 mit Wesertunnel und Anbindung an die A1 dringend umgesetzt werden.“

→ Die Neubauten sind aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.FDP.2019-SÖT-17

„Das Binnenschiff ist ein umweltfreundlicher Verkehrsträger. Im Gegensatz zu Straße und Schiene verfügt die Binnenschifffahrt noch über große verfügbare Kapazitäten. Um den Verkehrsträger Binnenschiff zu stärken und unsere Häfen nicht vom restlichen Wasserstraßennetz abzuhängen, setzen wir Freien Demokraten uns für den planfestgestellten Ausbau der Mittelweser ein. Wir begrüßen, dass der Bund auf dem Weg zum vollständig planfestgestellten Ausbau der Mittelweser weitere Schritte geht.“

→ Der Ausbau ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.FDP.2019-SÖT-18

„Entlang der Unterweser in Höhe BWK-Gelände befindet sich ein Industrie-Gebiet mit Ansiedlungspotenzial, das durch eine entsprechende Investition in Kajen für Umschlag entwickelt werden könnte.“

→ Der veränderte Umgang mit der Unterweser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, HB-WP.FDP.2019-SÖT-19

„Wir fordern die flussseitige Erschließung des Gewerbegebietes für Seeschiffe, damit maritime Industrie-Produktion hier möglich wird.“

→ Der veränderte Umgang mit der Weser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.FDP.2019-SÖT-20

„Dafür wollen wir Bremen wieder stärker als Autostadt begreifen und sicherstellen, dass im Sinne der Ökologie und der Ökonomie der Verkehr fließt.“

→ Die ökologische Maßnahme ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.FDP.2019-SÖT-21

„Dazu wollen wir Car- und Ride-Sharing ausbauen und den Bereich des Car-Sharing für weitere Anbieter öffnen. Wir wollen die Infrastruktur für alternative Antriebe und autonomes Fahren schaffen und gleichzeitig ein Innovationscluster ‚Alternative Antriebe und autonomes Fahren‘ an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen etablieren.“

→ Der Umstieg auf alternative Antriebe ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, HB-WP.FDP.2019-SÖT-22

„Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sowie eine intelligente Vernetzung der Verkehrsträger ermöglichen eine nachhaltigere Mobilität: umweltschonender, leiser und bezahlbar.“

→ Die ökologischere Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, HB-WP.FDP.2019-SÖT-23

„Wir Freien Demokraten setzen auf die Förderung des Verkehrsflusses. Dies reduziert auch die Umweltbelastungen durch Schadstoffe und Lärm.“

→ Die ökologischere Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.FDP.2019-SÖT-24

„Ergänzend zum ÖPNV auf der Straße sollte geprüft werden, ob über die Einrichtung einer dauerhaften pendelnden Fähre, dem sogenannten Wasserbus, eine Entlastung des PKW-Verkehrs erreicht werden kann. Das bisherige Pilotprojekt muss ausgewertet werden. Die Fähre sollte den Bereich Überseestadt, Pier2/Waterfront und Woltmershausen miteinander verbinden. Diese Verbindung muss so attraktiv gestaltet werden, dass möglichst viele Pendler auf diese umsteigen. Dazu sind sowohl Preis- als auch Taktgestaltung von zentraler Bedeutung.“

→ Der veränderte Umgang mit der Weser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, HB-WP.FDP.2019-SÖT-25

„Der durch die Sperrung autobefreite Teil der Bürgermeister-Smidt-Straße soll dann durch Bänke und Bäume zu einem fußgängerfreundlichen Boulevard umgestaltet werden, der nach dem vorgesehenen Abriss der verkauften Landesbausparkasse einen breiten, bequemen Übergang in das Faulenquartier bietet.“

→ Die Pflanzung von Bäumen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.FDP.2019-SÖT-26

„Wir Freien Demokraten wollen den Ringschluss der A281 schnellstmöglich verwirklichen, auch um den Verkehr gezielt zu kanalisieren und andere Straßen und deren Anwohner zu entlasten. Die A281 ist aus Sicht der Freien Demokraten ein vorrangiges und überfälliges Verkehrsprojekt. Das GVZ braucht seit Jahrzehnten diese Anbindung. Die Anwohner sind zunehmend genervt von der provisorischen Abfahrt an der Neuenlander Straße. Zudem benötigen wir den Wesertunnel. Durch den Autobahnring wird die Infrastruktur entscheidend verbessert.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, HB-WP.FDP.2019-SÖT-27

„Lang-LKW haben sich im bundesweiten Feldversuch als ökologische Alternative für den Transport von leichten, großräumigen Waren erwiesen. Dazu können durch die Zulassung des kürzesten Lang-LKW (Typ 1, verlängerter Sattelaufleger) umständliche Sondergenehmigungsverfahren für 45 Fuß Container entfallen. Daher wollen wir Freien Demokraten Lang-LKW auf allen Bundesautobahnen und autobahnähnlichen Bundesfernstraßen in Bremen und Bremerhaven zulassen.“

→ Die ökologischere Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, HB-WP.FDP.2019-SÖT-28

„Beide Städte unseres Bundeslandes wollen wir Freie Demokraten besser über die Schiene verbunden haben. Aktuell wird die Verbindung im Rahmen einer Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) bis zum Jahr 2022 als Regio-S-Bahn RS2 von der NordWestBahn und als Expresskrenz RE8 und RE9 von DB Region betrieben. In der neuen Ausschreibung ab 2022 sind klimaneutralere Fahrzeuge, wie zum Beispiel ein Brennstoffzellenzug (vergleiche Alstom-Zug, Bremerhaven-Bremervörde-Buxtehude), zu berücksichtigen.“

→ Der Umstieg auf klimaneutralere Fahrzeuge ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, HB-WP.FDP.2019-SÖT-29

„Zudem soll das Kreuzfahrtterminal kurzfristig (spätestens ab 2022) in das deutsche Fernverkehrsnetz aufgenommen werden und der Gleisanschluss elektrifiziert werden.“

→ Die Elektrifizierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, HB-WP.FDP.2019-SÖT-30

„Wir wollen außerdem das Hundegesetz modernisieren und die Rasseliste abschaffen. Stattdessen setzen wir auf das erfolgreiche niedersächsische Modell, in dem jeder Hund individuell einem Wesenstest unterzogen wird und die Halter einen Hundeführerschein machen müssen.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.FDP.2019-SÖT-31

„Wir Freien Demokraten befürworten ein Hundegesetz, welches die Gefahr im Umgang mit allen Hunderassen berücksichtigt. Für die Sozialisierung und Tierschutzaspekte, und somit auch die Gefährlichkeit der Hunde für ihre Umgebung, ist ihr jeweiliger Halter verantwortlich. Ein den derzeit in Bremen verbotenen Rassen zugehöriges Tier kann sehr wohl zu einem zuverlässigen und sozialverträglichen Begleiter erzogen werden. Ebenso, wie ein einer vermeintlich harmlosen Rasse angehöriges Tier, zu einer Gefahr für alle und auch sich selbst getrimmt werden kann. Ein Hundegesetz hat sich daher entsprechend auf die Verantwortung des Halters und nicht die Rasse des Hundes zu fokussieren.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.FDP.2019-SÖT-32

„Ein Sachkundenachweis der Halter über die Befähigung zum artgerechten Halten und Führen von Hunden, bereits vor der Erstanschaffung eines Hundes ist nach Ansicht von uns Freien Demokraten auch im Land Bremen notwendig. Auf diese Weise wird nicht nur die Sicherheit unserer Bürger gefördert, sondern auch der Tierschutz.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, HB-WP.FDP.2019-SÖT-33

„Darüber hinaus wollen wir prüfen, wo freie Naturflächen in Bremen und Bremerhaven als Hundefreilaufflächen gestaltet werden können, ggf. auch eingezäunte Flächen.“

→ Der veränderte Umgang mit Flächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, HB-WP.FDP.2019-SÖT-34

„Wir Freien Demokraten werden zeigen, dass Ökologie und technischer Fortschritt sich gut ergänzen können.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung geht in der Praxis mit einer gesamten sozial-ökologischen Transformation einher.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, HB-WP.FDP.2019-SÖT-35

„Ein solches autofreies Wohngebiet erhöht die Lebensqualität und reduziert Abgase.“

→ Die Abgasreduktion ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, HB-WP.FDP.2019-GSÖT-2

„Speckenbüttel ist ein hochwertiges Wohngebiet in Bremerhaven. Durch die Sicherung des Deponiekörpers und Schließung der Deponie ‚Grauwall‘ für Gift- und Fremdmüll wollen wir Freien Demokraten das Wohnen in der Umgebung des Wellnessparks Speckenbüttel gesünder machen. Umweltschäden, insbesondere Grundwasservergiftungen, müssen verhindert werden.“

→ Es wird sich generell gegen Umweltschäden ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, HB-WP.FDP.2019-SÖT-36

„Bremen und Bremerhaven brauchen dringend Flächen für den Wohnungsneubau. In Bremerhaven wollen wir ein attraktives und grünes Einfamilienhausgebiet ‚Neue Aue‘ schaffen.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, HB-WP.FDP.2019-GSÖT-3

„Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die im Land Bremen funktionierenden Kleingartengebiete als Bestandteil des öffentlichen Grüns auf ihren ausgewiesenen Flächen erhalten bleiben.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, HB-WP.FDP.2019-SÖT-37

„Für frei gefallene oder nicht mehr bewirtschaftete Flächen darf sich die Bremer Politik alternativen Nutzungsformen (‚Tiny Houses‘, Naturausgleichsflächen etc.) nicht verschließen.“

→ Der Umstieg auf andere Nutzungsformen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.FDP.2019-SÖT-38

„In neuen Wohn-Baugebieten erwarten wir Freien Demokraten Grünstreifen und Anpflanzungen, die den Charakter Bremens als grüne Stadt erhalten.“

→ Die Anpflanzungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.FDP.2019-SÖT-39

„Bremerhaven ist bisher in Punkto Grünflächen ein bundesweites Schlusslicht, was nicht akzeptabel ist. Insbesondere den Bereich der Havenwelten wollen wir in Zukunft durch neue Grünflächen attraktiver machen.“

→ Der Bau neuer Grünflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.FDP.2019-SÖT-40

„Wir Freien Demokraten setzen uns für die Begrünung von Gebäuden, Baumersatzpflanzungen und zusätzliche Baumpflanzungen in unserem Bundesland ein. Ungenutzte und brachliegende Flächen, für die es keine Verwendungsmöglichkeiten gibt, sollen ebenfalls begrünt werden und so zur Attraktivität unserer Stadt beitragen. Vorhandene Grünflächen in Bremen und Bremerhaven, auch das Straßenbegleitgrün, müssen nachhaltiger und ganzjährig gepflegt werden. Dafür sollten auch pflegeleichte Begrünungen genutzt werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Grünflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, HB-WP.FDP.2019-SÖT-41

„Wir treten nicht nur für pflegeleichte Bepflanzungen ein, sondern auch dafür, Projekte zu fördern, in denen Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung für die Pflege öffentlicher Naturflächen eigenverantwortlich und ehrenamtlich übernehmen.“

→ Der veränderte Umgang mit Grünflächen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, HB-WP.FDP.2019-SÖT-42

„Es liegt an ihnen, aus dokumentierten Erkenntnissen und ergänzenden Bestandsaufnahmen Strategien zu entwickeln, mit deren Hilfe die Verhältnisse und die Handlungen in den einzelnen Stadtteilen, der Umwelt und im Verkehr nachhaltig verbessert werden können. Zu diesem Zweck wollen wir die Ämter strukturell und personell zukünftig so ausstatten, dass sie verschiedene Gesundheitsrisiken in unterschiedlichsten Lebenslagen angemessen bearbeiten und ebenso umwelthygienische Probleme professionell angehen können.“

→ Der generell veränderte Umgang mit der Umwelt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, HB-WP.FDP.2019-SÖT-43

„Wichtig ist es daher, ein effektives Programm zur Prävention von Drogensucht, insbesondere an Schulen, zu umzusetzen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75f., HB-WP.FDP.2019-SÖT-44

„Ziel unserer Drogenpolitik als Freie Demokraten ist es, ein möglichst selbstbestimmtes Leben der Abhängigen zu erreichen. Zugleich darf die medizinische Wirkung einiger Drogen, beispielsweise Cannabis, nicht außer Acht gelassen werden. Erkrankten sollten sie daher nicht vorenthalten werden. Damit die inzwischen gegebenen Möglichkeiten zur medizinischen Vergabe von Cannabis genutzt werden, ist weiter Forschung nötig, damit dieses, wenn nötig, als Medikament genutzt werden kann.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, HB-WP.FDP.2019-SÖT-45

„Aus diesem Grund unterstützen wir seit Jahren die Abgabe von Ersatzdrogen wie Methadon und fordern die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige, denen durch eine Ersatzdroge nicht geholfen werden kann.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 76, HB-WP.FDP.2019-SÖT-46

„Wir Freien Demokraten erachten es zudem als sinnvoll, im Bereich des Cannabis-Konsums eine regulierte Legalisierung bzw. Entkriminalisierung anzustreben.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Legalisierung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, HB-WP.FDP.2019-SÖT-47

„Eine Entkriminalisierung der Droge mindert darüber hinaus den Reiz des Verboten, den sie aktuell auf ihre Konsumenten ausübt. Ein legaler und lizenziertes Verkauf von Cannabis generiert darüber hinaus zusätzliche Steuereinnahmen, welche unmittelbar in Prävention und Behandlung von Drogensucht investiert werden können.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Legalisierung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76f., HB-WP.FDP.2019-SÖT-48

„In den meisten Fällen wird lediglich gegen die Gesetze des Anbaus und des Besitzes von Cannabis verstoßen. Die entsprechenden Täter schaden hierdurch vorrangig sich selbst - ein Umstand, der bei Konsumenten von Tabak und Alkohol wie selbstverständlich toleriert wird. Hierbei müssen aber klare Regeln und Sanktionen für den Straßenverkehr auf wissenschaftlicher Basis aufgestellt werden. Eine Teilnahme als Fahrer eines Fahrzeugs im Rauschzustand ist natürlich, genauso wie beim Alkohol, zu untersagen und zu ahnden. Nach unserer Meinung ist eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit bezüglich des Konsums von Cannabis daher ähnlich der von Tabak und Alkohol zu gestalten.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Neuorientierung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 84, HB-WP.FDP.2019-SÖT-49

„Wir wollen das Schwimmen und Baden in Seen und in der Weser, auch am Weserstrandbad in Bremerhaven, in gesicherter Form wieder erlauben und fördern.“

→ Der veränderte Umgang mit der Weser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, HB-WP.FDP.2019-SÖT-50

„So kommen beispielsweise ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0 im Bereich der Tierhaltung zum Einsatz, um eine optimale Nahrungsversorgung zu erreichen, negativen Stress zu vermeiden und die Gesundheit zu fördern. Precision Farming erlaubt eine ortsdifferenzierte, bedarfsgenaue Bearbeitung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und kann notwendige Pflanzenschutzmaßnahmen auf ein Minimum reduzieren.“

→ Die Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.FDP.2019-SÖT-51

„Der Einsatz digitaler Technik in der Landwirtschaft soll einen Förderschwerpunkt darstellen. Das gilt für einen umweltschonenden Pflanzenbau ebenso wie für eine tiergerechte Haltung von Nutztieren.“

→ Die Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.FDP.2019-SÖT-52

„Landwirtschaft betreibt Pflanzenschutz, um ihre Bestände vor Schäden durch Krankheiten oder Verkrautung zu schützen. Das entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit, weil so eine gute Flächeneffizienz erreicht und gesunde Nahrungsmittel produziert werden. Wirkstoffe, die bei definierten Anwendungen vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Einvernehmen mit den weiteren zuständigen Einrichtungen in Deutschland wie dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sowie von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auf EU-Ebene für unbedenklich erklärt werden, müssen auch zugelassen werden. Der Land- und Forstwirtschaft dürfen wichtige Wirkstoffe nicht aus ideologischen Gründen entzogen werden.“

→ Die Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.FDP.2019-SÖT-53

„Wir setzen uns für eine nachhaltige Regulierung von Kreuzkräutern ein, die für Menschen und Tier sehr giftig sind. Insbesondere die öffentliche Hand muss diese Kräuter auf ihren Flächen kontrollieren. Wir fordern die Einführung standardisierter Untersuchungsverfahren und Grenzwerte für Lebens- und Futtermittel.“

→ Die Regulierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 86, HB-WP.FDP.2019-SÖT-54

„Tierschutz durchsetzen

Für die Gestaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts ist laut Artikel 20a des Grundgesetzes der Staat verantwortlich.“

→ Die Durchsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 87, HB-WP.FDP.2019-GSÖT-4

„Baurechtliche Tierhaltungsobergrenzen oder kommunale Genehmigungsvorbehalte für die Nutztierhaltung lehnen wir ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87, HB-WP.FDP.2019-SÖT-55

„Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben. Wo es wirklich Probleme gibt, zum Beispiel in Regionen mit zu hohen Gülleaufkommen, besteht das vorherrschende Ziel darin, den Transport vorhandener wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen sowie technische Lösungen zur Gülle und Gärrestaufbereitung zu fördern, damit es durch die gleichzeitige Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt.“

→ Der Weg zu positiven Umwelteffekten in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87, HB-WP.FDP.2019-SÖT-56

„Eine Strategie zur Vermeidung von Antibiotikaresistenzen muss aus diesem Grund den fachgerechten Einsatz von Antibiotika in allen genannten Bereichen gewährleisten. Gemäß dem One-Health-Ansatz als integrativen Ansatz müssen Human- und Veterinärmedizin deshalb zusammenarbeiten, um das bestmögliche Ergebnis bei der Bekämpfung resistenter Erreger zu erreichen.“

→ Die Bekämpfung resistenter Keime ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87f., HB-WP.FDP.2019-SÖT-57

„Das staatliche Antibiotika-Monitoring der Tierhaltung hat sich bewährt. Daher müssen statt der heute geltenden systembedingt immer weiter sinkenden Kennzahlen, bei deren Überschreitung Maßnahmenpläne zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes nötig werden, wissenschaftlich festgelegte Grenzwerte eingeführt werden.“

→ Die Einführung dieser Grenzwerte ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, HB-WP.FDP.2019-SÖT-58

„Wir setzen uns dafür ein, Industriebrachen und innerstädtische Freiflächen vorrangig zu nutzen und den Flächenfraß auszubremsen. Der Flächenbedarf für Ausgleichsmaßnahmen darf nicht immer nur zur Lasten der Landwirtschaft gehen.“

→ Die Ausbremsung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.1.4.7 Die Codes aus dem Wahlprogramm der BIW**

S. 6, HB-WP.BIW.2019-GSÖT-1

„Keine Toleranz gegenüber den ‚weichen‘ Drogen Haschisch und Marihuana. Der Schwellenwert für den straffreien Besitz von Cannabis im Land Bremen ist von heute 15 g auf maximal 2,5 g zu senken. Eine Liberalisierung oder gar Legalisierung dieser Droge darf es nicht geben.“

→ Bzgl. der Liberalisierung natürlicher Substanzen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 7, HB-WP.BIW.2019-SÖT-1

„Der Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen in Bremen ist durch verstärkte Kontrollmaßnahmen und höhere Bußgelder entgegenzuwirken.“

→ Bzgl. der Grünanlagen wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.BIW.2019-SÖT-2

„Bekämpfung des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen. Regelmäßiger Einsatz minderjähriger Testkäufer, um die Einhaltung des Verkaufsverbotes von Spirituosen an diese Personengruppe durch den Handel zu kontrollieren. Die Ordnungsgelder, die Ladenbetreibern bei Verstößen gegen das Jugendschutz- und Gaststättengesetz auferlegt werden können, müssen erhöht werden. Wir machen uns für eine Bundesratsinitiative der Freien Hansestadt Bremen stark mit dem Ziel, in Deutschland ein generelles Alkoholverbot für Minderjährige durchzusetzen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, HB-WP.BIW.2019-SÖT-3

„Die Präventionsarbeit gegen das Rauchen und den Konsum von Drogen in Schulen und Jugendeinrichtungen des Landes Bremen ist zu verstärken, wobei eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei anzustreben ist. Der Aufklärungsarbeit muss das Leitbild einer drogenfreien Gesellschaft zugrunde liegen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.BIW.2019-SÖT-4

„Für den Neu- und Ausbau von Gewerbegebieten und Logistikzentren entlang der Verbindungsstraßen zu den Häfen sind neue Flächen zu erschließen. Wegen des nur begrenzten Raumangebotes im Land Bremen wollen wir Flächennutzungs Kooperationen mit den niedersächsischen Umlandgemeinden vereinbaren, was sich auf die Entwicklung der gesamten Metropolregion Nordwest positiv auswirken wird.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, HB-WP.BIW.2019-GSÖT-2

„Die Bremer Umweltzone soll abgeschafft werden. Die Umweltzone ist nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern schädigt auch die lokale Wirtschaft.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umweltzone als bereits umgesetzte sozial-ökologische Transformation wird abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, HB-WP.BIW.2019-SÖT-5

„Sollen Kapazitätsengpässe auf den Hafengeländen sowie beim Zu- und Abflussverkehr vermieden werden, muss die Verkehrsinfrastruktur (Schiene, Straße, Wasserstraße) zügig modernisiert und ausgebaut werden (Hafenhinterlandanbindung). Von besonderer Bedeutung sind dabei die Bahnstrecke Hannover/Bremen – Hamburg (Y-Trasse), das Schienennetz in der Weser-Ems-Region, der Ausbau der A1, die Fertigstellung der A 281 sowie die baldige Realisierung der Küstenautobahn A 22, ferner die Erweiterung bzw. Vertiefung der Weser.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, HB-WP.BIW.2019-GSÖT-3

„Das geplante Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) lehnen wir ab, weil die Wirtschaftlichkeit dieses auch ökologisch fragwürdigen Projektes nicht gegeben ist und deshalb ein hohes Risiko für den Steuerzahler besteht.“

→ Da es sich um einen Eingriff in Natur handeln würde, ist die Positionierung gegen das OTB eine Aussprache gegen eine sozial-ökologische Transformation

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, HB-WP.BIW.2019-GSÖT-4

„Der Wohnungsbau darf nicht zu einer unverhältnismäßigen Zerstörung von Grünflächen und damit einem Verlust an Lebensqualität in unseren Städten führen.“

→ Da es sich um einen Eingriff in Natur handeln würde, ist die Positionierung gegen den Wohnungsbau eine Aussprache gegen eine sozial-ökologische Transformation

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.BIW.2019-GSÖT-5

„Innerstädtische Grünflächen sind zu erhalten, um die Lebensqualität der Einwohner zu sichern. Auf die Bebauung von Stadtwerder ist dauerhaft zu verzichten. Bremen und Bremerhaven müssen auch ökologisch lebenswerte Städte bleiben, um für ihre Bewohner attraktiv zu sein und die Abwanderung ins niedersächsische Umland zu verhindern.“

→ Bzgl. der Grünflächen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, HB-WP.BIW.2019-SÖT-6

„Wir BÜRGER IN WUT wollen für das Land Bremen ein integriertes Verkehrskonzept, das den Wunsch nach individueller Mobilität mit den Erfordernissen der Wirtschaft und dem Schutz der Umwelt zu einem vernünftigen Ausgleich bringt.“

→ Der Umweltschutz im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.BIW.2019-SÖT-7

„‘Grüne Welle‘ auch unter Einbeziehung der Fußgängerampeln auf allen Hauptstraßen, um den Verkehrsfluss in den Innenstädten zu verstetigen, Staus zu verhindern und die Abgasbelastung zu senken.“

→ Die Senkung der Abgasbelastung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, HB-WP.BIW.2019-GSÖT-6

„Rückstauungen von Kraftfahrzeugen an Ampeln, die auch zu einer steigenden Immissionsbelastung vor allem in den Innenstädten führen, sind zu vermeiden.“

→ Bzgl. der Immissionsbelastungen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-GSÖT-7

„Eine Umwelthysterie, wie sie von Teilen der politischen Linken und hier vor allem den Grünen z.B. in der Klimadebatte betrieben wird, lehnen wir aber ab.“

→ Es wird sich also gegen klimapolitische Transformationen ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-8

„Unser besonderes Augenmerk gilt dem Schutz von Tieren, die als Mitgeschöpfe zu respektieren sind. Der Tierschutz, schon seit 1999 als Staatsziel in der Bremischen Verfassung verankert, muss endlich mit Leben erfüllt werden.“

→ Die Erfüllung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-9

„Keine Tierversuche im Land Bremen! Wir setzen uns insbesondere für ein Verbot der neurologischen Experimente mit Affen an der Universität Bremen ein. Stattdessen sind tierversuchsfreie Forschungsverfahren zu fördern.“

→ Der Schluss mit den Versuchen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-10

„Die Taubenpopulation in der City ist durch das Aufstellen von betreuten Taubenschlägen am Stadtrand tierschutzgerecht zu regulieren. Gleichzeitig muss das Fütterungsverbot für Tauben in der Innenstadt durchgesetzt werden.“

→ Die Regulation ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-11

„Der Transport von Tieren im Land Bremen sowie das Be- und Entladen auf Schlachthöfen ist verstärkt zu kontrollieren, um die Einhaltung der veterinärrechtlichen Bestimmungen zu gewährleisten und ein unnötiges Leiden der Schlachttiere zu vermeiden.“

→ Die Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-12

„Zirkusse und Schaustellerbetriebe, die im Land Bremen gastieren, sind strenger zu kontrollieren, um die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorschriften zu gewährleisten.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-13

„Mehr Auslaufflächen für Hunde im Stadtgebiet von Bremen, wo sich die Tiere ohne Leine bewegen dürfen. In Bremerhaven sind die bereits vorhandenen Areale auszubauen, die Ausweitung des Leinenzwangs im Stadtgebiet zurückzunehmen.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-14

„Novellierung des Bremischen Hundehaltergesetzes, das sich inhaltlich am Niedersächsischen Gesetz über das Halten von Hunden orientieren soll. Insbesondere ist die Liste angeblich gefährlicher Hunde in § 1 Abs. 3 HundeHG zu streichen, mit den bestimmten Hunderassen unter Pauschalverdacht gestellt werden, ohne den Charakter bzw. das Verhalten eines einzelnen Tieres zu berücksichtigen.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, HB-WP.BIW.2019-SÖT-15

„Die Hundesteuer wollen wir abschaffen, weil diese Abgabe veraltet und ungerecht ist, da sie einseitig die Besitzer einer Tierart belastet und sich als Lenkungssteuer nicht bewährt hat.“

→ Der veränderte Umgang mit Hunden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.1.5 Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse

Tabelle 12: Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
PK	0	0	0	0	0	0	0
SÖT	31	41	82	51	21	24	17
GSÖT	8	1	3	2	2	1	7

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 13: Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
Absätze	254	444	310	461	328	211	207

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 14: Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
Absätze	30	37	76	51	21	23	17
Gewichtet	57	59	161	80	24	26	17

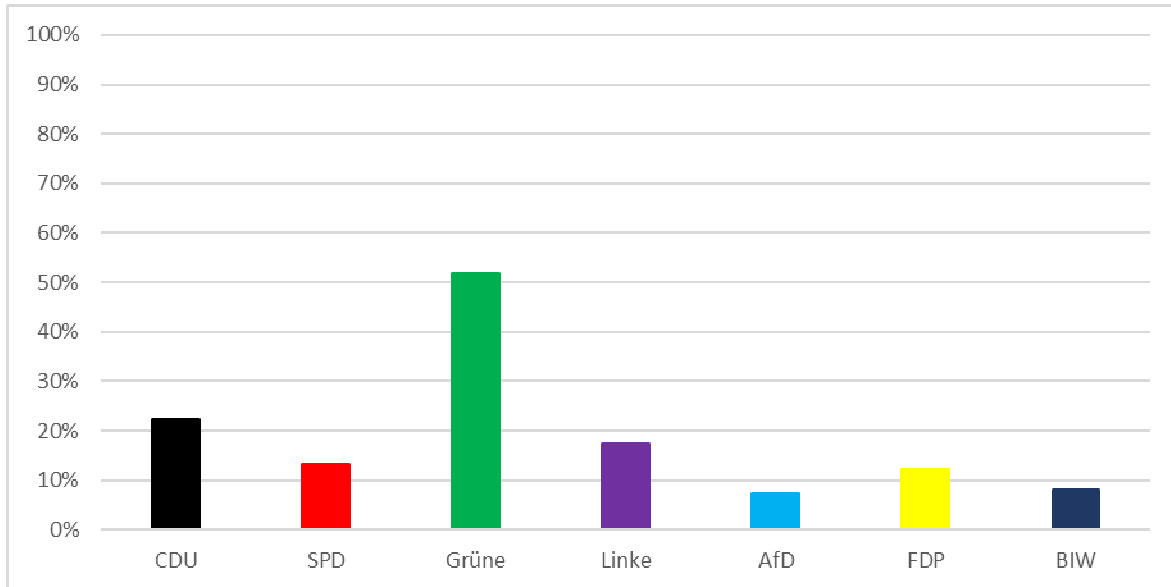
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 15: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
Anteile	22,44 %	13,29 %	51,94 %	17,35 %	7,32 %	12,32 %	8,21 %

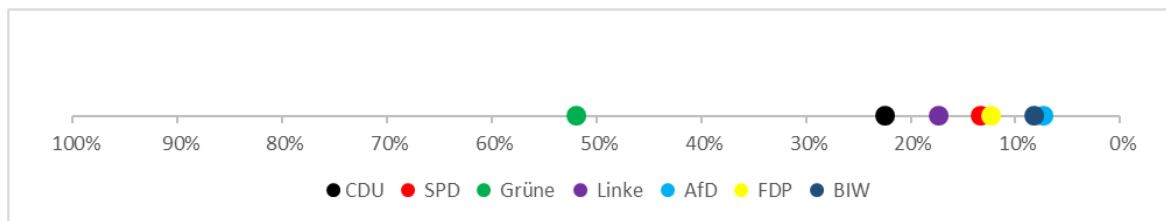
Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

Abbildung 3: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen



Quelle: Eigene Darstellung.

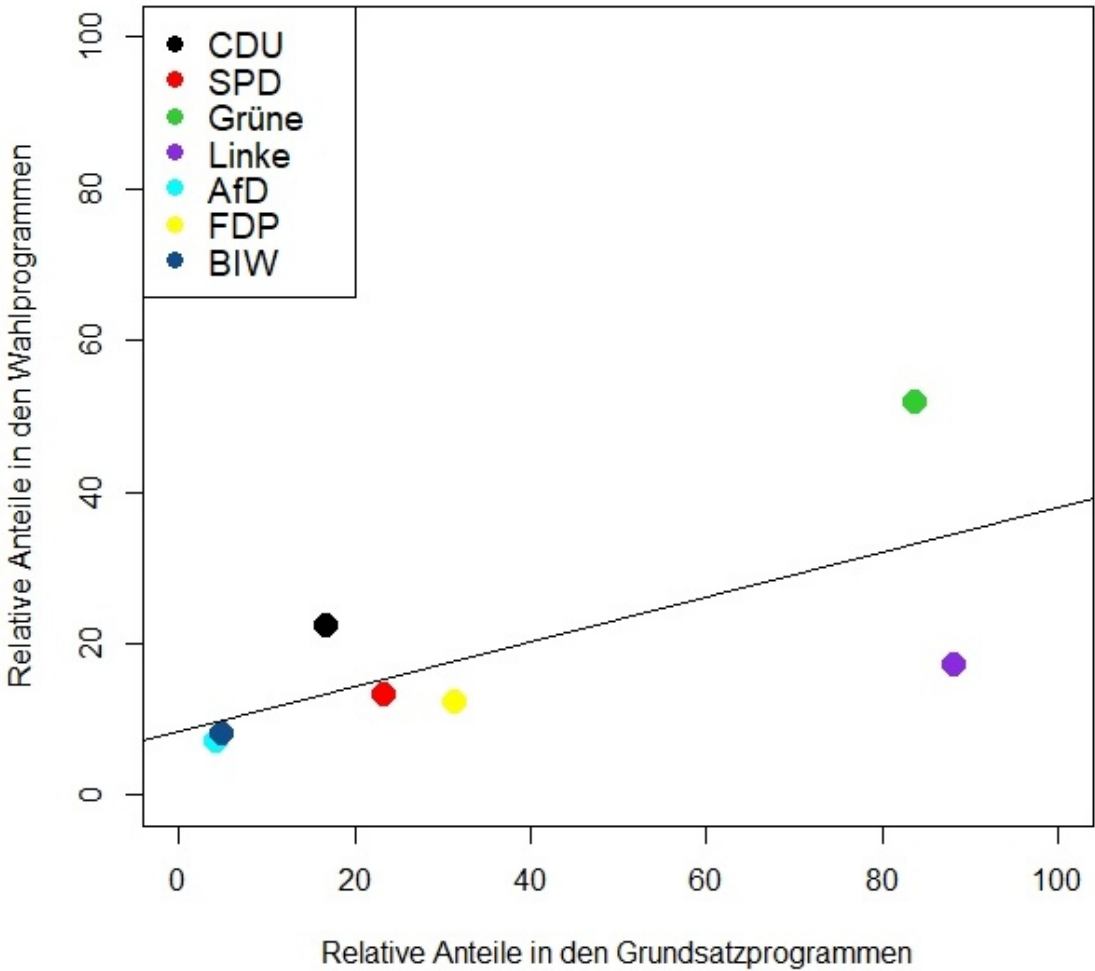
Abbildung 4: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.



Abbildung 5: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2015 in Bremen



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 16: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen

Unterkategorien	Ausprägungen	CDU	SPD	Grüne	Linke
Ausmaß der Transformation	Einzel	23	34	56	43
	Als Ganzes	8	7	26	8
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	6	5	13	2
	Ja: Adaption	1	3	8	3
	Nein	25	35	63	48
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	1	1	2	0
	Ja: EU-Ebene	2	0	4	0
	Ja: Bundesebene	2	3	8	3
	Ja: Landesebene	27	32	72	37
	Nein	2	7	6	13
Wirtschaftsbezug	Ja	13	25	34	33
	Nein	18	16	48	18
Konzeptbezug	Ja	4	4	4	4
	Nein	27	37	78	47

Unterkategorien	Ausprägungen	AfD	FDP	BIW
Ausmaß der Transformation	Einzel	20	23	17
	Als Ganzes	1	1	0
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	0	0	0
	Ja: Adaption	0	0	0
	Nein	21	24	17
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0	0	0
	Ja: EU-Ebene	0	0	1
	Ja: Bundesebene	1	0	2
	Ja: Landesebene	18	19	17
	Nein	3	5	0
Wirtschaftsbezug	Ja	4	6	4
	Nein	17	18	13
Konzeptbezug	Ja	0	1	0
	Nein	21	23	17

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 17: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2015 in Bremen

Unterkategorien	Ausprägungen	CDU	SPD	Grüne	Linke
Ausmaß der Transformation	Einzel	74,19 %	82,93 %	68,29 %	84,31 %
	Als Ganzes	25,81 %	17,07 %	31,71 %	16,69 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	19,35 %	12,20 %	15,85 %	3,92 %
	Ja: Adaption	3,23 %	7,32 %	9,76 %	5,88 %
	Nein	80,65 %	85,37 %	76,83 %	94,12 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	3,23 %	2,44 %	2,44 %	0,00 %
	Ja: EU-Ebene	6,45 %	0,00 %	4,88 %	0,00 %
	Ja: Bundesebene	6,45 %	7,32 %	9,76 %	5,88 %
	Ja: Landesebene	87,10 %	78,05 %	87,80 %	72,55 %
	Nein	6,45 %	17,07 %	7,32 %	25,49 %
Wirtschaftsbezug	Ja	41,94 %	60,98 %	41,46 %	64,71 %
	Nein	58,06 %	39,02 %	58,54 %	35,29 %
Konzeptbezug	Ja	12,90 %	9,76 %	4,88 %	7,84 %
	Nein	87,10 %	90,24 %	95,12 %	92,16 %

Unterkategorien	Ausprägungen	AfD	FDP	BIW
Ausmaß der Transformation	Einzel	95,24 %	95,83 %	100,00 %
	Als Ganzes	4,76 %	4,17 %	0,00 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	0,00 %	0,00 %	0,00 %
	Ja: Adaption	0,00 %	0,00 %	0,00 %
	Nein	100,00 %	100,00 %	100,00 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,00 %	0,00 %	0,00 %
	Ja: EU-Ebene	0,00 %	0,00 %	5,88 %
	Ja: Bundesebene	4,76 %	0,00 %	11,76 %
	Ja: Landesebene	85,71 %	79,17 %	100,00 %
	Nein	14,29 %	20,83 %	0,00 %
Wirtschaftsbezug	Ja	19,05 %	25,00 %	23,53 %
	Nein	80,95 %	75,00 %	76,47 %
Konzeptbezug	Ja	0,00 %	4,17 %	0,00 %
	Nein	100,00 %	95,83 %	100,00 %

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 18: Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
PK	0	0	0	0	0	0	0
SÖT	45	76	175	54	9	58	15
GSÖT	1	0	7	5	5	4	7

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 19: Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
Absätze	293	626	609	572	153	437	147

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 20: Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
Absätze	41	75	172	52	9	56	15
Gewichtet	73	156	358	111	12	89	15

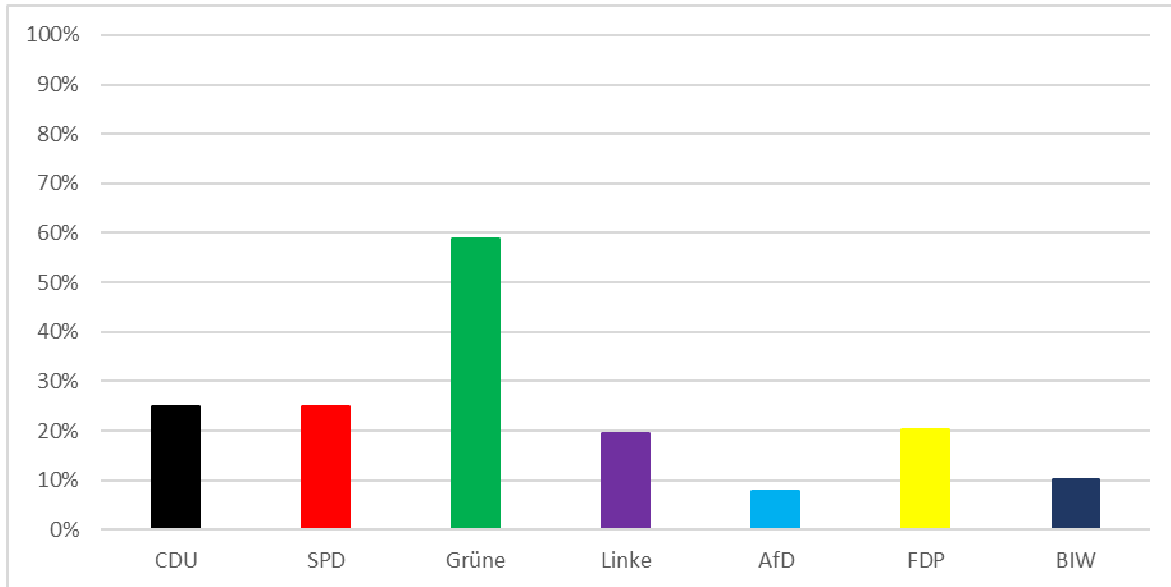
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 21: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
Anteile	24,91 %	24,92 %	58,78 %	19,41 %	7,84 %	20,37 %	10,20 %

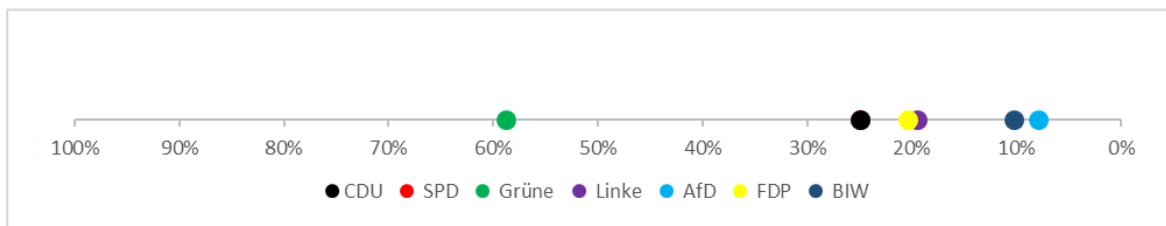
Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

Abbildung 6: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen im Kontext der Wahl 2019 in Bremen



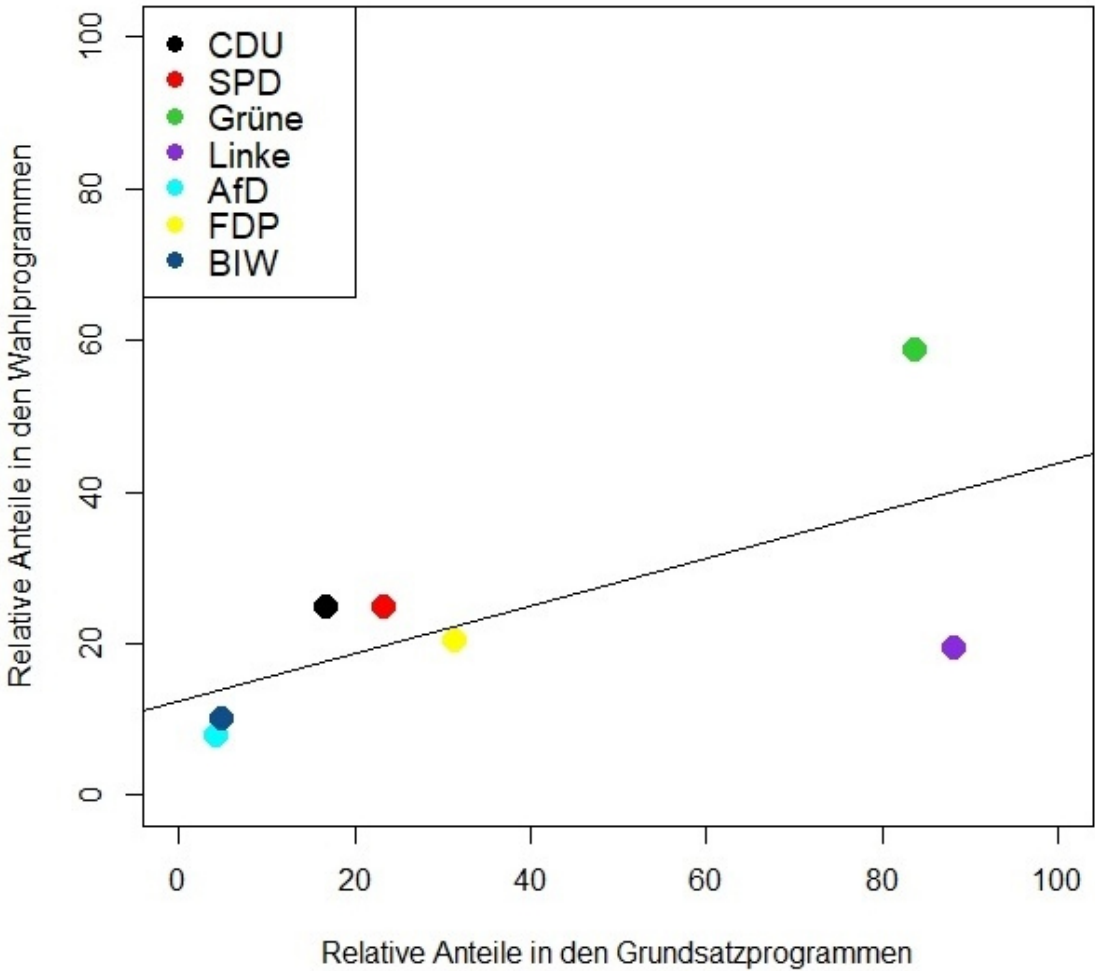
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 7: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Abbildung 8: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2019 in Bremen



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 22: Die nach den Ausprägungen Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen

Unterkategorien	Ausprägungen	CDU	SPD	Grüne	Linke
Ausmaß der Transformation	Einzel	36	53	117	36
	Als Ganzes	9	23	58	18
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	3	17	47	11
	Ja: Adaption	2	6	17	2
	Nein	42	54	127	42
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	1	4	7	3
	Ja: EU-Ebene	1	8	16	0
	Ja: Bundesebene	4	11	18	5
	Ja: Landesebene	41	57	157	47
	Nein	4	10	10	7
Wirtschaftsbezug	Ja	20	36	69	32
	Nein	25	41	106	22
Konzeptbezug	Ja	2	4	16	7
	Nein	43	72	159	47

Unterkategorien	Ausprägungen	AfD	FDP	BIW
Ausmaß der Transformation	Einzel	8	47	15
	Als Ganzes	1	11	0
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	0	2	0
	Ja: Adaption	0	0	0
	Nein	9	56	15
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0	2	0
	Ja: EU-Ebene	0	2	0
	Ja: Bundesebene	0	4	1
	Ja: Landesebene	7	39	15
	Nein	2	17	0
Wirtschaftsbezug	Ja	0	28	4
	Nein	9	30	11
Konzeptbezug	Ja	0	4	0
	Nein	9	54	15

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 23: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Bremen

Unterkategorien	Ausprägungen	CDU	SPD	Grüne	Linke
Ausmaß der Transformation	Einzel	80,00%	69,74 %	66,86 %	66,67 %
	Als Ganzes	20,00 %	30,26 %	33,14 %	33,33 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	6,67 %	22,37 %	26,86 %	20,37 %
	Ja: Adaption	4,44 %	7,89 %	9,71 %	3,70 %
	Nein	93,33 %	71,05 %	72,57 %	77,78 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	2,22 %	5,26 %	4,00 %	5,56 %
	Ja: EU-Ebene	2,22 %	10,53 %	9,14 %	0,00 %
	Ja: Bundesebene	8,89 %	14,47 %	10,29 %	9,26 %
	Ja: Landesebene	91,11 %	75,00 %	89,71 %	87,04 %
	Nein	8,89 %	13,16 %	5,71 %	12,96 %
Wirtschaftsbezug	Ja	44,44 %	47,37 %	39,43 %	59,26 %
	Nein	55,56 %	52,63 %	60,57 %	40,74 %
Konzeptbezug	Ja	4,44 %	5,26 %	9,14 %	12,96 %
	Nein	95,56 %	94,74 %	90,86 %	87,04 %

Unterkategorien	Ausprägungen	AfD	FDP	BIW
Ausmaß der Transformation	Einzel	88,89 %	81,03 %	100,00 %
	Als Ganzes	11,11 %	18,97 %	0,00 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	0,00 %	3,45 %	0,00 %
	Ja: Adaption	0,00 %	0,00 %	0,00 %
	Nein	100,00 %	96,55 %	100,00 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,00 %	3,45 %	0,00 %
	Ja: EU-Ebene	0,00 %	3,45 %	0,00 %
	Ja: Bundesebene	0,00 %	6,90 %	6,67 %
	Ja: Landesebene	77,78 %	67,24 %	100,00 %
	Nein	22,22 %	29,31 %	0,00 %
Wirtschaftsbezug	Ja	0,00 %	48,28 %	26,67 %
	Nein	100,00 %	51,72 %	73,33 %
Konzeptbezug	Ja	0,00 %	6,90 %	0,00 %
	Nein	100,00 %	93,10 %	100,00 %

Quelle: Eigene Darstellung.

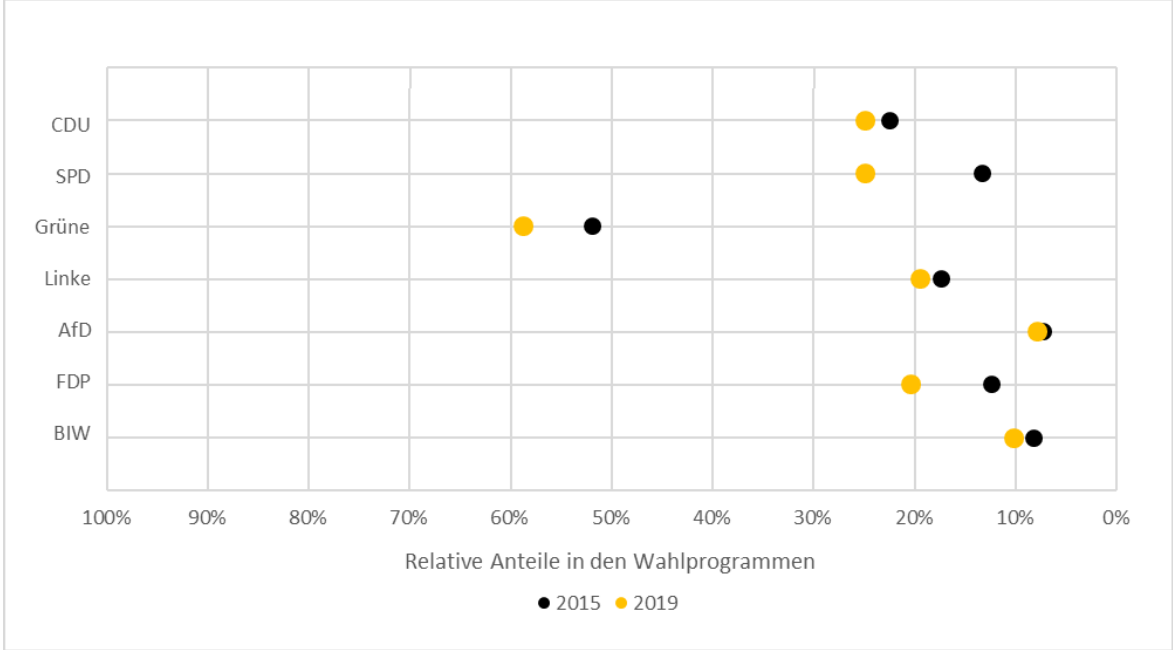
Tabelle 24: Die Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Bremen

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	BIW
Differenz	+ 2,47	+ 12,98	+ 6,84	+ 2,06	+ 0,52	+ 8,05	+ 1,99

Quelle: Eigene Darstellung.

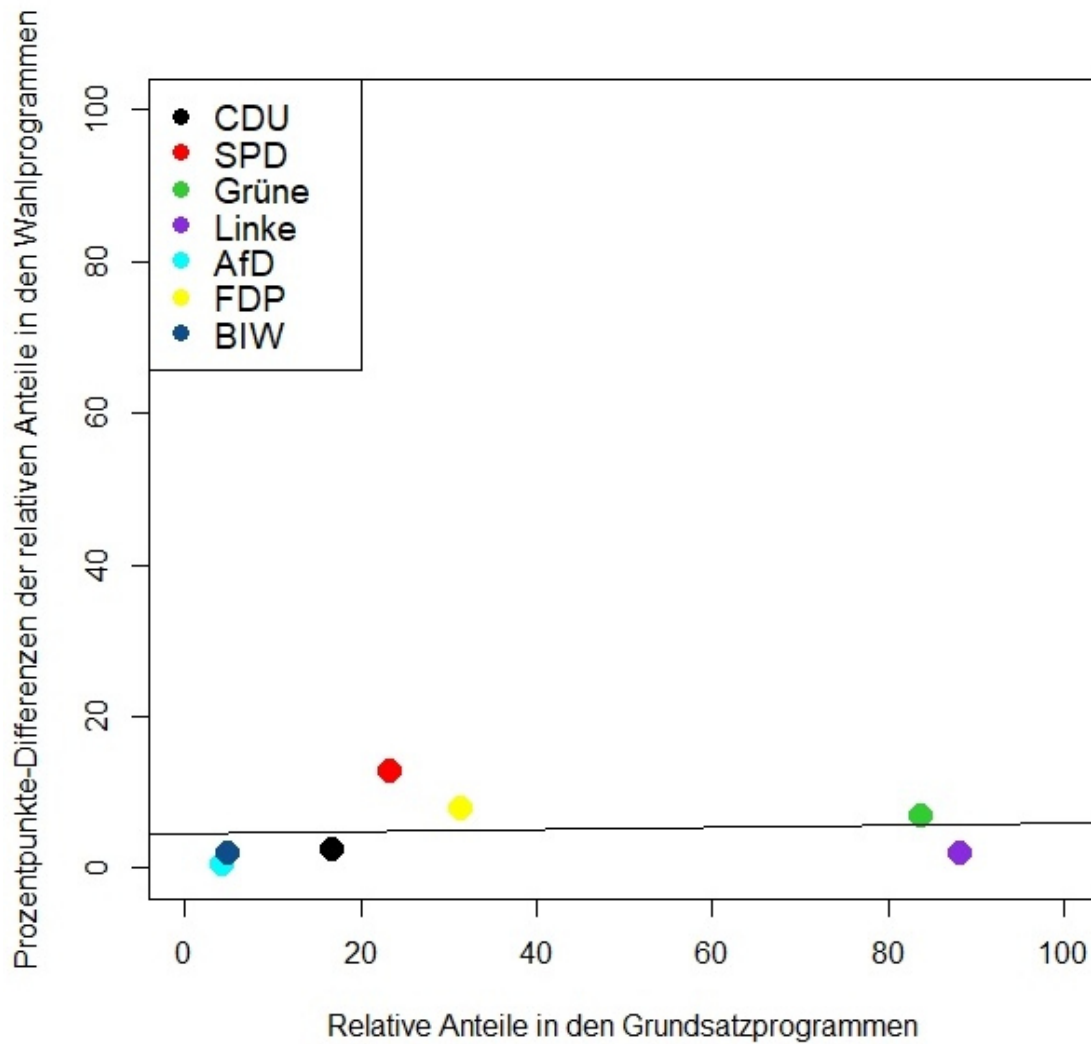


Abbildung 9: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Bremen



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 10: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in Bremen



Quelle: Eigene Darstellung.

## 2.3.2 Die Bestandteile der Analyse des Falls Brandenburg

### 2.3.2.1 Die Daten zur Beschreibung des Parteiensystems und –wettbewerbs

Tabelle 25: Die Gesamtstimmenanteile der aktuell relevanten Landesparteien in Brandenburg bei allen Landtagswahlen seit 1990

	1990	1994	1999	2004	2009	2014	2019
SPD	38,2 %	54,1 %	39,3 %	31,9 %	33,0 %	31,9 %	26,2 %
AfD	-	-	-	-	-	12,2 %	23,5 %
CDU	29,4 %	18,7 %	26,5 %	19,4 %	19,8 %	23,0 %	15,6 %
Grüne	2,8 %	2,9 %	1,9 %	3,6 %	5,7 %	6,2 %	10,8 %
Linke	13,4 %	18,7 %	23,3 %	28,0 %	27,2 %	18,6 %	10,7 %
BVB/FW	-	-	-	-	1,7 %	2,7 %	5,0 %

Quelle: In Anlehnung an: Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 41f. Für Die Linke wurden 1990 das Ergebnis der PDS-Linke Liste und bis 2004 die Ergebnisse der PDS übernommen. Für die BVB/FW wurde 2009 das Ergebnis der Freien Wähler übernommen. Bündnis 90/ Die Grünen traten 1990 noch getrennt an. Wie bei Bräuninger et al. wurden die Werte für die Grünen übernommen: Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 98.

Tabelle 26: Die Regierungszusammensetzungen in Brandenburg von 1990 bis 2019

	Regierungsparteien	Ministerpräsidenten
01.11.1990	SPD, FDP, Bündnis 90	Manfred Stolpe (SPD) III
11.10.1994	SPD	Manfred Stolpe (SPD) I
29.10.1999	SPD, CDU	Manfred Stolpe (SPD) II
26.06.2002	SPD, CDU	Matthias Platzeck (SPD) I
19.09.2004	SPD, CDU	Matthias Platzeck (SPD) II
06.11.2009	SPD, Die Linke	Matthias Platzeck (SPD) III
28.08.2013	SPD, Die Linke	Dietmar Woidke (SPD) I
05.11.2014	SPD, Die Linke	Dietmar Woidke (SPD) II
20.11.2019	SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen	Dietmar Woidke (SPD) III

Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 101.

### 2.3.2.2 Die Codes aus der Landesverfassung

Präambel, BB-LV-RE-1

„Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg, haben uns in freier Entscheidung diese Verfassung gegeben, im Geiste der Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität in der Mark Brandenburg, gründend auf den friedlichen Veränderungen im Herbst 1989, von dem Willen be-seelt, die Würde und Freiheit des Menschen zu sichern, das Gemeinschaftsleben in sozialer Ge-rechtigkeit zu ordnen, das Wohl aller zu fördern, Natur und Umwelt zu bewahren und zu schützen, und entschlossen, das Bundesland Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der Einen Welt zu gestalten.“

→ Die nachhaltige Regulation im Umgang mit Natur und Umwelt wird vorgeschrieben.

Artikel 2, Absatz 1, BB-LV-RE-2

„(1) Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtig-keit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, wel-ches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit dem polnischen Nachbarn, an-strebt.“

→ Die nachhaltige Regulation im Umgang mit der natürlichen Umwelt wird vorgeschrieben.

Artikel 28, BB-LV-RE-3

„Erziehung und Bildung haben die Aufgabe, die Entwicklung der Persönlichkeit, selbständiges Den-ken und Handeln, Achtung vor der Würde, dem Glauben und den Überzeugungen anderer, Aner-kenkung der Demokratie und Freiheit, den Willen zu sozialer Gerechtigkeit, die Friedfertigkeit und Solidarität im Zusammenleben der Kulturen und Völker und die Verantwortung für Natur und Um-welt zu fördern.“

→ Die Verantwortung für Natur und Umwelt wird über die Bildung beigebracht und das Verhältnis dadurch reguliert.

Artikel 39, Absatz 1, BB-LV-RE-4

„Der Schutz der Natur, der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft als Grundlage gegen-wärtigen und künftigen Lebens ist Pflicht des Landes und aller Menschen.“

→ Der Umgang mit Natur und Umwelt wird geregelt.

Artikel 39, Absatz 2, BB-LV-RE-5

„Jeder hat das Recht auf Schutz seiner Unversehrtheit vor Verletzungen und unzumutbaren Ge-fährdungen, die aus Veränderungen der natürlichen Lebensgrundlagen entstehen.“

→ Der Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen wird geregelt.

Artikel 39, Absatz 3, BB-LV-RE-6

„Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet. Art und artgerechter Lebensraum sind zu erhal-ten und zu schützen.“

→ Der Umgang mit Tieren und Pflanzen wird geregelt.

Artikel 39, Absatz 4, BB-LV-RE-7

„Die staatliche Umweltpolitik hat auf den sparsamen Gebrauch und die Wiederverwendung von Rohstoffen sowie auf die sparsame Nutzung von Energie hinzuwirken.“

→ Der Umgang mit Rohstoffen und Energien wird geregelt.

Artikel 39, Absatz 5, BB-LV-RE-8

„Land, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts ha-ben die Pflicht, die Umwelt vor Schäden oder Belastungen zu bewahren und dafür Sorge zu tra-gen, daß Umweltschäden beseitigt oder ausgeglichen werden. Öffentliche und private Vorhaben bedürfen nach Maßgabe der Gesetze des Nachweises ihrer Umweltverträglichkeit. Eigentum kann eingeschränkt werden, wenn durch seinen Gebrauch rechtswidrig die Umwelt schwer geschädigt oder gefährdet wird.“

→ Der Umgang mit der Umwelt wird bzgl. der Schadenseinflüsse geregelt.

Artikel 39, Absatz 6, BB-LV-RE-9

„Die Entsorgung von Abfällen, die nicht im Gebiet des Landes entstanden sind, ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten Berlins nur in Ausnahmefällen zulässig und auszuschließen, sofern sie nach ihrer Beschaffenheit in besonderem Maße gesundheits- oder umweltgefährdend sind. Das Nähere regelt ein Gesetz.“

→ Der Umgang mit der Umwelt wird bzgl. der Schadenseinflüsse geregelt.

Artikel 39, Absatz 7, BB-LV-RE-10

„Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, Informationen über gegenwärtige und zu erwartende Belastungen der natürlichen Umwelt zu erheben und zu dokumentieren; Eigentümer und Betreiber von Anlagen haben eine entsprechende Offenbarungspflicht. Jeder hat das Recht auf diese Informationen, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen. Das Nähere regelt ein Gesetz.“

→ Der Umgang mit der Umwelt wird bzgl. der Schadenseinflüsse geregelt.

Artikel 39, Absatz 8, BB-LV-RE-11

„Die Verbandsklage ist zulässig. Anerkannte Umweltverbände haben das Recht auf Beteiligung an Verwaltungsverfahren, die die natürlichen Lebensgrundlagen betreffen. Das Nähere regelt ein Gesetz.“

→ Der Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen wird geregelt.

Artikel 39, Absatz 9, BB-LV-RE-12

„Das Land wirkt darauf hin, daß auf dem Landesgebiet keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen entwickelt, hergestellt oder gelagert werden.“

→ Der umweltbezogene Umgang mit Waffen wird geregelt.

Artikel 40, Absatz 1, BB-LV-RE-13

„Die Nutzung des Bodens und der Gewässer ist in besonderem Maße den Interessen der Allgemeinheit und künftiger Generationen verpflichtet. Ihre Verkehrsfähigkeit kann durch Gesetz beschränkt werden. Grund und Boden, der dem Lande gehört, darf nur nach Maßgabe eines Gesetzes veräußert werden. Seine Nutzung ist vorzugsweise über Pacht und Erbbaurecht zu regeln.“

→ Der Umgang mit dem natürlichen Boden und natürlichen Gewässern wird geregelt.

Artikel 40, Absatz 2, BB-LV-RE-14

„Der Abbau von Bodenschätzen bedarf der staatlichen Genehmigung. Dabei ist dem öffentlichen Interesse an der schonenden Nutzung des Bodens besonderes Gewicht beizumessen.“

→ Der Umgang mit dem natürlichen Boden bzw. den Rohstoffen wird geregelt.

Artikel 40, Absatz 3, BB-LV-RE-15

„Land, Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, der Allgemeinheit den Zugang zur Natur, insbesondere zu Bergen, Wäldern, Seen und Flüssen, unter Beachtung der Grundsätze für den Schutz der natürlichen Umwelt freizuhalten und gegebenenfalls zu eröffnen.“

→ Der Zugang zur Natur wird geregelt.

Artikel 40, Absatz 4, BB-LV-RE-16

„Die Einrichtung und Erhaltung von Nationalparks, Natur- und Landschaftsschutzgebieten sind zu fördern. Naturdenkmale stehen unter öffentlichem Schutz. Das Nähere regelt ein Gesetz.“

→ Der Umgang mit natürlichen Gebieten bzw. Regionen wird geregelt.

Artikel 41, Absatz 5, BB-LV-RE-17

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Eigentumsformen zum Wohle der Allgemeinheit überführt werden. Für die Entschädigung gilt Absatz 4 Satz 3 entsprechend.“

→ Der Umgang mit Grund und Boden sowie Naturschätzen wird geregelt.

Artikel 42, Absatz 2, BB-LV-RE-18

„Das Wirtschaftsleben gestaltet sich nach den Grundsätzen einer sozial gerechten und dem Schutz der natürlichen Umwelt verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung. Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist unzulässig und zu verhindern.“

→ Der Umgang mit der natürlichen Umwelt wird auch mit Bezug auf die Wirtschaftsordnung geregelt.

Artikel 43, Absatz 1, BB-LV-RE-19

„Die Nutzung des Bodens durch die Land- und Forstwirtschaft muß auf Standortgerechtigkeit, Stabilität der Ertragsfähigkeit und ökologische Verträglichkeit ausgerichtet werden.“

→ Der Umgang mit dem Boden wird auch für die Land- und Forstwirtschaft geregelt.

Artikel 43, Absatz 2, BB-LV-RE-20

„Das Land fördert insbesondere den Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zur Pflege der Kulturlandschaft, zur Erhaltung des ländlichen Raumes und zum Schutz der natürlichen Umwelt.“

→ Der Umgang mit der natürlichen Umwelt wird auch für die Land- und Forstwirtschaft geregelt.

Artikel 101, Absatz 1, BB-LV-RE-21

„Das Land hat bei seiner Haushaltswirtschaft im Rahmen der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gegenwärtiger und künftiger Generationen Rechnung zu tragen.“

→ Auch bzgl. der Haushaltswirtschaft wird der Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen geregelt.

Artikel 103, Absatz 2, BB-LV-RE-22

„Zur Berücksichtigung einer von der Normallage abweichenden negativen konjunkturellen Entwicklung kann von dem in Absatz 1 genannten Grundsatz abgewichen werden. Im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann aufgrund eines Beschlusses des Landtages von dem in Absatz 1 genannten Grundsatz abgewichen werden.“

→ Der Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

### **2.3.2.3 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2014**

#### **2.3.2.3.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD**

S. 10, BB-WP.SPD.2014-SÖT-1

„Unser Ziel ist eine kooperative, qualitätsorientierte Wirtschaft, deren Wettbewerbsfähigkeit auf technischem, sozialem und ökologischem Fortschritt beruht.“

→ Die Umsetzung des ökologischen Fortschritts ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 11, BB-WP.SPD.2014-SÖT-2

„Eine starke Industrie ist die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Wir wollen den Anteil der Industrie und der industrienahen Dienstleistungen an unserer Wirtschaft weiter ausbauen. Dabei werden wir wirtschaftliches Wachstum stärker mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit verknüpfen.“

→ Die Umsetzung des ökologischen Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11f., BB-WP.SPD.2014-SÖT-3

„Wir stehen zur Energiewende. Brandenburg soll auch in Zukunft unter den Bundesländern führend beim Ausbau der erneuerbaren Energien bleiben. Solange erneuerbare Energien nicht ununterbrochen und in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, wird die Grundlast der Energieversorgung über konventionelle Kraftwerke abgesichert werden müssen. Die Nutzung der heimischen Braunkohle ist auch von industriepolitischer Bedeutung, denn sie garantiert Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise. Brandenburg soll auch in Zukunft Energieexportland bleiben. Wir werden den Ausbau der Windkraft weiter vorantreiben. Dabei sollen vor allem ältere und laute Windräder durch effektivere und leisere ausgetauscht werden. Energieeffizienz, Speichertechnologien und Energiemanagement sollen Forschungsschwerpunkte an den Brandenburger Hochschulen werden, die BTU Cottbus-Senftenberg wird dabei besonders unterstützt. Zur weiteren Umsetzung der Energiewende werden wir die Kompetenzen für die Energiepolitik in einem Ministerium bündeln. In Abhängigkeit von den nächsten Schritten der Bundesregierung werden wir unsere Brandenburger ‚Energiestrategie 2030‘ anpassen. Um die Energiekosten für Haushalte und Unternehmen zu senken, werden wir eine ‚Energieeffizienz-Offensive Brandenburg‘ zur Energieeinsparung starten.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 15, BB-WP.SPD.2014-SÖT-4

„Nach dem Ausbau der Bahnstrecke von Berlin nach Rostock werden die Strecken von Berlin nach Dresden sowie nach Stettin und Breslau für schnellen Regional- und Fernverkehr ausgebaut.“

→ Die Bauten sind aufgrund des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.SPD.2014-SÖT-5

„Das Land wird den Ausbau der Elektromobilität unterstützen.“

→ Die Umsetzung der Elektromobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.SPD.2014-SÖT-6

„Ein wichtiges Ziel unserer Politik ist, die Energieeffizienz der Gebäude zu verbessern und einkommensschwache Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen.“

→ Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.SPD.2014-GSÖT-1

„Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab.“

→ Es wird sich also gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.SPD.2014-SÖT-7

„Den Spitzenplatz Brandenburgs im Ökolandbau wollen wir ausbauen.“

→ Der Ausbau des Ökolandbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23f., BB-WP.SPD.2014-SÖT-8

„Die ökologische Modernisierung unseres Landes ist uns ein Herzensanliegen. Wir werden in Zukunft noch mehr Rücksicht auf unsere Umwelt und unsere Landschaften nehmen müssen. Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Wir stehen für die Bewahrung der typischen Brandenburger Landschaften, den Schutz heimischer Pflanzen- und Tierbestände und die Wiederherstellung von Lebensräumen bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll bis 2030 um 72 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Das ist Brandenburgs wichtigster Beitrag zum Klimaschutz.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Modernisierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 24, BB-WP.SPD.2014-SÖT-9

„Gewässer haben einen besonderen Wert für Tourismus und Naturschutz. Ein ausgewogener Wasserhaushalt stellt vor dem Hintergrund des Klimawandels eine besondere Herausforderung dar. Mit dem Brandenburger Moorschutzprogramm wollen wir die Funktionsfähigkeit von regenerierbaren Mooren und das Erscheinungsbild einer einzigartigen Landschaft wiederherstellen und erhalten. Dabei müssen die Interessen von land- und forstwirtschaftlicher Nutzung berücksichtigt werden.“

→ Die Änderungen bzgl. des Wasserhaushalts sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.SPD.2014-GSÖT-2

„Eine Privatisierung von Gewässern in Brandenburg kommt für uns nicht in Frage, der freie Zugang aller Bürgerinnen und Bürger soll gewährleistet sein. Auch eine Privatisierung des Landeswaldes lehnen wir ab.“

→ Es wird sich gegen die Privatisierung, also eine sozial-ökologische Transformation, ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.SPD.2014-SÖT-10

„Die Sanierung der ehemaligen Tagebaue in der Lausitz ist eine Generationenaufgabe. Bis 2017 stehen dafür 587 Millionen Euro bereit, davon über 220 Millionen Euro vom Land. Mit diesen Mitteln soll das Lausitzer Seenland als neuer touristischer Anziehungspunkt fertiggestellt sowie ein sich selbst regulierender Wasserhaushalt wiederhergestellt werden. Ein Schwerpunkt in der nächsten Wahlperiode liegt dabei auf der Wasserqualität. Für eine saubere Spree setzen wir uns dafür ein, dass alle bekannten technischen Maßnahmen, die geeignet sind, Einträge aus dem Grundwasser in die Spree zu vermeiden und eine voranschreitende Verockerung zu verhindern, endlich angewandt werden. Dabei ist uns klar, dass hier die Lausitzer-Mitteldeutsche Braunkohleverwaltungsgesellschaft (LMBV) finanziell und technisch verantwortlich ist.“

→ Die Änderungen bzgl. des Tagebaus sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25f., BB-WP.SPD.2014-SÖT-11

„Wir werden auch zukünftig Strukturen vorhalten, um schnell auf Katastrophen reagieren zu können und dabei eng mit Sachsen, Sachsen-Anhalt und Polen zusammenarbeiten. Nach der fast vollständigen Sanierung der Deiche an der Oder wird in den kommenden Jahren die Deichsanierung an der Elbe abgeschlossen – dabei wird den Flüssen deutlich mehr Raum gegeben. In den kommenden fünf Jahren wird die naturnahe Sanierung und Rückverlegung von Deichen an der Schwarzen Elster Schwerpunkt des Hochwasserschutzprogramms sein.“

→ Die Änderungen bzgl. des Hochwasserschutzes sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



### 2.3.2.3.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD

S. 4, BB-WP.AfD.2014-SÖT-1

„Die Eurokrise, die Überschuldung der Staaten, Banken, Unternehmen und Privathaushalten sind Zeugnisse dieser Fehlentwicklung. Sie zeigt sich ferner in der wirtschaftlichen Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie der Überforderung vieler Menschen durch hohen Leistungsdruck.“

→ Es wird sich gegen die Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt, d. h. für eine gesamte sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.AfD.2014-SÖT-2

„Die Brandenburger Landwirtschaft wird weitgehend durch Großbetriebe geprägt, die Ackerbau und Tierhaltung in industriellem Maßstab betreiben. Dies verödet nicht nur die Landschaft, es belastet auch die Böden. Zudem ist die Massentierhaltung nicht tiergerecht und macht wegen des massiven Krankheitsdruckes den prophylaktischen Einsatz von Antibiotika erforderlich.“

→ Es wird sich gegen Massentierhaltung, d. h. für eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, BB-WP.AfD.2014-SÖT-3

„Die AfD will diese Form der Massentierhaltung schrittweise zurückdrängen. Sie will dies insbesondere durch eine gleichzeitige Begrenzung der pro Hektar auszubringenden Stickstoffmenge wie auch der Transportdistanz von Gülle/Mist um den Betriebssitz herum erreichen.“

→ Es wird sich gegen Massentierhaltung, d. h. für eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Landwirtschaftssektor ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, BB-WP.AfD.2014-GSÖT-1

„Die Alternative für Deutschland setzt sich daher in Brandenburg für das Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen ein.“

→ Bzgl. der Gentechnik wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, BB-WP.AfD.2014-GSÖT-2

„Eine Infragestellung des Braunkohleabbaus würde die südbrandenburgische Wirtschaftsstruktur nachhaltig schwächen und zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen führen, die in dieser Region durch nichts zu kompensieren sind. Die AfD tritt daher für den Erhalt der Braunkohle als Wirtschaftsfaktor ein.“

→ Bzgl. der Braunkohle wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, BB-WP.AfD.2014-GSÖT-3

„Das Land Brandenburg gehörte bisher zu den Vorreitern beim Ausbau der Windenergie und der großflächigen Solarenergieerzeugung in Deutschland. Der Ausbau und seine Auswirkungen auf Mensch und Umwelt stoßen aber zunehmend auf Grenzen der Akzeptanz. Dennoch will die brandenburgische Landesregierung nun insgesamt 2 % der Landesfläche für alternative Energieerzeugung ausweisen. Die AfD lehnt dies ab.“

→ Bzgl. der Erneuerbaren wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, BB-WP.AfD.2014-GSÖT-4

„Die AfD will stattdessen das Ausbautempo bei der Windenergieerzeugung und bei der großflächigen Solarenergieerzeugung aus wirtschaftlichen und Umweltgründen zurückfahren.“

→ Bzgl. der Erneuerbaren wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, BB-WP.AfD.2014-GSÖT-5

„Die Förderung von Wind- und Solarenergie durch das EEG kommt den Bürgern in Brandenburg, wie auch in Deutschland, insgesamt teuer zu stehen. Garantierte Entgelte sowie eine Einspeisegarantie haben die Stromkosten auf ein Niveau getrieben, das die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gefährdet und die Energierechnung für eine zunehmende Zahl von Bürgern unbezahlbar macht. Die AfD setzt sich daher für eine Abschaffung des EEG ein, einschließlich einer rechtskonformen Entschädigung der Altanlagenbesitzer. Nach Auffassung der AfD soll der Ausbau der Wind- und Solarenergie grundsätzlich nur in dem Maße stattfinden, wie der Strom zu marktgerechten Preisen auf dem Markt Abnehmer findet.“

→ Bzgl. der Erneuerbaren wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, BB-WP.AfD.2014-GSÖT-6

„Gegen einen weiteren dynamischen Ausbau der Windenergie und der großflächigen Solarenergieerzeugung in Brandenburg sprechen auch die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner der Energieanlagen.“

→ Bzgl. der Windenergie wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, BB-WP.AfD.2014-SÖT-4

„Die AfD wird sich daher dafür einsetzen, dass Windenergieanlagen und großflächige Solarenergieanlagen grundsätzlich nur noch dann genehmigt werden, wenn

- der für die Windkraftanlage vorgesehene Standort sich in einem
- wissenschaftlich nachgewiesenen Windeinzugsgebiet befindet,
- die energetische Nachhaltigkeit der Anlage an diesem Standort
- nachgewiesen wird,
- der Abstand der Windkraftanlagen mindestens 3000 m
- zur nächsten Siedlung beträgt,
- die Photovoltaikanlagen auf Flächen errichtet werden,
- die aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes unbedenklich sind,
- sie nicht in Waldgebieten errichtet werden sollen,
- den Interessen der Tourismusbranche Rechnung getragen wird,
- die vor Ort ansässige Bevölkerung das Projekt befürwortet.“

→ Der Umstieg auf erneuerbare Energien wird zumindest teilweise befürwortet, was in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation bewirkt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.2.3.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU

S. 4, BB-WP.CDU.2014-SÖT-1

„Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auch und gerade für ländliche Regionen. Die vorhandenen Strukturen werden wir unterstützen und weitere Potenziale erschließen und fördern. Dazu wollen wir die Wander-, Reit- und Fahrradwegenetze verbessern und die Naturparkregionen stärken. Das gilt auch für den Wassertourismus, der eine herausragende Bedeutung für die touristische Entwicklung unseres Landes hat.“

→ Die umweltbezogenen Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Tourismussektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9f., BB-WP.CDU.2014-SÖT-2

„Brandenburg ist eine der Regionen mit den höchsten Energiepreisen. Darunter leiden nicht nur private Haushalte sondern auch unsere Unternehmen. Unser erklärtes Ziel ist es deshalb, dass die Energiepreise nicht weiter steigen. Dafür müssen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Akzeptanz und Klimaschutz wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Brandenburg braucht eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Effizienzsteigerungen, Einsparpotenziale und leistungsfähige Netze sind dafür Grundvoraussetzungen. Wir setzen auf ergebnisoffene Diskussionen, die keine technologischen Möglichkeiten ausschließen. Beim Ausbau der erneuerbaren Energieformen wie Biomasse, Geothermie, Windkraft und Solarenergie werden wir wirtschaftliche und energiepolitische Interessen nicht gegen die Lebensbedingungen der Bürger ausspielen.“

→ Klimaschutz soll generell verfolgt werden, was eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 10, BB-WP.CDU.2014-GSÖT-1

„Für einen ausgewogenen Energiemix ist der Energieträger Braunkohle unverzichtbar. Investitionen in den Kraftwerkspark, Förderung der Braunkohleforschung aber auch der respektvolle Umgang mit den vom Tagebau betroffenen Gemeinden sind dabei wichtige Punkte.“

→ Bzgl. der Braunkohle wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.CDU.2014-SÖT-3

„Die bergbaubedingten Ursachen für die Braunfärbung der Spree durch die sogenannte ‚Verockerung‘ müssen durch konsequentes Handeln aller Verantwortlichen reduziert werden. Die bereits geplanten Maßnahmen werden wir deshalb zielstrebig umsetzen und weiter verstärken. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen ein, um die Herausforderungen gemeinsam zu lösen. Wir wollen perspektivisch einen länderübergreifenden Verband einrichten, der sich insbesondere mit der bergbaubedingten Gewässerunterhaltung und dem Wassermanagement befasst.“

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.CDU.2014-GSÖT-2

„Ein Verkauf des Landeswaldes und die weitere Herausnahme von Landesforstflächen aus der Bewirtschaftung lehnen wir ab.“

→ In diesen Punkten wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.CDU.2014-SÖT-4

„Wir wollen die Interessen der Land-, Forst-, und Fischereiwirtschaft sowie der Jäger gleichberechtigt mit Natur- und Artenschutz behandeln. Dazu gehört nicht nur der finanzielle Ausgleich für verursachte Schäden, sondern auch die Unterstützung für präventive Maßnahmen, wie beispielsweise die Anschaffung von speziellen Herdenschutzhunden für Schaf- und Ziegenhalter.“

→ Die konkreten Maßnahmen haben das Ausmaß einer einzelnen sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.CDU.2014-SÖT-5

„Für uns gehören Tierschutz und artgerechte Haltung zum Bild gewerblicher und privater Tierhaltung. Deshalb wollen wir einen Tierschutzbeauftragten der Landesregierung, der dafür Sorge trägt, dass die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten auch konsequent angewendet werden. Der Tierschutz soll dadurch einen höheren Stellenwert erhalten.“

→ Dies ist eine sozial-ökologische Transformation im Bereich des Tierschutzes.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 13, BB-WP.CDU.2014-SÖT-6

„Die immer kürzeren Zeitabstände zwischen bedrohlichen Hochwassersituationen haben den Handlungsbedarf schonungslos aufgezeigt. Besonders bei kleineren und mittleren Flüssen in Brandenburg sowie ihren Nebenflüssen gibt es noch viele Schwachstellen. An der Schwarzen Elster, der Spree oder der Havel wurde bisher zwar viel über Hochwasserschutz gesprochen, aber kaum etwas umgesetzt. Wir werden mit Nachdruck dafür sorgen, dass die vorliegenden Pläne zur Deichsanierung und zum vorbeugenden Hochwasserschutz schnellstmöglich in die Praxis umgesetzt werden und das erforderliche Personal im Landesumweltamt bereitgestellt wird. Die Gefahren des Binnenhochwassers haben sich in den letzten Jahren vor allem in der jahrhundertealten Kulturlandschaft des Oderbruchs gezeigt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land seinen pflichtigen Aufgaben, insbesondere in der Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung, sowohl im Oderbruch als auch in den anderen Landesteilen nachkommt.“

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.2.3.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen

#### S. 2, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-1

„In den letzten fünf Jahren haben wir aus der Opposition heraus das Land bewegt und mitgestaltet. Wir haben viel geschafft, aber vieles steht noch auf der Tagesordnung! Damit Brandenburg sich weiter entwickelt, braucht es starke Bündnisgrüne. Für den Klimaschutz und die Energiewende. Für eine gute Landwirtschaft.“

→ Die Umsetzung des Klimaschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 2, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-2

„Wir werben um Ihre Stimme, um Brandenburg ökologischer, gerechter, moderner und weltoffener gestalten zu können. Wenn Sie bündnisgrün wählen, entscheiden Sie sich für mehr Lebensqualität. Dafür, dass in Brandenburg gesundes Essen auf dem Tisch kommt, nicht Pestizide oder Fleisch aus Massentierhaltung. Dafür, dass man auch am Flughafen BER nachts schlafen kann, dass auch auf dem Land Bus, Bahn und Ruftaxi fahren. Dafür, dass kein Brandenburger Dorf mehr den Braunkohlebaggern zum Opfer fällt und die Städte und Dörfer selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Sie stimmen dafür, dass unsere Enkel die Feldlerche noch hören können, und wir ihnen die Spree sauber – statt von den Tagebauen verdreckt – hinterlassen. Sie wählen vorbeugenden Hochwasserschutz statt Gummistiefel-Politiker auf den Deichen und immer teurerer Reparaturmaßnahmen. In unserer Vision von einem nachhaltigen Brandenburg profitieren die Menschen vor Ort von der Energiewende, entstehen in der grünen Industrie mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze, ist Energie auch morgen noch für alle bezahlbar. Wir wollen eine ökologische Landwirtschaft in Brandenburg, mehr regionale Strukturen, eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft und einen starken Mittelstand.“

→ Brandenburg insgesamt ökologischer zu gestalten, ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 4, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-3

„Ohne starke Grüne werden auch im nächsten Landtag Massentierhaltung, Fluglärm und die ländlichen Räume kein Thema sein.“

→ Die implizit angestrebten Veränderungen in der Massentierhaltung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-4

„Bündnis 90/Die Grünen treten dagegen für einen neuen Aufbruch in der Umweltpolitik Brandenburgs an. Die Menschen sollen sich auch in Zukunft an unserer vielfältigen Natur erfreuen können. Wir schützen Natur und Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen. Deshalb werden wir uns für den Erhalt der biologischen Vielfalt und für eine intakte Natur und Umwelt einsetzen sowie einen umweltverträglichen Tourismus in Brandenburg stärken.“

→ Die generell angestrebten Veränderungen in der Umweltpolitik sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-5

„Mit einem Konzept zum ökologischen Hochwasserschutz wollen wir die Risiken senken, dass neue Flutwellen unsere Siedlungen zerstören. Gegen die Verockerung der Spree brauchen wir weitere wirksame Maßnahmen. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sollen im Einklang mit der Natur erfolgen. Wir wollen artenreiche Kulturlandschaften, vielfältige und lebendige Mischwälder, saubere und naturnahe Gewässer schützen und entwickeln.“

→ Die angestrebten Veränderungen in der Umweltpolitik sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 7, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-6

„Brandenburg muss seinen nationalen und internationalen Pflichten zum Erhalt der biologischen Vielfalt endlich nachkommen. Hierzu bringen wir eine ressortübergreifende Strategie auf den Weg: mit gezielten Maßnahmen für den Artenschutz, die auch die Begrenzung von gesetzlichen Ausnahmen beinhaltet, sowie mit verbindlichen Zeit- und Finanzierungsplänen. Das Landschaftsprogramm und die untergeordneten Fachpläne sind zügig an die Vorgaben einer solchen Strategie anzupassen, ebenso an die Erkenntnisse der Klimafolgenforschung. Das Naturschutzgesetz wollen wir überarbeiten, damit es seinem Namen wieder zu Recht trägt.“

→ Die angestrebten Veränderungen in der Umweltpolitik sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 7, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-7

„Wir fordern eine Nachhaltigkeitsprüfung für politische Entscheidungen – alle Landesgesetze sollen vorab darauf untersucht werden, ob sie den Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht werden sowie nachhaltige Entwicklung nicht behindern. Der Erhalt der biologischen Vielfalt soll ein maßgebliches Kriterium solcher Prüfungen werden. Damit wollen wir die Belange des Natur- und Umweltschutzes stärker in andere Politikbereiche integrieren und ein Bewusstsein für die jeweiligen Wechselwirkungen schaffen.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung geht mit einer gesamten sozial-ökologischen Transformation einher.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

#### S. 7, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-8

„Wir wollen den Verbund der Lebensräume in Brandenburg stärken und bestehende Konzepte zügig umsetzen. Hierzu zählen der Bau weiterer Grünbrücken und Kleintierdurchlässe an stark befahrenen Straßen. Lebensräume wie Hecken, Blühstreifen und Staudensäume wollen wir erhalten und neu schaffen. Unsere Bäume brauchen mehr Schutz, wenn wir sie der Nachwelt erhalten wollen. Vor allem wo sie unsere Landschaften, Städte und Dörfer prägen, werden wir Bäume besser gesetzlich schützen. Wir wollen die Alleen-Konzeption des Landes so überarbeiten, dass Alleen als typische Bestandteile unserer Kulturlandschaft und als Lebensräume eine Zukunft haben. Wir wollen, dass die Verkehrs- und Siedlungsplanung die Belange des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit integriert.“

→ Die angestrebten Veränderungen in der Umweltpolitik sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 8, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-9

„Das Artensterben in der Agrarlandschaft gehört zu den größten Herausforderungen für den Naturschutz der kommenden Jahre. Deshalb setzen wir uns für zielgenaue und verlässlich finanzierte Agrarumweltprogramme ein. Hier setzen wir vor allem auf integrative Projekte: auf neue Formen der Kooperation von Landnutzern und Naturschutz, auf Information, Dialog und auf eine bessere Beratung in der Land- und Forstwirtschaft. Wir wollen verstärkt freiwillige vertragliche Vereinbarungen (Vertragsnaturschutz) abschließen und hierzu die Finanzmittel erhöhen.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Agrarbereich.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 8, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-10

„Wir wollen Brandenburgs Naturschätze bewahren und mehren. Das bundesweite Ziel, für mindestens zwei Prozent der Landfläche Wildnis zu entwickeln, wollen wir effektiv umsetzen (Stand heute in Brandenburg: 0,8 Prozent). Dafür wollen wir vor allem Bergbaufolgelandschaften und ehemalige Truppenübungsplätze wie die Lieberoser Heide oder die Wittstock-Ruppiner Heide nutzen. Aber auch in den bestehenden Schutzgebieten, insbesondere den Biosphärenreservaten Spreewald und Elbe wollen wir den Anteil der Wildnisflächen erhöhen. Für den Nationalpark und die Naturparke müssen endlich die Kriterien der IUCN (International Union for Conservation of Nature) erfüllt werden. Die Wildnisgebiete möchten wir in geeigneter Weise möglichst vielen Menschen erlebbar machen. Deshalb unterstützen wir Projekte wie die geplante internationale Naturausstellung in der Lieberoser Heide.“

→ Die angestrebten Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Naturschutzes.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 8, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-11

„Wolf, Biber, Kormoran, Kranich & Co gehören zu Brandenburg wie Sanssouci zu Potsdam. Es liegt in der Natur der Sache, dass wildlebende Tiere auch Probleme aufwerfen. Deshalb brauchen wir für Arten, die Konflikte beispielsweise mit der Landwirtschaft, dem Verkehr oder beim Bau verursachen können, besonders umfassende Beratungsangebote, weitere Forschung und mehr präventive Maßnahmen.“

→ Die angestrebten Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-12

„Durch die Erderwärmung und die Folgen der Globalisierung breiten sich bei uns neue Arten wie beispielsweise Waschbären oder Ambrosia aus, die zum Teil in unserem Ökosystem keine natürlichen Feinde haben. Dies kann für Mensch und Natur gravierende negative Folgen haben. Für solche invasiven Arten wollen daher wir ein umfassendes Monitoring einführen und bei Bedarf auch Gegenmaßnahmen ergreifen.“

→ Die angestrebten Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-13

„Der Naturschutz braucht ein fachlich gutes Monitoring. Wir fordern deshalb für die kommende Wahlperiode eine aktualisierte Bestandsaufnahme der Biotop-, Pflanzen- und Tiervorkommen. Damit sollen auch die teilweise veralteten Roten Listen Brandenburgs überarbeitet und notwendige Maßnahmen zum Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt abgeleitet werden. In diesem Zuge soll auch dokumentiert werden, welche ‚Klimaflüchtlinge‘ bei Tieren und Pflanzen sich in Brandenburg ansiedeln. Wir wollen das Engagement und Fachwissen des ehrenamtlichen Naturschutzes in die Umweltbeobachtung integrieren.“

→ Das angestrebte Monitoring ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-14

„Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Sie verdienen einen respektvollen und ethisch verantwortbaren Umgang. Dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wurde, war ein großer Erfolg grüner Politik für den wir jahrelang hart gekämpft haben. Doch in der Praxis hat sich das bisher kaum ausgewirkt. Es gibt im Tierschutz erhebliche Vollzugsdefizite. Dies wollen wir ändern.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-15

„Die industrielle Tierhaltung in der Landwirtschaft und die Schlachtung offenbaren immer wieder erhebliche Defizite und teilweise unerträgliche Zustände (siehe Kapitel Landwirtschaft). Auch deshalb unterstützt Bündnis 90/Die Grünen die Volksinitiative ‚Stopp Massentierhaltung‘.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-16

„Weiterhin wollen wir in Brandenburg die Stelle einer/eines unabhängigen Landesbeauftragten für den Tierschutz einrichten. Die Tierschutzpädagogik wollen wir ausbauen. Entsprechende Projekte, zum Beispiel in den Jagd- und Fischereiverbänden oder durch die Träger von Tierheimen, werden wir unterstützen.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-17

„Bei Heimtieren gibt es oft massive Probleme bei der tiergerechten Haltung. Wir unterstützen deshalb ein bundesweites Heimtiergesetz, um Mindestanforderungen für Haltung, Zucht und Handel verbindlich zu regeln.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-18

„Die Zahl der Tierversuche steigt Jahr für Jahr. Wir Grüne setzen uns für eine deutliche Reduzierung und langfristig für die Abschaffung von Tierversuchen ein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen mehr Forschungsmittel in die tierversuchsfreie Forschung fließen. Die Praxis bei Genehmigung und Kontrolle von Tierversuchen wollen wir stärker an den Belangen des Tierschutzes ausrichten und transparenter gestalten.“

→ Bzgl. des Tierschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-19

„Die massiven Stellenkürzungen haben dazu geführt, dass die Umweltverwaltung ihren Aufgaben nur unzureichend nachkommen kann. Selbst Pflichtaufgaben werden nicht mehr angemessen erfüllt. Zahlreiche Unterschutzstellungen sowie Managementplanungen für die Natura2000-Gebiete wurden nicht beendet. Für kaum ein Vogelschutzgebiet gibt es eine Schutzgebietsverordnung. Wir fordern deshalb einen Stopp des Stellenabbaus, eine genaue Analyse der Defizite und bei Bedarf eine Aufstockung des Personals. Weitere Aufgabenübertragungen im Naturschutz vom Land an die Kommunen lehnen wir ab. Wir wollen die einheitliche Verwaltung der Nationalen Naturlandschaften (Nationalpark, Biosphärenreservate, Naturparke) erhalten.“

→ Bzgl. des Naturschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-20

„Ob Artenschutz oder Umweltbildung - der ehrenamtliche Naturschutz in Brandenburg leistet einen enormen Beitrag für unser Land. Deshalb wollen wir die ehrenamtlichen Naturschützer und Naturschützerinnen stärker finanziell unterstützen, das Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände stärken und ihre Mitwirkungsrechte verbessern. Das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wollen wir wieder einführen. Auch die Landschaftspflegeverbände sind wichtige Partner bei der praktischen Naturschutzarbeit vor Ort, bisher jedoch nicht in allen Regionen vorhanden. Wir wollen deshalb ein flächendeckendes Netz von Landschaftspflegeverbänden in Brandenburg etablieren.“

→ Bzgl. des Naturschutzes wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-21

„Wir wollen den Naturtourismus in Brandenburg ausbauen. Hierbei setzen wir vor allem auf das Netz der Großschutzgebiete, in denen es schon heute ein vielfältiges Angebot an Naturerlebnissen für alle Sinne gibt. Regionale Pläne zur Entwicklung der Nationalen Naturlandschaften wie etwa das in der Niederlausitz entwickelte Konzept für ein neues Biosphärenreservat werden wir unterstützen.“

→ Bzgl. des Tourismus wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-22

„Für viele Touristen gehört eine gute Mischung aus Naturerlebnis, Wellness, leckerem (Bio-) Essen und Kultur zu einem gelungenen Urlaub. Wir wollen deshalb die Akteure und Angebote im Naturtourismus besser vernetzen und die Entwicklung neuer Angebote gezielt fördern. Hierzu brauchen wir neben den vielen Ehrenamtlichen auch personell handlungsfähige Schutzgebietsverwaltungen und eine ausfinanzierte Naturwacht.“

→ Bzgl. des Tourismus wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 11, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-23

„Wir wollen unsere Großschutzgebiete als Modellregionen einer nachhaltigen Regionalentwicklung konsequent fördern und entwickeln. In der neuen EU-Förderperiode ab 2014 wollen wir in Brandenburg attraktive Förderprogramme schaffen: Für neue und regionaltypische Angebote, für mehr Qualität der Infrastruktur zum Wandern, Radfahren, Reiten oder Wassersport. Hierzu gehören bessere Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme in Bus und Bahn sowie mehr Zertifizierungen wie ‚Bett & Bike‘ (Marke des ADFC für radfreundliche Angebote) oder ‚NaturaTrails‘ (Marke der Naturfreunde für natur- und umweltverträgliche Freizeitgestaltung).“

→ Da sich auf die Entwicklung ganzer Gebiete bezogen wird, wird eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-24

„Auch in Gebieten mit starkem Reittourismus möchten wir Radfahrenden, Fußgängerinnen und Fußgängern wieder ein Naturerlebnis gönnen. Um die Wegenetze für diese Nutzergruppen zu entflechten, müssen Gemeinden, Forstverwaltungen, Naturschutzbehörden und -verbände, Reiterhöfe und Vertretungen für Rad- und Fußverkehr an einen Tisch. Wir wollen es den für die Regelung der Waldwegenutzung zuständigen Forstverwaltungen nach gefundenen Kompromissen erleichtern, die neuen Regelungen umzusetzen.“

→ Bzgl. des Tourismus wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-25

„Brandenburg wurde in den letzten elf Jahren drei Mal von sogenannten Jahrhundertfluten heimgesucht. Klimaforscher sagen voraus, dass Starkregenereignisse weiter zunehmen und unsere Flüsse noch häufiger zur Bedrohung werden. Alleine 2013 hatte Brandenburg Flutschäden in Höhe von 92 Mio. Euro zu verzeichnen. Vorsorgende Maßnahmen für den Hochwasserschutz dürfen deshalb nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es ist Zeit zu handeln.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-26

„Der technische Hochwasserschutz stößt längst an seine Grenzen. Ein enges Deichkorsett beschleunigt den Wasserabfluss und erhöht die Flutwelle flussabwärts. Wir brauchen deshalb eine intelligente Verzahnung von technischem und ökologischem Hochwasserschutz. Starke Deiche sollen unsere Siedlungen schützen. Außerhalb der Siedlungen brauchen unsere Flüsse aber mehr Raum, damit Hochwasserpegel und Fließgeschwindigkeit sinken. Wir fordern Breitwasser statt Hochwasser!“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-27

„Der ökologische Hochwasserschutz wurde viel zu lange vernachlässigt, nicht nur in Brandenburg. So ist die Schwarze Elster als einer der naturfernsten Flüsse Deutschlands noch immer fast komplett eingedeicht. Investitionen in Höhe von 30 Mio. Euro jährlich wurden vorwiegend für Deichverstärkungen auf den alten Deichtrassen statt für Deichrückverlegungen ausgegeben. Bündnis 90/Die Grünen setzen den ökologischen Hochwasserschutz auf Platz eins der politischen Prioritätenliste zum Hochwasserschutz. Wir brauchen nachhaltige Lösungen unter Beteiligung der Menschen vor Ort. Dabei machen wir uns dafür stark, die Konzepte für den Hochwasserschutz auch über Ländergrenzen zu entwickeln, beispielsweise mit Polen für ein Gesamtsystem ‚Oder und Nebenflüsse‘.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-28

„Wir brauchen einen Richtungswechsel im Hochwasserschutz und in der Baupolitik: Nicht mehr gegen, sondern mit dem Wasser wollen wir bauen und leben. Daher werden wir Deiche rückverlegen und so großflächige Überschwemmungsgebiete in den ehemaligen Auen wieder an die Flüsse anbinden. Denn intakte Flussauen bieten einmalige Lebensräume und verbessern die Wasserqualität. Vor allem aber senken sie die Hochwasserspitzen und bewahren uns damit vor Millionen-schäden.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-29

„Verantwortliche Politik bedeutet für uns Grüne auch, persönlichem Leid und materiellen Schäden vorzubeugen: In allen von Hochwasser bedrohten Gebieten, die nicht eingedeicht sind, dürfen deshalb keine neuen Baugenehmigungen erteilt werden. Daher fordern wir eine rechtliche verbindliche Bauleitplanung entlang der hochwassergefährdeten Flüsse. In besonders stark durch Überflutung bedrohten Gebieten soll der Ackerbau durch extensive Grünlandwirtschaft abgelöst werden.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-30

„Wir schauen aufs Ganze: Versiegelung, verdichtete Böden und die großflächige Entwässerung leisten Hochwassern enormen Vorschub. Umgekehrt fehlt nicht nur in Trockenzeiten Wasser in unserer Landschaft. Unser Ziel ist es deshalb, den Wasserabfluss insgesamt zu verlangsamen: durch ein intelligentes Wassermanagement das sowohl Hochwasser als auch Trockenperioden vorbeugt. Durch die Renaturierung und angepasste Bewirtschaftung von Moor- und Feuchtstandorten. Durch eine bessere Versiegelungs-/Entsiegelungsbilanz sowie durch bodenschonende Landnutzungsformen. Langfristig wollen wir die kleinen Wasserkreisläufe auf der gesamten Landesfläche wiederherstellen. Maßnahmen und Vorgaben für die Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts werden wir auch im Klimaschutzgesetz (Klimaschutzplan) verankern.“

→ Die Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-31

„Brandenburgs Wasser- und Bodenverbänden kommt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle zu. Sie brauchen verlässliche (personal-) politische Rahmenbedingungen und Förderprogramme zur ökologischen Sanierung unserer Moore und Gewässer. Langfristig wollen wir die kleinen Wasserkreisläufe auf der gesamten Landesfläche wiederherstellen.“

→ Der veränderte Umgang bzgl. des gesamten Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-32

„Die EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert für alle Gewässer ‚einen guten chemischen und ökologischen Zustand‘ bis zum Jahr 2015. Davon ist Brandenburg weit entfernt. Die Konzepte zur Gewässerentwicklung müssen zügig abgeschlossen, die darin geforderten Maßnahmen forciert werden. Die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit für wandernde Tiere ist uns dabei ein besonders wichtig. Ökologisch bedenkliche Ausbaumaßnahmen der Fließgewässer lehnen wir hingegen ab.“

→ Die Änderungen bzgl. der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-33

„Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung und Neuorientierung der kommunalen Abwasserkonzepte ein. Damit wollen wir auch erreichen, dass Grundstücke mit geeigneten ökologischen Kläranlagen nicht mehr zwingend dem Anschlusszwang unterworfen werden. Überdimensionierte und unrentabel werdende Anlagen und Zuleitungen wollen wir mittel- und langfristig durch dezentrale Lösungen wie Gruppenkläranlagen ersetzen und in lokale Wasserkreisläufe einbinden. Wir setzen uns für eine landesweite Regelung ein, die sicherstellt, dass Niederschlagswasser möglichst auf den jeweiligen Grundstücken versickern muss.“

→ Die Änderungen bzgl. der Abwässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-34

„Brandenburg muss endlich das Verursacherprinzip anwenden und angemessene Wassernutzungs-Gebühren einfordern, die Anreize zur effizienten Nutzung der Ressource schaffen. Die unnötige Bevorteilung von Großverbrauchern wie Energie- und Landwirtschaftsunternehmen beschert dem Land bisher Verluste in Millionenhöhe.“

→ Der veränderte Umgang bzgl. des gesamten Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-35

„Das Aktionsbündnis Klare Spree, engagierte Bürgerinnen und Bürger und Bündnis 90/Die Grünen haben den Stein ins Rollen gebracht: Einige Erste-Hilfe-Maßnahmen sind in Angriff genommen. Sie können aber nur der Anfang sein. Es braucht ein ganzes Bündel von Sanierungs-Projekten um die weitere Verockerung und Sulfatbelastung zu stoppen. Wir kämpfen auch weiterhin dafür, die Lausitz, den Spreewald und alle Anrainer bis hoch nach Berlin und weiter vor weiteren Schäden zu bewahren.“

→ Die Änderungen bzgl. der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-36

„Wir setzen auf Recycling und Kreislaufwirtschaft sowie auf den naturverträglichen Ersatz fossiler und geologischer durch nachwachsende Materialien. Bei deren Anbau hat die Nahrungsmittelproduktion für uns Vorrang. Rohstoffe, die wir nicht ersetzen können, dürfen nur unter klaren ökologischen Kriterien und in nachhaltigen Grenzen gefördert werden.“

→ Der veränderte Umgang mit den Ressourcen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-37

„Bei der Nutzung und Erschließung von Bodenschätzen in Brandenburg legen wir daher größten Wert auf Umweltschutz, einen sparsamen Ressourceneinsatz, Transparenz, Einbeziehung der Bevölkerung, aber auch die ökonomische Teilhabe der Gesellschaft. Förderung in Schutzgebieten lehnen wir ab, eine frühzeitige, fachkompetent begleitete Bürgerbeteiligung am Genehmigungsverfahren mit offenem Ausgang ist für uns unverzichtbar. Wir wollen Abbauunternehmen verpflichten, den bestmöglichen Schutz der Umwelt zu gewährleisten.“

→ Der veränderte Umgang mit den Ressourcen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-38

„Wir setzen uns für eine Landesrohstoffstrategie ein, die diese Punkte umfasst. Zum Teil lassen sich Ausgangsstoffe etwa für die Industrie auch in der Region erzeugen. Um mehr Wertschöpfung im Land zu schaffen, wollen wir konkrete Ziele und Maßnahmen vorgeben, wie das Land diese regionale Erzeugung unterstützen kann. Die Förderung für die Erforschung von Ersatzstoffen für knapper werdende Rohstoffe wollen wir ausweiten und sogenannte Sharing-Initiativen (‚Teilen statt Besitzen‘) unterstützen.“

→ Der veränderte Umgang mit den Ressourcen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-39

„Der ökologische Waldumbau in Brandenburg stockt. Die Kiefer prägt mit 73 Prozent weiterhin unsere Wälder. Reine Kiefernwälder - noch dazu Altersklassenwälder - sind jedoch artenarm und anfällig für Schädlinge und Waldbrände. Sie entziehen dem Boden extrem viel Wasser. Viele Gründe, um aus eintönigen Stangenforsten vielfältige Mischwälder zu entwickeln.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-40

„Gut ein Drittel der Waldfläche Brandenburgs liegt im Besitz der öffentlichen Hand. Sie muss mit gutem Beispiel voran gehen und ihre Flächen zu gesunden Laubmischwäldern mit standortheimischen Baumarten entwickeln, möglichst durch Naturverjüngung. Insgesamt wollen wir für den Waldumbau mehr Mittel bereitstellen. Den derzeit zulässigen Kahlschlag für Flächen unterhalb der Zwei-Hektar-Grenze wollen wir stoppen, denn oftmals liegen solche Flächen nur durch dünne Waldstreifen getrennt nebeneinander.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-41

„Der Landesforst muss auch zum Vorbild für eine nachhaltige Waldwirtschaft werden und den Anteil der FSC-zertifizierten Wälder (Forest Stewardship Council) von heute kläglichen drei Prozent deutlich erhöhen. Wir wollen dazu einen verbindlichen Stufenplan vorlegen, an dessen Ende 100 Prozent nachhaltige Waldwirtschaft stehen.“

→ Die Veränderungen in der Waldwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-42

„Die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung fordert, fünf Prozent unserer Wälder einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Davon ist Brandenburg weit entfernt. Erst 1,2 Prozent der märkischen Wälder sind ohne forstliche Nutzung. Auch hier muss der Landesforst voran gehen und verbindliche Ziele setzen.“

→ Die Veränderungen in der Waldwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-1

„Den Verkauf von landeseigenen Forstflächen lehnen wir daher ebenso ab wie die Überführung des gesamten Landeswaldes in eine privatrechtlich verfasste Gesellschaft.“

→ Diesbezüglich wird also eine sozial-ökologische Transformation abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-43

„Die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften der ehemaligen Sowjettruppen (sog. WGT-Liegenschaften) sollen an den Landesforst oder auf Antrag an Naturschutzverbände oder -stiftungen übertragen werden.“

→ Die Eigentumsveränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-44

„Wir fordern ein Netz von Urwäldern, die alle natürlichen Waldgesellschaften repräsentieren. Wo Landesflächen für einen sinnvollen Biotopverbund nicht genügen, soll das Land Privatwaldflächen kaufen. Wir wollen das Vorkaufsrecht des Landes in Naturschutzgebieten bei Bedarf nutzen und zudem auf die Europäischen Schutzgebiete erweitern.“

→ Die Veränderungen in der Waldwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-45

„Flankierend wollen wir das Jagdrecht novellieren, um die Populationsdichten von Reh-, Dam- und Rotwild sowie die Ausbreitung invasiver Arten wie Marderhund, Sonnenbarsch und Wollhandkrabbe, die unsere heimischen Tierarten bedrohen, effektiv zu begrenzen.“

→ Die Veränderungen im Jagdrecht sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-46

„Auch im Wirtschaftswald brauchen wir einen Mindestanteil an Alt- und Totholz sowie Biotopbäumen, um die biologische Vielfalt zu fördern. Das ‚Methusalem-Projekt‘ im Landesforst zum Erhalt alter Bäume wollen wir fortführen. Darüber hinaus wollen wir Naturschutzmaßnahmen im Privatwald wie historische Waldnutzungsformen besser fördern. Die forstliche Nutzung geschützter Wälder wollen wir deutlich reduzieren und an das Einvernehmen mit der zuständigen Schutzgebietsverwaltung binden. Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen müssen hierfür entsprechend geschult werden.“

→ Die Veränderungen in der Waldwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-47

„Eine nachhaltige Forstwirtschaft braucht klare Regeln. Deshalb wollen wir die gute fachliche Praxis für die Forstwirtschaft neu definieren. Wir wollen hier klare Vorgaben zur Reduktion von Pflanzen- und Holzschutzmitteln, Düngern oder anderweitigen Chemikalien im Wald schaffen. Zudem setzen wir uns für einen naturverträglichen Ausbau von Waldwegen ein.“

→ Die Veränderungen in der Forstwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-48

„**Wer in Brandenburg Grün wählt...**

... wählt das grüne Original für eine konsequente Natur- und Tierschutzpolitik

... will vorbeugenden Hochwasserschutz

... stimmt für mehr Tourismus im Einklang mit der Natur

... wählt Maßnahmen gegen die Verockerung der Spree

... unterstützt den ökologischen Waldumbau von Monokulturen zu vielfältigen Mischwäldern

... macht die Umweltverwaltung wieder handlungsfähig“ (Herv. i. O.)

→ Zusammengefasst sind die Maßnahmen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf

Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-49

„Energie bedeutet Leben. Energie ist eine Grundlage für Freiheit und Wohlstand. Und Brandenburg ist voller Energie – erneuerbarer Energie. Unser Land gehört zu den weltweit führenden Regionen bei der Entwicklung und Nutzung der Solar- und Windenergie. Schon heute arbeiten 12.000 Menschen in diesen Branchen, doppelt so viele wie in der Braunkohleindustrie. Trotzdem halten SPD, LINKE, FDP und CDU an Kohle, Öl und Gas fest. Damit nehmen sie nicht nur weitere Schäden an unserer Umwelt in Kauf – sie verspielen auch eine der größten wirtschaftlichen Chancen Brandenburgs.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-50

„Bündnis 90/Die Grünen treten dagegen als einzige politische Kraft in Brandenburg für eine konsequente Energiewende an: für 100 Prozent Erneuerbare Energien in dezentralen und bürgernahen Strukturen, von denen wir Brandenburgerinnen und Brandenburger, die mittelständischen Unternehmen und die Kommunen direkt profitieren. Wir schaffen damit die Grundlage für einen wirksamen Klimaschutz – ohne neue Tagebaue, die unsere Heimat zerstören.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-51

„Der Klimawandel bedroht weltweit die Lebensgrundlagen der Menschen. Die Folgen bekommen wir längst auch in Brandenburg zu spüren: Stürme und Hochwasser verwüsten unsere Häuser und die öffentliche Infrastruktur. Hitze und Dürre schmälern die Erträge in der Landwirtschaft. Mit unserer Politik ziehen wir die einzig logische Konsequenz aus diesen Entwicklungen. Dies ist für uns ein Gebot ökologischer Vernunft, aber auch unverzichtbar für die globale Gerechtigkeit und für ein friedliches Zusammenleben der Völker.“

→ Die generelle Anpassung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-52

„Grüne Energiepolitik sorgt für die richtigen Weichenstellungen auch in Brandenburg: Wir setzen uns für den schnellstmöglichen Ausstieg aus den fossilen Energien ein und schaffen bessere Bedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien; wir sorgen für neue Anreize zum Energiesparen; wir beschleunigen die energetische Modernisierung unserer Gebäude und setzen uns für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-53

„Die Ausgaben der deutschen Privathaushalte für Energie sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Das liegt an erster Stelle an den gestiegenen Kosten für Öl, Gas und Kohle auf dem Weltmarkt – denn die Rohstoffe werden knapper. Erneuerbare Energien wie Sonne und Wind hingegen sind unendlich vorhanden und senken auch heute schon die Energiepreise an der Strombörse in Leipzig. Damit diese Kostenersparnis bei uns Verbraucherinnen und Verbrauchern endlich ankommt, brauchen wir neue Regeln für den Strommarkt, einen ehrlichen CO<sub>2</sub>-Preis (Zertifikate) und einen Abbau der ausufernden Befreiungen von der EEG-Umlage in den gewerblichen Sektoren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-54

„Der beste Weg zu bezahlbaren Energiekosten lautet: Energie sparen und so effizient wie möglich nutzen. Energieeffizienz soll auch bei der Beschaffung durch die öffentliche Hand und bei der Vergabe öffentlicher Leistungen zu einem verpflichtenden Kriterium werden. Beim neuen Landtag in Potsdam war das leider nicht der Fall. Die energetische Gebäudemodernisierung zahlt sich mittel- und langfristig aus. Schon heute ist bei Neubauten der Passivhausstandard wirtschaftlich und in Beständen regelmäßig das KfW-Effizienzhaus 70 (gem. EnEV2009). Daher fordern wir, dass das Land bei seinen Gebäuden und bei der Vergabe von Fördermitteln für Kommunen diese Standards umsetzt. Kurzfristig entstehen jedoch zum Teil hohe Kosten. Diese Kosten wollen wir sozial gerecht zwischen Vermietern, Mietern und Staat verteilen. Dazu werden wir ein Klimaschutzgesetz und Förderprogramme auf den Weg bringen, die für alle Beteiligten einen verlässlichen Rahmen bieten: für Hauseigentümer- und Mieterinnen, Wirtschaftsverbände und Mietervereine.“

→ Diese Effizienzsteigerung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 19, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-55

„Die Energiewende bietet auch die Chance, das Monopol der großen Konzerne im Energiebereich abzulösen und durch demokratische, dezentrale Strukturen zu ersetzen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-56

„Mit Hilfe eines Energiesparfonds wollen wir die privaten Haushalte beim Energiesparen unterstützen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-57

„Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Brandenburg endlich – wie andere Bundesländer auch – verstärkt das Energiespar-Contracting bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude nutzt. Es bietet hohe Potentiale zur Energieeinsparung und Betriebskostensenkung bei gleichzeitiger Entlastung der Investitionshaushalte. Der öffentliche Sektor könnte damit eine Vorbildrolle im Interesse von Energie- und Ressourceneinsparung sowie des Klimaschutzes einnehmen und zugleich den zunehmenden Sanierungsstau abbauen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-58

„Ökostrom ist schon heute oft günstiger als Strom aus fossilen Energieträgern. Doch die Macht der Gewohnheit und die Macht der Platzhirsche auf dem Energiemarkt wirken sich aus. Umso wichtiger ist es, dass immer mehr Menschen die Energiewende durch den Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter beschleunigen. Deshalb werden wir entsprechende Informationskampagnen unterstützen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-59

„Sparsamer Umgang mit Energie soll auch stärker in Schulen und öffentlichen Gebäuden zum Thema werden. Projekte wie Fifty-fifty – bei denen ein Teil der eingesparten Energiekosten der Schule zur freien Verfügung steht – wollen wir deshalb ausbauen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von ‚Stromspartarifen‘ ein. Wir wollen energiesparende Lebensstile belohnen, durch progressive Tarife und entfallende Grundgebühren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-60

„Unser Konzept für 100 Prozent Erneuerbare ist kein Wunschtraum, sondern wirtschaftlich machbar. Die Energiestudie des Reiner-Lemoine-Institut (RLI) zeigt: Wir können den Energiebedarf in Brandenburg und Berlin zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken – beim Strom bis zum Jahr 2030 und bei der Wärme bis 2050. Die Nutzung der Brandenburger Potentiale für erneuerbare Energien schafft Arbeitsplätze und steigert die regionale Wertschöpfung. Ein Umstieg auf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen ist laut Studie nicht teurer als ein Umstieg auf Erdgas.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-61

„Wirklich nachhaltige Veränderungen gelingen nur im Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte. Deshalb wollen wir eine Energiewende von unten. Brandenburg soll nicht nur beim Ausbau der Erneuerbaren bundesweit vorn liegen, wir wollen auch bei der Lösung von Konflikten neue Maßstäbe setzen. Die Interessen von Bürgern und Bürgerinnen, Kommunen und Wirtschaft müssen besser in die Entwicklung und den Aufbau eines zukunftsfähigen Energiesystems integriert werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-62

„Um der zunehmenden Vermaischung unserer Landschaft Einhalt zu gebieten – die auch die Artenvielfalt in Brandenburg bedroht – setzen wir uns für eine entsprechende Absenkung der EEG-Förderung sowie eine stärkere Nutzung von Wildpflanzenmischungen ein. Beim Neubau von Windparks muss ein Mindestabstand von 1.000 Metern eingehalten werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-63

„Nach welchen Kriterien wir den Ausbau erneuerbarer Energien in Brandenburg sozial- und naturverträglich für Brandenburg gestalten wollen, erklären wir im Detail in unserem Papier ‚100 Prozent erneuerbare Energien ermöglichen‘ (<http://gruenlink.de/50c>).“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-64

„Der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energie braucht mehr als den weiteren Ausbau der Energieerzeugung. Durch ein geregeltes Verbrauchslast- und Erzeugungsmanagement und durch eine effiziente Vernetzung der Nieder- und Mittelspannungsnetze wird es gelingen, den Netzausbau der Übertragungsnetze zu minimieren. Wir brauchen auch neue Speichertechnologien und stabile, intelligente Energienetze. Diese Infrastruktur wollen wir durch eine landesweite und mit allen Akteuren der dezentralen Energiewende abgestimmte Strategie ermöglichen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-65

„Effiziente Gaskraftwerke spielen eine wichtige Rolle für den schrittweisen Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien. Regionale Gaskraftwerke und der Einsatz von vernetzten Wärmeerzeugern mit Kraft-Wärme-Kopplung können flexibel und effizient die Netze stabilisieren, schaffen vor Ort Arbeitsplätze und verringern den kostspieligen Netzausbau.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 22, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-66

„Zudem müssen die Schwerpunkte der Energieforschung weg von Atom und Kohle hin zu Speichern, Netzen und erneuerbaren Energien verlagert werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-67

„Auch mit Blick auf den zunehmenden Anteil regenerativer Treibstoffe und den Ausbau der Elektromobilität auf Basis erneuerbarer Energien braucht Brandenburg ein gut durchdachtes Konzept für die hierzu notwendige Infrastruktur.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-68

„Kommunen mit eigenen Stadtwerken sollen zum Motor der Energiewende werden. Dazu wollen wir die Erstellung und Umsetzung kommunaler Klima- und Energiekonzepte sowie die ökologische Ausrichtung von Stadtwerken besser unterstützen – mit Knowhow und finanziellen Mitteln.“

→ Die Umsetzung von generellen Klimakonzepten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-69

„Energetische Modernisierungen an Gebäuden der Verwaltung müssen ausgeweitet werden. Ein aktives Energiemonitoring ist dabei mit den Möglichkeiten der Vor-Ort-Energie-Erzeugung zu verwirklichen. Ob öffentliche Finanzierung oder regionales Energie-Contracting: Ziel ist die energie-neutrale Verwaltung.“

→ Die Veränderungen im Energiesektor sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-70

„Wir werden gezielt Projekte fördern, bei denen die Bürger und Bürgerinnen vor Ort stärker als bisher vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-71

„Um den Klimawandel zu dämpfen und die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weltweit auf weniger als zwei Tonnen pro Person und Jahr gesenkt werden. In Brandenburg liegt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wegen der Braunkohle-Verstromung heute bei 24 Tonnen pro Kopf und Jahr und damit sogar höher als in den USA, mit über 17 Tonnen pro Kopf und Jahr. Der bundesweite Schnitt liegt bei zehn Tonnen. Wir wollen deshalb den Ausstoß von Treibhausgasen in Brandenburg bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent reduzieren. Dieses Ziel wollen wir verbindlich im Klimaschutzgesetz verankern.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-72

„Die Braunkohle-Nutzung ist technologisch unvereinbar mit dem Aufbau einer zu 100 Prozent erneuerbaren Energiewirtschaft. Und sie ist unvereinbar mit unseren Zielen für den Umwelt- und Klimaschutz. Die Liste der Schäden ist lang: Nicht nur verwüstete Landschaften in der Lausitz und ein großflächig zerstörter Wasserhaushalt. Dazu kommen Lärm, Staub und vor allem der enorme Ausstoß klimaschädlicher Gase. Um die Folgeschäden der Braunkohle zu beseitigen, werden noch unsere Kinder, Enkel und Urenkel einen hohen Preis zahlen müssen.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-73

„Deshalb wollen Bündnis 90/Die Grünen so schnell wie möglich aus der Braunkohle-Wirtschaft aussteigen, das heißt konkret: spätestens bis zum Jahr 2030. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit den Menschen in der Lausitz gegen die Genehmigung neuer Tagebaue. Deshalb soll kein weiteres Dorf der Braunkohle geopfert und kein Mensch mehr für eine Technologie ohne Zukunft enteignet werden.“

→ Der Kohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-74

„Den Ausstieg aus der Braunkohle-Wirtschaft werden wir sozialverträglich gestalten, begleitet durch ein langfristig angelegtes Zukunftskonzept für die gesamte Lausitz. Für diesen Transformationsprozess werden wir Grüne mit aller Kraft auch Sondermittel des Bundes und der EU einfordern.“

→ Die Transformation der Lausitz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-2

„Wir lehnen hochriskante Konzepte wie die CCS-Technologie und das Fracking ab.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-75

„**Wer in Brandenburg grün wählt sorgt dafür,**

... dass Kommunen und Menschen vor Ort von der Energiewende profitieren

... dass wirksamer Klimaschutz in Brandenburg eine Lobby behält

... dass Brandenburg die wirtschaftlichen Chancen der Erneuerbaren Energien nutzt

... dass mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen

... dass die Energiewende nicht ausgebremst wird

... dass Energie auch morgen noch für alle bezahlbar ist

... dass Brandenburg den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle hinbekommt

... dass Konflikte ernst genommen und demokratisch gelöst werden“ (Herv. i. O.)

→ Zusammengefasst sind die Maßnahmen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-76

„Was können wir gegen das Elend in der Massentierhaltung tun? Diese Fragen erhitzen immer wieder die Gemüter. Und das ist auch gut so. Denn die Frage, welche Form von Landwirtschaft für unsere Gesellschaft die beste ist, gehört für uns Bündnisgrüne zu den entscheidenden Zukunftsfragen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-77

„Wir wissen uns hierbei an der Seite des Weltagrарberichts der Vereinten Nationen, der klar und deutlich sagt: Nur eine bäuerliche und ökologisch orientierte Landwirtschaft garantiert dauerhaft Nahrungsmittelsicherheit und Nahrungsmittelsouveränität für alle Menschen auf unserem Planeten.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-78

„Wir treten deshalb für einen klaren Kurswechsel in Brandenburgs Agrarpolitik ein – das unterscheidet uns von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien. Wir sind überzeugt, dass uns ein ‚Weiter so‘ über kurz oder lang in die Sackgasse führt.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-79

„Dies hat längst auch die Europäische Union erkannt. Deshalb wollte die Kommission, angeführt durch EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș, mit der Agrarreform 2014 neue Wege gehen. Sie wollte die Agrarzahlfungen für Großbetriebe kappen, um mehr Chancengleichheit für bäuerliche Betriebe zu schaffen. Und sie wollte die Zahlungen stärker an Leistungen für den Schutz unserer Umwelt koppeln. Wir Grüne haben diese Pläne unterstützt. Doch die Merkel-Regierung hat die Reform gekippt. Auch Brandenburgs Landesregierung aus SPD und LINKEN hat massiv gegen die Reform gekämpft – leider mit Erfolg. Diesen ‚Erfolg‘ hat sie teuer erkaufte. Denn die Struktur- und Umweltprobleme in der brandenburgischen Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen werden sich wegen der Schwächung der zweiten Säule der EU-Förderung nun weiter verschärfen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-80

„Für uns Bündnisgrüne gehören Wirtschaft, Soziales, Ökologie und Ethik zusammen. Gute Landwirtschaft heißt für uns: Hochwertige Lebensmittel naturverträglich erzeugen, Tiere ihren Bedürfnissen entsprechend halten, unsere Kulturlandschaft pflegen und die biologische Vielfalt schützen! Gute Landwirtschaft bedeutet aber auch: Unternehmerische Freiheit, fair bezahlte Arbeitsplätze und faire Preise für die Produkte. Brandenburg verfügt über gute Chancen für eine wirklich nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen. Wir Grüne sind überzeugt, dass diese Chancen am besten auch mit einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft zu nutzen sind.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 26, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-81

„Deshalb wollen wir solche bäuerlichen Strukturen deutlich besser fördern. Dafür sprechen nicht nur grüne Überzeugungen und Werte, sondern auch knallharte Fakten – denn bei wichtigen landwirtschaftlichen Kennzahlen trägt Brandenburg die rot-rote Laterne: Geringe Flächenproduktivität, wenig Wertschöpfung, wenig Arbeitsplätze und schlechte Bezahlung, niedrige Investitionsquoten und im Bundesländervergleich noch zu wenig Vielfalt bei Angeboten wie etwa Landurlaub, Sonderkulturen oder Direktvermarktung.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-82

„Öffentliche Gelder sollen in Zukunft nur noch in Förderprogramme fließen, die dem Schutz von Natur und Umwelt, dem Tierschutz, der regionalen Wertschöpfung und der ländlichen Entwicklung dienen. Wir werden auch auf Landesebene alle Spielräume nutzen, um pauschale Subventionen ohne Gegenleistungen für die Gesellschaft abzuschmelzen und für entsprechende Agrarumweltprogramme umzuwidmen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-83

„Die sogenannte ‚Gute fachliche Praxis‘ als Regelwerk für eine naturverträgliche Landwirtschaft wurde in Brandenburg nie konsequent ausformuliert und verbindlich festgeschrieben. Deshalb wollen wir dieses Regelwerk im Dialog mit den Verbänden der LandnutzerInnen und den Umweltverbänden an die aktuellen Herausforderungen anpassen: Mit klaren, verbindlichen und prüfbar fachlichen Mindeststandards. Die Agrarprogramme sollen in Zukunft nur noch fördern, was über diese Standards hinausgeht. Besonders fördern wollen wir Projekte, in denen Landwirtschaftsbetriebe integrierte Naturschutzarbeit leisten. Denn gute Landbewirtschaftung ist der effektivste Naturschutz in der Agrarlandschaft.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-84

„Wir Bündnisgrüne sagen: Die hoch rationalisierte Haltung in Tierfabriken kann dieser ethischen Verantwortung nicht gerecht werden. Zudem zerstört sie die bäuerliche Infrastruktur in der Tierhaltung. Deshalb wollen wir die Massentierhaltung – die nicht tiergerechte, industrielle Tierhaltung – beenden.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-85

„Auf Bundesebene treten wir für ein Tierschutzgesetz ein, das seinen Namen verdient: Die Ställe müssen den Tieren angepasst werden und nicht die Tiere den Ställen! Wir wollen konkrete Obergrenzen für Nutztierbestände, Verbesserungen der Haltungs- und Schlachtungsbedingungen sowie eine Reduzierung von Tiertransporten. Wir setzen uns dafür ein, das Bundesimmissionschutzgesetz zu verschärfen. Und wir wollen das Privileg für das Bauen im Außenbereich im Baugesetzbuch an eine flächengebundene Tierhaltung in regionalen Kreisläufen ausrichten. Gleiches gilt für die Förderung von Agrarinvestitionen zur Tierhaltung. Ebenso wollen wir die Tierhaltung an hohe Tierschutzstandards binden.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-86

„In Brandenburg wollen wir in der Bauordnung den Brandschutz für Mastställe derart stärken, dass die Rettung von Tieren im Brandfall möglich ist. Zudem wollen wir im Landesimmissionschutzgesetz den Einbau von Stickstoff- und Keimfiltern für industrielle Mastbetriebe vorschreiben. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Tierhaltung, die sich nicht in Hochsicherheitstrakten hinter Stacheldraht verstecken muss. Deshalb wollen wir alternative Haltungsformen besser erforschen und bei der Praxiseinführung unterstützen. Nicht zuletzt wollen wir ein wirksames Programm zur Minderung des Antibiotika-Einsatzes. Denn bei einer intensiven, dicht gedrängten Haltung von Tieren lassen sich Seuchen und Krankheiten nur mit einem hohen Einsatz von Antibiotika unterbinden. Damit aber bilden sich verstärkt resistente Keime, die auch Menschenleben gefährden. Hier tickt eine gesundheitspolitische Zeitbombe, weil Medikamente für die Humanmedizin immer häufiger wirkungslos bleiben. Schlachtmethoden, die Tierleid vermeiden, sollen durch ein einheitliches Landesrecht schneller in der Praxis zur Anwendung kommen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-87

„Die (ganzjährige) Weidehaltung von Rindern und Schweinen entspricht bei entsprechender Auswahl geeigneter Rassen den Ansprüchen der Tiere an ein würdiges Leben am besten. Praktiziert wird diese Haltungszugform zumeist von kleinen, bäuerlichen Familienbetrieben. Die in diesen Betrieben praktizierte Haltung und Zucht ursprünglicher Rassen trägt in bedeutendem Maße zur Bewahrung der Biodiversität in der Landwirtschaft bei. Oft vermarkten die Höfe ihre Produkte selbst und tragen so zur Belebung dörflicher Strukturen bei. Sie sind Ziel von Touristen auf dem Lande und tragen so zur Attraktivität der Regionen bei. Sie sollen als besondere Alternative zur Massenhaltung von Tieren gefördert werden.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-88

„Wir wollen Brandenburgs Landwirtschaft unabhängiger vom Import von Soja machen. Doch heimische Futterpflanzen wie Lupinen, Erbsen und Bohnen werden kaum noch angebaut. Deshalb werden wir mehr Mittel für die Forschung und Züchtung bereitstellen, damit der Anbau heimischer Eiweißpflanzen in Zukunft wieder deutlich steigt. Dies fördert zudem den Bodenschutz und die Artenvielfalt.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-89

„Immer mehr Menschen setzen sich kritisch mit ihrem Fleischkonsum auseinander und wollen wissen, unter welchen Umständen und mit welchen Folgen tierische Produkte erzeugt werden. Diese positiven Entwicklungen wollen wir fördern. Denn die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte oder der Verzicht auf tierische Produkte sichert die Weltenernährung, trägt zur gesundheitlichen Prävention bei und ermöglicht uns mehr Tier-, Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft. Deshalb unterstützen wir Initiativen und Projekte, die den Fleischkonsum weiter reduzieren. Hierbei setzen wir auf Information und Aufklärung, insbesondere in Schulen und Kitas. In öffentlichen Kantinen und Mensen sollen vegane und vegetarische Gerichte immer in guter Qualität angeboten werden, um allen Ernährungsformen gerecht zu werden und Wahlfreiheit zu bieten.“

→ Diese Umorientierung für die Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-90

„Deshalb wollen wir Bündnisgrüne sofort die Praxis der BVVG stoppen, Boden zum Höchstpreis zu verkaufen. Brandenburg braucht stattdessen eine aktive Bodenpolitik, die gezielt bäuerliche Agrarstrukturen sowie Existenzgründungen in der bäuerlichen Landwirtschaft fördert. Dazu gehören die Wiederherstellung geeigneter Hofstellen und das Management eines Flächenpools für Existenzgründungen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-91

„Deshalb wollen wir bodenpolitische Instrumente schaffen, um dem Aufkauf durch immer größere Betriebe vorzubeugen. Hierzu fordern wir auch mehr Transparenz auf dem Bodenmarkt, insbesondere eine verschärfte Anzeigenpflicht bei Landverkäufen und Neuverpachtungen. Private Landverpächter wollen wir besser aufklären, wie sie mit ihren Flächen eine nachhaltige Landwirtschaft fördern können.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-92

„Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bietet einen großen, weiter wachsenden Markt für ‚Bio made in Brandenburg‘. Doch die Nachfrage wird aktuell nicht annähernd aus der Region gedeckt. Hier liegen riesige Chancen für neue Arbeitsplätze und mehr regionale Wertschöpfung in Brandenburg. Trotzdem hat die rot-rote Landesregierung die Förderung für den Ökolandbau gestoppt und handelt völlig planlos.“

→ Die implizit angestrebte Umorientierung in der Landwirtschaft zugunsten des Ökolandbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-93

„Wir Grüne garantieren dagegen eine verlässliche Politik zur Förderung des Ökolandbaus. Denn die ökologische Landwirtschaft ist die beste Lösung für die Probleme unserer Zeit. Sie setzt auf natürliche Kreisläufe und artgerechte Tierhaltung. Sie arbeitet mit der Natur und nicht gegen sie. Damit trägt der Ökolandbau besonders dazu bei, Bodenfruchtbarkeit, Klima, Trinkwasser und die Artenvielfalt zu schützen. Deshalb wollen wir langfristig 100 Prozent Ökolandbau in ganz Brandenburg ermöglichen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-94

„Hierzu werden wir eine langfristige Strategie und einen Aktionsplan vorlegen. Die Förderung für den Ökolandbau (z.B. Prämien für Umstellung und Beibehaltung) wollen wir erhöhen und langfristig absichern.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-95

„Immer mehr Menschen möchten ihre Heimatverbundenheit auch mit dem Einkaufskorb zum Ausdruck bringen. Regionalität liegt im Trend. Für uns Bündnisgrüne ist Regionalität umso wertvoller, wenn sie mit ökologischen und sozialen Standards verbunden ist. Sollte die Bio-Branche in Brandenburg und Berlin Sinn und Notwendigkeit für ein regionales Bio-Siegel sehen, dann werden wir entsprechende Initiativen unterstützen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-96

„Nach guten Erfolgen im Naturschutz nehmen vor allem die Bestände unserer heimischen Feldvögel in den letzten Jahren dramatisch ab. Dies ist ein sicheres Signal für uns alle, dass etwas falsch läuft auf Brandenburgs Äckern.“

→ Die damit implizit angestrebte Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-97

„Wir fordern daher verbindliche Ziele und Maßnahmen, um den Einsatz von Agrochemikalien sowie die Stickstoffbelastung unserer Böden und Gewässer deutlich zu reduzieren. Außerdem wollen wir die unabhängige Weiterbildung und Beratung stärken, um unsere natürlichen Ressourcen besser zu schützen. Wir unterstützen Initiativen zur Besteuerung von Pestiziden, Antibiotika und Kunstdüngern. Die Kapazitäten für die Überwachung des Pestizid- und ‚Pflanzenschutzmittel‘-Einsatzes wollen wir erhöhen und eine entsprechende Kontrollinstanz auf Landesebene etablieren. Die Erforschung und Anwendung alternativer Verfahren zum Pflanzenschutz wollen wir besser fördern.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-98

„Wir halten die Koexistenz von gentechnikfreier Landwirtschaft und Agrogentechnik für unmöglich. Deshalb wollen wir Brandenburg zur gentechnikfreien Region machen. Wir wollen stattdessen die Vielfalt regional angepasster Kulturpflanzen fördern. Saatgut-Initiativen, Erhalter-Netzwerke und die regionalen Initiativen gegen Gentechnik werden wir entsprechend unterstützen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-3

„Auch das geplante Handelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA birgt die Gefahr, dass Gentechnik erneut auf unseren Tellern landet. Gegen unseren Willen und durch die Hintertür. Dagegen werden wir Grüne entschieden eintreten.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-99

„Langfristig verfolgen wir das Ziel, die Bienenhaltung in Brandenburg wieder flächendeckend auf etwa 130.000 Völker zu steigern. Hierzu wollen wir alle Maßnahmen zur Förderung der Imkerei bündeln und besser koordinieren. Außerdem schlagen wir ein gesondertes Agrarumweltprogramm vor, das den Imkernachwuchs, die Anlage von Blühstreifen und andere Möglichkeiten zur Bienenweide sowie die Berufsimkerei gezielt unterstützt.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-100

„Deshalb wollen wir die Schafhaltung, insbesondere die Weidehaltung in Brandenburg deutlich besser fördern als bisher. Hierzu werden wir ein entsprechendes Agrarumweltprogramm auflegen, das eine Hüte-Prämie, eine Mutterschaf-Prämie und die Anlage von Blüh- und Weidestreifen beinhaltet. Dies fördert auch die Imkerei. Außerdem wollen wir die regionale Verarbeitung und Vermarktung von Schafprodukten besser fördern.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-101

„Die von uns unterstützte Wiederbesiedlung unserer Landschaft durch den Wolf stellt die Schäfer:innen in einigen Regionen vor neue Probleme. Hier wollen wir die Schäfer:innen besser unterstützen und den Kauf sowie die Haltung von Herdenschutzhunden fördern.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-102

„Zu Brandenburgs Agrarlandschaft gehören längst auch neue Formen der Solidarischen Landwirtschaft, Food-Coops, Saatgut-Initiativen, Urban-Gardening-Gruppen, Organisationen wie Slow Food oder Dorfladen-Initiativen und viele andere mehr. Für uns Grüne sind diese unverzichtbare Partner für eine vielfältige Agrarkultur im besten Sinne des Wortes. Denn sie leisten einen enormen Beitrag für die Umwelt- und Ernährungsbildung.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-103

„Eine grüne Agrarwende braucht eine neue Allianz zwischen Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbrauchern. Diese wissen, dass gesunde, nachhaltig erzeugte Lebensmittel nicht zu Billigstpreisen zu bekommen sind.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-104

„Damit deutlich weniger Lebensmittel auf dem Müll landen, wollen wir Netzwerke zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Händlern und Verbrauchern unterstützen, z.B. Initiativen, die Obst und Gemüse verarbeiten, das für den Handel ‚nicht ansehnlich‘ genug ist.“

→ Dieser veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-105

„Wir treten für eine eindeutige Deklaration von Lebensmitteln und gegen irreführende Werbung ein. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen können, unter welchen ökologischen und sozialen Bedingungen die Produkte hergestellt wurden.“

→ Dieser veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-106

„Wir wollen die Qualität der Schulverpflegung deutlich verbessern. In Schulen und Kitas wollen wir das Thema Ernährung stärker in Bildungskonzepte einbauen. Dazu wollen wir ein Programm zur Förderung von Schulbauernhöfen, Schulgärten und Schulküchen einführen, in denen vor allem ökologische und regionale Produkte verarbeitet werden.“

→ Dieser veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-107

**„Die Agrarwende ist wählbar. Jede Stimme für Grün ist eine Stimme für:**

... ein gentechnikfreies Brandenburg

... artgerechte Tierhaltung und ein Ende der Massentierhaltung

... eine konsequente Umstellung der Agrarförderung auf Umwelt- und Tierschutz

... unseren Aktionsplan zum Ausbau des Ökolandbaus

... eine aktive Bodenpolitik zugunsten bäuerlicher Agrarstrukturen statt Landgrabbing

... weniger Gift auf unseren Äckern und weniger Antibiotika in unseren Ställen

... eine bessere Unterstützung der Imkerei und der Schäferei in Brandenburg

... aufgeklärte und selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-108

„Ob Ausflug ins Grüne oder die Fahrt zur Arbeit – das Leitbild grüner Verkehrspolitik lautet: Mobilität für alle Menschen. Kostengünstig, sozialverträglich und umweltfreundlich.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 47, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-109

„Wir wollen die konzept- und ziellose Verkehrspolitik der Landesregierung aus SPD und LINKEN beenden. Unser Ziel ist es, dass künftig 50 Prozent aller Wege in Brandenburg mit Bus, Bahn, Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden können. Um dies zu erreichen, setzen wir Grüne auf einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), mehr Radverkehr, sichere Straßen und Wege, bessere und barrierefreie Verkehrsmittel, mehr Klima- und Lärmschutz, mehr Elektromobilität und intelligente Lösungen für den Güterverkehr.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-110

„Wir wollen gerade in Ballungsräumen den Umstieg vom Auto auf Verkehrsmittel des Umweltverbands attraktiver machen.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-111

„Theodor Fontane würde heute sicher das Rad nehmen, um seine Erkundungen in der Mark Brandenburg zu machen. Radfahren bringt viele Vorteile – für die eigene Gesundheit, für den Geldbeutel, für die Umwelt. Mehr Radverkehr führt zu mehr Lebensqualität und Brandenburg bietet die besten Voraussetzungen: Flaches Land und viele kräftige Beine.“

→ Diese implizite Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-112

„Deshalb wollen wir moderne Park&Ride- sowie Bike&Ride-Plätze fördern, als kombinierte Anlagen und mit neuen Dienstleistungen in Sachen Mobilität, z.B. Ökostrom-Tankstellen (für E-Mobile und E-Bikes und Pedelecs). Es gibt Schätzungen, dass sich mit solchen Angeboten die Zahl der täglich nach Berlin ein- und auspendelnden Autos fast halbieren ließe.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-113

„Weiter wollen wir die Organisation von Mitfahrgemeinschaften erleichtern, zum Beispiel durch neue Mitfahrplätze in der Nähe von Autobahnausfahrten, angebunden an den lokalen Busverkehr. Gerade Berufspendler könnten mit Fahrgemeinschaften etwas für den eigenen Geldbeutel und die Umwelt tun. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz haben damit bereits gute Erfahrungen gemacht.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-114

„Der Verkehr ist auf dem Weg, Europas Klimakiller Nummer eins zu werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Verkehr ist seit 1990 um 28 Prozent gestiegen. In Brandenburg liegt dieser Anteil etwa bei einem Drittel. Wir Grüne wollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen im gesamten Verkehrssektor in Brandenburg bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent unter das Niveau von 1990 senken und fördern niedrigere Emissionsgrenzen für PKW und LKW.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-115

„Wir wollen die Brandenburger Luft sauberer machen. Die Europäische Richtlinie zur Luftqualität muss auch in Brandenburg konsequent angewendet werden. Die anhaltenden Überschreitungen der Grenzwerte für Luftschadstoffe wollen wir stoppen.“

→ Diese Umorientierung bzgl. der Luftqualität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-116

„Feinstaub durch Abgase sowie Abrieb von Reifen und Bremsbelägen gefährden die Gesundheit vieler Menschen, vor allem an Straßen mit viel Verkehr. Deshalb brauchen wir emissions- und verbrauchssärmere Fahrzeuge und bessere Konzepte zur Verkehrslenkung, um auch den LKW-Durchgangsverkehr in unseren Städten und Gemeinden zu reduzieren.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-117

„Auch deshalb sprechen wir uns für den elektrifizierten Ausbau der ‚Ostbahn‘ Richtung Polen aus.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-118

„Die externen Umweltkosten des Güterverkehrs sollen in Zukunft von den Verursachern gezahlt werden. Deshalb wollen wir die LKW-Maut zu einer Logistikabgabe weiterentwickeln und für LKW ab 3,5 Tonnen auf Bundesstraßen ausdehnen, und zugleich das Ausweichen auf Land- und Ortsstraßen deutlich erschweren.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 55, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-119

„Wir unterstützen den umweltverträglichen Gütertransport auf dem Wasser. Ausbaumaßnahmen an brandenburgischen Wasserstraßen müssen bedarfsgerecht und naturverträglich sein.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-4

„Überflüssige Projekte mit schlechten Transportprognosen wie den Ausbau des Teltowkanals, der Schleuse Kleinmachnow oder des Oder-Havel-Kanal lehnen wir dagegen klar ab. Für Elbe und Oder fordern wir flussangepasste Schiffe statt milliardenschwerer Umweltzerstörung.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-120

„Der Wassertourismus in Brandenburg boomt. Wir machen uns stark für Bundesmittel und neue Finanzierungsinstrumente, um die touristisch genutzten Bundeswasserstraßen in Brandenburg zu erhalten. Wir werden jedoch darauf achten, dass die wassertouristische Infrastruktur ökologisch verträglich saniert und ausgebaut wird.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 55, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-121

„Wir setzen andere Prioritäten und wollen die vorhandenen Mittel neu verteilen: Für mehr ÖPNV, für mehr Instandhaltung der Straßen und Wege, für mehr Lärmschutz und für höhere ökologische Standards beim Straßenbau.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-122

„Wir Bündnisgrüne wollen neue Straßen nur, wenn sie ökologisch vertretbar, ökonomisch sinnvoll und finanzierbar sind.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 55, BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-5

„Auch vor diesem Hintergrund lehnen wir den Weiterbau der A 14 Richtung Schwerin strikt ab.“

→ Bzgl. des Baus wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 56, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-123

„**Wer in Brandenburg grün wählt, gibt seine Stimme für...**

... eine leistungsfähige, zukunftsweisende Mobilität in Stadt und Land

... eine attraktive Infrastruktur für Fahrräder, Elektromobile, E-Bikes und Pedelecs

... intelligente und komfortable Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel

... mehr Klima- und Lärmschutz auf der Straße, der Schiene und am Flughafen BER

... mehr Sicherheit und Lebensqualität im Verkehrsraum

... den Vorrang von Straßenerhalt und Modernisierung statt naturzerstörendem Neubau“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-124

„Zum anderen wollen wir die finanzielle Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft stärken. Dazu kämpfen wir auf Bundesebene für neue, nachhaltige Finanzierungskonzepte. Bausteine hierfür sind die ökologische Ausrichtung der Grundsteuer, die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer sowie die teilweise Übernahme von Sozialabgaben (z. B. Bundesteilhabegesetz).“

→ Die ökologische Ausrichtung der Grundsteuer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-125

„Denn mit vereinten Kräften lassen sich die genannten Aufgaben sowie die gewaltigen Herausforderungen wie der demografische Wandel, die Energiewende oder der Länderfinanzausgleich ab 2019 besser bewältigen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-126

„Die Mittel des Europäischen Strukturfonds sollen verstärkt in die ökologisch-soziale Stadtentwicklung fließen; hieran wollen wir Förderprogramme des Landes knüpfen. Denn eine entscheidende Bedeutung messen wir der energetischen und funktionalen Modernisierung der kommunalen Infrastruktur bei. Hierbei gilt für uns: Anpassung und Ertüchtigung vorhandener Gebäude und Anlagen soll Vorrang vor Neubau bekommen. Und wir wollen in den Kommunen die Biotopverbünde vorhandener Grün- und Blühflächen (Kleingärten, Parks und bepflanzte Ruhezone) erweitern, um so auch in Hitzezeiten das Mikroklima erträglich zu halten.“

→ Die generelle Umorientierung der Stadtentwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 63, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-127

„**Wer in Brandenburg bündnisgrün wählt,**

... wählt mehr Beteiligungsrechte und direkte Demokratie in seiner Kommune

... sorgt für eine faire und solidarische Finanzierung aller Kommunen

... unterstützt eine Kommunalreform für mehr Bürgernähe und Demokratie, für mehr Kompetenz und Effizienz

... spricht sich gegen Regionalkreise aus

... setzt sich ein für starke Kommunen auch im ländlichen Raum

... wählt eine ökologische und soziale Stadtentwicklung“ (Herv. i. O.)

→ Die generelle Umorientierung der Stadtentwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 71, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-128

„Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg wollen eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht dem Profit weniger Großkonzerne dient. Eine Wirtschaft, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht plündert. Für uns macht es einen großen Unterschied, ob unsere Wirtschaft auf erneuerbaren Energien oder auf Kohle- und Atomkraft fußt. Und es macht einen großen Unterschied, ob wir wirtschaftlichen Erfolg mit guter Arbeit oder durch prekäre Jobs erzielen.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-129

„Nur eine ökologisch und sozial verträgliche Wirtschaft taugt für die Zukunft. Deshalb setzen wir Grüne im Wettbewerb der Regionen auf Qualität und gute Löhne. Vor allem setzen wir auf Nachhaltigkeit. Umwelttechnologien ‚Made in Brandenburg‘ können als Exportschlager weltweit eine nachhaltige Wirtschaftsweise fördern. Für diese nachhaltige Wirtschaftspolitik geben wir soziale wie ökologische Leitplanken vor.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-130

„Wir Grüne wollen deshalb Wohlstand neu definieren: Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt und soziale Aspekte berücksichtigt.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-131

„Brandenburg verfügt dank der Fördermittel des Bundes und der Europäischen Union über wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum. Wir Grüne wollen damit vor allem Kleinunternehmen und den Mittelstand gezielt fördern. Zugleich wollen wir nur noch fördern, was ökologisch und sozial verträglich ist. Umweltschädliche Subventionen wie die Braunkohleförderung lehnen wir dagegen ab (siehe Kapitel Umwelt).“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-132

„Die Sparkassen, Volksbanken und private Kreditbanken wollen wir motivieren, mehr in sozial und ökologisch orientierte Unternehmen vor Ort zu investieren, statt mit dem derzeit billigen Geld außerhalb unseres Bundeslandes zu spekulieren.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-133

„Der ökologische Umbau der Wirtschaft soll einen neuen Schub für Gründung und Innovation in Brandenburg auslösen. Grüne Wirtschaftspolitik will diesen Prozess aktiv unterstützen und setzt auf die Förderung ökologisch und sozial nachhaltiger Unternehmenskonzepte. Die Politik der Investitionsbank des Landes Brandenburg ist daher stärker auf die Finanzierung von ökologisch und sozial innovativen Gründungen und Unternehmensnachfolgen auszurichten.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 73, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-134

„Gute Ideen für den Klima- und Ressourcenschutz sollen schneller zu marktfähigen Produkten werden.“

→ Klima- und Ressourcenschutz sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-135

„Diese Unternehmen sind wichtige Labore für innovative und soziale wie ökologisch verträgliche Wertschöpfung.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 74, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-136

„Mit guter Bildung, Ausbildung und Betreuung, mit einer gesunden Umwelt und einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr machen wir ein gutes Angebot, damit ganz Brandenburg für qualifizierte Fachkräfte ein attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten wird.“

→ Eine generell gesunde Umwelt zu schaffen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 75, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-137

**„Ihre Stimme für Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl ist eine Stimme...**

... für eine nachhaltige und am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftspolitik in Brandenburg

... für eine gesunde, soziale und umweltverträgliche Wachstumspolitik

... für eine Politik, die regionale Strukturen und den Mittelstand besonders schützt

... für eine neue ökologische und innovative Gründerzeit in Brandenburg

... für eine Politik, die qualifizierte Fachkräfte im Land hält

... für den Schutz der Verbraucherrechte

... für eine transparente und nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge“ (Herv. i. O.)

→ Zusammengenommen sind die Maßnahmen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 81, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-138

„Brandenburg lebt vom Ehrenamt. In Sportvereinen, der Jugendarbeit, im Kulturbereich, bei sozialen Organisationen, im Umweltschutz, in der Politik, bei der Feuerwehr, in Kirchen und an vielen anderen Orten bringen sich viele Menschen in ungezählten Stunden für die Gesellschaft ein. Wir wollen dieses ehrenamtliche Engagement besser anerkennen, unterstützen und fördern.“

→ Den Umweltschutz über das Ehrenamt zu fordern, führt zu einer einzelnen sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 83f., BB-WP.Grüne.2014-SÖT-139

„Auch Grüne Ideen kosten Geld, wenn sie Wirklichkeit werden sollen. Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel, sondern sagen: Wir wollen Subventionen abbauen, Einnahmen verbessern und sparen. Damit werden in den nächsten fünf Jahren 100 Millionen Euro jährlich frei, die wir vor allem für Bildung und die ökologische Modernisierung einsetzen wollen. Und wir stehen zur Schuldenbremse ab 2019, um eine verantwortliche Haushaltspolitik voranzubringen.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Modernisierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 85, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-140

„Sie brauchen keine große Dienstwagenflotte, sondern flotte Dienstwagen: Schadstoff- und verbrauchsarm. Für die Landesverwaltung wollen wir umgehend ein Energiemanagement einführen, das mittelfristig die Kosten deutlich senkt. Öffentliche Gebäude müssen energieeffizient auf Grundlage von Lebenszykluskosten erbaut, instandgesetzt und modernisiert werden.“

→ Die Umsetzung der Energieeffizienz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 85, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-141

„Bisher aber verzichtet Brandenburg auf wichtige Einnahmen: Zum Beispiel ist unser Land nicht gerade gesegnet mit Bodenschätzen. Umso wichtiger ist es aus grüner Sicht, diese Schätze nicht wie bisher unter Wert zu verscherbeln. Deshalb wollen wir die Einnahmen aus der Förderabgabe für Bodenschätze erhöhen. Ebenso wollen wir beispielsweise Großverbrauchern die ungerechtfertigten Subventionen für die Nutzung von Grundwasser streichen.“

→ Diese Veränderung bzgl. der Bodenschätze ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 85, BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-6

„Den Verkauf unseres Tafelsilbers wie etwa der landeseigenen Forstflächen lehnen wir ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 88, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-142

**„Wer in Brandenburg Grün wählt...“**

- ... will unseren Kindern und Enkeln keine Schuldenberge hinterlassen
  - ... will eine solide Haushaltspolitik, die unser Land finanziell unabhängig macht
  - ... unterstützt den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen
  - ... sorgt für eine moderne Finanzverwaltung und mehr Steuergerechtigkeit
  - ... macht sich stark für einen fairen Länderfinanzausgleich ab 2019
  - ... beendet die rot-rote Spekulation mit den Geldern aus der Pensionskasse
  - ... stärkt die Rolle öffentlicher Banken als Partner der regionalen Wirtschaft
  - ... schafft mehr Transparenz für öffentlichen Banken und Sparkassen“ (Herv. i. O.)
- Der generelle Abbau ökologisch schädlicher Subventionen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 93, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-143

„Deshalb ist für uns Grüne entscheidend, die Energiewende und die notwendige energetische Gebäudemodernisierung so sozialverträglich wie möglich zu gestalten (siehe Kapitel Energiepolitik).“

- Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 107, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-144

„Wir wollen einen Richtungswechsel hin zu einem ganzheitlichen Gesundheitssystem, das auf Vorbeugung setzt und die Lebensumstände der Menschen wie soziales Umfeld, Arbeitsbedingungen und Umweltfaktoren besser in den Blick nimmt.“

- Die Berücksichtigung der Umweltfaktoren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 111, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-145

„Wir Grüne setzen auf Prävention und Entkriminalisierung statt auf die Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik. Wir wollen die Mindestmenge, bei der ein Verfahren eingestellt werden kann, an die Berliner Sätze anpassen. Ziel ist, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren.“

- Da auch natürliche Stoffe betroffen sind, handelt es sich bei diesem Ziel um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 111, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-146

„Kinder stark zu machen ist die beste Suchtprävention. Viele Familien sind damit überfordert. Eine realistische Suchtprävention muss deshalb Eingang in unsere Kitas und Schulen finden. Sucht- und Drogenberatungsstellen, Familien – und Gesundheitszentren wollen wir besser in die Lage versetzen, Betroffene und Angehörige fachgerecht beraten zu können. Auch für Sucht im Alter muss es adäquate Therapie- und Rehabilitationsangebote geben.“

- Da auch natürliche Stoffe betroffen sind, handelt es sich bei diesem Ziel um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 113, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-147

„Gute Hochschulen setzen wichtige Impulse und geben Antworten auf die Fragen unserer Zeit: Beim Klimaschutz und in der Energiepolitik. Für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.“

- Klimaschutz und Umbau werden als gesamte sozial-ökologische Transformationen unterstützt.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 120, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-148

„Wir wollen mehr inter- und transdisziplinäre Forschung, um das Wissen auf eine breitere Basis zu stellen und ökologische und gesellschaftliche Wechselwirkungen rechtzeitig zu erkennen.“

→ Bzgl. des Erkennens wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 121, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-149

„Nachhaltige Entwicklung ist ohne starke Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie ohne die Künste genauso undenkbar wie ohne Naturwissenschaften. Für zentrale Herausforderungen wie gesellschaftliche Heterogenität, demografische Entwicklung, Klimawandel, Globalisierung und Konfliktprävention braucht es geisteswissenschaftliche Forschung und Lösungskompetenz.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 125, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-150

„Demokratie braucht Teilhabe und Information durch öffentlich zugängliche Daten. Ob aktuelle Abgaswerte, Wetter- oder Geodaten. Wir wollen die Institutionen des Landes verpflichten, ihre Datenbestände der Allgemeinheit in offenen und maschinenlesbaren Formaten online zur Verfügung zu stellen – sofern nichts dagegen spricht wie der Schutz personenbezogener Daten oder unvertretbar hohe Kosten.“

→ Der veränderte Umgang mit umweltbezogenen Daten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 137, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-151

„Hierbei wollen wir die Sportpolitik für neue Entwicklungen öffnen und Aspekte wie Naturverträglichkeit und demokratische Mitbestimmung stärker berücksichtigen.“

→ Die Berücksichtigung der Naturverträglichkeit ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 137, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-152

„Wir unterstützen insbesondere den natur- und landschaftsverträglichen Sport. Sportstätten und Sportveranstaltungen sollen umwelt- und klimaverträglich sein. Hierfür wollen wir mehr Bewusstsein schaffen. Die Verbände, Vereine und andere Träger des Sports werden wir bei der Erstellung von Konzepten zur Nachhaltigkeit unterstützen. Vor allem für größere Sportveranstaltungen sollten Themen wie Abfallvermeidung, Klimaschutz und umweltverträgliche Mobilität stärker in den Blick genommen werden.“

→ Die Berücksichtigung der Naturverträglichkeit ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 140, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-153

„**Wer in Brandenburg Grün wählt...**

... sorgt für mehr Bewegung in Brandenburg

... will eine faire Sportförderung – für Breitensport und Spitzensport

... verbessert die Unterstützung für den Sport im Verein

... sorgt für mehr Nachhaltigkeit auch im Sport

... unterstützt einen sauberen Sport und den konsequenten Kampf gegen Doping“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung von mehr Nachhaltigkeit im Sport ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 142, BB-WP.Grüne.2014-GSÖT-7

„Wir wollen in Brandenburg weder Genmais, Chlorhühnchen noch Hormonfleisch. Unsere Verbraucherschutzrechte wie auch unsere Sozial-, Umwelt-, Gesundheits- und Datenschutzstandards dürfen nicht durch Freihandelsabkommen angetastet werden.“

→ Bzgl. der Standards wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 142, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-154

„Insbesondere bei Umweltfragen wie dem Ausbau des deutsch-polnischen Internationalparks Unteres Odertal sowie dem Gewässer- und Hochwasserschutz wollen wir die Zusammenarbeit ausbauen. Ebenso wollen wir in Polen für eine gemeinsame Energiepolitik auf Basis der erneuerbaren Energien werben.“

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 143, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-155

„Wir Grüne wollen die Mittel der EU für eine sozial und ökologisch tragfähige Entwicklung unserer ländlichen Regionen nutzen.“

→ Die Umsetzung der generellen ökologischen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 144, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-156

„Wir Grüne wollen aus diesen Fonds vor allem Unternehmen fördern, die innovative Projekte im Klima- und Ressourcenschutz auf den Weg bringen. Damit unterstützen wir die Energiewende in Brandenburg und den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz – für ein Leben nach der Kohle.“

→ Klima- und Ressourcenschutz sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 146, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-157

„Wir Grüne setzen uns ein für weltweite Solidarität und Zusammenarbeit. Der Klimawandel und eine nachhaltige Entwicklung sind nur global zu bewältigen.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 146, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-158

„Wir wollen die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg besser mit der Entwicklungspolitik verzahnen. Das Energiewendeland Brandenburg wollen wir zur Modellregion für Klimapartnerschaften mit Entwicklungsländern machen.“

→ Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 147, BB-WP.Grüne.2014-SÖT-159

**„Wer in Brandenburg GRÜN wählt...**

- ... will ein weltoffenes, tolerantes und europäisches Brandenburg
  - ... unterstützt mehr Europakompetenz in der brandenburgischen Verwaltung
  - ... fördert gute Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu unseren polnischen Nachbarn und im Ostseeraum
  - ... stimmt für die bessere Nutzung der Europäischen Strukturfördermittel, Bildungs- und Ausbildungsprogramme
  - ... will mit EU-Geldern mehr Umweltschutz und soziale Teilhabe fördern
  - ... stimmt für den Ausbau von Partnerschaften mit europäischen Städten und Regionen
  - ... will verstärktes Engagement Brandenburgs in europäischen Kooperationen
  - ... setzt sich für eine Brandenburger Modellregion für Klimapartnerschaften mit Entwicklungsländern ein“ (Herv. i. O.)
- Die generelle Umsetzung von Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.2.3.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken**

S. 3f., BB-WP.Linke.2014-SÖT-1

„Auch der sozial-ökologische Umbau ist ein Beispiel für ein Anliegen, das nur mit vielen BündnispartnerInnen umgesetzt werden kann. Mit der Energiestrategie 2030 setzen wir auf den Durchbruch von Erneuerbaren Energien und Klimaschutz. Unser Ziel bleibt, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Wir werden eine energiewirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, die Neuaufschlüsse von Tagebauen und den Bau von neuen Kohlekraftwerken unnötig macht. Und mit unserer Nachhaltigkeitsstrategie sorgen wir dafür, dass Nachhaltigkeit stärker ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird.“

- Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 4, BB-WP.Linke.2014-SÖT-2

„Seit unserem Eintritt in die Landesregierung 2009 ist es uns gelungen, erste nachhaltige Weichenstellungen für unser Land vorzunehmen, die Brandenburg sozialer und solidarischer, ökologischer und demokratischer machen.“

- Brandenburg insgesamt ökologischer zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 5, BB-WP.Linke.2014-SÖT-3

„**Gute Arbeit** – bedeutet für uns in diesem Zusammenhang sichere, sozialversicherungspflichtige, gesundheitsverträgliche und familienfreundliche, Weiterbildung fördernde und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse in stabilen, zukunftssträchtigen, in jeder Hinsicht nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen, bei Freien Trägern, Verbänden, Freiberuflern und im Öffentlichen Dienst.“ (Herv. i. O.)

- Die Umstellung auf ökologisches Wirtschaften ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, BB-WP.Linke.2014-SÖT-4

„Wir streben als nächste Schritte zügig die Einführung einer Lohnuntergrenze von 10 Euro pro Stunde sowie die Einführung und Ausweitung von sozialen und ökologischen Kriterien auch bei anderen finanziellen Zuwendungen des Landes und der Kommunen an.“

→ Die Aufstellung genereller ökologischer Kriterien ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, BB-WP.Linke.2014-SÖT-5

„Linke Wirtschaftspolitik bindet Wirtschaftsförderung nicht nur an ökonomische, sondern auch an soziale und ökologische Kriterien und forciert Innovation und Strukturwandel mit sozialem und ökologischem Augenmaß. Da das Land Fördermittel für die Wirtschaft vergibt, hat es die Möglichkeit, darauf hin zu wirken.“

→ Die Aufstellung genereller ökologischer Kriterien ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 7, BB-WP.Linke.2014-SÖT-6

„Kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige bilden das Rückgrat von Brandenburgs Wirtschaft. Gemeinsam mit ihnen können regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und ein sozial-ökologischer Umbau vorangetrieben werden.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 9, BB-WP.Linke.2014-SÖT-7

„Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gesundheitswesen, Müllentsorgung und Straßenreinigung, Kultur- und Sporteinrichtungen, Öffentlicher Personennahverkehr, Stromversorgung sowie Wohnungsbau und -vermietung sind Angelegenheiten des Gemeinwohls, sie dürfen nicht von den Interessen privater Anbieter dominiert werden. DIE LINKE setzt sich für den Ausbau der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen einschließlich Rekommunalisierungen ein.“

→ Die Eigentumsveränderungen betreffen auch Bereiche, in denen ein Verhältnis zur Natur besteht, weshalb sie als eine einzelne sozial-ökologische Transformation zu bezeichnen sind.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Linke.2014-SÖT-8

„Wir sind davon überzeugt, dass ein **sozial-ökologischer Umbau** notwendig und unaufschiebbar ist. Noch nie ist so klar gewesen wie heute, dass unser Überleben vom Bestand der natürlichen Lebensgrundlagen abhängt, für deren Erhalt wir selbst verantwortlich sind. Diese Einsicht gehört zum Grundkonsens in unserem Land.“ (Herv. i. O.)

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 10, BB-WP.Linke.2014-SÖT-9

„Wir wollen Brandenburg »enkeltauglich« machen und werden die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes mit konkreten und abrechenbaren Zielen und Maßnahmen untersetzen.“

→ Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Linke.2014-SÖT-10

„Der notwendige gesellschaftliche Umbau wird dann wirklich tiefgreifend und nachhaltig gelingen, wenn er solidarisch und sozial gerecht erfolgt. Gleichmaßen ist jedoch klar, dass keine Politik sozial sein kann, die nicht nach ökologischen Gesichtspunkten handelt.“

→ Der Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 10, BB-WP.Linke.2014-SÖT-11

„Der sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn alle gewinnen, wenn Nutzen und Lasten zwischen den sozialen Gruppen wie auch zwischen den Generationen gerecht verteilt werden. DIE LINKE will dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 11, BB-WP.Linke.2014-SÖT-12

„Der ökonomisch und ökologisch weitestreichende und gesellschaftlich tiefgreifendste Teil des Strukturwandels in Brandenburg verbindet sich mit der **Energiewende**. 2009 sind wir mit dem Versprechen in den Wahlkampf gezogen, im Energieland Brandenburg den Erneuerbaren Energien statt den fossilen Brennstoffen Priorität einzuräumen. Schon jetzt hat unser Land dabei eine Vorreiterrolle in Deutschland und Europa inne. Mit unserer Energiestrategie 2030 geht Brandenburg einen weiteren wichtigen Schritt – vom aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin zur Gestaltung des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien.“ (Herv. i. O.)

→ Da der Strukturwandel auch ökologisch ist, handelt es sich um eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Linke.2014-SÖT-13

„Unsere Energiepolitik verbindet Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Akzeptanz und Beteiligung für Energieerzeugung und -infrastruktur im Land.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Linke.2014-SÖT-14

„Mit dem Erstarren der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von der Braunkohleverstromung näher. Systemintegration und Speicherung von erneuerbaren Energien sind ein Schlüssel dafür, dass das Zeitalter der Brückentechnologie Braunkohle möglichst kurz gehalten wird.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Linke.2014-SÖT-15

„Unser Ziel ist es, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Den Neubau von Braunkohlenkraftwerken lehnen wir ab. Wir setzen uns deshalb dafür ein, im Rahmen der Evaluierung der Energiestrategie im Jahre 2015 das begonnene Braunkohlenplanverfahren für den Tagebau Jämschwalde-Nord einzustellen. Den Neuerschließung weiterer Tagebaue lehnen wir ab.“

→ Der Braunkohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Linke.2014-GSÖT-1

„Wir lehnen sowohl die unterirdische Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) als auch die Erdgasförderung mittels Verpressung von Chemikalien in den Untergrund (Fracking) ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Linke.2014-SÖT-16

„Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, das für alle relevanten Bereiche verbindliche Zielstellungen definiert und den Weg dahin aufzeigt.“

→ Die Umsetzung generellen Klimaschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Linke.2014-SÖT-17

„Neue Herausforderungen stellen die Bergbaufolgen auf Grund- und Oberflächenwasser dar, insbesondere die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse. Wir unterstützen die eingeleiteten kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Sanierung. Zur längerfristigen Überwindung der eingetretenen Schäden setzen wir uns für ein Sanierungsabkommen zwischen Bund und Ländern ab 2017 ein, das zureichende finanzielle Mittel zur Lösung des Problems beinhaltet.“

→ Die Sanierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Linke.2014-SÖT-18

„Eine Versorgung der gesamten Region Berlin-Brandenburg mit Strom aus erneuerbaren Quellen ist spätestens bis zum Jahr 2030 rein rechnerisch möglich. Die Vorreiterrolle Brandenburgs und die bisher aufgebauten Kapazitäten bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien bieten die Chance für eine engere Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin bei der Bewältigung der Energiewende.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Linke.2014-SÖT-19

„Der Umstieg auf die Erneuerbaren Energien und deren Systemintegration bringt einen tiefgreifenden Strukturwandel in Brandenburg mit sich, der weit über technische Erneuerungen hinausgeht. Änderung der Erzeugerstrukturen, unmittelbare Betroffenheit an Standorten der Energieerzeugung, neue Eigentümerstrukturen und nicht zuletzt auch die Entwicklung neuer Technologien stellen neue Ansprüche an regionale Entwicklungen. Davon ist nicht nur die Lausitz betroffen. Wir unterstützen deshalb für alle Regionen Strategien, die sich den neuen Bedingungen stellen und durch die Akteurinnen und Akteure vor Ort selbst entwickelt und getragen werden.“

→ Da der Strukturwandel auch ökologisch ist, handelt es sich um eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Linke.2014-SÖT-20

„Die Energiewende gehört in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Linke.2014-SÖT-21

„Schon jetzt werden durch das RENplus-Programm des Wirtschaftsministeriums Regionale Planungsgemeinschaften und rund 50 Kommunen bei der Erstellung lokaler Energiekonzepte unterstützt. Wir wollen dieses Programm zum zentralen Steuerungselement der Energiewende in Brandenburg machen!“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12f., BB-WP.Linke.2014-SÖT-22

„Energiewende, das ist nicht die Befriedigung eines immer gleichen oder gar steigenden Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen, Energiewende heißt für uns auch Senkung des Energieverbrauchs insgesamt. Deswegen werden Projekte kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz durch ein aus Landes- und EU-Mitteln finanziertes Programm der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) gefördert.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 13, BB-WP.Linke.2014-SÖT-23

„Wer fossile Energieträger verarbeitet, soll zunehmend an der Finanzierung der Energiewende beteiligt werden. Deswegen werden wir eine Förderabgabe für Gas und Öl einführen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Linke.2014-SÖT-24

„Öffentliche Fördermittel sollen dafür eingesetzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu gewährleisten, den ökologischen Landbau zu entwickeln, Arbeitsplätze zu sichern und dabei die Produktion im Einklang mit dem Schutz natürlicher Ressourcen zu verbessern. Bei der Verstromung von Biogas setzen wir den Fokus auf Abfall- und Reststoffe ohne eigens angebaute Energiepflanzen völlig auszuschließen. Durch mehr Substratvielfalt in der Biogasanlage wollen wir die zunehmende Vermaischung der Landschaft zurückdrängen.“

→ Die Umsetzung ökologischen Landbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Linke.2014-GSÖT-2

„Brandenburg muss alle Mittel ausschöpfen, um gentechnikfrei zu bleiben. Auf landeseigenen Flächen dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, Agro-Gentechnik und Bio-Patente lehnen wir ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Linke.2014-SÖT-25

„Wir werden Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für regionale und ökologische Produkte fördern und Anreize für die Berücksichtigung regionaler Produkte bei Ausschreibungen durch die öffentliche Hand geben. So können wir regionale Wertschöpfung stärken und den Anteil der ökologischen Anbauflächen erhöhen.“

→ Die Umsetzung ökologischen Landbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Linke.2014-SÖT-26

„Wir möchten daher für den Gartenbau günstige Voraussetzungen schaffen und den Anreiz für den Anbau von Bio-Produkten erhöhen.“

→ Diese Veränderung im Gartenbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Linke.2014-SÖT-27

„Wir wollen eine regionalverträgliche, tierschutzgerechte und flächengebundene Tierhaltung. Wir werden uns für gesetzliche Rahmenbedingungen einsetzen, die das ermöglichen. Investitionen in der Tierhaltung möchten wir vor allem dann fördern, wenn sie zur Verbesserung des Tierschutzes beitragen.“

→ Die Erhöhung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Linke.2014-SÖT-28

„Wir stehen für eine vorbildliche naturnahe Waldbewirtschaftung, die sozial-ökologische Ziele mit der Bewirtschaftung des Waldes in Einklang bringt. Daher streben wir die Zertifizierung des Landeswaldes mit dem anspruchsvollen Siegel des FSC (Forest Stewardship Council) an.“

→ Diese Veränderung bzgl. des Walds ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 14, BB-WP.Linke.2014-SÖT-29

„Es ist eine große Herausforderung, die Wildbestände in unseren Wäldern so zu bewirtschaften, dass eine Naturverjüngung und damit eine langfristige Umwandlung in artenreiche und klimaresistente Wälder sowie eine wirtschaftlich tragfähige Nutzung besser möglich werden.“

→ Diese Veränderung bzgl. des Walds ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Linke.2014-GSÖT-3

„Darüber hinaus wenden wir uns konsequent gegen die weitere Privatisierung von Acker-, Wald- und anderen Nutzflächen, die sich im Besitz der Kommunen und des Landes befinden.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Linke.2014-SÖT-30

„Die Neuversiegelung von Flächen in Brandenburg soll signifikant verringert werden. Entsiegelungspotentiale sind hierzu optimal zu nutzen. Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, gegen Bodenerosion und Bodenverdichtung sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes im ländlichen Raum, die der naturnahen Gewässerentwicklung bzw. der Verbesserung des Wasserrückhaltes dienen, sollen befördert werden.“

→ Bzgl. der Flächen wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Linke.2014-SÖT-31

„Traditionelle Nutzungsformen, die in besonderem Maße dem Naturhaushalt und der Landschaftspflege dienen, möchten wir bewahren und besonders fördern. Dazu gehören die Schaf- und Ziegenhaltung und die Imkerei.“

→ Die Förderung ist wegen ihrer Wirkung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Linke.2014-SÖT-32

„Angesichts des intensiven Wettbewerbs zwischen den vielen attraktiven Urlaubsregionen in Deutschland und Mitteleuropa müssen Brandenburgs Nationale Naturlandschaften weiterentwickelt und attraktive Angebotspakete entwickelt werden.“

→ Die Weiterentwicklung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Linke.2014-SÖT-33

„Gute Bildung ist Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der Landesaktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung soll fortgeschrieben und mit Leben erfüllt werden.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.Linke.2014-SÖT-34

„Nachteile für Kinder und Jugendliche aus armen Familien müssen durch staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden – durch eine entsprechende Regelung bei der Schülerbeförderung, durch gesundes Mittagessen in den Bildungseinrichtungen, durch finanzielle Zuschüsse mit geringen Zugangshürden.“

→ Die Bereitstellung gesunden Mittagessens ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.Linke.2014-SÖT-35

„Ein gutes Mittel gegen die Folgen von Kinderarmut sind kostenfreie und unkomplizierte Teilhabeangebote in den Bereichen Sport, Freizeit und Bildung, die von den Kindern selbständig wahrgenommen werden können. Dies gilt auch für das Schulesse oder Klassenfahrten sowie organisierte Kino- oder Theaterbesuche.“

→ Die Bereitstellung kostenlosen Essens ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.Linke.2014-SÖT-36

„Ebenso gilt für uns: Wo immer möglich, muss Schwerlastverkehr auf Schienen und Wasserstraßen verlagert werden.“

→ Die Verlagerung aufs Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.Linke.2014-SÖT-37

„Brandenburg muss sich selbst und gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die vorhandenen und genutzten Schienenwege und Wasserstraßen in ihrem Bestand erhalten und durch Modernisierung der technischen Anlagen den Anforderungen einer weiteren Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Wasser gerecht werden können.“

→ Die Verlagerung aufs Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.Linke.2014-SÖT-38

„Planungen von verkehrlichen Infrastrukturvorhaben sind im Dialog mit Nutzerinnen und Nutzern und Betroffenen sorgfältig abzuwägen. Durch einen Nachhaltigkeitscheck sind die Folgen für die Umwelt zu ermitteln.“

→ Die Einführung des Checks ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.Linke.2014-SÖT-39

„Unser Leitmotiv lautet auch hier: Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit im Effekt auf Schöpferkraft und Solidarität in unserer Gesellschaft, Nachhaltigkeit in Bezug auf das zivilisatorische Niveau unseres Zusammenlebens und natürlich auch Nachhaltigkeit im Hinblick auf wirtschaftliche Tragfähigkeit und ökologische Bilanz.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeit in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 35f., BB-WP.Linke.2014-SÖT-40

„Wir wollen, dass Informationen, Transparenz, Schutz und Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichergestellt werden. Möglichkeiten für klarere Kennzeichnungsregelungen sind zu nutzen um Auswirkungen von privaten Kaufentscheidungen auf Umwelt, Klima und Gesundheit erkennen zu können. Die Kontrolle von Lebensmitteln, Futtermitteln und Alltagsprodukten dient dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und ist weiterhin abzusichern.“

→ Die Umsetzung der Kennzeichnungsregelungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, BB-WP.Linke.2014-SÖT-41

„Die Großschutzgebiete Brandenburgs (Nationalpark, Naturparke und Biosphärenreservate) sind ein Aushängeschild für das Land. Wir wollen diese Nationalen Naturlandschaften als Schwerpunktbereiche für den Naturtourismus und Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung fördern und als Motoren der Regionalentwicklung in ihrer jetzigen Stärke erhalten. Dazu wollen wir die Naturparke und Biosphärenreservate in eine öffentlich-rechtliche Landesstiftung überführen und langfristig als wichtigen Wirtschafts- und Standortfaktor im ländlichen Raum sichern.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, BB-WP.Linke.2014-SÖT-42

„Wir begreifen den Erhalt der biologischen Vielfalt auch als Chance für den Naturtourismus und die Regionalentwicklung. Vorhandene Strategien und Regelungen wie die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie, die Nationale Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt, das Programm Nationales Naturerbe und das Maßnahmenpaket Biologische Vielfalt möchten wir deshalb bestmöglich umsetzen.“

→ Die Umsetzung der Pakete ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, BB-WP.Linke.2014-SÖT-43

„**Hochwasserschutz** und **Hochwasserrisikomanagement** sind unverzichtbare Schwerpunktaufgaben der **Daseinsvorsorge für die Bevölkerung**. Ziel ist es, hochwasserbedingten Risiken für die Menschen, die Umwelt, die Infrastrukturen und das Eigentum zu verringern. In den letzten Jahren hat Brandenburg sowohl Trockenphasen als auch Wasserüberschuss erlebt. Das Wassermanagement muss flexibel reagieren und sowohl Wasserrückhalt als auch Wasserableitung ermöglichen können. Wir wollen auf parlamentarischer Ebene eine Diskussion über die Ziele der Wasserwirtschaft in Niederungsgebieten führen und dabei betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenverbände einbeziehen. Das Moorschutzprogramm möchten wir umsetzen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet uns, die brandenburgischen Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen. Dem möchten wir umfassend nachkommen.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, BB-WP.Linke.2014-SÖT-44

„Wir wollen das Wassergesetz novellieren und einen Interessenausgleich bei der konfliktträchtigen Organisation der Gewässerunterhaltung herbeiführen. Die Verteilung der Kosten für die Gewässerunterhaltung auf die Grundstückseigentümer soll gerechter gestaltet werden und sich nicht mehr nur nach der Flächengröße richten, sondern stärker das Verursacher- und Vorteilsprinzip berücksichtigen. Wir möchten die Rechtssicherheit für die Arbeit der Gewässerunterhaltungsverbände verbessern und mehr Transparenz erreichen.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, BB-WP.Linke.2014-SÖT-45

„Hochwasserschutz ist und bleibt eine Generationenaufgabe. Wir wollen die Hochwasserrisikomanagementplanung zügig zum Abschluss bringen. Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes und die Schaffung von Retentionsräumen als vorsorgen-der Hochwasserschutz müssen gleichermaßen vorangetrieben werden, auch an den kleineren Flüssen. Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, aber nicht auf Kosten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Interessenausgleich und Akzeptanz sind unabdingbare Voraussetzungen für den Hochwasserschutz. Die weitere Ausweisung von Retentionsflächen hat auch für Brandenburg eine zentrale Bedeutung, ist aber ohne finanzielle Entschädigungszahlungen an Eigentümer beziehungsweise Landnutzer nicht machbar. Wir setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene für einen zweckgebundenen Einsatz von Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe »Agrar- und Küstenschutz« (GAK) und eine entsprechende Aufstockung der Mittel ein.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, BB-WP.Linke.2014-SÖT-46

„Wir möchten das Wassernutzungsentgelt auch für Tagebau-Sümpfungswässer einführen, um dem Verursacherprinzip Rechnung zu tragen und den bergbaubedingten Schädigungen des Wasserhaushalts besser entgegen wirken zu können.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, BB-WP.Linke.2014-SÖT-47

„Die neu entstehenden Seenlandschaften stellen eine Chance für die Regionalentwicklung in der Lausitz dar. Wir wollen auf eine Verbesserung ihres ökologischen Zustandes hinwirken und touristische Angebote fördern.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, BB-WP.Linke.2014-GSÖT-4

„Im Ballungsraum um Berlin steht eine weitsichtige und der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik vor der Herausforderung, für neue Kapazitäten an bezahlbarem Wohnraum und sozialer Infrastruktur für alle Einkommensschichten zu sorgen, zugleich aber eine weitere ökologisch kontraproduktive Zersiedlung des Umlands zu verhindern.“

→ Bzgl. der Zersiedlung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, BB-WP.Linke.2014-SÖT-48

„Unsere Antwort darauf lautet, auf Bundes- und Landesebene Gestaltungsräume für eine – sozial-ökologisch orientierte – aktive Regional- und Strukturpolitik zu schaffen und ihre Finanzierung zu sichern.“

→ Dieser generelle Wandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, BB-WP.Linke.2014-SÖT-49

„Grundsätzlich zu verbieten sind Spekulationen mit landwirtschaftlichen Nutzflächen und Agrarrohstoffen jeglicher Art, einschließlich Wasser.“

→ Diese Veränderung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.Linke.2014-SÖT-50

„Zu den vorrangigen Themen des Konzepts sollten neben der Innovationsstrategie die gemeinsame Entwicklung des BER (Messegeschäft, Marketing, geordnete Entwicklung der Achse Schönefeld-Potsdam), der Aufbau eines gemeinsamen Energieverbands mit dem Ziele einer vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien bis 2030, ein abgestimmtes Wassermanagement sowie eine koordinierte Steuerung der Suburbanisierung rund um Berlin gehören.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, BB-WP.Linke.2014-SÖT-51

„Handlungsfelder für gemeinsame Strategien und Kooperationsprojekte bieten sich in der Energiewirtschaft, im Kultur- und Naturtourismus, in der Entwicklung von industriellen Kompetenzclustern, der Wissenschafts- und Hochschulkooperation sowie in Umweltschutz, Wassermanagement und Landschaftspflege an.“

→ Bzgl. der Kooperationen wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52, BB-WP.Linke.2014-SÖT-52

„Jetzt rückt ein nächster Schritt auf die Tagesordnung: eine breite öffentliche polnisch-deutsche Debatte über **die Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße** in den nächsten 10 bis 20 Jahren. Dabei sollte es um gemeinsame Ziele und Schritte für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Umstrukturierung der Energiepolitik, für eine stärkere Abstimmung im Bereich des Hochwasser-, Brand- und Katastrophenschutzes, für den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region, um Kooperation in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie in der Arbeitsmarktpolitik gehen. Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Innovationsraum zu verwandeln, das ist unsere Vision.“

→ Die Verwandlung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.Linke.2014-SÖT-53

„Die Möglichkeiten unseres Landes sind dabei beschränkt – aber es gibt auch für ein Land wie Brandenburg Handlungsfelder, die energisch erschlossen werden müssen. Das betrifft die Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, die (interregionale wie bi- und multilaterale) wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, Klimaschutz und Energiefragen im Kontext sozial-ökologischer Entwicklungspfade, eine solidarische, menschenwürdige und menschenrechtskonforme Migrationspolitik, die Förderung von Multikulturalität und interkultureller Kompetenz.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, BB-WP.Linke.2014-GSÖT-5

„Wir wenden uns gegen alle Projekte, die mit Rückschritten in Bezug auf soziale, arbeitsmarktpolitische, gewerkschaftliche oder ökologische Errungenschaften oder mit Beschränkungen von Freiheitsrechten verbunden sind. In diesem Zusammenhang werden wir uns weiter vehement dafür einsetzen, dass die Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) gestoppt werden.“

→ Bzgl. der Errungenschaften wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 55, BB-WP.Linke.2014-SÖT-54

„Gemeinsam mit anderen linken Kräften stehen wir für einen grundlegenden Politikwechsel in Europa. Unser politisches Ziel ist eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union.“

→ Die Umsetzung einer ökologischen EU ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.2.3.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der BVB/FW

S. 7, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-1

„Wir wollen Kinder und Jugendliche zu einem ökologisch bewussten Konsum anleiten, Naturverbundenheit vom Kindergarten bis in die Schule fördern und dabei regional unterschiedliche Schwerpunkte setzen, um eine Identifikation mit dem Land Brandenburg und seinen unterschiedlichen Regionen zu erreichen und fortlaufende Abwanderung zu verringern.“

→ Über die Bildung wird ein anderes Verhältnis zur Natur angestrebt, was eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-2

„In der Grundschule müssen bereits die Themen Gesundheit, gesunde Ernährung und Bewegung behandelt werden.“

→ Das Forcieren gesunder Ernährung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-3

„Der Tabakkonsum hat unbestritten negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. **Das Brandenburgische Nichtraucherschutzgesetz ist daher weiterzuentwickeln.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Weiterentwicklung ist in der Folge eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12f., BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-4

„BVB / FREIE WÄHLER will den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten, doch da, wo die Gesundheit anderer gefährdet wird, endet die Freiheit des Einzelnen. Aus diesem Grund stehen wir für ein konsequentes Rauchverbot in Diskotheken, Hotels, Kultureinrichtungen und sämtlichen Gaststätten. Ausnahmen sollen nur dann möglich sein, wenn separate Raucherräume baulich von übrigen Räumen getrennt sind. Das Rauchverbot ist von den Behörden konsequent umzusetzen.“

→ Es wird also ein anderer Umgang mit einer natürlichen Substanz und damit eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-5

„Im schulischen Bereich ist der Wissensvermittlung über die Folgen des Tabakkonsums eine stärkere Priorität als bisher einzuräumen.“

→ Es wird also ein anderer Umgang mit einer natürlichen Substanz und damit eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-6

„Die Verkehrswege und Stromnetze müssen der Nachfrage entsprechend zeitnah und optimal in Stand gehalten und zukunftsorientiert ausgebaut werden. Dies beträfe aktuell bspw. den Ausbau der Stromnetze zur optimalen Unterstützung des Ausbaus der regenerativen Energien je nach den örtlichen Gegebenheiten.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-7

„**Nur gemeinsam lassen sich Landwirtschaft und Naturschutz entwickeln.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Entwicklung des Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-8

„Im Flächenland Brandenburg mit einer alternden und in vielen Regionen schrumpfenden Bevölkerung ist der öffentliche Personennahverkehr zu stärken und um innovative Angebote wie Anruf-Sammel-Taxis und kommunale Rundbusverkehre zu ergänzen, um Ressourcen zu sparen, die vorgegebenen Ziele bei der Verringerung von Lärm- und Feinstaubimmissionen zu erreichen und den Brandenburgern eine angemessene Teilhabe am Leben im Land durch ausreichende Mobilität zu ermöglichen.“

→ Die Verringerung der Umweltbelastung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-9

„Wir treten darüber hinaus für die **Verlagerung von Kurzstreckenflugverkehr auf den klimafreundlicheren Verkehrsträger Schiene** ein, weil nicht stattfindende Flüge keinen Lärm und sonstige Umweltbelastungen nach sich ziehen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Verringerung der Umweltbelastung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-10

„Das Wasserstraßenprogramm im Zuge des Bundeswegeplanes soll zügig aber ohne Beeinträchtigung der Umwelt als Zukunftsinvestition umgesetzt werden, auch wenn gegenwärtig eine entsprechende Auslastung noch nicht in Sicht ist.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-11

„Die kleineren Flüsse und Kanäle sollen mit geringen Aufwendungen für touristische Zwecke vorgehalten werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.BVB/FW.2014-GSÖT-1

„**Last- und Volumenerhöhungen für Lastkraftwagen lehnen wir wegen der negativen Folgen**, wie zum Beispiel Behinderung des Individualverkehrs, erhöhte Emissionen und massive Straßenschädigung ab.“ (Herv. i. O.)

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-12

„BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für ein Energiekonzept ein, welches eine Kombination aus Energiesicherheit, Wirtschaftlichkeit, Anwohnerschutz, Nachhaltigkeit und langfristiger Reduktion der CO<sub>2</sub>- und Schadstoffemissionen anstrebt. Das Land Brandenburg muss sich noch stärker den Energieeffizienztechnologien zuwenden. Energieeinsparung und Vermeidung energetischer Verluste müssen zu Grundprinzipien im Land werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-13

„Beim Ausbau der Windenergie fordern wir eine Erhöhung des Mindestabstands zu Wohngebieten von 1.500 m oder dem 10-fachen der Anlagenhöhe, wie es in anderen Bundesländern bereits üblich ist.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2014-GSÖT-2

„Beim Ausbau der Windenergie fordern wir eine Erhöhung des Mindestabstands zu Wohngebieten von 1.500 m oder dem 10-fachen der Anlagenhöhe, wie es in anderen Bundesländern bereits üblich ist. Im Gegenzug können willkürliche Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen entfallen. Den Bau in Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten lehnen wir ab.“

→ In den entsprechenden Gebieten wird eine sozial-ökologische Transformation abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-14

„Wir wollen Biogasgewinnung und Verwertung dort fördern wo sie nachhaltig betrieben werden kann und in einem verträglichen Verhältnis zur Lebensmittelproduktion steht. Der Anbau von Bio- Rohstoffen steht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Wir werden verantwortungsvoll Interessen gegeneinander abwägen.“

→ Diese Rohstoffförderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-15

„In der Photovoltaik sehen wir die Chance verbrauchernahe, dezentrale Erzeugerstrukturen aufzubauen und dadurch den Netzausbau zu begrenzen. Der Strom aus solaren Quellen muss in Zukunft noch stärker mit Speichern und anderen erneuerbaren Energieformen verknüpft werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-16

„**Wir wollen die Lausitz als Energieregion langfristig erhalten und sie sozialverträglich auf regenerative Energieformen umbauen.** Großtechnische Speichertechnologien und die vorhandene Netzinfrastruktur bilden das Rückgrat dieser Industrieregion in der Zukunft. Die vorhandene Netzanbindung ist eine Chance für die Region. Der Elektrolyse von Wasser zur Herstellung von Wasserstoff kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Kohleförderung soll mittelfristig nur noch zur stofflichen Nutzung erfolgen.“ (Herv. i. O.)

→ Der Umbau der Lausitz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-17

„Wir akzeptieren die vorübergehende Fortführung der Braunkohlekraftwerke in Brandenburg, um die Energieversorgung der Region sicherzustellen. Mit der Zunahme der erneuerbaren Energien sind die Braunkohlekraftwerke jedoch schrittweise stillzulegen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2014-GSÖT-3

„Aufgrund der hohen Kosten und der möglichen Gefahren für die Umwelt lehnen wir die zwischenzeitliche Einführung einer CO<sup>2</sup>-Verpressung in tiefe Gesteinschichten vom Erdreich ab.“

→ Damit wird sich gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-18

„**BVB/Freie Wähler setzt sich für den Ausbau der Energieagentur des Landes ein.** Die Energieagentur kann wichtige Aufgaben bei der Umsetzung der Energiestrategie und den Masterplan Energietechnik leisten.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-19

„Eine am Bedarf ausgerichtete Kombination aus konventionellem und biologischem Landbau sowie der Erzeugung biogener Rohstoffe soll die Zielstellung für eine moderne Landwirtschaft ohne völlige Abhängigkeiten von EU-Ausgleichszahlungen sein.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2014-GSÖT-4

„BVB / FREIE WÄHLER lehnt die Zufuhr pflanzenfremder Gene so lange ab, bis gesicherte Erkenntnisse für einen für Mensch, Flora und Fauna unschädlichen Anbau vorliegen.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-20

„**Die Verwendung von Antibiotika ist in den letzten 3 Monaten vor der Verarbeitung von Tieren zu Lebensmitteln zu unterlassen.** Dazu sind ebenfalls intensive Untersuchungen zu betreiben, um das Risiko der Resistenzbildung für den Menschen zu minimieren.“

→ Bzgl. der Antibiotika wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-21

„Die Rückverfolgbarkeit der Behandlung mit Arzneimitteln, von Haltungsbedingungen und der Erfüllung von Umweltauflagen müssen über die EU-Grenzen hinweg möglich sein.“

→ Bzgl. der Maßnahmen wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft gefordert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-22

„Es muss eine einfache, schnell erkennbare Kennzeichnung der Lebensmittel erfolgen. Das Prinzip der Ampel wird von BVB / FREIE WÄHLER unterstützt, da dadurch Aussagen über Marktnähe, den direkten Hersteller, Umweltstandard, CO<sub>2</sub>-Energie-Wasserbilanz, Zuckergehalt, Fett, Kohlehydrate und Antibiotikaeinsatz getroffen werden können.“

→ Die Kennzeichnung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-23

„In den Schulen ist das Unterrichtsfach Ernährung und Umwelt einzurichten.“

→ Die Einrichtung des Fachs ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-24

„In der **Energieversorgung** Brandenburgs fordert BVB / FREIE WÄHLER aus Gründen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutz eine langfristige, schrittweise Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien. Dies soll jedoch ausdrücklich unter Rücksichtnahme auf Mensch, Natur, Landschaft und Wirtschaft geschehen. (siehe Energiepolitik).“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-25

„In der **Forstwirtschaft** setzt sich BVB / FREIE WÄHLER für **Artenvielfalt ein und lehnt großflächige Monokulturen** ab. Wir stehen daher für den langfristigen Waldumbau, um mehr Kiefer- und Fichten-Monokulturen in **naturnahe Mischwälder** umzuwandeln. Die Artenvielfalt in den Wäldern würde steigen. Zudem werden sie gegenüber Krankheiten, Schädlingen, Waldbränden, Stürmen und klimatischen Veränderungen weniger empfindlich.“ (Herv. i. O.)

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-26

„Bezüglich der **zu rekultivierenden Tagebauflächen** in der Lausitz fordern wir eine **Abkehr vom bisherigen Vorgehen der Rekultivierung durch Aufforstung in Form von Monokulturen**. Auf einigen geeigneten Flächen sollten keine Bodenverbesserungsmaßnahmen durchgeführt werden um wertvolle Biotop mit sauren Böden zu schaffen. Auf einigen Flächen sollten zwar Bodenverbesserung vorgenommen, aber nicht aufgeforstet werden. Hierdurch entstünden temporär offene Landschaften, auf denen sich im Laufe der Zeit auf natürlichem Wege Wälder ansiedeln würden. Statt einer großflächigen Kiefern-Monokultur entstünde ein Mosaik von Biotopen, in dem sich viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten ansiedeln. Das eingesparte Geld kann zum Beispiel bei der Sanierung, Räumung oder Renaturierung von Flächen außerhalb der Tagebaugebiete sowie für die Verbesserung der Situation in den angrenzenden Dörfern eingesetzt werden.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Rekultivierung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-27

„In der **Landwirtschaft** treten wir für eine **Mischung aus konventioneller und biologischer Landwirtschaft** ein, deren Anteile sich nach der Nachfrage am Markt richten, aber deren Förderung aus öffentlichen Mitteln auch auf einem vergleichbaren Niveau liegen muss.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 28, BB-WP.BVB/FW.2014-GSÖT-5

„Aufgrund des bereits ausgeschöpften Potentials lehnen wir den weiteren Ausbau der Nutzung von Holz als Energieträger ab.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-28

„Für BVB / FREIE WÄHLER ist auch die **Behebung der in der Vergangenheit verursachten Schäden an der Natur ein Ziel**. Wir setzen uns daher für die beschleunigte Beseitigung von militärischen und industriellen Altlasten ein, um diese Flächen für Mensch und Natur zurückzugewinnen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Schadensbehebung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-29

„Eine artgerechte, ethisch verantwortliche Haltung von Nutztieren muss in der EU einheitlich geregelt sein.“

→ Bzgl. der Nutztiere wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-30

„Wir müssen bei den Bürgern für die Bereitschaft werben, den Nachteil der höheren Produktpreise für eine tiergerechtere Haltung in Kauf zu nehmen, da auf diese Weise auch unsere Nahrung gesünder wird.“

→ Bzgl. der Nutztiere wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-31

„**Bestandsgrößen der Tierhaltung müssen grundsätzlich der Flächenstruktur einer Region angepasst werden**. Das bedeutet, es muss genügend Fläche im Umkreis von 30 Kilometern für Getreide, Gülle und Mist vorhanden sein. In diesem Zusammenhang ist eine Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks notwendig. Der Gülle-Tourismus muss unterbunden werden.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Nutztiere wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-32

„Der Ausgleich verschiedensten Ansprüche an den Wasserhaushalt durch die fortschreitende wirtschaftliche und touristische Entwicklung in Brandenburg und die Gefahren durch Hochwasser, Abwasserbelastung und Landwirtschaft ergeben die Verantwortung des Landes für einen umfassenden Umwelt- und Gewässerschutz.“

→ Der generelle Umwelt- und Gewässerschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-33

„Zur Entwicklung einer gerechten Wasser- und Abwasserpolitik gehört auch die konsequente Umsetzung verfassungsgerichtlicher Urteile.“

→ Die Umgestaltung der Wasser- und Abwasserpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-34

„Alle Gewässer sind so zu behandeln und zu bewirtschaften, dass sie sowohl zum Wohl der Allgemeinheit als auch dem Nutzen des Einzelnen dienen. Jede vermeidbare Beeinträchtigung hat zu unterbleiben. **Die gewissenhafte Überwachung und Regulierung der Gewässer, des Grundwassers sowie umfangreiche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr unterschiedlicher Art müssen unsere Ziele sein.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Umgestaltung der Gewässerpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-35

„Sicherstellung einer langfristigen, strategischen Wasserregulierung, die bei Hoch- und Niedrigwasser die Kulturlandschaft, Siedlungsfähigkeit und die wirtschaftlichen Belange (Land-, Forst-, Wasserwirtschaft, *Tourismus*) ebenso berücksichtigt wie eine intakte und gesunde Natur.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umgestaltung der Gewässerpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-36

„Das Kommunale Abgabengesetz (KAG) und die Verbandssatzungen müssen dringend dahingehend modernisiert werden, dass die Bürger jederzeit kontrollieren können und (ökologische) Alternativen nicht weiter kriminalisiert werden.“

→ Bzgl. des KAG wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-37

„Die Landesregierung übt Einfluss auf die Erfüllung der Aufgaben der unteren Behörden (UNB, UWB) aus und gewährleistet die Schaffung gesetzlicher Vorgaben zu grundlegenden Themen des Wassermanagements (z.B. Grundräumung, Gewässerunterhaltung, Hochwasser etc.).“

→ Die Umsetzung dieser Forderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-38

„Die geplante Rechtsverordnung der Landesregierung zur Regulierung des Biberbestands darf sich nicht nur auf Deiche, Fischteiche und Verkehrswege beschränken, sondern muss auch die Be- und Entwässerungsgräben/-anlagen einbeziehen, da es durch die inzwischen flächendeckend vorhandenen Biberdämme zunehmend zu empfindlichen Störungen der Entwässerungssysteme kommt.“

→ Die Umsetzung dieser Forderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-39

„Als Lösungsansatz für dieses Problem fordern wir die **Bildung eines ‚Landesbetriebes Wasser‘** mit entsprechenden Betriebsteilen/Niederlassungen; Übernahme der hoheitlichen Aufgaben der Verbände, zentrale Finanzierung, Führung und Kontrolle als landeseigener Betrieb, Ausstattung mit entsprechenden Fachpersonal/Technik, also wie Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg. (Beispiel: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küstenschutz und Naturschutz)“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung dieser Forderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.BVB/FW.2014-SÖT-40

„BVB / FREIE WÄHLER setzt sich nicht nur aus Gründen des Hochwasserschutzes für die Rückverlegung von Deichen und die Schaffung von naturnahen Flutungsgebieten auf geeigneten Flächen entlang Elbe und Oder ein. Hierdurch wird der Natur wieder mehr Platz gelassen, um artenreichen Auwälder zu bilden, die in Deutschland besonders seltenen sind. Sie könnten als Naherholungsgebiete genutzt werden und den Naturtourismus fördern. Für die hierfür benötigten Flächen sind die Eigentümer bzw. betroffene landwirtschaftliche Betriebe zu entschädigen oder umzusiedeln.“

→ Diese Änderung der Flächennutzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.2.4 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2019**

#### **2.3.2.4.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD**

S. 22, BB-WP.SPD.2019-SÖT-1

„Alle Kinder sollen ein kostenloses und gesundes Mittagessen in den Kitas und Schulen erhalten.“

→ Da etwas „Natürliches“ betroffen ist, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.SPD.2019-SÖT-2

„Waldbrandschutzstreifen fördern“

→ Die Umsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32f., BB-WP.SPD.2019-SÖT-3

„Der flächendeckende Waldbrandschutz und die Waldbrandüberwachung bleiben eine Daueraufgabe. Deshalb werden wir gezielt Waldbrandschutzstreifen und Löschwasserentnahmestellen im Wald fördern.“

→ Die Umsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, BB-WP.SPD.2019-SÖT-4

„Mit der Strategie ‚Stadt für Alle‘ wollen wir nicht nur Wohnraum schaffen, sondern auch lebenswerte Städte erhalten und entwickeln. Unser Ziel sind Städte mit moderner sozialer Infrastruktur, mit kurzen Wegen, mit sauberer Luft, mit lebendigen Innenstädten und mit gut durchmischten Quartieren.“

→ Die Säuberung der Luft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, BB-WP.SPD.2019-SÖT-5

„Wir fördern innovative Fahrzeugkonzepte im Schienenverkehr, insbesondere batterieelektrische und Wasserstoffantriebe, um noch mehr direkte und emissionsarme Verbindungen anbieten zu können.“

→ Die Verringerung der Emissionen im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 42, BB-WP.SPD.2019-SÖT-6

„Dazu zählen der Wiederaufbau und Ausbau von Strecken für einen leistungsfähigen und schnellen Regionalverkehr (Dresdner Bahn, Stammbahn, Anhalter Bahn, Prignitz-Express, Heidekrautbahn), der Ausbau bestehender S-Bahn-Strecken sowie Verlängerungen in das Berliner Umland nach Falkensee, Velten, Stahnsdorf und Rangsdorf.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, BB-WP.SPD.2019-SÖT-7

„Gleichzeitig forcieren wir den Ausbau und die Elektrifizierung der Ostbahn, der Stettiner Bahn und der Görlitzer Bahn. Cottbus und die Lausitz müssen von Berlin, Leipzig, Dresden und Breslau schnell erreichbar sein.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, BB-WP.SPD.2019-SÖT-8

„Neue und innovative Mobilitätsangebote zur Feinerschließung im ländlichen Raum sowie autonome Fahrzeugsysteme auf Straße, Schiene und Wasserstraße werden durch digitale Technologien möglich und finanzierbar.“

→ Die veränderte Nutzung des Wassers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, BB-WP.SPD.2019-SÖT-9

„Wir wollen die Autobahnen und Straßen vom Gütertransitverkehr entlasten, um Schadstoff und Lärmbelastungen sowie die Stau- und Unfallgefahren zu verringern. Deshalb verfolgen wir das Ziel, mehr Güterverkehr auf die Schiene und auf die Wasserstraßen zu bringen und die Belastung durch innerörtlichen Lkw-Durchgangsverkehr zu reduzieren.“

→ Die Maßnahmen sind zusammen eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Verkehrssektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, BB-WP.SPD.2019-SÖT-10

„Die Wasserstraßeninfrastruktur im Land Brandenburg hat daher für den Wirtschaftsfaktor Tourismus eine herausgehobene Bedeutung. Wir werden den Wassertourismus daher durch den Erhalt und Ausbau der Wasserstraßen stärken.“

→ Die veränderte Nutzung des Wassers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49, BB-WP.SPD.2019-SÖT-11

„Wir wollen Vorreiter bei der Nutzung der Wassertechnologie sein. Dazu werden wir eine Wasserstoffstrategie und einen Maßnahmenkatalog für das Land Brandenburg erarbeiten. Ziel soll es sein, die Potenziale für eine nachhaltige und zukunftsweisende Nutzung von Wasserstoff aufzuzeigen und in die Praxis umzusetzen.“

→ Die veränderte Nutzung des Wassers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.SPD.2019-SÖT-12

„Dazu wollen wir den konventionellen und den ökologischen Landbau weiter fördern und das Regionalmarketing verbessern.“

→ Die Förderung des ökologischen Landbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.SPD.2019-SÖT-13

„Brandenburg soll Spitze beim Ökolandbau in Deutschland bleiben. Neuanträge zur Umstellung auf ökologischen Landbau werden wir aus EU-, Bundes- und Landesmitteln finanzieren. Die bereits bestehenden 155.000 Hektar wollen wir weiter erhöhen. Für den Ökolandbau setzen wir in der Wahlperiode einen dreistelligen Millionenbetrag ein.“

→ Die Förderung des ökologischen Landbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51f., BB-WP.SPD.2019-SÖT-14

„Der Tierschutzplan des Landes konkretisiert die Rahmenbedingungen für die zukünftige regionalverträgliche, artgerechte und flächengebundene Nutztierhaltung in Brandenburg. Er steigert damit die Akzeptanz für die Tierhaltung.“

→ Der veränderte Umgang mit Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52, BB-WP.SPD.2019-SÖT-15

„Wir werden die Landesgartenschau 2022 in Beelitz gemeinsam mit der Spargelstadt veranstalten. Sie wird, wie bereits die früheren Schauen, zu einem Besuchermagneten werden und wichtige, nachhaltige Impulse zur Stärkung der Region geben. Die Planung für eine weitere Landesgartenschau im Jahr 2025 werden wir vorantreiben.“

→ Die Umsetzung einer Landesgartenschau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.SPD.2019-SÖT-16

„Außerdem prüfen wir die Gründung eines Konvergenzzentrums Brandenburg. Dieser Zusammenschluss von Universitäten, Instituten, Start-ups und Landwirten könnte zur Steigerung der Attraktivität Brandenburgs für Agrar- und Lebensmittelinnovationen beitragen.“

→ Das Forcieren von Agrar- und Lebensmittelinnovationen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.SPD.2019-SÖT-17

„Der Waldumbau, die Umweltbildung und die Bereitstellung von Rohholz sind weiterhin zentrale Aufgaben für alle Waldbesitzer im Land Brandenburg.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.SPD.2019-SÖT-18

„Gemeinsam mit dem Anglerverband treten wir weiter für Artenvielfalt bei den Fischen ein. Zudem wird bei jeder wasserbaulichen Investition die ökologische Durchgängigkeit unter anderem über Fischtreppen verbessert.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Maßnahmen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, BB-WP.SPD.2019-SÖT-19

„Denn es geht in Zukunft mehr denn je darum, die Stärke des Zusammenhaltes und die Kooperationsbereitschaft in Brandenburg für die Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen zu nutzen. Für Innovationen und nachhaltige Lösungen beim Verkehr, bei der Daseinsvorsorge, bei den flächendeckend besten Bildungsangeboten, bei Digitalisierung, Tourismus, Klima- und Umweltschutz, Infrastrukturausbau, Verwaltungsarbeit, bei der Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Aufrechterhaltung einer bürgernahen Verwaltung ist Kooperation wie interkommunale Zusammenarbeit ein Schlüssel zum Erfolg.“

→ Klima bzw. Umwelt generell zu schützen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62f., BB-WP.SPD.2019-SÖT-20

„Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die Lausitz. Die Lausitz ist eine Region mit Tradition und Zukunft. Sie war und ist wirtschaftlich und kulturell von der Energieerzeugung geprägt, die über ein Jahrhundert hinweg die zentrale Wertschöpfungsquelle der Region war. Eine nachhaltige Klimapolitik in Deutschland und Europa macht einen Strukturwandel zwingend notwendig. Die Lausitz ist heute eine wirtschaftlich starke Region und soll es auch in Zukunft bleiben. Die Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturentwicklung und Beschäftigung (der sogenannten Kohlekommission) bieten eine gute Grundlage für einen erfolgreichen Transformationsprozess in der Lausitz. Mit den Leuchtturmprojekten im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes werden wir große Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehrsanbindung, Forschung, Gesundheit und Digitalisierung verwirklichen und damit wichtige strukturpolitische Impulse setzen.“

→ Die Transformation der Lausitz vor dem Hintergrund der Energiewende ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 66, BB-WP.SPD.2019-SÖT-21

„Brandenburg verfügt über eine einzigartige Natur, unzählige Seen und tiefe Wälder. Diese Kostbarkeiten sind ein Wert an sich, aber auch ein besonderer Standortvorteil Brandenburgs, den es zu bewahren gilt. Daher wollen wir den Umweltschutz und den Naturschutz mit dem Erhalt wertvoller großer Landschaftsräume und den Artenschutz unserer reichen heimischen Pflanzen- und Tierwelt weiter stärken, ohne die Bedürfnisse von Menschen und Wirtschaft außer Acht zu lassen.“

→ Natur bzw. Umwelt generell zu schützen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66, BB-WP.SPD.2019-SÖT-22

„Wir bekennen uns zu den Ergebnissen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (K-WSB) und damit zu einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung spätestens im Jahr 2038. 2038 ist das Minimalziel. Wir werden in der Landesregierung alles unternehmen, die Schaffung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze so zu forcieren, dass ein früherer Ausstieg erreichbar wird. Dazu werden wir einen Lausitzplan entwickeln und jährlich fortschreiben. Wir sind uns dabei der Verantwortung für eine sichere und immer klimaschonendere Energieversorgung bewusst.“

→ Die Transformation der Lausitz vor dem Hintergrund der Energiewende ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, BB-WP.SPD.2019-SÖT-23

„Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene weiter für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Energiewende ein.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, BB-WP.SPD.2019-SÖT-24

„Kaum ein anderes Land hat den Ausbau der erneuerbaren Energien stärker vorangetrieben als Brandenburg. Wir werden diesen Weg mit Augenmaß weitergehen. Dazu gehört auch, dass der Ausbau der Netze und die Verfügbarkeit von Speichern mit diesem Ausbau Schritt halten müssen. Die Förderung von Kleinspeichern wollen wir daher fortführen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 67, BB-WP.SPD.2019-SÖT-25

„Bei der von der K-WSB empfohlenen schrittweisen Reduzierung der Braunkohleverstromung werden wir darauf achten, dass die Betreiber von Kraftwerken und Tagebauen ihren Rekultivierungsverpflichtungen jederzeit und in vollem Umfang nachkommen. Gerade in diesem Zusammenhang erwarten wir, dass finanzielle Folgen bundespolitischer Entscheidungen auch vom Bund getragen und nicht den betroffenen Ländern überlassen werden.“

→ Die Maßnahmen im Rahmen der Energiewende sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 67f., BB-WP.SPD.2019-SÖT-26

„Der Hochwasserschutz bleibt für uns ein Schwerpunkt. Die Hochwasserschutzmaßnahmen an Oder und Elbe werden in Kürze abgeschlossen. Die Maßnahmen an den Nebenflüssen müssen wir deutlich verstärken. Wir wollen den Flüssen mehr Raum geben.“

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, BB-WP.SPD.2019-SÖT-27

„Der Schutz des Spreewaldes ist unser besonderes Ziel. Mit dem Aktionsprogramm Spreewald wollen wir diese einzigartige Kulturlandschaft erhalten. So sollen Hochwasserschutz, die weitere Entschlammung der Fließgewässer genauso wie Marketingmaßnahmen unterstützt werden.“

→ Die Umsetzung der Maßnahmen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, BB-WP.SPD.2019-SÖT-28

„Wasser ist ein wichtiges und schützenswertes Gut. Diesem Grundsatz trägt das ‚Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft‘ Rechnung. Wir geben damit Anreize für zukunftsfähige Strukturen im Bereich der kommunalen Wasserwirtschaft. Die finanzielle Sicherstellung der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung zu bezahlbaren Preisen gehört zu unseren wichtigsten langfristigen Aufgaben.“

→ Der generell veränderte Umgang mit Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, BB-WP.SPD.2019-SÖT-29

„Wir setzen uns für eine Abfallwirtschaft ein, die sozialverträgliche Abfallgebühren erhält, zur Abfallvermeidung beiträgt und die Ressourceneffizienz und den Klimaschutz bei allen abfallwirtschaftlichen Aktivitäten fördert.“

→ Die Umsetzung der Maßnahmen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, BB-WP.SPD.2019-SÖT-30

„Plastikmüll reduzieren“

→ Dies ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, BB-WP.SPD.2019-SÖT-31

„Die Vermeidung von Plastikmüll ist uns ein bedeutendes Anliegen. Bei öffentlichen Veranstaltungen soll kein Einwegplastik mehr zum Einsatz kommen. Wir werden Maßnahmen gegen Mikroplastik in Produkten und im Grundwasser ergreifen und gegen unnötige Plastikverpackungen vorgehen.“

→ Die Plastikmüllvermeidung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 69, BB-WP.SPD.2019-SÖT-32

„Wir wollen die anspruchsvollen Klimaschutzziele gemeinsam mit den Städten und Gemeinden angehen und beispielgebende Handlungsfelder für Nachhaltigkeit mit Interessierten und besonders auch jungen Menschen entwickeln.“

→ Die Umsetzung des Klimaschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 69, BB-WP.SPD.2019-SÖT-33

„Wölfe schützen, Schäden minimieren und ausgleichen“

→ Der veränderte Umgang mit Wölfen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 69, BB-WP.SPD.2019-SÖT-34

„Die Rückkehr des Wolfes stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Zum einen ist der Beutegreifer streng geschützt, zum anderen gilt es, die berechtigten Interessen der betroffenen Menschen, insbesondere der Weidetierhalter, zu berücksichtigen. Ziel muss es sein, die Belastungen der Weidetierhalter so gering wie möglich zu halten. Dazu werden wir die Präventionsmaßnahmen weiter ausbauen und einen umfassenden Schadensausgleich anbieten. Gegebenenfalls muss der besondere Schutzstatus gelockert werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Wölfen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 69, BB-WP.SPD.2019-SÖT-35

„Bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität haben wir wichtige Erfolge erzielt. Gemeinsam mit den Kommunen lassen wir in den Anstrengungen nicht nach. Die Höhe der Sicherheitshinterlegung für Unternehmen in diesem Bereich wird überprüft.“

→ Die Bekämpfung der generellen Umweltkriminalität ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 69, BB-WP.SPD.2019-SÖT-36

„Das Netz der Großschutzgebiete, bestehend aus Nationalpark, UNESCO-Biosphärenreservaten und Naturparks, bleibt in der Verantwortung des Landes. Sie bilden Zentren der Biodiversität, aber auch attraktive Orte für nachhaltigen Tourismus. Wir werden mit den Naturparkverwaltungen und in Abstimmung mit dem Landesjagdverband einen Prädatoren-Managementplan auflegen, um die Artenvielfalt und Brutstätten zu schützen.“

→ Die Umsetzung des Prädatoren-Managementplans ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 70, BB-WP.SPD.2019-SÖT-37

„Um den Luftverkehr gerecht zu besteuern, setzen wir uns bei der Bundesregierung und der EU für den Ausbau der Luftverkehrssteuer und die Besteuerung des Kerosins ein.“

→ Die Besteuerung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 70, BB-WP.SPD.2019-SÖT-38

„Die große Vielfalt von besonderen Lebensräumen und Arten, die unser Land bietet, gilt es zu erhalten und zu schützen. In Deutschland sind fast drei Viertel aller Tierarten Insekten. Sie sind aus unserem Leben nicht wegzudenken und wir brauchen die Insekten. Wir haben einen Dialogprozess zum Insektenschutz eingeleitet, werden verschiedene Maßnahmen bündeln und ein auf Brandenburg zugeschnittenes Aktionsprogramm erarbeiten. Schon kurzfristig unterstützen wir die Anlage von Streuobstwiesen, Gehölzen und Blühstreifen, um den Lebensraum der Insekten aktiv zu schützen.“

→ Die Umsetzung des Insektenschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 70, BB-WP.SPD.2019-SÖT-39

„Blühstreifen fördern“

→ Dies ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 70, BB-WP.SPD.2019-SÖT-40

„Wir werden die Artenvielfalt der brandenburgischen Tier- und Pflanzenwelt landesweit überwachen, um frühzeitig auf Veränderungen reagieren und die gesammelten Daten für die Umweltbildung einsetzen zu können.“

→ Die Überwachung, Reaktion und Umweltbildung sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 71, BB-WP.SPD.2019-SÖT-41

„Wir werden uns für mehr Transparenz bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln einsetzen. Kinder und Jugendliche wollen wir frühzeitig für gesunde Essgewohnheiten und den Umgang mit Lebensmitteln sensibilisieren. Deshalb fördern wir das Schulobst- und Schulmilchprogramm weiterhin. Die Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen mit gutem und leckerem Essen spielt für uns eine große Rolle. Zugleich ist die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung für uns ein wichtiges Ziel.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 71, BB-WP.SPD.2019-SÖT-42

„Gesund essen“

→ Die Umsetzung dieses Ziel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, BB-WP.SPD.2019-PK-1

„Das öffentliche Eintreten von Kindern und Jugendlichen für ihre Belange wie beispielsweise die ‚Fridays-for-Future‘-Demonstrationen begrüßen wir ausdrücklich.“

→ Der Aktivismus von Fridays for Future, der als Indikator für die Popularisierung definiert wurde, wird benannt.

S. 87, BB-WP.SPD.2019-SÖT-43

„Die ostdeutschen Länder können ein umfangreiches und flächendeckendes Labor für Elektromobilität sein. Die entsprechende Infrastruktur (wie etwa Ladesäulen) sollte hier vorbildhaft entstehen. Dazu sollen die Forschung und Entwicklung sowie Produktion von Batteriezellen als europäisches Leitprojekt in Ostdeutschland angesiedelt werden.“

→ Die Umsetzung der Elektromobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 88, BB-WP.SPD.2019-SÖT-44

„Die Digitalisierung bietet große Chancen für ländliche Räume. Zum einen können landwirtschaftliche Betriebe dadurch effizienter und ressourcenschonender arbeiten und beispielsweise neue Vertriebswege entwickeln.“

→ Die Ressourcenschonung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.2.4.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD**

S. 26, BB-WP.AfD.2019-SÖT-1

„Eine artgerechte Haltung von Tieren muss durchgesetzt werden“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.AfD.2019-SÖT-2

„Die AfD setzt sich deshalb für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Lebewesen und keine Sachgegenstände.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.AfD.2019-SÖT-3

„Auch die Wissenschaft steht in Verantwortung. Wir lehnen deshalb Ausnahmen für unnötige Tierversuche ab.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.AfD.2019-SÖT-4

„Wir setzen uns daher für eine massive Einschränkung der industriellen Tierhaltung ein und streben eine bessere Kontrolle der tierschutzkonformen Schlachtung an.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.AfD.2019-SÖT-5

„Ebenso wichtig ist uns der Schutz unserer Heimat. Wir stehen für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Volkes. Größtmögliche Sparsamkeit und Achtsamkeit im Umgang mit Rohstoffen, Energie, Wasser und Ackerboden bilden die Kernpunkte unserer Umweltpolitik, die ohne ideologische Scheuklappen für eine besonnene Nutzung unserer heimatlichen Umwelt plädiert. Daher wollen wir mit folgenden Maßnahmen unsere Tiere und unsere Umwelt schützen.“

→ Die Umsetzung aller Maßnahmen zum Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.AfD.2019-SÖT-6

„Wir fordern, mehr Personal für die Überwachung der Haltungsbedingungen in Nutztierbetrieben einzustellen.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.AfD.2019-SÖT-7

„Wir fordern, dass Tierversuche unter ethischen Aspekten nur dann erlaubt sind, wenn sie aus medizinischer Sicht für die Forschung, den Schutz der natürlichen Umwelt oder die Unbedenklichkeitsprüfung von Stoffen oder Produkten für die menschliche oder tierische Gesundheit unerlässlich sind.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.AfD.2019-SÖT-8

„Wir fordern, dass der Transport von lebendigen Tieren nur über kurze Distanzen innerhalb von Deutschland erlaubt ist. Unser Ziel ist es, dass Tiertransporte den eigenen oder den Nachbarlandkreis nicht verlassen und dass Schlachttiertransporte auf jeden Fall stets den nächstgelegenen Schlachthof ansteuern. Wir fordern ein Verbot von Tiertransporten in das Ausland und damit einhergehend die Errichtung zusätzlicher regionaler kleinerer Schlachthöfe.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.AfD.2019-SÖT-9

„Wir wollen für unsere Landwirte die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, die die betäubungslose Kastration von Ferkeln überflüssig machen.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.AfD.2019-SÖT-10

„Wir lehnen die millionenfache Tötung und das anschließende Schreddern männlicher Küken ab.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.AfD.2019-SÖT-11

„Wir wollen das betäubungslose Schlachten sowie den Import betäubungslos geschlachteter Tiere verbieten.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.AfD.2019-SÖT-12

„Angesichts dieses aktuellen Forschungsstandes fordern wir die systematische Untersuchung des Insekten- und Vogelsterbens durch unabhängige Gutachter. Damit verbunden sein muss die Forschung nach Möglichkeiten zur Bewahrung unserer heimischen Insekten- und Vogelpopulation.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.AfD.2019-SÖT-13

„Wenn Wölfe Schafe reißen, Biber Wiesen überfluten und Kormorane Fischteiche leerfischen, kommt es aber zu Interessenskonflikten. Daher wollen wir problematische Wildtierbestandsgrößen regional und zeitnah überwachen und korrigieren. Wir fordern deshalb die Einführung eines Wildtiermanagements, das alle bedrohten Tierarten gleichermaßen beobachtet und dafür sorgt, dass das Gleichgewicht zwischen den Ansprüchen von Wildtieren und den Interessen der Land- und Teichwirte erhalten bleibt.“

→ Es wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.AfD.2019-SÖT-14

„Die im Trinkwasser enthaltenen Schadstoffe sind kontinuierlich zu erfassen“

→ Dieser veränderte Umgang mit Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.AfD.2019-SÖT-15

„Wir wollen sämtliche geschützte Arten in das Jagdrecht aufzunehmen, so ganzjährig schützen und im Bedarfsfall jagdlich regulieren. Wir setzen uns für einen maßvollen Artenschutz ein, der ein natürliches Gleichgewicht erhält, ohne bestimmte Tierarten einseitig zu bevorzugen.“

→ Dieser veränderte Umgang mit Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-1

„Wir lehnen eine Privatisierung des Trinkwassers und der Trinkwasserversorgung ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.AfD.2019-SÖT-16

„Zudem fordern wir, dass die im Trinkwasser enthaltenen Schadstoffe kontinuierlich erfasst und durch entsprechende Wasseraufbereitungsanlagen möglichst vollständig herausgefiltert werden.“

→ Dieser veränderte Umgang mit Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.AfD.2019-SÖT-17

„Einen großen Teil unserer brandenburgischen Kiefernwälder wieder in die ursprünglichen Mischwälder umgestalten“

→ Diese Umgestaltung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.AfD.2019-SÖT-18

„Wir wollen einen großen Teil unserer brandenburgischen Kiefernwälder wieder in die ursprünglichen Mischwälder umgestalten, um diese so robuster gegenüber Umwelteinflüssen zu machen.“

→ Diese Umgestaltung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.AfD.2019-SÖT-19

„Gegenwärtig wird die brandenburgische Landwirtschaft weitgehend durch Großbetriebe geprägt, die Ackerbau und Tierhaltung in industriellem Maßstab betreiben. Dies verödet nicht nur die Landschaft, es belastet auch die Böden. Zudem ist die industrielle Tierhaltung nicht tiergerecht und macht oftmals den vorsorglichen Einsatz von Antibiotika erforderlich. Wir wollen diese Form der Landwirtschaft zurückdrängen und kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben Entwicklungschancen schaffen.“

→ Diese Änderung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.AfD.2019-SÖT-20

„Wir sind der Überzeugung, dass natürlichen, regional erzeugten Lebensmitteln und ihren Produzenten wieder mehr Würdigung entgegengebracht werden muss. Im Zentrum unserer Politik steht daher die Unterstützung ortsansässiger Einzellandwirte, die mit Tier und Umwelt nachhaltig umgehen und Futtermittel vorzugsweise im eigenen Betrieb produzieren. Nur so lassen sich zudem schädliche Umwelteinwirkungen durch Überdüngung von Böden sowie Konzentrationen von Tieren auf kleinsten Flächen verhindern.“

→ Diese Änderung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.AfD.2019-SÖT-21

„Wir wollen die industrielle Tierhaltung schrittweise reduzieren und die landwirtschaftliche Produktion grundsätzlich verbraucher- und tierfreundlicher gestalten.“

→ Diese Änderung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.AfD.2019-SÖT-22

„Zum Ausgleich der Mehrkosten für die Haltung von Weidetieren wollen wir eine Weidetierprämie einführen. Die bäuerlichen Familienbetriebe der Weidetier- und Milchviehhaltung sind für den ländlichen Raum als Unternehmer, Arbeitgeber, Landschaftspfleger und hochwertiger Lebensmittel- und Rohstoffproduzent unverzichtbar.“

→ Diese Änderung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-2

„Wir setzen uns im Land Brandenburg für das Verbot des Anbaus und der Einfuhr gentechnisch veränderter Pflanzen, auch als Futtermittel, ein.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.AfD.2019-SÖT-23

„Die Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat muss verhindert werden“

→ Diese Änderung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-3

„Angesichts der Risiken setzen wir uns dafür ein, dass die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf der Basis von Stoffen, die insbesondere im Verdacht stehen, krebserregend oder erbgutschädigend zu sein, im Land Brandenburg verboten wird.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.AfD.2019-SÖT-24

„Die AfD lehnt daher auch jegliche Verlängerungen der Genehmigung von Glyphosat ab, solange unabhängige Studien nicht zweifelsfrei dessen gesundheitliche Unbedenklichkeit feststellen.“

→ Diese Änderung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.AfD.2019-SÖT-25

„Wir wollen durchsetzen, dass sowohl Landwirte als auch Schlachthöfe die Grenzwerte für Keime und Medikamentenrückstände einhalten.“

→ Diese Änderung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, BB-WP.AfD.2019-SÖT-26

„Die AfD fordert daher eine Abkehr vom überholten verkehrs- und städtebaulichen Konzept der autogerechten Stadt und eine Rückkehr zum am Menschen orientierten Städtebau mit seiner hohen Lebens- und Umweltqualität.“

→ Städte vor dem Hintergrund einer hohen Umweltqualität zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 66, BB-WP.AfD.2019-SÖT-27

„An besonders betroffenen Orten wollen wir zudem durch bauliche und technische Maßnahmen die Lärmbelastung durch den Straßen- und Schienenverkehr reduzieren. Es ist Aufgabe des Landes, mit vertretbarem Aufwand für geringe Umweltbelastungen zu sorgen.“

→ Die Reduzierung dieser konkreten Umweltbelastungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 66, BB-WP.AfD.2019-SÖT-28

„Um unsere Straßen zu entlasten und einen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten, wollen wir das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs ausbauen.“

→ Die Reduzierung dieser konkreten Umweltbelastungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 66f., BB-WP.AfD.2019-GSÖT-4

„Die AfD sieht den Verbrennungsmotor und nicht zuletzt den sparsamen Dieselmotor noch für lange Zeit als dominierende Antriebstechnik auf der Straße an. Dieser ist hoch entwickelt und wird stetig weiter verbessert, sowohl in Bezug auf Effizienz als auch auf Emissionen.“

→ Es wird sich bzgl. der Motoren gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 67, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-5

„Grundsätzlich begrüßen wir umweltfreundliche Antriebssysteme. Deren Nutzung darf aber nicht durch den Staat vorgeschrieben werden. So ist der Elektroantrieb mit Batterie nur für Nischenanwendungen geeignet und kein Ersatz für unsere bewährten Verbrennungsmotoren. Es dürfen auch nicht die umweltschädlichen und energieintensiven Produktionsmethoden der Lithiumakkumulatoren von Elektroautomobilen ausgeblendet werden. Einer flächendeckenden Einführung des Elektroantriebes stehen zu viele ungelöste Probleme, wie die begrenzte Reichweite, die Länge der Ladedauer und ein unzureichend ausgebautes Ladestellennetz im Weg.“

→ Es wird sich bzgl. der Antriebe gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-6

„Einer flächendeckenden Einführung des Elektroantriebes stehen zu viele ungelöste Probleme im Weg“

→ Es wird sich bzgl. der Antriebe gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-7

„Irrsinnig hohe Kosten und Auswirkungen auf Landschaftsbild, Umwelt und Lebensqualität sprechen gegen einen weiteren Ausbau des Wind- und Solarenergiesektors“

→ Es wird sich im Energiesektor gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-8

„In der Praxis werden jedoch vor dem Hintergrund des so genannten Klimaschutzes Unsummen an Steuergeldern im Energiesektor versenkt. Gegen einen weiteren dynamischen Ausbau der Windenergie und der großflächigen Solarenergieerzeugung im Land Brandenburg sprechen neben den irrsinnig hohen Kosten die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner. Die zunehmende ästhetische Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die allgegenwärtigen Windkraftanlagen verändert den durch Weite und Natur gekennzeichneten Charakter der Brandenburger Landschaft und unterminiert die Chancen Brandenburgs, den Tourismus als wesentliche Einnahmequelle des Landes zu erhalten oder gar auszubauen.“

→ Es wird sich im Energiesektor gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72f., BB-WP.AfD.2019-GSÖT-9

„Die AfD setzt sich für eine Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie eine rechtskonforme Entschädigung der Altanlagenbesitzer ein. Die Förderung von Wind- und Solarenergie durch das EEG kommt die Menschen im Land Brandenburg, wie auch in Deutschland, insgesamt teuer zu stehen.“

→ Es wird sich im Energiesektor gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-10

„Solange das noch nicht geschehen ist, sollen:

- keine Erneuerbare-Energien-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden,
- keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Brandenburger ausgewiesen werden,
- keinerlei direkte oder indirekte Subventionen für Energiegewinnung, speicherung und -verteilung und Elektromobilität mehr bezahlt werden“

→ Es wird sich im Energiesektor gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-11

„Die AfD fordert, dass die Energiewendepolitik beendet wird und unsere Strompreise wieder auf ein sozialverträgliches Niveau gesenkt werden.“

→ Es wird sich im Energiesektor gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-12

„Emissionssenkung im Land Brandenburg hat keine erkenn- oder messbare Auswirkung auf das ‚Weltklima‘“

→ Es wird sich also generell gegen Emissionssenkung ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-13

„Die AfD tritt dafür ein, dass Deutschland das Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015 kündigt. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten ‚Klimaschutz‘- sowie Forschungsorganisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen. Das Land Brandenburg muss bei diesen Maßnahmen die Vorreiterrolle übernehmen.“

→ Es wird sich also generell gegen Klimaschutz ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-14

„Eine Emissionssenkung vom Land Brandenburg hätte allerdings keine erkenn- oder auch messbare Wirkung auf das ‚Weltklima‘.“

→ Es wird sich also generell gegen Emissionssenkung ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-15

„Eine Infragestellung des Braunkohleabbaus würde die südbrandenburgische Wirtschaftsstruktur nachhaltig schwächen“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 74, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-16

„Wir treten für den Erhalt der Braunkohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor ein. Südbrandenburg wird seit Beginn der Industrialisierung von Braunkohleabbau und -nutzung geprägt und stellt den strukturbestimmenden Wirtschaftsfaktor in dieser Region dar. Daher wollen wir die Stromerzeugung aus Kohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor, soweit am freien Markt konkurrenzfähig, unbedingt erhalten.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 74, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-17

„Um Stromausfällen vorzubeugen, wollen wir unsere konventionellen Kohlekraftwerke zur Sicherstellung der Grundlast weiterbetreiben“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-18

„Zur Senkung des Strompreises ist die Verwendung unserer heimischen Braunkohle unabdingbar. Die naturgesetzlich, technisch und wirtschaftlich bedingten und daher vorhersehbaren Probleme der Energiewende, wie weiter steigende Preise, gefährdete Netzstabilität, zunehmendes Risiko für Stromausfälle und fehlende Großspeicher, sind ungelöst. Auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke und anderer konventioneller Methoden, wie z.B. die Kraft-Wärmekopplung, darf das Land Brandenburg daher nicht verzichten, solange kein bezahlbarer und vor allem funktionierender Ersatz gesichert verfügbar ist. Wir fordern, dass alle direkten und indirekten Subventionen für alle ‚Erneuerbaren‘ Energien zu streichen sind. Weiterhin ist die Brandenburger Energiestrategie 2030 in der bestehenden Form zu beenden und auf konventioneller Basis neu zu definieren.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



#### S. 74, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-19

„Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 80 bis 95 Prozent zu senken. Brandenburg hat dieses unsinnige Ziel übernommen. Die Sektoren Mobilität und Wärme sollen durch eine Umstellung auf Ökostrom ebenfalls emissionsfrei werden. Dies würde einen weiteren rasanten Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit erfordern, die schon jetzt Wirtschaft und Brandenburger überfordern.“

→ Es wird sich also generell gegen Emissionssenkung ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 74f., BB-WP.AfD.2019-GSÖT-20

„Wir fordern daher einen vollständigen Stopp dieses Ausbaus, mindestens aber, dass Windenergieanlagen und großflächig Solarenergieanlagen grundsätzlich nur noch dann genehmigt werden, wenn

- der für die Windkraftanlage vorgesehene Standort sich in einem wissenschaftlich nachgewiesenen Windeinzugsgebiet befindet,
- die energetische Nachhaltigkeit (u.a. ausreichende Rückstellungen für den Rückbau) der Anlage an diesem Standort nachgewiesen wird,
- der Abstand der Windkraftanlagen mindestens 3.000 m zur nächsten Wohnbebauung beträgt,
- die Photovoltaikanlagen auf Flächen errichtet werden, die aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes unbedenklich sind,
- sie nicht in Landschaftsschutz- und Waldgebieten errichtet werden sollen,
- den Interessen der Tourismusbranche Rechnung getragen wird, und
- die vor Ort ansässige Bevölkerung das Projekt befürwortet.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 75, BB-WP.AfD.2019-GSÖT-21

„Um Stromausfällen vorzubeugen, wollen wir unsere konventionellen Kohlekraftwerke zur Sicherstellung der Grundlast weiterbetreiben. Zur Bewältigung der zunehmenden Schwankungen bei der Erzeugung von Wind- und Solarstrom sind entweder große Stromspeicher oder konventionelle Kraftwerke notwendig, die Strom liefern, wenn weder Wind weht, noch die Sonne scheint.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation im Energiesektor positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 80, BB-WP.AfD.2019-SÖT-29

„Diese zeigt sich ferner in der wirtschaftlichen Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie der Überforderung vieler Menschen durch grenzenlose Leistungserwartungen.“

→ Die angestrebte Abwendung der Übernutzung und Zerstörung der Umwelt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.2.4.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU

#### S. 2, BB-WP.CDU.2019-SÖT-1

„Brandenburg braucht eine Regierung, die an unsere **Heimat** glaubt sowie die Vielfalt Brandenburgs erhält und stärkt. Dazu gehören gesunde Wälder und saubere Seen genauso wie lebendige Städte und Dörfer, in denen die Menschen – Jung und Alt, neue und alteingesessene Brandenburger – sich einbringen, anpacken, arbeiten, Unternehmen gründen, Feste feiern, Häuser bauen und Kinder haben. Dafür steht die CDU Brandenburg.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Wäldern und Seen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 5, BB-WP.CDU.2019-SÖT-2

„Wir wollen, dass sich unsere Kinder gesund ernähren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen überall in Brandenburg aus gesunden regionalen Lebensmitteln besteht.“

→ Da der Umgang mit etwas Natürlichem verändert wird, handelt es sich um eine sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.CDU.2019-SÖT-3

„Damit sich Talente und Persönlichkeit entfalten können, müssen wir auch im außerschulischen Bereich Möglichkeiten schaffen: Einrichtungen der Jugendarbeit bringen Jugendlichen politische, soziale, ökologische, kulturelle, religiöse und sportliche Themen näher.“

→ Der veränderte Umgang auch mit ökologischen Themen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.CDU.2019-SÖT-4

„Wir sind für den Erhalt und Ausbau der touristischen Wasserstraßen einschließlich der dazugehörigen Infrastruktur und Personalausstattung.“

→ Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.CDU.2019-SÖT-5

„Wir sehen Brandenburg als Modellregion für den ÖPNV der Zukunft im ländlichen Raum, der Nutzerfreundlichkeit, Energieeffizienz, Finanzierbarkeit und Klimaschutz vereint.“

→ Der generell angestrebte Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 18, BB-WP.CDU.2019-SÖT-6

„Der Verkehrssektor ist der einzige Wirtschaftszweig in Deutschland, dessen Schadstoff-Emissionen seit 1990 nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Somit besteht Handlungsbedarf, auch beim ÖPNV. Brandenburg sollte seine überschüssigen Kapazitäten bei der Windkraft unter anderem dafür nutzen, Wasserstoff zu erzeugen, der als alternativer Kraftstoff für den ÖPNV eingesetzt werden kann. Insbesondere dort, wo bereits infrastrukturelle Rahmenbedingungen vorliegen, sind entsprechende Modellprojekte zu initiieren.“

→ Die Emissionsreduktion im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.CDU.2019-SÖT-7

„Im Bereich der Schieneninfrastruktur wurden notwendige Entscheidungen zum Ausbau wichtiger Strecken – beispielsweise der Prignitz-Express, die Potsdamer Stadtbahn, die Taktverdichtungen der S-Bahnen nach Oranienburg und Bernau oder die Verlängerung der S-Bahn nach Dahlewitz – viel zu lange aufgeschoben. Deshalb wird es noch einige Jahre dauern, bis wichtige Abschnitte ausgebaut sein werden. Dies betrifft die Strecken des Regionalverkehrs und der S-Bahn gleichermaßen. Wir werden daher alle Möglichkeiten nutzen, um das Angebot im Bahnverkehr durch die Bestellung zusätzlicher Leistungen, verbesserte Service-Qualität und technische Innovationen zu verbessern.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.CDU.2019-GSÖT-1

„Saubere Luft in unseren Städten ist wichtig für Gesundheit und Lebensqualität. Allerdings halten wir eine ideologisch motivierte Politik, die sich einzig auf die Forderung nach immer schärferen Grenzwerten beschränkt, für oberflächlich. Deshalb lehnen wir Diesel-Fahrverbote ab.“

→ Bzgl. der Fahrverbote wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.CDU.2019-SÖT-8

„Um mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schienen und Wasserstraßen zu bringen, werden wir infrastrukturelle Engpässe beseitigen und verkehrsträgerübergreifende Lösungen da unterstützen, wo sie ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind. Das Land Brandenburg muss daher die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel im Rahmen der Projekte des Bundesverkehrswegeplans ohne Verzögerung einsetzen.“

→ Diese Veränderungen im Verkehrssektor sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.CDU.2019-SÖT-9

„Die Energiewende und der Ausstieg aus der Braunkohle stellen das Energieland Brandenburg vor große Herausforderungen. Dieses Vorhaben kann nur gelingen, wenn wir Veränderungen und den Ausbau erneuerbarer Energien gemeinsam mit den betroffenen Menschen und Regionen gestalten.“ (Herv. i. O.)

→ Der Kohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.CDU.2019-SÖT-10

„Veränderungen müssen vor Ort gestaltet werden. Darum werden wir die Strukturentwicklung in der Lausitz mit einem in der Region angesiedelten Lausitz- und Innovationsministerium aktiv begleiten. Dort werden wir alle Aufgaben und Mitarbeiter bündeln, die dazu beitragen, der Energeregion eine neue Perspektive zu geben. Weiterhin setzen wir auf die Umsetzung strukturpolitischer Maßnahmen im Rahmen eines Staatsvertrages mit dem Bund. Zudem werden wir einen gemeinsamen Planungsverbund mit Sachsen auf den Weg bringen. Damit machen wir die Lausitz zu einer Modellregion für erfolgreichen Strukturwandel in Europa.“

→ Der Strukturwandel in der Lausitz im Zuge der Energiewende ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.CDU.2019-SÖT-11

„Wir wollen die Energiewende auf einem möglichst breiten Konsens aufbauen. Dafür müssen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit in einem gleichberechtigten Verhältnis stehen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.CDU.2019-SÖT-12

„Erneuerbare Energien sind mittlerweile eine wichtige Säule der Energieversorgung. Dennoch ist festzustellen, dass bezahlbare Innovationen zur Verstärkung der Verfügbarkeit und verlässlichen Absicherung der Versorgung mit Strom fehlen. Zudem müssen die Stromkunde enorme Summen insbesondere für nicht nutzbare Windenergie bezahlen, weil an den Anlagestandorten die notwendigen Übertragungskapazitäten der Stromnetze fehlen. Die Akzeptanz der Bürger gegenüber der Windkraft schwindet. Dies beruht vor allem auf Einschränkungen bei der Lebensqualität sowie Eingriffen in das Landschaftsbild und die Natur. Aus diesem Grund werden wir den Bau neuer und den Ersatz bestehender Windkraftanlagen mit der Vereinbarung klarer Kriterien verbinden. Deshalb fordern wir ein Moratorium für den Windenergieausbau in allen Planungsregionen, bis verlässliche Akzeptanzkriterien mit den Bürgern vereinbart worden sind. Wir wollen verbindliche Abstandsregeln in 10-facher Windrad-Naben-Höhe zu Wohngebieten und den Verzicht auf Windräder im Wald. Wir werden zudem darauf drängen, dass der Ausbau an die Verfügbarkeit von ausreichend Netzkapazitäten geknüpft wird.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.CDU.2019-SÖT-13

„Die intelligente Kopplung der Sektoren Elektrizität, Wärmeversorgung, Verkehr und Industrie zu einem ganzheitlichen Energiekonzept ist der Schlüssel für die Energiewende und die Umsetzung der Klimaschutzziele. Dabei spielt die Wasserstofftechnologie eine entscheidende Rolle. Beim weiteren Ausbau aller erneuerbaren Energien müssen die Akzeptanz in der Bevölkerung und die wirtschaftliche Vernunft eine stärkere Rolle spielen. Wir wollen die jeweiligen Gemeinden und deren Einwohner an der Wertschöpfung aus den erneuerbaren Energien fair beteiligen. Ferner wollen wir Solaranlagen und -speicher für private Immobilien wieder fördern.“

→ Die Umsetzung der Klimaschutzziele ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.CDU.2019-GSÖT-2

„Die Privatisierung der restlichen Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH wollen wir auf ortsansässige Landwirte beschränken.“

→ Bzgl. der Privatisierungen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.CDU.2019-SÖT-14

„Die konventionelle Landwirtschaft und der Ökolandbau stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Mit einem Aktionsplan Ökolandbau wollen wir aber Wachstumspotenziale nutzen und Anreize für eine Umstellung auf den ökologischen Landbau schaffen. Das Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus an der landwirtschaftlichen Nutzfläche mittelfristig auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Wir werden ein Kompetenzzentrum Ökolandbau einrichten, welches die Betriebe während der Umstellung auf Ökolandbau und anschließend im betrieblichen Alltag mit praxisnaher Beratung in der Produktion, Vermarktung und Markterschließung unterstützt.“

→ Die Förderung des Ökolandbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.CDU.2019-SÖT-15

„Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Liefermengen, Milchqualität und der Preis durch Mindeststandards geregelt werden.“

→ Die Aufstellung von Mindeststandards in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.CDU.2019-SÖT-16

„Wir wollen die bodengebundene, artgerechte und regional verträgliche Nutztierhaltung weiter stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen, in denen größere Stallanlagen errichtet werden, ein stärkeres Mitspracherecht bei der Genehmigung erhalten. Bei der Umsetzung des Tierschutzplans werden wir darauf achten, dass kleinere bäuerliche Betriebe nicht überfordert werden und der Tierschutz dennoch gewährleistet wird.“

→ Dies ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. des Tierschutzes.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.CDU.2019-SÖT-17

„Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Gartenbaubetriebe so verbessern, dass die vorhandenen Potenziale für mehr regionales Obst und Gemüse, die Produktion von Zierpflanzen sowie Baumschulen in Brandenburg genutzt werden. Die Gartenbaukonzeption werden wir gemeinsam mit dem Berufsstand umsetzen. Die Landesgartenschauen als Schaufenster der Branche werden wir regelmäßig fortsetzen.“

→ Bzgl. der Gartenbaubetriebe wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.CDU.2019-SÖT-18

„Wir unterstützen die Fischerei durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Für uns ist klar: Derjenige, der in der Natur nachhaltig und ressourcenschonend wirtschaftet, muss davon leben können. Die bestehende Richtlinie zum Ausgleich von Schäden, die durch geschützte Arten (unter anderem Biber und Kormorane) entstehen, werden wir bei der EU-Kommission notifizieren lassen. Diese Schäden müssen in Zukunft vollständig ausgeglichen werden. Berechtigte Anliegen des Artenschutzes dürfen nicht zu existenziellen Schwierigkeiten von Fischereibetrieben und Teichwirtschaften führen. Des Weiteren setzen wir uns für einen allgemeinen Schadensausgleichsfonds ein.“

→ Bzgl. der Fischerei wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.CDU.2019-SÖT-19

„Wir setzen uns für eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Forstwirtschaft ein. Die Waldeigentümer, die den Wald in unterschiedlichen Bewirtschaftungsstrukturen erhalten und nutzen, werden wir gleichberechtigt unterstützen. Um Nachteile durch geringe Flächen auszugleichen oder Strukturmängel zu überwinden, wollen wir Forstbetriebsgemeinschaften sowie forstliche Zusammenschlüsse in ihrer Eigenständigkeit fördern. Im Dialog mit den Waldeigentümern werden wir ein Konzept entwickeln, das die Sanierung militärischer Altlasten und den Waldbrandschutz verbessert. Angesichts von Klimaextremen und zum Schutz der biologischen Vielfalt muss der Waldbau intensiviert werden. Wir werden standortangepasste Wälder mit klimaangepassten Nadel- und Laubbaumarten sowie die Beimischung von Douglasien fördern. Wir treten für mehr Fairness in der Vergütung von Umweltleistungen und Ressourcenschonung durch Forstwirte und Eigentümer ein. Deshalb wollen wir ein System marktfähiger Ökopunkte und Vertragsnaturschutz im Wald etablieren.“

→ Die angestrebten Veränderungen in der Wald- bzw. Forstwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.CDU.2019-SÖT-20

„Jäger leisten durch Hege und Pflege einen unverzichtbaren Beitrag zum Natur- und Artenschutz und zum Erhalt gesunder Wildbestände. Wir werden die jagdrechtlichen Bestimmungen dahingehend weiterentwickeln, dass eine angemessene Nutzung unserer Kulturlandschaften mit gesunden und lebensraumangepassten Wildbeständen in Einklang gebracht wird.“

→ Die Änderungen bzgl. der Jagd sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.CDU.2019-SÖT-21

„Vor allem Bienen sind als Bestäuber von Blüten unverzichtbar. Die Anzahl und die Vielfalt der Insekten ist jedoch rückläufig. Um dem entgegenzuwirken, führen wir eine Förderung von Blühstreifen ein. Kommunen werden wir bei ihrem Engagement unterstützen, auf Pflanzenschutzmittel zu verzichten. Darüber hinaus unterstützen wir Imker mit verbindlichen Regelungen zur Bienenwanderung und schützen die Existenzlage ortsansässiger Imker.“

→ Die Förderung von Blühstreifen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.CDU.2019-SÖT-22

„Wir setzen uns dafür ein, dass bei einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung die Gewässer in der Lausitz stabilisiert werden, sodass es als Spätfolge des Kohleabbaus nicht zu einer Verockerung von Flüssen kommt (Ablagerung von rotem Schlamm). Wir wollen außerdem ein Bewirtschaftungskonzept für die Talsperre Spremberg erstellen, damit diese vollständig und regelmäßig von Eisenschlamm und Sedimenten befreit wird.“

→ Die Säuberung der Gewässer ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.CDU.2019-SÖT-23

„Der Spreewald ist eine einzigartige Kulturlandschaft in Europa. Ihn für kommende Generationen zu bewahren, ist eine große Herausforderung und Verpflichtung. Daher werden wir den Aktionsplan Spreewald finanziell so ausstatten, dass verschlammte Fließe und marode Wehre sowie Schleusen möglichst schnell instandgesetzt werden können.“

→ Die Instandsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.CDU.2019-SÖT-24

„Ähnlich wie in anderen EU-Ländern muss es auch hierzulande endlich gelingen, den Umgang mit Wölfen klar zu regeln. Wir stehen für ein kontrolliertes Wolfsmanagement und damit für eine aktive Regulierung des Bestandes. Dafür werden wir uns gegenüber dem Bund und der EU weiterhin einsetzen. Den Wolfsmanagementplan und die Wolfsverordnung werden wir so weiterentwickeln, dass sowohl der berechtigte Artenschutz des Wolfs als auch die besonders naturnahe und artgerechte Weidetierhaltung eine Zukunft in Brandenburg haben. Neben unbürokratischen Entschädigungen bei Nutztierriß und einer vollständigen Erstattung der Kosten für geeignete Präventionsmaßnahmen müssen verhaltensauffällige Wölfe schnell entnommen werden. Dafür muss der Wolfsmanagementplan zu einem wildbiologischen Fachplan entwickelt werden, mit dessen Hilfe zum Schutz der Weidetierhaltung verhaltensauffällige Wölfe durch Schutzjagden entnommen werden können.“

→ Der veränderte Umgang mit Wölfen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.CDU.2019-SÖT-25

„Damit die berechtigten Anliegen der Landnutzer sowie unserer Partner beim Naturschutz in Einklang gebracht werden, müssen zukünftig alle Projekte der Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg einvernehmlich abgestimmt werden. Den Stiftungsrat werden wir paritätisch mit Vertretern von Umwelt- sowie Landnutzungsverbänden besetzen. Ersatzgeldzahlungen werden wir stärker am Erfolg von Naturschutzprojekten ausrichten. Außerdem werden wir eine neutrale Clearingstelle einrichten. Anders als in der Vergangenheit geben wir bestehenden vertraglichen Vereinbarungen mit den Landnutzern gegenüber der Ausweisung von neuen Schutzgebieten den Vorzug“

→ Der veränderte Umgang mit Naturschutzgebieten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.CDU.2019-SÖT-26

„Die CDU Brandenburg wird dafür sorgen, dass ein „Zukunftsbeirat Brandenburg“ berufen wird. Dieser Zukunftsbeirat soll jeweils zu einem Drittel aus Schülern, Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden bestehen. In diesem Beirat soll auf einer breiten Basis beraten werden, welche kurz-, mittel- sowie langfristigen Strategien und Maßnahmen in Brandenburg eingeleitet werden können, um Nachhaltigkeit, den Schutz von Umwelt und Natur sowie die Interessen der Menschen in Brandenburg voranzubringen. Dabei sind insbesondere Maßnahmen aufzugreifen, die der Vermeidung von Plastik- und sonstigem Müll sowie der Lebensmittelverschwendung dienen.“

→ Die Umsetzung der Ziele des Beirats ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.CDU.2019-SÖT-27

„Extremwetterereignisse nehmen auch in Brandenburg spürbar zu. Sie können starke Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben haben. Vermehrte Hitzewellen, Dürren, Waldbrände und Hochwasserlagen machen im Sinne eines vorbeugenden Katastrophenschutzes eine Brandenburgische Anpassungsstrategie an das Wettergeschehen erforderlich. Gleichzeitig fördert die zunehmende globale Mobilität die Verbreitung von Krankheiten und Seuchen sowie den Ausbruch von Pandemien. Wir werden eine gesellschaftliche Debatte über die Frage anstoßen, welches Schutzniveau für welches Ereignis erforderlich ist und welche Mittel dafür aufgewendet werden sollen.“

→ Die generelle Anpassung an Extremwetterereignisse ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, BB-WP.CDU.2019-SÖT-28

„Die in Teilen Brandenburgs angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt kann vor allem 1607 durch Neubauten verbessert werden. Wir wollen mehr Bauflächen schneller ausweisen.“

→ Neubauten sind wegen der Eingriffe in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### **2.3.2.4.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen**

S. 1, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-1

„Gemeinsam haben wir es in der Hand, unser Land ökologischer, sozialer und weltoffener zu machen, mit mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutz, guten Verbindungen mit Bus, Bahn und Rad, starken Familien, gut ausgestatteten Kitas und Schulen und vielfältigen Angeboten für die ältere Generation.“

→ Brandenburg insgesamt ökologischer zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 1, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-2

„Die Menschen und die nachhaltige Entwicklung stellen wir ins Zentrum unserer Politik. Wir packen den Kohleausstieg und den sozialverträglichen Strukturwandel in der Lausitz endlich an und fördern den umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir machen Schluss mit der industriellen Massentierhaltung und dem Gift auf unseren Äckern und bringen mehr ökologische Lebensmittel auf unsere Teller. Wir sorgen für mehr Naturschutz und eine klare Spree und kämpfen gegen überflüssigen Plaste- und Verpackungsmüll.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 1, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-3

„Heute versprüht die SPD alles andere als Aufbruch. Es fehlen Visionen und Mut, die ökologischen und sozialen Herausforderungen zu meistern, die vernachlässigten ländlichen Räume gezielt in den Blick zu nehmen und Brandenburg zu einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu machen.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 2, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-4

„Wir Bündnisgrüne stehen für einen erneuten Aufbruch für Brandenburg. Anders als die SPD wollen wir ein sozial- und klimaverträgliches Ende der Braunkohle und die Industrialisierung von Landwirtschaft und Tierhaltung zurückdrängen. Anders als die Linke wollen wir ökologische und soziale Politik zusammen denken.“

→ Ein Aufbruch, der auch ökologisch ist, ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 2, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-5

„Uns geht es um einen entscheidenden Richtungswechsel in der Umwelt- und Klima-, in der Landwirtschafts- und in der Verkehrspolitik.“

→ Der Richtungswechsel ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 2, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-6

„Dafür treten wir ein! Brandenburg fairwandeln, ökologischer, sozialer und weltoffener machen – das ist unser Anspruch an eine Regierungsbeteiligung.“

→ Brandenburg insgesamt ökologischer zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 2, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-7

„Wenn sie mehr Grün für Brandenburg wollen, dann wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Je stärker wir werden, desto ökologischer, sozialer und weltoffener wird Brandenburg.“

→ Brandenburg insgesamt ökologischer zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 3, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-8

„Braunkohleförderung und -verstromung, industrialisierte Landwirtschaft und Massentierhaltung, Individualverkehr und stetig steigender Flugverkehr mit fossilen Treibstoffen, Plaste ohne Ende: Wir verbrauchen Ressourcen und belasten unsere Umwelt, als ob es kein Morgen gäbe. Klimakrise, Verlust der Artenvielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sind Folgen und zugleich zentrale Herausforderungen an jegliche Politik, gleichermaßen weltweit wie in Brandenburg.“

→ Brandenburg insgesamt ökologischer zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 3, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-9

„Die Alternative heißt nachhaltige Entwicklung, heißt Wirtschaften im Einklang mit der Natur, Denken und Handeln in Kreisläufen und bedeutet auch, die soziale Dimension wirtschaftlicher Tätigkeit als unabdingbare Voraussetzung unseres Wohlstandes anzuerkennen. Ökonomie, Ökologie und Soziales bedingen einander. Ökologisches Fehlverhalten ist gleichzeitig ökonomisches und soziales Fehlverhalten. Denn die Schäden, die durch das herkömmliche Wirtschaften an unseren Lebensgrundlagen verursacht werden, werfen Kosten auf, die früher oder später beglichen werden müssen, und dies oft zuerst durch die wirtschaftlich Schwachen. Deshalb wollen wir Nachhaltigkeit als ein konkret formuliertes Ziel für Generationengerechtigkeit in der Landesverfassung verankern.“  
→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 3, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-10

„Wir werden die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben.“  
→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 3, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-11

„Wir wollen weg von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild. Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das sorgt für Wachstum und erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an den Überprüfungsmechanismus der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte berücksichtigt. Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig noch der Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen. Mit uns wird Brandenburg zum Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung unter den Bundesländern.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 3, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-12

„Wir wollen die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben.“  
(Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 3, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-13

„Dabei wollen wir weg von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild. Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das sorgt für Wachstum und erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der Nachhaltigkeitsziele neu definieren: Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der sich an den Überprüfungsmechanismus der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte berücksichtigt.“  
(Herv. i. O.)

→ Die generell neue Gewichtung von Umweltaspekten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 3, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-14

„Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig noch der Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 4, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-15

„Wir streiten für eine vielfältige, in der Region verankerte ökologische Landwirtschaft, die unsere Ressourcen schützt, gesunde Lebensmittel und faire Einkommen für die Landwirt\*innen hervorbringt, unsere Kulturlandschaft pflegt und achtsam mit den Tieren umgeht.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzeln; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 4, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-16

„Die Fruchtbarkeit vieler Böden nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Auf die in Folge der Klimaerhitzung zunehmenden Wetterextreme ist die Landwirtschaft im Land kaum vorbereitet. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist sie auch kaum in der Lage, ihre Verantwortung bei der Reduzierung von Treibhausgasen wahrzunehmen.“

→ Die implizit geforderte Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzeln; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 4, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-17

„Der Ausbau des Ökolandbaus stagniert seit Jahren, die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. Höchste Zeit für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der kommenden Generationen orientiert! Mit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und einer Verteilung der Subventionen nach ökologischen Kriterien wollen wir Landwirt\*innen und eine regional verankerte Landwirtschaft fördern. Den Landwirt\*innen wollen wir tragfähige Perspektiven in der Vermarktung regionaler und ökologischer Produkte eröffnen und dadurch die Landwirtschaft den Verbraucher\*innen wieder näherbringen. Wir brauchen Landwirt\*innen sowohl als Akteur\*innen für eine nachhaltige Landwirtschaft, als auch als Impulsgeber\*innen für die regionale Entwicklung.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzeln; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 4, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-18

„Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den Hauptursachen für das Artensterben. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir den Anteil ökologischer Landwirtschaftsflächen bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode auf 25 % erhöhen. Wir streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne chemisch-synthetische Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren: Als ersten Schritt wollen wir den Einsatz von Glyphosat auf Landesflächen verbieten. Wir wollen Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden ganz ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen stärken wir. Auf dem Weg in eine vollständig ökologische Landwirtschaft unterstützen wir auch konventionelle Betriebe, die in bewusster Abkehr vom Leitbild einer industriellen Landwirtschaft auf ihren Bauernhöfen naturschonend wirtschaften.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzeln; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 4f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-19

„Angesichts von mehr als 300 Millionen € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen, ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Die europäische Agrarpolitik muss den umweltgerechten, klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voranbringen. Wir wollen jeden Euro der Agrarförderung auf das Erbringen öffentlicher Leistungen in den Bereichen Klima, Natur- und Umweltschutz, Tierwohl und die Stärkung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft konzentrieren.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 5, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-20

„Zudem muss die sogenannte gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet werden: Sie soll unter anderem Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 5, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-21

„Gentechnik in der Landwirtschaft forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen die freiwilligen Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 5, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-1

„Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere ein.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 5, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-22

„Wir wollen daher Transparenz bei der Bodenvergabe schaffen und sozial-ökologische Kriterien zum Maßstab der Vergabe machen. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigene Siedlungsgesellschaft nutzen.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 6, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-23

„Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Sauen werden in Kastenstandshaltung eingepfercht, Masthühner leben in der Regel mit 24 Artgenossen auf nur einem Quadratmeter. Die Riesenstrukturen der industriellen Massentierhaltung begünstigen Verstöße gegen die ohnehin laxen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung und erschweren ein effektives Vorgehen gegen Missstände. Sie führt systembedingt zu einem enormen Verbrauch von Antibiotika, was die Bildung multiresistenter Keime befördert und letztlich auch die Wirksamkeit dieser in der Humanmedizin gefährdet. Außerdem sind durch die Abluft bzw. mangelhafte Filter die Anwohner\*innen von verunreinigter Abluft betroffen. Zudem konzentriert sie die Umweltbelastung rund um die Megaställe. Dort fallen durch industrielle Massentierhaltung riesige Mengen an Urin und Kot der Nutztiere an, die unser Grundwasser immer stärker mit Nitrat-, Phosphat und Schwermetallen belasten. Der Import von Futtermitteln aus Soja- und anderen Plantagen mit Monokulturen hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt in den Herkunftsländern.“

→ Die implizit geforderte Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-24

„Die rot-rote Landesregierung war bislang unwillig, etwas an diesen Zuständen zu ändern. Schlimmer noch, sie förderte den weiteren Ausbau der industriellen Tierhaltung allein seit 2009 mit über 70 Millionen Euro, flankiert durch eine großzügige Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt.“

→ Die implizit geforderte Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-25

„Für uns sind die Forderungen des Volksbegehrens und die Umsetzung des Tierschutzplans eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-26

„Um die Massentierhaltung zu überwinden, wollen wir in Brandenburg alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 7, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-27

„Vor allem aber wollen wir die Alternativen zur industriellen Massentierhaltung voranbringen: Mit einer Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung sollen nur noch Betriebe gefördert werden, die umweltverträglich und nach strengen Tierschutzstandards arbeiten. Wir wollen die Freilandhaltung insbesondere von Rindern, Schafen, Hühnern, Ziegen und Schweinen fördern. Hierfür wollen wir u.a. die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen. Wir wollen Konzepte moderner nachhaltiger Landwirtschaft ohne Tierhaltung (biovegan) erproben. Der Tierbestand soll an der verfügbaren lokalen Futtermittelproduktion ausgerichtet, auf Futtermittelimporte (z.B. Soja) verzichtet und damit zugleich die Tierdichte verringert werden. Damit Tiere möglichst wenig leiden und der Transport begrenzt wird, wollen wir die mobile Schlachtung als Alternative voranbringen. Die extensive Schaf-, Ziegen- und Schweinefreilandhaltung mit vom Aussterben bedrohten alten Haustierrassen trägt durch das Offenhalten von Kulturlandschaften zur Landschaftspflege bei und steigert den touristischen Wert ländlicher Räume. So produzieren wir nicht nur Fleisch unter nachhaltigen Bedingungen, sondern stärken zugleich die Attraktivität unserer Region und erhöhen die Artenvielfalt.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 7, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-28

„Klar ist aber auch: Die industrielle Massentierhaltung kann nicht von Brandenburg allein überwunden werden. Bundesweit setzen wir uns dafür ein, flächengebundene Tierhaltung zur Regel zu machen: Nur Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Als Zwischenschritt wollen wir absolute Tierzahlen-Obergrenzen für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des Deutschen Tierschutzbundes orientieren. Wir wollen eine konsequente Anwendung des bestehenden Tierschutzrechtes und der EU-Tierschutzvorgaben in der Landwirtschaft durchsetzen. Tiere dürfen nicht länger an die Ställe angepasst werden, sondern Ställe müssen den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden. Das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen muss ebenso beendet werden wie das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel und das Enthornen von Rindern. Ebenso wollen wir einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln lehnen wir ab.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 7, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-29

„Bienen und andere Insekten sind für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung unverzichtbar. Die von Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend ihre Nahrungsgrundlage und zerstört ihre Lebensräume. In Kombination mit dem massiven Einsatz von Ackergiften und der Überdüngung ist die Artenvielfalt von Wildbienen und anderen Insekten massiv bedroht, gleiches gilt für die Honigbienenvölker. Eine extensive oder ökologische Landnutzung hingegen schafft eine funktionierende Symbiose zwischen Imkerei und Landwirtschaft. Vielfältige Fruchtfolgen, Randstreifen, Hecken, Steinhäufen und andere Strukturelemente sowie der Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide und Gentechnik sind unverzichtbare Elemente einer insektenfreundlichen Landwirtschaft.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 7, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-30

„Um Lebensräume für Insekten zu schaffen und die Nahrungsgrundlage zu verbessern wollen wir Förderprogramme zur Anpflanzung von Blühstreifen, Randstreifen, extensivem Grünland, Obstbaumreihen und Gehölzen auflegen und ausweiten sowie die Umstellung auf Ökolandbau besser fördern. Den Einsatz von Pestiziden wollen wir durch Forschung, Beratung und Förderung deutlich reduzieren, um mittelfristig komplett auf sie zu verzichten. Zugleich müssen Bienenweidepflanzungen auf öffentlichen Flächen und Zwischenfruchtaussaaten nach der Getreideernte gefördert werden. Auf Gebäuden der Landesverwaltung und -behörden wollen wir das Aufstellen von betreuten Bienenvölkern unterstützen und werden eine intensive Zusammenarbeit mit regionalen Imkerverbänden anregen.“

→ Die Änderungen zugunsten der Insekten sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-31

„Brandenburgs Landwirtschaft ist im europäischen Vergleich vor allem aufgrund der besonders armen Böden überdurchschnittlich heftig von der Klimaerwärmung betroffen. Die Extremwetter Schäden nehmen jährlich zu, die Kompensationszahlungen aus dem Landeshaushalt haben in den letzten Jahren zweistellige Millionenbeträge erreicht. Gleichzeitig gibt es kaum Landesmittel und Beratung zur Klimaanpassung, ebenso wenig zur Reduzierung von Klimagasen. Wir wollen ein umfassendes Klimafitnessprogramm für die Brandenburger Landwirtschaft auflegen und viele Maßnahmen wie ökologischen Landbau, Humusaufbauprojekte, Wasserrückhalt und -regulierung, Gewässerrandstreifen, Heckenpflanzungen, Bewässerungstechniken oder Weinbau bündeln und mit großen Schritten voranbringen.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-32

*„Wir wollen ein absehbares Ende der Massentierhaltung und dafür den Tierschutzplan, der aus dem Volksbegehren gegen Massentierhaltung entstanden ist, als ersten Schritt engagiert umsetzen. Wir drängen auf einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen und der Praxis des Kupierens von Schwänzen bei Ferkeln. Das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel wollen wir genauso unterbinden wie das Enthornen von Rindern. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung durch die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und einer Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung durchsetzen. Wir wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen und strengere Kontrollen von Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur Geltung bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Den Brandschutz wollen wir stärken, sodass die Rettung der Tiere auch in der Praxis möglich ist.“* (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-33

*„Neben klaren Regelungen für die konventionelle Tierhaltung wollen wir vor allem die Alternativen fördern, insbesondere die Freilandhaltung von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen. Hierzu wollen wir u.a. die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen.“* (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-34

*„Nicht alle notwendigen Schritte zur Überwindung der Massentierhaltung können wir auf Landesebene erreichen. Im Bund wollen wir als nächsten Schritt eine absolute Tierzahlen-Obergrenze für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des Deutschen Tierschutzbundes orientiert. Eine flächengebundene Tierhaltung muss zur Regel werden. Nur Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher Betrieb bekommen.“* (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 8, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-35

*„Wir wollen mit dem Bund über die Überführung aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigene Siedlungsgesellschaft nutzen.“* (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-36

„Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den Hauptursachen für das Artensterben. Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren. Dazu wollen wir Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen wollen wir stärken. Angesichts von mehr als 300 Millionen Euro an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen, ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Zudem wollen wir die gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeiten: Diese soll Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben. Zur Verminderung der Bodenerosion, zur Aufwertung des Landschaftsbildes und zur Vermeidung von Sandstürmen wollen wir erreichen, dass verstärkt Windschutzstreifen und Gehölzstrukturen angelegt werden.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-37

„Agrogentechnik forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Auf Bundes- und EU-Ebene wollen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere einsetzen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-38

„Äpfel aus dem eigenen Garten, Gemüse vom Bauern nebenan, immer mehr Brandenburger\*innen suchen nach Alternativen zu Massentierhaltung, Fast Food und Lebensmittelindustrie. Unsere Vision ist, einen großen Teil des Brandenburger und Berliner Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte und über kurze Transportwege zu decken. Ökologische und soziale Standards und mehr Transparenz schützen Verbraucher\*innen und ermöglichen einen bewussteren Konsum. Gentechnik und Ackergifte haben auf unseren Tellern nichts zu suchen. In öffentlichen Einrichtungen, Kitas, Schulen, Kantinen, Mensen, Krankenhäusern, Pflegeheimen und der Verwaltung wollen wir den Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln deutlich steigern. Entsprechende Kriterien können bei Ausschreibungen festgelegt werden. Wir unterstützen Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-39

„Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Märkte und Existenzgründer\*inneninitiativen eröffnen neue Perspektiven. Menschen gehen neue Wege, um Einfluss auf die Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu entfalten. Wir unterstützen solche neuen Formen der Partnerschaft zwischen Verbraucher\*innen und Erzeuger\*innen und fördern diese Wertschöpfungsplattformen mit Förderprogrammen und Beratung.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-40

„Klima- und Tierschutz beginnt auf dem Teller. Was wir essen, hat auch Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert. Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais werden durch unser Essverhalten mitverursacht.“

→ Die implizit geforderte Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-41

„Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen Tonnen mit einem Gegenwert von 22 Milliarden EUR werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung initiieren, mit dem Ziel, Lebensmittelabfälle entlang der Lebensmittelversorgungsketten zu reduzieren, zum Beispiel in Supermärkten und öffentlichen Kantinen von Schulen, Kitas, Krankenhäusern oder Seniorenheimen.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-42

„Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache gesetzliche Kennzeichnung für alle Nahrungsmittel gibt. Mit einem Brandenburger Label für tierische Produkte wie Fleisch und Milch könnten Haltungsbedingungen klar definiert und für Verbraucher\*innen transparent werden. Die Kennzeichnung bei Eiern hat gezeigt wie es geht und zum schnellen Ende der Käfighaltung beigetragen.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-43

„Die Lebensmittelüberwachung wollen wir finanziell und personell besser ausstatten, einen jährlichen Lagebericht im Landtag einführen und den Verbraucherschutz als Forschungsgebiet in Brandenburg etablieren.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-44

„Die Gurke in Plastefolie, die kleinen Schokoriegel gleich doppelt in Plaste verpackt, Plastikaffekapseln: Jede\*r Brandenburger\*in produziert fast 40 kg Plastikmüll im Jahr. Weltweit landen jedes Jahr acht Millionen Tonnen Plastikmüll in unseren Ozeanen, gefährden unser Öko-System und töten Fische und Vögel. Mikroplaste ist selbst im Brandenburger Anglerverein inzwischen Thema.“

→ Der implizit geforderte Wechsel im Umgang mit Plaste ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-45

„Für den Einsatz von Plastikfolien beim Anbau von Gemüse und Feldfrüchten wollen wir klare Obergrenzen festsetzen und deren Einsatz in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten generell ausschließen.“

→ Der geforderte Wechsel im Umgang mit Plaste in diesen Bereichen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 10f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-46

„Wir wollen Müll vermeiden, wo es nur geht und einen Aktionsplan ins Leben rufen, um die Plasteveranschwendung wirkungsvoll zu bekämpfen. Dazu gehört die Einführung von Mehrwegsystemen, wie es einige Kommunen zum Beispiel bei Kaffee-to-go-Bechern schon praktizieren, und die Unterstützung von plastefreien Kommunen als Modellprojekt, die Förderung von Repair-Cafés und Gebrauchtgüterläden nach belgischem Vorbild, sowie die Stärkung des Recyclingsystems. Hierfür ist auch das Eindämmen von Verbundverpackungen elementar. In der Landesverwaltung wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung des Landes wollen wir umbauen, um mehr Unternehmen beim Ressourcenschutz zu unterstützen.“

→ Der geforderte generelle Wechsel im Umgang mit Plaste ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-47

„Wir wollen den Ökolandbau fördern, indem wir ein landeseigenes Regionallabel mit hohen Qualitätsstandards etablieren.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-48

„Wir fördern Unternehmen, die neben Nachhaltigkeit auch auf gute Arbeitsbedingungen Wert legen. Denn so entstehen gute Arbeitsplätze, das Geld bleibt in der Region, die nachhaltige Lebensmittelproduktion wird zum Standortfaktor und wir tun gleichzeitig etwas für den Klimaschutz. Wir wollen in öffentlichen Kantinen, Kitas und Schulen, Krankenhäusern und Seniorenresidenzen konsequent regionale Produkte und auch mehr Bio auf den Teller bringen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-49

„Die Vermüllung unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Plastikmüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für den Kaffeebecher, Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten. Für Lieferanten schlagen wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung alternativer Modelle wie Repair-Cafés, kommunale Gebrauchtgüterläden oder Unverpackt-Läden. Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren. Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plaste produkte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der Europäischen Union und bei den Vereinten Nationen brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.“ (Herv. i. O.)

→ Der geforderte generelle Wechsel im Umgang mit Plaste ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-50

„Wir wollen an die Politik der ersten Jahre unseres Bundeslandes nach 1990 anknüpfen und wieder zum bundesweit beachteten Vorbild einer natur- und umweltverträglichen Regionalentwicklung werden. Die Lebensraumverluste und den damit verbundenen gravierenden Schwund der Artenvielfalt wollen wir stoppen. Industrialisierte konventionelle Landwirtschaft, Zerschneidung von Natur und Landschaft durch immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, Aushöhlung der Naturschutzgesetze, Vernachlässigung von Schutzgebieten, Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner Landnutzer zu Lasten der Allgemeinheit – dem Rückbau des Naturschutzes durch Rot-Rot setzen wir unser grünes Konzept entgegen.“

→ Die Umsetzung von generellem Natur- und Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-51

„Die Biosphärenreservate und Naturparke wollen wir zu Modellregionen für eine nachhaltige Landnutzung und für Naturtourismus entwickeln. Unsere Wälder wollen wir komplett ökologisch bewirtschaften, unsere Seen und Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen und der Artenvielfalt den Schutz besorgen, den sie benötigt. Illegale Müllablagerungen wollen wir systematisch beseitigen.“

→ Die Umsetzung von generellem Natur- und Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-52

„In den nächsten fünf Jahren wollen wir unter anderem:

✓ 100 % des Landeswaldes nach den Regeln des Forest Stewardship Council für nachhaltige Forstwirtschaft (FSC) ökologisch zertifizieren lassen

✓ 25 % der Landwirtschaftsfläche pestizidfrei machen - durch ökologische Landwirtschaft (bisher 11%)

✓ 10 % der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z. B. Hecken, durchgängige Bachläufe, Wanderungskorridore für bedrohte Arten und als grüne Adern in der Landschaft);

✓ 2 % der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen;

✓ 1 % der Waldflächen rechtssicher als Naturwaldzellen ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel) reservieren.

✓ 0 % Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft“

→ Die Umsetzung von generellem Natur- und Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-53

„Allerdings wurde ab 2003 schrittweise mit dem Abbau der zuständigen Verwaltungen und der Naturwacht begonnen. Zuletzt wurde im April 2018 die Abteilung Großschutzgebiete im Landesamt für Umwelt aufgelöst und die zentrale Koordinierung abgeschafft. Die Stellenausstattung der Biosphärenreservate wurde halbiert. Damit können auch immer weniger Drittmittel aus Naturschutzprogrammen in die Regionen geholt werden. Hinzu kommt der massive Abbau der Naturwacht. Die Sparmaßnahmen haben dazu geführt, dass besonders in den größeren Schutzgebieten die Naturwacht kaum noch in der Fläche präsent ist.“

→ Die implizit angestrebte Umgestaltung der Naturwacht ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-54

„Unser Ziel ist es, Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen.“

→ Die insgesamt ökologisch nachhaltige Ausgestaltung von Regionen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-55

„Die Großschutzgebiete sind wieder in einer organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich Umwelt/Landwirtschaft zusammenzuführen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programm zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im ‚Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)‘ aus.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 13, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-56

„Mit einem Anteil von 37 Prozent an der Gesamtfläche des Landes bieten die Wälder Brandenburgs ein einzigartiges ökologisches Potential. Doch leider sind diese wenig vielfältig. Fast drei Viertel der Waldbestände werden von monotonen Kiefernforsten dominiert, die hinsichtlich der Grundwasserneubildung und der Artenvielfalt große Defizite aufweisen. In Zeiten des Klimawandels offenbart sich die Anfälligkeit dieser Forsten gegenüber Umwelteinflüssen in besonderer Weise. Waldbrände haben zuletzt ein dramatisches Ausmaß angenommen, die Massenvermehrung von Schadinsekten wird weiter begünstigt und Sturmschäden sind immens hoch. Wenn sich die klimatischen Extreme häufen, wird der Umgang mit dem Wald in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein.“

→ Der veränderte Umgang mit den Wäldern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-57

„Deshalb setzen wir uns für eine Forcierung des Waldumbaus hin zu standortangepassten, möglichst artenreichen Mischwäldern ein. Damit wollen wir die Neubildung von unbelastetem Grundwasser unter Waldflächen und die Funktion der Wälder für das Lokalklima fördern, die biologische Vielfalt in den Wäldern erhöhen und gleichzeitig die Attraktivität der Wälder für die Naherholung steigern. Für das Vorantreiben einer ambitionierten Waldumbaustrategie der Landesforstverwaltung in privaten und öffentlichen Forsten wollen wir die notwendigen Mittel bereitstellen. Dabei setzen wir auf die Waldbesitzer\*innen, die Wirtschaft und den Landesforst. Durch Beratung und Vernetzung wollen wir die wirtschaftliche Nutzung von Brandenburger Holz auch jenseits von Parkettfabriken attraktiv machen.“

→ Der veränderte Umgang mit den Wäldern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-58

„Dabei muss der Landeswald zum Vorbild für die von uns geforderte nachhaltige Entwicklung werden und vollständig FSC-Siegel zertifiziert werden. Wir wollen die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften der ehemaligen Sowjettruppen dem Landesbetrieb Forst übertragen. Weiterhin wollen wir das Jagdrecht novellieren, die Zahl der jagdbaren Arten deutlich reduzieren und dabei die Jagd auf Vögel beenden. Fütterung von Wildtieren werden wir verbieten. Ziel der Jagd muss eine effektive Begrenzung der Populationsdichten von Schwarz-, Reh-, Dam- und Rotwild sein, um Fraßschäden zu verringern und eine natürliche Erneuerung des Waldes zu ermöglichen. Die Mindestanforderungen an die sogenannte gute fachliche Praxis in der Forstwirtschaft wollen wir im Landeswaldgesetz verankern. Fördermittel sollen nur noch für über die in diesem Gesetz formulierten Mindestansprüche hinausgehenden Leistungen ausgereicht werden. Zusammenschlüsse von Kleinwaldbesitzern in Form von Forstbetriebsgemeinschaften begrüßen wir, sie sollen durch kostengünstige Beratung unterstützt werden. Im Landeswaldgesetz wollen wir zudem eine differenzierte Bewirtschaftung von Kleinwaldflächen in dicht besiedelten Gemeinden festlegen und klare Verfahrensregeln zur Anlage und Sicherung von Schutz- und Erholungswäldern definieren.“

→ Der veränderte Umgang mit den Wäldern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 13f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-59

„Landschafts-, dorf- und stadtbildprägende Einzelbäume und Baumreihen dürfen nicht verloren gehen - wir wollen sie gesetzlich besonders schützen. Alleebäume, die aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt werden mussten, sollen im Verhältnis 2:1 innerhalb eines Jahres nach der Fällung neu gepflanzt werden. Den derzeit geschrumpften Bestand an Alleebäumen möchten wir nicht nur erhalten, sondern auch mit neuen Alleen weiter ausbauen. Wir wollen auch wieder eine landesweit gültige Baumschutzsatzung etablieren.“

→ Der veränderte Umgang mit Bäumen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-60

„Von den 190 Brandenburger Seen mit einer Wasserfläche von mehr als 50 Hektar sind nur 24 in einem guten oder sehr guten ökologischen Zustand. Der überwiegende Teil weist hingegen eine mäßige bis schlechte Qualität auf. Um die Seen vor weiteren Verunreinigungen vor allem durch Pestizide und Dünger zu schützen, wollen wir an allen Gewässern Randstreifen mit einer ausreichenden Breite festlegen. Diese schützen nicht nur das Wasser unserer Seen und Flüsse vor Giften und Düngern und stärken den Biotopverbund, sondern helfen auch, die Artenvielfalt zu erhalten und die Landschaft zu verschönern. Die Kriterien für die regelmäßigen Untersuchungen der Badegewässer wollen wir überprüfen und wo immer sinnvoll ausweiten. Die Zahl der automatisierten Messstellen zur Erfassung der Belastung der Oberflächengewässer mit Nitrat wollen wir erhöhen. Darüber hinaus wollen wir entschiedene Maßnahmen zur Verringerung des Nitrat-, Pestizid- und Antibiotikaeintrages ergreifen. Viele Seen in Brandenburg sind von einem sinkenden Wasserspiegel betroffen. In der Lausitz geht dies auch auf die Grundwasserabsenkungen des Tagebaubetreibers zurück. Auch auf unseren Druck hin wurde der Tagebaubetreiber zu Ausgleichseinleitungen und Wassereinleitungen an einigen Seen verpflichtet. Wir kämpfen für weitere Maßnahmen gegen den Wasserverlust und die Regenerierung der betroffenen Seen und Moore.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-61

„Wir wollen unsere Bäche und Flüsse entsprechend der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür möchten wir den Flüssen ausreichend Raum geben. Überschwemmungsgebiete sollen nicht weiter für Acker- und Siedlungsbau zur Verfügung stehen, stattdessen wollen wir hier extensive Landnutzungen fördern. Altwasserarme und Auengebiete wollen wir reaktivieren und wieder an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse anschließen. Auf diese Weise möchten wir die Auen der Elbe, der Schwarzen Elster, der Spree und der Havel langfristig naturnah entwickeln. Wir werden keinen weiteren Ausbau unserer Flüsse zulassen. Oder und Elbe müssen als freifließende Flüsse ohne (weitere) Staustufen erhalten bleiben. Damit begegnen wir auch den zunehmenden Extremwetterereignissen, wie z.B. längere regenarme Zeiten, höhere Temperaturen und Extremniederschläge: Bei Hochwasser gibt es schließlich mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird so der Wasserrückhalt gefördert.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-62

„Die Folgen des Braunkohlebergbaus in der Lausitz schlagen sich seit ca. zehn Jahren in der Belastung der Spree und vieler ihrer Zuflüsse mit Eisenhydroxid und Sulfat nieder. Das lebensfeindliche Eisenhydroxid verschlammt Ufer und Gewässersohle und vernichtet so wertvolle Lebensräume. Die Ockerfrachten haben bisher viele Kilometer Fließgewässer verödet und bedrohen nun mit dem Spreewald nicht nur ein UNESCO-Biosphärenreservat mit wertvollen FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat EU-Richtlinie), sondern auch eine wichtige Tourismusregion. Insbesondere die Probleme mit der Talsperre Spremberg sind nicht ansatzweise gelöst. Die Anreicherung mit Eisenocker findet stetig statt und bildet ein ungeheures Gefährdungspotential, das mit einem der nächsten großen Hochwasser zum ökologischen Kollaps im Spreewald führen kann. Der hohe Sulfatgehalt des Spreewassers stammt zu 65 Prozent aus dem aktiven Braunkohletagebau und bedroht mittlerweile sogar die Versorgung mit sauberem Trinkwasser von Berlin, der Städte Frankfurt (Oder) und Lübbenau sowie deren Umland. Da ein Herausfiltern des Sulfats nicht möglich ist, kommt als einzige Gegenmaßnahme die Verdünnung des Spreewassers mit unbelastetem Wasser in Frage, welches wiederum in der angespannten Wassersituation im Einzugsgebiet der Spree selbst knapp ist.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-63

„Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, legen wir einen Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vor. Für die Braunkohletagebaue führen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat ein. Die Vorsperre Bühlow und die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen das Weiterfließen des Eisenoockerschlamms zu verhindern.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-2

„Eine Verklappung des Eisenschlamms in andere stehende Gewässer lehnen wir ab.“

→ Damit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-64

„Wir wollen ein Gesamtkonzept zur Anpassung an den Klimawandel im Politikfeld Wasser erarbeiten. Dazu wollen wir eine gesamtgesellschaftliche Debatte zum Gemeingut Wasser führen, um das Problembewusstsein für das Schutzgut Wasser vor dem Hintergrund des Klimawandels zu schärfen und die diversen Interessenlagen, Konflikte und Lösungsmöglichkeiten auszuleuchten. Wir wollen die Akzeptanz für innovative Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushalts herstellen und gesellschaftlich tragfähige Kompromisse erreichen. Im Umgang mit den Trockenzeiten wollen wir den Einsatz intelligenter wassersparender Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft und im Gartenbau landesweit voranbringen. Es geht aber auch darum, die Grundwasserneubildung zu fördern, um die Trinkwasserversorgung, aber auch die Ressourcen für die Erhaltung unserer Gewässer und Feuchtgebiete und die Bewässerungssysteme zu sichern. Dazu müssen wir insbesondere den Wasserrückhalt in den Hochflächen des Landes fördern und die Stauhaltungen in künstlichen Gewässersystemen ausbauen. Es geht aber künftig auch darum, schnell auf lokale Starkniederschläge zu reagieren und Überflutungen von Siedlungsbereichen und landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Vegetationsperiode zu vermeiden. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass landesweit in Gewässern I. und II. Ordnung intelligente Steuerungssysteme für die Regulierung der Wasserstände eingesetzt werden können. Damit wollen wir die Beitragskosten für die Gewässerunterhaltungsverbände trotz steigender Anforderungen an die Wasserbewirtschaftung in Grenzen halten. Die Sicherung einer guten Wasser- und Gewässerqualität in den Tagebaugebieten gehört eindeutig zu den Tagebaufolgen.“

→ Die Umsetzung des Gesamtkonzepts ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-65

„Die Moorböden müssen ihrer Funktion als Wasser-, Nährstoff- und Kohlenstoffspeicher in der Landschaft gerecht werden können. Dazu wollen wir das Moorschutzprogramm aufgreifen und zu einer fundierten brandenburgischen Moorschutzstrategie für umfassenden Moorschutz weiterentwickeln.“

→ Die Umsetzung der Moorschutzstrategie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Einzelne; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-66

„Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die landwirtschaftliche Nutzung der Moorböden an den ökologischen Zielen und den Klimaschutzziele ausgerichtet wird. Dazu wollen wir moorschonende und moorerhaltende Bewirtschaftungsweisen mit geländenahen Wasserständen fördern. Hierfür wollen wir sowohl die Entwicklung und den Einsatz standortangepasster Grünlandtechnik, als auch Verwertungsketten von Biomasse aus nassem Moor prioritär unterstützen und fördern.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-67

„Torfwachstum zur Speicherung von Wasser-Nährstoffen und CO<sub>2</sub> wollen wir durch den Schutz der noch vorhandenen naturnahen Moore und die Wiedervernässung von entwässerten Mooren aktiv fördern. Degradierete Moorflächen, die nicht mehr wirtschaftlich nutzbar sind, sollen – wenn dies fachlich vertretbar und technisch möglich ist – wieder vernässt werden. Dazu wollen wir spezielle Projekte fördern.“

→ Der veränderte Umgang mit Mooren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Einzelne; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-68

„Brandenburg bietet vielen seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Um die seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, wollen wir das Maßnahmenprogramm ‚Biologische Vielfalt‘ zu einer echten Strategie weiterentwickeln, insbesondere ist ein Umsteuern in der Landnutzung dafür zwingend erforderlich.“

→ Die Umsetzung der Strategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-69

„Viele dieser Arten sind auch Indikatoren für die Qualität unserer Umwelt, ihr Verschwinden sollte uns zu denken geben. Wenn wir ihnen effektiv helfen wollen, müssen wir nicht nur weitere Schutzgebiete einrichten, sondern insbesondere die Landnutzung umweltverträglicher gestalten. Bei der Straßenpflege wollen wir erreichen, dass die Straßenrandflächen landesweit im Sinne des Artenschutzes nicht mehr mit Pestiziden behandelt und die Mähzeiten entsprechend berücksichtigt werden (Blühwiesen).“

→ Die angestrebten Veränderungen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-70

„Wir werden Konflikte mit Arten wie Wolf, Biber und Kormoran, die es geschafft haben erfolgreich nach Brandenburg zurückzukehren, weder ignorieren noch populistisch ausschalten. Wir werden mögliche Konflikte, die mit Landnutzer\*innen entstehen, ernst nehmen und Interessen verantwortungsvoll abwägen. Dabei werden wir weder zulassen, dass geschützte Arten wieder verfolgt und ausgerottet werden, noch das Landnutzer\*innen um ihre Existenz fürchten müssen. Das gilt insbesondere für den Wolf, der die Weidetierhaltung in Brandenburg vor große Herausforderungen stellt. Hier setzen wir auf eine bessere Ausstattung der Behörden für eine intensive fachlich fundierte Aufklärungsarbeit und die Weiterentwicklung der bundesweit vorbildlichen Wolfsverordnung. Herdenschutzmaßnahmen wollen wir zu 100 Prozent finanzieren und weitere Maßnahmen wie Vergrämung konsequent fortentwickeln.“

→ Der veränderte Umgang mit den Tierarten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-71

„Wir wollen der Bildung für den nachhaltigen Schutz unserer Lebensgrundlagen einen zentralen Stellenwert einräumen. Umweltbildung muss in den Kitas und Schulen beginnen und auch die Bürger mit berücksichtigen. Wir wollen alle Menschen stärker für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sensibilisieren. Parallel dazu muss das Brandenburger Biotopverbund-Konzept rasch umgesetzt werden. Wir wollen zehn Prozent der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z. B. Hecken, durchgängige Bachläufe, Wanderungskorridore für Reptilien und Amphibien) und zwei Prozent der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen, indem vor allem alte Waldbestände des Landeswaldes sowie rekultivierte Bergbaufolgelandschaften ihrer natürlichen Entwicklung überlassen werden. Ein Prozent der Waldflächen wollen wir rechtssicher als Naturwaldzellen ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere für Waldinsekten, Waldvögel) reservieren. Weiterhin treten wir dafür ein, dass der gesetzliche Biotopschutz ausgeweitet wird, damit die Inseln der Artenvielfalt in unserer Landschaft wirksam geschützt werden. Die Zerschneidung unserer Landschaft durch Verkehrsstrassen ist ein Grund für den Artenrückgang. Wir werden darauf hinwirken, dass Planungen für neue Straßen und Bahnabschnitte zwingend Überquerungshilfen auch für größere Säugetiere enthalten. Für die A 24 werden wir Planungsverfahren für mindestens zwei Wildbrücken durchführen.“

→ Der generelle Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-72

„Skrupellose Müllhändler, die sich auf Kosten der Umwelt und der Steuerzahler\*innen bereichern, richten durch illegale Müllablagerungen enormen Schaden im Land an. Diese Art der Umweltkriminalität macht über undurchsichtige Firmengeflechte Millionengewinne. Weit über 100 solcher illegalen Lager sind inzwischen bekannt, allein 2017 kamen sechs neue hinzu. In den meisten Fällen ist die Gefährdungslage unbekannt. An mehreren Standorten ist das Grundwasser nachweislich belastet.“

→ Das implizit geforderte Vorgehen gegen Müllablagerungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-73

„Wir wollen detaillierte Untersuchungen aller illegalen Müllablagerungen, um anhand einer Gefahrenabschätzung deren Beräumungen priorisieren zu können. Bestehende Müllunternehmen müssen künftig strenger kontrolliert werden.“

→ Das geforderte Vorgehen gegen Müllablagerungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-74

„Langfristig ist die Vermeidung von Müll die beste Strategie gegen illegalen Müll. Wir setzen uns daher für eine Wirtschaftsweise ein, die ressourcenschonend und in Kreisläufen arbeitet. Gerade die Vermüllung unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Plastikmüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für Kaffeebecher, Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und –besteck wollen wir vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten. Für Lieferanten schlagen wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein Unterpfügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-Cafés und kommunalen Gebrauchtwarenläden.“

→ Die generelle Umgestaltung der Wirtschaftsweise ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-75

„Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit 2,5 Millionen Euro unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren. Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plaste produkte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der Europäischen Union und bei den Vereinten Nationen, brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.“

→ Die generelle Umgestaltung der Wirtschaftsweise ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 18, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-76

„Wir wollen Lebensraumverluste und den Schwund der Artenvielfalt, wie das Insektensterben, stoppen. Der industrialisierten konventionellen Landwirtschaft, der Zerschneidung von Natur und Landschaft durch immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, der Aushöhlung der Naturschutzgesetze, der Vernachlässigung von Schutzgebieten, dem Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner Landnutzer zu Lasten der Allgemeinheit, dem Rückbau des Naturschutzes unter der rot-roten Landesregierung setzen wir dafür unser bündnisgrünes Konzept entgegen: In den nächsten fünf Jahren wollen wir den Personalabbau der letzten zehn Jahre im Naturschutz rückgängig machen. Die Naturschutzstationen und Großschutzgebietsverwaltungen wollen wir wieder arbeitsfähig machen und ausbauen. Den Flächenschutz wollen wir ausweiten und vorantreiben. Den ehrenamtliche Naturschutz wollen wir wieder stärken und das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wiederherstellen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des generellen Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-77

„Als feste Zielgrößen wollen wir u.a.:

100 % des Landeswaldes lassen wir nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren.

25 % der Landwirtschaftsfläche machen wir durch Ökolandbau pestizidfrei.

10 % der Landesfläche erklären wir zum landesweiten Biotopverbund.

2 % der Landesfläche machen wir als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei.

1 % der Waldflächen weisen wir rechtssicher als Naturwaldzellen aus und reservieren sie für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel).

0 % erlauben wir Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des generellen Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-78

„Unser Ziel ist, Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen.“ (Herv. i. O.)

→ Die insgesamt ökologisch nachhaltige Ausgestaltung von Regionen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-79

„Die Großschutzgebiete wollen wir wieder in einer organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich Umwelt/Landwirtschaft zusammenführen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programme zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im ‚Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)‘ aus. Das Vorhaben, die Naturparke Niederlausitzer Heidelandschaft und Niederlausitzer Landrücken zu einem Biosphärenreservat weiterzuentwickeln, unterstützen wir weiterhin.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 19, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-80

*„Wir wollen unsere Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür wollen wir den Flüssen ausreichend Raum geben. Überschwemmungsgebiete wollen wir nicht weiter für Acker- und Siedlungsbau zur Verfügung stellen, stattdessen wollen wir dort extensive Landnutzungen fördern. Altwasserarme und Auengebiete wollen wir wieder reaktivieren und an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse anschließen. Auf diese Weise wollen wir der Elbe, der Schwarzen Elster und der Havel langfristig ihre natürlichen Formen zurückgeben. Einen Ausbau von Oder oder Elbe lehnen wir ab. Damit wollen wir auch den zunehmenden Extremwetterereignissen durch den Klimawandel begegnen: Bei Hochwasser gibt es mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird der Abfluss verlangsamt.“* (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-81

*„Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, wollen wir einen Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vorlegen. Für die Braunkohletagebaue wollen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat einführen. Die Vorsperre Bühlow und die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen das Weiterfließen des Eisenockerschlamms zu verhindern.“* (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-3

*„Eine Verklappung des Eisenschlammes in anderen stehenden Gewässern lehnen wir ab und streben eine Deponierung oder eine Wiedernutzung des darin enthaltenen Eisens ein.“* (Herv. i. O.)

→ Damit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-82

*„Die Umstellung auf erneuerbare Energien bringt viele Vorteile: Weniger Umweltschäden, eine höhere regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sowie eine Verringerung der Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland. Unser Ziel ist der vollständige Umstieg auf natürliche und saubere Energien. Das wollen wir mit dem besten Verhältnis von Kosten und Ertrag umsetzen und plädieren dafür, dass Energie sparsam verwendet und nah am Verbrauch produziert wird. Insbesondere Wind- und Solarenergie wollen wir in Brandenburg umweltverträglich, dezentral und beteiligend ausbauen. Dafür müssen die Netze entsprechend angepasst und die Netzkosten gerechter verteilt werden. Die Umlagekosten für erneuerbare Energien im Strompreis werden sinken. Wir wollen zudem sicherstellen, dass die regionale Wertschöpfung aus erneuerbarer Energieerzeugung steigt, damit die Brandenburger\*innen stärker von der Energiewende profitieren.“*

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-83

*„Energie bestimmt unser Leben auch bei der Versorgung mit Wärme und Mobilität. Die öffentliche Hand kann im ganzen Land Vorreiter für den Umstieg auf Elektromobilität und die energieeffizientesten Gebäude sein. Für Landesverwaltung und -behörden konnten wir den Landtag bereits von einem Umstieg auf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien überzeugen und streben nun auch für die Wärme eine Versorgung aus Erneuerbaren an.“*

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 19, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-84

„Um unser Ziel zu realisieren, benötigen wir in Brandenburg v.a. den entschlossenen weiteren Ausbau der Windenergie auf zwei Prozent der Landesfläche und eine Verdopplung der bisherigen Fotovoltaikleistung.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-85

„Das Potential der Sonnenenergie wird bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir eine Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter\*innen ein Anreizprogramm auflegen. Die bisher kaum genutzte Erdwärme wollen wir in der Förder- und Energiepolitik stärker berücksichtigen. Sie bietet eine emissionsfreie, Tages- und Jahreszeit unabhängige Energiequelle mit wenig Platzbedarf, die mit unterschiedlichen Temperaturen und Tiefenbereichen eine Vielzahl an Nutzungsvarianten ermöglicht. Konflikte mit dem Denkmalschutz wollen wir pragmatisch lösen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-86

„Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe und Kontrolle eines Qualitätssiegels ‚Faire Windenergie‘ initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen Windenergieanlagen, als auch die Klärung planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\*innen und Kommunen sein.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-4

„Der Wunsch, Energie aus erneuerbaren Quellen preiswert erzeugen zu wollen, muss klare Grenzen haben. Deshalb haben Windenergieanlagen in Naturschutz- Großschutz- und Vogelschutzgebieten nichts zu suchen.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-87

„Bei der energetischen Biogasnutzung wollen wir den Ausbau stoppen und den Anbau von Energiepflanzen generell nachhaltiger gestalten. Wir wollen durch eine mindestens dreijährige Fruchtfolge der zunehmenden ‚Vermaisung‘ der Landschaft begegnen. Um die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft wieder zu fördern, wollen wir mittel- bis langfristig den Ausstieg aus der Maisverwertung als Energieträger einleiten. Nahrungsmittelproduktion und Reststoffverwertung müssen Vorrang vor der Erzeugung und Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger haben. Zudem muss die Biomasse in einem vertretbaren Radius von der Biogasanlage anfallen.“

→ Die nachhaltigere Gestaltung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-88

„Wir wollen Projekte unterstützen, die die Verwendung von Moor-Biomasse zur energetischen Verwertung entwickeln und erproben. Beim Anbau schnell wachsender Hölzer in Agroforstsystemen und Kurzumtriebsplantagen muss das Land Regelungen zur ‚guten fachlichen Praxis‘ festlegen. Naturschutz und Energiewende müssen Hand in Hand gehen. Bei der Abwägung von Standorten ist für uns die Schwere des Eingriffs in Natur und Artenvielfalt entscheidend.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-5

„Grundsätzlich sind wir gegen die Nutzung von Windenergie im Wald, denn ein artenreicher Mischwald kann kein geeigneter Standort für Windenergieanlagen sein.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20 , BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-6

„Die Energieerzeugung aus Wasserkraft steht im Land Brandenburg im Widerspruch zu den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wie inzwischen mehrere Studien belegen, ist das Wasserdargebot in den Brandenburger Flüssen und Bächen nicht rentabel zu nutzen, wenn die Anlagen mit funktionierenden Fischwanderhilfen für den Auf- und Abstieg der Fische kombiniert werden sollen. Jede neue Wasserkraftanlage stellt eine Verschlechterung für den Zustand des Gewässers dar. Deshalb soll es über den Bestand hinaus keine neuen Wasserkraftanlagen im Land Brandenburg geben.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-89

„Wir wollen, dass erneuerbare Energie aus Brandenburg einen immer größeren Beitrag zur Beheizung der Gebäude und zum Antrieb von Fahrzeugen leistet. Es ist bereits möglich, dass die Brandenburger\*innen ihre Zukunft zu 100 Prozent erneuerbar planen und genießen können. Diese Entwicklung unterstützen wir Bündnisgrünen, wo es nur geht. Dabei müssen auch Energiespeicher aufgebaut und (weiter-)entwickelt werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-90

„Zunächst fordern wir Investitionen in die Flexibilisierung der Nachfrage: So können Verbraucher\*innen Strom vermehrt zu den Zeiten nutzen, in denen er besonders günstig ist. Mit einem schrittweisen Umstieg auf Elektromobilität können neben Zügen und Straßenbahnen auch Busse und Autos mit erneuerbarer Energie angetrieben werden und in Ruhe- und Ladezeiten auch als Energiespeicher genutzt werden. Brandenburg muss sich hier noch stärker für die effiziente Erzeugung und Speicherung von Wärme und E-Gas aus Strom einsetzen, damit die drei Sektoren des Energieverbrauchs intelligent verknüpft werden können.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 21, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-91

„Bei so viel Veränderung benötigt Brandenburg eine unabhängige Energieagentur, wie es sie bereits in vielen anderen Bundesländern gibt. Sie muss den Bürger\*innen und Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die bestehende Energieabteilung in der Wirtschaftsförderung reicht dafür nicht aus. Gemeinden, in denen Anlagen für erneuerbare Energie errichtet werden sollen, benötigen mehr Unterstützung vom Land, damit sie wirkliche Partner der Energiewende werden können. Die Wertschöpfung aus Wind- und Solaranlagen muss dort verbleiben, wo die Energie erzeugt wird.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-92

„Ebenso wollen wir den Weg für Brandenburger Bürger\*innen und Unternehmen ebnen, die in erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung investieren und ihren selbst erzeugten Strom ohne viel Bürokratie selber nutzen wollen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-93

„Nach fast 20 Jahren Erneuerbare-Energien-Gesetz sind die Kosten für die erneuerbare Stromversorgung unter die Kosten einer fossilen Energieversorgung gesunken. In Brandenburg stehen ca. 6.800 MW Windenergie, ca. 3.379 MW Photovoltaik und ca. 420 MW Biomasse zur Verfügung. Es ist bereits gelungen, deutschlandweit über 40 Prozent und in Brandenburg über 80 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen bereitzustellen. Jedoch exportiert Brandenburg über die Hälfte des hier erzeugten Stroms. Statt Braunkohlestrom zu exportieren, wollen wir den schrittweisen Kohleausstieg entschlossen fortsetzen, um die hohen Treibhausgasemissionen aus der Braunkohleverstromung deutlich zu reduzieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21f., BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-7

„Fracking, eine stark risikobehaftete Bohrmethode, bei der Millionen Liter Wasser mit Chemikalien wie Bioziden, Säuren und Korrosionsschutzmittel versetzt werden, bei der diese Chemikalien und brennbares Methan in Brunnenwasser gelangen können, lehnen wir grundsätzlich ab und wollen wir verbieten.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-94

„Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Dabei setzen wir auf den Dreiklang dezentral, umweltverträglich, beteiligend. Bei Biogas sehen wir die Grenze der Umweltverträglichkeit bereits erreicht und wollen einen weiteren Ausbau stoppen. Das Potenzial der Sonnenenergie wird dagegen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir eine Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter\*innen ein Anreizprogramm auflegen. Das bisher kaum genutzte Erdwärmepotenzial wollen wir in der Förder- und Energiepolitik stärker berücksichtigen. Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe und Kontrolle eines Qualitätssiegels ‚Faire Windenergie‘ initiieren.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-95

„Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung. Die Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns die Klimakatastrophe in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer von 2018 nur ein Vorgeschmack. Auch in den Braunkohleregionen schafft ein klarer Ausstiegsfahrplan, verbunden mit verbindlich zugesagten Strukturhilfen, endlich Klarheit, wie es weitergehen kann.“

→ Die Strukturwandelungen zum Erreichen der Klimaziele sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-96

„Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Auf Grund der parallel beibehaltenen Braunkohleverstromung hat das bisher jedoch kaum Auswirkungen auf Brandenburgs extrem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Pro Kopf hat Brandenburg den mit Abstand höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller Bundesländer! Ohne den Kohleausstieg wiederum können weder Brandenburg noch Deutschland seine beschlossenen Klimaziele realisieren.“

→ Die Strukturwandelungen zum Erreichen der Klimaziele sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-97

„Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz von den bisherigen Landesregierungen fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten. Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner\*innen und Mitarbeiter\*innen an und in den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan mit neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist klimapolitisch und wirtschaftlich ein Auslaufmodell. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in Kauf genommen. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen unaufhörlich und können nicht annähernd vom Betreiber im nötigen Umfang erbracht werden. Zudem subventioniert Brandenburg noch immer die Braunkohle durch den Verzicht auf Entgelte für die Entnahme von Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue.“

→ Die Strukturwandelungen zum Erreichen der Klimaziele sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-98

„Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist gleichwohl klar, dass es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf. Zudem wollen wir bereits genehmigte Tagebaue verkleinern. Wir setzen uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des Tagebaus Welzow Süd II ein.“

→ Die Strukturwandelungen zum Erreichen der Klimaziele sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-99

„Weder die Landesregierung noch die CDU haben bisher die notwendige Entschlossenheit gezeigt, den kohleausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz zukunftsfähig zu gestalten. Die von der letzten Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte. Andere Parteien zitieren gerne die Kosten des Klimaschutzes und blenden dabei völlig aus, dass die menschengemachte Klimaerhitzung erhebliche und bedrohlich wachsende Kosten mit sich bringt. Doch für immer mehr Bürger\*innen und Kommunen, die viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die Anpassung an die Klimakrise schon jetzt Realität – und sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue Arbeitsplätze schaffen und weltweit nachgefragte Lösungen ‚Made in Brandenburg‘ entwickeln.“

→ Die Strukturwandelungen zum Erreichen der Klimaziele sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-100

„Die meisten Beschäftigten aus der Braunkohlebranche wie Verfahrenstechniker\*innen, Maschinenbauer\*innen, Elektrotechniker\*innen, Mechatroniker\*innen usw. sind nicht auf den Energieträger Braunkohle festgelegt und werden für die Transformation zur zukunftsfähigen Energieregion gebraucht. Diese in der Region vorhandenen Kompetenzen müssen entschlossen als Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern aus dem Bereich der Energiewende genutzt werden.“

→ Diese Transformation ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-101

„Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzubringen, schlagen wir vor, gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen, Klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren sowie Vereinbarungen über folgende Maßnahmen zu treffen und umzusetzen.“

→ Die Strukturwandelungen zum Erreichen der Klimaziele sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-102

„Wir schließen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht aus, zudem wollen wir bereits genehmigte Tagebaue verkleinern. Bis dahin müssen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Milliarden Euro allein für die Lausitz – trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels.“ (Herv. i. O.)

→ Die Strukturwandelungen sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-103

„Die Strategien, die die Landesregierung in den letzten Jahren im Bereich der Mobilität vorgelegt hat, haben nicht dazu beigetragen, die Verkehrswende in Brandenburg einzuleiten. So ist etwa das in der Mobilitätsstrategie formulierte Ziel, den Anteil des Umweltverbunds (Fuß, Rad, Öffentlicher Verkehr) an den zurückgelegten Wegen von 47 Prozent (Stand 2008) auf 50 Prozent in 2030 zu erhöhen, völlig ambitionslos. Wir wollen erreichen, dass dieser Anteil bis 2030 auf zwei Drittel am gesamten Verkehrsvolumen steigt. Zudem soll es überall in Brandenburg möglich sein, ohne ein eigenes Auto ein gutes Leben zu führen.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-104

„Dort wo Lückenschlüsse und die Beseitigung von Engpässen oder auch Ortsumgehungen zur Entlastung von Anwohner\*innen notwendig sind, setzen wir auf kostengünstige und umweltverträgliche Lösungen. Das betrifft auch den Flächenverbrauch sowie die Lärmbelastung und die Verkehrssicherheit. Wo Straßen zu groß für den Bedarf sind, müssen auch ein Rückbau und eine Rückgewinnung von Naturflächen möglich sein.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-105

„Den geplanten Ausbau der A14 lehnen wir als überdimensioniert ab und wollen stattdessen einen Ausbau der B189 mit den lang ersehnten Ortsumfahrungen. Die B96 wollen wir lediglich maßvoll mit der Einrichtung von Überholspuren und Ortsumfahrungen an geeigneten Stellen ausbauen.“

→ Die Bauten sind aufgrund der Eingriffe in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-8

„Den geplanten Ausbau der A14 lehnen wir als überdimensioniert ab und wollen stattdessen einen Ausbau der B189 mit den lang ersehnten Ortsumfahrungen.“

→ Die Bauten sind aufgrund der Eingriffe in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation. Dieser spezielle Bau wird abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-106

„Wir wollen eine Roadmap für Formen der alternativen Betankung. Vor allem wollen wir Elektromobilität fördern, um den ökologischen Fußabdruck des Verkehrs zu verbessern. Die Landesverwaltung muss hier Vorreiter werden und ihre Fahrzeugflotte auf Elektroantrieb umstellen. Wo das technisch noch nicht möglich oder sinnvoll ist, unterstützen wir die Nutzung von Erdgas (Compressed Natural Gas - CNG) als Brückentechnologie. Wir setzen uns für den Ausbau des Netzes von Elektro-Ladepunkten und Erdgastankstellen ein.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-107

„Den Güterverkehr wollen wir von den Straßen auf die Schiene holen. Das schont sowohl die Umwelt als auch unser Klima und unser aller Nerven.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-108

„Die ab 2019 festgesetzten LKW-Mautsätze decken die unserer Volkswirtschaft entstehenden Kosten der Luftverschmutzung nur zu 75 Prozent ab, die Kosten der Lärmbelastung sogar nur zu 28 Prozent. Um stärkere Anreize für Investitionen in emissionsarme Fahrzeuge und für Verkehrsverlagerungen und damit für den Klimaschutz zu erreichen, wollen wir die LKW-Maut zu einer Logistikabgabe weiter entwickeln.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-109

„Die Folgen dieser Entwicklungen müssen viele Menschen täglich im wahrsten Sinne des Wortes hautnah erleben. Dabei hat der öffentliche Nahverkehr viele Vorteile gegenüber dem privaten Autoverkehr: Er hat eine geringere Klimabelastung, verursacht weniger Unfallopfer, deutlich weniger Lärm und Flächenverbrauch.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 28, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-110

„Wir fordern, dass an allen neuralgischen Punkten die S-Bahnlinien zweigleisig ausgebaut werden, um die Fahrplanstabilität zu gewährleisten und notwendige Taktverdichtungen zu ermöglichen.“

→ Die Bauten sind aufgrund der Eingriffe in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-111

„Wir wollen die Emissionen beim Verkehr auf der Schiene deutlich senken. Dies wollen wir über die Elektrifizierung der Strecken einerseits und über technologieoffene eigenelektrische Antriebe der Fahrzeuge andererseits erreichen. Bei der Stromversorgung wollen wir dabei auf 100 Prozent Erneuerbare Energien zurückgreifen.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-112

„Um übermäßige Mittel- und Langstreckenflüge zu vermeiden, werben wir für einen Kulturwechsel. Urlaub in der Region wollen wir unter anderem durch besseren öffentlichen Nahverkehr deutlich attraktiver machen. Weitere Steigerungen im Luftverkehr sind schon allein aus klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel. In diesem Fall befürworten wir ein marktwirtschaftliches Versteigern der Start- und Landerechte. Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Luftverkehrs- und/oder Kerosinsteuer, die beim Flugverkehr die wahren gesellschaftlichen Kosten darstellt.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-113

„Durch die Elektrifizierung der Strecken, technologieoffene eigenelektrische Antriebe der Fahrzeuge sowie die Versorgung durch 100 Prozent erneuerbare Energien wollen wir die Emissionen des ÖPNV deutlich senken.“ (Herv. i. O.)

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-114

„Für den Klimaschutz und die Lebensqualität ist eine flächendeckende, gute Radinfrastruktur unverzichtbar.“ (Herv. i. O.)

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-9

„Wir wollen das Projekt BER bestmöglich zu Ende führen. Der Luftverkehr muss selbst für die Wirtschaftlichkeit sorgen. Es dürfen keine weiteren Steuergelder versenkt werden. Illusorische Ausbaupläne lehnen wir ab, da der Flughafen durch Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung faktisch immer mehr innerstädtisch wird und dies auch aus klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel wäre.“ (Herv. i. O.)

→ Die Bauten sind aufgrund der Eingriffe in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation. Dieser spezielle Bau wird abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-115

„Mehrere Megatrends wirken sich grundlegend auf Wirtschaft und Gesellschaft aus: Die Digitalisierung auf die Art, wie wir kommunizieren, wie wir uns informieren, wie wir produzieren und konsumieren. Gleichzeitig wirken sich die Klimakrise und das Fördermaximum von fossilen Energieträgern auf die finanzielle und politische Verfügbarkeit dieser Rohstoffe aus. Die demografische Entwicklung führt zu einem massiven Fachkräftemangel. Hinzu kommt eine aktuelle Phase der Hochkonjunktur auf der einen und der wachsenden Vermögens- und Einkommensunterschiede auf der anderen Seite. Grundansatz unserer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren. Das bedeutet, Ressourcen sparsam einzusetzen und die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair zu verteilen und Armut zu bekämpfen sowie das gesamtgesellschaftliche Kosten-Nutzen-Verhältnis zu betrachten.“

→ Der generell veränderte Umgang mit der Umwelt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-116

„Wirtschaft darf aber kein Selbstzweck sein, sondern muss den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden und die Bewahrung der Natur im Blick behalten. Wir wollen die Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, dass Produktion und Dienstleistungen in Brandenburg in Zukunft ökologischer, solidarischer, digitaler, kommunikativer, dezentraler und vernetzter werden. Brandenburg soll Vorreiter in Sachen sozialökologischer Marktwirtschaft werden. Kleine und mittelständische Unternehmen sowie Gründer\*innen sind häufig die Treiber\*innen dieser Transformation und sind für uns Hauptaugenmerk unserer Wirtschaftspolitik.“

→ Es wird die gesamte sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft beschrieben.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 32, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-117

„Auch die ökologischen Leitplanken verlangen eine konsumkritische Abkehr von der undifferenziert immer weiteren Steigerung der Produktion. Es kommt auch darauf an, Wegwerfprodukte durch langlebige Waren zu ersetzen, zu reparieren statt wegzuschmeißen, Dinge Second Hand zu nutzen, statt neu anzuschaffen und Dinge zu teilen, statt zu besitzen. Mit nachhaltiger Wirtschaftsförderung wollen wir die vielen Ideen, die diese Ansätze bereits beherzigen, vorantreiben.“

→ Es wird die gesamte sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft beschrieben.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-118

„Die Wirtschaftspolitik der rot-roten Landesregierung schenkt diesen neuen Impulsen wenig Beachtung. Das fortwährende Festhalten an der Braunkohlewirtschaft ist symptomatisch für einen innovationsfeindlichen Wirtschaftskonservatismus, der für die Gewinne von heute die Chancen von morgen opfert und Regionen ihre Zukunft raubt.“

→ Der Kohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-119

„Bei den grünen Gründungen weist Brandenburg zwischen 2006 und 2016 die zweithöchste Gründungsintensität aller Bundesländer auf. Dies zeigt, dass Brandenburg als ländlich geprägtes Bundesland mit einer großen Relevanz des Energiesektors gute Bedingungen für Start-Ups mit Schwerpunkten in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung und in den erneuerbaren Energien bietet. Die Green Economy fasst in Brandenburg schneller Fuß als andersorts.“

→ Die Umsetzung der Green Economy ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-120

„Wir wollen die Wirtschaftspolitik des Landes auch für soziales Unternehmertum oder Projekte zur ökologischen Nachhaltigkeit verfügbar machen. Gewinn- und wachstumsorientierte Start-Ups, beispielsweise aus Medizintechnik oder Softwareentwicklung, sollen soziale und ökologische Kriterien einhalten müssen, um von der Wirtschaftsförderung zu profitieren. Unsere Wirtschaftsförderpolitik darf deshalb nicht einseitig ökonomisch orientiert sein, sondern muss sich an ökologischen Kriterien, fairer Bezahlung der Arbeitnehmer\*innen, sowie der Verhinderung von Monopolstrukturen orientieren. Ideen, die unsere Gemeinschaft stärken oder ökologisch nachhaltig sind, verdienen Vorfahrt.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 34, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-121

„Gerade Unternehmer\*innen in den grünen und sozialen Ökonomien haben eine hohe innere Motivation. Sie brauchen aber Stärkung, Inspiration und Vernetzung, wofür kreative, offene und kulturelle Milieus eine Voraussetzung sind.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-122

„Wir setzen auf nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismus mit vielfältigen Sport-, Gesundheits-, Wellness- und Kulturangeboten. Wir wollen die Attraktivität unseres Landes für den Tourismus weiter stärken, indem wir dafür sorgen, dass unsere Natur erhalten bleibt und die Infrastruktur gestärkt wird.“ (Herv. i. O.)

→ Die ökologische Ausrichtung des Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-123

„Wir wollen, dass die Landesplanung eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes ermöglicht, die gemeinsame Entwicklung Brandenburgs und Berlins voranbringt und die Lebensqualität in allen Räumen Brandenburgs fördert. In den wachsenden Landesteilen im Umland Berlins soll sie ordnen und steuern, in den altindustrialisierten Regionen den Strukturwandel aktiv und nachhaltig gestalten, und die ländlichen Räume soll sie nicht weiter alleine lassen.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 36, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-124

„Wir wollen eine zukunftsorientierte Landesplanung an einer zentralen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren, statt vieles in eigenständige Planwerke auszulagern. Die eigenständigen Braunkohlepläne und der Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP-FS) müssen in den Landesentwicklungsplan (LEP-HR) integriert werden. Das gilt auch für die Mobilitätsstrategie. Nur so können wir die Anforderungen der wachsenden Metropole mit einer umweltfreundlichen Mobilität sinnvoll verknüpfen. Die Siedlungsentwicklung ist grundsätzlich entlang bestehender und künftiger Schienenachsen zu lenken. So können wir die Grün- und Frischluftschneisen rund um die Hauptstadt erhalten. Die Landesplanung muss mit den Gemeinden im Berliner Umland in einen Kommunikationsprozess mit dem Ziel einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung treten, will sie das Ziel des Siedlungssterne nicht an Partikularinteressen einzelner Gemeinden verlieren.“

→ Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-125

„Ebenso wollen wir den Freiraumverbund stärken und verbindliche Vorgaben zur Flächeninanspruchnahme für Siedlung, Rohstoffe und Verkehr definieren und umsetzen. Dazu gehört auch die Ausweisung von Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten.“

→ Bzgl. der Flächen wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-126

„Die explodierenden Bodenpreise in den Innenbereichen vor allem des Berliner Umlandes gefährden den sozialen Zusammenhalt, den notwendigen ökologischen und altersgerechten Umbau unseres Gebäudebestandes und die öffentlichen Haushalte. Die aktuellen Preissteigerungen sind nicht mehr mit sozial und ökologisch verträglichen Nutzungen zu erwirtschaften. Betroffen sind neben dem urbanen Raum inzwischen auch die Wälder und Fluren des Außenbereichs. Unter solchen Bedingungen ist keine ökologische oder kleinteilige Land- und Forstwirtschaft mehr möglich. Daher wollen wir den Ausverkauf öffentlichen Bodens stoppen und Liegenschaften und Flächen des Landes grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht oder als Pachtland vergeben.“

→ Der ökologische Umbau in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-127

„Beim Flächenverbrauch pro Kopf nimmt Brandenburg bundesweit eine Spitzenposition ein. Diese Flächen gehen der Natur, dem Wald und der Landwirtschaft verloren. Um dies zu ändern, fordern wir den Ausbau von Naturschutzgebieten und den konsequenten Erhalt von Naturräumen. Bis 2025 wollen wir eine ausgeglichene Versiegelungsbilanz zu erreichen. Dazu wollen wir eine Entsiegelungsstrategie zur Rückgabe menschlich genutzter Flächen an die Natur erarbeiten, um die neu entstehende Flächenversiegelung komplett auszugleichen.“

→ Bzgl. der Flächen wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-128

„Bei Bauten unter direkter oder indirekter Beteiligung des Landes wollen wir die Verwendung von gesundheits- oder umweltbeeinträchtigenden Baustoffen sowie Bauteilen, die überwiegend aus halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen bestehen, ausschließen. Bei der Auswahl von Baukonstruktion und Baustoffen sind ihre gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen beim Bau, bei der Nutzung, Instandhaltung und Entsorgung zu beachten. Mit weitergehenden Änderungen der Landesbauordnung soll die Holzbauweise unterstützt werden.“

→ Bzgl. der Baustoffe wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-129

„Wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Dörfer ist eine gute Baukultur mit bürgerschaftlicher Teilhabe an den Planungsprozessen. Klimaschonende, nachhaltige und schöne Gebäude brauchen eine gute Planung von interessierten Bauherr\*innen.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 38, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-130

„Wir wollen daher eine Landesstiftung Baukultur befördern, die als privatrechtliche Stiftung der mittelbaren Landesverwaltung die Aufgabe hat, im Dialog mit der Bevölkerung die Gestaltung der Zukunft der gebauten Umwelt und Kulturlandschaft des Landes partizipativ zu diskutieren.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. des Bauens wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-131

„Für öffentlich geförderte Neubau- und Sanierungsvorhaben müssen zukunftssichere Standards gelten. Das betrifft neben energetischen Qualitäten, Schallschutz, Belichtung und Belüftung auch die Verwendung von gesundheitlich unbedenklichen, ressourcenschonenden und nachhaltigen Baumaterialien und -techniken. Wir wollen, dass die Landesförderung bei kommunalen Baumaßnahmen und landeseigenen Bauten die Verwendung von gesundheits- oder umweltbeeinträchtigenden Baustoffen sowie Bauteilen, die überwiegend aus halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen bestehen, definitiv ausschließen. Die Energiehausplus-Bauweise soll im Neubau verpflichtend werden.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Baustoffe wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-132

„Auch fordern wir ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Standort- und Investitionsentscheidungen.“ (Herv. i. O.)

→ Die generell ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-133

„Wir wollen die Kita- und Schulbaurichtlinie modernisieren, ein zeitgemäßes Musterraumkonzept entwickeln und eine kompetente Beratung für Kita- und Schulträger anbieten. Dabei stehen gesundheitliche, ökologische und pädagogische Aspekte im Mittelpunkt.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. des Bauens wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-134

„Sie setzen Impulse und geben Antworten auf die Fragen unserer Zukunft, ob zur Klimakrise, zum Strukturwandel oder zu einem sozial gerechten Miteinander. Sie sind der Hort wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit in Lehre, Forschung und Wissenstransfer. In einem Land wie Brandenburg, das über materielle Rohstoffe nicht verfügt oder solche wie die Braunkohle aus ökologischen Gründen nicht mehr länger ausbeuten darf, sind Forschung und Entwicklung von den Grundlagen bis zur Anwendung das Potenzial nachhaltiger Landesentwicklung.“

→ Die angestrebte Bewältigung der Klimakrise ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-135

„Zusätzlich werden wir ein Landesforschungsprogramm auflegen, welches die Forschungsthemen Klimakrise, Strukturwandel und Nachhaltigkeit besonders berücksichtigt. Zudem muss Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe der Hochschulen im Hochschulgesetz verankert werden.“

→ Die angestrebte Bewältigung der Klimakrise ist in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-136

„Perspektivisch wollen wir in Brandenburg klimaneutrale Hochschulen schaffen und unterstützen Konzepte für den Einsatz von erneuerbaren Energien, Wärmewende und den ressourcenschonenden Umgang mit Verbrauchsmaterialien.“

→ Die Schaffung klimaneutraler Hochschulen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-137

„Im Gegensatz zu anderen Suchterkrankungen wird der Entzug bei Tabak nicht von den Krankenkassen finanziert. Wir wollen daher prüfen, inwieweit Angebote zur Raucher\*innenentwöhnung und vor allem zur Prävention durch die Suchtberatungsstellen ausgebaut werden können. Gleichzeitig wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Nichtraucher\*innenschutz konsequent umgesetzt wird. Das geltende Rauchverbot soll auf alle öffentlich zugänglichen Gebäude ausgeweitet werden und bisherige Ausnahmeregelungen müssen fallen.“

→ Bzgl. der natürlichen Substanz wird eine sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-138

„Ein Viertel aller erwachsenen Brandenburger\*innen konsumiert Alkohol in riskanten Mengen und immer noch rauchen zu viele der Erwachsenen täglich Zigaretten. Die gesundheitlichen Folgen durch Alkohol- und Tabakkonsum sind schwer. Zusätzlich zu diesen dominierenden Drogen zeigen sich jetzt vor allem im Südosten Brandenburgs Auswirkungen des Crystal Meth Konsums, der zu gravierenden gesundheitlichen Schäden führt. Unsere Suchtpolitik wollen wir vor allem an den tatsächlichen Zahlen der Betroffenen ausrichten. Wir werden daher den Fokus landesweit noch stärker auf Alkohol und Tabak setzen, ohne spezifische regionale Angebote zum Beispiel hinsichtlich Crystal Meth zu vernachlässigen.“

→ Auch bzgl. natürlicher Substanzen wird eine sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-139

„Wir setzen auf Prävention und Entkriminalisierung statt auf Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik und werden gemeinsam mit Berlin neue Wege in der Drogenpolitik gehen.“

→ Auch bzgl. natürlicher Substanzen wird eine sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-140

„Die Verbreitung multiresistenter Keime in stationären Einrichtungen ist beunruhigend. Das ist ein komplexes Problem, für das es keine einfachen Lösungen gibt. Wir wollen Kampagnen gegen den unkritischen Antibiotikaeinsatz in der ambulanten Medizin prüfen. Für die Resistenzentwicklung mitverantwortlich ist der weitverbreitete Antibiotikaeinsatz in der industriellen Massentierhaltung. Für uns ist daher klar: Mit der Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft reduzieren wir automatisch auch die Gefahr multiresistenter Bakterien. Den Einsatz von Reserveantibiotika in der Landwirtschaft wollen wir ausschließen. Sie sollen ausschließlich bei Menschen eingesetzt werden.“

→ Bzgl. der Antibiotika wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-141

„Die fortschreitende Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze stellt eine außerordentliche Belastung in einigen Landkreisen dar. Schon wenige Pollen dieser aus Nordamerika eingewanderten Pflanzenart können bei einigen Menschen schwere Allergien auslösen. Wir wollen die weitere Ausbreitung gezielt verhindern und die vorhandenen Bestände nachhaltig zurückdrängen. Dafür wollen wir ein Monitoring aufbauen und die betroffenen Landkreise und Kommunen bei der Erfassung und Bekämpfung organisatorisch und fachlich unterstützen.“

→ Bzgl. der Pflanze wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-142

„Da der Film ein wichtiger Wirtschafts- und Werbefaktor der Region geworden ist, möchten wir die Filmförderung durch das Medienboard fortsetzen. Die technische Umsetzung wollen wir aber an ökologische Standards sowie soziale Kriterien (Bezahlung) knüpfen und die Frauenförderquote einführen.“

→ Die Einführung ökologischer Standards in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 70, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-143

„In der Sportpolitik plädieren wir für mehr Umweltschutz und demokratische Mitbestimmung. Die Verbände, Vereine und andere Träger des Sports werden wir bei der Erstellung von Konzepten zur Nachhaltigkeit unterstützen. Sportstätten und -veranstaltungen sollen umwelt- und klimaverträglich sein. Vor allem bei größeren Veranstaltungen sollen Themen wie Abfallvermeidung, Klimaschutz und umweltverträgliche Mobilität stärker in den Blick genommen werden.“

→ Mehr Umweltschutz in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-144

„Die Agrarindustrie schafft menschenleere Landschaften. Eine ökologische und regional verankerte Landwirtschaft kann hingegen Rückgrat einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in unseren ländlichen Räumen sein. Brandenburg liefert bereits viele Rohstoffe in Bioqualität, die Verarbeitung findet jedoch größtenteils außerhalb der Landesgrenzen statt. Deswegen brauchen wir eine Verarbeitungs- und Vermarktungsoffensive für brandenburgische Produkte. Dazu wollen wir die Errichtung eines ‚Kompetenzzentrum Ökolandbau‘ unterstützen, in welchem Experten neue Produktkonzepte aus Brandenburger Bio-Zutaten entwickeln und den Aufbau entsprechender Verarbeitungsstrukturen fördern.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-145

„Zusammen mit Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben, Betrieben der Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung, der Gastronomie, dem ländlichen Tourismus, der Erzeugung erneuerbarer Energien, der Umweltbildung und dem Gesundheitswesen bilden Landwirtschaftsbetriebe Wirtschaftsstrukturen, welche Werte schaffen und die Wertschöpfung in den Regionen halten. Allein im unterversorgten Absatzmarkt Berlin liegen große Chancen für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen Regionen.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 76f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-146

„Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Hard- und Software wollen wir Sozial- und Umweltstandards, standardisierte Schnittstellen für den Datenaustausch sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festschreiben.“

→ Mehr Umweltschutz in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-147

„Die IT-Infrastruktur wollen wir klimaneutral betreiben.“

→ Mehr Klimaschutz in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 80, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-148

„Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler\*innen und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet. Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.“

→ Die implizit geforderte konkrete Anpassung an den Klimawandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-149

„Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen Ländern ein.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-150

„Aber auch Umweltverschmutzung, Klimawandel, wirtschaftliche Zwänge oder Machtkonzentrationen bei großen Konzernen beeinflussen maßgeblich, welche Freiheiten wir tatsächlich ausleben können.“

→ Die implizit geforderte generelle Verhinderung von Umweltverschmutzung und der Umgang mit dem Klimawandel sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 81, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-151

„Cannabiskonsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren.“

→ Bzgl. der natürlichen Substanz wird eine sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-152

„Die freiwillige Arbeit junger Menschen wollen wir honorieren, wo wir nur können. Ein freiwilliges soziales, ökologisches oder kulturelles Jahr ist eine Bereicherung für die persönliche Entwicklung ebenso wie für unsere Gesellschaft. Es muss dafür ausreichend Angebote geben.“

→ In diesem konkreten Bereich soll ökologisches Verhalten gefördert werden, was in der Praxis zu einer einzelnen sozial-ökologischen Transformation führt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 88, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-153

„Die Sicherstellung der hohen Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso wie mögliche Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den Landeshaushalt.“

→ Die angestrebte Rekultivierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 88, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-154

„Wir wollen mehr Mittel für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz zur Verfügung stellen.“

→ So die Umwelt generell zu verändern ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-155

„Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festzuschreiben.“ (Herv. i. O.)

→ Mehr Umweltschutz in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 92, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-156

„Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus oder aus Überzeugung gemeinsam mit uns für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da stehen wir seit an Seit.“

→ Es wird eine generell saubere Umwelt und somit eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 94f., BB-WP.Grüne.2019-SÖT-157

„Kanada und die Niederlande machen mit ihrer liberalen Cannabispolitik vor, dass Prohibition kein besonders wirksames Mittel im Kampf gegen Suchterkrankungen ist. Kriminalisierung und Repression sind keine erfolgreichen Maßnahmen gegen Drogen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmungsrechte von Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir wollen dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben und zugleich Konsumfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Bürger\*innen stärken. Wir befürworten eine Entkriminalisierung von Cannabis, beginnend mit der Anpassung an die Berliner Rechtslage. Diese besagt, dass gegen den Besitz von weniger als zehn Gramm Marihuana nicht strafrechtlich ermittelt werden darf und auch noch bei Mengen von bis zu 15 Gramm eine Einstellung des Verfahrens möglich ist. Wir möchten diese Regelung auch in Brandenburg einführen. Außerdem soll ein Modellprojekt die legale Abgabe von Cannabis an Volljährige ermöglichen. Als letzten Schritt wollen wir uns im Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine Streichung von Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz und einen strikt regulierten, legalen Markt für Cannabis starkmachen.“

→ Bzgl. der natürlichen Substanz wird eine sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 96, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-158

„Wir wollen eine grundlegende Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Entkriminalisierung und die Minimierung von Gesundheitsrisiken. Die Regulierung von Drogen soll sich an den tatsächlichen Risiken orientieren. Deshalb wollen wir den Cannabisvertrieb und -konsum aus dem rechtsfreien Raum in die staatliche Kontrolle holen. Bisher beschert der Schwarzmarkt der organisierten Kriminalität hohe Gewinne, Streckmittel und unklarer Wirkstoffgehalt sind ein hohes Risiko für Konsumierende. Mit einem Cannabismodellprojekt wollen wir die legale Abgabe an volljährige Konsument\*innen ermöglichen und dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben. Entsprechend der Berliner Rechtslage soll das Mitführen von bis zu 10 bzw. 15 Gramm Marihuana nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine generelle Streichung von Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz ein. Wir wollen eine umfassende Ausweitung und Verbesserung präventiver und therapeutischer Angebote an Kitas, Schulen und im Freizeitbereich durch mehr qualifiziertes Personal.“ (Herv. i. O.)

→ Auch bzgl. natürlicher Substanzen wird eine sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 97, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-159

„Die Europäische Union hat sich mit dem Übereinkommen von Paris dazu verpflichtet, der Klimakrise wirkungsvoll entgegen zu treten. Deshalb gilt: Europa muss auf dreckigen Kohlestrom verzichten. Wir fordern neben dem absolut notwendigen Ausstieg aus den Kohlekraftwerken ein zukunftsweisendes EU-Programm zur Gestaltung des Strukturwandels, das auch unsere Lausitz begleitet. Der Ausstieg aus der Kohle ist eine gesamteuropäische Aufgabe und darf nicht allein den Regionen überlassen werden.“

→ Das angestrebte generelle Entgegentreten gegen den Klimawandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 97, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-160

„Die Förderarchitektur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stellt mit rund 40 Prozent des Gesamtbudgets der Europäischen Union den zweitgrößten Posten im EU-Haushalt dar. Gefördert wird jedoch keine bäuerlich orientierte und naturverträgliche Landwirtschaft, sondern ein agroindustrieller Kurs auf Kosten von Umwelt, bäuerlichen Erzeuger\*innen, Verbraucher\*innen- und Tierschutz, der auch in Brandenburg deutlich spürbar ist. Das wollen wir ändern und die europäische Agrarwende einleiten.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 99, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-161

„Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte für die Konfliktprävention und Nachsorge vor Ort ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden. Zur Finanzierung können die eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.“

→ Bzgl. der Analyse der Umweltveränderungen wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 99, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-162

„Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere, aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland exportierten Waffen und Vieles mehr. Brandenburg kann Beiträge zur Linderung leisten. Mit weit über drei Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein, vor allem auch, wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den Herkunftsländern, spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 100, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-163

„Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz vor Ausbeutung und Verbot von Kinderarbeit gewährleisten oder zur nachhaltigen Bewirtschaftung, wie zum Beispiel eine Zertifizierung nach dem ‚Forest Stewardship Council‘ (FSC) vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von ‚Global denken, lokal handeln‘ sehr positiv beeinflussen. Dazu kommen die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir diese Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen. Alle Brandenburger Behörden sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit (EMAS) zertifiziert werden.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 100, BB-WP.Grüne.2019-GSÖT-10

„Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen, vergrößert die weltweite Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der von der EU verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA (weltweites Dienstleistungsabkommen) gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Solche Abkommen lehnen wir im Bundesrat ab und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik.“

→ Auch bzgl. der Umweltstandards wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 100, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-164

„Wir setzen uns für gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und Verbraucher\*innen schützen.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 100, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-165

„Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen, aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft, Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den fairen Handel und die Eine-Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg (ZALF) und dem Deutschen Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 101, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-166

*„Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen sind mit weit über drei Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr wichtige Auftraggeber. Damit kann die öffentliche Hand Vorreiterin einer nachhaltigen Entwicklung sein.“* (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 101, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-167

*„Bei öffentlichen Aufträgen sollen Nachhaltigkeitskriterien für die zu beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Diese sollen nicht nur ökologische Standards, sondern auch Standards des fairen Handels und den Ausschluss von Produkten aus Kinderarbeit beinhalten. Im Rahmen einer Nullemissionsstrategie sollen nur noch möglichst klimaneutrale Produkte wie Strom aus erneuerbaren Energien, Busse und Dienstwagen mit E-Motor, Biogas- oder Wasserstoffantrieb erworben werden.“* (Herv. i. O.)

→ Die generelle Setzung von Umweltstandards ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 101, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-168

*„Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.“* (Herv. i. O.)

→ Die generelle Setzung von Umweltstandards ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 101, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-169

*„Wir wollen die Förderung der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) beenden, da dort Militärausrüstung im großen Stil zur Schau gestellt wird. Das eingesparte Geld wollen wir zum Aufbau einer kleinen Friedensakademie wie in Rheinland-Pfalz nutzen. Dort wollen wir die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzen, Kurse für Friedensfachkräfte anbieten und anwendungs- und lösungsorientierte Friedensarbeit leisten. Dabei wollen wir auch Umweltkatastrophen und die Klimakrise als Konfliktursachen thematisieren.“* (Herv. i. O.)

→ Die Thematisierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 101, BB-WP.Grüne.2019-SÖT-170

*„Nach dem Vorbild einiger Bundesländer wollen wir in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft mit einer zu bestimmenden Region aufbauen. Etablierte Verbindungen und Vorleistungen wollen wir fortentwickeln und mit Entwicklungsorganisationen wie der Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg, zusammenarbeiten. Ziele sind z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) Müncheberg und des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.“* (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

### 2.3.2.4.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken

S. 9, BB-WP.Linke.2019-SÖT-1

„Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, saubere Umwelt, Kultur. In dem Wohnen für alle bezahlbar ist. In dem Natur und Klima geschützt und unsere Ressourcen nicht verschwendet werden.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Linke.2019-SÖT-2

„Im Miteinander, nicht im Gegeneinander aller Brandenburger\*innen werden wir das Land sozialer und ökologischer entwickeln.“

→ Die generelle ökologische Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, BB-WP.Linke.2019-SÖT-3

„DIE LINKE steht für den sozial-ökologischen Umbau: Für uns ist klar, dass Umweltfragen zugleich immer auch soziale Fragen sind.“

→ Dieser Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 13, BB-WP.Linke.2019-SÖT-4

„Wir wollen für eine langfristige Entwicklung in gesunder Luft und emissionsarmer Umgebung dafür streiten, dass Brandenburg und Berlin weiter auf die Schiene und auf deren konsequenten weiteren Ausbau setzen.“

→ Die Schaffung einer emissionsarmen Umgebung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, BB-WP.Linke.2019-SÖT-5

„Die Städtebauförderung soll eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen unterstützen. Deshalb wollen wir:

■ Kommunen entsprechend ihrer unterschiedlichen Bedarfe gezielt unterstützen.

■ nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung vorantreiben.

■ kurze Wege in den Städten fördern.

■ den energetischen Umbau in Städten und Quartieren voranbringen,

■ den ökologischen Wohnungsbau stärken.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 16, BB-WP.Linke.2019-SÖT-6

„Grund und Boden ist eine begrenzte Ressource von enormer Bedeutung für die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir die Privatisierung von Grund und Boden stoppen. Landeseigene Grundstücke dürfen nicht mehr an Private verkauft werden. Eine Nutzung durch Dritte soll nur noch über Erbpachtverträge mit strengen Auflagen (etwa für den sozialen Wohnungsbau oder die umweltverträgliche Bewirtschaftung) erfolgen.“

→ Die ökologische Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16f., BB-WP.Linke.2019-SÖT-7

„Die Privatisierung ehemals volkeigenen Bodens durch die bundeseigene BVVG wurde zum maßgeblichen Türöffner für landwirtschaftsfremdes Kapital zum Bodenmarkt. Diese landwirtschaftsfremden Investoren sind – neben nicht kostendeckenden Erzeugerpreisen und Extremwetterlagen als Zeichen eines beginnenden Klimawandels – zur existenzbedrohenden Gefahr für die ortsansässigen Agrarbetriebe geworden, sei es direkt durch den Aufkauf ganzer oder den Erwerb von Anteilen an Agrarbetrieben und indirekt durch explodierende Bodenkauf- und Pachtpreise. Denn ihnen geht es nur um Maximalprofit – ohne Rücksicht auf örtliche Strukturen, Umwelt oder Arbeitsplätze. Brandenburg muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, m dem einen Riegel vorzuschieben. Dazu gehört auch, den Druck auf den Bund zu erhöhen, die Privatisierung ehemals volkseigener Flächen zu beenden und diese in einem öffentlichen Bodenfonds auf Bundes- oder Landesebene für langfristige Verpachtung an ortsansässige Agrarbetriebe im Interesse nachhaltiger Landnutzungskonzepte zu sichern.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Linke.2019-SÖT-8

„Eine bundeseinheitliche Regulierung von Boden- und Anteilsverkäufen und bei der Besteuerung von Verkäufen landwirtschaftlicher Flächen ist unabdingbar! Dafür werden wir uns einsetzen. Bei der Verpachtung landeseigener Flächen sollen ortsansässige Betriebe vorrangig berücksichtigt sowie eine besonders umweltgerechte Bewirtschaftung angestrebt werden.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Linke.2019-SÖT-9

„Der beste Garant für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bewirtschaftung der Agrarflächen in Brandenburg ist eine vielfältige Agrarstruktur mit einer breiten Eigentumsstreuung, vielfältigen Betriebsgrößen und regionaler Verankerung.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Linke.2019-SÖT-10

„Die Landwirtschaft muss sich, auch im eigenen Interesse, den Ursachen und den Herausforderungen des Klimawandels stellen, sie soll nachhaltig und ohne Agrogentechnik produzieren, natürliche Ressourcen schonen und die biologische Vielfalt bewahren. Eine artgerechte, flächenangepasste Nutztierhaltung ist wichtiger Teil der Landwirtschaft.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.Linke.2019-SÖT-11

„Agrarförderung so einsetzen, dass sich Tier- und Umweltschutz sowie hohe soziale Standards für die Betriebe auch wirtschaftlich lohnen – sowohl bei der Flächenförderung als auch bei freiwilligen Programmen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-12

„der Umsetzung des Tierschutzplans einen deutlichen Schub geben und die dafür notwendigen Ressourcen, beispielsweise für die Umsetzung des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration, der Abkehr von engen Kastenständen für Sauen und den Verzicht auf das Kupieren von Schwänzen, bereitstellen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-13

„den neu eingerichteten Tierschutzberatungsdienst weiter stärken und das Amt des Tierschutzbeauftragten weiterführen.“

→ Die Umsetzung von mehr Tierschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-14

„einen landesweiten Aktionsplan Regionalvermarktung für konventionell und ökologisch erzeugte Produkte initiieren. Damit wollen wir einerseits den Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen fördern, um den Bedarf an regional und ökologisch erzeugten Produkten in den Regionen, insbesondere auch in Berlin, zu decken. Andererseits geht es dabei auch um mehr regionale Wertschöpfung und die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen sowie eine bessere Umwelt- und Klimabilanz der Produktion.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-15

„die Förderung des Ökolandbaus durch Bewirtschaftungs- und Umstellungsprämien so ausrichten, dass das Mindestziel eines 20-prozentigen Anteils an der Gesamtanbaufläche erreicht wird.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-16

„der Bedeutung der Weidetierhaltung, insbesondere von Schafen und Ziegen, zum Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt gerecht werden, indem eine – möglichst aus EU-Mitteln finanzierte – tierbezogene Weidetierprämie eingeführt wird. Wir werden uns weiter auf Bundes- und Landesebene für einen Rechtsanspruch der Weidetierhalter\*innen auf angemessene finanzielle und rechtliche Unterstützung und Beratung beim Herdenschutz einschließlich Schadensausgleich einsetzen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-17

„eine Beteiligung Brandenburgs am EU-Schulobstprogramm.“

→ Dies ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-18

„Um die Funktion und die gesunde Entwicklung der Brandenburger Wälder auch in Zukunft zu gewährleisten, brauchen wir eine leistungsfähige Landesforstverwaltung. Der Reformmarathon der letzten Jahrzehnte muss beendet werden.“

→ Bzgl. der Wälder wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-19

„den Waldumbau für eine ökologische Aufwertung des Waldes, Verminderung von und Anpassung an Klimaveränderungen sowie vorbeugende Waldbrandschutzkonzepte verstärkt vorantreiben. Dazu ist gemeinsam mit der Jägerschaft auch ein angepasster Wildbestand anzustreben.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, BB-WP.Linke.2019-SÖT-20

„Wir wollen:

- existenzgefährdete Teichwirtschaften durch eine Grundförderung unterstützen.
- den finanziellen Ausgleich für Schäden durch geschützte Arten fortführen.
- in Schutzgebieten verlässliche Regelungen zur guten fachlichen Praxis der Fischereiwirtschaft schaffen.“

→ Bzgl. der Gewässernutzung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Linke.2019-SÖT-21

„Der sozialökologische Umbau hat zum Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen zu bewahren. Für DIE LINKE ist Umweltpolitik deshalb immer auch Sozialpolitik.“

→ Der Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 19, BB-WP.Linke.2019-SÖT-22

„Der Verlust an biologischer Vielfalt, z. B. das Insektensterben, ist ein Warnsignal, das in der Natur etwas nicht in Ordnung ist. Das Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt bietet gute Ansätze für wirksame Naturschutzmaßnahmen. Es ist aber nicht konkret und verbindlich genug.“

→ Die Umsetzung generellen Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.Linke.2019-SÖT-23

„Wolf, Biber und Kormoran sind wieder eingewandert und sorgen für Konflikte mit Landnutzer\*innen. Wir müssen einen Weg finden, mit diesen Arten umzugehen, die zu unserer Landschaft gehören und dauerhaft eine Herausforderung für die Landwirtschaft sind, bei deren Bewältigung die Unterstützung der Gesellschaft gebraucht wird.“

→ Der veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-24

„Hochwasserschutz ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Dank großer Anstrengungen in den vergangenen Jahren ist Brandenburg heute wesentlich besser auf Hochwassersituationen vorbereitet. Viele Vorhaben, insbesondere die entscheidend wichtigen Projekte zur Schaffung zusätzlicher Retentionsräume im Rahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms, befinden sich aber noch in der Planungsphase.“

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-25

„Die anfallenden Abfallmengen sind nach wie vor zu hoch. Es gilt, viel konsequenter eine Müllvermeidung und Wiederverwendung zu erreichen. Wir wollen in Brandenburg unseren Beitrag dazu leisten und insbesondere die Reduzierung von Plastik und Mikroplastik in den Blick nehmen. Die illegalen Abfalllager stellen eine erhebliche Belastung für die betroffenen Kommunen dar und sind eine Gefahr für die Umwelt.“

→ Die Müllreduktion ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-26

„Die Einhaltung des Klimaschutzabkommens von Paris ist eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung weltweit. Dazu muss jede Region ihren Beitrag leisten. Brandenburg muss alles dafür tun, seinen Anteil für die Einhaltung der deutschen Klimaschutzziele beizusteuern. Dies betrifft nicht nur den Energiesektor, sondern beispielsweise auch Mobilität, Städtebau und Landwirtschaft. Auch die Klimaanpassung etwa in der Land-, Forst und Wasserwirtschaft ist eine große Herausforderung.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-27

„Umweltschutz muss in allen Belangen mitgedacht und in allen Lebensbereichen praktisch umgesetzt werden.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-28

„den Nachhaltigkeitsprozess wesentlich ambitionierter fortsetzen und die Nachhaltigkeitsstrategie mit verbindlichen und abrechenbaren Zielen und konkreten Maßnahmen untersetzen. Dabei ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft unverzichtbar. Wir wollen erneut einen Nachhaltigkeitsbeirat berufen. Nachhaltigkeit muss zentrales Regierungsprinzip werden.“

→ Die Umsetzung der Strategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-29

„das Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt fortschreiben und umsetzen. Schwerpunkte dabei sind die bessere Verzahnung mit weiteren Förderprogrammen, eine Minimierungsstrategie für Pestizide wie Glyphosat, eine bessere Beratung für nachhaltige Landbewirtschaftung, vor allem im konventionellen, aber auch im Ökolandbau, sowie die Unterstützung kommunaler Initiativen.“

→ Die Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-30

„gemeinsam mit den Landnutzer\*innen einen Aktionsplan zum Erhalt und zur Entwicklung extensiv genutzter Kulturlandschaften aufstellen, um diese Gebiete mit besonders hoher Artenvielfalt für die Zukunft zu sichern.“

→ Bzgl. der Landnutzung wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.Linke.2019-SÖT-31

„Agrarumweltmaßnahmen auf Ackerstandorten, etwa Blühflächen und Gewässerrandstreifen, wieder fördern. Alternative Ackerkulturen mit ökologischem Mehrwert und Klimaschutzeffekten (z. B. zur Anbau zur stofflichen Nutzung von Miscanthus oder Hanf) sollen unterstützt werden.“

→ Bzgl. der Landnutzung wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-32

„regionale Projekte, die Naturschutz, Landnutzung und Regionalentwicklung miteinander verbinden und künftig verstärkt fördern.“

→ Der generelle Naturschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-33

„das »Grüne Band« im ehemaligen Grenzgebiet an der Elbe zu einem Nationalen Naturmonument entwickeln. Mit Hilfe des Bundesprogrammes »Blaues Band« wollen wir Nebenwasserstraßen wieder in einen naturnahen Zustand versetzen und den Biotopverbund an den Wasserstraßen fördern.“

→ Die Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-GSÖT-1

„Den weiteren Ausbau natürlicher Flussläufe, etwa der Oder, lehnen wir ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-34

„die Koexistenz wieder angesiedelter, ehemals gefährdeter Tierarten wie Biber, Wolf oder Kormoran mit dem Menschen durch Prävention und Schadensausgleich verbessern.“

→ Die Verbesserung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-35

„eine Flächenschutzstrategie für Brandenburg erarbeiten, die den Flächenverbrauch und den Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche verringert.“

→ Die Verringerung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-36

„die Arbeit des Büros der anerkannten Naturschutzverbände stärker unterstützen, Weiterbildungsangebote für ehren- und hauptamtliche Naturschützer\*innen weiter ausbauen, das Freiwillige Ökologische Jahr in bisherigem Umfang fortführen und die Projektförderung bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung wieder einführen.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung auf Basis der Bildung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-37

„die Großschutzgebiete als Infrastrukturprojekte entwickeln, besonders unterstützen und personell stärken. Wünsche nach Erweiterungen von Großschutzgebieten aus den Kommunen sollen unvoreingenommen geprüft werden. Die Naturwacht und die Besucher\*innenzentren müssen finanziell gesichert werden.“

→ Der veränderte Umgang mit den Großschutzgebieten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-38

„eine neue Strategie für den Schutz unserer Alleen entwickeln. Der Bestand muss effektiv geschützt und Nachpflanzungen im erforderlichen Umfang gesichert werden.“

→ Der veränderte Umgang mit den Alleen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-39

„die Maßnahmen im Hochwasserschutz mit ausreichenden Ressourcen untersetzen und zügig umsetzen sowie das Augenmerk auch auf kleinere Flüsse richten. Dadurch sollen die Hochwassergefahr gemindert und die Reaktionsmöglichkeiten auf Extremwetterlagen verbessert werden.“

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-40

„das Moorschutzprogramm zugunsten von Klimaschutz, Bodenschutz und Biodiversität weiter vorantreiben und dabei eine extensive Nutzung fördern. Die MoorFutures als Finanzierungsmöglichkeit für den Moorschutz sollen stärker beworben werden.“

→ Die Umsetzung des Moorschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-41

„die Anstrengungen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie intensivieren, um vor allem die Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer zu verbessern. Dazu wollen wir die Anlage verpflichtender Gewässerrandstreifen mit extensiver Nutzung im Wassergesetz festschreiben.“

→ Der generell veränderte Umgang mit Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, BB-WP.Linke.2019-SÖT-42

„die Bekämpfung der Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse sowie der betroffenen Lausitzer Fließgewässer bei der Bergbausanierung und im aktiven Tagebau entschlossen fortführen. Auf Grundlage der zu erarbeitenden Zielwerte für Eisenocker und Sulfat müssen ambitionierte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden.“

→ Die Umsetzung der Maßnahmen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Linke.2019-SÖT-43

„uns auf Bundesebene für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsmitteln einsetzen sowie für eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik. Außerdem wollen wir gerade beim Plastik endlich eine konsequente Kreislaufführung zum schonenden Umgang mit den Ressourcen. Auf allen Ebenen sollen Initiativen zur Vermeidung von Verpackungsmüll und insbesondere von Plastikabfällen unterstützt werden.“

→ Der generell veränderte Umgang mit Plastik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Linke.2019-SÖT-44

„gemeinsam mit Vertreter\*innen der Landwirtschaft darauf hinwirken, negative Umweltfolgen des Folienanbaus von Gemüse, durch Vermeidung beziehungsweise Wiederverwendung, zu minimieren.“

→ Diese Veränderung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Linke.2019-SÖT-45

„einen Plan für die Sicherungs-, Sanierungs- und Beräumungsaktivitäten an den illegalen Abfalllagern auf der Grundlage aktueller Gefahrenbeurteilungen aufstellen und die Umsetzung absichern.“

→ Die Umsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Linke.2019-SÖT-46

„Die LINKE Brandenburg engagiert sich für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik in Brandenburg, die mit den vorhandenen Ressourcen so sparsam wie möglich umgeht, die Umwelt so gering wie möglich belastet und eine langfristig gesicherte, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung ermöglicht.“

→ Diese Veränderung im Energiesektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Linke.2019-SÖT-47

„Wir wollen alle Voraussetzungen schaffen, einen schnellen und sozialverträglichen Kohleausstieg zu ermöglichen. Dabei sollen die Kohlekonzerne an den entstehenden Kosten in angemessener Höhe beteiligt werden. Wir wollen die von der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung angestrebte Frist für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung deutlich unterschreiten.“

→ Der Kohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, BB-WP.Linke.2019-SÖT-48

„Die dezentrale Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energie schützt Klima und Natur, sichert und schafft Arbeitsplätze in Handwerk, Industrie und Forschung und ermöglicht die Demokratisierung der Energieversorgung, z. B. durch die Beteiligung von Bürger\*innen bei der Erzeugung. Deshalb haben wir in Brandenburg bereits frühzeitig die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angenommen und den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Linke.2019-SÖT-49

„Um den sozial ausgestalteten energiepolitischen Weg des Landes weiterzugehen, muss die Energiewende von breiten Teilen der Bevölkerung des Landes weiterhin unterstützt und müssen die Einwände, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, ernst genommen werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.Linke.2019-SÖT-50

„Als Energieland müssen wir in Brandenburg auch eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. In den Mittelpunkt moderner brandenburgischer Energiepolitik gehören deshalb weiterhin die Steigerung der Energieeffizienz, die Senkung des Energieverbrauchs und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus brauchen wir energetische Umwandlungsverfahren und Langzeitspeicher.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 23f., BB-WP.Linke.2019-SÖT-51

„Wir wollen:

- eine landeseigene Energieagentur schaffen, die die Energiewende in öffentlicher Hand, dezentral und in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, Energiegenossenschaften und Stadtwerken umsetzt.
  - die dezentrale Energieversorgung auf regionaler und lokaler Ebene u. a. durch Energiegenossenschaften und andere Teilnehmungsmodelle fördern.
  - Speichertechnologien fördern und das 1000-Speicher-Programm sowie das RENplus-Förderprogramm fortsetzen.
  - den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf versiegelten Flächen besser unterstützen.
  - die Förderung von kommunalen und regionalen Energiekonzepten wieder aufnehmen, deren Umsetzung unterstützen sowie Anreize für Kommunen um zur Einsetzung kommunaler Energie- und Klimaschutz-Beauftragter schaffen.
  - Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und Energieeinsparung fördern.
  - die Ansiedlung eines sogenannten »Reallabores« zur Erforschung von Power-to-X-Technologien in der Lausitz unterstützen.
  - die Beteiligung von Anwohner\*innen und Kommunen an den Erlösen von Windkraftanlagen durch eine entsprechende Abgabe ermöglichen.
  - eine finanzielle Förderung von dezentralen Energiequartieren, die unter Beteiligung der jeweiligen Kommune aufgebaut und betrieben werden.
  - uns für geeignete Maßnahmen zur Entlastung bei den Strompreisen, z. B. der Absenkung der Stromsteuer auf Bundesebene einsetzen.
  - uns für die Förderung der Markteinführung von Umwandlungs- und Speichertechnologien z. B. Power-to-Gas einsetzen.
  - die Fortschreibung der Energiestrategie 2030 in Verbindung mit der Überarbeitung des dazu gehörigen Maßnahmenpaketes.
  - einen intensiven Dialog mit den Akteur\*innen der Energiewirtschaft und eine stärkere Einbeziehung der Stadtwerke und anderer regionaler Versorgungsunternehmen in einem Bündnis »Energie für Brandenburg – erneuerbar, sicher und bezahlbar«, um mehr Wertschöpfung und Ertrag in der Region zu halten, statt die Gewinne von Energieriesen zu füttern.
  - Eine Prüfung, ob durch ein verändertes System der Flächenausweisung für Windenergieanlagen in der Regional- und Bauleitplanung der zügige und rechtssichere Ausbau der Windkraft vorangeht werden kann.
  - uns für die Abschaffung des sogenannten 52 Gigawatt PV-Deckels einsetzen.“
- Zusammengekommen sind die Maßnahmen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 24, BB-WP.Linke.2019-SÖT-52

„Dem Klimawandel kann nur ohne die CO<sub>2</sub>-intensive Verstromung fossiler Energieträger wirksam begegnet werden. Wir wollen, dass Brandenburg seinen eigenen Strombedarf bis spätestens 2025 rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien deckt und bis 2030 rechnerisch zur 100prozentigen Deckung des Bedarfs der Region Berlin-Brandenburg aus erneuerbaren Energien beiträgt. Den Abbau fossiler Energieträger an neuen Standorten, wie die geplante Erdgasförderung im Norden Brandenburgs, lehnen wir rigoros ab. Dazu ist es notwendig, die Energiestrategie 2030 zu evaluieren, fortzuschreiben und dann konsequent umzusetzen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.Linke.2019-SÖT-53

„DIE LINKE steht für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung – so schnell wie möglich bis spätestens 2030. Daran arbeiten wir. Die öffentliche Hand darf nicht auf den Kosten der Rekultivierung und der Sanierung des Wasserhaushaltes sitzen bleiben. Es gilt das Verursacher\*innenprinzip.“

→ Der Braunkohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.Linke.2019-SÖT-54

„Den Neuaufschluss von Tagebauen lehnen wir weiterhin ab. Für die Inanspruchnahme von Welzow-Süd II sehen wir keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit. Wir sind gegen die Abbaggerung von Proschim/Prožym und werden den 2014 beschlossenen Braunkohlenplan entsprechend ändern. Wir erwarten, dass sich auch die LEAG dem Strukturwandel stellt und mit zunehmend verändertem Profil ihren Teil zur Bewältigung dieser Herausforderungen beiträgt. Die Rückstellungen für Renaturierung und Sanierung des Gewässerhaushaltes der laufenden Tagebaue müssen insolvenzfest gesichert werden, damit für diese Kosten nicht die öffentliche Hand aufkommen muss.“

→ Der Strukturwandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24f., BB-WP.Linke.2019-SÖT-55

„Für das zunehmende Auftreten von Spätfolgen des Altbergbaus durch den Grundwasseranstieg, wie z. B. in Lauchhammer, erwarten die Betroffenen zu Recht Lösungen. In erster Linie sehen wir dabei den Bund in der Pflicht. Auf Landesebene werden wir uns für die Fortführung des aktuellen Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung über das Jahr 2022 hinaus einsetzen.“

→ Die Bewältigung der Folgen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.Linke.2019-SÖT-56

„Wir setzen alles daran, dass die im Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel enthaltenen Maßnahmen umgesetzt werden. DIE LINKE fordert, diesen schnellst möglich in politische Entscheidungen und gesetzliche Regelungen zu überführen. Der Kohleausstieg muss kommen!“

→ Der Kohleausstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.Linke.2019-SÖT-57

„Um einen Beitrag für saubere Luft, weniger Unfälle und gegen die Klimazerstörung zu leisten, müssen wir in Zukunft anders mobil sein als heute. Wir brauchen eine grundlegende Verkehrswende! Zugleich ist Mobilität für uns ein Grundrecht, das allen Menschen zusteht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Verkehr nach sozialen und ökologischen Zielen zu organisieren. Dabei steht der Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr für uns im Mittelpunkt. Unser Ziel ist eine deutliche Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrsbereich und eine Verdopplung des Anteils des Umweltverbunds am Verkehrsmittelmix bis 2035. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene engagieren.“

→ Die Verkehrswende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.Linke.2019-SÖT-58

„Wir werden dafür eintreten, dass Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraßen verlagert wird. Hierzu werden wir auch darauf drängen, dass die Deutsche Bahn AG stärker in die Pflicht genommen wird. Wir brauchen neue bundesgesetzliche Regelungen für eine nachhaltige Güterverkehrspolitik auf der Schiene und der Wasserstraße.“

→ Die veränderte Nutzung des Wassers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.Linke.2019-SÖT-59

„Straßenbahnen und O-Busse als besonders umweltfreundliche und lokal emissionsfreie Verkehrsmittel weiter fördern. Dazu gehört für uns auch die Prüfung der Machbarkeit von »Überland-Straßenbahnen«.“

→ Die Verkehrswende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.Linke.2019-SÖT-60

„Rad- und Fußverkehr als Säulen des Umweltverbunds wollen wir gezielt fördern durch:

■ Schnellere Umsetzung des Radwegebedarfsplanes an Bundes- und Landesstraßen in der Bau-  
last des Landes mit mindestens 25 Millionen Euro jährlich.

■ Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder in den Zügen sollen verbessert werden und es sollen an  
den Bahnhöfen auch »Bike+Ride«-Fahrradparkhäuser für das sichere Unterstellen entstehen.“

→ Die Verkehrswende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:  
Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.Linke.2019-SÖT-61

„Wir befürworten eine Ertüchtigung der technischen Anlagen an den Wasserstraßen, lehnen aber  
einen Ausbau der Flüsse ab.“

→ Die veränderte Nutzung des Wassers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:  
Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.Linke.2019-GSÖT-2

„Wir befürworten eine Ertüchtigung der technischen Anlagen an den Wasserstraßen, lehnen aber  
einen Ausbau der Flüsse ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:  
Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.Linke.2019-PK-1

„Nicht erst seit den »Fridays for future« Demonstrationen engagieren sich Kinder und Jugendliche  
auf unterschiedliche Weise in Brandenburg.“

→ Der Aktivismus von Fridays for Future, der als Indikator für die Popularisierung definiert wurde,  
wird benannt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:  
Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, BB-WP.Linke.2019-SÖT-62

„Schüler\*innen stärken und zur aktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen ermuti-  
gen – im Umgang mit Vielfalt, Toleranz, Solidarität und Klimaschutz; gegen Rassismus, Diskrimi-  
nierung und Gewalt.“

→ Über die Bildung wird die generelle Umsetzung des Klimaschutzes angestrebt, was in der Folge  
eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf  
Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, BB-WP.Linke.2019-SÖT-63

„die Bereitstellung eines gesunden, warmen und kostenfreien Mittagessens in einem ersten Schritt  
für Schüler\*innen der 1. bis zur 6. Klasse.“

→ Dies ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:  
Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, BB-WP.Linke.2019-SÖT-64

„Professuren für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechendes  
wirtschaftspolitisches Forschungs- und Beratungsinstitut mit sozial-ökologischer Ausrichtung ein-  
richten.“

→ Über die Forschung wird die sozial-ökologische Ausrichtung der Gesellschaft angestrebt, was  
eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsord-  
nung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 50, BB-WP.Linke.2019-SÖT-65

„Die industriepolitische Herausforderung besteht darin, die industrielle Basis weiter zu entwickeln und das Land moderner, ökologisch orientierter und internationaler zu profilieren. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Wertschöpfung in Brandenburg sind wichtige Elemente einer aktiven Industriepolitik – ebenso wie eine noch stärkere nachhaltig und ökologisch ausgerichtete industrielle Erzeugung.“

→ Die generelle ökologische Orientierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, BB-WP.Linke.2019-SÖT-66

„Der Strukturwandel in der Lausitz wird eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre sein.“

→ Der Strukturwandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.Linke.2019-SÖT-67

„die Verbesserung der Koordination auf Landesebene für einen verbesserten Ausbau und Erhalt von wassertouristischer Infrastruktur, z. B. durch einen Wassertourismusbeauftragten.“

→ Dies ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, BB-WP.Linke.2019-SÖT-68

„Wir setzen uns für eine regionale, nachhaltige, klimagerechte und sozialgerechte Wirtschaft ein.“

→ Diese Umorientierung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52, BB-WP.Linke.2019-SÖT-69

„Zukunftsfähigkeit fördern, Fachkräfte gewinnen, den Strukturwandel aktiv gestalten.“

→ Der Strukturwandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52, BB-WP.Linke.2019-SÖT-70

„Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Landes auch künftig auf den sozial-ökologischen Umbau und auf die Zukunftsfelder wie z. B. Klima- und Umwelttechnologien, Energietechnologien, Gesundheitswirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien, Werkstoff- und Produkttechnologien etc. konzentrieren. Auch die Wirtschaftsförderung muss ihren Beitrag leisten, um die 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung bis 2030 rechnerisch sowie das Nettonull-Emissionsziel bis 2035 in der Energieerzeugung in Brandenburg zu erreichen. Fairen Handel und klimagerechte Produktionsweise wollen wir mit dem Instrument der Vergabe stärken.“

→ Dieser Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 52f., BB-WP.Linke.2019-SÖT-71

„DIE LINKE ist sich der wirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz bewusst. Der Braunkohleabbau wird und muss aber zweifellos zu Ende gehen. Uns ist bewusst, dass die Lausitz nach der Wende bereits einen Strukturbruch noch größeren Ausmaßes erlebt hat und damals das Versprechen blühender Landschaften auch und gerade dort nicht eingelöst wurde. Vor diesem Erfahrungshintergrund ist eine verlässliche, respektvolle und ehrliche Politik umso wichtiger, um verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Der Einstieg in den Kohleausstieg und die damit verbundene Strukturentwicklung in der Lausitz ist einer der anspruchsvollsten Transformationsprozesse im Land, den wir gestalten und begleiten müssen.“

→ Der Strukturwandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 53, BB-WP.Linke.2019-SÖT-72

„Sonnen- und Windenergie sind die neuen Energieträger. Dafür bedarf es jedoch auf Bundesebene notwendiger Weichenstellungen, damit die notwendige Sektorkopplung greift und auch wirtschaftlich tragen kann.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.Linke.2019-SÖT-73

„die Maßnahmen zur Sanierung der ökologischen Altlasten weiterführen.“

→ Die Sanierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, BB-WP.Linke.2019-SÖT-74

„uns für eine Bodenpolitik einsetzen, die dafür sorgt, dass die neu entstehenden landwirtschaftlichen Flächen in der Bergbaufolgelandschaft den Lausitzer Landwirt\*innen gehören und von ihnen bewirtschaftet werden können.“

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, BB-WP.Linke.2019-SÖT-75

„bei der Bekämpfung von HIV einen Strategiewechsel vollziehen. Das neue Ziel muss die Verhinderung von Neuinfektionen in Brandenburg sein. Dazu wollen wir die Fördermittel für die AIDS-Hilfen deutlich aufstocken, unter anderem durch eine Personalanpassung der AIDS-Hilfe Cottbus an das Niveau der AIDS-Hilfe Potsdam. Zusätzliche Mittel wollen wir für die Aufklärung an Schulen und die Beratung zu PrEP (Vorsorgliche Einnahme von HIV-Medikamenten als Schutz vor Ansteckung) bereitstellen.“

→ Der Strategiewechsel gegenüber HIV ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, BB-WP.Linke.2019-SÖT-76

„Aus diesem Grund setzen wir uns für eine verpflichtende Impfung von Kindern vor Aufnahme in eine Gemeinschaftseinrichtung, z. B. Kitas, ein. Der Impfschutz soll dabei die Krankheiten Masern, Mumps, Röteln und Windpocken umfassen. Wir fordern den Bund auf, die entsprechenden Regelungen bundesweit zu erlassen.“

→ Die Impfpflicht ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, BB-WP.Linke.2019-SÖT-77

„Nach wie vor sind Alkohol und Zigaretten ein großes Problem in der Gesellschaft. Sie verursachen Krankheiten, führen in die Abhängigkeit und zu vorzeitigem Tod.“

→ Implizit wird damit eine andere Politik gegenüber diesen Drogen und damit eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 61, BB-WP.Linke.2019-SÖT-78

„In der Drogenpolitik muss ein Umdenken erfolgen. Wir setzen auf Prävention, Information und Hilfe, statt Kriminalisierung aller, einschließlich der Sucht-Betroffenen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine präventiv orientierte Legalisierung von Cannabis ein.“

→ Die Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik, da es auch um natürliche Substanzen geht.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 61, BB-WP.Linke.2019-SÖT-79

„eine objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts über mögliche Folgen des Drogen- und Medikamentenmissbrauchs ermöglichen.“

→ Dies ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation, da es auch um natürliche Substanzen geht.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 61, BB-WP.Linke.2019-SÖT-80

„uns auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen um die Kriminalisierung von Menschen durch Delikte wie Drogenkonsum und Drogenbesitz zu beenden. Als ersten Schritt wollen wir auf Landesebene eine Angleichung der strafbewehrten Freigrenze für den Eigenbedarf von THC-haltigen Produkten, wie sie in Berlin gilt.“

→ Die Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik, da es auch um natürliche Substanzen geht.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 90, BB-WP.Linke.2019-SÖT-81

„ein Umdenken in der Drogenpolitik. Die auf verstärkte Repression setzende Drogenpolitik ist gescheitert. Statt Verboten wollen wir ehrliche Aufklärung über Wirkung und Risiken von Drogenkonsum. Wir setzen uns für eine Legalisierung von Drogenbesitz und -anbau für den Eigenbedarf ein.“

→ Die Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik, da es auch um natürliche Substanzen geht.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, BB-WP.Linke.2019-SÖT-82

„Schutz, Stärkung und Erweiterung von Verbraucher\*innenschutzrechten haben in den vergangenen Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen – von der Lebensmittelqualität bis zu Bankgeschäften, von Versicherungsleistungen bei Schäden infolge des Klimawandels bis zum Brexit, vom Online-Handel bis zur Gesundheitswirtschaft, vom Tourismus bis zur Pflege. Deswegen haben wir den Verbraucher\*innenschutz in den letzten Jahren erheblich aufgewertet. Ziel ist eine aktive, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Politik, in der die Rechte der Verbraucher\*innen im Mittelpunkt stehen.“

→ Da eine generell ökologische Politik angestrebt wird, wird auf eine gesamte sozial-ökologische Transformation abgezielt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 94, BB-WP.Linke.2019-SÖT-83

„die Qualitätsoffensive Schulverpflegung fortsetzen und ausbauen. Eltern und Schüler\*innen sollen gemeinsam mit den Verantwortlichen der Schule und Essensanbietern bei der Ausgestaltung der Essensversorgung mitreden können. Ziel ist eine hohe Essensqualität in Schule und Kita entsprechend den DGE-Standards.“

→ Da Natürliches betroffen ist, ist dies eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 94, BB-WP.Linke.2019-SÖT-84

„für eine deutliche Kennzeichnung der Inhalts- und Zusatzstoffe sowie der Nährwerte kämpfen. Eine zusätzliche, verständliche und ambitionierte Kennzeichnung mit der »Nährwert-Ampel« soll die Qualitätseinordnung auf den ersten Blick erleichtern. Hierfür soll sich Brandenburg im Bundesrat und bei den Minister\*innenkonferenzen einsetzen.“

→ Da Natürliches betroffen ist, ist dies eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 94, BB-WP.Linke.2019-SÖT-85

„im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Veterinärwesens wirksame Kontrollen absichern. Auf Bundesebene setzen wir uns für verbindliche staatliche Produktkennzeichnungen ein, die Tierwohlstandards erkennen lassen. Damit wird Verbraucher\*innen die Möglichkeit gegeben, an der Ladentheke über die Form der Tierhaltung mit zu entscheiden.“

→ Da Natürliches betroffen ist, ist dies eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 95, BB-WP.Linke.2019-SÖT-86

„Seit 2009 tragen wir die Verantwortung für den Haushalt und die Finanzen im Land Brandenburg. Wir haben bewiesen, dass eine solidarische und ökologische Politik, wirtschaftliche Stabilität und eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik kein Widerspruch sein müssen.“

→ Da eine generell ökologische Politik angestrebt wird, wird auf eine gesamte sozial-ökologische Transformation abgezielt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 97, BB-WP.Linke.2019-SÖT-87

„die Vergabe von Landesbürgschaften zielgerichtet weiter ausbauen, z. B. für den sozialen Wohnungsbau oder der Beteiligung von Kommunen an der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energieanlagen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### 2.3.2.4.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der BVB/FW

S. 7, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-1

„Wir wollen Kinder und Jugendliche zu einem gesundheitlich und ökologisch bewussten Konsum anleiten, Naturverbundenheit vom Kindergarten bis in die Schule fördern und dabei regional unterschiedliche Schwerpunkte setzen, um eine Identifikation mit dem Land Brandenburg und seinen unterschiedlichen Regionen zu erreichen und fortlaufende Abwanderung zu verringern.“

→ Über die Bildung wird ein anderes Verhältnis zur Natur angestrebt, was eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-2

„Spätestens in der Grundschule müssen die Themen Gesundheit, gesunde Ernährung und Bewegung behandelt werden.“

→ Das Forcieren gesunder Ernährung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-3

„Im schulischen Bereich ist der Wissensvermittlung über die Folgen des Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsums eine stärkere Priorität als bisher einzuräumen.“

→ Da natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-4

„**Nur gemeinsam lassen sich Landwirtschaft und Naturschutz entwickeln.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Entwicklung des Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-5

„Zur Entwicklung einer gerechten Wasser- und Abwasserpolitik gehört auch die konsequente Umsetzung verfassungsgerichtlicher Urteile.“

→ Die Umgestaltung der Wasser- und Abwasserpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-6

„Hier sollte die Abwasserentsorgung nach einem Vergleich zwischen den Varianten zentral – dezentral optimiert werden. Zentrale Lösungen sind tendenziell nur in Ballungsräumen und wenn dieser unter Umweltschutzgesichtspunkten erforderlich sind, umzusetzen. Nur hier ist ein Anschluss- und Benutzungszwang erforderlich.“

→ Diese Veränderungen bzgl. der Abwasserentsorgung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-7

„Im Flächenland Brandenburg ist der öffentliche Personennahverkehr zu stärken und um innovative Angebote wie Anruf-Sammel-Taxis und kommunale Rundbusverkehre zu ergänzen, um Ressourcen zu sparen, die vorgegebenen Ziele bei der Verringerung von Lärm- und Feinstaubemissionen zu erreichen und den Brandenburgern eine angemessene Teilhabe am Leben im Land durch ausreichende Mobilität zu ermöglichen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Verringerung der Umweltbelastung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-8

„Wir treten darüber hinaus für die **Verlagerung von Kurzstreckenflugverkehr auf den klimafreundlicheren Verkehrsträger Schiene** ein, weil nicht stattfindende Flüge keinen Lärm und sonstige Umweltbelastungen nach sich ziehen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Verringerung der Umweltbelastung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-9

„**Im Sinne der Daseinsvorsorge muss der Bund auch in weniger dicht besiedelten Regionen Deutschlands das Fernbahnnetz und den Kern der Regionalnetze in einem zeitgemäßen Zustand ausbauen und insbesondere die Planung für den Ausbau der Elektrifizierung weiterer Strecken vorantreiben.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Elektrifizierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-10

„Das Wasserstraßenprogramm im Zuge des Bundesverkehrswegeplanes soll zügig aber ohne Beeinträchtigung der Umwelt als Zukunftsinvestition umgesetzt werden, auch wenn gegenwärtig eine entsprechende Auslastung noch nicht in Sicht ist.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-11

„Die kleineren Flüsse und Kanäle sollen mit geringen Aufwendungen für touristische Zwecke erhalten werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, BB-WP.BVB/FW.2019-GSÖT-1

„**Last- und Volumenerhöhungen für Lastkraftwagen lehnen wir wegen der negativen Folgen,** wie zum Beispiel Behinderung des Individualverkehrs, erhöhte Emissionen und massive Straßenschädigung ab.“ (Herv. i. O.)

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-12

„**BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für ein Energiekonzept ein, das Energiesicherheit, Wirtschaftlichkeit, Anwohnerschutz, Nachhaltigkeit und eine langfristige Reduktion von Emissionen als Einheit verbindet.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-13

„Das Land Brandenburg muss sich noch stärker den Energieeffizienztechnologien zuwenden. Energieeffizienz, Energieeinsparung und Vermeidung energetischer Verluste müssen zu Grundprinzipien im Land werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-14

„Die Energieversorger wie kommunale Stadtwerke müssen auch durch ihre Preisgestaltung die Energieeffizienz und -einsparung fördern. Großverbrauch von Energie und Brennstoffen darf nicht durch Erlass von Umlagen oder Steuern belohnt werden. Im Gegenzug ist dafür Sorge zu tragen, die Umlagen wie etwa für das EEG und Netz langfristig wieder zu senken. **BVB / FREIE WÄHLER fordert ein Moratorium beim Ausbau der Windkraft in Brandenburg.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-15

„Angesichts der erheblich gewachsenen Größe der Anlagen müssen auch die Mindestabstände angepasst werden. So, wie es in anderen Bundesländern bereits üblich ist. Im Gegenzug können willkürliche Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen entfallen.“

→ In den entsprechenden Gebieten wird eine sozial-ökologische Transformation abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2019-GSÖT-2

„**BVB / FREIE WÄHLER lehnt den Bau von Windkraftanlagen in Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten sowie in Wäldern ab.**“ (Herv. i. O.)

→ In den entsprechenden Gebieten wird eine sozial-ökologische Transformation abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-16

„**Umweltverträglichkeitsprüfungen für WKA müssen zur gesetzlich vorgegebenen Pflicht werden.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung dessen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-17

**„Wir wollen Biogasgewinnung und Verwertung aus Abfällen der Landwirtschaft, der Industrie und der Bevölkerung dort fördern, wo sie nachhaltig betrieben werden kann.“** (Herv. i. O.)

→ Diese Rohstoffförderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2019-GSÖT-3

„Die Verwertung eigens produzierter Energiepflanzen sollte hingegen nicht weiter ausgebaut werden, da sie in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht und zumeist eine schlechte, bisweilen negative Energiebilanz aufweist.“

→ Diesbezüglich wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-18

**„In der Photovoltaik sehen wir die Chance, verbrauchernahe, dezentrale Erzeugerstrukturen aufzubauen und dadurch die Notwendigkeit für einen teuren Netzausbau zu begrenzen.** Der Ausbau der Photovoltaik soll vorrangig auf bereits vorhandenen Dächern sowie auf Konversionsflächen wie etwa ehemaligen Tagebauflächen erfolgen, damit der zusätzliche Flächenverbrauch minimiert wird. Bei der Rekultivierung der Tagebaue sind bereits Flächen für die Photovoltaik vorzusehen, bei denen auf eine aufwendige Urbarmachung verzichtet werden kann.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-19

„Der Bedarf an Elektroenergie in Berlin und Brandenburg liegt bei etwa 4.500 MW. Sobald in Brandenburg und Berlin in Summe bei Photovoltaik eine installierte Nennleistung von 5.000 MWp erreicht wird, ist der weitere Ausbau der Photovoltaik zu stoppen, um Überkapazitäten und die damit verbundenen Kosten wie etwa Entschädigungszahlungen nach § 15 EEG zu verhindern und den Kostenbedarf für den Netzausbau zu minimieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-20

**„Wir wollen die Lausitz als Energieregion langfristig erhalten.** Zur Abfederung der jahreszeitlich, tageszeitlich und witterungsbedingt stark schwankenden Einspeisungen aus Windkraft und Photovoltaik ist der Bau von Grund- und mittellastfähigen Gaskraftwerken mit einer Nennleistung von 2.000 MW voranzutreiben. Als Standort für diese Gas-und-Dampf-Kraftwerke ist aufgrund vorhandenen Fachpersonals (Angestellte der Braunkohlekraftwerke) sowie vorhandener Stromleistungskapazitäten die Lausitz zu bevorzugen.“ (Herv. i. O.)

Einzel

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-21

**„Wir akzeptieren die vorübergehende Fortführung der Braunkohlekraftwerke in Brandenburg, um die Energieversorgung der Region sicherzustellen.“** (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, BB-WP.BVB/FW.2019-GSÖT-4

„Aufgrund der hohen Kosten und der möglichen Gefahren für die Umwelt lehnen wir die zwischenzeitliche Einführung einer CO<sup>2</sup>-Verpressung in tiefe Gesteinsschichten vom Erdreich ab.“

→ Damit wird sich gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-22

„**Nutzung der Braunkohle zur Energieerzeugung soll langsam sozialverträglich reduziert werden**, indem Braunkohlekraftwerke am Ende ihrer baulich vorgesehenen Nutzungsdauer stillgelegt werden und durch andere Energiequellen (u.a. Erdgas und Photovoltaik) ersetzt werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-23

„**Braunkohleförderung soll langfristig deutlich reduziert werden**. Die Genehmigung neuer Abbauflächen wird damit auf lange Sicht nicht notwendig werden. Der Schwerpunkt der Nutzung soll sich dabei auf die Nutzung als chemischer Rohstoff in der chemischen Industrie verschieben. Damit kann trotz reduzierter Abbaumengen die Wertschöpfung in der Lausitz erhalten werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-24

„An die lange Tradition der Braunkohleveredlung/Braunkohlechemie in der Lausitz wird unter neuen Rahmenbedingungen angeknüpft, indem die **stoffliche Nutzung zunehmend in den Vordergrund** tritt.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-25

„Als Pilotprojekt hierfür fordert BVB / FREIE WÄHLER die Umstrukturierung der Energieerzeugungsregion Lausitz in eine zukunftssichere Perspektive zu nutzen.“

→ Die gesamte Umstrukturierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-26

„Die Nutzung regenerativer Energieformen ist dabei sinnvoll zu integrieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-27

„**BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für den Ausbau der Energieagentur des Landes ein**. Die Energieagentur kann wichtige Aufgaben bei der Umsetzung der Energiestrategie und die Entwicklung eines Masterplans Energietechnik übernehmen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-28

„Die Beschränkung der Emissionen ist über die Mechanismen des Europäischen Emissionsrechtehandels zu erheblich geringeren Kosten zu erreichen.“

→ Die generelle Emissionsbeschränkung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, BB-WP.BVB/FW.2019-GSÖT-5

„BVB / FREIE WÄHLER lehnt die Einführung von **Fracking** als Fortsetzung der Erdgas- beziehungsweise Erdölgewinnung strikt ab, solange kein Nachweis erfolgt, dass diese Technologie umweltverträglich ist.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-29

**„Eine am Bedarf ausgerichtete Kombination aus konventionellem und biologischem Landbau sowie der Erzeugung biogener Rohstoffe soll die Zielsetzung für eine moderne Landwirtschaft ohne völlige Abhängigkeiten von EU-Ausgleichszahlungen sein.** Förderung und professionelle Beratung durch das Land sind hierbei zielführend. Die ständig steigende Nachfrage nach Biolebensmitteln bietet eine Möglichkeit für die Landwirte der Region, ihr Einkommen marktorientiert zu erzielen und sich aus der Anonymität der Massenproduktion abzuheben.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2019G-SÖT-6

**„BVB / FREIE WÄHLER lehnt die Zufuhr pflanzenfremder Gene so lange ab, bis gesicherte Erkenntnisse für einen für Mensch, Flora und Fauna unschädlichen Anbau vorliegen.“** (Herv. i. O.)

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-30

**„Das Saatgutverkehrsgesetz muss dringend abgeschafft oder so angepasst werden, dass regionale Landsorten aller Kulturpflanzen unbürokratisch und unkompliziert gehandelt werden können. Alle müssen ohne weitere Voraussetzungen das Recht haben, Saatgut von Nutzpflanzen zu handeln.“**

→ Die Änderung bzgl. des Saatgutverkehrsgesetzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-31

**„Wir lehnen den Einsatz von Glyphosat, Wildkrautvernichtungsmittel ab. Glyphosat ist landes-, bundes- und europaweit zu verbieten und zu vermeiden.“**

→ Diese Veränderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-32

**„Pestizide dürfen nur zu einem Mindestmaß eingesetzt werden. Eine Landwirtschaft ohne Gift- und Chemiecocktails ist anzustreben. Das Land muss Landwirte hierfür unterstützen.“** (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27f., BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-33

**„Die Verschwendung der Lebensmittel durch Vernichtung aufgrund einer zu unflexiblen Haltbarkeitsdatumsregelung ist seitens der Forschung unverzüglich auf Optimierungsmöglichkeiten zu untersuchen und die daraus resultierenden, verantwortbaren Möglichkeiten sind kurzfristig umzusetzen.“**

→ Die Änderung der Regelung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-34

**„Die Verwendung von Antibiotika ist in den letzten 3 Monaten vor der Verarbeitung von Tieren zu Lebensmitteln grundsätzlich zu unterlassen.“** (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Antibiotika wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 28, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-35

„Die Rückverfolgbarkeit der Behandlung mit Arzneimitteln, von Haltungsbedingungen und der Erfüllung von Umweltauflagen müssen über die EU-Grenzen hinweg möglich sein.“

→ Bzgl. der Maßnahmen wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft gefordert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-36

„**Die Kontrolle von Produkten mit Bio-Siegeln ist so zu optimieren, dass ein Missbrauch ausgeschlossen werden kann. Die Vermarktung von regionalen Produkten muss von der Landes- und Bundesregierung unterstützt werden.** Dabei kann den Menschen der Vorteil marktnaher Produkte besser und nachhaltiger dargestellt werden. Auch an dieser Stelle ist Transparenz notwendig.“ (Herv. i. O.)

→ Die veränderte Vermarktung ist Teil einer einzelnen sozial-ökologischen Transformation bzgl. der Lebensmittel.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-37

„**Es muss eine einfache, schnell erkennbare Kennzeichnung der Lebensmittel erfolgen. Das Prinzip der Ampel wird von BVB / FREIE WÄHLER unterstützt,** da dadurch Aussagen über Marktnähe, den direkten Hersteller, Umweltstandard, Energie-Wasserbilanz, Zuckergehalt, Fett, Kohlehydrate und Antibiotikaeinsatz kurz und übersichtlich getroffen werden können.“ (Herv. i. O.)

→ Die Kennzeichnung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-38

„In den Schulen ist das Unterrichtsfach Ernährung und Umwelt einzurichten und es ist grundsätzlich gesundes Schulessen anzubieten.“

→ Die Einrichtung des Fachs ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-39

„In der **Forstwirtschaft** setzt sich BVB / FREIE WÄHLER für **Artenvielfalt ein und lehnt großflächige Monokulturen** ab. Wir stehen daher für den langfristigen Waldumbau, um mehr Kiefer- und Fichten-Monokulturen in **naturnahe Mischwälder** umzuwandeln. Die Artenvielfalt in den Wäldern würde steigen. Zudem werden sie gegenüber Krankheiten, Schädlingen, Waldbränden, Stürmen und klimatischen Veränderungen weniger empfindlich. Naturnahe Wälder sind auch wichtige Wasserspeicher, Sauerstoffspender und Mikroklimaregulatoren, was im niederschlagsarmen Brandenburg von Bedeutung ist.“ (Herv. i. O.)

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-40

„Bezüglich der **zu rekultivierenden Tagebauflächen** in der Lausitz fordern wir eine **Rekultivierung durch vielfältige Biotope und damit Schaffung von unterschiedlichen Grundlagen für Artenvielfalt.**“

→ Bzgl. der Rekultivierung wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-41

„In der **Landwirtschaft** treten wir für eine **Mischung aus konventioneller und biologischer Landwirtschaft** ein, deren Anteile sich nach der Nachfrage am Markt richten, aber deren Förderung aus öffentlichen Mitteln auch auf einem vergleichbaren Niveau liegen muss.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-GSÖT-7

„Aufgrund des bereits ausgeschöpften Potenzials lehnen wir zudem den weiteren Ausbau der Nutzung von Holz als Energieträger ab.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-42

„Für BVB / FREIE WÄHLER ist auch die **Behebung der in der Vergangenheit verursachten Schäden an der Natur ein Ziel**. Wir setzen uns daher für die beschleunigte Beseitigung von militärischen und industriellen Altlasten ein, um diese Flächen für Mensch und Natur zurückzugewinnen oder ggf. für Photovoltaikanlagen nutzen zu können.“ (Herv. i. O.)

→ Die Schadensbehebung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-43

„Eine **artgerechte, ethisch verantwortliche Haltung von Nutztieren muss in der EU einheitlich geregelt sein**.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Nutztiere wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-44

„Wir müssen bei den Bürgern für die Bereitschaft werben, den Nachteil der höheren Produktpreise für eine tiergerechtere Haltung in Kauf zu nehmen, da auf diese Weise auch unsere Nahrung gesünder wird.“

→ Bzgl. der Nutztiere wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-45

„**Bestandsgrößen der Tierhaltung müssen grundsätzlich der Flächenstruktur einer Region angepasst werden**. Das bedeutet, es muss genügend Fläche im Umkreis von 30 Kilometern für Getreide, Gülle und Mist vorhanden sein. In diesem Zusammenhang ist eine Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks notwendig. Der Gülle-Tourismus muss unterbunden werden.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Nutztiere wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-46

„Der **Ausgleich der verschiedenen Ansprüche an den Wasserhaushalt durch die fortschreitende wirtschaftliche und touristische Entwicklung in Brandenburg und die Gefahren durch Hochwasser, Abwasserbelastung und Landwirtschaft** ergeben die Verantwortung des Landes für einen umfassenden Umwelt- und Gewässerschutz.“ (Herv. i. O.)

→ Der generelle Umwelt- und Gewässerschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-47

„Alle Gewässer sind so zu behandeln und zu bewirtschaften, dass sie sowohl zum Wohl der Allgemeinheit als auch dem Nutzen des Einzelnen dienen. Jede vermeidbare Beeinträchtigung hat zu unterbleiben. **Die gewissenhafte Überwachung und Regulierung der Gewässer, des Grundwassers sowie umfangreiche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr unterschiedlicher Art müssen unsere Ziele sein.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Umgestaltung der Gewässerpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-48

„**Zum Erhalt der Kulturlandschaften, Schutz der Siedlungsflächen und landwirtschaftlichen Nutzflächen vor zu hohen Grundwasserständen und bewusst herbeigeführten Überflutungen** fordern wir die **Bildung eines ‚Landesbetriebs Wasser‘** mit entsprechenden Betriebsteilen/Außenstellen für die Erledigung der hoheitlichen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge (v.a. zentrale Finanzierung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen) entsprechend dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung dieser Forderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-49

„Sicherstellung einer langfristigen, strategischen Wasserregulierung, die bei Hoch- und Niedrigwasser die Kulturlandschaft, Siedlungsfähigkeit und die wirtschaftlichen Belange (Land-, Forst-, Wasserwirtschaft, Tourismus) ebenso berücksichtigt wie eine intakte und gesunde Natur.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-50

„Prüfung aller abgeschlossenen, laufenden und beabsichtigten Renaturierungs- und Gewässerumbaumaßnahmen auf Rechtmäßigkeit und Umweltverträglichkeit. Bei Rechtswidrigkeit bzw. Rechtsverletzungen ist der Ausgangszustand wiederherzustellen.“

→ Die Prüfung ist Teil einer sozial-ökologischen Transformation durch die Umbaumaßnahmen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-51

„Die Verbandssatzungen der Wasserverbände müssen dringend dahingehend modernisiert werden, dass die Bürger diese jederzeit kontrollieren können und (ökologische) Alternativen nicht weiter kriminalisiert werden.“

→ Bzgl. des KAG wird eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-52

„Die Landesregierung übt Einfluss auf die Erfüllung der Aufgaben der unteren Behörden (Untere Naturschutzbehörde, Untere Wasserbehörde) aus und gewährleistet die Schaffung gesetzlicher Vorgaben zu grundlegenden Themen des Wassermanagements (z.B. Grundräumung, Gewässerunterhaltung, Hochwasser etc.).“

→ Die Umsetzung dieser Forderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-53

„Die Rechtsverordnung der Landesregierung zur Regulierung des Biberbestands darf sich nicht nur auf Deiche, Fischteiche und Verkehrswege beschränken, sondern muss auch die Be- und Entwässerungsgräben/-anlagen einbeziehen, da es durch die inzwischen flächendeckend vorhandenen Biberdämme zunehmend zu empfindlichen Störungen der Entwässerungssysteme kommt.“

→ Die Umsetzung dieser Forderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, BB-WP.BVB/FW.2019-SÖT-54

„BVB / FREIE WÄHLER setzt sich nicht nur **aus Gründen des Hochwasserschutzes für die Rückverlegung von Deichen und die Schaffung von naturnahen Überflutungsgebieten auf geeigneten Flächen entlang Elbe und Oder ein**. Hierdurch wird der Natur wieder mehr Platz gelassen, um artenreiche Auwälder zu bilden, die in Deutschland besonders selten sind. Sie könnten als Naherholungsgebiete genutzt werden und den Naturtourismus fördern. Für die hierfür benötigten Flächen sind die Eigentümer bzw. betroffene landwirtschaftliche Betriebe zu entschädigen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Änderung der Flächennutzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.2.5 Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse

Tabelle 27: Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
PK	0	0	0	0	0	0
SÖT	13	4	6	159	54	40
GSÖT	2	6	2	7	5	5

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 28: Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
Absätze	110	250	103	624	309	223

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 29: Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
Absätze	11	4	6	156	52	39
Gewichtet	20	9	9	287	107	51

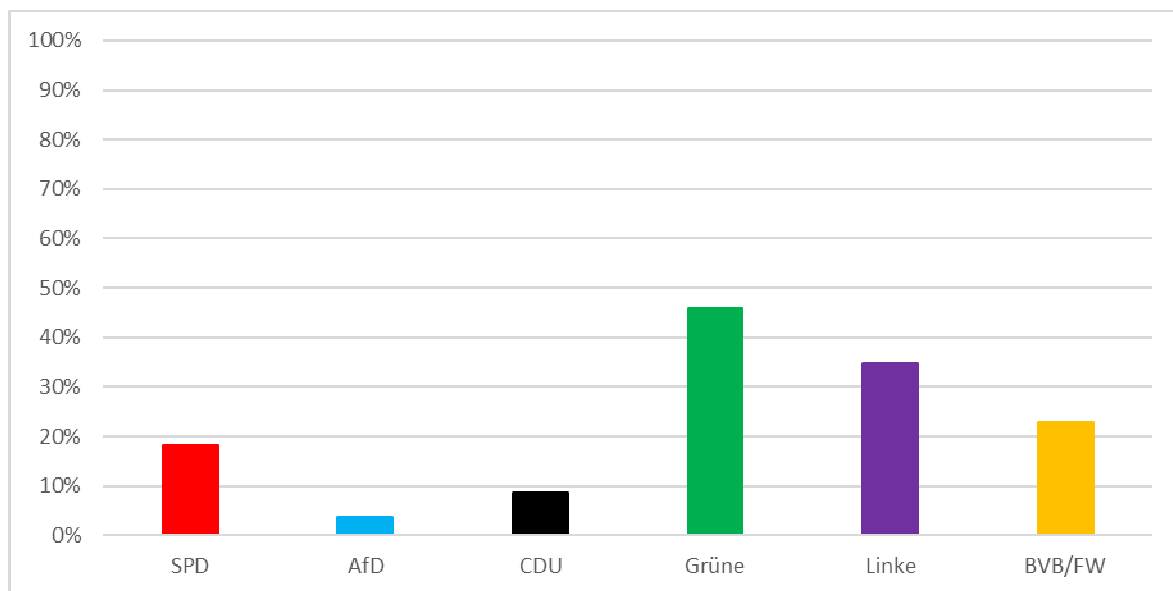
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 30: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
Anteile	18,18 %	3,60 %	8,74 %	45,99 %	34,63 %	22,87 %

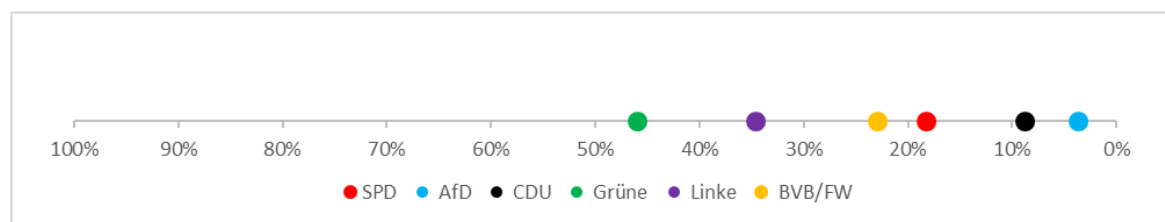
Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

Abbildung 11: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg



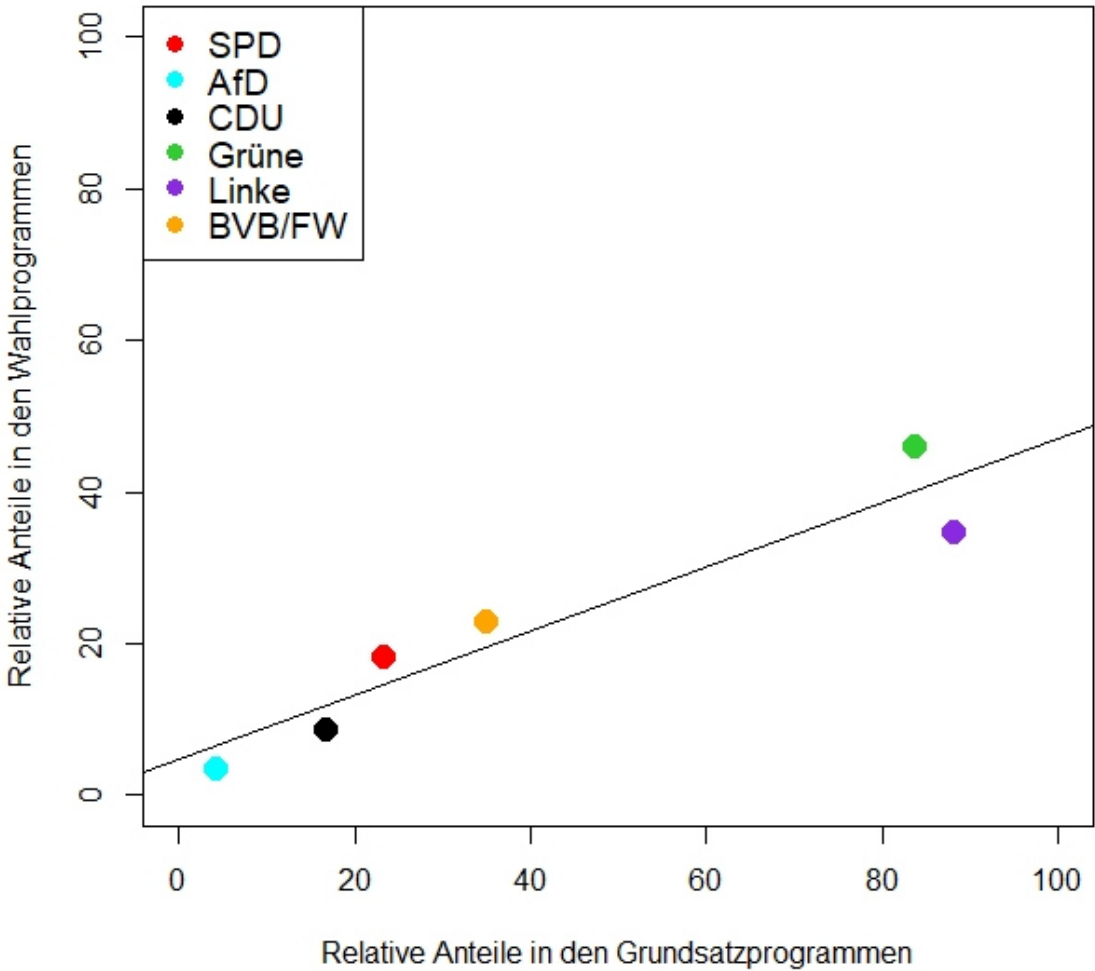
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 12: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Abbildung 13: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2014 in Brandenburg



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 31: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg

Unterkategorien	Ausprägungen	SPD	AfD	CDU	Grüne
Ausmaß der Transformation	Einzel	8	3	5	117
	Als Ganzes	3	1	1	42
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	1	0	1	23
	Ja: Adaption	2	0	1	18
	Nein	8	4	4	123
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0	0	0	1
	Ja: EU-Ebene	0	0	0	11
	Ja: Bundesebene	1	0	0	17
	Ja: Landesebene	9	3	6	123
	Nein	2	1	0	34
Wirtschaftsbezug	Ja	6	4	4	94
	Nein	5	0	2	65
Konzeptbezug	Ja	3	0	1	10
	Nein	8	4	5	149

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	BVB/FW
Ausmaß der Transformation	Einzel	37	36
	Als Ganzes	17	4
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	5	2
	Ja: Adaption	3	4
	Nein	46	34
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0	0
	Ja: EU-Ebene	3	3
	Ja: Bundesebene	5	1
	Ja: Landesebene	39	20
	Nein	14	17
Wirtschaftsbezug	Ja	27	18
	Nein	27	22
Konzeptbezug	Ja	7	1
	Nein	47	39

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 32: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Brandenburg

Unterkategorien	Ausprägungen	SPD	AfD	CDU	Grüne
Ausmaß der Transformation	Einzel	72,73 %	75,00 %	83,33 %	73,58 %
	Als Ganzes	27,27 %	25,00 %	16,67 %	26,42 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	9,09 %	0,00 %	16,67 %	14,47 %
	Ja: Adaption	18,18 %	0,00 %	16,67 %	11,32 %
	Nein	72,73 %	100,00 %	66,67 %	77,36 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,63 %
	Ja: EU-Ebene	0,00 %	0,00 %	0,00 %	6,92 %
	Ja: Bundesebene	9,09 %	0,00 %	0,00 %	10,69 %
	Ja: Landesebene	81,82 %	75,00 %	100,00 %	77,36 %
	Nein	18,18 %	25,00 %	0,00 %	21,38 %
Wirtschaftsbezug	Ja	54,55 %	100,00 %	66,67 %	59,12 %
	Nein	45,45 %	0,00 %	33,33 %	40,88 %
Konzeptbezug	Ja	27,27 %	0,00 %	16,67 %	6,29 %
	Nein	72,73 %	100,00 %	83,33 %	93,71 %

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	BVB/FW
Ausmaß der Transformation	Einzel	68,52 %	90,00 %
	Als Ganzes	31,48 %	10,00 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	9,26 %	5,00 %
	Ja: Adaption	5,56 %	10,00 %
	Nein	85,19 %	85,00 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,00 %	0,00 %
	Ja: EU-Ebene	5,56 %	7,50 %
	Ja: Bundesebene	9,26 %	2,50 %
	Ja: Landesebene	72,22 %	50,00 %
	Nein	25,93 %	42,50 %
Wirtschaftsbezug	Ja	50,00 %	45,00 %
	Nein	50,00 %	55,00 %
Konzeptbezug	Ja	12,96 %	2,50 %
	Nein	87,04 %	97,50 %

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 33: Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
PK	1	0	0	0	1	0
SÖT	44	29	28	170	87	54
GSÖT	0	21	2	10	2	7

Quelle: Eigene Darstellung.



Tabelle 34: Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
Absätze	418	385	241	515	566	241

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 35: Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
Absätze	44	27	28	162	86	53
Gewichtet	77	36	44	351	179	68

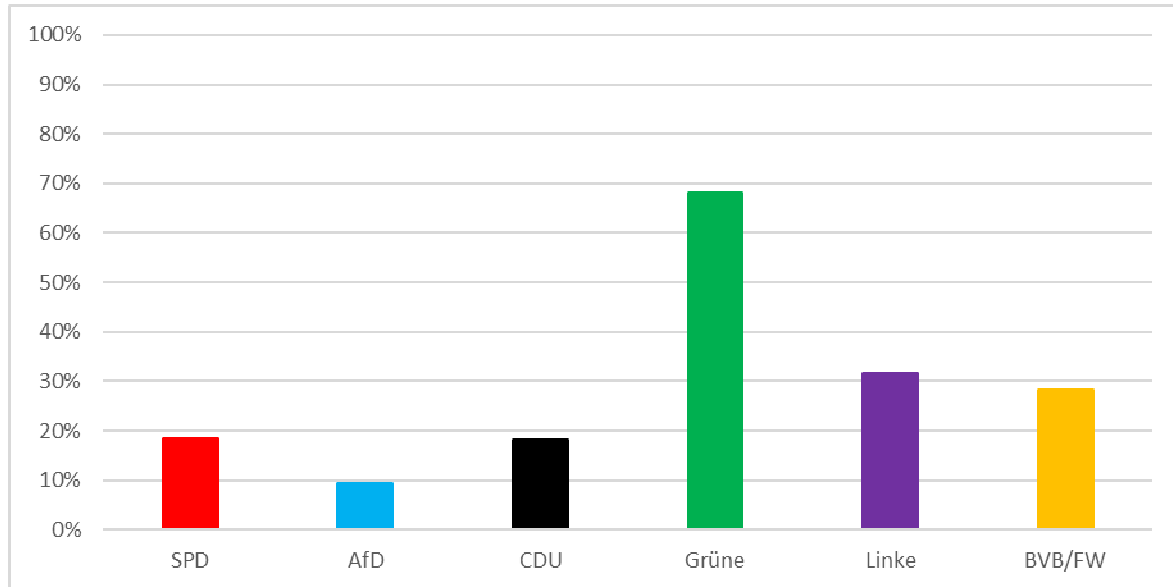
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 36: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
Anteile	18,42 %	9,35 %	18,26 %	68,16 %	31,62 %	28,22 %

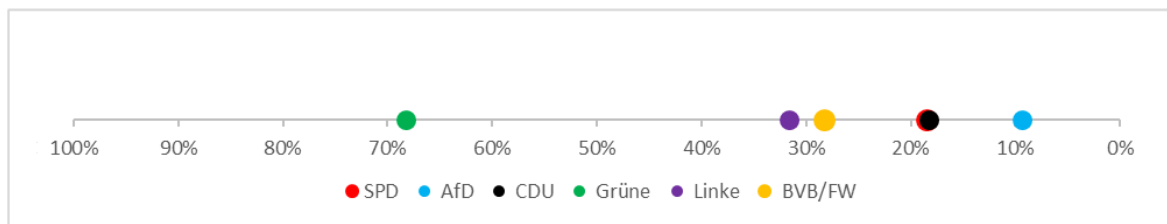
Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

Abbildung 14: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg



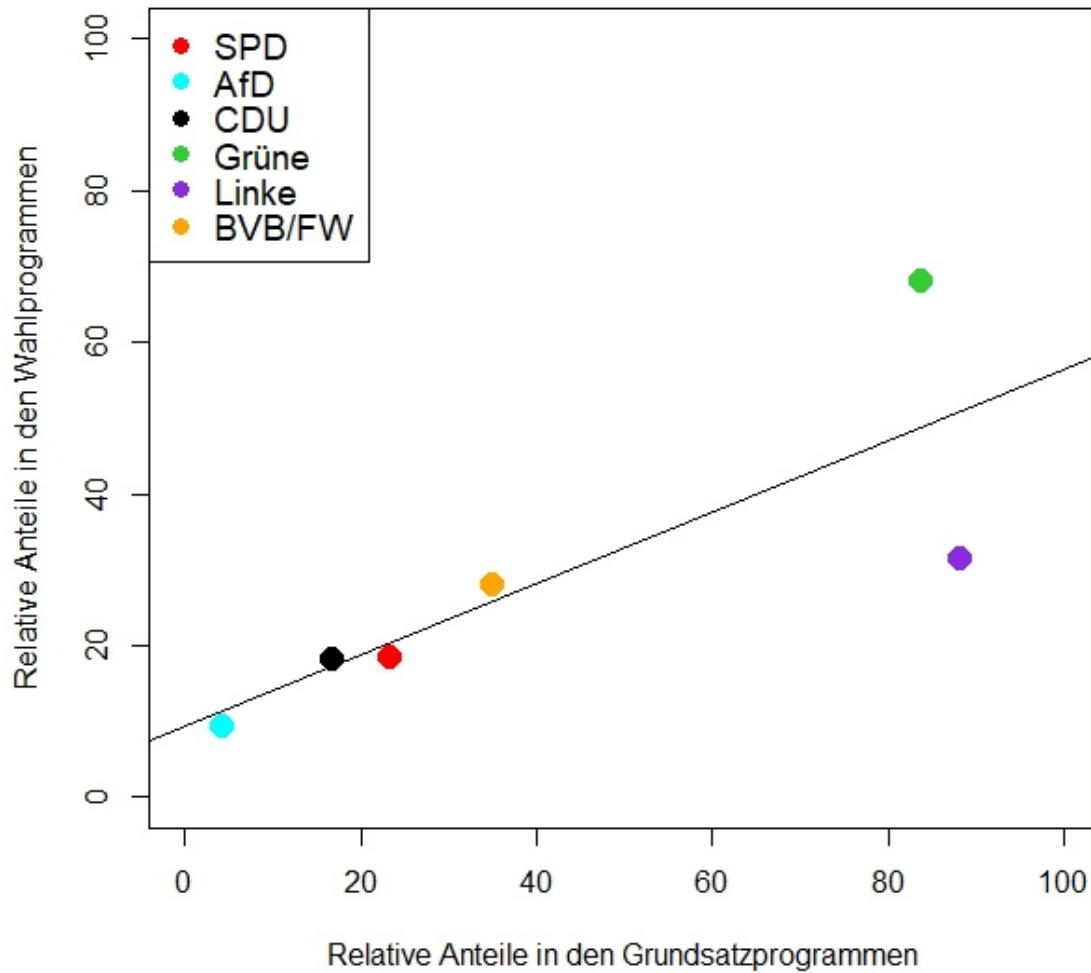
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 15: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Abbildung 16: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2019 in Brandenburg



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 37: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg

Unterkategorien	Ausprägungen	SPD	AfD	CDU	Grüne
Ausmaß der Transformation	Einzel	33	26	23	105
	Als Ganzes	11	3	5	65
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	5	0	2	30
	Ja: Adaption	2	0	2	19
	Nein	37	29	24	128
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0	0	0	9
	Ja: EU-Ebene	2	0	2	11
	Ja: Bundesebene	3	1	2	18
	Ja: Landesebene	36	15	25	139
	Nein	6	14	2	29
Wirtschaftsbezug	Ja	20	12	15	99
	Nein	24	17	13	71
Konzeptbezug	Ja	1	0	1	18
	Nein	43	29	27	152

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	BVB/FW
Ausmaß der Transformation	Einzel	58	49
	Als Ganzes	29	5
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	13	2
	Ja: Adaption	5	3
	Nein	72	49
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	1	0
	Ja: EU-Ebene	3	5
	Ja: Bundesebene	17	7
	Ja: Landesebene	67	24
	Nein	18	23
Wirtschaftsbezug	Ja	35	24
	Nein	52	30
Konzeptbezug	Ja	7	2
	Nein	80	52

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 38: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Brandenburg

Unterkategorien	Ausprägungen	SPD	AfD	CDU	Grüne
Ausmaß der Transformation	Einzel	75,00 %	89,66 %	82,14 %	61,76 %
	Als Ganzes	25,00 %	10,34 %	17,86 %	38,24 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	11,36 %	0,00 %	7,14 %	17,65 %
	Ja: Adaption	4,55 %	0,00 %	7,14 %	11,18 %
	Nein	84,09 %	100,00 %	85,71 %	75,29 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,00 %	0,00 %	0,00 %	5,29 %
	Ja: EU-Ebene	4,55 %	0,00 %	7,14 %	6,47 %
	Ja: Bundesebene	6,82 %	3,45 %	7,14 %	10,59 %
	Ja: Landesebene	81,82 %	51,72 %	89,29 %	81,76 %
	Nein	13,64 %	48,28 %	7,14 %	17,06 %
Wirtschaftsbezug	Ja	45,45 %	41,38 %	53,57 %	58,24 %
	Nein	54,55 %	58,62 %	46,43 %	41,76 %
Konzeptbezug	Ja	2,27 %	0,00 %	3,57 %	10,59 %
	Nein	97,73 %	100,00 %	96,43 %	89,41 %

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	BVB/FW
Ausmaß der Transformation	Einzel	66,67 %	90,74 %
	Als Ganzes	33,33 %	9,26 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	14,94 %	3,70 %
	Ja: Adaption	5,75 %	5,56 %
	Nein	82,76 %	90,74 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	1,15 %	0,00 %
	Ja: EU-Ebene	3,45 %	9,26 %
	Ja: Bundesebene	19,54 %	12,96 %
	Ja: Landesebene	77,01 %	44,44 %
	Nein	20,69 %	42,59 %
Wirtschaftsbezug	Ja	40,23 %	44,44 %
	Nein	59,77 %	55,56 %
Konzeptbezug	Ja	8,05 %	3,70 %
	Nein	91,95 %	96,30 %

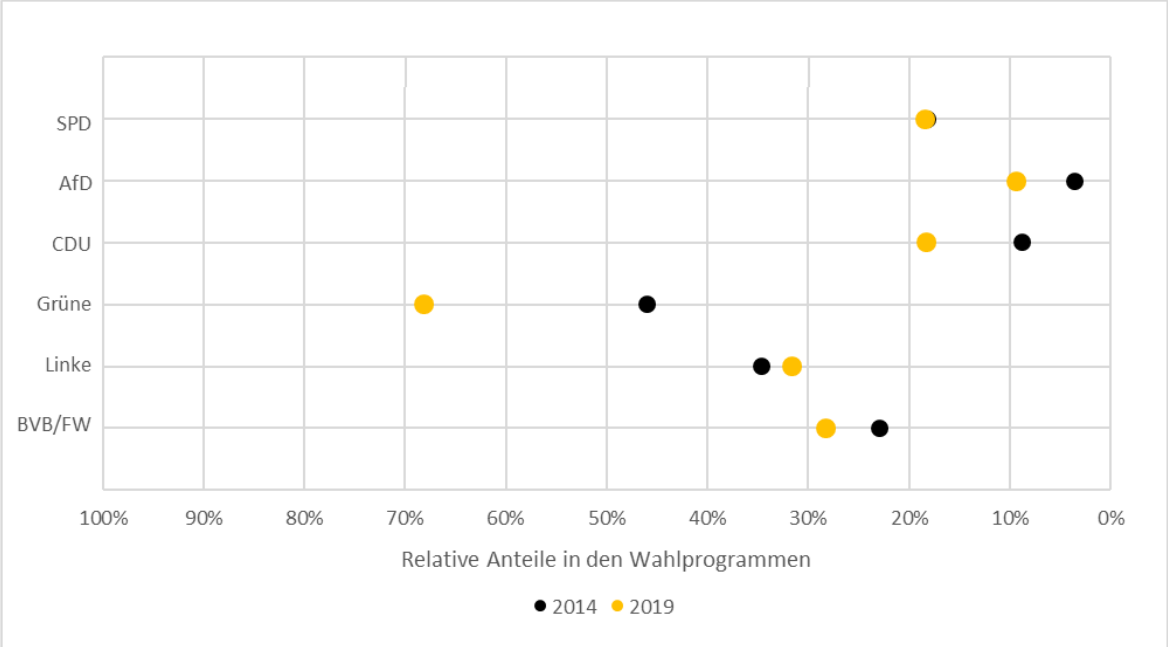
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 39: Die Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Brandenburg

	SPD	AfD	CDU	Grüne	Linke	BVB/FW
Differenz	+ 0,24	+ 5,75	+ 9,52	+ 22,17	- 3,01	+ 5,35

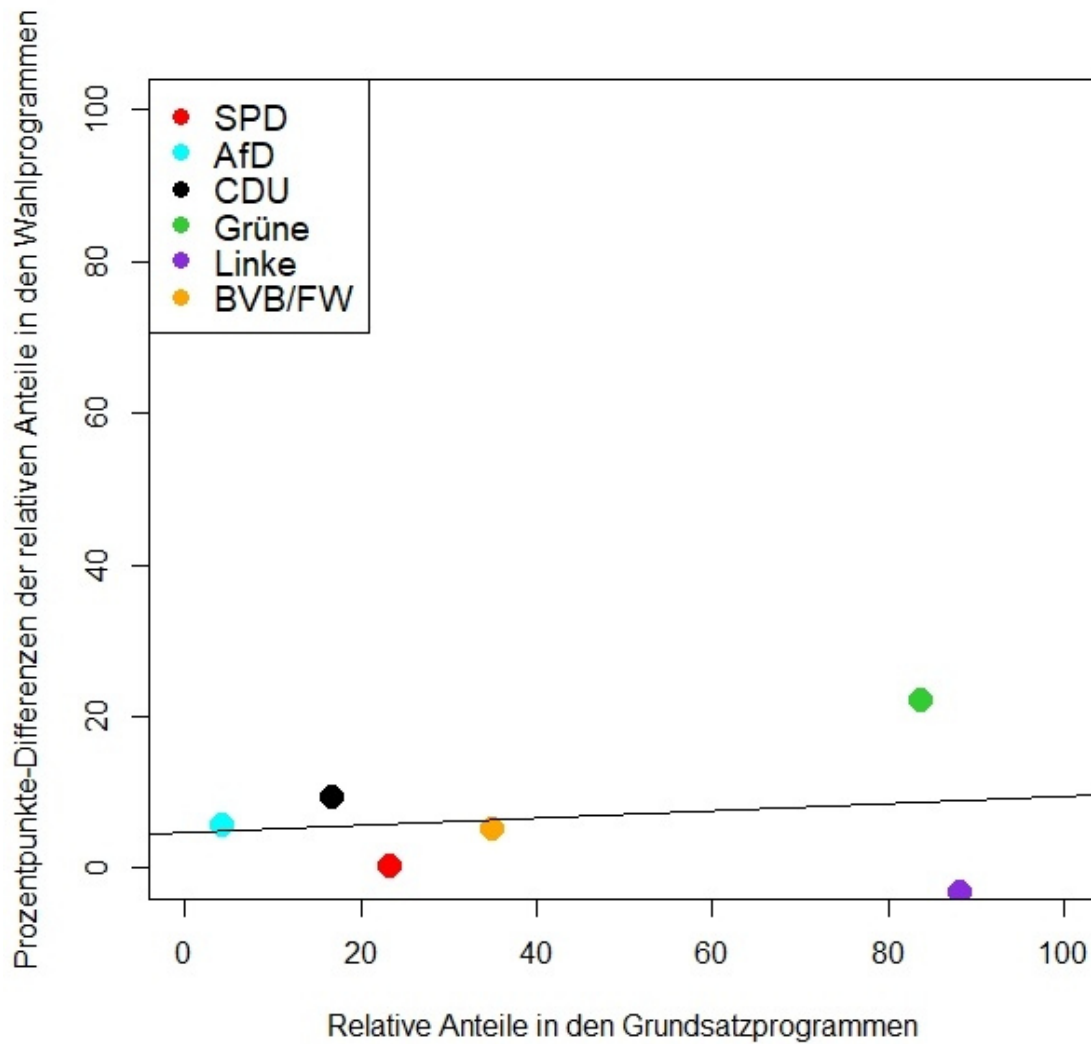
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 17: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Brandenburg



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 18: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in Brandenburg



Quelle: Eigene Darstellung.

### 2.3.3 Die Bestandteile der Analyse des Falls Thüringen

#### 2.3.3.1 Die Daten zur Beschreibung des Parteiensystems und –wettbewerbs

Tabelle 40: Die Gesamtstimmenanteile der aktuell relevanten Landesparteien in Thüringen bei allen Landtagswahlen seit 1990

	1990	1994	1999	2004	2009	2014	2019
Linke	9,7 %	16,6 %	21,3 %	26,1 %	27,4 %	28,2 %	31,0 %
AfD	-	-	-	-	-	10,6 %	23,4 %
CDU	45,4 %	42,6 %	51,0 %	43,0 %	31,2 %	33,5 %	21,7 %
SPD	22,8 %	29,6 %	18,5 %	14,5 %	18,5 %	12,4 %	8,2 %
Grüne	6,5 %	4,5 %	1,9 %	4,5 %	6,2 %	5,7 %	5,2 %
FDP	9,3 %	3,2 %	1,1 %	3,6 %	7,6 %	2,5 %	5,0 %

Quelle: In Anlehnung an: Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 97f. Für Die Linke wurden 1990 das Ergebnis der Linken Liste-PDS und bis 2004 die Ergebnisse der PDS übernommen. Für Bündnis 90/ Die Grünen wurde 1990 wie bei Bräuninger et al. das Ergebnis für Neues Forum – Die Grünen – Demokratie jetzt übernommen: Vgl. Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 177.

Tabelle 41: Die Regierungszusammensetzungen in Thüringen von 1990 bis 2019

	Regierungsparteien	Ministerpräsidenten
08.11.1990	CDU, FDP	Josef Duchač (CDU)
05.02.1992	CDU, FDP	Bernhard Vogel (CDU) I
30.11.1994	CDU, SPD	Bernhard Vogel (CDU) II
01.10.1999	CDU	Bernhard Vogel (CDU) III
05.06.2003	CDU	Dieter Althaus (CDU) I
08.07.2004	CDU	Dieter Althaus (CDU) II
30.10.2009	CDU, SPD	Christine Lieberknecht (CDU)
05.12.2014	Die Linke, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Bodo Ramelow (Die Linke) I
05.02.2020	FDP	Thomas Kemmerich (FDP)
04.03.2020	Die Linke, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Bodo Ramelow (Die Linke) II

Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 180.

#### 2.3.3.2 Die Codes aus der Landesverfassung

Präambel, TH-LV-RE-1

„in dem Willen, Freiheit und Würde des Einzelnen zu achten, das Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, Natur und Umwelt zu bewahren und zu schützen, der Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht zu werden, inneren wie äußeren Frieden zu fördern, die demokratisch verfasste Rechtsordnung zu erhalten und Trennendes in Europa und der Welt zu überwinden,“

→ Die nachhaltige Regulation im Umgang mit Natur und Umwelt wird vorgeschrieben.



Artikel 5, Absatz 2, TH-LV-RE-2

„Dieses Recht darf nur auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutz der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.“

→ Der Umgang mit Naturkatastrophen wird geregelt.

Artikel 22, Absatz 1, TH-LV-RE-3

„Erziehung und Bildung haben die Aufgabe, selbständiges Denken und Handeln, Achtung vor der Würde des Menschen und Toleranz gegenüber der Überzeugung anderer, Anerkennung der Demokratie und Freiheit, den Willen zu sozialer Gerechtigkeit, die Friedfertigkeit im Zusammenleben der Kulturen und Völker und die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und die Umwelt zu fördern.“

→ Der Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und der Natur wird über die Bildung geregelt.

Artikel 30, Absatz 2, TH-LV-RE-4

„Die Denkmale der Kultur, Kunst, Geschichte und die Naturdenkmale stehen unter dem Schutz des Landes und seiner Gebietskörperschaften. Die Pflege der Denkmale obliegt in erster Linie ihren Eigentümern.“

→ Der Umgang mit Naturdenkmälern wird geregelt.

Artikel 31, Absatz 1, TH-LV-RE-5

„Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen ist Aufgabe des Freistaats und seiner Bewohner.“

→ Die nachhaltige Regulation im Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen wird vorgeschrieben.

Artikel 31, Absatz 2, TH-LV-RE-6

„Der Naturhaushalt und seine Funktionstüchtigkeit sind zu schützen. Die heimischen Tier- und Pflanzenarten sowie besonders wertvolle Landschaften und Flächen sind zu erhalten und unter Schutz zu stellen. Das Land und seine Gebietskörperschaften wirken darauf hin, dass von Menschen verursachte Umweltschäden im Rahmen des Möglichen beseitigt oder ausgeglichen werden.“

→ Die nachhaltige Regulation im Umgang mit der Umwelt wird vorgeschrieben.

Artikel 31, Absatz 3, TH-LV-RE-7

„Mit Naturgütern und Energie ist sparsam umzugehen. Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern eine umweltgerechte Energieversorgung.“

→ Der Umgang mit den Naturgütern und der natürlich gewonnenen Energie wird geregelt.

Artikel 32, TH-LV-RE-8

„Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet. Sie werden vor nicht artgemäßer Haltung und vermeidbarem Leiden geschützt.“

→ Der Umgang mit Tieren wird geregelt.

Artikel 33, TH-LV-RE-9

„Jeder hat das Recht auf Auskunft über die Daten, welche die natürliche Umwelt in seinem Lebensraum betreffen und die durch den Freistaat erhoben worden sind, soweit gesetzliche Regelungen oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen.“

→ Der Umgang mit Daten zur natürlichen Umwelt wird geregelt.

Artikel 38, TH-LV-RE-9

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens hat den Grundsätzen einer sozialen und der Ökologie verpflichteten Marktwirtschaft zu entsprechen.“

→ Der Umgang mit der Umwelt im Rahmen des Wirtschaftens wird geregelt.

Artikel 44, Absatz 1, TH-LV-RE-10

„Der Freistaat Thüringen ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Er ist ein demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen verpflichteter Rechtsstaat“

→ Die nachhaltige Regulation im Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen wird vorgeschrieben.

### **2.3.3.3 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2014**

#### **2.3.3.3.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken**

S. 3, TH-WP.Linke.2014-SÖT-1

„Umfassende Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, eine gezielte Förderung von Genossenschaften, kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von regionalen Wirtschaftskreisläufen sehen wir als vorrangig für einen sozial-ökologischen Umbau und damit für den Erhalt und Ausbau des Wirtschafts- und Lebensortes Thüringen an. Dabei liegt uns besonders am Herzen, die ländlichen Räume zu erhalten. Energie muss für alle bezahlbar bleiben. Wir kämpfen für eine sozial verträgliche Energierevolution.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 5, TH-WP.Linke.2014-SÖT-2

„Wir wollen Thüringen sozial und gerecht gestalten und sind bereit, unsere Konzepte 2014 in Regierungsverantwortung umzusetzen. Unser Ziel ist es, im gesamten Land gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen,

- durch soziale Gerechtigkeit für alle in Thüringen lebenden Menschen,
- durch eine sozial ausgewogene Energiewende,
- durch Regeln für gute Arbeit und Ausbildung,
- durch Bildungsgerechtigkeit und
- durch mehr Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe.“

Einzel

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, TH-WP.Linke.2014-SÖT-3

„Menschen sollen einen gleichberechtigten Zugang zu ökonomischen, sozialen, politischen, ökologischen und kulturellen Ressourcen besitzen.“

→ Dies ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation bzgl. natürlicher Ressourcen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 6, TH-WP.Linke.2014-SÖT-4

„Wir setzen uns ein für einen grundlegenden sozial ökologischen Umbau, in dem für alle Einwohnerinnen und Einwohner die Grundleistungen der Daseinsvorsorge qualitativ hochwertig gewährleistet werden.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 7, TH-WP.Linke.2014-SÖT-5

„Sowohl diese Kinder als auch viele Jugendliche haben aufgrund materieller Armut nicht alle Voraussetzungen, die sie zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit benötigen. Eine gesunde Ernährung, gute Kleidung, ausreichend Wohnraum, Teilhabe an Bildung und sinnvoller Freizeitgestaltung sind nur eingeschränkt gewährleistet.“

→ Die Umsetzung der impliziten Forderung nach gesunder Ernährung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 7, TH-WP.Linke.2014-SÖT-6

„Um die Lage armer Kinder und Jugendlicher direkt zu verbessern, machen wir uns für ein kostenloses Mittagessen in Kita und Schule stark sowie für ein wirksameres Bildungssystem mit gemeinsamen Lernen und individueller Förderung.“

→ Die Umsetzung der Forderung bzgl. des Essens ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Linke.2014-SÖT-7

„Immer mehr Menschen leiden unter ernährungsbedingten Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Darmentzündungen, Gallenstein- oder Nierenkrankheiten.“

→ Die Umsetzung der impliziten Forderung nach gesunder Ernährung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Linke.2014-SÖT-8

„Um Kindern ein besseres Verhältnis zu Lebensmitteln zu vermitteln, brauchen sie keine Belehrungen, sondern Spaß und Freude im Zusammenhang mit Produktion, Herstellung und Verzehr von Lebensmitteln. Deswegen will DIE LINKE. Thüringen, dass in Kitas und Schulen wieder verstärkt Schulgärten betrieben werden, selbst gekocht wird oder ortsnahe Anbieter gewählt werden, welche die erforderlichen Qualitätskriterien erfüllen.“

→ Die Umsetzung der Forderung nach einem veränderten Verhältnis zu Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Linke.2014-SÖT-9

„Mit vielfältigen, altersgerechten Projektangeboten sollen Kinder und Jugendliche mit praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten rund um gesunde Ernährung, Kochen und Zubereitung von gesunden Lebensmitteln begeistert werden und eine gesunde Lebensweise als Selbstverständlichkeit erleben und erlernen.“

→ Die Umsetzung der Forderung nach einem veränderten Verhältnis zu Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12f., TH-WP.Linke.2014-SÖT-10

„DIE LINKE. Thüringen setzt sich für eine gesundheitsorientierte, selbstbestimmte Drogenpolitik ein. Unter diesem Aspekt stehen alle Maßnahmen der Suchtprävention im Vordergrund unserer Bemühungen. Wir wollen die Entkriminalisierung des Drogengebrauchs vorantreiben, um einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz zu ermöglichen. Wir erachten eine Aufklärung über Rauschmittel in Schulen ab der 8. Klasse als dringend notwendigen Schritt der Prävention. Dabei sind Wirkung, Nebenwirkung und Aufbau in der Auseinandersetzung als wichtige Punkte zu setzen. Wir stehen für die Einführung von nicht kommerziellen Cannabis-Klubs oder anderer regulierter Abgabeformen für den Cannabiskonsum.“

→ Da von den Regelungen auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich bei deren Umsetzung um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Linke.2014-SÖT-11

„Aufklärungskampagnen über die Droge Nummer eins, Alkohol, halten wir für ebenso notwendig wie ein Werbeverbot für Alkohol und Zigaretten. Der Nichtrauchererschutz hat für uns weiterhin hohe Priorität, wir treten für einen wirksamen Schutz vor dem Passivrauchen in der Öffentlichkeit ein.“

→ Da von den Regelungen auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich bei deren Umsetzung um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Linke.2014-SÖT-12

„DIE LINKE. Thüringen sieht im Erhalt und der Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze, im sozialökologischen Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowie in der gleichberechtigten Teilhabe aller am Arbeitsmarkt die grundlegenden Ziele der Wirtschaftspolitik.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 13, TH-WP.Linke.2014-SÖT-13

„Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, Kultur und im Tourismus.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Linke.2014-SÖT-14

„Mit Wirtschaftswachstum allein wird sich das gesamtgesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht lösen. Deshalb schlägt DIE LINKE. Thüringen ein »Thüringer Zukunftsinvestitionsprogramm« vor, um den sozialökologischen Umbau und die Gestaltung von Lebensqualität in den Städten und Gemeinden Thüringens zu verbinden mit der Erschließung beschäftigungspolitischer Potenziale, insbesondere im ländlichen Raum (Ziel: sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze).“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 14, TH-WP.Linke.2014-SÖT-15

„Deshalb werden wir, nachdem mit der Rekommunalisierung des EON-Netzes eine wesentliche Teilvoraussetzung für die Energiewende erfüllt ist, am zweiten Teil der Umsetzung unseres Energiekonzepts intensiv arbeiten: Unser langfristiges Ziel ist die dezentrale Energieerzeugung und -versorgung Thüringens durch einen Mix aus 100 Prozent regenerativen Energien. Unser Land besitzt ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und Geothermie zu einer Energieregion zu entwickeln und sich damit unabhängig von Energieimporten zu machen. Wir können Vorreiter dieser Entwicklung werden und uns zu einem Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher Produkte entwickeln. Hier schlummert ein erhebliches Arbeitsplatzpotenzial, das wir wecken wollen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Linke.2014-SÖT-16

„In Abhängigkeit von regionalen Gegebenheiten sollen verstärkt Eignungsräume für die Erzeugung regenerativer Energie und für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen ausgewiesen werden. Für Unternehmen stünden abhängig von ihrem Energiebedarf optimale Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung. Die gegebenenfalls nötigen Änderungen im Planungsrecht wollen wir zügig in Angriff nehmen, die THEGA zu einer zentralen Energieserviceagentur ausbauen und das Nebeneinander verschiedenster Zuständigkeiten in der Regierung beenden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Linke.2014-SÖT-17

„DIE LINKE. Thüringen wird die Forschung im Bereich Energie in Zukunft massiv unterstützen. Insbesondere die an den Thüringer Hochschulen bzw. im Forschungsbereich angesiedelten enormen Kompetenzen sehen wir als wesentliches Standbein für die Thüringer Energiewende.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Linke.2014-SÖT-18

„Um die Energieoffensive zu befördern, plädieren wir für ein öffentliches Landesprogramm, das Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und regionalen Initiativen fördert.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Linke.2014-SÖT-19

„Ein Schlüssel zur nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft ist der sparsame Umgang mit Energie, wobei der Entwicklung von effizienten Wärmedämm- und Energieeffizienzsystemen im Gebäudebereich sowie der Nutzung energiesparender Geräte und Anlagen große Bedeutung zukommt. Bei Neubauten streben wir mittelfristig Null-Emissionshäuser an. Vorhandene Gebäude sollen in ihrer Energieeffizienz deutlich verbessert werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 15, TH-WP.Linke.2014-SÖT-20

„DIE LINKE. Thüringen setzt sich auf Bundesebene und im Land für die Einführung eines Anreizsystems ein, welches ökologisch verträgliches Handeln und Energiesparen finanziell belohnt, ökologische Belastungen verursachendes Handeln dagegen deutlich höher besteuert.“

→ Die generell ökologische Ausrichtung des Handelns ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Linke.2014-SÖT-21

„Wir wollen alle Energieverbraucher einbeziehen, ärmere private Haushalte entlasten, Strom- und Gassperren verbieten. Wir fordern die tabulose, kritische Überprüfung und Änderung der Regelungen zur Entlastung von Unternehmen mit hohem Strombedarf.“

→ Das Verbot der Sperren ist wegen des Bezugs auf natürliche Ressourcen eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Linke.2014-SÖT-22

„Die Thüringer Stadtwerke unterstützen wir als wichtige Zentren kommunalen Wirtschaftens. Der Fokus ihrer Energieerzeugung ist dabei in erster Linie auf Kraft-Wärme-Kopplung zu richten.“

→ Der Wechsel des Fokus ist wegen des Bezugs auf natürliche Ressourcen eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Linke.2014-SÖT-23

„Zudem wird der ÖPNV neu an den Notwendigkeiten von Ökologie und den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet. Weiterhin sind Maßnahmen zum deutlichen Abbau des Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen bzw. zur Umrüstung auf alternative Antriebsmöglichkeiten konsequent zu fördern.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Linke.2014-GSÖT-1

„DIE LINKE. Thüringen bleibt bei ihrem Nein zur 380-KV-Stromtrasse durch den Thüringer Wald, deren Notwendigkeit trotz diverser gerichtlicher Entscheidungen nicht überzeugend nachgewiesen ist.“

→ Da der Bau ein Eingriff in die Natur wäre, wird sich gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Linke.2014-SÖT-24

„Ebenso lehnen wir weitere geplante Stromtrassen ab, da sie nur der Logik der Absicherung der konventionellen Kraftwerke der Strommultis folgen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Linke.2014-SÖT-25

„Wir sprechen uns stattdessen für die Nutzung der Windkraft aus. Entsprechende Anlagen dürfen jedoch nur unter Berücksichtigung der Belange von Natur und Mensch errichtet werden und müssen im Einklang mit Ökologie, Effizienz und Ästhetik stehen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Linke.2014-SÖT-26

„Wir befürworten Pumpspeicherwerke, wenn die Einspeisung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien erfolgt, der Verbleib der Wertschöpfung und der Energieversorgung in Thüringen gesichert ist, eine Anbindung an das rekommunalisierte Thüringer Energienetz erfolgt und ein in jeder Hinsicht vertretbarer Eingriff in die Natur sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung gewährleistet ist.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, TH-WP.Linke.2014-SÖT-27

„DIE LINKE. Thüringen setzt auf die kleinen und mittlere Unternehmen sowie das regional ansässige Handwerk. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und sind regional verwurzelt.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 17, TH-WP.Linke.2014-SÖT-28

„Wir forcieren die Bündelung der Forschungsförderung. Kernstück ist ein ausgewogenes Verhältnis von Grundlagenforschung und angewandter Forschung; die Förderung von Zukunftstechnologiekonzepten (Energiewende, Informatik, Optik, Altersforschung, Medizintechnik usw.) und Branchenclustern.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, TH-WP.Linke.2014-SÖT-29

„DIE LINKE. Thüringen stellt sich dem tief greifenden Wandel in der Arbeitswelt. Zunehmend gewinnen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Verzahnung von Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturpolitik und der Gestaltung des notwendigen sozial-ökologischen Umbaus für die Arbeitsmarktpolitik an Bedeutung. Dies beinhaltet, eine solidarische Ökonomie und die Humanisierung von Arbeit zu fördern, Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte auszugestalten und zu stärken sowie tragfähige und bedarfsgerechte Gemeinwesen-Arbeit zu schaffen.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 18f., TH-WP.Linke.2014-SÖT-30

„DIE LINKE. Thüringen vertritt eine nachhaltige Politik, die den schonenden Umgang mit allen Ressourcen zum Prinzip erhebt. Wir wollen die Natur schützen und die Artenvielfalt bewahren, Abfall vermeiden, weitere Flächenversiegelung stoppen, die Bodenfruchtbarkeit in der Landwirtschaft erhalten und wiederherstellen und den Einsatz sowie die konsequente Nutzung und Veredelung der in Thüringen zur Verfügung stehenden nachwachsenden Rohstoffe fördern.“

→ Die generelle Ressourcenschonung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-SÖT-31

„DIE LINKE. Thüringen will im Bereich Abfall/Abfallentsorgung eine Reduzierung des Bergversatzes mit bergbaufremden Abfällen erreichen sowie eine deutlich verbesserte Umsetzung der ortsnahe Abfallbeseitigung und die Stärkung der stofflichen Abfallverwertung.“

→ Die Veränderungen in der Abfallentsorgung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-SÖT-32

„Wir setzen uns dafür ein, die Einleitung und Verpressung von Salzabwässern sowie die Erweiterung von Halden durch die Kaliindustrie zu beenden. Stattdessen drängen wir u. a. auf die stoffliche Nutzung der Salzabfälle.“

→ Die Veränderungen in der Abfallentsorgung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-SÖT-33

„Wir wollen verpflichtende und insolvenz sichere Sicherheitsrücklagen im Bergbau einführen, um neue Altlasten zu verhindern und verlangen einen abstoßfreien Bergbau.“

→ Die Veränderungen in der Abfallentsorgung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-SÖT-34

„Wir sprechen uns für ein generelles Verbot unkonventioneller Erdgasförderung (Fracking) im Bund aus und fordern die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Frackvorgänge, z. B. bei der Geothermie.“

→ Die Umsetzung der Prüfung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-GSÖT-2

„Wir sprechen uns für ein generelles Verbot unkonventioneller Erdgasförderung (Fracking) im Bund aus und fordern die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Frackvorgänge, z. B. bei der Geothermie.“

→ Mit dem Verbot des Frackings wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-SÖT-35

„DIE LINKE. Thüringen will Biosphärenreservate als Pilotprojekte für die gezielte Wirtschaftsan siedlung zur Erhöhung der Wertschöpfungstiefe für Produkte der Region entwickeln.“

→ Diese Entwicklung der Reservate ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-GSÖT-3

„Bestrebungen, den Verkauf von Kommunalwald zu ermöglichen, um Haushaltslöcher zu stopfen, erteilen wir eine klare Absage.“

→ Mit der Absage wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2014-SÖT-36

„Wir wollen Möglichkeiten zur Einführung befristeter Waldstilllegung als Totholzschutz außerhalb des Landeswaldes und wir favorisieren dementsprechend flexible Schutzinstrumente statt starrer Gebietsausweisungen. DIE LINKE. Thüringen wird in Zusammenarbeit mit betroffenen Waldbesitzern Lösungen suchen zur Wiederherstellung der Bewirtschaftbarkeit von extrem zersplittertem Waldeigentum.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19f., TH-WP.Linke.2014-SÖT-37

„DIE LINKE. Thüringen wird sich aktiv dafür einsetzen, dass endlich Tierschutzziele in Thüringen durchgesetzt und verwirklicht werden. Wir streben eine Lösung für eine aufgabengerechte Finanzierung der Tierheime an, forcieren die Entwicklung eines Berufsbildes »Tierheimpfleger« und die Verankerung des Tierschutzgedankens in den Thüringer Schullehrplänen. Außerdem befürworten wir die Finanzierung der Kastration wilder Katzen.“

→ Die Umsetzung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.Linke.2014-SÖT-38

„Ziel ist es, mehr Sicherheit zu erreichen – jedoch nicht zulasten des Tierschutzes, sondern z. B. durch die gezielte Förderung der Halterkunde.“

→ Die Förderung der Halterkunde ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.Linke.2014-SÖT-39

„DIE LINKE. Thüringen will eine Landwirtschaft, die umweltverträglich ist, einen Beitrag zur regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zur Erhaltung der Kulturlandschaft leisten. Eine solche Landwirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil des sozialökologischen Umbaus. Wir wollen die Förderpolitik diesbezüglich neu ausrichten.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 20, TH-WP.Linke.2014-SÖT-40

„Wir stehen ein für eine flächendeckende nachhaltige Land- und Forstbewirtschaftung sowie Gartenbau und Fischereiwirtschaft mit regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Die hier tätigen Betriebe sollen in die Lage versetzt werden, den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie den Anforderungen des Verbraucher-, Natur- und Tierschutzes gerecht zu werden.“

→ Die Umorientierung dieser Wirtschaftsbereiche ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.Linke.2014-SÖT-41

„Aufgrund ihrer besonderen Situation setzen wir uns für die Möglichkeit einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage gegen Naturkatastrophen ein.“

→ Der veränderte Umgang mit Naturkatastrophen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 20, TH-WP.Linke.2014-SÖT-42

„Wir wollen, dass die Landwirtschaft insgesamt umweltverträglicher wird, Nutztiere artgerecht gehalten werden und auch arbeitsplatzintensive Wirtschaftsbereiche, z. B. Milchvieh-, Schweine- und Schafhaltung, in Thüringen ihren Platz behalten und ausgeweitet werden. Auch der ökologische Landbau soll ausgebaut werden. Dazu wollen wir die öffentlichen Mittel der EU und des Bundes und die Landesmittel zielgerichtet für Umwelt- und Sozialleistungen vergeben. Das bedeutet u. a., klimatisch und topografisch benachteiligte Gebiete, etwa unsere Bergregionen, besonders zu fördern – z. B. über Ausgleichszulagen und die Förderung der Grünlandnutzung in diesen Regionen durch Weidetiere. Generell soll die Erhaltung von naturschutzfachlich wertvollem Grünland besonders unterstützt werden.“

→ Die ökologische Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20f., TH-WP.Linke.2014-SÖT-43

„Zudem wollen wir über den gezielten Einsatz der Fördermittel die Biodiversität stärken und damit beispielsweise Bienen und andere Bestäuber schützen. Unser Ziel ist, dass sich alle Menschen gesunde und ökologisch produzierte Lebensmittel leisten können.“

→ Die Stärkung der Biodiversität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Linke.2014-SÖT-44

„DIE LINKE. Thüringen wird den Gemeinden und Städten einen Vorschlag zur einheitlichen Bewirtschaftung der Gewässer 1. und 2. Ordnung unterbreiten und nach Zustimmung im Gesetz verankern. Im ländlichen Raum wollen wir im Bereich der Abwasserentsorgung neue Wege gehen mit dem verpflichtenden Angebot von Einzel- und Kleingruppenlösungen durch die Abwasserzweckverbände – unter Berücksichtigung der Selbstreinigungskräfte der Gewässer.“

→ Diese Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Linke.2014-SÖT-45

„Beim Schutz vor Hochwasser steht für DIE LINKE. Thüringen der Schutz der Bevölkerung an erster Stelle. Wir treten für intelligente Polderlösungen ein, die landwirtschaftliche Flächen so lange schützen, wie es möglich ist.“

→ Die Stärkung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Linke.2014-SÖT-46

„DIE LINKE. Thüringen steht für ein Bauverbot in Überschwemmungsgebieten und die Prüfung von Rückbaumaßnahmen in besonderen Problemlagen.“

→ Die Stärkung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Linke.2014-SÖT-47

„Weiterhin wichtig ist uns die Vorbereitung eines gerechten Fernwasserpreissystems der Thüringer Fernwasserversorgung und eine stärkere Nutzung von Möglichkeiten zur Erzeugung und Speicherung von Energie.“

→ Diese Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Linke.2014-SÖT-48

„Abschließend sprechen wir uns für die Inwertsetzung von deren Talsperren durch neue Nutzungen sowie die Neuordnung der Anstaltskontrolle aus. Übergreifend wollen wir uns für eine gerechte, EU-konforme Einführung eines Wasserentnahmeentgelts für Wassernutzungen, welche die Wasserqualität beeinträchtigen, engagieren.“

→ Diese Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Linke.2014-SÖT-49

„DIE LINKE. Thüringen wird die Raumordnung und die Landesplanung unter Ausschöpfung der landesgesetzlichen Spielräume nach den Erfordernissen einer nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik novellieren. Schwerpunkte sind für uns die Hervorhebung der erneuerbaren Energien als vorrangig öffentlicher Belang, die Überwindung von Zersiedelungen und ein gesetzlich verankerter Stopp des Flächenverbrauchs sowie die Berücksichtigung demografischer Fakten. Unser Ziel ist eine flächen- und umweltschonende sowie energie- und kostensparende Infrastruktur. In diesem Sinne sind die Vorhaben der Stadtentwicklungsplanung zu gestalten. Ökologische Konzepte und vorhandene Sparten, etwa das Kleingartenwesen, sind in ihrer Bedeutung zu stärken.“

→ Die Umsetzung der generell ökologischen Landesplanung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Linke.2014-SÖT-50

„Wir wollen die Raumordnung an das Bau- und Kommunalrecht sowie die Ausbildungs- und Mittelförderung hin zu einer ressourceneffizienten Wirtschaftsweise anpassen.“

→ Die Umsetzung einer ressourceneffizienten Wirtschaftsweise ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Linke.2014-SÖT-51

„Wir geben den öffentlichen Personennahverkehr vor dem Individualverkehr Vorrang, wollen ihn entsprechend fördern und dabei umweltfreundliche Antriebssysteme bevorzugen.“

→ Die umweltfreundliche Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Linke.2014-SÖT-52

„Wir favorisieren im Straßenbau Instandsetzung und -haltung, der Bau von Ortsumgehungen muss mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der bisherigen Streckenführung einhergehen. Bei allen grundlegenden Sanierungen von Überlandstraßen ist der straßenbegleitende Radewegeausbau zu realisieren.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Linke.2014-SÖT-53

„Wir wollen eine soziale kommunale Wohnungswirtschaft etablieren, die gemeinwohlorientiert, ökologisch, ressourcenschonend, barrierefrei, energieoptimiert und ohne Profitabsichten ist.“

→ Die ökologische Ausrichtung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.Linke.2014-SÖT-54

„Auch Belegungsrechte für unterstützungsbedürftige Haushalte und eine Auffächerung des Wohnangebotes durch Um- und Neubau werden angestrebt.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.Linke.2014-SÖT-55

„Die Bildung von Wohneigentum durch Mieterprivatisierung oder Neubau sowie die Förderung von (kleinen) Wohnungsbaugenossenschaften werden wir besonders unterstützen.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.Linke.2014-SÖT-56

„Wir wollen, dass die Lebensmittelkontrolle bundesweit durch einheitliche Standards sichergestellt wird. Das bedeutet, dass wir das gegenwärtig praktizierte Kontrollsystem, das sich allein auf Risikoabschätzung stützt, wieder zu einem umfassenden Kontrollsystem ausbauen. Kennzeichnung von Nahrungsmitteln muss so gestaltet werden, dass auch sehgeschädigte oder ältere Menschen sowie Menschen mit Lernschwächen diese lesen und verstehen können.“

→ Die Umsetzung der Kennzeichnung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.Linke.2014-SÖT-57

„DIE LINKE. Thüringen plädiert für einen sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus, dem sie eine besondere kulturelle, soziale, ökologische und wirtschaftliche Bedeutung beimisst.“

→ Die ökologische Ausrichtung des Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.Linke.2014-SÖT-58

„Wir setzen dabei auf den Ausbau des touristischen Rad- und Wanderwegenetzes und die ökologisch verantwortbare touristische Nutzung der Großschutzgebiete unter der Dachmarke »Nationale Naturlandschaften«. Schwerpunkte sind dabei die Umweltbildung, eine stärkere Zusammenarbeit mit betreffenden anderen Bundesländern sowie die touristische Nutzung historischer Erinnerungsorte.“

→ Die ökologische Ausrichtung des Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 33, TH-WP.Linke.2014-SÖT-59

„Eine nachhaltige, verantwortungsvolle und ökonomisch wie ökologisch vertretbare Forschung lässt sich dauerhaft jedoch nur auf Grundlage einer breiten und finanziell gefestigten Basis etablieren.“

→ Die ökologische Ausrichtung des Forschung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.Linke.2014-SÖT-60

„Ob Energiewende oder Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform, bei großen Investitionen oder Bauvorhaben, die das Leben der Einwohnerschaft nachhaltig verändern, finden die mitunter notwendigen Kompromisse zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen bislang nicht die erforderliche Unterstützung.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, TH-WP.Linke.2014-GSÖT-4

„DIE LINKE. Thüringen spricht sich konsequent gegen Privatisierungen weiterer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge aus.“

→ Da bei diesen Privatisierungen auch ökologische Aspekte betroffen wären, wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 41, TH-WP.Linke.2014-SÖT-61

„Wir wollen die Tätigkeit der kommunalen Aufgabenträger der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an den allgemeinen Grundsätzen der Transparenz, demokratischen Steuerung sowie Kontrolle orientieren und die Tätigkeit der Verbraucherbeiräte weiter entwickeln.“

→ Bzgl. der Wasserversorgung wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, TH-WP.Linke.2014-SÖT-62

„Wir werden ein Landeskonversionsprogramm auf den Weg bringen, das insbesondere regionale Nachnutzungs- und Entwicklungskonzeptionen für bislang durch die Bundeswehr genutzte Standorte befördert. Dabei wollen wir derzeit bestehende Wirtschaftskreisläufe und wirtschaftliche Abhängigkeiten sowie das vorhandene ökologische Potenzial nutzen.“

→ Die Nutzung des ökologischen Potenzials ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53f., TH-WP.Linke.2014-SÖT-63

„Zukünftig werden wir von der Europäischen Union weniger Fördermittel bekommen. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Thüringen für einen effektiven Fördermitteleinsatz ein. Die zukünftige Förderpolitik muss den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht werden, den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren.“

→ Der ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 54, TH-WP.Linke.2014-SÖT-64

„DIE LINKE. Thüringen tritt für eine solidarische Erneuerung der Europäischen Union ein. In die Diskussion um die Zukunft Europas und der EU müssen die Impulse, Anliegen und Forderungen der vielen Engagierten aufgenommen werden, die sich für ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa einsetzen.“

→ Die ökologische Gestaltung Europas ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.3.3.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD

S. 17, TH-WP.AfD.2014-SÖT-1

„**Katastrophenschutz:** Die Flutkatastrophen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, daß eine kompetente zentrale Koordinierung mit entsprechendem Weisungsrecht fehlt.“ (Herv. i. O.)

→ Die Institutionalisierung der zentralen Koordinierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, TH-WP.AfD.2014-SÖT-2

„Die AfD fordert: Eine **zentrale staatliche Leitstelle für den Katastrophenfall** im Freistaat einzurichten. Die Leitstelle ist nach Klärung der finanziellen und technischen Fragen, insbesondere der Wirtschaftlichkeit, bei der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt oder der Thüringer Landes-, Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule anzusiedeln. Sie stellt die Aus- und Fortbildung des Leitstellenpersonals sicher und pflegt die Einsatzunterlagen. Die Leitstelle wird im Katastrophenfall (abhängig von der Art der Katastrophe) von einem staatlichen Beauftragten (regelmäßig einem Staatssekretär oder Abteilungsleiter des Innenministeriums) verantwortlich geführt. Die Kosten trägt das Land.“ (Herv. i. O.)

→ Die Institutionalisierung dieser Leitstelle ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22f., TH-WP.AfD.2014-SÖT-3

„Die AfD ist sich der ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen an eine moderne Verkehrsinfrastruktur bewußt. Unser Land hat durch seine zentrale Lage in Deutschland, seine exzellente Anbindung an das Autobahnnetz, den Ausbau des Schienennetzes und insbesondere der ICE-Strecken einen bedeutenden Standortvorteil. Diesen müssen wir zum Wohl unserer Bevölkerung und Wirtschaft erhalten und weiter ausbauen.“

→ Der Ausbau der bewusst ökologischen Verkehrsinfrastruktur ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.AfD.2014-SÖT-4

„Wesentliche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das **Straßennetz**. Wir werden uns nicht nur für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Instandhaltung der Straßen sowie Brücken, die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses einsetzen, sondern im Rahmen des planmäßigen weiteren Ausbaus auch für eine angemessene Berücksichtigung ökologischer Standards. Weiterhin wird die AfD für die berechtigten Interessen von Anwohnern an dem Erhalt bzw. der Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensqualität eintreten. In diesem Sinne werden wir uns u.a. dafür stark machen, daß im Investitionsrahmenplan des Bundes Ortsumgehungen für besonders schwerwiegend von der aktuellen Verkehrsführung belastete Ortschaften berücksichtigt werden. Der Einrichtung von Umweltzonen stehen wir hingegen wegen der damit verbundenen Einschränkungen kritisch gegenüber. Alternative Konzepte hierzu, wie die **umweltsensitive Verkehrssteuerung**, sollten vorrangig als Lösung in Betracht gezogen werden.“ (Herv. i. O.)

→ Der Ausbau der bewusst ökologischen Verkehrsinfrastruktur ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.AfD.2014-SÖT-5

„Dem **Radverkehr** messen wir nicht nur wegen der mit ihm verbundenen Entlastung der Umwelt, sondern auch wegen seiner Bedeutung für den Tourismus in unserem Land große Bedeutung bei. Wir werden uns für den Ausbau von Radwegen und für das Schließen von Lücken im Radwegenetz einsetzen.“ (Herv. i. O.)

→ Der Ausbau der bewusst ökologischen Verkehrsinfrastruktur ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.AfD.2014-SÖT-6

„Unsere Landwirte waren auch in der Vergangenheit – soweit sie den von der Politik bestimmten Spielraum dazu hatten - immer Bewahrer des natürlichen Lebensraumes einer Kulturlandschaft und damit handelnde und nicht redende Natur- und Umweltschützer. Im Sinne dieser Einheit von konstruktiver und wettbewerbsfähiger Landwirtschaft sowie Natur- und Umweltschutz will die Alternative für Deutschland die **Zukunft im ländlichen Raum gestalten**, dabei auch die Bevölkerungsstrukturen positiv entwickeln und regional binden. Für Mensch und Umwelt sinnvollen neuen Zukunftstechnologien steht die Alternative für Deutschland nicht ablehnend gegenüber. Fehlentwicklungen wollen wir hingegen beenden.“ (Herv. i. O.)

→ Die natur- und umweltschützende Gestaltung des ländlichen Raums ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.AfD.2014-SÖT-7

„Die AfD setzt sich daher einerseits für **eine sachliche Aufklärung über die Chancen und Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft** und andererseits für eine **strenge Kontrolle bei der Zulassung entsprechender Technologien** ein.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung der Aufklärung und der Kontrolle ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-1

„Gentechnische Züchtungsmethoden werden von uns abgelehnt, sofern sie nur der Gewinnmaximierung dienen.“

→ Es wird also eine sozial-ökologische Transformation abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.AfD.2014-SÖT-8

„Einer **Anwendung der Gentechnik** verweigern wir uns aber dann nicht, wenn sie nachweislich zum Verzicht oder Einsparen von Umwelt- und Gesundheitsbelastungen, z. B. dem Wegfall von tausenden Tonnen Pestiziden in die Umwelt oder der Schonung der natürlichen Insektenfauna führt.“ (Herv. i. O.)

→ Die Anwendung der Gentechnik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.AfD.2014-SÖT-9

„Eine **Verteufelung der Gentechnik durch technikfeindliche gesellschaftliche Gruppierungen** lehnen wir jedoch strikt ab. Für Mensch und Umwelt sinnvollen neuen Zukunftstechnologien steht die AfD nicht ablehnend gegenüber.“ (Herv. i. O.)

→ Die Anwendung der Gentechnik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-2

„Durch die hohen Vergütungen für Bioenergie wurde das Gleichgewicht der Agrarpreise ungesund verschoben. Die AfD will geeignete Rahmenbedingungen im Interesse der Landwirte schaffen, um dieser Praxis entgegenzusteuern, konkret z.B. **Subventionen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für unsinnige und umweltbelastende Bioenergieanlagen beenden**.“ (Herv. i. O.)

→ Da mit den Subventionen bereits eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wurde, wird dich hier gegen eine solche ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.AfD.2014-SÖT-10

„Niemand leistet durch reale Arbeit für den Naturschutz mehr als die Land- und Forstwirte. Auch die derzeitige Politik trägt dieser Tatsache bereits Rechnung, indem entsprechende Leistungen (Flächengestaltung, Feldgehölze, Randstreifen u.a.) anerkannt werden. Diesen Weg will die AfD weiter verfolgen und verbessern.“

→ Die Verbesserung des Naturschutzes in diesem Bereich ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.AfD.2014-SÖT-11

„Wie auch von Sachsen gefordert, steht die Thüringer AfD zu einem allgemeinen **Wildtiermanagement statt ,Wolfsmanagement'**. Einseitige, ideologisch begründete Fehlentwicklungen sollen beendet, die heimische Fauna und Flora als Gesamtprojekt objektiv gesteuert werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des Managements ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.AfD.2014-SÖT-12

„Die AfD plädiert darum auch für **begrenzte Fruchtfolgevorgaben**, z.B. Maximalanbauzyklen für bestimmte Monokulturen, die nur nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gesetzt werden sollen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Einführung der Fruchtfolgevorgaben ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-3

„Das weltweit beste Hygienesystem und der höchste Qualitätsstandard sind z.B. in der Milchproduktion ohne Massentierhaltung nicht mehr möglich. Der Umbau in eine ökologische Einzelhofhaltung würde den Hygienestandard nicht mehr halten und trotzdem die Kosten vervielfachen, da viele einzelne technische Strukturen und mehr Arbeitsaufwand finanziert werden müssten.“

→ Es wird sich gegen den Umbau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.AfD.2014-SÖT-13

„Die AfD sieht Humanmedikamente in der Tierproduktion als Problem und will z. B. Massentierhaltung so tiergerecht gestalten, daß **kein vorbeugender Einsatz von Antibiotika notwendig** ist, da die Folgen für Resistenzbildung und Humanmedizin nicht sicher einschätzbar sind.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung von vermeintlich tiergerechten Praktiken ohne Antibiotika ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-4

„Die Alternative für Deutschland stellt sich klar **gegen das Schächten als Schlachtmethode**, weil es die grausamsten und langwierigsten Todesqualen verursacht, die man einem Lebewesen bei vollem Bewußtsein zufügen kann.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich gegen das Schächten und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-5

„Der mehrfache Arbeitskräftebedarf des ökologischen Landbaus bei geringeren Erträgen würde zudem die Lebensmittelpreise hochtreiben, so daß auch deshalb eine Rückentwicklung zur vollständigen ökologischen Landwirtschaft der Bevölkerung nicht zumutbar wäre.“

→ Es wird sich gegen den Umbau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-6

„Die im Vergleich mit anderen Bundesländern besser funktionierende Thüringer Landwirtschaft soll nicht durch **überflüssige Restriktionen** zurückgeworfen werden.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich gegen den Umbau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.AfD.2014-SÖT-14

„Ökologischer Landbau soll nicht benachteiligt werden, muß seine Kundschaft mit Ökoprodukten bedienen können, soll aber auch nicht künstlich mit falschen Subventionen über die Maßen aufgeblasen werden.“

→ Die stückweite Umsetzung des Ökolandbaus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-7

„Wir brauchen kein subventioniertes Bioobst für den Ramschtisch, sondern **geprüfte Bioware und konventionelle Lebensmittel im Verhältnis zum Bedarf**. Dies ist zu gewährleisten, zu erhalten und weiter zu entwickeln.“ (Herv. i. O.)

→ Mit dem Erhalt wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.AfD.2014-SÖT-15

„Für neue, umweltschonende konventionelle Kraftwerke fehlt der erforderliche Investitionsschutz. Hierdurch tritt die paradoxe Situation ein, daß umweltschädliche Altkraftwerke nicht außer Betrieb genommen werden können, weil sie für die Systemstabilität weiter benötigt werden.“

→ Die Förderung umweltschonender Kraftwerke ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-8

„Die Notwendigkeit des Umbaus der Energieversorgung wird von den Altparteien mit dem Argument des sogenannten ‚**menschenverursachten Klimawandels**‘ begründet. Die AfD sieht bei der Begründung des Zusammenhangs zwischen der langfristig prognostizierten Klimaentwicklung und den menschengemachten Treibhausgas-Emissionen jedoch noch **große wissenschaftliche Unsicherheiten**. Dieser wissenschaftliche Stand der Erkenntnis kann den aktuellen radikalen Umbau der Energieversorgung zu Lasten des Großteils unserer Bevölkerung nicht rechtfertigen, zumal ein globales Problem nicht durch nationale oder europäische Alleingänge gelöst werden kann.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich gegen den Umbau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 28, TH-WP.AfD.2014-SÖT-16

„Damit die Erneuerbaren Energien zukünftig überhaupt ein akzeptierter Baustein einer bezahlbaren, ökologischen und sicheren Energieversorgung sein können, muß deren Förderung umfassend reformiert werden. Unser Freistaat muß dieses Ziel im Rahmen der politischen Diskussion und des Gesetzgebungsprozesses unterstützen, weil sich die negativen Auswirkungen der Förderpraxis auch gerade bei uns in Thüringen zeigen.“

→ Der Ausbau der Erneuerbaren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-9

„Wesentliche Bedeutung hat hierbei eine **erhebliche Absenkung der Förderung Erneuerbarer Energien**, z. B. bei den garantierten Abnahmepreisen für Neuanlagen. Allgemein muß eine Abkehr vom bisherigen Subventionsmodell des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zur weitgehenden Marktintegration Erneuerbarer Energien erfolgen.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich gegen den Umbau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.AfD.2014-SÖT-17

„Zudem muß der Ausbau und die Förderung Erneuerbarer Energien am Bedarf, insbesondere der Stromnachfrage orientiert werden, um die Schaffung teurer Netzinfrastruktur auf das erforderliche Maß zu beschränken und die damit verbundenen Eingriffe in die Umwelt zu vermindern.“

→ Der Ausbau der Erneuerbaren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-10

„Die AfD lehnt den Bau von **Windkraftanlagen** im Thüringer Wald, im Eichsfeld und anderen ökologisch sensiblen Flächen ab. Gleiches gilt für den Verbrauch landwirtschaftlich nutzbarer bzw. ökologisch unbelasteter Flächen für **Fotovoltaikanlagen**.“ (Herv. i. O.)

→ Mit der Ablehnung des Baus wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.AfD.2014-SÖT-18

„Bei dauerhaft absehbarer Nichtnutzung sind als Gewerbegebiet ausgewiesene Flächen wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.“

→ Die Zuführung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-11

„Die Ausweitung des **Energiepflanzenbaus** zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion muß nach Ansicht der AfD wegen der damit verbundenen Umweltschäden gestoppt und auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Gerade die auch in Thüringen häufig anzutreffenden **Maismonokulturen** fördern die Bodenerosion, den Wasserabfluß und Hochwasser durch Bodenverschlammung, die Nitratbelastung im Trinkwasser und gefährden zudem die biologische Vielfalt.“ (Herv. i. O.)

→ Mit der Stopp-Forderung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.AfD.2014-SÖT-19

„Die AfD setzt sich dafür ein, dass beim Einsatz von Fracking die Gefährdung des Grundwassers durch wassergefährdende und gesundheitsschädliche Stoffe ausgeschlossen ist.“

→ Die Umsetzung des Frackings ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-12

„Die AfD setzt sich dafür ein, dass beim Einsatz von Fracking die Gefährdung des Grundwassers durch wassergefährdende und gesundheitsschädliche Stoffe ausgeschlossen ist.“

→ Mit dem Ausschluss wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.AfD.2014-GSÖT-13

„Anstelle des aktuell geforderten Netzausbaus muß die weitere **Inanspruchnahme der Landschaft durch Stromtrassen und Pumpspeicherkraftwerke** weitestmöglich vermieden werden.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich für die Vermeidung und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.3.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU

S. 7, TH-WP.CDU.2014-SÖT-1

„Wir wollen eine **bezahlbare Energiewende**, die weder Mensch noch Natur über die Maßen belastet.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8, TH-WP.CDU.2014-SÖT-2

„Wir werden das Handwerk als eine der tragenden Säulen der Wirtschaft weiter stärken, indem wir vor allem seine Technologiekompetenz fördern, z. B. bei Maßnahmen der Energieeffizienz.“

→ Die Steigerung der Energieeffizienz in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 9, TH-WP.CDU.2014-SÖT-3

„Ob Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft, Umwelt- oder Informationstechnologie – Thüringen ist der Platz, an dem Neues gedacht wird und sich Unternehmen gemeinsam in Clustern oder Branchennetzwerken über Zukunftspfade austauschen. Wir unterstützen dieses Engagement, indem wir die Internationalisierung fördern, gezielt neue Absatzmärkte aufbauen, die Finanzkraft der Unternehmen stärken und wertschöpfungsorientierte Netzwerk- und Clusterbildung fördern.“

→ Die Stärkung der Umwelttechnologie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 11, TH-WP.CDU.2014-SÖT-4

„Nachhaltiges Wirtschaften schont Ressourcen und achtet auf regionale Wertschöpfungsketten. Wir wollen das wirtschaftliche Wachstum stärken und trotzdem den Ressourcenverbrauch verringern. Thüringen soll auf den Zukunftsfeldern klimaschonende Mobilität, neue Materialien sowie Energie- und Umwelttechnologie in der Spitzenliga mitspielen. Dazu wollen wir auch die Wiederverwertung in der Produktion stärken. Mit einem neuen Forschungsverbund für nachhaltiges Wirtschaften wollen wir mit der Thüringer Wirtschaft Wege zu mehr Nachhaltigkeit entwickeln. Thüringen soll Musterland bei der regionalen Kreislaufwirtschaft werden.“

→ Insgesamt ökologisch nachhaltig zu wirtschaften ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.CDU.2014-SÖT-5

„Wir wollen, dass die Energiewende gelingt. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Landesentwicklungsprogramm 2025 ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien gut vorangekommen. Langfristig soll Thüringen den Großteil des Stroms selbst erzeugen, den es verbraucht. Auf dem Weg zu unserem Ziel, dass Thüringen bis zum Jahr 2020 45 Prozent seines Stroms aus Erneuerbarer Energie bezieht, liegen wir voll im Zeitplan.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.CDU.2014-SÖT-6

„Eine moderne Energiepolitik setzt auf den sparsamen Umgang mit Energie. Wir wollen die Energieeinsparung fördern, lehnen aber staatliche Zwangsmaßnahmen, wie sie andere Parteien fordern, ab. Wir setzen uns im Bund für die steuerliche Anerkennung energetischer Gebäudesanierung ein.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.CDU.2014-SÖT-7

„Beim weiteren Energieausbau gilt es, sorgfältig auf die Auswirkungen für Mensch und Natur zu achten. Eingriffe ohne lokale Akzeptanz und auf Kosten unserer Landschaft und Heimat lehnen wir ab. Deswegen sind wir für einen Thüringer Wald ohne Windräder und gegen ein Pumpspeicherwerk am Rennsteig.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.CDU.2014-GSÖT-1

„Eingriffe ohne lokale Akzeptanz und auf Kosten unserer Landschaft und Heimat lehnen wir ab. Deswegen sind wir für einen Thüringer Wald ohne Windräder und gegen ein Pumpspeicherwerk am Rennsteig.“

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.CDU.2014-GSÖT-2

„als Stromtransitland. Aber wir sagen auch klar: Wir wollen zusätzliche Stromtrassen durch Thüringen verhindern.“

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.CDU.2014-SÖT-8

„Wir wollen die Akzeptanz der Bürger und setzen beim Ausbau der Erneuerbaren Energie weiter auf kommunale und genossenschaftliche Initiativen zur Energieerzeugung. Regionale Energiekonzepte wollen wir stärker unterstützen, um eine breitere Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen. Ein ‚Thüringer Energierat‘ mit Vertretern unter anderem aus Gesellschaft, Wirtschaft und regionalen Planungsgemeinschaften begleitet und unterstützt die Umsetzung der Energiewende. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für ein deutschlandweit abgestimmtes Ausbaukonzept bei den Erneuerbaren Energien ein.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.CDU.2014-SÖT-9

„Wir wollen, dass sich mehr Thüringer **für regionale Produkte** entscheiden und damit Qualität und Verbraucherschutz bei der Ernährung steigern.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.CDU.2014-GSÖT-3

„Wir wollen den **Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft dauerhaft verhindern.**“ (Herv. i. O.)

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.CDU.2014-SÖT-10

„Wir wollen den **Hochwasserschutz entschieden vorantreiben.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.CDU.2014-SÖT-11

„Wir wollen eine moderne Landwirtschaft, die Tierwohl, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.CDU.2014-SÖT-12

„Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Flächenprivatisierung unter Berücksichtigung der Interessen der ortsansässigen Landwirtschaftsbetriebe durch die Bodenverwertungs und -verwaltungs GmbH (BVVG) zügig fortgeführt wird.“

→ Die Veränderungen der Landwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.CDU.2014-SÖT-13

„Wir wollen die nachhaltige Landwirtschaft weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf mindestens 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen zu erhöhen.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22ff., TH-WP.CDU.2014-SÖT-14

„Unser Ziel ist es, Prinzipien wie Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit mit einer artgerechten Tierhaltung in Einklang zu bringen. Wir werden Thüringen als Standort einer modernen und zugleich artgerechten Tierhaltung ausbauen. Dazu wollen wir den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung weiter begrenzen und uns für mehr Nachhaltigkeit und Verbrauchernähe in der Tierhaltung einsetzen.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.CDU.2014-SÖT-15

„Wir setzen auf ein aktives Thüringer Agrarmarketing und unterstützen das Engagement der Ernährungswirtschaft. Zur Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Landwirtschaft wollen wir Verbraucher und Landwirte näher zusammenzubringen. Mehr Qualität und Verbraucherschutz heißt für uns auch: gentechnikfreie Thüringer Landwirtschaft!“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.CDU.2014-SÖT-16

„Zum Schutz der Umwelt gehört die Schonung unserer wertvollen Böden und Flächen. Wir setzen uns ein für den Schutz unserer land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Wir wollen den weiteren Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen zugunsten von bau- und naturschutzfachlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verringern.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.CDU.2014-SÖT-17

„Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 eine ausgeglichene Bilanz zu erreichen zwischen Neuanspruchnahme von Flächen und Rückwidmung für natürliche und naturnahe Zwecke.“

→ Die Maßnahmen dafür sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.CDU.2014-SÖT-18

„Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die unter Beachtung des Vorrangs der Nahrungsmittel-erzeugung den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Erzeugung von Bioenergie als Geschäftsfeld für die Landwirtschaft stärken.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.CDU.2014-SÖT-19

„Damit die Verbraucher entscheiden können, was sie kaufen und essen, wollen wir eine Kennzeichnungspflicht von mit genverändertem Getreide oder Futter gemästeten Tieren und deren Produkten.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.CDU.2014-SÖT-20

„Die Bewahrung der Schöpfung und das Bewusstsein um die Endlichkeit natürlicher Ressourcen bestimmt unser politisches Handeln. Umweltpolitik verstehen wir als Verpflichtung, unsere Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen. Wir stehen für eine schonende und sparsame Verwendung von Ressourcen, das umfasst auch die Wiedergewinnung aus Abfällen und Nachnutzung von Rückständen. Wir wollen eine Klimapolitik, die sich an der Erhaltung und dem Schutz der Atmosphäre orientiert. Wir stehen für eine Naturschutzpolitik, die den Erhalt biologischer Vielfalt und die Pflege gewachsener Kulturlandschaften in Einklang bringt.“

→ Die Maßnahmen sind zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.CDU.2014-SÖT-21

„Wir wollen den begonnenen Waldumbau zu ökologisch wertvollen Mischwäldern konsequent fortführen. Der Waldumbau dient gleichermaßen der Stabilität der Wälder, dem Erhalt und der Verbesserung der Biodiversität und der Anpassung an den Klimawandel. Wir unterstützen einen Waldumbau zur Schaffung klimastabilerer Wälder mit einem breiten Baumartenspektrum. Wir achten auf ein ausgewogenes Verhältnis an Nutz- und Schutzflächen und unterstützen die Schaffung von Rückzugsgebieten und Biotopverbänden.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.CDU.2014-SÖT-22

„Wir wertschätzen die Jagd als traditionell bewährte Form, die Natur zu schützen, den artenreichen Wildbestand zu erhalten und Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft zu verringern.“

→ Die Verringerung der Wildschäden ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.CDU.2014-SÖT-23

„Thüringen verfügt über eine vielfältige Fluss- und Seenlandschaft. Wir wollen den Zustand unserer Gewässer weiter verbessern und das Einleiten ungeklärter Abwässer verringern.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.CDU.2014-SÖT-24

„Im Abwasserbereich brauchen wir noch Investitionen, damit ein guter Gewässerzustand erreicht und auch der ländliche Raum berücksichtigt werden kann.“

→ Diese Maßnahme ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.CDU.2014-SÖT-25

„Die Erfahrungen aus den vergangenen Flutereignissen waren prägend für unser Land. Nach der grenzlosen Solidarität der Bürger vertrauen die Menschen zu Recht auf staatliche Lösungsvorschläge. Bis Ende 2015 wollen wir ein integriertes Landesprogramm zum Hochwasserschutz aufstellen. Dabei wollen wir neben technischem Hochwasserschutz verstärkt auf naturnahe Lösungen setzen sowie den Einsatz mobiler Hochwasserschutzwände regeln. Flüsse brauchen ihren notwendigen Raum. Wir wollen Rückhalteflächen schaffen, die bei Bedarf geflutet werden können. Landwirtschaftsbetriebe und Eigentümer betroffener Flächen werden Ausgleichszahlungen erhalten. Für uns haben notwendige Investitionen beim Hochwasserschutz – ebenso wie bei der Abwasserentsorgung – Vorrang vor Renaturierungs- und Gewässersanierungsmaßnahmen. Wir werden sicherstellen, dass die Thüringer Flussläufe jährlich überprüft werden.“

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.CDU.2014-SÖT-26

„Die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Antriebe werden wir mit einem Förderprogramm ‚Mobilität der Zukunft‘ unterstützen. Vor allem die Elektromobilität ist für uns eine wichtige Zukunftstechnologie. Wir wollen die anwendungsorientierte Förderung erhöhen, damit bis 2020 über 20.000 E-Autos, E-Roller und E-Busse in Thüringen unterwegs sind.“

→ Die Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49, TH-WP.CDU.2014-SÖT-27

„Wir wollen mit dem zügigen **Bau von dringend benötigten Ortsumgehungen** eine wirksame Entlastung der Bürger vom Verkehr erreichen.“ (Herv. i. O.)

→ Der Bau ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, TH-WP.CDU.2014-SÖT-28

„Die Energiewende treiben wir weiter mit den Bürgern voran – mit einem **Sanierungsbonus** und ohne Zwangssanierungen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, TH-WP.CDU.2014-SÖT-29

„Bei der Energiewende setzen wir auf Lösungen, die Mieter und Eigentümer entlasten.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, TH-WP.CDU.2014-SÖT-30

„Höchste Priorität hat für uns die Entlastung der Orte, die noch akut unter hohem Verkehrsaufkommen leiden. Wir stehen zu allen Ortsumgehungen, die vom Freistaat für den neuen Bundesverkehrswegeplan angemeldet wurden. Eine Streichung von Projekten wird es mit uns nicht geben. Wir werden die Investitionen so ausrichten, dass dringend benötigte Ortsumgehungen, für die bereits Baurecht besteht, schnellstmöglich umgesetzt werden.“

→ Der Bau ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, TH-WP.CDU.2014-SÖT-31

„Wir wollen die Energiewende zusammen mit den Bürgern weiter voranbringen und die Bildung von Wohneigentum stärken. Mit einem Sanierungsbonus sollen Maßnahmen zum energetischen und altersgerechten Umbau unterstützt werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, TH-WP.CDU.2014-SÖT-32

„In den kommenden Jahren müssen in allen Regionen Thüringens neue Wohnungen gebaut oder bestehende saniert werden. Um der drohenden Wohnungsknappheit in einigen Städten zu begegnen und um faire Mieten in ganz Thüringen zu sichern, werden wir die Investitionen in den Neubau von Wohnungen erhöhen und insbesondere kommunale Wohnungsbauoffensiven u.a. mit einem ‚Bündnis für gutes Wohnen‘ unterstützen.“

→ Der Bau ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.CDU.2014-SÖT-33

„Wir wollen eine wirksame Präventionsarbeit gegen Drogen- und Alkoholmissbrauch ermöglichen, verstärkt niedrigschwellige Konzepte zur Integration junger Aussiedler und Migranten anbieten und die Jugendarbeit in Schulen verbessern.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist die Umsetzung der Maßnahmen als eine einzelne sozial-ökologische Transformation einzuordnen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.CDU.2014-GSÖT-4

„Wir wollen **keine Lockerung der Drogenpolitik**. Die Freigabe von Einstiegsdrogen lehnen wir ab.“ (Herv. i. O.)

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.CDU.2014-SÖT-34

„Bei der Hochwasserkatastrophe 2013 wurde für jedermann ersichtlich, welcher wichtiger Beitrag hier geleistet wird. Wir werden den Katastrophenschutz auch in Zukunft mit neuester Technik ausstatten.“

→ Diese Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.CDU.2014-GSÖT-5

„Wir dulden keine rechtsfreien Räume, keine illegale Graffiti, die unsere Dörfer und Städte verschandeln und keine Freigabe von Drogen.“

→ Mit den Verneinungen wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.CDU.2014-GSÖT-6

„Drogenbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung – nicht allein für die Sicherheitsbehörden. Alle müssen hinschauen. Deshalb spielt jedes Verharmlosen von Drogen denen in die Hände, die mit Rauschmitteln besonders Jugendliche und die Sicherheit gefährden.“

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.CDU.2014-SÖT-35

„Wir werden den Kampf gegen jede Art von illegalen Drogen, besonders jedoch gegen neue, extrem gefährliche Erscheinungsformen wie Crystal Meth, mit aller Konsequenz aufnehmen. Hier gibt es keine Unterscheidung in harte und weiche Drogen. Deshalb gehört zum Kampf gegen Crystal Meth auch das Nein zu Cannabis. Unser Ziel ist es, bereits den Erstkontakt mit Drogen zu verhindern. Dazu werden wir präventiv alle relevanten Informationen auf einer Online-Plattform zusammenstellen, um besonders Arbeitgebern, Lehrern, Eltern, kommunal Verantwortlichen, Trainern, Sozialarbeitern und Ärzten das nötige Wissen zu geben. Wir werden das Thema Suchtprävention in den Mittelpunkt einer thüringenweiten Informationskampagne stellen. Zudem soll die Suchthilfeberatung im Freistaat besser ausgestattet werden.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist die Umsetzung der Maßnahmen als eine einzelne sozial-ökologische Transformation einzuordnen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.CDU.2014-SÖT-36

„Neben der Prävention wollen wir alle Möglichkeiten der Repression nutzen, um die Herstellung und den Handel von Drogen zu unterbinden. Dazu zählen polizeilicher Kontroll- und Verfolgungsdruck sowie konsequente Bekämpfung der Begleitkriminalität, besonders der Beschaffungskriminalität. Im Rahmen einer Bundesratsinitiative werden wir uns dafür einsetzen, die Mindeststrafe für den Handel mit Rauschmitteln spürbar zu erhöhen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist die Umsetzung der Maßnahmen als eine einzelne sozial-ökologische Transformation einzuordnen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.CDU.2014-SÖT-37

„Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen. In Stadt und Land sind ehrenamtliche Initiativen häufig Motor und Impulsgeber für wirtschaftliche, kulturelle, soziale, kirchliche und ökologische Projekte. Ehrenamt funktioniert aber nicht ohne Unterstützung und Anerkennung. Deshalb werden wir ein Landesprogramm zur Sicherung des Ehrenamts auflegen und die Thüringer Ehrenamtsstiftung noch stärker mit diesen Aufgaben vernetzen. Ganz überwiegend sind es Vereine, die ehrenamtliches Engagement ermöglichen. Wir werden die Wirkungsmöglichkeiten für Vereine weiter verbessern.“

→ Die Stärkung ökologischer Projekte ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### **2.3.3.3.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD**

S. 4, TH-WP.SPD.2014-SÖT-1

„Wir setzen uns für gute und gesunde Lebensmittel ein und werden konsequent die Lehren aus den Lebensmittelskandalen ziehen. Wir wollen detaillierte Kennzeichnungen auf Verpackungen statt Gammelfleisch in Glitzerfolie.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 4, TH-WP.SPD.2014-SÖT-2

„Das Prinzip ‚Vorsicht ist besser als Nachsicht‘ gilt auch für den Hochwasserschutz, den wir verbessern werden, bevor uns die nächste Hochwasserkatastrophe überrascht.“

→ Die Umsetzung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 4, TH-WP.SPD.2014-SÖT-3

„Wir wollen in Thüringen die Energiewende vorantreiben und konsequent zum Erfolg führen. Eine Rückkehr zur Atomkraft wird es mit uns nicht geben. Wir setzen auch künftig auf Green-Tech. Die Energiewende ist für Thüringen eine ökologische, wachstums- und infrastrukturpolitische Chance.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 4, TH-WP.SPD.2014-SÖT-4

„Wir werden den Tourismus weiter fördern und dafür sorgen, dass seine drei tragenden Säulen – Städte und Kultur, Natur- und Aktivurlaub sowie Wellness und Gesundheit – gemeinsam entwickelt werden.“

→ Den Tourismus mit Bezug auf die Natur zu verändern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 5, TH-WP.SPD.2014-SÖT-5

„Gleichzeitig sorgen wir für mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz bei Vergabeentscheidungen.“

→ Die Umsetzung von mehr (ökologischer) Nachhaltigkeit und Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.SPD.2014-SÖT-6

„Wir wollen gesunde Lebensmittel für die Menschen in unserem Land. Dazu bedarf es umfassender Aufklärung. Wir wollen eine klare Kennzeichnung der Inhaltsstoffe von Lebensmitteln, die Herkunftskennzeichnung und Rückverfolgbarkeit über die gesamten Handels- und Verarbeitungsstufen sowie die Nährwert-Kennzeichnung von Fertiggerichten in Ampelfarben.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.SPD.2014-GSÖT-1

„Wir lehnen weiterhin den Anbau jeglicher gentechnisch veränderter Pflanzen in Thüringen strikt ab.“

→ Somit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.SPD.2014-SÖT-7

„Wir wollen eine deutschlandweite Kennzeichnungspflicht von Tierprodukten einführen, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden.“

→ Der veränderte Umgang mit Tierprodukten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.SPD.2014-SÖT-8

„Wir haben und wir werden uns für einen gleichberechtigten Ökolandbau in Thüringen einsetzen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9f., TH-WP.SPD.2014-SÖT-9

„Landwirtschaft unterliegt einem ständigen Strukturwandel. Wir wollen u.a. durch die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe, durch eine kluge Verzahnung von Kultur, Umwelt-, Naturschutz- und Tourismusbranche zusätzliche Einkommensquellen für unsere Landwirte erschließen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2014-SÖT-10

„Wir wollen den Umbau hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die sich an den Wünschen und Erwartungen der Verbraucher/-innen, dem Tierwohl, und den Belangen von Natur und Umwelt orientiert.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2014-SÖT-11

„Die Agrar-Fördermittel des Landes sollen künftig gezielter eingesetzt werden um: existenzsichernde Arbeitsplätze in der Fläche unseres Landes zu erhalten oder neu zu schaffen, ökologisches Wirtschaften stärker zu honorieren und Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit zu verbessern.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2014-SÖT-12

„Wir wollen, dass der Ökologische Landbau künftig einen höheren Stellenwert einnimmt. Deshalb brauchen wir mehr ökologisch bewirtschaftete Flächen, einen effizienteren Anbau und eine kontinuierliche, verlässliche Förderpolitik. Bis 2020 sollen 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Thüringen ökologisch bewirtschaftet sein. Um die Biolandwirtschaft effizienter zu machen, wollen wir außerdem mehr Geld für Forschung bereitstellen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 10, TH-WP.SPD.2014-SÖT-13

„Wir wollen den Erhalt und die Zustandsverbesserung unseres Waldes sowie die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldbewirtschaftung. Dabei soll allen Funktionen des Waldes gleichermaßen Rechnung getragen werden. Die Wertschöpfung der Forstwirtschaft soll weiter ausgebaut werden. Wir werden ein Programm zur Mobilisierung weiterer Privatwaldflächen auf den Weg bringen.“

→ Die Umorientierung bzgl. der Wälder ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2014-GSÖT-2

„Den Verkauf von landeseigenem Wald lehnen wir ab.“

→ Somit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2014-SÖT-14

„Die Jagd muss sich an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen, neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Werten des Tierschutzes und Erfordernissen der Lebensmittelhygiene orientieren. Wir wollen, dass sich die Bejagung künftig mehr am jeweiligen Waldzustand und weniger an Abschussplänen orientiert. Damit wollen wir eine angemessene Wilddichte erreichen und den Aufbau stabiler, vielfältig strukturierter Wälder sicherstellen.“

→ Die Umorientierung bzgl. der Wälder ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2014-SÖT-15

„Wir unterstützen die Thüringer Fischer und Angler dabei, den Lebensraum Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen.“

→ Die Zustandsänderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.SPD.2014-SÖT-16

„Wer im 21. Jahrhundert den Finanzmarktkapitalismus bändigen will, wer gute Arbeit und einen zuverlässigen Sozialstaat möchte, wer den Raubbau an der Natur stoppen will, wer verlangt, dass unsere Bürgerrechte auch im Internetzeitalter gelten, der muss auf Europa setzen.“

→ Den Raubbau zu stoppen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.SPD.2014-SÖT-17

„Zugleich engagieren wir uns für eine gemeinsame, innovative und ökologisch-nachhaltige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt die Wachstumskräfte in den europäischen Krisenländern und bietet den Menschen Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern.“

→ Die Umorientierung der Wirtschaftspolitik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.SPD.2014-SÖT-18

„Wir wollen vereinfachte Förderverfahren für die europäischen Strukturfonds. Die ab 2014 zur Verfügung stehenden Fördermittel werden wir weiterhin für Zukunftsinvestitionen verwenden sowie dafür einsetzen, die Arbeitslosigkeit und Armut wirkungsvoll zu bekämpfen und die Energiewende zu verwirklichen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2014-SÖT-19

„Wir ermöglichen hervorragende Forschung. Mit der Forschungsinitiative E hoch 4 fördern wir gezielt Forschungsvorhaben im Bereich der regenerativen Energieerzeugung, der effizienten Energiespeicherung, des innovativen Netzausbaus und der Steigerung der Energieeffizienz. Damit leisten wir einen Beitrag zur erfolgreichen Energiewende.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 26, TH-WP.SPD.2014-SÖT-20

„In Ilmenau gilt es, den erfolgreichen Forschungscluster in den Profilschwerpunkten der regenerativen Energietechnik, der nachhaltigen Mobilität und der digitalen Medientechnologie weiter auszubauen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.SPD.2014-SÖT-21

„Die Thüringer Polizei muss zudem flexibel auf sich wandelnde Gefahrenlagen reagieren, aktuell etwa durch ein systematisches Vorgehen gegen rechtsextreme Gewalttäter und durch eine verstärkte Bekämpfung der Drogenkriminalität.“

→ Da bzgl. der Drogen auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.SPD.2014-SÖT-22

„Thüringen war in den vergangenen zehn Jahren zweimal von Hochwassern stark betroffen. Um für die Zukunft Sicherheit zu bieten, haben wir uns für eine verpflichtende Elementarschadensversicherung eingesetzt und entsprechende Initiativen in die Konferenz der Justizminister und Justizministerinnen eingebracht und setzen uns weiter aktiv für die Einführung einer entsprechenden Versicherung ein.“

→ Der veränderte Umgang mit Hochwassern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35, TH-WP.SPD.2014-GSÖT-3

„Die in Thüringen und Deutschland erreichten Standards des Verbraucher-, Arbeits-, Gesundheits-, und Umweltschutzes sowie einer funktionierenden Daseinsvorsorge (Wasserversorgung, Energieversorgung, Abfallentsorgung) werden wir bewahren. Wir lehnen ein transatlantisches Freihandelsabkommen ab, das diese erreichten Standards in Frage stellt. Auf Bundes- und EU-Ebene werden wir dafür eintreten, dass diese Maßgabe auch bei den weiteren Verhandlungen von deutscher Seite berücksichtigt wird.“

→ Es wird sich also gegen eine Absenkung der Standards und damit gegen eine gesamte sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.SPD.2014-SÖT-23

„Kommunale Unternehmen sind die Garanten für eine sichere Versorgung der Menschen mit Wasser, Strom, Energie und den Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs. Diese Funktion gilt es in Anbetracht der Auswirkungen des demografischen Wandels weiterzuentwickeln und abzusichern.“

→ Die Weiterentwicklung ist wegen des teilweisen Bezug auf natürliche Ressourcen eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.SPD.2014-SÖT-24

„Wir stärken die Investitionskraft der Kommunen. Dazu werden wir die Möglichkeiten der Kreditaufnahme erweitern. Eine Kreditaufnahme soll dann zulässig sein, wenn die Rentierlichkeit und Nachhaltigkeit der beabsichtigten Investition gegeben ist.“

→ So auch die generelle ökologische Nachhaltigkeit zu fördern, ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-25

„Bei Straßensanierung und Straßenbau wollen wir uns für verlässliche Verkehrsinvestitionen in den Kommunen einsetzen.“

→ Der Bau ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-26

„Wir wollen der Stadtentwicklungspolitik in Thüringen eine zeitgemäße Orientierung geben und dabei die soziale Integration, den ökologischen Umbau und die demografische Entwicklung stärker berücksichtigen.“

→ Der ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-27

„Wir wollen den Hochwasserschutz verbessern: Die Hochwasserschäden von 2002 und 2013 zeigen, dass dem Hochwasserschutz mehr Beachtung geschenkt werden muss. Wir wollen nicht ein drittes Mal dabei zusehen, wie große Teile unseres Landes enormen Schaden nehmen.“

→ Die Stärkung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-28

„Statt Hochwasserschäden regulieren zu müssen, setzen wir auf einen mit Bund und Nachbarländern abgestimmten präventiven Hochwasserschutz.“

→ Die Stärkung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-29

„Wir wollen natürliche Rückzugsräume für das Wasser. Wir setzen uns deshalb für einen ökologischen Hochwasserschutz mit Auenrevitalisierung und rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen ein. Zudem werden wir die Renaturierung von Flüssen vorantreiben, um ihnen mehr Raum zu geben. Damit ist auch klar: Hochwassergebiete sind nicht der geeignete Ort für neue Flächenversiegelungen. Wir akzeptieren dort künftig weder den Bau neuer Häuser, noch neuer Gewerbegebiete.“

→ Die Stärkung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-30

„Auf Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes wollen wir künftig nur dort setzen, wo der Schutz von Menschen und Wirtschaftsgütern nicht anders möglich ist. Generell werden wir die Maßnahmen der Gewässerunterhaltung verstärken, um Überschwemmungsrisiken zu minimieren.“

→ Die Stärkung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-31

„Die Energiewende ist eines der zentralen wirtschafts-, infrastruktur- und forschungspolitischen Projekte der nächsten Jahre. Ziel in Deutschland und Thüringen ist es, eine kosteneffiziente, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung zu schaffen. Entscheidend ist dabei sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Unternehmen, dass wir die Kosten in den Griff bekommen. Wir sind der festen Überzeugung: Durch unsere Ingenieurskunst und Innovationskraft werden wir die Energiewende zum Erfolg führen. Wenn gleichzeitig Effizienzpotenziale gehoben werden, wird es sogar zur Kostenentlastung kommen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 39, TH-WP.SPD.2014-SÖT-32

„Unterm Strich ist die Energiewende eine große ökologische sowie wachstums- und beschäftigungspolitische Chance auch für Thüringen. Dafür ist notwendig, dass wir im Freistaat konsequent die vorhandenen Potenziale nutzen und die verbliebenen Kompetenzen ausbauen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-33

„Das Rückgrat des neuen Energiesystems werden die Erneuerbaren Energien sein. Damit die Energiewende gelingt, müssen Flexibilitätsoptionen geschaffen, Netze ausgebaut, die Effizienz auf allen Ebenen erhöht und mehr Speicher eingesetzt werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-34

„Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende. Vor allem auch in der Wärmeversorgung, die 40 % unseres Energieverbrauchs ausmacht, müssen die Weichen in Richtung der Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz gestellt werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-35

„Wir haben die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) als zentrale Koordinierungsstelle der Energiewende aufgebaut.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-36

„Wir haben die Kommunalordnung geändert, damit sich die Städte und Gemeinden stärker wirtschaftlich in dem Wachstumsmarkt Energiewende engagieren können.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-37

„Wir haben das Förderprogramm ‚Thüringen-GreenTech‘ mit einem Volumen von 280 Millionen Euro auf den Weg gebracht.“

→ Die Programmumsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-38

„Wir haben die Thüringer Energieeffizienz-Offensive (ThEO) auf den Weg gebracht, um Beratung und technische Ausstattung in diesem Bereich zu fördern. Allein durch das 1000-Dächer-Programm konnten 200 neue Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 11 Megawatt mit rund 3,4 Millionen Euro gefördert werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-39

„Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien weiter erhöhen. Wir bekennen uns zum Ziel, einen Anteil Erneuerbarer Energien am Nettostromverbrauch bis 2020 von 45 % und am Endenergieverbrauch bis 2020 von 30 % zu erreichen. Mit Blick auf die Rahmenbedingungen, die durch die neue Bundesregierung gesetzt wurden, wird es in Thüringen notwendig sein, ein neues Energiekonzept auf den Weg zu bringen. Im Dialog mit der Bundesregierung und den anderen Ländern werden wir unseren Beitrag zu einem integrierten, bundesweiten Ausbaukonzept leisten.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-40

„Die Energiewende ist vor allem eine gewaltige Koordinierungsaufgabe. Wir wollen deshalb die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) als zentrale Koordinierungsstelle der Energiewende stärken. Doppelstrukturen werden wir beseitigen. Denn die regionale Wertschöpfung im Bereich der Erneuerbaren bietet erhebliches Potenzial. Zu diesem Zweck wollen wir die ThEGA konsequent zu einer Netzwerk-, Cluster- und Berater-Institution ausbauen, bei der alle landesweit relevanten Aktivitäten gebündelt werden. Die Förderung von energieeffizienten und ressourcenschonenden Projekten wird in der nächsten Legislaturperiode eine Querschnittsaufgabe bleiben. Damit begleitet Thüringen den internationalen Trend hin zu ‚Grünen Märkten‘.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-41

„Wir unterstützen kommunale Konzepte und die Förderung von Energiegenossenschaften. Denn Energie in Bürgerhand fördert die Akzeptanz der Energiewende, schafft individuelle Teilnahme und sensibilisiert für ein modernes, verantwortungsvolles und nachhaltiges Zeitalter.“

→ Die Umsetzung des nachhaltigen Zeitalters ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-42

„Entgegen vieler öffentlicher Behauptungen ist die Energieerzeugung mittels Sonne und vor allem Wind eine besonders kostengünstige Form der Erneuerbaren Energien. Wir sehen in der Produktion und Nutzung sowohl der Solar- als auch der Windenergie eine Zukunftschance für Thüringen. Deshalb wollen wir die Kompetenzen im Bereich der Photovoltaik stärken und eine sachliche Diskussion um neue Windenergiestandorte führen. Ziel ist es, eine Verdreifachung der Windenergienutzung von derzeit rund 0,3 % auf 1 % der Fläche Thüringens zu realisieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.SPD.2014-SÖT-43

„Die größte Herausforderung bei der Systemintegration von Wind- und Solarenergie ist ihre unstete Erzeugung. Deshalb werden weiterhin schnell regelbare Kraftwerke benötigt. Dazu gehören jedoch nicht nur moderne Gaskraftwerke, sondern auch grundlastfähige Formen der Erneuerbaren Energien wie Biogas und Erdwärme. Bei Biogas werden wir Nutzungskonkurrenzen verhindern und die Nachhaltigkeit stärken.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, TH-WP.SPD.2014-SÖT-44

„Unser Ziel ist die stärkere Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung im privaten wie gewerblichen Bereich. Wir wollen ein Thüringer Programm zum Ausbau der KWK auf den Weg bringen. Darüber hinaus werden wir die Thüringer Energieeffizienz Offensive profilieren und ausbauen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 41, TH-WP.SPD.2014-SÖT-45

„In der nächsten Legislaturperiode werden wir zudem das Kriterium ‚Ressourceneffizienz‘ in die Förderpolitik einführen.“

→ Die Umsetzung der Ressourceneffizienz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, TH-WP.SPD.2014-SÖT-46

„Wir wollen deshalb den Einsatz von Erneuerbaren Energien im Bereich Wärme ausbauen und entsprechende Förderansätze entwickeln. Dabei verfolgen wir eine konsequente Dreifachstrategie aus verstärktem Einsatz von Erneuerbaren Energien, der Modernisierung der Heizungsanlagen und der energetischen Gebäudesanierung. Zudem unterstützen wir den Ausbau der Elektromobilität in Thüringen, um frühzeitig einen Zukunftsmarkt zu besetzen, Mobilität kostengünstiger zu gestalten und den Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr zu senken.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 41, TH-WP.SPD.2014-SÖT-47

„Zur zügigen und planungssicheren Umsetzung der Energiewende gehört auch der Um- und Ausbau der Stromnetze, weil die Erneuerbaren Energien nicht immer dort erzeugt werden, wo auch die industriellen Verbrauchszentren liegen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.SPD.2014-SÖT-48

„Umwelt- und Ressourcenschutz gehören zu den wichtigsten Themen unserer Zeit. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Ressourcen und der biologischen Vielfalt sind nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern sie entscheiden auch wesentlich über unsere soziale und ökonomische Zukunft. Umweltschutz ist für uns deshalb kein ökologisches Nischenthema, sondern von hoher Bedeutung. Nachhaltigkeit wird so immer mehr zu einem Kennzeichen einer erfolgreichen Volkswirtschaft und die Umwelttechnologien zu einem wichtigen Impuls für Wachstum und Beschäftigung. Ökonomie und Ökologie sind für Sozialdemokraten keine Gegensätze, vielmehr gilt es, sie durch kluge Politik in Einklang zu bringen.“

→ Die Umsetzung von Umwelt- bzw. Ressourcenschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.SPD.2014-SÖT-49

„Gute Luft, saubere Gewässer, Schutz vor Lärm – für uns ist Umwelt- und Ressourcenschutz immer ein Beitrag zu mehr Lebensqualität, auf die alle Bürger Anspruch haben. Wir brauchen deshalb weitere Fortschritte etwa bei der Energieeffizienz, der Senkung des Ressourcenverbrauchs, bei der ökologischen Landwirtschaft und bei der Bereitstellung gesunder Lebensmittel.“

→ Die Umsetzung der Ressourceneffizienz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 44, TH-WP.SPD.2014-SÖT-50

„Im Oktober 2011 haben wir die Thüringer Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt beschlossen. Diese Strategie wirkt dem anhaltenden Schwund von Tier- und Pflanzenarten sowie ganzen Lebensräumen entgegen. Die Strategie ist auf das Jahr 2020 ausgerichtet und formuliert Ziele für den Arten- und Lebensraumschutz und eine stärkere Integration von Biodiversitätsbelangen in die Land- und Forstwirtschaft. Wir haben uns darauf verständigt, einen Flächenanteil der Wälder von mindestens 5 % der Waldfläche (25.000 Hektar) aus der Nutzung zu nehmen.“

→ Die Umsetzung der Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.SPD.2014-SÖT-51

„Die biologische Vielfalt ist Grundlage unseres Lebens, Handelns und Wirtschaftens. Die Thüringer Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt wollen wir konsequent vorantreiben. Die Strategie verfolgt das Ziel, bis 2020 den Erhaltungszustand von 50 % der bedrohten Arten zu verbessern, für die Thüringen auch internationale Verantwortung im Rahmen von Natura 2000 trägt.“

→ Die Umsetzung der Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 44, TH-WP.SPD.2014-SÖT-52

„Ein Teil der biologischen Vielfalt ist vor allem in nutzungsfreien Waldgebieten zu Hause. Bestimmte Tier-, Pflanzen- und Pilzarten benötigen alte Bäume und Totholz als Lebensraum. Wir halten am Ziel fest, mindestens 5 % unseres Waldes, also 25.000 Hektar, aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und damit die Biodiversitätsstrategie des Bundes umzusetzen. Hierzu gehören vor allem auch großräumige Flächen, denn nur so können die anspruchsvollen Natur- und Artenschutzziele erreicht werden. Die für die Sicherung der heimischen Artenvielfalt sowie zum Erhalt der Lebensraum- und Landschaftsvielfalt dafür wichtigen Förderprogramme, wie KULAP und ENL, wollen wir weiter fortführen und ausreichend ausfinanzieren.“

→ Die Umsetzung der Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.SPD.2014-SÖT-53

„Wir werden unsere wunderbaren Naturlandschaften wie den Nationalpark Hainich, die Biosphärenreservate Vessertal und Rhön und unsere Naturparke weiter fördern und entwickeln.“

→ Die Entwicklung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-SÖT-54

„Der Klimawandel ist eine Schlüsselherausforderung unserer Zeit. Die klimatischen Veränderungen haben weit reichende Folgen. Handeln ist dringend geboten, die Ursachen des Klimawandels müssen eingedämmt und Anpassungen an die veränderten Bedingungen vorgenommen werden. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 mindestens 95 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu reduzieren. Dieses Ziel wollen wir auch in Thüringen erreichen. Erste Schritte sind bereits eingeleitet: die Neuausrichtung unserer Energiepolitik, die Gründung der Thüringer Klimaagentur, die Förderung des kommunalen Klimaschutzes oder die Erarbeitung eines Klimaanpassungsprogramms. Darüber hinaus wollen wir ein eigenes Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen und gemeinsam mit der Wohnungsbau- und der Verkehrsbranche verbindliche Vereinbarungen treffen.“

→ Die Umsetzung der generellen Klimapolitik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-SÖT-55

„Wir vereinbaren ein neues Nachhaltigkeitsabkommen mit der Thüringer Wirtschaft. Ein verantwortungsbewusstes Verhalten der Wirtschaftsakteure und der Verbraucherinnen und Verbraucher trägt wesentlich zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt bei.“

→ Die Umsetzung des Abkommens ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-GSÖT-4

„Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab. Wir wollen Bürger und Natur im Freistaat vor den Gefahren der sogenannten grünen Gentechnik schützen.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-SÖT-56

„Wir wollen unsere Gewässer besser schützen. Saubere Flüsse und Seen sowie sauberes Grundwasser sind eine wichtige Lebensgrundlage. Eine geordnete Abwasserbeseitigung ist dafür unerlässlich.“

→ Die Umsetzung des besseren Schutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-GSÖT-5

„Eine Privatisierung der Fernwasserversorgung lehnen wir strikt ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-SÖT-57

„Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, streben wir eine Nachnutzung der von der Thüringer Fernwasserversorgung zu unterhaltenden, aber für die Trinkwassersicherung nicht mehr benötigten Talsperren an. Damit wollen wir zum einen Kosten reduzieren, um stabile, möglichst einheitliche Fernwasserpreise zu garantieren. Zum anderen leisten wir damit einen Beitrag zur umweltfreundlichen Erzeugung und Speicherung von Energie.“

→ Dieser Umstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-SÖT-58

„Wir setzen uns für Bodenschutz ein. Böden dienen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen. Sie sind jedoch nicht unbegrenzt belastbar. Wir wollen deshalb künftig sicherstellen, dass für jede neue Flächenversiegelung ein Ausgleich geschaffen wird, zum Beispiel durch den Rückbau von un- oder untergenutzter Infrastruktur.“

→ Diese Veränderungen in der Bodenpolitik eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-GSÖT-6

„Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die risikoreiche Gasgewinnung (Fracking-Methode) generell und flächendeckend in ganz Deutschland verboten wird.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.SPD.2014-SÖT-59

„Wir wollen einen eigenständigen Tierschutz- und Tiergesundheitsbericht erarbeiten und herausgeben, um dem Tierschutz – auch öffentlich – einen höheren Stellenwert einzuräumen. Wir setzen uns im Bundesrat dafür ein, dass im Baugesetzbuch der Zubau von Intensivtierhaltungsanlagen eingeschränkt wird.“

→ Diese Veränderung im Tierschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, TH-WP.SPD.2014-SÖT-60

„Wir wollen die Potenziale im Bereich Natur- und Aktivtourismus noch stärker nutzen. Soweit dies mit dem Schutzzweck vereinbar ist, soll die umweltschonende Entwicklung des Tourismus rund um unsere Nationalen Naturlandschaften gezielt gefördert werden. Besonders geeignet sind hier Formen des sanften Tourismus wie Wandern, Radwandern und Wassertourismus. Positive Beispiele, wie die Entwicklung der Weltnaturerbe region Hainich, sollen als Leuchtturm dienen und andere Regionen ermutigen, die enormen wirtschaftlichen Chancen von geschützter Natur zu nutzen.“

→ Die veränderte Naturnutzung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, TH-WP.SPD.2014-SÖT-61

„Wir wollen die nachhaltige Produktion regionaler Nahrungsmitteln, Qualitätsgastronomie und Erlebnistourismus zusammen denken und fördern. Die Wertschöpfungspartnerschaft der Thüringer Ökolandwirtschaft und der Thüringer Gastronomen muss gestärkt und ausgebaut werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.3.3.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen

S. 1, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-1

„Wenn Ihnen eine gesunde Umwelt, gute Ernährung, neue Energie und vielfältige Bildung wichtig sind, dann wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.“

→ Die umweltbezogenen Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-2

„Es liegt an uns allen, die Chancen, die sich unserem Land bieten, zu nutzen und ein modernes, ökologisches, gerechtes und weltoffenes Thüringen zu gestalten.“

→ Die ökologische Gestaltung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-3

„**Wir wollen ein Thüringen, in dem der Schutz von Umwelt, Natur und Klima Herzensangelegenheit ist.**“ (Herv. i. O.)

→ Die Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-4

„Wir werden Thüringen zu einem Gewinner der Energiewende machen, indem es sich langfristig von fossilen Energieträgern unabhängig macht.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-5

„Wir setzen uns ein für eine Landwirtschaft, die in der Region verwurzelt und nicht mehr von tierquälerischer Massentierhaltung und klimaschädlicher Fleisch- und Milchproduktion geprägt ist. Wir werden alles dafür tun, dass es Lebensmittel- oder Datenschutzskandale in Serie in Thüringen nicht mehr geben wird.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-6

„**Wir wollen ein Thüringen, in dem die Wirtschaft mit der Idee der Ökologie versöhnt wird.** Nachhaltig wirtschaften bedeutet, nicht mehr zu verbrauchen, als auch nachwachsen kann – nicht von der Substanz zu leben, sondern von den Erträgen. Nachhaltigkeit ist aber nicht nur ökologische Nachhaltigkeit: Im Thüringer Handwerk und Mittelstand sehen wir Partner für regionale Wertschöpfung und die Energiewende. Mehr ÖPNV, mehr Fuß- und Radverkehr machen Mobilität effizienter und verträglicher. Ressourcenschonendes und energiesparendes Wirtschaften werden wir gezielt fördern.“ (Herv. i. O.)

→ Die insgesamt ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 10, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-7

„Es ist ein Programm für ein ökologisches, gerechtes, modernes und weltoffenes Thüringen, ein Programm, das die zukünftigen Generationen in den Blick nimmt und Jung und Alt nicht gegeneinander ausspielt.“

→ Die insgesamt ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-8

„Gehen Sie am 14. September zur Wahl und geben Sie Ihre Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – für ein ökologisches, gerechtes, soziales und weltoffenes Thüringen.“

→ Die insgesamt ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-9

„**Wir wollen Thüringen so gestalten, dass allen ein gesundes Leben in einer gerechten Gesellschaft und wohlbehaltener Umwelt ermöglicht wird – heute, morgen und auch noch in 50 oder 100 Jahren. Eine Beschränkung der Politik auf bloße Wachstumsförderung verschuldet sich an unserer Umwelt und Gesundheit, setzt bereits jetzt Existenzen aufs Spiel und nimmt den Verlust der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel in Kauf.**“ (Herv. i. O.)

→ Die insgesamt ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 11, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-10

„**Wir wollen eine Modernisierung unserer Gesellschaft voranbringen, in der Ökologie und eine den Menschen dienliche Ökonomie Hand in Hand gehen.**“ (Herv. i. O.)

→ Die insgesamt ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 11, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-11

„**Wir entwerfen wirkungsvolle Instrumente zur Bewahrung unserer natürlichen Ressourcen und unterstützen die nachhaltigen und innovativen Thüringer Unternehmen dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Wir fördern Ideen und Technologien, die uns helfen, noch energie- und ressourcenschonender zu wirtschaften und unterstützen eine zukunftsfeste Ernährungs- und Versorgungswirtschaft.**“ (Herv. i. O.)

→ Die insgesamt ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-12

„Um den Umweltschutz angemessen als landesweite, strategische Aufgabe im Land zu verankern, wollen wir die im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel aufstocken.“

→ Die insgesamt ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-13

„Wir wollen dem Naturschutz durch eine eigenständige Abteilung Naturschutz im Ministerium und eigene Fachbehörden, wie es sie in Form staatlicher Umweltämter bereits gegeben hat, mehr Gewicht in der Landesregierung verleihen.“

→ Generell mehr Naturschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-1

„Die organisatorische Integration des Nationalparks Hainich sowie der Verwaltungsstellen der Thüringer Biosphärenreservate\* und Naturparks in die Landesanstalt ‚ThüringenForst‘ lehnen wir ab.“

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-14

„Zudem schlagen wir eine staatliche Umweltlotterie\* vor, deren Erlöse zweckgebunden für den Naturschutz eingesetzt werden.“

→ Generell mehr Naturschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-15

„Wir machen uns stark dafür, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger für den Naturschutz und die Vielfalt der Arten interessieren und engagieren. Grundlage dafür ist eine anspruchsvolle, praxisbezogene Umweltbildung in den Kitas, in den Schulen wie auch in den Angeboten der Erwachsenenbildung.“

→ Generell mehr Naturschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-16

„Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Zielvorgaben für die Natura-2000-Gebiete\* vollständig umzusetzen, um damit naturschutzfachlich wertvolle Landschaften Thüringens langfristig zu erhalten. Hierzu wollen wir Mittel und Personalkapazitäten aufstocken sowie ein Netz von Stationen errichten, mit dem insbesondere die bislang vernachlässigte Pflege der Natura2000-Flächen\* vor Ort koordiniert wird.“

→ Die Umsetzung bzgl. der Gebiete ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-17

„Wir wollen die Biosphärenreservate\* Rhön und Vessertal weiterentwickeln und vergrößern. Ziel ist es, mindestens 15 Prozent der Landesfläche als Biotopverbund\* so miteinander zu verbinden, dass Arten wandern können und stabile Populationen entstehen. Das Grüne Band – der einzigartige, weitgehend naturbelassene Streifen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze – soll als 'Nationales Naturmonument' ausgewiesen werden, um es dauerhaft zu erhalten.“

→ Die Umsetzung bzgl. der Reservate ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-18

„Die Region im Südharz als größte europäische Gipskarstlandschaft ist ein Zentrum der biologischen Vielfalt in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, diese Region in ein Biosphärenreservat\* zu wandeln, in dem angepasste Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus Hand in Hand gehen.“

→ Die Umsetzung bzgl. des Reservats ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 12f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-19

„Wir unterstützen die in Thüringen durchgeführten Naturschutzgroßprojekte des Bundes und der Europäischen Union am Grünen Band, in der Rhön, im Thüringer Becken und in der Hohen Schrecke als landesweite Modellprojekte des Naturschutzes. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die Naturschutzförderung durch eine Förderung der naturschutzgerechten Regionalentwicklung ergänzt wird. Damit zeigen wir, dass die Menschen in den Regionen von den Naturschutzprojekten direkt profitieren können. Die Etablierung weiterer Naturschutzgroßprojekte soll geprüft werden.“

→ Generell mehr Naturschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-20

„Das Hochwasser im Juni 2013 hat gezeigt: Beim Hochwasserschutz ist noch viel zu tun. Verbaute Flüsse, versiegelter Boden und ausgeräumte Landschaften – das alles verschlimmert ein Hochwasserereignis. Weitere Dämme und Regenrückhaltebecken sind teuer und helfen nur punktuell. Flüsse brauchen wieder mehr Platz, um sich ‚breit zu machen‘. Intakte Flussauen sind nicht nur wertvolle Biotope\*. Sie schützen auch unsere Keller und Städte. Deshalb wollen wir Fließgewässer und ihre Auen revitalisieren und – wo möglich und sinnvoll – Böden entsiegeln. Auch der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und die Umwandlung von Acker- zu Grünland erhöht die Speicherfähigkeit der Böden. Gleichzeitig bleibt das Wasser frei von Stickstoffeinträgen. Denn: Thüringen erfüllt noch lange nicht die EU-Anforderungen für saubere Gewässer. Unser Ziel ist es, den Gewässerschutz deutlich zu erhöhen, um den Stoffeintrag zu reduzieren und die Gewässerstruktur zu verbessern. Der Schutz der Uferbereiche muss hierzu gesetzlich verbessert werden. Zudem sprechen wir uns für den Erhalt der bestehenden Wasserschutzgebiete aus.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-21

„Die Versalzung der Werra ist eines der größten Umweltprobleme im Freistaat. Wir wollen Werra und Weser bis zum Jahr 2020 zu naturnahen Gewässern entwickeln. Das Unternehmen K+S darf seine Salzabwässer nicht mehr in die Werra entsorgen oder Salzlauge einfach in den Boden verpressen. Stattdessen muss das Unternehmen alle technisch verfügbaren Möglichkeiten zur Verringerung der anfallenden Salzabfälle nutzen. Nicht vermeidbare Abwässer sollen mithilfe einer Pipeline an einem ökologisch vertretbaren Ort direkt in die Nordsee geleitet werden.“

→ Der veränderte Umgang mit der Werra ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-22

„Wasser ist Leben, unser wichtigstes Nahrungsmittel und Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir GRÜNE setzen uns für den Schutz der Wasserökosysteme und Wasserkreisläufe ein. Mit der Ressource Wasser müssen wir sorgsam umgehen. Thüringen ist verpflichtet, die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie\* umzusetzen. Das Land wird die eigene, viel zu unambitionierte Zielstellung bis 2015 weit verfehlen. Wir sehen hier Novellierungsbedarf und setzen uns für eine Neuordnung des Wasserrechts ein.“

→ Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-2

„Wasser ist ein öffentliches Gut und soll es auch künftig bleiben. Daher stellen wir uns einer Privatisierung der Wasserwirtschaft entschieden entgegen.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-23

„Wir streben daher eine Abwasserentsorgung an, die zum einen die wertvollen Rohstoffe herausfiltert und wieder nutzbar macht und zum anderen die Schadstoffe konsequent isoliert.“

→ Die Veränderung der Abwasserentsorgung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-24

„Insbesondere in den ländlichen Räumen setzen wir stärker auf dezentrale Lösungen wie Gruppen- oder vollbiologische Kläranlagen\*. Daneben haben wir uns das Ziel gesetzt, im Kommunalabgabengesetz die ‚gespaltene Abwassersatzung‘ einzuführen. Damit würden die Kommunen den schmutzigen Teil der Abwässer (Schmutzwasser) vom Regenwasser trennen.“

→ Die Veränderung der Abwasserentsorgung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-25

„Wir setzen auf einen bedarfsgerechten Ausbau und planen, den Anschluss- und Benutzungszwang, dort, wo es Sinn hat, zu lockern. Dezentrale Optionen, bspw. Gruppen-, Klein- oder biologische Kläranlagen, können in bestimmten Fällen die bessere Lösung sein.“

→ Die Veränderung der Abwasserentsorgung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-26

„Der Bodenschutz wird noch immer nicht ernst genommen.“

→ Ihn ernst zu nehmen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-27

„Unser Ziel ist deshalb, bis 2020 den Nettoflächenverbrauch\* auf null zu senken. Für jede neu genutzte und versiegelte Fläche wird der Natur eine gleichwertige zurückgegeben. Über handelbare Flächenzertifikate ermöglichen wir den Flächentausch zwischen Kommunen, die mehr Fläche benötigen, mit jenen, die weniger Bedarf haben. Grundsätzlich gilt es, bessere Rechtsgrundlagen beim Bodenschutz zu schaffen sowie den Flächenverbrauch durch den Abbau überzogener Standards (für Verkehrsflächen) zu reduzieren. Außerdem muss die Bodenfruchtbarkeit durch abwechslungsreiche Fruchtfolgen\*, Erosionsschutz und Förderung der Humusbildung gesichert werden. Der Freistaat soll sich hierfür auf Bundesebene einsetzen.“

→ Die Veränderung des Bedarfs ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-3

„Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen lehnen die Erkundung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas\* mittels Fracking\* in Thüringen ab.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-28

„Für uns spielt Erdgas als Brückenrohstoff auf dem Weg zu einer 100-prozentigen Nutzung von erneuerbaren Energien eine bedeutende Rolle.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-29

„Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige und umfassende Sanierung von allen Altlasten sowie Altlastenverdachtsflächen in Thüringen. Dafür braucht es ein stabiles finanzielles Fundament. Wir werden uns deshalb beim Bund für eine Aufstockung und Verlängerung des Sondervermögens ‚Ökologische Altlasten in Thüringen‘ einsetzen.“

→ Der generell veränderte Umgang mit Altlasten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-30

„Bei der Sanierung der Hinterlassenschaft des Uranbergbaus fordern wir GRÜNE eine intensivere Aufarbeitung der Wismut-Geschichte und mehr Engagement bei der Beseitigung der Wismut-Altlasten von Seiten der Landesregierung.“

→ Der veränderte Umgang mit diesen Altlasten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-31

„Die Zuständigkeit für das Großprojekt Rositz wurde 2013 auf die untere Bodenschutzbehörde des Landratsamtes Altenburger Land übertragen. Dies lehnen wir ab. Wir werden uns für eine Rückübertragung der Zuständigkeit auf das Land Thüringen einsetzen, denn Rositz bleibt ein ökologisches Großprojekt, das der Landkreis nicht alleine stemmen kann. Zudem setzen wir uns für eine nachhaltige Lösung bei der Sanierung des Grundwasserschadens in Schelditz ein, denn der Grundwasserspiegel wird infolge der Stilllegung der Braunkohletagebaue in den nächsten Jahren weiter ansteigen und Menschen und Umwelt zunehmend gefährden.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-32

„Wir schlagen vor, kommunale Stoffkreisläufe zu entwickeln, die Müllverbrennungsanlagen auf lange Sicht entbehrlich machen und in denen organische Abfälle und andere Wertstoffe möglichst vor Ort wiederverwendet und -verwertet werden.“

→ Die generelle Ressourcenschonung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-33

„Die Abfallwirtschaft in Thüringen soll im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes so ausgerichtet sein, dass Stoffkreisläufe geschlossen werden. Wir befürworten Life-Cycle-Strategien\*, die auch in Thüringen die Rückgewinnung z. B. von seltenen Erden\* aus Handys ermöglichen. Wir werden ein branchenübergreifendes Netzwerk entwickeln, in dem Rohstoffproduzenten und Recycling-Unternehmen gemeinsam mit wissenschaftlichen Einrichtungen daran arbeiten, dass Rohstoffe und Abfälle nicht unterschiedlich betrachtet werden, sondern nach vielfältiger Nutzbarkeit in Kreisläufen schnellstmöglich zugeführt werden können. Den Import von Müll oder anderen Reststoffen zur Verbrennung oder unterirdischen Einlagerung wollen wir zurückdrängen.“

→ Die generelle Ressourcenschonung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-34

„Der Straßenverkehr, insbesondere der Schwerlastverkehr, ist ein Hauptverursacher der Luftbelastung. Die Stickstoffeinträge aus dem Verkehr sorgen zudem für eine zunehmende Bodenversauerung und belasten unsere Wälder. Wir GRÜNE stehen deshalb für ein konsequentes Handeln, das die Luft sauber hält.“

→ Die Veränderung bzgl. der Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-35

„Mit unserer Verkehrspolitik, die Fußwege, Radfahren und den ÖPNV in den Mittelpunkt rückt, können wir Luftschadstoffe wirksam reduzieren und die Gesundheit fördern. Die Umsetzung flächendeckender, wirkungsvoller Luftreinhaltepläne trägt dazu bei, dass die gesetzlichen Grenzwerte zukünftig in ganz Thüringen eingehalten werden.“

→ Die Veränderung bzgl. der Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 16, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-36

„Dabei haben wir im Freistaat genug Köpfe und Know-how, um Klimaschutzvorreiter zu werden. Mit einem eigens dafür initiierten Gesetz können wir den Klimaschutz im Land verbindlich verankern und von den Launen der Wahlperioden lösen. Teuer wird es, wenn wir weitermachen wie bisher: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. schätzt die Kosten durch Klimaschäden in Thüringen auf mehr als 35 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050. Hochwasser, Trockenperioden, Hitzewellen, Ernteeinbußen – die Folgen des Klimawandels sind bekannt. Klimaschutz ist in erster Linie ein Gebot der ökonomischen Vernunft.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 16, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-37

„Mit dem Gesetz werden wir die Kommunen bei ihren Klimaschutzanstrengungen durch Beratungsangebote sowie finanzielle Mittel bei der Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten unterstützen.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-38

„Konkret wollen wir:

- ein Biosphärenreservat\* Karstlandschaft Südharz schaffen,
- Flussauen renaturieren und für den Hochwasserschutz reaktivieren,
- Werraversalzung beenden und Fracking\* verhindern.“

→ Die Maßnahmen sind zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-4

„Werraversalzung beenden und Fracking\* verhindern.“

→ Bzgl. des Frackings wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-39

„Wir streben eine Wirtschaftspolitik an, die den Grenzen der natürlichen Ressourcen Rechnung trägt und damit die gute Lebensqualität der jetzigen und künftigen Generationen in den Mittelpunkt ihres Handelns rückt.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-40

„Daher denken wir Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zusammen, wenn wir die Rahmenbedingungen für das unternehmerische, öffentliche und private Wirtschaften abstecken.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-41

„Branchen und Projekte, die sich besonders den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen und sich dabei einer nachhaltigen, sozial-ökologischen Wirtschaft verschrieben haben, verdienen unsere gezielte Unterstützung.“

→ Die generell sozial-ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-42

„Wir setzen uns zugleich dafür ein, dass die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards stärker in die Praxis der öffentlichen Förderung bestehender Unternehmen einbezogen wird.“

→ Die Standarddurchsetzung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-43

„Das Thüringer Handwerk als ‚Ausrüster der Energiewende‘ ist für uns GRÜNE ein zentraler Partner bei der ökologischen Modernisierung unseres Landes. Beim Bau energieeffizienter Gebäude, der energetischen Sanierung, dem Denkmalschutz und dem Ausbau erneuerbarer Energien sind wir auf kundige Fachleute des Thüringer Handwerks angewiesen.“

→ Die ökologische Modernisierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 18, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-44

„Daher machen wir uns für ein umfassendes und effizientes Konzept der Außenwirtschaftsförderung mit ökologischen und sozialen Kriterien stark.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-45

„Auf Bundes- und Europaebene sowie im Gespräch mit internationalen Partnerinnen und Partnern wollen wir uns dafür einsetzen, das Auslagern von Umweltzerstörung und sozialer Ausbeutung in andere Länder zu beenden. Folglich drängen wir darauf, Unternehmen, die in anderen Ländern gegen soziale und ökologische EU- und UN-Standards verstoßen oder der Korruption überführt werden, mit einer Sperre für öffentliche Ausschreibungen und Fördergelder belegen zu können.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-46

„Unternehmen und Institutionen benötigen unsere aktive Unterstützung, um sich auf die Folgen der zu erwartenden Rohölknappheit angemessen vorzubereiten. Wir werden ihnen darüber hinaus helfen, die Organisation ihrer Arbeit und Produktion auf ein nachhaltiges Wirtschaften umzustellen.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-47

„Auch die Landesbehörden können sich der sozial-ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft nicht entziehen. Grüne Politik unterstützt daher die Modernisierungsprozesse in den Verwaltungseinheiten des Landes.“

→ Die sozial-ökologische Modernisierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 20, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-48

„Das Land und die Kommunen können durch die Vergabe von Aufträgen an externe Unternehmen an der Durchsetzung neuer Umwelt- und Sozialstandards mitwirken. Insbesondere folgende Kriterien sollten mit in die Beschaffungs- und Vergabepraxis einfließen:

- der Einsatz von ressourcenschonenden Produkten und Materialien,
- Rücknahme und Recycling von Altprodukten,
- der Einsatz von Technologien, die die effizienteste Ressourcennutzung in der jeweiligen Branche ermöglichen,
- regionale Orientierung bei der Beschaffung von Materialien und Geräten,
- Tarifentlohnung,
- die Förderung von Frauen,
- familienfreundliche Arbeitszeitregelungen.“

→ Die Umsetzung der Umweltstandards ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 20, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-49

„Wir wollen, dass bei der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologien verstärkt auf Möglichkeiten der Green-IT\* zurückgegriffen wird.“

→ Dieser Umstieg ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-50

„Daher setzen wir uns dafür ein, einen umfassenderen Index, z.B. den bereits erprobten Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI), ergänzend in die gesellschaftliche Berichterstattung und ihre politische Diskussion einzubringen. Weil ein solcher Index auch ökologische und soziale Faktoren mit einbezieht, wird die Gesamtentwicklung der individuellen Lebensqualität und des gesellschaftlichen Wohlergehens deutlicher erkennbar.“

→ Die Nutzung des Indexes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-51

„Verschiedene Studien belegen: 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2040 – dieses Ziel ist realistisch. Wir machen uns dafür stark, dass Thüringen es als eines der ersten Bundesländer erreicht. Als wichtiges Etappenziel schlagen wir vor, bis 2020 60 Prozent des Stromverbrauchs und 35 Prozent des End-Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien dezentral vor Ort zu erzeugen. Dies gelingt nur, wenn wir kräftig Energie einsparen: z.B. durch besser gedämmte Häuser, bedarfsgerechte Mobilitätssysteme, effizientere Heizungspumpen und weniger Stand-by-Verbrauch.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 21, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-52

„Die Energiewende sichert Arbeitsplätze in Bildung und Handwerk, Industrie und Forschung sowie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Erzeugung, z.B. in Energiegenossenschaften.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-53

„Wir GRÜNE wollen mit nachhaltigen Verkehrskonzepten unsere Abhängigkeit vom Öl verringern. Zudem lässt sich Energie auch mit unseren Gebäuden sparen. Mit Anreizen planen wir, dazu beizutragen, dass jedes Jahr zwei Prozent aller Gebäude saniert werden. Darüber hinaus streben wir an, die Gebäude und Liegenschaften der Landesebene klimaneutral zu entwickeln.“

→ Die Umorientierung bzgl. der Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-54

„Viel zu wenige Sonnenstrahlen werden in Thüringen in Energie verwandelt. Um dieses Potenzial wirksamer auszuschöpfen, wollen wir die Solarkraftnutzung ausbauen – ob auf Dächern, an Fassaden oder an Autobahnen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-55

„Insbesondere die Windkraft an Land ist dank des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) neben der Fotovoltaik inzwischen zur preiswertesten Form der Stromerzeugung geworden. Sie ist kostengünstiger als Kohle und Atom. Um Thüringen unabhängig von Stromimporten zu machen, bedarf es nur zwei Prozent der Landesfläche. Die regionalen Planungsgemeinschaften benötigen bindende Vorgaben, um die dafür erforderlichen Flächen auszuweisen. Mit verbindlichen Regelungen wollen wir sowohl den Vogel- und Fledermausschutz berücksichtigen als auch der Ausweisung weiterer Windvorranggebiete\* entsprechenden Raum bieten. Damit schaffen wir planerische Sicherheit bezüglich des weiteren Ausbaus der Windkraft an Land und sorgen für einen Ausgleich von Naturschutz und klimapolitischen Zielstellungen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-5

„Dabei ist in jedem Fall unstrittig: Im Nationalpark Hainich und ähnlichen Naturschätzen haben Windkraftanlagen nichts zu suchen.“

→ Diesbezüglich wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 21f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-56

„Die Biomasse hat ihren festen Platz im erneuerbaren Energiemix – allerdings belastet eine einseitige Bevorzugung von Mais in Biogasanlagen Boden und Umwelt. Andere Feldfrüchte, z.B. Hülsenfrüchte düngen ganz nebenbei auf natürliche Weise den Boden mit Stickstoff oder fallen wie biogene Reststoffe\* bei anderen Produktionsprozessen an. Diese wollen wir künftig beim Einsatz in Biogasanlagen stärker fördern. Thüringen muss sich dafür bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Bund einsetzen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-6

„Neue Holzkraftwerke zur ausschließlichen Stromgewinnung wird es daher mit uns nicht geben.“

→ Diesbezüglich wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-57

„Holztransporte über Tausende von Kilometern konterkarieren alle Bemühungen des Klima- und Umweltschutzes.“

→ Genereller Umwelt-/ Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-58

„Wir setzen uns für den Ausbau von oberflächennaher Geothermie\* (bis 150 Meter Tiefe) zur Wärmeerzeugung ein.“

→ Der Ausbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-59

„Daneben hat Windgas\* das Potenzial zum günstigen Speicher auch für Heizung und Verkehr. Die Erkenntnisse aus dem Forschungskoooperationsprojekt im Hessischen Biogas-Forschungszentrum in Bad Hersfeld wollen wir verstetigen und in Thüringen zum Einsatz bringen.“

→ Die Umsetzung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-60

„Der Um- und Ausbau der Stromnetze ist von elementarer Bedeutung für das Gelingen des Atomausstiegs und der Energiewende.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-7

„Den Bedarf an Neubauprojekten des bisherigen Netzentwicklungsplans halten wir allerdings für überzogen. Einen unbegründeten Leitungsausbau und unnötige Umweltbelastungen lehnen wir ab. Wir setzen uns stattdessen für eine Überprüfung der geplanten Nord-Süd-Trassen und für eine anschließende Priorisierung ein.“

→ Bzgl. dieser Trassen wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-61

„Wir werden deshalb Modellregionen fördern, die durch entsprechende Stadt-Umland-Kooperationen unter Beachtung der Naturverträglichkeit ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren wollen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-62

„Langfristig präferieren wir Blockheizkraftwerke, die aus erneuerbaren Quellen, wie z. B. Windgas\*, gespeist werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-63

„Wir wollen das Landesentwicklungsprogramm als zentrales Steuerinstrument zur Umsetzung von 100 Prozent erneuerbaren Energien nutzen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-64

„Die Energiewende gelingt dann am besten, wenn möglichst viele daran teilhaben – so viel dezentrale Energie wie möglich, so viel zentrale wie nötig!“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-65

„Konkret wollen wir:

• 60 Prozent Strom und 35 Prozent End-Energieverbrauch aus erneuerbaren Quellen bis 2020,“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-66

„Wie die Modernisierung der Energiewirtschaft wollen wir auch die Verkehrspolitik voranbringen, um die Lebensqualität in Thüringen zu sichern. Grüne Verkehrspolitik umfasst dabei mehr als reduzierte Abgase, weniger Lärm oder verminderte Unfallgefahren.“

→ Die Umsetzung grüner Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-67

„Zu dessen Beseitigung wollen wir den durchgängigen zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der gesamten Strecke, damit dort eine Regio-S-Bahn fahren und Fernverkehr realisiert werden kann.“

→ Die Umsetzung grüner Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-68

„Der Güterverkehr gehört auf die Schiene, zumindest zum überwiegenden Teil – das schont die Umwelt, unsere Straßen und nicht zuletzt unsere Nerven, weil es weniger Staus gibt.“

→ Die Umsetzung grüner Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-8

„In Thüringen sind kaum neue Straßen erforderlich. Fragwürdige Großprojekte, bspw. die Rhönquerung (B 87n) oder die Neutrassierung der B 19 bei Eisenach, lehnen wir daher entschieden ab.“

→ Bzgl. dieser Projekte wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-69

„Umgehungsstraßen sollten in erster Linie in jenen Orten entstehen, in denen Anwohnerinnen und Anwohner beträchtlich unter den Fahrzeuglawinen leiden, z. B. in Großengottern, Wasungen oder Leimbach.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-70

„Wir unterstützen den Ausbau von Carsharing-Stationen, denn ein Carsharing-Auto ersetzt statisch bis zu zehn Pkw. Das schafft Platz für Natur und Kinderspiel.“

→ Die Umsetzung grüner Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-71

„Verkehr braucht bisher vor allem eines – Erdöl. Deutschland befindet sich diesbezüglich in einem Abhängigkeitsverhältnis, schließlich müssen 98 Prozent des Erdöls importiert werden. Das ist für unsere Wirtschaft ein zu großes Risiko. Elektromobilität gehört bereits heute zu unserem Alltag. Viele Züge und die Straßenbahnen werden elektrisch betrieben. Wir möchten dies gern auch auf Busse und Pkw ausweiten. Denn sonnengetankte Elektrofahrzeuge – auch im Carsharing – verpesten die Luft nicht mehr. Wir unterstützen die Forschung an umweltfreundlichen und leistungsstarken Akkus und die weitreichende Bereitstellung einer Ladeinfrastruktur, die Strom aus erneuerbaren Energien liefert.“

→ Die Umsetzung grüner Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-72

„Auf lange Sicht muss es Ziel sein, den Energieverbrauch des Verkehrs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken.“

→ Die Umsetzung grüner Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-73

„Das wichtigste Produktionsmittel für die Landwirtschaft ist ein gesunder Boden. Mit grüner Landwirtschaftspolitik wollen wir deshalb alle Anstrengungen darauf richten, den Zustand der Thüringer Böden zu verbessern.“

→ Die Zustandsverbesserung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-74

„Der ökologische Landbau in einer kleinteiligen Agrarstruktur erfüllt am besten die Erfordernisse einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Schließlich ist er ausgesprochen gut geeignet, um die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft zu schützen und gleichzeitig eine artgerechte Haltung von Tieren zu gewährleisten.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-75

„Unser Ziel ist, im Jahr 2020 mindestens zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Thüringens ökologisch zu bewirtschaften. Dafür wollen wir umstellungswillige Agrarbetriebe stärker fördern. Durch die generell angestrebte Ausrichtung der Förderpolitik auf Ressourcenschonung, Umwelt- und Tierschutz gewinnt der Ökolandbau zusätzliche Wettbewerbsvorteile gegenüber konventionellen Betrieben.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-76

„Wir wollen mehr regionale Wertschöpfungsketten, das heißt in Thüringen angebautes Getreide wird in Thüringen zu Brot, Gebäck oder Müsli verarbeitet und hier verkauft.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-9

„Wir GRÜNE sagen ganz klar Nein zum Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Thüringer Landwirtschaft.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-77

„Wir werden uns dementsprechend für eine umfassende Kennzeichnungspflicht auch für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Stoffen gefüttert wurden, und klare Haftungsregeln für Schäden durch den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen einsetzen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-78

„Wir wollen den Erhalt von Feldrainen und das Anlegen von zusätzlichen Blühstreifen unterstützen. Flächendeckende Monokulturen gilt es zu vermeiden. Auch bei der anstehenden Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes müssen Belange der Pflanzenvielfalt und des Bienenschutzes im Bereich Biomassenutzung eine größere Rolle spielen als bisher.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-79

„Um mehr Vielfalt auf den Acker zu bekommen, bieten sich einheimische Energiepflanzen an. Die Dächer von Ställen, Wohn- bzw. Wirtschaftsgebäuden eignen sich hervorragend für großflächige Solaranlagen. In Verbindung mit den Produzentinnen und Produzenten von Solarzellen und Windrädern kann die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Energiewende in Thüringen leisten. Wir wollen deshalb die umweltfreundliche Energieerzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben auch in Zukunft fördern und setzen uns für entsprechende Initiativen auf Bundesebene ein.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-80

„Die nach einem kurzzeitigen Rückgang in den 1990er Jahren wieder wachsende Zahl an industriellen Tierhaltungsanlagen schafft insbesondere für die strukturschwachen neuen Bundesländer eine Vielzahl an Problemen, die eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume behindert.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 29, TH-WP.Grüne.2014-GSÖT-10

„Wir werden die gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um einen weiteren Ausbau der industriellen Massentierhaltung zu verhindern.“

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-81

„Wir setzen uns dafür ein, dass verbindliche Vorgaben für artgerechte Haltung, z. B. Bestandsobergrenzen, Auslauf- und Weidegebot, rechtlich verankert werden. Qualzuchtungen und unnötige körperliche Eingriffe wie Schwanzverkürzungen bei Schweinen werden wir über die Änderung des Tierschutzgesetzes unterbinden. Der Einsatz von Medikamenten und Hormonen soll auf ein Minimum reduziert werden. Wir planen deshalb, Umstellungsprogramme für artgerechte Tierhaltung zu initiieren. Die Weidehaltung und Grünlandnutzung werden wir ausbauen und Programme für den Erhalt der genetischen Vielfalt in der Tierhaltung unterstützen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-82

„Die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine ist vor allem für den Schutz der Haustiere unerlässlich. Ihre Arbeit verdient mehr Aufmerksamkeit und Förderung! Die wertvolle ehrenamtliche Arbeit erhält folglich nur mit auskömmlich finanzierten Tierheimen eine solide Basis. Den Tierschutzbeirat der Landesregierung wollen wir stärken.“

→ Die Umsetzung von mehr Tierschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 30, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-83

„Die Thüringer Waldflächen übernehmen wichtige natürliche Funktionen. Sie bieten vielfältigen Tier- und Pflanzenarten eine Heimat und tragen zur Artenvielfalt im Freistaat bei. Der Wald dient dem Schutz des Bodens und des Wassers. Er liefert einen zentralen Beitrag zum Klima-, Immis-sions-, Lärm und Sichtschutz.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-84

„Auch deshalb wollen wir mindestens 25.000 Hektar des Staatswaldes bis zum Jahr 2018 aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen. Bei der Auswahl der Flächen orientieren wir uns an der Machbarkeitsstudie von BUND und NABU aus dem Jahr 2013. Gleichwohl ist unser Wald ein Wirtschaftsfaktor. Die Holzwirtschaft ist seit jeher ein wichtiger Teil der regionalen Wirtschaft. Dennoch müssen wir Maß halten, damit wir unseren Wald nicht schädigen. In den Wirtschaftswäldern werden forstlich ungenutzte Altholzinseln als Trittsteinbiotope\* ausgewiesen. Alte Buchenwälder werden besonders schonend genutzt. Wir streben kurzfristig eine Zertifizierung aller Staatswälder nach dem FSC-Standard\* an.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-85

„Wir GRÜNE wollen arten- und strukturreiche, naturnahe und gesunde Wälder, die die biologische Vielfalt der Waldökosysteme erhalten und sie vor Übernutzung schützen. Wir befürworten eine nachhaltige, schonende und naturgemäße Waldbewirtschaftung ohne Kahlschläge. Um die Artenvielfalt zu erhöhen, streben wir einen Umbau der Altersklassenwälder\* und Nadelbaummonokulturen an. Wir wollen vorwiegend Dauerwälder mit Mischwaldbeständen aus standortheimischen Baumarten aufbauen. Diese machen unseren Wald robuster gegenüber klimatischen Veränderungen und Schädlingsbefall.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-86

„Thüringen braucht ein modernes Waldgesetz, das den Herausforderungen des Klimawandels entspricht und mehr biologische Vielfalt fördert. Dafür werden wir uns engagieren.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-87

„Wir unterstützen eine Bejagung, die die Wilddichte in Thüringen auf ein Niveau senkt, das Pflanzenwuchs ohne teuren Zaunbau und Pflanzung ermöglicht. Eine trophäenorientierte Jagd lehnen wir ab. Im Jagdgesetz soll der Grundsatz ‚Wald vor Wild‘ gelten. Nach dem Vorbild des Bundesjagdgesetzes wollen wir die Verpflichtung zur Wildtierfütterung aufheben, da der Mensch in diesen natürlichen Kreislauf möglichst wenig eingreifen sollte.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-88

„Konkret wollen wir:

- auf mindestens zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Ökolandbau,
- keine Massentierhaltung und besseren Tierschutz für Nutz- und Haustiere,
- 25.000 Hektar Wald von der Bewirtschaftung freistellen.“

→ Die Maßnahmen sind zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-89

„Denn für die vermeintlich günstigen Waren werden schlechte Arbeitsbedingungen und Ausbeutung, minderwertige Qualität, Umweltzerstörung und Gesundheitsschäden in Kauf genommen. Kaffeepflückerinnen, die an den Bohnen kaum noch etwas verdienen oder Masthähnchen, die in ihrem kurzen Leben nie das Tageslicht erblicken, sind nur zwei Beispiele dafür, wie notwendig eine Umorientierung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaften ist.“

→ Die generell ökologische Neuorientierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-90

„Notwendig ist aber nicht weniger, sondern mehr: mehr Beratung, mehr Informationsangebote, mehr und strengere Kontrollen, z.B. bei der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Verstöße gegen VerbraucherInneninteressen müssen öffentlich gemacht werden, um die Menschen nicht zu gefährden.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-91

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Kriterien ‚regional‘, ‚saisonal‘ und ‚bio‘ auch in Schulen und Kindereinrichtungen zur ersten Wahl werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 31, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-92

„Die Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln unterstützen wir ebenso wie die Verpflichtung alles zu benennen, was in einem Produkt steckt. Denn manche Produkte sind nicht so ökologisch, wie ihre klangvollen Bezeichnungen suggerieren – so lassen sich die Informationsmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher erleichtern und der ‚Label-Wald‘ lichten. Thüringen muss sich deshalb für die Überarbeitung des Verbraucherinformationsgesetzes einsetzen.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-93

„Konkret wollen wir:

- Verbraucherzentralen stärken,
- gutes, gesundes und regionales Essen in Schulen und Kindergärten,“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-94

„Wir wollen einen sanften und nachhaltigen Tourismus fördern, der den Gästen attraktive, erholsame Angebote unterbreitet und dabei Natur und Umwelt auch für künftige Besucherinnen und Besucher bewahrt. Daher werden wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern in den Umwelt- und Naturschutzverbänden, mit den regionalen Tourismusverbänden sowie den naturnah wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten ein Leitbild des nachhaltigen Tourismus entwickeln.“

→ Diese Umorientierung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-95

„Ein weiteres Vorhaben ist die stärkere Verknüpfung von Fahrrad- und Wassertourismus.“

→ Diese Umorientierung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-96

„Der fortschreitende Klimawandel wird in den kommenden Jahrzehnten große Auswirkungen auf das touristische Angebot im Freistaat haben. Der Bau neuer Abfahrtspisten bspw. ist vor dem Hintergrund der abnehmenden Schneesicherheit in den Mittelgebirgen nicht mehr zeitgemäß, größere Investitionen in den Ausbau des Wintersports im Thüringer Wald und im Harz sind folglich zu überprüfen.“

→ Diese Umorientierung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-97

„Wir wollen einen Schulgartenunterricht, der den biologischen, gentechnikfreien und nachhaltigen Anbau erfahrbar macht.“

→ Diese Umorientierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-98

„Die Zahl an Tierversuchen in Thüringen wollen wir soweit wie möglich reduzieren und methodische Forschungsvorhaben zur tierfreien Forschung fördern.“

→ Diese Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-99

„Auch die gesundheitsfördernde Gestaltung der Arbeitswelt, die Vermeidung von Lärm und Schadstoffen in der Stadt- und Landesplanung, kinderfreundliche Wohnquartiere und die Schulung von Eltern und Angehörigen sowie vor allem die Bekämpfung von Armut und deren Folgen müssen als Präventionsmaßnahmen berücksichtigt werden.“

→ Die Schadstoffvermeidung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 49f., TH-WP.Grüne.2014-SÖT-100

„Die Prohibition, also die bisherige strafrechtliche Sanktionierung von Drogenkonsum, ist gescheitert. Deswegen müssen wir uns grundlegend umorientieren und Legalisierungskonzepte ins Auge fassen. Wer gesundheitsschädlichen Konsummustern wirklich sinnvoll begegnen will, muss akzeptierend an Konsumentinnen und Konsumenten herantreten und darf sie nicht kriminalisieren. Dabei setzen wir auf einen Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung. Anstelle der gescheiterten repressiven Drogenpolitik bedarf es einer an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierten Regulierung. Darüber hinaus ist ein erster Schritt zur Entkriminalisierung die Erhöhung der ‚geringen Mengen‘ bei Cannabisprodukten auf zehn Gramm. Weiterhin wollen wir ‚Drug-Checking‘\*-Angebote und Drogenkonsumräume, in denen Hilfsmittel für den sicheren Konsum bereitgestellt werden, einführen.“

→ Da bzgl. der Drogen auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-101

„Wir werden die Aufklärung über die Suchtmittel im Schul- und Jugendbereich vorantreiben. Kinder und Jugendliche stark zu machen, ist die beste Drogenprävention. Zudem haben wir vor, den Besitz und Konsum von Cannabis und anderen, nicht legalen psychotropen Substanzen zu entkriminalisieren und unterstützen die Einführung eines Pilotprojektes zur geregelten Abgabe von Cannabis in Apotheken.“

→ Da bzgl. der Drogen auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-102

„Vom Klimawandel bis zum Datenschutz gilt: Unsere gesellschaftlichen Herausforderungen machen nicht an nationalen Grenzen halt. Nur gemeinsam sind wir in der Lage, Krisen zu überwinden und gestärkt aus ihnen hervorzugehen.“

→ Die Überwindung der Klimakrise ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-103

„Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich solidarisch an der Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen beteiligen, z.B. beim Straßenausbau oder bei Abwasserleitungen, da diese von vielen Menschen gemeinschaftlich genutzt werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Abwasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-104

„Für den Bereich der Umweltkriminalität fordern wir die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft ‚Umwelt‘, die über die notwendige Sachkenntnis und das dazugehörige Fachpersonal verfügt. Zudem sollte für Verwaltungsbehörden eine Anzeigepflicht für Umweltstraftaten bestehen.“

→ Die Bekämpfung von Umweltstraftaten hat einen generell anderen Umgang mit der Umwelt zur Folge, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-105

„die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft ‚Umwelt‘,“

→ Die Bekämpfung von Umweltstraftaten hat einen generell anderen Umgang mit der Umwelt zur Folge, was in der Praxis eine gesamte sozial-ökologische Transformation ist.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 66, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-106

„Wir werden darüber hinaus nicht notwendige und ökologisch schädliche Subventionen abbauen, um die frei werdenden Finanzmittel für zukunftsweisende Projekte, bspw. im Bildungsbereich zu verwenden.“

→ Die generell ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-107

„Wir Thüringerinnen und Thüringer werden weniger und leben länger; das Land und die Kommunen haben große finanzielle Probleme; immer weniger Menschen müssen für den Erhalt von Schwimmbädern, Bibliotheken und Straßen aufkommen; Unwetter und Hitzeperioden treten häufiger auf, die Schneesicherheit in den Mittelgebirgen nimmt hingegen ab – eine Herausforderung, nicht nur für den Tourismus.“

→ Die generelle Anpassung an Klimaveränderungen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 69, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-108

„Ein Mehr an Straßengrün verbessert das Stadtklima und hebt die Trennwirkung von Straßen ein Stück weit auf.“

→ Die Umsetzung des Mehrs ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 69, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-109

„Lärm und Abgase mindern vielerorts die Aufenthalts- und Lebensqualität. Wer schiebt schon gern seinen Kinderwagen an stark befahrenen Straßen entlang oder unterhält sich über den Gartenzaun hinweg, wenn die Lkw dicht an dicht vorbei donnern? Der Verkehr soll zwar fließen, aber er fließt langsam meist sogar besser. Wir engagieren uns dafür, die Verkehrsbelastung in den Stadt- und Ortszentren zu reduzieren. Für uns gehen Mensch und Gesundheit vor.“

→ Die Abgasreduktion ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-110

„Daher schlagen wir vor, vielfältige Stadtquartiere mit einem hohen Grünanteil zu entwickeln, in denen Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Freizeit nebeneinander stattfinden können.“

→ Die Grünanteilerhöhung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-111

„Ob Niedrig-Energiekommune (Low Energy City), Stadt im Wandel (Transition Town) oder grünes Wachstum (Green Growth) – es gibt viele Ideen und Konzepte für nachhaltige Stadtentwicklung. Alle zielen mehr oder weniger in dieselbe Richtung: Sie wollen raus aus der Abhängigkeit von Öl und Kohle, erhöhen die Aufenthaltsqualität durch mehr Grün im Stadtbild und unterstützen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, z.B. in Form von Energiegenossenschaften.“

→ Die Umsetzung der grünen Städtepolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.Grüne.2014-SÖT-112

„Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die IBA in den nächsten Jahren als Ideengeberin für eine nachhaltige Entwicklung im Freistaat. Thüringen ist das Land der erneuerbaren Energien: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien wollen wir deshalb in den Mittelpunkt der IBA stellen. Dazu beitragen sollen moderne, architektonisch anspruchsvolle und energieeffiziente Stadthäuser mit eigenen Wasser-Abwasser-Recyclingsystemen, autofreie Wohnsiedlungen mit ÖPNV-Verknüpfungspunkten und Carsharing-Angeboten sowie ressourcenschonende Null-Energie-Siedlungen mit lokaler Infrastruktur oder auch moderne, zentral gelegene Gartenstädte. So können wir der Welt 2023 zeigen, wie unsere Vision einer postfossilen Gesellschaft\* aussieht. Thüringen wird zum Standort sozial-ökologischer Innovationen mit internationaler Ausstrahlung.“

→ Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

### **2.3.3.3.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP**

S. 15, TH-WP.FDP.2014-SÖT-1

„die Begrenzung der Kosten für die Energiewende.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-1

„keine Umweltzonen, keine Bettensteuern und kein Bildungsfreistellungsgesetz“

→ Es wird sich gegen Umweltzonen und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.FDP.2014-SÖT-2

„die stärkere Gesamtvermarktung des ‚Grünen Herzens‘ sowie attraktivere Förderung des ländlichen Raums und des Thüringer Waldes.“

→ Die stärkere Förderung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.FDP.2014-SÖT-3

„Nachdem die erneuerbaren Energien über ein Jahrzehnt Zeit hatten, sich zu etablieren, muss jetzt die Marktintegration im Fokus stehen. Es ist unabdingbar, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu entschleunigen, um ihn mit dem notwendigen Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze sowie der Entwicklung von Speichertechniken zu synchronisieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.FDP.2014-SÖT-4

„Wir folgen deshalb der Empfehlung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und fordern ein Moratorium des EEG, damit Markt- und Netzintegration beim Zubau von erneuerbaren Energien gesichert sind.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-2

„, dass weiterhin auch konventionelle Kraftwerke ihren unverzichtbaren Beitrag zur Absicherung der fluktuierenden Energieerzeugung leisten.“

→ Bzgl. dieser Kraftwerke wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.FDP.2014-SÖT-5

„den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien wirtschaftlich gestalten und mit dem Netzausbau und der Entwicklung von Speichertechnologien harmonisieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.FDP.2014-SÖT-6

„In Auswertung der Hochwasserkatastrophe 2013 war feststellbar, dass sich der Thüringer Katastrophenschutz grundsätzlich bewährt hat. Gleichwohl gibt es in einigen Bereichen noch Optimierungsbedarf. Nach Auffassung der FDP Thüringen muss in Zukunft ein flächendeckendes Alarmierungssystem für die Bürger sowie eine zentrale Informationsmöglichkeit der Einsatzkräfte geschaffen und eine angemessene Ausstattung der Katastrophenschutzbehörden gewährleistet werden.“

→ Die Stärkung des Hochwasserschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-3

„Ein Wasserentnahmeentgelt (sog. Wasserpfennig bzw. Wassercent) ist strikt abzulehnen. Ohne den Effekt einer Ressourcenschonung führt eine solche Abgabe nur zu einer überflüssigen Kostenbelastung zentraler Wirtschaftsbranchen und der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat.“

→ Bzgl. des Entgelts wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-4

„kein Wasserentnahmeentgelt“

→ Bzgl. des Entgelts wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.FDP.2014-SÖT-7

„✓ bei anstehenden Infrastrukturbaumaßnahmen eine Priorisierung von Straßenbauprojekten vornehmen, um diese zügig fertigzustellen.“

✓ eine Einbeziehung von naturschutzrechtlichen, städtebaulichen und raumordnerischen Betrachtungen.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.FDP.2014-SÖT-8

„Die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen dürfen nicht dazu führen, dass künftige Ausbaumaßnahmen, Ortsumgehungen und der Erhalt der Landesstraßen vor dem ‚Aus‘ stehen sowie die Anbindungen durch den ÖPNV auf ein Minimum reduziert werden.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, TH-WP.FDP.2014-SÖT-9

„Zu einem plädieren wir für eine bedarfsgerechte Straßensanierung und den Bau von Ortsumfahrungen, die positive Effekte bei der Verkehrssicherheit, die Minimierung von Emissionen und Verbesserung des Umweltschutzes erzielen.“

→ Die Verbesserung des Umweltschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, TH-WP.FDP.2014-SÖT-10

„Der Bund verfügt jährlich über 300 Milliarden Euro Einnahmen. Davon stammen 53 Milliarden Euro aus dem Straßenverkehr der Mineralölsteuer (incl. Mehrwertsteuer und LKW-Maut). Ein größerer Teil dieser Mittel muss für den Neubau und Erhalt des Straßennetzes verwendet werden!“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, TH-WP.FDP.2014-SÖT-11

„die Beschleunigung des Bewertungsverfahrens beim Bau von Ortsumfahrungen.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-5

„Umweltzonen als Einzelmaßnahme verfehlen allgemein ihren Zweck. Sie grenzen die Mobilität der Menschen ein und verursachen lediglich einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand, zusätzliche Einschränkungen und Kosten für Autofahrer und Unternehmen.“

→ Es wird sich gegen Umweltzonen und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.FDP.2014-SÖT-12

„Die FDP Thüringen lehnt daher diese Maßnahme als ineffizient ab und spricht sich für die Erweiterung von alternativen Maßnahmen zur Einhaltung der Luftreinhaltewerte aus.“

→ Die Stärkung der Maßnahmen zur Luftreinhaltung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-6

„die Abschaffung der Umweltzone in Erfurt und keine weiteren Umweltzonen in anderen Thüringen Städten“

→ Es wird sich gegen Umweltzonen und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.FDP.2014-SÖT-13

„, dass Verkehrslenkungsmaßnahmen, Begrünungen, Nutzung von schadstoffarmen und kraftstoffsparenden Fahrzeugen, Verbesserungen des ÖPNV und Einbau von emissionsreduzierten Heizungsanlagen dem Menschen und dem Umweltschutz dienen“

→ Diese Stärkung des Umweltschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.FDP.2014-SÖT-14

„Durch die Inbetriebnahme des ICE-Knotens Erfurt benötigt Thüringen eine funktionsfähige und belastbare Ost-West-Traverse in Gestalt der Mitte-Deutschland-Verbindung, die dafür schnellstmöglich zweigleisig und elektrifiziert ausgebaut werden muss (auch über Gera hinaus), sowie die Bestellung eines bedarfsgerechten ÖPNV durch das Land Thüringen.“

→ Die Elektrifizierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2014-SÖT-15

„Forderungen nach weiteren regulierenden Eingriffen in den Wohnungsmarkt wie Mietpreisdeckelungen und die Ausweitung des sozialen Wohnungsbau lehnen wir ab, da diese den Wohnungsmarkt noch unflexibler machen, die für Neubau und Sanierungen notwendigen Mittel reduzieren und so zur Wohnungsverknappung beitragen.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2014-SÖT-16

„Außerdem gilt es, das Wohnen in Wohngemeinschaften gezielt zu fördern – durch z. B. Steuererleichterungen beim Um- und Neubau sowie die Halbierung der Abschreibungsdauer auf 25 Jahre für den erwünschten Wohnungsbau.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2014-SÖT-17

„Baulichen Vorschriften zum Klimaschutz müssen finanzierbar und sozialverträglich ausgestaltet sein. Eine weitere Verringerung des Heizenergieverbrauchs ist nur unter enormen technischen Aufwendungen und unwirtschaftlich hohen Bau- und Unterhaltungskosten möglich, würde die Mieten also zusätzlich ansteigen lassen. Vielmehr müssen hier integrierte Konzepte der dezentralen Energieerzeugung und -speicherung verstärkt angewendet und gefördert werden. Vorschriften des Denkmal- und Umweltschutzes sowie der Bürgerbeteiligung sind wichtig, um Kultur- und Naturgüter zu erhalten sowie Akzeptanz für Bauprojekte in der Bevölkerung herzustellen, allerdings dürfen sie nicht missbraucht werden, um ideologisch motivierte Einzelinteressen zu Lasten des Wohnungs- und Immobilienmarktes durchzusetzen.“

→ Diese Umsetzung von Klimaschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 65, TH-WP.FDP.2014-SÖT-18

„Der heutige Landwirtschaftsbetrieb entspricht nicht mehr dem Bild des Bauernhofs im Kinderbuch! Die heutige Landwirtschaft befindet sich durch veränderte Anforderungen und Herausforderungen im Wandel, welchen die FDP Thüringen als politischer Partner durch verlässliche, planbare Rahmenbedingungen begleiten wird. Die Thüringer Liberalen verfolgen langfristig die Ziele der wettbewerbsfähigen Landwirtschaft und des unternehmerisch, vorausschauenden Landwirts, der ein angemessenes Einkommen am Markt erwirtschaften kann. Liberale Agrarpolitik bevormundet nicht, sondern schafft Freiräume für unternehmerisches Handeln. Landwirte müssen marktorientiert, innovativ, multifunktional, umweltschonend und im Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Verantwortung arbeiten können.“

→ Dieser Landwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66, TH-WP.FDP.2014-SÖT-19

„✓ eine moderne Nutztierhaltung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen tiergerecht fortentwickeln.

✓ eine gleichmäßige 1:1- Umsetzung der EU-Standards im Tier- und Verbraucherschutzbereich sowie die Verringerung des Antibiotikaeinsatzes im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung.

✓ bei der Nutzung von Flächen muss Revitalisierung vor Neuausweisung kommen.“

→ Dieser Landwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-7

„Das ‚GreeNing‘ der europäischen Direktzahlungen ist aus unserer Sicht ein Bürokratiemonster und hat lediglich einen Placebo-Effekt für die Ökologie.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 6, TH-WP.FDP.2014-SÖT-20

„✓ die Verbesserung der unternehmerischen Handelsfreiheit für Landwirte, verbunden mit einem globalen Regelwerk und entsprechenden Herkunftsbezeichnungen für Agrarprodukte.

✓ die vollständige Abschaffung von Exportsubventionen für Landwirtschaftsprodukte.

✓ ein stabiles Zwei-Säulen-Modell bei der Ausgestaltung der GAP: Unbürokratische Direktzahlungen der ersten Säule und kofinanzierte Zahlungen für benachteiligte Gebiete (Ausgleichzulage) und besondere Umweltleistungen in der zweiten Säule.“

→ Dieser Landwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, TH-WP.FDP.2014-SÖT-21

„Unter dem Grundsatz, dass für uns Liberale **die Sicherheit für Mensch und Umwelt oberste Priorität** besitzt, befürwortet liberale Politik eine verantwortungsvolle Nutzung und eine weitere Erforschung der modernen Biotechnologie.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Stärkung der Biotechnologie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 67, TH-WP.FDP.2014-SÖT-22

„✓ die Forschungen in den Bereichen der Pharmazeutischen-, der Industriellen- und der Agrar-Biotechnologie intensivieren und die gesellschaftliche Debatte frei von Ideologie und Denkverboten führen.“

✓ einen verbesserten Wissenstransfer zur Abwägung von Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik durch die Schaffung eines Netzwerkes zwischen Agrarforschung und Praxis.

✓ die vollständige und konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter bei deren Produktion an irgendeiner Wertschöpfungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt waren.“

→ Dieser Landwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, TH-WP.FDP.2014-SÖT-23

„Liberale Forstpolitik in Thüringen steht für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und naturnahe Waldwirtschaft verbunden mit ökonomischen Erfordernissen unter Berücksichtigung klimatischer Entwicklungen. Die Umwandlung des Thüringer Gemeinschaftsforstamtes in die Landesanstalt ‚ThüringenForst‘ stellt für die Thüringer Forstwirtschaft eine Zeitenwende dar, deren Umsetzung die Thüringer FDP kritisch begleitet sowie unter Effizienzgesichtspunkten optimieren will.“

→ Dieser Forstwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 68, TH-WP.FDP.2014-SÖT-24

„die Verwirklichung des forstlichen Ziels ‚naturnaher Waldbau‘. Bei der standortangepassten Pflanzung von trocken- und hitzeresistenten Baumarten ist die Verhinderung von Erosion sowie die Verbesserung des Grundwasserschutzes und der -haltung zu berücksichtigen.“

→ Dieser Forstwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-8

„keine Windkraftanlagen in den thüringischen Wäldern.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.FDP.2014-SÖT-25

„die Optimierung der Verwertung der heimischen Ressource Holz unter wirtschaftlichen Faktoren, aber auch unter ökologischen Gesichtspunkten.“

→ Dieser Forstwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.FDP.2014-SÖT-26

„die Finanzauführungen aus dem Landeshaushalt in die Landesanstalt ‚ThüringenForst‘ nach Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen vornehmen, unter Berücksichtigung klimatischer Entwicklungen sowie Standards des Umwelt- und Naturschutzes.“

→ Dieser Forstwirtschaftswandel ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-9

„die Koppelung des Jagdrechts an das Grundeigentum muss unangetastet bleiben.“

→ Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.FDP.2014-SÖT-27

„Liberale Jagdpolitik betrachtet die Landesjägerschaften als wichtige Partner beim Naturschutz und sieht seine Aufgabe in der stetigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Jagdpraxis und in der Verwirklichung des Grundsatzes ‚Wald und Wild‘, verbunden mit der gemeinschaftlichen Anerkennung für die Übernahme wichtiger Gesellschaftsaufgaben.“

→ Diese Anpassungen bzgl. der Jagd sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.FDP.2014-SÖT-28

„✓ die Schaffung angepasster Wildbestände zur Reduzierung neuer Verbiss- und Schälschäden bei sachlicher und wildbiologischer Einschätzung der jeweiligen Situation unter Einbeziehung der Hegegemeinschaften.

✓ die Ausweitung der Jagdzeiten unter Beachtung neuer Erkenntnisse der Jagdpraxis sowie der wildbiologischen und tierschutzrechtlichen Grundsätze.

✓ die Abschaffung der Jagdsteuer sowie der Praxis der ‚Freischüsse‘ für ausgewählte Kunden des Landesforstes und verdiente Landesbeamte.“

→ Diese Anpassungen bzgl. der Jagd sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.FDP.2014-SÖT-29

„Hierbei stellen Klima-, Arten- und Ressourcenschutz maßgebliche umweltpolitische Herausforderungen dar, deren Verwirklichung die FDP Thüringen gemeinsam mit den Menschen in Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gestalten möchte. Aus unserer Sicht ist für einen effizienten und vorausschauend praktizierten Umwelt- und Naturschutz der Mensch durch sein Engagement vor allem Partner sowie Impulsgeber und nicht Adressat staatlicher Verbote und Bevormundung.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 70, TH-WP.FDP.2014-SÖT-30

„Die FDP Thüringen befürwortet eine thüringengerechte Umwelt- und Naturschutzpolitik, welche verantwortungsvoller Bewahrer der Natur ist. Unter dem Maßstab eines wissenschaftlichen und ideologiefreien Natur- und Klimaschutzes setzen wir als Liberale auf die Förderung der Innovationskräfte und Technologiepotenziale.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.FDP.2014-SÖT-31

„Die Einrichtung der Naturparks, der zwei Biosphärenreservate Rhön sowie Vessertal-Thüringer Wald und des Nationalparks Hainich sind in Ergänzung zu dem bereits bestehenden Netz an Thüringer Naturschutzflächen zu pflegen und zu entwickeln. Für die Thüringer Liberalen kann dabei die Verwirklichung des Naturschutzes nur bei Beteiligung der Menschen erfolgreich sein. In diesem Zusammenhang ist für die FDP Thüringen der Vertragsnaturschutz ein Erfolgsmodell, bei dem gemeinsam in Verantwortung und Abstimmung mit den Nutzern der Natur deren Schutz umgesetzt wird.“

→ Die Verwirklichung des Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.FDP.2014-SÖT-32

- „✓ Landesgesetze, bspw. das Naturschutzgesetz, an höheres Recht anpassen und vereinfachen.
  - ✓ bei der Einrichtung von Naturschutzgebieten den Bürgerwillen vor Ort berücksichtigen. Wir lehnen dahingehend die Erweiterung des Naturparks ‚Karstlandschaft Südharz‘ zu einem Biosphärenreservat ab.
  - ✓ den Tierschutz als gesamtgesellschaftliches Anliegen etablieren. Neben den rechtlichen Tierschutznormen setzen wir besonders auf die Selbstverantwortung von Tierhaltern und Nutzern sowie die Anerkennung des freiwilligen Engagements für das Wohl der Tiere.
  - ✓ die Erarbeitung von langfristig finanzierbaren Lösungen für den Umgang mit ökologischen Altlasten im Sinne von Haushaltsklarheit und –wahrheit.
  - ✓ einen nachhaltigen Arten- und Biotopschutz betreiben, insbesondere bei geplanten, notwendigen Eingriffen in die Natur und bei unserer intensiven Landwirtschaft, insbesondere bei Anbau von Energieträgern.
  - ✓ Lebenswerte Bedingungen in Biosphärenreservat Rhön erhalten.“
- Die Verwirklichung des Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.FDP.2014-SÖT-33

- „Die Energiewende und der damit verbundene Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien sind politisch beschlossen und sollen unter anderem einen substanziellen Beitrag für mehr Klimaverträglichkeit leisten. Jedoch darf der Ausbau der Energieinfrastruktur als essentieller und notwendiger Aspekt der Energiewende nicht zu Lasten der Biodiversität und integrierter Ökosysteme erfolgen. Im Sinne einer nachhaltigen und ganzheitlichen Energieerzeugung und -speicherung müssen stets Standortalternativen und technische Alternativen sowie die Ziele der Raumplanung berücksichtigt werden. Für die Energieversorgung der Zukunft muss das Ziel der Umweltverträglichkeit ebenso verfolgt werden wie die Ziele der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit. Grundsätzlich sieht die FDP Thüringen in neuen Technologien zu allererst eine Chance. Hohe Sicherheitsstandards sind für uns jedoch eine Selbstverständlichkeit, um den Menschen- und Umweltschutz zu gewährleisten“
- Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.FDP.2014-SÖT-34

- „energetische Potentiale vorhandener Talsperren und Gewässer zur Gewinnung von Wasserkraftenergie prüfen und ihnen den Vorrang einräumen vor zusätzlichen Eingriffen in Natur und Landschaft.“
- Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-10

- „die Ablehnung des Bauvorhabens ‚Pumpspeicherkraftwerk Schmalwasser‘ zum Schutz des Kulturerbes ‚Rennsteig‘ und des reichhaltigen Naturhaushaltes im Thüringer Wald.“
- Diesbezüglich wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.FDP.2014-SÖT-35

- „Als Liberale setzen wir auf Verbraucherinformation, Innovationen und marktwirtschaftliche Anreize für nachhaltiges, umweltbewusstes Handeln und Wirtschaften, welches wir bei Investitionen in den Klimaschutz in den Mittelpunkt stellen. Ebenso sind bei der Thüringer Stadt- und Landesentwicklung Aspekte des Klimaschutzes zu berücksichtigen.“
- Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71f., TH-WP.FDP.2014-SÖT-36

- „✓ Energieeffizienz als die wichtigste Klimaschutz-Technologie.
  - ✓ Energieeffizienzziele statt staatlicher Energieeinsparungsziele, um wirtschaftliches Wachstum in Thüringen auch in Zukunft zu ermöglichen und zu sichern.
  - ✓ die marktwirtschaftliche Orientierung und Vereinfachung des Emissionszertifikatehandels als Instrument zur globalen Begrenzung von Treibhaus-Emissionen.
  - ✓ den Schutz und die Nutzung von Wäldern als natürliche Kohlendioxidspeicher.
  - ✓ die Umsetzung von verkehrsmindernden Siedlungs- und Erschließungsstrukturen.
  - ✓ die Anpassung an klimabedingt entstehende Naturgefahren, u.a. besonders gefährdete Hochwasserrisikogebiete von der Nutzung und Bebauung freihalten sowie klimarelevante Freiflächen wie Frischluftschneisen in Verdichtungsräumen erhalten.“
- Die Maßnahmen sind zusammengefasst eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 72, TH-WP.FDP.2014-SÖT-37

- „Die FDP Thüringen setzt sich ein für den Schutz unserer natürlichen Trinkwasserreservoirs und die damit verbundene Wasserqualität. Wir befürworten dahingehend die Umsetzung der Wasser-rahmenrichtlinie unter Beachtung der möglichen zeitlichen Übergangsfristen, um eine Überlastung der Kommunen und der Bevölkerung im Ländlichen Raum zu vermeiden.“
- Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.FDP.2014-SÖT-38

- „✓ die Herstellung eines nachhaltig ökologischen Zustandes der Thüringer Gewässer.
- ✓ die Fortschreibung der dritten Prognose der Trinkwasserbilanz und die Erstellung einer Konzeption der Wasserversorgung in Thüringen bis 2030.“
- Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.FDP.2014-SÖT-39

- „Der jetzige Gewässerzustand der Werra ist nicht tragbar. Die Verursacher der Werraversalzung müssen mehr Verantwortung für die ökologischen Folgen der Kaliproduktion übernehmen.“
- Der veränderte Umgang mit der Werra ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.FDP.2014-SÖT-40

- „Die Thüringer Liberalen setzen sich ein für eine nachhaltige Verringerung der Werra-Versalzung und die Entwicklung der Werra zu einem naturnahen Gewässer. Wir bekennen uns jedoch ausdrücklich zu einer umweltverträglichen Kaliproduktion in Thüringen zum Erhalt der Arbeitsplätze. Dabei ist es erforderlich, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Natur- und Umweltschutz sowie den wirtschaftlichen Belangen herzustellen. Für uns Liberale hat in diesem Zusammenhang die Abfall- und Laugenvermeidung oberste Priorität und ist durch einen fortlaufenden Prozess zu gestalten, bei welchem die Erforschung von Innovationen und der aktuell beste Stand der Technik Maßstab sein soll.“
- Der veränderte Umgang mit der Werra ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.FDP.2014-SÖT-41

„Mit Blick auf das Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der Werra-Versalzung werden die Thüringer Liberalen zeitnahe und rechtskonforme Lösungen - mit den Akteuren vor Ort - insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie fordern.“

→ Der veränderte Umgang mit der Werra ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.FDP.2014-SÖT-42

„Die Bilder vom ‚Jahrhunderthochwasser‘ im Frühsommer 2013 verdeutlichen, dass extreme Hochwasserereignisse zunehmend intensiver und in geringeren Zeitabständen auftreten. Thüringen gilt mit seinen Flussläufen als Hochwasserentstehungsgebiet und steht in besonderer Verantwortung einen effektiven und präventiven Hochwasserschutz zu organisieren. Im Ergebnis des Hochwassers ist u.a. festzustellen, dass die ad-Hoc-Hilfe im Rahmen des Fluthilfefonds ohne großen bürokratischen Aufwand bei den Geschädigten angekommen ist; jedoch sollte aus Sicht der FDP Thüringen zukünftig die Einrichtung eines stetigen Katastrophenschutzfonds geprüft werden.“

→ Die Anpassung an Hochwasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.FDP.2014-SÖT-43

„✓ Maßnahmen des technischen und ökologischen Hochwasserschutzes, unter anderem Entseelung, Waldumbau, Deichrückbau oder Renaturierung.

✓ den Ausbau von Hochwasserschutzanlagen nach dem Stand der Technik sowie verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung, Reaktivierung und Neuschaffung von Rückhalteräumen.

✓ die stetige, vorbeugende Pflege der Thüringer Gewässer.“

→ Die Anpassung an Hochwasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.FDP.2014-SÖT-44

„Die FDP Thüringen fordert eine nachhaltige und bezahlbare Wasserversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie klein- und mittelständischen Unternehmen. Nach dem Prinzip ‚Lernen vom Besten‘ soll dahingehend die Effizienz der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Aufgabenwahrnehmung verbessert werden. Dabei ist zukünftig beim Ausbau der Infrastruktur für Wasser und Abwasser die demographische Entwicklung in der Landesentwicklung- und Kommunalplanung zu berücksichtigen und es sind rechtliche Bewertungsfreiräume auszunutzen. Unter diesen Gesichtspunkten befürworten wir die Fortführung der Modernisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft im Ländlichen Raum.“

→ Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 73, TH-WP.FDP.2014-GSÖT-11

„keine Wasserentnahmeabgabe.“

→ Diesbezüglich wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.FDP.2014-SÖT-45

„die Fortführung des Förderprogramms für den Bau von Kleinkläranlagen sowie die Möglichkeit der Erweiterung auf Gruppenkläranlagen.“

→ Die Erweiterung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

## 2.3.3.4 Die Codes aus den Wahlprogrammen zur Wahl 2019

### 2.3.3.4.1 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Linken

S. 13, TH-WP.Linke.2019-SÖT-1

„Wir wollen die **natürlichen Lebensgrundlagen** schützen und zum Klimaschutz beitragen. Die Jugend in vielen Ländern hat verstanden, dass mehr Klimaschutz notwendig ist. Auch in Thüringen wird seit mehreren Wochen unter dem Motto »Fridays for Future« demonstriert.“ (Herv. i. O.)

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Linke.2019-PK-1

„Die Jugend in vielen Ländern hat verstanden, dass mehr Klimaschutz notwendig ist. Auch in Thüringen wird seit mehreren Wochen unter dem Motto »Fridays for Future« demonstriert. DIE LINKE. Thüringen befürwortet und unterstützt diese Aktivitäten.“

→ Der Aktivismus von Fridays for Future, der als Indikator für die Popularisierung definiert wurde, wird benannt.

S. 13, TH-WP.Linke.2019-SÖT-2

„Die Thüringer Wälder sind durch massiven Befall der Bäume durch den Borkenkäfer und Trockenheit stark in ihrem Bestand gefährdet. Wir wollen, dass das Land den Waldbesitzern finanziell beisteht, damit sie befallenes und geschädigtes Holz aus ihrem Wald holen können und zudem der Wertverlust des Holzes aufgefangen werden kann. Massive Wiederaufforstung, der artenreiche Umbau der Wälder und die Unterstützung der Thüringer Forstanstalt sind ebenfalls notwendig. So tragen wir zur Gesundheit des Waldes, des Schutzes von Klima, Artenvielfalt und Erholungsraum bei.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, TH-WP.Linke.2019-SÖT-3

„die Länder bei den Kosten für die Bundesfernstraßen, bei der Schulbauförderung, bei der konsequenten Digitalisierung der Schulen, beim Qualitätsausbau unserer Kindergärten, bei den Energiekosten und bei der Reduzierung umweltpolitischer Altlasten unterstützt werden.“

→ Die Reduzierung der Altlasten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, TH-WP.Linke.2019-SÖT-4

„die Spekulation mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen unterbunden wird“

→ Die Unterbindung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Linke.2019-SÖT-5

„Ohne die Europäische Union wären Umwelt- und Klimaschutz, ein wirksamer Datenschutz und die Sicherung der Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in einer globalisierten Welt nicht mehr möglich.“

→ Genereller Umwelt-/ Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Linke.2019-SÖT-6

„Wir wollen weiter in die Schwerpunkte unserer Politik investieren: Bildung und Wissenschaft, Arbeit und Soziales, Kultur und Kommunen. Dabei werden wir die Landesanteile zur vollständigen Inanspruchnahme von EU-Mitteln und Bundesmitteln sichern. Das ist unsere Alternative zur Politik der »Schwarzen Null«, die die dringend notwendigen Investitionen für eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung blockiert und ökonomisch unsinnig ist.“

→ Die generelle ökologische Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Linke.2019-SÖT-7

„Das betrifft auch Schulen und Rundfunkanstalten, Verbraucher- und Nutzerbeiräte bei (öffentlichen) Unternehmen und Zweckverbänden (zum Beispiel Wasserversorgung) und den Umbau der Kommunen in Beteiligungskommunen (Bürgerhaushalte/ Beteiligungsbeiräte für kommunale Projekte usw.).“

→ Die Veränderungen bzgl. der Wasserversorgung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 43, TH-WP.Linke.2019-SÖT-8

„DIE LINKE. Thüringen will den Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und Suchtgefährdungen eindämmen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich bei dieser Maßnahme um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 43, TH-WP.Linke.2019-SÖT-9

„Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ermöglichen und Menschen in Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten. Damit einher geht für uns die Legalisierung von Cannabis, die kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die Möglichkeit, Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich bei dieser Maßnahme um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.Linke.2019-SÖT-10

„Wir setzen uns sowohl für ein bundesweites Werbeverbot für Alkohol und Tabakprodukte als auch für Glücksspiel ein.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich bei dieser Maßnahme um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.Linke.2019-SÖT-11

„DIE LINKE. Thüringen tritt für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Thüringen ein.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist die Maßnahme eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 44, TH-WP.Linke.2019-SÖT-12

„Wir werden uns weiterhin für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums, die Legalisierung von Cannabis und für die kontrollierte Abgabe »harter« Drogen an Abhängige einsetzen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich bei dieser Maßnahme um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.Linke.2019-SÖT-13

„Wir wollen mit den Thüringer Erwerbstätigen und vielen Bündnispartnerinnen und -partnern einen sozial-ökologischen Aufbruch erreichen. Das heißt für uns: so zu leben, dass kein Raubbau an den natürlichen Grundlagen unseres Lebens und der nachfolgenden Generationen betrieben und gleichzeitig kein Mensch ausgegrenzt wird. Eine nachhaltige Perspektive muss deshalb fernab des Kapitalismus gesucht werden.“

→ Die Umsetzung des Aufbruchs ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 50, TH-WP.Linke.2019-SÖT-14

„»Wie wollen wir in Thüringen leben?« – Wir wollen die Thüringerinnen und Thüringer einladen, diese Frage in Zukunftsforen zu diskutieren. Die Zukunftsforen sollen dazu dienen, auf neue gesellschaftliche Entwicklungen gemeinsam Antworten zu finden. So lässt sich eine nachhaltige soziale und ökologische Veränderung der Gesellschaft aktiv begleiten.“

→ Die ökologische Gesellschaftsveränderung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, TH-WP.Linke.2019-SÖT-15

„Eine funktionierende Grundversorgung ist unerlässlich für attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen und für eine sozial-ökologische, nachhaltige und zunehmend digitale Wirtschaft.“

→ Die sozial-ökologische Ausrichtung der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 51f., TH-WP.Linke.2019-SÖT-16

„Doch dabei können wir nicht stehen bleiben. Denn die Thüringer Wirtschaft steht vor weiteren Aufgaben – Fachkräfte müssen gewonnen werden, gesellschaftliche Umbrüche, zum Beispiel der Klimawandel, die Digitalisierung, die Demografie und neue Formen der Mobilität bewältigt werden. Hier müssen wir uns strukturellen Fragen öffnen und Lösungen entwickeln. Wir sagen nicht, dass wir alle Antworten bereits kennen. Wir sind jedoch überzeugt: Wir können die Aufgaben dann erfolgreich bewältigen, wenn wir soziale und ökologische Perspektiven miteinander verbinden.“

→ Mit der Bewältigung des Klimawandels geht eine gesamte sozial-ökologische Transformation einher.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52, TH-WP.Linke.2019-SÖT-17

„Eine Veränderung unserer Mobilität ist aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich. Immer mehr Menschen wollen diese Veränderung und passen ihr Verhalten an. In den Städten nehmen Carsharing und Elektromobilität zu. Elektroautos werden in wenigen Jahren normal auf unseren Straßen sein. Die deutschen Autokonzerne haben diese Trends bisher weitgehend ignoriert und neigten mehr zu Manipulation als zum Investieren in zukunftsweisende Produkte. Das gefährdet Jobs auch in Thüringen und ist fahrlässig angesichts des Klimawandels.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52, TH-WP.Linke.2019-SÖT-18

„Wir forcieren neue Ideen und umweltfreundliche Mobilität, zum Beispiel mit dem Thüringer Innovationszentrum Mobilität in Ilmenau. Wir entwickeln Konzepte für die Kommunen und das Land. Die Konzepte berücksichtigen die veränderten Bedürfnisse vieler Thüringerinnen und Thüringer – sie stärken daher das Nutzen des Nah- und Schienenverkehrs und des Fahrrads. Wir gestalten Zukunft im Sinne der Beschäftigten, der Menschen vor Ort und der Umwelt.“

→ Die Zukunft im Sinne der Umwelt zu gestalten ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 52f., TH-WP.Linke.2019-SÖT-19

„Das neue Vergabegesetz senkt den bürokratischen Aufwand erheblich und verbessert zugleich Sozial- und Umweltstandards.“

→ Die Verbesserung der Umweltstandards ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53, TH-WP.Linke.2019-SÖT-20

„Wir wollen eine Förderpolitik des Landes, die mit sozialen und ökologischen Kriterien die Verantwortung der Wirtschaft für Nachhaltigkeit und Gute Arbeit betont.“

→ Die Setzung ökologischer Kriterien ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 53, TH-WP.Linke.2019-SÖT-21

„Mit der Ansiedelung des chinesischen Batterieherstellers CATL ist es uns gelungen, eine Milliardeninvestition nach Thüringen zu holen – und damit einen der zentralen Produktionsstandorte für die Zukunftstechnologien im Bereich der Elektromobilität.“

→ Die ökologische Ausrichtung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.Linke.2019-SÖT-22

„Wir werden die Thüringer Innovationsstrategie über das Jahr 2020 hinaus weiterentwickeln. Dabei stellen wir das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt – wichtig ist der dauerhafte Aufbau eigener Forschungskapazitäten bei den Unternehmen. Bedingungen des sozial-ökologischen Umbaus müssen mitgedacht und gesellschaftliche Auswirkungen von Forschung berücksichtigt werden.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 54, TH-WP.Linke.2019-SÖT-23

„Für DIE LINKE. Thüringen ist klar: Wenn es um eine gesicherte Grundversorgung geht, muss die öffentliche Hand verantwortlich sein, damit nicht der Profit für Einzelne im Mittelpunkt steht. Ob Abfallentsorgung, Wohnen, Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung oder Breitbandnetze – durch Privatisierung werden Mitgestaltung und demokratische Kontrolle stark eingeschränkt. Umgesetzt werden müssen eine flächendeckende Versorgungssicherheit, Qualität, angemessene Gebühren, gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Dafür tritt DIE LINKE. Thüringen in den Gemeinden und im Land ein. Wir streiten für soziale, nachhaltige, ökologische und inklusive Angebote für alle Menschen in Thüringen.“

→ Diese generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 56, TH-WP.Linke.2019-SÖT-24

„Die Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen muss intensiviert werden. Eine höhere Aufenthaltsdauer und Wertschöpfung gelingt uns nur, wenn gemeinsam die vielfältigen Kultur- und Naturschätze Thüringens beworben und weitere Freizeitangebote eingebunden werden.“

→ Der veränderte Umgang mit den Naturschätzen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.Linke.2019-SÖT-25

„DIE LINKE steht für eine sozial-ökologische Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft. Dafür braucht es auch entsprechende Forschung und Beratung.“

→ Es wird eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 82, TH-WP.Linke.2019-SÖT-26

„Im nichtorganisierten Sport werden wir – für jede und jeden zugänglich – einfache Bewegungsangebote in der Natur und im öffentlichen Raum fördern.“

→ Der veränderte Umgang mit der Natur im Sportbereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 84, TH-WP.Linke.2019-SÖT-27

„Umweltverschmutzung und Klimawandel bedrohen unseren Lebensraum und sind eine Bürde, die wir unseren Kindern und Enkeln vererben. DIE LINKE. Thüringen sieht sich in Verantwortung, ihren Beitrag dazu zu leisten, diese Entwicklungen so weit wie möglich zu stoppen, um den natürlichen Reichtum und die Vielfalt der Natur unseres Landes zu erhalten.“

→ Der generelle Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 84, TH-WP.Linke.2019-SÖT-28

„Soziale, ökonomische und ökologische Fragen haben wir ganzheitlich betrachtet. Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Deren Lasten werden zum einen nach dem Prinzip »Verursacherinnen und Verursacher zahlen!« verteilt, zum anderen nach den finanziellen Möglichkeiten. Klimaschädliche Industrien und Vermögende müssen daher stärker belastet werden, als es derzeit passiert.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 84, TH-WP.Linke.2019-SÖT-29

„Gleichzeitig bieten sich ökonomische Chancen für unser Land. So ist Thüringen eine Region des Naturtourismus. Ökologisches Bewusstsein und die Erfahrung von Umweltschäden treiben Menschen wieder zur Natur. In Thüringen können sie sie noch finden und erreichen. Das muss so bleiben. Das grüne Herz Deutschlands muss geschützt werden. Gerade hier lohnt sich der sozial-ökologische Umbau.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 84, TH-WP.Linke.2019-SÖT-30

„Wirtschaftliche Potenziale bietet nicht nur der Tourismus. Auch die Abfallwirtschaft oder die Energiewirtschaft leisten in den Kommunen ihren Beitrag zum Klimaschutz über öffentliche Versorger. Hinzu kommt: Thüringen ist ein Land mit einer breit aufgestellten Forschungslandschaft. Speziell erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Energieeffizienz sind an Hochschulen, Instituten und privaten Einrichtungen Forschungsthemen.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 84, TH-WP.Linke.2019-SÖT-31

„Thüringen hat in der Energiewirtschaft und im Klimaschutz große Potenziale und ist bereits spitze.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-32

„Der Klimawandel ist keine Fiktion, sondern in seinen Folgen heute spürbar. Er zeigt sich – etwa in Extremwittersituationen – immer offener. So hat zum Beispiel die Dürre im Sommer 2018 den Thüringer Wäldern und unseren landwirtschaftlichen Betrieben schwer geschadet. Dadurch rücken Fragen der Nachhaltigkeit auch in Deutschland ganz anders ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese Sensibilisierung merken wir im Gespräch mit Thüringerinnen und Thüringern. Wir gehen bestärkt in unser Projekt des sozial-ökologischen Umbaus. Kernelement sind Strategien für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.“

→ Der sozial-ökologische Umbau ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-33

„Seit 2014 haben wir in der rot-rot-grünen Koalition den Umwelt- und Klimaschutz konsequent vorangetrieben.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-34

„Die Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie wurde als Bestandteil des Thüringer Klimagesetzes auf den Weg gebracht. Mit der Strategie werden Wege beschrieben, wie in Thüringen Klimaschutzmaßnahmen und die Klimafolgenanpassung bewältigt werden können.“

→ Generelle Klimapolitik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-35

„Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrages wird durch den parlamentarischen Nachhaltigkeitsbeirat begleitet.“

→ Die Umsetzung der Strategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-36

„Mit dem Landesprogramm Hochwasserschutz 2016–2021 werden bestehende Defizite überwunden.“

→ Die Umsetzung des Programms ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-37

„Klimaschutz ist uns wichtig und muss in der nächsten Regierungszeit weiterentwickelt werden.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-38

„Rot-Rot-Grün hat das erste Klimagesetz des Freistaates beschlossen, in dem Ziele und Maßnahmen für die nächsten Jahre festgelegt werden – beispielsweise die Verpflichtung, die Landesliegenschaften bis 2030 klimaneutral zu entwickeln, den Kommunen bei der klimaneutralen Entwicklung zu helfen und die Klimafolgenanpassung zu bewältigen. Weitere Schwerpunkte: den Schienenverkehr, den ÖPNV und den mobilen Verkehr technologieoffen und klimaneutral neu gestalten, bestehende Fernwärmesysteme klimaneutral ausrichten und neue Fern- und Nahwärmesysteme entwickeln.“

→ Generelle Klimapolitik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-39

„Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer wollen wir unterstützen und dies mit einer sozialen Komponente verknüpfen, damit Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz nicht am Geldbeutel scheitern.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-40

„Wir werden die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie fortführen und weiterentwickeln, um unserer Verantwortung für eine gesunde Umwelt und eine nachhaltige Politik gerecht zu werden. Den Nachhaltigkeitsgrundsatz wollen wir in der Verfassung verankern.“

→ Die Umsetzung der Strategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Linke.2019-SÖT-41

„Der Naturschutz soll künftig weiter gestärkt werden, indem zum Beispiel die Biodiversitätsstrategie fortgeführt und das Netz der Natura 2000-Stationen weiter gefördert wird. Außerdem sollen Thüringens geschützte Landschaften internationale Kriterien erfüllen.“

→ Die Stärkung des Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 85f., TH-WP.Linke.2019-SÖT-42

„Zum Schutz der Böden wollen wir den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu sollen bei notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichmaßnahmen, wie die Entsiegelung von Flächen, vor Ausgleichszahlungen gehen.“

→ Die Reduktion ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, TH-WP.Linke.2019-SÖT-43

„Wir wissen: Viele Thüringerinnen und Thüringer sorgen sich um grundlegende Versorgungsstrukturen aufgrund des Klimawandels. Die Wasserversorgung zu sichern, hat also höchste Priorität.“

→ Die Anpassung der Wasserversorgung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, TH-WP.Linke.2019-SÖT-44

„Mit dem Thüringer Landesprogramm Gewässerschutz 2016–2021 konnte die Grundlage für saubere Gewässer und die Versorgung der Menschen mit ausreichend hochwertigem Trinkwasser geschaffen werden.“

→ Die Umsetzung des Programms ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, TH-WP.Linke.2019-SÖT-45

„Für die Thüringer Fernwasserversorgung ist es erforderlich, dass ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch künftig gegeben ist. Sie beabsichtigt deshalb, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Beispielsweise sind für die kommenden Jahre zusätzliche Erlöse aus der Energieerzeugung mit Wasserkraft, Windenergie und Photovoltaik geplant. Dabei unterstützen wir sie und haben die notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen.“

→ Die Umsetzung der Maßnahmen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 86, TH-WP.Linke.2019-SÖT-46

„Das Thema Abwasser ist ein wichtiger Schwerpunkt im Thüringer Wassergesetz. Deshalb haben wir auch den Passus zum Abwasser im Thüringer Wassergesetz nach einem umfangreichen Diskussionsprozess überarbeitet. Mit etwa 80 Prozent Anschlussgrad von Haushalten an zentrale Kläranlagen liegt Thüringen noch auf dem letzten Platz innerhalb der Bundesrepublik. Das werden wir ändern und damit die Benachteiligung ländlicher Räume gegenüber städtischen Räumen endlich überwinden helfen. Für nicht mehr benötigte Trinkwassertalsperren werden wir Nachnutzungskonzepte erarbeiten.“

→ Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, TH-WP.Linke.2019-SÖT-47

„Der Trend des Fördermittelrückgangs bei der Abwasserentsorgung der vergangenen Jahre soll gestoppt und in den Folgejahren bedeutend aufgestockt werden. Notwendige Investitionen werden so gerecht finanziert.“

→ Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86, TH-WP.Linke.2019-SÖT-48

„Künftig sollen die Aufgaben der Abwasserentsorgung in Gemeinden mit mehr als 200 Einwohnerinnen und Einwohnern grundsätzlich durch gemeindeeigene Anlagen erfüllt werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 86f., TH-WP.Linke.2019-SÖT-49

„Der ökologische Fußabdruck des Menschen hat mit der Plastikinsel im Pazifik ein neues Gesicht bekommen. Abfallentsorgung und -vermeidung ist in der Öffentlichkeit wieder ein Thema. DIE LINKE. Thüringen hat sich schon lange mit diesem Thema beschäftigt. Dabei steht für uns der Ressourcenschutz im Vordergrund.“

→ Der generelle Ressourcenschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 87, TH-WP.Linke.2019-SÖT-50

„Mit dem neuen Thüringer Abfallgesetz wurde die rechtliche Grundlage für eine ökologischere Abfallwirtschaft und einen besseren Ressourcenschutz gelegt. Das Gesetz zielt auf die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand in Bezug auf die Förderung der Kreislaufwirtschaft.“

→ Der generelle Ressourcenschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87, TH-WP.Linke.2019-SÖT-51

„In der Thüringer Abfallwirtschaft werden wir der Vermeidung höchste Priorität einräumen und Maßnahmen fördern, die dafür sorgen, dass Wertstoffe so weit wie möglich wieder in den Wertstoffkreislauf eingeführt werden. So wollen wir Ressourcen effizienter nutzen.“

→ Der generelle Ressourcenschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 87, TH-WP.Linke.2019-SÖT-52

„Ein großes ökologisches Problem der Kaliindustrie in Thüringen und Hessen stellt der immer noch massive Anfall salzhaltiger Abfälle dar. Sie belasten die Werra und das Grundwasser der Region in großem Umfang. Wir wollen die weitestgehende stoffliche Nutzung der Salzabfälle. Die Verpressung des Kaliabwassers in den Untergrund ist zu beenden.“

→ Die veränderte Nutzung der Abfälle ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87, TH-WP.Linke.2019-SÖT-53

„DIE LINKE. Thüringen begleitet seit vielen Jahren die Altlastensanierung der Großprojekte Kali-bergbau der K + S Kali GmbH sowie des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes Rositz. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund sich endlich an der Finanzierung dieser kostenintensiven Maßnahmen beteiligt. Darüber hinaus muss eine verpflichtende Rücklagenbildung zur Nachsorge von Unternehmen in der Industrie und im Bergbau eingeführt werden, um zu verhindern, dass neue Altlasten entstehen.“

→ Die veränderte Nutzung der Abfälle ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 87, TH-WP.Linke.2019-SÖT-54

„Im Südharz setzen wir uns für ein Biosphärenreservat ein, das als eine Art Sonderwirtschaftszone Instrumente zum verstärkten Einsatz von Recyclinggips in der dortigen Gipsindustrie bereitstellt. Damit soll die Nutzungsdauer der Gipslagerstätten verlängert und die Erschließung neuer Abbaugebiete vermieden werden.“

→ Diese Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 88, TH-WP.Linke.2019-SÖT-55

„Wir sagen: Die Zukunft gehört ausschließlich den regenerativen Quellen – etwa Biomasse, Sonne, Wind und Wasser. Sie stehen unbegrenzt zur Verfügung und müssen nur klug in Elektro- oder Wärmeenergie umgewandelt werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 88, TH-WP.Linke.2019-SÖT-56

„Gleichzeitig müssen das Sparen von Strom belohnt und energieintensive Branchen stärker zur Kasse gebeten werden.“

→ Diese Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 88, TH-WP.Linke.2019-SÖT-57

„Eine Chance regenerativer Energieformen ist ihr dezentrales Potenzial. Das heißt: Es gibt noch viele ungenutzte »Kraftwerke«, zum Beispiel große Dächer, Bahndämme und Autobahnrandstreifen, die nur darauf warten, mit einer Solaranlage bestückt zu werden. Die Anlagen funktionieren auch, wenn es bewölkt oder neblig ist.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 88, TH-WP.Linke.2019-SÖT-58

„Landeseigene Gebäude und Liegenschaften werden klimaneutral entwickelt. Absehbar sollen alle geeigneten Dächer landeseigener Gebäude mit Photovoltaik-Systemen nachgerüstet werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 88, TH-WP.Linke.2019-SÖT-59

„2016 wurde in Thüringen das Förderprogramm »SolarInvest« etabliert. Damit soll die Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausgebaut werden.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, TH-WP.Linke.2019-SÖT-60

„Die Förderung demokratischer, dezentraler Strukturen und regenerativer Energien ist auf einem guten Weg in Thüringen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, TH-WP.Linke.2019-SÖT-61

„Wir möchten, dass Thüringen sich in absehbarer Zeit zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen versorgt.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, TH-WP.Linke.2019-GSÖT-1

„Süd- und Südostlink, die Thüringen als Energie-Transferland festschreiben, lehnen wir ab. Wir stehen damit Seite an Seite mit Initiativen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Landesregierung. Es ist unsozial, dass Thüringerinnen und Thüringer über die Entgelte zur Netzdurchleitung die niedrigeren Strompreise in Bayern subventionieren müssen. Die geplanten überdimensionierten Trassen stellen einen immensen Eingriff in die Natur dar.“

→ Da der Bau ein Eingriff in die Natur wäre, wird sich gegen eine einzelne sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, TH-WP.Linke.2019-SÖT-62

„Speicher sind für eine funktionierende dezentrale Energiewirtschaft unabhkömmlich, zum Beispiel können Pumpspeicher Netze stabilisieren und einen Leitungsumbau vermeiden. Deshalb sollten die Thüringer Potenziale der Pumpspeicherkraftwerke umfassend genutzt werden. Darüber hinaus werden wir uns für technologieoffene Speichersysteme einsetzen, um tatsächlich eine Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien abzusichern.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 89, TH-WP.Linke.2019-SÖT-63

„Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die Versorgung mit Energie keine Frage des Geldbeutels sein darf. Strom- und Heizungsabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören.“

→ Der veränderte Umgang mit Energie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 90, TH-WP.Linke.2019-SÖT-64

„Die Landwirtschaft steht als Nutzerin der Natur immer auch in Verantwortung für deren Erhalt. Und sie ist von den globalen klimatischen Veränderungen, wie der Hitze-Sommer 2018 gezeigt hat, bereits jetzt unmittelbar betroffen. Will die Landwirtschaft in Thüringen diesen Herausforderungen im Interesse unserer aller Zukunft gerecht werden, muss sie sich verändern. Sie braucht dabei politische und gesellschaftliche Unterstützung.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 90, TH-WP.Linke.2019-SÖT-65

„DIE LINKE. Thüringen will eine am Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 90, TH-WP.Linke.2019-SÖT-66

„Nach unserer Auffassung ist die Art und Weise der Bewirtschaftung entscheidend, und nicht die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes. Deshalb setzen wir auf eine ökologische und klimaschonende Bewirtschaftung, auf eine regionale Wertschöpfung durch die Kooperation aller Anbieterinnen und Anbieter in möglichst kurzen Versorgungsketten. Statt Nahrung, die lange Lieferwege durchlaufen hat, soll frisches und regionales Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch auf den Tisch unserer Schulkinder, auf unseren eigenen Herd, in Kantinen, Mensen und Cafeterien gelangen.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 90, TH-WP.Linke.2019-SÖT-67

„Wir wollen, dass die Förderung der Landwirtschaft durch die Europäische Union an neue Kriterien geknüpft wird. Wir wollen eine Gemeinwohlprämie, um die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 90f., TH-WP.Linke.2019-SÖT-68

„Wir wollen die Direktvermarktung unterstützen, um die Landwirtinnen und Landwirte besser vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Damit erhalten Thüringerinnen und Thüringer einen leichteren Zugang zu gesunden, regional und ökologisch produzierten Lebensmitteln.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.Linke.2019-SÖT-69

„Wir unterstützen eine anwendungsorientierte Agrar- und Gartenbauforschung und Beratung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht es uns um ein Dünge- und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht wird. DIE LINKE. Thüringen will den Einsatz von Pestiziden und anderen schädlichen Düngeverfahren zurückdrängen. Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Totalherbiziden wie Glyphosat ein.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.Linke.2019-SÖT-70

„Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht auf Monokulturen setzen, um Marktschwankungen und Auswirkungen des Klimawandels besser abfangen zu können. Wir begleiten die Betriebe bei den notwendigen Umstellungen und Investitionen.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.Linke.2019-SÖT-71

„Wir stehen gegen Bodenspekulation, die zunehmend auch in Thüringen auftritt. Landwirtschaftliche Nutzflächen müssen als solche erhalten werden. Wir wollen deshalb das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken und gesetzliche Hürden überwinden. Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden den ermöglichen, die ihn auch bearbeiten.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.Linke.2019-SÖT-72

„DIE LINKE. Thüringen will die Tierhaltung stärken und einen sozial verträglichen Umbau zu mehr Tierwohl und Umweltschutz fördern. Wir unterstützen die flächengebundene Tierhaltung, die die Zahl der Tiere an der Naturverträglichkeit bemisst. Damit stärken wir betriebliche Kreisläufe. Die Teichwirtschaft ist eine Voraussetzung für unsere Fischereibetriebe und stützt den Wasserhaushalt und Naturschutz.“

→ Diese Stärkung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.Linke.2019-SÖT-73

„Wir haben eine Thüringer Tierwohlstrategie erlassen. Damit soll das Kürzen von Ringelschwänzen bei Ferkeln, das Schnabelkürzen bei Geflügel und die Enthornung bei Kälbchen bald der Vergangenheit angehören. Die Haltung in Kastenständen und die Tierhaltung auf Vollspaltenböden soll nach und nach durch tiergerechte Anlagen ersetzt werden. Um Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen, werden Stallbaumaßnahmen besonders gefördert, die erhöhten Anforderungen an eine tiergerechte Haltung entsprechen.“

→ Diese Stärkung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.Linke.2019-SÖT-74

„Wir wollen die Massentierhaltung einschränken und die Verarbeitung und den Verkauf von Tieren aus der Massentierhaltung reduzieren.“

→ Diese Stärkung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 92, TH-WP.Linke.2019-SÖT-75

„Nach Milchkrise und Dürre fehlen vielen Betrieben die Mittel, um weitere Schritte für tiergerechte Haltung und weitere Maßnahmen anzugehen. Hierzu müssen die Förderhöchstsätze angepasst werden. Darauf wollen wir in der bundespolitischen Debatte Einfluss nehmen.“

→ Diese Stärkung des Tierwohls ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 92, TH-WP.Linke.2019-SÖT-76

„Wir wollen die Grünlandnutzung durch Weidetiere als eine besonders ressourcen- und klimaschonende tiergerechte Nutzung stützen – mittels einer Weidetierprämie.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 92, TH-WP.Linke.2019-SÖT-77

„Wir begrüßen, dass bedrohte Tierarten wie Biber, Fischotter und Reiher wieder zunehmend in Thüringen zu Hause sind. Daraus resultierende Schäden wollen wir ausgleichen und die Betriebe mit vorbeugenden Maßnahmen unterstützen.“

→ Dieser veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 92, TH-WP.Linke.2019-SÖT-78

„DIE LINKE. Thüringen sieht die Jagd als Teil eines naturnahen, verantwortungsvollen Wildtiermanagements und als Voraussetzung für einen erfolgreichen Waldumbau. Sie muss das Ziel haben, dem Naturraum angepasste und gesunde Wildbestände in einer stark genutzten Kulturlandschaft zu sichern. Wichtig dabei ist es, Konflikte der verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer zu reduzieren.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-79

„Auch in Zukunft muss die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine gesichert werden. Die Fundtierunterbringung in den Tierheimen ist eine kommunale Pflichtaufgabe und darf nicht länger zulasten des ehrenamtlichen Tierschutzes gehen.“

→ Dieser veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-80

„Wir unterstützen eine konsequente Umsetzung der Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht, wie sie in Thüringen für Hunde vorgeschrieben ist, um die Arbeit der Tierheime zu erleichtern.“

→ Dieser veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-81

„Die Katzenschutzverordnung muss konsequent für private Freigängerkatzen umgesetzt werden. Nur so kann das Leid von herrenlosen Straßenkatzen verhindert werden. Wir treten für die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bei Katzen ein, um aufgefundene Katzen ihren Halterinnen und Haltern unverzüglich zurückgeben zu können.“

→ Dieser veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-82

„Eine artgerechte Unterbringung von Wildtieren ist in Zirkussen nicht möglich. Wir fordern ein Verbot von bestimmten Wildtierarten im Zirkus.“

→ Dieser veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-83

„DIE LINKE. Thüringen setzt sich für einen Paradigmenwechsel bei Tierversuchen ein. Wir möchten tierversuchsfreie Verfahren verstärkt entwickeln und umsetzen.“

→ Dieser veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-84

„Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Ende von Qualzuchten bei Hundezüchtungen ein. Der illegale Welpenhandel muss entschieden bekämpft werden.“

→ Dieser veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-85

„Die Wälder in Thüringen sind wunderschöne Naturlandschaften und spielen eine wichtige Rolle für Naherholung und Tourismus, im Kampf gegen den Klimawandel und als Quelle von nachwachsenden Rohstoffen. Zugleich leidet der Wald unter zunehmenden Wetterextremen und Schädlingsbefall. DIE LINKE. Thüringen will deshalb unsere Wälder an die neuen Herausforderungen anpassen.“

→ Der generelle Kampf gegen den Klimawandel ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Öandesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-86

„Rot-Rot-Grün hat mehr als 26 000 Hektar Wald in Thüringen der forstlichen Nutzung entzogen. Mit dieser stillgelegten Waldfläche (mehr als 5 Prozent) leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Naturschutz sowie zur Artenvielfalt.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-87

„Um künftig die Widerstandskraft unserer Wälder zu erhöhen, braucht es einen naturnahen Waldumbau. Wir müssen dafür gezielt Baumarten anpflanzen, die gut gegen Stürme und lange Zeiten der Trockenheit gewappnet sind.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 93, TH-WP.Linke.2019-SÖT-88

„Für einen zügigen Waldumbau und eine bessere regionale Wertschöpfung wollen wir die Landesforstanstalt personell und finanziell stärken.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 94, TH-WP.Linke.2019-SÖT-89

„Waldbesitzerinnen und -besitzer und Forstbetriebe sollen dabei unterstützt werden, die großen Mengen an Schadholz nach dem Dürresommer 2018 und dem Befall mit Borkenkäfern abzutragen. Dazu sind viele Unternehmen wegen der niedrigen Holzpreise derzeit nicht in der Lage. Wir wollen die nachfolgende Wiederaufforstung fördern.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 94, TH-WP.Linke.2019-SÖT-90

„Besitzerinnen und Besitzer von kleinen Privatwäldern und forstliche Zusammenschlüsse müssen künftig besser unterstützt werden. Ab 100 Hektar Waldeigentum soll künftig kostendeckend befördert werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 94, TH-WP.Linke.2019-SÖT-91

„Die Veräußerung von Kommunalwald als Form des öffentlichen Eigentums zur Haushaltskonsolidierung muss unterbunden werden.“

→ Das Ende der Veräußerungen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 94, TH-WP.Linke.2019-SÖT-92

„Wir plädieren für ein Vorkaufsrecht für regional ansässige Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Wald darf nicht als reine Kapitalanlage missbraucht werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 94, TH-WP.Linke.2019-SÖT-93

„Die Nutzung der Waldwege muss neu geregelt werden. Die Interessen der Waldbesitzerinnen und -besitzer sind ebenso zu berücksichtigen wie unvermeidbare Nutzungen mit Kraftfahrzeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Auch touristische Ansprüche und die Bedürfnisse von Anliegerinnen und Anliegern müssen einbezogen werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 95, TH-WP.Linke.2019-SÖT-94

„Wir stehen vor großen Herausforderungen: die demografische Entwicklung und die Energiewende, die Digitalisierung und die Globalisierung. All das beeinflusst maßgeblich auch die Entwicklung unseres Landes.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 95, TH-WP.Linke.2019-SÖT-95

„Schwerpunkte in der Landesplanung sind eine nachhaltige, umweltbewusste und soziale Wirtschaftspolitik, die Förderung von erneuerbaren Energien und der Einklang von Natur und Wirtschaft. Entscheidende Elemente für eine zukunftsweisende Landesentwicklungsplanung sind ein gesetzlich verankerter Stopp des Flächenverbrauchs, die Belebung der Ortskerne sowie die Weiterentwicklung einer umweltschonenden, energie- und kosteneffizienten Infrastruktur.“

→ Die generelle Umweltorientierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 96, TH-WP.Linke.2019-SÖT-96

„Ziel unserer Landesentwicklungspolitik ist, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu gewährleisten. Das betrifft die Versorgung mit Wasser, Energie, Telekommunikation, die Rettungsdienste, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ebenso wie die Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen (etwa Kindergärten), den Zugang zu Sport, Kultur, Bildung oder der ärztlichen Versorgung. Dazu sind gemeinsame Anstrengungen vieler Akteurinnen und Akteure in Kommunen, im Land und Bund notwendig.“

→ Der veränderte Umgang mit Wasser und Energie ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 99, TH-WP.Linke.2019-SÖT-97

„Die Förderung von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch beim Umbau, werden wir fortsetzen.“

→ Der Neubau ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 99, TH-WP.Linke.2019-SÖT-98

„Mobilität neu zu denken heißt, die Tatsache anzuerkennen, dass neben der Industrie der Verkehr zu den größten Verursachern klimaschädlicher Gase gehört. Über die Hälfte aller Menschen in Deutschland sind von Verkehrslärm beeinträchtigt, die Gesundheitsbelastung durch CO<sub>2</sub>, Schwefeldioxid und Feinstaub wird zunehmend zu einem ernstem Problem. Hinzu kommt: Der Güterverkehr wird sich in den nächsten Jahren vervielfachen, Staus werden zu einer wachsenden volkswirtschaftlichen Belastung und die Versiegelung in den Städten nimmt für den Autoverkehr zu.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 99, TH-WP.Linke.2019-SÖT-99

„Deshalb wollen wir die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs erhöhen und mehr Menschen zum Umstieg in die umweltfreundliche Bahn, den Bus, die Straßenbahn oder auf das Fahrrad bewegen.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 99, TH-WP.Linke.2019-SÖT-100

„Mobilität neu denken heißt für DIE LINKE. Thüringen, ökologische Vernunft und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen zu berücksichtigen. Erhalt geht für uns vor Neubau.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 102, TH-WP.Linke.2019-SÖT-101

„Bei Investitionen in den Fahrzeugpark ist bei der Vergabe von Fördermitteln darauf zu achten, dass für den Antrieb erneuerbare Energien benutzt werden und diese bevorzugt zu fördern sind. Dabei entlassen wir den Bund nicht aus seiner Verantwortung, die Straßenbahnverkehre auszubauen und zu finanzieren.“

→ Diese Umorientierung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 102, TH-WP.Linke.2019-SÖT-102

„Wichtige Schritte beim Ausbau der Schieneninfrastruktur in Thüringen sind die Aufnahme der vollständigen Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung und der Strecke Gotha-Leinefelde in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes sowie die Vorbereitung des IC-Knotens Jena.“

→ Die Elektrifizierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 103f., TH-WP.Linke.2019-SÖT-103

„In Eisenach und Jena wurden Modellprojekte zur Entwicklung und Stärkung des Fußverkehrs verwirklicht. Damit werden wichtige Impulse für eine umweltfreundliche Innenstadtgestaltung gesetzt.“

→ Eine generell umweltfreundliche Innenstadtgestaltung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 104, TH-WP.Linke.2019-SÖT-104

„Mit dem Landesstraßenbedarfsplan 2030 des Infrastrukturministeriums können künftig Sanierung, Um- und Neubau von Ortsumgehungen und Landesstraßen besser geplant werden.“

→ Der Neubau ist aufgrund des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 104, TH-WP.Linke.2019-SÖT-105

„Um Elektromobilität voranzubringen, fasste der Landtag einen Beschluss über eine Reihe von Einzelvorhaben, zum Beispiel Forschungsprojekte, die Evaluierung von Förderprogrammen, den Ausbau des ÖPNV und die Lade-Infrastruktur. Die Vorbildrolle der öffentlichen Hand wollen wir in diesem Bereich weiter stärken.“

→ Der Ausbau der Elektromobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### **2.3.3.4.2 Die Codes aus dem Wahlprogramm der AfD**

S. 15, TH-WP.AfD.2019-SÖT-1

„Der grassierende Drogenhandel in Thüringer Haftanstalten muss entschieden bekämpft werden, auch um Resozialisierungschancen zu erhöhen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.AfD.2019-SÖT-2

„Situation der Justizvollzugskräfte verbessern, Drogenhandel in den Haftanstalten bekämpfen.“  
Einzel

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.AfD.2019-SÖT-3

„Eine ausgewogene Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit und damit auch für den schulischen Erfolg der Heranwachsenden. Die AfD Thüringen will daher verbindliche Qualitätsstandards für die Thüringer Schulen erarbeiten, um allen Schülern ein reichhaltiges und gesundes Mittagessen garantieren zu können, das nach den Prinzipien der Saisonalität und Regionalität zubereitet ist.“

→ Bzgl. der Lebensmittel wird also eine einzelne sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-1

„Zur Verbesserung der Marktchancen von Thüringer Unternehmen will die AfD ideologisch motivierte Kostenbelastungen beenden. Dazu gehören gesetzliche und behördliche Zwänge, die mit völlig wirkungslosen ‚Klimaschutzmaßnahmen‘ begründet werden. Wirtschaftliche Belastungen der Thüringer Unternehmen auf der Basis eines Thüringer Klimaschutzgesetzes wird es mit uns nicht geben. Außerdem müssen Unternehmer und Verbraucher von den Kosten der fehlgeschlagenen Energiewende entlastet werden.“

→ Es wird sich also gegen Klimaschutzmaßnahmen und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-2

„Wir lehnen den Kampf gegen den Verbrennungsmotor und die Durchsetzung der Elektromobilität durch planwirtschaftliche Maßnahmen ab.“

→ Es wird sich also gegen den Umstieg auf Elektromobilität und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39f., TH-WP.AfD.2019-GSÖT-3

„Verbrennungsmotorfeindliche Dieselfahrverbote, Umweltzonen ohne Mehrwert für den Bürger und klimapolitische Panikmache lehnen wir vor diesem Hintergrund ab!“

→ Bzgl. dieser Aspekte wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-4

„Unter anderem wird die Beendigung der ‚Energiewende‘ die Kosten von Betriebsstoffen wie Strom, Erdgas, Benzin und Dieselmotorkraftstoff absenken, sodass Unternehmen mehr Spielraum für die Zahlung angemessener Löhne und Gehälter erhalten.“

→ Es wird sich gegen die Energiewende und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 47, TH-WP.AfD.2019-SÖT-4

„Die AfD fordert für das Gesundheitswesen die Übernahme eines Hygieneregimes nach niederländischem Vorbild, um Todesfälle, Amputationen und Dauerschäden durch multiresistente Keime (wie z. B. MRSA) auf das geringstmögliche Maß abzusenken.“

→ Die Umsetzung des Regimes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, TH-WP.AfD.2019-SÖT-5

„Wir werden uns dabei nicht nur für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Instandhaltung von Straßen und Brücken, die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses einsetzen, sondern im Rahmen des planmäßigen weiteren Ausbaus auch für eine angemessene Berücksichtigung ökologischer Standards, beispielsweise durch den Bau von Grünbrücken für Wildtiere.“

→ Der Ausbau und die Umsetzung ökologischer Standards sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 56, TH-WP.AfD.2019-SÖT-6

„Überbordende Bürokratie sowie unsinnig kostenintensive, umwelt- und gesundheitsschädliche Dämmvorschriften verteuern den Wohnungsbau. Diese gilt es daher, auf das richtige Maß zu reduzieren. Den Zwang zum Einsatz teurer Technologien, insbesondere aus dem Bereich der ‚erneuerbaren‘ Energien, werden wir so weit wie möglich beenden.“

→ Der Ausbau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 56, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-5

„Überbordende Bürokratie sowie unsinnig kostenintensive, umwelt- und gesundheitsschädliche Dämmvorschriften verteuern den Wohnungsbau. Diese gilt es daher, auf das richtige Maß zu reduzieren. Den Zwang zum Einsatz teurer Technologien, insbesondere aus dem Bereich der ‚erneuerbaren‘ Energien, werden wir so weit wie möglich beenden.“

→ Es wird sich gegen die Veränderungen und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 58, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-6

„Fahrverbote, die Bekämpfung des Dieselantriebs und die Erzwingung von Elektromobilität sind einige der Stichworte, die für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Altparteien stehen. Dabei geht es nicht um eine nüchterne Herangehensweise an die Herausforderungen, sondern um die Durchsetzung utopischer Visionen.“

→ Es wird sich also gegen den Umstieg auf Elektromobilität und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.AfD.2019-SÖT-7

„Gegen den ideologischen und utopischen Ansatz der Altparteien gilt es, eine Verkehrs- und Mobilitätspolitik mit Augenmaß voranzutreiben, welche die selbstbestimmte Mobilität der Bürger fördert, wirtschaftlich sinnvoll und technisch machbar ist sowie im Einklang mit dem Schutz der Natur steht.“

→ Die Umsetzung einer Verkehrs- bzw. Mobilitätspolitik im Einklang mit dem Naturschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-7

„Für uns steht im Vordergrund, dass kein Antriebskonzept diskriminiert wird. Eine planwirtschaftliche Verkehrspolitik lehnen wir ab. Daher werden wir es nicht zulassen, dass politische Panikmacher eine Hysterie gegen Verbrennungsmotoren entfachen, die am Ende zulasten der Freiheit unserer Bürger geht und außer einigen Profiteuren und Lobbyisten in der Ökobranche niemandem nutzt.“

→ Es wird sich also gegen Veränderungen im Verkehrssektor und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-8

„Wir lehnen Fahrverbote und Umweltzonen ab.“

→ Es wird sich also gegen Veränderungen im Verkehrssektor und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-9

„Die Bemühungen der meisten anderen Parteien, in den nächsten Jahren Fahrverbote für Verbrennungsmotoren einzuführen, sehen wir mit Sorge. Sind momentan nur Dieselfahrzeuge betroffen, so ist eine Ausweitung auf alle Verbrennungsmotoren doch zu befürchten.“

→ Es wird sich also gegen Veränderungen im Verkehrssektor und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-10

„Ideologisch motivierte Einschränkungen des Pkw-Individualverkehrs in Städten, z. B. durch die Einrichtung von Fahrverboten oder Umweltzonen, aus Gründen eines angeblichen Klimaschutzes lehnen wir ab. Der Einrichtung weiterer Umweltzonen stehen wir sehr kritisch gegenüber.“

→ Es wird sich also gegen Veränderungen im Verkehrssektor und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 58, TH-WP.AfD.2019-SÖT-8

„Der Einrichtung weiterer Umweltzonen stehen wir sehr kritisch gegenüber. Wir bevorzugen alternative Konzepte wie eine intelligente umweltsensible Verkehrssteuerung.“

→ Die Umsetzung einer umweltsensiblen Verkehrssteuerung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-11

„Die Landesregierung betreibt im Rahmen der Verkehrs- und Energiewende eine ideologisch motivierte Förderung von Elektromobilität, Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Diese Nischentechnologien werden mit Thüringer Steuergeldern subventioniert. Dabei ist die Problematik der stark eingeschränkten Reichweite von Elektrofahrzeugen keineswegs gelöst. Außerdem würde die flächendeckende Einführung der Elektromobilität und von Fahrverbotszonen für Verbrennungsmotoren in Thüringen dafür sorgen, dass nicht nur viele Arbeitsplätze in der hiesigen Automobilzuliefererindustrie wegfallen würden, sondern dass viele kleine und mittelständische Betriebe wirtschaftlich bedroht wären, da sie ihre meist mit Dieselmotoren ausgestatteten Fahrzeuge nicht mehr betreiben könnten. Ferner wären viele Bürger gezwungen, sich neue Elektroautos zu kaufen – Fahrzeuge, die für viele Menschen viel zu teuer sind. Die Thüringer AfD steht vor diesem Hintergrund voll und ganz zum Diesel- und zum Ottomotor.“

→ Es wird sich also gegen den Umstieg auf Elektromobilität und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 59, TH-WP.AfD.2019-SÖT-9

„Neben dem mit zahlreichen Nachteilen behafteten reinen Elektromotor, der panikartig, konzeptionslos und ideologisch motiviert von der Landesregierung und insbesondere von den Grünen propagiert wird, existieren interessantere Antriebskonzepte, die wir favorisieren. Als umweltschonende Energiequellen kommen z. B. synthetische Kraftstoffe (E-Fuels), ferner die Brennstoffzelle und der Wasserstoffverbrennungsmotor in Betracht.“

→ Die Umsetzung der umweltschonenden Möglichkeiten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.AfD.2019-SÖT-10

„Dem Radverkehr messen wir nicht nur wegen der mit ihm verbundenen Entlastung der Umwelt, sondern auch wegen seiner Wichtigkeit für den Tourismus in unserem Land große Bedeutung bei. Daher wollen wir den Ausbau von Radwegen und die Beseitigung von Lücken im Radwegenetz fördern.“

→ Die Umsetzung der umweltschonenden Möglichkeiten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, TH-WP.AfD.2019-SÖT-11

„Überall dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, setzen wir uns im Sinne von Umweltverträglichkeit und Verkehrssicherheit für den Schienengüterverkehr statt des Transports von Waren auf der Straße ein. Dazu bedarf es jedoch einer geeigneten Infrastruktur. Für den Ausbau und für die Modernisierung dieser Strukturen werden wir uns auf der Bundesebene einsetzen.“

→ Die Umsetzung der umweltschonenden Möglichkeiten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-12

„Daher lehnen wir die sogenannte Energiewende ab und treten für eine Neuordnung der nationalen Energiepolitik ein.“

→ Es wird sich gegen die Energiewende und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.AfD.2019-SÖT-12

„Eine vernünftige Energiepolitik setzt voraus, dass hierbei zu entscheidende Technologiefragen in erster Linie unter Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft, insbesondere hinsichtlich einer preisgünstigen und sicheren Energieversorgung, des Umweltschutzes und ökonomischer Grundsätze beantwortet werden. Dies geschieht bei der in Deutschland und somit auch in Thüringen politisch betriebenen Energiewende nicht.“

→ Die Umsetzung der umweltschonenden Möglichkeiten ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-13

„Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Einsatz erneuerbarer Energien, wollen aber deren Förderung durch garantierte Abnahmepreise für Neuanlagen beenden. Allgemein muss eine Abkehr vom bisherigen Subventionsmodell des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zur weitgehenden Marktintegration ‚erneuerbarer‘ Energien erfolgen.“

→ Es wird sich gegen die Energiewende und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.AfD.2019-SÖT-13

„Zudem muss die Einspeisung erneuerbarer Energien endlich an der Stromnachfrage orientiert werden, um die Schaffung teurer Netzinfrastruktur auf das erforderliche Maß zu beschränken und die damit verbundenen Eingriffe in die Umwelt zu vermindern.“

→ Die Verminderung der Eingriffe ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-14

„Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen in ökologisch sensiblen Gebieten ab. Gleiches gilt für den Verbrauch landwirtschaftlich nutzbarer bzw. ökologisch weitgehend unbelasteter Flächen für Photovoltaikanlagen.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-15

„Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen in ökologisch sensiblen Gebieten ab.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-16

„Der Netzausbau wäre jedoch gar nicht notwendig, wenn in Fällen der Überspeisung des Netzes mit ‚erneuerbaren‘ Energien deren Erzeugungsanlagen entschädigungslos abgeschaltet werden könnten. Als einzige von den in den Parlamenten vertretenen Parteien fordert daher die AfD, den Einspeisevorrang ‚erneuerbarer‘ Energien zu beenden und Anlagen, die durch Überspeisung des Netzes für das Entstehen kritischer Energieversorgungssituationen verantwortlich sind, an den Kosten für deren Behebung zu beteiligen. Das ist unsere Alternative zu neuen Stromtrassen durch Thüringen. SuedLink und SuedOstLink lehnen wir ab.“

→ Es wird sich gegen die Energiewende und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-17

„SuedLink und SuedOstLink lehnen wir ab – stattdessen ist der Einspeisevorrang ‚erneuerbarer‘ Energien zu beenden.“

→ Es wird sich gegen die Energiewende und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-18

„Einen Neubau von Pumpspeicherkraftwerken lehnen wir wegen des erforderlichen Flächenverbrauchs und des schlechten Preis-Leistungs-Verhältnisses ab.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-19

„Wir werden aber darüber hinaus alle energiepolitischen Maßnahmen fördern, welche die saubere, konventionelle und vor allem entsprechend dem Bedarf regulierte Stromerzeugung wieder wirtschaftlich machen. Dazu zählt in erster Linie die Beendigung des Einspeisevorrangs für ‚erneuerbare‘ Energien, sodass die modernen und sauberen konventionellen Kraftwerke unserer Thüringer Stadtwerke wieder bestimmungsgemäß ausgelastet und dadurch wirtschaftlich betrieben werden können.“

→ Es wird sich gegen die Energiewende und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-20

„Die derzeitigen Dämmungsvorschriften für Gebäude gehen unserer Ansicht nach über ein vernünftiges Maß weit hinaus – sie verteuern und verzögern Bauvorhaben unnötig. Die AfD lehnt die zwangsweise Verpflichtung von Eigentümern und Energieverbrauchern zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden und Verbrauchseinrichtungen daher ab. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften auf das erforderliche Maß zu beschränken. Auf Landesebene wollen wir im Rahmen des Bürokratieabbaus unnötige Vorgaben aufheben.“

→ Es wird sich gegen die Veränderungen und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 65, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-21

„Die Notwendigkeit des Umbaus der Energieversorgung wird von den Altparteien mit dem Argument des ‚menschengerichteten Klimawandels‘ begründet. Die AfD sieht bei der Begründung des Zusammenhangs zwischen der langfristig vorhergesagten Klimaentwicklung und den menschengemachten Treibhausgas-Emissionen erhebliche wissenschaftliche Unsicherheiten. Unstrittig ist jedoch, dass sich das Klima auf unserem Planeten schon immer gewandelt hat und es sich auch derzeit im Wandel befindet.“

→ Es wird sich gegen die Energiewende und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 66f., TH-WP.AfD.2019-SÖT-14

„Zwar wird die Klimaschutzpolitik mit dem Ziel des Schutzes natürlicher Ressourcen und der Umwelt begründet. Faktisch erfolgt jedoch genau das Gegenteil: Für hochprofitable Windkraftanlagen wohlhabender Investoren und Ökoindustrieller werden natürliche CO<sub>2</sub>-Senken in unseren Wäldern abgeholzt, um angeblich CO<sub>2</sub> zu sparen. Zehntausende Tonnen schwere Betonfundamente werden in sensible Waldböden gegossen. Man nimmt den Tod von Hunderttausenden unter Naturschutz stehenden Vögeln, Fledermäusen und Insekten dafür in Kauf. Auch die für angeblich ‚grüne‘ Bioenergie angebauten Mais- und Raps-Monokulturen haben desaströse Folgen für die Biodiversität. Völlig außer Betracht bleibt bei der derzeitigen Klimaschutzpolitik der Altparteien, dass die für Windkraftanlagen benötigten Seltenen Erden und Metalle unter schlimmsten Umweltfreveln mit Kinderarbeit in afrikanischen Minen gefördert werden. Diese Politik, die gegen jegliches sozial-, wirtschafts- und umweltpolitische Verantwortungsbewusstsein verstößt, tragen wir daher nicht mit.“

→ Die generelle Umsetzung von vermeintlich umweltpolitischem Verantwortungsbewusstsein ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66f., TH-WP.AfD.2019-GSÖT-22

„Zwar wird die Klimaschutzpolitik mit dem Ziel des Schutzes natürlicher Ressourcen und der Umwelt begründet. Faktisch erfolgt jedoch genau das Gegenteil: Für hochprofitable Windkraftanlagen wohlhabender Investoren und Ökoindustrieller werden natürliche CO<sub>2</sub>-Senken in unseren Wäldern abgeholzt, um angeblich CO<sub>2</sub> zu sparen. Zehntausende Tonnen schwere Betonfundamente werden in sensible Waldböden gegossen. Man nimmt den Tod von Hunderttausenden unter Naturschutz stehenden Vögeln, Fledermäusen und Insekten dafür in Kauf. Auch die für angeblich ‚grüne‘ Bioenergie angebauten Mais- und Raps-Monokulturen haben desaströse Folgen für die Biodiversität. Völlig außer Betracht bleibt bei der derzeitigen Klimaschutzpolitik der Altparteien, dass die für Windkraftanlagen benötigten Seltenen Erden und Metalle unter schlimmsten Umweltfreveln mit Kinderarbeit in afrikanischen Minen gefördert werden. Diese Politik, die gegen jegliches sozial-, wirtschafts- und umweltpolitische Verantwortungsbewusstsein verstößt, tragen wir daher nicht mit.“

→ Es wird sich gegen die Klimaschutzpolitik und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, TH-WP.AfD.2019-SÖT-15

„Die AfD setzt sich stattdessen dafür ein, die Folgen des Klimawandels in Thüringen in den Griff zu bekommen. Dies kann unter anderem durch die Unterstützung von Investitionen in Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft, in einen verbesserten Hochwasserschutz, in einen dürrebeständigen Waldumbau, in die Prävention von Waldbränden und in eine ausreichende Klimatisierung von Gebäuden geschehen. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Erforschung und Weiterentwicklung von Technologien, welche unsere Gesellschaft jenseits politischer Täuschungen und Tuschenspielertricks tatsächlich emissionsärmer und ressourcenschonender machen können.“

→ Es wird also dennoch eine generelle Klimapolitik und damit eine gesamte sozial-ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, TH-WP.AfD.2019-SÖT-16

„Wir sind zudem der Überzeugung, dass dem Ressourcenschutz und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserer Erde viel besser gedient wäre, wenn sich die Entwicklungshilfe in Afrika, im Nahen Osten und in Asien auf emissionsärmere und umweltfreundlichere Technologien bei der Energieerzeugung konzentrieren würde.“

→ Der generelle Ressourcen- bzw. Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.AfD.2019-SÖT-17

„Wir wollen Schutzgüter wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen bewahren. Ziel unserer Umweltpolitik ist es daher unter anderem, den Landschaftsverbrauch zu vermindern, Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern.“

→ Der generelle Ressourcen- bzw. Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-23

„Den weiteren Ausbau der Windenergie in Thüringen lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen, insbesondere an Standorten, an denen eine Beeinträchtigung für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild auftreten.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.AfD.2019-SÖT-18

„Die AfD setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Ausnahmen für grausame oder unnötige Tierversuche darf es auch in der Wissenschaft nicht geben. Zur Reduzierung von Tierversuchen befürworten wir das Erforschen alternativer Methoden, beispielsweise durch Computersimulationen.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.AfD.2019-SÖT-19

„Wir sind gegen grausame oder unnötige Tierversuche.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.AfD.2019-SÖT-20

„Auch in der Massentierhaltung muss eine artgerechte Haltung durchgesetzt werden. Transporte von Nutz- und Schlachttieren sollen über möglichst kurze Distanzen zum nächstgelegenen regionalen Schlachtbetrieb durchgeführt werden. Zudem wollen wir die kontrollierenden Veterinärbehörden mit zusätzlichem Personal ausstatten und ihre Möglichkeiten erweitern. Im Bereich der Nutz- und Schlachttierhaltung setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit den Landwirten, denen Tierwohl und Qualität am Herzen liegen. Darüber hinaus befürworten wir ein Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration. Die Kastration mithilfe eines zuverlässigen und schonenden Lokalanästhetikums oder die Immunokastration bieten schonende Alternativen. Ebenso lehnen wir das millionenfache Schreddern männlicher Küken ab. Die Haltung von Zweitnutzungsrassen halten wir hier für wesentlich besser.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 68, TH-WP.AfD.2019-SÖT-21

„Massentierhaltung soll artgerecht erfolgen. Die Landwirtschaft ist für uns nicht Gegner, sondern Partner im Tierschutz.“

→ Die Stärkung des Tierschutzes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 69, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-24

„Nach dem Vorbild von gesetzlichen Regelungen, die schon in Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und weiteren europäischen Ländern gelten, lehnt die AfD das Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten sein. Die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in Paragraf 4a Absatz 2 des deutschen Tierschutzgesetzes ist zu streichen. Die AfD lehnt auch das Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung ab. Kurzzeitbetäubung bedeutet, dass das Tier nur während des Halsschnitts kurz betäubt ist, beim Ausbluten aber wieder wach wird.“

→ Bzgl. des Schächtens wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.AfD.2019-SÖT-22

„Wir werden in enger Kooperation mit den Landnutzern und den Kommunen sowie auf rein wissenschaftlicher Basis dieses Problem angehen und uns für einen massiven Rückgang der Eutrophierung einsetzen.“

→ Das Erreichen des Rückgangs ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 70, TH-WP.AfD.2019-SÖT-23

„Wir werden uns in enger Kooperation mit den Landnutzern und den Kommunen für einen massiven Rückgang der Eutrophierung einsetzen.“

→ Das Erreichen des Rückgangs ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.AfD.2019-SÖT-24

„Unsere Politik verfolgt einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem Wohlergehen unserer heimischen Landwirtschaft, den Interessen des Umweltschutzes sowie der Pflege unserer Kulturlandschaft. Nur so kann der ländliche Raum als Wirtschaftsstandort, als Lebensraum für Mensch und Tier und als Erholungsgebiet gestärkt werden – ohne Bauern keine Zukunft!“

→ Die Stärkung des Umweltschutzes in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-25

„Die bisherige Politik auf EU-, Bundes- und Landesebene hat vielfach nachteilige Folgen für unsere Landwirtschaft. So wird durch verschiedene Maßnahmen wie die in Thüringen geplante Gewässerstrandstreifenregelung oder durch immer strengere Tierhaltungsaufgaben der Kostendruck für die Bauern erhöht. Landwirtschaftliche Betriebe können die zusätzlichen Kosten oft nur teilweise weitergeben und geraten so in existenzielle Nöte. Andere politische Maßnahmen (auch der EU) führen zu einer Reduzierung oder gar zum Verschwinden von Sorten und Arten. Eine entsprechende Politik lehnt die Thüringer AfD ab. Wir fordern zudem einen wirksamen Schutz vor dem Ausverkauf unserer Agrarflächen und Landwirtschaftsbetriebe durch Kapitalinvestoren („Land Grabbing“).“

→ Eine sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft wird in dieser Hinsicht abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-26

„Landaneignung durch Kapitalinvestoren ohne landwirtschaftliches Interesse muss verhindert werden.“

→ Eine sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft wird in dieser Hinsicht abgelehnt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.AfD.2019-SÖT-25

„Es ist uns wichtig, die Grünlandbewirtschaftung mit ihrer Biodiversität zu stärken und auszubauen. Sie stellt den Kern einer gesunden Kulturlandschaft dar. Deshalb wollen wir eine verstärkte Förderung der Grünlandbewirtschaftung und der dafür notwendigen Tierhaltung voranbringen.“

→ Die Stärkung und der Ausbau sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.AfD.2019-SÖT-26

„Den Anbau von Energiepflanzen wollen wir zugunsten von Nahrungsmittelpflanzen auf ein angemessenes Maß beschränken.“

→ Die Beschränkung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.AfD.2019-SÖT-27

„Der Wolf muss nach unserer Überzeugung in das Jagdrecht aufgenommen werden, um eine vereinfachte Entnahme auffälliger Wölfe zu ermöglichen. Der Schutzstatus des Wolfes im EU-Recht muss abgesenkt werden.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wolf ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.AfD.2019-SÖT-28

„Voraussetzung für den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft muss eine sorgfältige Folgenabschätzung für Mensch und Umwelt sein. Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft darf nur dann erfolgen, wenn negative Auswirkungen auf Mensch, Tier und Natur ausgeschlossen sind. Er darf zudem nicht zulasten der Sorten- und Saatgutvielfalt gehen und nicht zu einer Abhängigkeit der deutschen Landwirtschaft von großen Agrarkonzernen führen. Gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene weiterführende Produkte müssen nach unserer Auffassung gekennzeichnet werden.“

→ Die Anwendung der Gentechnik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 72, TH-WP.AfD.2019-SÖT-29

„Die AfD macht sich dafür stark, die Agrarforschung zu unterstützen und die Landwirtschaft vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen zukunftsfähig zu erhalten. Neuen Zukunftstechnologien, die für Mensch und Umwelt sinnvoll sind, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.“

→ Es wird sich also für Veränderungen bzw. sozial-ökologische Transformationen in der Landwirtschaft ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-27

„So sollen nach dem Willen der Landesregierung in den empfindlichen und für den Tourismus wie für unsere Landeskultur wichtigen Thüringer Wäldern Windkraftanlagen gebaut werden. Das lehnen wir entschieden ab!“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 73, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-28

„Windkraftanlagen haben negative Auswirkungen auf die verschiedenen Funktionen des Waldes. Zur Errichtung und zum Betrieb dieser baulichen Anlagen sind ein entsprechend ausgebautes Wegenetz sowie eine Netzanbindung notwendig – was zu einer noch größeren Zerstörung von Waldflächen führt. Der Wald soll von Windenergieanlagen daher frei gehalten werden, um die wildlebenden Arten zu schützen und um auch unseren Kindern eine intakte Natur zu hinterlassen.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-29

„Unser Wald muss von Windenergieanlagen frei gehalten werden, um die wildlebenden Arten zu schützen und um unseren Kindern eine intakte Natur zu hinterlassen.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.AfD.2019-SÖT-30

„Wir sind der Ansicht, dass eine Landesforstanstalt nicht primär dazu dient, einer Landesregierung finanzielle Gewinne zu beschaffen. Es geht vielmehr darum, die traditionell gewachsene Forstwirtschaft zu stärken und für junge Menschen wieder attraktiv zu machen. Hierfür setzt sich die Thüringer AfD ein.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Forstwirtschaft sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 73, TH-WP.AfD.2019-SÖT-31

„Weiterhin wollen wir die Thüringer Wälder durch gezielte Waldbaumaßnahmen stärken, ohne dass dies zulasten unserer heimischen Wildtiere geht, da wir der Ansicht sind, dass Wald nur mit Wild denkbar ist.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Wälder sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, TH-WP.AfD.2019-SÖT-32

„Wir wollen die Rolle der Hegegemeinschaften stärken. Diese haben sich als jagdliche Institution bewährt und sind ein Garant dafür, die Jagd in Thüringen nachhaltig und naturgerecht zu gestalten. Wir sprechen uns für eine Pflichtmitgliedschaft der Jagdtausübungsberechtigten in Hegegemeinschaften aus.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Jagd sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, TH-WP.AfD.2019-SÖT-33

„Wir wollen die Rolle der Hegegemeinschaften stärken.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Jagd sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-30

„Ein Jagdgesetz, wie es den Vorstellungen der rot-rot-grünen Koalition entspricht, lehnen wir ab. Ein solches Gesetz degradiert insbesondere die wiederkäuenden Schalenwildarten zu Schädlingen und schränkt die Jagdtausübung unverhältnismäßig ein. Weiterhin greift es ungerechtfertigt in die Eigentumsrechte ein und beschränkt Jäger derart, dass eine naturgerechte Jagd de facto unmöglich wird.“

→ Bzgl. des Gesetzes wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-31

„Neue gesetzliche Einschränkungen der jagdlichen Tätigkeiten, beispielsweise durch ein Verbot bleihaltiger Jagdmunition oder durch neue Restriktionen bei der Ausbildung von Jagdhunden oder Beizvögeln, lehnen wir ab.“

→ Bzgl. des Gesetzes wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74, TH-WP.AfD.2019-SÖT-34

„Vielmehr wollen wir die Rolle der Jäger im Umwelt- und Naturschutz und ihr ehrenamtliches Engagement stärken.“

→ Die diesbezügliche Stärkung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 74f., TH-WP.AfD.2019-GSÖT-32

„Eine faktische Einordnung des wiederkäuenden Schalenwildes als forstlichen Schädling lehnen wir ab. Der immer stärkere Abschuss von Reh-, Muffel-, Dam- und Rotwild in Thüringen darf nicht als einziges und einfaches Mittel angesehen werden, um angepflanzte Naturverjüngung vor dem Verbiss zu schützen.“

→ Diesbezüglich wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, TH-WP.AfD.2019-SÖT-35

„Technische Schutzmaßnahmen beim Verbisschutz sind sinnvoller als immer höhere Abschussvorgaben.“

→ Die Umsetzung der Maßnahmen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-33

„Gerade das Muffelwild hat durch die politisch motivierte einseitige Förderung des Wolfes stark gelitten und ist dadurch mittlerweile in seinem Bestand bedroht. Während sich das Raub- und Rudeltier Wolf immer weiter und unkontrolliert in Deutschland und Thüringen ausbreitet, haben Weidetierhalter und das Muffelwild das Nachsehen. Hier gilt es gegenzusteuern, den Bestand zu stabilisieren und die Weidetierhalter zu unterstützen.“

→ Mit dem Gegensteuern wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 75, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-34

„Einen Mindestabschussplan für Rehwild, wie ihn die rot-rot-grüne Landesregierung haben möchte, lehnen wir ab. Er ist wildbiologisch nicht begründbar und stempelt das Rehwild als Schädling ab.“

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, TH-WP.AfD.2019-SÖT-36

„Wir sind der Meinung, dass wir dem Rotwild in Thüringen ein artgerechtes Leben ermöglichen können. Als unsere größte heimische Tierart benötigt es große unzerschnittene Lebensräume. In diesen Gebieten werden teilweise weite Wanderungen unternommen. Um dieses natürliche Verhalten zu ermöglichen, möchten wir die Rotwild-Einstandsgebiete aufheben und den Hegegemeinschaften eine flächendeckende und biologische Wildbewirtschaftung des Rotwildes ermöglichen. Denn unseres Erachtens stellt dies eine sinnvolle Möglichkeit dar, Rotwild zu bewirtschaften und gleichzeitig diesen Tierarten die großen Lebensräume zu geben, die sie von Natur aus brauchen.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Rotwild ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, TH-WP.AfD.2019-SÖT-37

„Rotwild kann in Thüringen ein artgerechtes Leben ermöglicht werden.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Rotwild ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, TH-WP.AfD.2019-SÖT-38

„Die Raubwildbejagung ist praktizierter Naturschutz. Die Populationen von Dachs und Fuchs nehmen in Thüringen seit Jahren deutlich zu. Neozoen wie Mink, Marderhund, Nilgans, Kormoran und Waschbär breiten sich stetig aus, beeinträchtigen dabei aber die Tierbestände insbesondere heimischer Vogelarten immer mehr und bringen diese teilweise in Existenznot. Zusätzlich siedeln sich immer mehr Füchse und Waschbären in Ortschaften an.“

→ Der veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 75, TH-WP.AfD.2019-SÖT-39

„Eine konsequente Bejagung von Neozoen ist notwendig.“

→ Der veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, TH-WP.AfD.2019-SÖT-40

„Wir sprechen uns für eine konsequente Bejagung von Neozoen und des heimischen Raubwildes aus und befürworten die Aufnahme der Nilgans in das Thüringer Jagdrecht ebenso wie die Erleichterung des Kormoranabschusses. Zudem beabsichtigen wir, eine Erlegungsprämie für Waschbären und andere Neozoen einzuführen.“

→ Der veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, TH-WP.AfD.2019-SÖT-41

„Der Wolf ist in das Jagdrecht zu überführen.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wolf ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 76, TH-WP.AfD.2019-SÖT-42

„Um die Konflikte zwischen Mensch und Wolf in Thüringen so gering wie möglich zu halten und auffällige Tiere möglichst schnell, unbürokratisch und effizient entnehmen zu können, sprechen wir uns für die Aufnahme des Wolfes in das Thüringer Jagdrecht, für die Abschaffung seines unnötigen Schutzes und für die Durchführung von Schutzjagden nach schwedischem Vorbild aus.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wolf ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 77, TH-WP.AfD.2019-SÖT-43

„Schüler erkunden schon jetzt in der Grundschule im Heimat- und Sachkundeunterricht unsere Region. Diese Möglichkeit, Natur, Kultur und Sehenswürdigkeiten kennenzulernen, wollen wir in stärkerem Maße auf weiterführende Schulen ausdehnen. Exkursionen und naturkundliche Ausflüge sollen ein fester Bestandteil des Schullebens sein.“

→ Der veränderte Umgang mit der Natur in den Schulen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 78, TH-WP.AfD.2019-SÖT-44

„Es muss eine kreisübergreifende, Rennsteigspezifische dem Land unterstellte Planungs- und Strukturgesellschaft eingerichtet werden, die gemeinsam mit den anliegenden Rennsteiggemeinden zusammen den Rennsteig und seine angrenzenden Gemeinden sportlich, baulich und touristisch entwickelt und umsetzt.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Rennsteig ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 78, TH-WP.AfD.2019-SÖT-45

„Der Wander- und Pilgertourismus, aber auch Nischen wie der Jagdtourismus haben in diesem Zusammenhang viele Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.“

→ Der hier veränderte Umgang mit der Natur ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 78, TH-WP.AfD.2019-SÖT-46

„Neben den klassischen Tourismusformen gilt es verstärkt, auch Nischenangebote wie etwa den Jagdtourismus zu stärken.“

→ Der hier veränderte Umgang mit der Natur ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.AfD.2019-SÖT-47

„Der dienstleistende Charakter der Verwaltung ist dort, wo es sinnvoll ist, auch durch eine freiwillige Rezentralisierung auf Landesebene anzustreben. Wichtige kommunale Aufgaben, wie etwa die Gewässerunterhaltung, sind besser zentral vom Freistaat Thüringen wahrzunehmen. Wir brauchen keine Gewässerunterhaltungsverbände, die nur Kosten produzieren und deren Zuständigkeit an abstrakten Grenzen endet. Hochwasserschutz sollte zentral organisiert werden. Dies geht nur, wenn die derzeitigen Gewässer zweiter Ordnung in die Unterhaltungslast des Freistaates Thüringen übergehen.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.AfD.2019-SÖT-48

„Hochwasserschutz sollte zentral organisiert werden. Dies geht nur, wenn die derzeitigen Gewässer zweiter Ordnung in die Unterhaltungslast des Freistaates Thüringen übergehen.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.AfD.2019-SÖT-49

„Die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in Thüringen sollen in öffentlicher Hand bleiben und darüber hinaus zentral organisiert werden. Wir brauchen keine Zweckverbände mit kostenintensiven Chefetagen. Zudem wollen wir hierdurch einheitliche Wasser- und Abwasserpreise in ganz Thüringen erreichen und so die Benachteiligung des ländlichen Raums beenden.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.AfD.2019-GSÖT-35

„Die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in Thüringen sollen in öffentlicher Hand bleiben und darüber hinaus zentral organisiert werden.“

→ Bzgl. der Eigentumsrechte wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 91, TH-WP.AfD.2019-SÖT-50

„Wir setzen uns für eine erleichterte Ausweisung von Wohnbauflächen im ländlichen Raum sowie für vereinfachte Möglichkeiten der Kommunen ein, ungenutzte Immobilien im Dorf- und Stadtgebiet aufzukaufen.“

→ Neubauten sind wegen des Eingriffs in die Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.3.4.3 Die Codes aus dem Wahlprogramm der CDU

S. 4, TH-WP.CDU.2019-SÖT-1

„**Neuer Aufbruch für ein lebenswertes Thüringen.** Dafür setzen wir auf attraktive Städte, einen zukunftsfähigen ländlichen Raum und den Schutz von Umwelt und Klima.“ (Herv. i. O.)

→ Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 7, TH-WP.CDU.2019-SÖT-2

„Es ist unser Ziel, Eltern durch eine kostenfreie Verpflegung in den Kindergärten zu entlasten.“

→ Da auch Lebensmittel betroffen sind, ist dies eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 8, TH-WP.CDU.2019-SÖT-3

„Wir wollen die Qualität der Betreuung im Kindergarten weiter verbessern. Deshalb werden wir über den Landeshaushalt für alle Kinder eine kostenfreie, gesunde und ganztägige Verpflegung im Kindergarten finanzieren.“

→ Da auch Lebensmittel betroffen sind, ist dies eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.CDU.2019-GSÖT-1

„Die Straffreiheit von Schwarzfahren, Drogenmissbrauch und Graffiti-schmierereien lehnen wir ab.“

→ Mit der Ablehnung wird sich, da bzgl. der Drogen auch natürliche Substanzen betroffen sind, gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.CDU.2019-SÖT-4

„Wir stehen einer kontrollierten Anwendung von Betäubungsmitteln zu nachgewiesenermaßen medizinischen und therapeutischen Zwecken nicht entgegen.“

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.CDU.2019-GSÖT-2

„Die unkontrollierte Freigabe von Einstiegsdrogen und die Freistellung des Drogenkonsums von der Strafverfolgung lehnen wir jedoch konsequent ab.“

→ Mit der Ablehnung wird sich, da bzgl. der Drogen auch natürliche Substanzen betroffen sind, gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.CDU.2019-SÖT-5

„Wir werden zusammen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten den Katastrophenschutz anpassen und weiterentwickeln, denn die Herausforderungen sind gewachsen. Die Hochwasserkatastrophe im Jahre 2013 hat gezeigt, dass vor allem in der Führungsstruktur Verbesserungen nötig sind. Die Einheiten des Katastrophenschutzes sind teilweise nicht mehr zeitgemäß. Für die Abwehr von Gefahren für Kritische Infrastruktur (KRITIS) fehlen Kapazitäten.“

→ Der Hochwasserschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, TH-WP.CDU.2019-SÖT-6

„Wir wollen mehr und schnelleres Bauen ermöglichen. Hierzu gehören die Möglichkeit einer vereinfachten Ausweisung von Bauland sowie die vereinfachte Schließung von Baulücken im ortsnahen Außenbereich. Wir wollen alles verhindern, was die Schaffung von Wohnraum zusätzlich verteuert. Umwelt- und Energiestandards sind daraufhin zu überprüfen, ob Nutzen und Aufwand in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.“

→ Die Neubauten und die Standardsetzung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, TH-WP.CDU.2019-SÖT-7

„Gemeinsam mit dem Bund werden wir uns auch zukünftig für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus einsetzen. Unser Ziel ist es, auch für Menschen mit niedrigem Einkommen ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot vorzuhalten. Bei Neubauprojekten in wachsenden Städten sollen 20 Prozent des vorgesehenen Baulandes für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, TH-WP.CDU.2019-SÖT-8

„Auch für Normalverdiener und Familien muss der Traum vom Eigenheim Realität werden können. Deshalb setzen wir uns für eine Verstärkung der Wohnraumförderung auf einem hohen Niveau und eine Senkung der Baunebenkosten ein, unter anderem durch Freibeträge für Familien beim erstmaligen Erwerb von Wohneigentum.“

→ Die Neubauten sind wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, TH-WP.CDU.2019-SÖT-9

„Wir wollen ein Förderprogramm für eine Grundfinanzierung von Freibädern oder Naturbädern in kleineren Gemeinden auflegen.“

→ Die Neunutzung von Naturbädern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.CDU.2019-SÖT-10

„Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, ein guter Zustand von Boden, Wasser und Luft, eine verminderte Emission klimaschädlicher Gase bis hin zur vollen Klimaneutralität – das alles gehört zu den erstrangigen Zielen unserer Politik. Daraus ergeben sich allerdings eine Reihe wesentlicher Nutzungskonflikte, denn Boden und Wälder sind zugleich Wirtschaftsgüter. Zudem ist eine wirtschaftlich hoch entwickelte Gesellschaft wie unsere auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen, die Bürger und Wirtschaft nicht überfordert.“

→ Die Maßnahmen sind zusammengenommen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.CDU.2019-SÖT-11

„Unser Ziel ist es, in und für Thüringen so zu einer verminderten Emission klimaschädlicher Gase beizutragen, dass Deutschland bis 2050 klimaneutral sein kann. Dazu wollen wir durch Förderung energetischer Sanierung von Gebäuden, durch energiesparende Mobilitätskonzepte, aber auch durch die Förderung von Forschung und Entwicklung beitragen. Wir setzen dabei auf Anreize, nicht auf Verbote, wie etwa pauschale Fahrverbote, deren Wirkung für den Klimaschutz vernachlässigbar wären.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.CDU.2019-SÖT-12

„Einen wesentlichen Beitrag muss der Ausbau der erneuerbaren Energien leisten. Unser Ziel ist, diesen Weg so zu gehen, dass wir dabei die Zustimmung und Akzeptanz der Bürger und Wirtschaft erhalten. Das gilt zunächst hinsichtlich der Bezahlbarkeit. Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, das gesamte System der Energiebesteuerung so umzubauen, dass es dem Klima hilft, aber die Endverbraucher nicht zusätzlich belastet. Das gilt auch für die mit dem Ausbau der Windenergie verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.CDU.2019-GSÖT-3

„Windenergie hat in Reichweite der Wohnbebauung und im Wald nichts verloren.“

→ Mit dieser Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.CDU.2019-SÖT-13

„Jenseits der Wälder trägt die Landwirtschaft die größte Verantwortung für den Erhalt unseres Bodens, der zugleich ihre Erwerbsgrundlage ist. Unser Ziel ist es, diese Grundlage zu erhalten und den ersatzlosen Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche für andere Zwecke nachdrücklich zu bekämpfen. Unser Ziel ist eine starke und breit aufgestellte Landwirtschaft, in der konventionelle wie ökologische Landwirtschaft, große Mehrfamilienbetriebe wie kleinere Einzelbetriebe, Pflanzenproduktion wie Nutztierhaltung ihren Platz haben.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.CDU.2019-SÖT-14

„Unser Ziel ist, dass sich auch in Thüringen mehr Bürger für regionale Produkte entscheiden. Ein Qualitätskriterium ist dabei auch die artgerechte Tierhaltung. Unser Ziel ist es, entsprechende Investitionen zu fördern.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-15

„Wir werden alle Kräfte dafür mobilisieren, Dürreschäden zu beseitigen und zur Anpassung an den Klimawandel und den Artenschutz den Waldumbau voranzutreiben.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-16

„**Nachhaltigkeitsprinzip als Staatsziel:** Wir wollen das Nachhaltigkeitsprinzip als ausdrückliches Staatsziel in der Thüringer Landesverfassung verankern. Dies ist ein wesentlich umfassenderer Ansatz als eine Beschränkung allein auf Klimafragen. Er umfasst zahlreiche Fragen der Generationengerechtigkeit genauso wie einen interessengerechten Klimaschutz, der mit Förderungen, Anreizen und Offenheit für neue Technologien zur Einsparung von CO<sup>2</sup> beiträgt.“ (Herv. i. O.)

→ Insgesamt nachhaltig und damit auch ökologisch zu handeln, bedarf einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-17

„**Waldumbau fortführen:** Wir wollen den begonnenen Waldumbau zu ökologisch wertvollen Mischwäldern mit einem breiten Baumartenspektrum konsequent fortführen. Der Waldumbau dient gleichermaßen der Stabilität der Wälder, dem Erhalt und der Verbesserung der Artenvielfalt und der Anpassung an den Klimawandel.“ (Herv. i. O.)

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-18

„**CO<sup>2</sup>-Bindungsprämie:** Den Beitrag des Waldes zur Bindung von CO<sup>2</sup> wollen wir aktiv unterstützen und dazu Anreize für die Anpflanzung und Bewirtschaftung von Wäldern setzen. Wir werden uns im Bund für die Einführung einer CO<sup>2</sup>-Bindungsprämie einsetzen, um die Klimafunktion des Waldes angemessen zu vergüten.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Anpassung bzgl. des Waldes ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-19

„**Rückzugsgebiete für Biotopverbünde:** Wir achten auf ein ausgewogenes Verhältnis an Nutz- und Schutzflächen und unterstützen die Schaffung von Rückzugsgebieten und Biotopverbünden. Dabei werden wir die Arbeit in den Thüringer Naturparks und Biosphärenreservaten auskömmlich unterstützen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-20

„**Bäume pflanzen:** Wir werden ein großes Aufforstungsprogramm für Thüringen starten. Wir wollen nicht nur die Wälder wieder aufforsten, die durch Borkenkäferbefall und Trockenheit zu Schaden gekommen sind, sondern auch möglichst zusätzlichen Wald pflanzen. Das ist ein wirksamer Beitrag zur Bindung von CO<sup>2</sup> und zum Klimaschutz. Dazu wollen wir gemeinsame Projekte mit Forst und Schule initiieren.“ (Herv. i. O.)

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-21

„**Thüringer Energieeffizienzgesetz:** Wir werden mit einem Thüringer Energieeffizienzgesetz Anreize zum Energieeinsparen schaffen und damit einen Impuls zum Klimaschutz setzen. Dabei geht Freiwilligkeit vor Zwang. Energieeffizienz in Gebäuden und Netzen muss zum Leitgedanken in allen einschlägigen Regelungen werden.“ (Herv. i. O.)

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja



S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-22

„**CO<sup>2</sup>-neutrale Landesverwaltung:** Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit die Landesverwaltung bis 2030 komplett CO<sup>2</sup>-neutral arbeitet. Dazu werden wir unter anderem einen Thüringer Energieeffizienzfonds einrichten, um die Energieeffizienz in den Liegenschaften des Landes voranzutreiben.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Änderung bzgl. der Verwaltung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-23

„**Klimagesetz vereinfachen:** Klimaschutz gelingt im Einklang mit den Bürgern am besten. Deshalb werden wir dafür Sorge tragen, dass beim Klimaschutz keine unverhältnismäßigen zusätzlichen Belastungen für Wirtschaft und Verbraucher entstehen. Wir werden das Thüringer Klimagesetz anhand dieses Maßstabs überprüfen und die Ausweitung von Windvorranggebieten durch Rot-Rot-Grün zurücknehmen.“ (Herv. i. O.)

→ Generelle Klimapolitik bedarf einer gesamten sozial-ökologischen Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 37, TH-WP.CDU.2019-SÖT-24

„**Bürgerfreundliche Abwasserpolitik:** Wir wollen den Zustand unserer Gewässer weiter im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Hauseigentümer, Mieter und Steuerzahler verbessern und das Einleiten ungeklärter Abwässer verringern. Von allen technisch möglichen und rechtlich zulässigen Entsorgungsvarianten darf zukünftig nur noch die wirtschaftlichste umgesetzt werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die veränderte Abwasserpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-25

„**Brenntageverbot aufheben:** Umweltschutz verlangt Realismus. Das Verbrennen trockenen Schnittguts an festen Brenntagen ist umweltschonender und kostengünstiger als der Transport zu Kompostanlagen und die wilde ‚Ablagerung‘ in Wald und Feld. Deshalb werden wir das Brenntageverbot wieder aufheben.“ (Herv. i. O.)

→ Die Änderung bzgl. des Verbots ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-26

„Um eine weitere Verknappung der Flächen und damit einen weiteren Anstieg der Boden- und Pachtpreise zu vermeiden, dürfen landwirtschaftliche Flächen nur zur fortgesetzten landwirtschaftlichen Nutzung verkauft werden.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-27

„Die CDU steht für die zukunftsfähige Entwicklung unserer Landwirtschaft. Wir wollen den ökologischen Landbau wie auch die konventionelle, nachhaltige Landwirtschaft fördern. Ziel unserer Politik ist eine bäuerliche Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt, umweltfreundlich wirtschaftet und gut mit den Tieren umgeht.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-28

„Der Einsatz digitaler Technik und künstlicher Intelligenz in der Landwirtschaft (Smart Farming) ermöglicht eine umweltschonendere Bodenbearbeitung, erleichtert eine am Tierwohl ausgerichtete Nutztierhaltung und verspricht Effizienzgewinne in der Lebensmittelverarbeitung. Wir wollen Smart-Farming-Projekte gezielt unterstützen.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-29

„Wir werden uns auf Bundesebene für bessere Möglichkeiten der Landwirtschaftsbetriebe einsetzen, steuerfreie Klimarücklagen zu bilden. Damit soll die Landwirtschaft sich besser auf Ertragschwankungen infolge des Klimawandels vorbereiten können und in ertragsschwachen Jahren von staatlichen Nothilfen unabhängiger werden.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-30

„Tierwohl ist keine Frage der Stallgröße, sondern der Beachtung der entsprechenden Standards. Deshalb wollen wir für Klarheit und Verlässlichkeit bei rechts- und tierschutzkonformen Investitionen sorgen und wollen die Benachteiligung großer Ställe bei der Stallbauförderung wieder abschaffen.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-31

„Kosten für den Herdenschutz und Entschädigungen für Wolfsrisse wollen wir den Weidetierhaltern unbürokratisch und in voller Höhe erstatten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Wolfsverordnung ein, die die Vergrämung, den Fang und die Entnahme von Wölfen mit problematischem Verhalten regelt. Hierfür wollen wir unter anderem das Instrument der sogenannten Schutzjagd etablieren. Wir wollen darauf hinwirken, dass der Schutzstatus des Wolfes entsprechend geändert wird.“

→ Der veränderte Umgang mit dem Wolf ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.CDU.2019-SÖT-32

„Wir wollen einen Windkraftausbau mit Maß und Mitte und vor allem im Einklang mit den Bürgern.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-GSÖT-4

„Wir werden weiter gegen die Stromtrasse Süd-Link und Süd-Ost-Link kämpfen, weil Thüringen bereits zahlreiche Lasten beim Netzausbau trägt.“

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-33

„Wir werden die in Thüringen angesiedelte Speicherforschung unterstützen und ausbauen. Die Speicherung ist bisher eine Schwachstelle auf dem Weg zur CO<sup>2</sup>-Neutralität.“

→ Die Umsetzung der CO<sup>2</sup>-Neutralität ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-34

„Wir werden uns dafür einsetzen, dass Thüringen über eine bürgerfreundliche und moderne Infrastruktur (zum Beispiel flächendeckendes Ladesäulennetz) zur Nutzung der E-Mobilität verfügt.“

→ Die Stärkung der E-Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-35

„Wir wollen alle Kompetenzen bei der Energie – vom Netzausbau über die Erneuerbaren Energien, die Elektromobilität bis zur Energieforschung – in der Landesregierung in einem Ministerium bündeln.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-36

„Wir wollen Forschung und Anwendung im Bereich der Wasserstofftechnologie unterstützen. Hierzu werden wir eine Thüringer Wasserstoffstrategie vorlegen. Wir sehen in der Nutzung der Wasserstofftechnologie großes Potential in Thüringen.“

→ Der Umstieg auf Wasserstoff ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-GSÖT-5

„Die Anzahl der Forstämter und der Reviere werden wir nicht reduzieren.“

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-37

„Wir wollen die Landesforstanstalt künftig finanziell so ausstatten, dass sie alle ihr übertragenen hoheitlichen, sozialen und ökologischen Aufgaben im vollen Umfang erfüllen kann. Diese vom Land geforderten Leistungen müssen auch durch das Land bezahlt werden.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Anstalt sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-38

„Die katastrophale Situation des Waldes verlangt nach entschlossener Soforthilfe. Wir werden sicherstellen, dass die Landesforstanstalt dafür ausreichend mit Personal und Mitteln ausgestattet wird. Auch kommunale und private Waldbesitzer müssen in die Lage versetzt werden, Schäden zu beseitigen und wieder aufzuforsten.“

→ Die Veränderungen bzgl. der Anstalt sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-PK-1

„**#forestforfuture**: Verständnis und Verantwortung für die Natur erwächst aus der Begegnung mit der Natur. Gemeinsam mit ThüringenForst, den Waldbesitzern und Schulen wollen wir Projekte wie Baumpflanzaktionen initiieren. So schaffen wir Möglichkeit zum Klimaschutz beizutragen und den Wald als Kohlenstoffsенke zu erhalten.“ (Herv. i. O.)

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-39

„**#forestforfuture**: Verständnis und Verantwortung für die Natur erwächst aus der Begegnung mit der Natur. Gemeinsam mit ThüringenForst, den Waldbesitzern und Schulen wollen wir Projekte wie Baumpflanzaktionen initiieren. So schaffen wir Möglichkeit zum Klimaschutz beizutragen und den Wald als Kohlenstoffsенke zu erhalten.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-40

„Mit uns gibt es keine weiteren Waldstilllegungen. Wir lehnen es ab, weitere wertvolle Wirtschaftswälder zu ‚Wildnisgebieten‘ umzufunktionieren. Wir werden prüfen, ob vorhandene Stilllegungsflächen im Bedarfsfall wieder umgewidmet werden können.“

→ Das Umfunktionieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-GSÖT-6

„Der Wald ist ein wichtiger Natur- und Erholungsraum. Seine Bedeutung als Kohlenstoffsенke rückt zu Recht verstärkt in den Blick. Die Möglichkeit, Windkraftanlagen im Wald zu errichten, werden wir gesetzlich untersagen.“

→ Mit der Untersagung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-41

„Wir ermutigen insbesondere die Klein- und Kleinstwaldbesitzer zur aktiven Nutzung ihres Eigentums und werden das erfolgreiche Projekt ‚Privatwaldmobilisierung‘ in Abstimmung mit der Holzwirtschaft weiterentwickeln. Das Nutzungspotential der Privatwaldflächen ist bei weitem nicht ausgeschöpft.“

→ Der veränderte Umgang mit Wald ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.CDU.2019-SÖT-42

„Wir wollen das Bauen mit unserem heimischen Holz vorantreiben. Damit schaffen wir Arbeitsplätze im ländlichen Raum und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Die Thüringer Bauordnung wollen wir entsprechend anpassen. Um den Holzbau zu fördern, werden wir ein Kompetenzzentrum Holz einrichten.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.CDU.2019-SÖT-43

„Wir werden alle möglichen Präventionsmaßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest ergreifen. Für die erforderliche Bejagung der Schwarzwildbestände werden wir ein Prämiensystem einführen.“

→ Die Umsetzung der Maßnahmen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 41, TH-WP.CDU.2019-SÖT-44

„**Schlösser und Gärten sanieren:** Thüringen ist ein Land der Residenzen. In den Schlössern und Gärten als ihrem sichtbarsten Ausdruck besteht ein erheblicher Investitionsbedarf. Wir setzen uns dafür ein, dass die vom Bund in Aussicht gestellten Investitionsmittel durch die im Land ansässigen Stiftungen genutzt werden können und das Land die Kofinanzierung sichert.“ (Herv. i. O.)

→ Die Gärtensanierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### 2.3.3.4.4 Die Codes aus dem Wahlprogramm der SPD

S. 6, TH-WP.SPD.2019-SÖT-1

„Wir werden dafür sorgen, dass gesunde Ernährung in den Krippen und Kindergärten tatsächlich angeboten wird. Hierzu gehört ausgewogenes Essen, das frisch und vor Ort oder in der Nähe der Einrichtung zubereitet wird. Wir werden daher Einrichtungen fördern, die eigene Küchen vorhalten oder ausbauen. Wir werden Wege finden, wie das Land gesundes Essen bezuschussen kann.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.SPD.2019-SÖT-2

„Lehrplaninhalte können kreisweit auch an anderen Orten, wie z.B. Museen, Theaterwerkstätten oder Umweltzentren projektmäßig erarbeitet und vertieft werden.“

→ Die Bildungsinhalte bzgl. der Umwelt sollen verändert werden, was bzgl. des Umgang mit der Umwelt eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2019-SÖT-3

„Eine nachhaltige Lebensweise ist vor allem für die nachfolgenden Generationen von großer Bedeutung. Wir werden Initiativen von Jugendlichen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, besonders unterstützen.“

→ Die Umsetzung von Umwelt- bzw. Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation darstellt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2019-SÖT-4

„Wir werden den Wohnungsneubau vereinfachen. Das kann gelingen, in dem Planungsverfahren, Wohnungsbau-Richtlinien und Standards überprüft werden.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 10, TH-WP.SPD.2019-SÖT-5

„Wir werden Kommunen durch geeignete Maßnahmen, wie zum Beispiel durch die Unterstützung beim Erwerb von Bauland, fördern, um der Spekulation mit Bauland entgegen zu wirken.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 18, TH-WP.SPD.2019-SÖT-6

„Durch Investitionen in Infrastruktur und Lehrangebote, insbesondere mit Blick auf klima- oder technologiebasierten Veränderungen der Einsatzszenarien (Waldbrände, Löschen von E-Autos) werden wir die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule weiterentwickeln.“

→ Diese Anpassungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-7

„Die Europäische Union hat sich etwa zur Jahrtausendwende darauf verständigt, dass Wasser über die Grenzen hinweg in ganz Europa als eine der wichtigsten Ressourcen auf Dauer zu schützen ist und damit für uns nutzbar bleibt. Genau das muss auch unser Ansatz in der Umweltpolitik sein: Ökologisch und nachhaltig gestalten, um sozial und gerecht für uns und die nachfolgenden Generationen zu handeln. Gutes Essen, bezahlbare Energie und gute Luftqualität dürfen nicht zur Sozialen Frage des 21. Jahrhunderts werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei, dass ökologische Erneuerung, bezahlbare Energiepreise, Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für uns gilt daher, Ökologie, Ökonomie und Soziales als Dreiklang zu verstehen. Der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Landes erfordert politische Veränderung auf sehr unterschiedlichen Feldern. Eine gut koordinierte und ambitionierte Energiepolitik, die Entwicklung und Bereitstellung von nachhaltiger Mobilität und der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Landes müssen dabei Hand in Hand gehen, denn nur so können wir gesunde Ökosysteme schaffen und erhalten.“

→ Die Umsetzung der ökologischen Erneuerung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-8

„Wir setzen uns für Hardware-Nachrüstungen für Diesel-Fahrzeuge auf Kosten der Automobilkonzerne ein.“

→ Die Nachrüstung ist bzgl. ihrer Wirkung eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-9

„Wir werden Innovationen in der Kreislaufwirtschaft gezielt fördern. Mit der Entwicklung und dem Transfer neuer Verfahren (z. B. Alternativen zu Kunststoffen) und Prozesse können wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und Naturschätze (z. B. Gipsvorkommen in der Rüdigsdorfer Schweiz) schützen und damit den Menschen vor Ort neue Perspektiven eröffnen. Das trägt auch zu einer weiteren Verbesserung der touristischen Potenziale bei.“

→ Der Schutz der Naturschätze ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-10

„Wir wollen Ressourcen schonen und Müll vermeiden. Das heißt auch, auf Einwegverpackungen und Einweggegenstände weitgehend zu verzichten, als ultima ratio indem die Verpackungsindustrie zur Recyclingfähigkeit gezwungen wird. Die Entscheidung der EU für ein Verbot von Einweg-Plastik begrüßen wir als richtigen Schritt in diese Richtung. Weiterhin werden wir uns für wirkungsvolle Maßnahmen zu Eindämmung von Mikroplastik einsetzen.“

→ Der Ressourcenschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-11

„Im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen setzen wir uns für eine Kennzeichnungspflicht der Lebensdauer von elektrischen Geräten und die Erhöhung der Reparatur- und Updatefähigkeit von Produkten ein.“

→ Der Ressourcenschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-12

„Wir werden Modelle der sogenannten Sharing Economy vorantreiben, die einen ressourcenschonenden Ansatz verfolgen und insbesondere im ländlichen Raum bessere Teilhabe ermöglichen. Gemeindeautos, Genossenschaftsläden und Gemeinschaftsgärten sollen dabei auch den Gemeinschaftssinn stärken.“

→ Der Ressourcenschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-13

„Der Boden ist die Grundlage aller Pflanzenformen und damit aller in der Nahrungskette auf ihnen aufbauenden Lebewesen. Unser Ziel ist der Schutz des Bodens und eine Umkehr der Trends zur Flächenversiegelung. Dieser Ansatz beinhaltet die Integration von technologischen Innovationen, die an lokale Kontexte angepasst sind und ein Flächenmanagement, das einer klaren Hierarchie folgt. In dieser steht die Renaturierung, die Schaffung von Ausgleichsflächen und die Umwandlung von ungenutzten Versiegelungsflächen immer über der Neuversiegelung von natürlichem Boden oder landwirtschaftlich genutzter Flächen.“

→ Die Umorientierung in der Flächenpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-14

„Weiterhin wollen wir ein ökologisches Flächenmanagement etablieren, das die Aufforstung, Renaturierung und Rekultivierung von industriell oder baulich genutzten Flächen betreibt. Ziel dieser Initiative soll die Rückkehr zu möglichst vielen intakten Ökosystemen im Land sein. Damit einher geht die Umsetzung von Biotopverbänden, der Schutz von urbanen Lebensräumen für Tiere (Alleen, Hecken, Flussläufe, Bahndämme), sowie vielen weiteren Maßnahmen um das weitere Artensterben zu verhindern. Die Kommunen werden wir bei der Schaffung von Biotopen finanziell und personell unterstützen.“

→ Die ökologischen Maßnahmen sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-15

„Wir wollen über die gesamte Wertschöpfungskette – von der Aussaat bis zur Preisgestaltung im Einzelhandel – garantieren, dass landwirtschaftliche Erzeuger von ihrer Arbeit gut leben können. Diese wirtschaftliche Stabilität muss im Bedarfsfall auch mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Sie bedeutet gute Arbeit, den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region und den Schutz öffentlicher Güter. Letzteres bedeutet insbesondere den Schutz des Wassers, der Bodenfruchtbarkeit, der Biodiversität, der Bestäuber (Insekten) und dem Tierwohl. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Milchbauern und -bäuerinnen im Freistaat.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-16

„Wir werden die notwendige und gesellschaftlich geforderte Neuorientierung der Land- und Forstwirtschaft zu mehr naturverträglicher Bewirtschaftung durch finanzielle Anreize fördern. Das bedeutet auch, die industrielle Massentierhaltung zurückzudrängen.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.SPD.2019-SÖT-17

„Der Einsatz von Pestiziden und hoch konzentrierten Düngemitteln hat zu einem Bienensterben geführt, dem wir entschieden entgegenwirken müssen. Wir werden einen Bienenaktionsplan ins Leben rufen, der Beratungsleistungen für Kommunen und Unternehmen vorhält ((Mähzyklus, Wildblumensaat, Patenprogramme), Förderungen für Blühstreifen und maßnahmenbezogene Unterstützung für Imkerinnen und Imker vorhält.“

→ Die Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-18

„Megatrends machen auch vor der Landwirtschaft nicht halt. Das gilt für den Klimawandel genauso wie für die Digitalisierung. Letztere kann der Schlüssel zur Automatisierung arbeitsintensiver Vorgänge, der Verbesserung der betrieblichen Leistungsfähigkeit und der Verbesserung der Bedingungen von Menschen, Tieren und Pflanzen sein.“

→ Die Anpassung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-GSÖT-1

„Einer Verengung der Sortenvielfalt und die Entwicklung von Monopolen bei der Saatgutherstellung werden wir entgegenwirken.“

→ Damit wird sich gegen die Verengung und so gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-19

„Wir wollen die Lebensmittelverschwendung und den Lebensmittelverlust im Freistaat eindämmen. Das durch Überproduktion, hohe ästhetische Standards und Ineffizienzen in der Versorgungskette geschaffene Phänomen der Lebensmittelverschwendung wollen wir durch freiwillige Ansätze bekämpfen. Handlungsempfehlungen für Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für Erzeugerinnen und Erzeuger und Handel sollen ein Bewusstsein für die Wertigkeit von Lebensmitteln schaffen.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-20

„Wir setzen uns für einheitliche und leicht verständliche Siegel auf Lebensmitteln ein. Diese sollen nachvollziehbare Bezugsgrößen zur Herkunft sowie der Art des Anbaus oder der Haltung enthalten.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-21

„Wir werden den zusätzlichen Flächenverbrauch minimieren. Deshalb ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen durch Wohnungsbau zu begrenzen und es sind konsequent innerstädtische Brachen und Wohnraumverdichtung zu nutzen. Um notwendigen Wohnraum in den großen Städten schaffen zu können, organisieren wir gemeinsam mit der Thüringer Landgesellschaft ein Programm, dass staatliche landwirtschaftliche Flächen als Ausgleichsflächen für Bauvorhaben bereitstellt.“

→ Die Umorientierung in der Flächenpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-22

„Da wo sinnvoll und sozial auch erforderlich sollte der Wohnungsbau den Vorrang erhalten. Wir unterstützen die Thüringer Landgesellschaft, für Thüringen staatliche landwirtschaftliche Flächen auszuweisen, die als Ausgleichsflächen für Bauvorhaben herangezogen werden könnten.“

→ Die Umorientierung in der Flächenpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-23

„Wir werden prüfen, wie Antragsverfahren für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen entbürokratisiert und für die Antragsteller vereinfacht werden können.“

→ Die generelle Umsetzung von Umwelt- und Naturschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-24

„Wir werden prüfen, wie die einheitliche Unterhaltung der Gewässer I und II. Ordnung effektiver zu organisieren ist. Zudem setzen wir weiter auf präventiven Hochwasserschutz.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-25

„Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind eine Generationsaufgabe. Wir werden diese Inhalte in den Lehrplänen von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden im Freistaat verankern und ihnen gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden weitere Möglichkeiten der Beteiligung geben.“

→ Die generelle Umsetzung von Umwelt- und Naturschutz über die Bildung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-26

„Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz machen nicht an Grenzen halt. Wir unterstützen deshalb das Manifest der sogenannten Green 10 zur Europawahl. Darin fordern die 10 großen Umweltorganisationen ein gesamteuropäisches politisches Engagement zum Erhalt unserer Umwelt.“

→ Die generelle Umsetzung von Umweltschutz über die Bildung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-27

„Der Bestand an Fluginsekten und Vögeln ist in den vergangenen 30 Jahren dramatisch zurückgegangen: Wir werden deshalb nach neuen Wegen suchen, uns der Idee eines landesweiten Biotopverbunds im Rahmen der bundesweiten Projektarbeit ‚Jeder Gemeinde ihr Biotop‘ anzuschließen. Ziel ist die Wiederherstellung naturnaher Lebensräume und artenreicher Lebensgemeinschaften.“

→ Die Umsetzung der Vorhaben ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-28

„Wir setzen uns für nachhaltigen Tourismus in Stadt und Land ein. Besonders in Thüringen profitieren touristische Angebote von intakter Natur, hochwertigen Nahrungsmitteln und Naturprodukten. Diese besondere Stellung möchten wir bewahren und ausbauen.“

→ Der Ausbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-29

„Wir unterstützen den nachhaltigen Ausbau und die Finanzierung der Natura 2000-Stationen als Landschaftspflegestationen.“

→ Der Ausbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.SPD.2019-SÖT-30

„Unsere Aufgabe ist es, diese Bereiche im Rahmen einer integrativen Energiewende sinnvoll miteinander zu verbinden. Wir brauchen hierzu eine gut koordinierte und ambitionierte Energiepolitik, mit gemeinsamen Zielen auf Landes- und Bundesebene, die aber Rücksicht nimmt auf lokale und regionale Besonderheiten, auf die Wirtschaft und die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einbezieht. Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn wir die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt der Erzeugungsstrukturen stellen und die konventionellen Energieträger ergänzend dort einsetzen, wo es nicht anders möglich bzw. aus Gründen der Versorgungssicherheit notwendig ist. Dezentrale, regionale Erzeugungsstrukturen stehen dabei im Vordergrund. Eine dezentral gestaltete Energiewende bringt nicht nur den Klimaschutz voran, sondern auch die regionale Wertschöpfung – gerade in den ländlichen Regionen. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der Energieerzeugung im Zuge der Energiewende ist allerdings der Aus- und Umbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze unvermeidlich. Es gilt, den Um- und Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Um- und Ausbau der Netze miteinander zu synchronisieren.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25f., TH-WP.SPD.2019-GSÖT-2

„Als Transitland zwischen den Stromproduzenten im Norden und den großen Verbrauchern im Süden ist Thüringen aufgrund seiner zentralen Lage durch den Ausbau der Übertragungsnetze, der sogenannten Stromautobahnen, besonders belastet. Das vorrangige Ziel muss sein, einen Neubau von Trassen – wo immer möglich – zu vermeiden und vorhandene Leitungen aufzurüsten.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.SPD.2019-SÖT-31

„Wir wollen eine Energiepolitik, die sich an den Zielen ökologischer Erneuerung, bezahlbaren Energiepreisen, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit orientiert.“

→ Die ökologischer Erneuerung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 26, TH-WP.SPD.2019-GSÖT-3

„Wir halten an unserer ablehnenden Position zu neuen 380 KV-Leitungen durch Thüringen fest. Wir fördern die Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung bei allen Entscheidungen zu Maßnahmen der Energiegewinnung.“

→ Es wird sich gegen den Bau und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.SPD.2019-SÖT-32

„Wir fördern den Ausbau der Ökostromproduktion in Thüringen zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgerinnen unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten.“

→ Der Ausbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.SPD.2019-SÖT-33

„Wir setzen uns für eine Mobilität ein, die niemanden ausgrenzt und dennoch nachhaltig ist.“

→ Die Umsetzung nachhaltiger Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.SPD.2019-SÖT-34

„Der Umweltbonus richtet sich damit ausschließlich an Besserverdienende. Wir prüfen, inwieweit parallel zum Umweltbonus für Elektrofahrzeuge einen Umweltbonus in gleicher Höhe für Nachrüstungen herkömmlicher Fahrzeuge möglich ist.“

→ Der damit veränderte Umgang mit der Umwelt ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.SPD.2019-SÖT-35

„Der Weg zwischen Arbeitsplatz und Wohnort ist für viele Menschen, der am häufigsten genutzte Weg. Wenn der Individualverkehr und die Umweltbelastung verringert werden sollen, muss an dieser Stelle angesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Monats- und Jahresabos zusätzliche Anreize für einen Umstieg vom Auto auf die Bahn enthalten.“

→ Die Umsetzung ökologischer Mobilität ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 27, TH-WP.SPD.2019-SÖT-36

„Wir werden in der nächsten Legislaturperiode dafür sorgen, dass der Sanierungsstau der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten reduziert wird.“

→ Die Gärtensanierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.SPD.2019-SÖT-37

„Keinem Land allein werden Klimaschutz und Energiewende gelingen.“

→ Der generelle Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.SPD.2019-SÖT-38

„Wir stellen gute Arbeit, soziale Leitplanken und eine nachhaltige Wirtschaft ins Zentrum unserer europapolitischen Initiativen. Dabei sind die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) unsere Richtschnur.“

→ Die Umsetzung der Ziele ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### **2.3.3.4.5 Die Codes aus dem Wahlprogramm der Grünen**

S. 2, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-1

„Und deshalb kämpfen wir für eine Welt, in der die natürlichen Lebensgrundlagen geachtet und bewahrt werden, für Gerechtigkeit und für eine starke, lebendige Demokratie. Hier in Thüringen – im grünen Herzen Deutschlands, mitten in Europa.“

→ Der veränderte Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 2, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-2

„Ökologie und Gerechtigkeit, Demokratie und eine offene Gesellschaft müssen täglich erstritten und bewahrt werden. Wir wollen in einem Land leben, in dem das Miteinander der Menschen in Stadt und Land an erster Stelle steht. In einem Land mit sauberem Wasser, guter Luft und viel Natur, in dem es summt, weil Umwelt- und Artenschutz großgeschrieben wird. In einem Land, in dem umweltfreundliche Landwirtschaft und Natur Hand in Hand gehen und Tiere artgerecht gehalten werden. In einem Land, das das Klima schützt und neue Energien voranbringt. In einem Land, in dem die Menschen überall umweltfreundlich und bezahlbar mobil sein können. In einem Land, in dem die Menschen mit grünen Ideen nachhaltig wirtschaften und schwarze Zahlen schreiben.“

→ Die Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

#### S. 2f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-3

„Klimaschutz ist endlich Gesetz. Durch gezielte Förderung der erneuerbaren Energien, der Elektromobilität und der Kommunen modernisieren wir das Land und machen es fit für die Zukunft. Wir haben das Grüne Band mit rund 763 Kilometern an der ehemaligen innerdeutschen Grenze unter Schutz gestellt und somit ein einzigartiges Naturmonument geschaffen, das Geschichte lebendig und erfahrbar macht. Auf fünf Prozent der Waldflächen in Thüringen wird künftig die Säge ruhen, damit neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen entstehen. Und mit dem neuen Wassergesetz werden unsere Flüsse, Bäche und Seen sauberer sowie der Hochwasserschutz gestärkt.“

→ Die Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 3, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-4

„Lassen Sie uns zusammen für ein Thüringen eintreten, in dem ÖKOLOGIE und GERECHTIGKEIT, DEMOKRATIE und die OFFENE GESELLSCHAFT großgeschrieben werden – jetzt und für die Zukunft unserer Kinder und Enkel.“

→ Die generelle ökologische Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

#### S. 9, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-5

„Extreme Hitze und Dürre, Hochwasser und zerstörerische Orkane sind keine fernen Bedrohungen mehr. Sie finden statt. Hier, bei uns. Diesen Klimanotstand erkennen wir an. Für uns ist klar, dass alle zukünftigen Gesetzesvorhaben unter Klimavorbehalt stehen müssen. Für uns heißt das konkret, dass Gesetzesentwürfe auf daraus resultierende zusätzliche Treibhausgasemissionen hin zu überprüfen sind. Dabei dürfen zusätzliche Emissionen nur mit Einsparungen an anderer Stelle und unter gleichzeitiger Beachtung der Einsparvorgaben des Thüringer Klimagesetzes möglich sein. So wollen wir jeglichen zusätzlich drohenden, unnötigen Ausstoß von Treibhausgasen frühzeitig erkennen, um diesen abwenden und entsprechend handeln zu können.“

→ Der generelle Klimavorbehalt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 9f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-6

„Und wir wollen handeln. Das Klimaabkommen von Paris 2015 war ein großer Schritt. Die Länder dieser Erde haben erkannt, dass ein ‚Weiter so‘ keine Lösung ist. Wir haben das Wissen, die Technologien und die Kreativität, um die Klimakatastrophe abzuwenden und die Folgen der Erderwärmung zu begrenzen. Deswegen unterstützen wir die Forderungen der neuen Klimaschutzbewegung ‚Fridays for Future‘. Wir sind die Generation, die die ersten Auswirkungen der globalen Erwärmung bereits spürt, aber im Sinne dieser Jugendlichen, unserer Kinder und Enkelkinder jetzt entscheiden muss, noch rechtzeitig Energie zu sparen, auf erneuerbare Energien für die Strom- und Wärmeerzeugung und emissions- und schadstofffreie Mobilität zu setzen und die Agrarwende einzuleiten. Wir können heute durch Vorsorge die Auswirkungen der Klimaveränderungen abmildern, zum Beispiel durch Klimaanpassungsmaßnahmen wie den Umbau der Nutzwälder zu natürlichen, widerstandsfähigeren Mischwäldern, durch Verbesserungen beim Hochwasserschutz oder Hitzeschutz in den Städten. Nichts aber ist wirksamer als aktiver und verbindlicher Klimaschutz, jetzt und hier, mit überprüfbaren Maßnahmen in allen Handlungsfeldern, die Emissionen verursachen.“

→ Diese generelle Klimapolitik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 9, TH-WP.Grüne.2019-PK-1

„Deswegen unterstützen wir die Forderungen der neuen Klimaschutzbewegung ‚Fridays for Future‘.“

S. 10, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-7

„Unsere Politik an den Erfordernissen der ökologischen Modernisierung auszurichten, ist radikal, weil die Herausforderungen radikal sind. Aber sie ist realistisch. Und vor allem ist sie vernünftig. Deshalb fordern wir, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Thüringen Verfassungsrang erhalten. Eine Politik, die Ökologie und das Soziale zusammendenkt und vor wirtschaftliche Interessen stellt und technische wie soziale Innovationen zum Wohl der Umwelt unter Anerkennung der ökologischen Systemgrenzen entschlossen fördert, bereichert Wirtschaft und Gesellschaft.“

→ Diese generelle Umorientierung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 12, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-8

„Mit der Novelle des Thüringer Naturschutzgesetzes sichern wir die Natura-2000-Stationen dauerhaft. Wir werden die Stationen und die dahinter stehende Trägerstruktur auch in den kommenden Jahren finanziell unterstützen und die Teams ausbauen.“

→ Die Umsetzung der Novelle ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 12, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-9

„Die Stationen sind nichts ohne die Schutzgebiete mit ihrer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt. Ihr Erhalt erfordert Managementpläne, die bisher von externen Dienstleistern erarbeitet und weiterentwickelt werden. Wir werden prüfen, ob sich diese Aufgabe zukünftig an die Träger der Natura-2000-Stationen übertragen lässt. Um die Schutzgebiete selbst dauerhaft naturschutzrechtlich zu sichern, setzen wir uns für eine sukzessive Ausweisung als Naturschutzgebiete ein.“

→ Die Ausweitung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-10

„Die Ausweisung als Nationales Naturmonument bietet die Chance, Geschichte und Natur in ihrer Verbundenheit zu bewahren. Deshalb wollen wir ein bundesweites ‚Grünes-Band-Zentrum‘ als touristische Attraktion nach Thüringen holen. Hier soll die Besonderheit dieses Verbundes aus Naturschutz und Erinnerungskultur sichtbar und erlebbar gemacht werden. Von hier aus wollen wir mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt andere Länder ermutigen, den ehemaligen Todesstreifen nach dem Vorbild Thüringens zur Lebenslinie zu entwickeln.“

→ Die Ausweisung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 13f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-11

„Ganz im Norden Thüringens befindet sich ein weiterer Naturschatz, das größte Gipskarstgebiet Mitteleuropas mit seinen Orchideen-Buchenwäldern und Gipsfelsen. Wir wollen dieses Juwel schützen und ein **Biosphärenreservat Südharz** ausweisen. Mit einem moderierten Diskussionsprozess mit den Bürger\*innen in den Landkreisen Nordhausen und Kyffhäuserkreis haben wir in dieser Legislatur dafür den Startschuss gegeben. Das Konzept für eine dritte Biosphärenregion in Thüringen liegt nun vor. Wir werden diesen Prozess mit dem Ziel fortsetzen, eine Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat zu erhalten, um die weltweit einmaligen Karst-Lebensräume zu schützen. Das geht nur mit breiter Unterstützung vor Ort. Deshalb werden wir mit der Gipsindustrie einen Dialog zum Ausstieg aus dem Naturgipsabbau starten, den begonnenen Moderationsprozess mit Kommunen und Bürger\*innen fortsetzen und Finanzmittel für die touristische Regionalentwicklung bereitstellen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Ausweitung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-12

„Nur wer die Natur kennt und schätzt, kann sie schützen. Wir wollen **Umweltbildung** stark machen. Dazu gehört mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Schulen und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit mit einer klaren, ressortübergreifenden Landesstrategie und einem Förderprogramm im Umweltministerium ebenso wie mit Ansprechpartner\*innen vor Ort.“ (Herv. i. O.)

→ Der über die Bildung veränderte Umgang mit der Natur ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 14, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-13

„Wir werben dafür, **weitere Naturschutzgroßprojekte** ins Leben zu rufen, um unser Naturerbe zu schützen, zu bewahren und zu entwickeln. Das sind Vorhaben, die weit über unsere Umgebung hinaus Einfluss auf das Ökosystem haben.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit dem Ökosystem ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 14, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-14

„Bei Bundesprojekten wollen wir die Träger bei der Finanzierung des Eigenanteils unterstützen. Bestehende Großschutzprojekte, angefangen beim Biosphärenreservat Thüringer Wald, wollen wir weiter stärken und ihren Erhalt auskömmlich finanzieren.“

→ Die Stärkung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-15

„Die ‚Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt‘ des Bundes sieht vor, zwei Prozent der gesamten Landesfläche zu Wildnisgebieten zu entwickeln. Das ist die nächste Chance für unsere Natur und gleichsam Naturkapital für unsere Kinder. Ein Programm zur langfristigen und ökologischen Waldentwicklung werden wir zusätzlich entwickeln. Wir wollen das Waldgesetz ökologischer machen und dem Naturschutz mehr Raum geben. Kommunen wollen wir dabei unterstützen, ihre Wälder naturnah zu bewirtschaften.“

→ Die Umsetzung der Strategie ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Grüne.2019-GSÖT-1

„Wir verkaufen unseren kostbaren Wald nicht, sondern sorgen dafür, dass die Waldflächen im Besitz des Landesforstes in öffentlichem Eigentum verbleiben.“

→ Somit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 15, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-16

„Wir BÜNDNISGRÜNE werden für Thüringen einen Biotopverbundplan erstellen, der eine Mindestgröße und -dichte von zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen Verbindungselementen festlegt. Der Biotopplan soll rechtsverbindlicher Bestandteil in allen Raumplanungsebenen und seine finanzielle Umsetzung im Landeshaushalt verankert werden.“

→ Die veränderte Umgang mit den Biotopen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-17

„Der Wolf hat eine Daseinsberechtigung auch in Thüringen. Wir haben in der Landesregierung einen Wolfsmanagementplan aufgelegt und verschiedene Fördermaßnahmen für den Schutz von Schafen und Entschädigungsregelungen für Schäfer\*innen entwickelt, die wir weiterentwickeln wollen. Auch beim Biber brauchen wir Managementpläne, da Biber ihre eigenen Lebensräume gestalten, Bäume fällen und Gewässer stauen. Für großräumig wandernde Tiere wie Luchse oder Wildkatzen stellen unsere Straßen starke Begrenzungen ihrer Lebensräume dar. Mit Grünbrücken und ähnlichen Hilfsmaßnahmen wollen wir dem entgegenwirken und uns außerdem für die gezielte Überwachung und Förderung gefährdeter Arten einsetzen. Zur Landschaftspflege wollen wir Projekte mit großen Weidetieren fördern.“

→ Der veränderte Umgang mit den Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 16f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-18

„Auch in unseren Städten grünt und blüht, summt und brummt es. Tiere und Pflanzen haben als unsere Nachbarn ihre ganz speziellen Biotope in der Stadt gefunden. Wir machen uns dafür stark, dass diese geschützt und gestärkt werden. Jeder Baum in der Stadt ist ein freundlicher Nachbar, der Schatten spendet, Feinstaub aus der Luft filtert und Lebensraum für Vögel und Insekten bietet. Der Erhalt und, wo nötig, Ersatz der Stadtbäume gehören für uns genauso zur Lebensqualität in der Stadt wie die Renaturierung von Bächen und Flüssen in Siedlungsgebieten und die Begrünung von Fassaden. Wir werden Kommunen dabei unterstützen, vom Förderschwerpunkt **Stadtnatur** im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt zu profitieren. Damit stärken wir die Entwicklung kommunaler Biodiversitäts- und Freiraumstrategien, die naturnahe Gestaltung und Unterhaltung von Grünflächen sowie deren Vernetzung untereinander und mit dem Umland. Im Zentrum des Programms stehen die Erhaltung von Lebensräumen für stadttypische und gefährdete Tier- und Pflanzenarten, insektenfreundliche Stadtbegrünung, Wildblumenwiesen, die Renaturierung von Brachflächen, die Aktivierung neuer Flächenpotenziale durch Gewässerrenaturierung sowie die Schaffung grüner Straßenräume und ‚lebendiger‘ Gebäude. Wir setzen uns weiter für die Einrichtung von Naturerfahrungsräumen, grünen Klassenzimmern sowie naturnahen Schulhöfen und Außengeländen von Kindergärten ein. Landesweit werden wir das stark nachgefragte und etablierte Förderprogramm ‚Entwicklung Natur und Landschaft‘ (ENL) deshalb um den Förderbestand der Umweltbildung erweitern und jährlich weiter finanziell um eine Million Euro aufstocken.“ (Herv. i. O.)

→ Die Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-19

„Wir BÜNDNISGRÜNE werden auch weiterhin die unteren Naturschutzbehörden, den ehrenamtlichen Naturschutz und die Naturschutzbelange insgesamt stärken. In der aktuellen Legislaturperiode haben wir eine deutliche Erhöhung der landeseigenen Naturschutzmittel durchgesetzt, bis 2020 werden 25 Millionen Euro bereitgestellt und spezielle Programme zur Förderung der Landschaftspflege aufgesetzt. Ohne solide Finanzierung und einen Stellenaufwuchs in der Umweltverwaltung ist wirkungsvoller Naturschutz nicht möglich. Wir befürworten die Kofinanzierung von EU-Programmen wie den Ausbau des Naturschutz- und Landschaftspflegeprogramms (NALAP) zur Förderung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Landeseigene Förderprogramme sollen stärker auf naturschutz- und artenschutzfreundliche Durchführung fokussiert werden.“

→ Die Stärkung des Naturschutzes ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 17f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-20

„Mit einer Vielzahl von Projekten sollen Gewässer wieder besser als Lebensraum für heimische Pflanzen und Tiere dienen, Flüsse mehr Raum erhalten oder durch grüne Randstreifen die Nährstoffeinträge in Gewässer durch die Landwirtschaft reduziert werden. Und vor allem werden diese Projekte unter Einbeziehung der Bürger\*innen vor Ort realisiert. Der Hochwasserschutz wird weiter gestärkt, zusätzlich zu den bestehenden Schutzgebieten werden entlang weiterer 800 Kilometer Gewässer neue Überschwemmungsgebiete ausgewiesen. Beide Programme werden wir fortschreiben. Die ökologische Komponente des Hochwasserschutzes wird dabei weiter gestärkt. Statt Flüsse weiter mit Beton einzuhegen, wollen wir ihnen mehr Raum geben und Dynamik ermöglichen. Mit einem Auenschutzprogramm sollen die Umwandlung von Acker in Grünland für *Retentionsflächen*\* befördert und Grundstückseigentümer entschädigt werden. Aktiver Hochwasserschutz in Städten wird auch erreicht durch Flächenentsiegelung, Regenwasserrückhaltung/-speicherung und Dachbegrünungen. Das entlastet darüber hinaus die Regenwasser- und Abwasserkanäle.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 18, TH-WP.Grüne.2019-GSÖT-2

„Eine Privatisierung der Wasserwirtschaft ist mit uns BÜNDNISGRÜNEN nicht zu machen.“

→ Somit wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 18, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-21

„Stattdessen wollen wir Wasser für alle in guter Qualität und Menge. Dafür werden wir das Thüringer Wassergesetz konsequent umsetzen. Denn gute Qualität und die benötigte Menge sind nicht immer gegeben. Nitrateinträge, insbesondere aus der Landwirtschaft, belasten unsere Gewässer und der Pegel des Grundwassers erholt sich in manchen Regionen aufgrund von Dürre und hoher Entnahme nicht in ausreichendem Maße. Wir wollen die Düngeverordnung ändern und mittels Förderprogrammen die Nutzung von Nitrat und Phosphat in der Landwirtschaft reduzieren. Eine **leistungsfähige Abwasserentsorgung** ist Voraussetzung für eine gesunde Infrastruktur. Darüber hinaus ist sie erforderlich, um in den Gewässern ein hohes Güteniveau zu erhalten oder wieder herzustellen. Generelle Zielsetzung der Abwasserentsorgung ist es, Böden und Gewässer vor schädlichen Verunreinigungen zu schützen sowie deren Nutzung und die dortigen Lebensgemeinschaften möglichst nicht zu beeinträchtigen. Um die Einleitung illegaler Abwässer zu unterbinden, werden wir *Gewässerschauen\** einführen. Die unter grüner Initiative neu gegründeten Gewässerunterhaltungsverbände wollen wir konsequent auf die *europäische Wasserrahmenrichtlinie\** verpflichten. Den Erhalt eines ökologisch guten Zustands und die Revitalisierung der Auen werden wir finanziell unterstützen. Auch bei der Abwasserreinigung gibt es noch etwas zu tun, der Anschlussgrad an Kläranlagen muss weiter steigen.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Wasser ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-22

„Bis zum Jahr 2027 soll der von der europäischen Wasserrahmenrichtlinie geforderte ökologische Gewässerzustand in der Weser erreicht werden. In der durch den Kalibergbau hoch belasteten Werra soll die Salzkonzentration halbiert werden. Zum Schutz des Grundwassers wird die bislang praktizierte Versenkung von Reststoffen unter Tage beendet. Dieser durch das grüne Umweltministerium vorangetriebene ‚Masterplan Salzreduzierung‘ muss in den kommenden Jahren konsequent in die Tat umgesetzt werden. Wir fordern einen Stopp der Aufhaltung des Abbaus und die Rückverbringung von Salzabwässern unter Tage.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 19, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-23

„Auch der Altlastenfall um die ehemalige Teerfabrik in Rositz/Schelditz und das belastete Grundwasser ist gelöst. Thüringen und der Bund werden das schadstoffbelastete Gebiet um die Talstraße gemeinsam sanieren und investieren insgesamt 13 Millionen Euro. Die Einigung sieht den Ankauf nicht mehr nutzbarer Gebäude bzw. der Grundstücke im Ortsteil Schelditz durch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Thüringen vor. Das ermöglicht den Betroffenen, deren Häuser nicht mehr nutzbar sind, einen Neustart ohne Schadstoff- und Geruchsbelastung an einem anderen Ort. Wir werden die konsequente Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen begleiten.“

→ Die naturbezogenen Veränderungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-24

„Wir wollen deshalb den Einsatz von Pestiziden in der Land- und Forstwirtschaft, aber auch im Privatgebrauch soweit es geht minimieren, denn sie sind Gift, insbesondere für Insekten und Bienen. Ausgeräumte ‚Agrarwüsten‘ gibt es auch in Thüringen noch zu viele. Deshalb stehen wir BÜNDNISGRÜNE für eine ökologische, nachhaltige Landwirtschaft, die Käfer, Würmer, Larven und Mikroorganismen schützt.“

→ Die Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-25

„Wir streben deshalb das Null-Hektar-Ziel in Thüringen an, um unsere wertvollen Böden vor weiterer Versiegelung zu bewahren. Neue Flächen sollen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sie anderswo freigegeben werden, zum Beispiel durch die Beseitigung alter Industriebrachen. Dadurch wird die weitere Zerstörung unserer Landschaft eingedämmt und unsere Ortskerne erhalten neues Leben.“

→ Die Umorientierung der Flächenpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 20, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-26

„Wir werden die Kommunen bei ihrem Flächenmanagement unterstützen und die vorhandenen Förderprogramme in Stadt und Land um eine bessere Unterstützung bei der Entsiegelung von Flächen ergänzen. Eine Genehmigung zur baulichen Nutzung von Freiflächen soll perspektivisch nur noch dann erteilt werden, wenn nachweislich keine andere Möglichkeit in Betracht kommt.“

→ Die Umorientierung der Flächenpolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 20f., TH-WP.Grüne.2019-GSÖT-3

„Dem unerkannten Erwerb von Boden durch den Kauf landwirtschaftlicher Betriebe (share deals), auch bekannt als **Landgrabbing**, werden wir entschlossen entgegenzutreten. Es gilt, die Agrarstruktur Thüringens vor dem um sich greifenden Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investor\*innen zu schützen.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. des Grabblings wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 21, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-27

„Nachrüstung der betroffenen Fahrzeuge auf Kosten der Industrie ist unsere grüne Forderung in der Bundespolitik. Aber auch hier im Land werden wir konsequent für bessere Luft sorgen. Im Mittelpunkt steht eine Verkehrspolitik für morgen und für Jung und Alt: eine vernetzte Mobilität, deren ökologischer Fußabdruck im gesamten Lebenszyklus möglichst ‚null‘ ist, bessere Förderung von Schiene, öffentlichem Nahverkehr, Radfahren und zu Fuß gehen. Mit Kindern und Senior\*innen haben wir die Schwächsten im Verkehr immer im Blick. Mit der Umsetzung flächendeckender, wirkungsvoller Luftreinhaltepläne tragen wir dazu bei, dass die gesetzlichen Grenzwerte in ganz Thüringen eingehalten werden. Für Baumaschinen in Siedlungsgebieten sollen Feinstaubfilter zur Pflicht werden.“

→ Die Umorientierung der Verkehrspolitik ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-28

„Deshalb wollen wir kommunale und unternehmerische Strategien zur Kreislaufwirtschaft und Rohstoffrückgewinnung unterstützen, zum Beispiel, wenn Kommunen bei öffentlichen Veranstaltungen und im Alltag auf Mehrweggeschirr und die Einführung von Pfandsystemen setzen. Weil die öffentliche Hand eine Vorbildwirkung hat, werden wir das Beschaffungswesen aller Landeseinrichtungen darauf ausrichten, nachhaltige Produkte einzusetzen, angefangen bei der Dämmung öffentlicher Bauten bis hin zur Beschaffung von Büromaterial.“

→ Die generelle nachhaltige Ausrichtung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 22, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-29

„Wir BÜNDNISGRÜNE werden uns daher auf Bundesebene weiter für ein Verbot von Mikroplastik und schwer abbaubaren Polymeren in Kosmetika einsetzen. Wir unterstützen eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik. Zudem wollen wir auch in Thüringen die Reduzierung von Plastik und Mikroplastik in den Blick nehmen und streben eine konsequente Kreislaufführung an. Wir wollen das Monitoring zur Belastung durch Mikroplastik verbessern und die Erforschung ihrer Ursachen und Wege zu ihrer Verminderung fördern. Um das globale Problem auch vor Ort greifbar zu machen, wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, für das Thema zu sensibilisieren. Um die Entwicklung hin zur ‚Zero-Waste-Gesellschaft‘ zu beschleunigen, wollen wir außerdem, dass die Gründung von Unternehmen, die neue Wege in der Abfallvermeidung gehen, wie zum Beispiel Unverpackt-Initiativen, durch Förderprogramme gezielt unterstützt wird.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung der Zero-Waste-Idee ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-30

„Wir BÜNDNISGRÜNE wollen aktiv dagegen antreten, dass zu viele Lebensmittel im Abfall landen, und die Wertschätzung von Lebensmitteln auch als Teil des Ressourcen- und Klimaschutzes voranbringen. Dazu werden wir gemeinsam mit der Lebensmittelproduktion, dem Handel, der Verbraucher\*innenberatung und den zivilgesellschaftlichen Initiativen einen Thüringer Maßnahmenplan entwickeln. Initiativen des **Foodsharings\*** und die Tafeln werden wir gezielt fördern und uns dafür einsetzen, dass das Retten von Lebensmitteln zur Selbstverständlichkeit für den Lebensmitteleinzelhandel, die Gastronomie, Kantinen und die Verbraucher\*innen wird. Explizit setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein **Containern\*** zu entkriminalisieren. Ähnlich wie in Frankreich fordern wir zusätzlich, dass Lebensmittelgeschäfte ab einer Größe von 400m<sup>2</sup> dazu verpflichtet sind, eine Partnerschaft mit einer Hilfsorganisation einzugehen, die die unverkauften Lebensmittel abnimmt. Die Nutzung von Leitungswasser wollen wir bewerben und fördern. Kantinen und Gastronomie wollen wir zur Bereitstellung von Leitungswasser ermutigen und dabei unterstützen. Dies soll sowohl die Wertschätzung der Qualität unseres Leitungswassers bei den Bürger\*innen erhöhen, als auch Glas- und Plastikmüll und unnötige Transportwege vermeiden.“ (Herv. i. O.)

→ Ressourcen- und Klimaschutz sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 23f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-31

„Die globale Erwärmung kann nicht rückgängig gemacht werden, aber es ist möglich, sie zu verlangsamen und ihre Auswirkungen zu begrenzen. Es liegt also in unser aller Hand, das **Klima aktiv und verbindlich zu schützen**. Wir tragen Verantwortung – für uns, für unseren Planeten, für unsere Kinder, Enkel\*innen und Urenkel\*innen. Diese Verantwortung treibt uns BÜNDNISGRÜNE an. Nach Jahren des politischen Stillstands haben wir mit unserem Eintritt in die Thüringer Landesregierung einen Kurswechsel eingeleitet. Im Dezember 2018 wurde das Thüringer Klimagesetz mit konkreten Klimazielen und Anpassungsstrategien beschlossen. Bis 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen, wie CO<sub>2</sub>, Methan und anderen, um mindestens 70 Prozent und bis 2050 um mindestens 95 Prozent im Vergleich zu 1990 verringert werden. Erstmals gibt es damit Leitplanken für den aktiven Klimaschutz im Freistaat. Mit diesem Gesetz ist Thüringen bundesweit führend und nimmt eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ein. Um dieser Rolle weiterhin gerecht zu werden und um neue wissenschaftliche Erkenntnisse, unter anderem aus dem *IPCC-Report\**, einzubeziehen, wollen wir die Bemühungen beim Klimaschutz weiter ausbauen. Deshalb soll der gesamte Energiebedarf des Landes bis 2037 bilanziell durch einen Mix aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Insgesamt streben wir ein treibhausgasneutrales Thüringen bis 2040 an.“ (Herv. i. O.)

→ Generelle Klimapolitik ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 24, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-32

„Diese Form der engen Bürger\*innenbeteiligung wollen wir BÜNDNISGRÜNEN bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen weiterführen.“

→ Die Umsetzung der Maßnahmen ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 24f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-33

„Innovative Techniken der Energiegewinnung, der effiziente Energieeinsatz sowie echte Einsparungen (*Suffizienz\**) in der Thüringer Industrie und Wirtschaft können ein klimabewusstes Thüringen in eine wirtschaftliche Vorreiterrolle bringen. Aber es bleibt noch viel zu tun, um auf die Folgen der Klimaveränderung vorbereitet zu sein: Essenziell sind für uns eine Forstwirtschaft mit einer naturnahen Waldnutzung, die die biologische Vielfalt und die Speicherung klimaschädlicher Gase erhöht, wirksamer Hochwasserschutz und mehr Hitzeschutz beim Städte- und Wohnungsbau zum Beispiel durch verschattende Gebäudegestaltung oder eine Fassaden- und Dachbegrünung. Darüber hinaus wollen wir in Klimaschutzrelevanten Bereichen – wie Mobilität und Landwirtschaft – einen grundlegenden Strukturwandel herbeiführen. Kurz: Wir wollen ökologische Landwirtschaft mit nachhaltiger Landnutzung und Tierhaltung, die die Artenvielfalt bewahrt und die Böden schützt, Verkehr, der Mobilität auch ohne klima- und gesundheitsschädliche Emissionen ermöglicht. Wir wollen, dass sich politische Entscheidungen auch immer an der Frage messen lassen, ob sie gut für das Klima sind. Deshalb sollen der Klimaschutz und die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien als Ziele in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Maßnahmen sind zusammen eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-34

„Natürlich muss sich Politik an ihren eigenen Zielen messen lassen. Deshalb soll auch die Thüringer Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral arbeiten.“

→ Die Umsetzung dieses konkreten Ziels ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 25, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-35

„Weil Klimaschutz nur gemeinsam geht, mit Landkreisen, Städten und Gemeinden, werden wir die **Förderung für kommunale Klimaschutzprojekte** mit *Klima-Invest\** fortsetzen.“ (Herv. i. O.)

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-36

„Die Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Lebensweise grundlegend. Sie sollte immer einhergehen mit einem Wandel zur ökologischen Nachhaltigkeit: Digitale und ökologische Transformation zusammenzudenken ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit!“

→ Es wird eine gesamte ökologische Transformation angestrebt.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-37

„Intelligente Lösungen können uns dabei helfen, nachhaltig zu handeln und Ressourcen effizient zu nutzen und zu schonen.“

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 26, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-38

„Wir BÜNDNISGRÜNE werden daher bestehende Förderinstrumente überprüfen und nachjustieren, um Unternehmen im Dialog für ein nachhaltiges und ressourcensparendes Wirtschaften noch besser zu unterstützen. Bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wollen wir den Bereich Digitalisierung stärken. In der Landesverwaltung sollen ein Referat Umweltschutz und Digitalisierung eingerichtet und eine grüne Digitalisierungsstrategie erarbeitet werden. Hierzu werden wir einen Runden Tisch mit Expert\*innen aus Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft einberufen. Um die Ziele des Thüringer Klimagesetzes zu erreichen, soll das Thüringer Landesrechenzentrum bis spätestens 2030 klimaneutral arbeiten.“

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 26, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-39

„Wir werden uns zudem auch mit dem ökologischen Fußabdruck der Digitalisierung auseinandersetzen, etwa den negativen Folgen für den Energie- und Ressourcenverbrauch durch erhöhten Daten-, Technik- und Gerätekonsum sowie die Vernichtung von Effizienzgewinnen durch sogenannte *Rebound-Effekte*\*. Vor allem *Smart-City-Initiativen*\* Thüringer Kommunen müssen deshalb verpflichtet werden, sowohl solche ökologischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, als auch selbstständig digitale Umweltdaten zu erfassen und transparent, in Echtzeit und wo immer möglich als Open Data zugänglich zu machen.“

→ Die ökologische Ausrichtung der Digitalisierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 27, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-40

„Digitalisierung kann dazu beitragen, das Wissen über klimatische Entwicklungen und den Artenschutz zu vergrößern. Deshalb wollen wir innovative Projekte wie ‚Flora Incognita‘ der Technischen Universität Ilmenau und des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie bei der Weiterentwicklung unterstützen. Mit den Möglichkeiten des digitalen Zeitalters verändern sich auch die Methoden des Lernens. Das Projekt vernetzt Millionen von Bildern mit künstlicher Intelligenz. Die interaktive Pflanzenbestimmung per Smartphone holt Artenkenntnis in den Alltag zurück und stärkt damit das Interesse für Artenvielfalt und Naturschutz.“

→ Die Umsetzung von mehr Naturschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 28, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-41

„Wir wollen eine Landwirtschaft, in der die Bedürfnisse der Tiere geachtet werden, mit sauberem Wasser und lebendigen Böden, in der Ökolandwirtschaft statt Gentechnik gelebt wird. Wir wollen gesunde schmackhafte Lebensmittel, deren Qualität die Bürger\*innen wieder vertrauen können. Wir kämpfen für eine Agrarwende, für eine Landwirtschaft mit der Natur, nicht gegen sie. Deshalb brauchen wir einen Strukturwandel in der Landwirtschaft hin zu einer Gesellschaft, die kein Tierleid mehr produziert und sich klimaneutral ernährt. Der bäuerlich-ökologische Landbau ist unser Leitbild. Diesen werden wir umfassend und stärker fördern. Die konventionelle Landwirtschaft werden wir weiter dabei unterstützen, deutlich umweltverträglicher zu produzieren und Nutztiere artgerecht und nach den Maßgaben des Tierschutzrechtes zu halten. Unser langfristiges Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft für Thüringen, die im Einklang mit Umweltschutz, artgerechter Tierhaltung und Tierschutz und den wirtschaftlichen Interessen der Erzeuger\*innen existiert.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 28f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-42

„Die industrielle Massentierhaltung ist einer der größten Klimakiller weltweit. Etwa 20 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen werden in der Landwirtschaft verursacht, zum Großteil in der Massentierhaltung. Deswegen setzen wir uns für ein Ende der industriellen Massentierhaltung und für eine Reduktion der Fleischproduktion ein. Bereits jetzt engagieren sich Zuchtbetriebe in Thüringen für das Wohlergehen ihrer Tiere. Aber es gibt noch zu viele Tierfabriken, in denen beispielsweise mehr als 8.000 Schweine auf engem Raum leben – mit gerade einmal 0,75 m<sup>2</sup> Platz pro Tier. Legehennen steht mancherorts nur ein Lebensraum von einer DIN-A4-Seite zur Verfügung. In solchen Anlagen werden immer wieder Verstöße gegen den Tierschutz angezeigt, wird das Tierschutzrecht eklatant missachtet. Dagegen wehren sich auch immer mehr Erzeuger\*innen. Gemeinsam mit ihnen werden wir einen **Pakt für artgerechte Tierhaltung** vereinbaren und verbindliche Grenzen für die Tierhaltung an einem Standort festlegen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-43

„Wir werden die Tierschutzkontrollen durch eine Stärkung der Behörden auf der Landes- und kommunalen Ebene ausbauen und in der Fläche unterstützen und dafür sorgen, dass angezeigte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz gezielter und schneller geahndet werden.“

→ Die Umsetzung von mehr Tierschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 29f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-44

„Der aktuelle Entwurf einer ‚Thüringer Tierwohlstrategie‘ ist nur ein erster Schritt hin zu weniger Leid in unseren Ställen. Deshalb werden wir mit allen Beteiligten den Diskussionsprozess weiterführen, der Probleme ehrlich benennt und Lösungsansätze aufzeigt. Für Betriebe, die im Sinne einer artgerechten Haltung umbauen, ermöglichen wir Förderung durch ein Stallumbauprogramm. Auch die Einführung von weiteren Maßnahmen zur **Verbesserung der Haltungs- und Lebensbedingungen der Tiere**, wie zum Beispiel der Verzicht auf Kastenstände und der Verzicht auf das Kürzen der Ringelschwänze bei Schweinen, werden wir fördern. In Zukunft wollen wir, dass das Land Thüringen nur noch Unternehmen fördert, die die im Pakt für artgerechte Tierhaltung vereinbarten Kriterien für den Tierschutz und artgerechte Haltung einhalten. Wir stärken zudem die Mitbestimmungsrechte der Bürger\*innen und Kommunen bei der geplanten Errichtung oder Erweiterung von Tierhaltungsanlagen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung von mehr Tierschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-45

„Wir wollen die grünlandgebundene Mutterkuh-, Schaf- und Ziegenhaltung weiter fördern und erhalten. Die in Thüringen neu etablierte Schaf- und Ziegenprämie ist dazu ein erster wichtiger Schritt. Die Einführung einer Förderung für den Weidegang von Milchkühen und Stroh-Einstreu für Mastschweine sind erforderliche weitere Schritte hin zu einer artgerechteren Tierhaltung.“

→ Die Umsetzung von mehr Tierschutz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-46

„Verbraucher\*innen sollen die Wahl haben. Damit sie an der Ladentheke auf den ersten Blick erkennen, unter welchen Umständen Schweine, Hühner oder Kühe gehalten wurden, sprechen wir uns für eine einheitliche und verständliche Kennzeichnung tierischer Produkte aus.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-47

„Wir GRÜNE unterstützen **alternative, hofnahe Schlachtungen**, insbesondere auch von Weidetieren. Die Förderung mobiler Schlachteinheiten und ein enges Netz dezentraler Schlachtstätten sind hierfür der Schlüssel. Zudem soll das Land zeitlich befristet die Kosten der Ökokontrolle für Schlachthöfe übernehmen, um zusätzliche Bio-Schlachtkapazitäten zu schaffen. Lebendtiertransporte sollen eine Höchstgrenze von vier Stunden oder 150 Kilometer nicht überschreiten.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-48

„Daher wollen wir den Öko-Landbau besonders fördern. Sein Flächenanteil soll bis 2024 auf 10 Prozent und bis 2030 auf 20 Prozent der Anbaufläche in Thüringen steigen. Wir machen uns dafür stark, dass auch Kommunen ihre landwirtschaftlichen Flächen an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachten. Eine Anhebung der Flächenprämien für Ökumstellbetriebe kann hier einen Anreiz bieten. Wir wollen damit auch die steigende Nachfrage nach Bioprodukten aus der Region bedienen. Konkret wollen wir die Existenzgründung von Biobetrieben stärker fördern, Junglandwirte stärker unterstützen und die Flächenverfügbarkeit insbesondere für kleine Betriebe deutlich verbessern.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-49

„Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Umschichtung von Geldern aus der EU-Agrarförderung von der rein flächenbezogenen ersten Säule in die maßnahmenbezogene zweite Säule maximal ausgeschöpft wird und gegebenenfalls durch umweltbezogene Maßnahmen und Konditionen in der ersten Säule verstärkt wird. Ökologisch wirtschaftende Betriebe sollen bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt berücksichtigt werden. Die *ÖkoInvest-Förderung\** wollen wir ausbauen. *Ökomodellregionen\** und *Biokommunen\**, Initiativen zur rein pflanzlichen und zur *solidarischen Landwirtschaft\** haben unsere Unterstützung. Über die Qualität Thüringer Bioprodukte soll man in Deutschland reden, wir wollen deshalb die Vermarktung und die Verarbeitung von Thüringer Biospezialitäten stärker fördern. Besonders wollen wir die Produktion lokaler, pflanzlicher und klimaneutraler Lebensmittel fördern, um die Thüringer Landwirtschaft breit für die Zukunft aufzustellen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 31, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-50

„Es ist unser Ziel, dass die Thüringer Landwirtschaft bis spätestens 2040 klimaneutral wirtschaftet. Durch gezielten Humusaufbau kann sie sogar einen Beitrag leisten, Kohlenstoff aus der Luft zu binden und Klimagase zu reduzieren. Gleichzeitig wird dadurch die Bodenqualität und damit die Biodiversität verbessert. Wir werden deshalb prüfen, ob für die Förderung EU-Mittel oder Mittel aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten genutzt werden können. Thüringen hat bereits damit begonnen, die Klimaanpassung durch Förderung von Bewässerungssystemen zu ermöglichen. Das wollen wir fortsetzen und ausbauen. Wir streben in Thüringen geschlossene Nährstoff- und Betriebskreisläufe an.“

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-51

„Die Ausbildung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft an den Ausbildungseinrichtungen werden wir fördern. Ebenso werden wir Betriebe mit einer gezielten Beratung unterstützen, die den Wechsel von konventioneller zur ökologischen Landwirtschaft vollziehen wollen. Bei der **Nachwuchsförderung** wollen wir erreichen, dass Landwirt\*innen in ihrer Ausbildung ein umfassendes Bild der ökologischen Landwirtschaft kennenlernen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-52

„Wir wollen, dass es auf den Feldern wieder summt und brummt vor lauter Bienen und andern Insekten. *Neonicotinoide\** und *Totalherbizide\** mit dem Wirkstoff Glyphosat müssen deshalb so schnell wie möglich von unseren Böden verschwinden. Unter anderem wollen wir eine Thüringer **Totalherbizid-Reduzierungs-Strategie** erarbeiten.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-53

„Thüringen ist bereits Mitglied im Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Europas, dies wollen wir stärker nutzen, um eine naturnahe Landwirtschaft voranzubringen. Moderne Techniken wie *Smart Farming\** können uns beim Erreichen dieser Ziele helfen und sollen deshalb gefördert werden, wenn sie ökologisch nachhaltig und unter Beachtung der Datensouveränität konzipiert werden.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2019-GSÖT-4

„Wir lehnen **Gentechnik** in der Landwirtschaft ab. Thüringen ist bereits Mitglied im Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Europas, dies wollen wir stärker nutzen, um eine naturnahe Landwirtschaft voranzubringen.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Gentechnik wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 32, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-54

„Wir wollen in Thüringen die **Hofnachfolge** bestehender landwirtschaftlicher und gärtnerischer Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe sichern und die Gründung neuer bäuerlicher Betriebe ermöglichen. Hofnachfolger\*innen und Existenzgründer\*innen sollen umfassend beraten werden, bevorzugt Zugang zu Land erhalten und eine gezielte finanzielle Förderung erfahren. Zu diesem Zweck wollen wir die Genehmigungspflicht für den Kauf landwirtschaftlicher Grundstücke anheben und die Thüringer Landgesellschaft in die Lage versetzen, Flächen auf zehn Jahre zu bevorraten. Die Vergabe öffentlicher Flächen (Landesflächen und *weiße Flächen\** durch die Thüringer Landgesellschaft) soll vorrangig an Betriebe mit hohem Arbeitseinsatz und hoher Wertschöpfung pro Hektar, mit hohen Standards für Tierhaltung beziehungsweise an Junglandwirt\*innen und Biobetriebe erfolgen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein



S. 32f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-55

„Auch die **Streuobstwiesen** mit ihrem Bestand an alten Obstsorten leisten einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt. Wir werden eine Strategie entwickeln, um deren Verdrängung entgegenzuwirken, und ein Programm für die Nutzung und Pflege entwickeln. Gleiches gilt für Saumstrukturen an Wegrändern. Mit einem Förderprogramm wollen wir die Kommunen darin unterstützen, ehemals vorhandene Wege wieder zur Biotopvernetzung und Landschaftsgestaltung zu nutzen. Wir wollen die Neuanpflanzung und Pflege von Weidebäumen als Schattenspender für Weidetiere, Habitate für Insekten und Vögel sowie zur Landschaftsgestaltung fördern und ein Programm zur Förderung der Planung, Pflanzung, Pflege und Eigentümerentschädigung bei der Neupflanzung von Hecken auf den Weg bringen. Angesichts des dramatischen Verlustes an Insekten werden wir in den ersten 100 Tagen in einer kommenden Legislatur ein **Insektenschutz-Sofortprogramm** erarbeiten. Handeln ist dringender denn je. Deshalb wollen wir die relevanten Akteure an einen Tisch holen und eine Strategie auf den Weg bringen, Insektenlebensräume in Offenland, Wäldern, Brachen, Gewässern und Siedlungen qualitativ zu verbessern.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit natürlichen Lebensräumen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-56

„Wir wollen verbindliche Qualitätsstandards für gesundes Kita- und Schulesen und andere Gemeinschaftsverpflegung vereinbaren und dazu ein Kompetenzzentrum einrichten.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 34, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-57

„Viele für die Verbraucher\*innen wichtige Themen werden auf Bundesebene beschlossen. Dort werden wir uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, sowohl Nährwerte als auch die Herkunft betreffend, und gesetzliche Regelungen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung umgesetzt werden. Zudem sprechen wir uns gegen Lebensmittelwerbung aus, die an Kinder unter zwölf Jahren gerichtet ist, wenn die Produkte nicht den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation für ausgewogene Ernährung entsprechen.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 35, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-58

„Schon Kinder und Jugendliche sollen mündige Verbraucher\*innen sein. Sie treffen täglich zahlreiche Entscheidungen, die im Laufe ihres Lebens mehr werden, und brauchen umfangreiches Wissen über Lebensmittel, über Anbau- und Verarbeitungsprozesse, über Produkte und Verträge. **Verbraucher\*innenbildung** werden wir im Thüringer Bildungsplan umfassend und für alle Schulformen mit einem umfangreichen Materialpool verankern.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 35f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-59

„Wir wollen das Amt einer\*eines **Landestierschutzbeauftragten**, die\*der beim Landtag angesiedelt ist, mit einer eigenen Stabsstelle Tierschutz schaffen. Weiterhin fordern wir einen regelmäßigen Tierschutzbericht, welcher zweimal in der Legislatur zu erstatten ist.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-60

„Wir unterstützen die Arbeit von Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen und setzen uns für ihre auskömmliche Finanzierung ein. Neben Kosten für Futtermittel, Tierbehandlungen und bauliche Sanierungen wollen wir Personalkosten fördern. Mehr als 3.000 Menschen engagieren sich im Landestierschutzverband Thüringen e. V. für den Tierschutz. In 17 Tierheimen und drei Tierauffangstationen arbeiten sie für das Wohl der ihnen anvertrauten Tiere. Thüringer Tierheime brauchen eine verlässliche institutionelle Förderung des Landes und der Kommunen.“

→ Der verbesserte Umgang mit Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-61

„Zum Tierschutz gehört auch, dass es deutschlandweit verbindliche Regeln für den Sachkundennachweis von Tiertrainer\*innen geben muss.“

→ Der veränderte Umgang mit Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 36, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-62

„Der **Tierärztliche Notdienst** muss in Thüringen dringend neu strukturiert und somit attraktiver für Veterinär\*innen gemacht werden.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 37, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-63

„Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Thüringen auf Bundesebene ein Wildtierverbot für Zirkusse unterstützt.“

→ Der veränderte Umgang mit Tieren ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 38, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-64

„Die Lohnunterschiede zu westdeutschen Ländern sind immer noch erheblich und die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Form des Wirtschaftens geht nur stockend voran. Es gilt jetzt, die entscheidenden Weichen für die Zukunft zu stellen: Demografischer Wandel und Fachkräftebedarf, Globalisierung und Digitalisierung, stärkere Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Klima- und Umweltschutz – das sind die Themen, die die Thüringer Wirtschaft bewegen und die mutige Lösungen erfordern. Dazu gehört für uns auch, die Wirtschaft konsequent nachhaltig so zu entwickeln, dass die ökologischen Notwendigkeiten möglichst sozialverträglich umgesetzt werden können. Wir wollen die Menschen in diesen Transformationsprozess hin zu einem Wirtschaftsleben ohne permanenten Wachstumszwang mitnehmen und regen einen intensiven Dialog mit den Akteuren dazu an.“

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 38f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-65

„Durch neue Produkte und Verfahren können sie Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien und Stoffkreisläufe in den Fabrikhallen, Werkstätten und Fertigungsstraßen sowie den Endprodukten in ihren Betrieben nachhaltig verankern. Ein solches nachhaltiges Wirtschaften ist Kern unserer Wirtschaftspolitik. Damit Thüringer Kleinunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen (*KMU\**) auf diesem Weg ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen können, wollen wir in der **Wirtschaftsförderung** neben der Digitalisierung verstärkt grüne Akzente setzen und sie auf diesem Weg der ökologischen Modernisierung mit einer zielgerichteten Wirtschaftsförderung unterstützen. Investitionen und Maßnahmen, die für die Erreichung der Klimaschutzziele notwendig sind, sollen deshalb ein deutlich größeres Gewicht auch in der Wirtschaftsförderung finden. Investitionen in die Zukunft für Klimaschutz und Ressourcenschonung sollen in besonderem Maße berücksichtigt werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 39, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-66

„Unsere Umwelt darf nicht länger Faustpfand für Wirtschaftswachstum sein. Wir BÜNDNISGRÜNE streben eine Wirtschaftspolitik an, die den Grenzen der natürlichen Ressourcen und Ökosystemen Rechnung trägt. Regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen und erhalten Arbeitsplätze in Thüringen und schützen unsere natürlichen Ressourcen, sind also gut für Land und Menschen.“

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 39, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-67

„Wir wollen insbesondere nachhaltige und klimafreundliche Investitionen unterstützen. Ökologische Indikatoren bei der Wirtschaftsförderung sollen stärker berücksichtigt werden.“

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 40, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-68

„Wir wollen Thüringen zu einem Zentrum für Start-Ups machen und Ideen zum Schutz der Umwelt, zur Steigerung der Energieeffizienz, der nachhaltigen, emissionsfreien Mobilität und ressourcenschonender Produktionsverfahren besonders fördern.“

→ Die Umstellung auf Ressourcenschonung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 41, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-69

„Handwerk und kleine Unternehmen sorgen für wirtschaftliche Stabilität im Land. Und nicht nur das: Sie leisten einen großen Beitrag, dass wir ressourcenschonender leben und arbeiten. Sie setzen dabei die Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder installieren intelligente Netze. Sie sind die Ausrüster der Energiewende und Digitalisierung.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umstellung auf Ressourcenschonung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 41, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-70

„Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen verstärkt auf bekannte und neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien, solidarische Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu Ressourceneffizienz und **Kreislaufwirtschaft** und möchten diese verstärkt fördern. Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium für politisches Handeln zu machen. Mit dem Klimagesetz haben wir wichtige Impulse auch für die Modernisierung unserer Wirtschaft gesetzt und mit verschiedenen Förderprogrammen für den nötigen Anschlag bei klimafreundlichen Investitionen gesorgt.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 41, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-71

„Ein **sparsamer und effizienter Einsatz von Energie** wird für Thüringens Unternehmen mehr und mehr zum Wettbewerbsvorteil und sichert Arbeitsplätze. Das Interesse der Thüringer Wirtschaft an dem 2015 gestarteten Förderprogramm *GREEN Invest\** ist deshalb groß. Bis Ende September 2018 konnten insgesamt 701 Anträge mit rund 22,8 Millionen Euro gefördert werden. Dadurch können Energieeinsparberatungen sowie Investitionen in effiziente Produktionsprozesse oder in den Einsatz klimafreundlicher Energien mit einem Gesamtumfang von rund 33,2 Millionen Euro umgesetzt werden. Das senkt nicht nur den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, sondern verschafft Thüringens Wirtschaft durch geringere Betriebskosten nachhaltige Wettbewerbsvorteile. Daher wollen wir auch in der Industrie Möglichkeiten erarbeiten, Produktionsprozesse CO2-neutral zu machen.“ (Herv. i. O.)

→ Der Klimaschutz in der Wirtschaft ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-72

„Ressourceneffizienz ist eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Wir BÜNDNISGRÜNE werden auch weiterhin gute Bedingungen für unsere Unternehmen schaffen, die Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit verbinden und für qualitatives Wachstum sorgen: im Export, bei der Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen. Die Optimierung von Herstellungsprozessen von der Rohstoffgewinnung bis zum Recycling unter Nutzung digitaler Steuerungsmöglichkeiten ist dafür ein wichtiger Baustein. Wir wollen die Recyclingquote für wichtige Rohstoffe schrittweise erhöhen.“

→ Die Umstellung auf Ressourceneffizienz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 42, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-73

„**Klimaschutz, Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeit**, der Erhalt unser natürlichen Lebensgrundlagen – sie sind Teil unseres Wohlstands, finden sich aber im Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht wieder. Unser Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und neben dem BIP auch Kriterien wie den ökologischen Fußabdruck, Artenvielfalt, soziale Verteilung, Bildungs- und Gesundheitsindex oder Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht zu erfassen, der zusammen mit dem BIP in der Öffentlichkeit diskutiert wird und die Basis für unsere Wirtschaftspolitik in Thüringen bilden soll.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 43, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-74

„Wir wollen diesen Tourismus gezielt so stärken, dass der Natur kein Schaden zugefügt wird. Unsere Aufgabe ist es, diesen Tourismus umweltfreundlich, ressourcenschonend und sozial zu gestalten.“

→ Diese Umstellung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 43, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-75

„Wir wollen bei Tourismuskonzepten die Naturschutzexpertise stärker einbeziehen und nachhaltige, innovative und ökologische Ansätze besonders unterstützen.“

→ Diese Umstellung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 43, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-76

„Um die Thüringer Natur für Wandernde aus ganz Deutschland noch erfahrbarer und attraktiver zu machen, wollen wir das bewusste Naturerlebnis durch selbstverantwortliches Übernachten im Freien fördern. Hierfür werden wir die Voraussetzungen zur Einrichtung von Naturlagerplätzen und Freiübernachtungsmöglichkeiten (vergleichbar den sächsischen Boofen) schaffen.“

→ Diese Umstellung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-77

„Kultur und Natur können mit dem Rad und E-Bike besonders gut erfahren werden und bieten gleichzeitig die Chance für einen Wandel zu mehr naturnahem, ‚sanftem‘ Tourismus. Wir wollen die touristischen Radwege ausbauen und intelligent mit unserem Radverkehrsnetz verknüpfen. Die Kommunen und touristischen Einrichtungen werden wir bei der Bereitstellung einer Ladesäuleninfrastruktur für E-Bikes unterstützen.“

→ Diese Umstellung im Tourismus ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 44f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-78

„Zusammen mit Förster\*innen und Wissenschaftler\*innen, den Kommunen und dem Thüringenforst sowie Bürger\*innen wollen wir an einem **Modell für einen Thüringer Natur- und Klimawald** arbeiten. In diesen Prozess sollen die Privatwaldbesitzer\*innen, die Thüringer Baumschulen aber auch die holzverarbeitende Industrie, die forstlichen Lohnunternehmen und das Handwerk miteingebunden werden. Verstärkter Waldumbau, der Einsatz bodenschonender Techniken unterstützt von Pferden in sensiblen Bereichen und weniger Schneisen, mehr Naturverjüngung und hoher Aufbau eines Holzvorrats im Wald sind die Grundideen und stärken den Wald als Klimapuffer und Erholungsraum. Die Zertifizierung des Staatswaldes nach dem *FSC-Standard\** ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Kommunen, Kirchen und Privatwaldbesitzer\*innen wollen wir bei der Umstellung auf naturnahe Waldbewirtschaftung und beim Erlangen des FSC-Siegels unterstützen. Diese Maßnahmen ermöglichen langfristig auch eine Wertsteigerung und leisten einen dringend notwendigen Beitrag zum Schutz des Waldes. In den Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten hat sich die Bewirtschaftung konsequent den jeweiligen Schutzziele unterzuordnen. Dazu gehört auch eine strikte Beachtung der Brut- und Setzzeiten von geschützten Arten.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des Walds ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation und Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 45, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-79

„Energie hält unser Land in Bewegung. Aber Kohle, Gas, Öl und Atom haben alsbald ausgedient. Zu groß sind die Risiken, zu schwerwiegend die Folgen für Umwelt und Klima, zu hoch die Folgekosten. Die Energie von morgen ist grün. Wir BÜNDNISGRÜNE haben versprochen, bis 2037 den Energiebedarf unseres Freistaats durch einen Mix aus bilanziell **100 Prozent erneuerbarer Energie** selbst decken zu können.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-80

„Die **Windenergie** kann auch in Thüringen einen höheren Beitrag zum Klimaschutz und der Energiewende leisten. Ziel ist es, Thüringens Kommunen stärker als bisher an der Wertschöpfung der Windenergie zu beteiligen und die Akzeptanz der Energiewende durch transparente Planungsverfahren und direkte Beteiligung der Bürger\*innen zu stärken.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 46, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-81

„Wir haben in den letzten Jahren gezeigt: 100 Prozent Erneuerbar ist machbar. Bis 2037 ist es aber noch ein langer Weg. Wir werden dafür den Landesentwicklungsplan fortschreiben, um die Ziele des Klimagesetzes zügig zu erreichen. Das Potenzial der Windkraft wollen wir auf geeigneten Flächen nutzen. Wir stehen zum im Klimagesetz festgehaltenen Ziel von einem Prozent der Landesfläche, wobei Standorteffizienz das zentrale Auswahlkriterium sein sollte.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-82

„Durch die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) seitens der Bundesregierung haben sich die Rahmenbedingungen für die Solarenergie deutlich geändert, ihr Ausbau ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Dabei bietet die Nutzung der Sonnenenergie neben der Windenergie die größten Ausbaupotenziale. Mit dem im November 2016 gestarteten Förderprogramm *Solar Invest\** erhalten Thüringens Bürger\*innen stärker als bisher die Möglichkeit, direkt von der Energiewende zu profitieren.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-83

„Wir wollen den jährlichen Solarstromausbau von 50 Megawatt auf 100 Megawatt im Freistaat verdoppeln und dafür Photovoltaikanlagen auf möglichst allen Landesimmobilien errichten und das Förderprogramm Solar Invest für die Bürger\*innen fortsetzen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 47, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-84

„Zudem ist die Einbindung der **Solarwärme** direkt in das bestehende Fernwärmenetz bereits heute voll umsetzbar. Wir wollen über die Pilotphase hinaus solche Projekte flächendeckend in allen Thüringer Städten mit einem Nah- bzw. Fernwärmenetz entwickeln und umsetzen. Biogastechnologie ist für viele Reststoffe und Abfälle, aber auch für nachwachsende Rohstoffe eine hervorragende Nutzungsoption. Um insbesondere die güllebasierten Anlagen im Bestand der 272 Biogasanlagen in Thüringen langfristig zu sichern, werden wir Pilotprojekte zur flexiblen, stromgeführten Systemintegration und bei der Sektorenkopplung mit anderen erneuerbaren Energien ins Leben rufen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-85

„Gleichzeitig wollen wir die Anbindung von Biogasanlagen an das Wärmenetz fördern. Wir setzen uns weiter für den Ausbau von oberflächennaher Geothermie zur Wärmeherzeugung und als saisonaler Speicher ein.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 48, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-86

„Auf Wind folgt auch mal Flaute. Speicherung und Flexibilität sind also wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der Energiewende. Wir werden deshalb die Erprobung der verschiedenen Ansätze für Energiespeicherung in Thüringen sowie die wirtschaftliche Umsetzung hier in Thüringen weiter fördern und sicherstellen, dass die Bereitstellung von Speichern vergütet wird.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-87

„Die Hälfte des deutschen Energiebedarfs und damit auch ein erheblicher Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen fallen auf den Wärmebereich zurück. Wollen wir unsere Einsparziele erreichen, müssen hier deutliche Fortschritte erzielt werden. Wir werden deshalb eine **Förderinitiative für kommunale Wärmekonzepte** auf den Weg bringen. Dazu wollen wir Landesmittel zur Erstellung von Wärmekonzepten und zur Speicherung von Wärmeüberschüssen bereitstellen. Daneben werden wir die *Thüringer Energieeffizienzoffensive (TheEO)\** auf den Gebäudebereich ausdehnen. Die gewachsene Struktur der Wärmeversorgung in Thüringen basiert auf der Kraft-Wärme-Koppelung in Nah- und Fernwärmenetzen. In diese Strukturen werden wir verstärkt Biomasseanlagen, industrielle Abwärme und Solarthermie einbinden und den Neubau von regenerativen Wärmenetzen fördern. Wir setzen uns dafür ein, Biomasseanlagen als potenziell erneuerbare Wärmequellen sicherzustellen, während Biogasanlagen verstärkt an das Erdgasnetz als Bio-Methananlagen angebunden werden sollen. Für diesen Wechsel wollen wir Landesmittel einsetzen. Das hilft uns, schrittweise von Importen fossiler Energien unabhängig zu werden und die lokale Wertschöpfung zu steigern. Die auf uns zukommende Sanierungswelle werden wir nutzen, um die Gebäude in Thüringen für das post-fossile Zeitalter fit zu machen. Dazu werden wir auf der einen Seite die Reduktion des Wärmeverbrauchs fördern und auf der anderen Seite die Installation von klimaneutralen Heizsystemen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 49, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-88

„Die Energiewende gelingt dann am besten, wenn möglichst viele daran teilhaben. Deshalb wollen wir ein Bürger\*innenenergieprogramm mit Unterstützung der Thüringer Energie- und GreenTec Agentur (ThEGA) auf den Weg bringen.“

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-89

„Auch die Städte und Dörfer im ganzen Land brauchen wir als Partner der Energiewende. Wir helfen ihnen bei der Erstellung von Klimastrategien sowie Wärmeanalysen und -konzepten als Start in den Klimaschutz vor Ort. Die Voraussetzungen dafür werden durch ein funktionierendes kommunales Energiemanagement gelegt.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-90

„Außerdem ist sie der drittgrößte Verursacher von Emissionen in Deutschland. Das liegt vor allem daran, dass Mobilität heute immer noch einseitig auf das Auto ausgelegt ist. Das bedeutet klimaschädliche Emissionen, Belastungen für die Atemwege durch Stickoxide und Feinstaub, Lärm sowie erhebliche Kosten für die Nutzer\*innen und die öffentlichen Haushalte. Wir wollen deshalb Mobilität neu definieren: **Mit grüner Verkehrspolitik wachsen die Möglichkeiten**, auch mal auf das Auto verzichten zu können, nicht selbst fahren zu müssen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 50f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-91

„Hierfür wollen wir BÜNDNISGRÜNE im Laufe der nächsten Legislaturperiode ein Mobilitätsgesetz erarbeiten, das umweltfreundlicher Mobilität Vorrang einräumt, Verkehrssicherheit aller Mobilitätsformen fördert, eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum beinhaltet und die notwendigen Fahrpläne, Tarife und Echtzeitdaten flächendeckend als Open Data bereitstellt.“

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-92

„Dafür tun wir alles, um die schnellstmögliche Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung – möglichst noch vor 2028 – zu realisieren.“

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 52, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-93

„Wir wollen ein regionales Nahverkehrskonzept von Jena aus bis nach Sömmerda entwickeln, dazu die Pfefferminzbahn integrieren und weitere Strecken wie zum Beispiel Gotha–Leinefelde modernisieren und elektrifizieren. Auf den zahlreichen Bahnstrecken ohne Oberleitung sollen zunehmend umweltfreundliche und leise Zugantriebe wie die Brennstoffzelle oder batterieelektrische Züge zum Einsatz kommen. Dies wollen wir durch entsprechende Verkehrsverträge und Förderprogramme erreichen.“

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-94

„Immer mehr Menschen steigen um aufs Rad. **Radverkehr ist ein Schlüsselaspekt** in Richtung klimaschonende und ressourcensparende Mobilität. Das Fahrrad ist für kürzere Strecken nicht nur das umweltfreundlichste, sondern auch das praktischste Verkehrsmittel. Der Umstieg vom PKW auf *Pedelec\**, Fahrrad oder E-Bike kann in den Ballungszentren und ihren Randzonen erheblich zur Entlastung des Verkehrs und zur Verringerung der Abgas- und Feinstaubbelastung beitragen.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-95

„Elektromobilität kann einen entscheidenden Beitrag für einen klimafreundlichen Verkehr leisten, wenn die Rohstoffgewinnung, Nutzung und Verwertung möglichst nachhaltig erfolgt. Mit grüner Regierungsbeteiligung haben wir in diesem Bereich den Einstieg in eine klimaschonende Verkehrswende begonnen. Grüne Elektromobilität im Autoverkehr bedeutet dabei: Die Anzahl der Autos auf Thüringens Straßen muss reduziert, der weiterhin notwendige Fahrzeugbestand in einer aus Ressourcensicht sinnvollen Geschwindigkeit auf Elektroantrieb umgestellt werden.“

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-96

„Der Umstieg auf emissionsfreie **Elektromobilität** gelingt nur mit einer gut ausgebauten öffentlichen Ladeinfrastruktur, einem einheitlichen, sicheren, verbrauchsbasierten Abrechnungssystem und der Bereitstellung von offenen Daten der Standorte, technischen Merkmale und Echtzeitnutzung der Ladestationen. Überall laden, für jeden zugänglich – das ist das Ziel. Mittlerweile existieren in Thüringen über 500 öffentliche Ladepunkte, die Besitzer\*innen von Elektrofahrzeugen schon heute eine Grundversorgung an Ladesäulen ermöglicht. Mit der Erweiterung der bestehenden Förderprogramme zur Ladesäuleninfrastruktur sollen perspektivisch ein engmaschiges Ladesäulennetz sowie E-Mobilitätsstationen im öffentlichen Raum entstehen. Öffentlich geförderte oder installierte Ladeinfrastruktur sollte aus echtem Ökostrom, bevorzugt durch regionale Energieversorger oder Bürger\*innenstrom, gespeist werden. Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen und an öffentlichen Gebäuden barrierefreie Ladeinfrastruktur für Pedelecs und E-Autos bereitstellen, die sowohl von Mitarbeiter\*innen als auch öffentlich genutzt werden kann. Wir wollen in Thüringen neue Ideen rund um eine klimaschonende, emissionsfreie Mobilität fördern.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 55f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-97

„Grüne Elektromobilität zielt jedoch auch und gerade auf den öffentlichen Nahverkehr. Wichtig ist der Umstieg des öffentlichen und schienengebundenen Nahverkehrs, weg von den fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien. Wir unterstützen weiterhin aktiv Verkehrsunternehmen bei der Umrüstung ihrer Flotten in Richtung emissionsarmer Fahrzeuge. Erste erfolgreiche Tests von Elektrobussen haben in Thüringen stattgefunden, dennoch steht der Einsatz von Elektrofahrzeugen im öffentlichen Nahverkehr ganz am Anfang. Ziel ist der breite Einsatz von Elektrofahrzeugen im regulären Linienverkehr. Es gilt, die Förderung über die EFRE-Periode (Europäische Fonds für regionale Entwicklung) hinaus fortzuführen und mit Landesmitteln zu unterstützen. Im Bahnverkehr ist unser Ziel die Elektrifizierung aller Hauptstrecken in Thüringen.“

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 56, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-98

„Wir wollen diese Nahbereichs-Logistik klimafreundlicher machen, indem wir die Auslieferung mit E-Lastenrädern fördern und dazu Kommunen bei der Errichtung der dazu nötigen kleinen Verteilstationen unterstützen.“

→ Diese Umstellung im Verkehrssektor ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-99

„75 Prozent des Wohnungsneubaus in Thüringen kommt von kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten, dabei sind Kommunen, Wohnungsgesellschaften und Mieterbund, aber auch Baugemeinschaften oder Bürger\*innenenergiegenossenschaften unsere Partner. Statt Flächen ausschließlich nach Höchstgebot zu vergeben, sollen durch Konzeptvergabe vorrangig ökologische, soziale oder kulturelle Projekte berücksichtigt werden.“

→ Der Umstieg auf ökologischen Neubau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-100

„Wir wollen ökologisches Bauen forcieren, sozialen Wohnraum schaffen und dabei für die Einhaltung hoher städtebaulicher Qualität sorgen. Innenentwicklung vor Außenentwicklung, kurze Wege, die ein Leben ohne eigenes Auto begünstigen, barrierefreie Wohnungen, eine nachhaltige Quartiersentwicklung mit Kindergarten und Anwohner\*innentreff, die Anbindung an soziale und kulturelle Infrastruktur, zukunftsweisende Energiestandards mit ökologischen Baumaterialien und urbane Gärten gehören für uns dazu.“

→ Der Umstieg auf ökologischen Neubau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.Grüne.2019-PK-2

„Kindern und Jugendlichen gehört die Zukunft. Wir erleben, wie sie, für viele überraschend, weltweit die Stimme erheben, sich informieren und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Sie interessieren sich für die aktuelle Weltpolitik, sie protestieren zum Beispiel mit der Bewegung ‚Fridays for Future‘ wöchentlich gegen Umweltverschmutzung und für einen starken Klimaschutz. In Thüringen ist ein Vertreter der Bewegung ‚Fridays for Future‘ in den Thüringer Klimarat berufen worden.“

S. 65, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-101

„Kindern und Jugendlichen gehört die Zukunft. Wir erleben, wie sie, für viele überraschend, weltweit die Stimme erheben, sich informieren und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Sie interessieren sich für die aktuelle Weltpolitik, sie protestieren zum Beispiel mit der Bewegung ‚Fridays for Future‘ wöchentlich gegen Umweltverschmutzung und für einen starken Klimaschutz. In Thüringen ist ein Vertreter der Bewegung ‚Fridays for Future‘ in den Thüringer Klimarat berufen worden. Kinder und Jugendliche werden am längsten mit den Auswirkungen unserer heutigen Politik leben und haben daher berechnete politische Interessen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen mit unserer Politik ihr Recht auf eine gute Zukunft stärken und ihnen vielfältige Perspektiven und Chancen bieten.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 69, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-102

„Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine emanzipatorische und chancengerechte Bildungspolitik, in der längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen und Bildung für nachhaltige Entwicklung ihren festen Platz haben.“

→ Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 72f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-103

„Wir wollen Schüler\*innen schon frühzeitig ermuntern, sich mit den Zukunftsfragen der Menschheit auseinanderzusetzen, und werden Themen wie den Schutz der natürlichen Umwelt und der Biodiversität, die Bewahrung des Klimas, Friedensbildung, sozialen Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankern. Wir wollen eine verbindliche schulische und außerschulische Landesstrategie „**Bildung für Nachhaltige Entwicklung**“ (BNE) entwickeln und umsetzen, das Lernen außerhalb des Schulgebäudes stärken sowie ein Förderprogramm für BNE-Kooperationen mit außerschulischen Bildungsorten auflegen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 78, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-104

„Wir wollen, dass sich unsere Schüler\*innen gesund ernähren. Dazu gehört eine vielfältige, qualitativ hochwertige und regionale Mittagsversorgung möglichst aus Bio-Lebensmitteln in einer anregenden Umgebung. Um die **Essens- und Getränkeversorgung an den Thüringer Schulen** zu verbessern, werden wir gemeinsam mit den Schulträgern und Caterern eine umfassende Strategie mit einem dauerhaften Förderprogramm für gute Lebensmittelversorgungsstandards etablieren. Zudem werden wir den Schulgartenunterricht als Teil der Umwelt- und Ernährungsbildung, die auch über Landwirtschaft und Massentierhaltung informiert, gezielt fördern.“ (Herv. i. O.)

→ Die Stärkung der Ernährungsbildung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 80, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-105

„Wir setzen auf vielfältigere Bildungsangebote und Formate in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und menschenrechtsorientierte, politische und kulturelle Bildung.“

→ Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 82, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-106

„Wir werden den Bau neuer Wohnheime und gemeinschaftlicher Wohnprojekte fördern – besonders mit Blick auf nachhaltig-ökologisches Bauen.“

→ Der Umstieg auf ökologischen Neubau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 82f., TH-WP.Grüne.2019-SÖT-107

„Das Studierendenwerk hat in den letzten Jahren einen Kurs der Nachhaltigkeit hin zu regionalen, fair gehandelten Bio-Produkten eingeschlagen, den wir unterstützen werden. Gleichzeitig soll täglich ein veganes Angebot in den Mensen aller Hochschulen vom Studierendenwerk eingeführt werden.“

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 83, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-108

„Die Richtlinie im Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung für die Vergabe privater Fördergelder muss strenger werden und jede private Förderung öffentlich gemacht werden.“

→ Die strengere Umsetzung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 84, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-109

„Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einer Ökonomisierung der Hochschulen entgegenwirken. Dazu zählt die Abschaffung von Gewinnzielen und die Reduktion des Drittmittelzwangs. Wenn es Zielvereinbarungen gibt, dann müssen diese auf eine Anzahl klar überprüfbarer Aspekte reduziert werden und die Aspekte faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale wie ökologische Nachhaltigkeit einbeziehen.“

→ Die Stärkung der ökologischen Nachhaltigkeit in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 85, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-110

„Die Erforschung zentraler Zukunftsfragen der Menschheit, zum Beispiel Klimaschutz oder die Bewahrung von Biodiversität, wollen wir besonders fördern. Tierversuche sollen nach dem 3R-Prinzip (Replace = Ersetzen, Reduce = Verringern, Refine = Verbessern) reduziert, ersetzt und langfristig abgeschafft werden. Wir setzen uns für die konsequente Offenlegung aller Ergebnisse aus erfolgreichen und gescheiterten Tierversuchen und -experimenten ein.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 94, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-111

„Wir werden gezielt Forschungsprojekte zur Verbesserung der Krankenhaushygiene und gegen multiresistente Keime auf den Weg bringen.“

→ Der veränderte Umgang mit Keimen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 95, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-112

„Ein wichtiger Teil von Prävention ist **gesunde Ernährung, von Anfang an**. In Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, von der Kita-Versorgung über die Mensen des Studierendenwerks bis zu den Kantinen für die Senior\*innenverpflegung, soll gesundes Essen nach etablierten Qualitätsstandards angeboten werden. Produkte aus regionaler, ökologischer Erzeugung sind dabei ein elementarer Baustein. Für die Kleinen wollen wir ein dauerhaftes Förderprogramm für gute Lebensmittelversorgung an den Schulen etablieren. Die Komponenten des EU-Schulprogramms, Gemüse/Obst und Milch, werden wir in einer Ressortzuständigkeit zusammenführen und uns dafür stark machen, dass gezielt regionale, möglichst Bioprodukte gefördert werden. Wir werden ein Kompetenzzentrum Gemeinschaftsernährung ins Leben rufen, gemeinsam mit den Gesundheitspartner\*innen Informationskampagnen zur gesunden Ernährung anregen und ein Förderprogramm für öffentliche Trinkbrunnen und Küchen vor Ort für Kitas und Schulen auflegen. Wir sprechen uns zudem für ein Verbot von an Kinder und Jugendliche gerichteter Lockwerbung für ungesunde Lebensmittel aus.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Lebensmitteln ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 97, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-113

„Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt, den Jugendschutz stärkt und wirksame Maßnahmen bietet, die Schäden durch Drogenkonsum zu reduzieren. Aus unserer Sicht ist Drogenabhängigkeit meist nicht das Problem selbst, sondern ein Symptom tiefergehender Probleme des Individuums. Aus der Position heraus sind wir der Meinung, dass Verbote generell nicht zielführend sind, und setzen uns stattdessen für Suchtprävention und umfangreiche Hilfs- und Therapieangebote ein. Wir setzen auf Prävention und Hilfe. Dafür braucht es flächendeckende Möglichkeiten, die über Risiken des Konsums aufklären, den Kinder- und Jugendschutz zuverlässig stärken und Drogenkonsument\*innen nicht unter Generalverdacht stellen. Fürsorge und Prävention müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Wir stehen für einen umfassenden Jugend- und Verbraucher\*innenschutz und werden Kriminalisierung und Repression nicht zulassen. Die bestehenden Präventions-, Beratungs- und Hilfsprogramme in der Sucht- und Drogenprävention werden wir evaluieren und anpassen. Wir werden Modellprojekte für das sogenannte *Drug-Checking*\* ermöglichen und die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der **Drogen- und Suchthilfe** stärken. Gefährdungen wollen wir durch risikominimierende Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme und Substanztanalysen, entgegentreten. Wir setzen uns insbesondere für die Legalisierung von Cannabis und einen kontrollierten staatlichen Verkauf unter Beachtung des Kinder- und Jugendschutzgesetzes ein, um die Qualität sicherzustellen. Dahingehend wollen wir auch entsprechende Bildungsangebote zu den Risiken des Konsums an Schulen schaffen, ähnlich zu denen für Alkohol und Tabak. Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak, Alkohol und Glücksspiel hingewiesen werden. Werbung für Suchtmittel lehnen wir ab. Zur besseren Therapiemöglichkeit unter anderem bei Abhängigkeit von Crystal Meth werden wir Forschungsprojekte initiieren. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir einen Masterplan Sucht- und Drogenprävention in Thüringen entwickeln und besonders Gesetzeslücken schließen und Schnittstellen in der Therapie in Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern.“ (Herv. i. O.)

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, ist dies in der Praxis eine sozial-ökologische Transformation im Bereich der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 108, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-114

„Sanierungen sowie Um- und Neubauten von Sportstätten sind Investitionen in die Zukunft. Ökologische, landschaftsangepasste sowie naturverträgliche Lösungen sollten dabei auch deshalb zum Tragen kommen. Mit dem novellierten Thüringer Sportfördergesetz haben wir die richtigen Weichen gestellt. Wir setzen auf ein höheres Tempo bei der energetischen Sanierung bestehender Anlagen und unterstützen die Strom- und Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien. Bei Sport(groß)veranstaltungen setzen wir auf die Vorbildwirkung des Sports und unterstützen Umweltkonzepte für eine klimaneutrale Versorgung, eine nachhaltige Mobilität und wirksame Konzepte zur Müllvermeidung.“

→ Diese Stärkung ökologischer Aspekte ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 108, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-115

„Bei der Modernisierung von Spitzensportstätten, insbesondere in Oberhof, sind ökologische Kriterien und nachhaltige ganzjährige Nutzungskonzepte für uns BÜNDNISGRÜNE ein absolutes Muss. Eingriffe in den Landschafts- und Naturhaushalt sind zu vermeiden. Die globale Erwärmung macht vor den Mittelgebirgslagen in Thüringen keinen Halt. Daher ist auch der Sportstandort Oberhof nur mit einem Ganzjahreskonzept zukunftsfähig.“

→ Diese Stärkung ökologischer Aspekte ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 108, TH-WP.Grüne.2019-GSÖT-5

„Bei der Modernisierung von Spitzensportstätten, insbesondere in Oberhof, sind ökologische Kriterien und nachhaltige ganzjährige Nutzungskonzepte für uns BÜNDNISGRÜNE ein absolutes Muss. Eingriffe in den Landschafts- und Naturhaushalt sind zu vermeiden.“

→ Mit der Befürwortung der Vermeidung wird ich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 120, TH-WP.Grüne.2019-PK-3

„Die ‚Fridays For Future‘-Demos und die Proteste gegen die europäische Urheberrechtsreform zeigen uns, dass junge Menschen ein starkes politisches Bewusstsein haben und einfordern, von der Politik gehört zu werden. Deshalb setzen wir uns für ein Wahlrecht ab 14 Jahren auch auf Landesebene ein.“

S. 122, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-116

„Wir BÜNDNISGRÜNE verfolgen eine **nachhaltige Finanzpolitik** – wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial ausgewogen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umstellung auf Nachhaltigkeit ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 123, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-117

„Gleichzeitig haben wir BÜNDNISGRÜNE stark in Klimaschutz und Umwelt, Bildung, Kinder, Integration und Infrastruktur investiert und werden diese Schwerpunkte auch weiterhin setzen. Nur wer in den Erhalt der Umwelt investiert, wer sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt, handelt nachhaltig und generationengerecht.“

→ Genereller Umwelt-/ Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 123, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-118

„Dahingegen setzen wir uns weiter für den Abbau von klimaschädlichen Subventionen auf Landes-, Bundes- und auf EU-Ebene ein.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Bundesebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 132, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-119

„Da, wo es Wasserwehren gibt, sind die Kommunen besser gegen Hochwasser gewappnet. Wir werden den Kommunen mit dem Wassergesetz weiterhelfen, solche Wasserwehren zur Sicherheit der Menschen zu etablieren.“

→ Diese Etablierung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 134, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-120

„Wir unterstützen die Initiative für ein Cannabis-Kontrollgesetz, um einen kontrollierten, legalen Markt für Cannabis zu schaffen. Erwachsene Konsument\*innen werden auf diese Weise entkriminalisiert und der illegale Verkauf an Kinder und Jugendliche eingedämmt.“

→ Da es sich um eine natürliche Substanz handelt, ist dies in der Praxis eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Bereich der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 137, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-121

„Angesichts von Kriegen, Klimakrise, Umweltzerstörung und Armut ist die **Bekämpfung von Fluchtursachen** eine immense Herausforderung für internationale Politik – eine Verantwortung, vor der wir uns nicht wegducken dürfen. Wir tragen durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften eine Mitverantwortung für die durch die fortschreitende globale Erwärmung ausgelösten Dürren und die Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Menschen als Folgen einer falschen globalen Agrarpolitik. Fluchtursachen zu bekämpfen heißt internationale Konflikte diplomatisch zu lösen, fairen Welthandel und nachhaltige Entwicklung zu gestalten und die Klimakrise zu bekämpfen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation und Ja; Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 142, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-122

„Während KI aus dem Silicon Valley häufig mit personenbezogenen Daten arbeitet, sehen wir für Thüringer Unternehmen enormes Potenzial, KI-Systeme zu entwickeln, die mit Unternehmensdaten arbeiten, um beispielsweise Prozesse effizienter und ressourcenschonender werden zu lassen.“

→ Die generelle Ressourcenschonung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 143, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-123

„In diesem Zusammenhang sollen qualifizierte elektronische Signaturen, wo immer möglich, handschriftliche Unterschriften ersetzen. Dies spart Papier und schont die Umwelt.“

→ Diese konkrete Umweltschonung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 146, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-124

„Bei der Neuausrichtung der **EU-Förderpolitik** in der Förderperiode ab 2020 muss sich der Mittlereinsatz am Leitbild nachhaltiger Entwicklung und an den Klimaschutzziele der Europäischen Union orientieren. In einer Landesregierung werden wir uns dafür einsetzen, dass Thüringen die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, den Schutz der Umwelt und die Förderung des sozialen Zusammenhalts bei der regionalen Ausgestaltung der Förderkriterien in das Zentrum der Förderpolitik stellt.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 147, TH-WP.Grüne.2019-SÖT-125

„Wir BÜNDNISGRÜNE wollen **globales Lernen, nachhaltigen Konsum und fairen Handel** fördern. Das fängt bei den Kleinsten in Kindergärten und Schulen an. Hier werden wichtige Grundsteine gelegt – für Weltverstehen, Gerechtigkeitsempfinden und den respektvollen Umgang mit Vielfalt und den endlichen Ressourcen in einer globalisierten Welt.“

→ Der über die Bildung veränderte Umgang mit der Umwelt ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 147, TH-WP.Grüne.2019-GSÖT-6

„Mit uns BÜNDNISGRÜNEN wird es keine **Handelsabkommen** geben, die menschenrechtliche, soziale oder ökologische Standards abbauen, die Rechte von Arbeitnehmer\*innen und den Schutz der Verbraucher\*innen gefährden oder Sonderklagerechte für Konzerne beinhalten. Deswegen lehnen wir *CETA\**, *TTIP\**, *TiSA\** und Co. in der vorliegenden Form ab.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich gegen eine Standardsenkung und damit gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.3.4.6 Die Codes aus dem Wahlprogramm der FDP

S. 22, TH-WP.FDP.2019-SÖT-1

„Industrie 4.0 ist **mehr als eine industrielle Revolution**. Sie öffnet den Weg in eine neue Gesellschaft: die **Gesellschaft 4.0**. Sie eröffnet uns Möglichkeiten, mit denen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit im Sinne **hoher Lebensqualität bei gleichzeitiger Ressourceneffizienz** gestalten können.“ (Herv. i. O.)

→ Die generelle Steigerung der Ressourceneffizienz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 24, TH-WP.FDP.2019-SÖT-2

„Darauf aufbauend setzen wir uns dafür ein, tourismus-begleitende Elemente stärker in den Blick zu nehmen, die Infrastruktur (beispielsweise Rad-, Wasser- und Wanderwege) zu erweitern und die Entwicklung der Hotel- und Gastronomie-Landschaft vor allem in ländlichen Regionen zu unterstützen.“

→ Die natürlichen Wege zu erweitern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 29, TH-WP.FDP.2019-SÖT-3

„Innovative Mobilitätsdienste können die Leistungsfähigkeit und Effizienz des Personenverkehrs gerade auch im ländlichen Raum signifikant steigern. Gerade **Sharing-Economy- und Pooling-Konzepte** können zur Belebung des Wettbewerbs, zur **Entlastung der Infrastruktur** und zum **Schutz der Umwelt** beitragen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des Umweltschutzes in diesem Bereich ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 29, TH-WP.FDP.2019-SÖT-4

„Wir Freie Demokraten wollen Thüringen zu einem Freistaat machen, der am **Big-Data- und Green-Tech-Markt** partizipiert. Umwelttechnik und Ressourceneffizienz treiben die nachhaltige Entwicklung weltweit an.“ (Herv. i. O.)

→ Die nachhaltige Entwicklung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 30, TH-WP.FDP.2019-SÖT-5

„Umwelttechnologien modernisieren unsere Wirtschaft und sorgen für **nachhaltigere Produkte**. Hinzu kommt, dass die Digitalisierung den Green-Tech-Bereich stark verändern wird. Unsere Wälder, Felder, Grünflächen und Naturschätze sind die Grundlage und ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal, um Daten über unsere Umwelt zu sammeln und auszuwerten. Mit Hilfe von **Künstlicher Intelligenz (KI)** können wir diese **Daten in der Wertschöpfung nutzbar machen**. Durch die Nutzung von Daten sollen neue Businesskonzepte unter dem Aspekt der Kostenminimierung, Ressourcenschonung national wie international für die Gesellschaft durch Start-ups und etablierte Unternehmen entwickelt und verbreitet werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die generelle Ressourcenschonung ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 30, TH-WP.FDP.2019-SÖT-6

„Für viele Umweltschutzmaßnahmen schafft die Digitalisierung überhaupt erst die technischen Voraussetzungen. Durch intelligente Energienetze können wir erneuerbare Energien effektiver nutzen und gleichzeitig die Stromnetze entlasten. Intelligente Infrastrukturen erzielen wesentlich höhere Einspareffekte beim Ressourceneinsatz.“

→ Genereller Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Ja

S. 38f., TH-WP.FDP.2019-SÖT-7

„Darüber hinaus möchten wir die Entsorgungsstandards ebenso prüfen wie die Möglichkeit, preiswertere naturnahe Verfahren (z. B. Abwasserteichanlagen, im Trennsystem auch Pflanzenkläranlagen) in den Variantenvergleich einzubeziehen. Auch in kleinen Dörfern mit 50 Einwohnern oder weniger kann eine gemeinsame Kläranlage die preiswertere Lösung sein gegenüber dem Bau mehrerer einzelner vollbiologischer Kleinkläranlagen.“

→ Die Veränderungen bzgl. des Abwassers sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 48, TH-WP.FDP.2019-SÖT-8

„Naturkatastrophen machen nicht an Grenzen halt. Deshalb wollen die Freien Demokraten die **Zusammenarbeit im Katastrophenschutz über Landes- und auch Bundesgrenzen hinaus** wesentlich verbessern.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Naturkatastrophen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 49, TH-WP.FDP.2019-SÖT-9

„Die Entwicklung von zukunftsfähigen Antriebskonzepten im Individualverkehr (etwa Elektromobilität oder Brennstoffzelle) muss technologieoffen und ideologiefrei begleitet werden. Insbesondere eine einseitige Festlegung auf batterieelektrische Antriebe ist kritisch zu hinterfragen. Ein Mix aus klassischen Verbrennungsmotoren mit regenerativen Energieträgern, batterieelektrischen sowie Brennstoffzellenantrieben ist hierbei nach gegenwärtigem Stand der Technik die bevorzugte Wahl. Wir Freie Demokraten möchten Infrastruktur (etwa Ladestationen oder Wasserstofftankstellen) bereitstellen, anstatt kurzfristig Autos zu subventionieren. Ein Ausbau der benötigten flächendeckenden Infrastruktur muss beschleunigt werden.“

→ Die ökologischen Veränderungen im Verkehrssektor sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 50, TH-WP.FDP.2019-SÖT-10

„Wir Freie Demokraten sehen in intelligenter Verkehrssteuerung, die den Verkehrsfluss in und um Städte autonom regelt, große Innovationspotenziale für mehr Ressourceneffizienz.“

→ Die ökologischen Veränderungen im Verkehrssektor sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, TH-WP.FDP.2019-SÖT-11

„Zur Entlastung des Straßenverkehrs setzen wir auch auf privaten Fernverkehr, der mit digitalen und modernen Innovationen bei Eisenbahnen und insbesondere bei Fernbussen die Anbindung Thüringens deutlich verbessern würde. Fernbusse bieten soziale und ökologische Mobilität. Wenn sich die Deutsche Bahn aus der Fläche zurückzieht, sehen wir in Fernbussen eine hervorragende Alternative. Diese sollen nicht nur Universitäts- und Studentenstädte anschließen, sondern auch in den ländlichen Regionen des Landes Fernverkehr ermöglichen.“

→ Die ökologischen Veränderungen im Verkehrssektor sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 51, TH-WP.FDP.2019-SÖT-12

„Bundesmittel für **Investitionen der Mobilitätsanbieter in neue Fahrzeuge** muss der Freistaat Thüringen stärker aufstocken, um **alternative Antriebe** zu unterstützen und einen Beitrag zur **Luftreinhaltung** zu leisten.“ (Herv. i. O.)

→ Die ökologischen Veränderungen im Verkehrssektor sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 51, TH-WP.FDP.2019-SÖT-13

„Bei anstehenden Infrastrukturbaumaßnahmen fordern wir eine Priorisierung der Straßenbauprojekte, um diese zügig fertigzustellen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine zügige Umsetzung aller für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) eingebrachten Projekte in Thüringen ein.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



S. 53, TH-WP.FDP.2019-SÖT-14

„Zum einem plädieren wir für einen **bedarfsgerechten Straßenausbau** und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur.“ (Herv. i. O.)

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 53, TH-WP.FDP.2019-SÖT-15

„Der Bund verfügt jährlich über weit mehr als 365 Milliarden Euro Einnahmen. Die davon stammenden Einnahmen aus dem Straßenverkehr (LKW-Maut) und der Mineralölsteuer (inklusive der Mehrwertsteuer) müssen verstärkt für den Neubau und Erhalt des Straßennetzes verwendet werden.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-1

„Umweltzonen als Einzelmaßnahme verfehlen jedoch ihren Zweck. Sie grenzen die Mobilität der Menschen ein und verursachen lediglich einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand, zusätzliche Einschränkungen und Kosten für Autofahrer und Unternehmen.“

→ Bzgl. der Umweltzonen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation gestellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-2

„Die Freien Demokraten **lehnen Umweltzonen in Thüringen ab** und sprechen sich für die Erweiterung von alternativen Maßnahmen zur Einhaltung der Luftreinhaltewerte aus.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Umweltzonen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation gestellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.FDP.2019-SÖT-16

„Die Freien Demokraten **lehnen Umweltzonen in Thüringen ab** und sprechen sich für die Erweiterung von alternativen Maßnahmen zur Einhaltung der Luftreinhaltewerte aus.“ (Herv. i. O.)

→ Die Stärkung der Luftreinhaltung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-3

„Wir Freie Demokraten sprechen uns darüber hinaus klar **gegen Dieselfahrverbote im Freistaat Thüringen** aus.“ (Herv. i. O.)

→ Bzgl. der Verbote wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation gestellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.FDP.2019-SÖT-17

„Durch die Inbetriebnahme des ICE-Knotens Erfurt benötigt Thüringen eine funktionsfähige und belastbare Ost-West-Traverse in Gestalt der **Mitte-Deutschland-Verbindung**, die dafür unmittelbar **zweigleisig und elektrifiziert ausgebaut** werden muss (auch über Gera hinaus).“ (Herv. i. O.)

→ Ausbau und Elektrifizierung sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 54, TH-WP.FDP.2019-SÖT-18

„Wir wollen prüfen, welche geschlossenen Haltepunkte wiedereröffnet werden können und wo ggf. neue Halte notwendig sind – im Hinblick der Stärkung des ÖPNV als wichtige Maßnahme zur Verbesserung des regionalen und damit globalen Klimas.“

→ Der implizit generell angestrebte Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 55, TH-WP.FDP.2019-SÖT-19

„Wir wollen die Thüringer Bauordnung außerdem für weitere Baustoffe öffnen. Insbesondere Holz sollte als natürliche Ressource des walddreichen Thüringens stärker in den Mittelpunkt rücken.“

→ Der veränderte Umgang mit Holz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 56, TH-WP.FDP.2019-SÖT-20

„Zusätzlicher Wohnraum muss von einer intelligenten Strukturpolitik begleitet werden, um **Stadt und Land in Thüringen besser zu verknüpfen**. Den Neubau von Wohnungen machen wir attraktiver: etwa durch eine **Erhöhung der jährlichen Abschreibungsrate für Gebäude** von zwei auf drei Prozent.“ (Herv. i. O.)

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 57, TH-WP.FDP.2019-SÖT-21

„Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz stellt die Möglichkeit der energetischen Sanierung dar. Sie soll deshalb im volkswirtschaftlich sinnvollen Maß umgesetzt werden.“

→ Der implizit generell angestrebte Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 59, TH-WP.FDP.2019-SÖT-22

„Wir Freie Demokraten wollen den Bau von Eigenheimen und Investitionen im Wohnungsmarkt erleichtern und fordern eine landesweite Wohnungsmarktstrategie, in der alle Maßnahmen zusammengeführt werden.“

→ Der Neubau ist wegen des Eingriffs in Natur eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.FDP.2019-SÖT-23

„Für uns Freie Demokraten gilt daher der Grundsatz einer **Energiewende im Einklang mit Mensch und Natur**. Wir plädieren für einen technologieoffenen Ansatz. Anlagen zur Stromerzeugung sollen dort gebaut werden, wo ihr Einsatz am effizientesten ist und am wenigsten Ressourcen verbraucht werden. Über den Bundesrat setzen wir uns für eine **Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)** ein.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Ja

S. 60, TH-WP.FDP.2019-SÖT-24

„Wir streben nach einer sauberen und klimafreundlichen Energieversorgung, die sowohl für den Bürger als auch für Unternehmen bezahlbar bleibt und den qualitativen Forderungen **einer modernen Industriegesellschaft gerecht** wird.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 60, TH-WP.FDP.2019-SÖT-25

„Der planwirtschaftliche und teure Alleingang Deutschlands beim **Kohleausstieg wird das Klima nicht retten**. Einen festen Termin für den Kohleausstieg, wie etwa das Jahr 2038, lehnen wir ab. Im Vordergrund steht die **Absicherung der Grund-, aber auch der Spitzenlaststromversorgung**. Alle Ausstiegsszenarien sind darauf zu prüfen, ob die Stromversorgung immer und in jedem Fall mit einem vertretbaren technischen, finanziellen und sozialen Aufwand sichergestellt werden kann.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, TH-WP.FDP.2019-SÖT-26

„Der technologieoffene Energiemix unter Berücksichtigung der Pariser Klimaziele stellt für uns Liberale das notwendige Zukunftsmodell für eine stabile Stromversorgung dar. Bei allen Veränderungsprozessen in der Stromerzeugung hat die Sicherstellung der Netzstabilität höchste Priorität. Im Energiemix der Zukunft spielen auch erneuerbare Energien eine wichtige Rolle. Wir Freie Demokraten wollen die dezentrale Energieversorgung vor Ort stärken. Dezentrale Modelle sorgen vor allem für eine nachhaltige Unterstützung der Energiewende und des Klimaschutzes. Thüringen ist ein Energieimportland. Die Chancen für dezentrale Versorgungslösungen mit entsprechender Wertschöpfung vor Ort sollten zur Stärkung der Thüringer Wirtschaftskraft viel stärker genutzt werden.“

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Völkerrecht und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61, TH-WP.FDP.2019-SÖT-27

„Biogasanlagen sind etwa für kleine landwirtschaftlich geprägte Gemeinden eine Möglichkeit, eine gewisse Autarkie bei der Grundversorgung mit Energie zu erlangen.“

→ Die Einrichtung der Biogasanlagen ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 61f., TH-WP.FDP.2019-GSÖT-4

„Ideologische Ausbauziele von ein oder zwei Prozent der Landesfläche lehnen wir ab. Deshalb haben wir auch bereits im Jahr 2015 eine Stellungnahme zum Windenergieerlass der Thüringer Landesregierung eingereicht.“

→ Mit der Ablehnung wird sich teilweise gegen eine sozial-ökologische Transformation gestellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.FDP.2019-SÖT-28

„Für Repowering und neue Windparks gilt für uns gleichermaßen: die **zehnfache Anlagenhöhe als Mindestabstand (10H-Regelung)** zur Wohnbebauung.“ (Herv. i. O.)

→ Die Energiewende ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation im Energiesektor.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-5

„Durch eine Änderung des Thüringer Waldgesetzes wollen wir Freie Demokraten die **Errichtung von Windkraftanlagen im Wald verbieten**.“ (Herv. i. O.)

→ Mit der Ablehnung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation gestellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.FDP.2019-SÖT-29

„Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung der Vorgaben des ‚**Helgoländer Papiers**‘ zum Vogelschutz.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des Papiers ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-6

„Über den Bundesrat werden wir uns für eine **Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft** (§35 BauGB) einsetzen.“ (Herv. i. O.)

→ Mit diesem Ziel wird sich teilweise gegen eine sozial-ökologische Transformation gestellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.FDP.2019-SÖT-30

„Wir Freie Demokraten wollen das Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) anpassen und stärken**. Gesetzliche Regelungen müssen der wachsenden Größe der Windenergieanlagen und deren Auswirkungen auf die Umwelt Rechnung tragen. Die prinzipielle Zielsetzung muss die **Minimierung der Umweltauswirkungen und des Flächenbedarfs** solcher Industrieanlagen sein. Dazu gehört auch, einen **umweltgerechten Rückbau von Windenergieanlagen** nach Beendigung ihrer Nutzung sicherzustellen. Dabei gilt es, die gesetzlichen Regelungen für Sicherheitsleistungen zu konkretisieren und klarer festzuschreiben. Systemverantwortung bedeutet für uns Freie Demokraten auch die **Erzeuger erneuerbarer Energien für die Netzstabilität in die Verantwortung** zu nehmen, etwa über eigene Speicherlösungen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Stärkung der Umweltaspekte ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-7

„Wir Freie Demokraten sprechen uns generell gegen die Leitungsprojekte ‚SüdLink‘ und ‚SüdostLink‘ aus. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob die Trassen vornehmlich durch Hessen, Thüringen oder andere Bundesländer führen. Die geplanten Stromtrassen sind Sinnbild einer gescheiterten Energiepolitik auf Bundesebene. So lange die Energiewende im Bund nicht vom Kopf auf die Füße gestellt wird, haben entsprechende Projekte, die massiv in Umwelt und Natur eingreifen, keine Daseinsberechtigung.“

→ Bzgl. dieser Trassen wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation gestellt.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 62, TH-WP.FDP.2019-SÖT-31

„Wir Freie Demokraten begreifen den **Klimaschutz als globale Herausforderung**. Dürren und Temperaturprognosen zeigen, dass ein Umdenken in der Klimapolitik notwendig ist. Das Thüringer Klimagesetz bremst jedoch nicht die Erderwärmung, sondern bezahlbares Wohnen und wirtschaftliches Vorankommen für die Menschen im Freistaat. Wir verbinden Klimaschutz mit Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand. Auch können wir viel **mehr CO<sub>2</sub> einsparen und in der Atmosphäre reduzieren, wenn wir beim Klimaschutz global handeln**. Denn Umweltverschmutzung und CO<sub>2</sub> kennen keine Ländergrenzen. Kurzsichtige und unausgewogene regionale Reglementierungen und Gesetzgebungen sind nicht zielführend. Sie schaden im Zweifelsfall mehr, als sie nutzen. Wir Freie Demokraten setzen auf einen **CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel in Europa** mit kürzeren Verfallsdaten.“ (Herv. i. O.)

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 62f., TH-WP.FDP.2019-SÖT-32

„Einen entscheidenderen Beitrag kann die **Entwicklungshilfe** leisten. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern, durch weltweite Aufforstungs- und Renaturierungsprojekte, verbunden mit der Verminderung von Holzraubbau sowie der globalen Nutzung von Wäldern und Mooren als CO<sub>2</sub>-Senker, können wir mit der gleichen Investition weitaus mehr CO<sub>2</sub> einsparen als in Deutschland. Laut Bundesrechnungshof kostete die Energiewende Bund und Verbraucher allein in den letzten fünf Jahren 160 Milliarden Euro, ohne dass damit eine wesentliche CO<sub>2</sub>-Einsparung erreicht wurde. Für den globalen Klimaschutz gibt es unzählige Möglichkeiten. Wir Freien Demokraten möchten den Klimanationalismus beenden und den **Klimaschutz als echte Menschheitsaufgabe** angehen.“ (Herv. i. O.)

→ Genereller Klimaschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Ja; Mitigation; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; Bundesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.FDP.2019-SÖT-33

„Wir Freie Demokraten stehen für eine freie, unternehmerische und mittelständisch geprägte Landwirtschaft. Deshalb wollen wir **Bürokratie abbauen** und uns **an europäischen Mindeststandards orientieren**.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja; EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.FDP.2019-SÖT-34

„Wir Freie Demokraten orientierten uns an neuen Entwicklungen der Produktionsmethodik sowie am technischen Fortschritt und wissenschaftlichen Erkenntnissen für eine moderne Landwirtschaft. Die **Sicherheit für Mensch und Umwelt** hat oberste Priorität. Für uns sind die Anwendungen der Biotechnologie stets eine objektive **Abwägung der Chancen und Risiken**.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 63, TH-WP.FDP.2019-SÖT-35

„Wir Freie Demokraten befürworten die **verantwortbare Nutzung grüner Gentechnik** in der Landwirtschaft und eine ergebnisoffene Diskussion über ihren weiteren Einsatz. Das Genome Editing ist eine Chance zur schnelleren Züchtung von Pflanzen mit spezifischen Eigenschaften.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Umorientierung in der Landwirtschaft ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-8

„Wir Freie Demokraten wollen die **PEFC-Zertifizierung des Thüringer Staatswaldes beibehalten**.“ (Herv. i. O.)

→ Es wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-SÖT-36

„Doppelzertifizierungen lehnen wir ebenso ab wie die Ausweitung der Stilllegungsflächen. Wir setzen insgesamt auf Artenvielfalt und möchten standortgerechte Gehölze wieder stärker berücksichtigen. Die Douglasie, als wärmeverträgliche Baumart, sehen wir als guten und notwendigen Bestandteil des Waldumbaus im Zuge des Klimawandels. Das Thüringer Waldgesetz wollen wir stärken und dadurch Windkraftanlagen im Wald untersagen.“

→ Der Waldumbau ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-9

„Das Thüringer Waldgesetz wollen wir stärken und dadurch Windkraftanlagen im Wald untersagen.“

→ Bzgl. der Anlagen wird sich also gegen eine sozial-ökologische Transformation ausgesprochen.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-SÖT-37

„Wir setzen uns ein für **zukunftsfähige Holzvermarktungslösungen**, die dem Kartellurteil Rechnung tragen, und die Vermarktung für alle Waldbesitzarten, auch den Kleinwaldbesitz, möglich machen.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Holz ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-SÖT-38

„Wir unterstützen die weitergehende **Modernisierung der Land- und Forstwirtschaft**. Thüringen braucht in Zukunft eine aktive Politik für unsere vielfältigen, lebenswerten, ländlichen Räume. Wir wollen Strukturanpassungen unterstützen und **Kulturlandschaften erhalten**. Die Lebens-, Umwelt- und Wirtschaftsqualität der ländlichen Räume muss im Lichte des demografischen Wandels, der Digitalisierung, einer modernen Infrastruktur und einer zeitgemäßen öffentlichen Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Weiterentwicklung der Umweltqualität ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.  
- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-SÖT-39

„Wir Freie Demokraten wollen den **Wolf mit ganzjähriger Schonzeit in das Jagdrecht** aufnehmen.“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit dem Wolf ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-SÖT-40

„Die finanzielle Förderung des Herdenschutzes ist durch das Land zu erweitern.“

→ Die Erweiterung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 64, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-10

„Wir Freie Demokraten sehen die Landesjägerschaften als wichtige Partner beim Naturschutz. Weitere Einschränkungen für rechtstreue Sportschützen, Jäger und Waffensammler lehnen wir ab, insbesondere eine verschärfte Umsetzung des EU-Rechts durch den Bundesgesetzgeber.“

→ Bzgl. dieses Jagdaspekts wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.FDP.2019-SÖT-41

„Ein regulierender Eingriff des Menschen ist notwendig, weil keine selbstregulierende Natur mehr vorhanden ist. Beim Bestandsmanagement des Kormorans streben wir eine europäische, mindestens aber eine bundeseinheitliche Lösung an. Eine Bejagung in Thüringen darf weder auf Gebiete, noch zeitlich eingeschränkt werden. Die Vermehrung dieses hochmobilen Jägers ist europaweit kaum mehr einzudämmen und bedarf eines entschlossenen Vorgehens, um dem Totalverlust wesentlicher Fischarten entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir Freie Demokraten hierbei die Kleinteiligkeit beenden und durch ein **europaweites Kormoranmanagement** ersetzen.“ (Herv. i. O.)

→ Die Umsetzung des Managements ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.FDP.2019-SÖT-42

„Hier muss in Abstimmung mit kommunalen Behörden im Einzelfall der **Abschuss von ‚Problem-Bibern** möglich sein.“ (Herv. i. O.)

→ Diese Ermöglichung ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.FDP.2019-SÖT-43

„Deshalb fordern wir eine einvernehmliche Umsetzung von Natur- und Umweltschutzrichtlinien zum Schutz der heimischen Land- und Teichwirtschaft als Teil der Kulturlandschaft und klare Verantwortlichkeiten bei kreisübergreifenden Gewässern.“

→ Der Schutz dieser Wirtschaften ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.FDP.2019-GSÖT-11

„**Querverbauungen von Flüssen wollen wir vermeiden**, wenn der ökonomische Nutzen nicht im Verhältnis zum ökologischen Schaden steht.“

→ Mit der Vermeidung wird sich gegen eine sozial-ökologische Transformation positioniert.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung:

Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.FDP.2019-SÖT-44

„Bei Wasserkraftanlagen möchten wir insbesondere an Fließgewässern den Schutz von Fischen stärker berücksichtigen. Die Potenziale der Energiegewinnung an Thüringer Talsperren möchten wir stärker nutzen.“

→ Die Stärkungen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.FDP.2019-SÖT-45

„Eine **Renaturierung alter Flussarme** ist anzustreben. Durch Ausbaggern und Wiederherstellung der Zuflüsse können mit wenig Aufwand **Laichplätze für Fische** und Lebensraum für verschiedene Tierarten geschaffen werden. In Abstimmung mit dem **Hochwasserschutz** muss die bauliche Herstellung von Strömungserhöhungen unter der Wasseroberfläche begradigter Flussabschnitte geprüft werden. Auch die Herstellung von Kieslaichplätzen muss unterstützt werden, um die vom Menschen zerstörten Brutplätze von Insekten und Laichstellen der kieslaichenden Fische wiederherzustellen. Der Bootstourismus in Thüringen, muss im Einklang mit den ökologischen Anforderungen gestaltet werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die Maßnahmen sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation bzgl. der Gewässer.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Ja: Adaption; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66, TH-WP.FDP.2019-SÖT-46

„**Deshalb ist die liberale Antwort, zusätzliches Geld in Gewässer zu investieren, anstatt in neue Wasserköpfe.**“ (Herv. i. O.)

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 65, TH-WP.FDP.2019-SÖT-47

„Gewässerbewirtschaftung mit Augenmaß begreift zudem Landwirte als Partner, nicht als Gegner. Ziel muss es sein, Wege zu finden, wie mit den Landwirten gemeinsam eine Verminderung des Nährstoffeintrags in Gewässer und eine ökologischere Gewässerentwicklung erreicht werden kann. Das bedeutet, Thüringens Einfluss auf Bundes- und europäischer Ebene stärker geltend zu machen, um bestehende Fördermechanismen so weiterzuentwickeln, dass auch Gewässerrandbereiche und renaturierte Gewässer nicht zu einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Landwirte führen.“

→ Der veränderte Umgang mit Gewässern ist eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66, TH-WP.FDP.2019-SÖT-48

„Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umweltverträgliche Kaliproduktion auf dem aktuellen Stand der Technik ein. Ziel unserer umweltpolitischen Agenda sind die langfristige **Sicherung der Arbeitsplätze in der Kaliregion** wie eine **naturnahe und saubere Werra** gleichermaßen. Die Verursacher der Werraversalzung und der Laugenverpressung müssen die Verantwortung für die ökologischen Folgen der Kaliproduktion und der Halden tragen. Wirtschaftliche Belange und der Natur- und Umweltschutz müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie müssen in Zukunft erfüllt werden.“ (Herv. i. O.)

→ Die naturbezogenen Veränderungen in der Kaliproduktion sind eine einzelne sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Einzel; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 66, TH-WP.FDP.2019-SÖT-49

„Die vorsorgliche **Vermeidung von Umweltschäden** muss Vorrang haben vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden. Moderne Umweltpolitik orientiert sich nicht an Ideologien, sondern an dem, was gut für Mensch und Umwelt ist. Deshalb müssen Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen gemeinsam gestaltet werden.“ (Herv. i. O.)

→ Der generelle Umweltschutz ist eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 66, TH-WP.FDP.2019-SÖT-50

„In der Umweltpolitik müssen anspruchsvolle Ziele festgelegt werden. Gleichzeitig müssen aber auch flexible Lösungen ermöglicht werden, damit diese Ziele erreicht werden können, ohne die Akzeptanz der Menschen zu verlieren. Wir fordern deshalb einen effizienteren Einsatz von Fördermitteln und eine **1:1-Umsetzung der Bundes- und EU-Regelungen**. Behördliche Entscheidungen sollen möglichst bei den Kommunen liegen. Das schafft Ortsnähe, Bürgerfreundlichkeit und Transparenz.“ (Herv. i. O.)

→ Die Veränderungen bzgl. der Umwelt sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: EU-Ebene und Ja: Bundesebene und Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein

S. 66f., TH-WP.FDP.2019-SÖT-51

„Wir stehen für einen Perspektivwechsel in der Umweltpolitik: weg von der staatsbürokratischen Umweltpolitik, hin zu einer **Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Anreizen** und einem deutlich reduzierten Ordnungsrecht. Staatliche Reglementierung soll es nur dort geben, wo sie unverzichtbar ist. Statt behördlicher Ausweisung neuer Naturschutzflächen wollen wir vermehrt eine **ökologische Aufwertung bestehender Gebiete**.“ (Herv. i. O.)

→ Die Veränderungen bzgl. der Umwelt sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 67, TH-WP.FDP.2019-SÖT-52

„Wir wollen den Verlust der biologischen Vielfalt in Thüringen stoppen. Die Ursachen für den besorgniserregenden Rückgang von blütenbestäubenden Fluginsekten wie Bienen und Schmetterlingen müssen geklärt und ein **dauerhaftes Insekten-Monitoring** aufgebaut werden, um die Insektenvielfalt mit gezielten Maßnahmen wieder steigern zu können. Insekten sind auch eine wichtige Nahrungsquelle für viele heimische Fisch- und Vogelarten. Die Auswirkungen der monokulturellen Bewirtschaftung von Flächen sowie der Verlust von Brut- und Nistplätzen für Insekten durch den Sedimenteintrag in Gewässern müssen deshalb besonders beobachtet werden. Der Erhalt der biologischen Vielfalt erfordert auch die konsequente und dauerhafte Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten.“ (Herv. i. O.)

→ Die Veränderungen zugunsten der biologischen Vielfalt sind eine gesamte sozial-ökologische Transformation.

- Ausmaß der Transformation: Als Ganzes; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Ja: Landesebene; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

S. 71, TH-WP.FDP.2019-SÖT-53

„Wir Freie Demokraten sehen die repressive Drogenpolitik als gescheitert an. Sie bindet Ressourcen von Polizei und Justiz und kriminalisiert Menschen, anstatt ihnen zu helfen. Wir fordern daher eine Trendwende im Umgang mit Rauschmitteln: Mehr Aufklärung und Prävention, Therapie statt Strafverfolgung und die **Einrichtung von Drogenkonsumräumen** mit der Möglichkeit, die Zusammensetzung von Substanzen überprüfen zu lassen.“ (Herv. i. O.)

→ Da auch natürliche Substanzen betroffen sind, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Nein; Konzeptbezug: Nein



„Wir wollen eine **kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften**, die den Jugend- und Verbraucherschutz gewährleisten.“ (Herv. i. O.)

→ Da eine natürliche Substanz betroffen ist, handelt es sich um eine einzelne sozial-ökologische Transformation in der Drogenpolitik.

- Ausmaß der Transformation: Einzelne; Klimapolitischer Bezug: Nein; Bezug auf Rechtsordnung: Nein; Wirtschaftsbezug: Ja; Konzeptbezug: Nein

### 2.3.3.5 Die Quantifizierung der qualitativen Ergebnisse

Tabelle 42: Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
PK	0	0	0	0	0	0
SÖT	64	19	37	61	112	45
GSÖT	4	13	6	6	10	11

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 43: Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Absätze	285	198	249	550	348	328

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 44: Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Absätze	58	19	36	60	107	42
Gewichtet	106	19	42	106	239	69

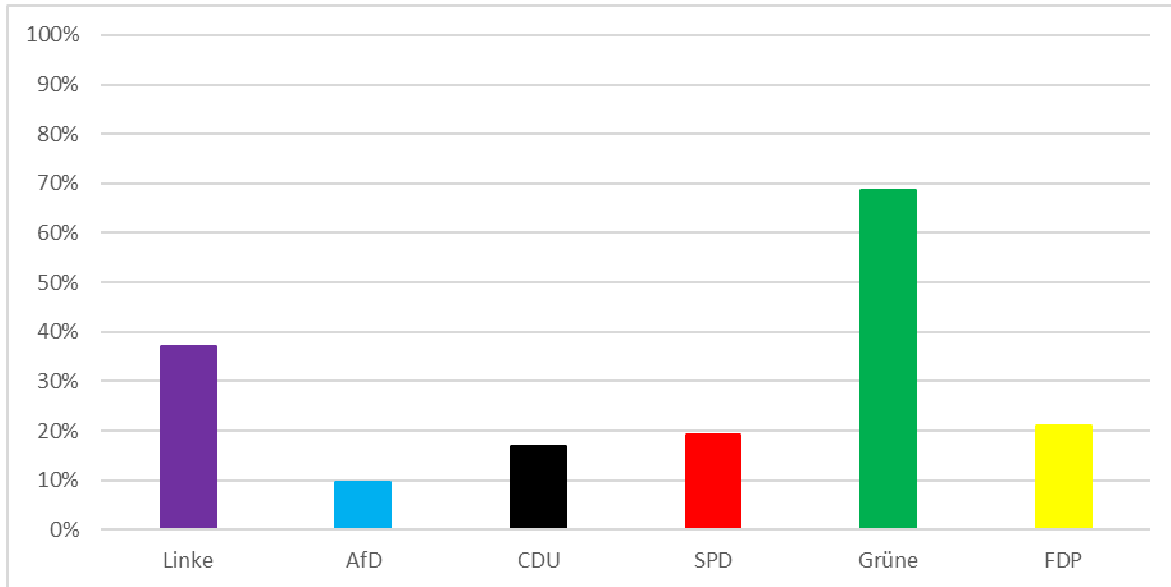
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 45: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Anteile	37,19 %	9,60 %	16,87 %	19,27 %	68,68 %	21,04 %

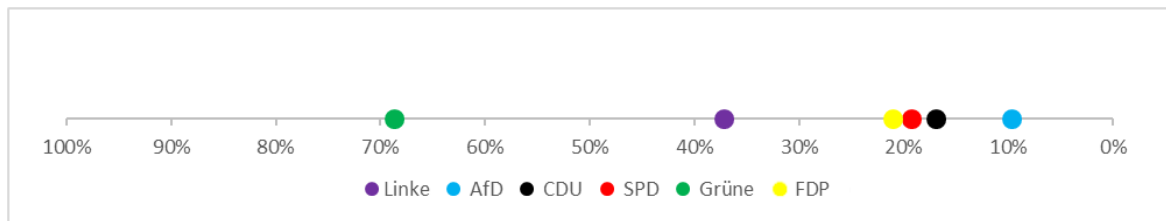
Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

Abbildung 19: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen



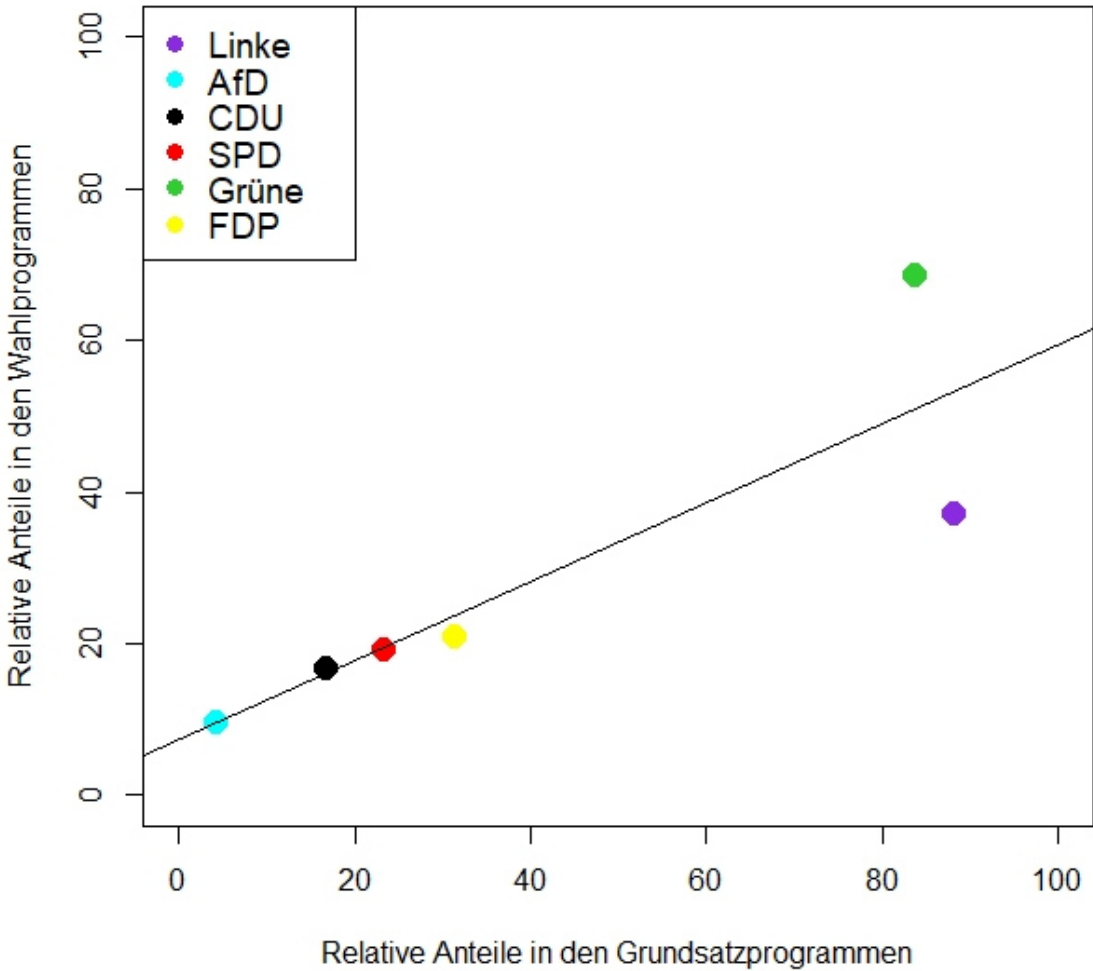
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 20: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Abbildung 21: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2014 in Thüringen



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 46: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	AfD	CDU	SPD
Ausmaß der Transformation	Einzel	49	19	35	46
	Als Ganzes	15	0	2	15
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	2	0	2	1
	Ja: Adaption	2	0	4	7
	Nein	62	19	31	54
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0	0	0	0
	Ja: EU-Ebene	3	0	0	4
	Ja: Bundesebene	5	1	6	7
	Ja: Landesebene	37	6	21	45
	Nein	24	13	16	12
Wirtschaftsbezug	Ja	34	10	17	32
	Nein	30	9	20	29
Konzeptbezug	Ja	9	0	1	10
	Nein	55	19	36	51

Unterkategorien	Ausprägungen	Grüne	FDP
Ausmaß der Transformation	Einzel	71	36
	Als Ganzes	41	9
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	11	6
	Ja: Adaption	8	7
	Nein	96	32
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	1	1
	Ja: EU-Ebene	5	3
	Ja: Bundesebene	11	3
	Ja: Landesebene	66	24
	Nein	42	18
Wirtschaftsbezug	Ja	46	22
	Nein	66	23
Konzeptbezug	Ja	8	4
	Nein	104	41

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 47: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2014 in Thüringen

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	AfD	CDU	SPD
Ausmaß der Transformation	Einzel	76,56 %	100,00 %	94,59 %	75,41 %
	Als Ganzes	23,44 %	0,00 %	5,41 %	24,59 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	3,13 %	0,00 %	5,41 %	1,64 %
	Ja: Adaption	3,13 %	0,00 %	10,81 %	11,48 %
	Nein	96,88 %	100,00 %	83,78 %	88,52 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
	Ja: EU-Ebene	4,69 %	0,00 %	0,00 %	6,56 %
	Ja: Bundesebene	7,81 %	5,26 %	16,22 %	11,48 %
	Ja: Landesebene	57,81 %	31,58 %	56,76 %	73,77 %
	Nein	37,50 %	68,42 %	43,24 %	19,67 %
Wirtschaftsbezug	Ja	53,13 %	52,63 %	45,95 %	52,46 %
	Nein	46,88 %	47,37 %	54,05 %	47,54 %
Konzeptbezug	Ja	14,06 %	0,00 %	2,70 %	16,39 %
	Nein	85,94 %	100,00 %	97,30 %	83,61 %

Unterkategorien	Ausprägungen	Grüne	FDP
Ausmaß der Transformation	Einzel	63,39 %	80,00 %
	Als Ganzes	36,61 %	20,00 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	9,82 %	13,33 %
	Ja: Adaption	7,14 %	15,56 %
	Nein	85,71 %	71,11 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,89 %	2,22 %
	Ja: EU-Ebene	4,46 %	6,67 %
	Ja: Bundesebene	9,82 %	6,67 %
	Ja: Landesebene	58,93 %	53,33 %
	Nein	37,50 %	40,00 %
Wirtschaftsbezug	Ja	41,07 %	48,89 %
	Nein	58,93 %	51,11 %
Konzeptbezug	Ja	7,14 %	8,89 %
	Nein	92,86 %	91,11 %

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 48: Die nach Kategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
PK	1	0	1	0	3	0
SÖT	105	50	44	38	125	54
GSÖT	1	35	6	3	6	11

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 49: Die absoluten Anzahlen der Absätze in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Absätze	890	578	398	434	316	392

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 50: Die absoluten und gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Absätze	104	49	44	38	119	53
Gewichtet	209	61	76	79	268	95

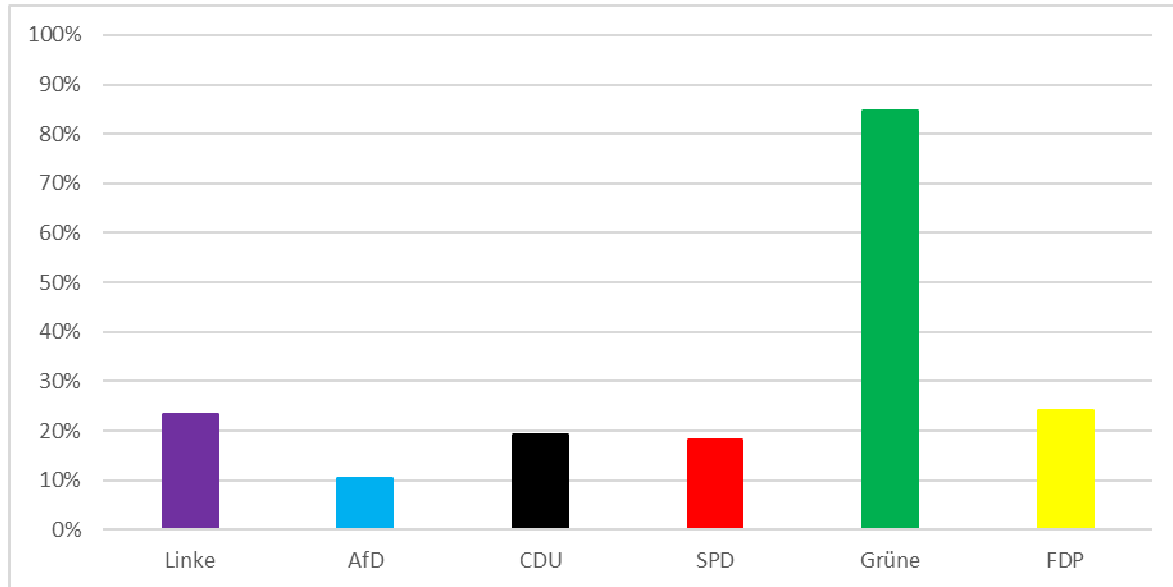
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 51: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Anteile	23,48 %	10,55 %	19,10 %	18,20 %	84,81 %	24,23 %

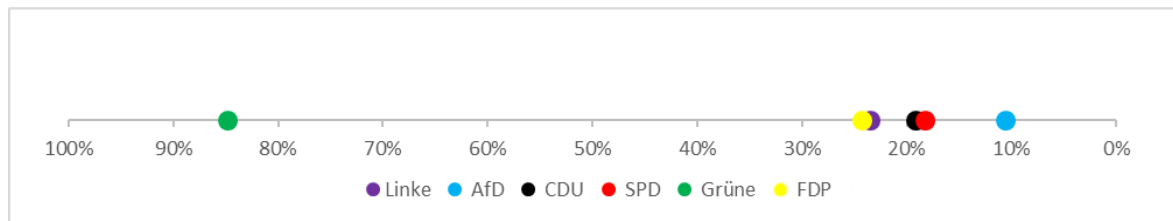
Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

Abbildung 22: Das Säulendiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen



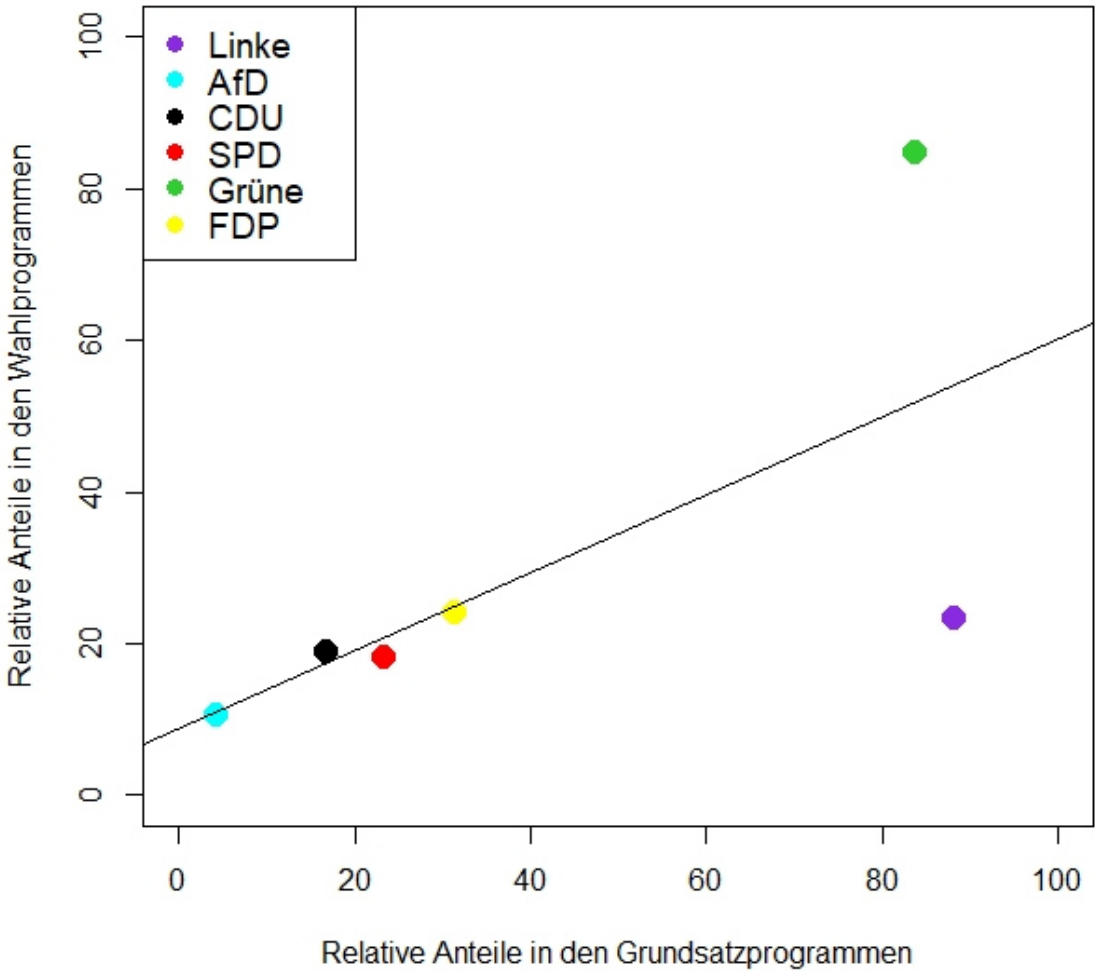
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 23: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Abbildung 24: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahl 2019 in Thüringen



Quelle: Eigene Darstellung.



Tabelle 52: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten absoluten Anzahlen der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	AfD	CDU	SPD
Ausmaß der Transformation	Einzel	71	46	34	24
	Als Ganzes	34	4	10	14
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	23	2	13	3
	Ja: Adaption	8	3	5	3
	Nein	78	47	27	32
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	1	0	0	1
	Ja: EU-Ebene	5	1	0	4
	Ja: Bundesebene	9	2	5	1
	Ja: Landesebene	72	23	27	20
	Nein	26	26	14	15
Wirtschaftsbezug	Ja	42	20	18	21
	Nein	63	30	26	17
Konzeptbezug	Ja	9	0	2	2
	Nein	96	50	42	36

Unterkategorien	Ausprägungen	Grüne	FDP
Ausmaß der Transformation	Einzel	77	40
	Als Ganzes	48	14
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	42	7
	Ja: Adaption	14	2
	Nein	79	45
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	4	1
	Ja: EU-Ebene	12	6
	Ja: Bundesebene	14	12
	Ja: Landesebene	105	28
	Nein	18	18
Wirtschaftsbezug	Ja	53	31
	Nein	72	23
Konzeptbezug	Ja	16	5
	Nein	109	49

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 53: Die nach den Ausprägungen der Unterkategorien aufgeschlüsselten relativen Anteile der Codes innerhalb der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zur Wahl 2019 in Thüringen

Unterkategorien	Ausprägungen	Linke	AfD	CDU	SPD
Ausmaß der Transformation	Einzel	67,62 %	92,00 %	77,27 %	63,16 %
	Als Ganzes	32,38 %	8,00 %	22,73 %	36,84 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	21,90 %	4,00 %	29,55 %	7,89 %
	Ja: Adaption	7,62 %	6,00 %	11,36 %	7,89 %
	Nein	74,29 %	94,00 %	61,36 %	84,21 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	0,95 %	0,00 %	0,00 %	2,63 %
	Ja: EU-Ebene	4,76 %	2,00 %	0,00 %	10,53 %
	Ja: Bundesebene	8,57 %	4,00 %	11,36 %	2,63 %
	Ja: Landesebene	68,57 %	46,00 %	61,36 %	52,63 %
	Nein	24,76 %	52,00 %	31,82 %	39,47 %
Wirtschaftsbezug	Ja	40,00 %	40,00 %	40,91 %	55,26 %
	Nein	60,00 %	60,00 %	59,09 %	44,74 %
Konzeptbezug	Ja	8,57 %	0,00 %	4,55 %	5,26 %
	Nein	91,43 %	100,00 %	95,45 %	94,74 %

Unterkategorien	Ausprägungen	Grüne	FDP
Ausmaß der Transformation	Einzel	61,60 %	74,07 %
	Als Ganzes	38,40 %	25,93 %
Klimapolitischer Bezug	Ja: Mitigation	33,60 %	12,96 %
	Ja: Adaption	11,20 %	3,70 %
	Nein	63,20 %	83,33 %
Bezug auf Rechtsordnung	Ja: Völkerrecht	3,20 %	1,85 %
	Ja: EU-Ebene	9,60 %	11,11 %
	Ja: Bundesebene	11,20 %	22,22 %
	Ja: Landesebene	84,00 %	51,85 %
	Nein	14,40 %	33,33 %
Wirtschaftsbezug	Ja	42,40 %	57,41 %
	Nein	57,60 %	42,59 %
Konzeptbezug	Ja	12,80 %	9,26 %
	Nein	87,20 %	90,74 %

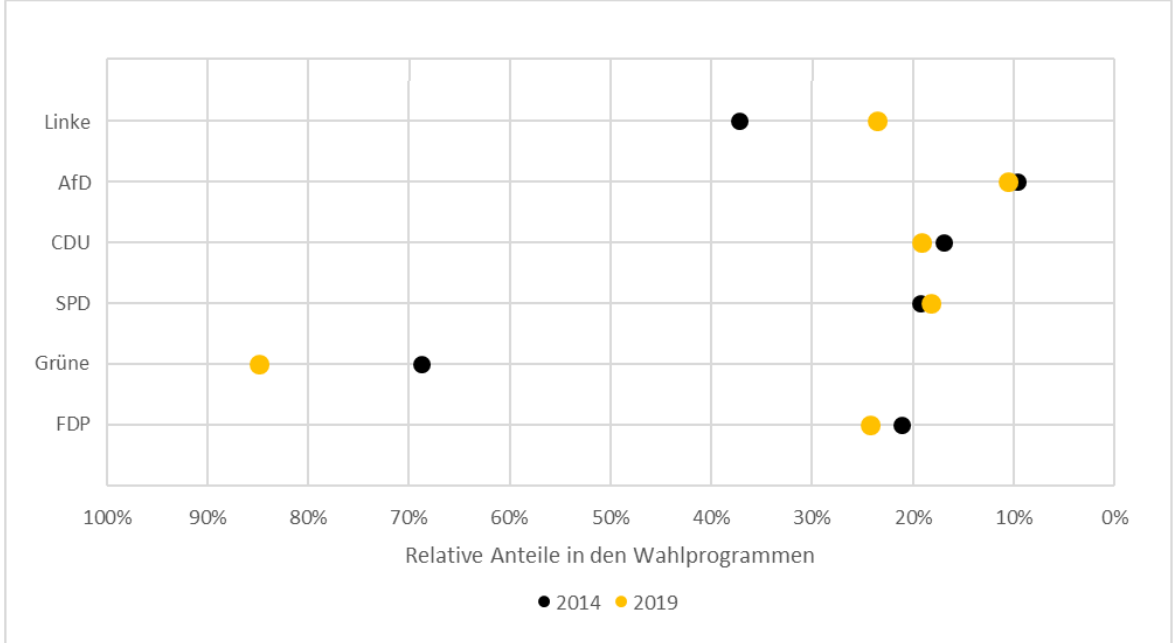
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 54: Die Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Thüringen

	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Differenz	- 13,71	+ 0,95	+ 2,23	- 1,07	+ 16,13	+ 3,19

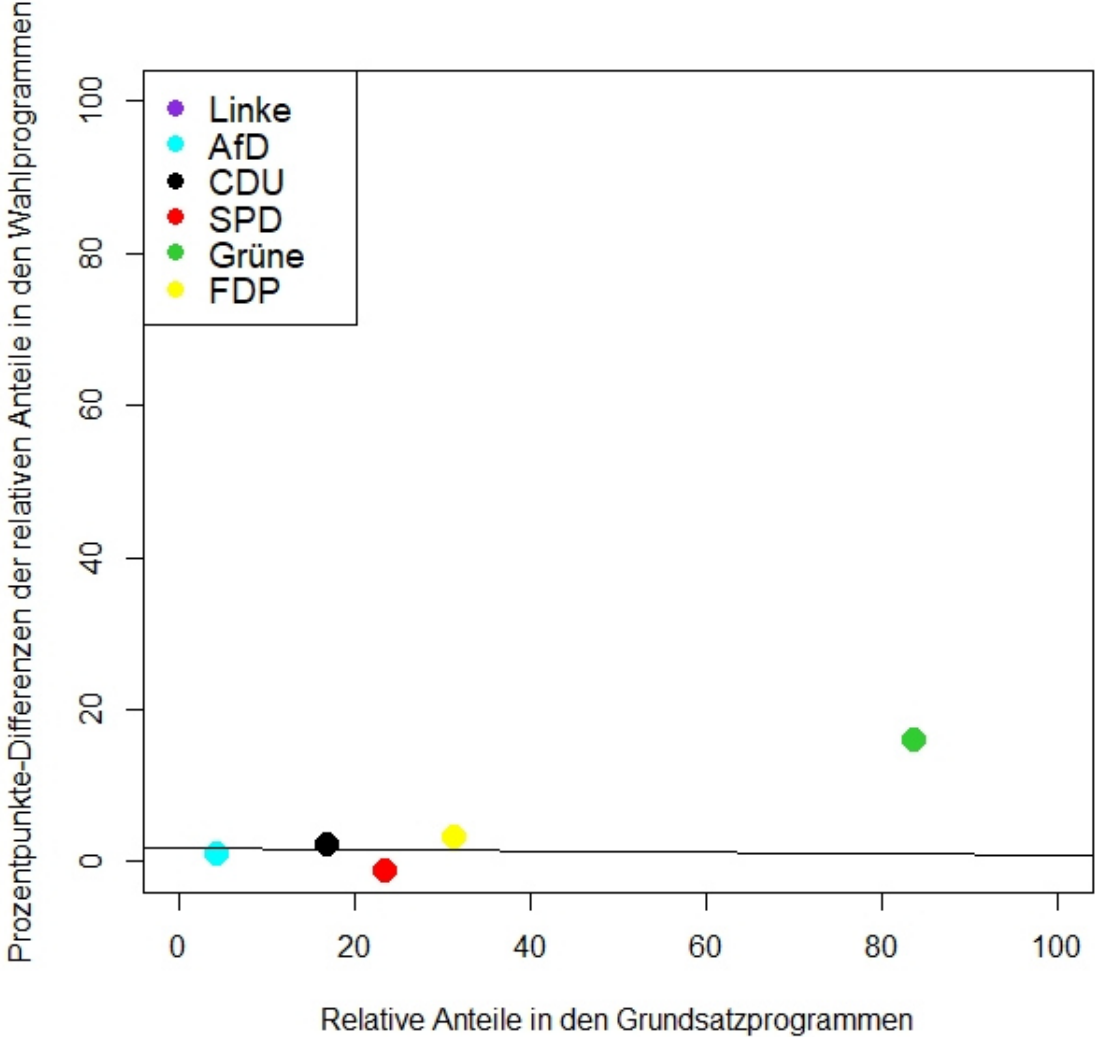
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 25: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in Thüringen



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 26: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in Thüringen



Quelle: Eigene Darstellung.

## 2.4 Die Bestandteile der Analyse zur Gesamtbetrachtung der Einzelergebnisse

### 2.4.1 Die Daten zur Bestimmung der Reihenfolge der Nennung der Parteien

Tabelle 55: Die Ergebnisse der relevanten Landesparteien zu den Landtagswahlen im Jahr 2019

	CDU	SPD	Linke	AfD	Grüne	FDP	BVB/FW	BIW
HB	26,7 %	24,9 %	11,3 %	6,1 %	17,4 %	5,9 %	-	2,4 %
BB	15,6 %	26,2 %	10,7 %	23,5 %	10,8 %	4,1 %	5,0 %	-
TH	21,7 %	8,2 %	31,0 %	23,4 %	5,2 %	5,0 %	-	-
Ø	21,3 %	16,8 %	17,7 %	17,7 %	11,1 %	5,0 %	1,7 %	0,8 %

Quelle: In Anlehnung an: Der Bundeswahlleiter: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen*, S. 9, 10 und 22.

### 2.4.2 Die zusammengeführten Daten zur Prüfung von Ausgangshypothese A<sup>774</sup>

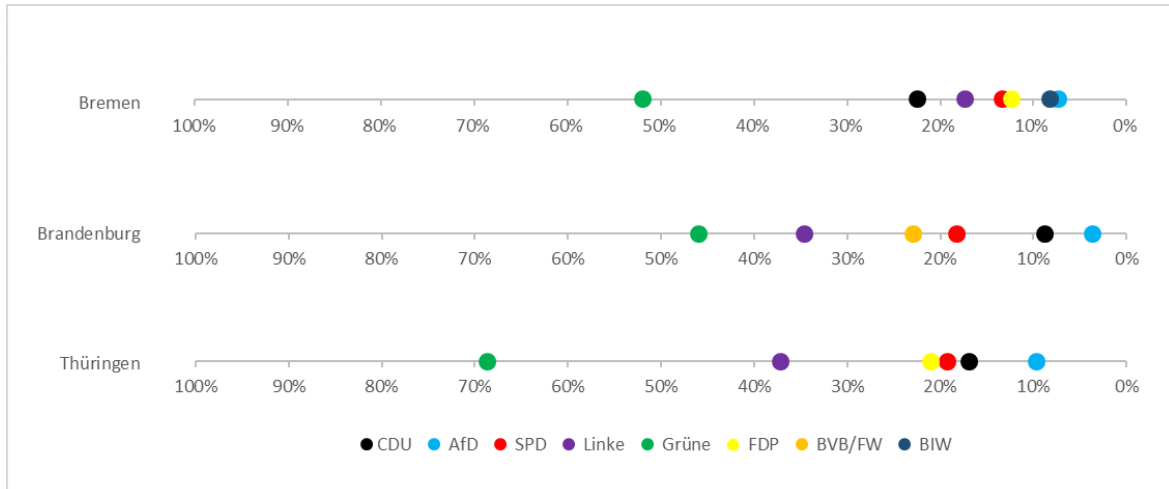
Tabelle 56: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den jeweils vorletzten Wahlen in allen Bundesländern in Prozent

	CDU	AfD	SPD	Linke	Grüne	FDP	BVB/ FW	BIW	Ø
HB	22,44	7,32	13,29	17,35	51,94	12,32	-	8,21	18,98
BB	8,74	3,60	18,18	34,63	45,99	-	22,87	-	22,34
TH	16,87	9,60	19,27	37,19	68,68	21,04	-	-	28,78
Ø	16,02	6,84	16,91	29,72	55,54	16,68	22,87	8,21	-

Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

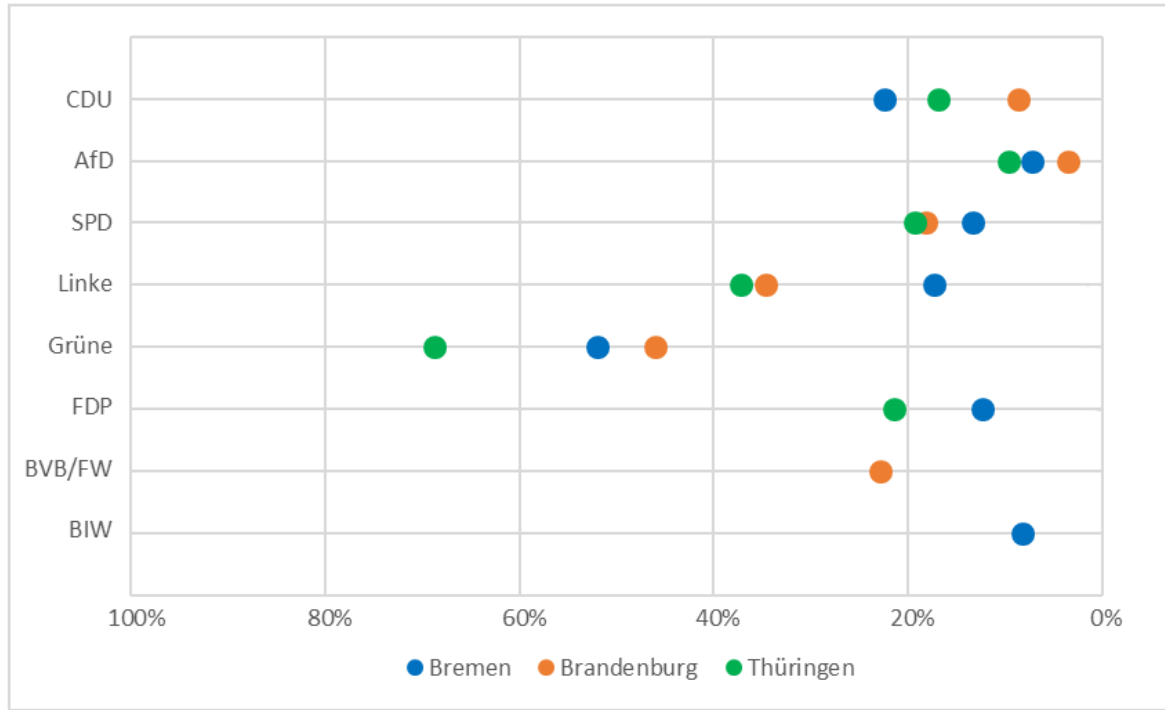
<sup>774</sup> In den folgenden Gesamtdarstellungen entspricht die Reihenfolge der Nennung der Parteien ihrem durchschnittlichen Ergebnis zu den Landtagswahlen, die 2019 in den Bundesländern stattfanden. Dazu: Vgl. Anhang, S. DLIV, Tabelle 55.

Abbildung 27: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den jeweils vorletzten Wahlen in allen Bundesländern je Bundesland (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Abbildung 28: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den jeweils vorletzten Wahlen in allen Bundesländern je Partei (Links-Rechts-Einordnung)



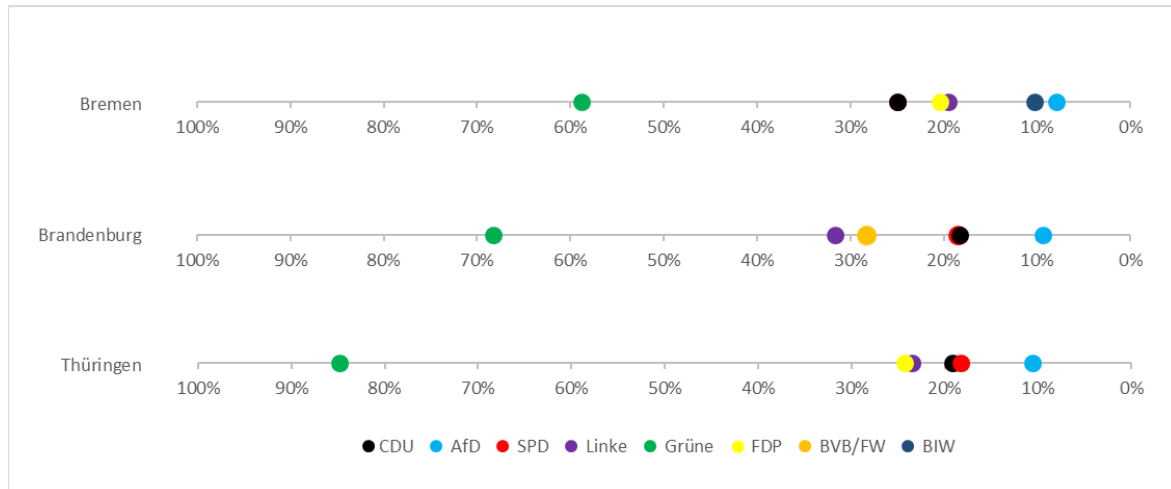
Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Tabelle 57: Die relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern in Prozent

	CDU	AfD	SPD	Linke	Grüne	FDP	BVB/ FW	BIW	Ø
HB	24,91	7,84	24,92	19,41	58,78	20,37	-	10,20	23,78
BB	18,26	9,35	18,42	31,62	68,16	-	28,22	-	29,01
TH	19,10	10,55	18,20	23,48	84,81	24,23	-	-	30,06
Ø	20,76	9,25	20,51	24,84	70,58	22,30	28,22	10,20	-

Quelle: In Anlehnung an: Rooduijn et al.: *A populist Zeitgeist?*, hier S. 568.

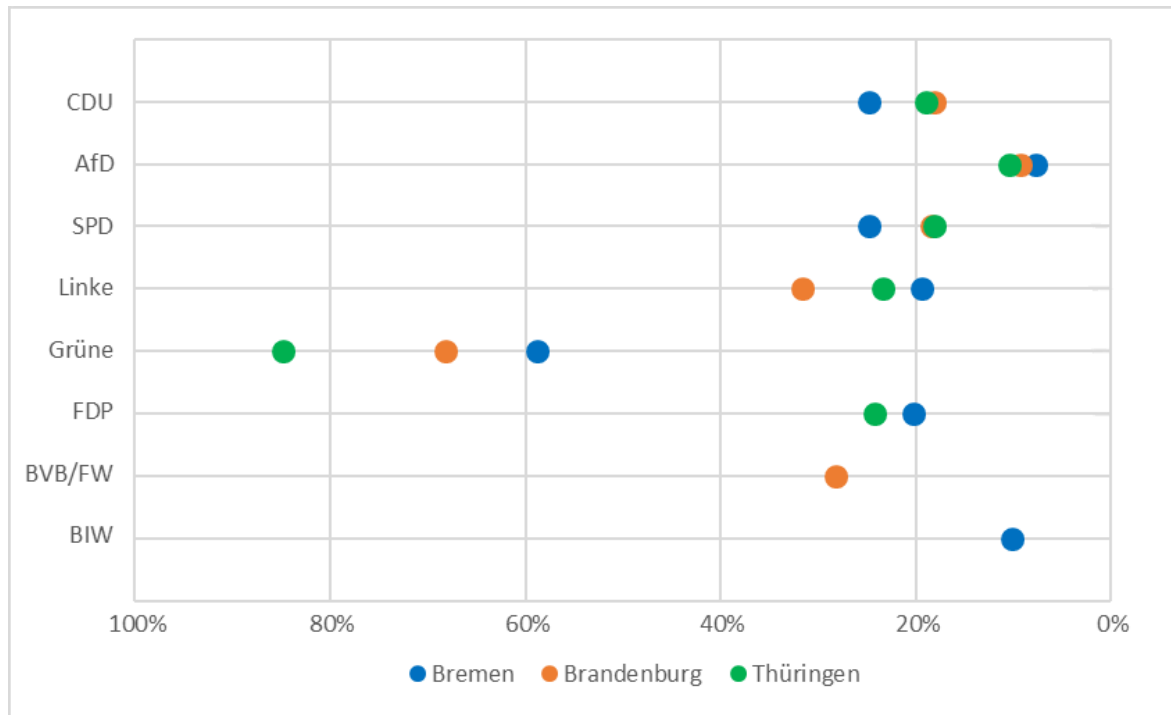
Abbildung 29: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern je Bundesland (Links-Rechts-Einordnung)



Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.



Abbildung 30: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen zu den Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern je Partei (Links-Rechts-Einordnung)



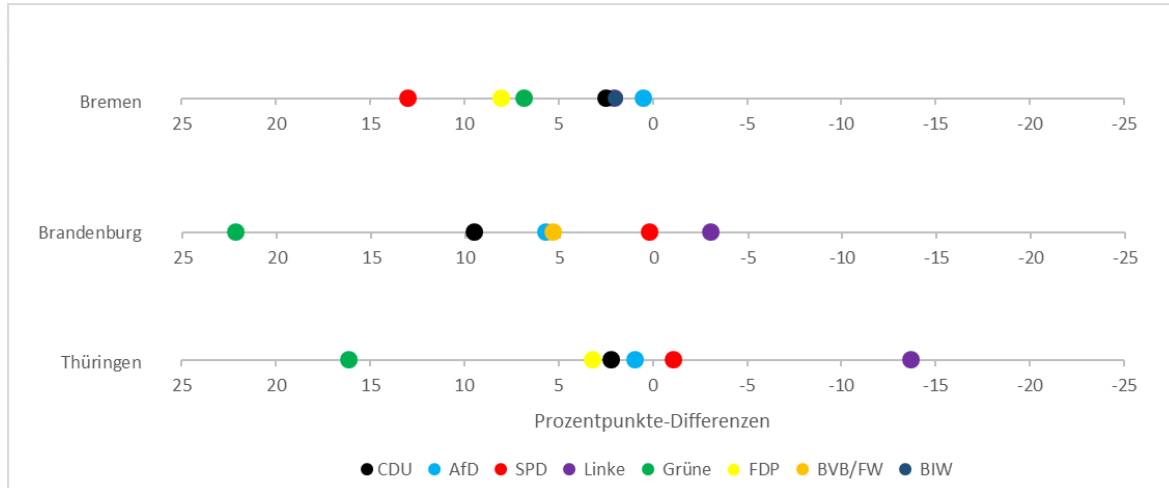
Quelle: In Anlehnung an: Bräuninger et al.: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, S. 194.

Tabelle 58: Die Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl je Bundesland

	CDU	AfD	SPD	Linke	Grüne	FDP	BVB/ FW	BIW	Ø
HB	+ 2,47	+ 0,52	+ 12,98	+ 2,06	+ 6,84	+ 8,05	-	+ 1,99	+ 4,99
BB	+ 9,52	+ 5,75	+ 0,24	- 3,01	+ 22,17	-	+ 5,35	-	+ 6,67
TH	+ 2,23	+ 0,95	- 1,07	- 13,71	+ 16,13	+ 3,19	-	-	+ 1,29
Ø	+ 4,74	+ 2,41	+ 4,05	- 4,89	+ 15,05	+ 5,62	+ 5,35	+ 1,99	-

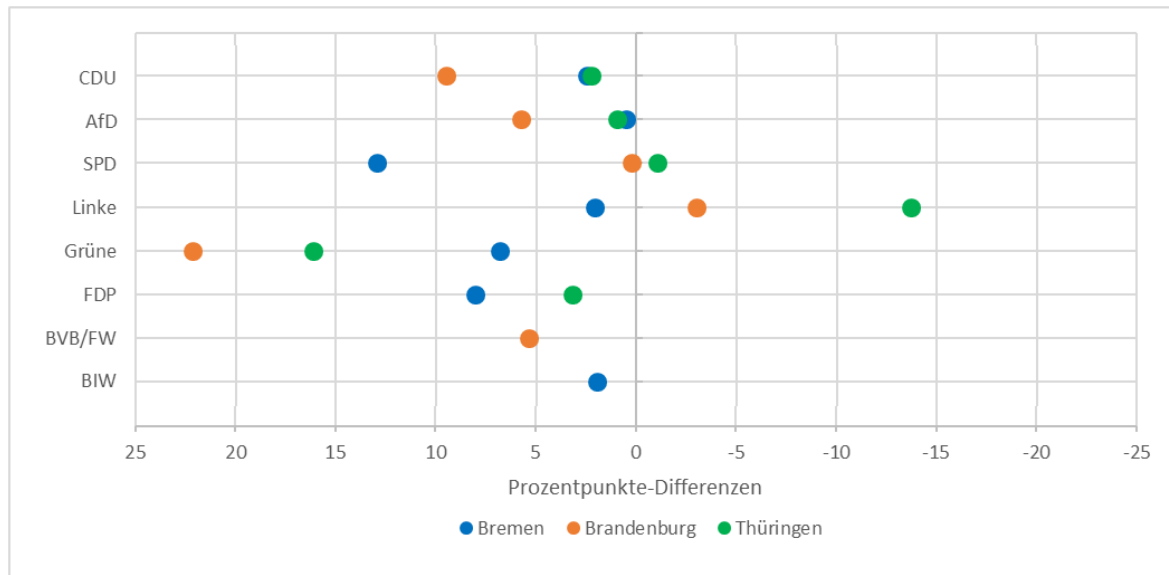
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 31: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern je Bundesland



Quelle: Eigene Darstellung.

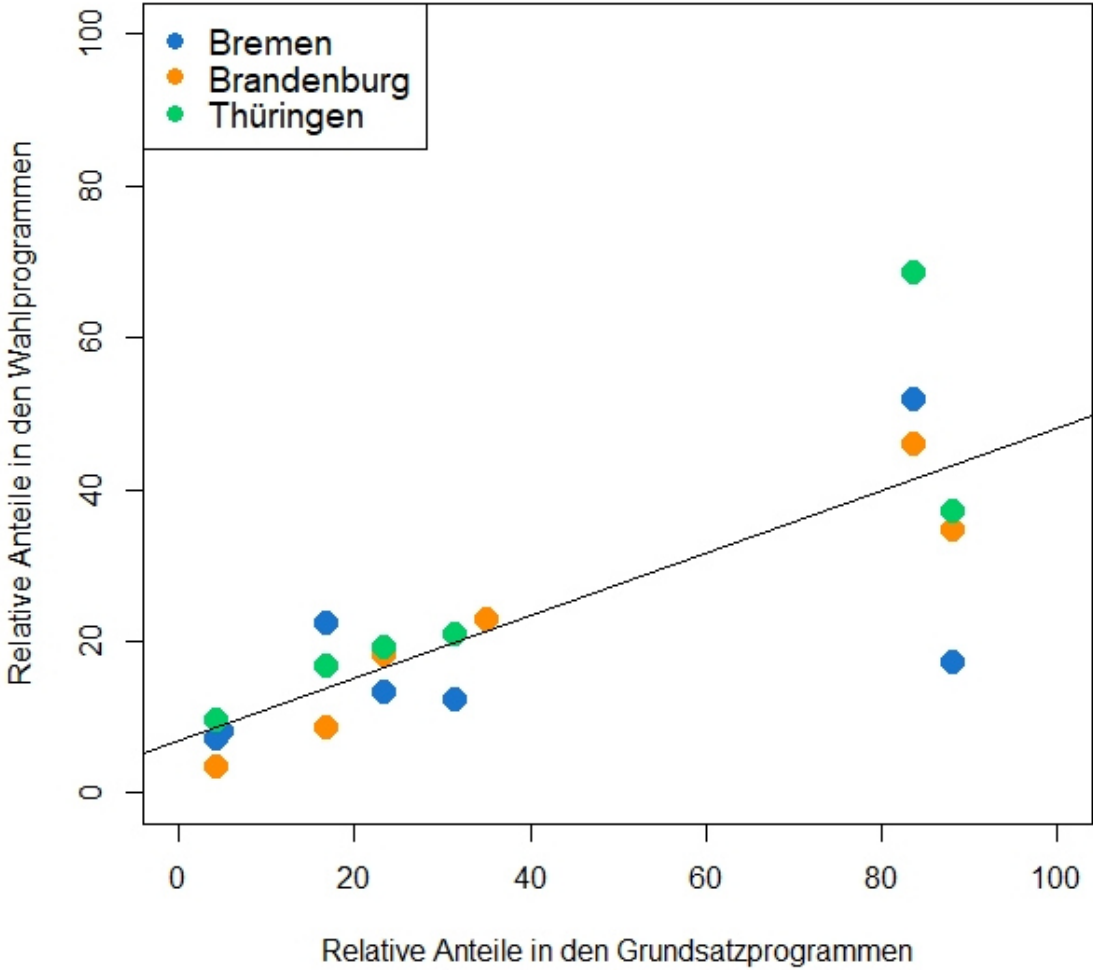
Abbildung 32: Das Punktdiagramm zur Veranschaulichung der Prozentpunkte-Differenzen zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ in den Wahlprogrammen von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern je Partei



Quelle: Eigene Darstellung.

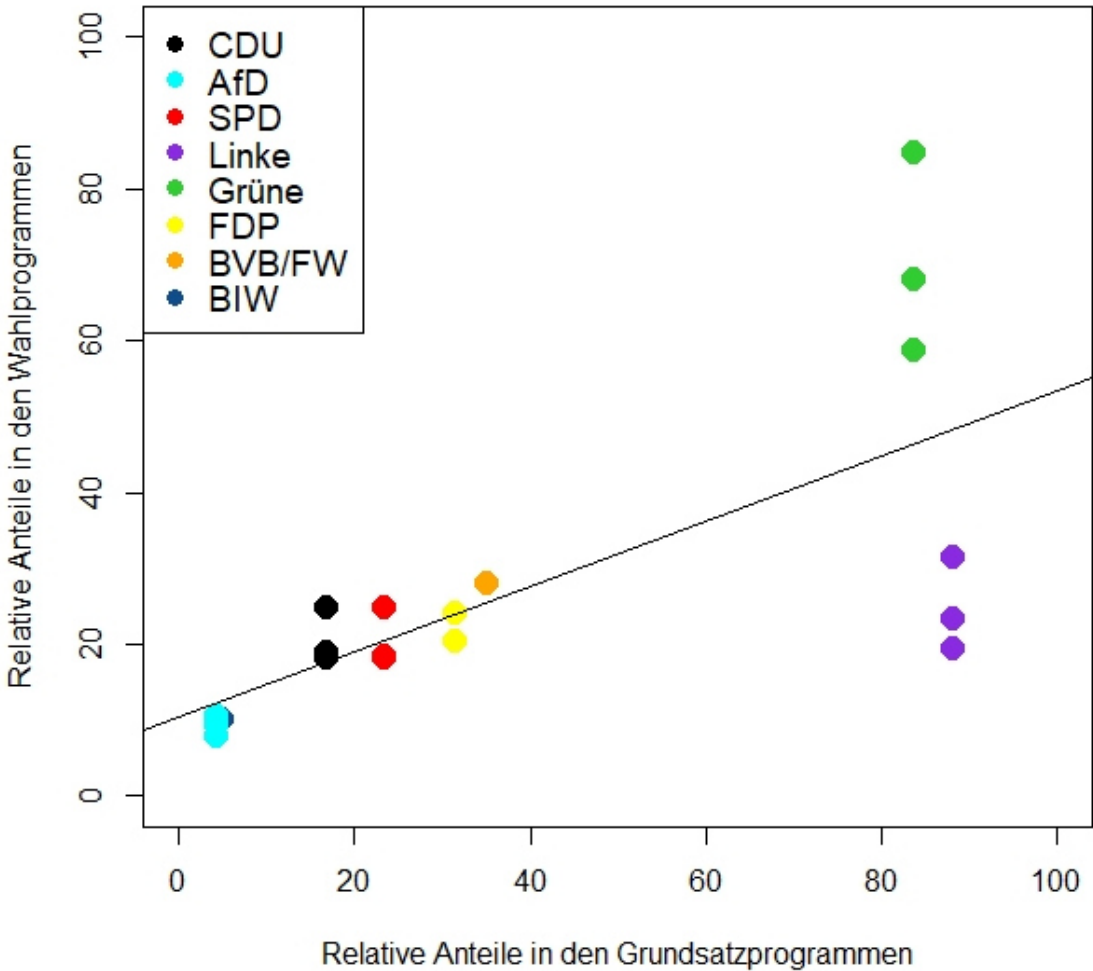


Abbildung 34: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der vorletzten Wahlen in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland



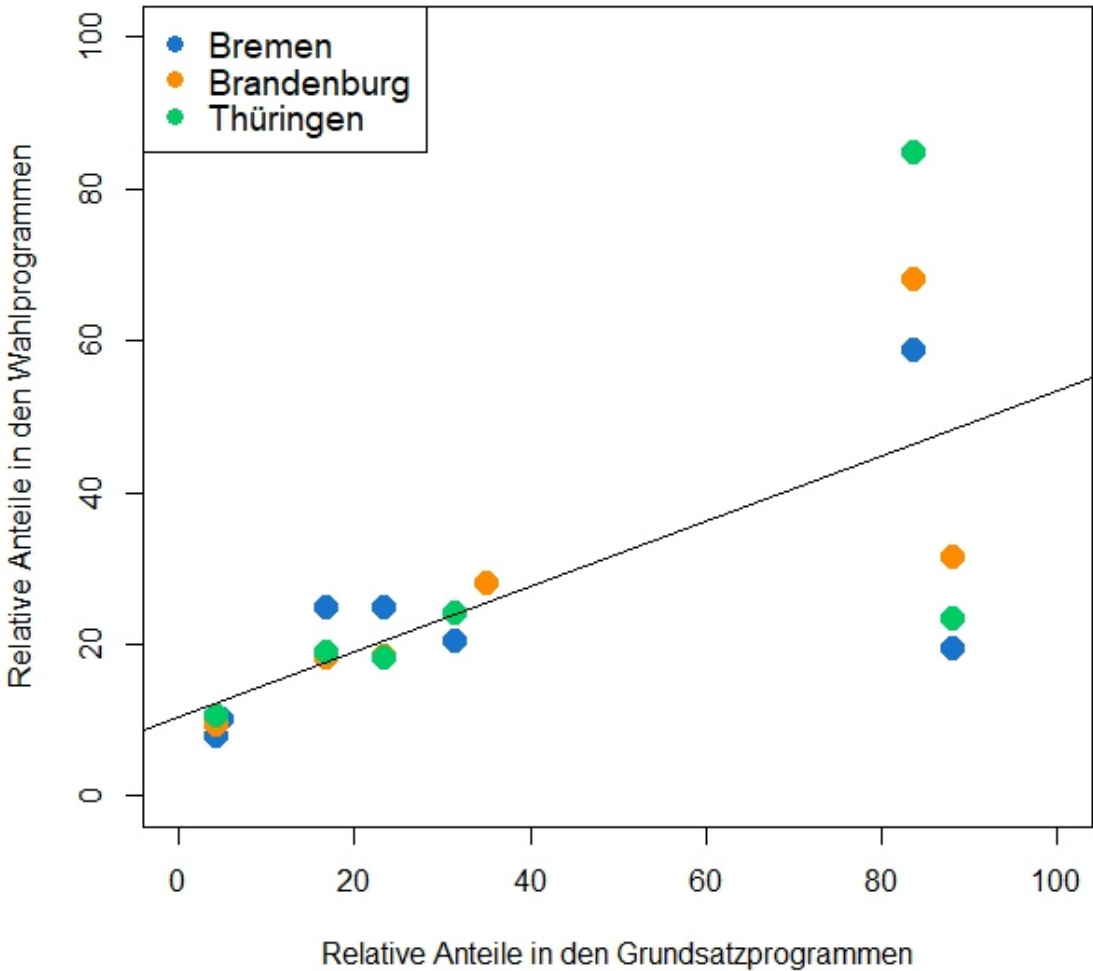
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 35: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern; Färbung je Partei



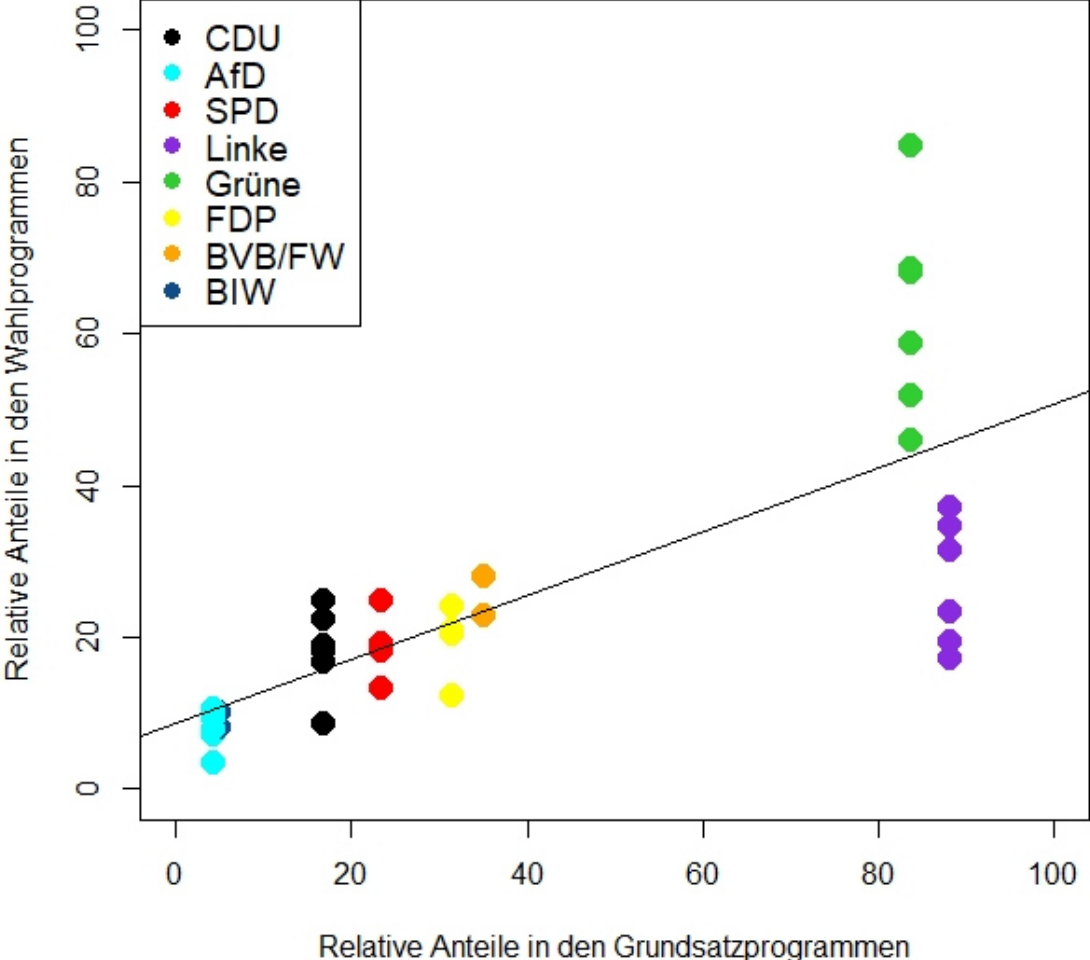
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 36: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext der Wahlen im Jahr 2019 in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland



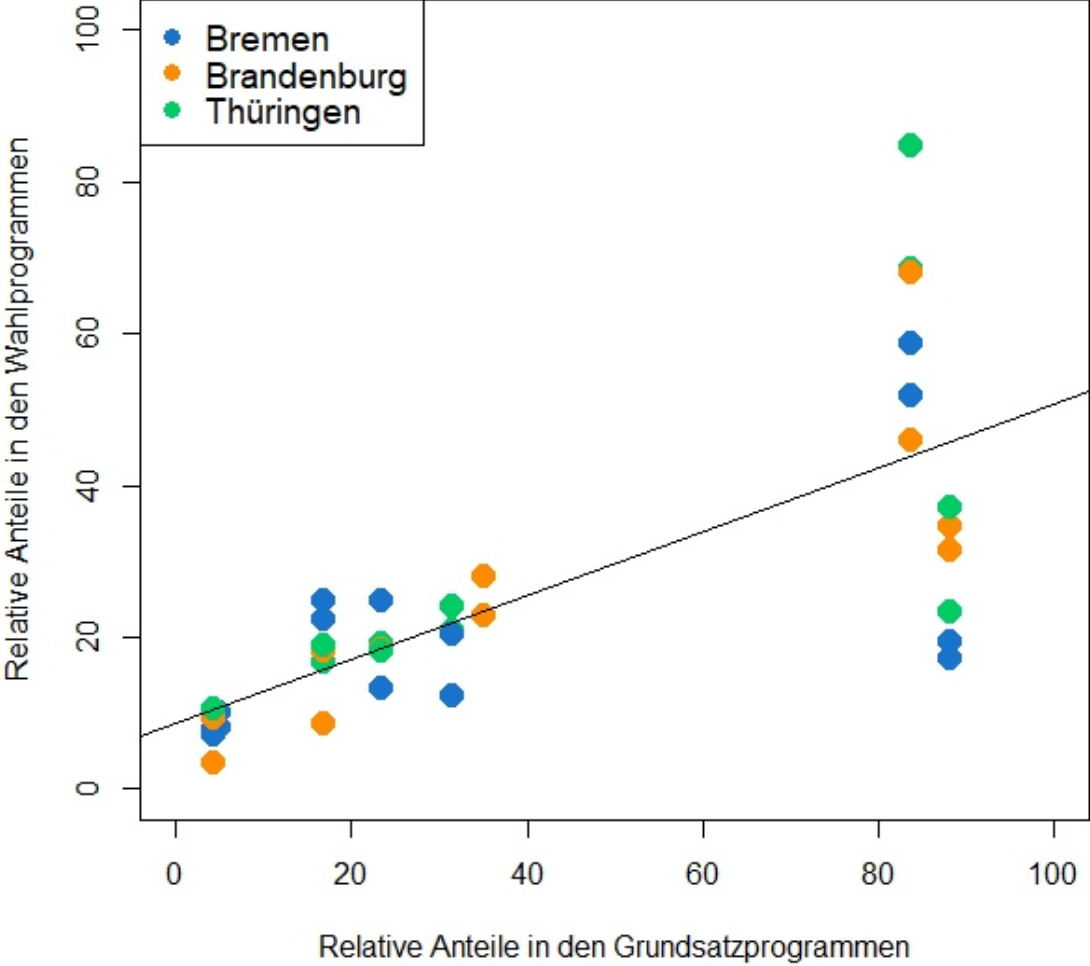
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 37: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext beider Wahlen in allen Bundesländern; Färbung je Partei



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 38: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der relativen Anteile der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ im Kontext beider Wahlen in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland

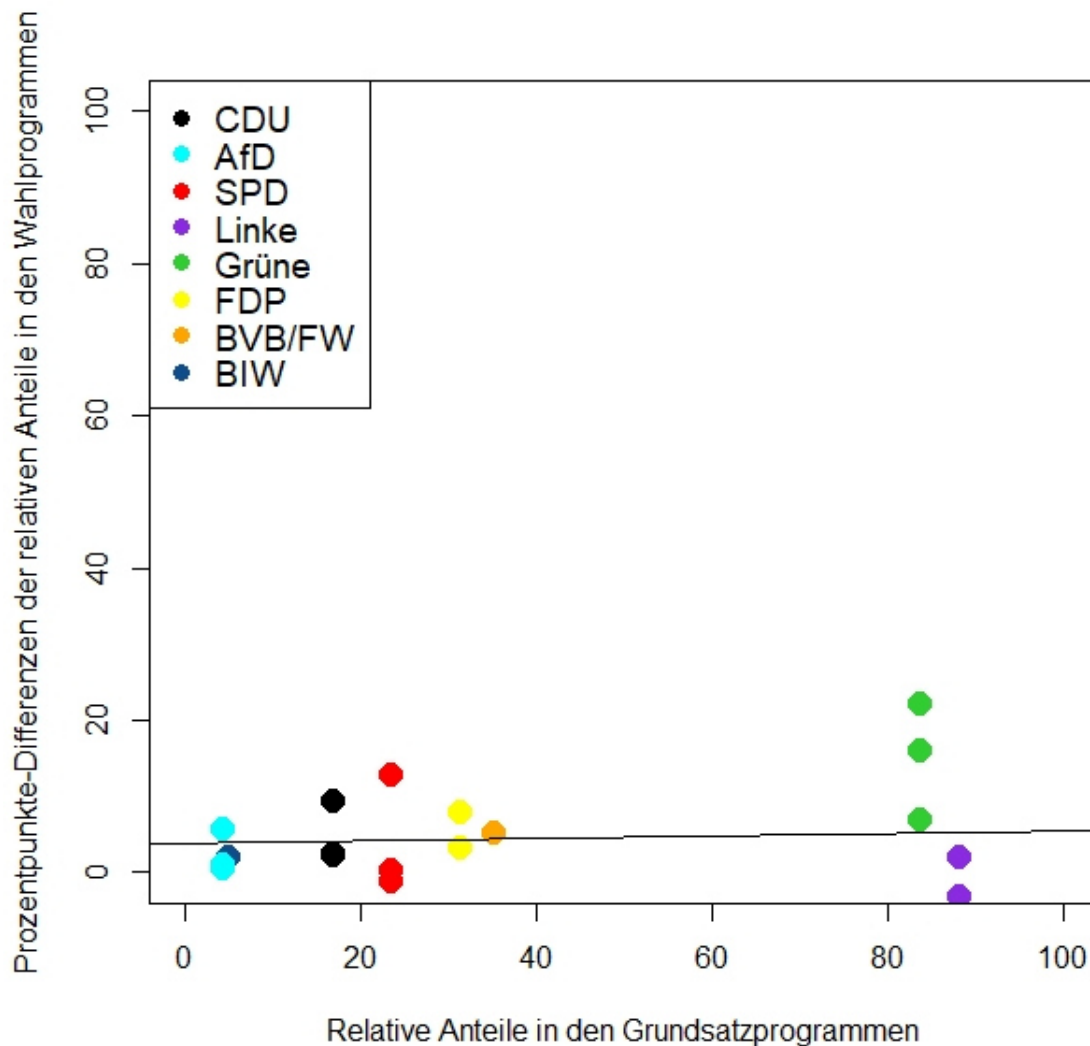


Quelle: Eigene Darstellung.



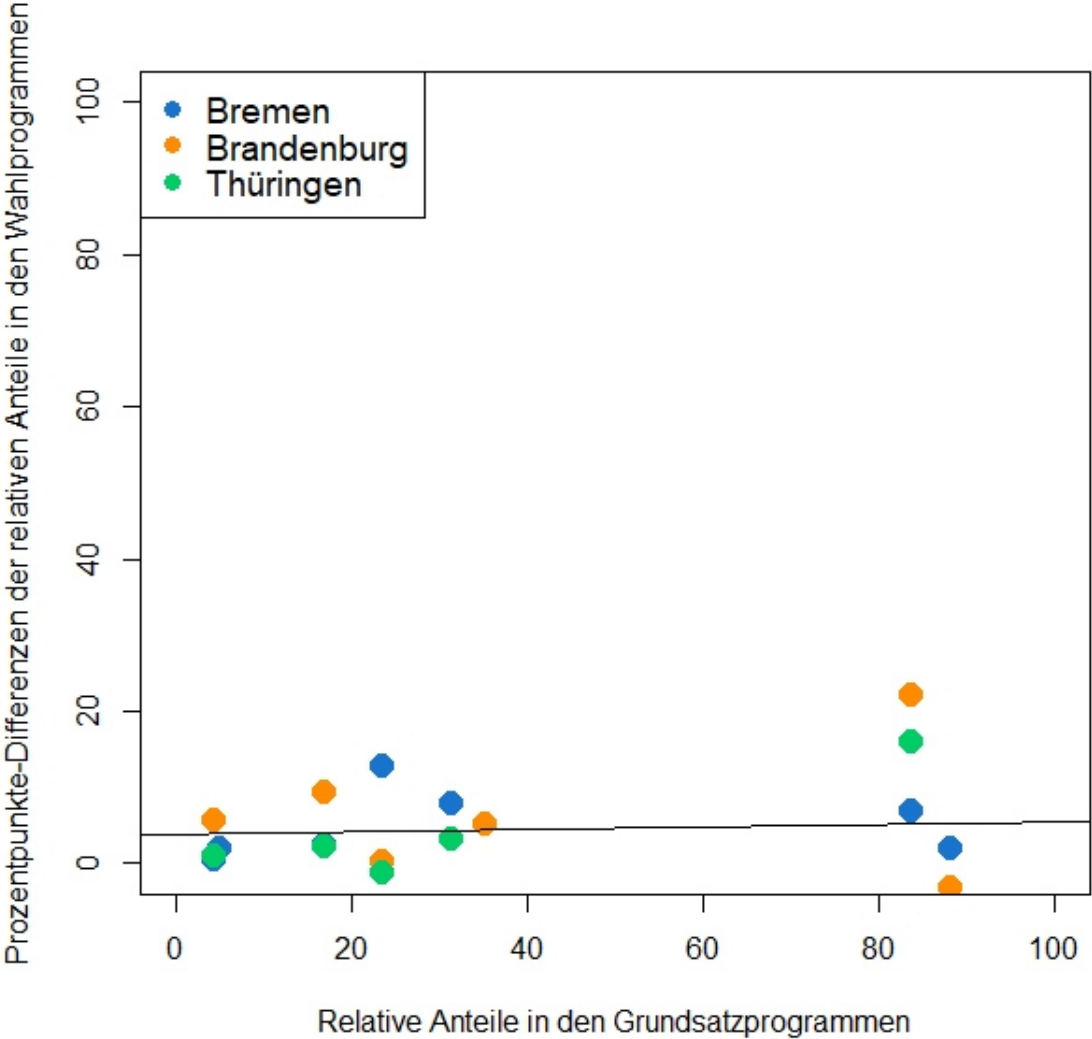
## 2.4.4 Die zusammengeführten Daten zur Prüfung von Hypothese B2

Abbildung 39: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern; Färbung je Partei



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 40: Das Streudiagramm mit Regressionsgerade zur Prüfung des Zusammenhangs zwischen den Grundsatz- und Wahlprogrammen hinsichtlich der Prozentpunkte-Differenz zwischen den relativen Anteilen der gewichteten Anzahlen der Absätze mit Codes aus der Kategorie „Sozial-ökologische Transformation“ von Wahl zu Wahl in allen Bundesländern; Färbung je Bundesland



Quelle: Eigene Darstellung.

# Literatur- und Quellenverzeichnis

## Printliteratur

ADLER, Frank/ Schachtschneider, Ulrich: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise*, 1. Aufl., München 2010.

ADLOFF, Frank/ Neckel, Sighard: *Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? Die Zukünfte der Nachhaltigkeit*, in: Dörre, Klaus/ Rosa, Hartmut/ Becker, Karina/ Borse, Sophie/ Seyd, Benjamin (Hrsg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, 1. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 167-180.

AFD: *Wahlprogramm 2015*, 1. Aufl., Bremen 2015.

AFD: *Mut zu Brandenburg. Bodenständig und frei leben. Das Programm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl am 14. September 2014*, 1. Aufl., Potsdam 2014.

AFD: *Aufbruch für Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014*, 1. Aufl., Erfurt 2014.

BECKER, Egon/ Hummel, Diana/ Jahn, Thomas: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, in: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*, 1. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 75-96.

BECKER, Egon/ Jahn, Thomas: *Konturen und Gegenstand*, in: Dies. (Hrsg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2006, S. 70-89.

BECKER, Egon/ Jahn, Thomas: *Sozial-ökologische Transformationen: Theoretische und methodische Probleme transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung*, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Nachhaltigkeit und Transdisziplinarität. Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse der Nachhaltigkeitsforschung*, 1. Aufl., Berlin 2000, S. 68-84.

BECKER, Egon/ Jahn, Thomas/ Schramm, Engelbert: *Sozial-ökologische Forschung. Rahmenkonzept für einen neuen Förderschwerpunkt. Gutachten im Auftrag des BMBF*, Studententext des Instituts für sozial-ökologische Forschung Nr. 6, Frankfurt a. M. 1999.

BENOIT, Kenneth/ Bräuninger, Thomas/ Debus, Marc: *Challenges for Estimating Policy Preferences: Announcing an Open Access Archive of Political Documents*, in: *German Politics* 18:3 (2009), S. 441-453.

- BEYER, Jürgen: *Pfadabhängigkeit*, in: Wenzelburger, Georg/ Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 149-171.
- BIRKLAND, Thomas A.: *Lessons of Disaster: Policy Change after Catastrophic Events*, 1. Aufl., Washington, D. C. 2006.
- BIW: *Programm der BÜRGER IN WUT (BIW)*. Landesverband Bremen, 3. Aufl., Bremen 2015.
- BLÄTTE, Andreas/ Hohl, Karina: *Gestaltungsspielräume des Regierens in den Ländern. Landespolitik zwischen Marginalisierung, Blockade und Innovation*, in: Korte, Karl-Rudolf/ Grunden, Timo (Hrsg.): *Handbuch Regierungsforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 207-215.
- BLÜHDORN, Ingolfur: *Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose*, in: Ders. (Hrsg.): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, 1. Aufl., Bielefeld 2020, S. 65-142.
- BOVENS, Mark/ 't Hart, Paul: *Revisiting the study of policy failures*, in: *Journal of European Public Policy* 23:5 (2016), S. 653-666.
- BRAND, Karl-Werner: *Disruptive Transformationen. Gesellschaftliche Umbrüche und sozial-ökologische Transformationsdynamiken kapitalistischer Industriegesellschaften – ein zyklisch-struktureller Erklärungsansatz*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 28:3 (2018), S. 479-509.
- BRAND, Karl-Werner: *Einleitung: Problemstellung und Untersuchungsperspektive*, in: Ders. (Hrsg.): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2017, S. 13-31.
- BRAND, Karl-Werner: *Das Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Wie Gesellschaften Umweltprobleme produzieren und damit umgehen*, in: Ders. (Hrsg.): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2017, S. 35-49.
- BRAND, Karl-Werner: *Sustainable Development*, in: Wright, James D. (Hrsg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Bd. 23, 2. Aufl., Amsterdam u. a. 2015, S. 812-816.
- BRAND, Ulrich: *Sozial-ökologische Transformation*, in: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, 1. Aufl., Bielefeld 2016, S. 277-282.
- BRAND, Ulrich: *Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt*, in: *Kurswechsel* 29:2 (2014), S. 7-18.
- BROHMANN, Bettina/ Grießhammer, Rainer: *Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können. Transformationsstrategien und Models of Change für nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel*, 1. Aufl., Dessau-Roßlau 2015.

- BRUNNENGRÄBER, Achim/ Dietz, Kristina/ Hirschl, Bernd/ Walk, Heike/ Weber, Melanie: *Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik*, 1. Aufl., Münster 2008.
- BRUNNENGRÄBER, Achim/ Weber, Melanie: *Klimawandel als Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Zur Mehrebenenstruktur in der Klimapolitik*, in: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 24:47 (2004), S. 108-118.
- BRÄUNINGER, Thomas/ Debus, Marc/ Müller, Jochen/ Stecker, Christian: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, 2., vollst. überarb. Aufl., Wiesbaden 2020.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT: *Klimaschutzbericht 2018. Zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung*, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2019.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT: *Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2019.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT: *Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Kabinettsbeschluss vom 3. Dezember 2014*, 1. Aufl., Paderborn 2014.
- BUNZ, Maxie/ Mücke, Hans-Guido: *Klimawandel – physische und psychische Folgen*, in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 60:6 (2017), S. 632-639.
- BURKHART, Corinna/ Schmelzer, Matthias/ Treu, Nina: *Degrowth als Teil des Mosaiks der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation*, in: Dies (Hrsg.): *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*, 1. Aufl., München 2017, S. 402-414.
- BUTZLAFF, Felix: *Der Verlust des Gestaltungsanspruchs. Über Parteien als programmatische Avantgarde einer gesellschaftlichen Transformation*, in: Blühdorn, Ingolfur (Hrsg.): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, 1. Aufl., Bielefeld 2020, S. 173-203.
- BVB/FW: *Wahlprogramm der BVB / FREIE WÄHLER für die Landtagswahl 2014*, 1. Aufl., Potsdam 2014.
- BÖCHER, Michael/ Töller, Annette Elisabeth: *Umwelt- und Naturschutzpolitik der Bundesländer*, in: Hildebrandt, Achim/ Wolf, Frieder (Hrsg.): *Die Politik der Bundesländer. Zwischen Föderalismusreform und Schuldenbremse*, 2., akt. und erw. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 259-281.
- BÖCHER, Michael/ Töller, Annette Elisabeth: *Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2012.

- CDU: *Neues Vertrauen in Bremen*, 1. Aufl., Bremen 2015.
- CDU: *Brandenburg. Besser. Machen. Regierungsprogramm der CDU Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Landtages 2014 – 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2014.
- CDU: *Der Thüringenplan. 2014-2019*, 1. Aufl., Erfurt 2014.
- CZERWICK, Edwin: *Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik*, 1. Aufl., München 2011.
- DER SENATOR FÜR UMWELT, BAU, VERKEHR UND EUROPA: *Klimaschutz- und Energieprogramm 2020. Zugleich Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms gemäß § 13 des Bremischen Energiegesetzes*, 1. Aufl., Bremen 2009.
- DER SENATOR FÜR UMWELT, BAU UND VERKEHR/ Umweltschutzamt: *Klimaanpassungsstrategie. Bremen. Bremerhaven*, 1. Aufl., Bremen/ Bremerhaven 2018.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/13300, Berlin 2013.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: *Schlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ zum Thema Mehr Zukunft für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz –*, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/8600, Berlin 1994.
- DEUTSCHER BUNDESTAG: *Unterrichtung durch die Bundesregierung. Umweltgutachten 1994 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung*, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/6995, Berlin 1994.
- DEUTSCHER WETTERDIENST/ Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr: *Klimaanpassungsstrategie. Bremen. Bremerhaven. Begleitstudie. Wetter und Klima im Land Bremen*, 1. Aufl., Hamburg/ Bremen 2018.
- DIEKMANN, Jochen/ Schill, Wolf-Peter/ Püttner, Andreas/ Walker, Marion/ Kirrmann, Sven/ Maier, Magnus: *Vergleich der Bundesländer: Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien 2019 – Indikatoren und Ranking*, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 145, Berlin 2019.
- DIE GRÜNEN: *Wahlprogramm. Ganz klar Grün. Unsere Ideen für Bremen!*, 1. Aufl., Bremen 2015.
- DIE GRÜNEN: *Gutes Morgen, Brandenburg. Das Programm zur Landtagswahl*, 1. Aufl., Potsdam 2014.
- DIE GRÜNEN: *Jede Seite ist ein Lichtblick. Unser Programm für Thüringen*, 1. Aufl., Erfurt 2014.
- DIE LINKE: *Sozial, das muss drin sein. Bürgerschaftswahlprogramm Land Bremen 2015*, 1. Aufl., Bremen 2015.

- DIE LINKE: *Soziales Brandenburg. Das ist Die Linke. Programm der Partei DIE LINKE. Brandenburg zur Landtagswahl 2014*, 1. Aufl., Potsdam 2014.
- DIE LINKE: *Wann, wenn nicht jetzt. Thüringen sozial regieren!*, 1. Aufl., Erfurt 2014.
- EDENHOFER, Ottmar/ Jakob, Michael: *Klimapolitik. Ziele, Konflikte, Lösungen*, 2., akt. u. erw. Aufl., München 2019.
- EHNERT, Franziska: *Climate Policy in Denmark, Germany, Estonia and Poland. Ideas, Discourses and Institutions*, 1. Aufl., Cheltenham/ Northampton 2019.
- EIFLER, Stefanie/ Leitgöb, Heinz: *Experiment*, in: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 203-218.
- FDP: *Für Bremen und Bremerhaven. Gemeinsames Wahlprogramm der FDP Bremen und der FDP Bremerhaven zur Bürgerschaftswahl und Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 2015. Beschluss des FDP Landesparteitags vom 3. März 2015*, 1. Aufl., Bremen 2015.
- FDP: *Wahlprogramm der FDP Thüringen für die 6. Legislaturperiode des Thüringer Landtages. 2014 - 2019, „Thüringen entscheidet“*, 1. Aufl., Erfurt 2014.
- FISCHER, Severin: *Die Energiewende und Europa. Europäisierungsprozesse in der deutschen Energie- und Klimapolitik*, 1. Aufl. der überarb. und akt. Fassung der Dissertation an der Universität Trier 2015, Wiesbaden 2017.
- FLASKÜHLER, Christina Agnetha: *Föderale Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland im Lichte des wohlgeordneten Rechts*, 1. Aufl., Baden-Baden 2018.
- FUCHS, Gerhard/ Wassermann, Sandra: *Governance von Innovationen im Energiesektor. Zwischen Anpassung und Erneuerung*, in: Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 450-472.
- GRANDI, Filippo: *Global Trends. Forced Displacement in 2018*, 1. Aufl., Genf 2019.
- GROSS, Martin/ Debus, Marc: *Does EU regional policy increase parties' support for European integration?*, in: *West European Politics* 41:3 (2018), S. 594-614.
- GÖRG, Christoph: *Vom Klimaschutz zur Anpassung: gesellschaftliche Naturverhältnisse im Klimawandel*, in: Voss, Martin (Hrsg.): *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 347-362.
- GÖRG, Christoph: *Gestaltung als Strukturproblem. Zu einer Soziologie gesellschaftlicher Naturverhältnisse*, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 1998, ursprüngl. Opladen 1998, S. 53-74.

- GÖRG, Christoph/ Brand, Ulrich/ Haberl, Helmut/ Hummel, Diana/ Jahn, Thomas/ Liehr, Stefan: *Challenges for Social-Ecological Transformations: Contributions from Social and Political Ecology*, in: Kramm, Johanna/ Pichler, Melanie/ Schaffartzik, Anke/ Zimmermann, Martin (Hrsg.): *Social Ecology. State of the Art and Future Prospects*, 1. Aufl., Basel u. a. 2017, S. 31-51.
- GÖRG, Christoph/ Bedall, Philip: *Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse*, in: Dietz, Matthias/ Garrelts, Heiko (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 75-105.
- HEIN, Wolfgang/ Betz, Joachim/ Eucker, Dennis/ Hein, Jonas/ Holstenkamp, Lars/ Never, Babette: *Klimapolitik und Entwicklung*, in: Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 397-448.
- HELD, Martin: *Zeiten der Großen Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung*, in: Bohn, Carolin/ Fuchs, Doris/ Kerkhoff, Antonius/ Müller, Christian J. (Hrsg.): *Gegenwart und Zukunft sozial-ökologischer Transformation*, 1. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 175-187.
- HERWEG, Nicole: *Multiple Streams Ansatz*, in: Wenzelburger, Georg/ Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 325-353.
- HUMMEL, Diana/ Kluge, Thomas: *Regulationen*, in: Becker, Egon/ Jahn, Thomas (Hrsg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2006, S. 248-258.
- HUSTEDT, Thurid: *Analyzing Policy Advice: The Case of Climate Policy in Germany*, in: *Central European Journal of Public Policy* 7:1 (2013), S. 88-110.
- ILLING, Falk: *Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949 – 2013*, 1. Aufl., Baden-Baden 2012.
- IONESCO, Dina/ Mokhnacheva, Daria/ Gemenne, François: *Atlas der Umweltmigration*, 1. Aufl., München 2017.
- JAEGER-ERBEN, Melanie/ Nagy, Emilia/ Schäfer, Martina/ Süßbauer, Elisabeth/ Zscheischler, Jana: *Von der Programmatik zur Praxis: Plädoyer für eine Grounded Theory transformationsorientierter Forschung*, in: *GAIA* 27:1 (2018), S. 117-121.
- JAHN, Detlef: *Umwelt in der Vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Lauth, Hans-Joachim/ Kneuer, Marianne/ Pickel, Gert (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, 1. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 677-687.
- JAHN, Thomas: *Sozial-ökologische Forschung. Ein neuer Forschungstyp in der Nachhaltigkeitsforschung*, in: Linne, Gudrun/ Schwarz, Michael (Hrsg.): *Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar?*, Wiesbaden 2003, ursprüngl. Opladen 2003, S. 545-555.



- JAHN, Thomas/ Wehling, Peter: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts*, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 1998, ursprüngl. Opladen 1998, S. 75-93.
- JAKOBS, Simon/ Jun, Uwe: *Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/18: Eine Analyse der Wahlprogramme*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49:2 (2018), S. 265-285.
- JORDAN, Andrew/ Huitema, Dave: *Policy innovation in a changing climate: Sources, patterns and effects*, in: *Global Environmental Change* 29 (2014), S. 387-394.
- JUNGJOHANN, Arne: *Ökologisch regieren. Eine Analyse der Regierungspraxis von Bündnis 90/Die Grünen im Feld der ökologischen Modernisierung*, 1. Aufl., Berlin 2019.
- JÄNICKE, Martin: *Ökologische und politische Modernisierung. Umweltpolitik im Zeichen der Entzauberung des Staates*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21:4 (1992), S. 433-444.
- JÄNICKE, Martin: *Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat*, 1. Aufl., München 2008.
- KELLE, Udo: *Mixed Methods*, in: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 159-172.
- KINGDON, John W.: *Agendas, alternatives, and public policies*, 1. Aufl., Boston 1984.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter: *Umweltproblematik in den Wahlprogrammen der etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): *Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft - Wege zu einem neuen Grundverständnis: Kongreß der Landesregierung "Zukunftschancen eines Industrielandes"*, Dezember 1985, Stuttgart 1986, S. 356-361.
- KLUGE, Thomas/ Hummel, Diana: *Transformationen*, in: Becker, Egon/ Jahn, Thomas (Hrsg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2006, S. 259-266.
- KOLLMORGEN, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen: *Transformation und Transformationsforschung. Zur Einführung*, in: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Transformationsforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 11-27.
- KORTE, Karl-Rudolf/ Grunden, Timo: *Über die Regierung. Gegenstände der Regierungsforschung und neue Konturen des Regierens*, in: Dies. (Hrsg.) *Handbuch Regierungsforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 11-29.

- KRAMM, Johanna/ Pichler, Melanie/ Schaffartzik, Anke/ Zimmermann, Martin: *Societal Relations to Nature in Times of Crisis—Social Ecology’s Contributions to Interdisciplinary Sustainability Studies*, in: Dies. (Hrsg.): *Social Ecology. State of the Art and Future Prospects*, 1. Aufl., Basel u. a. 2017, S. 1-12.
- KÖSSLER, Georg: *Die Klimabewegung in Deutschland*, in: Dietz, Matthias/ Garrelts, Heiko (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 185-204.
- KÜHNEL, Steffen/ Dingelstedt, André: *Kausalität*, in: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 1401-1413.
- LIPIETZ, Alain: *Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie*, Übersetzung von Frieder Otto Wolf, 1. Aufl., Münster 2000.
- LUKS, Fred: *(Große) Transformation – die neue große Nachhaltigkeitserzählung?*, in: Ders. (Hrsg.): *Chancen und Grenzen der Nachhaltigkeitstransformation Ökonomische und soziologische Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 3-18.
- MARX, Andreas: *Klimawandel – ein Überblick*, in: Ders. (Hrsg.): *Klimaanpassung in Forschung und Politik*, 1. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 3-16.
- MAYRING, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 12., überarb. Aufl., Weinheim/ Basel 2015.
- MERKEL, Wolfgang: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2010.
- MERZ, Nicolas/ Regel, Sven: *Die Programmatik der Parteien*, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 211-238.
- MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG: *natürlich. nachhaltig. Brandenburg. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg. Fortschreibung 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2019.
- MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG: *Klimawandelmonitoring im Land Brandenburg – Basisbericht*, Fachbeiträge des LfU, Heft Nr. 154.
- MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG: *Klimareport Brandenburg 2016. Das Klima von gestern, heute und in Zukunft. Darstellung der Entwicklung des Klimawandels im 20. Jahrhundert aktuellen Problemen und von Szenarioergebnissen zum Ende des 21. Jahrhundert*, Fachbeiträge des LfU, Heft Nr. 150.

- MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT UND VERBAUCHERSCHUTZ DES LANDES BRANDENBURG: *Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels*, 1. Aufl. Frankfurt a. d. O. 2008.
- MINISTERIUM FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBAUCHERSCHUTZ DES LANDES BRANDENBURG: *natürlich. nachhaltig. Brandenburg. Nachhaltigkeitstrategie für das Land Brandenburg*, 1. Aufl., Großbeeren 2014.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND EUROPAANGELEGENHEITEN DES LANDES BRANDENBURG: *Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg*, 1. Aufl., Potsdam 2012.
- MINTROM, Michael/ Norman, Philippa: *Policy Entrepreneurship and Policy Change*, in: *The Policy Studies Journal* 37:4 (2009), S. 649-667.
- MONSTADT, Jochen/ Scheiner, Stefan: *Die Bundesländer in der nationalen Energie- und Klimapolitik: Räumliche Verteilungswirkungen und föderale Politikgestaltung der Energiewende*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 74:3 (2016), S. 179-197.
- NIEDERMAYER, Oskar: *Die brandenburgische Landtagswahl vom 1. September 2019: Die SPD schlägt die AfD auf den letzten Metern*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51:2 (2020), S. 285-303.
- NIEDERMAYER, Oskar: *Die Analyse einzelner Parteien*, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 61-82.
- OPPELLAND, Torsten: *Die thüringische Landtagswahl vom 27. Oktober 2019: Das nächste Experiment – eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit Verfallsdatum*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51:2 (2020), S. 325-348.
- OPPELLAND, Torsten: *Zur Einführung. Thüringen, ein etwas unterschätztes Bundesland*, in: Ders. (Hrsg.): *Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert*, 1. Aufl., Wiesbaden 2018, S. 1-10.
- OPPELLAND, Torsten: *Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46:1 (2015), S. 39-56.
- OTTO, Daniel: *Entstehung und Ausdifferenzierung des UN-Klimaregimes*, in: Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 260-300.
- PELFINI, Alejandro: *Endogenes oder exogenes Lernen? Globale Wege zur Problematisierung des Klimawandels am Beispiel Argentiniens und Deutschlands*, in: Voss, Martin (Hrsg.): *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 313-323.

- PICKEL, Susanne: *Methodologische Grundlagen des Vergleichs und Vergleichsdesigns*, in: Lauth, Hans-Joachim/ Kneuer, Marianne/ Pickel, Gert (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, 1. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 25-45.
- POLANYI, Karl: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*, 2. Aufl., Boston 2001.
- POWELL, James Lawrence: *The Consensus on Anthropogenic Global Warming Matters*, in: *Bulletin of Science, Technology & Society* 36:3 (2016), S. 157-163.
- PROBST, Lothar: *Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 26. Mai 2019: CDU gewinnt, aber Rot-Grün-Rot regiert*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51:2 (2020), S. 263-284.
- PRZYBORSKI, Aglaja/ Wohlrab-Sahr, Monika: *Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung*, in: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 105-123.
- PUPPIM DE OLIVEIRA, Jose Antonio: *The implementation of climate change related policies at the subnational level: An analysis of three countries*, in: *Habitat International* 33:3 (2009), S. 253-259.
- RANKE, Ulrich: *Klima und Umweltpolitik*, 1. Aufl., Berlin 2019.
- REIßIG, Rolf: *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, 1. Aufl., Wiesbaden 2009.
- REUSSWIG, Fritz: *Das Transformationspotenzial des anthropogenen Klimawandels*, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*, 1. Aufl., Frankfurt a. M./ New York 2017, S. 155-187.
- RHODE, Carla/ Stitteneder, Tanja: *ifo Migrationsmonitor: Klima und Migration*, in: *ifo Schnelldienst* 73:3 (2020), S. 55-57.
- RICHARDSON, Jeremy: *Government, Interest Groups and Policy Change*, in: *Political Studies* 48:5 (2000), S. 1006-1025.
- RINK, Dieter/ Wächter, Monika: *Vorwort*, in: Dies. (Hrsg.): *Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung*, 1. Aufl., Frankfurt/ New York 2004, S. 7-10.
- RIPPLE, William J./ Wolf, Christopher/ Newsome, Thomas M./ Barnard, Phoebe/ Moomaw, William R.: *World Scientists' Warning of a Climate Emergency*, in: *BioScience* 70:1 (2020), S. 8-12.
- RITTERSHOFER, Christian: *Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft. 3600 aktuelle Begriffe von Abberufung bis Zwölfmeilenzone*, 1. Aufl., München 2007.
- ROODUIJN, Matthijs/ de Lange, Sarah L./ van der Brug, Wouter: *A populist Zeitgeist? Programmatic contagion by populist parties in Western Europe*, in: *Party Politics* 20:4 (2014), S. 563–575.

- RUCHT, Dieter: *Faszinosum Fridays for Future*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69:47/48 (2019), S. 4-9.
- RUSER, Alexander: *Climate Politics and the Impact of Think Tanks. Scientific Expertise in Germany and the US*, 1. Aufl., Cham 2018.
- SARTORI, Giovanni: *Parties and party systems. A framework for analysis*, 1. Aufl., Colchester 2005.
- SCHEINER, Stefan: *Interessen der Bundesländer in der deutschen Klimapolitik. Föderale Konfliktverarbeitung in drei Handlungsfeldern*, 1. Aufl., Baden-Baden 2017.
- SCHNELL, Rainer/ Hill, Paul B./ Esser, Elke: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 11., überarb. Aufl., Berlin/ Boston 2018.
- SEEGER, Bertram: *Umweltpolitik in den 16 Ländern: Wahlprogramme und Regierungshandeln. Ein Bundesländervergleich*, Inaugural-Dissertation, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 2003.
- SHADISH, William R./ Cook, Thomas D./ Campbell, Donald T.: *Experimental and Quasi-Experimental Designs for Generalized Causal Inference*, 1. Aufl., Boston/ New York 2002.
- SIMONIS, Georg: *Das Weltklima als Gegenstand eines politikwissenschaftlichen Handbuchs*, in: Ders. (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 21-33.
- SIMONIS, Georg: *Das Transformationsproblem*, in: Ders.: (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 91-136.
- SIMONIS, Georg: *Verflochtene Handlungsebenen*, in: Ders. (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 212-259.
- SIMONIS, Georg: *Komplexe Governance – Governanceversagen*, in: Ders. (Hrsg): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 498-526.
- SOMMER, Bernd/ Welzer, Harald: *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*, 1. Aufl., München 2017.
- SPD: *Leben, arbeiten, lernen, wohnen, ... in Bremen und Bremerhaven. Regierungsprogramm 2015-2019*, 1. Aufl., Bremen 2015.
- SPD: *Regierungsprogramm der SPD Brandenburg für die Jahre 2014-2019. Unser Brandenburg-Plan: 50 Vorhaben, auf die Sie sich verlassen können*, 1. Aufl., Potsdam 2014.
- SPD: *Thüringen. Besser bleiben. Regierungsprogramm 2014-2019*, 1. Aufl., Erfurt 2014.
- STEIN, Petra: *Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung*, in: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 125-142.

- STERN, Nicholas Herbert: *The Economics of Climate Change. The Stern Review*, 6. Aufl., Cambridge 2009.
- STYKOW, Petra/ Daase, Christopher/ MacKenzie, Janet/ Moosauer, Nikola: *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken*, 2., durchges. Aufl., München u. a. 2010.
- SUKOPP, Thomas: *Interdisziplinarität und Transdisziplinarität. Definitionen und Konzepte*, in: Jungert, Michael/ Romfeld, Elsa/ Ders./ Voigt, Uwe (Hrsg.): *Interdisziplinarität. Theorie, Praxis, Probleme*, 2., durchges. u. um ein akt. Vorw. erw. Aufl., Darmstadt 2013, S. 13-29.
- THÜRINGER MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN, UMWELT UND NATURSCHUTZ: *IMPAKT. Integriertes Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen*, 1. Aufl., Eisenbach 2013.
- THÜRINGER MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE UND NATURSCHUTZ: *Integriertes Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen. IMPAKT II*, 1. Aufl., Gera 2019.
- THÜRINGER MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE UND NATURSCHUTZ: *Klimawandelfolgen in Thüringen. Monitoringbericht 2017*, 1. Aufl., Gera 2017.
- TOSUN, Jale: *Umweltpolitik*, in: Wenzelburger, Georg/ Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 641-662.
- TRÖLTZSCH, Jenny: *Die Europäische Union*, in: Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*, 1. Aufl., Paderborn u. a. 2017, S. 302-333.
- UEKÖTTER, Frank: *Kleine Geschichte der Klimadebatte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69:47/48 (2019), S. 10-15.
- VOSS, Martin: *Einleitung: Perspektiven sozialwissenschaftlicher Klimawandelforschung*, in: Ders. (Hrsg.): *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 9-40.
- VÖLKL, Kerstin: *Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006*, 1. Aufl., Baden-Baden 2009.
- WEILAND, Sabine: *Anpassung an den Klimawandel aus Governance-Sicht*, in: Marx, Andreas (Hrsg.): *Klimaanpassung in Forschung und Politik*, 1. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 91-101.
- WELZER, Harald: *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2008.
- WENZELBURGER, Georg/ Zohlnhöfer, Reimut: *Konzepte und Begriffe in der Vergleichenden Policy-Forschung*, in: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 15-32.

- WIESENDAHL, Elmar: *Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften*, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, 1. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 13-60.
- WILSON, Carter A.: *Policy Regimes and Policy Change*, in: *Journal of Public Policy* 20:3 (2000), S. 247-274.
- WISSEN, Markus: *Kommodifizierte Kollektivität? Die Transformation von Mobilität aus einer Polanyi'schen Perspektive*, in: Dörre, Klaus/ Rosa, Hartmut/ Becker, Karina/ Bose, Sophie/ Seyd, Benjamin (Hrsg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, 1. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 231-243.
- WBGU: *Hauptgutachten. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, 2., veränd. Aufl., Berlin 2011.
- WÄCHTER, Monika/ Janowicz, Cedric: *Sozial-ökologische Forschung als soziale Innovation – Kann ein Forschungsprogramm die Gesellschaft verändern?*, in: Beck, Gerald/ Kropp, Cordula (Hrsg.): *Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure?*, 1. Aufl., Wiesbaden 2012, S. 297-313.
- ZIMMERMANN, Karsten: *Local climate policies in Germany. Challenges of governance and knowledge*, in: *Cogent Social Sciences* 4:1 (2018), S. 1-14.
- ZOHLNHÖFER, Reimut: *Policy-Theorien in der Vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Lauth, Hans-Joachim/ Kneuer, Marianne/ Pickel, Gert (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, 1. Aufl., Wiesbaden 2016, 221-233.

## Internetquellen

- AFD: *Wahlprogramm zur Bremer Bürgerschaftswahl Mai 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: <https://afd-bremen.de/images/Uploads/Dokumente/wahlprogramm-2019-a4.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].
- AFD: *Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019. Am 01.09. AfD wählen! Hol dir dein Land zurück!*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: [https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm\\_Brandenburg\\_2019\\_ohne\\_kapitelbilder\\_kommentare\\_acc2144-01-06-19-final.pdf](https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm_Brandenburg_2019_ohne_kapitelbilder_kommentare_acc2144-01-06-19-final.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- AFD: *Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: [https://cdn.afd.too.ls/sites/178/2019/09/07203303/Wahlprogramm\\_AfD-Thu%CC%88ringen\\_2019\\_Online-Fassung-final\\_gesichert.pdf](https://cdn.afd.too.ls/sites/178/2019/09/07203303/Wahlprogramm_AfD-Thu%CC%88ringen_2019_Online-Fassung-final_gesichert.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].

- AFD: *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*, 1. Aufl., Berlin 2016, URL: [https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/1111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Druck\\_Online\\_190118.pdf](https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/1111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- BIW: *BÜRGER IN WUT (BIW). Programm für die Bürgerschaftswahl 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [http://www.biw-bremen.de/userfiles/uploads/Wahlprogramm\\_Bremen\\_2019.pdf](http://www.biw-bremen.de/userfiles/uploads/Wahlprogramm_Bremen_2019.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- BIW: *Programm der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW)*, 5. Aufl., Berlin 2015, URL: [http://buenger-in-wut.de/media/user/Programm\\_21.11.15.pdf](http://buenger-in-wut.de/media/user/Programm_21.11.15.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- BRÄUNINGER, Thomas/ Debus, Marc/ Benoit, Kenneth: *Political Documents Archive*, Internetseite des Archivs, URL: <http://www.polidoc.net/> [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG: *Gesellschaft: Sozial-ökologische Forschung*, Internetseite des Rahmenprogramms Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, URL: <https://www.fona.de/de/themen/gesellschaft-sozial-oekologische-forschung.php> [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT: *Starke Landwirtschaft. Nachhaltigkeit, Klimaschutz & Ökolandbau. Klimaschutz und Klimawandel. Trockenheit und Dürre 2018 – Überblick über Maßnahmen*, Internetseite des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, URL: [https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Nachhaltige-Landnutzung/Klimawandel/\\_Texte/Extremwetterlagen-Zustaendigkeiten.html](https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Nachhaltige-Landnutzung/Klimawandel/_Texte/Extremwetterlagen-Zustaendigkeiten.html) [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT: *Klimapolitische Instrumente*, Internetseite des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, URL: <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimapolitische-instrumente/> [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT: *Projektionsbericht 2019 für Deutschland gemäß Verordnung (EU) Nr. 525/2013*, URL: [https://cdr.eionet.europa.eu/de/eu/mmr/art04-13-14\\_lcds\\_pams\\_projections/projections/envxnw7wq/Projektionsbericht-der-Bundesregierung-2019.pdf](https://cdr.eionet.europa.eu/de/eu/mmr/art04-13-14_lcds_pams_projections/projections/envxnw7wq/Projektionsbericht-der-Bundesregierung-2019.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT: *Aktionsplan Anpassung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Vom Bundeskabinett am 31. August 2011 beschlossen*, URL: [https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/aktionsplan\\_anpassung\\_klimawandel\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/aktionsplan_anpassung_klimawandel_bf.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].



- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT: *Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Vom Bundeskabinett am 17. Dezember 2008 beschlossen*, URL: [https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das\\_gesamt\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE: *Fragen und Antworten zur „Kohlekommission“*, Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, URL: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/FAQ/Kohlekommission/faq-kohlekommission.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESREGIERUNG: *Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050*, URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1> [Zugriff am 09.12.2020].
- BUNDESREGIERUNG: *Einrichtung eines Klimakabinetts. Bundesregierung packt Klimaschutz an*, Internetseite der Bundesregierung, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundesregierung-packt-klimaschutz-an-1592188> [Zugriff am 09.12.2020].
- BVB/FW: *Unsere Ziele. Ziele der Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler*, Internetseite der BVB/FW, URL: <https://bvb-fw.de/unsere-ziele/> [Zugriff am 09.12.2020].
- BVB/FW: *Wahlprogramm der BVB / FREIE WÄHLER für die Landtagswahl 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2014, URL: <https://bvb-fw.de/wp-content/uploads/2019/11/Programm-BVB-FREIE-W%C3%84HLER-2019.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].
- CDU: *#UnserBremenKannMehr. Wahlprogramm 2019 der CDU Bremen*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: <https://partei.cdu-bremen.de/image/inhalte/file/Wahlprogramm%202019.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].
- CDU: *Brandenburg wachsen lassen. Regierungsprogramm der CDU Brandenburg. Beschlossen vom 34. Landesparteitag. 4. Mai 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: [https://www.cdu-brandenburg.de/image/inhalte/file/19%20Brandenburg%20wachsen%20lassen\(1\).pdf](https://www.cdu-brandenburg.de/image/inhalte/file/19%20Brandenburg%20wachsen%20lassen(1).pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- CDU: *Thüringen: Heimat mit Zukunft. #Aufbruch2019. Regierungsprogramm der CDU Thüringen zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: <https://www.cdu-thueringen.de/Dateien/regierungsprogramm/4936923> [Zugriff am 09.12.2020].
- CDU: *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland*, 1. Aufl., Berlin 2007, URL: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1> [Zugriff am 09.12.2020].

- DER BUNDESWAHLLLEITER: *Ergebnisse früherer Landtagswahlen. Stand 6. April 2020*, URL: [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e7e97cc/ltw\\_erg\\_gesamt.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/a333e523-0717-42ad-a772-d5ad7e7e97cc/ltw_erg_gesamt.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- DER BUNDESWAHLLLEITER: *Europawahl 2019. Ergebnisse*, Internetseite des Bundeswahlleiters, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- DER SENATOR FÜR UMWELT, BAU UND VERKEHR: *SUBV-Fachkonzept. Klimawandel in Bremen – Folgen und Anpassung*, URL: [https://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/BdV\\_L\\_S\\_Klimaanpassung%20Anlage\\_Endf.pdf](https://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/BdV_L_S_Klimaanpassung%20Anlage_Endf.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- DIE GRÜNEN: *Mehr Grün nützt allen. Ein neues Kapitel Grün. Bürgerschaftswahlprogramm 2019 Grüne Bremen*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [https://gruene-bremen.de/wp-content/uploads/2019/04/Wahlprogramm-2019\\_web.pdf](https://gruene-bremen.de/wp-content/uploads/2019/04/Wahlprogramm-2019_web.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- DIE GRÜNEN: *Brandenburg fairwandelIn. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019. #ökologisch #sozial #weltoffen*, 1. Aufl., Potsdam 2014, URL: [https://gruene-brandenburg.de/userspace/BB/lv\\_brandenburg/landtagswahlprogramm/B90GRUENE\\_Wahlprogramm\\_LTW2019\\_PDFVersion.pdf](https://gruene-brandenburg.de/userspace/BB/lv_brandenburg/landtagswahlprogramm/B90GRUENE_Wahlprogramm_LTW2019_PDFVersion.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- DIE GRÜNEN: *Mit Mut und Leidenschaft für Thüringen, Hier und jetzt für hier und morgen*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: [https://gruene-thueringen.de/wp-content/uploads/2019/09/Gr%C3%BCne-Th%C3%BCrtingen-Wahlprogramm-zur-Landtagswahl-2019\\_Webversion.pdf](https://gruene-thueringen.de/wp-content/uploads/2019/09/Gr%C3%BCne-Th%C3%BCrtingen-Wahlprogramm-zur-Landtagswahl-2019_Webversion.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- DIE GRÜNEN: *Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, 1. Aufl., Berlin 2002, URL: <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Grundsatzprogramm-2002.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].
- DIE LINKE: *Wem gehört die Stadt? Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 26. Mai 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/user\\_upload/Wahlen\\_2019/Wahlprogramme/Wahlen2019\\_Langwahlprogramm.pdf](https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2019/Wahlprogramme/Wahlen2019_Langwahlprogramm.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- DIE LINKE: *Ums Ganze. Brandenburgs Zukunft gemeinsam gestalten!, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: [https://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Landesverband/wahlen/Landtagswahl\\_2019/LTW19\\_Wahlprogramm\\_Druckfassung.pdf](https://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Landesverband/wahlen/Landtagswahl_2019/LTW19_Wahlprogramm_Druckfassung.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- DIE LINKE: *Die Gegenwart gestalten. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019 in Thüringen*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: <https://wahl2019.die-linke-thueringen.de/wp-content/uploads/2019/08/Landtagswahlprogramm-Thueringen-2019.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].

- DIE LINKE: *Programm der Partei DIE LINKE*, 1. Aufl., Berlin 2012, URL: [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm\\_format/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_erfurt2011.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm_format/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- EILER, Lucas: *Meeresspiegel steigt stark an. Wie der Klimawandel Nord- und Ostsee gefährdet*, in: ZDFheute vom 27.09.2019, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/wie-gefaehrlich-ist-der-klimawandel-fuer-die-nordsee-100.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- EU-KOMMISSION: *Für Klimaneutralität bis 2050: Kommission schlägt Europäisches Klimagesetz vor und startet Konsultation zum Europäischen Klimapakt*, Internetseite der EU-Kommission, URL: [https://ec.europa.eu/germany/news/20200304-klimagesetz\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200304-klimagesetz_de) [Zugriff am 09.12.2020].
- FDP: *Wahlprogramm. Es geht um euch*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: <https://www.fdp-bremen.de/backend/uploads/wahlprogramm-der-fdp-bremen-zur-wahl-der-bremischen-buergerschaft.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].
- FDP: *Hallo Übermorgen. Das Wahlprogramm der Freien Demokraten*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: [https://www.fdp-thueringen.de/sites/default/files/2019-09/Landtagswahlprogramm\\_FDP\\_Thu%CC%88ringen\\_2019\\_0.pdf](https://www.fdp-thueringen.de/sites/default/files/2019-09/Landtagswahlprogramm_FDP_Thu%CC%88ringen_2019_0.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- FDP: *Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft*, 1. Aufl., Berlin 2012, URL: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E. V.: *Politbarometer. Langzeitentwicklung – Themen im Überblick. Politik I. Politische Stimmung in Deutschland*, Internetseite des Forschungsgruppe Wahlen e. V., URL: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_I/#Projektion](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion) [Zugriff am 09.12.2020].
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E. V.: *Politbarometer. Langzeitentwicklung – Themen im Überblick. Politik II. Wichtige Probleme in Deutschland*, Internetseite des Forschungsgruppe Wahlen e. V., URL: [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/) [Zugriff am 09.12.2020].
- IPCC: *The Intergovernmental Panel on Climate Change*, Internetseite des IPCC, URL: <https://www.ipcc.ch/about/> [Zugriff am 09.12.2020].
- IPCC: *IPCC-Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung*, URL: [https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen\\_IPCC\\_SR15.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- MAYNTZ, Renate: *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) working paper No. 04/1, Köln 2004, URL: <https://www.econstor.eu/handle/10419/44296> [Zugriff am 09.12.2020].

- NEWIG, Jens/ Derwort, Pim/ Jager, Nicolas W.: *Sustainability through institutional failure and decline? Archetypes of productive pathways*, in: *Ecology and Society* 24:1 (2019), Artikel 18, S. 1-14, URL: <https://www.ecologyandsociety.org/vol24/iss1/art18/> [Zugriff am 09.12.2020].
- O. VERF.: *ISO 3166 — Codes for the representation of names of countries and their subdivisions. Germany*, Internetseite der Internationalen Organisation für Normung, URL: <https://www.iso.org/obp/ui/#iso:code:3166:DE> [Zugriff am 09.12.2020].
- O. VERF.: *Klimawandel. Eisfreie Arktis - in vielen Sommern*, in: Tagesschau vom 27.04.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/arktis-klimawandel-eisfrei-101.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- O. VERF.: *Katastrophe in Australien. Brände wachsen zu "Megafeuer" zusammen*, in: Tagesschau vom 10.01.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/buschbraende-australien-127.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- O. VERF.: *Ostafrika. Hunderttausende fliehen vor Fluten*, in: Tagesschau vom 01.11.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/somalia-ueberflutung-101.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- O. VERF.: *Die Wahlprogramme der "kleinen" Parteien*, in: MDR vom 24.10.2019, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/wahlen/lw-thueringen-kleine-parteien-wahlprogramme-100.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- O. VERF.: *Monsunregen in Südasien. Eine Million Menschen fliehen*, in: Tagesschau vom 13.07.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/suedasien-klimawandel-101.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- O. VERF.: *Trockene Sommer. Deutschland droht Kampf ums Wasser*, in: Tagesschau vom 05.07.2019, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/wasser-131.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- RAUHE, Janek: *Klimaaktivisten finden Grüne nicht radikal genug. Eigene Liste bei Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021*, in: SWR Aktuell vom 10.07.2020, URL: <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/klimaaktivisten-machen-gruenen-konkurrenz-100.html> [Zugriff am 09.12.2020].
- SPD: *Jetzt gemeinsam Zukunft machen. Für Bremen und Bremerhaven. Zukunftsprogramm 2019-2023. Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2019*, 1. Aufl., Bremen 2019, URL: [https://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary\\_5937/SPD-Zukunftsprogramm-public-online.pdf](https://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary_5937/SPD-Zukunftsprogramm-public-online.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- SPD: *Unser Land zusammenhalten. Unsere Ziele für EIN Brandenburg*, 1. Aufl., Potsdam 2019, URL: <https://ein-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/08/Regierungsprogramm-V20-WEB.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].

- SPD: *Zuhören und machen. SPD Thüringen: Regierungsprogramm 2019-2023*, 1. Aufl., Erfurt 2019, URL: <https://www.spd-thueringen.de/wp-content/uploads/ltw19-programm-rc.pdf> [Zugriff am 09.12.2020].
- SPD: *Hamburger Programm Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 1. Aufl., Berlin 2007, URL: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger\\_programm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- THE R FOUNDATION: *Download RStudio*, Internetseite zum Anwendungsprogramm, URL: <https://rstudio.com/> [Zugriff am 09.12.2020].
- THE R FOUNDATION: *The R Project for Statistical Computing*, Internetseite zum Hauptprogramm, URL: <https://www.r-project.org/> [Zugriff am 09.12.2020].
- THÜRINGER MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE UND NATURSCHUTZ: *Integrierte Energie -und Klimaschutzstrategie*, URL: [https://umwelt.thueringen.de/fileadmin/001\\_TMUEN/Unsere\\_Themen/Klima/Klimastrategie/20191015\\_Klimaschutzstrategie.pdf](https://umwelt.thueringen.de/fileadmin/001_TMUEN/Unsere_Themen/Klima/Klimastrategie/20191015_Klimaschutzstrategie.pdf) [Zugriff am 09.12.2020].
- WELTORGANISATION FÜR METEOROLOGIE: *2019 concludes a decade of exceptional global heat and high-impact weather*, Internetseite der Weltorganisation für Meteorologie, URL: <https://public.wmo.int/en/media/press-release/2019-concludes-decade-of-exceptional-global-heat-and-high-impact-weather> [Zugriff am 09.12.2020].

## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit versichere ich, Kevin Gimper (Matrikelnummer: 156917), dass diese Arbeit von mir persönlich verfasst wurde und das Gesamtwerk oder Teile daraus weder von mir selbst noch von anderen, nicht auf Deutsch und auch keiner anderen Sprache, ohne Kennzeichnung als Leistungsnachweise an anderer Stelle eingereicht worden bzw. als Veröffentlichung erschienen sind. Sowohl wörtliche als auch sinngemäße Zitate sind vollumfänglich gekennzeichnet. Sämtliche genutzte Literaturen bzw. Quellen und Hilfsmittel sind nachgewiesen und in den entsprechenden Verzeichnissen aufgeführt. Ich bin damit einverstanden, dass meine Arbeit zum Zwecke eines Plagiatsabgleichs in elektronischer Form versendet und gespeichert werden kann. Es bestehen auch keine Einwände bzgl. einer weiteren öffentlichen Nutzung, insofern ich als Autor genannt werde.

Jena, 15.12.2020



FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA